

Otto Schmidt (1888-1971):  
Gegner Hitlers und Intimus Hugenbergs

Inaugural-Dissertation  
zur  
Erlangung der Doktorwürde  
der  
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn

vorgelegt von

**Maximilian Terhalle**

aus  
Berlin

Bonn 2006

Gedruckt mit der Genehmigung der Philosophischen Fakultät der Rheinischen  
Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn.

Erstgutachter: Prof. Dr. Klaus Hildebrand  
Zweitgutachter: Prof. Dr. Joachim Scholtyseck

Tag der mündlichen Prüfung: 24. Mai 2006

Diese Dissertation ist auf dem Hochschulschriftenserver der ULB Bonn:  
[http://hss.ulb.uni-bonn.de/diss\\_online](http://hss.ulb.uni-bonn.de/diss_online) elektronisch publiziert.

## Danksagung

Unendlicher Dank gilt meinen geliebten Eltern. Ihnen habe ich es zu verdanken, daß ich mich auf diese doktorale Reise begeben durfte. Sie haben mich während der ganzen Zeit unentwegt und auf das herzlichste unterstützt. Sie haben mir das nämliche Brot und vieles mehr gewährt, was in seiner Grenzenlosigkeit kaum in Worte zu fassen ist. Disziplin, eiserne Disziplin, die Härte gegen sich selbst habe ich von Ihnen gelernt. Diese preußische Disziplin war das unersetzbare Movens, das diese Arbeit ermöglicht hat.

Meinen Eltern möchte ich an dieser Stelle für Ihre liebevolle Ausdauer danken. Ihnen sei diese Doktorarbeit in Liebe gewidmet.

Berlin, den 26. Mai 2006

***Wir müssen den vergangenen Generationen das zurückgeben,  
was sie einmal besaßen, so wie jede Gegenwart es besitzt:  
die Fülle der möglichen Zukunft, die Ungewißheit, die Freiheit,  
die Endlichkeit, die Widersprüchlichkeit.***

Nipperdey, Th., 1933 und die Kontinuität in der deutschen Geschichte, in: ders.,  
Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays, München 2. Aufl. 1986, S. 204 f.

## Inhaltsverzeichnis

1.	Einführung	1
1.1.	Gegenstand der Untersuchung und ihre Methode	1
1.2.	Quellenlage	8
1.3.	Gedruckte Memoirenliteratur	14
1.4.	Zeitzeugen und Nachfahren	17
1.5.	Forschungsstand	18
2.	Familie und Jugend	19
3.	Militärzeit (1906 – 1919)	21
3.1.	Vom IR 19 bis zur Kriegsakademie (1906 – 1914)	21
3.2.	Front und Generalstab (1914 – 1918)	25
3.3.	Oberost, Brest-Litowsk und Moskau (1917 / 1918)	29
3.4.	Offizier und Revolution 1918: „Zusammenbruch der Welt“	42
4.	Vom Generalstab aufs Land: der Weg in die Politik (1919 – 1924)	47
5.	Hannoverscher Reichstagsabgeordneter für die DNVP: Die schwierige Suche nach dem Umgang mit der ungeliebten Republik (Mai 1924 – Oktober 1928)	77
5.1.	Der Dawes-Plan und seine „deutschnationalen“ Folgen	77
5.2.	Schmidts Einfluß auf die Reichspräsidentenwahl 1925	121
5.3.	Zehn Monate wehrpolitischer Regierungskoalitionär	146
5.4.	Wieder in der Opposition (Januar 1926 – Dezember 1926)	153
5.5.	Schmidts Westarp-Kurs in Richtung Republik im zweiten Bürgerblock	163
5.6.	„Dieser Staat ist nicht unser Staat“ – Schmidts Bruch mit Westarp nach der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 und sein Weg zu Hugenberg	181
6.	Die Entscheidung 1928: mit Hugenberg gegen die Republik	200
6.1.	Schmidts Aufstieg unter Hugenberg und seine erste Bewährungsprobe: der Reichsausschuß gegen den Young-Plan 1929	200
6.2.	Schmidts Haltung zum Kabinett Brüning I und der weitere Zerfall der Fraktion	231
6.3.	Der mißlungene Schock: Harzburg und Schmidts erwachtes Mißtrauen	257
6.4.	Schmidt gegen Hindenburg und das Ende Brünings 1932	289
6.5.	Schmidt im Wahlkampf für Papen: erfolglos monarchistisch	310
6.6.	Verfassungsbruch als Gebot der Stunde: Schmidts Einsatz für die „einzige wirkliche antiparlamentarische Partei“ bis zum Planspiel Ott (August bis Dezember 1932)	317
6.7.	Keine Unterstützung, aber ein Moratorium für Schleicher	338
6.8.	Der widerwillige Sieg am 30. Januar, die Enttäuschung über Hugenberg und die neuentdeckte Notwendigkeit der Verteidigung des Rechtsstaates	353
6.9.	Abkehr von Berlin, Hochzeitseklat bei Everling und Nichteinzug in den ersten Einheitsreichstag	370
7.	Verfolgung Schmidts 1934	378
8.	Rückzug in die Privatwirtschaft: innere Emigration im Zweiten Weltkrieg	383

9.	Politisches Comeback: Versuch einer programmatischen Neuorientierung in der Deutschen Konservativen Partei (ab 1946) und der Deutschen Partei (1953)	386
10.	Zusammenfassung und Ergebnisse	402
11.	Abkürzungsverzeichnis	412
12.	Quellen- und Literaturverzeichnis	414

Otto Schmidt (1888 - 1971):  
Gegner Hitlers und Intimus Hugenbergs

## 1. Einführung

### 1.1. Gegenstand der Untersuchung und ihre Methode

Pastorensohn, Generalstabsoffizier im Ersten Weltkrieg, Reichstagsabgeordneter der Deutschnationalen Volkspartei, engster Mitarbeiter Alfred Hugenbergs, letzter Vorsitzender der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Aufsichtsratsmitglied des Ufa-Konzerns während des Zweiten Weltkrieges und Bundestagskandidat konservativer Parteien nach dem Krieg. Telegrammhafte sind dies die Stationen im Leben Otto Schmidts, dessen nach äußerem Schein bescheidenes Wirken eine gut erkennbare Spur in der neueren deutschen Geschichte hinterlassen hat.

Schmidt gehört zweifellos nicht zu jenen „Extrapersonen“<sup>1</sup>, zu denen Jacob Burckhardt Julius Caesar, Peter den Großen oder Friedrich den Großen gezählt hat. Ob er deshalb zur „biographischen Illusion“<sup>2</sup> avanciert, scheint heute erheblich fraglicher als noch vor wenigen Jahrzehnten. Die seinerzeitige Kritik von Seiten der Sozial- und Strukturhistoriker läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Biographik galt ihnen als Ausdruck eines „oft geradezu dogmatisierten Individualitätsprinzips des Historismus“<sup>3</sup>. Sie lehnten jede „Reduktion der Geschichte auf das Denken und Wirken von Individuen“ ab<sup>4</sup>, zumal die Methodik der narrativen Geschichtsschreibung in ihren sozialwissenschaftlichen Augen weniger als ungenügend ausgeformt schien. Dazu ist von ausgewiesener Seite richtig bemerkt worden: „Das Klappern dürrer Statistiken, das ihre Arbeiten geisterhaft erfüllt, die Häufung abstrakter Begriffe oder das Präparieren von Strukturen und anonymen Kollektivkräften stilisiert sich zwar gern zum Ethos entsagungsvoller sprachlicher Nüchternheit. In Wirklichkeit verrät es aber nichts anderes als einen Mangel an humaner Neugier“<sup>5</sup>. Die angenommene Determinierbarkeit der menschlichen Natur, mithin der Geschichte selbst, wurzelte untergründig in dem dogmatischen Glauben, den „Schlüssel im Schloß zu einem angeblich existierenden Geschichtsplan, sei er marxistischer oder liberaler

---

<sup>1</sup> Burckhardt, J., Weltgeschichtliche Betrachtungen, Stuttgart 1955, S. 232.

<sup>2</sup> Bourdieu, P., Die biographische Illusion, in: BIOS 1 (1990), S. 76.

<sup>3</sup> Oelkers, J., Biographik – Überlegungen zu einer unschuldigen Gattung, in: NPL 3 (1974), S. 304.

<sup>4</sup> Bödeker, H., Biographie. Annäherungen an den gegenwärtigen Forschungs- und Diskussionsstand, in: ders. (Hg.), Biographie schreiben, Göttingen 2003, S. 12.

<sup>5</sup> Fest, J., Literatur ohne Heilsplan. Über den Umgang mit der Geschichte: Zur Verleihung der Wilhelm-Leuschner-Medaille, in: FAZ v. 12.2. 2000. Vgl. ders., Die Unvorhersehbarkeit der Geschichte. Über den Methodenstreit der Historiker und die Kunst der Biographie, in: E. Conze / U. Schlie / H. Seubert (Hgg.), Geschichte zwischen Wissenschaft und Politik. Festschrift für Michael Stürmer zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 2003, S. 3-15.

Provenienz“<sup>6</sup>, gefunden zu haben. Diese Entmenschlichung historischer Entwicklung war ihrer vermeintlichen Kalkulierbarkeit geschuldet, führte jedoch sehr bald zu einer Blutleere in den Darstellungen, die im Klima der Zeit zunächst nur scharf konstatiert wurde. Nicolaus Sombarts spitzer Bemerkung, nunmehr würde die Geschichte des Kaiserreichs ohne den Kaiser geschrieben werden, folgten weitere Kritiken.<sup>7</sup> Mit der Zeitenwende des Jahres 1989 / 1990, dem unmerklichen aber effektiven Drängen in der Literatur und aufgrund eines lautlosen, ungebrochenen öffentlichen Verlangens kann die Biographik nun seit über zehn Jahren „signifikant“ reüssieren.<sup>8</sup>

Die Merkmale des reformierten Genres wurden kürzlich vom Göttinger Max-Planck-Institut aufgelistet. „Eine Rückkehr zum Verständnis des Historismus vom Menschen als ‚einer kleinen Welt für sich, die letzten Endes ganz unabhängig von der großen Welt außerhalb seiner existiert‘, ist für moderne Biographik nicht mehr möglich“. Vielmehr liege „[i]n der systematischen Analyse der Bezüge der untersuchten Person zu ihren historischen Lebenswelten, ihrer Prägung und Wirkung auf Familie, Verwandtschaft, peer group, Klasse usw. .. ein charakteristischer Unterschied zur individualistischen Biographie des Historismus. Die neue, reflektierte Biographie begreift den untersuchten Menschen zwar als einzigartiges, moralisch gesprochen autonomes, historisches Individuum, doch begreift sie ihn als Teil seiner historischen Lebenswelten. Die untersuchte Person steht nicht mehr länger für sich selbst, sondern wird vielmehr als Teil einer Sozialgruppe interpretiert. Die moderne biographische Forschung geht, da sie Gesellschaft und Individuum nicht mehr länger als Dichotomie begreift, von einem soziologischen Begriff der historischen Persönlichkeit aus“<sup>9</sup>. Der grundsätzliche Fortschritt dieser Neuvermessung liegt gewiß in der Anerkennung, daß die Biographie als historische Darstellungsform keineswegs ausgedient hat, sondern lange Zeit aus methodisch-ideologischen Gründen ins Abseits gestellt worden war. Gerade „[w]eil der Homo humanus, der ‚duldende, strebende und handelnde Mensch,

---

<sup>6</sup> Hildebrand, K., Vielleicht war sie entzückt, vielleicht war sie bedrückt. Vielleicht auch ein bißchen verrückt: Was einst Jubel und Jammer war im Leben der Kaiserin Elisabeth und anderer Unglücklicher, darf nun Erkenntnis werden in den Büchern von Brigitte Hamann, in: FAZ v. 27.12. 2003 (i.f. zit. als: Hildebrand, Jubel und Jammer).

<sup>7</sup> Vgl. Sombart, N., Zur Lage der Geschichtswissenschaft, in: FAZ v. 27.1. 1979; Bruch, R.v., Nachwort, in: Richter, W. (Hg.), Friedrich III. Leben und Tragik des zweiten Hohenzollernkaisers, München 1981, S. 371.

<sup>8</sup> Kolb spricht davon, daß Biographien über Politikerpersönlichkeiten „lange Zeit Seltenheitswert“ hatten, aber „seit gut einem Jahrzehnt ein signifikanter Wandel eingetreten“ sei. Kolb, E., Die Weimarer Republik, München 6. Aufl. 2002, S. 191 (i.f. zit. als: Kolb, Weimarer Republik).

Ulrich Raulff gewann vor kurzem den Eindruck, „es gäbe keine andere Textart mehr, keine Geschichte und keine Philosophie. ‚Biography‘ ist zur tragenden Säule des Buchmarkts geworden; sie unterwandert die Literatur und resümiert das Beste, was die Sachbücher zu bieten haben.“ Ihm schien es, als ob die Öffentlichkeit ein gleichsam „biographisches Verlangen“ habe. Vgl. Raulff, U., Der große Lebenshunger. Erlösende Literatur: das biographische Verlangen wächst, in: FAZ v. 4.3. 1997.

<sup>9</sup> Bödecker, Biographie, S. 20.



wie er ist und immer war und und sein wird', um Jacob Burckhardts berühmte Wendung aufzunehmen, im Mittelpunkt der Geschichte steht, hat sich die Biographie behauptet"<sup>10</sup>. Die Frage ist deshalb legitim, ob der neue Ansatz, der Sozialgeschichte und Biographik zusammenzuführen beabsichtigt, wirklich Neues anführt. Die vermeintlichen Kernelemente, die den Unterschied zur bisherigen Form der Biographie manifestieren sollen, nehmen sich ungewöhnlich gewöhnlich aus: Von der Erforschung der „Einbindung in soziale, kulturelle und politische Zusammenhänge“<sup>11</sup> über die jetzt zu beachtende „Inkohärenz eines Lebenslaufs“<sup>12</sup> hin zur Erarbeitung der möglichen „Handlungsspielräume“<sup>13</sup> des Menschen muß die Frage gestellt werden, ob die exemplarischen deutschen Biographien Galls über Bismarck und Fests über Hitler nicht all diese Parameter erfüllen. Ist es nicht vielmehr so, daß seit den Biographien Droysens über Alexander den Großen und Rankes über Wallenstein eine sich eben bei Gall und Fest manifestierende Erweiterung der Fragestellungen an den Gegenstand ergeben hat, die nun als neu beschrieben werden? Muß hier nicht der Vorwurf geltend gemacht werden, daß gerade die neuen Biographievorstellungen den Maßstab der Kritik an längst vergangene Zeiten anlegen und wichtige Entwicklungen übersehen? Dies wird erkennbar, wenn die neue Biographik verlangt, es müsse „nicht nur ein[.] ‚Lebensweg‘ nach[ge]zeichne[t werden], sondern [es müsse] auch de[r] dazugehörige[.] bewußte[.] und unbewußte[.] Inszenierungs- und Konstruktionscharakter analysier[t werden]“<sup>14</sup>. Darüber hinaus dürfe der Historiker „weder den Selbstbeschreibungen, noch den Zuschreibungen, noch den Verarbeitungen des biographischen Sujets durch spätere Generationen trauen. Er muß sie als zeitbedingte Interpretationen im politischen und gesellschaftlichen Kontext analysieren, um sich einer nicht unbedingt gradlinig und sinnvoll verlaufenen Biographie annähern zu können“<sup>15</sup>. An diesen Aufforderungen wird deutlich, daß es die von Fest beklagte mangelnde Neugier ist, die hier zum Tragen kommt.

Der *scripturus vitam* greift deshalb auf den Rat erfahrener Biographen zurück. Entgegen der Aussage Somerset Maughams, „There are three rules for writing biography, but fortunately no one knows what they are“<sup>16</sup>, hat der Adenauer-Biograph Hans-Peter Schwarz kürzlich vier „goldene Regeln“ für die Verfertigung angeboten. „Erste goldene Regel: Sei fleißig! Ließ alles, was an Quellen und Sekundärliteratur zugänglich ist! Gib keine Ruhe, bis auch neue Quellen zu sprudeln beginnen!“ Die

---

<sup>10</sup> Hildebrand, Jubel und Jammer.

<sup>11</sup> Bödecker, Biographie, S. 21.

<sup>12</sup> Ebd., S. 26.

<sup>13</sup> Ebd., S. 58.

<sup>14</sup> Ebd., S. 35.

<sup>15</sup> Ebd., S. 37.

<sup>16</sup> Maugham zit. nach: Holmes, R., The proper study, in: France, P./St. Clair, W. (eds.), Mapping lives. The uses of biography, Oxford 2002, S. 7.

„zweite goldene Regel“ lautet: „Glaube überhaupt nichts und niemandem! ... Je strahlender sich einer zeigt, umso kritischer muß man hinter die Kulissen und in die Gullys hineinleuchten“. Als „dritte goldene Regel für einen Politiker-Biographen“ nennt er: „Moralisiere nie, suche nur zu erklären!“ Mithin gelangt er zur „letzten goldenen Regel ...: Erzähle, ja, erzähle! Szientistische Historiker, Politologen und Psychologen mögen dies als eine allenfalls bedingt wissenschaftliche Methodik abqualifizieren. Doch auch ein Politiker lebt wie alle von Tag zu Tag, von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr. Ein Historiker ... tut daher gut daran, relativ streng chronologisch vorzugehen. Ein solches Vorgehen ist alles andere als leicht“<sup>17</sup>. Dies sind die Parameter mittels derer versucht werden kann, „die für jede politisch-historische Biographie zentrale Frage nach dem vorherrschenden Impuls der beschriebenen Figur“<sup>18</sup> zu beantworten. Die Beantwortung der Frage nach der Biographiewürdigkeit eines Menschen wird sehr erschwert durch die Anforderung Jacob Burckhardts an die Bewertung historischer Größe. Ihm zufolge ist es notwendig, daß die untersuchte Persönlichkeit „einen Willen vollzieht, der über das Individuelle hinausgeht“<sup>19</sup>. Dazu muß konstatiert werden, daß sich Schmidt hierzu nicht eignet. Gleichwohl wird er dadurch nicht umgehend biographieunwürdig. Zumal wenn man aus dem – teilweise zu Unrecht als „biographisches“ Vorbild<sup>20</sup> betrachteten – England erfährt, daß „the first short eighteenth-century masterpieces of English biography were about marginal and disreputable figures, not kings and kaisers“<sup>21</sup>.

Inwieweit die geringe Beschäftigung mit deutschnationalen Politikern durch das frühe Verdikt Friedrich Meineckes über die Rolle der DNVP beim Aufstieg Hitlers beeinflusst

---

<sup>17</sup> Alle goldenen Regel zit. nach: Schwarz, H.-P., Der Unvollendete. Robert Dallek befolgt in seinem Kennedy-Buch die goldenen Regeln für Biographen, in: FAZ v. 7.10. 2003.

<sup>18</sup> Fest, J., Zeitgenosse Hitler. Eine Nachschrift, in: ders., Fremdheit und Nähe. Von der Gegenwart des Gewesenen, Berlin 1998, S. 136.

<sup>19</sup> Burckhardt, J., Das Individuum und das Allgemeine (Die historische Größe), in: ders., Weltgeschichtliche Betrachtungen, Stuttgart 1955, S. 209.

<sup>20</sup> Gerne wird darauf verwiesen, daß das Genre Biographie in England „seit eh und je einen zentralen und zu recht weitgehend unangefochtenen Platz innerhalb der Geschichtswissenschaft einnimmt“ (Kraus, H.-C., Das wäre ein brillianter Kandidat. Ewald Frie rekonstruiert die Politik des Junkers von der Marwitz, in: FAZ v. 8.1. 2002). Das ist zwar grundsätzlich richtig, hierfür genügt ein Blick in die großen englischen Buchhandlungen, gleichwohl gibt es auch dort eine – wenn auch weniger ideologisch aufgeladene – „history of .. academic attacks“, die nicht zuletzt kürzlich John Updike zu dem Verdikt geleitet hat, daß Biographien „just novels with indexes“ seien (Homes, Proper study, S. 8; Updike zit. nach: ebd.). Diese unkritische Perzeption des angelsächsischen Raumes findet sich jüngst wieder, als dem Verfassen von Biographien „traditionell der Ruf einer Königsgattung“ zugeschrieben wurde. Vgl. Gallus, A., Biographik und Zeitgeschichte, in: APuZ 1-2/2005, S. 40.

<sup>21</sup> Holmes, Proper Study, S. 11. Holmes (Proper study, S. 11) nennt als Titel dieser Biographien einerseits die zwei Arbeiten Daniel Defoes über Jack Sheppard von 1724 und Johnsons „Life of Mr Richard Savage“.

Ganz wesentlich wird dieser Befund gestützt durch eine Aussage Joachim Fests (Noch einmal: Abschied von der Geschichte, in: FAZ v. 10.12.1977): „Es kommen .. gewiß nicht nur die ‚Großen‘ in Betracht. Auch die ‚Kleinen‘ können und sollen Gegenstand des historischen Interesses sein“.

worden ist, kann nicht gesagt werden.<sup>22</sup> Fest steht aber, daß über die gesamte Riege der wichtigsten deutschnationalen Reichstagsabgeordneten (zumindest Schmidt, Hugenberg, Freytag-Loringhoven, Quatz, Westarp, Treviranus, Hergt) bis heute nicht eine einzige umfassende Biographie vorliegt. Schmidt, der spätestens seit 1929 zu den engen Vertrauten Hugenberg's gehörte, wenn er nicht der engste war, zeichnete sich diesem gegenüber durch eine näher zu beleuchtende Loyalität aus, die ihn in den Augen des sozialdemokratischen Abgeordneten Julius Leber einzig zum „treuen Grammophon“<sup>23</sup> des Geheimrats machte. War dies in solcher Form richtig? War er tatsächlich der gehorsame Mitstreiter, der *right or wrong* den Kurs Hugenberg's propagierte? Oder gab es Grenzen jenseits einer weitgehenden, grundsätzlichen Übereinstimmung? Besaß er nicht doch, wie der deutschnationale Abgeordnete Edmund Forschbach, aber auch der Papen-Mitarbeiter Alexander Stahlberg übereinstimmend meinten, ein ausgeprägtes Maß an Menschenkenntnis, das ihn – eher als Hugenberg – zumindest ansatzweise das perfide Moment an Hitlers Person erkennen ließ?<sup>24</sup> Zwischen diesen gegensätzlichen Aussagen, die keineswegs eine neue Bewertung prädestinieren sollen, wird die Annäherung an die politische Bewertung Otto Schmidts unternommen. Inwieweit sich dabei die Annahme des Levezow-Biographen Gerhard Granier, wonach auch „Menschen ‚aus dem zweiten Gliede‘ historisches Gewicht [gewinnen können – d. Vf.], Männer und Frauen, auf deren Rat die Führer hören oder die im Hintergrunde Verbindungen zwischen ihnen schaffen“, als richtig erweist, wird sich herausstellen.

Die vorliegende Arbeit wird die klaffende Lücke der deutschen Weimar-Forschung für Schmidt erstmalig schließen. Die Notwendigkeit weiterer Arbeiten über die aufgeführten Personen soll damit unterstrichen werden.

Allgemein gesprochen, werden Fragen gestellt werden, welche Stationen er in seinem Leben passierte, welche Wendepunkte der Geschichte er erlebte und wie er sie verarbeitete, welche Brüche und welche Kontinuitäten sein Leben beschreiben. Der streng chronologische Ansatz empfiehlt sich hier, da er den Verfasser davor bewahrt, „to structure a life too early and too simply into some overall pattern and explanation“. Mehr noch, dieser erweist sich von großem Vorzug, „to show up the gaps in the

---

<sup>22</sup> Vgl. Meinecke, F., Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 6. Aufl. 1965 [1 / 1946], S. 94-96.

<sup>23</sup> Leber, J., Ein Mann geht seinen Weg. Schriften, Reden und Briefe. Hg. v. seinen Freunden, Berlin 1952, S. 81.

<sup>24</sup> Vgl. Forschbach, E., Edgar Jung. Ein konservativer Revolutionär. 30. Juni 1934, Pfullingen 1984, S. 63 f. (i.f. zit. Als: Forschbach, Jung); Stahlberg, A., Die verdammte Pflicht. Erinnerungen 1932-1945, vom Autor überarbeitete und korrigierte Ausgabe, Frankfurt 1990, S. 27 (i.f. zit. als: Stahlberg, Pflicht). Zu den Erörterungen, die nach dem erstmaligen Erscheinen 1987 hinsichtlich der Person Mansteins geführt wurden, soll hier nicht Stellung bezogen werden, da sie irrelevant für das vorliegende Thema sind.

evidence which confident analysis conceals. It constantly throws the emphasis on the experience of the biographee rather than the commentary of the biographer”<sup>25</sup>.

Auf der Suche nach dem biographischen Profil Schmidts wird es vornehmlich darum gehen, sein politisches Denken zu ergründen. Die Weimarer Zeit als die Zeit, in der er zweifellos am effektivsten politische Arbeit geleistet hat, wird den Schwerpunkt der Arbeit bilden.

Nach der Einführung wird das zweite Kapitel die quellenmäßig sehr ungünstig erfaßte Kindheit und Jugendzeit Schmidts beleuchten. Inwieweit der Beruf des Vaters, die gymnasiale humanistische Ausbildung und vielleicht auch der regionale Bezug ihn für die mit 18 Jahren gewählte Offizierslaufbahn nach dem Abitur geprägt haben, wird zu fragen sein.

Die erfolgreiche Karriere bis hin zum Generalstabsoffizier wird im dritten Kapitel zu untersuchen sein. Die auch hier dürftige Quellenlage erschwerte Aussagen über die Perzeption des Kriegsausbruchs. Besonderes Augenmerk wird die Verwendung im Generalstab des Oberbefehlshabers Ost verlangen, da allem Anschein nach aus ihr heraus die Entsendung zu den Brest-Litovsk Verhandlungen um einen Separatfrieden mit Rußland 1917/18 erfolgte. Welche Rolle Schmidt in diesem Zusammenhang bei der Erfüllung von ihm selbst so genannter „Sonderaufträgen“<sup>26</sup> zukam, was sein Auftrag war, was er erreichen, sondieren, ausführen sollte, dem wird bei der Rekonstruktion seiner Vita nachzugehen sein.

Im vierten Kapitel wird nach der Klärung der für die politische Verortung wichtigen Frage, weshalb er 1919 Abschied von der kaiserlichen Reichswehr nahm<sup>27</sup>, aus den ersten veröffentlichten Äußerungen zu destillieren sein, mit welche politischen Gedanken er sich bis zum Eintritt in den Reichstag 1924 beschäftigte. Anders gewendet: Wie sah er den Untergang der Monarchie, die nachfolgende Revolution mit ihren bürgerkriegsähnlichen Zuständen im Deutschen Reich und die Herausbildung der Weimarer Republik und ihrer Staatsverfassung? Wie verarbeitete dieser junge Berufsoffizier, der mit 31 Jahren einen radikalen und gleichzeitig definitiven Bruch der Grundfesten seines Standesverständnisses unausweichlich zu akzeptieren hatte, die über ihn hereinstürzenden Ereignisse. Wie sah seine Suche nach einem „anderen Symbol seiner Treuepflicht“<sup>28</sup> aus, wie antwortete er auf die fundamentalen politischen und sozialen Herausforderungen dieser Zeit? Wie nahm er den Inhalt des Vertrages von Versailles auf, stellte er die schicksalsschwere innenpolitische Gleichung auf:

---

<sup>25</sup> Kinkead-Weeks, M., Writing lives forwards: a case for strictly chronological biography, in: France/St. Clair, Mapping lives. The uses of biography, Oxford 2002, S. 235, 251.

<sup>26</sup> Umdenken, S. 50.

<sup>27</sup> Reichstags-Handbuch, IV. Wahlperiode 1928, hg. v. Bureau des Reichstages, S. 425.

<sup>28</sup> Manstein, Soldatenleben, S. 54.

Weimar gleich Versailles? Wurde er, wie so viele der Kriegsgeneration, durch die Erfahrung des großen Waffengangs und der nachfolgenden Umwälzungen politisiert? Der Wiedereintritt in das Zivilleben bedeutete ähnlich wie für viele Tausend Offiziere auch für Schmidt eine gewaltige Herausforderung. Nach eigener Auskunft widmete er sich in der Zeit bis zur Wahl in den Reichstag 1924 „politischen und volkswirtschaftlichen Studien“ und „förderte rednerisch und organisatorisch die Entwicklung der vaterländischen Bewegung“<sup>29</sup>. Nach der Klärung der praktischen Frage, wie er sich ohne erlernten zivilen Beruf aber verheiratet und mit zwei Kindern ernährte, wird sein Weg in die Politik nachzuzeichnen sein. Wie setzte er sich im konservativen Milieu der Krieger- und vaterländischen Vereine, des Stahlhelms und Landbunds ein und durch? War die Entscheidung der Wendung hin zur DNVP nachgerade naturhaft, welche Faktoren – auch familiärer Natur – trugen dazu bei? Welchen Einfluß spielten dabei Autoren der Konservativen Revolution wie Oswald Spengler oder Moeller van den Bruck?<sup>30</sup> Wie gelang es ihm, für den Wahlkreis Ost-Hannover nominiert zu werden? Nach der grundsätzlichen Politisierung durch den Krieg wird leitend für diese Zeit der parteipolitischen Politisierung allerdings sein, ob sich in dieser Zeit ein erkennbares politisches Profil herausarbeiten läßt.

Im fünften Kapitel, dem Kernstück dieser politischen Biographie, wendet sich die Darstellung der Mitgliedschaft im Reichstag von 1924 bis 1933 zu. Die Betrachtung Schmidts bewegt sich nun parallel auf mehreren Ebenen. Neben vielen Einzelfragen werden erstens seine Reaktionen auf die große Linie der Geschehnisse beobachtet. Zweitens wird das staatspolitische Verhalten der Deutschnationalen im Lichte Schmidts angesehen. Dabei ist besonders von Interesse, warum er welchen Weg des grundsätzlichen Politikverständnisses einschlug? Dies beinhaltet auch die genaue Betrachtung seines schrittweisen Zugehens auf Hugenberg. In dem Verhältnis zu Hugenberg wird sich das Spannungsverhältnis zwischen Loyalität und bedingtem Widerspruch verdeutlichen lassen. Entscheidungs- und Handlungsspielräume werden dabei vermessen. Unterschiede in der politischen Perzeption und deren Formulierung werden besonders am Verhältnis zu den Nationalsozialisten dargestellt. Drittens wird offenzulegen sein, aus welcher parteioffiziellen Stellung er die politischen Entwicklungen beobachtete und welchen wirklichen Einfluß er auf die Geschehnisse nehmen konnte. Viertens wird anhand von Schmidts Verhalten eine Erklärung für die

---

<sup>29</sup> Reichstagshandbuch, S. 425. Angemerkt sei hier, daß sich die Untersuchung nicht mit der welfischen Frage beschäftigen wird, auch wenn Hannover wegen seiner engen Bindungen nach England hierzu angetan wäre. Dieser Aspekt wird als regional begrenzt, nicht spezifisch auf die Reichsebene gerichtet und ohne erheblichen Einfluß auf Schmidts politisches Wirken betrachtet.

<sup>30</sup> Schwiarskott, H.-J., Arthur Moeller van den Bruck und der revolutionäre Nationalismus in der Weimarer Republik, Göttingen 1962.

schließlich mißlungene Integration der DNVP in das politische System der Weimarer Republik versucht werden.

Das sechste Kapitel setzt nach der Auflösung der Partei im Juni 1933 an und untersucht Schmidts Verhalten gegenüber den alten Weggefährten, den neuen Machthabern und den Mitarbeitern der Vizekanzlei, dessen Pressechef von Bose ein ehemaliger Mitarbeiter Schmidts war, bis zum sogenannten Röhm-Putsch im Juni 1934. Sah er sich am Ziel der politischen Arbeit angekommen, oder waren kritische Untertöne zu vernehmen? <sup>31</sup>

Im siebten Kapitel wird der Frage nachgegangen, wie Schmidt die neue politische Entwicklung bewertete, wie er sich und seine Familie nach dem Rückzug aus der aktiven Politik unterhielt, und wie er den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges sah. Weiter wird zu fragen sein, ob er aufgrund seiner Vergangenheit nationalsozialistischen Repressalien ausgesetzt war, wie er sich zum Staatsstreich des 20. Juli 1944 stellte und zuletzt, zu wem seiner alten Weggefährten er Kontakt hielt oder diesen abbrach.

Im achten Kapitel, das nach dem Ende des Krieges ansetzt, wird sich die Arbeit damit beschäftigen, warum er sich politisch wiederbetätigte und welche politische Programmatik er verfocht. Wie nahm sich seine Rückschau auf die politischen Geschehnisse und persönliche Aktivität während der Weimarer Republik aus? Schließlich, wie verbrachte er seinen Lebensabend bis zu seinem Tod im Jahre 1971?

## **1.2. Quellenlage**

Die Quellenbestände, die Otto Schmidt der Nachwelt überlassen hat und der Umfang an Akten, der direkten Niederschlag seiner Person beinhaltet, sind nicht gering, aber deutlich begrenzt.

So fielen den Bombenangriffen auf Berlin nicht nur die Akten des Reichswehrministeriums zum Opfer, darunter die für jeden Offizier angefertigte Stammrolle, die Akten des Oberkommandos der 8. Armee und des Oberbefehlshabers Ost<sup>32</sup>, sondern auch Unterlagen, die sich in Schmidts Besitz befanden. Im Krieg war er von Berlin nach Sylt gegangen und hatte sich dort niedergelassen. Dorthin hat er jedoch „nur einen Teil der Unterlagen mitgenommen, und was in Berlin verblieben ist, ging durch Ausbombung verloren“<sup>33</sup>. Doch für die Jahre bis 1924 wie auch für die

---

<sup>31</sup> Bose war ehemals Mitarbeiter Schmidts gewesen, vgl. Umdenken, S. 328; zur Ermordung Boses, vgl. ebd. S. 358.

<sup>32</sup> Vgl. Die Nachlässe in den deutschen Archiven (mit Ergänzungen aus anderen Beständen), Teil II. Bearbeitet im Bundesarchiv in Koblenz von Wolfgang A. Mommsen, Boppard 1983, S. 1109. Grundsätzliches zu den Archivbeständen, in: Das Bundesarchiv und seine Bestände. Von G. Granier/ J. Henke/ K. Oldenhage. Boppard 3. Aufl. 1977.

<sup>33</sup> 4211 Bundesarchiv / Schmidt / hannover, Vermerk v. 10.6.1963 (Vf.: Archivoberrat Dr. Mommsen), S. 1.

Abgeordnetenzeit ist erfreulicherweise „sehr Wertvolles erhalten geblieben“<sup>34</sup>. Gleichwohl ist die Bestimmung der innerfraktionellen Position Schmidts ganz erheblich dadurch erschwert, daß vor einer absehbaren Durchsichtung der Geschäftsstelle im Jahre 1933 die „Fraktionsakten .. im wesentlichen vernichtet“<sup>35</sup> worden sind – so berichtete es jedenfalls 1952 schriftlich die Sekretärin des Parteivorsitzenden Hergt (1920-1924) und später der Reichstagsfraktion (1925-1933) an den Historiker Werner Liebe.

Die Laufzeit des im Bundesarchiv in Koblenz aufbewahrten, echten Nachlasses beginnt 1920 und endet 1970.<sup>36</sup> Der hier erstmalig vollständig durchgesehene Nachlaß bildete das archivalische Rückgrat der vorliegenden Untersuchung. Aus der Angabe der Laufzeit wird erkennbar, daß immerhin seine ersten 32 Lebensjahre der Überlieferung abhanden gekommen sind. Belege aus der Kindheit, der Jugend und nicht zuletzt der 13-jährigen Militärdienstzeit sind – *horrible dictu* – somit nicht vorhanden – abgesehen von zwei Schreiben. Das Schwergewicht der politischen Ergiebigkeit liegt unbedingt auf der Weimarer Zeit. Die Zeit des Dritten Reiches und sein damit verbundener Rückzug ins private Leben sind karg dokumentiert. Der Versuch der politisch-programmatischen und organisierenden Wiederbetätigung nach 1945 ist gut schriftlich begleitet worden. Schmidts Lebensabend spiegelt sich nach dem Ende der gescheiterten politischen Aktivität ebenfalls im Nachlaß wider.

Eine chronologisch-detaillierte Beschreibung der Quellenlage nimmt sich folgendermaßen aus: Zunächst wird die Quellenlücke der Kindheit und Jugend außerordentlich dürftig geschlossen durch eine vom IR 19 edierte Offiziersstammliste<sup>37</sup>, deren knappe Auskünfte zumindest die Erkenntnisse der nicht mehr vorhandenen Offiziersstammrolle ersetzt.<sup>38</sup> Gleichwohl gab diese Liste nur Auskunft bis 1911. Auch der dieser Liste entnommene Hinweis, daß Schmidt die Kriegsschule Glogau besucht hat<sup>39</sup>, half nur bedingt, da es zwar im Bundesarchiv-Militärarchiv unter der Bestandsbezeichnung: Akademien, Schulen, Kadettenanstalten (PH 21) einen Verweis auf Glogau gibt, die dort aufgeführten Aktenbestände jedoch zu keinem inhaltlichen Fortschritt führten.<sup>40</sup> Weder zur Kommandierung an die

---

<sup>34</sup> Ebd.

<sup>35</sup> Mitteilung der Sekretärin nach: Liebe, DNVP 1918-24, S. 127 Anm. 1. Manfred Kittel bestätigt diesen Befund, vgl. Kittel, M., Zwischen völkischem Fundamentalismus und gouvernementaler Taktik. DNVP-Vorsitzender Hans Hilpert und die bayerischen Deutschnationalen, in: ZfbayLg 59 (1996), S. 851 Anm. 11 (i.f. zit. als: Kittel, Hilpert).

<sup>36</sup> N 1211/ 1-78.

<sup>37</sup> Offizier-Stammliste des Infanterie-Regiments von Courbiere (2. Posensches) Nr. 19, Görlitz 1913, S. 191 (=Nr. 659), (i.f. zit. als: Offizier-Stammliste IR 19).

<sup>38</sup> Auskunft der Zentralnachweisstelle des Bundesarchivs in Aachen an den Vf. v. 20.5. 2000 (tel.).

<sup>39</sup> Offizier-Stammliste IR 19, S. 191.

<sup>40</sup> Findbuch zu PH 21, S. 14 (zu Glogau).

Kriegsakademie 1913 noch zu den Verwendungen im Krieg sind aufgrund der Bombenangriffe amtliche Aktenbelege zu finden.

Auch der Nachlaß des Generals der Infanterie von Below, Schmidts Regimentskommandeur in Schlesien und Oberbefehlshaber der Njemen-Armee (8. Armee), zu dem er zeitlebens eine enge Beziehung pflegte, beinhaltet nur unwesentliche Verweise.<sup>41</sup> Die ungedruckten Lebenserinnerungen des späteren Generalfeldmarschalls Ewald von Kleist, mit dem Schmidt in freundschaftlichem Verhältnis stand, waren für die Reichspräsidentenwahl 1925 und zum sog. Röhm-Putsch teilweise ertragreich.<sup>42</sup>

Für den Befehl des Oberbefehlshabers Ost, zur Ausführung eines bestimmten Auftrages nach Brest-Litowsk und im Juli 1918 nach Moskau zu gehen, enthielten die Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts für die Brester Verhandlungen und später für die Deutsche Botschaft in Moskau nur einen Hinweis<sup>43</sup> - mitbedingt natürlich dadurch, daß Schmidt Offizier, nicht Diplomat war und damit der Dienstherr nicht das Auswärtige Amt war. Der Nachlaß des Chefs des Generalstabes Oberost, Max Hoffmann, führte zu keinem Erkenntnisfortschritt, was Schmidt betraf.<sup>44</sup>

Für die Zeit - gemäß der Auskunft des Reichstagshandbuches - seiner persönlichen Fortbildung, der Förderung der sog. vaterländischen Bewegung (1919-1924) von Hannover aus, ist der Nachlaß Schmidts immerhin bedingt ergiebig. Einige Hinweise enthielten hierzu auch Berichte der politischen Polizei aus Lüneburg.<sup>45</sup>

Der für die beiden Reichspräsidentenwahlen und das Verhältnis zu Schmidt als relevant erachtete, im Bundesarchiv verwahrte Nachlaß Hindenburgs erwies sich als unergiebig.<sup>46</sup> Da der überwiegende Teil des Nachlasses jedoch privat verwaltet wird, ließ sich eine Kontaktaufnahme mit dem hilfsbereiten Enkel Hubertus anfangs gut an,

---

<sup>41</sup> N 87.

<sup>42</sup> In seinem Nachlaß (N 354) sind die 1945 geschriebenen Lebenserinnerungen (Bd. 23-28) und der schriftliche Niederschlag zum Nürnberger Prozeß in Abwesenheit? Interessant (Bd. 29 u. 30, bes. Bd. 30: Ausarbeitung über die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bis 1933). Zu Kleist, vgl. Vogelsang, Th., Ewald von Kleist, in: NDB 12, Berlin 1980, S. 12 f. Der GFM Ewald von Kleist darf nicht mit dem 1944 im Zuge des gescheiterten Attentats ermordeten Ewald von Kleist-Schmenzin verwechselt werden.

Schmidt (Umdenken, S. 358) erwähnt für das Jahr 1934 einen Anruf Kleists, der ihm geraten haben soll, einer angeblichen Verhaftung durch Flucht zuvorzukommen und Berlin zu verlassen. Bestätigung der Flucht auch durch den Brief Oesterlinks an den Verfasser vom 8.2. 2001 (elektr. Post).

Der spätere Generalfeldmarschall von Kleist (1881-1954) war Schmidt spätestens von der Vorbereitung der RPW 1925 bekannt (Umdenken, S. 188).

<sup>43</sup> PA-AA, R 21772 (Briefkopf abgetrennt, Unterschrift nicht entzifferbar) an Prinz Leopold von Bayern, Oberbefehlshaber Ost, Kowno 1918; PA-AA, Botschaft Moskau, Bd. 21, Personalien.

<sup>44</sup> Hoffmanns Nachlaß liegt in Freiburg: N 37.

<sup>45</sup> Vgl. HStA Hannover Hann. 180 Lün., Acc. 3 / 030 Nr. 151 Beobachtung von Veranstaltungen vaterländischer Verbände durch die Behörden.

<sup>46</sup> N 429.



schließlich waren aber die angefragten, bei Hubatsch erwähnten, wichtigen Dokumente nicht mehr aufzufinden.<sup>47</sup>

Die Akten der vormalig sogenannten nationalen Verbände (Stahlhelm, Alldeutscher Verband, Vereinigte vaterländische Verbände Deutschlands, Nationalverband Deutscher Offiziere, Deutscher Offizier-Bund) waren im konkreten Bezug auf Schmidt nur geringfügig ergiebig.<sup>48</sup> Für die verschiedenartigen Aktivitäten der Verbände (wie auch im übrigen), bei denen Schmidt häufig als Redner auftrat, war die Durchsicht der Berichterstattung der der DNVP nahestehenden Niederdeutschen Zeitung (NZ) unentbehrlich.

Die Nachlässe von und die Korrespondenzen mit ihm nahestehenden Personen wie der Kriegskameraden Oesterlink<sup>49</sup>, Böckmann<sup>50</sup>, der als Mitarbeiter bezeichneten Herren Werdermann<sup>51</sup>, von Bose<sup>52</sup>, des Kollegen Brosius<sup>53</sup> aus der Parteiverwaltung sowie des Prinzen Oskar<sup>54</sup> waren nur geringfügig aussagekräftig.

Mit dem Eintritt in die Politik verbesserte sich die Quellenlage zunehmend. Wie bereits angedeutet war Schmidts Nachlaß hier übergreifend am ergiebigsten. Die Nachlässe Hugenbergs<sup>55</sup> und Wegeners<sup>56</sup> waren sehr hilfreich; Quaatz<sup>57</sup> war wichtig, als ungemein aussagekräftig erwiesen sich jedoch seine Tagebücher. Während derjenige

---

<sup>47</sup> Die schriftliche, telephonische und elektronische Korrespondenz mit dem Enkel erstreckte sich über den Zeitraum vom 1.6. 2002 (Anfrage) bis zum 20.3. 2003 (endgültiger Negativbefund).

<sup>48</sup> R 72 (Stahlhelm), R 8048 (Alldeutscher Verband). Zu den Vereingten vaterländischen Verbänden, dem Nationalverband Deutscher Offiziere, dem Deutschen Offizierbund fand sich geeignetes Material in Schmidts Nachlaß (N 1211) und auch in Polizeiberichten im Hauptstaatsarchiv Hannover (HStA Hannover Hann. 180 Lün., Acc 3 / 030 Nr. 151 Beobachtung von Veranstaltungen vaterländischer Verbände durch die Behörden 1922-1927).

<sup>49</sup> Brief des Sohnes an den Verfasser v. 8.2. 2001 (elektr. Post), daß in den „noch zur Verfügung stehenden Unterlagen ... nichts Otto Schmidt-Hannover Betreffendes gefunden“ werden konnte.

<sup>50</sup> Keine Unterlagen im Bundesarchiv-Militärarchiv außer einem telegrammartigen militärischen Lebenslauf, in: MSg 109.

<sup>51</sup> Für die Person Werdermanns waren keine eigenständigen Archivalien aufzufinden, verstreut findet er im Nachlaß Schmidts Erwähnung.

<sup>52</sup> Zu Boses Verbindung mit Schmidt finden sich wertvolle Hinweise in: Archiv für Christlich Demokratische Politik (ACDP) Bestand Forstbach, 01-199-055/5.

<sup>53</sup> Die Korrespondenz mit Herrn Dr. Dieter Brosius förderte keine Erkenntnisse zu Tage (7. und 22.4. 2002).

<sup>54</sup> Nach Mitteilung des Sohnes des Prinzen Oskar, Wilhelm-Karl, an den Verfasser vom 16.7. 2002 gibt es „von meinem Vater allerdings keinen Nachlaß“. Ein einziges archivarisches Fundstück ist im Geheimen Staatsarchiv verwahrt, wobei dieses aus dem Brandenburg-Preußischen Hausarchiv stammt, vgl. GStA PK BPH Rep. 62 IV Prinz Oskar, Nr. 2, Trauergottesdienst für Prinz Oskar von Preußen.

<sup>55</sup> N 1231.

<sup>56</sup> N 1003

<sup>57</sup> N 1247, gute Beschreibung des Quellenwertes in: Weiß, H./ Hoser, P. (Hgg.), Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928-1933 (=Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Bd. 59), München 1989, S. 21-24. Zur Person Quaatz': Ebd., Einleitung, S. 7-21. Ebd., S. 7: Quaatz' Tagebücher für die DNVP-Ära Hugenberg „ein sehr aussagekräftiges, weil unmittelbares

Passarges<sup>58</sup> kaum einschlägig war, brachten Westarps<sup>59</sup> Korrespondenzen und Aufzeichnungen wesentliche Erkenntniszuwächse. Die autobiographischen Schriften Freytaghs enthielten keine Verweise auf Schmidt.<sup>60</sup> Relevantes Material fand sich jedoch in der im Nachlaß Schmidts befindlichen Korrespondenz mit diesem. Von Treviranus war kein Nachlaß aufzufinden, er spiegelt sich gleichwohl ebenfalls im Nachlaß Schmidts wider. Weitere politische Hinweise waren dem im Bundesarchiv archivierten Erinnerungsband des Wahlkreisnachbarn Erich Wienbeck zu entnehmen; dieser schloß eine persönliche Note über Schmidt ein.<sup>61</sup>

Weiterhin verbürgte eine eigenständige Akte des Bundesarchivs (Schmidt / hannover) eine gute Ergänzung zum Nachlaß, welche die Aquirierung des Schmidtschen Materials nachvollziehbar machte. Dort fanden sich in der Korrespondenz mit den Angehörigen des Archivs einige nützliche Hinweise über und von Schmidt und auch vereinzelt wertvolle, von ihm verfaßte, zumeist politische Schriftstücke.<sup>62</sup> Als wichtiges Mosaikstück fiel im Bundesarchiv ein protokolliertes Rededuell zwischen Schmidt und Goebbels bei der Durchsicht der von Einzelstücken ehemaliger Archive der

---

Zeugnis, das umso wertvoller ist, als aus dem Umkreis der DNVP außer den Tagebüchern von Karl Passarge keine vergleichbaren Quellen vorliegen.“

<sup>58</sup> N 1070. Die übrigen Tagebücher von Passarge (Bd. 1-10) beginnen im Juli 1927. Werner Liebe hat noch die Jahrgänge 1920 bis 1927 benutzen können, leider „hat Passarge [diese - d. Vf.] ausgeliehen und nicht zurückerhalten“ (Findbuch des Passarge-Nachlasses, S. 3). Den Vergleich stellten die Herausgeber des Quatz'schen Tagebuches Weiß und Hoser 1989 an, vgl. Einleitung, S. 7.

<sup>59</sup> In Gaertringen und zum Teil im BA-B.

<sup>60</sup> Das Bundesarchiv verwahrt keinen Nachlaß von Prof. Dr. iur. Axel v. Freytagh-Loringhoven, da dieser nach Aussage des Neffen, Generalleutnant a. D. Bernd Freiherr Freytag von Loringhoven, bei Kriegsende in Breslau, dem Wohnort, verlorengegangen ist (Mitteilung des Neffen an den Verfasser v. 28.02. 2001). Zwar sind durchaus relevante Bruchstücke einer Korrespondenz zwischen Schmidt und Freytagh, die sich auf dem rechten Parteiflügel bereits 1924 nahekamen, gleich einigen Schriftstücken im Zusammenhang mit der Auflösung der Partei im Sommer 1933 noch vorhanden, doch erhellt daraus kein einigermaßen umfassendes Bild. Bedauerlich ist ferner, daß der vormalige Amtsgerichtsrat Dr. Otto von Sethe seine in Angriff genommene Biographie nicht zu Ende geführt hat (vgl. Angabe bei Liebe, DNVP, S. 183 und bei Dörr, DNVP, S. 8). Die im Bundesarchiv überlieferten, äußerst umfangreichen Briefe Freytaghs an Sethe mit autobiographischem Inhalt für die Jahre bis 1932 erhielten keinen Hinweis auf Schmidt. Vgl. KLE 293 Axel von Freytagh-Loringhoven an Amtsgerichtsrat Dr. Otto von Sethe: Sieben Briefe mit autobiographischen Ausführungen bis zum Jahre 1920 (1932), geschr. 1942, Freytagh an Sethe, 1.5. 1942, Bl. 201 f.

Auch ein etwaiger Nachlaß des pommerschen Landbundvorsitzenden Hans-Joachim von Rohr ist auf der Flucht der Familie vom mecklenburgischen Demmin am Ende des Zweiten Weltkrieges nach Westen verlorengegangen (Mitteilung von Herrn Dr. von Rohr an den Verfasser, 27.02. 2002). Dies ist umso bedauerlicher, als Rohr nicht nur ungefähr gleichaltrig mit Schmidt war, sondern auch mit ihm - belegt leider erst nach 1945 - korrespondierte, sie sich insofern bereits zu Weimarer Zeiten gekannt haben.

<sup>61</sup> Vgl. KLE 627 Manuskript der Lebenserinnerungen Erich Wienbecks für die Jahre 1876-1947. Die Erinnerungen des 1948 Verstorbenen verwahrt Schmidt bis zur Abgabe ins Bundesarchiv, vgl. 4211 Bundesarchiv / Schmidt / hannover: Vermerk Mommsens über den einzigen Konvent mit Schmidt bzgl. dessen Nachlaß, 10.6.1963, S. 3.

<sup>62</sup> Vgl. 4211 Bundesarchiv / Schmidt / hannover.

deutschnationalen Partei auf. Ergiebig erwies sich auch eine kleine Sammlung der später so genannten Deutschnationalen Front.<sup>63</sup>

Der Versuch, in Schmidts Wahlkreis Akten des Landesverbandes Hannover-Ost der Partei zu finden, schlug in Lüneburg, in dem sein Landesverband den Sitz hatte<sup>64</sup>, Stade<sup>65</sup> und Celle<sup>66</sup> leider vollständig fehl. Einige wertvolle Mosaiksteine fanden sich zu Schmidt und seinem Landesverband im Staatsarchiv in Osnabrück.

Ergänzend wurden aus dem Geheimen Staatsarchiv in Berlin Materialien über die DNVP aus Schmidts Wahlkreis Ost-Hannover hinzugezogen. Die Auskünfte waren in geringem Maße wertvoll. Parteiakten waren erwartungsgemäß nicht vorhanden.<sup>67</sup>

Vollständig offiziell erfaßt waren die Äußerungen Schmidts im Plenum. Diese stenographischen Berichte über die Verhandlungen im Reichstag verdeutlichten seine Rednergabe, politische Ideenwelt und seinen persönlichen Stil im Umgang mit Parlamentskollegen. Beinahe zu allen großen politischen Ereignissen waren hier Stellungnahmen zu verzeichnen.<sup>68</sup>

Für Schmidts politisches Verhalten am Jahreswechsel 1932 / 33 und in der Zeit der Auflösung der DNVP / DNF 1933 wurden neben dem sehr ergiebigen Nachlaß Schmidts auch die verschiedenen edierten Quellensammlungen hinzugezogen.<sup>69</sup>

Die Übergangszeit vom Rückzug aus der aktiven Politik bis in den Herbst 1933 wird erneut am günstigsten erkennbar aus dem Nachlaß Schmidts. Seine Involvierung in die Aktivitäten des Umfelds der Vizekanzlei von Papen, dessen Pressesprecher von Bose ehemals einer seiner Mitarbeiter gewesen war, ist nur bedingt rekonstruierbar aus den Akten der Kanzlei<sup>70</sup>, dem Nachlaß Schmidts und Forschbachs.<sup>71</sup>

Bei der Auswertung der Presse für die Zeit des Abgeordnetendaseins wurden die DNVP-Zeitung „Unsere Partei“, die „Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei“, „Der nationale Wille“, der „Berliner Lokalanzeiger“, „Der Tag“ sowie der Korrespondenz-Dienst der Telegraphen-Union (Dienstag, TDNZ) herangezogen. Aus dem Wahlkreis wurden im besonderen die „Niederdeutsche Zeitung“ und der

---

<sup>63</sup> DNVP: R 8005, 60 Vo 2; KLE 436; DNF: KLE 426.

<sup>64</sup> Negative Ergebnisse erbrachten Anfragen an das Kreisarchiv und Stadtarchiv Lüneburg. Vgl. die Mitteilungen an den Vf. v. 5.8. 2002 und v. 31.7. 2002 (elektronisch). Zum Nachweise des Sitzes des Landesverbandes, vgl. Taschenbuch der Deutschnationalen Volkspartei, Berlin 1929, S. 74.

<sup>65</sup> Ein negatives Ergebnis erbrachte die Anfrage an das Stadtarchiv Stade. Vgl. die Mitteilung an den Verf. v. 1.8. 2002.

<sup>66</sup> Negative Ergebnisse erbrachten Anfragen an das Kreisarchiv und Stadtarchiv Celle. Vgl. die Mitteilungen an den Verf. v. 23.8. 2002 und v. 2.8. 2002.

<sup>67</sup> PK HA I Rep. 77 Titel 4043 Nr. 278: Deutschnationale Volkspartei.

<sup>68</sup> Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 1920-1933, Berlin 1920 ff., Bd. 344-457.

<sup>69</sup> Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien; Akten der Reichskanzlei; Ursachen und Folgen; ebenso: Schultheiß' Europäischer Geschichtskalender.

<sup>70</sup> R 53.

<sup>71</sup> ACDP Bestand Forschbach 01-199-005/5.

„Hannoversche Courier“ eingesehen, mitunter auch Organe der vaterländischen Verbände (die „Deutsche Zeitung“, die „Pflicht“ und die „Treue“).

In der Zeit der Diktatur des Nationalsozialismus und während des Zweiten Weltkrieges, in dem er von Berlin nach Westerland auf Sylt umzog, wurde ausschließlich auf den Nachlaß zurückgegriffen. Publizistisch wirkte Schmidt in dieser Zeit nicht, über Beschäftigungen im Hugenberg-Konzern findet sich hier ebenfalls nur ein geringfügiger schriftlicher Niederschlag. Insgesamt war die Quellenlage für die Jahre 1934 bis 1945 nicht günstig.

Zu den nach dem Ende des Krieges unternommenen Bestrebungen, die Deutsche Konservative Partei / Deutsche Rechtspartei aufzubauen, enthielt Schmidts Nachlaß aussagekräftiges Material. Ergänzungen zur Entnazifizierung und seinem Lebensabend auf Sylt fanden sich im Landesarchiv Schleswig-Holstein und im Sylter Archiv in Westerland.<sup>72</sup>

### **1.3. Gedruckte Memoirenliteratur (ab 1920)**

Der namentliche Niederschlag Schmidts in der Memoirenliteratur fällt äußerst dürftig aus. Die Nennungen bei dem Sozialdemokraten Julius Leber, dem Deutschnationalen Edmund Forschbach und dem der DNVP nahestehenden Alexander Stahlberg nehmen sich einerseits polemisch aus (Leber) und betonen in bezug auf die Nationalsozialisten andererseits nüchtern die angeblich feiner ausgeprägte, politische Intuition Schmidts gegenüber Hugenberg (Forschbach, Stahlberg).<sup>73</sup> Beide Aussagen werden in ihrem Gehalt an den Quellen gemessen werden.

Otto Schmidt selbst hat der Nachwelt zugleich einen Lebensbericht und eine Zukunftsprognose hinterlassen, die – *cum ira et studio* geschrieben – frank für sich beanspruchen kann, eine bedingungslos subjektive Interpretation dessen zu sein, was er erlebt hat.<sup>74</sup> Mithin vermischt dieses schwierige Buch wortgewaltige, virulente Verbaltiraden gegen den Parlamentarismus Weimars mit verklärend-apologetischen Blicken auf die Vergangenheit. Eine „aus konservativer Schau gegebene Geschichtsdarstellung“<sup>75</sup> bemüht sich, gegen vermutete und vermeintliche, von langer Hand initiierte Verleumdungen und Unterdrückungsbestrebungen gegen die Rechte

---

<sup>72</sup> LAS Abt. 460.17 Nr. 55 Geschäftszeichen 1429: Census-Fragebogen des Entnazifizierungsausschusses des Kreises Südtondern; LAS Abt. 605 Nr. 554: Eingabe von Otto Schmidt an den Ministerpräsidenten von Hassel v. 2.11. 1960 und Antwortschreiben v. 30.11. 1960. Sylter Archiv, Sammlung Otto Schmidt-Hannover.

<sup>73</sup> Leber, Weg, S. 81; Forschbach, Jung, S. 63 f.; Stahlberg, Pflicht, S. 27.

<sup>74</sup> Schmidt-Hannover, O., Umdenken oder Anarchie. Männer-Schicksale-Lehren, Göttingen 1959. Beim Abfassen des Buches haben unterschwellig zweifellos die Auflagen der Besatzungsbehörden, die im weiteren Verlauf der Abhandlung genauer betrachtet werden sollen, ihre Nachwirkung gezeigt: „.. Verbote und Querschüsse der Besatzungsmächte gegen konservative Persönlichkeiten ...“. (Ebd., S. 57)

<sup>75</sup> Ebd., S. 77.

von einst und der Nachkriegsjahre vorzugehen. Sein äußerst vage gefaßtes Ziel war der „Umbau des zersetzten und zerfetzten Deutschlands und die Umbildung seiner Führungsschichten“<sup>76</sup>. Ohne zu erklären, warum und wie dieser Prozeß vonstatten gehen sollte, verspreche dieser „dauerhafter zu werden als die Epochen der letzten Vergangenheit, schon deshalb weil er alte Schuldebatten begräbt und weil eine neue, weniger von Ressentiments geladene Front sich ihre Rechts- und Arbeitsfundamente neu erarbeiten muß – von den Zeichen der Geschichte gelenkt!“<sup>77</sup> Und da er erheblichen Beratungsbedarf durch seine Person hierfür zu erkennen glaubt, bietet er seine Unterstützung wohlfeil: *„Um diese Zeichen deuten zu helfen, schrieb ich dieses Buch. Hierin liegt seine Rechtfertigung und zugleich die Begründung für den Zeitpunkt seines Erscheinens“*<sup>78</sup>.

Neben den häufig unbegründeten Thesen, die Unbehagen gegenüber den neuen politischen Entwicklungen aufgrund eigener politischer Einflußlosigkeit andeuten, die den weltpolitischen Wandel mit all seinen Auswirkungen auf Deutschland nicht akzeptieren wollen, hat das Buch aber auch wertvolle Seiten. Der vor allem seinerzeit einen aktuellen Bezug vermittelnde Titel des Buches läßt nicht mit dem ersten Blick erkennen, daß ganz wesentliche Informationen und Erfahrungsberichte in Schmidts Ausführungen zu finden sind.<sup>79</sup> Diese geben nicht nur vorsichtige Einblicke in seine Militärzeit, hier vor allem in seinen Moskauer Auftrag und in seine Erfahrungen aus dem Krieg<sup>80</sup>, sondern beleuchten besonders stark die Weimarer Jahre. Bei aller notwendigen kalten Nüchternheit gegenüber den weitestgehend mit heißer und noch viel spitzerer Feder verfaßten Zeilen konnten die Schilderungen besonders der Gewinnung Hindenburgs als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl 1925 und die damit im weiteren Verlauf zusammenhängenden Ereignisse<sup>81</sup>, die Schilderung der Ereignisse um die Tagung von Bad Harzburg im Oktober 1931<sup>82</sup> und die Ausführungen im Vorfeld der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler im Januar 1933<sup>83</sup> als hilfreich für die Erschließung der Biographie angesehen werden.

---

<sup>76</sup> Ebd.

<sup>77</sup> Ebd.

<sup>78</sup> Ebd.

<sup>79</sup> Mit dieser Ansicht stimmt auch die Rezension in der FAZ überein. Vgl. die Rezension von Erich Dombrowski, einem ehemaligen Redakteur des Berliner Tageblatts: Aus deutsch-nationaler Sicht, in: FAZ v. 22.7. 1960. Wenn Dörr von einem „wenig sachlichen Buch“ spricht, ist dies deshalb nur teilweise richtig. Vgl. Dörr, M., Die Deutschnationale Volkspartei 1925 bis 1928, Marburg 194, S. 395 (i.f. zit. als: Dörr, DNVP).

<sup>80</sup> Ebd., S. 50 f., 125 f., zu den Kriegserfahrungen, vgl. S. 119, 136.

<sup>81</sup> Ebd., S. 185-203.

<sup>82</sup> Ebd., S. 268-287.

<sup>83</sup> Ebd., S. 317-343.

Memoirenliteratur aus dem näheren Umfeld Schmidts, unter anderen Hugenbergs, von Boses, Prinz Oskars<sup>84</sup>, Oesterlinks<sup>85</sup>, von Böckmanns<sup>86</sup>, von Belows<sup>87</sup> war nicht vorhanden. Einzig die Tagebücher Quaatzen waren sehr aufschlußreich.<sup>88</sup>

In sehr begrenztem Umfang erwies sich für die Kriegszeit Rudolf Bindings „Erlebtes Leben“ als hilfreich, da Schmidt ihn im vorletzten Kriegsjahr kennengelernt hatte.<sup>89</sup> Ergänzend für die Kriegszeit wurden die vom IR 19 herausgegebenen oder in Auftrag gegebenen Schriften hinzugezogen. Hinsichtlich Schmidts waren diese nur sehr geringfügig ergiebig.<sup>90</sup> Für die Verwendung unter Below gab es kriegsbedingt keine näheren Erkenntnisse mehr, für die Verwendung unter dem Oberbefehlshaber Ost, dem Prinzen Leopold, erwiesen sich dessen Erinnerungen gleich denjenigen von dessen Chef des Stabes, Max Hoffmann, als unergiebig.<sup>91</sup> Für die Entsendung nach Brest-Litowsk wurden die Memoiren von Verhandlungsteilnehmern wie die des Generalstabsoffiziers Karl von Bothmer herangezogen. Dieser war zur beinahe selben Zeit wie Schmidt an die Deutsche Botschaft nach Moskau kommandiert, hatte über diesen Auftrag Tagebuch geführt und selbiges posthum veröffentlicht.<sup>92</sup> Die

---

<sup>84</sup> Schreiben des Sohnes, Wilhelm-Karl, an den Vf. v. 16.7. 2002.

<sup>85</sup> Schreiben des Sohnes, Hans-Christian, an den Vf. v. 8.2. 2001.

<sup>86</sup> Tel. Hinweis von Gerda v. Böckmann an den Vf. (v. 9.4. 2001), daß noch existentes Material rein militärischen Charakter hat.

<sup>87</sup> Der Nachlaß Belows (N 87) ist rein militärischer Natur (ungedruckt).

<sup>88</sup> Weiß, H./ Hoser, P. (Hgg.), Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatzen 1928-1933 (=Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Bd. 59), München 1989.

<sup>89</sup> Schmidt, Umdenken, S. 82.

<sup>90</sup> Schulz, S., Geschichte des Infanterie-Regiments von Courbiere (2. Posensches) Nr. 19 von 1813 bis 1920. Neubearbeitet auf der Grundlage der 1913 und 1935 erschienenen Regimentsgeschichten. Lübeck 2. verb. u. erg. Aufl. 1986. Offizier-Stammliste des Infanterie-Regiments v. Courbiere (2. Posensches) Nr. 19, Görlitz 1913. Kundt, J./ Raschke, W. (Hgg.), Das Infanterie-Regiment v. Courbiere (2. Posensches) Nr. 19 im Weltkrieg 1914-1919. Nach amtlichen und privaten Kriegstagebüchern, sowie Berichten, Feldpostbriefen, Zuschriften und Stimmen von der Front, Görlitz 1935. Tscherny, N.N., Geschichte des Infanterie-Regiments von Courbiere (2. Posensches) Nr. 19 1813-1913, Berlin 1913. Schubert, M., Infanterie-Regiment von Courbiere (2. Posensches) Nr. 19. Auszüge aus den amtlichen Kriegstagebüchern mit Beiträgen von Mitkämpfern. Mit vier Karten, Oldenburg-Berlin 1922. Goldenes Buch des Infanterie-Regiments von Courbiere (2. Posensches) Nr. 19, Görlitz 1927.

<sup>91</sup> Leopold Prinz von Bayern, Aus den Lebenserinnerungen 1846-1930. Hg. v. Hans-Michael und Ingrid Körner, Regensburg 1983. Prinz Leopold sollte in diesem Zusammenhang nicht mit seinem Bruder, dem Kronprinzen, Rupprecht verwechselt werden, der drei Erinnerungsbände geschrieben hat (vgl. zu Leopold: Ritter III, S.700; zu Rupprecht: Ritter III, S.703, zu Hoffmann: Ritter III, S. 698). Hoffmann, M., Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann. Hg. v. K.F. Nowak. Zwei Bände, Berlin 1929.

<sup>92</sup> Bothmer, K.v., Mit Graf Mirbach in Moskau: Tagebuchaufzeichnungen und Aktenstücke vom 19. April bis 24. August 1918, Tübingen 1922. Zu Bothmer: Beachte die exzellente Quellenkritik bzgl. der un- und veröffentlichten Tagebücher Bothmers bei: Baumgart, Ostpolitik, 1966, S. 209 Anm. 6. Schmidt erwähnt Bothmer in „Umdenken oder Anarchie“ nicht. Weitere Angehörige der Botschaft in Moskau: Botschaftsrat Riezler, Legationsrat v. Bassewitz, Militär-Attaché Schubert (Riezler und Schubert erwähnt in: Umdenken, S. 125f., Bassewitz, in: ebd. S. 18). Nicht genannt: die Majore Henning (vgl. Riezler-Tgb., S. 464 Anm. 4, Henning war 1920 / 21 MdR der DNVP) und v. Bothmer.

Aufzeichnungen des damaligen Militärattachés Schubert<sup>93</sup>, des zu diesem Zeitpunkt nach Moskau entsandten Kurt Riezlers<sup>94</sup> und des dortigen Riezler-Vertrauten Paquet in der Funktion des Presseattachés<sup>95</sup> ließen eine vorsichtige Rekonstruktion der Lage und Stimmung zur fraglichen Zeit zu, beleuchteten jedoch nur den Hintergrund. Die Erinnerungen des nachmaligen DNVP-Vorsitzenden Karl-Theodor Helfferich<sup>96</sup>, der im Juli 1918 für wenige Wochen Nachfolger Mirbachs in Moskau wurde, waren in diesem Zusammenhang nicht aufschlußreich.<sup>97</sup>

Ergiebig erwiesen sich für Schmidts Zeit als Reichstagsabgeordneter neben den Tagebüchern von Quatz nur die Erinnerungen von Treviranus und Brüning.<sup>98</sup>

#### **1.4. Zeitzeugen und Nachfahren**

Aus dem familiären Umkreis Otto Schmidts wurden dessen Enkel Bodo Schmidt - benannt nach dem Sohn Schmidts, der 1943 im Atlantik fiel - und der Sohn seiner mit Rudolf Harder verheirateten Tochter Eva Maria, Wolfgang, angesprochen. Andere Familienmitglieder auch im weiteren Sinne konnten nicht aufgefunden werden.

Herr Bodo Schmidt äußerte sich dahingehend, daß er längst mit der Schaffenszeit seines vaters abgeschlossen habe und nicht mehr an den Verlust des Großvaters erinnert werden wolle. Im übrigen sei auch die Schwester Otto Schmidts, Eva-Maria, bereits verstorben.<sup>99</sup> Wolfgang Harder lehnte kategorisch jedes Gespräch aus gesundheitlichen Gründen ab.<sup>100</sup>

In der Familie des verstorbenen Hans Oesterlink, dessen Tochter ein Patenkind Schmidts war, vermochte sich niemand mehr an den Hauptmann a.D. zu erinnern.<sup>101</sup>

---

<sup>93</sup> Schubert, W., Der Zweite Weltkrieg hat 1918 begonnen. Arbeitshypothese zur Geschichtsforschung unserer Zeit. Aus den Lebenserinnerungen eines Militärattachés. Als Manuskript vervielfältigt. München 1957 (General a.D. der Luftwaffe Dr. Wilhelm Schubert).

<sup>94</sup> Vgl. Riezler, K., Tagebücher, Aufsätze, Dokumente. Hg. v. K.D. Erdmann, Göttingen 1972, S. 462-475. Vgl. zum detaillierten Tathergang die Dokumente Nr. 17 und 18, vgl. ebd., S. 713-717.

<sup>95</sup> Vgl. Baumgart, W., Von Brest-Litovsk zur deutschen Novemberrevolution. Aus den Tagebüchern, Briefen und Aufzeichnungen von Alfons Paquet, Wilhelm Groener und Albert Hopmann März bis November 1918, Göttingen 1971. Vgl. zum Vertrauensverhältnis: Riezler-Tgb., S. 104.

<sup>96</sup> Helfferich, K., Der Weltkrieg. Drei Bände, Berlin 1919.

<sup>97</sup> Art. Helfferich, in: NDB 8, S. 471. Schmidt (Umdenken, S. 88) erwähnt zwar Helfferich im Zusammenhang mit den Ereignissen des Sommers 1918, läßt aber nicht erkennen, ob sie sich dort kennengelernt haben.

Vgl. zu Helfferichs Rolle hier: Ritter, Staatskunst IV, S. 323f., S.533 Anm. 14 (zu Mirbach auch: S. 318, 351) und Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918, S. 246.

<sup>98</sup> Treviranus, G., Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf 1968 (i.f. zit. als: Treviranus, Ende). Brüning, H., Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970. Vgl. zur quellenkritischen Bearbeitung der Memoiren den aufschlußreichen Aufsatz von: Rödder, A., Dichtung und Wahrheit. Der Quellenwert von Heinrich Brüning's Memoiren und seine Kanzlerschaft, in: HZ 265 (1997), S. 77-116.

<sup>99</sup> So im Telephongespräch mit dem Verfasser am 27.1. 2002.

<sup>100</sup> So im Telephongespräch mit dem Verfasser am 15.2. 2002.

<sup>101</sup> Schreiben des Sohnes, Hans-Christian, an den Vf. v. 8.2. 2001 (elektr. Post).

Nachfahren des ehemaligen Mitarbeiters Werdermann oder von Frau Ingeborg Krebs, die ihn bei der Abfassung seines Umdenken-Buches unterstützt hatte, waren nicht eruierbar.

Allein der Sohn des Prinzen Oskar, Wilhelm-Karl, konnte aus eigenem Erleben jedoch in ganz geringem Umfang einige Bemerkungen über Schmidt machen.<sup>102</sup>

Insgesamt betrachtet, ergaben die aufgenommenen Kontakte ein ernüchterndes Ergebnis.<sup>103</sup>

### **1.5. Forschungsstand**

Hermann Heimpels unvergängliches Diktum von 1954: „Literaturkenntnis schützt vor Neuentdeckungen“<sup>104</sup>, wird auch dieser Untersuchung vorangestellt sein. Die Einhaltung dieses Vorsatzes – zumindest was das bisherige Erscheinen von Biographien betrifft – wurde durch die Forschung insofern erleichtert, als eine einschlägige Monographie über Schmidt noch immer ein Desiderat darstellt. Dies wird für die Weimarer Republik nicht nur allein daran erkennbar, daß Schmidt in Standardwerken wie denen von Kolb<sup>105</sup> und Wirsching<sup>106</sup> nicht einmal genannt wird, sondern auch in die führenden biographischen Lexika keinen Eingang gefunden hat.<sup>107</sup>

Unabhängig davon, ob dies schon eine Bewertung der Einflußmöglichkeiten auf das politische Geschehen anzeigt oder nicht, entspricht dies der seit langem anhaltenden Tendenz der Weimar-Forschung, die DNVP vernachlässigt zu haben. Die Forschungsberichte stimmen darin überein, daß die Deutschnationale Volkspartei bisher „keineswegs erschöpfend“<sup>108</sup> und „weitgehend ungenügend“<sup>109</sup> durchleuchtet

---

<sup>102</sup> Schreiben von Wilhelm-Karl Prinz von Preußen vom 16.7. 2002 an den Verfasser.

<sup>103</sup> Der Autor muß sich somit bei der Erstellung der Biographie ausschließlich auf das schriftlich fixierte Material konzentrieren und gleichzeitig beschränken. Einen ganz subjektiven Eindruck der Person, von dem er gerne durch Gespräche mit Menschen berichtet hätte, die ihn - wenn auch als verhältnismäßig junge Menschen - erlebt haben, blieb ihm vorenthalten. Gerade im Falle von Wolfgang Harder (Jg. 1940) ist dies besonders bedauerlich, weil dieser 1963 noch von Otto Schmidt im Gespräch mit Oberarchivrat Dr. Mommsen immerhin als „außerordentlich begabt und politisch sehr interessiert“ beschrieben worden war (4211 Bundesarchiv Vermerk Oberarchivrat Dr. Mommsen v. 10.6. 1963, S. 2).

<sup>104</sup> Heimpel, H., Rez. von: Friedrich August Freiherr von der Heydte. Die Geburtsstunde des souveränen Staates, Regensburg 1952, in: Göttingische Gelehrte Anzeigen 208 (1954), S. 210.

<sup>105</sup> Vgl. Kolb, E., Die Weimarer Republik, München 6. Aufl. 2002 (i.f. zit. als: Kolb, Weimarer Republik).

<sup>106</sup> Vgl. Wirsching, A., Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, München 2000 (i.f. zit. als: Wirsching, Weimarer Republik). Winkler läßt ihn zumindest zweimal einfließen. (Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 2. Aufl. 1994, S. 590, 592 (i.f. zit. als: Winkler, Weimar).

<sup>107</sup> Vgl. Neue Deutsche Biographie und Deutsche Biographische Enzyklopädie.

<sup>108</sup> Wirsching, Weimarer Republik, S. 62. So auch Bösch, F., Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik, Göttingen 2002, S. 16, 36 Anm. 4 (i.f. zit. als: Bösch, Milieu).

<sup>109</sup> Vogt, M., Parteien in der Weimarer Republik, in: Bracher, K.D./ Funke, M./ Jacobsen, H.-A. (Hg.), Die Weimarer Republik, 3. Aufl. 1998, S. 157. Angesichts der bis heute ausstehenden umfassenden Monographie über die DNVP zumindest auf Reichsebene kann der empirische



worden ist. Daraus läßt sich folgern, daß es einen wissenschaftlich geführten Streit um politische Positionen im speziellen und um die historische Bewertung Schmidts im allgemeinen vorläufig gar nicht geben kann. Die hier zu bearbeitende Aufgabe wird sich nun darin liegen, die wissenschaftliche Literatur nach Ereignissen zu befragen, an denen Schmidt mittelbar oder unmittelbar teilnahm.

## **2. Familie und Jugend**

Otto Friedrich Wilhelm Schmidt wurde am 27. Januar 1888 in der kleinen neu-märkischen Stadt Schermeisel im Kreis Oststernberg der Provinz Brandenburg geboren.<sup>110</sup> Otto war neben seinen vier Brüdern Gottfried, Hermann, den Zwillingen Hans<sup>111</sup> und Johannes<sup>112</sup>, einer der Söhne des evangelischen Pfarrers Hermann Schmidt<sup>113</sup> und seiner Frau Olga, geborene Rolke.<sup>114</sup>

Ein gewisses Durchsetzungsvermögen wird er damit früh unter den Geschwistern erlernt haben. Zugleich wuchs Otto in einer ländlichen Gegend auf. Ob er hier auf dem Lande schon in frühen Jugendjahren das Waidwerk erlernte, kann nicht mit letzter Klarheit belegt werden. Gleichwohl lassen seine häufigen, späteren jagdlichen Einlassungen erahnen, daß er ein Mensch war, der die Aura von Natur und Wild als mentales Refugium hoch schätzte.<sup>115</sup>

Da der Vater bis zu seiner Emeritierung im mecklenburgischen Wismar an der Ostsee tätig gewesen ist<sup>116</sup>, Otto aber die gesamte Schulzeit in der Neumark verbracht hat, könnte dies auf ein höheres Alter des Vaters deuten. Zumindest aber läßt sich sagen,

---

Befund Kolbs, wonach „über die größeren Parteien ... inzwischen ein recht dichter Informationsstand zu verzeichnen“ sei, nicht überzeugen. Vgl. Kolb, Weimarer Republik, S. 191.

<sup>110</sup> Vgl. Reichstagshandbuch, IV. Wahlperiode 1928, hg. v. Bureau des Reichstages, S. 425.

<sup>111</sup> Bruder Hans, später Diplomat, war beinahe zweieinhalb Jahre jünger als Otto. Der Vf. erhielt diese Angabe von Frau Dr. Maria Keipert, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Schreiben v. 10.04.2002, i.f. zit. als: Keipert-AA, Schmidt-Rolke).

<sup>112</sup> Der ebenfalls 1891 geborene Bruder Johannes, der wie Otto Offizier werden wollte (vgl. das Reifezeugnis in N 1211/ 26), kann *qua natura* nur der Zwillingbruder von Hans gewesen sein. Die Personalakte Schmidt-Roltke (PA-AA), also die seines Bruders Hans, ergab keinen Aufschluß auf die Lebensdaten und Berufe der Geschwister.

<sup>113</sup> Dies ergibt sich für den Ingenieur Gottfried Schmidt, den Generalkonsul a.D. Hans Schmidt-Rolke und Dr. iur. Hermann Schmidt aus einem Brief Gottfrieds an seine Brüder vom 17.03.1946, vgl. N 1211/ 27. Der 1891 geborene Bruder Johannes wollte wie Otto Offizier werden (vgl. das Reifezeugnis in: N 1211/ 26).

<sup>114</sup> Vgl. Offizier-Stammliste IR 19, S. 191 (= Nr. 659).

<sup>115</sup> Vgl. N 1211 / 3 Schmidt an Forstmeister Corn, 3.11. 1950. In diesem Schreiben an einen Forstmeister Corn geht es Schmidt im besonderen darum, seinen Jagdkarabiner, den er - wie alle Deutschen 1945 ihre Waffen - hatte abgeben müssen, zurückzuerlangen. In einem Lebenslauf (N 1211 / 78, S. 1) drückt er sich so aus: „Meine besten Kameraden waren neben meinen Jungs immer Pferde, Schäferhunde, Stare und Lerchen. Ich liebe das Meer und das Hochgebirge.“ Auffällig ist auch die häufige Verwendung waidmännischer Terminologie in seinem Buch „Umdenken“ (u.a. S. 102, 145).

<sup>116</sup> Ebd.

daß die nachmalig Schmidt zugeschriebene christliche Prägung in nicht unerheblichem Maße durch die Profession des Vaters vermittelt worden war.<sup>117</sup>

Schmidt hat von 1894 bis 1896 die Volksschule in Schermeisel besucht, bevor er 1896 nach dem etwas entfernt liegenden Frankfurt an der Oder hin an das dortige humanistische Gymnasium wechselte.<sup>118</sup> In diesem Abschnitt seiner Schulzeit erlernte der Gymnasiast Schmidt auch Latein und Altgriechisch. Altphilologischer Schultradition folgend wurden auch an diesem mitteldeutschen Gymnasium die Werke der alten Klassiker durch die Schüler aufgeführt. Als Primaner besetzte er die tragische Figur des Ödipus in dem gleichnamigen Stück Sophokles'. Mit Freuden erinnerte er sich an diese Zeit noch an seinem 80. Geburtstag in einem Dankschreiben an die Gratulanten.<sup>119</sup> Im Schuljahr 1905 / 1906 legte er in Frankfurt erfolgreich die Reifeprüfung ab.<sup>120</sup> Wegen der enormen Dürftigkeit der für diesen Zeitabschnitt vorhandenen Quellen kann das Movens hinter der Entscheidung für den nunmehr angestrebten Offiziersberuf nur vermutet werden. Am ehesten werden hierzu das in der Wilhelminischen Ära außerordentlich hohe soziale Ansehen dieses Standes und die Zugehörigkeit zu einer – wenn man den Beruf des Vaters bedenkt – wahrscheinlich bescheiden ihr Dasein fristenden, siebenköpfigen Pastorenfamilie beigetragen haben. Mag somit neben dem Standesprestige bei der Berufswahl mithin ein praktischer Beweggrund vorgelegen haben, könnte darüber hinaus eine Erziehung zum Patriotismus einen Beitrag geleistet haben.<sup>121</sup>

---

<sup>117</sup> Vgl. Forschbach, Edgar Jung, S. 64.

<sup>118</sup> Vgl. N 1211 / 47 Fragebogen der Militärregierung in Deutschland, von Schmidt am 7.8. 1946 unterzeichnet, S. 2 (i.f. zit. als N 1211 / 47 Fragebogen Schmidt).

<sup>119</sup> Vgl. Bundesarchiv Koblenz 4211 / Schmidt / hannover: Dank und Gedanken zu einem späten Geburtstage, S. 1 (1968).

<sup>120</sup> Vgl. N 1211 / 47 Fragebogen Schmidt, S. 2; Offizier-Stammliste IR 19, S. 191 (= Nr. 659).

<sup>121</sup> Ob in der Verwandtschaft militärische Vorbilder vorhanden gewesen sind, konnte nicht eruiert werden.

### **3. Militärzeit (1906-1919)**

#### **3.1. Vom IR 19 bis zur Kriegsakademie (1906-1914)**

Im Gegensatz zum Königreich Bayern, in dem jeder Offiziersaspirant die erfolgreiche Ablegung der Abiturprüfung nachweisen mußte, waren es in Preußen im Jahr 1906 ungefähr 52 Prozent.<sup>122</sup> Der 18-jährige Schmidt konnte sich mit diesem schulischen Hintergrund bei einem Regiment bewerben. Er tat dies beim Königlich Preußischen Infanterie-Regiment von Courbière (2. Posensches) Nr. 19 im schlesischen Görlitz und wurde angenommen. Im Jahr des Eintritts war seit beinahe einem Jahr Oberst von Below Kommandeur dieses Regiments.<sup>123</sup> Im Verlaufe von Schmidts Militärzeit wurden die Grundlagen für eine bis ins Private reichende Beziehung gelegt, die während der Weimarer Republik eine gewichtige politische Dimension annehmen sollte.<sup>124</sup>

Die mit dem 10. März 1906 eingeschlagene Fahnenjunkerlaufbahn<sup>125</sup> ließ ihn zunächst fünf Monate lang eine erste militärische Ausbildung durchlaufen, in der er mit zentralen Dienstvorschriften, dem Formaldienst, mit Waffen und Gerät vertraut gemacht wurde. Über diese erste Zeit wurde jedem Fahnenjunker ein formales Dienstzeugnis ausgestellt. War die Leistung mindestens befriedigend gewesen, wurde der einzelne als Fahnenjunker an eine der zehn Kriegsschulen im Reich kommandiert. Da Schmidt die nordwestlich von Görlitz an der Oder gelegene Kriegsschule Glogau besucht hat, muß das Zeugnis diese Mindestanforderung erfüllt haben.<sup>126</sup> Die Ziele der Ausbildung an den Kriegsschulen waren verschiedener Natur. Zunächst wurde ein Schwerpunkt darauf gelegt, handwerkliche soldatische Kenntnisse zu vertiefen. Die hierzu notwendigen Fähigkeiten wurden in einem Fächerkanon vermittelt, der Taktik, Waffenlehre, Terrainlehre, Heeresorganisation, militärischen Geschäftsstil und

---

<sup>122</sup> Vgl. Ostertag, *Bildung*, S. 99, genau waren es 51, 66 Prozent. Die Kadettenquote lag bei Generalstabsoffizieren und Generälen weit höher, vgl. ebd., S. 307, 311.

<sup>123</sup> Vgl. Findbuch Otto von Below, BAMA FR, N 87. Genauer genommen war Below vom April 1905 bis zum Februar 1909 in Görlitz Kommandeur. Vgl. Schulz, *Geschichte des I.R. 19*, S. 77. Kurz-Biographien finden sich in den Ausführungen Günther von Belows in: N 87 / 70; NDB 2, Berlin 1955, S. 33. Ein italienisches Buch, das nicht vollkommen wissenschaftlichen Standards entspricht, da es zum Beispiel keinen Anmerkungsapparat enthält, jedoch wissenschaftliche Institutionen bei der Recherche miteinbezog, stammt aus der Feder von: Fadini, F., *Caporetto dalla parte del vincitore. Il generale Otto von Below e il suo diario inedito*, Milano 1992. Dies ist die leicht gekürzte Version eines von Fadini unter ähnlichem Titel 1974 geschriebenen Buches. Insgesamt beschäftigt sich das Buch mit dem Italienfeldzug 1917, den Below geleitet hat. Daraus wird jedoch gleichzeitig ersichtlich, daß keine Berührungspunkte zu Schmidt auftauchen können, da dieser zu diesem Zeitpunkt in Frankreich stationiert war. Folglich wird Schmidt nicht erwähnt.

<sup>124</sup> Leider findet sich im Below'schen Nachlaß keine Korrespondenz mit Schmidt. Die Patenschaft Belows für Otto, den zweiten Sohn Schmidts, deutet aber darauf hin, daß beide auch privat ein gutes Verhältnis gehabt haben dürften. Zum Nachweis der Patenschaft, vgl. Schmidt, *Umdenken*, S. 77, 97.

<sup>125</sup> Vgl. Offizier-Stammliste IR 19, S. 191.

<sup>126</sup> Vgl. zum genauen Eintrittsdatum und zum Nachweis des Besuchs der Kriegsschule Glogau: Offizier-Stammliste IR 19, S. 191. Vgl. weiterhin zur Geschichte der Kriegsschule: *Geschichte*

Geschäftskennntnis, praktischen Waffenunterricht und das sogenannte Aufnehmen und Planzeichnen beinhaltete. Freiwillig konnten eine Sprache erlernt und das Sportprogramm erweitert werden.<sup>127</sup>

Darüber hinaus wurde angestrebt, den über das Reich verteilten Offiziersanwärtern aller Waffengattungen eine nahezu gleichartige allgemeine Ausbildung zu geben. Nicht unwesentlich sollte dies das Gemeinschaftsgefühl des zukünftigen Offizierkorps vom frühen Stadium an fördern. Wenig Beachtung fand währenddessen die nichtmilitärische Bildung<sup>128</sup>. Das am intensivsten betriebene Ansinnen, dem sich die Kriegsschulen widmeten, war die prägende Anerziehung eines militärischen Korpsgeistes. Seine als Ehre empfundene Erfüllung fand er im unbedingten Gehorsam gegen den Oberbefehlshaber, den preußischen König und deutschen Kaiser. In einer Dienstordnung aus dem Jahre 1906 hieß es hierzu:

„Die Erziehung steht obenan. Die sittlichen Kräfte zu pflegen, das Verständnis der Standespflichten und die Sicherheit ihrer Erfüllung heranzubilden, in den Kriegsschülern die Erkenntnis zu befestigen, daß nur in der unbedingten Hingebung an die Person und den Dienst des Allerhöchsten Kriegsherrn der Offizier für seinen Beruf heranreift, sind hohe verantwortungsvolle Aufgaben der Kriegsschulen“<sup>129</sup>.

Den Abschluß der Zeit an der Kriegsschule Glogau bildete die Offizierprüfung. Schmidt bestand die Prüfung mit „sehr gut“ und wurde am 18. Oktober 1906 Fähnrich.<sup>130</sup> Im Anschluß hatte der junge Fähnrich Schmidt in seinem Regiment Dienst zu tun. In der anstehenden, von Offizieren seines Regiments vorgenommenen „Offizierwahl“ wurde er für geeignet und würdig befunden, in das Offizierskorps aufgenommen zu werden. Die Ernennung zum Leutnant geschah am 18. August 1907, gleichwohl hatte er das Offizierpatent bereits 1906 erhalten. Die nun vor Schmidt liegende Leutnantszeit dauerte gemeinhin zehn Jahre. Verschiedene Faktoren trugen dazu bei, daß er beim Erklimmen der hierarchischen Leiter eine Ausnahme wurde.

Im Januar des Jahres 1911 wurde er für fünfzehn Monate Regimentsadjutant<sup>131</sup> unter dem Kommandeur von Hahn, der nach fast zweijähriger Dienstzeit auf diesem Posten

der Königlichen Kriegsschule Glogau zur Jubelfeier ihres 50jährigen Bestehens 1909. Zusammengestellt von Hauptmann Rothmaler, Glogau 1909.

<sup>127</sup> Wie oben dargelegt (vgl. S. 8 Anm. 32) ist das Quellenmaterial über die Kriegsschule Glogau für biographische Zwecke nicht geeignet.

<sup>128</sup> Vgl. zu den Mängeln in dieser Richtung: Ostertag, Bildung, S. 140 f.

<sup>129</sup> D.V.E. Nr. 41 Dienstordnung der Kriegsschulen vom 10. Dezember 1906, S.1, zit. nach: Ostertag, Bildung, S. 137.

<sup>130</sup> Vgl. Offizier-Stammliste IR 19, S. 191. Zur Note der Prüfung: vgl. N 1211 / 47 Fragebogen Schmidt, S. 3. Wenige Monate später absolvierte der zwei Jahre ältere, spätere Reichstags- und Fraktionskollege Schmidts, Schlange-Schöningen, ebenfalls Glogau, um dort einen Teil seiner Reserveoffiziersausbildung abzuleisten (vgl. Findbuch zu dessen Nachlaß, N 1071).

<sup>131</sup> Genau genommen wurde er dies am 24.01. 1911, vgl. Offizier-Stammliste, S. 191.

den Stab im Februar 1911 an den neuen Kommandeur von Kraewel weiterreichte.<sup>132</sup> Schmidt wurde auch dessen Adjutant. Sicher ist, daß die Ausübung dieser Funktion eine Auszeichnung für frühe Leistungen gewesen ist. Für Schmidts Ehrgeiz sprach auch, daß er noch vor dem Krieg für seine Verdienste um das Regiment, dessen Chef (ohne operative Befugnisse) der k.u.k. General der Infanterie Graf von Beck-Rzikowsky war, als Leutnant mit dem Ritterkreuz des k.u.k. österreichisch-ungarischen Franz-Josephs-Ordens 4. Klasse ausgezeichnet wurde.<sup>133</sup>

Schmidts militärische Karriere nahm im Jahr des 25-jährigen Thronjubiläums Wilhelms II. einen steilen Anstieg, der ihn fortan dem Elitekorps deutscher Offiziere angehörig machte. Nachdem er sieben Jahren Soldat gewesen war, wurde er 1913 an die Kriegsakademie nach Berlin zur Generalstabsausbildung kommandiert.<sup>134</sup> Er hatte nicht nur die formalen Voraussetzungen erfüllt, wonach nur gemeldet werden konnte, wer mindestens drei aktive Dienstjahre in der Truppe verbracht hatte, in den nächsten fünf Jahren nicht zur Beförderung zum Hauptmann / Rittmeister ausersehen war und zudem körperlich geeignet war.<sup>135</sup> Hinzu trat der im Vorfeld erbrachte Nachweis charakterlicher und geistiger Eignung sowie eine bestandene schriftliche Aufnahmeprüfung.<sup>136</sup> Die Tatsache, daß er die Generalstabsausbildung antreten konnte, verdeutlichte, daß der nunmehr 25-jährige Schmidt neben den Formalia dem Intellekt und der Persönlichkeit nach von seinen Vorgesetzten und von einer hochrangigen Prüfungskommission für diesen exklusiven Kreis für würdig befunden wurde. Der junge Infanterie-Offizier hatte sich damit nicht nur unter den 650 Bewerbern des Jahres 1913 durchgesetzt.<sup>137</sup> Sein Erfolg mußte auch in dem Licht gesehen werden, daß er als Abiturient *qua natura* nicht dem Kadettenkorps angehört hatte und daß dieses den ganz überwiegenden Anteil der späteren Generalstabsoffiziere

---

<sup>132</sup> v. Hahn war Kommandeur vom März 1909 bis zum Februar 1911, v. Kraewel vom Februar 1911 bis zum April 1912, vgl. Schulz, Geschichte des I.R. 19, S. 77.

<sup>133</sup> Vgl. Rangliste der Kgl. Preußischen Armee und des XIII. (Kgl. Württ.) Armeekorps für 1914. Mit den Dienstalsterlisten der Generale und Stabsoffiziere. Nach dem Stand vom 6. Mai 1914. Auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs, Berlin 1914, S. 183.

<sup>134</sup> Vgl. Reichstagshandbuch, IV. WP 1928, S. 425. Die Ausbildung an der Kriegsakademie dauerte aber regulär drei Jahre (vgl. v. Scharfenort, Kriegsakademie, S. 193). Krafft, K., Handbuch für die Vorbereitung für die Kriegsakademie. Zugleich ein Ratgeber für die wissenschaftliche Beschäftigung jüngerer Offiziere, Berlin 3. Aufl. 1916. Scharfenort, L.v., Die Königlich Preussische Kriegsakademie 15. Oktober 1810-1910, Berlin 1910.

<sup>135</sup> Vgl. Ostertag, Bildung, S. 154.

<sup>136</sup> Vgl. Ostertag, Bildung, S. 154. Als Vergleichszahl können die 1909 angenommenen Bewerber herangezogen werden. In diesem Jahr waren 480 Offiziere auf die drei Jahrgänge verteilt. Ungefähr ein Drittel war demnach neu aufgenommen worden. Da eine genaue Zahl fehlt, kann das Verhältnis von 650 Bewerbern (1913) zu ca. 160 Hörern des ersten Jahrgangs (1909) nur theoretisch angedeutet werden. Vgl. Wörterbuch zur Deutschen Militärgeschichte, A-Me (=Schriften des Militärverlags der DDR), Berlin 1985, S. 411 (Stichwort Kriegsakademie), (i.f. zit. als: Wörterbuch zur Deutschen Militärgeschichte).

<sup>137</sup> Vgl. Ostertag, Bildung, S. 154 Anm. 270. Der spätere General von Seeckt war ebenfalls kein Kadett gewesen.

ausmachte.<sup>138</sup> Schmidt, aus einem gewöhnlichen Regiment kommend und Abiturient, hatte sich somit durch hervorragende Leistungen aus eigener Kraft für den Generalstabsdienst qualifiziert und stellte gleichsam eine Minderheit in der elitären Minderheit dar.

Die Kriegsakademie führte den Neumärker nicht nur in die Reichshauptstadt, sondern auch in die hohen Hallen einer mehrfach reformierten Institution. General Peucker hatte im Sinne Scharnhorsts eben dieser den „Charakter einer militärischen Universität“<sup>139</sup> verliehen, wie es in der Verfassung der Akademie von 1867 hieß. Ihm war es mithin gelungen, das humanistische Bildungsideal mit den sich gehörig verändernden militärtechnischen Entwicklungen in einen Ausgleich zu bringen. 1913 war von diesem bedeutenden Entwurf durch die Reformen des älteren und des jüngeren Moltke nichts mehr übrig. 1888 hatte der ältere Moltke durch die faktische Trennung der Ausbildung in einen sprachlichen und naturwissenschaftlichen Zweig neben den obligatorischen militärischen Fächern (Generalstabsdienst, Militärgeschichte) die von Peucker eingeführte dauerhafte Verbindung der beiden wieder aufgelöst.<sup>140</sup> Der jüngere, später im Krieg unglücklich agierende Moltke schritt 1907 weiter auf diesem Weg, indem er neben den genannten obligaten Fächern alle übrigen dem freiwilligen Besuch anheimstellte.<sup>141</sup> Weit entfernt vom Peuckerschen universitären Anspruch nahm sich die Lehrordnung von 1912 nachgerade lapidar aus: „Dem Zweck der Kriegsakademie entsprechend tritt die Ausbildung in den militärischen Fächern in den Vordergrund. Daneben wird die allgemeine Bildung durch wissenschaftliche Vorträge gefördert“<sup>142</sup>. Die Lehre war zur Ausbildung in Fächern verkümmert, die Allgemeinbildung nur noch der Förderung statt systematischer Aneignung wert. Schmidt kam damit 1913 an eine Institution, die sich dem rein fachmilitärischen Unterricht verschrieben hatte und deren Einseitigkeit er allein durch seine schulische Bildung teilweise ausgleichen konnte. Die drei Jahre dauernde Ausbildung<sup>143</sup> – der Lehrordnung von 1912 entsprechend – sollte die Teilnehmer vornehmlich in den Fächern Taktik und Generalstabsdienst und Kriegsgeschichte unterweisen, zudem in Waffenlehre, Militärrecht, Befestigungslehre, im militärischen Aufnehmen (Skizzen) und im Militärgeschäftswesen. Vorträge in Geschichte, Mathematik, Verwaltung und Kriegskunst sollten neben fakultativem Sprachunterricht die Kernfächer begleiten. Schmidt wurde damit in der Taktik und Organisation der höheren Armeeführung intensiv geschult. Allein, bereits im Juli 1914 wurde die Auflösung der Kriegsakademie

---

<sup>138</sup> Vgl. Ostertag, *Bildung*, S. 307, 311.

<sup>139</sup> Zit. nach: Bald, *Generalstab*, S. 37.

<sup>140</sup> Bald, *Generalstab*, S. 46.

<sup>141</sup> Ebd., S. 46 f.

<sup>142</sup> Zit. nach: ebd., S. 71.

<sup>143</sup> Vgl. Ostertag, *Bildung*, S. 163.

wegen der potentiellen Kriegsgefahr geheim befohlen<sup>144</sup>, so daß sich die dreijährige Ausbildung unvorhersehbar auf ein Jahr beschränkte. Der nunmehr 26-jährige Leutnant bestand seine Kriegsakademieprüfung ungewöhnlicherweise beim V. Armeekorps in Posen und nicht in Berlin.<sup>145</sup> Ob dies nun den Zeitdruck während der Auflösung oder die drängende Rückkehrnotwendigkeit Schmidts ins IR 19 unterstrich, mußte ungeklärt bleiben. Belegbar ist, daß er nach der Rückkehr von der Kriegsakademie im Frühjahr 1914 wieder in den Reihen des Infanterie-Regiments Nr. 19 stand, das zum V. Armeekorps gehörte – als Adjutant des Kommandeurs, Oberst Schrötters.<sup>146</sup> Schmidts herausragende Leistungswilligkeit und -fähigkeit hatten ihn innerhalb seiner ersten acht Dienstjahre über die Kriegsakademie in eine exponierte Leutnantsverwendung gebracht. Für die Zukunft seiner militärischen Laufbahn hatte er exzellente Grundlagen geschaffen.

### **3.2. Front und Generalstab (1914-1918)**

Mit seinem Regiment befand sich Schmidt im Juli 1914 im südwestlichen Reichslande Elsaß-Lothringen, genauer gesagt in Straßburg.<sup>147</sup> Bei der beginnenden Westoffensive rückte er im Range eines Leutnants ins Feld und wurde verwundet – spätere Auszeichnungen wie das Ehrenkreuz für Frontkämpfer und das Verwundetenabzeichen belegen dies<sup>148</sup>.

Die Verwundungen, die er in dieser Offensive erlitt, haben ihn wahrscheinlich im August / September 1914 in die Heimat gebracht; im Juni 1915 wurde seine Tochter Eva-Maria geboren.<sup>149</sup> Gültige Konventionen haben deshalb gewiß bedingt, daß die Hochzeit mit Gertrud Sohnemann, eine Tochter aus alteingesessener hannoverscher

---

<sup>144</sup> Vgl. Wörterbuch zur Deutschen Militärgeschichte, S. 412. Bald (Generalstab, S. 71) setzt die Schließung aus demselben Grunde auf April an. Aufgrund der Unvorhersehbarkeit der tatsächlichen Entwicklung der Ereignisse scheint die April-Variante Balds ein *lapsus mentis* zu sein.

<sup>145</sup> Vgl. N 1211 / 47 Fragebogen Schmidt, S. 3. Eine dahingehende Anfrage beim MGFA führte dort gleichfalls nur zu akademischem Erstaunen (Schreiben von Major Dr. Peter Popp an d. Vf. v. 27.08. 2002).

<sup>146</sup> Vgl. Ehren-Rangliste des ehemaligen Deutschen Heeres. Aufgrund der Ranglisten von 1914 mit den inzwischen eingetretenen Veränderungen. Hg. vom Deutschen Offizier-Bund. Neudruck der Ausgabe Berlin 1926. Mit einer Einführung von Friedrich-Christian Stahl, Erster Band. Osnabrück 1987, S. 157; Rangliste der Kgl. Preußischen Armee und des XIII. (Kgl. Württ.) Armeekorps für 1914. Mit den Dienstalterlisten der Generale und Stabsoffiziere. Nach dem Stande vom 6. Mai 1914. Auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs, Berlin 1914, S. 183.

<sup>147</sup> Vgl. Schmidt, Umdenken, S. 113. Bedauerlicherweise bricht die zitierte Offiziersstammliste 1911 ab.

<sup>148</sup> Vgl. zum Nachweis der Verwundungen und der Verwundungsabzeichen: N 1211 / 78 Lebenslauf Schmidts o.J.

<sup>149</sup> Die Geburt (genau: 6.6. 1915) geht aus der Einwohnermeldekartei hervor, die sich im Stadtarchiv Hannover befindet, vgl. schriftliche Auskunft an den Verfasser v. 20.2. 2002; bestätigt durch: Mitteilung des Landesarchivs Berlin an den Verfasser v. 23.10. 2002.

und wohlhabender Landwirtschaftsfamilie, zuvor gefeiert wurde.<sup>150</sup> Es ist mithin nicht übertrieben, von einem beschaulichen Wohlstand seiner in Gehrden geborenen Frau Gemahlin zu sprechen, da üblicherweise „erst ein älterer Hauptmann daran denken [konnte – d. Vf.] zu heiraten“<sup>151</sup>.

Bereits 1914 muß Schmidt sich erneut als exzellenter Offizier ausgezeichnet haben, denn zwei Jahre vor der standardisierten Beförderung wurde er zum Oberleutnant befördert. Waren herausragende Leistungen die Voraussetzung, gab es nicht nur ein „bevorzugtes Avancement“<sup>152</sup> für Generalstabsoffiziere, sondern zudem noch einen „Beförderungsschub zu Beginn des Krieges“<sup>153</sup>. Seine Fähigkeiten als Offizier werden noch deutlicher dadurch, daß Beförderungen „während des Krieges im allgemeinen wie im Frieden gehandhabt“ wurden.<sup>154</sup>

Während sein Regiment in Frankreich blieb, wurde Schmidt nach seiner Rekonvaleszenz „für längere Zeit“<sup>155</sup> Generalstabsoffizier beim Oberkommando der 8. Armee. Dieses Generalkommando 60 wurde von seinem ehemaligen Görlitzer Regimentskommandeur, General von Below, befehligt. Die 8. Armee, der Heeresgruppe Hindenburg zugehörig, war wesentlich am Kurland-Feldzug beteiligt.<sup>156</sup> Während der besonders heftigen Kämpfe in und um die Stadt Mitau (eingenommen am 1. August) von Juli bis Oktober 1915, oblag es Schmidt im Generalstab, die rückwärtigen Verbindungen, die Versorgung der Truppe, aufrechtzuerhalten.<sup>157</sup> In dieser Position, die entsprechend militärischer Terminologie als I b bezeichnet wurde, arbeitete Schmidt mit Generalstabskameraden zusammen, zu denen er noch zu Weimarer Zeiten Kontakt halten sollte. Hierzu zählte der Sohn des Generals und Stabschefs von

<sup>150</sup> Vgl. zur Bestätigung der zu diesem Zeitpunkt schon zurückliegenden Vermählung: N 1211 / 19 General Schroetter an Schmidt, 29.12. 1915.

<sup>151</sup> Neugebauer, Grundzüge, S. 224. Seine Frau stammte genau gesagt aus Wülfighausen am Fluß Deister und besaß dort ein „2500 Morgen großes Rittergut“ (N 1211 / 33 Schmidt an Treviranus, 2.10. 1924).

<sup>152</sup> Deist, Zur Geschichte des preußischen Offizierkorps, S. 53.

<sup>153</sup> Ebd., S. 54. Die schnelle Beförderung hing weiterhin damit zusammen, daß die Beurteilung am Ende (des ersten Teils) des Generalstabslehrgangs „größte Bedeutung“ (Ostertag, Bildung, S. 153) für den späteren Aufstieg hatte. Daß dies für ein sehr gutes Abschneiden Schmidts voraussetzte, ist damit evident.

<sup>154</sup> Stahl, F., Einführung zur Ehren-Rangliste des ehemaligen Deutschen Heeres, Erster Band, ND der Ausgabe Berlin 1926, Osnabrück 1987, S. XIII f. Zustimmend vgl. Deist, Zur Geschichte des preußischen Offizierkorps, S. 54. Vertiefend: Matuschka, E.v., Die Beförderung in der Praxis, in: Meier-Welcker, H. (Hg.), Untersuchungen zur Geschichte des Offizierkorps. Anciennität und Beförderung nach Leistung, Stuttgart 1962, S. 153-176 (=Beitr. z. Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 4).

<sup>155</sup> Reichstagshandbuch, IV. WP 1928, S. 425.

<sup>156</sup> Vgl. Reichsarchiv (Hg.), Der Weltkrieg (1914 bis 1918). Die Operationen des Jahres 1915, Bd. 8. Berlin 1932, S. 456 f.

<sup>157</sup> Schmidt berichtet in einer späteren, kleinen Artikelsammlung, daß er „I b des Generalkommandos 60“ in Mitau gewesen sei (Insulanus spricht, S. 127). Vgl. N 1211 / 35 Erinnerungen und Gedanken, S. 2. Zur Funktion eines I b: Vgl. Transfeldt, W., Wort und Brauch in Heer und Flotte, Stuttgart 9. Aufl. 1986, S. 129. Militärische Details zum Kurland-Feldzug: vgl.



Belows, der zwei Jahre ältere, frühere Kadett, nunmehrige Oberleutnant von Böckmann.<sup>158</sup> Zum Kommandierenden General selbst, von Below, festigte er sein Verhältnis zudem, wodurch die spätere Anknüpfung erleichtert werden sollte.

War die Geburt des ersten Kindes am 15. Juni 1915 für Schmidt sicher ein freudiges Ereignis, so versetzte er selbst seinen mit ihm befreundeten, ehemaligen Kommandeur des IR 19 und nunmehrigen General Schrötter, in Staunen, als er zum Hauptmann ernannt wurde: „Zur Beförderung zum Hauptmann spreche ich Ihnen meinen besten Glückwunsch aus. Wenn man diese hohe Charge in so jungen Jahren erreicht wie Sie, dann macht das ... besondere Freude“<sup>159</sup>. Trotz mangelnden schriftlichen Niederschlags kann die außergewöhnlich frühe Beförderung und dies zudem in naher zeitlicher Folge durch (notwendigerweise) exzellente Leistungen im Generalstabsdienst erklärt werden. Seine soldatischen Qualitäten bestachen zumal, wenn man bedenkt, daß die eigentliche, standardisierte Beförderungsdauer vom Leutnant über den Oberleutnant hin zum Hauptmann 15 Jahre betrug, also die Erlangung dieses Grades erst 1921 angestanden hätte.<sup>160</sup>

1916 hatte der junge Hauptmann erneut sein Gepäck zu schnüren und sich den Westen aufzumachen, da die Oberste Heeresleitung unter Falkenhayn hier die Entscheidung gegen Frankreich zu erzwingen suchte. Ein längeres Kommando an der Reimser Front und „Frontkommandos für besondere Aufgaben der Somme-Schlacht“<sup>161</sup> warfen ihn in den erstarrten Grabenkrieg im Westen. Sie brachten ihn aber auch „im vielumkämpften Pierre-Vaast-Abschnitt“<sup>162</sup> mit dem 21 Jahre älteren Husarenoffizier Rudolf Binding zusammen. Fortan stand er nicht nur „in guter Kriegskameradschaft“<sup>163</sup> mit ihm, sondern sie bezogen auch gemeinsames Quartier.<sup>164</sup> Bindings nachmalige Aufzeichnungen geben einen Eindruck dessen wieder, was heute nur benommene Unvorstellbarkeit befördern kann. Gleichzeitig belegen sie zumindest grundsätzlich den Auftrag Schmidts zur Erledigung „besonderer Aufgaben“, der ihn kurzzeitig in die enge Kameradschaft mit Binding führte. Unter dem Datum des 8. Januar 1917 notiert Binding in sein Tagebuch:

---

N 87 / 24 (Njemenarmee), N 87 / 25 (Kurland-Eroberung); Reichsarchiv, Operationen 1915, S. 462-468.

<sup>158</sup> N 1211 / 2 Böckmann an Schmidt, 13.5. 1917.

<sup>159</sup> N 1211 / 19 General Schrötter an Schmidt, 29.12. 1915.

<sup>160</sup> Vgl. Deist, Militär, S. 49.

<sup>161</sup> N 1211 / 78 Lebenslauf Schmidts o.J. Einen Eindruck von der Somme-Schlacht gibt wieder: v. Grote, H., Somme, Hamburg 1937, v.a., S. 36-155.

<sup>162</sup> Schmidt, Umdenken, S. 82.

<sup>163</sup> Ebd., S. 82. Rudolf Georg Binding (1867-1938) war der Sohn des Strafrechtlers Karl Binding (1841-1920). Im Nachlaß Rudolf Bindings (Nr. 21390, Deutsches Literaturarchiv, Schiller-Nationalmuseum, Marbach am Neckar, vier Kästen) ist allerdings keine Korrespondenz mit Schmidt enthalten. Binding verarbeitete seine Kriegserlebnisse in seinen literarischen Werken während der Weimarer Republik: „Erlebtes Leben“ etc.

„Vor dem St.-Pierre-Vaast-Walde ist das Grauen. In einer der letzten Nächte war ich dort draußen. Der Boden durch Tage und Wochen hunderte von Malen neu umgewühlt bis in ungleichste Tiefen. Leichen von Mensch und Tier, Waffen und Gerät mit Erde und Schlamm verworfen, aufspritzend zum Himmel, niedergestampft in die Erde, wieder emporgeworfen, zerrissen, unförmig! Ganze Batterien, Mannschaften und Geschütze, zusammengeklumpt, unentwirrbar im Tiegel eines ungeheuren Stampfwerks! Da hindurch gingen wir der, der Generalstabsoffizier und ich“<sup>165</sup>.

Nach dieser Verwendung wurde er 1917 wieder an die Ostfront kommandiert, nachdem er im März einen Heimaturlaub angetreten hatte.<sup>166</sup> Schmidt kehrte zurück in den Generalstab der 8. Armee, die allerdings nicht mehr von Below befehligt wurde. Das Ziel war nun Riga. Die an der Mündung der Düna gelegene, für die russischen Truppen strategisch wichtige Stadt galt den deutschen Militärs in Schmidts Worten als „Ausfalltor, Stapelplatz und Lebensnerv“<sup>167</sup> des Gegners. Als Hauptmann im Generalstab bearbeitete er die Vorbereitungen für den Aufmarsch-Plan der Riga-Schlacht<sup>168</sup>. Neben dieser Tätigkeit eines - militärisch gesprochen – I a, der für Operationen und taktische Angelegenheiten zuständig war, nahm er auch an den Kampfhandlungen, dem überraschenden Stoß über den Dünastrom teil. Bei der Eroberung Rigas Anfang September erlebte er an einem „strahlenden Herbsttag den Jubel der befreiten Deutschen ..: ein Erlebnis, um deswillen allein sich ein Soldatenleben lohnte“<sup>169</sup>. Der Eroberung Rigas in den ersten Septembertagen 1917 folgte die Verwendung beim Oberbefehlshaber Ost am Ende des Jahres<sup>170</sup>.

Während dieser militärischen Verwendung verdeutlichte Schmidt am Beispiel des SPD-Politikers Scheidemann, wie er die zunehmende Politisierung der Front durch Urlaubsrückkehrer und Besuche von Reichstagsabgeordneten zu dieser Zeit

---

<sup>164</sup> Vgl. N 1211 / 71 „Von des Reiches Hauptstadt, von Liedern und Freunden“ (Teil der unvollendeten Hugenberg-Biographie), S. 3.

<sup>165</sup> Binding, R., Aus dem Kriege, Frankfurt 1929, S. 205. In verkürzter Form berichtet Binding auch an anderer Stelle von diesen Erlebnissen (vgl. Vier Jahre an der Front, Leipzig 1939, S. 44-49).

Carl Zuckmayer berichtete 1943/44 an den amerikanischen Geheimdienst in einer Nebenbemerkung über Binding, der 1938 verstorben war, daß dieser „bei aller seiner nationalistischen Übersteigerung ein Edelmann .. [gewesen sei] und [ge]blieb[en sei – d. Vf.]“. In: FAZ v. 11.2. 2002. Zuckmayers Bewertung wird durch die anregende Studie Bernhard Martins (Dichtung und Ideologie: völkisch-nationales Denken im Werk Rudolf Georg Bindings, Frankfurt 1986) bestätigt.

<sup>166</sup> Der erste Sohn Bodo wurde im Dezember dieses Jahres geboren.

<sup>167</sup> N 1211 / 35 Erinnerungen und Gedanken, S. 2.

<sup>168</sup> Vgl. N 1211 / 19 Schmidt an Bernhard Schwertfeger, 18.8.1948. Schmidt führt hier hinsichtlich des späteren Generals Fritsch aus: „Aus der Riga-Schlacht, deren Aufmarsch ich beim Armeeoberkommando 8 bearbeitete, kannte ich ihn als I a beim Prinzen Eitel“.

<sup>169</sup> Ebd. Bestätigend zum Frontkommando, vgl. N 1211 / 78 Lebenslauf Schmidts (o.J.); zur Riga-Schlacht, vgl. N 1211 / 19 Schmidt an Schwertfeger, 18.8. 1948.

<sup>170</sup> Zum siebten Jahrestag der Schlacht an der Dünamündung legt Schmidt auf drei Seiten den Hergang aus seiner Sicht dar, vgl. N 1211 / 41 Gedanken zur Riga-Schlacht, in: Deutscher Schnelldienst für Politik und Wirtschaft, 5. Jg. Nr. 208, 4.9. 1924.

bewertete: „In der Truppe und ihren Stäben kümmerte sich damals niemand um Parteihader. Wir hatten mehr zu tun. Ich erinnere mich allerdings noch heute der Empörung, die in unserem Korpsstabe herrschte, als uns von allen Seiten Exemplare einer sozialdemokratischen Sudelschrift, betitelt ‚Der wahre Jacob‘, gebracht wurde, die der hochmögende Reichstagsabgeordnete Scheidemann bei einem Front-Besuch mehr oder weniger diskret verteilt hatte. Der Inhalt war konzentrierter Landesverrat“<sup>171</sup>. Schmidts ironisierender und zugleich drastischer Unterton verrät augenfällig, daß er diesen Entwicklungen ausgesprochen ablehnend gegenüberstand. Mehr noch, mit scharfen Worten antizipierte er gleichsam den Schatten des angeblichen Dolchstoßes und läßt erahnen, wie er das Ende des Krieges und die nachfolgenden Umwälzungen im Deutschen Reich zu einem späteren Zeitpunkt betrachten sollte.

### **3.3. Oberost, Brest-Litowsk und Moskau (1917/18)**

Mit Beginn der Friedensverhandlungen mit Rußland in Brest-Litowsk am 22. Dezember 1917 wurde der Hauptmann i.G. „auf unmittelbare Anforderung des Generals Hoffmann“<sup>172</sup>, wie er selbst schreibt, in den Großen Generalstab des Oberbefehlshabers Ost (Oberost), des Prinzen Leopold von Bayern, versetzt. In diesem obersten Stab an der Ostfront machte er die Bekanntschaft mit dem Husarenoffizier Oesterlink – eine kriegsbedingte Verbindung, die sich 1934 durch gewachsene private Verbundenheit als schützend erweisen sollte.<sup>173</sup> Möglicherweise war Schmidt bei der Geburt des ersten Sohnes Bodo am zweiten Weihnachtsfeiertag 1917 in Hildesheim gewesen und ist danach gen Osten aufgebrochen<sup>174</sup>.

Bevor sich die Darstellung jedoch mit der Einflußnahme Schmidts auf die Ereignisse beschäftigt, soll mit wenigen Strichen angedeutet werden, welche politische Lage in Rußland an der Jahreswende 1917/18 vorherrschte, wer die Machthaber und damit in Brest-Litowsk die Verhandlungspartner waren:

Die Abdankung des Zaren Nikolaus II. am 15. März 1917 und damit das Ende des Zarentums in Rußland waren das Ergebnis der Februarrevolution, in der die

---

<sup>171</sup> Schmidt, Umdenken, S. 125.

<sup>172</sup> N 1211 / 78 Lebenslauf Schmidts o.J. (nach 1945); bestätigend, aber mit zu weit gefaßter Zeitangabe: N 1211 / 47 Fragebogen Schmidt, S. 5. Detailliert zur außenpolitischen Lage des Reiches und zum Fortgang der Verhandlungen, vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 13-28; Hildebrand, Reich, S. 363-372, Hildebrand, Ostimperium, S. 109-124; ergänzend: Ritter, Staatskunst IV, S. 109-150. Vgl. für die russische Seite neben der Monographie von: Debo, R., Revolution and Survival. The Foreign Policy of Soviet Russia 1917-1918, Toronto 1979 die neuere, herausragende Biographie von Service, R., Lenin. A Biography, London 2000, v.a. S. 308-370.

<sup>173</sup> Mitteilungen des Sohnes Hans-Christian Oesterlink an den Vf. vom 20.2. und 2.3. 2001. Auf dem Bild des Großen Generalstabes ist Oesterlink nicht abgebildet, vgl. Schmidt, Umdenken, S.49. Diese Kriegskameradschaft trug auch sehr private Züge. So schickte Hans Oesterlink, um ein Beispiel zu nennen, im Jahre 1942 das Konfirmationsgeschenk für den 1927 geborenen Sohn Otto an Schmidt. Vgl. N 1211 / 15 Oesterlink an Schmidt, 15.10. 1942.

langjährigen gewaltigen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und nationalen Spannungen des riesigen Vielvölkerreiches unter den verschärfend wirkenden Belastungen des Weltkrieges kulminiert waren. Der konstitutionellen Monarchie folgte ein System der „Doppelherrschaft“ von bürgerlicher Provisorischer Regierung und Sowjet aus Arbeitern und Soldaten. In diesem System blockierten sich die legitimierte aber machtlose Regierung und der machtvolle aber ohne verfassungsmäßige Legitimation agierende Sowjet wechselseitig.<sup>175</sup> Der schwelende Machtkampf ließ die Provisorische Regierung letztlich deshalb scheitern, weil sie die Lösung von vier Problemen nicht erreichte, auf die die Massen ungeduldig wartete: Erstens die Beendigung des Krieges, zweitens die Landforderung der Bauern, drittens die Forderung der Arbeiter nach Kontrolle der Industrie und viertens das Streben der nationalen Minderheiten nach Autonomie.<sup>176</sup> Die Schwäche der Regierung und die Ungeduld der Massen ausnutzend, gelang es Lenin und seiner bolschewistischen Partei, am 7. November 1917 in der sogenannten Oktoberrevolution über den Petrograder Sowjet die Provisorische Regierung zu stürzen und die Räterepublik auszurufen. Die erste Sowjetregierung, der „Rat der Volkskommissare“, wurde am 8. November 1917 konstituiert, und der größte Umsturz in der Geschichte des Landes war vollzogen. Der zielsichere Machtinstinkt Lenins hatte seiner Partei den Erfolg gebracht.<sup>177</sup>

Nun galt es für die Bolschewiki, ihre Macht zu sichern, zu erhalten und auszubauen. Zu diesem Zweck verkündete die Sowjetregierung bereits am 8. November 1917 das schon vorbereitete „Dekret über den Frieden“<sup>178</sup>. Es forderte alle Völker und Regierungen zu Friedensschlüssen „ohne Annexionen und Entschädigungen“ auf und konnte dadurch im kriegsmüden russischen Volk große werbende Wirkung für die Bolschewiki entfalten. Am 26. November schlug Leo Trotzki, der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, den Mittelmächten einen Waffenstillstand vor und appellierte gleichzeitig an die Verbündeten, sich der russischen Friedensinitiative anzuschließen. Da die Entente-Mächte dies jedoch ablehnten, sah sich die Sowjetregierung angesichts ihrer desolaten militärischen Lage und ihrer noch keineswegs gesicherten Machtposition zum Alleingang gezwungen. Das deutsche Angebot über Waffenstillstandsbedingungen vom 27. November wurde von den neuen Machthabern in Petrograd angenommen, so daß am 15. Dezember der

---

<sup>174</sup> Vgl. zum Geburtsjahr des Sohnes: Mitteilung des Landesarchivs Berlin an den Vf. v. 23.10.2002.

<sup>175</sup> Vgl. Altrichter, H., Rußland 1917. Das Jahr der Revolution, Zürich 1997, S. 139 (i.f. zit. als: Altrichter, Rußland).

<sup>176</sup> Vgl. ebd., S. 140.

<sup>177</sup> Vgl. Altrichter, Rußland, S. 226.

<sup>178</sup> Zitate des Dekrets aus: PA-AA, Botschaft Moskau, Bd. 16: Russischer Friedensvorschlag vom 26.10./8.11.1917 an das Deutsche Reich (Oktober 1917-Februar 1918).

Waffenstillstand zwischen Sowjetrußland und den Mittelmächten in Brest-Litowsk unterzeichnet werden konnte.<sup>179</sup> Sieben Tage später begannen in Brest-Litowsk die Friedensverhandlungen im Hauptquartier des Oberbefehlshabers Ost unter der Ägide des Staatssekretärs des Äußeren von Kühlmann. Dessen militärisches Pendant während der Verhandlungen - wiewohl untergeordnet -, der Chef des Generalstabes Oberost, Generalmajor Hoffmann, war mit einem rein militärspezifischen Vetorecht ausgestattet.<sup>180</sup> Ihnen gegenüber saß als Delegationsleiter zunächst der nachmalige russische Botschafter in Deutschland, Joffe, der ab Januar von Trotzki, dem bolschewistischen Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, gefolgt wurde. Neben weiteren wurden diese auch von Radek (Sobelsohn) sekundiert<sup>181</sup>.

An den zwischen dem 22. Dezember 1917 und 3. März 1918 stattfindenden Verhandlungen war Schmidt nach eigenem Bekunden im Stabe Hoffmanns beteiligt.<sup>182</sup> Der Inhalt von Schmidts Tätigkeit im Stabe von Oberost 1918 bestand in der „Bearbeitung politischer, organisatorischer und wirtschaftlicher Fragen des gesamten Oberost-Gebietes“ von Narva bis Tiflis.<sup>183</sup> Diese Stabsarbeit machte ihn mit der Region und ihren akuten Problemen vertraut. Hier wurde der Grund für tiefere Überlegungen gelegt, nach dem Krieg in Rußland eine Arbeit aufzunehmen. Aufgrund der inhaltlichen Nähe ihrer Arbeitsgebiete scheint es naheliegend, daß er den späteren Innenminister unter Papen, von Gayl, im Stabe des Prinzen Leopold kennengelernt hat.<sup>184</sup>

---

<sup>179</sup> Altrichter, Rußland, S. 225.

<sup>180</sup> Hoffmann, Erinnerungen II, S. 197.

<sup>181</sup> Baumgart, Deutsche Ostpolitik, S. 20 f.; vgl. auch: Service, R., A history of twentieth-century Russia, London 1998, S. 75 f.

<sup>182</sup> Schmidt nennt seine Teilnahme in: N 1211 / 71 Lebenslauf Schmidts o.J. (nach 1945) und zweifach in: N 1211 / 35 Erinnerungen und Gedanken, S. 3 u. 4. Auf S. 4 wird Schmidts Teilnahme an den Brester Verhandlungen glaubhaft: „Der Verteidiger von Ösel [Insel westlich der Küste Estlands – d. Vf.], der russische Admiral Altvater, erzählte uns später in Brest, daß ihm unter der Wirkung der Riga-Offensive die Truppe unter den Händen weggeschwunden sei“. Vertiefend zu den Verhandlungen: vgl. Baumgart, Deutsche Ostpolitik, S. 16-28; Service, Lenin, S. 338-355.

Die Durchsicht der Akten des Auswärtigen Amtes ergab in den „Kommissionsakten Brest-Litowsk, Akten betreffend Friedenspräliminarien, Personalien von 12/1917 - 1/1918“ (R 22802) ein negatives Ergebnis. Die chronologische Ergänzung dieses Bandes von 1/1918 - 3/1918 (R 22803) führte zu demselben Ergebnis. Die Sichtung weiterer im Prinzip aufschlußreicher Bände (R 22316: Ermordung des Grafen Mirbach [Gesandtschaftswache] 7-9/1918, R 22786: Nachrichten des Nachrichtensoffiziers der O.H.L. bei Oberost und anderen Stellen 12/1917-2/1918) war von durchaus ähnlich bescheidenem Erfolg gekrönt. Entsprechend aussageschwach ist - auf Schmidt gerichtet - die bereits edierte Quellensammlung über Brest-Litowsk, vgl. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe. Von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Republik, Bd. 8: Der Friede von Brest-Litowsk. Ein unveröffentlichter Band aus dem Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassungsgebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages, Düsseldorf 1971 (bearb. v. W. Hahlweg).

<sup>183</sup> N 1211 / 78 Lebenslauf Schmidts o.J. (nach 1945), vgl. auch N 1211 / 71 Lebenslauf Schmidts o.J. (nach 1945): „Arbeitsgebiet: Politik und Verwaltung des gesamten Oberostgebietes.“

<sup>184</sup> Gayl war im Dienstgrad eines Hauptmannes der Reserve dort seit 1916 Leiter der Abteilung Politik und Verwaltung. Vgl. Lebenslauf v. Gayls im Findbuch zu N 1031.

Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk waren nun einerseits durch das historisch vorgehende, augenblickhafte Ansinnen Ludendorffs vom Ostimperium gekennzeichnet und andererseits durch das Bestreben der russischen Delegation, einen Friedensabschluß möglichst ohne Konzessionen zu erreichen. Als die Mittelmächte am 9. Februar 1918 ihre hohen Forderungen in Form eines Ultimatums überreichten, brach Trotzki die Verhandlungen ab und erklärte den Kriegszustand mit der Formel „Weder Krieg noch Frieden“ einseitig für beendet. Darauf nahmen die deutschen Truppen ihre Offensive wieder auf, und als sie Petrograd gefährlich näherrückten, setzte sich Lenin im eigenen Lager mit der Forderung nach einer Annahme der deutschen Bedingungen durch<sup>185</sup>. Am 3. März 1918 kam es schließlich in Brest-Litowsk zum Abschluß des Friedensvertrages. Der Sowjetregierung wurde unter dem rohen „Grundsatz der schieren Gewalt“<sup>186</sup> die Erfüllung wenig maßvoller Forderungen auferlegt, die aber gleichzeitig für Lenin die zwingende Voraussetzung der Sicherung seiner geschwächten Macht war<sup>187</sup>: Verzicht auf drei Viertel der Kohlebergwerke und der Eisenindustrie, auf ein Viertel des bebaubaren Landes und der Bevölkerung und nicht die Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine, Finnlands und des Baltikums.<sup>188</sup> Dieser Diktatfrieden, der mit all seinen hier nicht zu beleuchtenden Implikationen ganz unverhohlen „karthagische Züge“<sup>189</sup> trug, brachte dem Deutschen Reich weit weniger Vorteile, als es erhofft worden war, zumal die Antagonisten im Waffengang diesen als aggressive Herausforderung empfanden – mithin Präsident Wilson den Mittelmächten „Gewalt bis zum Äußersten“<sup>190</sup> entgeschleuderte. Seine späteren Reaktionen belegen, daß dieses Vertragswerk angesichts der Versailler Bestimmungen bei Schmidt - wie bei den meisten Deutschen - „rasch in Vergessenheit“<sup>191</sup> geriet. Und wenn angemerkt wurde, daß die Offiziere in den Verhandlungen „[s]tärker als die Idee vom künftigen Frieden ... der Gedanke an den nächsten Krieg“<sup>192</sup> bewegte, womit eine schnelle Beendigung des Ostfeldzuges und der umgehende Einsatz aller abziehbaren Kräfte gegen Frankreich gemeint waren, dann gilt dies auch für Schmidt. Mithin ist also zu konstatieren, daß Schmidt entsprechend seiner Profession den harten Frieden gegen Rußland guthieß, es im Anschluß für richtig hielt, die

---

<sup>185</sup> Vgl. Hildebrand, Reich, S. 367; Service, Russia, S. 77.

<sup>186</sup> Hildebrand, Reich, S. 368.

<sup>187</sup> Vgl. Altrichter, Rußland 1917, S. 225 f.

<sup>188</sup> Vgl. Altrichter, Rußland, S. 225; Service, Russia, S. 78 f.

<sup>189</sup> Hildebrand, Reich, S. 367.

<sup>190</sup> Zit. nach: Hildebrand, Reich, S. 368.

<sup>191</sup> Ebd., S. 367.

<sup>192</sup> Hildebrand, Reich, S. 365.

Entscheidung im Westen zu suchen und damit – zumindest grundsätzlich – auf der Linie der 3. OHL um Hindenburg und Ludendorff stand.<sup>193</sup>

Im Juli 1918 erhielt Schmidt den Auftrag einer „militärpolitische[n] Mission“<sup>194</sup>, die ihn nach Moskau führte. Wo er sich zwischen März und Juli aufgehalten hat, ob ausschließlich im Stabe des Oberost oder auch an anderer Stelle, wird dadurch rekonstruierbar, daß Schmidt „[a]m 1. Juli .. aus Deutschland [in Moskau – d. Vf.] eingetroffen“ war<sup>195</sup>. Warum er vor Moskau in Berlin gewesen war, ist ungewiß. Möglicherweise war er aus Kowno nach Berlin gefahren, um sich Instruktionen zu holen, was auf eine gewisse Geheimhaltungbedürftigkeit des Unternehmens hindeutet. Die in der Hauptstadt erhaltenen Befehle könnten dann im Stab des Oberfeldshabers Ost, in dessen „Auftrage ... [er - d. Vf.] nach Moskau entsandt“<sup>196</sup> wurde, spezifiziert worden sein. Feststeht, daß er „im Sommer 1918 von der Front durch Berlin kam“<sup>197</sup>. Ob er mit Sommer 1918 die Zeit vor oder nach dem Moskau-Aufenthalt bezeichnet wissen wollte, ist ungewiß, sicher ist jedoch, daß er zumindest zweimal in kürzerer Folge in Berlin war. In Moskau gehörte er „zum Stabe des Bevollmächtigten des Kriegsministeriums“<sup>198</sup>.

---

<sup>193</sup> Weder in den Akten - wie bereits angedeutet - noch in seinen Erinnerungen findet sich hierzu ein Hinweis.

<sup>194</sup> N 1211 / 69 Lebenslauf Schmidts von Januar 1963.

<sup>195</sup> PA-AA, Botschaft Moskau, Bd. 21 Personalien: Schreiben der Deutschen Botschaft Moskau vom 4.7.1918 an das (russische) Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten, Unterschrift nicht entzifferbar.

Die sehr ungünstige Quellenlage wird leider auch durch ein weiteres Schriftstück bestätigt. Im Bundesarchiv-Militärarchiv findet sich (PH 3, Bd. 51 - Sammlung 1. Weltkrieg - Osten 1916/18) ein 23-seitiger Erinnerungsbericht von einem „Reg. Rat a.D. Wilhelm Wölfig, s. Zt. Rittmeister der Außenstelle der OHL in Moskau“ unter dem nicht uninteressanten Titel: „Moskau 1918 (Erlebnisse in Kriegsgefangenschaft und während der Tätigkeit in Moskau - Manuskript) Okt. 1955“. Da Wölfig die geistige Wandlung Paquets (vgl. hierzu: Paquet, Tagebuch, Einträge vom 25.9. und 14.11.1918, S. 161 f. und 241-243 ; Erdmann, Riezler, S. 104) unter dem Eindruck der Erlebnisse hin zum Fürsprecher der Revolution gut nachzeichnen kann (vgl. S. 10f.), er demzufolge Paquet kennengelernt haben muß, war er mindestens auch im Juli in Moskau. Paquet war seit Ende Juni 1918 in Moskau, womit er einem Ruf Riezlers nachkam. Beide kannten sich seit ihrer gemeinsamen Stockholmer Zeit 1917 und hatten dort ein „freundschaftliches persönliches Verhältnis“ aufgebaut (Erdmann, Riezler, S. 104). Aufgrund der innerrussischen Umstände war auch Paquet gezwungen, von August bis November 1918 an das Generalkonsulat in St. Petersburg auszuweichen (vgl. Paquet, Tagebuch, Einleitung, S. 21). Zwar unterstand Wölfig der Botschaft als Offizier naturgemäß nicht, aber er hat „fast jeden Mittag dort an den gemeinsamen Essen teilgenommen“ (S. 9). Die Wahrscheinlichkeit, daß sich Schmidt und Wölfig kennengelernt haben, ist somit sehr hoch. Derselbe Dienstgrade (Rittmeister / Hauptmann) und die damit verbundene ebenbürtige Kompetenzhöhe führte allerdings nicht zum schriftlichen Nachweis einer Bekanntschaft in diesem Bericht.

<sup>196</sup> N 1211 / 78 Lebenslauf Schmidts, o.J.

<sup>197</sup> N 1211 / 69 Insulanus v. 29.7.1950: Bekenntnis zu Berlin, Teil 2. Nachdenksame Betrachtungen auf einer Berlin-Reise, S. 2.

<sup>198</sup> PA-AA, Botschaft Moskau, Bd. 21 Personalien, Deutsche Botschaft an Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten, 4.7.1918.

Da es nur einen Hinweis auf den Inhalt der erteilten Aufträge gibt, kann an dieser Stelle nur ansatzweise rekonstruiert werden, in welcher politischen Atmosphäre Schmidt nach Moskau gelangte und welcher Ereignisse Zeuge er dort wurde<sup>199</sup>.

Sein Aufenthalt in Moskau dauerte vom 1. bis 8. Juli. Die ranghöchsten deutschen Militärs, die nach Moskau kommandiert waren und dort - wie üblich - von der Botschaft unabhängige Missionen auszuführen hatten, waren die Majore Henning und von Bothmer. Ebenfalls in diesem Dienstgrad fungierte der kaiserliche Militär-Attaché Schubert<sup>200</sup>. Henning<sup>201</sup> war der Bevollmächtigte des Kriegsministeriums und Bothmer<sup>202</sup> der Vertreter der OHL und des Chefs des Feldeisenbahnwesens. Henning, der später für eine Splittergruppe der DNVP im Reichstag, die Deutsch-Völkischen<sup>203</sup>, fungieren sollte, war unmittelbarer Vorgesetzter Schmidts. Erst wenige Tage vor der Ankunft Schmidts, am 17. Juni, hatte das Auswärtige Amt in Berlin an den deutschen Gesandten, den Grafen Mirbach-Harff, telegraphiert, daß Henning den bezeichneten Posten einnehmen werde<sup>204</sup>. Am 25. Juni legte Mirbach das Akkreditierungsschreiben dem Volkskommissar des Äußeren, Tschitscherin, vor, welches einen Tag später von dessen Behörde anerkannt wurde.

Das Aufgabenspektrum dieses Bevollmächtigten des Kriegsministeriums wurde in dem Schreiben vom 17. Juni mit der „Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Heeresverwaltung“ umschrieben, was die Behandlung von Kriegsgefangenen-,

---

<sup>199</sup> Vgl. zur chaotischen politischen Lage: Ritter, Staatskunst IV, S. 316 f. So wenig der Vertrag von Brest-Litowsk einen mehr als formalen Friedenszustand zwischen Rußland und dem Deutschen Reich garantierte, zumal dem Vertrag russischerseits als einzige die Bolschewisten zugestimmt hatten, so war doch die gegenseitige Entsendung von Diplomaten ein erster Schritt bei der Anbahnung bilateraler Beziehungen. Adolf Joffe war am 20. in Berlin und Graf Mirbach am 24. April in Moskau eingetroffen. Zur Mission Mirbachs, vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 208-233 und zur Person Mirbachs, vgl. ebd., S. 208 f.; NDB Bd. 17, Berlin 1994, S. 556; der Artikel in der DBE gibt darüber keine Auskunft (Bd. 7, S. 150).

<sup>200</sup> Schubert war der einzige Deutsche an der Botschaft, der des Russischen mächtig war (vgl. Einschlag seines Buches, Der zweite Weltkrieg). Von enormem Vorteil war es daher, daß Tschitscherin und Radek russischerseits die deutsche Sprache beherrschten (vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 209). Zum Lebenslauf Schuberts im Telegrammstil, vgl. BA FR, MSg 109. Festzuhalten bleibt an dieser Stelle, daß Henning, der immerhin Schmidts kurzzeitiger direkter Vorgesetzter war und später auch im Reichstag saß, ebensowenig wie Bothmer in „Umdenken oder Anarchie“ genannt wird, hingegen Schubert im Zusammenhang mit der Ermordung Mirbachs erwähnt wird (S. 125). Allerdings nennt Schubert Schmidt nicht in seinem Buch.

<sup>201</sup> Wilhelm Henning war an verschiedenen Kriegsschauplätzen eingesetzt, kam im Frühjahr 1917 ins Kriegsministerium, war von Dezember 1917 - Februar 1918 Mitglied der gemischten Kommission unter Mirbach in Petersburg und hatte von April bis August 1918 die oben bezeichnete Aufgabe.

<sup>202</sup> Karl Frhr. v.Bothmer (1880-1947). Das originale Taschenbuch, das seinerzeit von Professor Baumgart transskribiert wurde, wird heute von Prof. Dr. Gernot Böhme (Darmstadt) aufbewahrt. Seine freundliche Bereitschaft, Auskunft darüber zu erteilen, ergab einen ernüchternden Befund: Schmidt wird nicht genannt in der Zeit vom 1. bis 8. Juli (Mitteilung an den Vf. v. 30.7. 2001)

<sup>203</sup> Zu Hennings politischer Karriere nach dem Krieg, vgl. Striesow, J., Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen. Zwei Bände, Frankfurt 1981, Bd. 1, S. 297 ff.; Schildt, Konservatismus, S. 151. Weder die NDB noch die DBE führen ihn auf.



Arbeiter- und Rohstofffragen umfaßte.<sup>205</sup> Schmidt war, wie aus dem Schriftstück vom 4. Juli hervorgeht, am 1. Juli aus Deutschland angekommen und dem Stabe Hennings zugeordnet.<sup>206</sup> Er beschäftigte sich in Moskau mit der besonderen Problematik des Grenzverkehrs im von deutschen Truppen besetzten Gebiet. Dort stellte sich die Frage, ob man grundsätzlich niemanden in das Gebiet lassen sollte und auch „die Rückwanderung nur in Einzelfällen nach besonderer Prüfung [...] erlauben“ wollte<sup>207</sup>. Da dieses Verfahren jedoch „noch heftigere Klagen als bisher heraufbeschwören würde und in der Mehrzahl der Fälle zur Unmenschlichkeit ausarten“ würde, sei zu bedenken, daß „fast jeder Rückwanderer eine Arbeitskraft bedeute und sein Zuzug die wirtschaftliche Kraft des von uns besetzten Gebietes zu heben geeignet sei“. Deshalb sollten diese „Gesichtspunkte bei der Zulassung“ von Rückwanderern beachtet werden, ohne die „Prüfung der Personalien“ nicht streng und andauernd walten zu lassen. Zur Vorbeugung sei Sorge getragen worden, „daß schon vor unserer Demarkationslinie eine genaue Prüfung der Personalien stattfinde und zwar unter Zuziehung von geeigneten Elementen der Bevölkerung. Im Interesse einer zweckentsprechenden Organisation dieser Überwachung sei ein Hauptmann Schmidt nach Moskau gesandt worden. Schließlich begnüge man sich nicht mit der einmaligen Prüfung, sondern setze die Beobachtung der Rückwanderer dauernd fort. Damit sei seines Erachtens das Menschenmögliche geschehen, um den Zuzug unwillkommener und revolutionärer Elemente zu verhindern. Er könne nach allem, was er gesehen habe, die Gefahr einer Überschwemmung mit bolschewistischen und ähnlichen Zuzüglern nicht für so groß halten und glaube, daß in Zukunft ernstere Befürchtungen in dieser Hinsicht nicht mehr Platz griffen“.

Was Schmidt demnach von Moskau aus zu bearbeiten hatte, war der Aufbau einer geeigneten Organisation zur Kontrolle der Menschen, die durch den deutschen Frontverlauf und die Besetzung dieses Gebietes durch deutsche Truppen nach Osten hin ausgewandert waren und jetzt in ihre Heimat zurückgehen wollten. Zum einen sollten bolschewistische Personen aus diesem Gebiet ferngehalten werden, um nicht im Rücken der Front Widerstand organisieren zu können. Zum anderen sollten Personen, denen durch eigene Bevölkerungsmitglieder keine revolutionäre Haltung bescheinigt wurde, die Rückkehr auch zur Stärkung der wirtschaftlichen Kraft des Gebietes erlaubt

---

<sup>204</sup> PA-AA, Botschaft Moskau, Bd. 21 Personalien: Mirbach an den Volkskommissar des Äußeren, Tschitscherin, 25.6. 1918.

<sup>205</sup> PA-AA, Botschaft Moskau, Bd. 21 Personalien: Auswärtiges Amt an Mirbach, 17.6. 1918.

<sup>206</sup> PA-AA, Botschaft Moskau, Bd. 21 Personalien: Botschaft Moskau an Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten, 4.7.1918.

<sup>207</sup> PA-AA, R 21772 Der Weltkrieg Nr. 20 d, Nr. 1 a: Die Zukunft der baltischen Provinzen Kurland, Livland und Estland, Bd. 19, N.N. (Briefkopf abgetrennt, Unterschrift nicht entzifferbar) an Prinz Leopold von Bayern, Oberberfehlshaber Ost, Kowno 15.7.1918. Alle weiteren Zitate entstammen diesem aufschlußreichen Brief.

werden. Daß die Menschen allerdings nicht nur aus wirtschaftlichen oder Gründen der Heimatverbundenheit an die deutsch-russische Demarkationslinie bei Orscha drängten, sondern auch um dadurch dem zunehmenden Terror der Bolschewiki zu entgehen suchten, wird bei Schmidts Schilderung über eine Szene während der Rückführung des Leichnams des Grafen Mirbach deutlich: Dort „sah .. [er - d. Vf.] an den Drahtzäunen ... die verzweifelten Massenknäuel russischer Bürger und Bauern, die der bolschewistischen Hölle zu entrinnen suchten. Sie weinten, schrien und klammerten sich an die Drähte, die sie vom *Leben* trennten. Das Grauen dieses Bildes hat mich niemals verlassen“<sup>208</sup>. Besonders diese außergewöhnlichen Erlebnisse aus der Verwaltungspraxis des Alltags dürften seine antirevolutionären und antikommunistischen Aversionen sensibilisiert und grundgelegt haben.

Den mächtigen Wellenschlag der russischen Revolution erlebte er im folgenden in Moskau. Die politische Atmosphäre, in die der Generalstabshauptmann unvermittelt eintauchen mußte, war nicht frei von Spannungen, vielmehr nahm sich die Lage so aus, daß Schmidt die Aversionen gegen den ehemaligen Kriegsgegner Deutschland teilweise selbst zu spüren bekam. Am 4. Juli nahm er zusammen mit Botschaftsrat Riezler, dem Stellvertreter Mirbachs, beobachtend an dem an diesem Tage beginnenden fünften allrussischen Räte-Kongreß teil. Von der Großfürstenloge des Bolschoj-Theaters aus konnte er beobachten, wie aufgeheizt-aggressiv, nachgerade vergiftet-bedrohlich das Klima gegen Deutschland hin zum gewalttätigen Bersten gediehen war. Schmidt erlebte – nach eigenem Bekunden – „wütende Haßausbrüche“<sup>209</sup>, die in Exklamationen wie „Nieder mit Brest! Nieder mit Mirbach! Nieder mit den Lakaien Deutschlands!“<sup>210</sup> kulminierten.

Die zum Siedepunkt hin treibende Stimmung im öffentlichen politischen Moskauer Leben fand ihr unglückliches, den dauerhaften Widerspruch zwischen Staatskunst und Kriegshandwerk bezeichnendes Abbild in dem - um es milde zu umschreiben - nicht ungetrübten Verhältnis zwischen kaiserlichen Diplomaten und Militärs. Der seinerzeitige Militär-Attachè Schubert, den Schmidt auf jeden Fall kennengelernt haben dürfte, berichtete in seinen Erinnerungen von „ganz ungewöhnliche[n], drastische[n]

---

<sup>208</sup> Ebd., S. 18. Schubert bestätigt diese Beobachtung für das tägliche Leben weitgehend, wenn er von dem „einfach menschliche[n] Mitleid [spricht – d. Vf.] angesichts der manchmal sogar in aller Öffentlichkeit erfolgenden Terror-Akte gegen ‚Bürgertum‘ und andere Opposition“ (Der zweite Weltkrieg, S. 16).

<sup>209</sup> Schmidt, Umdenken, S. 126. Paquets Tagebuch (Eintrag v. 6.7. mit Bezug auf den 4.7., S. 52 f.) aus der Moskauer Zeit bestätigt diesen Eindruck. Gute Stimmungsberichte über den Kongreß finden sich weiterhin bei: Lockhart, R., *Memoirs of a British Agent*, London 1932, S. 295-300; Price, Ph., *Die russische Revolution. Erinnerungen aus den Jahren 1917-1919*, Hamburg 1921, S. 398-411.

<sup>210</sup> Zit. nach: Erdmann, K.D. (Hg.), Kurt Riezler. *Tagebücher, Aufsätze, Dokumente*. Göttingen 1972, S. 108. Vgl. bestätigend: Joost, W., *Botschafter bei den roten Zaren. Die deutschen Missionschefs in Moskau 1918 bis 1941*, Wien 1967, S. 42 (i.f. zit. als: Joost, Botschafter).

Formen“<sup>211</sup>, die dieses Verhältnis zuweilen angenommen hat. So begab es sich einmal „zu vorgerückter Stunde“<sup>212</sup>, daß Schmidts Vorgesetzter, Major Henning, „einen Beamten des .. Auswärtigen Amtes zum Duell“<sup>213</sup> forderte. Unabhängig davon, welchen konkreten Anlaß es, gerade zu späterer Stunde, hierzu gab, warf dieser Vorfall doch ganz eigentümliches Licht auf das innerdeutsche militärisch-zivile Verhältnis - nicht nur zwischen Ludendorff und Kühlmann<sup>214</sup> - dieser Tage. Die Divergenz der Perzeption der politischen Lage und der aus ihr zu ziehenden Handlungsoptionen, d.h. welche Position im Umgang und im weiteren Fortgang der Geschehnisse mit den neuen, bolschewistischen Machthabern gefunden werden sollte<sup>215</sup>, spiegelte sich annähernd drastisch in der schmähenden Charakteristik des Majors von Bothmer über Riezler wider: „Riezler ... politisch liberal, körperlich nicht ausreichend gepflegt, eifersüchtig und voller Angst, daß wir Soldaten Politik treiben könnten ... Jedenfalls ist das ganze Diplomatenvolk so, wie man sich diese Leute vorstellt. Nur Riezler ist insofern eine Ausnahme, als ihm die unbedingt nötige Lebensart und Körperkultur abgehen. Man könnte ihn für alles Mögliche halten, nur nicht für einen Geheimen Legationsrat. Journalist, Kaufmann mittlerer Sorte etc. könnte eher passen ... Der ganze Mensch ist jedenfalls sehr wenig sympathisch, dabei so sehr unappetitlich“<sup>216</sup>. Aber auch Riezler geizte nicht mit Deutlichkeit bei der politischen Beurteilung seiner militärischen Gegenüber, wenn er von „dumme[n] und ungebildete[n] Offiziere[n] [sprach – d. Vf.], die glauben nach acht Tagen Aufenthalts in Moskau in glänzender Unkenntnis, große Exposés über die in Rußland zu treibende Politik an die OHL senden [zu können]“<sup>217</sup>. Schmidts Position als Militär und wenn auch nur kurzzeitiger Angehöriger des Stabes Hennings dürfte wohl eher die seines Vorgesetzten gewesen sein, auch wenn sie nicht durch belegbares Material festzumachen ist. Seine positiven Stellungnahmen zur Person Mirbachs, so spricht er von ihm als einem der „fähigsten und ritterlichsten Diplomaten“<sup>218</sup>, dem „alte[n] Reiteroffizier“<sup>219</sup> und dem „für die deutsche Politik unersetzlichen Gesandten“<sup>220</sup>

---

<sup>211</sup> Schubert, Der zweite Weltkrieg, S. 16.

<sup>212</sup> Ebd.

<sup>213</sup> Ebd. Gleichwohl konnte das Duell verhindert werden, ebd., S. 17.

<sup>214</sup> Den Widerstreit dieser so unterschiedlichen Persönlichkeiten, der gleichzeitig für bestimmte Zeit so charakteristisch für die Leitung des Reiches war, hier den durch die Bismarcksche Schule geprägten, maßvollen Diplomat, dort den energiegeladenen, über alle Maßen ehrgeizigen, geostrategisch-revolutionären General, beschreibt anschaulich: Hildebrand, Reich, S. 365 f., 368 f., 370-372; vgl. auch Ritter, Staatskunst IV, S. 321 f.

<sup>215</sup> Vgl. Erdmann, Riezler, S. 103.

<sup>216</sup> Zitat aus dem Originalmanuskript des Tagebuches, zit. nach: Baumgart, Ostpolitik, S. 209 A. 6.

<sup>217</sup> Riezler zit. nach: Erdmann, Riezler, Dok. Nr. 736, Moskau 11. Mai 1918, S. 464. Zum Verhältnis Riezlers zu den Offizieren insgesamt, vgl. ebd. S. 102 ff.

<sup>218</sup> Schmidt, Umdenken, S. 125.

<sup>219</sup> Ebd., S. 126. Gleichwohl war Mirbach kein Berufsoffizier, sondern Reserveoffizier (Rittmeister bei den Kürassieren). Als solcher hatte er ungefähr ein Jahr im Stab des Chefs des

dürften mehr von subjektiver menschlicher Achtung als von politischer Übereinstimmung geprägt gewesen sein, zumal sich der Gesandte durchaus in sachliche Stellung gegen die militärischen Ansichten brachte.<sup>221</sup> Auch Schmidts Hinweise, daß Mirbach am „Ausgleich zwischen Ost und West“<sup>222</sup> gearbeitet habe und hierfür unersetzlich gewesen sei, sind in keiner Weise spezifizierbar, im Gegenteil, sie wirken durch ihre allgemeine Formulierung erinnerungsbedingt-kalkuliert und politisch intendiert wie eine außenpolitische Wunschvorstellung des Skribenden. Eine greifbare und belegbare politische Akzentuierung im Jahr 1918 ließ sich damit jedoch nicht auffinden.

Inwieweit Schmidt während seiner Moskauer Zeit den Grafen Mirbach kennengelernt hat, läßt sich höchstens erahnen<sup>223</sup>. Unter Verweis auf die - gewiß auch Mirbach nicht verborgen gebliebene – äußerst angespannte Lage betonte Schmidt in einem eventuell stattgehabten Gespräch: „Denken Sie an den Gesandtenmord beim chinesischen Boxeraufstand“<sup>224</sup>. Scheinbar erwiderte Mirbach daraufhin sehr heroisch: „Wird auf mich geschossen, so falle ich wie jeder von Ihnen an der Front“<sup>225</sup>. Schmidts spontane Antwort lautete: „Das ist nicht Ihre Aufgabe, Graf Mirbach“<sup>226</sup>. Ob dies die einzige Unterredung der beiden blieb, konnte nicht geklärt werden. Das mindestens dem Gehalt dieser Aussage Zumutbare liegt vielmehr in der Erkenntnis, daß Schmidt das Leben in der Botschaft aus der Nähe kennengelernt haben muß und einen wenn auch nur kurzzeitigen aber dennoch genaueren Blick in die vorwaltende politische Atmosphäre werfen konnte.

Der Ermordung des deutschen Gesandten am 6. Juli waren wenig zweideutige, nachgerade unverhohlene, auf das Leben Mirbachs zielende Äußerungen einer zu diesem Zeitpunkt mit den Bolschewisten auf das heftigste rivalisierenden politischen Gruppierung, der linken Sozialrevolutionäre, vorausgegangen. Bereits am 24. Juni hatten eben jene dekretiert, Terroranschläge gegen exponierte Vertreter des Deutschen Reiches vorzunehmen. Wenige Tage später, am 4. und 5. Juli, wurden inmitten eines von ihnen herbeigeführten Aufstandes öffentlich vernehmbare

---

Großen Generalstabes des Feldheeres als Leiter der Politischen Abteilung der Militärverwaltung in Rumänien gedient. Vgl. NDB Bd. 17, S. 556.

<sup>220</sup> Ebd.

<sup>221</sup> Vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 216 ff., v.a. 217 A. 30.

<sup>222</sup> Schmidt, Umdenken, S. 126.

<sup>223</sup> Ein Hinweis auf dieses Verhältnis ist aus den Akten der Deutschen Botschaft in Moskau nicht zu entnehmen.

<sup>224</sup> Zit. nach: Schmidt, Umdenken, S. 126. Mit dem Gesandtenmord spielt er auf die Ermordung des deutschen Gesandten in Peking, Klemens Freiherr von Ketteler, im Jahre 1900 an. Hierzu: Hildebrand, Reich, S. 207 f. ; Baumgart, Ostpolitik, S. 229.

<sup>225</sup> Ebd.

<sup>226</sup> Ebd.

Drohungen gegen Mirbach und seinen Botschaftsrat Riezler laut.<sup>227</sup> Die am 6. Juli von eben diesen Sozialrevolutionären ausgeführte Ermordung Mirbachs „erlebte .. [Schmidt – d. Vf.] im Hause der deutschen diplomatischen Vertretung“<sup>228</sup>. Schmidts Reaktion auf diese Tat, die „Besetzung Moskaus und St. Petersburgs“ zu fordern, entsprach der empörten Stimmung vieler Botschaftsangehöriger und Militärs.<sup>229</sup>

Die diffuse politische Situation, die in Moskau Anfang Juli herrschte, erlebte er nur noch äußerst kurz mit. Wie eisig das Verhältnis zwischen den Bolschewiki und den Repräsentanten des Deutschen Reiches war, offenbarte sich bei der Handhabung der symbolischen, gleichwohl protokollgerechten Formalien hinsichtlich des Leichnams Mirbachs. Zwar erschienen führende Köpfe der Bolschewiki wie Radek<sup>230</sup>, Tschitscherin<sup>231</sup>, Karachan<sup>232</sup>, Dzerzinski<sup>233</sup>, Swerdlow<sup>234</sup> und nicht zuletzt Lenin. Lenin kondolierte und versprach, alles nur Mögliche zur Aufklärung beitragen zu wollen. Er tat dies aber auf eine solch formal-korrekte, kalkuliert teilnahmslose Art und Weise, daß die offen zur Schau getragene, politische und menschliche Distanz regelrecht zum Greifen gewesen sein muß. Nur so erklärt es sich, daß Riezler und

---

<sup>227</sup> Vgl. Erdmann, Riezler, S. 110. Schmidt selbst betätigt dies, indem er den Eindruck der damaligen Zeit überliefert, es „mehrten sich die Attentatsdrohungen“ (Umdenken, S. 126). So ließ sich etwa die den Sozialrevolutionären zuzurechnende Spiridonova mit folgenden Worten vernehmen: „Ich organisiere die Ermordung Mirbachs von Anfang bis Ende.“ Zit. nach: Baumgart, Ostpolitik, S. 226 A. 58.

<sup>228</sup> Schmidt, Umdenken, S. 50. Der genaue Tathergang ist durch die Äußerungen der Mitlebenden gut dokumentiert worden, vgl. Baumgart (Hg.), Paquet-Tagebuch, Eintrag v. 6.7.1918, S. 56 f.; Bothmer, Mirbach, S. 70 ff.; Erdmann, Riezler, Dokumente 17 (Riezler an das Auswärtige Amt. Moskau, 6. Juli 1918) und 18 (Aufzeichnung Hans von Sauckens über einen mündlichen Bericht Riezlers, die Ermordung Graf Mirbachs betreffend), S. 713-717. Vgl. auch Service, Lenin, S. 360 f.; Trotsky, L., My life. An attempt at an autobiography, Singapore 1984, S. 412.

Obwohl Paquet den Namen Schmidts nicht in seinem Tagebuch erwähnt, hat er ihn möglicherweise gesehen, wenn er unter dem 6.7. kurz nach dem Attentat notiert, daß er - aus einem anderen Raum kommend - „an einer Gruppe der Offiziere (in Zivil) vorbei[gegangen]“ sei (Tagebuch, S. 57).

<sup>229</sup> So führt Schmidt (Umdenken, S. 126) aus: „Die Besetzung von Moskau und Petersburg, die mit geringfügigen deutschen Kräften leicht durchzuführen gewesen wäre und die durch Bildung einer russischen Regierung eine Wende im Osten hätte bringen können, unterblieb“. Vgl. auch: Ritter, Staatskunst IV, S. 317-319.

<sup>230</sup> Karl Radek [Sobelsohn] (1885-1939), seit 1900 in der polnischen und deutschen sozialdemokratischen Bewegung tätig, im Ersten Weltkrieg mit Lenin in der Schweiz, 1917 mit Lenin nach Rußland gereist, zeitweise in der Auslandsvertretung der Bolschewiki in Stockholm tätig, 1918 als Leiter der Abteilung für mitteleuropäische Angelegenheiten im Außenkommissariat tätig, nach der Revolution in Deutschland incognito an die russische Botschaft nach Berlin gereist.

<sup>231</sup> Georgij Tschitscherin (1872-1936), seit 1890 Beamter des Außenministeriums, 1904 Emigration nach England, dort für die Arbeiterbewegung tätig, März 1918 bis 1930 Volkskommissar des Äußeren.

<sup>232</sup> Lew Karachan (1889-1937), 1914 bis 1917 bolschewistischer Propagandist, Mitglied der Delegation in Brest, 1918 bis 1920 stellvertretender Volkskommissar des Äußeren.

<sup>233</sup> Feliks Dzerzinski (1877-1926), polnischer Sozialdemokrat, seit 1906 Bolschewist, Mitglied des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei 1917 bis 1926, Begründer und Leiter der berichtigten bolschewistischen Geheimpolizei Tscheka (später GPU) 1917 bis 1926.

<sup>234</sup> Jakow Swerdlow (1885-1919), 1918 bis 1919 Präsident des Gesamtrussischen Zentralexekutiv-Komitees.

Schubert übereinstimmend dies so empfunden haben. Der kaiserliche Militär-Attaché berichtet, Lenins Bekundungen hätten „kalt wie eine Hundeschnauze“<sup>235</sup> auf ihn gewirkt. Da er dies auch als Bemerkung an einen der Beamten des sowjetischen Außenamtes gerichtet hatte, erhielt er postwendend die bezeichnende, gleichzeitig zynische Antwort, daß ihm dies allein schon deshalb nicht zur Verwunderung gereichen dürfe, da Mirbach „,auch nur ein bourgeois“<sup>236</sup> gewesen sei.

An der nachfolgenden Totenfeier und dem Zug des Sarges durch die Stadt zum Bahnhof hat - nach den Erinnerungen Schuberts - „weder Lenin noch ein anderer sowjetischer Minister noch ein militärisches Ehrengeliebt teilgenommen ... Nur am Bahnhof erwartete der Außenminister den Sarg“<sup>237</sup>. Auch wenn es nicht unwahrscheinlich ist, daß Schmidt diese Ereignisse aus nächster Nähe beobachten konnte und an der Prozession teilgenommen hat, kann dies nicht belegt werden. Allenfalls ist die Vermutung naheliegend, daß die deutschen Vertreter, unabhängig ob zivil oder militärisch, allein aus Ehrenbezeugung heraus teilgenommen haben. Bei der Rückführung von Mirbachs Leichnam wurde Schmidt wahrscheinlich wieder zum aktiven Teilnehmer am Geschehen. Aus einem Telegramm des zuständigen Majors von Bothmer an den Chef des Feldeisenbahnwesens, Oberst von Oldershausen, geht hervor, daß diese „nach Deutschland .. ab Moskau 8. Juli abends“<sup>238</sup> erfolgte. Der Kürze des Schreibens entsprechend war als „Begleitung Legationsrat Graf Bassewitz“<sup>239</sup> bestimmt worden. Schmidt wurde in diesem Telegramm nicht genannt. Ein nicht näher benannter Kurier wurde zudem für dieses Unternehmen abbestellt. Der Hauptmann berichtete nun in seinen Erinnerungen davon, daß er „gemeinsam mit dem Legationsrat von Bassewitz die Leiche des ... Grafen Mirbach in abenteuerlicher Fahrt nach Deutschland geleitete“<sup>240</sup>. Auch wenn es hierfür keinen Aktenbeleg gab, wurde auch nicht ersichtlich, warum dies nicht der Wahrheit entsprechen sollte, zumal Schmidt ein sonst ohne Niederschlag bleibendes Detail erwähnte, wenn er betonte,

---

<sup>235</sup> Schubert, Der zweite Weltkrieg, S. 9.

<sup>236</sup> Ebd.

<sup>237</sup> Ebd.

<sup>238</sup> PA-AA, Botschaft Moskau, Bd. 5. Paquet bestätigt unter dem 8.7., daß Mirbachs Leichnam zum Bahnhof gebracht worden ist (Tagebuch, S. 63, 65).

<sup>239</sup> Ebd. Rudolf Graf von Bassewitz (1881-1951) ist nicht in der NDB oder in der DBE aufgeführt. Einen Abriß des Lebenslaufes, v. a. der Verwendungsfolge im AA, gibt neuerdings: Biographisches Handbuch des Auswärtigen Dienstes 1871-1945. Band 1: A-F (Bearbeiter: J. Hürter, M. Kröger, R. Messerschmidt, C. Scheidemann). Paderborn 2000, S. 80 f. Die Überführung auch durch Bassewitz am 8.7. bestätigt ein Telegramm vom Unterstaatssekretär im AA, Bussche, an Grünau, Vertreter des AA im kaiserlichen Hofzug, das eine Meldung Riezlers weitergibt, in: PA-AA, R 22316, Gr. Hauptquartier, Rußland 31 k, Ermordung Graf Mirbachs von Juli 1918 bis September 1918. Vgl. Joost, Botschafter, S. 59.

<sup>240</sup> Schmidt, Umdenken, S. 18. Paquet variiert diese Angabe leicht, wenn er unter dem 7.7. schreibt: „Sein [Mirbachs - d. Vf.] alter Kammerdiener fährt mit der Leiche ... General S. [Sergej Ivanowitsch Odicov - d. Vf.] fährt als Eskorte mit“ (Tagebuch, S. 63). Joost (Diplomaten, S. 59 f.) scheint dies auch nicht bekannt zu sein.

daß der „Abtransport der Leiche Mirbachs nur durch die ritterliche und großzügige Hilfe der schwedischen Gesandtschaft“<sup>241</sup> möglich wurde.

Bevor sich der Zug jedoch auf die für Schmidt denkwürdige und prägende Reise machte, erhielt er am Tag zuvor von Karl Radek „dramatische Belehrungen“<sup>242</sup> über die inneren Zusammenhänge des Revolutionshandwerks. Dieses „fleischgewordene Prinzip der Zersetzung“<sup>243</sup> setzte ihm hinsichtlich der Rolle der Sozialrevolutionäre im inner-russischen Machtkampf auseinander: „Aber die Leute sind uns natürlich sehr nützlich; sie sind Dünger für uns, also für die Weltrevolution. Vielleicht muß *mehrfach* gedüngt werden, ehe wir ernten können“<sup>244</sup>. Und auf das Deutsche Reich bezogen sprach Radek ganz offen über die Möglichkeiten einer deutschen Revolution: „Bei Euch drüben muß die Revolution aber, wenn sie erfolgreich sein soll, in der *Regierung* sitzen!“<sup>245</sup>. Wenn Schmidt in diesem Punkt Glauben zu schenken war, dann hat er daraufhin spontan gelacht, was er sich - wie er sich nachträglich mit subtilem politischem Fingerzeig beeilte zu betonen - „später abgewöhnt“<sup>246</sup> habe. Es hatte den Anschein, als ob Radek nachhaltigen Eindruck auf den gerade drei Jahre jüngeren Schmidt gemacht hat.

Gewiß waren Bassewitz und Schmidt einige Tage mit der Bahn bis Berlin unterwegs. Während der Legationsrat jedoch bald die Reise nach Moskau wieder angetreten hat<sup>247</sup>, orientierte sich Schmidts Weg nicht dorthin. Aus einer Antwortnote der deutschen Mission in Moskau vom 28. Juli, die zu diesem Zeitpunkt bereits von Karl Helfferich geführt wurde, an den Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten, Karachan, ging ein Verzeichnis des Personals der kaiserlichen diplomatischen Vertretungen in Moskau hervor. Hierin waren alle Missionen aufgeführt. Dabei erschien Bassewitz erwartungsgemäß unter der Rubrik „Diplomatische Vertretung“<sup>248</sup>. Unter der Rubrik „Stab des Bevollmächtigten des Kriegsministers“ ist Schmidt nicht aufgeführt. Bereits zwei Tage zuvor, am 26. Juli, hatte Major Henning der Botschaft eine Liste aller Angehörigen militärischer Stellen übergeben, in der Schmidt ebensowenig aufzufinden war.<sup>249</sup> Demzufolge war Schmidt Ende Juli 1918 nicht in Moskau. In der Gesamtschau ergab sich demnach folgendes Bild: Schmidt war vom 1. bis 8. Juli in Moskau. Die Erfüllung der „Sonderaufträge“ hatte ihn regelrecht in die vorherrschenden Moskauer Turbulenzen hineingeworfen. Als Schlußfolgerung aus

---

<sup>241</sup> Ebd., S. 126. Die Darstellung von Inger Schubert (Schweden und das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg. Die Aktivistenbewegung, Bonn 1981) gibt zu diesem Detail keine Auskunft.

<sup>242</sup> Schmidt, Umdenken, S. 50.

<sup>243</sup> Ebd., S. 183.

<sup>244</sup> Zit. nach: ebd., S. 51.

<sup>245</sup> Zit. nach: ebd.

<sup>246</sup> Ebd.

<sup>247</sup> Vgl. Joost, Botschafter, S. 89.

<sup>248</sup> Vgl. PA-AA, Botschaft Moskau, Bd. 21.

den spärlichen deutschen Akten blieb die Erkenntnis, daß der königlich preußische Hauptmann in den Generalstab des Oberbefehlshabers Ost zurückkehrte.<sup>250</sup> Ein auf den 9. November datiertes, im nordwestlich von Wilna gelegenen Kowno, dem neuen Hauptquartier von Oberost, abgefangenes Telegramm Radeks, dessen Inhalt Schmidt ziemlich genau wiedergeben konnte, bestärkte diese Annahme.<sup>251</sup> Insgesamt ließ sich sagen, daß Schmidt durch die Erfahrung der innerrussischen Zustände und das Miterleben der Ermordung Mirbachs zum ersten Mal mit revolutionären Tendenzen konfrontiert wurde. Seine Perzeption der sowjetischen Verhältnisse war am ehesten damit zu beschreiben, daß er vor der mit ihnen verbundenen Gewalttätigkeit erschauderte. Daß die revolutionären Ereignisse überdies unter kommunistischem Vorzeichen standen, sollte seine antirevolutionäre Wahrnehmung prägen.

Schmidt wurde im Krieg mehrfach verwundet und aufgrund seiner Leistungen hoch dekoriert. Zu den Auszeichnungen aus der Zeit vor dem Krieg war er mit dem Eisernen Kreuz I. und II. Klasse, dem Ritterkreuz I. Klasse des Königlich Sächsischen Albrechts-Ordens mit Schwertern, dem Ritterkreuz des Zähringischen Löwens mit Eichenlaub und Schwertern, dem Ritterkreuz des k. u. k. Franz-Josefs-Ordens und dem Ehrenkreuz für Frontkämpfer.<sup>252</sup>

### **3.4. Offizier und Revolution 1918: „Zusammenbruch der Welt“**

Von der Abdankung Wilhelms II. und der Ausrufung der Republik durch Scheidemann am 9. November erfuhr Schmidt in der Kommandozentrale von Oberost in Kowno. Wie nahm nun der 30-jährige Generalstabsoffizier diese gewaltigen Umwälzungen auf und welche Konsequenzen zog er daraus?

Zunächst mußte daran erinnert werden, daß Schmidt der Elite des deutschen Offizierskorps an gehörte, die sich nach ihrem Geschichtsverständnis durch besonderes Standesbewußtsein auszeichnete. Einen königlich-preußischen Offizier machten folgende Attribute aus: „dynastischer Sinn, unbedingte Treue gegen die Person des

---

<sup>249</sup> Vgl. PA-AA, Botschaft Moskau, Bd. 21.

<sup>250</sup> Bestätigt wird dies auch durch das Reichstagshandbuch, wonach er „bis Kriegsende im Generalstab des Oberbefehlshabers Ost“ diente (IV. WP 1928, S. 425).

Zu bemerken bleibt an dieser Stelle noch die Vermutung, daß Schmidt im Verlaufe seiner Dienstzeit bei Oberost höchstwahrscheinlich Hauptmann von Gayl, den nachmaligen Innenminister unter Papen, kennengelernt hat. Dieser leitete von 1916 an bis in den Sommer 1918 die Abteilung V (Politik und Verwaltung) bei Oberost (vgl. N 1031 / 2 Wilhelm v. Gayl, Mit Schwert und Feder! Erinnerungen an Front- und Verwaltungsdienst in den Jahren 1914 / 19, Schreibmaschinenmanuskript 1942, S. 250) und war hernach (1.9.-31.12.1918) Landeshauptmann der Bezirksverwaltung Kowno. Auch wenn sie sich gegenseitig in ihren Erinnerungen nicht nennen, dürfte eine Begegnung im Offizierskasino oder in der Offiziersmesse in Kowno unausweichlich gewesen sein.

<sup>251</sup> Schmidt, Umdenken, S. 127.

<sup>252</sup> Vgl. N 1211 / 47 Fragebogen, S. 5.



Monarchen, erhöhter Patriotismus, Erhaltung des Bestehenden, Verteidigung der seinem Schutze anvertrauten Rechte seines Königs und Bekämpfung vaterlandsloser, königsfeindlicher Gesinnung“. Im ganzen stand das deutsche Offizierskorps „[f]estgefügt wie eine eiserne Mauer der Treue ... an den Thronesstufen seiner Königshäuser, die Ehrenwache haltend an den höchsten Kleinodien des Vaterlandes“<sup>253</sup>. Allein, diese Realität hatte für Schmidt ihren zentralen und emotionalen Legitimations- und Orientierungspunkt verloren: den preußischen König. Erich von Manstein, zwei Monate älter als Schmidt, als Regimentsadjutant 1914 verwundet, Generalstabsoffizier in verschiedenen Verwendungen, Teilnehmer an der Somme-Schlacht und erneut Generalstabsoffizier läßt sich entsprechend seiner militärischen Kriegsverwendungen mit Schmidt vergleichen. Seine Deskription der unmittelbaren Erfahrung der Ereignisse und ihre Einwirkung auf den beinahe gleichaltrigen Offizier sollen vorsichtig zu einem Analogieschluß leiten. Für Manstein war die Abdankung des Kaisers „nicht nur ein bloßer Wechsel der Staatsform. Es war mindestens für die Preußische Armee – der Zusammenbruch der Welt. Diese Armee war königlich gewesen. Das heißt, sie war mit der Person des Königs unlösbar verbunden. Diese Armee war ohne den König nicht mehr denkbar“<sup>254</sup>. Nicht nur dem preußischen Offizierskorps war damit die ideelle Lebensgrundlage entzogen worden, so daß es sich „nach dem Wegfall des Königtums nach einem anderen Gegenstand seiner Anhänglichkeit, nach einem anderen Symbol seiner Treuepflicht umsehen“<sup>255</sup> mußte. Dem emotional quälenden Prozeß der Vergewisserung eines neuen Symbols, der im Innern „nicht von heute auf morgen“<sup>256</sup> zu bewältigen war, stellten sich die Generalstabsoffiziere im Äußeren pragmatisch am 16. und 20. Dezember 1918 im Gebäude des Großen Generalstabs am Königsplatz in Berlin.<sup>257</sup> Hier berieten vor allem Generalstabsoffiziere unterhalb des Generalsrangs, *vere novum*, die gegenwärtigen politischen Fragen. Entsprechend der Grundlinie des Ebert-Groeners-Paktes vom 10. November wurde als erster Punkt die „Aufrichtung der Regierungsgewalt“ betrachtet.<sup>258</sup> Der Pragmatismus dieser Offiziere ließ sie

---

<sup>253</sup> Beide Zitate entstammen einer anonym erscheinenden Artikelserie des Militär-Wochenblatts vom Juli / August 1889, in: Ritter, G. A. (Hg.), Das Deutsche Kaiserreich 1871-1914. Ein historisches Lesebuch, Göttingen 4. Aufl. 1981, S. 93, 94.

<sup>254</sup> Manstein, E.v., Aus einem Soldatenleben 1887-1939, Bonn 1958, S. 51 (i.f. zit. als: Manstein, Soldatenleben). Die Biographie von Marcel Stein ist für diese eminent wichtige Auffassung unbrauchbar (Generalfeldmarschall Erich von Manstein. Kritische Betrachtung des Soldaten und Menschen, Mainz 2000, S. 24 f.).

<sup>255</sup> Manstein, Soldatenleben, S. 54.

<sup>256</sup> Ebd., S. 55.

<sup>257</sup> Guth, E., Der Loyalitätskonflikt des deutschen Offizierskorps in der Revolution 1918-20, Frankfurt 1983, S. 97-101 (i.f. zit. als: Guth, Loyalitätskonflikt).

<sup>258</sup> Guth, Loyalitätskonflikt, S. 100 f. Die übrigen beiden Punkte (Wiedergewinnung der Bündnisfähigkeit, Gesundung der Wirtschaft) wurden in ihrer Reihenfolge kontrovers diskutiert.

pflichtmäßig der neuen, sich abzeichnenden Republik dienen. Ihm korrespondierte kein dem preußischen König vergleichbares, mit Emotionen beladenes Symbol. In diesem Vakuum des Idealismus setzte sich ein abstrakter Reichsbegriff durch – in Mansteins Worten: „Hatte die äußere Form auch gewechselt, mochte die neue uns gefallen oder nicht, es war unser Deutschland, unser Volk, dem wir zu dienen hatten. ‚Das Reich zu erhalten‘, war unsere Aufgabe“<sup>259</sup>. Ein konkreter Ausdruck dieses Willens zur Erhaltung des Reiches war die aus dem Stab des Oberbefehlshabers Ost – Schmidts letzter längerer Verwendung – geschaffene Verbindungsstelle der OHL in Königsberg. Das daraus hervorgegangene Oberkommando des Grenschutzes Nord hatte die Aufgabe, den Schutz der Grenzen Ost- und Westpreußens gegen Sowjettruppen und die Rückführung des Ostheeres sicherzustellen<sup>260</sup>. Im Vordergrund stand somit das von der Staatsform unabhängige, selbstlose Ethos des Dienens für das Vaterland, dem sich auch ein anderer, jüngerer Offizier, Adolf Heusinger, nach schmerzhafter Diskussion mit sich selbst, „nicht verschließen“<sup>261</sup> wollte.

Und wie reagierte nun der junge Schmidt auf diese umwälzenden Ereignisse? Er schied im Januar 1919 aus der Armee aus und gab damit den beinahe dreizehn Jahre ausgeübten Offiziersberuf auf.<sup>262</sup> So stellte ihm sein ehemaliger Vorgesetzter, General von Below, Mitte Januar in einer Postkarte an die heimatliche Adresse in Wülfinghausen bei Hannover die Frage, die ihn selbst umtreiben mußte, wie er seine „Zukunft gestalten“<sup>263</sup> wolle. Es gibt bedauerlicherweise keine Quellen, die seine Haltung zum Waffenstillstand, zur Abdankung des Kaisers, zur neuen Regierung und zum Ebert-Groener-Pakt beleuchten. Eine Teilnahme an den Beratungen der Generalstabsoffiziere am 16. und 20. Dezember ist nicht auszuschließen, zumal ihnen auch untere Chargen beiwohnten. Da nun weder Manstein noch Heusinger originär republikanisches Gedankengut nachzusagen war, stellt sich unmittelbar die Frage, warum er noch vor der Verkündung des Versailler Vertrages und kurz vor dem 31. Geburtstag einen solch radikalen Bruch in seiner Vita vollzog. Die Frage stellte sich

---

Bereits hier setzte sich Seeckt durch, der beauftragt wurde, einen Plan zur Heeresorganisation zu entwerfen.

<sup>259</sup> Manstein, Soldatenleben, S. 45.

<sup>260</sup> Vgl. Guth, Loyalitätskonflikt, S. 114.

<sup>261</sup> Heusinger an seinen Bruder am 22.10.1919, zit. nach: Meyer, G., Adolf Heusinger. Dienst eines deutschen Soldaten 1915 bis 1964, Hamburg 2001, S. 78 (i.f. zit. als: Meyer, Heusinger).

<sup>262</sup> Reichstagshandbuch IV. WP 1928, S. 425. Die Rückkehr aus dem Felde Anfang Januar bestätigt auch der ebenfalls bei Oberost verwendete von Gayl (... nach meiner Rückkehr aus Kowno in den ersten Januartagen ...“, zit. nach: Vierseitige Erinnerungen an 1919, niedergeschrieben am 6.6. 1936, in: N 1034 / 4. Daß er bis Kriegsende bei Oberost war und auch nicht in sein altes Regiment zurückkehrte, läßt sich daraus schließen, daß er nicht unter den letzten beiden Kommandeuren des IR 19 v. Oertzen (April 1918-Februar 1919) und Hartmann (Februar-Juli 1919, vgl. Schulz, Geschichte des I.R. 19, S. 77) gedient hat, denn er wird für diesen Zeitraum nicht in der Offiziersliste des Regiments geführt, vgl. Kundt/Raschke, Das I.R. 19 im Weltkriege, S. 548f.

umso dringlicher, als er sich dem Wiederaufbau der Reichswehr und dem Schutz des Landes verweigerte. Mehr noch, auch er wußte, daß es mangels Alternative in mittelbarer Zukunft Offiziere aus dem Generalstab sein sollten, die den Kern des Offizierskorps einer neuen deutschen Armee bilden sollten.<sup>264</sup> Warum folgte er, der erfolgreiche und hochdekorierte Generalstabsoffizier, nicht einem Manstein oder Heusinger? Brachte er den Pragmatismus, der hierfür notwendig war, nicht auf? Vergegenwärtigt man sich noch einmal die Empörung, von der Schmidt bei einer seiner höheren Stabsverwendungen berichtete, als Scheidemann bei einem Frontbesuch Flugblätter unter die Mannschaften gebracht haben soll und Schmidt daraufhin von ‚konzentriertem Landesverrat‘ gesprochen hatte, dann war dies ein erstes Indiz für seine grundsätzliche Haltung. Gleichwohl werden viele andere Offiziere aus dem Generalstab ähnlich gedacht haben, aber sie taten es ihm nach dem 9. November nicht gleich. Manch einer konnte es sich nicht vorstellen unter einer sozialdemokratischen-sozialistischen Regierung Dienst zu tun, wie sie der Rat der Volksbeauftragten zunächst darstellte. „Unter einer roten Republik nie!“<sup>265</sup>, polterte Heusinger zunächst – und entschied sich dann anders, weil das „Vaterland .. über Staatsform und Monarch“<sup>266</sup> stand. Schmidt hingegen lehnte „jede Beförderung durch die Revolutionsregierung“<sup>267</sup> ab. Für ihn war es demnach ausgeschlossen, sich den politischen Entwicklungen seit dem Waffenstillstand zu beugen, weil er der neuen Regierung – ohne Raum für den hierfür sicherlich notwendigen kühlen Pragmatismus zu lassen – die Legitimität absprach.<sup>268</sup> Die Schroffheit dieser Entscheidung wurde dadurch noch deutlicher, daß der Pragmatismus vieler Offiziere weniger der Ergebenheit gegenüber der neuen Regierung als vielmehr der Unwägbarkeit der kommenden Zeit geschuldet war, anders gesagt: Niemand wußte mit Genauigkeit zu

---

<sup>263</sup> So lautete die Frage des in Danzig stehenden Generals von Below an Schmidt am 21.1. 1919.

<sup>264</sup> Leider gibt der vom MGFA herausgegebene Band über das Kriegsende keinen Hinweis auf die schmerzhaften Umwälzungen in den Köpfen und Seelen der heimkehrenden Soldaten. Er erklärt auch nicht, wie Männer wie Schmidt die jedem drohende oder längst geschehene Entwurzelung aus dem zivilen Leben verarbeiteten. Vgl. Duppler, J. / Groß, G. (Hgg.), Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, München 1999, u.a. S. 314-339, 367-375. Auch das Kapitel über den Ersten Weltkrieg von Lenger in: Carl, H. / Kortüm, H.-H. / Langwiesche, D. / Lenger, F. (Hgg.), Kriegsniederlagen und Erinnerungen, Berlin 2004, gibt hier leider keine Auskunft.

<sup>265</sup> Tagebuch-Eintrag Heusingers v. 17.4.1919, zit. nach: Meyer, Heusinger, S. 73.

<sup>266</sup> Lebenserinnerungen Heusingers, zit. nach: Meyer, Heusinger, S. 68.

<sup>267</sup> N 1211 / 71 Lebenslauf Schmidts, S. 1. Ähnlich liest sich ein weiterer Lebenslauf (N 1211 / 78, S. 1): „Nach der Revolution aus dem Heere ausgeschieden unter Ablehnung jeder Beförderung.“

<sup>268</sup> Guth (Loyalitätskonflikt, S. 77) betont: „Die Treue zum Vaterland und die Sorge um sein Wohlergehen ersetzte allmählich den Bezugspunkt Monarchie. Das führte konsequenterweise zu einem Zusammengehen der militärischen Führung mit jenen Männern des Rats der Volksbeauftragten“. Dies ist sicher für die Mehrheit der verantwortlichen Generalstabsoffiziere richtig. Am Beispiel Schmidts läßt sich aber erkennen, daß es auch in dieser Elite des Offizierskorps abweichende Verhaltensweisen gab.

sagen, ob und wenn ja, wie lange sich die neue Regierung halten würde. Aber nicht einmal diesem Kalkül gab Schmidt nach. Nein, mit unnachsichtiger Konsequenz widersetzte er sich mit seinen 30 Jahren selbst dem Griff an das nationale Portepée, dem Dienst am Vaterland auch unter veränderten politischen Bedingungen, und ging nicht den Weg Mansteins und Heusingers, sondern konnte mit Duesterberg einer Regierung nicht dienen, „in der Männer wie Scheidemann und Erzberger säßen“<sup>269</sup>. Schmidts eigenwillige Überzeugungstreue wurzelte gleichwohl nicht in einem überkommenen Standesbewußtsein. Im Krieg hatte er gesehen, welche nivellierende Wirkung das Fronterlebnis gehabt hatte, und daß das gewaltige Massenheer erheblichen Einfluß auf die Auswahl der Offiziere genommen hatte. Er zählte sich vielmehr, in dieser Hinsicht den kriegsinhärenten Folgen offen gegenüberstehend, zu den „von übersteigerten Anciennitätsbegriffen befreiten, geistig hochstehenden Offizieren“<sup>270</sup>. Doch der in dieser Hinsicht flexibel denkende Schmidt war, insgesamt betrachtet, in seiner Reaktion auf die Umbrüche am Jahresende 1918 radikal opponierend, ohne eine positive Antwort auf die Herausforderung seiner bisherigen Vita zu geben, vielleicht geben zu können. Unabhängig von der objektiven Schwierigkeit, die damit unzweifelhaft verbunden war, ist aber auch eine weitere Überlegung bemerkenswert. Indem Schmidt bewußt mit seinem bisherigen Beruf brach, stand er unweigerlich ohne eigene wirtschaftliche Grundlage da. Zweifellos war er durch die Heirat in eine verhältnismäßig wohlhabende Familie zunächst abgesichert, aber eine für Unterhalt sorgende zivile Ausbildung hatte er naturgemäß nicht erlernt. Gleichwohl, nicht einmal dieser nüchterne Gedanke hatte ihn maßgeblich in seiner Überzeugung beeinträchtigt.

---

<sup>269</sup> N 1377 / 46, Kap. 16, S. 2.

<sup>270</sup> Schmidt, Umdenken, S. 136.

#### **4. Vom Generalstab aufs Land: der Weg in die Politik (1919 - 1924)**

So kam es, daß er „[z]unächst landwirtschaftlich tätig“ war<sup>271</sup> auf dem Hof der Schwiegereltern Sohnmann in Wülfighausen, wo das Ehepaar Schmidt von Januar 1919 bis zu dem im April des Jahres 1920 erfolgenden Umzug nach Hannover seinen Wohnsitz hatte.<sup>272</sup> Der Vater zweier kleiner Kinder, nach fast dreizehn Jahren Militärdienst nur mit einer geringen Pension ausgestattet, konnte in wirtschaftlich nicht einfacher Lage schwerlich seine Familie ernähren. Um der mißlichen Lage dieser unangenehmen Abhängigkeit langsam den Boden zu entziehen, widmete er sich hernach „volkswirtschaftliche[n] und staatspolitische[n] Studien“<sup>273</sup>. Er tat dies, um sich selber fortzubilden und die grundsätzlichen Chancen für den Eintritt die Arbeitswelt zu verbessern. Die Grundlagen systematischen Arbeitens dürfte er dabei während seines Jahres an der Kriegsakademie 1913 oder spätestens während seiner Verwendungen in den verschiedenen Generalstäben erfahren haben. Die Fortbildung, der er sich neben seiner landwirtschaftlichen Tätigkeit und seiner Rolle als lange Zeit abwesender Familienvater und Ehegatte unterzog, war mithin ins Private gelagert. Die aufgrund seiner sehr harschen Kritik an der neuen Regierung vermutete Annahme, daß er das Politische Kolleg im Spandauer Johannisstift, die nachmalige Hochschule für Nationale Politik, besucht hätte, erwies sich als verfehlt.<sup>274</sup>

Diese Fortbildung war jedoch nur ein begrenzter Teil dessen, was den nunmehr 31-jährigen beschäftigte. Der eigentliche Kern seiner Beschäftigung, vielmehr der greifbare Antrieb seines Tuens lag in der bereits genannten Politisierung der von der Front zurückkehrenden jüngeren Generation. In einem seiner später verfaßten Lebensläufe faßt er dies kurz zusammen: „Unmittelbar nach der Rückkehr aus dem Felde Eintritt in den Kampf der nationalen Bewegung. Von Januar 1919 ab organisatorisch, rednerisch und schriftstellerisch für die Deutschnationale Volkspartei, Stahlhelm und vaterländische Verbände tätig“<sup>275</sup>. Wenn sich General Below über den

---

<sup>271</sup> N 1211 / 71 Lebenslauf Schmidts, S. 1.

<sup>272</sup> So adressiert sein ehemaliger Vorgesetzter, General v. Below, am 21.1. 1919 eine Postkarte an ihn nach Wülfighausen, vgl. N 1211 / 2. Die Einwohnermeldekartei weist den Umzug von Wülfighausen nach Hannover für den 15.4. 1920 aus.

<sup>273</sup> N 1211 / 71 Lebenslauf Schmidts, S. 1. Vgl. auch Reichstags-Handbuch, IV. Wahlperiode 1928, S. 425.

<sup>274</sup> Das Politische Kolleg, das 1922 umbenannt wurde, verstand sich als Konkurrenz und gleichzeitig politisches Gegenstück zu der von demokratischen und republikanischen Kreisen gegründeten Hochschule für Politik. Die Durchsicht der Akten des Kollegs (R 118), v.a. der Seminarteilnehmerlisten (Bde. 1-3 jeweils der dritte Teil und Bd. 7) ergaben hinsichtlich Schmidts ein negatives Ergebnis. Vgl. hierzu: Hoepke, Kl., Das ‚Politische Kolleg‘, in: Mitteilungen der TU Braunschweig 11 (1976), S. 20-25.

An dem regulären, aber privat organisierten und universitätsähnlichen Lehrbetrieb nahmen vorwiegend Mitglieder nationaler Gewerkschaften und des Hochschulrings teil. Vgl. Herbert, Best, S. 55.

<sup>275</sup> N 1211 / 78 Lebenslauf Schmidts. Vgl auch N 1211 / 69, Lebenslauf, S. 1. Einen frühen Beleg bietet eine Postkarte v. Belows vom 1.2. 1920, denn dieser war „überrascht zu hören, daß Sie sich gleich ins politische Leben gestürzt haben“. Vgl. N 1211 / 2. Gestützt wird die

schnellen Eintritt seines ehemaligen Untergebenen in die Politik verwundert äußerte, war dies nicht nur eine Bestätigung der virulenten Politisierungstendenz, die auch Schmidt ergriffen hatte, sondern gleichfalls Ausdruck seiner Suche nach einem geeigneten Betätigungsfeld<sup>276</sup>. Die Vehemenz dieser richtungsweisenden Entscheidung wird noch deutlicher erkennbar, wenn man erstens gewärtigt, daß es in besonderem Maße Generalstabsoffiziere waren, die die neue Reichswehr, die Reichswehr, aufbauen sollten. Zweitens, wenn man erkennt, daß der Versailler Vertrag, hier besonders der Kriegsschuldartikel 231 und die Reduzierung der Armee auf 100.000 Mann bei 4000 Offizieren<sup>277</sup>, Anfang Januar noch nicht einmal bekannt waren. Vielmehr begann die Friedenskonferenz in Paris unter Ausschluß der niedrigeren Mittelmächte am 18. Januar 1919, die Übergabe der Friedensbedingungen an die deutsche Delegation fand am 7. Mai statt, und die Annahme des Versailler Vertrages erfolgte am 28. Juni 1919. Nimmt man beide Faktoren zusammen, die eigentlich hervorragende Eignung für die neue Armee und der zeitlich erst spätere Abschluß des Versailler Vertrages, kann festgestellt werden, daß Schmidt bereits durch den Krieg und mit dem Erleben der Revolution im November 1918 seine - im weiteren zu konkretisierenden - Staatsvorstellungen auf das schärfste bedroht sah und sich deshalb im Januar 1919 im konservativen politischen Spektrum zu betätigen begann.<sup>278</sup>

---

Aussage vom Eintritt in die Politik 1919 bedingt dadurch, daß er in diesem Jahr nicht dem Offizierskorps des IR 19 angehörte, vgl. Kundt/Raschke, Das Infanterie-Regiment von Courbiere (2. Posensches) Nr. 19 im Weltkrieg 1914-1919, Görlitz 1935, S. 548f.

<sup>276</sup> Below war von Schmidt „überrascht zu hören, daß Sie sich gleich ins politische Leben gestürzt haben.“ Vgl. N 1211 / 2 Below an Schmidt, 1.2. 1920. Zur Politisierung der Deutschen durch den Krieg und die Revolution: vgl. Fenske, H., Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Paderborn 1994, S. 163 (i.f. zit. als: Fenske, Parteiengeschichte).

<sup>277</sup> Vgl. Jacobsen, Militär, Staat und Gesellschaft in der Weimarer Republik, in: Bracher/Funke/Jacobsen (Hgg.), Die Weimarer Republik. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Bonn 3. Aufl. 1998, S. 350.

<sup>278</sup> Später spricht Schmidt einmal von „der DNVP, der ich von ihrer Gründung bis zu ihrer Auflösung angehörte, ...“ (N 1211 / 45 Schmidt an Militärregierung Niebüll /Schleswig, 1.6.1947, S. 3).

Erich Wienbeck (1876-1949), ebenfalls Pastorensohn aus Beesdau im Regierungsbezirk Frankfurt a.d. Oder und Weltkriegsteilnehmer als Offizier, saß für die Deutschnationale Volkspartei ab 1920 im Reichstag. Sein Wahlkreis war Hannover-Süd. Er war damit in späteren Jahren Reichstagskollege Schmidts, hat ihn aber schon früher kennengelernt (Beleg: N 1211 / 32 Naturdünger GmbH an Schmidt, 18.10. 1922: „Auf Veranlassung des Herrn Wienbeck teilen wir mit, ...“). Vor dem ähnlichen lokalen, familiären und Kriegshintergrund gewinnt dessen Beschreibung und Erklärung seines eigenen Entschlusses, in die Politik zu gehen, im Spiegel von Schmidts Werdegang an Bedeutung: So war es für ihn wegen des angeblichen Verrats von Wilsons Verständigungsfriedens in den Waffenstillstandsbedingungen und mehr noch in den Pariser Verhandlungen, die Versailles vorbereiteten, „kein Wunder, daß sich jetzt in Deutschland zwei Fronten bildeten, die eine, die den Weg der einmal angebotenen Verständigung und Selbstunterwerfung weiter gehen mußte, und die andere, die zum mindesten das darin liegende Unrecht mit allen verfügbaren Mitteln abzulehnen versuchte. Und so trat auch ich freudig in die politische Arena und schloß mich, ... , der rechts stehenden, deutschnationalen Partei an, ...“ KLE 627 Manuskript der Lebenserinnerungen Erich Wienbecks

Sechs Tage nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages durch Außenminister Müller (SPD) und Verkehrsminister Bell (Zentrum) ereignete sich am 4. Juli 1919 die stürmisch bejubelte Rückkehr des kaiserlichen Generalfeldmarschalls von Hindenburg aus Kolberg nach Hannover, wo er schon nach seiner Verabschiedung als Kommandierender General 1911 gewohnt hatte. Wienbeck beschreibt eingehend, wie eine Abordnung Deutschnationaler unter seiner Führung den Feldmarschall in seiner ihm von der Stadt auf Lebenszeit als Dotation überlassenen Villa in der Seelhorststraße begrüßte<sup>279</sup>. Schmidt hat mit hoher Wahrscheinlichkeit dieser Delegation angehört, allein seine Verwendung im Generalstab, durch die er mittelbar der Befehlsgewalt Hindenburgs unterstanden hatte und der Hindenburg vorausseilende Nimbus seiner Person als Soldat sprechen dafür. Zumindest sollte er Hindenburg im Laufe der folgenden Jahre auf dem politischen hannoverschen Parkett kennenlernen. Parallel zu ersten journalistischen Gehversuchen seit Ende des Jahres 1919<sup>280</sup> stellte er sich der Deutschnationalen Volkspartei in Hannover zur Verfügung. Als hannoversche Wahlkreise galten die Landesverbände Weser-Ems<sup>281</sup>, Hannover-Ost und Hannover-Süd-Braunschweig. Seine im Generalstabsdienst erlernten organisatorischen Fähigkeiten brachte er in das im Wahlkreis Hannover-Süd übernommene Amt des Landesgeschäftsführers ein. Die Aufgaben dieser Tätigkeit umriß die Satzung der DNVP von 1920 im Absatz 23: „Die laufenden Geschäfte des Landesverbandes erledigt die Landesgeschäftsstelle unter Aufsicht des Verbandsvorsitzenden und unter Leitung eines Landesgeschäftsführers. Der Landesgeschäftsführer kann in den Landesvorstand gewählt werden; seine Anstellung und sein Anstellungsvertrag bedürfen der Genehmigung der Parteileitung“<sup>282</sup>. Verwaltungstechnische Aufgaben standen bei dieser Tätigkeit naturgemäß im Vordergrund. Seine Aufgaben lagen zum Beispiel in der Erstellung und dem Vertrieb von Parteizeitschriften<sup>283</sup>, dem Versenden einer gelegentlich des Landesparteitages

---

für die Jahre 1876-1947, S. 229 f. (i.f. zitiert als: Wienbeck, Lebenserinnerungen).

<sup>279</sup> Vgl. Wienbeck, Lebenserinnerungen, S. 231.

<sup>280</sup> N 1211 / 41 Schriftleitung des Hannoverschen Couriers an Schmidt, 23.12. 1919: „Ich habe Ihren Artikel weitergegeben an eine Reihe von hannoverschen Provinzialzeitungen, sowie an rechtsstehende Blätter in Berlin.“ Allerdings war der Verbleib des Artikels nicht zu eruieren. Zumindest im Hannoverschen Courier fand sich Schmidt in der zweiten Jahreshälfte 1919 und der ersten des Jahres 1920 nicht wieder.

<sup>281</sup> Gemäß Absatz 20 der Satzung der DNVP v. 1920 wurde „für das Gebiet jedes Wahlkreises für die gesetzgebende Versammlung des Reiches ein Landesverband gebildet.“ Zit. nach: Liebe, DNVP 1918-1924, S. 124. Aus Absatz 26 (ebd., S. 125) wird die Gliederung der Partei erkennbar. Danach wurden „Ortsgruppen .. für einzelne Ortsbezirke größerer Städte und für einzelne oder mehrere Gemeinden sowie kreisangehörige Städte gebildet, Kreisvereine für das Gebiet jedes unteren Verwaltungsbezirkes (Land- oder Stadtkreises in Preußen ...)“.

<sup>282</sup> Satzung zit. nach: Liebe, DNVP 1925-1928, S. 124.

<sup>283</sup> Vgl. N 1211 / 32 Hauptgeschäftsführer Weiß an Schmidt, 11.11.1921.

von 1921 in Goslar aufgenommenen Photographie an den Parteivorsitzenden Hergt<sup>284</sup>, der Erstattung von Fahrtkosten an Personen, die vor der DNVP Vorträge hielten<sup>285</sup> oder aber der korrekten Auslegung der Satzung gelegentlich des zweiten Parteitags der hannoverschen DNVP 1920.<sup>286</sup> Im politischen Raum angelangt, ließ es der Hauptmann a.D. jedoch nicht bei Verwaltungsaufgaben bewenden. Vielmehr gelang es ihm, vorhandene politische „Unstimmigkeiten zwischen .. [den] Landesverbänden in Ost- und Südhannover .. auszugleichen“<sup>287</sup>. Denkbare Materie für den Ausgleich könnte die zur Zeit des Goslarer Parteitags (28. - 30.6. 1921) innerparteilich heftig umstrittene Frage eines selbständigen Staates Hannover, gegen den die Deutschnationalen Stellung nahmen, gewesen sein.<sup>288</sup> Bis in die Parteizentrale nach Berlin mußte die gute Arbeit Schmidts vorgebracht sein, wenn deren Hauptgeschäftsführer, Dr. Max Weiß, seines Zeichens ebenfalls ausgeschiedener Hauptmann i.G. und seit Herbst 1921 in dieser Position, Anfang des Jahres 1922 sein Bedauern über Schmidts Rücktritt von diesem Amt zum Ausdruck brachte.<sup>289</sup>

Das Genre des Landesgeschäftsführers beschrieb ein späterer, politisch nahestehender Wegbegleiter Schmidts, Oberstleutnant a.D. Duesterberg, ehemals selbst in dieser Funktion in Halle an der Saale, mit folgenden Worten: „Bis 1919 waren Parteigeschäftsführer in den bürgerlichen Parteien vielfach entgleiste Menschen, ja catilinarische Existenzen. Jetzt drängten sich hochgebildete, begeisterte, durch den Kriegsausgang aus ihrer beruflichen Bahn geworfene Männer teils aus vaterländischem Idealismus, teils aus politischem Ehrgeiz, teils aus anderen Berufsgründen in solche Stellungen. Auf ihrem Höhepunkt hatte die DNVP etwa 500 - 600 Geschäftsführer. Ihre Stellung war nicht leicht. Vielfach mußten sie selbst ihr kümmerliches Monatsgehalt durch Reden und ‚Schnorren‘ zusammenbetteln. Je mehr Mitglieder ihr Kreis zählte, desto sicherer war auch ihre finanzielle Lage“<sup>290</sup>. Natürlich suchte Schmidt auch eine Beschäftigung, die ihm und seiner Familie eine wirtschaftliche Basis verschaffen konnte. Duesterbergs diesbezügliche Anmerkungen lassen hierauf allerdings nicht schließen, vielmehr bekräftigt dies die Annahme, daß der finanzielle Hintergrund seiner Frau weiterhin die wesentliche Quelle des Auskommens darstellte. Als wesentlicher Antrieb von Schmidts Handeln trifft eher jener

---

<sup>284</sup> Vgl. N 1211 / 32 Staatsminister Hergt (Vorsitzender der DNVP) an Schmidt, 13.7. 1921.

<sup>285</sup> Vgl. N 1211 / 25 N.N. an Schmidt, 20.1. 1921. In einem Brief an Westarp spricht Schmidt kurz von der „Südhannover gewidmeten Organisationsarbeit“. Schmidt an Westarp, 25.4. 1928, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gärtringen,

<sup>286</sup> Vgl. R 8005 / 53 Vollständiger Rednerbericht des 2. Parteitages der DNVP in Hannover am 25. / 26.10. 1920, S. 369.

<sup>287</sup> N 1211 / 32 Hauptgeschäftsführer Weiß an Schmidt, 11.11. 1921.

<sup>288</sup> Diesbezüglich wird eine kurze Stellungnahme Schmidts in der Hannoverschen Landeszeitung v. 24.5.1921 abgedruckt, vgl. HStA Hannover VVP 17 / Nr. 204 (Presseberichte 1920-1922), S. 53; weitere Hinweise zu diesem Komplex: ebd., S. 42, 44, 49, 54.

<sup>289</sup> N 1211 / 32, Weiß an Schmidt, 1.2. 1922. Vgl. zu Weiß: Liebe, DNVP, S. 141 Anm. 142.



‚vaterländischer Idealismus‘ zu, der ihn – sich selbst befreit vom militärischen Eid – einem abstrakten, von der Staatsform losgelösten Vaterlandsbegriff anhängen ließ.<sup>291</sup>

Schmidts in kurzer Zeit selbst erarbeiteter hoher Stellenwert in der hannoverschen Politik veranlaßte den Vorstand des Landesverbandes Hannover-Süd trotz des Rücktritts vom Posten des Landesgeschäftsführers dazu, ihm mitzuteilen, „daß man auch weiterhin auf Ihre wertvolle unersetzbare Mitarbeit nicht verzichten könne“, weshalb „einstimmig beschlossen [wurde], Sie zu bitten, die Wahl als Vorstandsmitglied anzunehmen“<sup>292</sup>. Schmidt nahm dieses präzise Angebot an, wodurch er enge Tuchfühlung mit diesem Entscheidungsgremium halten konnte und gleichzeitig aus erster Hand Informationen über politische Vorgänge nicht nur in Hannover, sondern auch in der Reichshauptstadt erhalten konnte.<sup>293</sup>

Am Jahreswechsel 1922 / 23 kamen Schmidt jedoch kurzzeitig und -fristig ganz andere berufliche Vorstellungen in den Kopf, deren letztliche Beweggründe nicht ausgemacht werden können. Ob es die Aussicht auf einen lukrativen Posten oder die als aussichtslos eingeschätzte Lage für einen schnellen politischen Aufstieg waren, die ihn diese Gedanken zirkulieren und etwaige Möglichkeiten sondieren ließen, bleibt undurchdringbar. Gleichviel, eingedenk seiner letzten militärischen Verwendung im Generalstab des Oberbefehlshabers Ost und des damit verbundenen Aufenthalts in Moskau stellte er Überlegungen an, die darauf zielten, für ein deutsches Unternehmen in Rußland tätig zu werden. Die Korrespondenz mit einem leitenden Angestellten dieses Unternehmens, der ein Kamerad in einer der Generalstabsverwendungen gewesen war, gedieh soweit, daß der Generaldirektor mit ihm „persönlich Rücksprache nehmen“ wollte, da seine „Ausführungen [über den russischen Markt – d. Vf.] .. ungeteilten Beifall“ fanden.<sup>294</sup> Schmidt hatte sich demnach während seiner bereits

<sup>290</sup> N 1377 / 46 Lebenserinnerungen Duesterberg, Kap. 17, S. 36 f.

<sup>291</sup> Leider gibt es für Schmidts Position gegenüber dem Kapp-Putsch keine Quellenangaben. Der zum näheren Umfeld Schmidts gehörige General a.D. Otto von Below äußerte – höchst bemerkenswert für einen preußischen Offizier und gerade in der Ausnahme bezeichnend für die Verunsicherung der alten Militärelite – gegenüber Schmidt zu Anfang des Jahres 1920, als die endgültige Demilitarisierung operationalisiert werden mußte, Folgendes: „Jetzt hilft nur Terror!“, N 1211 / 2 Below an Schmidt, 1.2. 1920. Ein Analogieschluß auf Schmidt bleibt allerdings mit zu vielen Unwägbarkeiten verbunden und verbietet sich deshalb.

<sup>292</sup> N 1211 / 32 DNVP Landesverband Hannover-Süd an Schmidt, 7.3.1922. Die anscheinend hohe Qualität von Schmidts Arbeit bringt auch ein Schreiben des Kreisvereins Peine an Schmidt vom 15.3. 1922 zum Ausdruck, vgl. N 1211 / 32.

<sup>293</sup> Obgleich eine Antwort Schmidts auf dieses Schreiben nicht zu finden war, kann die Annahme der Wahl in den Landesvorstand durch einen anderen Hinweis bestätigt werden. Statt des jährlichen Parteitages der Landesverbände Hannover-Ost und -Süd fand 1923 nur eine Sitzung des erweiterten Landesvorstands statt. Schmidt wird dabei als Teilnehmer genannt. Vgl. Der verbotene Deutschnationale Landesparteitag, in: NZ v. 16.10. 1923.

<sup>294</sup> N 1211 / 33 Winter (Zimmermann-Werke) an Schmidt, 12.12. 1922. Die Korrespondenz bricht im Frühjahr 1923 ohne erkennbaren Grund ab. Die gegenseitige Bekanntschaft aus dem Generalstab läßt sich aus einem weiteren Brief Winters an Schmidt ableiten, wenn dieser am 16.2. 1923 (N 1211 / 33) schreibt, „erwarte Dich in Berlin ... am 28. Februar zum Schlieffentag“ und sich mit kameradschaftlichen Grüßen verabschiedet. Der Schlieffentag war die

bezeichneten ‚volkswirtschaftlichen Studien‘ intensiv mit den wirtschaftlichen Verhältnissen in Sowjetrußland auseinandergesetzt und konnte selbst einem Generaldirektor eines dort ansässigen Unternehmens hierüber kenntnisreich berichten. Allgemein begünstigend dürfte die außenpolitische Entspannung gewirkt haben, die durch den Abschluß des Vertrages von Rapallo am 16. April 1922 die Stärkung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen ermöglichte.<sup>295</sup> Eine Rolle bei der Wahl des Landes wird zudem gespielt haben, daß ein jüngerer Bruder Schmidts, Hans Schmidt-Rolke, zu dieser Zeit als Diplomat in Moskau tätig war<sup>296</sup>. Gewisse Erleichterungen bei der Anbahnung von wirtschaftlichen Kontakten vor Ort hätten dadurch erreicht werden können. Die zumindest vorläufige Ernsthaftigkeit dieses „russischen“ Ansinnens wird daran gut erkennbar, daß sich Schmidt im Vorfeld von seinem letzten Regimentskommandeur, General Schroetter, und von General von Hutier Referenzschreiben ausstellen ließ, die sein „weiteres Fortkommen“<sup>297</sup> befördern sollten. Im Falle Hutiers, der seit 1918 Erster Vorsitzender des Deutschen Offiziersbundes war, wird zudem deutlich, daß Schmidt den vaterländischen Verbänden nicht nur äußerst nahestand, sondern in ihnen bereits gute Verbindungen besaß.

Schließlich nahm Schmidt allerdings keine Tätigkeit in Rußland auf. Ob sich letztlich doch kein Angebot konkretisiert hatte, ob er familiärbedingt in der Heimat bleiben wollte und darin möglicherweise durch seinen im diplomatischen Dienst stehenden und mit den Herausforderungen des Lebens im Ausland bestens vertrauten Bruder bestärkt wurde oder ob er doch nicht von der Politik lassen wollte, ist unklar. Aufgrund der früh erkennbaren Verbindungen in das konservative Milieu<sup>298</sup> werden noch mindestens zwei andere Faktoren eine Rolle gespielt haben.

---

Jahresmitgliederversammlung der Schlieffen-Vereinigung. Dieser wiederum konnten nur Generalstäbler oder Offiziere im Generalstabsdienst, aktiv oder außer Dienst, beitreten. Die Mitgliedschaft Schmidts in der Schlieffenvereinigung wird eindeutig durch ein Schreiben des Generals von Domes belegt, in dem dieser Schmidt bittet, den Jahresbeitrag für den Generalstabsverein zu überweisen. Vgl. N 1211 / 33 v. Domes an Schmidt, 9.5. 1923.

<sup>295</sup> Zu Rapallo: vgl. Kolb, Weimar, S. 47-49.

<sup>296</sup> Vgl. Personalakte Hans Schmidt-Rolke, PA-AA.

<sup>297</sup> N 1211 / 32 Schroetter an Schmidt, 30.7. 1922. Vgl. auch N 1211 / 32 v. Hutier an Schmidt, 2.3. 1922. General d. Inf. v. Hutier, im Weltkrieg u.a. Oberbefehlshaber der 18. Armee, war von 1918 bis zu seinem Tode 1934 Erster Vorsitzender des Deutschen Offiziersbundes, 1919 bis 1927 Mitbegründer und Präsident des Nationalen Klubs in Berlin.

<sup>298</sup> Milieu wird hier im Sinne Karl Rohes als „institutionalisierte Deutungskultur“ verstanden (Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1992, S. 19 f.). Der Begriff des „konservativen Milieus“ wird für diese Arbeit als geeignet erachtet, da die vaterländischen Verbände (auch der später beitretende Stahlhelm) in den Kriegervereinen ihre tiefe Wurzel hatten. Da Bösch die Kriegervereine als einen der Mittler des „konservativen Milieus“ subsumiert, gehört damit auch Schmidts anfängliches politisches Haupteinsatzterritorium dazu (vgl. Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen, Göttingen 2002 [i.f. zit. als: Bösch, Konservatives Milieu], S. 11). Im folgenden werden die Attribute national und konservativ synonym verwendet. Bösch nennt als inhaltliche Merkmale des Milieus neben Antimarxismus und Antiliberalismus, das positive Bekenntnis zur engeren Heimat, zur Nation, zum Christentum, zum autoritären Staat und zum

Einerseits war dies der „Fall Henning“. Der Schmidt von der Botschaft in Moskau her als Vorgesetzter bekannte Major a.D. Henning hatte als Reichstagsabgeordneter der DNVP in einem scharfen Aufsatz in der Juni-Ausgabe der „Konservativen Monatsschrift“ den amtierenden Außenminister Rathenau angegriffen, der am 24. Juni von Rechtsradikalen perfide ermordet werden sollte. Der die Partei zerrüttende Konflikt, der frühzeitig die kompromißlose Haltung vor allem der Völkischen durch die Gründung der Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft (29.9. 1922) offenlegte, wurde auf dem Görlitzer Parteitag (26. - 28.10. 1922) gelöst. Nachdem sich Westarp als Führer einer großen Gruppe vormaliger Konservativer für den Parteivorsitzenden Hergt ausgesprochen hatte und zudem neue Satzungen die Partizipation an Neugründungen mit dem Ausschluß sanktionierten, war der Bruch unvermeidbar geworden. Schmidt wird die Auseinandersetzung der Partei mit dem völkischen Flügel, dem er sich, wie sich bald belegen lassen sollte, in der Fraktion unter Beibehaltung seiner eigenen Position anschließen sollte, genau verfolgt haben. Daß er sich wenig später gerade nicht bei den eigenständigen Deutschvölkischen um von Graefe-Goldebee wiederfinden sollte, kann im Analogieschluß erklärt werden. Indem er sich wie einer seiner späteren politischen Weggefährten, Professor von Freytag-Loringhoven, der Parteidisziplin beugte, sorgte er dafür, den Schaden für den rechten Flügel der Partei so gering wie möglich zu halten. Die unmittelbare politische Nähe Schmidts zu diesem grundsätzlichen Streit wird ihn zusätzlich bewogen haben, sich gerade nicht von der Politik zu entfernen.<sup>299</sup>

In seiner Entscheidungsfindung dürfte Schmidt überdies bestärkt worden sein durch den Einmarsch von über 90.000 französischen und belgischen Soldaten ins Ruhrgebiet.<sup>300</sup> Trotz der von Whitehall vorgebrachten Proteste, die eine wirtschaftliche Gesundung zunehmend für unmöglich erachteten, war dies am 9. Januar 1923 unter dem schwerlich aufrechtzuerhaltenden Vorwand geschehen, Deutschland habe einen absichtlichen Bruch seiner Reparationsverpflichtungen durch ausstehende Holz- und

---

sozialen Ausgleich (ebd., S. 57). Kolbs Definition des Milieus als „lebensweltliches Ensemble von verbindlichen weltanschaulichen Grundaxiomen, organisatorischen Vernetzungen und gemeinschaftsstiftenden Alltagsritualen“ veranschaulicht die bedingenden Kohäsionsfaktoren ebenfalls gut. Kolb, Weimarer Republik, S. 187.

Regionale Erweiterungen zur Untersuchung des konservativen Milieus bieten: Matthiesen, H., Greifswald in Vorpommern. Konservatives Milieu im Kaiserreich, in Demokratie und Diktatur 1900-1990, Düsseldorf 2000; Hildebrand, D., Landbevölkerung und Wahlverhalten: Die DNVP im ländlichen Raum Pommerns und Ostpreußens 1918-1924, Hamburg 2004. Hildebrand bestätigt in seiner Studie, was Fürst Dohna-Schlobitten über die deutschnationale Affinität der ländlichen Wähler gesagt hat. Vgl. Dohna-Schlobitten, A. zu, Erinnerungen eines alten Ostpreußen, Berlin 2000 (Sonderausgabe), S. 187.

<sup>299</sup> Vgl. Liebe, DNVP, S. 61-71; Schildt, Konservatismus, S. 151; weiterführend: vgl. Striesow, J., Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918-1922, Frankfurt 1922, S. 341 ff.

<sup>300</sup> Fischer, C., The Ruhr Crisis 1923-1924, Oxford 2003, S. 29-48 (i.f. zit. als: Fischer, Ruhr Crisis).

Kohlelieferungen begangen. Parteiübergreifend kam es unmittelbar danach zu einem „fortright denunciation of the invaders“<sup>301</sup>. Am 20. Januar bewirkte dies in Teilen des konservativen Milieus die Fusion dreier nationalistischer Gruppen die Gründung der Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands (VvVD) in Berlin.<sup>302</sup> Das Schwären innerhalb des gesamten konservativen Milieus und die allgemein aufgeheizte nationale Stimmung bestärkten Schmidt wahrscheinlich darin, Deutschland nicht zu verlassen.

Das Zusammenspiel all dieser Faktoren mag Schmidt veranlaßt haben, die verheißungsvollen Ansätze nach Rußland abubrechen und in das politische Milieu zurückzukehren, in dem er sich sofort nach dem Krieg bewegt hatte.<sup>303</sup> Er arbeitete fortan wieder als Landesgeschäftsführer für den Landesverband Hannover-Süd.<sup>304</sup>

Nunmehr stand für ihn, der Auskunft des jüngeren Bruders Hans zufolge, zeitweilig der Gedanke im Vordergrund, für den Landtag zu kandidieren. Schmidt mußte sich, obwohl familiär weder in der Region verwurzelt noch aufgewachsen<sup>305</sup>, mit einigem Erfolg und guter Arbeit als Landesgeschäftsführer in die vorderen Reihen der Landespolitik gebracht haben, denn dies insinuierte der Rat seines nach Finnland versetzten Bruders Hans: „Falls man Dir eine Kandidatur für den Landtag anbietet und Du Aussichten hast, würde ich Dir unter allen Umständen empfehlen, Sie anzunehmen. Du lernst dann das parlamentarische Leben erstmal im kleinen kennen und kannst Dich einarbeiten. Wenn Du hoffentlich später in den Reichstag kommst, beherrscht Du den Kram schon vollständig“<sup>306</sup>. Der Entschluß, selber Politiker zu werden, ein Abgeordnetenmandat zu erringen, stand damit fest.<sup>307</sup> Schmidts Handeln steuerte ab dem Frühjahr 1923, seit dem er eine ganze Reihe von Reden hielt, spätestens jedoch

---

<sup>301</sup> Fischer, Ruhr Crisis, S. 43.

<sup>302</sup> Vgl. Diehl, J., Von der „Vaterlandspartei“ zur „Nationalen Revolution“: Die „Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands (VvVD)“ 1922-1932, in: VfZG 33 (1985), S. 620 (i.f. zit. als: Diehl, VvVD). Auf die Programmatik wird im Zusammenhang mit Schmidts ersten Äußerungen eingegangen.

Die gute Studie von Fischer (Ruhr Crisis, S. 43) geht auf diesen durch den Einmarsch initiierten, wichtigen Zusammenschluß der vaterländischen Verbände sowie die hieraus resultierenden politischen Implikationen leider nicht ein.

<sup>303</sup> Die etwas veraltete Dissertation von Schlösser macht zwar den Hintergrund deutlich, ist aber in diesem Zusammenhang nicht weiter hilfreich. Vgl. Schlösser, K., Die Deutschnationale Volkspartei und die Annäherung an Sowjetrußland 1918-1922, Diss. phil. Mainz 1956.

<sup>304</sup> Vgl. StA Osnabrück Erw. C1 Nr. 62, Landesverband Hannover-Ost (1922-1926), Natzmer an die Vorsitzenden der Kreisvereine (persönlich), 16.6. 1924.

<sup>305</sup> Gleichwohl dürfte es für ihn hilfreich gewesen sein, mit der Familie seiner Frau in eine alteingesessene Bauernfamilie eingeheiratet zu haben, was teilweise auch sein „Sozialprestige erhöht“ haben dürfte. Bösch, Konservatives Milieu, S. 60.

<sup>306</sup> N 1211 / 26 Hans Schmidt-Rolke (Helsingfors, Finnland) an Schmidt, 5.2. 1923.

<sup>307</sup> Möglicherweise hat Schmidt schon für die Wahl am 20.2. 1921 mit einer Aufstellung als preußischer Landtagskandidat geliebäugelt. In seinem Nachlaß (vgl. N 1211 / 34) findet sich nämlich eine deutschnational ausgerichtete Broschüre des „Reichsboten“ mit dem Titel: „Vorwärts zu den Wahlen 1921!“ Es kann sich hierbei aber auch simpel um gesammeltes Informationsmaterial handeln.

von Januar 1924 an, auf ein konkretes Ziel hin: die Kandidatur für den Reichstag, die bei Erfolg zugleich eine erste wirtschaftliche Grundlage zeitigen würde.

Ende Mai 1923 wurde Schmidt erstmalig als Redner gebeten, „vaterländische“ Gedanken vorzutragen. Der Vorsitzende des Kreiskriegerverbandes Achim forderte ihn auf, bei einer für den 3. Juni anberaumten Jubiläumsfeier „die Festrede zu halten“. Am Ende des Schreibens tauchte der den Kriegervereinen eigene Hinweis auf die einzuhaltende Überparteilichkeit auf, durch die sie gegenüber dem System der Parteien Distanz beanspruchten.<sup>308</sup> Schmidt wurde bedeutet, daß „in Rücksicht auf die unpolitische Tendenz der Kriegervereine direkte Politik tunlichst zu vermeiden“ sei, „ohne daß selbstverständlich der durchaus vaterländische Geist darunter leiden“ dürfe.<sup>309</sup> Anfang Juni wurde er vom vaterländischen Verein des Kreises Lychow für eine Festrede am 22. Juli gebeten.<sup>310</sup> Ende Juni 1923 war er vom Vorsitzenden des Reserve- und Landwehrvereins Hemelingen gebeten worden, am Sedantag die Festrede zu halten.<sup>311</sup> Dieser Tag, der an den Sieg vor allem preußischer Truppen während des deutsch-französischen Krieges am 2. September 1870 erinnerte, versammelte wie der Tag der Reichsgründung oder Geburts- oder Sterbetage nationaler Helden „sämtliche[.] Vereine und Meinungsführer des Milieus“<sup>312</sup>, was allein dem Hauptmann a.D. günstige Aufmerksamkeit sicherte.

Mitte Juli wurde sein rhetorisches Geschick für eine weitere Jubiläumsfeier erbeten, für die eigentlich General a.D. von der Goltz vorgesehen war.<sup>313</sup> Daß Schmidt als Ersatz für den ihm nach Prestige und Alter weit überlegenen Goltz vorgesehen wurde, deutete auf seine schon honorierte Überzeugungsstärke im nationalen Milieu hin.

Deshalb erscheint es an dieser Stelle sinnvoll, kurz die völkischen Vorstellungen der vaterländischen Verbände und der DNVP zu skizzieren, um Schmidts politische Nähe zu ihnen besser zu beleuchten.

---

<sup>308</sup> Vgl. Bösch, Milieu, S. 69 f.

<sup>309</sup> N 1211 / 33 Vorsitzende des Kreiskriegerverbandes, Maisleben, an Schmidt, 27.5. 1923. Am 13.6. 1923 bedankte sich Maisleben bei Schmidt für dessen „glänzende“ Rede, vgl. N 1211 / 33.

<sup>310</sup> Vgl. N 1211 / 33 Lüding (Wustrow) an Schmidt, 3.6. 1923.

<sup>311</sup> Vgl. N 1211 / 33 Vorsitzender des Reserve- und Landwehrvereins Hemelingen an Schmidt, 25.6. 1923. Wohl die einfühlsamste und trotzdem bündige Beschreibung des Sedantages hat Sebastian Haffner gegeben in dem gleichnamigen Kapitel in: Ders., Im Schatten der Geschichte. Historisch-politische Variationen aus zwanzig Jahren, München 3. Aufl. 1991, S. 55-60.

<sup>312</sup> Bösch, Milieu, S. 73. Der Ablauf solcher Feiern wird dokumentiert durch das Programm eines sog. „Deutschen Tages“ am 30.3. 1924, der zwar nicht mit dem Sedan-Tag vergleichbar war, aber einen Eindruck vermittelt. Im Haus des Schützenvereins Winsen hielt Schmidt zunächst seine Festrede. Es folgten Militärmusik, der Vortrag melodramatischer Dichtung, weitere Gedichte und gemeinsamer Gesang. Es wurde sogar eigens ein „Sonderzug“ bereit gestellt, um die Gäste nach Winsen zu bringen. Vgl. HStA Hannover Hann. 180 Lün. Acc. 3/030 Nr. 151. Bösch gibt ebenfalls einen guten Eindruck solcher Feiern wieder, vgl. S. 73 f.

Die Richtlinien der VvVD vom Mai 1924 sahen zur Wiedererstarkung Deutschlands unter anderem Folgendes vor<sup>314</sup>: „Wehrhaftmachung“ durch Wiedereinführung der Wehrpflicht, „Befreiung vom Versailler Diktat“, „Befreiung von der heutigen Parlamentsherrschaft“ und „Wiederaufrichtung der monarchischen Gewalt“ durch „Rückkehr zu der den Zeitverhältnissen anzupassenden Bismarck' schen Reichsverfassung“ einschließlich der „Wiedereinführung der ... schwarz-weiß-roten Flagge“. Hinzu trat die Forderung nach „Befreiung von jedem undeutschen Geist in allen Zweigen ... des staatlichen Lebens, insbesondere Entfernung der jüdischen ... Elemente aus allen Stellungen des öffentlich-rechtlichen Lebens“ neben der „Ablehnung des Klassenkampfes“ und Unterstützung aller Bestrebungen der Pflege der „Liebe zur Scholle und Heimat“. Weiterhin wurde die „Erziehung der Jugend zu deutscher Art, Mannhaftigkeit, christlicher Sitte und zu vaterländischem .. Fühlen“ und zu „körperlicher Ertüchtigung der Jugend“ postuliert. Und zuletzt drängte man auf die „Beseitigung aller undeutschen Einflüsse in Wissenschaft, Kunst und Presse, besonders alles jüdischen Geistes“.

Die DNVP wiederum veröffentlichte Anfang März 1924 die durch den völkischen Reichsausschuß, der die „Schnittstelle zwischen AV und DNVP“<sup>315</sup> war, erarbeiteten Ziele<sup>316</sup>: Hier wurde die „Ausscheidung alles Fremdblütigen und Artfremden, bes. Jüdischen“ als „Kernstück deutschnationaler Politik“ bezeichnet. Es folgten als „Vorbedingung der Wehrhaftigkeit .. die allgemeine Wehrpflicht“. Da der „westliche Parlamentarismus .. der gesunden deutschen Auffassung über die Stellung der Volksvertretung“ widerstrebte, sollte er „beseitigt“ werden. In der Wirtschaft sah man „nicht Selbstzweck ... sondern Leistung für die Gesamtheit“, die der „sozialen Gerechtigkeit“ dienen sollte. Zuletzt galt die „christlich-religiöse Weltanschauung“ als „eine Grundlage völkischen Geistes“. Zusammengefasst stimmte der Kern völkischer Vorstellungen bei beiden überein: gemeinsame antisemitische Stoßrichtung zur Verteilung jüdischer Bürger aus der Verwaltung und dem kulturellen Leben; gemeinsamer Ruf nach Wiedereinführung der Wehrpflicht; gemeinsame Befürwortung

---

<sup>313</sup> Vgl. N 1211 / 8 Kriegervereinsvorsitzender Major a.D. Holleufer (?) an Schmidt, 12.7. 1923. Graf von der Goltz war nicht nur 23 Jahre älter und im letzten militärischen Dienstgrad weit überlegen, er war auch Führer des Freikorps Baltikum gewesen.

<sup>314</sup> Die Richtlinien wurden in einem der Berichte des Landeskriminalamtes Berlin aufgelistet, vgl. HStA Hannover Hann. 180 Hann. Nr. 772, Bd. 3, Mitteilungen des LKA Berlin I A v. 13.5.1930, S. 95-97. Da die bei Diehl (VvVD, S. 624) zitierten Auszüge mit denen des LKA übereinstimmen, entsprachen die Richtlinien auch 1930 noch denen vom Mai 1924 (vgl. ebd., S. 624 Anm. 26). Vgl. zum hier bereits deutlich erkennbaren Abheben des Alldeutschen Verbands auf rassische, nicht mehr nur politisch begründete antijüdische Politik: Hering, R., Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939, Hamburg 2003, S. 349-379 (i.f. zit. als: Hering, Nation).

<sup>315</sup> Hering, Nation, S. 472.

des Endes des Parlamentarismus und Rekonstituierung der zeitlich modellierten Bismarckverfassung, was die Monarchie *qua natura* einschloß und gemeinsame Betonung der christlichen Wurzel in ihren Vorstellungen. Die übrigen Punkte waren mehr verschiedentliche Nuancen als tiefgreifende Unterschiede. Abgesehen von der manifesten antirepublikanischen Ausrichtung beider Programme, sollte sich nun zeigen, wie und in welchem Maße Schmidt von diesem Gedankengut, mit dem er durch seine Sozialisation im Militär und im konservativen Milieu auf dem Lande schon vertraut war, in Zukunft Gebrauch machte.

Anfang August dieses Jahres kam der Vorsitzende des Kreiskriegerverbandes aus Fallingbostal, Kampmann, schriftlich auf ihn zu und bat ihn, „Ende September Anfang Oktober ein gutes halbes Dutzend Vorträge [vor den Kriegervereinen – d. Vf.] .. zu übernehmen“<sup>317</sup>. Schmidt sprach vor allem bei Kriegervereinen, seltener bei Veranstaltungen der DNVP. Im genannten Zeitraum hielt er am 29. September auf dem Landestag der Bismarckjugend der Deutschnationalen Volkspartei, deren Landesverband Hannover-Süd hierzu eingeladen hatte, eine Rede vor den jüngeren Parteianhängern.<sup>318</sup> Schmidts nur wenig später geäußerten Forderungen nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht, die der Versailler Vertrag verbot, lassen es als sehr wahrscheinlich erscheinen, daß er dies auch bei jener Gelegenheit tat. Er, der junge mehrfach ausgezeichnete Generalstabsoffizier bildete das ideale Bindeglied in die Jugend. Als Ersatz für die jahrgangsmäßige, staatliche militärische Ausbildung der jungen Männer sammelten sich Jungstahlhelm, die Bismarckjugend und weitere Jugendverbände der Kriegervereine zu Wehrsportübungen.<sup>319</sup> Der Hauptmann a. D. erfüllte damit auch eine wesentliche völkische Forderung, diejenige nach geistiger Wehrhaftmachung der Jugend.<sup>320</sup> Die Notwendigkeit dieser paramilitärischen Ausbildung in der richtigen Sprache an die Jugend heranzutragen, war Schmidts Aufgabe. Daß ihm dies gelang, belegte bereits, daß er schon auf dem 2. Reichsgründungstag der Bismarckjugend im Juli in Goslar gesprochen hatte.<sup>321</sup> Ganz

---

<sup>316</sup> Vgl. Die völkischen Ziele der DNVP, abgedruckt in: NZ v. 6.3. 1924. Vgl. hierzu die Kategorisierung bei: Mohler, A., Die Konservative Revolution in Deutschland 1918 – 1932. Ein Handbuch, Darmstadt 3. Aufl. 1989, S. 131-138; Herbert, Best, S. 57-63.

<sup>317</sup> N 1211 / 2 Kampmann, Vorsitzender des Kreiskriegerverbandes (Fallingbostal) an Schmidt, 2.8. 1923. Der Verband umfaßte „etwa 15 Kriegervereine.“

<sup>318</sup> Die der DNVP außerordentlich nahe stehende, in Hannover erscheinende „Niederdeutsche Zeitung“ kündigte die Veranstaltung des Landesverbandes am 23.9. 1923 an.

Schmidt hatte im übrigen schon beim 2. Reichsgründungstag der Bismarckjugend, der im Juli in Goslar stattgefunden hatte, die Festrede gehalten. Vgl. N 1211 / 33 Walther (?) an Schmidt, 3.7. 1923. Vgl. auch: Liebe, DNVP, S. 141 Anm. 147.

<sup>319</sup> Vgl. Bösch, Milieu, S. 76 f., 83.

<sup>320</sup> Gundelach, Wehrgedanke, S. 271 f., 295.

<sup>321</sup> Vgl. zur Aufforderung, in Goslar zu sprechen: N 1211 / 33 Walther (?) an Schmidt, 3.7. 1923. Vgl. auch: Liebe, DNVP, S. 141 Anm. 147.

praktisch betrachtet war es zugleich von Vorteil für ihn, da die Angesprochenen auch seine Wähler werden konnten.

Der Zweck der rednerischen Auftritte lag im besonderen darin, die Person Otto Schmidt in der Gegend um Hannover bekannt zu machen und ihn damit in das stark landwirtschaftlich geprägte Milieu einzuführen. Der Brief des Vorsitzenden des Kreiskriegerverbandes vom Dezember 1923 machte durch die nachstehende Erwähnung von Exzellenz Heinrich, Admiral a.D. und einer der Hauptorganisatoren des konservativen Milieus in Nordwestdeutschland, einerseits deutlich, daß Schmidt wie schon im Falle des Generals a.D. von Hutier über beste persönliche Kontakte in seinem politischen Umfeld herrschte. Andererseits beschrieb der Brief seinen noch unzulänglichen Bekanntheitsgrad und die vorwaltende Konkurrenz unter den potentiellen Reichstagswahlkandidaten: „Die Gegend um Stade und Geestemünde will sich nur schwer von der Kandidatur des Lehrers Wolff abbringen lassen. Erklärte auch in Harburg immer wieder, daß man Sie in der Gegend dort gar nicht kenne. Der Lüneburger Bezirk war überwiegend für Sie. Im südlichen Teil des Bezirks Stade (Zeven/Verden) wollte man keinen von beiden, sondern den Landwirt Weidenhöfer-Burg-Sittensen an die Spitze stellen. Es kam nicht zur Abstimmung, sondern zur Vertagung der Entscheidung über die Reihenfolge der Kandidaten. Exzellenz Heinrich wird Sie auch ja wohl bereits davon unterrichtet haben. Mir scheint nötig, daß Sie im Stader Bezirk sich noch einige Male sehen lassen und zwar recht bald, damit auch die Herren dort Sie gehört haben. Die Vermittlung übernimmt unsere Landesgeschäftsstelle. Heute bat ein Vorstandsmitglied des landwirtschaftlichen Vereins Kirchenboitzen hier im Kreise mich, ich möchte Sie für den 16. Januar nach Kirchenboitzen bitten. Sie sollen dort über die innen- und außenpolitische Lage einen Vortrag halten. Wenn es irgend geht, bitte ich, das nicht abzuschlagen, weil gerade in der Gegend für unsere Sache ein guter Erfolg zu winken scheint. Sie geben mir wohl in Kürze Nachricht, damit der Verein sich nicht um jemand anders zu bemühen braucht“<sup>322</sup>. Schmidt stand mithin seit dem 12. Oktober 1923 mit dem Lehrer Wolf und überdies seit dem 26. Oktober mit dem Landwirt Weidenhöfer in Konkurrenz um den

---

<sup>322</sup> N 1211 / 2 Kampmann, Vorsitzender des Kreiskriegerverbandes (Fallingbostal) an Schmidt, 10.12. 1923. Die im Text erwähnte Exzellenz Heinrich war der in Bremen wohnhafte Admiral a.D. Heinrich. Seine Bekanntschaft hat Schmidt in jedem Fall gemacht. Heinrich war einer der führenden Männer, der die vaterländischen Verbände zu organisieren suchte. Konteradmiral a.D. Ernst August Paul Samuel Heinrich, geb. 6.4. 1871 in Lassowitz, nach dem Krieg in Bremen wohnhaft Parkallee 197, nach 1922 Kaiser-Friedrich-Str. 21, gest. 6.10.1927. Nach Auskunft des Staatsarchivs Bremen vom 30.1. 2002 an den Vf. liegt dort kein Nachlaß. Admiral Heinrich war 1919 der Chef der Marinefriedenskommission in Versailles, vgl. Niederdeutsche Zeitung v. 28.2. 1924; Granier, Levetzow, S. 68 Anm. 227. Vgl. zur mit der Schmidts vergleichbaren politischen Programmatik: HStA Hannover Hann. 180 Lün. Acc. 3/030 Nr. 151: Monatsversammlung der Vaterländischen Vereinigung, Kreisverein Uelzen, Bericht Admirals Heinrich, in: Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide v. 24.3. 1924.



erst 1920 geschaffenen Wahlkreis Ost-Hannover.<sup>323</sup> Der hannoversche Landbund unter Cordes präferierte dabei Weidenhöfer und scheute vor der Bezeichnung Schmidts als „Landfremder“ nicht zurück – ein natürlicher Makel, den er zu kompensieren verstehen sollte.<sup>324</sup>

Planmäßig unterstützte der einflußreiche Vorsitzende des Kreiskriegerverbandes die Durchsetzung von Schmidts noch nicht gesicherter Kandidatur. Kampmanns Aussagen zufolge oblag die informelle Auswahl und Nominierung in ganz wesentlichen Teilen den verschiedenen Vereinen im ländlich-nationalen Milieu. Der Einfluß der Partei war bis dahin nicht erkennbar. Vorläufig schien es Schmidt somit zu gelingen, sich in einem Umfeld zu behaupten, indem er sich als junger hochdekoriertes Offizier des Weltkrieges in dieses hineinzusetzen vermochte. Welche Sprache benutzte und welche politischen Inhalte besetzte er dabei?

Auf dem Höhepunkt der grassierenden Inflation und wenige Tage vor dem Abbruch des „passiven Widerstands“ an der Ruhr mit der folgenden Verhängung des Ausnahmezustandes erschien am 7. September 1923 ein Artikel Schmidts in der DNVP-nahen Niederdeutschen Zeitung.<sup>325</sup> In diesen „Gedanken zur Lage“ ließ er sich zuerst emotionsbeladen über die zerstörerischen Auswirkungen des „Irrgartens des Inflations-Chaos“ aus, bevor er auf den französischen „Ruhreinbruch“ zu sprechen kam. Schmidt begriff das Vorgehen des westlichen Nachbarn geradezu als Geschenk, das „endlich das machtbildende Aufflammen des nationalen, völkischen Widerstands“ zum Vorschein bringen sollte. Dafür hatte „das Schicksal uns schon .. entscheidende Trümpfe in die Hand gegeben“. Diese Trümpfe sah er in dem – maßlos übertrieben dargestellten – „englisch-französischen Gegensatz“, der „aufgebrochen [sei] wie ein reifes Geschwür ...; dazu hatten wir eine Regierung, die in einem lichten Augenblicke der Geschichte endlich o h n e u n d g e g e n das Parlament ins Leben getreten war, die a l l e s vom deutschen Volk hätte fordern können“. Dieser Regierung, gemeint war die des Reichskanzlers Cuno mit seinem ausgewiesenen rechtsbürgerlichen Kabinett, hatte Schmidt anfangs durchaus positiv gegenüber gestanden, da sie eine „Abkehr von der ‚Erfüllungspolitik‘“ anstrebte. Ihr Scheitern lag seiner Ansicht nach in folgenden Fehlern begründet: „Sie hat sich freiwillig der Botmäßigkeit des verendenden Parlamentarismus unterstellt, freiwillig den Wahnsinn der Erfüllung aufgenommen“. Schmidt war die Einstellung der Reparationszahlungen nur gegenüber Frankreich und

---

<sup>323</sup> Vgl. Fenske, H., Wahlrecht und Parteienstaat. Ein Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte, Frankfurt 1972, S. 277.

<sup>324</sup> Vgl. zur Anbahnung des Schreibens Natzmers in: StA Osnabrück Erw. C1 Nr. 62, Landesverband Hannover-Ost (1922-1926), Natzmer an die Vorsitzenden der Kreisvereine der DNVP (persönlich), 16.6. 1924. Vgl. zu Cordes' separatistischen Tendenzen: Merkenich, RLB, S. 299.

<sup>325</sup> Schmidt, O., Gedanken zur Lage, in: NZ v. 7.9. 1923. Alle folgenden Zitate sind diesem Artikel entnommen.

nicht auch gegenüber den anderen Siegermächten nicht genug. Die vollständige Wandlung der Staatsform forderte er in nachgerade selbstverständlichem Unterton ein. Er hingegen war der Auffassung, die Regierung hätte „sich in dieser Notzeit des deutschen Volkes die diktatorische Gewalt einfach zu nehmen und alle diejenigen Herren, die wühlend und hetzend der Widerstandspolitik des Reichs das Wasser abgruben, eindeutig zur Rückkehr ins private Erwerbsleben aufzufordern!“ Und zornig schleuderte er gegen Frankreich gerichtet hinterher: „Wir haben keine Waffen, aber die Zahl derer wächst um Millionen, die jemals auf den deutschen Militarismus schimpften und heute ihrem Herrgott danken würden, wenn wir ihn noch besäßen ... Deutschland wird nicht aufhören, für seine Freiheit zu kämpfen“. Was der 35-jährige Schmidt demnach rundweg politisch forderte, war nicht weniger als die vollkommene Einstellung aller Reparationsleistungen, diktatorische Befugnisse für die Regierung und eine gewaltsame Vertreibung Frankreichs aus dem Ruhrgebiet. Zweifellos waren diese Ausführungen bedingt durch eine mit dem Einmarsch Frankreichs drückend gewordene politische Atmosphäre, die ihn unter eben diesem „suggestiven Eindruck eines gemeinsamen nationalen Schicksals“<sup>326</sup> ins realpolitisch Abwegige gerieten ließen. Weder die vollständige Einstellung der Reparationen noch die militärische Lösung des zu Tage tretenden „offene[n] Konflikt[s] mit Frankreich“<sup>327</sup> wären international akzeptiert worden. Unabhängig davon hatte das Deutsche Reich nicht die dazu notwendigen Mittel. Der innenpolitische Gedanke, das parlamentarische System mittels der Ruhrbesetzung zu einem günstigen Zeitpunkt beseitigen zu können, war gegen die übrigen politischen Kräfte gewiß nicht durchzusetzen. Frankreich war in diesem Augenblick der die Deutschen einigende Gegner, die republikanische Staatsform nicht. Kurz: Praktische, am Umsetzbaren orientierte Politik war dies nicht, aber es war eben eine Stimme aus einer starken Strömung, die vehement Stellung bezog. Es sollte sich noch zeigen, daß sich hier erstmalig Schmidts grundsätzliche Positionen seiner politischen Haltung zeigten.

Hatte Schmidt mit seinen Äußerungen vor allem in puncto „rücksichtsloser Beseitigung des Parlaments“ und der Befreiung von den „französisch-belgischen Räufern“<sup>328</sup> ganz auf der Linie seines hannoverschen Landesverbandes gelegen, zeigten sich im November die eigentlichen Divergenzen im konservativ-nationalen Lager.

---

<sup>326</sup> Kolb, Weimarer Republik, S. 51.

<sup>327</sup> Ebd., S. 52. Selbst einem Militaristen wie dem Obersten Bauer, des engsten Vertrauten Ludendorffs, war nicht verborgen geblieben, daß es „heute ein Wahnsinnsgedanke ist, etwas zu unternehmen, wobei man sich Frankreich ... auf den Hals läßt“. Zit. nach: Thoss, B., Der Ludendorff-Kreis 1919-1923. München als Zentrum der mitteleuropäischen Gegenrevolution zwischen Revolution und Hitler-Putsch, München 1978, S. 323 (i.f. zit. als: Thoss, Ludendorff-Kreis).

<sup>328</sup> Beide Zitate aus: Der verbotene Deutschnationale Landesparteitag, in: NZ v. 16.10.1923.

Nachdem die Reichsregierung unter Stresemann am 26. September den Ausnahmezustand für das gesamte Reich erklärt hatte, wodurch die Exekutivgewalt auf die Wehrkreisbefehlshaber übergegangen war, wurden gegen die SPD/KPD-Regierungen in Sachsen und Thüringen aufgrund ihrer Förderung revolutionärer Bestrebungen mittels „proletarischer Hundertschaften Reichsexekutionen durch die Reichswehr vollstreckt. In Bayern hatte die Regierung nach dem Ende des passiven Ruhr-Widerstands den Ausnahmezustand für das Land ausgerufen und den den „vaterländischen Verbänden“ nahestehenden Ritter von Kahr zum Generalstaatskommissar berufen. Nachdem sich die in Bayern stationierte 7. Reichswehrdivision unter General von Lossow geweigert hatte, dem Befehl aus Berlin nachzukommen, das Verbot des ‚Völkischen Beobachters‘ durchzuführen, mehr noch, Lossow die Reichswehreinheiten auf die bayerische Regierung vereidigt hatte, verschärfte sich die Lage. Als derselbe General dann auch noch zum „Einmarsch nach Berlin und Ausrufung der nationalen Diktatur“ bließ, gelangte das Verhältnis Bayern zum Reich an einen kritischen Punkt. Seeckt lehnte jedoch die von Ebert gewünschte Reichsexekution gegen Bayern mit dem bekannten Diktum ab, Reichswehr schieße nicht auf Reichswehr. Unmißverständlich riet Seeckt Kahr und Lossow jedoch gleichzeitig, sich von den radikalen Elementen um Ludendorff und Hitler nicht übermäßig beeinflussen zu lassen<sup>329</sup>.

Und während diese beiden ungleichen Gleichgesinnten durch die spürbare Reserviertheit Kahrs, Lossows und Seissers immer stärker auf einen Alleingang, auf „selbständiges Losschlagen“ drängten, traf sich nach mehreren vorherigen Kontaktaufnahmen zwischen Kahr und außerbayerischen Verbandsvertretern vom 6. bis 8. November im hessischen Laubach eine „Führergruppe aller vaterländischer Verbände des Nordens (unter der Leitung des Admirals Heinrich)“<sup>330</sup>. Ob Schmidt

---

<sup>329</sup> Vgl. zu diesem Absatz: Kolb, Weimarer Republik, S. 53-55; ders., Stresemann, S. 87; Thoss, Ludendorff-Kreis, S. 334, Wright, J., Gustav Stresemann. Weimar's greatest statesman, Oxford 2002, S. 244-250 (i.f. zit. als: Wright, Stresemann).

<sup>330</sup> Schmidt, Umdenken, S. 178. Schmidts intensive Beschäftigung mit und Kenntnis der Vorgänge legt eine Teilnahme in Laubach nahe. Eine Anfrage am Sitz der Grafen Solms in Laubach nach einer gelegentlichen Einsichtnahme in die Bestände des Schloßarchivs wurde dem Autor aufgrund der ungewöhnlichen Sperrfrist von 100 Jahren leider verwehrt (Mitteilung an den Vf. v. 20.2. 2002).

Die einschlägige Forschung (Thoß, Deuerlein) erwähnt den Admiral Heinrich, der von Schmidt an dieser Stelle ganz sachlich erwähnt wird, gleich dem Treffen in Laubach nicht. Die aber kaum zu bestreitende organisatorische Funktion des Admirals im konservativen Milieu, die den Quellen zu entnehmen ist, und die Besprechung der Führer bedarf hier der erstmaligen Einführung. Zugleich sei hier noch erläutert, daß die von Schmidt geographisch in Norden und Süden eingeteilten Verbände schlicht als bayerisch und nicht-bayerisch betrachtet werden können.

Die bei Deuerlein ebenfalls unter dem 6.11. erwähnte Versammlung von Vertretern der vaterländischen Verbände bezieht sich auf ausschließlich bayerische Verbände. Vgl. Deuerlein, E. (Hg.), Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8. / 9. November 1923, Stuttgart 1962, S. 492 f. (im folgenden zit. als: Deuerlein, Hitler-Putsch).

daran teilgenommen hat, kann nicht mit letzter Sicherheit belegt werden. Dafür sprach aber einerseits der bestehende enge Kontakt zu dem erwähnten Admiral Heinrich und seine bis ins Private gehende Beziehung zu dem General a.D. Otto von Below.<sup>331</sup> Below suchte als Mitglied des Vorstandes der VvVD neben Heinrich ebenfalls die heterogenen Verbände zu organisieren. Die sich im Schloß des Grafen Solms, des Vorsitzenden des Hessischen Vaterländischen Blocks und Führers des Landesverbands Hessen des Stahlhelms<sup>332</sup>, versammelnden Männer wurden über die Vorgänge im Süden nicht „ins Bild gesetzt“, mehr noch, sie erfuhren „erst durch die Presse von der Münchner Explosion“<sup>333</sup>. Offenkundig wurde dadurch, daß es eine Konzertierung der Aktionen, die Ludendorff noch am 4. November massiv angemahnt aber zwei Tage später bereits verworfen hatte<sup>334</sup>, aufgrund von Meinungsverschiedenheiten im taktischen Vorgehen nicht gegeben hat.

Es stellte sich nunmehr die Frage, was die Verbände politisch zu erreichen suchten oder zumindest, wie sich ihr Vorgehen ausnehmen sollte. Einen Analogieschluß auf die Vorhaben der „Laubacher“ und damit auf den mit ihnen eindeutig sympathisierenden Schmidt ließ die Entschließung der vaterländischen Verbände im unweiten Kassel zu, die am 8. November, demnach vor dem Münchner Putschversuch, in der Niederdeutschen Zeitung auf der ersten Seite abgedruckt wurde. Sich einfügend in eine krisengeschüttelte Republik, „in der viele und vieles auf diktatorische Lösungen hindrängten“<sup>335</sup>, wurden folgende Forderungen aufgestellt: „Baldigster Rücktritt der Reichsregierung und Ersatz des Parlamentarischen Systems durch die Diktatur eines Mannes, der nicht durch Rücksichten auf Wähler, Parteien oder Interessengruppen gehemmt ist, sondern den nur die Liebe zu seinem deutschen Volke leitet, ist das Gebot der Stunde“<sup>336</sup>. Zunächst ist hierin eine nicht unerwartete Kongruenz mit den Äußerungen Schmidts vom September hinsichtlich der Einführung einer Diktatur und den Verlautbarungen seines Landesvorstands bezüglich der damit einhergehenden Abschaffung des parlamentarischen Systems zu beobachten, die in diesem Punkt wiederum mit den völkischen Zielen der VvVD identisch waren. Nun, Kahr, Lossow und

---

<sup>331</sup> Below war zu diesem Zeitpunkt für ein eventuelles Direktorium nach der Ablösung der Reichsregierung ausersehen. Vgl. Deuerlein, Hitler-Putsch, S. 304. Vgl. Görlitz, W., Hindenburg. Ein Lebensbild, Bonn 1953, S. 242 (i.f. zit. als: Görlitz, Hindenburg).

<sup>332</sup> Angabe vaterländischer Block aus: HStA Hannover VVP, Nr. 2422, Der Jungdeutsche v. 9.3. 1927; Angabe Stahlhelm: R 72 / 6 Sitzung des Bundesvorstands und der Versammlung der Führer der Landesverbände am 2./ 3.10. 1926, Bl. 39. 1925 gründete Solms mit dem jungen Werner Best den Nationalblock Hessen, dem viele der nationalen Verbände angehörten (Jungdo, Junglandbund, Stahlhelm, Bauernvereine). Vgl. Herbert, Best, S. 89.

<sup>333</sup> Schmidt, Umdenken, S. 178.

<sup>334</sup> Vgl. General Ludendorff, Die völkische Bewegung, in: NZ v. 4.11.1923. Ludendorff äußerte am 6. November gegenüber dem Emissär Stresemanns, daß er nichts mehr ‚von Verabredungen mit dem Norden‘ halte. Zit nach: Thoß, Ludendorff-Kreis, S. 342.

<sup>335</sup> Kolb, Stresemann, S. 93.

<sup>336</sup> NZ v. 8.11. 1923.

Seisser hatten Seeckts scharfe Mahnung letztlich doch verstanden, so daß die Aktion Hitlers und Ludendorffs im Kugelhagel der bayerischen Polizei an der Feldherrnhalle endete.

Doch die Fragen blieben, was bedeutete „baldigst“ zeitlich, welche Befugnisse sollte welcher „Diktator“ haben und besonders dringend, *wie* sollte der „Rücktritt“ der Regierung und der dann folgende „Ersatz des Parlamentarischen Systems“ vonstatten gehen? Eine Antwort kann nur bedingt gefunden werden. Bereits am 28. Oktober hatte ein Major Vogts, der als Vertreter Belows bei Ludendorff vorstellig wurde, deutlich gemacht, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt „die norddeutschen Wehren ohne Unterstützung Seeckts und der Reichswehr zum Schlagen zu schwach wären“<sup>337</sup>. Deshalb wurde die „Ablehnung eines Putsches“<sup>338</sup> gefordert. Da sich zwischen dem 28. Oktober und dem 8. November – wenn man Seeckts deutliche Mahnung an Lossow dazu nimmt – nichts an dieser Lage geändert hatte, deutet dies daraufhin, daß die vaterländischen Verbände den *kairos* noch nicht als gegeben sahen. Das Ob des Umsturzes war damit nicht umstritten, allein das Wann wurde bei den norddeutschen Verbänden zeitlich später angesetzt. Die teilweise schon lange dauernde politische Nähe Schmidts zu einigen der entscheidenden Aktiven auf der Seite der norddeutschen vaterländischen Verbände legt die Vermutung sehr nahe, daß er an dem Treffen in Laubach teilgenommen hat. Besonders die Schlußfolgerung über eine taktisch bedingte Verzögerung der Aktion, die Vogts Ludendorff dargelegt hatte, teilte Schmidt zu diesem Zeitpunkt.

Da mit dem Zusammenbruch der „nationalen Revolution“ in München der Wendepunkt der innenpolitischen Krise überschritten worden war, waren die machtpolitischen Fragen im Innern und damit diese Fragen auf des Messers Schneide für die Weimarer Republik beantwortet worden.<sup>339</sup>

Seine ganze Unzufriedenheit mit dem Ablauf der Ereignisse in der bayerischen Hauptstadt und die Analyse der Lage fanden acht Tage später ihren Niederschlag in einem Leitartikel der Niederdeutschen Zeitung.<sup>340</sup> Mit tatendurstiger Verzweiflung wollte er am liebsten „von der Kanzel und vom Katheder hineinhämmern ins deutsche Volk: ‚Laßt Euch nicht spalten, blickt nach außen, da liegt die Gefahr für uns alle!‘“ Frankreich sollte erneut als einigendes Feindbild dienen, um im Innern eine Konsolidierung herbeizuführen. In seiner drastischen Sprache schäumte er zunächst gegen die „ganze Demokratie von Entente-Gnaden, Französlinge verschiedenster

---

<sup>337</sup> Thoss, Ludendorff-Kreis, S. 341.

<sup>338</sup> Ebd., S. 342.

<sup>339</sup> Winkler, H.A., Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, 1918-1924, Berlin 2. Aufl. 1985, S. 68ff. (i.f. zit. als: Winkler, Revolution).

<sup>340</sup> Die folgenden Zitate sind sämtlichst aus diesem Artikel: Schmidt, O., Gedanken zur Lage, in: NZ v. 17.11.1923. Vgl. hierzu: Bussche, Konservatismus, S. 262-266.

Schattierung, offene und geheime Landesverräter“. Damit kam seine scharfe Ablehnung der Republik zum Ausdruck und nicht minder die ungezügelt Aversion gegen Kollaborateure und Separatisten im Rheinland und der Pfalz. Die Vorgänge in Sachsen und Thüringen veranlaßten ihn in bemerkenswerter Form gerade nicht, die Arbeiterbewegung *in toto* zu verurteilen, sondern im völkischen Sinne Arbeiter von Funktionären zu trennen. Indem er die ihm durch seine Frau und die hannoversche Region nahestehenden Bauern hinzunahm, waren es gerade die „Führer des Proletariats, die es ... verhindern, daß der vierte Stand, der in der Nation nachwächst, und der neben dem deutschen Bauernstand vielleicht der reinblütigste ist, sich in ihr völkisches Leben tätig und geachtet eingliedert“. Schmidt verfocht damit unscharf konturierte Vorstellungen völkischen Denkens, wie sie die „vaterländischen Verbände“ seit ihrer Gründung Anfang des Jahres vertraten. Doch Schmidt hatte diese Gedanken bereits im Kriege gewonnen. Früh hatte ihn die sozial-nivellierende Wirkung des gemeinsamen Fronterlebnisses, das den „sozialen Frontgeist“<sup>341</sup> als etwas ganz Neues geschaffen hatte, in den „kernigen tapferen, von neuem Standesbewußtsein getragenen Organisatoren Bebelscher Prägung ... ein Führungselement der neuen Zeit“ sehen lassen<sup>342</sup>.

In der zweiten Hälfte des vorgenannten Artikels kam er auf den „Münchener Fall“ zu sprechen. Für ihn war es ein „ungeheurer Fehler, daß Hitler glaubte, einen Staat gründen zu können ohne Fühlung mit den staatsbildenden Kräften (sic!) des deutschen Nordens“. Selbstbewußt bestimmte Schmidt die vaterländischen Verbände als die eigentlichen Quellen staatlicher Legitimation, weil in seiner Vorstellungswelt nur hierin alle Schichten gleichermaßen vertreten waren. Hitlers Fehler wog umso schwerer, als das „Ziel all der Männer, ..., das gleiche war: nämlich die Befreiung Deutschlands, ihr Weg, ihre Taktik, ihre politischen Kampfmethoden führten sie auseinander“. Das Ziel war demnach richtig, nur die Mittel waren falsch gewesen? Die ‚Befreiung Deutschlands‘, wie Schmidt – unscharf aber in dem ihm eignen Jargon – den Kern der Bemühungen umschrieb, deutete auf die Aussagen der vaterländischen Verbände vom

---

<sup>341</sup> Schmidt, Umdenken, S. 119. Gundelach umschreibt diesen Geist treffend: „Sein Wesenskern war die Erfahrung der Frontkameradschaft im Schützengraben, wo dem Kämpfer unmittelbar an der Schwelle des Todes eine neue Lebensschau zuteil wurde; da traten angesichts der permanenten Gefahren Standes- und Bildungsunterschiede zurück, da waren die Männer nichts als Soldaten, die gemeinsam das Feuer durchlebten“ (Gundelach, U., Der nationale Wehrgedanke in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zum Militarismusproblem in Deutschland zwischen 1918 und 1933, Diss. phil Bonn 1977, S. 68 f., i.f. zit. als: Gundelach, Wehrgedanke). Nipperdey nennt die Schützengrabengemeinschaft schlicht die „Grunderfahrung“ der Front (Nipperdey, T., Deutsche Geschichte 1866-1918, Bd. 2. Machtstaat vor der Demokratie, München 1992, S. 854). Vgl. auch das Kapitel „Das Kriegserlebnis des 1. Weltkriegs“, in: Sontheimer, K., Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1968, S. 93-111. Für den Zusammenhang dieser Arbeit erwies sich hingegen die Arbeit von Mauch nicht als einschlägig. Vgl. Mauch, H., Nationalistische Wehrorganisationen in der Weimarer Republik. Zur Entwicklung und Ideologie des „Paramilitarismus“, Frankfurt 1982.

8. November: Ende des Parlamentarismus und Schaffung einer Diktatur. Nach dem Scheitern des Putsches, dem wüste Auseinandersetzungen und gegenseitige Beschimpfungen in der Presse folgten, mahnte Schmidt nun ausgleichend und eindringlich zur „Disziplin ...: alles, was die eigene Front verwirrt, nützt dem Feinde. Die große nationale Bewegung muß intakt bleiben; der völkische Gedanke darf nicht an Führergegensätzen verbluten. Wo sie vorhanden sind, sollten sie in offener Aussprache von Mann zu Mann, nicht in gehässiger Pressepolemik ausgetragen werden; das muß möglich sein!“ Die Einheit der ‚nationalen Bewegung‘ beschwörend, riet er in verhaltenem Tone Bayern „Ruhe zur Sammlung. ...; es sucht die Form, um die nationalsoziale (sic!) Bewegung, die in die vom Marxismus getäuschte Lohnarbeiterschaft die spontane Kraft des völkischen Gedankens trug, zu verschweißen mit all den anderen nationalpolitischen Kräften, ...“. An den ‚Norden‘, dem er sich zugehörig fühlte, richtete er die Botschaft, „durch Einigung aller in ihm wirkenden vaterländischen Kräfte“ auf einen „Nationalstaat“ hinzuwirken, „der uns wieder ehrlich, wehr- und bündnisfähig macht!“

Den Weg dorthin sah er durch die Beantwortung der folgenden drei Fragen aufgegeben: „Wie ernähren wir das Land? Wie halten wir Ordnung? Wie erwehren wir uns der täglich schamloser werdenden Peinigungen der Franzosen?“ Seine Antworten ließen nicht lange auf sich warten: „Nur enge vertrauensvolle Zusammenarbeit von Nährstand und Wehrstand, von Landwirtschaft und Soldatentum kann die Aufgaben lösen; ...“. Mit großer Selbverständlichkeit betonte er dann die tragende Rolle der vaterländischen Verbände, die für ihn ein elementarer Bestandteil des ‚Wehrstandes‘ bildete: „ ...; unter Soldatentum verstehe ich die Reichswehr als Säule der staatlichen Macht, verstehe ich aber auch die in den verschiedenen vaterländischen Verbänden und Vereinigungen sich ansammelnde kämpferische Kraft des Selbsterhaltungstriebes der Nation“. Letztes Ziel dieser politischen Bestrebungen war eine unscharf umrissene „klare[.], nationale[.] Staatsleitung“. Diese hätte, so die Annahme, „bald“ durch Kahr in einer nicht demokratisch legitimierten Regierung auf Reichsebene gestellt werden können, war jedoch durch Hitlers Vorgehen verhindert worden. Schmidt befürwortete letztlich eindeutig den Sturz der Regierung und deren Ersatz durch eine parlamentsunabhängige Führung. Was er an Ludendorff bemängelte, war nicht dessen grundsätzliche Intention, sondern daß er sich nicht mit den gleichgesinnten Kräften außerhalb Bayerns abgesprochen hatte.<sup>343</sup> Wie nach einem gelungenen Umsturz in

---

<sup>342</sup> Schmidt, Umdenken, S. 136. Vgl. kritisch hierzu: Gundelach, Wehrgedanke, S. 239 f.

<sup>343</sup> Hierfür spricht in erheblichem Maße auch ein zeitgenössischer Bericht: „Gegen die Durchführung eines Freiheitskampfes wird nie etwas einzuwenden sein, wenn er so vorbereitet ist, daß er zum Siege führen muß. War jedoch der Kapp-Putsch schlecht vorbereitet, so war das beim Münchner Unternehmen noch mehr der Fall“. Deutschvölkische Freiheitspartei und vaterländische Bewegung, Berlin 1923, S. 27, zit. nach: Finker, K., Vereinigte vaterländische

Bayern dessen Transformation auf Berlin hätte geschehen sollen, läßt Schmidt zwar offen, doch legt seine Affinität zu den vaterländischen Verbänden eine Vermutung nahe. In deren Gremien wurde nämlich seit Beginn des Jahres die Idee einer Nachahmung des „Marsches auf Rom“ zirkuliert<sup>344</sup>, kurz: nach der Etablierung einer dauerhaften nicht-parlamentarischen ‚nationalen Staatsleitung‘ in München hätten die Verbände – getragen von einer noch stärkeren nationalen Stimmung im Lande und ohne Überstürzung<sup>345</sup> – die neue Regierungsform auch in der Reichshauptstadt etablieren wollen. Schmidts 36 Jahre später beschwörend geäußerte Haltung, wonach er die Mittel zur Erreichung politischer Ziele „niemals in Putschen oder Staatsstreichen“<sup>346</sup> gesehen habe, erscheint im Spiegel der Zeitzeugnisse in ihrer Ausschließlichkeit als dürftige Apologie.

Währenddessen liefen die Vorbereitungen für die Nominierung zur Reichstagswahl ungemindert weiter. Der Monat Januar eines jeden Jahres bot für die Kriegervereine, Soldatenvereinigungen und landwirtschaftlichen Vereine ein verpflichtendes Konvolut an nationalen Gedenk- und Feiertagen<sup>347</sup>: Am 18. wurde der Reichsgründung von 1871 und auch der Gründung des Stahlhelms von 1919 gedacht, am 24. und 27. wurden die Geburtstage Friedrichs des Großen und Wilhelms II. gefeiert. So nahm es nicht wunder, wenn zu diesem Behufe der Stahlhelführer von Celle Schmidt bat, zum

---

Verbände Deutschlands (VvVD) 1922-1933/34, in: Fricke (Hg.), Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 4, Leipzig 1986, S. 318.

<sup>344</sup> Vgl. Kolb, Weimarer Republik, S. 55. Thoß spekuliert bei einem Gelingen des Putsches darauf, daß Ludendorff „mit seinen auf Nord- und Süddeutschland verteilten Anhängern noch einmal hoffen [konnte], als der eigentliche ‚Reichsdiktator‘ aus dem von Hitler und ihm durch ihren Überraschungscoup im Münchener Bürgerbräukeller angestoßenen ‚Marsch auf Berlin‘ hervorzugehen“ (Ders., Nationale Rechte, militärische Führung und Diktaturfrage in Deutschland 1913-1923, in: MGM 42 (1987), S. 67). Sicher hätten sich die von Schmidt genannten ‚Laubacher‘ Ludendorff im Falle eines Erfolgs nicht in den Weg gestellt, da dann der Erfolg der Sache im Mittelpunkt gestanden hätte. Aber die Eindeutigkeit der Zustimmung, die Thoß hinsichtlich der Anhänger im Norden andeutet, muß doch mit Vorsicht betrachtet werden. Vgl. insgesamt: Thoß, Ludendorff-Kreis, S. 456-467.

<sup>345</sup> Die zweifellos vorhandene nationale Aufwallung geschickter in politisches Fortkommen umzusetzen, empfahlen sowohl der spätere Wahlkreisnachbar Erich Wienbeck als auch der sich in vaterländischen Kreisen politisierend umtuende Generalfeldmarschall a.D. von Mackensen. Vgl. Schwarzmüller, T., Zwischen Kaiser und „Führer“. Generalfeldmarschall August von Mackensen. Eine politische Biographie, München 2001 (TB), S. 197 f. (i.f. zit. als: Schwarzmüller, Mackensen); Abg. Dr. Wienbeck über München-Berlin, in: NZ v. 5.12. 1923.

<sup>346</sup> Umdenken, S. 181. Aus dem engeren gedanklichen Vertrautenkreis des Hauptmanns a.D., hatte General von Below bereits für das Jahr 1920 folgende, von einem preußischen Offizier unerwartete Handlungsanleitung gegeben: „Jetzt hilft nur Terror!“ (N 1211 / 2 Below an Schmidt, 1.2. 1920). Die ideelle Nähe Belows wird auch durch dessen Zugehörigkeit zum Präsidium der VvVD unterstrichen. Vgl. HStA Hannover Hann. 180 Hann. Nr. 772, Bd. 3: Mitteilungen des Landeskriminalamtes Berlin I A v. 13.5.1930, Nr. 10, S. 97.

<sup>347</sup> Vgl. Bösch, Milieu, S. 73. Böschs kluge Studie unterläßt es hier aber, die wichtigen Offiziersvereinigungen des Nationalverbandes Deutscher Offiziere und des Deutschen Offiziersbundes zu nennen. Dies ist deshalb nennenswert, da in die Reichswehr nur 4000 Offiziere übernommen werden konnten.



fünften Jahrestag der Gründung am 18. Januar 1924 als Festredner aufzutreten.<sup>348</sup> Schmidt sprach bei der Stahlhelmfeier am 19. Januar 1924, nachdem er am am 18. Januar der Reichsgründungsfeier der DNVP in Hannover beigewohnt hatte. Unter den Zuhörern Schmidts befand sich auch Generalfeldmarschall von Hindenburg<sup>349</sup>. Wenige Tage vor dem Weihnachtsfest 1923 hatte der Hauptmann a.D. bereits eine weitere Kriegervereinseinladung aus Salzwedel erhalten, die „vom Kreiskriegerverband, Stahlhelm und Jungdo aus[ging] und .. als deutscher Abend gedacht“ war. Inhaltlich sollte Schmidt auf den Geburtstag Friedrichs II. und auf den 53. Jahrestag der Reichsgründung eingehen. Und unter Hinweis auf Schmidts Vortragsweise sollte er „mit der Ihnen innewohnenden frischen und energischen Art die Leute etwas wach[.]rütteln, auf die so dringende Notwendigkeit enger Zusammenarbeit der nationalen Verbände hin[.]weisen, von zwecklosen Putschen oder dergleichen abzulassen (dies für einige Hitzköpfe sehr notwendig) ...“. Zum Schluß des Schreibens wurde Schmidt an den schon bekannten, unparteiischen Anspruch erinnert, demonstrativ „nicht parteipolitisch zu werden, dagegen aber den deutschen und nationalen Gedanken so energisch wie möglich herauszuholen“<sup>350</sup>. Zu Beginn des Jahres 1924 wurde die Möglichkeit einer Kandidatur für den nächsten Reichstag, der in diesem Jahr turnusgemäß neugewählt wurde, immer wahrscheinlicher und intensiv vorangetrieben. Am 5. Dezember 1923 hatte sich der weitere Vorstand des Landesverbandes Hannover-Ost offiziell mit der Kandidatenfrage beschäftigt. Nachdem hier eine „Einigung über die Spitzenkandidatur .. nicht“ stattgefunden hatte, wurden „daher die Kreisvereine aufgefordert, nochmals zu dieser Frage Stellung zu nehmen und Anträge zu stellen. Diese Zeit von Anfang Dezember vorigen Jahres bis zu der entscheidenden Sitzung vom 10. März wurde nun von Schmidt und Wolf benutzt, in den verschiedenen Gegenden des Landesverbandes als Redner zu wirken“<sup>351</sup>.

Und genau hierin erhielt Schmidt aus dem konservativen Milieu massive Unterstützung. Der bereits genannte Vorsitzende des Kreiskriegerverbandes Fallingbostal, Kampmann, bemühte sich nun sehr stark darum, daß Schmidt bei den potentiellen Wählern gegenwärtig war: „Ich habe dieser Tage an die Kreisvereine im

---

<sup>348</sup> Vgl. N 1211 / 19 Stahlhelmführer Celle N.N. an Schmidt, 12.12. 1923. Auszüge aus der Rede: vgl. NZ v. 22.1.1924.

<sup>349</sup> Vgl. Niederdeutsche Zeitung v. 18. (Anzeige des Stahlhelms für den 19.1.) und 19.1. 1924 (Kurzbericht über die deutschnationale Veranstaltung).

<sup>350</sup> N 1211 / 33 N.N. an Schmidt, 21.12. 1923. Wie häufig Schmidt in dieser Zeit auftrat und wie bekannt er schon in dem Gebiet seines zukünftigen Wahlkreises gewesen sein muß, wird deutlich an der im sich entschuldigenden Tone geschriebenen Eingangsformel des zitierten Schreibens, das erfolge, „noch dazu, wo Sie so sehr stark besetzt sind“. Der Vortrag hat in der Zeit zwischen dem 18. und dem 24.1. stattgefunden. Vgl. zur beanspruchten Überparteilichkeit der Kriegervereine: Bösch, Milieu, S. 70.

Stadeschen wegen Ihrer Kandidatur geschrieben und gebeten, daß man Sie dorthin in den nächsten Wochen und Monaten zu Vorträgen bittet.“<sup>352</sup>. Tags darauf wurde Schmidt von einem Gutsverwalter, der „auf ein Schreiben der Parteileitung“ Bezug nahm, brieflich aufgefordert, „im Kreise Bleckede politische Ansprachen in den verschiedenen größeren Ortschaften zu halten“<sup>353</sup>. Am 13. und 18. Januar baten ihn die Ortsgruppe an der Unterweser des Nationalverbandes Deutscher Offiziere (NDO) und die Ortsgruppe Quakenbrück des Deutschen Offizier-Bundes (DOB) vorzutragen<sup>354</sup>, nachdem ihn die NDO-Ortsgruppe Hannover bereits zur Hauptversammlung am 15. Januar eingeladen hatte<sup>355</sup>. Am 4. und 13. Februar wurde er ein weiteres Mal von Kampmann als Redner angefordert, dabei spiegelte sich Schmidts Ausdauer als Vortragender in der Aussage wider, er möge dies in der „bewährten Art“<sup>356</sup> tun, dazwischen wurde er für den 1. März angefordert.<sup>357</sup> Schmidts Zusage an den Vorsitzenden des preußischen Landeskriegervereins Wustrow, Meyer, löste nach dessen Bekunden Freude darüber „nicht nur im Verein, sondern auch in der Bevölkerung [aus] ...“. Einen guten Einblick in die emotional aufgeladene Welt solcher „deutscher Abende“ gewann man, wenn Meyer am Ende seines Schreibens Schmidt aufforderte, „am Schluß Ihrer Rede den Rütlichswur zu setzen, den die ganze Zuhörerschaft mit zum Schwur erhobenen Händen mitspricht. Der Schwur wird auf dem gedruckten Programm stehen, so daß ihn jeder mitsprechen kann. Nach Ihrer Rede soll das Lied ‚Ich hab’ mich ergeben’ gesungen werden“<sup>358</sup>. Schmidt sollte demnach in einpeitschender Manier die Kriegsniederlage, den Versailler Vertrag und nicht zuletzt die dem Vertrag inhärente, abwertende Dezimierung der neuen Wehrmacht als einigende Momente der Versammlung gegen die Republik mobilisieren.<sup>359</sup>

Am 19. Februar gab Kampmann Schmidt nun ein Lagebild der Stimmung in den von ihm überblickten Kriegervereinen, die deutlich zeigte, welche Sympathien und damit Stimmen für die Nominierung er bereits in den zurückliegenden Monaten gewonnen

---

<sup>351</sup> StA Osnabrück Erw. C1 Nr. 62, Landesverband Hannover-Ost (1922-1926), Natzmer an die Vorsitzenden der Kreisvereine (persönlich), 16.6. 1924.

<sup>352</sup> N 1211 / 2 Kampmann (Vorsitzender des Kreiskriegerverbandes Fallingbostel) an Schmidt, 9.1. 1924.

<sup>353</sup> N 1211 / 2 Gutsverwalter v. Bülow an Schmidt, 10.1. 1924.

<sup>354</sup> Vgl. N 1211 / 33 Dr. Hohl (NDO-Ortsgr. a.d. Unterweser) an Schmidt, 13.1. 1924 u. N 1211 / 33 Dr. Flebbe (DOB-Ortsgr. Quakenbrück) an Schmidt, 18.1.1924.

<sup>355</sup> Vgl. N 1211 / 33 Major a.D. Dietlein an Schmidt, o.D. (ca. 5.1. 1924). Am 4.3. sprach Schmidt bei der NDO-Ortsgruppe Bremerhaven, vgl. N 1211 / 33 Dr. Hohl an Schmidt, 15.2. 1924.

<sup>356</sup> N 1211 / 2 Vorsitzender des Kreiskriegerverbandes (Fallingbostel), 13.2. 1924. Am 4.2. schrieb der Kriegerverein Schwarmstedt an Schmidt, vgl. N 1211 / 2.

<sup>357</sup> Vgl. N 1211 / 33 Meyer an Schmidt, 8.2. 1924.

<sup>358</sup> N 1211 / 33 Meyer an Schmidt, 19.2. 1924. Das seinerzeit sehr bekannte Volkslied lautete in den ersten zwei Zeilen: „Ich hab’ mich ergeben mit Herz und mit Hand, Ich hab’ mich ergeben für das deutsche Vaterland ...“

hatte: „Die Vertreter des Bezirks Lüneburg waren letzten Sonnabend zusammen. Wir haben geschlossen mit Spitze Schmidt. ... [und] haben zu aller Erstaunen festgestellt, daß Celle allein Sie ablehnt ..., weil Sie wahrscheinlich nach der Wahl doch zur Völkischen Freiheitspartei überschwenken würden. Winsen an der Luhe hatte noch keinen Beschluß gefaßt. Wie mir von Gartzen sagt, wäre wahrscheinlich auch dieser Kreis für Sie – Celle sollte doch gerade bei der starken völkischen Bewegung dort einen ‚stark völkischen‘ wie Sie zu wählen haben! Meine Rechnung ist, wenn zwei bis drei Kreise aus dem Stadeschen für Sie stimmen, dann Liste Schmidt, Weidenhöfer, Wolf lauten wird“<sup>360</sup>. Bis Ende des Monats Februar erhielt er weitere vier Termine, an denen er im vaterländischen Sinne die Zuhörer gewinnen sollte<sup>361</sup>.

Als er die Terminbestätigung des Landwirtschaftlichen Bauernvereins Bevensen am 12. März erhielt, am „4. April ... im vaterländischen Sinne“<sup>362</sup> zu sprechen, hatte sich der enorme rednerische Einsatz eines guten dreiviertel Jahres gelohnt. Denn nach der Auflösung des ersten Reichstages am 13. März 1924 war die Aufstellung der Kandidatenliste für die am 14. März auf den 4. Mai festgelegte Wahl notwendig geworden.<sup>363</sup> In der „entscheidenden Sitzung“ des Landesvorstandes entfielen auf Schmidt 23 Stimmen, auf Weidenhöfer hingegen nur 10.<sup>364</sup> Er hatte es geschafft. So konnte ihm am 14. März ein Zeitungsleser seine Freude darüber zum Ausdruck

<sup>359</sup> Vgl. Bösch, Milieu, S. 67, 69; Gundelach, Wehrgedanke, S. 235, 245, 255.

<sup>360</sup> N 1211 / 2 Kampmann an Schmidt, 19.2. 1924. Die hier erstmalig belegte völkische Ausrichtung Schmidts wird bekräftigt durch eine Mitteilung an Schmidt durch das deutschnationale Reichstagsmitglied Stubbendorf, der sich freute, ihn zu einer „wichtigen Besprechung am 25. März ... in den kleinen Sitzungssaal des Reichlandbundes, Berlin ... einzuladen. Ew. Hochwohlgeboren (sic!) werden bereits von Seiten der deutsch-völkischen Arbeitsgemeinschaft Mecklenburg eine Einladung hierzu erhalten haben. Ich unterstütze diese Einladung und bitte dringend um Ihr Erscheinen“. N 1211/33 Stubbendorf an Schmidt, 17.2. 1924.

Wie tief die Spaltung des deutschnationalen Milieus in verschiedene Strömungen war, belegt das parlamentarische Verbleiben des hier zum zweiten Mal erwähnten Konkurrenten Schmidts bei der Nominierung für den Wahlkreis Hannover-Ost, Weidenhöfer. Bis zuletzt um den deutschnationalen Sitz buhlend, entschied er sich, nachdem er nicht an erster Stelle nominiert worden war, kurzerhand für die in der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung aufgegangene Deutschvölkische Freiheitspartei. Vgl. Döring, M., „Parlamentarischer Arm der Bewegung“. Die Nationalsozialisten im Reichstag der Weimarer Republik, Düsseldorf 2001, S. 44-51 (i.f. zit. als: Döring, Arm). Vgl. zu Weidenhöfer: MdR, S. 554.

<sup>361</sup> 22.3. beim Kreiskriegertag Walsrode (N 1211 / 2 Kampmann an Schmidt, 25.2.), 6.3. in Amelinghausen (N 1211 / 33 Hofbesitzer Hedder an Schmidt, 27.2.), 2.3. beim Kriegerverein Lemgow (Lychow-Dannenberg Zeitung v. 28.2. 1924, in: HStA Hannover Hann. 180 Lün., Acc. 3 / 030 Nr. 151 Beobachtung von Veranstaltungen vaterländischer Verbände durch die Behörden 1922-1927), 22.3. beim Verein ehem. Artilleristen Hildesheim (N 1211 / 33 Vorsitzender Mensing an Schmidt, 29.2.).

<sup>362</sup> N 1211 / 2 Landwirtschaftlicher Bauernverein Bevensen an Schmidt, 12.3. 1924.

<sup>363</sup> Zur Meldung der Auflösung, vgl. die Abendausgabe des Hannoverschen Kuriers v. 13.3. 1924; zur Verkündigung des Neuwahltermins am 14.3., vgl. die Morgenausgabe des Hannoverschen Kuriers v. 15.3. 1924.

<sup>364</sup> Vgl. StA Osnabrück Erw. C1 Nr. 62, Landesverband Hannover-Ost (1922-1926), Natzmer an die Vorsitzenden der Kreisvereine (persönlich), 16.6. 1924.

bringen, daß es Schmidt gelungen sei, „vom Landesverband Hannover-Ost als Erster auf die Liste der Reichstagsfraktion gesetzt worden“ zu sein.<sup>365</sup>

Der nun 36 Jahre junge Schmidt, dem aus seinem Zuhörerkreis immer wieder ein exzellentes rhetorisches Talent bescheinigt wurde, hatte aufgrund intensiver praktischer Überzeugungsarbeit nunmehr die Grundvoraussetzung für eine aussichtreiche Kandidatur durch seine Nominierung erfüllt. Schmidt war es vermittels seines Leistungswillens gelungen, sich im konservativen Milieu von landwirtschaftlichen, deutschnationalen, vaterländischen Ortsgruppen und Kriegervereinen zu etablieren. Der einflußreiche Rückhalt, den er sich hier für die Kandidatenauswahl und –aufstellung aufgebaut hatte, stellte letztlich das ausschlaggebende Gewicht dar, das die DNVP zu seiner Spitzenkandidatur bewog. Die entscheidende Mitwirkung der Kriegervereine an der Nominierung deutschnationaler Kandidaten für den Reichstag, wie hier im Falle Schmidts, ist bisher von der Forschung nicht beachtet worden.<sup>366</sup>

Ende März wußte er allerdings, daß die Schlacht bei weitem noch nicht gewonnen war, weshalb er in diesem Monat weitere drei Male aufgefordert wurde, seinen Bekanntheitsgrad im Bewußtsein der Wähler zu vertiefen.<sup>367</sup> Darunter war auch eine Einladung an Schmidt, zu einer Fahnenweihe zu sprechen. Von einem Pastor vorgenommen, stellte diese den „gemeinschaftsbildenden Bezugspunkt“<sup>368</sup> im öffentlichen Bekenntnis zum konservativen Milieu schlechthin dar. In zu diesem Zweck schwarz-weiß-rot beflaggter Stadt und in straff antirepublikanischer Atmosphäre, so muß man es sich vorstellen, hielt Schmidt seine Rede.

Schmidt war es überdies gelungen, seinen Namen über die Grenzen des Hannoverschen hinaus bekanntzumachen. Wahrscheinlich mitbedingt durch

---

<sup>365</sup> N 1211 / 33 Dr. Hans Tschirsch an Schmidt, 14.3. 1924.

<sup>366</sup> Zurecht betont Bösch zwar, daß die Kriegervereine die wichtigsten Träger des Nationalismus (S. 67) und eine der „am meisten unterschätzten Gruppen der Weimarer Republik“ (S. 68) gewesen seien, doch gelangt er über den Hinweis aus Celle, daß die Kandidatenliste für das Stadtparlament durch Absprache zwischen dem Vorsitzenden des Bürgerbundes (DNVP) und nationalen und berufsständischen Vereinen beschlossen wurde (S. 52 f.), nicht hinaus. Während Bösch allerdings zumindest betont, daß die Verankerung der DNVP in den Kriegervereinen bisher kaum beachtet wurde (S. 37 Anm. 6, 72 f.), verdeutlicht dies die im übrigen wegweisende Habilitationsschrift von Pyta in ihrem Kapitel über die DNVP leider nicht. Vgl. Pyta, Dorfgemeinschaft, S. 291-311.

Als weiterer Beleg der Verankerung der DNVP im Vereinsmilieu sei an dieser Stelle erwähnt, daß auch der spätere deutschnationale Reichstagskollege Wienbeck, der für den angrenzenden Wahlkreis Hannover-Süd seit der ersten Wahlperiode im Parlament saß, von ähnlich geartetem – in seinem Falle wirtschaftlicher Vereine – Einfluß auf die Aufstellung der Kandidaten berichtet. Vgl. Wienbeck, Lebenserinnerungen, S. 230.

<sup>367</sup> Vgl. N 1211 / 32 Reiche an Schmidt, 17.3. 1924 (Fahnenweihe); N 1211 / 2 Kriegerverein Winterfeld an Schmidt, 26.3. 1924; 30.3. vaterländische Vereinigung Kreisgruppe Winsen nach Winsener Nachrichten v. 22.3.1924, in: HStA Hannover Hann. 180 Lün., Acc. 3 / 030 Nr. 151 Beobachtung von Veranstaltungen vaterländischer Verbände durch die Behörden 1922-1927.

Verbindungen mit ehemaligen Offizierskameraden war er am 19. März zum 75. Geburtstag des Großadmirals a.D. von Tirpitz, der ebenfalls für den Reichstag kandidierte, nach Bayern eingeladen worden.<sup>369</sup> Hierfür ausgewählt gewesen zu sein, belegte eindrücklich, wie gut sich Schmidt gesellschaftlich im vaterländischen Milieu zu bewegen vermochte, weshalb er nicht zufällig bereits bei seiner Wahl zu den „namhaften neuen Fraktionskollegen“<sup>370</sup> gezählt wurde. Eben diese guten Beziehungen eröffneten ihm am 28. März eine günstige Gelegenheit, sich auf Reichsebene vor höheren Parteichargen zu präsentieren. Zum ersten Mal trat er hier unter dem Namen Schmidt-Hannover auf. Im wesentlichen nahm er den Zusatz des Stadtnamens wahrscheinlich auf, um sich klar von anderen, gleichnamigen Politikern zu unterscheiden. Inwieweit hier gewisse persönliche Eitelkeiten eine Rolle gespielt haben, kann nur vermutet werden.<sup>371</sup> Nach seiner erfolgreichen internen Aufstellung als Spitzenkandidat hielt er vor den Spitzen der DNVP, welche die parlamentarische Bündelung und Kanalisierung des genannten Milieus organisierte, eine Rede unter dem Titel: „Die vaterländische Bewegung und die Deutschnationale Volkspartei“. Die Rede mußte auf erheblichen Zuspruch gestoßen sein, denn die Verantwortlichen ließen sie als Flugschrift Nummer 167 durch die Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle in den Druck nehmen<sup>372</sup>.

Den Beginn der sogenannten vaterländischen Bewegung sah Schmidt nun in der Formierung des örtlichen Selbstschutzes, der Grenzschutzformationen und der Freikorps zum Schutze der öffentlichen Ordnung.<sup>373</sup> Die weitere Entwicklung war durch die Erkenntnis geprägt, „daß wir eine Notwehr gegen französische Schurkerei brauchen, daß es um Selbstbehauptung und Arterhaltung geht und daß nur die

---

<sup>368</sup> Bösch, Milieu, S. 74; vgl. weiterhin: Schumann, Gewalt, S. 245.

<sup>369</sup> Die Teilnahme an Tirpitz' Geburtstagsfeier bestätigt ein Schreiben Schmidts (N 1211 / 71 Schmidt an Kampmann, 23.3. 1924): „... von der Feier des 75. Geburtstages des Großadmirals von Tirpitz aus Bayern zurückkommend ...“.

<sup>370</sup> Huber, Verfassungsgeschichte 6, S. 162.

<sup>371</sup> Ein Beispiel für die lange Tradierung eines solchen künstlichen Doppelnamens, der ja nur zur Vermeidung von Verwechslungen kreiert wurde, ist heute noch Koch-Weser, der sich auch aus den Weimarer Jahren erklärt.

<sup>372</sup> Das gedruckte Exemplar findet sich in: N 1211 / 66 (i.f. zitiert als Schmidt, DNVP-vaterländische Bewegung).

<sup>373</sup> Vgl. Schmidt, DNVP-vaterländische Bewegung, S. 3. Ganz ähnlich beschreibt Wienbeck die Verhältnisse in Hannover (vgl. Lebenserinnerungen, S. 231). Zu bemerken ist an dieser Stelle, daß Schmidt in seinen Erinnerungen diese Rede zum Teil wörtlich übernimmt, ohne darauf hinzuweisen (vgl. Umdenken, S. 154).

Dies ist ein treffender Beweis dafür, daß Schumann (Gewalt, S. 245) ungenau ist, wenn er sagt, daß die von ihm so bezeichnete „äußere Militarisierung der politischen Kultur .. 1921 zum Durchbruch [kam], als die Freikorps und die Einwohnerwehren endgültig verschwanden und der Aufstieg der Wehrverbände begann“. Gerade aus Schmidts Aussagen wird deutlich, daß die vaterländische Bewegung aus eben jenen Strukturen evolutionär hervorging. Die Organisation änderte sich, soweit ist Schumann zuzustimmen, aber der inhaltliche Gehalt hatte schon längst seine Träger gefunden. Zudem läßt er unerwähnt, daß die losen Verbände des französischen Einmarsches vom Januar 1923 bedurften, um sich fester zusammenzuschließen.

planmäßige Wehrhaftmachung des ganzen Volkes uns rettet“<sup>374</sup>. Indem er am Ende der Rede auf Scharnhorst'sche Gedanken zurückgriff, postulierte er mit dieser Äußerung die durch den Versailler Vertrag verbotene Wiedereinführung der Wehrpflicht – eine Forderung, die zum Grundkanon des völkischen Programms von DNVP und VvVD gehörte. Insgesamt ersann er als gemeinsame politische Grundüberzeugung die „politische[...] Gegnerschaft gegen alle, die praktisch eine Befreiung der Nation verhindern“<sup>375</sup>. Diese rein negative und recht unscharfe Beschreibung des ohnehin kleinsten gemeinsamen politischen Nenners wurde dann in Einzelteile zerlegt, die ein Konvolut von Empfindungen, Erfahrungen, Bewertungen und Vorstellungen dieser „Bewegung“, nicht Partei, darstellten: „Blut und Rasse-Empfinden, Vergeltungsgedanken gegen den Erbfeind, aristokratische Weltauffassung von Führertum und Führerverantwortlichkeit liegt in der Tiefe der Bewegung; dazu kommt gesundes, ursprüngliches, bodenständiges Denken: Man war lange genug im Schlagwortnebel der Revolution, im Irrgarten der Inflation umhergetaumelt, man hatte genug von all dem Geseires und Geschmuse von Völkerbund und Weltgewissen. Dem gesunden Menschenverstand ist es unfassbar, daß Zufallsmehrheiten und parlamentarische Hammelsprünge Lebensfragen von Generationen entscheiden durften, daß keiner der bisherigen Staatsmänner es fertig brachte, für die Belange Deutschlands auch gegen Majoritäten zu regieren. Die Bewegung empfindet antiparlamentarisch ... – sie hat erkannt, daß wahre Volksgemeinschaft nicht aus Stützung marxistischer Führer, aus Konjunkturkompromissen und großen Koalitionen erwächst; sie hat erkannt, daß Völkerschicksale sich nicht auf den Zahlbrettern von Reparationsbanken entscheiden lassen“<sup>376</sup>. Und obwohl diese völkisch geprägten Erkenntnisse zu „einer wirklichen Politisierung der Nation“ gereichen konnten, mußte Schmidt - ob der eigenen Beobachtungen - konzedieren, daß es eine „Gesamtheit vaterländischer Verbände ... zur Zeit noch nicht“ gäbe<sup>377</sup>. Er sprach sich für eine weitere „Zusammenfassung der Bewegung zu größerer organisatorischer Einheit“<sup>378</sup> aus, zeigte gleichzeitig die Gefahren einer zu „straffe[n] politische[n] Zentralisierung“<sup>379</sup> auf und nannte die in seinen Augen entscheidende Voraussetzung für eine Konsolidierung: die „Einigung der noch chaotisch gärenden, völkischen Bewegung, ein

---

<sup>374</sup> Schmidt, DNVP-vaterländische Bewegung, S. 4.

<sup>375</sup> Ebd., S. 4.

<sup>376</sup> Ebd., S. 4 f.

<sup>377</sup> Ebd., S. 5. Zu den inhaltlichen Zerwürfnissen im völkischen Lager, die ganz natürlich durch zwischenmenschliche Ränkespiele zudem beeinflusst wurden, gibt Claß seine Sicht des ADVs gegenüber der DVFP und Ludendorff wieder, in: ders., Erinnerungen, Kap. Reinhold Wulle und Albrecht von Graefe, S. 603-628.

<sup>378</sup> Ebd., S. 5.

<sup>379</sup> Ebd., S. 6.

Aufhören des brudermörderischen Kampfs völkischer Gruppen gegeneinander<sup>380</sup>. Ohne eine nähere Konkretisierung vorzunehmen, stellt er dann einen Katalog politischer Forderungen auf, den vaterländische Verbände *und* DNVP in Angriff zu nehmen hätten.

Außenpolitisch sei es insbesondere geboten, eine „Situation schaffen zu helfen, in der Deutschland für eine gegen Frankreich gerichtete, europäische Koalition das Zünglein an der Waage ist, eine staatspolitische Führung zu schaffen, die die Gegensätze zwischen England und Frankreich nicht verkleinert, sondern sie vertieft, die verhindert, daß wir eine Reparationsprovinz werden, der versklavte Teil eines internationalen Völkersyndikats“<sup>381</sup>.

Und auch innenpolitisch wurde die Aufgabenteilung vermengt, ohne präzise zu erklären, wer wo ansetzen sollte und wie überhaupt im vorhandenen Verfassungsstatus vorgegangen werden sollte. Es sei nötig, „daß der Bewegung innerpolitisch Ellbogenfreiheit geschaffen wird, daß die Vorherrschaft von Sozialdemokratie und Judentum in der Staatsverwaltung und in der Exekutive fällt, daß die Severinge, Hörsinge usw. nicht die vaterländische Erneuerung weiter hemmen können. ... Die Partei hat sich stets schützend vor die Verbände gestellt, die den widerrechtlichen Angriffen und Verfolgungen der Behörden ausgesetzt waren ..“<sup>382</sup>. Vorläufiges Ziel sollte es ganz im völkischen Sinne sein, Sozialdemokraten und Juden vom Verwaltungsapparat gleichermaßen zu entfernen. Der bei Schmidt hier erstmalig greifbare, negative völkische Antisemitismus<sup>383</sup> unterschied sich von der später grausam in die Wirklichkeit umgesetzten Variante der Nationalsozialisten dadurch, daß er nicht die physische Vernichtung des jüdischen Volkes anstrebte. Davon unberührt blieb die Tatsache, daß die Stigmatisierung der Juden der nationalsozialistischen Propaganda Vorschub leistete.<sup>384</sup>

---

<sup>380</sup> Ebd., S. 5 f.

<sup>381</sup> Ebd., S. 7.

<sup>382</sup> Ebd. Severing war zu dieser Zeit Reichsinnenminister, Hörsing Oberpräsident von Magdeburg. Hörsing war gleichzeitig erster Bundesvorsitzender des am 22. Februar 1924 gegründeten republikanischen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Daß die Führung des Verbandes im Bezirk Magdeburg „in wesentlichen Teilen identisch mit der Behördenspitze im Regierungsbezirk Magdeburg“ war, gab Schmidt ein einfaches Ziel vor. Schumann, D., Politische Gewalt in der Weimarer Republik, 1918-1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001, S. 212 (i.f. zit. als: Schumann, Gewalt).

<sup>383</sup> Schmidt lag mit dieser Art des Antisemitismus ganz auf der Linie der Partei. Vgl. Art. Antisemitismus, in: Weiß, M. (Hg.), Politisches Handwörterbuch (Führer-ABC), Berlin 1928, S. 30-37, v.a. S. 34 f. Die Artikel wurden ohne Angabe der Autorenschaft verfaßt (vgl. ebd., S. V f.). Vgl. auch den Artikel „Völkische Bewegung“, in: ebd., S. 974-976, v.a., S. 974 f. (i.f. zit. als: Weiß, Handwörterbuch). Vgl. Punkt 9 (Volkstum) der Grundsätze für den Landesverband Hannover der Deutschnationalen Volkspartei, S. 2, in: N 1211 / 34.

<sup>384</sup> Greive, H., Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland, Darmstadt 1983, S. 104 ff.; Winkler, H., Die deutsche Gesellschaft der Weimarer Republik und der Antisemitismus, in: B. Martin / E. Schulz (Hgg.), Die Juden als Minderheit in der Geschichte, München 1981, S. 271 ff.

Besonders eindringlich mahnte er als tägliche Erinnerung an, daß die „Reichswehr Kern und Kristallisationspunkt jeder Volkserhebung gegen den Erbfeind sein müsse[.]“<sup>385</sup>, ja daß „ohne oder gegen die Reichswehr die Wehrhaftmachung und Befreiung der Nation unmöglich“<sup>386</sup> sei. Um so dringender sei die „Förderung vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und vaterländischen Verbänden“<sup>387</sup>, die nur durch „mehr psychologisches Verständnis füreinander“<sup>388</sup> zu erreichen sei. Die Reichswehr müsse „die Schwierigkeiten würdigen, unter denen die Verbände ihre entsagungsvolle Arbeit leisten, sie darf auch nicht die einzelnen Bildungen der Verbände gegeneinander ausspielen. Die Verbände müssen den schwierigen politischen Verhältnissen, unter denen die Reichswehr zu arbeiten hat, Rechnung tragen“<sup>389</sup>.

Im weiteren Verlauf des Vortrages kam Schmidt auf die Rolle des Arbeiters für die vaterländische Bewegung zu sprechen. Die Vehemenz, die er in den gewagten Gedanken steigerte, in das sozialdemokratische Milieu tief und dauerhaft einbrechen zu können, entsprang erneut seiner Kriegserfahrung, durch die über „alle Klassengegensätze hinaus .. eine enge Verbundenheit zwischen Offizier und Untergebenem“ entstanden war und ihn „nicht für das alte System der Stände, Klassen und Interessen, sondern für ein Leben aus ihrem Geist und den dort erfahrenen Werten“<sup>390</sup> werben ließ. In diesem erfahrungs- und sozialisationsbedingten Sinne, einem mithin ehrlichen und nicht nur wahlkampfaktischen Kalkül entspringenden Ansinnen, ist der Ansatz des Vortrages zu verstehen, die Arbeiterschaft in die vaterländische Bewegung zu integrieren und diese dadurch gleichzeitig auf eine breite Basis zu stellen. Deshalb sprach er sich für die „Eingliederung des Arbeiters in die nationale Front“<sup>391</sup> aus. Die von der Partei ausgegebene Parole „Mit dem Arbeiter gegen die Sozialdemokratie“ sei durch den Ausspruch eines gewichtigen Führers der vaterländischen Bewegung zu vervollständigen: „Ohne Arbeiter kein Volksheer!“<sup>392</sup> Darüber vergaß Schmidt im Anschluß nicht den Bauernstand zu erwähnen, den er – mit milieubedingt geringerem Aufwand – in dieses Volksheer einreihen wollte.

---

<sup>385</sup> Schmidt, DNVP-vaterländische Bewegung, S. 7.

<sup>386</sup> Ebd., S. 4.

<sup>387</sup> Ebd., S. 7.

<sup>388</sup> Ebd.

<sup>389</sup> Ebd., S. 7. Auf dieses vorgebliche, gegenseitige Ausspielen nimmt ein Schreiben Belows Bezug, der gerade in diesem Punkt den entscheidenden Hinweis für zukünftiges Handeln sah. Vgl. N 1211 / 2 Below an Schmidt, 20. 4. 1924.

<sup>390</sup> Gundelach, Wehrgedanke, S. 69.

<sup>391</sup> Schmidt, DNVP-vaterländische Bewegung, S. 7.

<sup>392</sup> Beide Zitate aus: ebd. In Schmidts typisch gerne verklärender Sprache lautet dies dann: „Das deutsche Arbeitertum, dessen Millionen singend zu den Fahnen der kaiserlichen Regimenter eilten, erkannte: „, Genosse ist man nur auf Gedeih und Verderb, Kamerad aber auf Leben und Tod.“ Umdenken, S. 119.



Läßt sich aus dem ableiten, welches politische Selbstverständnis Schmidt im März 1924 hatte?

Deutlich wurde, daß Schmidt die „Partei als politisches Instrument der vaterländischen Bewegung“<sup>393</sup> betrachtete. Für ihn war die DNVP, ganz im Sinne Spenglers, nicht mehr als ein Mittel zum Zweck für die völkische Bewegung, der er sich auf das stärkste verbunden fühlte.<sup>394</sup> Als außenpolitischen Hauptfeind nannte Schmidt Frankreich, konnte damit einer Aussöhnungspolitik wie sie Stresemann aus realpolitischen Erwägungen heraus verfolgte, nur gegnerisch gegenüberstehen. Den Vergeltungsgedanken, den er explizit als Ziel der Volkserhebung nannte, konnte er nur durch die von ihm propagierte Wehrhaftmachung, was die Wiedereinführung der Wehrpflicht und damit das gleichfalls virulent geforderte Vorgehen gegen den Versailler Vertrag bedeutete, umsetzen. Erinnerung man sich an den völkischen Katalog an Forderungen, den DNVP und VvVD zu dieser Zeit aufstellten, wird gut erkennbar, daß der nunmehr 36-jährige Schmidt eindeutig als völkischer Politiker im Sinne seiner Zeit apostrophiert werden konnte.

Unklar blieb, wie die diffuse Rollenverteilung zwischen DNVP und vaterländischen Verbänden aufgelöst, noch weniger, wie die gesteckten innen- und außenpolitischen Vorstellungen umgesetzt werden sollten.

Nach der Berliner Rede sollten nochmals mehr als ein halbes Dutzend Redeersuche bis in den Mai hinein an Schmidt ergehen<sup>395</sup>, so daß Schmidt – einer Angabe Wienbecks zufolge – ein enormes Pensum an Reden im Wahlkampf leistete, welches in Kürze seinen Erfolg zeitigen sollte.<sup>396</sup> In der Wahlkampfzeit nach der Vorlage des Sachverständigengutachtens des Dawes-Ausschusses am 9. April bezog Schmidt dieses Arbeitsergebnis in den Wahlkampf mit ein, indem er scharf „gegen das Gutachten“<sup>397</sup> Stellung bezog. Er folgte darin Helfferich, der am 12. April den Dawes-Plan als ein zweites Versailles brandmarkte und die Hoffnung der Regierung auf Erleichterungen bei Erfüllung als illusorisch kennzeichnete. Er hob dabei im wesentlichen auf die unzureichende Zahlungsfähigkeit als auch die Kontrolle der

---

<sup>393</sup> Ebd., S. 3.

<sup>394</sup> Vgl. Spengler, O., *Der Untergang des Abendlandes*, München 1922, S. 562 f.

<sup>395</sup> Vgl. N 1211 / 33 v. Wultun (?) an Schmidt, 3.4. 1924 u. N 1211 / 19 Schubert (?) (Landbund) an Schmidt, 12.4. 1924. Dieser Landbundvertreter Schubert (?) erbat Schmidts Rednerkünste für den 22./ 23.4 nach Gifhorn, für den 1.5. nach Meinersen und in Folge nach Minden. Schmidt hat aber noch weit mehr als diese zwei Veranstaltungen rednerisch begleitet, ohne daß dies aus dem Nachlaß belegbar war. Doch gab hierüber die *Niederdeutsche Zeitung* v. 4.5. 1924 Auskunft, nach deren Bericht aus Lüneburg v. 3.5. „Hauptmann Schmidt, der deutschnationale Spitzenkandidat von Hannover-Ost, ... in den letzten Tagen in überfüllten Versammlungen im Lande Kehdingen, im ‚Alten Lande‘, Bremervörde, Harburg, Winsen (Luhe), Fallersleben, Gifhorn, Wittingen und Celle“ gesprochen hatte.

<sup>396</sup> Wienbeck spricht in seinen Lebenserinnerungen (S. 235) von 30 bis 40 Versammlungen pro Reichstagswahl, bei denen er auftrat.

<sup>397</sup> N 1211 / 32 Schmidt an Ritgen, 17.10. 1924.

deutschen Wirtschaft ab.<sup>398</sup> Schmidt sah deshalb in dem Plan eine Rechtfertigung für den nicht akzeptierten Versailler Vertrag.

Das Ergebnis der Anstrengungen Schmidts, die nun beinahe genau ein intensives Jahr gewährt hatten, war Anfang Mai die nun offizielle Nominierung als deutschnationaler Spitzenkandidat für den Wahlkreis Hannover-Ost (Nr. 15).<sup>399</sup> Schmidt wußte trotz dieser erfolgreich erfüllten Bedingung, daß die Deutschnationalen aufgrund der starken Konkurrenz in der ersten Wahlperiode keinen Abgeordneten hatten entsenden können.<sup>400</sup> Die Zersplitterung des völkischen Milieus, die Schmidt eindringlich in seiner Berliner Rede vermahnt hatte, kam auch hierbei zum Vorschein. Schmidts schärfster Konkurrent um den ersten Platz, der Landwirt Weidenhöfer, zögerte nach seiner Nominierungsniederlage nicht lange und ließ sich kurzerhand nach dem Austritt aus der DNVP für den Wahlkreis Hannover-Süd bei der Nationalsozialistischen Freiheitspartei (NSFP) aufstellen, in die die im Frühjahr 1923 verbotene Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP) aufgegangen war.<sup>401</sup> Dadurch wurde zudem offensichtlich, daß sich DNVP und NSFP zu diesem Zeitpunkt im konservativen Milieu kaum unterschieden. Weidenhöfer nutzte zudem während des Wahlkampfes seine Kontakte zum hannoverschen Landbund, um, wie Schmidt berichtete, „Parole gegen uns aus[zu]geben“<sup>402</sup>.

Die effektive Überzeugungskraft Schmidts in seinem Auftreten wurde letztlich dadurch unterstrichen, daß er imstande war, sich hier durchzusetzen, obwohl er seinem politischen Aktionsgebiet nicht im geringsten landsmannschaftlich verbunden war und

---

<sup>398</sup> Helfferich, K., Das zweite Versailles, in: ders., Helfferich. Reichstagsreden 1922-1924, hg. v. J. Reichert, mit einem biographischen Vorwort von Kuno Graf von Westarp, Berlin 1925, S. 323-332.

<sup>399</sup> Vgl. Anzeige in der Niederdeutschen Zeitung v. 3.5. 1924. So waren in Schmidts Wahlkreis weiterhin für die DNVP auf den Plätzen zwei bis vier folgende Herren angetreten: Becker (Oberamtsrat, Beersen), Mügge (Schmiedemeister, Lehe) und Bruns (Arbeiter, Gottauf). Im Wahlkreis (Nr. 16) Hannover-Süd-Braunschweig stand als Wahlkreisinhaber wie 1920 Wienbeck (Handwerkskammersyndikus, Hannover) an erster Stelle, ihm folgten die Herren Logemann (Hofbesitzer, Rathlosen), Dr. Manns (Volkswirt, Braunschweig) und Spannuth (Regierungsrat a.D., Braunschweig). Im Wahlkreis (Nr.14) Weser-Ems stand Fürst Bismarck (Friedrichsruh) an der Spitze, gefolgt von Hartz (Gauvorsteher des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, Bremen), Pedersen (Studienrat, Wilhelmshaven) und Brockmann (Bäckermeister, Osnabrück). In Schmidts Wahlkreis sowie in den angrenzenden beiden bestätigt sich damit eindrucksvoll, was bereits für die DNVP herausgestellt worden ist. Es wurden nämlich bei den Nominierungen Vertreter aller Schichten des Volkes berücksichtigt, allerdings wurden die aussichtsreichen Spitzenplätze „fast ausschließlich“ an Offiziere, Akademiker, Industrielle, höhere Verwaltungsbeamte und Großgrundbesitzer vergeben. Liebe, DNVP, S. 77.

<sup>400</sup> Das Reichstagshandbuch nennt 1920 für den neuen Wahlkreis Ost-Hannover (1920: Nr. 17) keinen deutschnationalen Reichstagsabgeordneten. Vgl. Reichstagshandbuch I. Wahlperiode 1920. Hg. v. Bureau des Reichstags, Berlin 1920, S. 367.

<sup>401</sup> Vgl. zu Weidenhöfer: MdR, S. 554; zu DVFP und NSFP: Fenske, Parteiengeschichte, S. 182.

<sup>402</sup> Schmidt an Westarp, 25.4. 1928, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gärtringen. Vgl. bestätigend zur Agitation des hannoverschen Landbundvorsitzenden Cordes: StA Osnabrück Erw. C1 Nr. 62, Landesverband Hannover-Ost (1922-1926), Natzmer an die Vorsitzenden der Kreisvereine (persönlich), 16.6. 1924.

nur durch seine Frau eine gewisse – junge – Verbundenheit mit der Region einbringen konnte. Daß er keiner Interessengruppe nahestand, gereichte ihm zum Vorteil, denn besonders finanziell „völlig ungebunden“<sup>403</sup> zu sein, wurde ihm positiv ausgelegt.

## **5. Hannoverscher Reichstagsabgeordneter für die DNVP: Die schwierige Suche nach dem Umgang mit der ungeliebten Republik (Mai 1924 bis Oktober 1928)**

### **5.1 Der Dawes-Plan und seine „deutschnationalen“ Folgen**

Der Ausgang der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 bedeutete für die DNVP die Erlangung von 95 Mandaten und da sie mit dem Landbund, der zehn Mandate errang, eine Fraktionsgemeinschaft beschloß, war sie vor den Sozialdemokraten mit 100 Mandaten die stärkste Partei im Wallotschen Kuppelsaal.<sup>404</sup>

Zwar gelang Schmidt in Hannover sein schwieriges Debut, doch errang die Partei nur zehn Prozent, demnach weniger als die Hälfte ihres Ergebnisses auf Reichsebene (21,5%) und nur ein Drittel der besonders starken hannoverschen Sozialdemokraten (30 %). Das lag daran, daß in Hannover neben der DNVP die Deutsche Volkspartei (12,5 %) und die Deutsch-Hannoversche Partei (16 %) um das konservative Wählerspektrum sich mühten. Noch stärkere Konkurrenz erwuchs Schmidts Partei aus der Nationalsozialistischen Freiheitspartei (8,5 %). Diese hatte sich in Norddeutschland aus der Deutschvölkischen Freiheitspartei, die Graefe nach der Abspaltung in Görlitz 1922 gegründet hatte und im Frühjahr 1923 verboten worden war, und dem norddeutschen Ableger der NSDAP zusammengesetzt. Wie sehr das konservative, vaterländische Milieu in sich zerfurcht war, wird an den Einzelergebnissen in Schmidts Wahlkreis deutlich. Unabhängig von der dominierenden SPD waren die 17 Kreise und Städte Ost-Hannovers in scharfer Rivalität zwischen DNVP und NSFP, die hier als Deutschvölkische aufgeführt wurde, aufgeteilt worden. Schmidts Partei hatte neun, die NSFP acht der Städte und Kreise gewonnen. Die Deutschnationalen bestimmten demnach nur um wenige Längen das Milieu, in dem sie durch die Kriegervereine eine wesentliche Verwurzelung besaßen. Hochburgen des Schmidtschen Erfolgs im Wahlkreis Nr. 15 (Hannover-Ost), den er neben seiner eigenen Leistung natürlich auch der durch die zurückliegenden Ereignisse des letzten Jahres, angefachten nationalen

---

<sup>403</sup> StA Osnabrück Erw. C1 Nr. 62, Landesverband Hannover-Ost (1922-1926), Natzmer an die Vorsitzenden der Kreisvereine (persönlich), 16.6. 1924. Natzmer erläuterte an dieser Stelle, wie die Finanzierung „für die ganze Wahl“ vonstatten ging. So wurde, „bevor die Spitzenkandidatur Schmidt feststand“, ein „Wahlfond“ eröffnet, in den „Beiträge aus allen Berufskreisen, auch aus Landwirtschaft und Industrie, ..“ einfließen.

<sup>404</sup> Vgl. zu den Zahlen des Wahlergebnisses auf Reichsebene: Kolb, Weimarer Republik, S. 308.

Grundstimmung zu verdanken hatte, waren der Sitz seines Landesverbandes, die Stadt Lüneburg, und die Kreise Uelzen, Lychow und Hadeln.<sup>405</sup>

In Berlin ergab sich jedoch ein ganz anderes Bild der politischen Machtverhältnisse, denn hier zeigte sich, „in welchem Maße die schweren politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen des Jahres 1923 nachwirkten“<sup>406</sup>. Die signifikanten Stimmenverluste all jener Parteien - mit Ausnahme des katholischen Zentrums, das immerhin ein Mandat hinzugewann -, die in den Jahren zuvor an der Regierung beteiligt gewesen waren, offenbarten unabdingbar die Schwierigkeit, eine die Mehrheit vereinigende Regierungskoalition zusammenzufinden. Ohne die stärkste Fraktion, die Deutschnationalen, war es ein diffiziles Unterfangen, ein arbeitsfähiges Kabinett zu bilden. Diese prozentualen Rahmenbedingungen ließen dem im Sommer parlamentarisch zu verhandelnden Dawes-Plan entscheidende Bedeutung zuwachsen, anders ausgedrückt: „Der Dawes-Plan, ..., wurde .. zum Angelpunkt nicht nur der Außen-, sondern auch der Innenpolitik des Jahres 1924“<sup>407</sup>.

Die deutschnationale Parteiführung ging in die Verhandlungen um eine Regierungsbeteiligung am 15. Mai mit dem selbstbewußten, außenpolitisch zweifellos inopportunen Vorschlag, den Großadmiral von Tirpitz zum Reichskanzler durch Ebert ernennen zu lassen.<sup>408</sup> In einem sehr umfangreichen Leitartikel für die Niederdeutsche Zeitung (NZ) von Mitte Juni bezeichnete Schmidt Tirpitz in der ihm zuweilen eigenen schroff-provokativen Art als „eine überparteiliche, starke Persönlichkeit mit europäischem Namen“<sup>409</sup>. Ob Schmidt damit eine Debatte auf eine Entscheidung für das Amt des Reichskanzlers hin zu umgehen suchte, solange der Dawes-Plan noch

---

<sup>405</sup> Zu den hannoverschen Zahlen der Reichstagswahl, vgl. Hannoverscher Kurier v. 5.5. 1924 (6 Uhr morgens). Vgl. zur Genese der NSFP: Fenske, Parteiengeschichte, S. 182. Bösch (Milieu, S. 37) hat die Zersplitterung der konservativen Wählerschaft für Celle, das zum Wahlkreis Schmidts gehörte, kurz angedeutet.

<sup>406</sup> Winkler, H.A., Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 3. Aufl. 1998, S. 62 ff.

<sup>407</sup> Kolb, Weimarer Republik, S. 80. Vgl. zum Dawes-Plan: Link, W., Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970, S. 291 ff.; Leffler, M., The elusive quest. America's pursuit of European stabilisation and French Security 1919-1933, Chapel Hill 1979; Hildebrand, Reich, S. 446-451; Huber, Verfassungsgeschichte 7, S. 495-527. Vgl. zum Vorgehen Stresemanns explizit: Kolb, Stresemann, S. 98-103; Wright, Stresemann, S. 270-292.

<sup>408</sup> Vgl. Liebe, DNVP, S. 79. Vgl. auch Gottfried Treviranus, Tirpitz, NZ v. 25.5. 1924.

<sup>409</sup> Schmidt, Gedanken zur Lage, NZ v. 14.6. 1924. Der gute Kontakt, den Schmidt spätestens seit 1923 zur rechtsstehenden Presse durch eine Reihe von Beiträgen aufgebaut hatte, entwickelte sich seit dem Eintritt in den Reichstag - wie zu erwarten war - in erheblichem Ausmaße. Nachweislich die Niederdeutsche Zeitung (7.8. 1924), die Bergisch-Märkische Zeitung (17.7. 1924), die Norddeutsche Rundschau (23.8. 1924), die Nationale Rundschau (24.9. 1924) und die Telegraphenunion (3.10. 1924) erbaten mehrfach und regelmäßig Schriftbeiträge für ihre Zeitungen, wobei Schmidt thematisch völlig freie Hand gelassen wurde (alle Anfragen der Schriftleitungen finden sich unter den angegebenen Daten in: N 1211 / 41).

nicht offiziell angenommen war<sup>410</sup>, erschien zumindest für ihn fraglich. Angriffslustig und noch nicht sonderlich ausgeprägt taktisch-politisch denkend, verfocht er diesen Gedanken gewiß mit bester Überzeugung. Gleichwohl wies ein anderer, prononcierter Vertreter des rechten Flügels, Professor Axel von Freytagh-Loringhoven, wenig später intern klärend darauf hin, daß diese sogenannte Tirpitz-Lösung „von vornherein eine Utopie“ gewesen sei, denn es „lag auf der Hand, daß die anderen Parteien sie ablehnen würden“<sup>411</sup>. Über den Kanzlerposten hinaus forderte die deutschnationale Parteiführung unter Hergt den Rücktritt Stresemanns als Außenminister samt eines vollständigen Richtungswechsel in der Außenpolitik sowie die Aufkündigung der großen Koalition in Preußen.<sup>412</sup> Diese mithin „weit überzogene[n] Forderungen“ ließen die „Verhandlungen schließlich scheiter[.]n“<sup>413</sup>.

Am 30. Mai wurde in der Reichstagsfraktion einhellig der Beschluß gefaßt, nicht in die Regierung einzutreten, da keine „sichtbaren Garantien“<sup>414</sup> für den erwünschten innen- und außenpolitischen Kurswechsel zu erkennen seien. Vier Tage später ernannte Reichspräsident Ebert das Minderheitskabinett unter Marx, das aus einer Koalition des Zentrums, der DVP und der DDP bestand. Gleichwohl war das Ansinnen, die Verbreiterung der parlamentarischen Basis dieser Regierung in Richtung der Deutschnationalen zu erreichen, besonders auf das Drängen der DVP hin - Schmidt spricht davon, daß bei der DVP „viel ehrlicher Wille zum Zusammengehen mit den Deutschnationalen geherrscht“ hatte<sup>415</sup> - in Reichstagskreisen „kein Geheimnis.“<sup>416</sup> Das entscheidende Moment war die Frage, ob sich die DNVP für eine Regierungsbeteiligung in der Ablehnung des Gutachtens des Dawes-Ausschusses bewegen würde oder nicht.

Aus der Sicht des jungen hannoverschen Abgeordneten, der innerhalb nur eines Monats für die Bearbeitung von Militärpensionsangelegenheiten in der Fraktion zum

---

<sup>410</sup> Vgl. Jones, L., Stabilisierung von rechts. Gustav Stresemann und das Streben nach politischer Stabilität 1923-1929, in: Pohl, K. (Hg.), Politiker und Bürger. Gustav Stresemann und seine Zeit, Göttingen 2002, S. 172 (i.f. zit als: Jones, Stabilisierung).

<sup>411</sup> N 1211 / 34 Elfseitige Niederschrift über die Ereignisse vom 4.5. bis zum 29.8. 1924 v. Freytagh-Loringhovens an v. Goldacker, den Goldacker wiederum an Schmidt weiterleiten ließ, 12.9. 1924, S. 2 (i.f. zit als Freytagh, Niederschrift v. 12.9. 1924). Vgl. zur erwogenen Kandidatur Tirpitzens: Scheck, R., Alfred von Tirpitz and German Right-Wing Politics, 1924-1930, Atlantic Highlands 1997, S. 153-163 (i.f. zit. als: Scheck, Tirpitz).

<sup>412</sup> Vgl. Jones, L., Stabilisierung, S. 173; Stürmer, Koalition, S. 45-49.

<sup>413</sup> Kolb, Weimarer Republik, S. 81.

<sup>414</sup> Beschluß der Reichstagsfraktion, zit. nach: Liebe, DNVP, S. 79.

<sup>415</sup> Schmidt, NZ v. 14.6. 1924. Der hernach zur DNVP übergetretene volksparteiliche Abgeordnete und ehemalige kaiserliche Diplomat, v. Kemnitz, bestätigt den Eindruck Schmidts, daß es letztlich - legitimerweise - Stresemann gewesen war, der die „Oberhand“ (NZ v. 14.6.1924) gegen ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen gewonnen hatte, wenn er ausführte: „Die Deutsche Volkspartei hat ihre Schicksalsstunde verpaßt ... Meine Bemühungen und die der gleichgerichteten Freunde sind letzten Endes an dem inneren Widerstreben des Parteiführers gescheitert.“ Kemnitz, zit. nach: NZ v. 14.6. 1924. Zu den DVP-Bemühungen, vgl. Kolb, Weimarer Republik, S. 77.

Nachfolger des 1924 ausgeschiedenen Generals a.D. von Gallwitz avanciert war und deshalb zum Referenten für Wehrmachtsfragen im Hauptausschuß des Reichstages ernannt worden war<sup>417</sup>, lagen die Dinge etwas anders. Für ihn, der „vorläufig gewisse Hemmungen“<sup>418</sup> gegenüber seinem neuen Arbeitsumfeld überwinden mußte, hatte sich die DNVP, die - „dem Ausland gegenüber nicht belastet“<sup>419</sup> - während der zurückliegenden Verhandlungswochen „eindeutig zur Übernahme der Verantwortung bereit erklärt.“ Innenpolitisch hatte sie sich insofern empfohlen, als sie Gewähr geboten hatte, „daß die drohend heraufziehende kommunistisch-bolschewistische Gefahr gebannt wurde“. Der schwierige Weg hin zu einer deutschnationalen Übernahme von Regierungsverantwortung war in seinen Augen durch das „Zusammenspiel des Dreiblatts Ebert-Marx-Stresemann“ hintertrieben worden, ja er hatte sich - in seiner Rückschau auf die Wochen seit der Reichstagswahl vom 4. Mai - folgenden Eindrucks nicht erwehren können: „Die Führer der Mitte wollen sich nur eine Plattform für die Neuwahl schaffen; sie suchen unsere Unterhändler immer mehr auf entgegenkommende Formulierungen in puncto Gutachten festzunageln, sie immer weiter aufs Erfüllungsglatteis zu locken; im letzten Moment reißt Stresemann seine Fraktion doch herum, reibt Josef Wirth sich die Hände, schlägt Ebert die Regierungstür zu, und der in- und ausländische Pressewald hallt wider: ‚Seht, die Deutschnationalen wollten ja auch das Gutachten nicht grundsätzlich von vornherein ablehnen, sie können praktisch auch nichts anderes tun als Stresemann, sie treiben nur unfruchtbare Opposition.“

Bei allen zu konzедierenden Abstrichen an der geradezu unausweichlichen Polemik des nationalen Zeitgeistes Schmidt ging in diesem Aufsatz, der einen guten Überblick über seine politischen Ansichten und Forderungen gibt, noch einen Schritt weiter. Bei der oben genannten Unbelastetheit der Deutschnationalen in der Regierungsverantwortung stellten sich für den Hauptmann a.D. unweigerlich mehrere Fragen: „Warum suchten die Parteien der Großen Koalition sie trotzdem mit allen Mitteln von der Regierung fernzuhalten, warum betraute Herr Ebert, allen bisherigen demokratischen Gepflogenheiten zum Trotz, nicht den Führer der Deutschnationalen mit der Kabinettsbildung, warum

---

<sup>416</sup> Kolb, Weimarer Republik, S. 81.

<sup>417</sup> Die Übernahme der Bearbeitung der Militärpensionsangelegenheiten geht aus einem Brief des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Schiele hervor, vgl. N 1211 / 19 Schiele an Schmidt, 4.6. 1924; die Referententätigkeit im Hauptausschuß geht aus Schmidts Erinnerungen hervor, vgl. Umdenken oder Anarchie, S. 188. Bemerkenswert ist die Erwähnung der erneuten, während des Krieges gemachten Bekanntschaft mit Schleicher, die aus dem gemeinsamen Arbeitsfeld herrührte. Mit ihm, so schreibt er (ebd.), stand er „von 1924 ab in steter persönlicher Fühlung.“

<sup>418</sup> N 1211 / 2 Schmidt an Prof. Barkhausen, 3.7. 1924. Barkhausen war der Vorsitzende des benachbarten Wahlkreises Süd-Hannover.

<sup>419</sup> Schmidt, Gedanken zur Lage, NZ v. 14.6. 1924.

verwischte man in vierwöchigem Kuhhandel die wirklichen Lage ..., warum verschwiegen man in allen Regierungsverlautbarungen die schwersten und sozial grausamsten Bestimmungen des Sachverständigen-Gutachtens der Öffentlichkeit ?? Warum stellte man überhaupt trotz der durch die französischen Wahlen ganz veränderten Lage die ungeteilte Annahme des Gutachtens bei allen Verhandlungen in den Vordergrund ?? Auch der verbohrteste Pazifist mußte doch, wenn er das Erpresserdokument genau las, erkannt haben, daß es keinerlei Garantie für die Rettung der Ruhr und unserer Wirtschaft gab, dagegen jede Garantie dafür, daß die deutsche Arbeiterschaft und mit ihr das gesamte deutsche Volk ausgepowert und verschachert wird!“

Nach der Ernennung des Kabinetts wurde der Ton hinsichtlich des Dawes-Planes in der DNVP wieder schärfer. In den außenpolitischen Ausführungen Schmidts offenbarte sich der Untergrund, das tiefere Wesen, letztlich das aus der Zeit heraus verständliche, tief sitzende Mißtrauen gegenüber Frankreich als Axiom<sup>420</sup> der politischen Annahme Schmidts in der nicht unberechtigten, die Unwägbarkeiten der Entwicklung außenpolitischer Prozesse gewichtenden – wenn auch wenig Verhandlungsbereitschaft zeigenden – Frage: „Glaubt die Regierung, daß ihre Unterschrift für die Lösung des Reparationsproblems von den Rechnern des Auslands diskontiert wird; glaubt sie wirklich, daß Stresemanns Optimismus in der Auslegung der Bestimmungen des Gutachtens sich rechtfertigt?“

Seines Erachtens bot „eine mit besonnener Kraft geführte aktive Außenpolitik ... unerwartete Möglichkeiten“, gleichwohl sei diese, so beeilte er sich zu betonen, „nicht mit Kriegspolitik zu verwechseln“<sup>421</sup>. Schmidt nannte im folgenden das Hindernis für die Regierung, eine solche Politik zu betreiben, um dann den Ansatzpunkt seiner eigenen Herangehensweise im Auswärtigen anzuführen: „A n g s t i s t d e r i n n e r e G r u n d, Angst und schlechtes Gewissen. Wir Deutschnationalen haben keinen Zweifel gelassen, daß wir den Beginn zu aktiver Außenpolitik in der amtlichen Aufrollung der K r i e g s s c h u l d f r a g e sehen. Auf der Lüge von Deutschlands Schuld am Kriege beruht Versailles, ruht das ganze Reparationsgebäude, beruht das Gutachten. Man höhlt das Gutachten von innen aus, man löst die Frage der Kreditbeschaffung für unsere schwer ringende Wirtschaft von den Versklavungsabsichten der Gegner los, man stürzt das Fundament, auf dem die Reparationskommission und ihre sämtlichen Diktate stehen, wenn man klar und scharf an die in Artikel 231 des Versailler Vertrages begründete einzige Rechtsgrundlage der feindlichen Forderungen herangeht.“

---

<sup>420</sup> Die absolute Unbedingtheit dieses Axioms entfaltet sich am griffigsten in der Kürze des drastischen Ausspruch Schmidts: „ ... wenn Frankreich etwas rät, müssen wir das Gegenteil tun.“ (NZ v. 14.6. 1924).

<sup>421</sup> Rede Schmidts vor dem Hochschulring Deutscher Art, zit. nach NZ v. 17.5. 1924. So bezeichnete sich an einigen Universitäten der „Deutsche Hochschulring“. Vgl. Herbert, Best, S. 52-54.

Bevor Schmidt jedoch offenlegte, wie er seine Politikziele zu verwirklichen suchen wollte, bedeutete er dem Leser das Fundament seiner Einschätzung, wonach – so ließ er sich reichlich verallgemeinernd vernehmen – der weit vorangeschrittene Niedergang der parlamentarischen Demokratie „der eigentlichen Novemberleute“ unaufhaltsam voranschreite, ja „daß der westlerische Parlamentarismus überall in der Welt im Abwirtschafte[n] ist, daß er nach Verwesung riecht [und] daß neue Formen hochdrängen“.

Um diese innen- und außenpolitischen Ziele zu erreichen, gab der 36-jährige Abgeordnete umgehend zu erkennen, wem nun und in welcher organisatorischen Form eigentlich naturhaft die zukünftige Führung Deutschlands oblag: „Sie [die Regierungsparteien – d. Vf.] fürchten, daß sich eine starke, auf die erd- und heimatgebundenen Kräfte des Volkes gestützte Regierung über die ‚Gepflogenheiten des Hohen Hauses‘ hinwegsetzen könnte, daß aus einer solchen Regierung sich eines Tages ein nationales Direktorium entwickeln könnte; ... gegen eine Opposition der national-völkischen Parteien in ihrer jetzigen Stärke [könne] auf die Dauer nicht regiert werden ...“ Schmidt vertrat mit dem Plan eines Direktoriums nun keineswegs neuartige Ideen, vielmehr nahm er den in den Spitzengremien der VvVD bereits vor dem Hitler-Ludendorff-Putsch zirkulierenden Gedanken auf.<sup>422</sup>

Schmidt hatte demnach die Vorstellung, daß die sogenannten „erd- und heimatgebundenen Kräfte“, die sich in den „national-völkischen Parteien“ organisiert hätten, dereinst die Regierung bildeten, aus der heraus sich „eines Tages“ ein von ihm so bezeichnetes „nationales Direktorium“ zu errichten sei. Er verriet dabei nicht, wie die Parteien in die Regierung gelangen wollten, denn prozentual betrachtet, blieb dieser Weg verschlossen. Genauso wenig wurde deutlich, wie ein solches Direktorium auszusehen hätte. Einzig naheliegend war die Übertragung der Exekutivgewalt des Reiches und des Oberbefehls über die Armee – wie an den Chef der Heeresleitung von Seeckt im November 1923 (bis Februar 1924) – an eine geeignete Persönlichkeit. Fraglich blieb dabei allerdings, wie eine solche Machtkonzentration zu legitimieren war. Wenn Schmidt zum 11. August, dem Verfassungstag der jungen Republik, an die Jugend die Forderung richtete: „hol Dir das Bismarckreich wieder!“<sup>423</sup>, wiederholte er

---

<sup>422</sup> Vgl. Diehl, VvVD, S. 622 u. 622 Anm. 21; Finker, K., VvVD 1922-1933/34, in: Fricke, Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 4, Leipzig 1986, S. 318; Huber, Verfassungsgeschichte 7, S. 390-393; Schmidt, Umdenken, S. 179.

<sup>423</sup> Schmidt, Verfassungsfeier, in: NZ v. 10.8. 1924. Seine starke Abneigung gegen die bestehende Staatsordnung führte er in diesem Artikel mit profaner Wortgewalt weiter aus (Verfassungsfeier, in: NZ v. 10.8. 1924): „Ein System, das auf der Lüge der Revolution aufgebaut, durch so viel innere Widersprüche nur künstlich am Leben erhalten wird, kann auf die Dauer nicht bestehen. Eine Verfassung wie die Weimarer, die so wenig im Empfinden des Volkes wurzelt, kann nur eine Übergangsordnung sein; lohnt es wirklich sie zu feiern?“ War diese Beurteilung des Volksempfindens rein subjektiv gehalten, so legte er mit einer weiteren, nicht unberechtigten Frage, die die innere Zustimmung des Volkes zur Weimarer Republik



den spätestens aus den völkischen Zielen der DNVP her bekannten Willen nach der Rückkehr zur konstitutionellen Monarchie. Nun, dies stand in gewissem Gegensatz zu dem gerade noch beschworenen „nationalen Direktorium“. Das ließ sich einerseits aus der weiteren zeitlichen Entfernung erklären, was darauf hindeutete, daß die Nachhaltigkeit des Bemühens um ein solches Direktorium nachgelassen hatte. Andererseits muß man den Anlaß der Rede sehen, war es im konservativen Milieu doch am Verfassungstag gang und gäbe, sich absichtlich deutlich von der Republik zu unterscheiden, indem man die Stadt und die Atmosphäre besonders schwarz-weiß-rot ausmalte.<sup>424</sup>

Die Konklusio dieser unscharfen und dennoch bemerkenswerten politischen Bestandsaufnahme in Schmidts Ausführungen bestand darin, daß das deutsche Volk „nur durch klaren Systemwechsel zu retten“ sei. Drei Voraussetzungen seien hierfür zu erfüllen: „Die Rechte muß zusammenwachsen in zähester Opposition! Sie wird nach dem Abwirtschaften des vierten Stresemann [sic!] die Führung des Reichs zu übernehmen haben, ... Die machtvoll hochdrängende vaterländische Bewegung, der man zurzeit so viele Knüppel zwischen die Beine wirft, muß sich nationalpolitisch vertiefen; die Parlamentsopposition muß ihr Ellbogenfreiheit zu schaffen suchen.“ Zweitens: „Herr Ebert wird immer wieder die Sozialdemokratie in die Reichsgeschäfte einzuschalten suchen. Ein sozialdemokratischer Reichspräsident ist für ein nationales Deutschland eine Unmöglichkeit!“ Und drittens räumte er politischen vor wirtschaftlichen Erwägungen die Präferenz ein, wenn er ausführt: „Die großen Berufsstände und ihre Organisationen, ..., dürfen in ihren Entschließungen nicht vergessen, daß nicht die rein wirtschaftstechnischen Maßnahmen zurzeit das wichtigste sind, sondern daß es letzten Endes um große politische Entscheidungen geht, die Staat und Wirtschaft lebensfähig halten sollen.“

Schmidts Programm ließ sich – wenn man seinem letztlichem Ziel des „nationalen Direktoriums“ genügend Platz einräumt – im Kern darauf reduzieren, daß ein den „national-völkischen“ Parteien genehmer Reichspräsident eine aus eben diesen Parteien rekrutierte Regierung einsetzen sollte, die mit diktatorischen Vollmachten auszustatten war. Wieder blieb eine unumgängliche Frage offen: Wie stellte er sich

---

betrif, den Finger in eine Wunde, die ein schweres Hindernis für den jungen Staat zeitlebens darstellen sollte (Artikel Zusammenhänge, in: NZ v. 25.7. 1924): „Wo ist die Staatsfreudigkeit für diesen Staat?“ Schmidt hat einem anderen Pressebericht zufolge im Vorfeld der Verfassungsfeier in Provinzblättern, also seinem Milieu, eine „wüste Artikelserie gegen die Verfassung“ verlautbaren lassen, was seine Position unterstreicht. Vgl. HStA Hannover Hann. 180 Lün. Acc. 3/030 Nr. 151: N.N., Ludendorff im Taschenformat, in: ohne Titel, 30.8. 1924.

<sup>424</sup> Vgl. Bösch, Milieu, S. 74.

den Wechsel im Amte des Reichspräsidenten vor, wenn doch offensichtlich war, daß Ebert bis zum 30. Juni des nächsten Jahres sein Amt innehaben würde?<sup>425</sup>

Nach der negativen Entscheidung der deutschnationalen Reichstagsfraktion, unter den gegebenen Bedingungen in die Regierung einzutreten, sollte die parlamentarische Behandlung und schließliche Entscheidung über das Gutachten des Dawes-Ausschusses die Deutschnationalen im Sommer 1924 in ein enormes Spannungsverhältnis widerstreitender Interessen und Politikansätze versetzen.

Vorläufig war die Haltung der Partei allerdings eindeutig gegen eine Annahme des Gutachtens gerichtet.<sup>426</sup> Knapp eine Woche nach der Eröffnung der Londoner Konferenz am 16. Juli veröffentlichte die Partei eine Liste mit sieben Forderungen, die von ihr als Vorgaben für die Verhandlungen und gleichzeitig als *conditio sine qua non* für eine Zustimmung betrachtet wurden. Dabei manifestierte sich die scharfe Ablehnung in der objektiven Unerfüllbarkeit der Bedingungen. So wurde nicht nur die Räumung der Ruhr „unverzüglich“ verlangt (3. Forderung), sondern, was von vornherein unerreichbar war, es wurde der Widerruf des „der Wahrheit widersprechende[n] Schuldbekennnisses“ des Artikels 231 des Versailler Vertrages verlangt (7. Forderung).<sup>427</sup> Diese Bedingungen waren legitime Forderungen einer in Opposition befindlichen Partei, zumal sie immerhin ein Fünftel der Abgeordneten repräsentierte. Noch erinnerte der Ansatz, Aufhebung des Artikels 231, sehr deutlich an den wenige Wochen zuvor erschienenen Artikel von Schmidt. Er präsentierte damit die überwiegende Meinung der Partei, die zu diesem Zeitpunkt noch geschlossen in ihrer Auffassung war.<sup>428</sup>

Gleichzeitig waren die Verhandlungen um eine Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung weitergegangen. Allerdings waren nach seinen schriftlichen Äußerungen gegenüber einem Parteifunktionär seines Wahlkreises von Ende des Monats Juli, die sehr nah an die Ausführungen des Zeitungsartikels vom 14. Juni heranreichten, die „Fraktion selbst und die Parteileitung .. wochenlang durch die künstlich hingezogene Regierungsbildungsverhandlungen lahmgelegt.“ Er hielt an der Bewertung fest, daß Ebert, Marx und Stresemann anders als weite Kreise der Deutschen Volkspartei und des rechten Flügels des Zentrums ihre Anstrengungen

---

<sup>425</sup> Der Reichstag hatte dies am 24.10. 1922 mit verfassungsändernder Mehrheit bestimmt. Vgl. Kolb, Weimarer Republik, S. 286.

<sup>426</sup> Just einen Tag nach der Ernennung des Kabinetts Marx, formulierte v.Freytagh: „ ... Die Deutschnationalen halten fest an der Tirpitzlösung, sie halten fest an der grundsätzlichen Verwerfung des Gutachtens, ...“ Zit. nach: Nationale Rundschau v. 4.6. 1924.

<sup>427</sup> Die Forderungen vom 22.7. sind zit. nach: „Die sieben Forderungen der Deutschnationalen“, in: Nationale Rundschau v. 24.7. 1924.

<sup>428</sup> Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte 7, S. 522 f.

„selbst nicht ernst gemeint“ hätten und in der Hauptsache Neuwahlen wegen ihres schlechten Ergebnisses anstrebten.<sup>429</sup>

Schmidts Wahlkreis umfaßte die landwirtschaftlich geprägte Lüneburger Heide und reichte im Norden bis in die Hamburger Vorstadt Harburg, wo die Ölindustrie besonders finanzkräftig vertreten war. Um dieser den Dawes-Plan besonders wenig schmackhaft zu machen und um gleichzeitig diesen Interessenvertretern hohen Sachverstand zu bieten, konnte er den von der DVP zur DNVP übergetretenen Dr. Quaatz gewinnen. Quaatz, pikanterweise ein assimiliertes Halbjude mit dezidiert nationalen Ansätzen, war nach dem Tode Helfferichs im April 1924 kraft seines scharfen Sachverständnisses zu dessen Nachfolger als Finanz- und Wirtschaftsexperte avanciert.<sup>430</sup> Ihm sollte es in Schmidts Wahlkreis obliegen, „in Harburg möglichst viele Herren der Industrie gerade jetzt herüberzuziehen“<sup>431</sup>. Damit war zum einen deutlich geworden, daß Schmidt sehr genau um etwaige industrielle Widerstände gegen die schroff ablehnende Haltung wußte, sonst hätte er nicht den Experten der Partei schlechthin auserkoren und zum anderen, daß große wirtschaftliche Zusammenhänge nicht unbedingt in seine Erklärungskompetenz fielen. Letztlich sollte es aber auch Quaatz nicht gelingen, die „rein volksparteilich eingestellte Harburger Industrie“<sup>432</sup> für Schmidt zu gewinnen.

Zum zweiten Teil der Londoner Verhandlungen (6. - 16. August) wurden auch Vertreter der deutschen Minderheitsregierung zugezogen. Als es diesen nicht gelungen war, den – unter den zeitlichen Umständen in ihrer Umsetzbarkeit auszuschließenden – deutschnationalen Forderungen „auch nur annähernd Berücksichtigung“ zu verschaffen<sup>433</sup>, spitzte sich der Kurs der Ablehnung in der DNVP weiter zu.

Ein wesentlicher Kritikpunkt war die zeitliche Bestimmung der Ruhrräumung. Hatten die Deutschnationalen einen unverzüglichen französischen Abzug gefordert, war es der deutschen Delegation in diesem Punkt nicht gelungen<sup>434</sup>, sich gegen den französischen Unterhändler Herriot durchzusetzen, sondern allenfalls eine „förmliche Zusicherung“<sup>435</sup> für den Abzug innerhalb eines Jahres zu erringen. Genau hier setzte aber Schmidt an, wenn er das Verhandlungsergebnis der „westlerisch orientierte[n]“<sup>436</sup>

---

<sup>429</sup> N 1211 / 33 Schmidt an Dr. Busse, 30.7. 1924.

<sup>430</sup> Vgl. Quaatz' Person die Einleitung bei: H. Weiß / P. Hoser (Hgg.), Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928-1933, München 1989, S. 7-24.

<sup>431</sup> N 1211 / 33 Schmidt an Dr. Busse, 30.7. 1924.

<sup>432</sup> Schmidt an Westarp, 25.4. 1928, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen.

<sup>433</sup> Liebe, DNVP, S. 80.

<sup>434</sup> Ebd.

<sup>435</sup> Kolb, Weimarer Republik, S. 68.

<sup>436</sup> N 1211 / 32 Schmidt an Ritgen, 17.10. 1924. Der angeschriebene Herr Ritgen war Direktor einer Pflastersteinfabrik in Göteborg. Die drei erhaltenen Briefe Schmidts sind für den Sommer 1924 von sehr hohem Wert, da Schmidt mit seinem schwedischen Briefpartner einen dem politischen Tagesgeschäft sehr entfernt gegenüberstehenden Betrachter vorfand, was ihn in

Regierung beklagte: „Während vorher die Mittelparteien einschließlich Volkspartei immer erklärt hatte, die Annahme müßte erfolgen aber nur gegen das Lösegeld der Ruhrräumung, war nach London, wo bekanntlich keinerlei staatsrechtliche Garantie für die Ruhrräumung erreicht ist, von diesem Lösegeld nicht mehr die Rede.“<sup>437</sup> Schmidt hatte sehr wohl registriert, daß es vor allem die spannungsgeladene, ohnmächtige und gleichzeitig wirtschaftlich drückende Situation in den besetzten Gebieten an Rhein und Ruhr und weitreichende Kreditnot waren, die die Menschen in schwere Not versetzt hatten. „Es ist klar, daß die Menschen im besetzten Gebiet verbittert und zermürbt nichts weiter sehen als ‚wie befreie ich mein Haus, meine Stadt von französischer Einquartierung.‘ Die Abgeordneten des besetzten Gebietes waren stark durch diese Stimmung beeindruckt“<sup>438</sup>.

Für den jungen ehemaligen Offizier bot sich - in ungewollter Anlehnung an Rathenau - unumgänglich die nachgerade schicksalhafte Alternative zwischen Wirtschaft oder Politik. Unnachgiebig, mitunter zornig-herablassend gab er der Politik die eindeutige Präferenz, während rationale wirtschaftliche Erwägungen, die seiner Ansicht nach den Fortgang der Dinge bestimmten, für ihn abschätzig nur Erfüllungsgehilfen der amtlichen Politik waren. Und als ob er innerlich geradezu rebellieren würde gegen die vorwaltende Geisteshaltung hinter der Regierungspraxis, legte er in einem regelrechten Gegenentwurf offen, welche Grundgedanken in seinen Augen das Fortkommen der Menschheit definierten - und der gleichzeitig sein Menschenbild umriß: Zu Anfang konzidierte er ganz frei, daß die Gegenwart geflissentlich Wirtschaftsprobleme mit sich gebracht habe, „die eine mehr agrarische, unkomplizierte Welt nicht kannte.“ Dann holt er jedoch beinahe etwas trotzig-drohend aus und fuhr fort: „; trotzdem bleiben die großen Naturgesetze des Völkerlebens; ... das rein Menschliche, ursprünglich Einfache drängt immer wieder elementar herauf. Es ist mächtiger als die grausame Geschäftsklugheit der Wallstreet; eines Tages löscht ein Strom von Blut jäh die Tinte auf den Seiten ihres Hauptbuches! Wehr und Gegenwehr, Schuld und Sühne, Selbsterhaltungs- und Rassetriebe bestimmen letzten Endes das ‚Weltgewissen‘“<sup>439</sup>. Das Aufeinanderprallen zweier sich vollständig widersprechender Politikansätze bedingte sich hieraus nachgerade naturhaft-zwingend: „Es entwickelte sich, im großen betrachtet, ein Ringen zwischen Politik und Wirtschaft, zwischen

---

natürlicher Offenheit über die Vorgänge in Berlin sprechen läßt. Woher die Verbindung zu Ritgen kam, blieb ungeklärt. Ein verwandtschaftliches Verhältnis konnte nicht nachgewiesen werden.

<sup>437</sup> N 1211 / 32 Schmidt an Ritgen, 17.10. 1924. Vgl. dazu Huber, Verfassungsgeschichte 7, S. 495-527.

<sup>438</sup> N 1211 / 32 Schmidt an Ritgen, 17.10. 1924. Den fraktionsinternen Druck durch Abgeordnete aus den besetzten Gebieten nennt er auch in einem Brief an den Schriftleiter der Niederdeutschen Zeitung, Dreßler, vgl. N 1211 / 41 Schmidt an Dreßler, 26.8. 1924.

<sup>439</sup> Schmidt, Artikel Zusammenhänge, in: NZ v. 25.7. 1924.

vaterländisch-politischen Forderungen und wirtschaftlich-kreditorischen Augenblickserwägungen“<sup>440</sup>.

Bevor auf die von Schmidt daraus gezogenen Schlußfolgerungen eingegangen wird, ist hier ein Hinweis auf die geistige Quelle angebracht, aus der Schmidt wie viele Zeitgenossen nicht nur aus seinem Milieu selektiv schöpfte. Gemeint ist hier der mitunter als „Modephilosoph“ bezeichnete Oswald Spengler, dessen Hauptwerk „Der Untergang des Abendlandes“ in Schmidts oben zitierten Ausführungen zum Beispiel durchscheint. Nur allzu deutlich deutete Schmidts „Ringen zwischen Politik und Wirtschaft“ den von Spengler bezeichneten „Endkampf zwischen Demokratie und Cäsarismus, zwischen den führenden Mächten einer diktatorischen Geldwirtschaft und dem rein politischen Ordnungswillen der Cäsaren“<sup>441</sup> an. Und schließlich spricht auch Spengler von dem „Endkampf zwischen Wirtschaft und Politik“. Nimmt man Schmidts Ausführungen von der Spenglerschen Ebene herunter auf die des aktiven Politikers, so wird eingedenk der im Umfeld des Hitler-Ludendorff-Putsches gefallenen Äußerungen schnell erkennbar, daß ein ‚nationales Direktorium‘ hier seinen theoretischen Ursprung fand.

Wie weit er mit seiner daraus folgenden, sehr vereinfachenden politischen Ableitung - „Man sieht im Dawesgutachten nur den Wirtschaftsplan“<sup>442</sup> - von den außenpolitischen Grundsätzen des Außenministers entfernt war, verdeutlichte die Gegenüberstellung eines Ausspruchs Stresemanns, welcher dessen Programmatik im Kern zusammenfaßt. Danach war es „die Benutzung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge, um mit dem Einzigem, womit wir noch Großmacht sind, mit unserer Wirtschaftsmacht, Außenpolitik zu machen“, was die wirkliches politische Geschick fordernde Aufgabe sei.<sup>443</sup> Der Unterschied zwischen Stresemann und Schmidt lag nicht in der grundsätzlichen Zielauffassung, denn beide wünschten gleichermaßen die schnelle Rückkehr Deutschlands in das internationale System der souveränen und gleichberechtigten Großmächte. In den Mitteln auf dem Weg dorthin prallten sie

---

<sup>440</sup> N 1211 / 32 Schmidt an Ritgen, 17.10. 1924. In einem früheren Artikel (Zusammenhänge, in: NZ v. 25.7. 1924) formulierte er dies in desparater Kampfeslust mit den Worten: „Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Gegenwart sind zu einem wüsten Knäuel verfilzt. Es scheint unentwirrbar, weil man in dem entwaffneten, durch Erfüllungspolitik ausgebluteten Deutschland das rein wirtschaftliche Denken kurzzeitig über das politische, Kreditororgan der Berufsstände und Anleihe-Illusionen über die großen Schicksalsfragen der Gesamtnation stellt.“

<sup>441</sup> Zitate aus: Spengler, O., Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte. Nachwort von Detlef Felken, München 15. Aufl. 2000, S. 1144. Vgl. zum Zeitalter der Cäsaren bei Spengler: Felken, D., Oswald Spengler. Konservativer Denker zwischen Kaiserreich und Diktatur, München 1988, S. 127-134 (i.f. zit. als: Felken, Spengler). Vgl. zu Spengler: Siefert, R., Die Konservative Revolution. Fünf biographische Skizzen, S. 106-131.

<sup>442</sup> Schmidt, Artikel Zusammenhänge, in: NZ v. 25.7. 1924.

<sup>443</sup> Stresemann am 22.11. 1925 vor dem Zentralvorstand der DVP, zit. nach: Kolb, Weimarer Republik, S. 66.

allerdings schroff aufeinander, denn ihre außenpolitische Lageanalyse war grundverschieden. Es war nicht nur die Wirtschaftsmacht des militärisch machtlosen Deutschen Reiches, in der Stresemann das letzte verbliebene „Hauptinstrument deutscher Außenpolitik“<sup>444</sup> sah. Vielmehr hatte er nüchtern erkannt, daß die „Befriedigung des französischen Sicherheitsbedürfnisses“ eine elementare Voraussetzung zur Erreichung des Endziels seiner auswärtigen Politik war. Aber genau an diesem Punkt trennten sich die Wege. Schmidt, wohl um die deutsche militärische Schwäche wissend, sah in Frankreich den Feind, den es auf kurze oder lange Sicht zu schlagen galt. Stresemanns aus nüchterner Realpolitik fließende Versöhnungspolitik im Westen begegnete Schmidt, obgleich er sich der durch den Versailler Vertrag bedingten, militärischen Machtlosigkeit bewußt war, mit einer nur irrational zu bezeichnenden Lageanalyse. Denn an den objektiven Gegebenheiten der europäischen Staatenwelt war kurzfristig nichts zu ändern. Warum dann diese Haltung Schmidts? Eine Gemengelage verschiedener Faktoren bedingte sie. Zunächst muß man die durch die Ruhrbesetzung entfachte nationalistische Stimmung in Deutschland sehen, die Schmidts Gedanken schneller von einer nüchternen Bahn abbrachten als die Stresemanns. Ging man entsprechend den Äußerungen Schmidts davon aus, daß eine Kongruenz der Nüchternheit ohnehin nie bestanden hatte, dann liegt ein zweites Moment in der kriegs- und durch den Vertrag von Versailles bedingten, nationalistisch gefärbten Ablehnung Frankreichs, die keinen Raum für nüchterne Interessenabwägung gab. Zuletzt spielte in diese Ablehnung gewiß mit hinein, daß Schmidt – wie viele der aus welchem Grund auch immer aus ihrem Beruf entwurzelten Offiziere – in wesentlich stärkerer Form die Kriegsniederlage aufgrund persönlichen Erlebens als emotional erhitzenden Zusammenbruch der eigenen Ordnung ansah. Daß der eigentlich vom selben Ziel, der Wiederaufrichtung Deutschlands, beseelte Stresemann aber in den Augen Schmidts nur der – in seinen Augen – perfiden Legitimierung der in Deutschland durch die „Novemberverschreiber“ errichteten Nachkriegsordnung diene, brachte sie in gleichsam unversöhnliche Gegnerschaft. Schmidt sah im Dawes-Plan die Anerkennung des Versailler Vertrages, seine Sicht konnte sich damit der Stresemanns nicht annähern.

Im Dezember 1918 war die Reichsbahn bereits im Schlußprotokoll der Finanzkommission der internationalen Waffenstillstandskommission als Reparationspfand der Alliierten aufgeführt worden. Der Plan des Bankiers Charles G. Dawes wies der Reichsbahn eine wesentliche Rolle bei der Erbringung der Reparationszahlungen mittels Schuldverschreibung zu. Die Reichsbahn wurde zu diesem Zweck keine Aktiengesellschaft, sondern eine in dieser Form unbekannte

---

<sup>444</sup> Kolb, Weimarer Republik, S. 66. Vgl. zur außenpolitischen Konzeption Stresemanns: ders.,

Rechtsgesellschaft sui generis. Die Umsetzung des Dawes-Planes in das deutsche Rechtssystem bedurfte nun einiger Gesetze, zu denen auch das Reichsbahngesetz zählte. Um dies zu erreichen, war im Reichstag eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit notwendig. Der DNVP kam hierbei zwangsläufig als größter Fraktion die entscheidende Rolle zu.<sup>445</sup>

Weiterhin befand sich die Partei auf striktem Ablehnungskurs, hatte die Leitung doch am 15. August diesen öffentlich verkündet, um fünf Tage später hierin von einem der späteren Ja-Sager öffentlich sekundiert zu werden.<sup>446</sup> Einen vorläufigen Höhepunkt in der parteioffiziellen, kategorischen Ablehnung brachte der Beschluß der Reichstagsfraktion vom 21. August, in dem sie einmütig feststellte, „daß sie nach wie vor auf dem in ihren sieben Punkten vom 22. Juli 1924 ... festgelegten Standpunkt beharrt“<sup>447</sup>. Zwei Tage später hatte Schmidt den von Bedenken freien Eindruck, „daß in der Fraktion nach meinem Dafürhalten an Umfallen nicht zu denken ist“<sup>448</sup>. Und als der Fraktionsvorsitzende Hergt am 25. August im Plenum gesprochen hatte, erschien Schmidt gleichsam unverrückbar die „Stellung der Fraktion ... derart stark auf Ablehnung eingestellt, daß an den von der ganzen Mitte prophezeiten Umfall m.E. nicht zu denken ist“<sup>449</sup>. Daß der Reichslandbund, mit dem die DNVP ja eine Fraktion bildete, am 23. August seine Vertreter formell von Obligationen befreite, gegen das Gutachten zu stimmen, wertete Schmidt erstaunlicherweise nicht als „schweren Dämpfer“<sup>450</sup>. In den vielzähligen Fraktionssitzungen, die bis zur Abstimmung stattfanden, war Schmidt „bis zum 27.“ der Auffassung, „daß die Front wohl geschlossen gehalten werden konnte, wenn auch einige wenige absprangen“<sup>451</sup>. Noch sah er demnach keinen unabwendbaren Bruch voraus, gleichwohl konzedierte er das Auftreten einiger Risse in der Fraktion. Am 27. August wurde eine gemeinsame Sitzung der Vorsitzenden der Landesverbände mit den Mitgliedern der Fraktion abgehalten, an deren Ende sich eine „überwiegende Mehrheit“<sup>452</sup> der Vorsitzenden der Landesverbände für die Ablehnung aussprach. Am Nachmittag desselben Tages war eine Fraktionssitzung anberaumt, in der nach Schmidt „ein unerwarteter Vorstoß des Prof. Hoetzsch“ erfolgte „zu Gunsten des Ja-Sagens. Hoetzsch und einige andere hatten hinter dem Rücken der Fraktion im

---

Stresemann, S. 94-98.

<sup>445</sup> Vgl. Kolb, E., Die Reichsbahn vom Dawes-Plan bis zum Ende der Weimarer Republik, in: Gall, L. / Pohl, M. (Hgg.), Die Eisenbahn in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999, S. 109-163, hier: S. 110-115.

<sup>446</sup> Vgl. Liebe, DNVP, S. 81.

<sup>447</sup> Beschluß der deutschnationalen Reichstagsfraktion, zit. nach: Liebe, DNVP, S. 81.

<sup>448</sup> N 1211 / 32 Schmidt an Ritgen, 23.8. 1924.

<sup>449</sup> N 1211 / 41 Schmidt an Dreßler (Schriftleiter der NZ), 26.8. 1924.

<sup>450</sup> Jones, Stabilisierung, S. 174.

<sup>451</sup> N 1211 / 32 Schmidt an Ritgen, 17.10. 1924.

<sup>452</sup> N 1211 / 34 Freytagh, Niederschrift v. 12.9. 1924, S. 8. Von den 42 deutschnationalen Landesverbänden hatten sich drei gegen die Annahme ausgesprochen, vgl. Nationale Rundschau v. 28.8. 1924.

Stillen eine Art Ja-Sager Front formiert, sein Vorstoß erregte unglaubliche Verwirrung; die Fraktion war dadurch nicht mehr geschlossen, sie war manövrierunfähig. Begründet wurde der Vorstoß in erster Linie mit den Hoffnungen auf maßgebenden deutschnationalen Einfluß in der Regierung und der daraus folgenden Möglichkeit, die Ausführungen des Gutachtens zu beeinflussen“. Im „letzten Moment“ vor der Abstimmung am 29. August „kamen noch die „Versprechungen der Volkspartei und des Zentrums hinzu, sowie die Zusage des Reichskanzlers, die Kriegsschuldlüge in offener Reichstagssitzung zu dementieren“<sup>453</sup>. Mit den Versprechungen der DVP und des Zentrums meinte Schmidt den eventuellen Regierungseintritt bei gleichzeitiger Ermöglichung der Zweidrittelmehrheit.<sup>454</sup> Der rechte Flügel um von Freytagh-Loringhoven, Quatz, von Goldacker, Hugenberg und von Stubbendorff, zu dem Schmidt sich zählte, war noch am 23. „sehr stark“<sup>455</sup>. An dem groß angelegten Versuch – über den der bayerische Vorsitzende Hilpert berichtet<sup>456</sup> - des rechten Flügels, durch Kontaktaufnahme mit der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Druck auf die deutschnationale Fraktion auszuüben, dürfte er sich allenfalls sehr zurückhaltend beteiligt haben, weil „mit den Leuten .. wirklich nichts anzufangen“ sei.<sup>457</sup>

Spätestens jetzt, unmittelbar vor der Abstimmung, in der vorauszusehen war, daß Schmidt mit Nein votieren würde, drängt sich die Frage auf, welches taktische Ziel er - neben dem strategischen der schärfsten Revisionspolitik gegen Frankreich - mit seiner ablehnenden Haltung verfolgte. Es schien, als vertraute er in die psychologische Wirkung des international selbstsicheren Auftretens eines in seinen Augen nur schwächlich offiziell repräsentierten Deutschen Reiches. Öffentliches Selbstbewußtsein mußte zu mehr Respekt vor und zu mehr außenpolitischem Gewicht für Deutschland führen, beide zusammen genommen würden dann in den Verhandlungen positivere Ergebnisse herbeiführen. So stand der ehemalige königlich-preußische Hauptmann „auf dem Standpunkt, daß das Neinsagen wohl den Druck verschärft hätte, aber letzten Endes Verhandlungen mit dem Auslande unter erheblich günstigeren Bedingungen nicht ausgeschlossen hätte“<sup>458</sup>.

Schmidts unmittelbare Kommentierung der Abstimmung im Reichstag am 29. August, in der er – getreu seiner ablehnenden Linie aus dem Wahlkampf folgend – mit Nein

---

<sup>453</sup> N 1211 / 32 Schmidt an Ritgen, 17.10. 1924. Vgl. zum Aspekt der Kabinettsumbildung bei deutschnationaler Zustimmung zu den Dawes-Gesetzen: Huber, Verfassungsgeschichte 7, S. 511; Jones, Stabilisierung, S. 175; v. Hehl, U., Wilhelm Marx 1863-1946. Eine politische Biographie, Mainz 1987, S. 308 (i.f. zit. als: Hehl, Marx).

<sup>454</sup> Vgl. Liebe, DNVP, S. 85.

<sup>455</sup> N 1211 / 32 Schmidt an Ritgen, 23.8. 1924.

<sup>456</sup> Vgl. Liebe, DNVP, S. 84; Kittel, M., Zwischen völkischem Fundamentalismus und gouvernementaler Taktik. DNVP-Vorsitzender Hans Hilpert und die bayerischen Deutschnationalen, in: ZfbayLG 59 (1996), S. 876 f.

<sup>457</sup> N 1211 / 32 Schmidt an Ritgen, 17.10. 1924.

<sup>458</sup> Ebd.



votierte<sup>459</sup>, war von drastisch formuliertem Unverständnis geprägt. Seiner Auffassung nach hatte sich die bei den Ja-Sagern vorgeblich grassierende „Gehirnseuche .. zu einer Gehirnpest ausgewachsen“. Für eine weitergehende, sachlich gehaltene Auseinandersetzung hielt er sich „heute ... außerstande“<sup>460</sup>.

Was war politisch so ungewöhnlich Erschütterndes geschehen, daß er sich nicht in der Lage wähnte, den Tag im Parlament schriftlich niederzulegen? 48 Deutschnationale, unter ihnen Fürst Bismarck, Großadmiral von Tirpitz und Dr. von Keudell, hatten dem Reichsbahngesetz zugestimmt, nur 52 jedoch mit Nein votiert. Damit war der Dawes-Plan parlamentarisch abgesichert, die Regierung in ihrem außenpolitischen Vorhaben bestätigt, die wirtschaftlichen Interessengruppen zu ihrem Ziel gekommen - und die deutschnationale Reichstagsfraktion in der Mitte zerbrochen. Entgegen allen überzeugten Bekundungen der Parteileitung, der Fraktionsspitze und landauf landab der rechtstehenden Presse, daß die Geschlossenheit im Reichstag in jedem Fall sicher sei, wurde an dem Bruch deutlich, daß die Fraktion letztlich „ein Abbild der ideologisch und interessenpolitisch gespaltenen, in taktischen Fragen zerstrittenen Partei“ war.<sup>461</sup>

Viele Fragen drängen sich auf: Wie fiel die Reaktion des Landesverbandes auf die Berliner Ereignisse aus, wie auf die Stimmabgabe Schmidts, wie wurde sein Votum allgemein im hannoverschen Raum aufgenommen, welche Konsequenzen sah der Hauptmann a.D. als notwendig an, gab es Bewegungen und Forderungen des rechten Flügels der Partei und der ihm nahestehenden Organisationen?

Der deutschnationale Landesverband Hannover-Ost versammelte sich im weiteren Vorstand, in dem auch Schmidt saß, bereits am Tag nach der Abstimmung. In konsternierter Kürze wurde eine Entschließung verabschiedet, die sich in ihrer Wortwahl einer Todesanzeige näherte, wenn er nämlich „mit Bestürzung und tiefstem Bedauern Kenntnis von dem Abstimmungsergebnis zum Dawes-Gutachten“ nahm.<sup>462</sup> Knapp zwei Wochen später war der Prozeß der Meinungsbildung im Landesverband so weit abgeschlossen, daß der Vorstand einen einmütigen Beschluß fassen konnte, mit dem er sein Bedauern über das Resultat vom 29. August wiederholte. Gleichzeitig „dankt[e er] seinem Abgeordneten Schmidt für sein ‚Nein‘“<sup>463</sup>. Die Partei hatte damit das Verhalten seines Wahlkreisabgeordneten eindeutig und einmütig gebilligt.

---

<sup>459</sup> Vgl. VdRT II. WP 1924, Bd. 381, 29.8. 1924, namentliche Abstimmung über das Reichsbahngesetz (Nr. 5), S. 1131.

<sup>460</sup> N 1211/ 41 Schmidt an Dreßler, 29.8. 1924.

<sup>461</sup> Hiller von Gaertringen, F., Der konservative Politiker Kuno Graf von Westarp. In: Konservative Politik im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Von Kuno Graf von Westarp. Bearbeitet von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen unter Mitwirkung von Karl J. Mayer und Reinhold Weber, Düsseldorf 2001, S. 18. Vgl. auch Liebe, DNVP, S. 88.

<sup>462</sup> Die Entschließung des Landesverbandes ist zit. nach: NZ v. 30.8. 1924.

<sup>463</sup> Die Entschließung des Landesvorstandes vom 11.9. war dem Rundschreiben Nr. 21 des deutschnationalen Landesverbandes Hannover-Ost an sämtliche Kreisvereine und

Parteiöffentlich verlautbarte somit keine Kritik. Schmidt berichtete in den folgenden Wochen in den verschiedenen Parteigliederungen vom Hergang der Abstimmung und erhielt zum Beispiel nach einer Versammlung des Kreisvereins Verden Zustimmung für sein Verhalten in Form einer EntschlieÙung.<sup>464</sup> Bei seiner dortigen Rede betonte er scharf, daß sich die Interessen der Wirtschaft den Interessen der Politik „unbedingt .. unterzuordnen“ hätten.<sup>465</sup> Dies veranlaÙte den stets auf Mäßigung bedachten Vorsitzenden des Landesverbandes, Heinrichs, einen ehemaligen Unterstaatssekretär, brieflich mitzuteilen, daß er keineswegs dem Gedanken entfernt stünde, „daß in unserer Parteipolitik die großen nationalpolitischen Gesichtspunkte nicht durch die wirtschaftlichen Interessen in den Hintergrund gestellt werden dürfen. Fraglich ist es mir aber, ob es in unserem Landesverbande im gegenwärtigen Zeitpunkte richtig ist, diesen Gedanken scharf in den Vordergrund zu stellen, zumal hier gerade die Vertreter der landwirtschaftlichen und industriellen großen Organisationen die Stellungnahme der Ja-Sager zwar nicht billigen, aber doch aus der Not der wirtschaftlichen Lage erklären. Eine zu scharfe Betonung dieses Gegensatzes würde daher beunruhigend wirken können, während wir den Wunsch haben, beruhigend auf unsere Parteifreunde einzuwirken“<sup>466</sup>. Dieser moderierende Appell kaschierte um der Einheit der Partei willen allerdings nur die Höhe des Drucks, den die DNVP im hannoverschen Raum zu gewahren hatte. Daß die Interessenvertreter der Industrie massiven Einfluß auf das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten ihres Wahlkreises zu nehmen versucht hatten und Schmidts ablehnendes Votum mißbilligten, wurde deutlich in einem Schreiben Heinrichs an den Ortsgruppenvorsitzenden von Harburg- Stadt, Busse. Dort hob er hervor, „daß mir aus .. industriellen Kreisen vor der Abstimmung ein Telegramm zuzuging, in welchem ich dringend ersucht wurde, unter den jetzigen Verhältnissen für Annahme einzutreten und kürzlich ist mir von derselben Persönlichkeit gesagt worden: ‚Wir nehmen es Schmidt sehr übel, daß er mit Nein gestimmt hat.‘“<sup>467</sup>

Schmidt, der in stetem Kontakt mit seinem Landesverband und dessen Vorsitzenden stand, war über die mißliebige Haltung der Industrie ihm gegenüber ausführlich orientiert.<sup>468</sup> Doch wie reagierte er auf die gegen ihn gerichtete „industrielle

---

Bezirksgruppen vom 15.9. 1924 beigefügt, unterzeichnet war es vom Landesverbandsvorsitzenden, kgl.pr. Unterstaatssekretär a.D. Heinrichs, N 1211 / 32.

<sup>464</sup> Vgl. NZ v. 14.9. 1924.

<sup>465</sup> NZ v. 14.9. 1924.

<sup>466</sup> N 1211 / 32 Heinrichs an Schmidt, 15.9. 1924. Böschs „soziostrukturelle“ Beobachtung, daß die DNVP in Celle und Greifswald „von den höheren Beamten getragen“ wurde, läßt sich damit auch auf Lüneburg übertragen, wo der Landesverband Hannover-Ost seinen Sitz hatte. Dies gilt auch für Hannover-Süd, wo ein Prof. Barkhausen dieses Amt innehatte. Bösch, Milieu, S. 37.

<sup>467</sup> N 1211 / 38 Heinrichs an Busse, 29.9. 1924.

<sup>468</sup> Heinrichs hatte belegbar spätestens für den 13.9. ein Gespräch mit Schmidt anberaumt, an dem in einem engen Kreise auch der Landtagsabgeordnete Wilhelm von Dittfurth (-Lemmie) teilnahm, vgl. N 1211 / 34 Heinrichs an Schmidt, 11.9. 1924.

Verärgerung“, begann er in seiner schroffen politischen Haltung zu wanken, fiel er um und gelobte unter Druck Besserung für die Zukunft oder dachte er ernsthaft an Rücktritt von seinem Mandat?

In allen Fragen trat das Gegenteil ein, denn Schmidt ließ sich nicht im geringsten von der eindeutigen Aussage der wirtschaftlichen Interessenvertreter beeindrucken, sondern blieb unerschütterlich bei seiner Überzeugung von der Richtigkeit der Präferenz der Politik vor der Wirtschaft. So betonte er in einem ausführlichen Schreiben<sup>469</sup> an den bereits erwähnten bekannten Dr. Busse, daß er schon vor der Maiwahl „den Herren des Arbeitgeberverbandes meine politische und wirtschaftliche Haltung in der Gesamtlage darlegen [durfte] ... Ich habe meine selbstverständliche Bereitwilligkeit ausgesprochen, jederzeit zu Sonderorientierungen nach Harburg zu kommen. Ich habe ferner ... gebeten, mich für kommende wirtschaftspolitische Entscheidungen der Parlamente über die in der Harburger Industrie vorliegenden Wünsche und Auffassungen tunlichst auf dem laufenden zu halten. ... Es mußte ... unter allen Umständen angenommen werden, daß ich bei der Abstimmung mit Nein stimmen würde. Wenn die Herren das Gegenteil für richtig hielten, so hätten sie dies mir gegenüber m.E. zum Ausdruck bringen müssen. Ich wäre dann ... noch vor der Abstimmung gerne nach Harburg gekommen. Ich habe ja auch, wie Sie wissen, lange vor der Abstimmung einen Vortrag des mit der Industrie ja eng verwachsenen Geheimrats Quaat, mit dem ich in naher Zusammenarbeit stehe, und der wie ich mit Nein gestimmt hat, in Harburg angeboten. ...“ Und im folgenden brach sich dann noch einmal das politische Credo, das sich mit einer siegesgewissen Zukunftsperspektive, die jeglichen wirtschaftlichen Sachverstandes entbehrte, verband, in aller Kürze Bahn: „Ich glaube, daß alle die Herren, die heute aus rein wirtschaftlich kreditorischen Erwägungen heraus die Annahme des Gutachtens billigen, in nicht allzu ferner Zeit sich überzeugen werden, daß für Staat und Wirtschaft das Nein der geamten Fraktion das Richtige gewesen wäre.“ Er berief sich dann auf den ablehnenden Inhalt des Schreibens des während der Abstimmung erkrankten Geheimrats Hugenberg, der immerhin vor seinem Eintritt in die Politik Direktor der Krupp-Werke gewesen war, an die Parteileitung, um dann am Ende des Schreibens nochmals die bessere Kooperation zwischen der Industrie und ihm anzumahnen: „Ich betone nochmals, daß mir eine engere Verbindung mit den dort maßgebenden Wirtschaftsinstanzen in allen wirtschaftspolitische parlamentarische Entscheidungen betreffenden Fragen von außerordentlichem Wert ist und würde es begrüßen, wenn diese Verbindung zu der gleichen vertrauensvollen Zusammenarbeit führen würde, wie sie zum Beispiel mit dem

---

<sup>469</sup> N 1211 / 32 Schmidt an Busse, 15.9. 1924.

Unterweser-Bezirk besteht“<sup>470</sup>. Und als wäre das noch nicht genug, beeilte er sich, eine Referenz anzuführen, die ihm bescheinigte, „daß der Vorsitzende des Hannoverschen Landbundes, Herr Cordes, in letzter Zeit in meinen Reden in Landbundvertreter-Versammlungen mehrfach zum Ausdruck gebracht hat, ich wäre zu industriefreundlich!“

Doch Schmidt nutzte nicht nur Dr. Busse als Mittelsmann zur Harburger Industrie, sondern setzte sich auch direkt mit deren Vertretern in Verbindung, wovon der Harburger Ortsgruppenvorsitzende zu berichten wußte, daß diese „brieflichen Erklärungen im großen und ganzen einen befriedigenden Eindruck gemacht haben“<sup>471</sup>. Bei den Vertretern der Ölindustrie, die in dem erwähnten Schreiben als besonders „engherzig und egoistisch“ beschrieben wurden, war - so riet ihm Busse - „nur ein festes selbständiges Auftreten am Platze, ein weiches Entgegenkommen imponiert ihnen durchaus nicht.“ Busse führte dann zu Schmidts Orientierung zuletzt an, „daß innerhalb der Industrie selbst die Belange der einzelnen Gruppen häufig ... sich diametral gegenüberstehen.“ Es ist davon auszugehen, daß sich Schmidt bei der für den 13. Oktober anberaumten Aussprache nicht in seiner politischen Auffassung ins Wanken bringen ließ.<sup>472</sup> Zumindest hätte eine solche Änderung der Auffassung seinem Auftreten bis zu diesem Zeitpunkt vollständig widersprochen.

Der Gedanke, sich von seinem Mandat zurückzuziehen und dieses niederzulegen, kam ihm gleichwohl in den Sinn. Nicht jedoch - und das unterstreicht seine konstante Haltung -, weil er sich zu hohem Druck von interessierten Kreisen ausgesetzt sah, sondern aus grundsätzlichen politischen Erwägungen heraus. Am 3. September schrieb er an den Vorsitzenden des Landesverbandes Hannover-Süd, Barkhausen: „Ich hatte schon vor der Abstimmung, als sich absehen ließ, daß das Ergebnis die Annahme bringen würde, die voraussichtliche Niederlegung meines Mandats angekündigt. Nun werde ich hier bestürmt, nicht niederzulegen. Es wird viel davon abhängen, ob in der nächsten Zeit sich, was ich wünschen möchte, die Erwartungen der Ja-Sager in puncto Regierungsbildung erfüllen werden“<sup>473</sup>. Schmidt verdeutlichte nicht näher, warum er bestürmt wurde, ließ aber erkennen, daß er den Eintritt in die Regierung durchaus gutheißen würde - entsprechend den sich wenig später als nicht eingehaltene Versprechungen entpuppenden Zusagen der Deutschen Volkspartei und

---

<sup>470</sup> N 1211 / 32 Schmidt an Busse, 15.9. 1924. Mit der guten Zusammenarbeit im Unterweser-Bezirk meinte Schmidt wahrscheinlich speziell den „bekanntesten Industriellen des Unterweserbezirkes, Herrn Fabrikbesitzer Neynaber“, für den er durch den Adjutanten Hindenburgs, Oberstleutnant a.D. von Kugelgen, eine Photographie des Generalfeldmarschalls zu signieren lassen wünschte. N 1211 / 72 Schmidt an v. Kugelgen, 6.7. 1924.

<sup>471</sup> N 1211 / 33 Busse an Schmidt, 28.9. 1924. Die Originale der Schreiben Schmidts an die Harburger Industrie sind leider nicht erhalten, dennoch macht die Aussage Busses nicht den Eindruck, unglaubwürdig zu sein.

<sup>472</sup> N 1211 / 33 Schmidt an Busse, 10.10. 1924.

des Zentrums. Diese sehr frühe, gerade vier Tage nach der Abstimmung gemachte Äußerung, wurde Mitte Oktober vor allem politisch-taktisch wesentlich schärfer umrissen: „Ich habe lange geschwankt, ob ich das Mandat niederlegen soll; ich habe es dann nicht getan, weil mit jedem Weggang eines Vertreters der schärferen Richtung in der Partei diese immer mehr in den Brei der Mittelparteien sinken muß, und weil ein Zusammenhalt des Ganzen nötig war, um aus der Lage wenigstens innenpolitisch das herauszuholen, was die Ja-Sager erhofften. Ich stand diesen Hoffnungen allerdings mit äußerster Skepsis gegenüber“<sup>474</sup>.

Er nahm im folgenden auch den Gedanken der Spaltung der Partei auf, die auf dem rechten Flügel und in den hinter ihm stehenden Organisationen in den verschiedenen Facetten sehr stark ventiliert wurde<sup>475</sup>, von ihm jedoch vor allem aus Gründen der politischen Schlagkraft nicht als richtungsweisend angesehen wurde: „Immerhin hätte eine Spaltung der Partei die Herrschaft der Linken unmittelbar nach der Abstimmung stabilisiert, es wäre ein verhängnisvoller Wahlkampf gekommen ... eine Verstärkung der Nationalsozialisten durch Übertritte von unserer Seite hielt und halte ich für absolut falsch, mit den Leuten ist wirklich nichts anzufangen. So entschloß ich mich, weiter zu dienen. Sehr leicht ist mir es nicht gefallen“<sup>476</sup>. Die persönliche Einstellung widerspiegelnd, eine Eigenschaft, die sich auch bei großen zukünftigen Entscheidungen immer wieder zeigen sollte, führte er zuletzt als „ausschlaggebend“ an: „Es war die erste große Krise, in die die Partei nach der jahrelangen glänzenden Aufwärtsentwicklung hereingekommen war. Es widerstrebte mir, in dieser ersten großen Krise von ihr zu gehen“<sup>477</sup>. War es vorläufig die Aussicht auf eine eventuelle Regierungsbeteiligung gewesen, die Schmidt sein Mandat behalten ließ, kamen

---

<sup>473</sup> N 1211 / 2 Schmidt an Barkhausen, 3.9. 1924.

<sup>474</sup> N 1211 / 32 Schmidt an Ritgen, 17.10. 1924.

<sup>475</sup> Vgl. unter anderen den Brief des deutschkonservativen Mitbegründers der DNVP, Achim v. Arnim, an Graf Westarp, 1.9. 1924: „Nach meinem Dafürhalten wird es nicht möglich sein, die Partei länger zusammenhalten. ... Die Aufgabe, die die Deutschnationale Volkspartei zweifellos nach der Revolution zu erfüllen hatte: Zusammenfassen aller nicht demokratisch eingestellten Kreise, ist, soweit es möglich war, erfüllt. Auf die Dauer kann eine so heterogene Zusammensetzung nicht halten. Ich glaube, daß der Moment gekommen ist, die wirklich eindeutig national denkenden Kreise, die bodenständige Wirtschaft, die klar völkisch denkenden Richtungen zu einer neuen Partei zusammenzufassen. Die Trennung muß doch einmal kommen, die Partei ist praktisch aber schon auseinandergefallen.“ Zit nach: Liebe, DNVP, S. 171 Anm. 432.

<sup>476</sup> N 1211 / 32 Schmidt an Ritgen, 17.10. 1924.

<sup>477</sup> Ebd. Erwägungen, die dahin zielen, daß Schmidt sein Mandat nicht aus Überzeugung, sondern aus finanziellen Gründen behielt, sind nicht unberechtigt. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit eines Abgeordneten entschied zu einem hohen Maße mit darüber, in welcher Form er sein freies Mandat politisch ausübte. Allerdings scheint Schmidt auch durch die Heirat relativ vermögend gewesen zu sein, zumindest bezeichnete ihn der Chefredakteur der Zeitung „Deutsche Treue“, die „Militärpolitische Zeitschrift für völkische Verbände“ des NDO, Major v. Sodenstern, als „reichen Mann“, bevor er ihn um eine hohe Spende bat (N 1211 / 41 Sodenstern an Schmidt, 12.11. 1924). Und auch Wienbeck, Wahlkreisinhaber Hannover-Süd, nannte ihn zu Weimarer Zeiten „wohlhabend“ (KLE 627 Wienbeck, Lebenserinnerungen, S. 248).

hernach Gründe hinzu, die ein bestimmtes politisches Verhalten in Umrissen skizzierte: Zum einen wollte er die politische Richtung innerhalb der DNVP, der er am nächsten stand, dem rechten Flügel, nicht schwächen. Zum anderen sah er nur in der Erhaltung des großen Ganzen die Möglichkeit, politisch einflußreich zu sein. Das bedeutete natürlich, daß weiterhin innerfraktionell durch Kompromisse der Ausgleich gefunden werden mußte. Die Spaltung der Partei mußte in seinen Augen, obgleich durch den Ausgang der Abstimmung „ein großer Teil des der Partei innewohnenden Schwunges dahin“<sup>478</sup> war, der Durchsetzungsfähigkeit der deutschnationalen Interessen abträglich sein und sie damit letzten Endes ineffektiv machen. Diese Einstellung brachte ihn andererseits in Gegensatz zu „starke[n] Strömungen“ innerhalb der vaterländischen Verbände, „welche den Ausschluß der deutschnationalen Jasager fordern.“<sup>479</sup> Gleichzeitig offenbarte er mit dieser Tendenz, nicht dogmatisch zu handeln, sondern den Blick für das facettenreiche aber einheitliche Ganze zu wahren. Schließlich machte dieser ausschlaggebende persönliche Grund eine innere Einstellung deutlich, die eine gewisse Loyalität gegenüber der einmal eingegangenen, bewußten Verbindung zur DNVP übte. Wie weit diese reichen sollte, wo ihre Grenzen waren, sollte sich im Verlauf der Mitgliedschaft im Reichstag zeigen.

Die Stoßrichtung der innerparteilichen Kritik ging nach dem 29. August hauptsächlich gegen den Partei- und Fraktionssitzenden Hergt. Der sachliche Erklärungsversuch des Vorsitzenden, warum er die Abstimmung letztlich freigegeben hatte und warum eine Regierungsbildung vorläufig nicht zustande gekommen waren, den er durch seinen politischen Beauftragten von Lindeiner-Wildau schriftlich an die Landesverbände und Kreisvereine abgeben ließ<sup>480</sup>, besänftigte die Gemüter nur in sehr geringem Maße - ähnlich war es einer zaghaften Erklärung der Reichstagsfraktion vom 29. August ergangen. Im Gegenteil, diese Versuche wurden zumeist als Schuldanerkenntnis und Bestätigung des Versagens der Parteiführung gewertet. Die Kritik an der Führung kulminierte vorläufig in einer offen ausgesprochenen Rücktrittsforderung der ostpreußischen Deutschnationalen, der sich das mitgliederstärkste Pommern

---

<sup>478</sup> N 1211 / 32 Schmidt an Ritgen, 17.10. 1924.

<sup>479</sup> So äußerte sich das geschäftsführende Vorstandsmitglied der VvVD, Geisler, gegenüber von Schleicher, zit. nach: N 42 / 26 Geisler an v. Schleicher, 1.9. 1924. Schmidt hatte noch kurz vor der Abstimmung einen Aufsatz über „Die vaterländische Bewegung“ (NZ v. 26.8. 1924) geschrieben, in dem er in Erweiterung seiner Gedanken vom 28.3. eine „gewisse Stagnation der Bewegung“ feststellte, die durch Hitlerputsch und Enttäuschung über die „parlamentarische Umfälschung des Wahlergebnisses vom 4. Mai“ bewirkt worden sei. Eine Hoffnung auf Wiedererstarken setzte er auf die Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Als dringlichstes Ziel sah er es an, „System und Einheitlichkeit in alle Bestrebungen zu bringen.“ Es ist - vor allem wegen seiner begleitenden, auf Zusammenhalt der Partei zielenden Äußerungen - davon auszugehen, daß Schmidt auch innerhalb der Gremien, die sich als „nationale Opposition“ innerhalb und außerhalb der DNVP betrachteten, seinen Einfluß hin zu schlagkräftiger Einheit geltend gemacht hat. Es ist naheliegend, daß er dabei auf Widerstand gestoßen sein dürfte.

umgehend anschloß. Hergt beantwortete diese außerordentlich umfangreich<sup>481</sup>, doch der Unmut in den Parteigliederungen und der rechtsstehenden Presse verstummte nicht, zu sehr war das Vertrauen erschüttert.

Eine erste konzertierte Aktion verlief unter der Ägide des Landesverbandsvorsitzenden des Wahlkreises Potsdam I, des Rechtsanwalts Dr. Averdunk, und dessen Wahlkreisnachbarn Westarp. Zusammen mit Oberstleutnant a.D. Duesterberg hatte er für den 10. September eine Session von Abgesandten der opponierenden Landesverbände in die Reichshauptstadt berufen. Von den 21 Landesverbänden stimmten 18 für die Rücktrittsforderung gegen Hergt und die Ernennung Westarps zum Nachfolger.<sup>482</sup> Ein Gremium dieser Versammlung überbrachte Hergt die ultimative Forderung am selben Tag. Darin wurde Hergt konzedierte, „bei einer eventuellen Regierungsbildung als Vizekanzler oder Ressortminister“ zu fungieren, aber die „Parteiführung [müsse] unbedingt in andere Hand gelegt werden, die weniger an einer Überfülle politischer Ideen litte und weniger sprunghaft sei“<sup>483</sup>. Entgegen dem Eindruck des Gremiums beabsichtigte er nun aber nicht im allergeringsten, „auf irgendeinen Zwang zu reagieren“<sup>484</sup>. Allein, der innerparteiliche Kampf um die Macht, die Durchsetzung des Rücktritts Hergts ging unvermindert weiter. Der Widerstand wurde aber nicht nur innerhalb der Partei formiert, sondern es wurde versucht, die Front durch Einbeziehung des konservativen Milieus erheblich zu erweitern.<sup>485</sup>

Nachdem der Nationalverband Deutscher Offiziere bereits kurz nach der Wahl eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft aus Deutschnationalen, Völkischen, Deutsch-Sozialen und Nationalliberale Vereinigung (Landbünde) vorgeschlagen hatte<sup>486</sup>, wurde dieser Gedanke nun wieder aufgenommen. Am 13. September hatten sich in Berlin auf Einladung der Herren Duesterberg, von Alvensleben (-Neugattersleben) und von Zitzewitz (-Kottow) etwa 40 Personen des „Nationalen Ringes“ getroffen, deren „Auswahl .. unter dem Gesichtspunkt [erfolgte], welche Machtmöglichkeiten die einzelnen eingeladenen Persönlichkeiten innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei be[saßen]. Stand doch zur Diskussion: die Haltung der Fraktion, die zur Abstimmung

<sup>480</sup> Die Erklärung Lindeiners ist abgedruckt in: Liebe, DNVP, S. 172 f. Anm. 448.

<sup>481</sup> Die Erklärung Hergts ist abgedruckt in: ebd., S. 173-178 Anm. 449.

<sup>482</sup> Vgl. Liebe, DNVP, S. 92.

<sup>483</sup> Brief Steinhoffs an Westarp, 11.9. 1924, zit. nach: Liebe, DNVP, S. 92.

<sup>484</sup> Brief Hergts an Westarp, 15.9. 1924, zit. nach: Liebe, DNVP, S. 92.

<sup>485</sup> N 1211 / 38 Heinrichs an Busse, 29.9. 1924. Die Geschlossenheit der Partei hatte der Landesvorstand bereits am 11.9. als Notwendigkeit herausgestellt.

<sup>486</sup> Nur elf Tage nach der Reichstagswahl vom 4.5. 1924 hatte der NDO den Gedanken geäußert, „daß im Rahmen der nationalen Opposition eine Arbeitsgemeinschaft geschaffen wird, die als stärkste Gruppe im Reichstag anzusprechen ist ... Es müssen sich daher Deutschnationale, Völkische, Deutsch-Soziale und Nationalliberale Vereinigung (Landbünde) sofort zu einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen. ... Zusammenschluß könnte so erfolgen, daß an die Spitze eine Parteileitung tritt, bestehend aus

am 29. August geführt hatte“<sup>487</sup>. Nachdem Führung und Haltung der Fraktion auf das schärfste verurteilt worden waren, wurde folgende EntschlieÙung verabschiedet: Die Partei müsse „wieder auf den Standpunkt der entschiedenen nationalen Opposition zurückfinden. Dieser Standpunkt aber ist mit Erfüllungspolitik und ... Eintritt in das demokratische Kabinett natürlich unvereinbar ... Ein Wechsel in der Führung wird als unerläÙlich bezeichnet“. Danach wurde noch betont, daß „sehr ernste Folgen unvermeidlich“ seien, falls es nicht gelänge, „einen Wechsel in der Parteiführung durchzusetzen“. Ein „Auseinanderbrechen der Partei“ werde anderenfalls „zur drohenden Gefahr!“ UnerläÙlich sei bei solch „prekärer Gestaltung der Arbeit innerhalb der Partei unsere nationale Bewegung auÙerhalb“ des Parlaments, wo sie „unter allen Umständen an Bedeutung gewinnen“ müsse. Der Rekurs auf den bislang unterschätzten EinfluÙ der Kriegervereine konnte deutlicher kaum sein.<sup>488</sup>

Schmidt war zwar zu dieser Veranstaltung eingeladen gewesen, hatte aber nicht teilnehmen können, da er an diesem Tage als Festredner vor der Vaterländischen Vereinigung Uelzen auftrat, wo er – dem AnlaÙ entsprechend unzweideutig – „zur Schaffung schwarz-weiÙ-roter Kraftzentren aufforderte, die das Land vor dem Versinken in die rote Flut schützen und die innere Wehrhaftmachung des deutschen Landes fördern sollten“<sup>489</sup>.

Freiherr von Gleichen, der es als Vertreter des „Ringes“ sehr bedauerte, daß Schmidt nicht in Berlin gewesen war, gab noch weitere Informationen von der Veranstaltung wieder, die eine genauere Beurteilung ermöglichten: Einerseits sollte nichts unternommen werden, bevor nicht die Ergebnisse der Parteivertretertagung vom 30. September bekannt geworden seien, andererseits war bemängelt worden, daß die „Oppositionsgruppe ohne Führung gewesen und deshalb im allgemeinen Chaos mit untergegangen“ sei. Zuletzt verwies von Gleichen noch darauf, daß ein „Politischer Ausschuß“ gegründet worden sei, dessen Mitglieder, „Abgeordnete, führende Persönlichkeiten der Landesverbände, Vertreter der alten Konservativen Partei, Vertreter der vaterländischen Verbände, Vertreter der Industriellen-Vereinigung und Vertreter unseres RINGES zusammenkommen, um sich allmählich als Rückgrat für die nationale Opposition auch innerhalb der Partei einzuschalten. Wir rechnen bestimmt auf Ihre Mitwirkung in diesem Ausschuß“.

---

drei Deutschnationalen, einem Völkischen und einem Vertreter der Nationalliberalen Vereinigung ...“. Hans v. Sodenstern, Nach den Wahlen, Deutsche Treue v. 15.5. 1924.

<sup>487</sup> Das Protokoll der Versammlung vom 13.9. fand sich im NachlaÙ Schmidts. Es war dem Schreiben v. Gleichens an Schmidt angefügt, N 1211 / 33 Frhr. v. Gleichen an Schmidt, 17.9. 1924, Protokoll. Vgl. auch Liebe, DNVP, S. 90 u. S. 171 Anm. 442 u. 443.

<sup>488</sup> Vgl. Bösch, Milieu, S. 67 f.

<sup>489</sup> N 1211 / 41 Bericht über große Tagung der VvVD in Uelzen, 13./14.9. 1924. Am 14.9. sprach Admiral Heinrich (Bremen).



Mit der Gründung dieses Ausschusses wurde ein klares Signal gegeben. Sehr hohe Unzufriedenheit mit der politischen Lage hatte im rechten Lager „führende“ Männer bewogen, sich darüber eingehend Gedanken zu machen. Allein der Umstand, daß sich dies - bedingt auch durch die Provenienz der Mitglieder - nicht innerhalb der Partei vollzog, denkbar wäre ein Zirkel gewesen, war ein deutliches Zeichen dafür, daß die DNVP vorläufig nicht als das geeignete Instrument dafür befunden wurde, da sie nicht die gewünschte Einheitlichkeit bei der Frage des Wechsels im Vorsitz und damit verbunden der Neuausrichtung der Form der Oppositionspolitik bot. Die Einladung und eindringliche Bitte um Mitwirkung Schmidts an dem neu gebildeten Ausschuß, zumal eine genau bestimmte Auswahl unter den Eingeladenen vorgenommen worden war, bedeutete gleichwohl nicht, daß Schmidt diese Aktivitäten gänzlich goutierte. Er sympathisierte zweifellos mit dieser Gruppe, aber wie sich zeigen sollte, konnte er zu diesem Zeitpunkt einige Kernforderungen nicht unterstützen. Hier dürfte der eigentliche Grund für seine Nicht-Teilnahme zu sehen sein. Gleichzeitig warf dieses Verhalten Schmidts ein Licht auf die Heterogenität des noch unorganisierten rechten Flügels der Partei.

Worin er dem Ansinnen folgte, war die Frage der Parteiführung. Er wandte sich nunmehr mit einem persönlichen Brief an Hergt, um ihm nicht nur seine Lesart hinsichtlich der letzten Ereignisse im Reichstag näher zu bringen, sondern um ihm auch wenig verklausuliert persönlich ans Herz zu legen, Partei und Fraktion seine Demission anzubieten und diese umzusetzen. Er rekurrierte auf seine bereits im Wahlkampf vorgetragenen Bedenken gegen ein Reparationsabkommen, wenn er beklagte, daß „seine in der Zeit der Regierungsbildungsversuche im Mai mehrfach in der Fraktion vorgetragenen Warnungen .. ebenso ungehört geblieben [seien], wie meine - jetzt vielleicht anerkannten - Bedenken gegen die von Professor Hoetzsch als maßgebendem außenpolitischen Ratgeber der Fraktion vertretenen Grundanschauungen und meine Bitten, das Überhandnehmen des Einflusses rein berufsständisch-wirtschaftlicher Organisationen auf die großen politischen Entscheidungen der Partei zu verhindern. Diese rein wirtschaftlich-kreditorischen Augenblickserwägungen haben die vaterländisch-politischen Belange m.E. verhängnisvoll in den Hintergrund gedrückt“<sup>490</sup>.

---

<sup>490</sup> N 1211 / 33 Schmidt an Hergt, 16.9. 1924. Die erdrückende Präferenz des Ökonomischen vor dem Patriotischen, die Schmidt für seine Politik als außerordentlich hinderlich ansieht, wird von Duesterberg (N 1377 / 46, Kap. 17, S. 33 f.) in erstaunlicher Kongruenz zu Schmidt auf zwei verschiedene Menschentypen zurückgeführt: „Es zeichneten sich ... in den damaligen nationalen Parteien zwei Menschentypen allmählich immer schärfer ab. Menschen, die sich aus persönlichen, gesellschaftlichen und beruflichen Gründen betätigten und Menschen, die sich aus ideeller Einstellung zu einer politischen Idee in der Politik bekannten.“ Unter der ersten Kategorie befanden sich hauptsächlich „Geschäftspolitiker, die mit derselben Emphase über Vaterlandsliebe wie über Börsengeschäfte zu sprechen vermochten. Von dieser profitgierigen

Daß Schmidt mit den Anliegen der Anhänger des rechten Flügels begrenzt sympathisierte, wurde im folgenden erkennbar, wenn er die Manövrierunfähigkeit der Fraktion besonders auf den „in den letzten fünf Minuten des gegen uns gerichteten Trommelfeuers erfolgte[n] Vorstoß der Herrn Hoetzsch und Genossen“ zurückführte.<sup>491</sup> In dem sehr offensiven und gleichzeitig mit spürbarer innerer Distanz zum Vorsitzenden geschriebenen Brief ging Schmidt zum Ende hin in offene Frontstellung über: Er betonte, daß eine „mehr utilitaristisch eingestellte[.] Partei“ wie die DVP durchaus eine solche Abstimmungsniederlage hinnehmen und überstehen könne, in scharfem Gegensatz dazu müßte eine solche Krise „auf eine Weltanschauungspartei ... innerlich und äußerlich verhängnisvoll wirken, wenn den Ursachen, die ihr zugrundeliegen, nicht erkennbar entgegengewirkt wird.“ Die Ursachen dieser Krise sah er dann im weiteren in Hergts offiziellem Sprachrohr, dem politischen Beauftragten von Lindeiner: „Die nur auf Verkleisterung der aufgerissenen Gegensätze eingestellte parteioffizöse Berichterstattung mit ihrer Glorifizierung des Ja-Sagens, die gezwungenen Versuche, das negative Ja logisch zu begründen, halte ich nicht für glücklich.“ Ganz im Sinne der pommerschen EntschlieÙung vom 6. September<sup>492</sup> beschwor er Hergt regelrecht, dem Wohle der Gesamtpartei nicht länger im Wege zu stehen: „Gerade um die Partei zusammenzuhalten, würde ich es psychologisch für richtiger, politisch für wirksamer halten, wenn an die Fehlerquellen offener herangegangen würde.“ Und wie als sähe er den 30. September als Ablauf eines Ultimatums an, gab er seiner Hoffnung Ausdruck, „daß die Tagung der Parteivertretung all denen von uns, die innerlich schwer an den vorstehend angedeuteten Zwiespältigkeiten tragen, den Weg zu neuüberzeugter Tätigkeit in alter Art frei machen wird“<sup>493</sup>. Schmidt wandte sich gegen den Verbleib Hergts im Amte, aber ebenso auch mit seinem Landesverband<sup>494</sup> gegen eine mögliche Spaltung der Partei. Dies war ein

---

Sorte scheidet sich die Mehrzahl der selbstlos und rein vaterländisch eingestellten Frontsoldaten aller Altersklassen, vor allem die Jugendlichen“. Diese sehr rigorose Unterteilung der „nationalen“ Politiker läßt sich so uneingeschränkt gewiß nicht übernehmen, spricht sie - auch wenn nicht speziell darauf rekurriert wird - z.B. den Ja-Sagern in der Dawes-Abstimmung in Gänze andere Motive als rein wirtschaftliche ab. In welche Erklärungsnot Schmidt bei Tirpitz kam, belegt deutlich, daß die Motive nicht nur als entweder vaterländisch oder ökonomisch einzustufen waren, sondern daß es auch Vermengungen gegeben hat. Unabhängig davon kann angenommen werden, daß Duesterbergs Einteilung durchaus die politische Gefühlslage, in der sich Schmidt bewegte, gut widerspiegelte, stellte sie doch nicht nur nicht unbescheiden die eigene Position als die moralisch anscheinend höher stehende heraus, sondern ließ in ihrer Polarisierung keinen Raum für andere Ansätze.

<sup>491</sup> N 1211 / 33 Schmidt an Hergt, 16.9. 1924.

<sup>492</sup> Eine EntschlieÙung der Mitgliederversammlung unter dem Vorsitzenden Dr. Schlange-Schöningen forderte den Rücktritt Hergts zur Erhaltung der Einheit der Partei, vgl. Liebe, DNVP, S. 90. Liebe entnimmt diesen Hinweis dem Tagebuch seines Intimus Passarge, das leider für diesen Zeitraum verlorengegangen ist.

<sup>493</sup> N 1211 / 33 Schmidt an Hergt, 16.9. 1924.

<sup>494</sup> N 1211 / 38 Heinrichs an Busse, 29.9. 1924. Die Geschlossenheit der Partei hatte der Landesvorstand bereits am 11.9. als Notwendigkeit herausgestellt.

klarer Widerspruch zu Gleichen, der diese zumindest in Kauf nahm. Die Stimmung innerhalb der DNVP schwelte weiter kräftig. Während weithin angenommen worden war, die für den 18. September anberaumte Sitzung der Vorsitzenden der Landesverbände würde zumindest den ersehnten Rücktritt präjudizieren<sup>495</sup>, zerstob dieser Traum nach dem Ende der Versammlung, so daß sich unter anderen Freytagh durch diese sehr reale Chimäre getäuscht sah. Zu diesem Zeitpunkt in stetem Briefwechsel mit dem wesentlich jüngeren Schmidt stehend und ihn für seinen Brief an Hergt beglückwünschend, hatte er von Schultz-Bromberg zu seinem bitteren Erstaunen erfahren, daß die besagte Konferenz zu einem „völligen Umfall geführt“<sup>496</sup> habe. Nach diesem Bericht dachte „Hergt auch gar nicht daran, zurückzutreten“<sup>497</sup>. Tatsächlich hatte Hergt als Parteivorsitzender in seiner Rede darauf beharrt, selbst und zwar ohne Druck zu entscheiden, wann er zurücktrete. Entscheidend blieb für ihn der Ausgang der Verhandlungen um die Regierungsbeteiligung. Bei einem Scheitern, so hatte es den Anschein, würde er sich zurückziehen.<sup>498</sup> In den Augen Schmidts war Hergts Standfestigkeit bereits völlig erschüttert, wie er gegenüber Freytagh zum Ausdruck brachte: „Hergt hat in der Landesverbandsvorsitzenden-Tagung gesagt, daß die Fraktion ihm dreimal das Kreuz gebrochen hätte. Bei solchen Verletzungen nützen m.E. auch die besten Korsettstangen nichts“<sup>499</sup>. Doch noch war Hergts Kampfeswille nicht gebrochen. Außerdem war es ein wesentliches, greifbares Ergebnis, daß sich durchaus vorhandene Spaltungsabsichten nicht durchsetzen konnten, sondern der feste Wille bestand, „die Geschlossenheit der Partei zu wahren. Sie ist die notwendige Voraussetzung für die Entscheidung Deutschlands im nationalen Sinne“<sup>500</sup>.

Bevor nun die mit Spannung erwartete Tagung der Parteivertreter abgehalten wurde, sammelten sich am 29. September die Abgeordneten des rechten Flügels der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion, um – eingedenk des 29. Augusts – ihr Verhalten für den 30. September abzustimmen. Deshalb forderte Freytagh in dem erwähnten Brief Schmidt auf, „an Stubbendorf und Goldacker [zu] schreiben und die Einberufung einer Vorbesprechung [zu] verlangen“<sup>501</sup>; im gleichen Sinne tat er dies selbst. Wie Feldmann an Schmidt berichtete, sollte am 29. „gleichzeitig eine Sitzung der oppositionellen Landesverbandsvorsitzenden stattfinden“<sup>502</sup>.

So fand - vom heterogenen rechten Flügel intern gut vorbereitet - am 30. September die Tagung der Parteivertreter statt. Es zeigte sich recht schnell, daß auch von diesem

---

<sup>495</sup> Vgl. Liebe, DNVP, S. 93.

<sup>496</sup> N 1211 / 6 Freytagh an Schmidt, 19.9. 1924.

<sup>497</sup> Ebd.

<sup>498</sup> Vgl. Liebe, DNVP, S. 94.

<sup>499</sup> N 1211 / 6 Schmidt an Freytagh, 25.9. 1924.

<sup>500</sup> Die Entschließung der Landesvorsitzenden ist abgedruckt in: NZ v. 20.9. 1924.

<sup>501</sup> N 1211 / 6 Freytagh an Schmidt, 19.9. 1924.

<sup>502</sup> N 1211 / 6 Schmidt an Freytagh, 25.9. 1924.

deutschnationalen Konzil keine Entscheidung zu erwarten war. Wieder wurde die Wahrung der Geschlossenheit der Partei beschworen, so daß Hergt an seinem Kurs festhalten konnte, nicht vor Klärung der Frage der Regierungsbeteiligung eine Entscheidung über seinen Verbleib zu fällen.<sup>503</sup>

Für Schmidt stand bereits vor der Tagung vom 30. September für die weitere innerparteiliche wie für die staatspolitische Entwicklung fest: „Alles hängt von der Entwicklung der Regierungsbildungsfrage ab“<sup>504</sup>. Wenn nun alles von dem von Schmidt deutlich geforderten Regierungseintritt abhing, stellte sich die Frage, inwieweit sich die Aussichten der Deutschnationalen nach der Zustimmung zu den Dawes-Gesetzen verbessert hatten und ob der Eintritt in die Regierung kurz bevorstand. In sämtlichen offiziellen Erklärungen der Reichstagsfraktion und der Parteileitung war stets die Alternative des Entweder-Oder durchgeklungen: „ ..., daß die Deutschnationale Volkspartei in die Reichsregierung eintritt, falls die Partei in dieser Regierung maßgebenden Einfluß erhält. Gelingt dies nicht, so muß die Partei in die stärkste Opposition gegen die Reichsregierung eintreten“<sup>505</sup>.

Nachdem Graf Westarp es abgelehnt hatte, als deutschnationaler Unterhändler mit den anderen Parteien (Z, DVP, DDP) in Verhandlungen einzutreten, war der politische Beauftragte der Partei, Lindeiner, mit dieser Aufgabe betraut worden. Die DNVP, immerhin stärkste Fraktion im Reichstag, sollte in einem neu zu bildenden Kabinett nicht den Kanzler stellen, sondern sich mit dem Posten des Vizekanzlers, des Reichsinnen-, Reichswirtschafts- und Reichsverkehrsministers begnügen. Schmidt glaubte am 25. September „nicht an einen Erfolg“<sup>506</sup>. Dem entsprach, daß die Verhandlungen nur schleppend vorankamen, da für die Vertragsunterzeichner von London verständlicherweise in Zukunft nur eine Außenpolitik in Frage kam, die das Abkommen als unverrückbaren Ausgangspunkt des weiteren Vorgehens anerkannten. Die diesen Kurs tragenden Parteien waren weiterhin teilweise wenig geneigt, eine Regierungskoalition mit den Deutschnationalen einzugehen. Im Zentrum äußerte sich der ehemalige Reichskanzler und der den linken Flügel anführende Wirth, der für viele Deutschnationale seit seiner ‚Feind-Standortbestimmung‘ im Zusammenhang mit der Ermordung Außenministers Rathenau 1922 ein rotes Tuch geworden war, hinsichtlich einer Beteiligung der Deutschnationalen, daß er in diesem Falle „eine eigene Partei aufmache“<sup>507</sup>. So nahm es nicht wunder, daß Schmidt die Chancen auf einen Eintritt in die Regierung als sehr schlecht ansah, „denn das Zentrum rührt sich immer heftiger

---

<sup>503</sup> Vgl. Liebe, DNVP, S. 94.

<sup>504</sup> N 1211 / 6 Schmidt an Freytagh, 25.9. 1924.

<sup>505</sup> NZ v. 20.9. 1924.

<sup>506</sup> N 1211 / 6 Schmidt an Freytagh, 25.9. 1924.

<sup>507</sup> Diesen Ausspruch Wirths berichtete Westarp in einem Brief an General von Dommes vom 10.10., zit. nach: Liebe, S. 179 Anm. 470.

dagegen<sup>508</sup>. Während der in der Frage des Parteivorsitzenden unentschiedenen Tagung der Parteivertreter hatte Schmidt aufgrund der ergebnislosen Verhandlungen im September „zu äußerster Skepsis bei den Verhandlungen“<sup>509</sup> gemahnt, ohne deshalb den Abbruch zu verlangen oder die Hoffnung auf ein Gelingen aufzugeben. Er vermißte zwar ein wenig politische Verschlagenheit bei den deutschnationalen Verhandlungsführern, die einfach „zu anständige Menschen“ seien.<sup>510</sup> „Die Kunst, gut Poker zu spielen, ist eine überall verbreitete“<sup>511</sup>. Dennoch sah er die Aussichten auf den Erfolg nicht als besonders schlecht an, sollte von deutschnationaler Seite „in den nächsten Tagen in Berlin ... eine einigermaßen starke und gerissene Politik betrieben [werden] .., dann kann sich die Lage gut entwickeln“<sup>512</sup>. Er sah auch kein Hindernis in dem von ihm wegen seiner außenpolitischen Linie eher mit wenig Beifall bedachten Stresemann und dessen DVP, denn diese „wollen .. durchaus die Entwicklung der Regierung nach rechts“<sup>513</sup>. Und natürlich blieb Schmidt nicht verborgen, daß Wirth innerhalb des Zentrums seine Anstrengungen gegen die DNVP „auf ein Höchstmaß verstärkt“ hatte. Gleichwohl sah er den linken Flügel nicht als ausschlaggebend in dieser stark durch das katholische Milieu geprägten Partei, vielmehr schienen ihm „75 % des Zentrums für die Rechtsentwicklung der Regierung zu sein“<sup>514</sup>. Zu diesem Zeitpunkt bot sich nach seinem Eindruck eine ernsthafte Möglichkeit, die Regierung zu bilden, denn „Volkspartei, Rechtszentrum, Bayerische Volkspartei wollten den Eintritt der Deutschnationalen in das Kabinett“<sup>515</sup>. Diese politischen Annahmen Schmidts, die auf Gesprächen mit seinen Reichsagskollegen jeglicher Couleur beruhten, enthielten jedoch auch erste Andeutungen, wodurch ein Scheitern verursacht werden könnte - allerdings schätzte er dies zuversichtiger ein. Der dritte Koalitionär, die DDP, mußte ebenso sein politisches Einverständnis zur Erweiterung geben. In Schmidts Augen war der amtierende Reichswehrminister Geßler ein Ansatzpunkt: „Die Frage Geßler kann, wenn eine Rechtsentwicklung kommt, zu einer Spaltung der Demokraten führen. Bei dieser Riesenfraktion hat das nicht viel zu bedeuten. Geßler hat auf eine Forderung der

---

<sup>508</sup> N 1211 / 6 Schmidt an Freytagh, 25.9. 1924.

<sup>509</sup> N 1211 / 8 Schmidt an Heinrich, 2.10. 1924.

<sup>510</sup> Ebd.

<sup>511</sup> Ebd.

<sup>512</sup> Ebd.

<sup>513</sup> Ebd. Auch nach dem Abbruch der Verhandlungen und der Auflösung des Reichstages sollte Schmidt (NZ v. 15.11. 1924) in der DVP den wichtigsten und einzig benannten Koalitionär sehen. Die Bestrebungen der „benachbarten und befreundeten Deutschen Volkspartei, die Deutschnationalen beim Eintritt in die Regierung zu unterstützen“, würden gern anerkannt. Vorhandene „Gegensätze müßten erörtert und überwunden werden.“

<sup>514</sup> N 1211 / 8 Schmidt an Heinrich, 2.10. 1924. Während Schmidt demzufolge den Einfluß der Wirth-Gruppe auf ungefähr 25 Prozent ansetzte, widerspricht Liebe dieser Auffassung, wenn er die Anhänger Wirths als „starke Kräfte“ bezeichnet und solch massive Kräfte auch in der DVP vorhanden sieht. So sehr sich Schmidt vielleicht getäuscht haben mag, vermag Liebe doch nicht zu belegen, daß Wirth die Mehrheit hinter sich hatte; für die DVP gibt er in diesem Punkt gar keinen Beleg.

Demokraten, sich aus der Regierung zurückzuziehen, erklärt, er liesse es auf einen Kampf mit der Regierung ankommen<sup>516</sup>. Im Zentrum behielt vorläufig der aufnahmebereite Flügel die Oberhand, so daß die Reichstagsfraktion am 14. Oktober beschließen konnte, einem Beitritt der DNVP zuzustimmen, „falls die Demokraten auch in der Regierung bleiben.“<sup>517</sup> Dieses kalkulierte Junktim verriet nicht nur diplomatisches Geschick in innerparteilichen Angelegenheiten, sondern war unter der vorhersehbar-unwahrscheinlichen Zusage der DDP auch ein durchdachtes taktisches Manöver, vordergründig guten Willen zu zeigen und in Wirklichkeit - nach dem kalkulierten Abbruch der Verhandlungen – die einzige noch mögliche Option zu wählen: Auflösung des Reichstages und Neuwahlen. Prompt lehnten die Demokraten ab und das Zentrum erklärte den Versuch am 16. Oktober für gescheitert.

Noch war der Faden nicht vollständig abgerissen, so daß hinter den Kulissen weiter verhandelt werden konnte. Da Marx die Ämter des Vizekanzlers und des Innenministers in Personalunion vereinigt zu sehen wünschte, somit ein Ministerposten wegfiel, war ein Streitpunkt gleich wieder bei der Hand. Das definitive Mißlingen der sechs Monate währenden Verhandlungen wurde durch ein Ultimatum des Reichskanzlers besiegelt. Er wollte bis zum 20. Oktober eine endgültige Antwort von Demokraten und Deutschnationalen, ob sie bereit wären, gemeinsam in ein Kabinett einzutreten. Die demokratische Fraktion lehnte - entgegen den Hoffnungen Schmidts, Geßler würde sich faktisch „als Anhänger einer rechtsgerichteten Koalitionsregierung“ durchsetzen können - entschieden ab, die deutschnationale enthielt sich - damit war die Entscheidung endgültig gefallen.<sup>518</sup> Schmidts Unmut über die „demokratische Zwergenfraktion“<sup>519</sup>, die es vermocht hatte, „immer wieder die Regierungsbildung zu sabotieren“<sup>520</sup>, verband sich geradezu naturhaft mit wenig zweideutiger und gleichzeitig sarkastischer Kritik an Ebert, durch dessen „gütige[.] Mitwirkung“<sup>521</sup> die neue politische Führung nicht zustande gekommen war. In ihm sah er die „stärkste Stütze der sozialdemokratischen Parteiwirtschaft, das stärkste Hindernis gegen eine gesunde nationale Entwicklung“<sup>522</sup>. Schmidts Schlußfolgerung aus dem Erlebten, die einen Hauch ehrlicher Resignation aufgrund des Mißlingens des von ihm eindeutig gewollten Regierungseintritts noch erkennen ließ, beinhaltete nur diffuse ebenso wie

---

<sup>515</sup> So Schmidt in seinem Artikel „Neuwahl“, in: NZ v. 28.10. 1924.

<sup>516</sup> N 1211 / 8 Schmidt an Heinrich, 2.10. 1924.

<sup>517</sup> Das Zentrums-Blatt Germania ist zit. nach: Liebe, DNVP, S. 179 Anm. 471.

<sup>518</sup> Schmidts unfeine, drastische Ausdrucksweise hinsichtlich des Ausgangs der Verhandlungen unterstreicht umso deutlicher sein Ansinnen, in die Regierung eintreten zu wollen: „Die Berliner Kuhhandelei war geradezu ekelerregend; die Rücksicht auf diese lächerliche Zwergenpartei der Demokraten ... war unerhört schädigend“. N 1211/ 32 Schmidt an Nüse, 22.10. 1924.

<sup>519</sup> Art. „Neuwahl“, in: NZ v. 28.10. 1924.

<sup>520</sup> Ebd.

<sup>521</sup> Ebd.

<sup>522</sup> Ebd.

unmißverständliche, bedauernde Verachtung gegenüber der Verfassungswirklichkeit der republikanischen Staatsform: „Der Parlamentarismus in seiner jetzigen Form, mit seiner Unnatürlichkeit, Lächerlichkeit und hilflosen Aufgeblasenheit ... hat ... eine fürchterliche Niederlage erlitten“<sup>523</sup>. Deshalb sei es dringend geboten, aus „allen Widersprüchen, Wirrnissen und Unnatürlichkeiten ... in der kommenden Wahl die beiden großen Weltanschauungsfronten heraus[zu]schälen, die in den Farben Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gelb ihre Symbole finden“<sup>524</sup>.

Das legitime Kalkül all der Parteien, die am 4. Mai ins Bergfreie gestürzt waren, lag in Neuwahlen. Denn nach der verheerenden Niederlage der DNVP Ende August und der ungeschickterweise auch öffentlich ausgetragenen Diskussion um einen Wechsel in der Parteiführung war die Hoffnung groß, diese Schwäche des politischen Gegners in Wählerstimmen für sich münzen zu können.<sup>525</sup> Schmidt hatte in seinen bereits Mitte Juni geäußerten Annahmen zumindest in diesem Punkt richtig gelegen.<sup>526</sup>

Der aufgrund der mißlungenen Regierungsbildung und der damit verbundenen Reichstagsauflösung am 20. Oktober einsetzende Wahlkampf bis zum 7. Dezember sollte für die DNVP einige schwierige Klippen in sich bergen.<sup>527</sup> Diese Hindernisse lagen ausschließlich im Innern der Partei. Die Rechnung der Fraktionsmitglieder, die das Dawes-Abkommen im Plenum befürwortet hatten, um damit nicht nur wirtschaftlichen Interessen ihres Wahlkreises zu dienen, sondern auch um durch den versprochenen Regierungseintritt Einfluß auf die Ausführungsbestimmungen des Abkommens zu gewinnen, war nicht aufgegangen. Das frühe Mißtrauen solcher Abgeordneten wie Schmidt hatte sich - aus deutschnationaler Sicht - als richtig erwiesen. Dementsprechend wurde von Teilen dieser Seite der Versuch angesetzt, die Institutionen der Partei in ihrem Sinne personell zu besetzen. Nach den eingetretenen Umständen war es evident, daß Hergt sich vom Parteivorsitz zurückziehen würde. Er tat dies am 23. Oktober bei einer Sitzung des Parteivorstandes.

Die Vakanz dieses Postens verleitete inner- und außerhalb der Fraktion die Alldeutschen um ihren Vorsitzenden Claß dazu, ein eigenständiges Vorgehen zu entfalten. Schmidt verwehrte sich dagegen in einem Brief an Freytagh vehement, wenn er „in der Wahlzeit keinerlei Splitterei oder Extratouren“ zu sehen wünschte, „um nach der Wahl den Einfluß unserer verstärkten Gruppe in der Führerfrage durchzusetzen“.

---

<sup>523</sup> Ebd.

<sup>524</sup> Art. „Neuwahl“, in: NZ v. 28.10. 1924.

<sup>525</sup> Vgl. N 1211 / 8 Schmidt an Heinrich, 22.10. 1924; Liebe, DNVP, S. 97.

<sup>526</sup> Schmidt hatte in dem bereits erwähnten Artikel „Gedanken zur Lage“ (NZ v. 14.6. 1924) ausgeführt, daß er „während der ganzen schleppenden Verhandlungen der letzten Wochen den Eindruck nicht los geworden“ sei: „Die Führer der Mitte wollen sich nur eine Plattform für die Neuwahl schaffen.“

<sup>527</sup> Zu den Daten der durch Ebert vorgenommenen Reichstagsauflösung und der neuen Wahl, vgl. NZ v. 22.10. 1924.

Dieser Einfluß sollte nach der Reichstagswahl dahingehend geltend gemacht werden, „daß Westarp ... für die Führung durchgesetzt werden muß“<sup>528</sup>. Schmidt sprach sich damit eindeutig dagegen aus, im Wahlkampf dieses Thema zu behandeln und womöglich öffentlich die Zerstrittenheit der Partei vorzuführen. Die Spaltung der Partei blieb für ihn ein Tabu. Ebenso deutlich bekundete er damit, daß Graf Westarp die Führung übertragen werden sollte. Vorläufig jedoch kam eine Einigung im Parteivorsitz mit dem Mitbegründer der DNVP und Fraktionsvorsitzenden im preußischen Landtag, Landrat a.D. Winckler, zustande. Mit ihm war es als Interimslösung möglich, den Wahlkampf aufzunehmen, ohne innerparteilich die Flügelbildung zu begünstigen.

Der Wahlkampf, den Schmidt bis Anfang Dezember zu führen hatte, wurde gleich zu Beginn in seinem Wahlkreis mehrfach dadurch erschwert, daß zum einen der Vorsitzende des Landesverbandes, Unterstaatssekretär a.D. Heinrichs, in der Nacht vom 21. auf den 22. Oktober verstarb.<sup>529</sup> Zudem war ein preußischer Landtagsabgeordneter zu den Nationalsozialisten übergetreten, wozu sich der hannoversche Landbund noch nicht geäußert hatte. Schmidt meinte hierüber jedoch schon einiges an Ungemach erahnen zu müssen. Noch bevor Schmidt die Grabesrede für Heinrichs gehalten hatte, schien ihm die Ausgangslage begreiflicherweise vorerst „etwas kompliziert geworden“ zu sein.<sup>530</sup>

Der beginnende Wahlkampf bedeutete nun teilweise auch, die Listen personell so zu besetzen, daß die präferierte politische Linie verstärkt wurde. Schmidt versuchte mit Nachdruck einen Kandidaten der vaterländischen Verbände, Admiral Heinrich aus Bremen, einen erfolgversprechenden Listenplatz zu organisieren - was jedoch fehlschlug, da die bisherigen Amtsinhaber nicht von ihrer Stelle zu bewegen waren.<sup>531</sup>

Die DNVP gab Ende Oktober in ihrem offiziellen Aufruf eine kampfeslustige Wahlstrategie aus, ohne zu versäumen, auf das Gebot der Einigkeit hinzuweisen: „ ... Jetzt gilt es so stark zu werden, daß wir unseren Eintritt in die Regierung mit dem unserer Stärke und Bedeutung entsprechenden Einfluß zu erzwingen, jetzt naht der Großkampftag im Reich und in Preußen, der über Schwarz-Weiß-Rot oder Schwarz-

---

<sup>528</sup> N 1211/ 6 Schmidt an Freytagh, 28.10. 1924. In diesem Brief sprach sich Schmidt gegen den Vorschlag Gleichens aus, „wonach Wallraf den Parteivorsitz erhalten würde“. Staatsminister a.D. Wallraf, der immerhin das Amt des Reichstagspräsidenten innehatte, genoß hohes Ansehen in der Partei und hatte für die Dawes-Gesetze gestimmt. Liebe (DNVP, S. 95) nennt zwar auch Wallraf als potentiellen Kandidaten, läßt aber einen Nachweis dafür vermissen.

<sup>529</sup> Vgl. NZ v. 24.10. 1924.

<sup>530</sup> N 1211 / 8 Schmidt an Heinrich, 22.10. 1924. Zu dem genannten Übertritt und der eventuellen Reaktion des Landbundes, vgl. ebd.

<sup>531</sup> Zu Schmidts Versuchen, vgl. N 1211 / 8 Schmidt an Heinrich, 22.10. 1924; zur Bestätigung des Fehlschlagens, vgl. N 1211 / 8 Heinrich an Schmidt, 13.11. 1924.



Rot-Gelb entscheidet. Keine Zersplitterung im nationalen Lager<sup>532</sup>. Schmidt, der bei sich „im Hannoverschen ganz zuversichtlich für die Wahl“<sup>533</sup> war und wieder zum Spitzenkandidaten gekürt worden war<sup>534</sup>, führte seinen Wahlkampf gegen die bisherige Außenpolitik, natürlich mit der Spitze gegen die Dawes-Gesetze und - in seiner Sicht in logischer Schlußfolgerung - gegen den Versailler Vertrag und die diese Politik tragenden Kräfte. In dieser außergewöhnlichen politischen Zeit des Wahlkampfes wurde Schmidts Neigung zum Polarisieren noch verstärkt. Ganz im Sinne des offiziellen Wahlaufrufs verkürzte er die verschiedenen politischen Ansätze auf zwei sich nachgerade feindlich gegenüberstehende: Es komme auf die Scheidung der Geister zwischen denjenigen an, die „deutsch, völkisch, christlich, national unter der Fahne Schwarz-Weiß-Rot“ dächten und denjenigen, „die jüdisch, international unter der Fahne Schwarz-Rot-Gold eingestellt“ seien. Gleichsam in Anlehnung und Erweiterung seiner Reden forderte er dazu auf, den „Klassenkampf zu beseitigen, dagegen aber zu kämpfen gegen die Auspowerung durch die internationalen Großkapitalisten und weiter zu kämpfen gegen die französische Machtpolitik“<sup>535</sup>.

Die Erschütterung, die die deutschnationale Partei Ende August erlebt hatte und die die verschiedenen Gruppeninteressen offengelegt hatte, war durch die Einigkeitsappelle der Parteileitung nicht vollständig bereinigt worden - im Gegenteil Nachwirkungen machten sich Luft. Zum völligen Verdrusse Schmidts machte sich der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Claß, die Mühe, die unterschiedlichen Strömungen in der DNVP möglichst deutlich hervorscheinen zu lassen, indem er dem alldeutschen Organ, der Deutschen Zeitung, wie der Chefredakteur dieses Blattes, Major von Sodenstern, an Schmidt berichtete, „immer wieder ... Kuckuckseier in die Zeitung“ legte.<sup>536</sup> Der mitten im Wahlkampf stehende Schmidt, der darüber sichtlich erregt und verärgert war, schrieb ausführlich an den ihm anscheinend gut bekannten („Mein lieber Sodenstern“) Major vertraulich und persönlich „ein kurzes, offenes,

---

<sup>532</sup> Wahlauf Ruf v. 29.10. 1924 zit. nach: Liebe, DNVP, S. 97.

<sup>533</sup> N 1211 / 6 Schmidt an Freytag, 28.10. 1924. In diese Richtung äußert er sich auch in dem bereits erwähnten Brief an Ritgen, vgl. N 1211 / 32 Schmidt an Ritgen, 17.10. 1924.

<sup>534</sup> Vgl. NZ v. 21.11. 1924.

<sup>535</sup> Diese Worte entstammen einer Rede Schmidts, die er am 3.12. in Winsen (Luhe) gehalten hatte, zit. nach: NZ v. 4.12. 1924. Ähnlich hatte sich Schmidt bei einer Wahlkampfveranstaltung am 1.12. im Lande Hadeln während einer Rede vernehmen lassen, vgl. NZ v. 2.12. 1924.

<sup>536</sup> N 1211 / 41 Sodenstern an Schmidt, 12.11. 1924.

Schmidt war Anfang September d.J. aus seiner hannoverschen Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes (ADV), wie er angibt, aufgrund von Zeitmangel ausgetreten. Er versicherte jedoch, daß dies nichts an seiner „Einstellung zu der Gesamtorganisation ... ändert[e]“, seine Bitte hätte „lediglich formal vereintechnische Bedeutung.“ N 1211 72 Schmidt an den Alldeutschen Verband, Ortsgruppe Hannover, 8.9. 1924. Vgl. zur Kritik Schmidts am ADV: Umdenken, S. 104.

kameradschaftliches Wort“<sup>537</sup>: „Die Wahlmüdigkeit gerade unserer aktivsten Elemente nimmt zu und muß weiter zunehmen, wenn sie sehen, daß sich die führenden deutschnationalen Zeitungen täglich gegenseitig befehlen. Mir haben langjährige Leser der ‚Deutschen Zeitung‘, die genauso denken wie Sie und ich, und die mir wertvollste Stützen in der ganzen Zeit des nationalen Kampfes waren, in den letzten Tagen vorgehalten: ‚Jetzt können wir ja nicht mal mehr die ‚Deutsche Zeitung‘ lesen, denn wenn die Zeitung täglich zur Freude der Mitte und der Linken ganze Spalten bringt unter der Rubrik ‚Verwirrung im deutschnationalen Lager‘, dann schlägt das ja unsere letzten Hoffnungen entzwei‘“.

Wie aufreibend die Überzeugungsarbeit im täglichen Wahlkampfgeschehen vor Ort gewesen sein muß, wurde deutlich bei der verbitterten Schilderung des sich scheinbar häufenden Phänomens: „Ich kann Ihnen auch sagen, daß insbesondere von gegnerischer Seite, wenn man in Versammlungen zur national-völkischen Einigkeit aufruft und gegen die Wahlmüdigkeit spricht, mit sattem Behagen entgegengehalten wird: Wie könnt ihr denn von wiederhergestellter Einigkeit in der Partei reden, man braucht ja nur die ‚Deutsche Zeitung‘ zu lesen, und dann werden einem unter dauerndem ‚Hört, Hört!‘ Auszüge aus der Zeitung verlesen und der Erfolg einer Wahlversammlung ist auf das schwerste in Frage gestellt“<sup>538</sup>.

Ob die gerade nicht auf Geschlossenheit hin arbeitende Strategie Claß' Schmidt letztlich bewogen hat, im September aus dem Alldeutschen Verband auszutreten, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Zumindest läßt sich daraus aber schließen, daß er mit der Strategie des Verbandsvorsitzenden nicht konform ging.<sup>539</sup>

Der Wahlkampf brachte für den deutschnationalen Reichstagskandidaten also auf ganz andere Art und Weise, als er noch zwei Tage vor dem Brief an Sodenstern glaubte annehmen zu können, „endlich mal Abwechslung ins politische Leben“, denn er veranschaulichte Tag für Tag, welche heterogene politische Zusammenstellung die DNVP darstellte. Gleichzeitig offenbarte es mit schonungsloser Offenheit, welch diffuses und mitunter zerstrittenes Milieu um die Partei rankte. Dieser Zank steigerte

---

<sup>537</sup> N 1211 / 41 Schmidt an Sodenstern, 10.11. 1924. Wahrscheinlich kannten sie sich auch vom Nationalverband Deutscher Offiziere, von dessen Bundeszeitschrift „Deutsche Treue“, die „Militärpolitische Zeitschrift für völkische Verbände“, Sodenstern Schriftleiter war.

Vgl. zur scharfen alldeutschen Kritik an der DNVP zu diesem Zeitpunkt: Hering, Nation, S. 477. Daß der Auslöser dieser Kritik die Dawes-Abstimmung war, erhellte hieraus allerdings nicht.

<sup>538</sup> N 1211 / 41 Schmidt an Sodenstern, 10.11. 1924.

<sup>539</sup> Schmidt war Anfang September d.J. aus seiner hannoverschen Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes (ADV), wie er angibt, aufgrund von Zeitmangel ausgetreten. Er versicherte jedoch, daß dies nichts an seiner „Einstellung zu der Gesamtorganisation ... ändert[e]“, seine Bitte hätte „lediglich formal vereintechnische Bedeutung.“ N 1211 / 72 Schmidt an den Alldeutschen Verband, Ortsgruppe Hannover, 8.9. 1924. Schmidts vorsichtige Kritik am ADV deutete auch in diese Richtung. Vgl. Schmidt, Umdenken, S. 104.

sich im Wahlkampf so bedenklich ins Hemmungslose, daß erst ein vermittelndes Eingreifen der vaterländischen Verbände die Wirrungen einzudämmen vermochte.<sup>540</sup> Ein gutes Beispiel für die Zerrissenheit des deutschnationalen Milieus bot ein Vortragsnachmittag der „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands“ am 19. November in Stade. Die im Wahlkreis Schmidts befindliche Stadt erwartete als Redner den von Schmidt militärisch verehrten General Ludendorff, der jedoch seit dem Münchner Putschversuch teilweise erheblich an Ansehen eingebüßt hatte. Vor ihm sprach Landwirt Weidenhöfer, der vor der letzten Wahl noch den deutschnationalen Spitzenplatz im Wahlkreis Hannover-Ost ergattern wollte und jetzt für den Reichstagswahlkreis Hannover-Süd antrat. Der bereits erwähnte Übertritt des deutschnationalen preußischen Landtagsabgeordneten, Pastors Voß, zur NSFP im Oktober 1924<sup>541</sup> machte mit Weidenhöfer zusammengenommen deutlich, welche politische Bewegung und – damit einhergehend – Konkurrenz in Schmidts politischer Heimat vorherrschte.<sup>542</sup>

Weitere Angriffspunkte in Wahlkampfreden waren letztlich nur Ausdifferenzierungen der erwähnten Lagerauseinandersetzung. In seinen Augen war es besonders Reichspräsident Ebert gewesen, der im Hintergrund die vergangenen Verhandlungen als „Oberregisseur“<sup>543</sup> gegen die Deutschnationalen maßgeblich beeinflußt hatte, weshalb er nun von ihm „in den Vordergrund der Wahlagitation“ gestellt wurde.<sup>544</sup>

Da der Austritt den Eintritt bedingt hatte, hat Schmidt im Entnazifizierungsbogen hinsichtlich Mitgliedschaften hier eine Falschaussage gemacht, da er diejenige im ADV nicht genannt hat. Vgl. N 1211 / 47 Fragebogen, Unterschrift von Schmidt 7.8. 1946, S. 8.

<sup>540</sup> So wurde vereinbart, sich nicht gegenseitig zu beleidigen (sic!) und das sonst jederzeit hochgeschätzte nationale Interesse über das Parteiinteresse zu stellen. Weiterhin wurde ein überparteilicher Wahldienst eingesetzt, wurden „Flugblätter und Plakate verbreitet“ und zuletzt „gemeinsame Wahlkampfrichtlinien an die Unterorgane der Parteien und Wahlredner weitergeleitet.“ Vgl. Dörr, DNVP, S. 80 Anm. 51. Bereits am 1.9. 1924 hatte es das geschäftsführende Vorstandsmitglied der VvVD, Geisler, der gleichzeitig als Gast für die DNVP nach Austritt aus der DVP im Reichstag saß, in einem vertrauensvollen Brief an Oberstleutnant v. Schleicher als „eine der Hauptaufgaben der vaterländischen Verbände“ bezeichnet, daß diese „einigendes Band um diejenigen zu sein [hätten - d. Vf.], die parteipolitisch wohl getrennt sind, aber regierungs- und außenpolitisch zusammenarbeiten sollten.“ Zit. nach: N 42 / 26 Geisler an v. Schleicher, 1.9. 1924.

<sup>541</sup> Vgl. die Angaben zu Voß, in: Büro des Preußischen Landtags (Hg.), Handbuch für den Preußischen Landtag. Ausgabe für die 2. Wahlperiode, Berlin 1925, S. 333 f.

<sup>542</sup> Vgl. NZ v. 21.11. 1924. In der NZ v. 16.11. 1924 veröffentlichte der Gauverband Hannover-Süd-Braunschweig der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschland die Kandidatenlisten für die Wahlen von 1924. Demnach stand an der ersten Stelle für den Reichstag Landwirt Weidenhöfer und für den preußischen Landtag Pastor Voß.

Wie sehr Schmidt durch diese Konkurrenz sein Wirken beeinträchtigt sah, äußerte er später gegenüber Westarp, wenn er betonte, daß sich die „Parteivölkischen und Nationalsozialisten ... auf Osthannover mehr als auf jedes andere Gebiet des Reiches stürzen (Weidenhöfer, Henning, Pastor Voss)“. Schmidt an Westarp, 25.4. 1928, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen.

21.11. 1924.

<sup>543</sup> N 1211 / 32 Schmidt an Nüse, 22.10. 1924.

<sup>544</sup> N 1211 / 8 Schmidt an Heinrich 22.10. 1924. Daß Ebert Objekt seiner Angriffe wurde, bestätigt auch der Brief an Sodenstern v. 10.11. 1924 (vgl. N 1211 / 41). Geradezu grotesk

Geradezu unausweichlich tauchte auch Schmidts außenpolitisches Axiom auf: die Feindschaft gegen Frankreich. Er warnte davor, daß Deutschland „unweigerlich unter die Räder komm[e], wenn es weiter unter der Politik der Linken oder der nach links orientierten und von links beherrschten Mitte die Vorherrschaft Frankreichs über West- und Mitteleuropa stabilisieren hilft“<sup>545</sup>. Eine grundsätzlich von ihm favorisierte Anlehnung an den Sowjetstaat, die hier zum ersten Mal auftauchte, schien ihm zumindest vorläufig unmöglich, da „mit einem von bolschewistischem Judenklüngel regierten Rußland zu einer irgendwie praktischen Aufbaupolitik“ kein Weg zu finden sei. Auf Dauer wollte er ein Zusammengehen allerdings nicht ausschließen, da das „Rußland von heute nicht das Rußland von morgen“ sei.<sup>546</sup>

Schmidt führte einen aufwendigen und zeitintensiven Wahlkampf zwischen Lüneburg und Harburg.<sup>547</sup> Seine kräftige, polarisierende und zuweilen derbe Wortwahl im Lande, die sich naturgemäß wesentlich von derjenigen in Berlin stark unterschied, spiegelte - so sollte es sich wieder zeigen - überzeugend seine menschliche Natur wieder, ja Schmidt schien Menschen mit dem, was er sagte nicht nur anzusprechen, sondern auch für sich einzunehmen. Für einen erwachsenen Neffen des ihm gut bekannten Industriellen Neynaber hatte im Wahlkampf „Ihre Persönlichkeit zur Hauptsache“ zum Erfolg beigetragen. „Sie verstehen es eben, uns die Herzen zu öffnen und die Lauen mitzureissen“<sup>548</sup>.

Das Ergebnis der Reichstagswahl vom 7. Dezember brachte entgegen allen Annahmen der Links- und Mittelparteien gerade nicht den Zusammenbruch der DNVP,

---

wirkt in diesem Zusammenhang Schmidts 35 Jahre später niedergeschriebene, dreist- versöhnliche ex post-Bewertung Eberts, die an offener Verfälschung der Tatsachen und Reinwaschung seiner selbst nichts zu wünschen übrig läßt (Umdenken, S. 136): „Der Verfasser hatte stets eine hohe Wertschätzung für Friedrich Ebert, der Deutschland liebte, der zwei Söhne für sein Vaterland verlor und der so oft als Reichspräsident tapferer und adeliger handelte als viele, die hinter seinem Rücken Deckung suchten.“ Und in unnachahmlicher Barmherzigkeit für seine deutschnationalen Kollegen bittet er - es hat nicht den Anschein, als schloße er sich mit ein - regelrecht um späte Milde (ebd.): „In dem hitzigen Ringen der ersten Revolutionsjahre sind nicht alle von uns seiner Haltung und seinen Seelenkämpfen gerecht geworden. Ich halte es für eine menschliche und politische Pflicht, dies rückblickend offen zu bekennen.“

<sup>545</sup> Zit. nach: „Hauptmann Schmidt über Außenpolitik“, in: NZ v. 2.12. 1924.

<sup>546</sup> Schmidt, „Die politische Bedeutung der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen“, in: NZ v. 7.10. 1924. Aus welchen Informationsquellen Schmidt schöpfte, um seine zumindest gewagte Voraussage einer positiven Wandlung des deutsch-russischen Verhältnisses zu untermauern, blieb unklar. Allerdings gab er seiner Vermutung folgendermaßen Ausdruck (ebd.): „Mancherlei Anzeichen der letzten Zeit deuten darauf hin, daß die zerstörende Übergangsperiode des Bolschewismus bald enden wird; ein Zarentum der russischen Bauern, das in asiatischer Kontinentalpolitik sich weitert, das nach dem heiligen Süden drängt, die polnische Frage neu aufrollt - liegt es wirklich so außerhalb der weltpolitischen Möglichkeiten der nahen Zukunft? Das sturmgefegte Ostland aber ist zukunftsfruchtiger als der vergreiste Westen des Kontinents!“

<sup>547</sup> Gegenüber einem deutschnationalen Parteimitglied äußert er sich hierzu folgendermaßen: „Ich war .. in den ganzen letzten Wochen immer nur stundenweise zu Hause, da ich im Wahlkampf stand“. N 1211 / 33 Schmidt an Liebrecht, 11.12. 1924.

<sup>548</sup> N 1211 / 7 Graebe an Schmidt, 11.12. 1924.

im Gegenteil, sie wuchs - mitbedingt durch den Wechsel vieler Wähler der Nationalsozialistischen Freiheitspartei zu ihr - in Koalition mit dem Landbund auf 111 Mandate an und war damit hinter der wiedererstarkten SPD die zweitgrößte Fraktion. Es sollte der größte parlamentarische Erfolg der Deutschnationalen sein – und bleiben. Das Resultat bestätigte ferner die vor der Wahl getroffenen Annahmen Schmidts hinsichtlich des Abschneidens seiner Partei. Gleichzeitig hatte er damit politisches Gespür in turbulenter Zeit bewiesen.

Schmidt errang sein Mandat in Hannover-Ost wieder. Seine ablehnende Haltung im August mußte - so schien es - den politischen Nerv in der Stimmung von Teilen der Bevölkerung getroffen haben, andernfalls wäre er abgestraft worden. Zufrieden über den Wahlausgang gab er seiner Hoffnung auf Annäherung der Teile der Wirtschaft, die ihm wenig geneigt gewesen waren, durchaus selbstbewußt in einem Schreiben Ausdruck: „Hoffentlich gelingt es in Harburg, ..., auch diejenigen Herren der Harburger Industrie, die uns bisher mißtrauisch oder zurückhaltend gegenüberstand, zu einer intensiveren Anteilnahme am Wachsen der Deutschnationalen zu bringen. Der Wahlerfolg gerade in Harburg müßte ihnen die Augen öffnen“<sup>549</sup>.

Neben der wiederum aktuellen Frage einer deutschnationalen Regierungsbeteiligung drängte nun machtvoll die Ablösung Hergts vom Fraktionsvorsitz in den Vordergrund. Erst jetzt sah Schmidt, wie er es unablässig während des Wahlkampfes propagiert hatte, das Ende der wahltaktischen Zurückhaltung in der Führungsfrage gekommen. Nun drängte er am 15. Dezember den Schriftleiter der deutschnational ausgerichteten Niederdeutschen Zeitung, Dressler, in einer seiner unumwundenen, schriftlichen Zusammenfassungen der Presse, „gerade in diesen Tagen, wo es sich um die Entscheidung von Führerproblemen handelt, die Person des Grafen Westarp etwas mehr in den Vordergrund“ zu rücken.<sup>550</sup> Zwei Tage später wurde jedoch nicht Westarp, sondern der Vorsitzende des Reichslandbundes und stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Martin Schiele, zum Vorsitzenden der Reichstagsfraktion gewählt.<sup>551</sup> Von den vier, jeweils an zugeteilten Tagen diensttuenden Stellvertretern waren zumindest zwei, Bruhn<sup>552</sup> und von Goldacker<sup>553</sup>, dem rechten Flügel

---

<sup>549</sup> N 1211 / 32 Schmidt an N.N., 9.12. 1924. Schmidt betont in einem anderen Schreiben, daß es insbesondere die Hypothekengläubiger- und Sparschutzverbände gewesen seien, die ganz wesentlich für die DNVP eingetreten seien, weshalb er deren Vorsitzendem großzügig Platz in der Niederdeutschen Zeitung eingeräumt wissen möchte, vgl. N 1211 / 41 Schmidt an Dressler, 15.12. 1924. Damit wird eingehend deutlich, daß Schmidt nicht nur im Unterweserbezirk z.B. mit dem Industriellen Neynaber die Wirtschaft erreichte, sondern auch in anderen Teilen des Wahlkreises dieses Gewerbe anzusprechen vermochte.

<sup>550</sup> N 1211 / 41 Schmidt an Dressler, 15.12. 1924.

<sup>551</sup> Die personelle Zusammensetzung des neuen Vorstandes geht hervor aus der Meldung der NZ v. 19.12. 1924: Die deutschnationale Reichstagsfraktion wählte am Mittwoch (17.12.) ihren neuen Vorstand: ...“.

<sup>552</sup> Bruhn war einer der Mitbegründer der DNVP und hatte dem Reichstag des Kaiserreiches bereits angehört (1903-1918). Ursprünglich hatte er der Deutschsozialen (Reform-)Partei

zuzurechnen, Schultz-Bromberg<sup>554</sup> galt aufgrund seiner Persönlichkeit als Mann des Ausgleichs, mit Rippel verband Schmidt im Zusammenhang mit dem 29. August eine unangenehme Erinnerung.<sup>555</sup> Zum Geschäftsführer der Fraktion wurde Lambach gewählt, Großadmiral von Tirpitz erhielt den Ehrenvorsitz. Auch der politische Beauftragte und vielfache Unterhändler in den Gesprächen über eine Regierungsbeteiligung, der Vertraute Hergts, von Lindeiner-Wildau, mußte seinen Platz räumen.

Für Schmidt war trotz des guten Abschneidens seiner Partei nicht die unmittelbare Zuversicht zu verspüren, jetzt in die Regierung eintreten zu können, zu tief saß die Erfahrung der im Oktober gescheiterten Koalitionsverhandlungen. So schien es ihm „überhaupt, daß das Schwergewicht der politischen Entwicklung in den nächsten Monaten nicht bei rein parlamentarischer Arbeit zu suchen sein wird“<sup>556</sup>. Den überwiegenden Teil der kommenden politischen Arbeit sah er demnach nicht im Reichstag, vielmehr sah er seine Betätigungsfelder woanders: „Restaurierung der vaterländischen Bewegung, Zusammenbruch der Freiheitspartei und zugleich die Bürgerkriegsrüstungen der Schwarz-Rot-Gelben weisen den Weg“<sup>557</sup>. Seine

---

angehört. Im Kriegsreichstag hatten sich die zersplitterten antisemitischen Parteien zur Deutsch-Völkischen Partei zusammengefunden, deren einer parlamentarischer Führer Bruhn gewesen war. Vgl. Westarp, *Konservative Politik*, Düsseldorf 2001, S. 139.

<sup>553</sup> Goldacker saß im Präsidium der VvVD. Vgl. HStA Hannover Hann. 180 Hann. Nr. 772, Bd. 3: Mitteilungen des Landeskriminalamtes Berlin Ia v. 13.5. 1930, Nr. 10, S. 48; Finker, VvVD, S. 316.

<sup>554</sup> Wienbeck (Erinnerungen, S. 247) schreibt über ihn: „Das ganze [die deutschnationale Reichstagsfraktion - d.Vf.] wurde zusammengehalten von dem alten, unverwüstlichen Schultz-Bromberg, zwar Landgerichtsdirektor seines Zeichens, aber seit einem Menschenalter nur noch Parlamentarier. Er führte mit den beiden, ihm treu anhängenden Damen im Geschäftszimmer die Regie in allen Personal- und Kassenfragen ... Er hatte keine Feinde, gehörte keiner Richtung an, aber er blieb immer für sich.“

<sup>555</sup> Rippel hatte in einer Sitzung der Landesvorsitzenden am 18.9. 1924 behauptet, daß unter den Nein-Sagern des 29.8. möglicherweise auch hannoversche Abgeordnete gewesen sein könnten. Der anwesende von Feldmann, Landesverbandsvorsitzender Hannover-Süd, wollte daraufhin den Namen erfahren, was ihm verweigert wurde. Feldmann teilte dies den hannoverschen Abgeordneten mit, woraufhin diese schriftlich bei Hergt vorstellig wurden und um Klärung baten. Wie Rippel, der den Dawes-Gesetzen zugestimmt hatte, auf diesen Vorwurf kam und wie er im einzelnen geklärt wurde, ist nicht ersichtlich (vgl. N 1211 / 33 v. Feldmann an Müller-Otfried, Dr. Wienbeck, Logemann, Hauptmann a.D. Schmidt, 20.9. 1924; Wienbeck und Schmidt an Hergt, 26.9. 1924). Fest steht jedoch, daß alle hannoverschen Abgeordneten Müller-Otfried, Logemann, Wienbeck und Schmidt mit „Nein“ votiert hatten (vgl. Liebe, DNVP, S. 169 f.)

<sup>556</sup> N 1211 / 32 Schmidt an N.N., 9.12. 1924.

<sup>557</sup> N 1211 / 32 Schmidt an N.N., 9.12. 1924. Mit „den“ Schwarz-Rot-Gelben waren durch Anspielung auf die republikanischen Farben demokratische Politiker gemeint und deren paramilitärisches Pendant zum Stahlhelm, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Was Schmidt mit den „Bürgerkriegsrüstungen“ genau gemeint hat, konnte nicht herausgefunden werden. An dieser Stelle kann aber gesagt werden, daß die Aufstellung des republikanischen Wehrverbandes Ende Februar 1924 gewiß nicht von ihm begrüßt wurde. Die Aufstellung war geschehen, um fortan republikanische Veranstaltungen vor Sprengungen durch politische Gegner zu schützen. Vgl. Schumann, *Gewalt*, S. 210 f.; Ziemann, B., *Republikanische Kriegserinnerung in einer polarisierten Öffentlichkeit*. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Veteranenverband der sozialistischen Arbeiterschaft, in: HZ 267 (1998), S. 357-398. Vgl. als

Aufzählung, die inhaltlich zusammenhing, verriet die Qualität seiner Wegweiser. Die vaterländische Bewegung, die er während der letzten Monate mehrfach als geschwächt und nicht politisch lebendig bezeichnet hatte, sollte wieder stärker politisch konturiert werden. Der Zusammenbruch der Freiheitspartei, die durch die Wahl 18 von 32 Mandaten im Reichstag verloren hatte, nahm Schmidt als Aufgabe wahr. Das konnte nur bedeuten, daß die Teile, die sich 1922 von der DNVP als Deutschvölkische Freiheitspartei abgespalten hatten, sich bei der Wahl wieder den Deutschnationalen zugewendet hatten und jetzt verständigungsbereit zeigten, säuberlich von den eigentlichen Nationalsozialisten getrennt wurden. Ihnen gegenüber war Schmidt außerordentlich ablehnend eingestellt, um geeint gewappnet zu sein gegen die in seinen Augen bereits angestellten Bürgerkriegsvorbereitungen der übrigen politischen Kräfte. Er unterstrich damit erneut seine Analyse des Wahlergebnisses, die er in einem Brief Admiral Heinrich mitteilte: „Das Wahlergebnis des Reiches, ..., zeigt ja auch, daß das Schwergewicht der völkischen Entwicklung für die kommenden Monate zweifellos nicht in der Parlamentsarbeit liegen wird“<sup>558</sup>.

Wie sehr Schmidt zu dieser Zeit in einer Vorstellungswelt der totalen Bürgerkriegsbedrohung verhaftet war, diese Lageanalyse als einzige Handlungsgrundlage anerkannte und in ihrem Sinne politisch arbeitete, wurde daran deutlich, daß er mit offenem Ohr zwischen dem 12. und 16. Dezember an drei Besprechungen unter anderem in der Zentrale der VvVD in Berlin mit Geisler, Gleichen und Alvensleben ebenfalls in Berlin teilnahm, die sich allesamt mit der „Arbeit und Stellung der vaterländischen Verbände nach dem Wahlergebnis“ beschäftigten.<sup>559</sup> Ganz im Sinne der sich besonders durch das wachsende Reichsbanner bedroht fühlenden vaterländischen Verbände brachte Schmidt zusammen mit seinem Altonaer Fraktionskollegen Lohmann Anfang 1925 einen Gesetzesentwurf „auf Straffreiheiten für politische Straftaten“ im Reichstag ein, der jedoch nicht angenommen wurde. In ihm forderten die beiden Deutschnationalen Straffreiheit für alle Teilnehmer des Kapp-Putsches, des Küstriner Putsches vom Oktober 1923, für alle verurteilten Mitglieder der Organisation Consul und für all diejenigen, die „Versuche zur Befreiung von verurteilten Kapp-Putsch-Teilnehmern unternommen“ hatten. Weiterhin sollten die hierfür notwendigen Gerichtsverfahren hernach unanfechtbar sein und außerdem sämtliche Eintragungen im Strafregister gelöscht werden.

---

Regionalstudie für eine SPD-Hochburg im Westen des Reiches: Mintert, D., „Sturmtrupp der Deutschen Republik“: das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Wuppertal, Grafenau 2002.

<sup>558</sup> N 1211 / 8 Schmidt an Heinrich, 9.12. 1924.

<sup>559</sup> Diese Informationen gehen aus dem bereits erwähnten Schreiben an Admiral Heinrich hervor, vgl. N 1211 / 8 Schmidt an Heinrich, 9.12. 1924. In diesem Schreiben bittet Schmidt darum, sich vor dem 16.12. mit Heinrich auszutauschen und abzustimmen.

Wiewohl Schmidt um die äußerst geringen Erfolgsaussichten dieses Vorhabens wußte, verfeinerte dieser Antrag auf Amnestie in den genannten Fällen die Zusammensetzung des Bildes seiner politischen Vorstellungswelt. Es lag nahe, daß Schmidt den günstigen Zeitpunkt der öffentliche Aufmerksamkeit erzeugenden Entlassung Hitlers aus der Landsberger Festungshaft nach nur achteinhalb Monaten am 19. Dezember nutzen wollte<sup>560</sup>, um verurteilte Personen wieder befehlsbereit in die Reihen der jeweiligen Verbände einzuordnen. Er hieß damit nicht nur die Putsche rechtsstehender Kreise im nachhinein gut, was seine Bewertung des Münchner Putsches mit einem Schlag deutlich machte. Im speziellen Fall der Organisation Consul unter Kapitän Ehrhardt war dies äußerst fragwürdig, denn selbige war immerhin zu ganz erheblichem Teil an der Ermordung Außenminister Rathenaus am 24. Juni 1922 nachweislich beteiligt gewesen. Eine günstigere Bewertung, die darauf aufbauen müßte, daß er die Amnestie zum Zwecke der Versöhnung mit der Republik wünschte, ist aufgrund fehlender Anzeichen und der partiellen Schwere der begangenen Verbrechen weder wahrscheinlich noch botmäßig.

Auf Reichsebene ging das politische Tagesgeschäft weiter. Die Reichsregierung Marx trat bedingt durch das Wahlergebnis am 10. Dezember zurück, Reichspräsident Ebert nahm die Demission fünf Tage später an. Dem parlamentarischen Brauch folgend, erteilte er der alten Regierung den Auftrag, ein neues Kabinett zu bilden. Doch es verwunderte kaum, wenn die Bedenken, die vor zwei Monaten zum Scheitern geführt hatten, auch jetzt nicht auszuräumen waren. Marx lehnte es schlichtweg ab, sich für die Einbeziehung der DNVP in die Regierung verantwortlich zu zeigen, die DDP forderte die Restituierung der Großen Koalition von der SPD bis zur DVP; die DVP hatte sich recht früh nach der Wahl darauf festgelegt, nur einer rechtsbürgerlichen Koalition angehören zu wollen. Die Große Koalition unterlag der Erfahrung der Stresemann-Kabinette von 1923, die beide Male in dieser Konstellation gescheitert waren. Hinzu kam, daß eine Mitte-Rechts-Koalition DDP und DNVP zusammengebracht hätte. Die DDP hatte nicht nur die letzten Koalitionsverhandlungen daran scheitern lassen, sondern hatte sich auch im Wahlkampf gegen die Deutschnationalen erklärt. Zuletzt versagte sich auch das Zentrum, vor allem wegen der Haltung der Demokraten, dem kurzfristig und nur kurzzeitig beauftragten Unterhändler für die Regierungsbildung, Stresemann. Die deutschnationalen Unterhändler Westarp, Winckler, Schiele und Behrens konnten in einer sehr kurzen Fraktionssitzung verlautbaren lassen, daß sie eine endgültige Entscheidung des sich ablehnend gebenden Zentrums abwarten müßten, gleichzeitig Hoffnung daraus schöpfen könnten, daß die DVP weiterhin starke Tendenzen zur DNVP aufweise.

---

<sup>560</sup> Vgl. Fest, Hitler, S. 312; Kershaw, Hitler I, S. 297.



Diese Mitteilung bezog sich allerdings schon auf das Jahr 1925, da sich Reichskanzler und Reichspräsident am 19. Dezember darauf verständigten, sich bis ins neue Jahr zu vertagen.<sup>561</sup> Marx fungierte mit seinen Ministern als Geschäftskabinett über den Jahreswechsel hinaus. Nach der Eröffnungssitzung des Hohen Hauses am 5. Januar 1925 versuchte sich Marx nochmals in der Anbahnung einer neuen Regierung, scheiterte jedoch wiederum.

Schmidts Auffassung war hinsichtlich der Beteiligung am Kabinett Luther I aus einer ihm unmittelbar zurechenbaren EntschlieÙung des erweiterten Vorstandes des Landesverbandes Hannover-Ost vom 10. Januar abzuleiten.<sup>562</sup> Die in Bremen versammelten Vorstandsmitglieder gedachten einleitend „in Treue und Trauer des besetzten Rheinlandes“, wollten aber auf „nutzlose, papierne Proteste“ verzichten und deshalb „unsere Arbeit für die Freiheit des deutschen Landes umso zäher fort[.]setzen.“ Die politisch bedeutsamste Punkt der EntschlieÙung betraf das bisher so empfundene „hilf- und würdelose[.] Spiel[.] der schwarz-rot-gelben Parteien in der Regierungsbildungsfrage.“ Diese könne nur dadurch vernünftig gelöst werden, daß die „Regierungen im Reich und in Preußen von nationalen Persönlichkeiten gebildet werden; nur solche Regierungen werden wieder Reinheit in das Staats- und Wirtschaftsleben bringen und sich von der bisherigen verhängnisvollen Illusionspolitik freimachen.“ Die ganz unverkennbar in Schmidts Parteichargon verfaßte Positionierung des erweiterten Landesvorstandes bekräftigte die Haltung seines Reichstagsabgeordneten der letzten acht Monate, in denen er zwar immer massive Kritik am bestehenden System und den sie tragenden Regierungsparteien geübt hatte, dennoch nie - wenn auch taktisch und nur vorübergehend bedingt - sich in totale Obstruktion begeben hatte. An der farbbetonten Formulierung der EntschlieÙung wurde direkt aber noch etwas Anderes, Entscheidendes deutlich. Die hannoverschen Deutschnationalen und mit ihnen Schmidt fürchteten eine große Koalition auf Reichsebene. Dies galt es auf jeden Fall zu verhindern, da man hierin explizit das Wirken der „Systemparteien“ sah.<sup>563</sup> Schmidt faÙte seine Motivation für den Regierungseintritt wenig später zusammen: „Um eine solche Regierung [der Weimarer Koalition – d. Vf.] zu vermeiden und um der in der vaterländischen Bewegung zusammengefaÙten Kraft die nötige politische Auswirkungsmöglichkeit zu geben, sind wir seinerzeit trotz vieler Bedenken in die Regierung gegangen“<sup>564</sup>.

Um Schmidts eigentliche politische Verwurzelung in den vaterländischen Verbänden wissend, nahm es nicht wunder, wenn ein führender Funktionär der vaterländischen

---

<sup>561</sup> Vgl. NZ v. 20.12. 1924.

<sup>562</sup> Die EntschlieÙung vom 10.1. ist abgedruckt in: NZ v. 14.1.1925.

<sup>563</sup> Vgl. Dörr, DNVP, S. 90, 92.

<sup>564</sup> Schmidt an Seldte, 15.12.1925, NachlaÙ Kuno von Westarp, Gärtringen.

Verbände bereits drei Tage zuvor die Regierungsbeteiligung in einem Leitartikel der Niederdeutschen Zeitung befürwortet hatte.<sup>565</sup>

Schmidt war damit weniger zielgerichtet als vielmehr tastend in Richtung einer Staatspolitik vorgedrungen, die durch den Eid der deutschnationalen Minister und die Regierungserklärung die Verfassung anerkannte und damit unweigerlich einen ersten Schritt in Richtung der gegenwärtigen Regierungsform bedeutete? Wie ließ sich seine neue Formel „Wir verteidigen unser Vaterland, so wie es ist!“<sup>566</sup> erklären?

Nachdem er bis zu seiner Wahl in den Reichstag eine Lösung der Frage der Staatsführung präferiert hatte, die auf ein Direktorium ausgerichtet war, zog er aus der Gespaltenheit der Fraktion im Obstruktionskurs während der Dawes-Abstimmung nicht die Folgerung, daß die totale Opposition nicht die geeignete Haltung der DNVP verkörperte.<sup>567</sup> Er sah die Möglichkeit, durch einen Regierungseintritt die Einflussmöglichkeit der Deutschnationalen erheblich zu steigern. Nach der Dezemberwahl war das parlamentarische Gewicht noch größer. Eine geflissentliche Arrondierung an das vorläufig als unüberwindbar betrachtete politische System war das Ergebnis dieser Erkenntnis.

Überdies hatten im Hintergrund die „wirtschaftliche und seelische Not aller Berufsstände und Bevölkerungsklassen“<sup>568</sup>, die Angst vor einer erneuten großen Koalition unter Einschluß der SPD und nicht zuletzt die „Pflicht .. gegenüber dem Vaterland“<sup>569</sup> gedrängt. Westarp, dessen Kurs Schmidt „vertrauensvoll mitzugehen bereit“<sup>570</sup> war, führte aus: „Wir wissen, daß die nationale Bewegung in uns die stärkste und darum verantwortungsvollste parlamentarische Vertretung findet. Das hat uns bewogen, dazu beizutragen, daß dieser vaterländisch-nationalen Bewegung der ihm gebührende und von ihr verlangte Einfluß auf die unmittelbare Leitung der Regierungsgeschäfte nicht ferner vorenthalten bleibt“<sup>571</sup>. Daß Schmidt diese Haltung unterstützte, wurde daran erkennbar, daß in der Korrespondenz mit dem tief in der Organisation der vaterländischen Verbände verwurzelten Admiral Heinrich die

---

<sup>565</sup> Vgl. Walter Freiherr von Medem, Die vaterländische Bewegung und die Regierungsbildung, in: NZ v. 7.1. 1925. Einen Tag nach der deutschnationalen Erklärung gab der NDO, der zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu den VvVD gehörte, ebenfalls seine Zustimmung kund. Vgl. NZ v. 11.1. 1925.

<sup>566</sup> So bezeichnet Freytagh die Motivation derjenigen, die in die Regierung drängten. Von Freytagh-Loringhoven, Deutschnationale Volkspartei, Berlin 1931, S. 36 (i.f. zit. als: Freytagh, DNVP)

<sup>567</sup> Vgl. Dörr, DNVP, S. 91.

<sup>568</sup> Westarp zit. nach: Dörr, DNVP, S. 96.

<sup>569</sup> Ebd.

<sup>570</sup> Nach dem vollständigen Zitat Schmidts in dem Brief an Westarp fühlte er sich zugehörig zu den „Elemente[n] der Partei, die die von ihnen ... verkörperte Richtung vertrauensvoll mitzugehen bereit sind“. Schmidt an Westarp, 31.10.1924, Nachlaß Kuno von Westarp, Gärtringen.

<sup>571</sup> Westarp zit. nach: Dörr, DNVP, S. 96.

Regierungsbeteiligung goutiert wurde.<sup>572</sup> Was sich demnach in dieser speziellen politischen Situation Bahn brach, war eine genuin konservative Staatsauffassung, wonach Schmidt eine nicht auf die Regierungsform bezogene, abstrakt zu verstehende „staatsbejahende Gesinnung“ besaß, die unlöslich mit dem „Gefühl der Verantwortung für Reich und Volk“<sup>573</sup> verbunden war. Dieses besondere Verantwortungsgefühl war nun einer schwierigen Bewährungsprobe ausgesetzt.

Denn wenn dies die Beweggründe waren, offenbarte sich für Schmidt unumgänglich das spezifisch deutschnationale Grunddilemma dieser Position. Der Versuch, „ohne Preisgabe der Grundsätze in Koalitionen den Wünschen der Anhängerschaft ... zu genügen“<sup>574</sup>, führte unweigerlich zu einer Zerreißprobe: „Sie [die DNVP – d.Vf.] mußte ja mit dem Problem fertig werden, daß ihre staatspolitische Mitarbeit einem System zugute kam, das sie innerlich verneinte“<sup>575</sup>. Diese erste praktische Mitarbeit wurde von einem der schärfsten Kritiker dieses Kurses, von Freytagh-Loringhoven, mit schneidender Schärfe kommentiert: Die, die Westarp folgten, „betonten, daß die vereinbarten Programme und Richtlinien nur eine praktische Zielsetzung, nicht aber ein Glaubensbekenntnis bedeuteten, daß eine parlamentarische Koalition eine Arbeits- und nicht eine Gesinnungsgemeinschaft darstelle“. Das hieß aber auch, „im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen mitzuarbeiten, die durch den Umsturz zur Geltung gekommene Staatsform zu stützen, Entwürfen, die sie mißbilligte, zur Annahme zu verhelfen“<sup>576</sup>.

Aber obwohl Schmidt und Freytagh sich politisch sehr nahe standen, ging Schmidt zunächst ein anderen Weg, den Westarps. Von innen heraus, aus den parlamentarischen Gremien heraus suchte er nun, den eigenen politischen Vorstellungen durch verantwortungsvolle Mitarbeit zum Durchbruch zu verhelfen. Mißtrauisch tastend bewegte er sich auf gänzlich neuem und gleichzeitig altverhaßtem Terrain vorwärts. Eine Umkehr oder Abkehr vom neu eingeschlagenen Weg war eingedenk der außenpolitischen Prämissen Schmidts jederzeit möglich. Schmidt war nicht im geringsten über Nacht zum Republikaner geworden. Zumindest aber besaß er die pragmatische Offenheit, eine neue Entwicklung aktiv zu beobachten, wofür er gleich Westarp im Vorfeld „grundsätzliche Bedenken zu überwinden“<sup>577</sup> gehabt hatte.

---

<sup>572</sup> Admiral Heinrich (N 1211 / 8) wußte am 21.1. 1925 sogar mit unverhohlener Freude von seinem Eindruck über die liberale und linke Presse an Schmidt zu berichten, wonach diese täglich angeblich „eine Stinkwut auf das neue von den Deutschnationalen infizierte Kabinett“ offenbare.

<sup>573</sup> Freytagh, DNVP, S. 34.

<sup>574</sup> Hiller von Gärtringen, Westarp, S. 18.

<sup>575</sup> Schmidt, Umdenken, S. 233.

<sup>576</sup> Freytagh, DNVP, S. 36.

<sup>577</sup> Hiller von Gärtringen, F., Der konservative Politiker Kuno Graf von Westarp, in: Konservative Politik im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Von Kuno Graf von Westarp.

Indem er mit der Rückendeckung der vaterländischen Verbände der intransigenten Linie Freytaghs und einigen von dessen Gefolgsleuten nicht folgte, wurde aber auch deutlich, daß der rechte Flügel zu diesem Zeitpunkt keineswegs geschlossen, sondern äußerst heterogen war.<sup>578</sup>

Allein das greifbare Ergebnis der über ein Monat währenden Verhandlungen, das – der Natur einer Koalitionsregierung entsprechend – nur ein Ausgleich der verschiedenen Parteiinteressen sein konnte, empfahl sich den wenig enthusiastischen, aber sich einverstandenen erklärenden Deutschnationalen am 15. Januar mit dem Kabinett des der DVP nahestehenden, aber parteilosen Luthers an.<sup>579</sup> Erstmals seit Bestehen der republikanischen Staatsform war die Deutschnationale Volkspartei in die Regierungsverantwortung aufgenommen worden. Erstmals hatte sie damit die Verfassung des von ihr abgelehnten Systems durch den Eid ihrer Minister akzeptiert und anerkannt. Inwieweit dies über ein rein funktional-geschäftsmäßiges Verhältnis der Deutschnationalen zur Reichsverfassung hinausging oder gerade nicht, inwieweit Staatspolitik als ungewollte aber notwendige Mitarbeit am Staat befürwortet oder aber grundsätzlich ausgeschlossen wurde, weil Staatspolitik dort nicht zu betreiben war, wo in mancher Augen gar kein legitimer Staat vorhanden war - dieser Widerspruch sollte zum ständigen Begleiter der DNVP werden. Drei Deutschnationale erhielten Ressorts: Martin Schiele wurde Reichsinnenminister, Otto von Schlieben Reichsfinanzminister und Albert Neuhaus wurde Reichswirtschaftsminister. Es war durchaus nicht unberechtigt, von einer „sensationellen Wende der deutschen Verfassungspolitik“<sup>580</sup> zu sprechen, denn nach sechs Jahren waren nun im Gegenzug bisher tragende Parteien der Republik bereit, mit den Deutschnationalen in eine Koalition einzutreten.

Mit der Ernennung zum Minister gab der Reichslandbundvorsitzende Schiele den erst kürzlich erhaltenen Fraktionsvorsitz auf. Graf Westarp, Schmidts Favorit für diesen Posten, wurde am 3. Februar 1925 sein Nachfolger. Die Stellvertreter, der Geschäftsführer und der Ehrenvorsitzende blieben in ihren Ämtern.<sup>581</sup> Im Vorstand der Partei änderte sich entgegen zeitweiliger Überlegungen des Vorsitzes Westarps

---

Bearbeitet von Friedrich Freiherr Hiller von Gärtringen unter Mitwirkung von Karl J. Mayer und Reinhold Weber, Düsseldorf 2001, S. 18 (i.f. zit. als: Hiller von Gärtringen, Westarp).

<sup>578</sup> Schmidt stellte sich damit auch gegen den RING von Gleichens, der den Regierungseintritt gleichfalls als Einknicken gebrandmarkt hatte. Die Haltung dieser Organisation hatte Schmidt nach der Dawes-Abstimmung noch unterstützt. Vgl. Dörr, DNVP, S. 93 Anm. 85; Freytagh, DNVP, S. 37.

<sup>579</sup> Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte 7, S. 532 f. Die Angaben zur Ausschußbesetzung vom 4.2. 1925 sind entnommen aus: „Mitteilungen Nr. 1 - für den persönlichen Gebrauch der Mitglieder der Deutschnationalen Reichstagsfraktion. Herausgegeben vom Fraktionsbureau“. Die Mitteilungen fanden sich im Tirpitz' schen Nachlaß, vgl. N 253 / 60.

<sup>580</sup> Huber, Verfassungsgeschichte 7, S. 542. Admiral Heinrich (N 1211 / 8) wußte am 21.1. 1925 sogar mit unverhohlener Freude von seinem Eindruck über die liberale und linke Presse an Schmidt zu berichten, wonach diese täglich angeblich „eine Stinkwut auf das neue von den Deutschnationalen infizierte Kabinett“ offenbare.

nichts.<sup>582</sup> Winckler wurde auf dem deutschnationalen Vertretertag am 21. Februar einstimmig als Parteivorsitzender bestätigt<sup>583</sup> und sollte dieses Amt innehaben, bis ihn Westarp am 24. März 1926 ablöste.

Der Versuch einer ersten Bestandsaufnahme der politischen Ansichten Schmidts in den Monaten Mai 1924 bis Februar 1925 soll im folgenden nach seiner staats-, außenpolitischen und innerfraktionellen Haltung unterschieden werden.

Staatspolitisch sprach sich der ehemalige Hauptmann i.G. pragmatisch für eine Beteiligung an der Macht im bestehenden Verfassungssystem aus, gleichwohl ist anzunehmen, daß seine parallel durchgängig aufleuchtende Ablehnung des parlamentarisch-demokratischen Systems sich zwar nicht mehr in dem Modell des Reichsdirektoriums verdichten sollte. Aber eine im weiteren vom Parlament unabhängige Regierung war weiterhin sein Ziel. Seine Kritik am Staatsaufbau verband sich mit der Herausstellung der ursprünglichen und ursächlichen Verantwortung der demokratischen Politiker hierfür, die er - ganz im Sinne der damaligen nationalen Agitation - in der Novemberrevolution und den hinter ihr stehenden politischen Kräften angesiedelt sah.

Außenpolitisch ersehnte Schmidt die vollständige Wiederherstellung der militärischen Stärke, der Wehrhaftigkeit Deutschlands.<sup>584</sup> Den Ansatzpunkt hierzu sah er in der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht.<sup>585</sup> Die hierzu notwendige Revision des Versailler Vertrages mußte nach seinem Dafürhalten radikal vollzogen werden und nicht wie Stresemann, der unterschiedslos auch die Revision wünschte, durch Ansetzen an dem weichen Punkt der Wirtschaft. Schmidt wünschte ganz im Gegensatz zu Stresemann in Verkennung der realpolitischen Spielräume nicht den Ausgleich mit Frankreich, sondern sah in dem westlichen Nachbarn „den ewige[n] Ruhestörer des Kontinents“<sup>586</sup>, den Ursprung alles Unheils, der Deutschland am Boden hielt. Als unerträgliche Last auf das politische Bewußtsein des Reiches drückend, bekämpfte er den Schuldartikel des Versailler Vertrages, wo immer dieser - in seinen Augen - auch nur als moralische Grundlage außenpolitischer Verträge, wie z.B. beim Dawes-Plan, auftauchte. Selbstredend unterzog er all jene, die vermeintlich oder tatsächlich diese „Erfüllungspolitik“ unterstützten oder betrieben, schärfster Kritik. Schmidt scheute

---

<sup>581</sup> Vgl. Korrespondenz der DNVP v. 4.2.1925, Nr. 29, 8. Jg.

<sup>582</sup> Vgl. u.a. NZ v. 18.12. 1924.

<sup>583</sup> Vgl. Korrespondenz der DNVP v. 23.2.1925, Nr. 45, 8. Jg.

<sup>584</sup> Vgl. u.a. Schmidt am 25.7. 1924 zum Schluß der zweiten und dritten Beratung der Änderung des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden, in: Verhandlungen des Reichstages, II. Wahlperiode 1924, Stenographische Berichte, Bd. 381, S. 631 (i.f. zit als: VdRT, WP, Bd., S.).

<sup>585</sup> Am 26.5. 1925 bezeichnete er die Wehrpflicht als die „wirklich soziale und demokratische Schule unseres ganzen Volkes“, zit. nach: VdRT, III. WP, Bd. 385, S. 2026.

<sup>586</sup> Am 26.5. 1925 stellte Schmidt das Postulat auf: „Nicht Frankreich braucht Sicherheit, sondern wir brauchen Sicherheit vor Frankreich.“ Zit. nach: VdRT, III. WP, Bd. 385, S. 2028.

bisweilen nicht einmal vor der gänzlich unversöhnlichen Titulierung Landesverräter zurück.<sup>587</sup>

Innerfraktionell stand er nicht anfänglich unentschieden und im weiteren Verlauf tastend seine Position suchend da, sondern er stellte sich vermöge seiner beruflichen und besonders seiner „vaterländischen“ Vergangenheit in Hannover unumwunden auf den rechten Flügel. Was ihn jedoch von anderen Kollegen unterschied, war sein unbedingter Wille, sich trotz prinzipieller Ablehnung gefallener politischer Entscheidungen nicht zu separieren. Vielmehr sah er darin eine zwangsläufige und fatale Selbstschwächung der Partei, die zu verhindern war, indem im Gegenteil innerhalb der eigenen Reihen personelle Wechsel wie bei der Neubesetzung des Fraktionsvorstandes in Angriff genommen wurden. Interessant war dabei zu beobachten, daß Schmidt nicht nur recht schnell mit den Exponenten auf dem rechten Flügel wie u.a. Freytagh, Stubbendorf, Goldacker und Wienbeck in Fühlung geriet, sondern gerade mit älteren Kollegen - unabhängig von ihrer außenpolitischen Präferenz bei der Dawes-Abstimmung – wie Tirpitz oder Freytagh nach kurzer Parlamentszeit ein beinahe freundschaftliches Verhältnis aufzubauen vermochte.<sup>588</sup>

---

<sup>587</sup> Vgl. seine Artikel „Zusammenhänge“ und „Worauf kommt es an?“, in: NZ v. 25.7. 1924 und 3.10. 1924.

<sup>588</sup> Freytagh war Jahrgang 1878, Tirpitz Jahrgang 1849. Zu dem Großadmiral hatte er - wie erwähnt - bereits vor dem Einzug in den Reichstag ein gutes Verhältnis. Auch mit einem deutlich älteren Vertreter der vaterländischen Verbände, Admiral Heinrich war Jahrgang 1871, entwickelte er ein freundschaftliches Verhältnis. Beispiele, zu Freytagh: „Die Möglichkeit für Sie, während des Wahlkampfes einmal in meinen Bereich zu kommen, ist wohl bei Ihrer Inanspruchnahme gering. Sollten Sie es aber wieder Erwarten doch ermöglichen können, so würde es mir eine herzliche Freude machen und ich würde Ihnen eine Bombenversammlung ... wo sie wollen, garantieren.“ (N 1211 / 6 Schmidt an Freytagh, 28.10. 1924). Antwort: „Ich bin aufrichtig gerührt durch Ihren wahrhaft freundschaftlichen Brief ...“. (N 1211 / 6 Freytagh an Schmidt, 30.10. 1924). Zu Heinrich: „Ich gehe in meinen Auffassungen konform mit denen unseres Freundes Heinrich, den ich je länger, je mehr schätzen lerne“. (N 1211 / 33 Schmidt an Tüllmann, 25.8. 1924). „Das vergangene Jahr brachte uns beide näher. Darum wünsche ich unserer jungen Freundschaft alles Gute und erfolgreichen Bestand. In diesem Sinne drücke ich Ihnen die Hand und wünsche Ihnen und den Ihrigen alles erdenklich Gute.“ (N 1211 / 8 Heinrich an Schmidt, 31.12. 1924). Im Falle Freytaghs wie auch im Falle des Admirals Heinrich wurde diese politische Freundschaft besonders eindrucksvoll dadurch unterstrichen, daß sich Schmidt vor der Reichstagswahl im Dezember 1924 bei Westarp persönlich dafür einsetzte, daß den beiden aussichtsreiche Listenplätze zugeteilt wurden. Im Falle Heinrichs war dies allerdings nicht möglich. Vgl. Schmidt an Westarp, 29.10.1924 (Freytagh) und 31.10. 1924 (Heinrich), aus: Nachlaß Kuno von Westarp, Gärtringen.

## **5.2. Schmidts Einfluß auf die Reichspräsidentenwahl 1925**

Nachdem Schmidt schon im Wahlkampf um den letzten Reichstag Friedrich Ebert zu einem seiner Hauptangriffspunkte auserkoren hatte, ging er Anfang Januar 1925 wieder in die Offensive. Das im Magdeburger Prozeß in einer Verleumdungsklage stehende Staatsoberhaupt wurde direkt aufgefordert, sein Amt niederzulegen, bis die noch nicht vollzogene rechtskräftige Bestätigung des Urteils vorläge. In logischer deutschnationaler Schlußfolgerung und unmißverständlich zugleich fügte er an, daß er „im Hinblick auf die in diesem Jahre zu fordernde Reichspräsidentenwahl ... eine Neuaufstellung Eberts für untragbar“ halte.<sup>589</sup>

Allein, die Dinge nahmen einen unerwarteten Verlauf. Der Tod des Reichspräsidenten Ebert am 28. Februar 1925<sup>590</sup>, den die Deutschnationalen mit ehrlichem christlichen Beileid für den Menschen und gleichzeitig ohne Einhalt mit schärfster politischer Kritik an der Person begleiteten<sup>591</sup>, ließ das öffentliche Interesse, das durch das absehbare Ende seiner Amtszeit bereits gewachsen war, an den aufzustellenden Kandidaten enorm wachsen. Einen Monat nach Schmidts Rücktrittsforderung an Ebert hatten sich - noch zu dessen Lebzeiten - am 12. Februar im Reichsbürgerrat unter der Schirmherrschaft des zeitweiligen Chefs der ehemaligen kaiserlichen Reichskanzlei, Loebell, Vertreter rechtsstehender Parteien lose zusammengefunden.<sup>592</sup>

In dem daraus hervorgehenden, am 3. März konstituierten Loebell-Ausschuß versammelten sich die DNVP, die DVP, die Bayerische Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die vaterländischen Verbände. Nach intensiven Debatten einigte sich die nach außen als Reichsblock firmierende Gruppe am 12. März auf den ehemaligen Innenminister und seinerzeitigen Oberbürgermeister von Duisburg, Jarres.<sup>593</sup>

Die operativen Wahlkampfaktivitäten wie „Pressebeeinflussung“<sup>594</sup>, Organisation und Umsetzung von Redeauftritten mußten koordiniert werden. Schmidt war deshalb in den ersten Märztagen auf besonderen Wunsch Westarps als „Generalstabschef für

---

<sup>589</sup> Die hier zitierten Ausführungen entstammen einer EntschlieÙung (NZ v. 14.1. 1925) von Schmidts Landesverband, deren Formulierung am 10.1. sein positives Votum erfahren haben muß, insofern ihm direkt zurechenbar sind.

<sup>590</sup> Anfang Februar war nach Schmidts Erkenntnis noch keine „Klarheit über die Persönlichkeit, die als Reichspräsident zu präsentieren wäre, ...“ Er hatte jedoch davon gehört, daß „in letzter Zeit die Namen Hindenburg, Tirpitz, Seeckt auch Wallraf“ genannt worden seien. Wie das weitere Procedere sein sollte, war ihm in Umrissen klar: „Wie ich höre, hat sich Herr von Gayl zur Aufgabe gemacht, in einem Ausschuß maßgebender Vertreter der vaterländischen Verbände in nächster Zeit der Frage klärend näher zu treten und anschließend sie entsprechend propagandistisch zu betreiben“. N 1211 / 72 Schmidt an Lamotte, 7.2. 1925.

<sup>591</sup> Vgl. den Fraktionsbeschluß der DNVP im Reichstag, abgedruckt in: NZ v. 4.3. 1925 u. den Leitartikel des Hauptschriftleiters Dreßler, NZ v. 1.3. 1925. Vgl. zu Ebert-DNVP: Dörr, DNVP, S. 110-115.

<sup>592</sup> Vgl. Dörr, DNVP, S. 115.

<sup>593</sup> Vgl. ebd., S. 120.

<sup>594</sup> Ada Gräfin Westarp an Schmidt, 14.3.1925, Nachlaß Kuno von Westarp, Gärtringen.

Jarres<sup>595</sup> auserkoren worden. Damit kam nicht nur das gute Verhältnis zwischen den beiden, das sich im letzten halben Jahr ausgebildet hatte, zum Tragen.<sup>596</sup> Überdies mußte Westarp einige Erwartungen in die hierfür notwendigen Fähigkeiten des jüngeren Abgeordneten gesetzt haben. Schmidt, der anscheinend zu dieser Zeit besonders stark in seinem Wahlkreis beansprucht war, wurde deshalb gebeten, sich für die Zeit des Wahlkampfes „zur Verfügung zu stellen“<sup>597</sup>. Gleichviel, da Schmidt „nur für einen Teil der Zeit“<sup>598</sup> abkömmlich war, hatte sich binnen kurzer Zeit Treviranus, ein um zwei Jahre jüngerer Kollege aus der Fraktion und ebenfalls ehemaliger Offizier, der Schmidt zunächst „in den ersten Tagen nur vertreten .. sollte“, in diese Position „rein gedrängt“ und schließlich „Schmidt ganz verdrängt“<sup>599</sup>. Vor allem aber Schmidts zeitliche Begrenztheit bewirkte, daß Treviranus „diese ehrenvolle Funktion ... übertragen“<sup>600</sup> wurde, so daß dieser ab dem 16. März an der Seite Jarres' wirkte.

In dem von der politischen Gegenseite scherzhaft als vorneuzeitliches Kurfürstenkollegium bezeichneten Loebell-Ausschuß nahm die Anspannung unweigerlich zu, als der erste Wahlgang am 29. März für keinen der angetretenen Kandidaten die erforderliche Mehrheit erbracht hatte.<sup>601</sup> Deutlich war zugleich geworden, daß Jarres in einem zweiten Wahlgang gegen einen gemeinsamen Kandidaten der „Weimarer Koalition“ chancenlos war. Jarres hatte zwar mit Abstand das beste Ergebnis (38,8 %) vor Braun von der SPD (29 %), vor Marx vom Zentrum (14,5 %) und Hellpach von der DDP (5,8 %) erzielt, zusammengenommen vereinigten diese jedoch 49,3 % auf sich. Der Reichsblock mit Loebell und von Gayl an der Spitze mußte damit unweigerlich einen Kandidaten „mit höheren Aussichten“<sup>602</sup> präsentieren. Bevor im folgenden die Kür Hindenburgs im Loebell-Ausschuß und die hernach folgende Überzeugungsarbeit desselben dargestellt wird, soll hier gezeigt werden, welche spezifischen Gegebenheiten einer Kontaktaufnahme Schmidts mit Hindenburg

---

<sup>595</sup> Dr. Weiß (Hauptgeschäftsführer der DNVP) an Schmidt, 16.3.1925, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gärtringen.

<sup>596</sup> Die engste Mitarbeiterin Westarps, seine Tochter Ada, drückte es präzise aus: „Treviranus ist auch bei Vater ... nicht sehr beliebt, hat sich rein gedrängt, Vater wollte Schmidt-Hannover“. Ada Gräfin Westarp an Freifrau Hiller von Gaertringen, 28.3.1925, Privatkorrespondenz, Familienarchiv Freiherren Hiller von Gaertringen, Gärtringen.

<sup>597</sup> Ada Gräfin Westarp an Schmidt, 14.3.1925, Nachlaß Kuno von Westarp, Gärtringen.

<sup>598</sup> Dr. Weiß an Schmidt, 16.3.1925, Nachlaß Kuno von Westarp, Gärtringen.

<sup>599</sup> Alle drei Zitate aus: Ada Gräfin Westarp an Freifrau Hiller von Gaertringen, 28.3.1925, aus: Privatkorrespondenz, Familienarchiv Freiherren Hiller von Gaertringen, Gärtringen.

<sup>600</sup> Dr. Weiß an Schmidt, 16.3.1925, aus: Nachlaß Kuno von Westarp, Gärtringen; vgl. auch Treviranus, G., Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf 1968, S. 293 (i.f. zit. als Treviranus, Ende). Treviranus erwähnt an dieser Stelle nur, daß er an der Seite Jarres' mitgewirkt hat, ohne auf das wahrscheinliche „Gerangel“ mit Schmidt einzugehen.

<sup>601</sup> Vgl. zu den Kandidaten, die im Loebell-Ausschuß kontrovers diskutiert wurden, bevor die Wahl auf Hindenburg fiel, den äußerst detailreichen Aufsatz von Cary, N., The Making of the Reich President, 1925: German conservatism and the nomination of Paul von Hindenburg, in: CEH 23 (1990), S.185-195.

<sup>602</sup> Huber, Verfassungsgeschichte 7, S. 546.



in Hannover vorausgingen. Dadurch wird besser zu erkennen sein, weshalb Schmidt ganz erheblichen Einfluß auf die Ereignisse im April 1925 nehmen konnte.

Hindenburg, der wie Schleicher, Manstein und Hammerstein-Equord aus dem angesehenen 3. Garde-Regiment zu Fuß hervorgegangen war, war zuerst nach seiner Verabschiedung vom Magdeburger Korps und der gleichzeitigen Außerdienststellung im Jahre 1911 nach Hannover gezogen. Nach Reaktivierung und Kriegseinsatz kehrte er im Juli 1919 aus Kolberg unter Begeisterungstürmen der hannoverschen Bevölkerung wieder zurück. Die Stadt hatte ihm in feiner Lage eine Villa am Rande des großen Naturparks ‚Zoologischer Garten‘ geschenkt.<sup>603</sup> Hindenburg war aufgrund seiner militärischen Leistungen im Weltkrieg, unter denen vor allem die Schlacht um das ostpreußische Tannenberg von 1914 hervortrat, zum sagenhaften Mythos geworden. Hindenburg avancierte damit unwillkürlich zur hochverehrten Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, oder in den Worten des Hannoveraners Wienbeck: Er war „zweifellos der erste und berühmteste unserer Stadt“<sup>604</sup>. Einhergehend damit oblagen ihm repräsentative Pflichten, die er naturgemäß ausschließlich im militärischen Bereich wahrnahm. Hierzu gehörten Veteranentreffen, Fahnenweihen, Vortragsveranstaltungen, und sog. „Deutsche Tage“ der jeweiligen vaterländischen Vereinigungen. Hierzu zählten auch die Veranstaltungen des Bundes der Frontsoldaten, des Stahlhelms, dessen Ehrenvorsitz er seit 1919 innehatte.

Es nahm nun nicht wunder, daß die Wege Schmidts und Hindenburgs sich kreuzten, war dies doch das Milieu, in dem sich der nun 37-jährige ehemalige Generalstabsoffizier politisch bewegte. Die unweit Hindenburgs Haus gelegene Stadthalle diente häufig der Abhaltung großer Festtage, darunter auch die des fünften Jahrestages der Gründung des Stahlhelms am 19. Januar 1924, an dem Schmidt – wie erwähnt – unter den Augen des kaiserlichen Generalfeldmarschalls als Festredner auftrat.<sup>605</sup> Verständlich dabei war, daß Schmidt es als große Ehre empfand, wenn Hindenburg allein durch seine Anwesenheit der jeweiligen Veranstaltung, zumeist waren dies patriotische Feiertage, eine besondere Aura zu geben vermochte: „Ich war stolz, daß er meist in die Stadthallen-Versammlungen kam, in denen ich an vaterländischen Gedenktagen sprach“<sup>606</sup>. Durch diese rednerischen Auftritte gelang es

---

<sup>603</sup> Wienbeck, Lebenserinnerungen, S. 231. Schultze-Pfaelzer (Hindenburg Reichspräsident, S. 14) erwähnt, daß die Zeitgenossen das Villenviertel zumeist als ‚Hindenburg-Viertel‘ bezeichneten.

<sup>604</sup> Wienbeck, Lebenserinnerungen, S. 231.

<sup>605</sup> Vgl. NZ v. 18.1. (Anzeige des Stahlhelm für den 19.1.) und Bericht der NZ v. 22.1. 1924.

<sup>606</sup> Schmidt, Umdenken, S. 190. Schmidts direkt folgende Schilderung einer Situation, in der er sich für Hindenburgs Erscheinen bedankt, kann wegen des verbürgt bodenständig-spröden Charmes Hindenburgs so stattgefunden haben - auch wenn Schmidts Neigung zur Selbstdarstellung berücksichtigt wird (ebd.): „Als ich ihm einmal dafür dankte, klopfte er mir lächelnd auf die Schulter und sagte schlicht: ‚Zu den anderen gehe ich ja auch nicht.‘“ Schmidt

Schmidt, - wahrscheinlich unbewußt - Sympathie bei Hindenburg zu erheischen. Dieses Verhältnis - es sei erwähnt, daß der Feldmarschall außer dem Offiziersstande kaum einer anderen Berufskaste erheblichen Respekt bezeugte - war altersmäßig dadurch gekennzeichnet, daß Hindenburg mehr als doppelt so alt war, mithin wohlwollendes Interesse am Wirken Schmidts vorhanden war. Dieses Interesse blieb aber beschränkt auf soldatische und grundsätzliche politische Übereinstimmung, privater Kontakt entstand zwischen den beiden nicht. Schmidts romantisierende Bemerkungen erwecken deshalb einen – wohl absichtlich – zu weit gehenden Eindruck.<sup>607</sup>

Hinzu kam, daß Hindenburgs von Oberstleutnant von Kugelgen verwaltetes Haus, vielleicht auch wegen des Todes seiner Gemahlin im Mai des Jahres 1921, ein offenes war. Dies erklärte ergänzend, weshalb Schmidt in der Seelhorststraße gelegentlich verkehren konnte: „Wir standen in seinem Garten. Er zeigte mir einen alten Weidenbaum, der einst, als das umliegende Gelände noch unbebaut war, bei Übungen auf dem nahen Exerzierplatz als Marschrichtungspunkt diente. Aus solchem Erinnern heraus sprach er dann - ein seltenes Geschenk für den Besucher - von so manchem schönen und großen Erleben, das ihm von Königgrätz bis Tannenberg, vom Wirken als Kommandierender des Magdeburger Korps bis zu seinen einsamen Wanderungen durch den Frühling der Eilenriede beschert war“<sup>608</sup>.

Schmidt gelang es in den Jahren seit seinem Umzug nach Hannover 1920 in zunehmendem Maße, ein, wenn auch noch nicht sonderlich vertrautes, gleichwohl offenes Ohr des Feldmarschalls zu gewinnen. Nachweislich in zwei Angelegenheiten hat er Hindenburg - wahrscheinlich in dessen Haus - vorgetragen. Zum einen war er in ganz eigenem Interesse für seinen Wahlkreis unterwegs, wenn er für den bereits erwähnten Industriellen Neynaber eine erwünschte Porträtsignierung ins Gespräch einfließen ließ.<sup>609</sup> Zum anderen setzte er sich als Abgeordneter – ganz im vaterländischen Sinne – für die Aussöhnung des seit Ende des Krieges

---

wiederholt dies in seinem Rundfunkvortrag von 1963 (4211 Aus den Erlebnissen von Herrn Schmidt / hannover. Geplanter Rundfunkvortrag 1963, Kap. Hindenburgwahl 1925, S. 6).

<sup>607</sup> Dies teilte der Enkel Hubertus von Hindenburg dem Verfasser in einem ausführlichen Telefongespräch am 7.6. 2002 mit.

<sup>608</sup> Schmidt, Umdenken, S. 190. In späteren, vier Jahre nach dem Erscheinen des Umdenken-Buches von Schmidt verfaßten Aufzeichnungen für einen Rundfunkvortrag rückt er sich noch etwas stärker an Hindenburg heran, wenn er dem zitierten Text mit gewisser Selbstverständlichkeit voranstellt: „Ich verkehrte im Hause Hindenburg, ich begleitete Hindenburg öfters auch auf seinen einsamen Spaziergängen durch die Eilenriede. Er war dann aufgeschlossen und freundlich. ...“. 4211 Schmidt / hannover, Aus den Erlebnissen von Herrn Schmidt / hannover. Geplanter Rundfunkvortrag 1963, Kap. Hindenburgwahl 1925, S. 5.

Zum Alter: Hindenburg war am 2.10. 1847 in Posen geboren worden.

<sup>609</sup> N 1211 / 72 Schmidt an Kugelgen, 6.7. 1924. Zur Erläuterung seiner Bitte um Signierung fährt er in diesem Schreiben fort: „Ich selbst habe dem Herrn Feldmarschall vor längerer Zeit bei einer Gelegenheit einer Unterredung ... eingehend von der Tätigkeit des Herrn Neynaber Meldung gemacht.“

spannungsgeladenen Verhältnisses zwischen den ehemaligen Oberbefehlshabern der 3. OHL ein. Tirpitz, der sich in diese durchaus heikle Verwicklung eingemischt hatte, wurde von Schmidt darüber informiert, „daß ich Euer Exzellenz' Anregungen in der Ludendorff-Angelegenheit dem Herrn Generalfeldmarschall vorgetragen habe“<sup>610</sup>.

Das letzte Glied in der Kette war die Organisierung der hinreichenden finanziellen Ausstattung Hindenburgs für seine bereits angedeuteten repräsentativen Pflichten. In deutschnationalen Kreisen wurde es weithin als sehr schmerzlich für den Feldmarschall betrachtet, „daß er sich in der Erfüllung seiner vaterländischen Aufgaben gewisse Beschränkung auferlegen muß“<sup>611</sup>. Die von vielen Seiten unabhängig unternommenen Versuche, um Hindenburg die „Teilnahme an öffentlichen vaterländischen Veranstaltungen ohne finanziellen Sorgen“ zu ermöglichen, führte der Landesverbandsvorsitzende von Schmidts Wahlkreis, Heinrichs, zu dem Erfolg, „daß dem Feldmarschall ein monatlicher Zuschuß von 2000 Mark auf ein Jahr zugesichert werden konnte“<sup>612</sup>. Schmidt kam die Aufgabe zu, „im Auftrage von Exzellenz Hergt“<sup>613</sup> die verschiedenen Unterstützungsvorhaben zur Vermeidung von Überschneidungen zu koordinieren und über die Ergebnisse an die Reichstagsfraktion und den Parteivorstand zu berichten.<sup>614</sup> Schmidt stand bei der Erfüllung dieses Parteauftrages nicht in direktem Kontakt mit Hindenburg. Gleichwohl wird er möglicherweise mit von Kugelgen zwecks Absprache der durch Heinrichs eingeleiteten Aktion und ihrer geldmäßigen Transferierung in Kontakt getreten sein. Warum die Wahl des Parteivorstandes auf ihn fiel, kann nur vermutet werden. Vielleicht war sein verhältnismäßig gutes Verhältnis zu Hindenburg schon so weit gediehen, daß dies deshalb geschah. Auf jeden Fall dürfte es ihm zum Vorteil gereicht haben, daß er selbst in Hannover wohnte und dort seinen Wahlkreis innehatte. Fest steht, daß Schmidt an der Organisation der Ermöglichung des öffentlichen Auftritts des zukünftigen Reichspräsidenten an vorderster Stelle verantwortlich mitgewirkt hat.

Insgesamt läßt sich für das Verhältnis Schmidts zu Hindenburg im Vorfeld der Reichspräsidentenwahl 1925 folgendes konstatieren: Gleichviel ob Schmidts Annäherung politisch zielgerichtet geschehen war oder ob sich dies unbewußt im Laufe der Zeit von selbst ereignet hatte, war er im Frühjahr dieses Jahres keine unbekannte politische Größe im hannoverschen Raum. Genauer: Es war ihm vermöge seiner militärischen Vergangenheit, seiner aktiven vaterländischen Arbeit und seiner politischen Grundorientierung gelungen, ein erstes Vertrauensverhältnis mit

---

<sup>610</sup> N 253 / 263 Schmidt an Tirpitz, 20.12. 1924.

<sup>611</sup> N 1211 / 33 Heinrichs an Schmidt, 19.8. 1924.

<sup>612</sup> Ebd.

<sup>613</sup> N 1211 / 33 Schmidt an Rittmeister von Winterfeldt (Dargibell), 27.8. 1924.

<sup>614</sup> Vgl. N 1211 / 33 Schmidt an die deutschnationale Reichstagsfraktion, 26.8. 1924, N 1211 / 33 Schmidt an Major a.D. von Harbou, 25.8. 1924.

Hindenburg aufzubauen. Diese spezifische persönliche Beziehung manifestierte sich in gelegentlichen Besuchen und in zuweilen erstatteten Rapports. Gerade die Übermittlung der Tirpitzschen Vorschläge in der sensiblen Angelegenheit Ludendorff belegt eindrücklich, daß Schmidt zumindest phasenweise in bestimmte, sehr diffizile Unternehmungen eingeweiht und eingebunden wurde. Dies war die eminent wichtige, persönlich-politische Grundlage für seinen bevorstehenden Einsatz im April 1925.

Frühe, im Sinne des gemeinsamen Anliegens unausgesprochene Widersprüchlichkeiten im Verhältnis zu Hindenburg ergaben sich jedoch objektiv aus Schmidts freundschaftlicher Verbindung mit seinem ehemaligen Regimentskommandeur und Vorgesetzten im Kriege, General Otto von Below. Dieser hatte, wie erwähnt, im Juni 1919 eine scharfe Auseinandersetzung mit Hindenburg über eine Erhebung gegen Polen gehabt, die umgehend zur Entlassung Belows geführt hatte. Nun saß Below, zeitweise unter alliierter Anklage wegen Kriegsverbrechen, verbittert im erweiterten Präsidium der VvVD, um von dort aus Einfluß zu nehmen.<sup>615</sup> Schmidt wird diese Angelegenheit nicht erwähnt haben. Immer auch als inoffizieller Fürsprecher der vaterländischen Verbände agierend, trennte er diese emotionale Verstimmung der beiden Weltkriegsgeneräle pragmatisch von dem notwendigen Fortkommen seiner politischen Vorstellungen ab.<sup>616</sup>

Ergänzend zu den spezifischen Gegebenheiten in Hannover soll kurz angedeutet werden, welchen Stellenwert Ludendorff in Schmidts Überlegungen besaß, bevor Hindenburgs Nominierung erreicht wurde. Schmidts Bild wurde vornehmlich von der Rolle Ludendorffs im Münchner Putsch von 1923 bestimmt. Wie bereits erwähnt, mißfiel es Schmidt grundlegend, daß die vaterländischen Verbände außerhalb Bayerns von dem General nicht über die Vorgänge im Süden informiert worden waren: „Diese Unterlassung schadete besonders dem Nimbus Ludendorffs und wirkte sich 1925 bei seiner Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl aus“<sup>617</sup>. Ließ sich hieraus schon die Position Schmidts vor dem ersten Wahlgang ableiten, wurde sie untermauert durch ein Argument Wienbecks und des Stahlhelmführers Duesterberg. Wienbeck begriff den Einzug Ludendorffs in den Reichstag 1924 für die Nationalsozialisten als das entscheidende Negativum, in den Worten des Abgeordneten für Hannover-Süd: „Am

---

<sup>615</sup> Vgl. Finker, VvVD, S. 316.

<sup>616</sup> Der Sachverhalt läßt sich reichlich verkürzt folgendermaßen darstellen: Der General der Infanterie Otto von Below führte nach dem Waffenstillstand von Compiègne das XVII. Armeekorps in Danzig. Seine Unzufriedenheit über die im Juni 1919 hinlänglich bekannten Bedingungen des Versailler Vertrages verleitete ihn, einen Volkskrieg gegen Polen beginnen zu wollen. Die Erhebung sollte von Ostpreußen aus geschehen und Hindenburg, widrigenfalls Below selbst, diese anführen. Hindenburg verwahrte sich gegen eigenmächtiges Vorgehen und entließ Below kuzerhand am 25. Juni - drei Tage vor der Unterzeichnung des Vertrages durch das Deutsche Reich im südlich von Paris gelegenen Versailles. Vgl. Carsten, F.L., Reichswehr und Politik 1918 - 1933, Köln 3. Aufl. 1966, S. 49 f. Vgl. zur Schilderung des Below'schen Handels 1919 aus der Perspektive Schmidts: Umdenken, S. 96 f., 149 f.

meisten schmerzte es mich ..., Ludendorff im Reichstag zu sehen. Wenn einer dahin nicht gehörte, dann war er es. Darin war Hindenburg doch größer ... Hätte er es nicht getan, ... , wäre er ruhig im bayerischen Gebirge herumgestiegen ..., dann wäre er und nicht Hindenburg der Nachfolger Eberts ... gewesen“<sup>618</sup>. Es ist nicht auszuschließen, daß Schmidt den Reichstageinzug des Generals ebenso für verfehlt hielt und sich dem Urteil Wienbecks und Duesterbergs anschloß. Zuletzt war auch das Meinungsbild Admiral Heinrichs, welcher die vaterländischen Verbände des Nordens zu organisieren suchte, und dadurch mit dem Hauptmann a.D. engstens verbunden war, gegenüber Ludendorff nicht besonders wohlgesinnt. Vielmehr war er nicht willens, „irgendeine Sympathiekundgebung oder Zustimmung für den Peliden Ludendorff“<sup>619</sup>, die er zunächst vom monarchistisch ausgerichteten Nationalverband Deutscher Offiziere erwartete, mitzumachen - was im übrigen nicht geschah, zu weit hatte sich der ehemalige Generalquartiermeister schon von den alten Banden entfernt<sup>620</sup>. Das Münchner Putsch-Verhalten Ludendorffs und seine Wahl in den Reichstag 1924 für die NSFB einerseits und die entstandene Nähe Schmidts zu dem politisch ungebundenen Hindenburg legen die Vermutung gleichwohl nahe, daß Schmidt seit dem November 1923 nicht mehr ernsthaft Ludendorff an der Staatsspitze für denkbar hielt.

Nun aber zurück zum Fortgang der Dinge. Nach dem unentschiedenen Ausgang des ersten Wahlgangs am 29. März einigten sich das katholische Zentrum, die SPD und die DDP am 3. April auf den vormaligen Reichskanzler Marx als gemeinsamen Kandidaten. Im dem jetzt alarmierten Loebell-Ausschuß selbst war keineswegs eine schnelle Einigung auf einen Erfolg versprechenden Kandidaten zu erwarten, obwohl eine Sammelkandidatur des gesamten Reichsblocks bereits vereinbart werden konnte. Nunmehr kursierte der Name Hindenburg spätestens seit dem Ergebnis des ersten Wahlgangs in den Überlegungen der einzelnen Parteien, war er doch bereits 1919 als Möglichkeit gehandelt worden.<sup>621</sup> Noch während die Antagonisten Winckler von den

---

<sup>617</sup> Schmidt, Umdenken, S. 178.

<sup>618</sup> Wienbeck, Lebenserinnerungen, S. 256 f. Duesterberg (N 1377 / 46, Kap. 17, S. 77) hatte ihn schon 1922, als Ludendorff im Begriff war, sich für den nächsten Reichstag aufstellen zu lassen, glücklos bestürmt, von diesem Ansinnen Abstand zu nehmen, weil er „der gesamten Nation gehöre“ und „der gegebene Nachfolger Eberts“ sei.

<sup>619</sup> N 1211 / 8 Heinrich an Schmidt, 13.11. 1924.

<sup>620</sup> Vgl. den Brief des Vorsitzenden, Admirals Schröders, an Ludendorff v. 12.12. 1924, in dem Schröder - das Vergebliche ahnend - den Arm zum letzten Mal reicht: „Wir appellieren an Ihr Verantwortungsgefühl und Ihre bewährte Vaterlandsliebe und richten an Sie vielleicht die letzte und inständige Bitte, machen Sie sich frei von Elementen, die Ihnen aus Selbstsucht und Eitelkeit mit falschen Ratschlägen zur Hand gehen. Finden Sie sich wieder zusammen mit denen, die ‚furchtlos und treu‘ entschlossen sind, mit Ihnen gemeinsam den Kampf mit Gott für König und Vaterland, für Kaiser und Reich zu führen“. Der Brief ist abgedruckt, in: GStA PK HA I Rep. 77 Titel 4043 Nr. 397 Nationalverband Deutscher Offiziere (1922-1933). Nationalverband Deutscher Offiziere (Hg.), General Ludendorff und wir! (Vertraulich! Nur für Offiziere!), Berlin 1926, S. 45. Eine Mitteilung, die die Befürchtung Heinrichs gestützt hätte, findet sich erwartungsgemäß auch nicht in der NZ zwischen dem 14. und dem 20.11. 1924.

<sup>621</sup> Vgl. Schultze-Pfaelzer, Hindenburg Reichspräsident, S. 57.

Deutschnationalen und Stresemann von der Deutschen Volkspartei um die außenpolitische Opportunität des Feldmarschalls rangen, war der deutschnationale hannoversche Landtagsabgeordnete von Ditfurth<sup>622</sup>, gleich Duesterberg 1919 ausgeschiedener Oberstleutnant i.G., am 1. April von seinem Parteivorsitzenden Winckler „privatim“<sup>623</sup> zu einer ersten Sondierung zu Hindenburg geschickt worden.<sup>624</sup> Oberstleutnant a.D. von Ditfurth, der Schmidt von den vaterländischen Verbänden her schon seit geraumer Zeit vertraut war, erhielt am Tag nach seinem Besuch einen Brief. In diesem wiederholte der Feldmarschall zwar seine grundsätzliche Bereitschaft aus dem Gespräch, wies jedoch ausdrücklich darauf hin, „daß nicht die Aufstellung durch die eine oder die andere Partei, sondern der Ruf aller national gesinnten Deutschen eine Voraussetzung für meine Kandidatur bilden müßte, hat doch Jarres trotz des Reichsblocks keinen Erfolg gehabt“<sup>625</sup>.

In diesem Sinne äußerte sich Hindenburg am 3. April auch gegenüber dem letzten Generaladjutanten Kaiser Wilhelms II., Generalleutnant von Cramon, woraufhin dies im politischen Berlin zuerst als Absage gewertet wurde.<sup>626</sup> Trotz der offensichtlichen Unrichtigkeit herrschte eine gewisse Verunsicherung im deutschnationalen Lager vor. Diese veranlaßte Winckler dazu, am 4. April nochmals Ditfurth - diesmal gemeinsam mit dem Reichstagsabgeordneten und stellvertretenden Parteivorsitzenden Schlange - nach Hannover zu schicken, um dem Feldmarschall die unverminderte Dringlichkeit seiner Kandidatur geschickt näherzubringen.<sup>627</sup> Hindenburg gab hier erneut seine

---

<sup>622</sup> Es handelt sich hier um Wilhelm von Ditfurth (-Lemmie), nicht um Wilhelm-Dietrich von Ditfurth (1886-?). Wilhelm gehörte das Rittergut Lemmie bei Wutzen im hannoverschen Raum. Er war in der II. Wahlperiode Mitglied des preußischen Landtags für die DNVP im Wahlkreis 16, Süd-Hannover. Vgl. Eintrag Wilhelm von Ditfurth, in: Handbuch für den preußischen Landtag, hg. vom Büro des Preußischen Landtags. Ausgabe für die II. Wahlperiode [von 1925], Berlin 20.2.1925, S. 249 f.

<sup>623</sup> v.d. Schulenburg, D., Welt um Hindenburg. Hundert Gespräche mit Berufenen, Berlin 1935, S. 60 (i.f. zit. als: Schulenburg, Hindenburg). Diese erste Entsendung fand aller Wahrscheinlichkeit zwischen Montag dem 30.3. und Freitag dem 3.4. statt.

Zu diesem Buch: Das zehn Jahre nach der ersten Wahl Hindenburgs erschienene Buch verbürgt durch seine relativ zeitnahe Edition eine gewisse Authentizität, die nicht nur durch die teilweise noch mögliche Befragung der Handelnden, sondern besonders durch die noch nicht vorhandenen Rechtfertigungszwänge nach dem Zweiten Weltkrieg untermauert wird.

<sup>624</sup> Görlitz (Hindenburg, S. 249 f.) datiert den ersten Konvent Ditfurths mit Hindenburg auf den 4.4. und denjenigen mit Ditfurth und Schlange auf den 1.4. und dreht somit die Reihenfolge im Vergleich mit Schulenburg um. Der Vorteil der Darstellung Görlitzens von 1953 liegt zweifellos darin, daß er die jeweiligen Zusammenkünfte genau datiert, während Schulenburg nur unscharfe Angaben macht, aufgrund derer nur relativ wahrscheinliche Vermutungen anzustellen sind. Dies liegt daran, daß sich der Verfasser des Eindrucks bei Schulenburg nicht erwehren konnte, daß dieser für Eingeweihte schrieb. Entscheidend blieb für den Verfasser allerdings die zeitliche Nähe zum und die eigene Beteiligung am Gegenstand, die der detailreichen Darstellung Schulenburg ansonsten den Vorrang gab.

<sup>625</sup> Der kurze Brief ist abgedruckt, in: Schulenburg, Hindenburg, S. 61.

<sup>626</sup> Vgl. Görlitz, Hindenburg, S. 250; Schultze-Pfaelzer, Hindenburg Reichspräsident, S. 61. Vgl. zu Cramon: Schwarzmüller, Mackensen, S. 224.

<sup>627</sup> Vgl. Görlitz, Hindenburg, S. 250; Schlange, Am Tage danach, S. 30; Schulenburg, Hindenburg, S. 61 f.

Bedenken wieder, die Ditfurth bereits bekannt waren. Die beiden Abgeordneten konnten die Argumente anscheinend entkräften, denn es gelang ihnen, Hindenburgs - erneut inoffizielle - vage Zusage zu erhalten, die er in die Worte faßte: „Wenn Sie meinen, daß meine Wahl im Interesse des Vaterlandes notwendig ist, will ich es in Gottes Namen tun“<sup>628</sup>. Die Reaktion im Loebell-Ausschuß war sehr positiv, die Stimmen für Hindenburg gewannen in zunehmendem Maße die Oberhand - vorerst gelang allerdings eine Einigung nicht, so entschlossen sich Winckler auch mühte.<sup>629</sup>

Um eine günstigere Lageeinschätzung der Berliner Verhältnisse zu gewinnen, bat Hindenburg am 5. April den „ihm persönlich und durch alte Familienbeziehungen nahestehenden“ Grafen Wedel, sich ihm zur Verfügung zu stellen.<sup>630</sup>

In der Reichshauptstadt zeigte sich in den ersten Apriltagen, daß Schmidts Nachsehen in der Stabsarbeit für Jarres nun ihr Gutes hatte. Während Treviranus nach dem ersten Wahlgang seine Funktion wieder aufgab<sup>631</sup>, kamen für Schmidt nun seine Verbindungen zu Hindenburg aus den letzten Jahren in Hannover zum Tragen. Schmidt wurde deshalb am 2. April von Westarp beauftragt, wegen der Kandidaturfrage an Hindenburg heranzutreten.<sup>632</sup> Am 5. April empfing Hindenburg den ihm gut bekannten Hauptmann Schmidt.<sup>633</sup> Er soll es – nach übereinstimmender

---

<sup>628</sup> Schlange-Schöningen, H., Am Tage danach, Hamburg 1946, S. 30. Bestätigt wird zumindest der letzte Halbsatz dieses Ausspruchs durch: Schulenburg, Hindenburg, S. 62. Bezeichnend für die gegenseitige Hochachtung der beiden Abgeordneten Schlange und Schmidt, die gewiß schon durch die Parteispaltungen 1929 / 30 geprägt wurde und nach dem Krieg durch die grundsätzliche Verschiedenheit der weiteren Entwicklung der Lebensläufe verstärkt wurde, ganz besonders aber durch die Abfassung ihrer Erinnerungen grundiert wurde, ist es, daß sie sich in den erwähnten Memoiren erst gar nicht erwähnen, speziell bei der Reichspräsidentenwahl 1925.

<sup>629</sup> Den festen Willen des Parteivorsitzenden, Hindenburg zum Kandidaten zu küren, bestätigen Schlange (Am Tage danach, S. 30) und Schulenburg (Hindenburg, S. 62). Als Hindernis nennt Schulenburg (ebd.) ergänzend - leider sehr blaß - verstärkte Versuche, den Feldmarschall von seiner Kandidatur abzubringen. Es ist anzunehmen, daß er damit Emissäre der DVP meint, die die außenpolitischen Bedenken Stresemanns formulierten.

<sup>630</sup> Schulenburg, Hindenburg, S. 63. Bei der Verabschiedung warf ihm Hindenburg ein entnervt-freundschaftliches Wort hinterher, das Schulenburg wiedergibt (Hindenburg, S. 63): „Hol' Euch alle der Teufel!“ Er entgegnete schlagfertig: „Das kann er ruhig tun; um uns ist es nicht schade, wenn wir nur Herrn Generalfeldmarschall als Reichspräsidenten bekommen!“ Schmidt (Umdenken, S. 192) bestätigt diese Szene.

<sup>631</sup> Dies ergibt sich im Umkehrschluß aus Treviranus' Aussage, er habe „1925 im ersten Wahlgang neben Dr. Jarres als Vertreter der DNVP ... mitgewirkt“. Von einer weiteren Verwendung für Hindenburg berichtet er nichts. Treviranus, Ende, S. 293.

<sup>632</sup> Vgl. Schmidt, Umdenken, S.188. Die NZ v. 4.4. 1925 berichtet in einem kurzen Bericht von der Fraktionssitzung am 2.4. Vgl. Dörr, DNVP, S. 124.

<sup>633</sup> Für die Annahme, daß Schmidt am 5. April in das Haus Hindenburgs geladen wurde, sprechen drei Indizien: Erstens erwähnt Schmidt (Umdenken, S. 190) unter dem Datum des 6. April, daß er „wieder zu einer langen Besprechung zum Feldmarschall“ gekommen sei und zweitens, daß die Niederdeutsche Zeitung am 8. April einen Bericht vom 7. April abdruckt, in dem ausgeführt wird: „Die Ansichten der Freunde und Verfechter der Kandidatur Hindenburgs sind, ..., in den letzten Tagen dem Feldmarschall gegenüber durch den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Hauptmann Schmidt-Hannover vertreten worden.“ Mit „letzten Tagen“ ist neben dem 6. April höchstwahrscheinlich der 5. gemeint, da er nicht mit Ditfurth und Schlange zu dritt Hindenburg aufgesucht haben dürfte - zumal Schmidt zu einem früheren

Aussage – „an diesem und am folgenden Tag“<sup>634</sup> vermocht haben, dem Feldmarschall auf überzeugende und gleichzeitig einfühlsame Art und Weise die hohe nationale Verantwortung der Annahme des Amtes nähergebracht zu haben.<sup>635</sup> Schmidt, so wird zu vermuten sein, wird seine parteipolitische Funktion nicht in den Vordergrund gestellt haben. Im Gegenteil, er wird als Verbindungsmann zu „weiten Kreisen der vaterländischen Bewegung des Nordwestens“<sup>636</sup> antichambriert haben.

Für den morgendlichen Empfang<sup>637</sup> am 6. April vermerkte Schmidt in seinen damaligen Aufzeichnungen einige Auszüge der Unterredung, die das bereits bekannte politische Repertoire zusammenfassen und gleichzeitig deutlich darlegen, worin sein Impetus lag, den Generalfeldmarschall an der Spitze des Deutschen Reiches agieren zu sehen. Er trug Hindenburg etwa folgende Gedanken vor: „Ihre Wahl muß einen neuen Willen, einen neuen Regierungsstil, neue würdigere Verfahrensmethoden und die Rückkehr zu verantwortungsbewußtem Hausväterdenken herbeiführen. Sie dient so zugleich der preußischen Staatsidee, auf der so bössartig herumgepöbelt wird“<sup>638</sup>.

Erwartungsgemäß ging er hernach in seiner dem Zeitgeist entsprechenden Ausdrucksweise auf den Versailler Vertrag und die Revolution von 1918 ein, um dann die eigene, erhoffte staatsrechtliche Vorstellung vom zukünftigen Reichspräsidenten zu entwickeln: „Eine konservativ geführte und verfassungsmäßig - etwa nach amerikanischem Muster - verstärkte Präsidialgewalt wird die immer noch gärende Revolution und ihre sinnlose Gesetzesmacherei in ruhige Evolution umleiten.“<sup>639</sup> Das unlängst propagierte nationale Direktorium nahm damit in praktischer Form Gestalt an. Der Reichspräsident sollte als - selbstverständlich konservatives - Staatsoberhaupt

---

Zeitpunkt nicht genannt wird, noch sich selbst nennt. Letztes Indiz: Am Dienstag, den 7.4. 1925, nennt die NZ zwar Schmidts Namen nicht für den 5.4., schließt aber aus, daß der „deutschnationale Abgeordnete Schlange-Schöningen am Sonntag .. bei Hindenburg gewesen“ ist.

<sup>634</sup> Schulenburg, Hindenburg, S. 63. Diese Aussage spricht deutlich dafür, daß es zwei Gespräche gewesen sein müssen, die Schmidt geführt hat und daß diese an aufeinander folgenden Tagen stattgefunden haben müssen. In Verbindung mit den o.g Ausführungen zum expliziten Datum spricht dies für Gespräche Schmidts mit Hindenburg am 5. und 6. April. Die Telegraphen-Union, eine Presseagentur, bestätigt zuletzt, daß am „Sonntag als auch Montag“, d.h. am 5. und 6. April, „mehrfach Besprechungen“ im Hause Hindenburgs stattgefunden haben. Die Meldung vom 6. abends ist abgedruckt in: NZ v. 8.4. 1925.

<sup>635</sup> Dörr (DNVP, S. 124 Anm. 62) spricht davon, daß Schmidt eine besonders „geschickte Verhandlungsweise“ an den Tag gelegt habe. Dies bezeugt auch Görlitz (Hindenburg, S. 250), wenn er Schmidts Überzeugungsarbeit in ihrer Vortragsweise als „äußerst beredt und eindrucksvoll“ bezeichnet.

<sup>636</sup> Schmidt an Westarp, 31.10.1924, aus: Nachlaß Kuno von Westarp, Gärtringen.

<sup>637</sup> Die zeitliche Betimmung des Empfangs, die für die Rekonstruktion dieses Tages wichtig ist, geht hervor aus: Schulenburg, Hindenburg, S. 63.

<sup>638</sup> Schmidt, Umdenken, S. 190. Die hier und im folgenden gemachten Ausführungen wiederholt Schmidt nahezu wortgleich in seinem nicht gehaltenen Rundfunkvortrag 1963, vgl. 4211 Schmidt / hannover, „Aus den Erlebnissen von Herrn Schmidt / hannover, Geplanter Rundfunkvortrag 1963“, S. 5-8.

<sup>639</sup> Schmidt, Umdenken, S. 191.



entgegen dem Ansinnen der Weimarer Verfassung aktiv in die Tagespolitik eingreifen und dadurch den gewünschten Politikwechsel herbeiführen.<sup>640</sup>

Nicht von ungefähr sollte Schmidt der Entscheidung Hindenburgs drei Tage nach ihrem Bekanntwerden gegenüber dem katholischen Fraktionskollegen aus Westpreußen, Professor Martin Spahn, „ungeheure Bedeutung“ beimessen.<sup>641</sup> Die Vorstellung, wie dieser Wechsel zu arrangieren war, blieb erneut diffus. Dem deutschen Volk fiel dabei jedenfalls keine entscheidende Rolle zu, denn dieses war zwar „anständig und lenkungsfähig. Aber es will geführt werden. Es braucht große traditionsreiche Symbole und selbstlose Führungsschichten“<sup>642</sup>. Schmidt flocht in seine Ausführungen gegenüber Hindenburg einen weiteren wichtigen Gedanken ein. Zeitig und politisch klug hatte er seinen Abgeordnetenkollegen Loibl von der Bayerischen Volkspartei, seines Zeichens Major a.D., über die enorme Relevanz des Votums seiner Partei orientiert.<sup>643</sup> Für den 6. April hatte er diesen nach Hannover gebeten, um Hindenburg vor Augen führen zu lassen, daß das mehrheitlich katholische Bayern in der BVP seine Stimme für ihn abgeben werde<sup>644</sup>, wodurch die Entscheidung der großen Partei des katholischen Milieus des Westens, des Zentrums, für Marx nicht mehr allzu stark ins Gewicht fiel. In diesem Sinne berichtete er an Spahn, daß auch er selbst in seinen Unterredungen bei dem ‚Alten Herrn‘ „von Anfang an auf die entscheidende Bedeutung der Bayerischen Volkspartei hingewiesen und bei der Überreichung der Adresse der Vaterländischen Verbände besonders auf die Unterschriften Spahn, Stadler, Lejeune und den Ring deutscher Katholiken aufmerksam gemacht [habe]“<sup>645</sup>.

---

<sup>640</sup> Interessanterweise geht Schmidt auf dieses sein ursprüngliches Anliegen überhaupt nicht in seinem neun Tage vor der dem zweiten Wahlgang veröffentlichten Leitartikel „Warum Hindenburg?“ (NZ v. 17.4. 1925) ein, der einzig das überparteiliche und einigende Charakteristikum der Person Hindenburg in den Vordergrund stellt. Es ist anzunehmen, daß dies absichtlich nicht geschah, um einer breiten Öffentlichkeit nicht die tieferen Beweggründe und eigentlichen politischen Ziele an die Hand zu geben. Lediglich im Umkehrschluß einer Nebenbemerkung, die „die Ausnutzung des Artikels 48 der Verfassung im Sinne von ‚Schwarz-Rot-Gold‘“ im Falle eines Präsidenten des Volksblocks befürchtet, kann die begründete Vermutung angestellt werden, daß Schmidt gerade in diesem Artikel eine Grundlage seiner Verfassungspläne sah. Im Übrigen entsprach diese Auffassung weiten Kreisen der Rechten, vgl. Granier, G., Der Reichspräsident Paul von Hindenburg, in: GWU 20 (1969), S. 540.

<sup>641</sup> N 1324 / 173 Schmidt an Spahn, 11.4. 1925. Der 13 Jahre ältere, von Gustav Schmoller promovierte und habilitierte Historiker war aufgrund einer Versetzung seines Vaters von Winkel im Rheingau nach Marienburg in Westpreußen geboren worden. Spahns gute gesellschaftliche Position, mitbedingt durch seinen Schwager Franz Bracht und als Leiter des Politischen Kollegs, ließ ihn in kurzer Zeit zu einem der prononciertesten katholischen Vertreter innerhalb der DNVP werden.

<sup>642</sup> Schmidt, Umdenken, S. 191.

<sup>643</sup> Vgl. ebd., Umdenken, S. 189; Kittel, Hilpert, S. 879. Ergänzend: Vgl. Cary, Making, S. 197.

<sup>644</sup> Vgl. Görnitz, Hindenburg, S. 251; Schmidt, Umdenken, S. 189; Schultze-Pfaelzer, Hindenburg Reichspräsident, S. 63.

<sup>645</sup> N 1324 / 173 Schmidt an Spahn, 11.4. 1925. Die auf den ersten Blick erstaunliche Stellungnahme der katholischen Bayerischen Volkspartei für den nordeutsch-preußischen und damit geradezu zwangsläufig protestantischen Hindenburg wird unter der Berücksichtigung des starken Einflusses des Landbundes verständlich. Diese agrarische Organisation dominierte die bayerische DNVP, die in der Regierung mit der BVP saß. Koalitionsrücksichten werden zudem

Seine Gedanken beschließend, kam er mit seinem inneren Antrieb heraus, den Hindenburg im Falle seiner Wahl formulieren sollte: „Hört auf mit dem Tauziehen der Parteien! Sechs Jahre Durcheinander sind genug. Das deutsche Haus, Baujahr 1919, gefällt niemandem“<sup>646</sup>. Schmidt selber nahm den Eindruck aus dem Gespräch mit, daß ihm sein Gegenüber - wenn auch unausgesprochen - zustimmte<sup>647</sup>, konnte aber nicht ahnen, daß es bis zur Annahme der Kandidatur nur noch ein kurzer, gleichwohl äußerst steiniger Weg war.

Sogleich nach Schmidt stattete dem Feldmarschall der diesem wohl vertraute Stadtdirektor a.D. Tramm in Begleitung des volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Spiekernagel einen Besuch ab. Da ihm beide von der Zusage abrieten<sup>648</sup>, beauftragte Hindenburg aufgrund der eingetretenen Konfusion den Grafen Wedel Wedel, sich noch am selben Tag in Berlin orientieren zu lassen.<sup>649</sup> Schmidt war unterdessen nach seinem morgendlichen Gespräch zur Berichterstattung nach Berlin gefahren und trug um „4,30 Uhr nachmittags ... bei Wallraf in dessen Wohnung“ vor.<sup>650</sup> An der Instruktion nahmen weiterhin auch die Abgeordneten Schiele, Schultz-Bromberg, Quatz, Schlange, Keudell und der deutschnationale Hauptgeschäftsführer Weiß teil. Danach erst erfuhr Schmidt, was im Hause Hindenburg nach seinem Weggang geschehen war „...; gegen 6,20 Uhr kam Graf Wedel, der von Wallraf in meinem Beisein empfangen wurde und berichtete, daß Tramm und Spiekernagel versucht hätten, vom Feldmarschall eine definitive Ablehnung schriftlich zu erreichen; ...“<sup>651</sup>.

Welche Konfusion die ungenaue Übermittlung der Informationen aus Hannover im Reichsblock auslöste, führte Schmidt weiter aus: „Während der Besprechung in Wallrafs Wohnung wurde durch Major Bruck aus der Sitzung der vaterländischen Verbände angerufen, ich möchte sofort dorthin kommen und sprechen, es solle ein Beschluß für Jarres gefaßt werden, Gayl und Seldte ebenso wie Goltz suchten dies mit allen Mitteln durchzusetzen. Ich fuhr sofort in diese Sitzung (Dessauerstr. 14) und sprach etwa eine halbe Stunde für die Kandidatur Hindenburgs. Dadurch daß meine

---

eine Rolle gespielt haben. Vgl. Kittel, Hilpert, S. 878 f.; Schönhoven, K., Die Bayerische Volkspartei 1924-1932, Düsseldorf 1972, S. 116-130.

In seinem Artikel in der Niederdeutschen Zeitung vom 17.4. („Warum Hindenburg?“) nahm Schmidt diesen Gedanken nochmals auf und hob den fatalen Einfluß des auf dem linken Flügel stehenden, ehemaligen Reichskanzlers Wirth hervor, gegen den er - wie dargelegt - keine übermäßige Sympathie hegte.

<sup>646</sup> Schmidt, Umdenken, S. 191.

<sup>647</sup> Schulenburg (Hindenburg, S. 63) hat in seinen Gesprächen, die er für dieses Kapitel nicht nur mit Schmidt geführt hat, den Eindruck gewonnen, daß es diesem an beiden Tagen außergewöhnlich gut gelungen war, Vortrag über die Notwendigkeit von Hindenburgs Kandidatur zu halten.

<sup>648</sup> Spiekernagel war Schmidt durch die Tochter Westarps bereits als „Gegenspieler“ im Bemühen um die Annahme der Kandidatur genannt worden. Ada Gräfin Westarp an Schmidt, 14.3.1925, Nachlaß Kuno von Westarp, Gärtringen.

<sup>649</sup> Vgl. Schulenburg, Hindenburg, S. 64.

<sup>650</sup> N 1211 / 37 Aufzeichnung über den 6. April 1925 (ohne Titel).

Nachrichten aus Unterredungen mit dem Feldmarschall vom 5. und 6. stammten, widerlegte ich die aus einem Brief des Feldmarschalls an General von Cramon vom 3.4. fälschlich gefolgerte Ablehnungsabsicht des Feldmarschalls. Ich warnte dringend vor einer Beschlußfassung für Jarres und hatte den Eindruck, auch aus den starken Zustimmungen der Versammlung, daß meine Argumente als beweiskräftig angesehen wurden.“<sup>652</sup> Tatsächlich kam keine Beschlußfassung der Verbände für Jarres zustande.<sup>653</sup> Wedel hatte währenddessen aus anderen Quellen weitere Sichtweisen eingeholt<sup>654</sup> und reiste noch am Abend des 6. April zurück nach Hannover, um Hindenburg Bericht zu erstatten. Nach der Schilderung Wedels entwarf Hindenburg - offensichtlich als Drohung an den ihm sehr nahestehenden, bisher nicht zur Einigung fähigen Reichsblock gedacht<sup>655</sup> - ein für den nächsten Tag bestimmtes Telegramm, das die Erwägung seiner Kandidatur aus Altersgründen ausschloß.<sup>656</sup>

Die Nachricht erreichte Berlin jedoch - entgegen seinem Ansinnen - bereits am späten Abend des 6. April. Schmidt, der gleichfalls abends nach Hannover zurückgefahren war, erhielt die Nachricht am Morgen des 7. April. Die Vehemenz seines Willens widerspiegelnd, Hindenburg als nächsten Reichspräsidenten zu sehen, schickte er eigenmächtig eine Nachricht an verschiedene Berliner Pressestellen, in der er verbreiten ließ, daß eine definitiv negative Entscheidung noch nicht gefallen sei, vielmehr eine gute Grundstimmung in der Seelhorststraße vorwalte.<sup>657</sup> Das Lager der Hindenburg-Anhänger war kurzzeitig schockiert von dessen Absage und tat dann in einem ersten Schritt das, was der Feldmarschall mittelbar zu bewirken gesucht hatte: Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei gaben nach intensiven Verhandlungen bekannt, daß sie beide die Kandidatur unterstützen. Die DVP unter Stresemann hatte ihre außenpolitischen Bedenken zurückgestellt. Eine Einigung im Reichsblock war damit in der für Mittwoch, den 8. April, vormittags anberaumten Sitzung des Reichsblocks anscheinend in greifbare Nähe gerückt.<sup>658</sup>

Alles hing jedoch von der Person Hindenburgs ab. Unentwegt hatte Winckler die hannoversche Bastion mittels ausgewählter Abgeordneter bestürmt, der Erfolg war

---

<sup>651</sup> Ebd.

<sup>652</sup> Ebd.

<sup>653</sup> Ebd.

<sup>654</sup> Vgl. Schulenburg, Hindenburg, S. 64.

<sup>655</sup> Vgl. ebd., Hindenburg, S. 65. Stadtbaudirektor Tramm war Schmidt zumindest aus seiner Korrespondenz bekannt, vgl. N 1211 / 33 Schmidt an Tramm, 9.2. 1925.

<sup>656</sup> Vgl. Schulenburg, Hindenburg, S. 64 f.; Schmidt, Umdenken, S. 192. Die Niederdeutsche Zeitung vom 9.4. druckt eine Meldung ab, die bereits vor dem 8. fertiggestellt war und dem Leser den Verlauf der Entwicklung erklären soll. In dieser Meldung, die sich auf das Abendtelegramm bezieht, wird das Vorhandensein eines solchen konsequent abgestritten.

<sup>657</sup> Vgl. Schmidt, Umdenken, S. 192. Zeitliche Verschiebungen finden sich bei: Richter, DVP, S. 381.

aber noch nicht eindeutig, sondern hatte bisher höchstens zu Tagessiegen geführt. Zudem herrschte eine situationsbedingte Anspannung vor, welche die drückende Wahl zwischen Zuwarten und vielleicht ungünstiger Druckausübung bot. In dieser hatte der Parteivorsitzende - anscheinend mit gutem Gespür - „die Stimmung in Hannover richtig eingeschätzt“<sup>659</sup>. Es war ins Bewußtsein gerückt, daß nun eine dem Rang nach gleiche und hochangesehene Persönlichkeit auserkoren werden mußte, die den endgültigen Durchbruch im persönlichen Gespräch erreichen konnte.

Hindenburgs strapazierte Geduld ließ das Gerücht aufkommen, er wolle niemanden mehr empfangen. Umso wichtiger war es deshalb, „einen Herrn mit der Mission zu beauftragen, der wegen seines hohen Ranges nicht gut abgewiesen werden konnte“<sup>660</sup>. Schmidts gutes, aber wegen der Dawes-Abstimmung auch pragmatisch bestimmtes Verhältnis zum ehemaligen Staatssekretär des Reichsmarineamtes, dem Großadmiral a.D., von Tirpitz, gereichte ihm nun zum Vorteil. Schmidt mußte am Vormittag des 7. April seinen Fraktionskollegen Wallraf, der als stellvertretender Parteivorsitzender auch im Loebell-Ausschuß saß, angerufen haben und ihm die akute Dringlichkeit der Lage auseinandergesetzt haben. Unter Kollegen trug er ihm auf, Tirpitz zu bitten, nach Hannover zu reisen.<sup>661</sup> Tirpitz nahm in Berlin spontan an und setzte sich zusammen mit dem jungen Abgeordneten von Keudell umgehend in den Zug vom Lehrter Bahnhof aus nach Hannover. Tirpitz erreichte sein Ziel gegen sechs Uhr abends, wurde dort von Schmidt abgeholt und übernachtete in dessen Haus in der Waldhausenstraße - der Hauptmann rückte spätestens jetzt in den Kern des Mittelpunkts des Geschehens.<sup>662</sup> In der Zeit der Anreise des Großadmirals war es Schmidt gelungen, gegen den Widerstand des Sohnes Oskar Hindenburg, für Tirpitz beim Feldmarschall die erforderliche Anmeldung einzuholen.<sup>663</sup> Dem eleganten *fait accompli* Schmidts und Wincklers entsprechend, konnten weder Sohn noch Vater Hindenburg, wollten sie keinen Affront riskieren, das Ansinnen abwehren.

---

<sup>658</sup> Vgl. NZ v. 9.4., die eine Spalte unter den aktuellen Nachrichten mit Meldungen füllt, die aus den zurückliegenden Tagen (auch vor dem 8.4.) stammen. Danach einigten sich DVP und DNVP am 7.4.

<sup>659</sup> Schulenburg, Hindenburg, S. 65 f.

<sup>660</sup> ebd., S. 66. Zum Gerücht, vgl. ebd.

<sup>661</sup> Schmidt, Umdenken, S. 192. Wahrscheinlich werden Wallraf und Winckler in einer konzertierten Aktion an Tirpitz herantreten sein. Wohl um die eigene Position hell zu erleuchten, nennt Schmidt Wincklers Anteil nicht, genausowenig nennt Schulenburg Schmidts Anteil. Vgl. Schulenburg, Hindenburg, S. 66.

<sup>662</sup> Vgl. Schmidt, Umdenken, S. 192. Die Übernachtung Tirpitz' in Schmidts Haus wird zweifach bestätigt: Vgl. N 1211 / 21 Schmidt an den Sohn des Großadmirals, Dr. rer.pol. von Tirpitz, 13.12. 1957; NZ v. 9.4. 1924 mit Meldungen von den Vortagen.

<sup>663</sup> Dies bestätigt der spätere General Ewald von Kleist, der mit Schmidt befreundet war, in seinen Erinnerungen. Danach sollte Kleist zunächst Oskar umstimmen. Da Kleist aber aus soldatischen Standesgründen selber gegen die Kandidatur Hindenburgs war, tat er dies nicht. Daraufhin vermeldete Schmidt eine Stunde später, „er sei auch ohne mich [Kleist- d. Vf.] bis zum Alten Herrn vorgedrungen“. N 354 / 24 Kleist, Erinnerungen, S. 1.

Tirpitz wurde von Schmidt, wie es die Zeit erlaubte, über Hindenburgs Auffassung und Gemütslage nach eigenem Erleben informiert. Es hat den Anschein, als wäre es Schmidt gelungen, die Persönlichkeit des Feldmarschalls zumindest in ungefährer Weise zu studieren, denn er schlug seinem älteren Reichstagskollegen eine erstaunliche psychologische Gesprächsführung vor: „Der Feldmarschall ist nervös und verärgert. Diese Stimmung wird sich steigern, wenn Sie sofort angreifen. Wenn er dann grob werden sollte, was ich inständig hoffe, so haben wir gewonnen. Denn wenn Sie dann bedauernd aufstehen, um sich zu verabschieden, schwingt das Pendel um! Der Feldmarschall ist innerlich weicher, als er nach außen erscheint. Er wird sich dann entschuldigen, eine Flasche Wein holen lassen und dann werden die Verhandlungen glatt laufen.“<sup>664</sup> Tirpitz nahm diese intime Kenntnis der Eigenschaften Hindenburgs auf und begab sich mit Keudell und Schmidt nach der Seelhorststraße. Nach einer eher frostigen Begrüßung, die nicht unerwartet gewesen war, übernahm Tirpitz wie abgesprochen die führende Rolle im Gespräch. Keudell unterstützte ihn zurückhaltend und geschickt, Schmidt hielt sich hingegen völlig aus dem Gespräch heraus.<sup>665</sup> Alles sollte einer von nationaler Gesinnung geprägten Atmosphäre dienen, die die Gleichrangigkeit der beiden herausstellte und trotzdem dem zwei Jahre Älteren das pflichtschwere Gefühl geben, daß in seiner Person die Entscheidung lag. Nach vielerlei Anekdoten, Griffen in die Militärgeschichte, Exempeln mißliebiger Kommentare des Volksblocks und der unvermindert ablehnenden Haltung des Feldmarschalls nahm Tirpitz den von Schmidt in Vorschlag gebrachten Griff ans Portepée vor: „Ihre Ablehnung, Herr Feldmarschall, wäre vor der Geschichte nicht zu verantworten und würde von der ganzen deutschen Rechten und dem deutschen Soldatentum nicht verstanden werden“<sup>666</sup>. Hindenburgs Reaktion soll ungehalten gewesen sein, was nicht verwundert bei einem Menschen, dem die Pflicht als oberste Tugend galt. Nun kam der wohl kalkulierende Statist Schmidt ins Spiel. „Tirpitz warf mir einen Blick zu, wir erhoben uns. Der Großadmiral fand einige bewegte Abschiedsworte“<sup>667</sup>. Der Griff ans Portepée, der Appell an die nationale Pflicht muß erfolgreich schmerzhaft gewesen sein: „Hindenburg erschrak offensichtlich, lenkte ein, und es wurden dann in zunehmender Harmonie die politischen Grundlagen der Kandidatur erörtert“<sup>668</sup>. Das

---

<sup>664</sup> Schmidt, zit. nach: Ders., Umdenken, S. 192.

<sup>665</sup> Vgl. Schmidt, Umdenken, S. 193. Für die Authentizität von Schmidts Darstellung spricht vornehmlich das ungewöhnliche, absichtliche Zurücknehmen der eigenen Person im Gespräch. Es wäre viel eher zu erwarten gewesen, daß sich Schmidt durch besonders vaterländische Einwürfe präsentieren wollte. Vgl. Dörr, DNVP, S. 124 Anm. 62.

<sup>666</sup> Schmidt, Umdenken, S. 193.

<sup>667</sup> Ebd.

<sup>668</sup> Ebd. Schulenburg (Hindenburg, S. 66) berichtet, daß der frostige Empfang dem alten Soldaten am Ende des Gesprächs „leid getan“ habe. Vgl. Treviranus, Ende, S. 292. Vgl. Scheck, R., Alfred von Tirpitz and German Right-Wing Politics, 1924-1930, Atlantic Highlands 1997, S. 198 (i.f. zit. als Scheck, Tirpitz).

Kalkül war aufgegangen, der Stimmungsumschwung eingetreten. Schmidt war es gelungen, die patriotische Schwachstelle des Feldmarschalls zielgenau auszumachen, Tirpitz geflissentlich auf diese hinzuführen und im Hintergrund der erfolgreichen Umsetzung seines Plans zu harren.

Noch bevor das Gespräch beendet wurde, meldete sich Loebell telephonisch aus Berlin, um dringend mit Hindenburg zu sprechen. Er, Tirpitz, Keudell und Schmidt begaben sich zusammen mit dem Sohn Oskar zum Fernsprecher, Schmidt sollte das Gespräch führen. Loebell, der in Berlin die Last der Spannung auf seiner Person zu balancieren hatte, wurde von Hauptmann Schmidt über die Rücknahme der Ablehnung und die Annahme durch Hindenburg orientiert. Hindenburg wünsche, daß der Reichsblock geschlossen votiere und Jarres ihm die Kandidatur anbiete. Hindenburg soll während des Gesprächs immer wieder genickt haben und hat so den Verlauf der Informierung gebilligt.<sup>669</sup> Nach der Verabschiedung gegen sieben Uhr abends begaben sich die drei Herren wieder zurück in das nahegelegene Haus Schmidts in der Waldhausenstraße, um den Leiter der Reichsblockstelle in Berlin, Wallraf, den Fraktionsvorsitzenden Westarp, Schiele und den Pressechef des Reichsblocks, Kriegk, über die neuesten Ereignisse des langen 7. Aprils zu informieren.<sup>670</sup>

Für wenige Stunden war Schmidt in den innersten Bereich des politisch entscheidenden Geschehens gerückt und hatte an der Seite Tirpitz' selbst aktiv daran mitgewirkt<sup>671</sup>, daß eine für die kommenden Jahre der Weimarer Republik bedeutende Weiche in die von ihm gewünschte Richtung gestellt wurde.

Am 8. April fand die angesetzte Zusammenkunft des Loebell-Ausschusses in Berlin statt, in der - ganz dem Wunsche Hindenburgs entsprechend - nicht nur ein einheitliches und endgültiges Votum abgegeben wurde, sondern Jarres, als Kandidat des Reichsblocks im ersten Wahlgang, für Hindenburg eintrat. Damit waren die Vorbedingungen, die der alte Soldat aufgestellt hatte, vollständig erfüllt.

Der noch bei Schmidt in Hannover verweilende Tirpitz machte sich gegen fünf Uhr nachmittags ohne Begleitung in die Seelhorststraße auf, um dem Feldmarschall zu

---

<sup>669</sup> Zum Verlauf des Telephonats, vgl. Schmidt, Umdenken, S. 193 f. Schulenburg (Hindenburg, S. 66) berichtet nur davon, daß die Umstimmung des Feldmarschalls nach Berlin telegraphiert worden sei.

<sup>670</sup> Vgl. Schmidt, Umdenken, S. 195. Schulenburg (DNVP, S. 67) berichtet, daß am Abend des 7. Aprils eine Versammlung der vaterländischen Verbände eine Erklärung verabschiedet hat, die die Kandidatur des Generalfeldmarschalls postulierte.

<sup>671</sup> Zur Rolle Tirpitz' und Schmidts führt Dörr (DNVP, S. 124 Anm. 62) aus: „Nur darüber herrscht eine einheitliche Meinung, daß Großadmiral von Tirpitz mit dem Generalfeldmarschall die entscheidende Unterredung geführt hat. Ferner ist Otto Schmidt-Hannover zu nennen, der ... durch seine geschickte Verhandlungsweise wesentlich zur Umstimmung Hindenburgs beigetragen hat.“ An dieser Stelle sei darauf verwiesen, daß Dörr als einer der letzten Wissenschaftler Schmidt persönlich als Zeitzeugen gesprochen hat und dabei kritisch äugend seine Annahmen hinreichend bestätigen lassen konnte. Vgl. bestätigend: Treviranus, Ende, S. 293.

seiner Kandidatur zu gratulieren. In der Zwischenzeit offerierte der Hauptmann einem berufsmäßigen Journalisten ein Engagement, um die zu erwartende vielfältige Pressearbeit an den diffizilen Stellen durch eine geeignete Person bewerkstelligen zu lassen.<sup>672</sup> Daß er einen vertrauten Mann heranzog, war nicht nur verständlich, sondern trug in einem ersten kleinen Schritt auch dem Gedanken Rechnung, „welche Bedeutung, bei der gewohnten technischen Abhängigkeit des alten Heerführers von seinem Stabe, der Einfluß seiner Umgebung hatte“<sup>673</sup>. Danach reiste er zusammen mit Schmidt wieder nach Berlin.<sup>674</sup> Zwei Mitglieder des Loebell-Ausschusses boten Hindenburg am 9. April, was bisher zeitlich bedingt noch nicht geschehen war, die Kandidatur an.<sup>675</sup>

In der Reichshauptstadt angekommen, zog sich der junge Abgeordnete nicht auf die Ausschubarbeit zurück, sondern bemühte sich erfolgreich, „Exzellenz Wallraf, auf den der Herr Feldmarschall ganz besonders große Stücke hält“<sup>676</sup>, dazu zu bewegen, am nächsten Tag nach Hannover zu reisen. Das lokale Schwergewicht seiner Bestrebungen lagen bis zum zweiten Wahlgang am 26. April eindeutig in Hannover. Hier sah er die nächste große, nachgerade pflichtmäßige Aufgabe gegeben, seinen persönlichen Beitrag zu leisten, günstige Voraussetzungen für die Wahl eines konservativen Reichspräsidenten zu schaffen, der dann im Sinne der vaterländischen Verbände die Staatsverfassung des Reiches verändern sollte. Sein Engagement mußte phasenweise jedoch etwas zu sprühend für den ihm aus der DNVP hinlänglich bekannten Oberstleutnant von Feldmann und auch für den „Alten Herrn“ gewesen sein, so daß eine „gewisse Abneigung gegen die etwasforsch-temperamentvolle Art des

---

<sup>672</sup> Daß dies am Mittwoch geschah, wird belegt durch: N 1031 / 23 Protokoll über die Besprechung mit dem Generalfeldmarschall von Hindenburg am Donnerstag, den 9.4. 1925, beigefügt dem Brief des Büros von Gayl in Berlin an von Gayl in Königsberg, 11.4. 1925 (i.f. zit. als N 1031 / 23 Protokoll über die Besprechung v. 9.4. 1925). Schmidt bot diese Stelle dem ihm bekannten Leiter der Hannoveraner Filiale der Telegraphen Union, Dr. Langenbach, an. Ob dieser letztlich annahm, ist ungewiß, da die Größe des Stabes, der für Hindenburg arbeitete, ungewiß ist. Sicher ist aber, daß der gelehrte Journalist Schultze-Pfaelzer „während des Wahlkampfes als Pressereferent des Herrn Generalfeldmarschalls in Hannover“ diente. Vgl. Schultze-Pfaelzer, G., Wie Hindenburg Reichspräsident wurde. Persönliche Eindrücke aus seiner Umgebung vor und nach der Wahl, Berlin 1925, Vorwort (i.f. zit. als: Schultze-Pfaelzer, Hindenburg Reichspräsident). Dieses Büchlein beschäftigt sich zwar zu ganz weiten Teilen erst mit dem Wahlkampf für Hindenburg nach dem 8.4. („Hindenburg nahm an“, ebd., S. 12) und ist auch nicht bemüht, eine „politische Geschichtsepisode darzustellen“, sondern will „das menschlich Ergreifende und national Erhebende dieser Wochen ... vor Augen führen.“ (Ebd., Vorwort) Gleichwohl vermittelt es aufgrund seines frühen Erscheinens (Juni 1925) und der unbedingten Nähe des Autors zum Geschehen einen guten stimmungsmäßigen Eindruck von der Arbeit der Nebenstelle des Reichsblocks in Hannover. Dieser bleibt auch dann bestehen, wenn das tendenziöse moment, für was allein der Druckverlag Scherl verbürgt, einmal außer Acht gelassen wird. Gleiches gilt für die mitunter auftauchenden autolaudatorischen Finessen.

<sup>673</sup> Schmidt, Umdenken, S. 189.

<sup>674</sup> Zum Nachweis der Gratulation und der Rückreise, vgl. NZ v. 10.4. 1925; Hannoverscher Kurier v. 9.4. 1925; Schulenburg, Hindenburg, S. 67.

<sup>675</sup> Vgl. Görlitz, Hindenburg, S. 253; Rauscher, Hindenburg, S. 227.

<sup>676</sup> N 1324 / 173 Schmidt an Spahn, 11.4. 1925.

Abgeordneten Schmidt-Hannover zum Ausdruck<sup>677</sup> kam. Für seinen Einsatz war dies aber nicht hinderlich, vielmehr sprach es für sein gutes Verhältnis, trotzdem weiterhin in der nächsten Umgebung des Feldmarschall bleiben zu können.

Die in Berlin bereits vorhandene Zentrale des Reichsblocks unter der Leitung Wallrafs erhielt mit Beginn des Wahlkampfes zur Steuerung des pressemäßigen Auftritts und der Korrespondenz in Hannover eine Nebenstelle - „auf Wunsch des Generalfeldmarschalls“ unter dem Vorsitz von Feldmanns.<sup>678</sup> Ihm wurde ein „beratender Ausschuß von vier Herren beigegeben“, dem je ein Mitglied der DNVP, der DVP, der wirtschaftlichen Vereinigung und der vaterländischen Verbände angehörte.<sup>679</sup> Schmidt war als deutschnationaler Abgeordneter in diesem Gremium, wo er mindestens zusammen mit Schultze-Pfaelzer „den wesentlichen Teil der Pressefragen zu bearbeiten“ hatte, während sich andere mit postalischen Angelegenheiten beschäftigten.<sup>680</sup> Dem hannoverschen Abgeordneten war es gelungen, mitbedingt durch die schon angedeutete, seit kurzer Zeit währende gute Bekanntschaft mit Hindenburg, trotz seines zuweilen heißspornigen Gemüts im engsten Stab des Feldmarschalls in Richtung der Deutschnationalen zu wirken.

Bereits vor seiner Osterbotschaft am 11. April hatte Hindenburg zu verstehen gegeben, daß er „jedes persönliche Auftreten im Wahlkampf unbedingt“ ablehnte.<sup>681</sup> Dies mußte umso stärker die vaterländischen Verbände treffen, als diese - sicheren Glaubens an die jederzeit abrufbare, nationale Gesinnung ‚ihres‘ fleischgewordenen Mythos - Spahn nahegelegt hatten, „durch Sie [Schmidt-d. Vf.] zur Überlegung zu bringen, ob der Feldmarschall doch an einigen Stellen unseres Vaterlandes sich zeigt und ein paar Worte spricht, ... Man möchte ihn zuerst in München sehen um die volle Versöhnung

---

<sup>677</sup> N 1031 / 23 Protokoll über die Besprechung v. 9.4. 1925.

<sup>678</sup> N 1031 / 23 Protokoll über die Besprechung v. 9.4. 1925. Vgl auch Schulenburg, Hindenburg, S. 67.

<sup>679</sup> N 1031 / 23 Protokoll über die Besprechung v. 9.4. 1925. Nach dem Protokoll war als Verband der Landbund vertreten. Schultze-Pfaelzer (Hindenburg Reichspräsident, S. 13) differenziert die Zusammensetzung der Stabsstelle etwas: „Einige Herren aus Politik und Journalistik, teils Einheimische, teils Berliner bearbeiteten mit einer Reihe von Hilfskräften die Fülle der sich täglich mehrenden Geschäfte. Ein kleiner technischer Apparat, der geräuschlos funktionierte, aber beseelt von starkem Willen zur positiven Leistung.“

<sup>680</sup> N 1324 / 173 Schmidt an Spahn, 11.4. 1925. Schultze-Pfaelzer (Hindenburg Reichspräsident, S. 13) kann auch an dieser Stelle die Vorstellung vom täglichen Ablauf der Arbeit auf den verschiedenen Gebieten etwas mehr aufhellen, ohne sein Licht dabei unter den Scheffel zu stellen: „Morgens und abends erschienen die Pakete mit den Briefsachen. Zunächst wurde die reine Privatkorrespondenz ausgesondert, dann mußten die hundert und aber hundert Wahlbriefe geprüft werden. das erforderte nicht nur aufmerksame Sorgfalt, sondern auch sicheres Wissen um politische und gesellschaftliche Bedeutsamkeit.“

<sup>681</sup> N 1031 / 23 Protokoll über die Besprechung v. 9.4. 1925. Ungeachtet Hindenburgs monarchistischer und antirepublikanischer Haltung faßte er seine politische Unabhängigkeit trotz aller Nähe zu einem Milieu in die Worte: „Man soll sich nur nicht einbilden, daß ich mir jetzt von irgendeiner Partei Vorschriften machen lasse“. Hindenburg zit. nach: Dorpalen, Hindenburg, S. 92. Bei aller ungebremsten Euphorie der vaterländischen Verbände war dies ein erster, unbewußter und vorsichtiger Fingerzeig für alle nicht-offiziellen, selbsternannten Ratgeber.



der Gegner vom 8. und 9. November zum Ausdruck zu bringen, dann in Frankfurt am Main, um Eindruck zu machen auf das gesamte Südwestdeutschland, von Kassel über Fulda Darmstadt weg bis an den Bodensee, 3. in Münster, Westfalen, was nicht näher begründet zu werden braucht und 4. in Braunschweig. Damit sich der Osten nicht zurückgesetzt fühlt, käme vielleicht Breslau noch in Betracht ...“<sup>682</sup> Unübersehbar deutlich wurde an dieser Stelle die dezidiert politische Funktion Schmidts. In ihm sahen die Vertreter der nationalen Organisationen den geeigneten Ansatzpunkt, um ihre Interessen durchzusetzen. Er, der sich seit Ende des Krieges für die Belange dieser Bewegung außerordentlich tatkräftig einsetzte, hatte für kurze Zeit eine unübliche Nähe zu dem Mann, durch den ein grundlegender, einschneidender politischer Wandel erhofft wurde. Er war damit zum stillen Hoffnungsträger der politischen Rechten in Deutschland avanciert. Das erhoffte Ergebnis hingegen sollte sich - aus dieser Sicht betrachtet - als sehr gering erweisen, da sein persönlicher Einfluß durch die hierarchische Struktur der Nebenstelle eingeschränkt war, oder wie er Spahn antwortete, da „Herr von Feldmann als Leiter der Reichsblock-Nebenstelle jetzt stets direkt mit dem Feldmarschall verhandelt, [ist] meiner Betätigung in dem von Ihnen angeregten Sinne ein recht enges Feld gelassen“<sup>683</sup>.

Schmidts Agieren in den zwei Wochen nach der Osterbotschaft Hindenburgs, an der er nicht mitgewirkt hatte, war weniger darauf gerichtet, seine eigenen politischen Überzeugungen in Hindenburg verwirklicht zu sehen und dies zu betonen, sondern beschränkte sich im wesentlichen darauf, die Person des Generalfeldmarschalls als zwingend notwendiges Symbol der Einigkeit zu präsentieren. So war er zu einem frühen Zeitpunkt mit Vertretern des Reichsblocks in einer vorläufigen Vereinbarung übereingekommen, einen „Empfang unter Hinzuziehung von den Vorsitzenden der Wahlausschüsse im ganzen Reich, von Vertretern der in- und ausländischen Presse etwa am Freitag nach Ostern in Hannover in Form eines Bierabends und keines offiziellen Essens stattfinden“ zu lassen. Er übernahm die Organisation dieses Empfangs, der überwiegend dazu dienen sollte, Hindenburgs von ihm so gewollte schwache öffentliche Präsenz zu bestärken und gleichzeitig der versammelten Journalistenzunft gewinnend Rede und Antwort zu stehen.

Publizistisch legte Schmidt am 17. April in einem moderat gefaßten Leitartikel für die Niederdeutsche Zeitung dem Wahlvolk die Gründe dar, weshalb nur Hindenburg am

---

<sup>682</sup> N 1324 / 173 Spahn an Schmidt, 14.4. 1925. Die Reaktion Schmidts (N 1324 / 173 Schmidt an Spahn, 16.4. 1925) auf dieses Ansinnen hin war von der bedauernden Mitteilung der Ablehnung durch Hindenburg geprägt. Die enttäuschende Entscheidung war nicht nur durch die zu erwartende „Rivalität der grossen Städte ebenso wie der einzelnen Länder“ begründet, sondern war für ihn umso schmerzlicher, als er in den außerhalb des Parlaments wirkenden vaterländischen Organisationen das zu stärkende Rückgrat der nationalen Opposition erblickte.

<sup>683</sup> N 1221 / 37 Schmidt an Spahn, 16.4. 1925.

26. April die richtige Entscheidung sein konnte.<sup>684</sup> Mit einer einfachen Klimax bereitete er sich den Weg: Zunächst wurde das drohende Ungemach eines Reichspräsidenten der Weimarer Koalition beschworen, sodann etwaige Bedenken entkräftet, um dann im vollen Glanze Hindenburg zu präsentieren. Im einzelnen: Da ein etwaiger Reichspräsident Marx die „Lösung der schwebenden außenpolitischen Fragen im profranzösischen Sinne“ bewerkstelligen würde und im ganzen betrachtet „in Zeiten des Ausklangs der Revolution nicht zur Vermeidung, sondern zur Verstärkung innerer Erschütterungen beitragen“ würde, gelte es, „diese Hoffnungen und Berechnungen der Linken zu durchkreuzen.“ Die mögliche außenpolitische Inopportunität Hindenburgs wurde durch die „Binsenwahrheit“ entkräftet, „daß gerade Hindenburg, ..., als Reichspräsident schon deshalb die beste Garantie gegen alle uns untergeschobenen Kriegsabsichten bedeutet, weil er unsere militärische Ohnmacht selbst am besten beurteilen kann“<sup>685</sup>. Die öffentlich diskutierten Überlegungen, ob der 77-jährige dem Amt altersmäßig gewachsen war, schob er mit folgenden Worten beiseite: „Man lege all denen, die seine 77 Jahre als Grund gegen seine Kandidatur ins Feld führen, die Frage vor, ob sie in den letzten Monaten den Feldmarschall persönlich gesehen oder gesprochen hätten. Man wird auf verlegenes Schweigen stoßen. Wer ihn kennt, weiß, daß er körperlich und geistig erheblich frischer ist als z.B. sein 62-jähriger

---

<sup>684</sup> Vgl. für das Folgende: Schmidt, Warum Hindenburg ? In: NZ v. 17.4. 1925. Nur an einer Stelle blitzt in der auf Harmlosigkeit abstellenden Rechtfertigung der Verneinung etwaiger verfassungsändernder politischer Pläne mittels eines konservativen Reichspräsidenten sein eigentliches Ziel durch, wenn er schreibt: „Hindenburg wird ebenso, wie er in dem ganzen Hin und Her bei der Entwicklung der Präsidentschaftsfrage entgegen allen, aus durchsichtigen Gründen konstruierten Andeutungen klar und eindeutig seine Linie gewahrt hat, auch als Reichspräsident die großen Entscheidungen nach Pflicht und Gewissen selbst fällen“.

<sup>685</sup> Insonderheit Stresemann, im Reichsblock durch seinen Parteifreund und Staatssekretär Kempkes vertreten, trug arge Bedenken ob der Kandidatur Hindenburgs. Am Mittag des 19. April, als sich Schmidt leidenschaftlich in einer öffentlichen Veranstaltung in Hannover für Hindenburg rednerisch einsetzte, entlud er seine schweren Bedenken gegenüber dem weltläufigen, ehemaligen kaiserlichen Diplomaten, dem Grafen Kessler, der sich in der letzten Reichstagswahl (1924) vergeblich um ein Mandat für die DDP bemüht hatte und nun für Marx öffentlich auftrat. Dieser notierte unter dem 19.4. 1925 in sein Tagebuch: „Er, Stresemann, habe bis zum letzten Augenblick dagegen gekämpft. Leider sei er nicht in den Loebell-Ausschuß eingetreten aus Rücksicht auf Ebert, der, als er gebildet wurde, noch lebte. Das habe sich als schwerer Fehler erwiesen. Im Ausschuß sei über die Kandidaten *abgestimmt* worden, was ganz ungehörig gewesen sei. Kleine Parteien ‚mit siebzehn eingetragenen Wählern‘, hätten eine Stimme gehabt, und die Deutsche Volkspartei mit drei Millionen Wählern nur drei. So habe die Volkspartei überstimmt werden können. Wenn er dringesessen hätte, hätte er sich das nicht gefallen lassen. ... Aber Hindenburg werde nicht gewählt werden. Damit tröstete er sich. ...: zwei Jahre Lebensarbeit würden ihm zerstört. Einen Vortrag über außenpolitische Fragen bei Hindenburg, wenn er Reichspräsident werde, könne er sich noch nicht recht vorstellen“. Pfeiffer-Belli, W. (Hg.), Harry Graf Kessler, Tagebücher. Tagebücher 1918 bis 1937, Frankfurt 1996 (TB), S. 457 f. Leicht herablassend bemängelt Kessler zum Schluß, daß Stresemann nicht persönlich gegen Hindenburg auftrat: „Aber zu einem offenen Auftreten gegen Hindenburg fehlt ihm der Mut ...“ Ebd., S. 458.

Vgl. als letzte Aufarbeitung des Hindenburgschen außenpolitischen Kurses: Zaun, H., Paul von Hindenburg und die deutsche Außenpolitik 1925-1934, Köln 1999.

Gegenkandidat Marx“<sup>686</sup>. Nun war alles bereit: Hindenburg galt ihm als ein „großes einigendes Symbol“, das ein „auseinanderpolitisirtes und auseinanderorganisiertes, müdes, erkranktes Volk“, das „in Interessenkämpfen gegeneinander rase[.]“, „dessen Stämme und Konfessionen voneinander wegstreben“, gleichsam lebensnotwendig brauche. Deshalb hielt er es schließend für einen „Segen, daß er, an Parteien nicht gebunden, mit ihrem natürlichem Egoismus nicht verquickt, die Führung des Reiches übernehmen wird.“

Das politische Ziel hinter diesen Ausführungen war genauso eindeutig wie legitim: Es galt, breite Volksschichten zu gewinnen und die eigenen Ziele zurückzuhalten. Diese sollten nach gewonnener Wahl in Angriff genommen werden. Um etwaige außenwirtschaftliche Zweifel an der Person Hindenburgs zu entkräften, hielt er jedoch bei diesem Artikel nicht inne. Er trat am Tag des Erscheinens seiner Ausführungen an seinen Fraktionskollegen und Direktor der Hamburger Blohm und Voss - Werke, Gok, heran, damit dieser seine „gesamten Auslandsverbindungen spielen“ lassen möge, um pressetechnisch verwertbare „Zustimmungserklärungen aus dem Auslande“ zu gewinnen.<sup>687</sup> Es wurde daraus gut erkennbar, daß Schmidt durchaus ideenreich an der Sensibilisierung der öffentlichen Meinung und der Bevölkerung zu seinem Zwecke arbeitete.

Zwei Tage später als ursprünglich geplant, am 19. April, sollte der von Schmidt organisierte Presseempfang tatsächlich stattfinden und Hindenburgs ersten und einzigen offiziellen Großauftritt darstellen.<sup>688</sup> Der Sonntag vor der Wahl wurde zur großen Wahlkundgebung, in deren Mittelpunkt der Generalfeldmarschall stand. Schmidts persönlicher Anteil war neben dem Organisatorischen nicht unerheblich. Der für den Abend vorgesehene Auftritt des „Alten Herrn“ erhielt ein Vorprogramm, in dem Schmidt seine Qualitäten als Wahlkämpfer zum Besten gab. Auf dem Vorplatz der hannoverschen Stadthalle und dessen Ausläufern hatte sich eine größere Menschenmasse eingefunden, um der Feier des Tages beizuwohnen. Begleitet von der Marschmusik einer Stahlhelmkapelle erschien Hauptmann Schmidt, „begrüßt von viel tausend Stimmen“, und stieg auf das mit schwarz-weiß-roten Flaggen ornierte Lastauto, das ihm als Rednerpodest dienen sollte. „Die helle Kommandostimme des

---

<sup>686</sup> NZ v. 17.4. 1925. Diesen Eindruck bestätigt auch Schultze-Pfaelzer (Hindenburg Reichspräsident, S. 20), den die Anwesenden der Jubiläumstagung der Hannoverschen Handwerkskammer gewonnen haben sollen, als Hindenburg dieser Veranstaltung unter Mitwirkung Wienbecks nicht offiziell, sondern als Zuhörer beiwohnte.

Es mag vielleicht etwas philisterhaft anmuten, aber Hindenburg, der am 2. Oktober Geburtstag hatte, war entgegen der Auffassung Kolbs nicht 78, sondern 77 Jahre alt. Vgl. Kolb, Weimarer Republik, S. 84.

<sup>687</sup> N 1211 / 37 Schmidt an Gok, 17.4. 1925.

<sup>688</sup> Vgl. die Werbung der Niederdeutschen Zeitung v. 17.4. 1925 für Sonntag, den 19.4.; vgl. Schultze-Pfaelzer, Hindenburg, S. 23 f.

ehemaligen Soldaten dringt aufrüttelnd in die Herzen auch der fernsten Hörer“<sup>689</sup>. Was Schmidt erwartungsgemäß vortrug, war der Inhalt des Leitartikels vom vergangenen Freitag.<sup>690</sup> Mit einer gehörigen Portion Pathos vermischt, erging er sich in scharfer Agitation gegen Marx, um im nächsten Augenblick mittels massensuggestiver Fragen das Publikum wohl kalkulierend einzubeziehen: „Glaubt jemand, daß man ehrliche Klarheit verbürgt durch Herrn Marx? Lautes vieltausendstimmiges Nein!“ Um den Gegensatz zu Marx besonders hervorzuheben, beschwor er die einigende, gesellschaftsübergreifende und hausväterliche Güte, die allein den verlässlichen Wiederaufstieg des Reiches verbürge: „Wir verehren nicht nur den großen Feldmarschall, sondern auch in ihm den weisen abwägenden Führer, der Deutschland vor Not und Verwüstung bewahrt hat, wir sehen in ihm den großen, gütigen, großherzigen Menschen, dessen Blut im Gleichklang pulst mit dem Blute des letzten Grabenkämpfers. Er ist der Mann mit dem feinen Verständnis der sozialen Probleme.“ Alsdann holte er schließend zum moralischen Ritterschlag für die Anwesenden aus und rief siegesgewiß - in Anlehnung an die alte Schlachtfeldformel des Kaiserreiches - Hindenburg an: „Wenn du nun von uns ziehst, vergiß uns nicht, wir werden auch dich nicht vergessen: Wir geloben dir treue Gefolgschaft bis zum letzten Atemzug ... Vorwärts mit Gott und Hindenburg.“

Da die Rede Schmidts schlechterdings nicht zu seiner ihm zugeteilten Aufgabe in der Nebenstelle des Reichsblocks gehörte, darf angenommen werden, daß es sein hoher Bekanntheitsgrad in Verbindung mit seiner rednerischen Begabung war, der ihn als geeigneten Redner erscheinen ließ. Eine interne Regelung im hannoverschen Reichsblock unter Mitwirkung Feldmanns dürfte dafür ausschlaggebend gewesen sein. Es sprach für ihn, daß er und nicht ein anderer deutschnationaler Abgeordneter sprach. Ganz in seinem Element als Wahlkämpfer und -redner, geschult in unzähligen Versammlungen mit unterschiedlichstem Auditorium, verstand er es eine Woche vor der Wahl, Teile der Bevölkerung einzustimmen auf die Person Hindenburgs. Gleichzeitig hatte er nicht unwesentlich zur positiven Stimmung an dem Tage beigetragen, an dem sich der Feldmarschall das einzige Mal der Öffentlichkeit im Wahlkampf darbieten sollte. Diese Vorarbeit für den am Abend folgenden Auftritt Hindenburgs war ein Teil seines Beitrages für die erfolgreiche Umsetzung der

---

<sup>689</sup> Schultze-Pfaelzer, Hindenburg, S. 25. Die Niederdeutsche Zeitung (v. 21.4. 1925) kann sich in ihrer Lobeshymne auf die rhetorischen Qualitäten des Hauptmanns gar nicht mehr im Zaum halten, deren erster Teil wahrscheinlich sogar den Tatsachen entspricht: „Hauptmann Schmidt, ..., ist als Redner eine vielbegehrte Persönlichkeit geworden. Wenn er spricht, laut, hell und klar, ruhig und mit überzeugender Kraft, so hört ihm jeder mit Aufmerksamkeit zu. So auch an diesem Mittag. Man sagt gern, Schmidt hatte einen guten Tag, nur will es scheinen, als ob er immer gute Tage hätte“.

Entscheidung vom 8. April, der er - wie angedeutet - „ungeheure Bedeutung“ beimaß.<sup>691</sup>

Aus der großen Versammlung formierte sich ein Zug und machte sich unter Marschklängen und mehrfacher Intonierung des Deutschlandliedes auf zum Haus in der Seelhorststraße. Geduldig nahm Hindenburg die langwährende, unkonventionelle Parade von den Eingangsstufen seines Hauses aus ab<sup>692</sup>, um gegen halb neun Uhr abends in der Stadthalle seine mit Spannung erwartete Rede vor in- und ausländischer Presse und Angehörigen des Reichsblocks zu halten. Die unbeeinflussbare Pflicht, nur dem Wohl des Vaterlandes dienen zu wollen, stand dabei auffällig im Vordergrund.<sup>693</sup>

In dieser Woche unmittelbar vor der Wahl beschäftigte sich Schmidt, der sich des Sieges Hindenburgs gewiß war<sup>694</sup>, mit Anfragen, die in der Reaktion auf die Rede des Feldmarschalls aus dem In- und Ausland zu erwarten waren. Wie es Ada Westarp schon für den Wahlkampf für Jarres vorgesehen hatte, beobachtete, analysierte und beeinflusste er zusammen mit Schultze-Pfaelzer das Presseecho.

Das Ergebnis des zweiten Wahlganges am 26. April brachte Hindenburg mit knapp einer Million Stimmen Vorsprung vor Marx als Sieger hervor. In Schmidts Wahlkreis Hannover-Ost hatte Hindenburg in 19 von 22 Unterbezirken deutlich gewonnen, in den übrigen drei war er teilweise nur knapp unterlegen.<sup>695</sup> Mit dem Bekanntwerden der Stimmenzahlen hörte gleichzeitig dem „Wunsche Hindenburgs entsprechend .. die Tätigkeit der Reichsblocknebenstelle in Hannover ... auf.“ Bis nun das amtliche Endergebnis feststand, die Anfechtungsfrist desselben ablief und die Rückkehr vieler Mitglieder der Reichsregierung von der Eröffnung des Deutschen Museums in München vonstatten gegangen war, verging noch eine geraume Zeit. In dieser

---

<sup>690</sup> In seinen späteren Erinnerungen (Umdenken, S. 198) sprach er davon, daß es Zweck der Rede gewesen sei, „auf einem Lastkraftwagen stehend ... der Menge die Hindenburg-Wahl zu begründen.“

<sup>691</sup> In grenzenloser Selbstüberschätzung auch des eigenen Anteils an diesem 19. April nannte er den Tag später als „*zugleich das elementarste und echtste Volksbekenntnis der ganzen Weimarer Epoche*“. Schmidt, Umdenken, S. 197. Diese maßlose Überzogenheit ist ein Beispiel mehr für die irritierende Ambivalenz des ‚Umdenken-Buches‘, belegt es doch, wie weit entfernt das Buch von der Vergangenheit sein kann, um an anderen Stellen wieder eine gewisse Glaubwürdigkeit zu präsentieren.

<sup>692</sup> Vgl. die - wenn auch überschwengliche - Schilderung bei: Schultze-Pfaelzer, Hindenburg, S. 26-33.

<sup>693</sup> Die Rede Hindenburgs ist vollständig abgedruckt in: NZ v. 21.4. 1925. Er führte u.a. aus: „Ich würde auch als Reichspräsident nur die Pflicht kennen, auf den einmal gegebenen Grundlagen der Verfassung und der heutigen Stellung Deutschlands in der Welt das Beste für mein Vaterland zu erstreben. Rücksicht auf irgendwelche Parteien oder unberechtigte Sonderinteressen würde ich dabei nicht kennen. Anders darf auch der Staat nicht denken“. Und noch etwas schärfer verwahrt er sich gegen „all das Geschwätz von verfassungswidrigem Vorgehen, das ich beabsichtigen soll, von reaktionären oder sonstigen gefährlichen Bestrebungen ...“.

<sup>694</sup> In einem am Dienstag nach dem Presseempfang verfaßten Schreiben (N 1211 / 37 Schmidt an Sautter, 21.4. 1925) hielt er die Wahl Hindenburgs „für eine Selbstverständlichkeit“.

<sup>695</sup> Vgl. NZ v. 28. 4. 1925.

Übergangszeit bis zum Einzug in die Wilhelmstraße 73 war ein Bureau eingerichtet worden, das die laufenden Geschäfte betrieb. Unter der Leitung von Oberstleutnant von Feldmann nahm dieses „Sekretariat von Hindenburg“ die Arbeit auf.<sup>696</sup>

Das auch von Schmidt betriebene Ansinnen, um Hindenburg politisch dezidiert national gesinnte Männer zu ringen, nachdem er mit Feldmann Hannover am 11. Mai verlassen hatte<sup>697</sup>, mißlang zuvörderst bei dem schon unter Ebert dienenden Staatssekretär im Reichspräsidentenpalais, Meißner. Diesen einflußreichen Posten soll Hindenburg - einer reichlich übertreibenden Angabe Schmidts zufolge - in einer Unterredung dem Hauptmann angeboten haben, woraufhin dieser, um die eigenen Fähigkeiten wissend, dankend ablehnte und kurzerhand den Diplomaten Ulrich von Hassell an seiner Statt vorschlug.<sup>698</sup> Hassell war 1919 der Begründer der Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft in der DNVP, wodurch Schmidt den Schwiegersohn des Großadmirals von Tirpitz kennengelernt hatte. Zwar schloß sich der Kreis von Hindenburg über Schmidt zu Hassell und Tirpitz wieder, doch lehnte der in Barcelona weilende Generalkonsul ab.<sup>699</sup>

Zusammenfassend ließ sich über Schmidts Rolle Folgendes sagen: Schmidt gehörte im April 1925 zu den bisher nicht beachteten, treibenden Momenten und Organisatoren der Kandidatur und Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten.<sup>700</sup> Als Abgesandter seiner Partei machte es sein großes Gewicht in der Überzeugungsphase aus, daß er, seitdem er in Hannover wohnte, über die Jahre ein gutes Verhältnis zu Hindenburg aufgebaut hatte. Er hatte zu den wenigen gehört, die Anfang April in wichtigen Sondierungsgesprächen den Feldmarschall letztlich erfolgreich bearbeitet und damit den Weg für seine Zusage zur Kandidatur geebnet hatten. Er war es auch der, wahltaktisch entscheidend, an die BVP herantrat und damit dazu beitrug, das katholische Milieu zu spalten. Weiterhin blieb festzuhalten, daß es Schmidt und nicht ein anderer deutschnationaler Abgeordneter war, der die Partei in der Reichsblocknebenstelle vertrat. Ebenso war es Schmidt und nicht ein anderer Abgeordneter, der an dem Tage des einzigen offiziellen Auftritts des

---

<sup>696</sup> Vgl. Schultze-Pfaelzer, Hindenburg, S. 46. Ob Schmidt diesem Sekretariat weiterhin angehörte, war nicht zu eruieren.

<sup>697</sup> Vgl. NZ v. 12.5. 1925.

<sup>698</sup> Vgl. Schmidt, Umdenken, S. 195. Oberstleutnant i.G. a.D. von Feldmann besorgte zwar noch die Abwicklung der laufenden Geschäfte und begleitete den Feldmarschall nach Berlin, mußte jedoch bald darauf ohne den erhofften Posten nach Hannover zurückkehren.

<sup>699</sup> Abgesehen von der gemeinsamen Parteizugehörigkeit verband die hohe Verehrung Tirpitz' die beiden völlig verschiedenen Personen Hassell und Schmidt (vgl. Schöllgen, Hassell, S. 22; Schmidt, Umdenken, S. 83-87) Er war der Bezugspunkt zwischen den beiden. Möglich ist es, daß Hindenburg unverbindlich Schmidt einmal fragte, wen er für einen möglichen Kandidaten halte. Vielleicht hat er dabei an den Schwiegersohn des ihm verbundenen Tirpitz gedacht, Hassell.

Generalfeldmarschalls im Wahlkampf eine polarisierende Rede hielt. Schließlich war an Schmidt gut erkennbar, wie stark die vaterländischen Verbände in die Kandidatur involviert waren.

Die politische Programmatik, die Schmidt mit der Kandidatur Hindenburgs verband, hielt er taktisch bedingt öffentlich zurück, deutete aber intern deutlich an, wohin die Bahn führen sollte: Hindenburg sollte - in Fortentwicklung des Modells des nationalen Direktoriums - aktiv in das politische Tagesgeschehen eingreifen und zuvörderst die Macht der Parteien massiv einschränken. Das geeignete Mittel hierzu, das intensiv eingesetzt werden sollte, war der Artikel 48 der Verfassung. Die vaterländische und damit auch deutschnationale Fehleinschätzung der von Hindenburg ernstgenommenen, eidesgebundenen Staatsauffassung fand hier jedoch ihren noch verborgenen Ursprung. Daß Schmidts Eintreten für Hindenburg auf lange Sicht gesehen nicht der Weimarer Republik diene, fand seine Erklärung in der mangelnden Intention hierzu.

Ein erfreulicher Nebeneffekt in Schmidts Fraktionskarriere, der seinen innerfraktionellen Status beleuchtete, ergab sich für ihn aus seinem von Westarp aufgetragenen Wirken während des zweiten Wahlganges. Ohne genaue parteiorganisatorische Zuordnung avancierte Schmidt zur rechten Hand des Fraktionsvorsitzenden. Ihm oblag dabei „im Auftrage des Vorsitzenden Grafen Westarp“ die Behandlung eminent wichtiger politischer Fragen, wie ein vierseitiges Schreiben an den Bundesvorstand des Stahlhelms belegt, in dem er mit viel Fingerspitzengefühl für ein „vertrauens- und verständnisvolles Fühlunghalten der ... Partei mit dem Stahlhelm“<sup>701</sup> warb. Schmidt sollte diese Funktion bis zur Wahl Westarps zum Parteivorsitzenden ausfüllen.<sup>702</sup>

Abschließend erschien die Wertung des Sieges Hindenburgs als „empfindliche Niederlage der demokratischen Republik“<sup>703</sup> zu wenig ausgewogen. Denn eine der wesentlichen Fragen an das Fortbestehen der Republik blieb doch, ob das konservative Milieu oder zumindest Teile davon für eine Mitarbeit im demokratischen Staat engagiert werden konnten oder nicht. Nimmt man das Ende von 1933 nicht *ex post* vorweg, dann muß erkannt werden, daß Schmidt im Jahre 1925 an die Position

---

<sup>700</sup> Die immer noch führende Biographie von Dorpalen (Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966), der Schmidt noch als Zeitzeugen sprechen konnte (vgl. ebd., Vorwort) erwähnt den Hauptmann im einschlägigen Kapitel nicht (vgl. ebd., S. 68-92).

<sup>701</sup> Beide Zitate aus: Schmidt an Seldte, 15.12.1925, Nachlaß Kuno von Westarp, Gaertringen.

<sup>702</sup> Warum Treviranus und nicht Schmidt politischer Beauftragter der DNVP mit der Wahl Westarps auch zum Parteivorsitzenden am 24.3. 1926 ist nicht ersichtlich. An divergierenden staatspolitischen Auffassungen kann es nicht gelegen haben. Hier lag Schmidt ganz auf der Linie Westarps. Warum Schmidt also noch im Dezember 1925 höchstvertrauliche und politisch-strategische Mitteilungen im Auftrage Westarps verfassen konnte, aber im März 1926 nicht an dessen Seite rückte, bleibt offen. Treviranus behielt dieses Amt „zweieinhalb Jahre“ bis zur Reichstagswahl im Oktober 1928. Treviranus, Ende, S. 97.

Westarps herangewachsen war. Dieser sollte sich zunehmend zu einem gouvernementalen Konservativen entwickeln und wurde genau darin bestärkt, indem ein konservativ gesinnter Reichspräsident auch als emotionale Symbolfigur des eigenen Denkens wirkte. Und weil es eben nicht ausgeschlossen war, daß der Republikgegner Westarp Schmidt auf diesem Weg, in diese Entwicklung mitnehmen konnte, war der der Sieg Hindenburgs erst *ex post* eine Niederlage, *ex nunc* war die Entwicklung offen.

### **5.3. Zehn Monate wehrpolitischer Regierungskoalitionär**

Zu den ungewohnten parlamentarischen Notwendigkeiten, welche die deutschnationale Reichstagsfraktion aufgrund ihrer Beteiligung an der Regierungsgewalt zu gewahren hatte, gehörte die Entsendung bestimmter, nicht mehr oppositioneller, sondern verantwortlicher Abgeordneter in die Ausschüsse. Per Fraktionsbeschluß waren am 4. Februar die Vertreter nach Fachwissen und Rang in der Fraktionshierarchie ausgewählt worden<sup>704</sup>: Dem Reichshaushaltsausschuß gehörten als ständige Mitglieder Westarp, Schultz-Bromberg und Quaat an. Für die verschiedenen Etats traten wechselweise weitere Abgeordnete ein. Entsprechend seiner bisherigen Befassung mit Angelegenheiten der Militärpensionen in der Fraktion oblag Schmidt nun zusammen mit Tirpitz, Keudell, Schulenburg, Treviranus und Oberfohren das Reichswehrministerium. Lag hier bereits eine gewisse Nähe zu seinem ehemaligen Offiziersberuf vor, wurde dies noch deutlicher bei seiner Aufstellung für den Kriegsbeschädigtenausschuß<sup>705</sup>, in dem er sich - mit anderen Deutschnationalen - als Kriegsteilnehmer um die soziale und finanzielle Fürsorge für die Verehrten und deren Familien kümmerte. Zuletzt vertrat er mit acht weiteren Fraktionsmitgliedern seine Partei im Verkehrsausschuß.<sup>706</sup> Schmidt übernahm somit in den Arbeitsgremien des Parlaments Aufgaben, die ihm besonders vermöge seiner militärischen Vergangenheit vertraut waren, zu denen er eine profunde Beziehung besaß - abgesehen von den Verkehrsangelegenheiten.

Schmidts rednerische Auftritte als Ausschußmitglied nahmen sich im Verlaufe des Jahres 1925 wie folgt aus: Nach dem ersten Auftritt Schmidts vor dem Plenum Ende Juli 1924, während dessen es zu andauernden Unterbrechungen gekommen war und

---

<sup>703</sup> Kolb, Weimarer Republik, S. 84.

<sup>704</sup> Die Angaben zur vollständigen Ausschußbesetzung vom 4.2. 1924 sind entnommen aus: „Mitteilungen Nr. 1 - für den persönlichen Gebrauch der Mitglieder der Deutschnationalen Reichstagsfraktion. Herausgegeben vom Fraktionsbureau“. Die Mitteilungen fanden sich im Tirpitz' schen Nachlaß, vgl. N 253 / 60.

<sup>705</sup> Vgl. u.a. Schmidt am 13.2. 1925 zu Offizierspensionen, in: VdRT, III. WP, Bd. 384, S. 582-584; am 3.7. 1925 in der ersten Beratung der Abänderung des Wehrmachtsversorgungsgesetzes, in: VdRT, III. WP, Bd. 386, S. 2801.



sein ungezügelter, provokativer Sprachduktus aus dem Wahlkampf bisweilen durchblitzte und den Reichstagspräsidenten Wallraf gezwungen hatte, Schmidt zur Mäßigung zurufen<sup>707</sup>, verlief die Sitzung am 13. Februar wiederum ähnlich.<sup>708</sup> Der Abgeordnete Schmidt, der hier nur kurze Ausführungen machte, beschäftigte sich mit Versorgungsansprüchen von kaiserlichen Offizieren. Mitunter durchaus sachlich brachte er die Sicht der DNVP zu dieser speziellen Frage unter den Bravorufen seiner Fraktionskollegen ein. Er betonte dabei die schwierige, teilweise aussichtslose Lage des Offizierskorps, wonach „kaum ein anderer Stand nach der Revolution vor derart schwierige Verhältnisse gestellt ist wie der Offiziersstand. Ihm ist seine Stellung genommen, ihm ist sein Beruf genommen. Große Teile des alten Offiziersstandes, insbesondere der mittleren Dienstgrade, leben in schwerstem Elend, das durch die Inflation und durch den Abbau der Beschädigtenbezüge“<sup>709</sup> noch gesteigert würde.

Die schroffe Angriffslustigkeit des Hauptmanns a.D. entfaltete sich in der zeitüblichen Form des bürgerlichen Antisemitismus beispielhaft gegenüber dem Sozialdemokraten Moses. Dieser hatte wohl kopfschüttelnd und verbal zugleich - das Protokoll verzeichnet einen „Zuruf und Unruhe“ bei der SPD - seine Mißbilligung kundgetan und von Schmidt mit einem polemischen „Herr Moses, wenn Sie es nicht verstehen - hebräisch kann ich leider nicht“ bedacht worden.<sup>710</sup> Ohne großes Aufhebens ging die Debatte weiter.

Schmidts nächster Auftritt fand genau einen Monat nach dem notwendigen zweiten Wahlgang um die Besetzung des Reichspräsidentenamtes statt, am 26. Mai.<sup>711</sup> Die Debatte um die Reichshaushaltspläne des Reichswehrministeriums für 1924 und 1925 war während des sachlichen Beitrages Schmidts entgegen vorangegangenen Vorkommnissen höchstens als lebhaft zu bezeichnen. Es entsprach dem parlamentarischen Brauch, Haushaltsverhandlungen, der parlamentarische Kern der demokratischen Staatsverfassung, dazu zu nutzen, sachliche Erwägungen mit allgemein politischen zu vermengen. Der hannoversche Abgeordnete folgte dieser Gewohnheit, wenn er nach Ausführungen zur „Besserung der wirtschaftlichen Lage der Heeresangehörigen“<sup>712</sup> sehr schnell zu seinem eigentlichen Ansinnen kam, „zu den politischen Angriffen und Anklagen gegen die Reichswehr“ durch seine sozialdemokratischen Vorredner.<sup>713</sup> Die seiner Ansicht nach bereits abschließend

---

<sup>706</sup> Vgl. u.a. Schmidt am 20.1. 1926 in der Fortsetzung der dritten Beratung des Reichshaushaltsplans für das Reichsverkehrsministerium, in: VdRT, III. WP, Bd. 388, S. 5072.

<sup>707</sup> Vgl. VdRT, II. WP, Bd. 381, S. 631 f.

<sup>708</sup> Vgl. Sitzung v. 13.2. 1925, in: VdRT III. WP, Bd. 384, S. 582-584.

<sup>709</sup> Ebd., S. 584.

<sup>710</sup> Ebd.

<sup>711</sup> Vgl. Sitzung v. 26.5. 1925, in: VdRT III. WP, Bd. 385, S. 2026-2030.

<sup>712</sup> Ebd., S. 2027.

<sup>713</sup> Ebd., S. 2027.

behandelte Frage der zwischenzeitlichen Aufstellung von Zeitfreiwilligen während des Herbsts 1923 nutzte er geschickt für eine Verknüpfung. Indem er seine grundsätzlichen Vorstellungen der staatspolitischen Aufgabe der Wehrmacht darlegte, betonte er, daß die neu geschaffene Reichswehr „ihre Aufgabe nicht in Loslösung von dem Geist der alten Armee erfüllen“ könnte<sup>714</sup>. Er verband diese Aussage mit vertrauten außenpolitischen Gedanken. Zunächst beklagte er in derbem Ton die „demütigende Art der Militärkontrolle ..., einer Militärkontrolle, wie sie kaum einem Negerstaat zugemutet wird“<sup>715</sup> und belegte dies mit eigenen Angaben, die davon ausgingen, daß „allein vom 8. September 1924 bis Anfang Januar 1925 über 2000 Kontrollbesuche gemacht worden sind ...“<sup>716</sup>.

Auf dieselbe Art, wie er von Hindenburgs Person als Militär in seinem Artikel vom 17. April schon den Schrecken zu nehmen versucht hatte, erklärte er es zur Binsenwahrheit, daß das Deutsche Reich „in einer Zeit, wo Frankreich mit seinen Vasallen 7 Millionen entgegenstellen kann, mit diesen Ländern keinen Krieg führen“ könne.<sup>717</sup> Und bevor er erwartungsgemäß die Gefährlichkeit des westlichen Anrainers einmal mehr unterstrich, stellte er das Herzstück aller seiner Überlegungen mit wenigen und gleichzeitig unmißverständlichen Worten in den Mittelpunkt: Einzig „das Heer [sei] der Ausdruck des staatlichen Willens und die Garantie für Ruhe und Ordnung“<sup>718</sup>. Dieser Gedanke, der aus seinem Munde nicht unbekannt klang, sollte zeitwährend das axiomatische Ziel aller politischen Überlegungen sein. Die Wiedererlangung der durch die Revolution - so seine Lesart - verlorengangenen Weltgeltung des Deutschen Reiches. Für ihn stand unumstößlich fest: „Nicht Frankreich braucht Sicherheit, sondern wir brauchen Sicherheit vor Frankreich“<sup>719</sup>. Eingehend auf die Besetzung des Rheinlandes machte er erneut aus, wer Deutschland zum außenpolitischen Schaden gereichte: „Gerade wer eine ruhige Entwicklung will, darf nicht die Handhabe dazu bieten, daß die Mitte Europas in chaotische Zustände gestürzt wird, darf nicht die Handhabe dafür bieten, daß Frankreich, der ewige Ruhestörer des Kontinents, weiter seine säkulare Rheinlandpolitik treiben darf“<sup>720</sup>. Die von ihm angemahnte antifranzösische, „ruhige Entwicklung“ konnte seiner Ansicht nach durch zwei Faktoren befördert werden. Erstens empfahl er den Entzug der Reichswehr vom „politischen Kuhhandel“<sup>721</sup>, ohne dies weiter zu präzisieren. Ob er damit die auch im Kaiserreich stattgehabten parlamentarischen Diskussionen um die

---

<sup>714</sup> Ebd., S. 2030.

<sup>715</sup> Ebd., S. 2028.

<sup>716</sup> Ebd., S. 2028.

<sup>717</sup> Ebd., S. 2028.

<sup>718</sup> Ebd., S. 2028.

<sup>719</sup> Ebd., S. 2029.

<sup>720</sup> Ebd., S. 2029.

<sup>721</sup> Ebd., S. 2030.

Haushaltsaufwendungen meinte, die demokratischen Kernbestand darstellten, kann nicht gesagt werden. Ob er mithin auf die Wehrpflicht hinauswollte, die mit dem internationalen Vertragswerk von Versailles radikal verkleinert worden war, kann nur vermutet werden. Zweitens riet er in altvertrauter Manier zur Erziehung der Deutschen auf die Wehrhaftigkeit hin: „Und bewußt wollen wir dessen sein, daß nur ein innerlich wehrhaftes Volk sich in all den Krisen und Spannungen, die jetzt noch über Europa und der Welt liegen, durchsetzen wird“<sup>722</sup>.

Schmidt sollte noch zwei weitere Male 1925 vor den Reichstag treten. Seine dortigen Auftritte waren am 3. Juli auf sehr kurze Anmerkungen zur Geschäftsordnung beschränkt<sup>723</sup>, während er sich in einem sehr kleinen Beitrag am 28. Mai einer Provokation gegenüber der KPD nicht enthalten konnte. Die Debatte war für eine kurze Zeit auf ein tödliches Unglück bei einer Übung der Reichswehr gekommen, weshalb er die „Herren von der äußersten Linken“<sup>724</sup> aufforderte, Polemik zu unterlassen, „der man doch auf Meilen ansieht, daß sie letzten Endes agitatorischen Zwecken dient“<sup>725</sup>. Die möglicherweise nicht ganz unberechtigte Kritik offenbarte in der umgehenden Reaktion in Form eines Zwischenrufes, die ihrerseits wiederum zu einem guten Teil der bereits erreichten Schärfe des Disputs zugerechnet werden muß, unter welcher Kategorie von Parlamentsrednern er bei gewissen politischen Gruppen firmierte: „Das sagt der Berufsdemagoge par excellence!“<sup>726</sup> Präsident Löbe konnte nun allein unter Einsatz seiner Glocke das Hohe Haus zur Raison bringen und erteilte dem kommunistischen Abgeordneten eine Ermahnung.

Von diesen beiden Auftritten abgesehen, erscheint die Bewertung von Schmidts zuvor angestellten, vor allem wehrpolitischen Gedankengängen sinnvoll, um die Kontinuität seiner politischen Überlegungen zu zeigen. Schmidts politisches Gedankengerüst bestand seit dem Ende des Krieges - schriftlich belegbar erst ab 1923 - im wesentlichen aus zwei zusammenhängenden Gedanken: Die emotional stark aufgeladene Feindschaft gegenüber Frankreich, die ihre unvorstellbare politische und psychologische Schubkraft aus der so empfundenen nationalen Entehrung durch die 1919 geschlossene Vertragsregelung gewonnen hatte und dann durch jede weitere außenpolitische Regung Frankreichs stimuliert worden war, erforderte unabdingbar, wie er es am 26. Mai gesagt hatte, ein „innerlich wehrhaftes Volk.“ Der Fixpunkt aller Gedankengänge, die Wehrhaftmachung des Volkes durch die allgemeine Wehrpflicht, das sah Schmidt nur zu gut, war vorläufig - vertraglich bedingt - noch nicht zu erreichen. Damit wurde es aber nicht im geringsten aufgegeben. Vielmehr suchte er

---

<sup>722</sup> Ebd., S. 2030.

<sup>723</sup> Vgl. Sitzung v. 3.7. 1925, in: VdRT, III.WP, Bd. 386, S. 2801.

<sup>724</sup> Sitzung v. 28.5. 1925, in: VdRT, III. WP, Bd. 385, S. 2163.

<sup>725</sup> Ebd.

<sup>726</sup> Ebd.

dieses Ziel - und auch das zählte er zur inneren Wehrhaftmachung - stets in den Köpfen wachzuhalten. Um dem Ziel näher zu kommen, arbeitete er immerwährend daran, eine diesen Wegen wohlgesonnene Regierung zu inthronisieren, ob sie nun als nationales Direktorium oder als Regierung nationaler Persönlichkeiten firmierte.

Schmidts Denken war damit ganz offensichtlich nicht mit dem vereinbar, was der deutsche Außenminister - verkürzt dargestellt - als Ausgangspunkt seiner Überlegungen nahm. Auch er wußte um die stark eingeschränkte Militärmacht Deutschlands und auch er wollte letzten Endes die Revision des Versailler Vertrages. Doch den Weg dorthin befand er in der Nutzbarmachung des eigenen wirtschaftlichen Gewichts, um außenpolitisch wieder an Rang zu gewinnen und um von einem mühsam erarbeiteten, auf weitestgehendem Entgegenkommen gegenüber Frankreich beruhenden Vertrauensverhältnis aus mit kleinen Schritten politische Erleichterungen zu erlangen. Der schon früher verlautbarte Satz „..., wenn Frankreich etwas rät, müssen wir das Gegenteil tun“<sup>727</sup> verriet bei aller Unschärfe, die Schmidt zuweilen an den Tag legte, mit erhellender Einfachheit, mit wem er auf keinen Fall die Annäherung suchte. In Anlehnung an ein 22 Jahre später gegen Preußen gewendetes Diktum, könnte seine außenpolitische Maxime überspitzt und dennoch treffend lauten: Die Wurzel alles Übels ist Frankreich. Eine wie auch immer geartete Versöhnung mit dem westlichen Nachbarn war außerhalb der politischen Optionen, mit denen sich die Gedanken des königlich-preußischen Hauptmanns im Generalstab a.D. überhaupt beschäftigten konnten. Zu prägend waren die Kriegserfahrungen für ihn gewesen, zu tief saß der Schmerz des stolzen deutschen Offiziers über die als solche gedeutete, aber nie so empfundene Kriegsniederlage. Für Schmidt war der auf das schärfste abgelehnte Vertrag von Versailles die Quelle der Legitimation für alle nachfolgenden völkerrechtlichen Verträge, zunächst Dawes und Locarno, mit den Siegerstaaten des Ersten Weltkrieges. Das Sicherheitsbedürfnis Frankreich, das in der realpolitischen Einsicht Stresemanns zur Aussöhnung mit dem westlichen Nachbarn führte, lag für den ehemaligen Hauptmann nicht im Bereich möglicher Handlungsoptionen. Diametral stand er dadurch einer der Grundeinsichten des Außenministers gegenüber, wonach *„ohne Kompromiß, d.h. ohne einen Ausgleich, noch nie etwas Großes in der Welt geschaffen worden ist, was Bestand hatte“*<sup>728</sup>.

Abschließend kann gesagt werden, daß sich Schmidt nach dem von ihm befürworteten Eintritt in die Regierung auf seinem Fachgebiet in den parlamentarischen Betrieb einbrachte und integrierte. Allerdings war an seinen Äußerungen und seinem Verhalten vorläufig ablesbar, daß er seine aus dem Wahlkampf her bekannte schroffe Rhetorik schwerlich im Reichstag zu mäßigen bereit war. Über dies hinaus war nach über

---

<sup>727</sup> NZ v. 17.5. 1924.

einjähriger Parlamentszugehörigkeit jene unverbrüchliche politische Konstante allgegenwärtig, keine Kompromisse in grundsätzlichen Fragen der Außenpolitik einzugehen. Es war absehbar, daß Schmidt sich nur wortgetreu – wie der Vorsitzende des benachbarten Landesverbandes Hannover-Süd schon auf der deutschnationalen Parteivertretertagung Ende Februar 1925 bemerkt hatte – daran halten würde, „daß die Fraktion ... nunmehr in mancher Beziehung stark gebunden“ sei<sup>729</sup>, kurz: Fragen, die nicht die Außen- und Wehrpolitik betrafen, waren zumeist erörterbar und verhandelbar – alle anderen nicht.

Die im Januar ernannte Koalitionsregierung aus Zentrum, Bayerischer Volkspartei, Deutscher Volkspartei und Deutschnationalen war sich wohl bewußt - das hatte äußerlich allein ihr schwieriges Zustandekommen gezeigt -, daß ihre Bewährungsprobe in der Außenpolitik liegen sollte.<sup>730</sup> Für die Deutschnationalen sollte sehr schnell deutlich werden, daß der von Stresemann, mit dem jetzt drei Deutschnationale am Kabinetttisch saßen, seit dem August 1923 offiziell eingeschlagene Weg der deutschen Außenpolitik weitergegangen werden würde, um in der internationalen Politik Kontinuität an den Tag zu legen. So nahm es nicht wunder, daß die Koalition just an einem außenpolitischen Ereignis zerbrach. Dies geschah mit der Konferenz von Locarno<sup>731</sup>, in der unter der Bezeichnung West- oder Rheinpakt die Verzichtserklärung Deutschlands, Frankreichs und Belgiens über die gewaltsame Veränderung der in Versailles bestimmten Grenzen im Westen und der nicht endgültigen Regelung gegenüber Polen firmierte. Die drei Minister der DNVP traten deswegen am 25. Oktober aus der Regierung aus.<sup>732</sup>

In Anbetracht seiner bisherigen Haltung kam die Ablehnung gegenüber den Artikeln 1 und 6, welche die Unverletzlichkeit der Grenzen des Versailler Vertrages und die Unantastbarkeit der Rechte und Pflichten desselben thematisierten<sup>733</sup>, erwartungsgemäß. In einer EntschlieÙung mehrerer nordwestdeutscher Landesverbände, zu denen auch der seinige gehörte, verwahrte man sich deshalb gegen das Vertragswerk, da man hierin – und es ging immer wieder darauf zurück – die „erneute freiwillige Unterschrift unter das Versailler Diktat“<sup>734</sup> sah. Eine am 23. Oktober von den Landesverbandsvorsitzenden auf dem Parteitag abgegebene

---

<sup>728</sup> Stresemann im Frühjahr 1927, zit. nach: Hildebrand, Reich, S. 456.

<sup>729</sup> Zusammenfassung der gehaltenen Reden, zit. nach: NZ v. 25.2. 1925.

<sup>730</sup> Vgl. u.a. zu den außenpolitischen ‚Klippen‘ der Jahre 1925 und 1926: Michalka, W./ Lee. M. (Hgg.), Gustav Stresemann, Darmstadt 1982.

<sup>731</sup> Vgl. Hildebrand, Reich, S. 454-457; Schwarzmüller, Mackensen, S. 210.

<sup>732</sup> Vgl. NZ v. 27.10. 1925.

<sup>733</sup> Vgl. v. Freytagh-Loringhoven, Non possumus! NZ v. 27.10. 1925.

<sup>734</sup> StA Osnabrück Erw. C1 Nr. 1, DNVP Landesverband Osnabrück, Vorstandsakten Hagen: EntschlieÙung der Landesverbände Hannover-Ost, Hamburg, Osnabrück, Oldenburg, Ost-Friesland und Bremen (o.D.). Die Diktion der ParteitagsentschlieÙung in einer Meldung vom

Erklärung sprach sich gegen Locarno aus, weshalb Schmidt in der kurzweiligen Fraktionssitzung am Abend des 25. Oktober im Sinne dieser Entschließung gegen die Außenpolitik Stresemanns stimmte.<sup>735</sup> Allenthalben forderte er den Rücktritt des Außenministers.<sup>736</sup>

Der allenthalben befürchtete zweite 29. August, der in den Worten Freytaghs zwangsläufig zum „Ende der nationalen Bewegung“<sup>737</sup> geführt hätte, was mit hoher Wahrscheinlichkeit bei einem erneuten Auseinanderbrechen der Fraktion tatsächlich geschehen wäre, war in bezug auf die Person Schmidts nicht in seiner Eindeutigkeit der „entscheidende Grund“<sup>738</sup> für den Austritt aus der Regierung. Vielmehr mußte dies insofern relativiert werden, als Stresemanns Entscheidung für Locarno zumindest genauso schwerwiegend für seine Entscheidungsfindung war, anders ausgedrückt: Schmidt, der sich nach dem Hitler-Putsch und auch nach der Dawes-Abstimmung für die Geschlossenheit der vaterländischen Verbände und der DNVP eingesetzt hatte, rückte von dieser Position nicht ab. Aber die Abwägung Erhalt der Fraktion durch Akzeptanz von Locarno gegen Bruch der Fraktion durch Ablehnung Locarnos wäre eindeutig für den Bruch ausgegangen. Das bei allen Mitgliedern vorhandene Wissen darum verhinderte die Spaltung der Fraktion.<sup>739</sup> Es ist aufgrund Schmidts vorheriger Stellungnahmen nicht vorstellbar, daß Schmidt seine außenpolitische Linie verlassen hätte.

Wie sah nun Schmidts Reaktion auf die Unterschrift des Reichspräsidenten unter den Vertrag von Locarno aus? Er hielt es aufgrund seiner Verehrung für Generalfeldmarschall von Hindenburg zeitlebens nicht für angemessen, diesen öffentlich stark zu kritisieren. Ob der eidesgetreuen Amtsführung des Staatsoberhauptes, das mitunter von Tirpitz, Mackensen und Ludendorff wegen des Vertrages bestürmt wurde<sup>740</sup>, stellte sich bei Schmidt früh Ernüchterung ein. In ungewohnter Zurückhaltung besänftigte er „übertriebene Hoffnungen so mancher treuer Deutscher“, da „ein einzelner Mensch nicht von heute auf morgen, nicht in Wochen und Monaten die sichtbare Gesundung bringen“ könne – daß er diese Hoffnungen selbst gehegt hatte, deutete seine Formunierung an. Und als wollte er seine eigenen Worte relativieren, sah er in Hindenburg „schon jetzt Hort und Symbol

---

16.11. sprach beinahe wortgleich von der „freiwilligen deutschen Anerkennung des Diktates von Versailles“, zit. nach: NZ v. 18.11. 1925.

<sup>735</sup> Vgl. Meldung in der NZ v. 27.10. 1925.

<sup>736</sup> Vgl. StA Osnabrück Erw. C1 Nr. 1, DNVP Landesverband Osnabrück, Vorstandsakten Hagen: Entschließung der Landesverbände Hannover-Ost, Hamburg, Osnabrück, Oldenburg, Ost-Friesland und Bremen (o.D.).

<sup>737</sup> v. Freytagh-Loringhoven, Non possumus! NZ v. 27.10. 1925.

<sup>738</sup> Dörr, DNVP, S. 183.

<sup>739</sup> Vgl. ebd., S. 183, 186.

<sup>740</sup> Vgl. ebd., S. 199.

der Reichseinheit“<sup>741</sup>. Im ganzen sprach aus Schmidt eine ungäubige und sprachlose Pietät gegenüber dem ‚Alten Herrn‘ ob der unerwarteten Linie Hindenburgs, hinter dem er „nach wie vor“<sup>742</sup> stand.

Mit dem Ende der Koalition im Reich war auch das Ende der Schonzeit publizistischer Zurückhaltung Schmidts gekommen. Nachdem er in den Monaten Januar bis November 1925 nicht einen seiner meistens vernichtenden Leitartikel in die deutschnationale Niederdeutsche Zeitung eingebracht hatte, was mit Rücksicht auf die eigene Beteiligung an der Macht und zeitlich und inhaltlich limitierter Bereitschaft zu konstruktiver Mitarbeit am Staat zu erklären ist, brach nun der Bann. Im Verlauf des Jahres 1926 sollte er nicht weniger als sieben Leitartikel schreiben. Hauptschriftleiter der Niederdeutschen Zeitung war seit 1926 der Hauptmann a.D. Hans Brosius, Leiter des Kreisvereins Hannover der DNVP und aktives Mitglied im Stahlhelm. Vorrangig mit einem politisch Gleichgesinnten wie Brosius gelang Schmidt die Überzeugungsarbeit im konservativen Milieu „insbesondere durch systematische Einwirkung auf die Kleinpresse“<sup>743</sup>. Die Zusammenarbeit der beiden Hauptleute a.D. während ihrer „niederdeutschen“ Zeit bildete darüber hinaus die Grundlage der gemeinsamen Pressearbeit in der Berliner Parteizentrale der DNVP.

#### **5.4. Wieder in der Opposition (Januar 1926 – Dezember 1926)**

Nachdem am 19. Januar 1926 eine Regierung erneut unter Reichskanzler Luther aufgestellt worden war, sahen sich die Deutschnationalen wieder in der Opposition. Einflußreiche Verbände wie der Reichslandbund und der Reichsverband der Deutschen Industrie drängten die Partei jedoch in die Verantwortung.<sup>744</sup> Hinzu kam, daß die Reichspräsidenschaft Hindenburgs den deutschnationalen Willen zur Beteiligung an der Macht unter fortbestehender tiefster innerer Ablehnung unterbewußt

---

<sup>741</sup> Alle drei Zitate entstammen einem recht kurzen Artikel Schmidts über „Hindenburg und Hannover“, in: NZ v. 2.10. 1925.

<sup>742</sup> Schmidt an Seldte, 15.12.1925, Nachlaß Kuno von Westarp, Gaertringen.

<sup>743</sup> Schmidt an Westarp, 25.4. 1928, Nachlaß Kuno von Westarp, Gaertringen. Schmidt erwähnt in diesem Schreiben auch die Erstellung von „Rüstzeugen“ für Redner sowie „Rednerführer“, die allerdings nicht aufgefunden werden konnten.

Die Einwirkung auf die Kleinpresse gelang im wesentlichen durch die „Korrespondenzen“ der Telegraphen-Union (TU) und durch Maternendienste wie den Deutschen Schnelldienst (dsd). 1926 waren nicht weniger als 1600 Zeitungen diesen Versorgungswegen aus dem Scherl-Verlag angeschlossen. Vgl. Kolb, Weimarer Republik, S. 107.

<sup>744</sup> Vgl. Dörr, DNVP, S. 212-214, 245. Jones (Stabilisierung, S. 187) weist nach, daß RLB und RDI im Dezember 1925 eindringliche Vorschläge zur Wirtschafts- und Steuerreform (Steuernachlässe) und für Schutzzölle der Partei unterbreitet hatten. Gerade für die Zeit der deutschnationalen Regierungsbeteiligungen muß deshalb die nur für die Endphase der Republik eindeutig zutreffende Aussage Kolbs, wonach der RLB „eine der Hauptstützen des rechtskonservativen Antiparlamentarismus“ gewesen sei, leicht korrigiert werden. Der RLB war temporär begrenzt an der Mitarbeit im „System“ nachdrücklich interessiert. Kolb, Weimarer Republik, S. 197.

gestärkt hatte und die Große Koalition als politische Kalkulation stets denkbar war. Die Deutschnationalen zerschnitten deshalb nicht die Möglichkeiten einer Sondierung. Die ersten Äußerungen Schmidts in der Niederdeutschen Zeitung beschäftigten sich allerdings mit einem außenpolitischen Thema. Stresemanns beharrlicher Politik war es gelungen, den offiziellen Wiedereintritt in die Gemeinschaft der Völker, in den Völkerbund, zu erreichen.<sup>745</sup> Da die Verhandlungen in Genf unter anderem wegen des von Deutschland geforderten ständigen Sitzes im Völkerbundrat und der Modalitäten der Sanktionsverpflichtungen (Artikel 16)<sup>746</sup> nicht im März zu einem sofortigen erfolgreichen Ende gebracht werden konnten, stand das Urteil Schmidts, das sich nicht von demjenigen der Parteiführung unterschied<sup>747</sup>, sehr früh fest. Der Artikel, der bezeichnenderweise mit dem Titel „Gedanken zum Reifall von Genf“<sup>748</sup> überschrieben war, beschäftigte sich mit den zehntägigen Verhandlungen im März, in denen sich die deutsche Delegation angeblich „zum Narren [ge]halten und dann die Tür vor der Nase zuschlagen“ haben lasse. Spöttisch fuhr er fort: „Alle Beschwörungen des ‚Geistes von Locarno‘ nutzten nichts; Stresemanns Politik ist ein Trümmerhaufen von Illusionen.“ Die subjektive Verachtung gegenüber dem Völkerbund begründete er im folgenden mit negativen Erfahrungen in der Vergangenheit, wenn er vom Völkerbund als dem Bund sprach, „dem wir den Verlust Oberschlesiens verdanken, der bezüglich Danzigs, Eupens usw. so kläglich versagte, der neulich im Mossulkonflikt seine Ohnmacht und Lächerlichkeit zeigte, von dem wir erst ausgeschlossen bleiben sollten und in den man uns dann, als er an Entkräftung einzugehen drohte, händeringend einlud. Man pries ihn, obgleich Amerika ihm wohlweislich fernblieb.“

Es sollte Stresemann zwar am 8. September gelingen, einen Beschluß der Völkerbundsversammlung für die Aufnahme Deutschlands zu erreichen, aber der Erwartungsdruck, der auf ihm lastete war immens. Wenn Schmidt vom „Reifall von Genf“ und dem illusionären „Geist von Locarno“ sprach, dann war er Teil einer Stimmung, die sich hochemotional und mit wenig Gespür für die sensible Natur einer Verständigung mit Frankreich regte. Realitätsfern und doch als Teil der politischen Wirklichkeit forderte Schmidt erwartungsvoll und *stante pede* eine unerreichbare Revision der außenpolitischen Gegebenheiten. Der Faktor Zeit, der bei der Bildung von gegenseitigem Vertrauen eine so eminent wichtige Rolle spielte, hatte in Schmidts Sicht keinen Platz.<sup>749</sup>

---

<sup>745</sup> Vgl. zum Eintritt in den Völkerbund die detaillierte Studie von: Spenz, J., Die diplomatische Vorgeschichte des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund 1924-1926. Ein Beitrag zur Außenpolitik der Weimarer Republik, Göttingen 1960, S. 33 ff.

<sup>746</sup> Kolb, Stresemann, S. 109.

<sup>747</sup> Dörr, DNVP, S. 207 f.

<sup>748</sup> Hauptmann Schmidt-Hannover (MdR), Gedanken zum Reifall von Genf, NZ v. 30.3. 1926.

<sup>749</sup> Vgl. Hildebrand, Reich, S. 477 f.; Kolb, Weimarer Republik, S. 70 f.



Für Schmidt bot der von „einem Großteil der Deutschen [für] recht unpopulär“<sup>750</sup> gehaltene Völkerbundbeitritt im Gegensatz zu Stresemann keine Möglichkeiten, sich politisch wieder in die Gemeinschaft der Völker einzureihen. Deutschlands außenpolitischen *status quo* durch mühsame und langwierige Arbeit zu verbessern, lag nicht in seinem außenpolitischen Kalkül. Seine gegen Frankreich gerichtete, haßerfüllte Maxime, die Stresemanns Politik massiv unterminieren sollte, nahm sich folgendermaßen aus: „Sie [Schmidts politische Programmatik – d. Vf.] ist verwurzelt mit Boden und Tradition; sie will das deutschen Volk innerlich stark und wehrhaft machen, denn sie weiß, daß die Natur eine unerbittliche Schule ist, in der alles Schwache vergeht und in der Verrat am Boden und am Blut sich rächt“. Schmidt bewertete demnach die offizielle deutsche Außenpolitik zornbeladen als „Verrat“. Er reihte sich mithin ein in die kompromißlos „haßerfüllten Stimmen des deutschen Nationalismus, die täglich über den Rhein schallten“<sup>751</sup>.

Schmidts Widerstand gegen Stresemanns Politik der wägenden Revision, die mit feinem Geschick und zäh zugleich suchte, das Mögliche aus der schwierigen außenpolitischen Konstellation herauszuholen, wurzelte im Grundsätzlichen. Die Politik des Außenministers war seiner seiner Logik nicht angängig, weil er die Grundlagen des internationalen Systems nicht anzuerkennen bereit war. Aus seiner Sicht gab es keinen Sieger des Weltkrieges, der Frankreich hieß, und folglich baute der Versailler Vertrag auf einer Argumentation auf, die er - um das Mindeste zu sagen - nicht als legitim ansah. Schmidt wollte nicht zurück in die Völkergemeinschaft, er sah es vielmehr als ehrabschneidende Anmaßung an, sich faktisch lange Zeit aus dieser ausgestoßen fühlen zu sollen. Wie sollte es angehen, daß ein ehemaliger königlich-preußischer Offizier die Wiedererlangung der politischen Gleichberechtigung auf internationaler Ebene als außenpolitische Maxime verinnerlichen sollte, wenn er zehn bis fünfzehn Jahre zuvor, nach eingehender militärischer Sozialisation, mit hoher Wahrscheinlichkeit die Hegemonie auf dem Kontinent zumindest erwünscht hatte. Emotional und rational verweigerte er sich der Realität, weil diese für ihn nur eine künstliche war, die alsbald zusammenbrechen würde. Eben an dieser Stelle schied sich Schmidt vom außenpolitischen Sprecher der Fraktion, Professor Hoetzsch. Für ihn war in einer Rede am 24. November die „Entscheidung .. gefallen, jetzt gilt es, für möglichst gute Arbeit im Dienste der deutschen Interessen in Genf auch die Grundlagen zu schaffen ... Auch für uns ist dieser Beitritt in den Völkerbund eine Tatsache und eine Bindung des internationalen Rechts“<sup>752</sup>. Der Widerspruch zu

---

<sup>750</sup> Kolb, Stresemann, S. 109. Vgl. Hildebrand, Reich, S. 485-487.

<sup>751</sup> Hildebrand, Reich, S. 478.

<sup>752</sup> Hoetzsch, zit. nach: Dörr, DNVP, S. 256 f.

Schmidt war damit offensichtlich. Mehr noch, im deutschnationalen Hannover regte sich ungestüm das Unbehagen gegen die außenpolitische Linie der Fraktion.<sup>753</sup>

So wenig er auf außenpolitischem Gebiet zu irgendwie gearteten Konzessionen bereit war, so bot sich bei genauer Betrachtung innenpolitisch - für seine Verhältnisse - eine vorläufig moderate Position des hannoverschen Abgeordneten.<sup>754</sup> Ordnungsgemäß und pflichtbewußt nahm er für den Verkehrsausschuß seine Aufgabe als Berichterstatter wahr.<sup>755</sup> Dem widersprach es gleichwohl nicht, wenn er seine Überzeugung, daß der „Weimarer Überparlamentarismus“ dem deutschen Volk „wesensfremd“ sei und daß dagegen „innere Wehrhaftigkeit und nationale Führung des Staates die einzige Möglichkeit“ sei<sup>756</sup>, beständig kundtat. Verärgertes Überraschtsein von der leichten Stabilisierung der Republik seit dem Krisenjahr 1923 kam in seinen Ausführungen zum dritten Todestag Schlageters zum Ausdruck: „Haben wir .. Grund, nur deshalb, weil Aufstände und Unruhen größeren Ausmaßes im letzten Jahr nicht eintraten, weil Hindenburg gewählt wurde und die Währung stabil geblieben ist, die Revolution schon .. für überwunden zu halten ...?“<sup>757</sup>

Revolution setzte Schmidt zeitlebens mit der SPD gleich, die in Preußen ihre Machtbastion besaß und reichsweit ebenfalls die stärkste Fraktion stellte. Der politische Neid auf die Bindungskraft des sozialdemokratischen Milieus vernahm sich in Schmidts Worten folgendermaßen: „Der von ihr [der SPD – d. Vf.] künstlich verbreitete Trugschluß, Sozialdemokratie und Arbeiterschaft wären identisch, hat zu der verhängnisvollen These der Mittelparteien geführt, daß ohne die Sozialdemokratie nicht regiert werden könne“<sup>758</sup>. Damit brachte er zugleich zum Ausdruck, was er samt

---

<sup>753</sup> Vgl. N 1211 / 33 Landesverband Hannover-Süd an Westarp, 13.12. 1926. Da bis hier keine Meinungsverschiedenheiten zwischen den Landesverbänden Hannover-Süd und -Ost oder ihren Reichstagsabgeordneten bekannt geworden war, wurde im Analogieschluß eine ähnliche Stimmung in Schmidts Wahlkreis antizipiert.

<sup>754</sup> Vgl. Dörr, DNVP, S. 214.

<sup>755</sup> Vgl. für die Verhandlungen um den Haushalt des Reichsverkehrsministeriums: VdRT, III. WP., Bd. 388, 20.1. 1926, S. 5072; Bd. 389, 16.2. 1926, S. 5582 f.; Bd. 389, 25.3. 1926, S. 6663; Bd. 390, 11.6. 1926, S. 7461 f.

<sup>756</sup> Alle drei Zitate aus: Schmidt, Gedanken zum Todestage Schlageters, NZ v. 6.6. 1926.

<sup>757</sup> Schmidt, Gedanken zum Todestage Schlageters, NZ v. 6.6. 1926. Kritik an Hindenburg, die die NZ (v. 13.5. 1926) unter ihrem neuen Hauptschriftleiter Hans Brosius nicht unziemlich scharf, aber deutlich an ihm vor allem wegen der Außenpolitik übte, war Schmidt in keinem seiner Aufsätze nachzuweisen. Selbst bei der auf der Rechten mit großer Empörung aufgenommenen Entlassung Seeckts am 6.10. durch Hindenburg infolge der Teilnahme eines Hohenzollern-Prinzen an einer Reichswehrübung (vgl. Brosius, H., Es ist erreicht! NZ v. 10.10. 1926) war von Schmidt keine negative Äußerung zu vernehmen. Da Schmidt zeitlebens keine scharfe öffentliche Kritik an Hindenburg verkündete, kann das auch in diesem Fall angenommen werden. Wie seine tatsächliche Haltung hierzu war, konnte aufgrund Mangels an Belegen nicht festgestellt werden.

<sup>758</sup> Schmidt, O., Gedanken zum Todestage Schlageters, NZ v. 6.6. 1926. Schlageter war binnen kürzester Zeit zum nationalen Märtyrer firmiert, um dessen Vereinhaltung sich die rechten politischen Parteien bemühten. Für Schmidt war der Todestag allerdings nur der Aufhänger für seinen Artikel; dem Anfang Dezember 1927 von Heinz Hauenstein gegründeten „Bund der Freunde Schlageters“ gehörte Schmidt nicht an. Im Vorstand saßen ausschließlich Personen

seiner Fraktion am meisten fürchtete. Nachdem das Kabinett Luther im Mai 1926 zerbrochen war, wurde das folgende bürgerliche Minderheitskabinett unter Marx weithin und „von vornherein nur als ein Provisorium betrachtet“<sup>759</sup>. Zwar war Westarp im Laufe des Jahres 1926 in enge Fühlung mit Hindenburg und dem Fraktionsvorsitzenden der DVP, Scholz, über die Aufstellung einer stärker nach rechts orientierten Regierung getreten; aber ein anderes politisches Kalkül durchzog wirkungsmächtig die politischen Konstellationen: Die DDP und das Zentrum tendierten nach dem fehlgeschlagenen Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der Fürstenhäuser, der eine gewisse Linksorientierung der Wähler offenbarte, zu einer Vergrößerung des Kabinetts um die SPD.<sup>760</sup> Hatte Schmidt im Volksentscheid ohnehin schon die Schaffung einer „klaren Front“<sup>761</sup> zwischen den Protagonisten und Antagonisten erblickt, galt ihm nun in Kontinuität seiner originären Position die „Ausschaltung des Machteinflusses der Sozialdemokratie“<sup>762</sup> als unbedingt notwendig. Eine große Koalition unter Einschluß der SPD mußte in seinen Augen verhindert werden.

Ein machtvolles Gegengewicht mit 103 Reichstagsmandaten wollte die DNVP darstellen. Schmidt ließ darüber hinaus erkennen, wen er sich als notwendigen Regierungskoalitionär in dieser „Front“ vorstellen konnte: die DVP. Mehr noch, er unterstützte die auf einem Vorschlag von Gayl und Jarres beruhende Idee einer Vereinigung von DVP und DNVP von Ende Juni 1926.<sup>763</sup> Gayl hatte nicht nur im ersten Wahlgang um das Reichspräsidentenamt die Wahl Jarres' im wesentlichen vorbereitet, sondern beide kannten sich schon eine geraume Zeit aus dem Reichsrat, in dem 1921 eine Arbeitsgemeinschaft der beiden Parteien ins Leben gerufen worden war. Schmidt begrüßte nun den Aufruf, hoffte auf seine Umsetzung und die Erweiterung seiner Zielsetzung. Mehr noch, es war ihm auf dem Landesparteitag seines Wahlkreises

---

aus dem Ruhr-Kampf. Vgl. GStA PK HA I Rep. 77 Tit. 4043 Nr. 683 Bund der Freunde Schlageters.

<sup>759</sup> Kolb, Weimarer Republik, S. 85.

<sup>760</sup> Vgl. Ruppert, K., Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930, Düsseldorf 1992, S. 287 ff. (i.f. zit. als: Ruppert, Zentrum). Ruppert stellt die Politik des Zentrums in ausführlicher Form dar. Die Verhandlungen mit der DNVP, die überwiegend informell abliefen, finden allerdings nur einen geringen Niederschlag. Einschlägig zur Fürstenteignung, vgl. Schüren, Der Volksentscheid zur Fürstenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherren als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978.

<sup>761</sup> Schmidt, O., Klare Front! NZ v. 20.6. 1926.

<sup>762</sup> Schmidt, O., Zum deutschnationalen Landesparteitag Ost-Hannover, NZ v. 14.8. 1926.

<sup>763</sup> Das Originaldokument befindet sich in: Nachlaß Jarres / 37 vorl. Entschließung Gayl / Jarres an Hindenburg, Stresemann und Westarp, 30.6. 1926. Vgl. ausführlich: Richter, DVP, S. 430-441; Dörr, DNVP, S. 249 f.

gelingen, daß „einstimmig eine von mir in diesem Sinne vorgeschlagene EntschlieÙung angenommen“ wurde.<sup>764</sup>

Allein, das Ansinnen scheiterte einerseits an Westarps Prioritätensetzung, wonach zuerst der gemeinsame Eintritt in eine Regierung und danach eine Fusion ins Auge gefaÙt werden sollte. Andererseits wollte sich die DVP schließlich im preußischen Landtag und im Reichstag ihre Koalitionsfähigkeit nicht einschränken lassen.<sup>765</sup> Gleichwohl war die von Schmidt nachdrücklich geforderte Kooperation mit der DVP im Spiegel der an Deutlichkeit nicht zu übertreffenden Kritik an Stresemann als interessante Gratwanderung zu betrachten. Ein erstaunliches Maß an Opportunismus offenbarte Schmidt, wenn er die außenpolitische Orientierung der Deutschnationalen nicht als Hindernis für ein Zusammengehen gelten ließ: „Gegen den Vorschlag, der ja letzten Endes auf die Schaffung einfacherer und größerer Linien in unserer Innenpolitik herausläuft, wird von volksparteilicher Seite die gegensätzliche Auffassung der beiden Parteien in außenpolitischen Fragen, insbesondere in der Frage des Locarnopaktes, ins Felde geführt. Nun, erstens gibt es auch im Lager der Volkspartei wohl manchen, der der Stresemannschen Außenpolitik ablehnend oder skeptisch gegenübersteht. Zweitens sei vergleichend daran erinnert, daß doch seit Jahren volksparteiliche Minister, die den Versailler Vertrag abgelehnt haben, in derselben Regierung mit Parteien arbeiten, die diesen Vertrag annahmen. Wenn sich somit Anhänger und Gegner des Versailler Vertrags, des grundlegenden Instruments unserer Knechtung, in Regierungsgemeinschaft zusammenfanden, so dürften folgerichtig doch die Anhänger des Locarnovertrages nichts gegen eine Arbeitsgemeinschaft mit dessen Gegnern haben“<sup>766</sup>. Interessant sind Schmidts Äußerungen deshalb, weil sie seine ungewollte Akklimatisierung an parlamentarische Notwendigkeiten verdeutlichen. Mit welcher ungewohnt pragmatischen Leichtigkeit er über für ihn grundsätzlich abzulehnende politische Positionen (Locarno) hinwegsah, ließ nicht nur seine angewöhnte Vertrautheit mit den Spielregeln der demokratischen Mehrheitsbildung erkennen. An

---

<sup>764</sup> N 1211 / 41 Stellungnahme Schmidts zum Aufruf Gayl / Jarres, o.D. Da Schmidt in diesem Aufruf davon spricht, daß der Parteitag „vor wenigen Tagen“ stattfand, kann die hier zitierte Stellungnahme ungefähr auf Mitte August 1926 datiert werden. Die in der Stellungnahme erwähnte EntschlieÙung des Landesverbandes ist nicht im Nachlaß vorhanden.

Durchaus positiv bewertete auch Graf Westarp dieses Unterfangen, nannte Voraussetzungen für ein Zustandekommen und betonte, daß eine mögliche Regierungskoalition auch das Zentrum umfassen müÙte, wenn sich in ihm die Teile, die „auf dem Boden der Rechten“ ständen, durchsetzten. Vgl. NZ v. 24.8. 1926. Der Partei- und Fraktionsvorsitzende wies damit den eventuellen Weg für eine zukünftige Regierung.

<sup>765</sup> Vgl. Schwerin, G., Wilhelm Frhr. v. Gayl, der Innenminister im Kabinett Papen 1932, Erlangen-Nürnberg 1972, S. 32-38.

<sup>766</sup> Schmidt, O., Zum deutschnationalen Landesparteitag Ost-Hannover, NZ v. 14.8. 1926. Die Tatsache, daß die Niederdeutsche Zeitung Schmidt pünktlich den Raum des Leitartikels zu ausschließlich deutschnationalen osthannoverschen Zwecken überläÙt, belegt eindrucksvoll, daß die Niederdeutsche Zeitung ein pures Parteiblatt war. Ferner kann anhand des Artikels

der Höhe des Preises, den er zu bezahlen bereit war, ließ sich erkennen, wie sehr er in die Regierungsverantwortung drängte.

Für Schmidt ergab sich aus seiner taktisch parlamentarischen Haltung die schwierige Aufgabe, dieses „Hinein in den Staat“<sup>767</sup>, wie es der Stahlhelm ausdrückte, dem konservativen Milieu zu vermitteln. Er verwarf deshalb den in Verbänden der vaterländischen Bewegung wie dem Alldeutschen Verband zirkulierenden Gedanken, sich von kommenden Wahlen absichtlich fernzuhalten. Nach der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, für die die DNVP jetzt nicht mehr verantwortlich zeichnen mußte<sup>768</sup>, erklärte er vor dem völkischen Reichsausschuß der DNVP auf dem Kölner Parteitag am 9. September: „Wir würden gern die Partei opfern, wenn dadurch der Abbau des Weimarer Parlamentarismus möglich wäre. Man kann ihn aber nicht durch die jetzt oft auftauchende Parole ‚Wahlenthaltung‘ herbeiführen. Wahlenthaltung rechts würde die Diktatur der Linken herbeiführen“<sup>769</sup>. Allenthalben war zu erkennen, daß er die Partei wie stets nur als Mittel zum Zweck, nämlich zur Beseitigung der Demokratie ansah. Andererseits wurde deutlich, daß er keine totale Obstruktion betrieb, sondern gerade in der von Parteien bestimmten parlamentarischen Regierungsform eine vorläufige Notwendigkeit erblickte.

Der diffundierende, kleine rechte Flügel der Fraktion stellte sich zu Anfang des Jahres 1926 politisch selber ins Abseits. Durch das Bekanntwerden von Putschplänen unter der Ägide vornehmlich alldeutscher Politiker wie Claß und Hugenberg<sup>770</sup> war hier zunächst die politische Ernsthaftigkeit und damit der Einfluß abhanden gekommen. Die Frontenbildung innerhalb der Fraktion war - bereits in der Gründung der Partei angelegt - noch nicht so weit gediehen, daß ein Fixpunkt totaler Obstruktion eine Einigung ermöglichte. Die Mehrheit der Fraktion folgte dem Kurs Westarps.<sup>771</sup> Die Partei war in der inneren Ablehnung gegenüber der demokratischen Verfassung und

---

festgestellt werden, daß es nicht Anspruch des Blattes war, in seinem Leitartikel das politische Geschehen fein zu sezieren, sondern einzig die Position der DNVP darzulegen.

<sup>767</sup> Dies war die Parole, die Seldte auf einer Vorstandssitzung des Stahlhelm Landesverbands Berlin am 7.10. 1926 ausgab. Vgl. GStA PK HA I Rep. 77 Tit. 4043 Nr. 328 Betätigung des Stahlhelms, Bd. 1, 1926-1930: Polizeipräsident (Berlin) an preußisches Ministerium des Innern, 21.10 1926: Entwicklung des Stahlhelms.

Der Versuch, einen Zusammenschluß aus Stahlhelm und DNVP / DVP zu erreichen, mißlang überdies Ende September. Ein Polizeibericht führte über eine Vorstandssitzung des Stahlhelm-Landesverbandes Berlin vom 7.10., die sich mit der Magdeburger Bundestagung vom 2. und 3.10. befaßte, Folgendes aus: „Die Verhandlungen der Stahlhelmleitung mit verschiedenen Abgeordneten der Rechtsparteien über ein Zusammengehen seien gescheitert“. GStA PK HA I Rep. 77 Tit. 4043 Nr. 328, Betätigung des Stahlhelms, Bd. 1, 1926 - 1930: Polizeipräsident (Berlin) an preußischen Minister des Innern, Entwicklung des Stahlhelm, 21.10. 1926.

<sup>768</sup> Vgl. Dörr, DNVP, S. 251.

<sup>769</sup> Schmidt, O., Vaterländische Bewegung und Deutschnationale Volkspartei, NZ v. 14.9. 1926. Die Ausführungen fanden sich dreigeteilt auch in den „Wesermünder Neuesten Nachrichten“ v. 17./ 18. und 20.9. 1926 sowie als Sonderdruck der Buchdruckerei der NZ, in: N 1211 / 34.

<sup>770</sup> Vgl. Dörr, DNVP, S. 220-225.

<sup>771</sup> Vgl. ebd., S. 258-260.

der Politik der jeweiligen Regierung weitgehend einig. Jedoch der Streit um die Form der Artikulation des Widerwillens, ob konstruktiv oder obstruktiv, war noch im Zustand des Schwelens begriffen, die Partei mithin in Bewegung.

Schmidt hatte verstanden, daß seine politische Einstellung nur durch Organisation in einer Partei ernsthaft Einfluß gewinnen konnte und daß nur das Erreichen des Kabinetttisches den ganz eigenen Zwecken dienlich war. Diese grundlegende demokratische Spielregel war für jemanden, der aus dem Soldatenleben heraus in die antirepublikanische vaterländische Bewegung eingetreten war, nicht zwingend erkennbar und ebenso wenig gewöhnlich. Deshalb war sein grundsätzliches politisches Streben im Verlauf des Jahres 1926 darauf gerichtet, unter den bezeichneten politischen Vorzeichen den Wiedereintritt in eine Koalitionsregierung zu erreichen. Damit befand er sich in Übereinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit der Fraktion und ihres Vorsitzenden Westarp. Schmidt schied sich hierin eindeutig von den Vertretern des rechten Parteiflügels wie Freytagh-Loringhoven<sup>772</sup> und Hugenberg, der gegenüber Quaatz im Januar 1927 äußerte: „In diesem System könne man kein Amt übernehmen“<sup>773</sup>. Schmidts Haltung war damit im Spiegel Hugenbergs nicht durch Intransigenz, sondern durch vorläufige und relative Flexibilität gekennzeichnet. Überdies stand Schmidt damit zu diesem Zeitpunkt in klarer Opposition zur Haltung des Alldeutschen Verbandes unter Claß.<sup>774</sup>

Im Sinne dieser politischen Linie verstand der Hauptmann a.D. die neue Lage, die sich durch den Sturz des Kabinetts Marx am 17. Dezember ergab. Die Minderheitsregierung Marx hatte sich durch ihr zwangsweises Taktieren und ohne starke Verankerung im linken oder rechten Spektrum in den durch die steigende Arbeitslosigkeit verschärften wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen aufgerieben. Als dann der Fraktionsvorsitzende der DVP, Scholz, in seiner Insterburger Rede<sup>775</sup> am 5. Dezember prononciert das Zusammengehen der bürgerlichen Parteien präferierte, war das Tuch zur SPD zerschnitten. Nach einer deutlichen Reaktion der SPD im Reichstag brachte sie überdies einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein.<sup>776</sup> Schmidt unterstützte mit seiner Partei diesen Antrag und machte damit den Weg frei für die Bildung einer neuen Regierung.

In den bald darauf einsetzenden Verhandlungen um die Regierungsbeteiligung<sup>777</sup> zunächst unter der Leitung von Curtius, dann unter dem letzten Reichskanzler Marx,

---

<sup>772</sup> Vgl. Freytagh-Loringhoven, DNVP, S. 41; Dörr, DNVP, S. 256 f.

<sup>773</sup> N 1247 / 16 Quaatz-Tagebuch, Tagebuch 1916 – 1931, Eintrag v. 25.1. 1927. Ähnlich: ebd., Eintrag v. 19.1. 1927. Vgl. Hugenberg an Westarp, 15.1. 1927, zit. bei: Dörr, DNVP, S. 268 Anm. 9.

<sup>774</sup> Vgl. zur Haltung Claß': Hering, Nation, S. 476.

<sup>775</sup> Auszüge zit. bei: Dörr, DNVP, S. 262 Anm. 127. Vgl. Richter, DVP, S. 445.

<sup>776</sup> Vgl. Kolb, Weimarer Republik, S. 86.

<sup>777</sup> Vgl. Richter, DVP, S. 448-451.

machte er in der ersten Januarwoche zuvörderst deutlich<sup>778</sup>, daß die „bevorstehenden Aufgaben sämtlich nur gegen die Sozialdemokratie zu lösen“ seien. Der Taktiker Schmidt mahnte die deutschnationalen Unterhändler, zu denen er selbst nicht gehörte, in den gegenwärtigen Verhandlungen, nicht „allzu eifrig und entgegenkommend ... Bereitwilligkeit zur Regierungsmitarbeit“ zu zeigen. Indes war er ob des Schwankens des Zentrums, in dem er, entgegen seinen bisherigen Vermutungen, gegenwärtig den linken Flügel um Wirth lenkend ansah, sehr irritiert und richtete selbstgewiß und behrend zugleich – ganz auf der Linie Westarps – folgende Worte an die katholische Partei: „Die Herren vom Zentrum verkennen, daß der Zusammenbruch des mittelparteilichen Systems weder aufzuhalten noch zu verschleiern ist.“ Der gefällige Hinweis an den Adressaten machte deutlich, wer in Schmidts politischem Kalkül neben der DVP unter Scholz als geeigneter Koalitionär galt. Allerdings war einschränkend hiermit nur ein bestimmter politischer Teil der Partei angesprochen. An diesen richtete er den unmißverständlichen Appell: „Die Schwerkraft liegt auf dem rechten Flügel: mögen alle, die es angeht ... aus dieser Tatsache die richtige Folgerung ziehen“.

Als sich die Verhandlungen bis Ende Januar hingezogen hatten – Schmidt war am 1. Januar zum dritten Mal Vater und General Below Pate geworden<sup>779</sup> – und die grundsätzliche Entscheidung über die Parteienkonstellation in der Regierung bereits feststand, diejenige über die Verteilung der Ministerposten jedoch nicht<sup>780</sup>, war erhebliche Unrast bei Schmidt angewachsen. Anspielend auf die zwei Jahre zuvor gefundene Kompromißformel für die Konstituierung der Regierung, fragte er mit der Situation hadernd: „Warum nimmt man nicht als Grundlage die nur wenig zu verändernden Formulierungen, mit denen 1925 die Luther-Regierung unter Beteiligung deutschnationaler Minister in den Sattel gesetzt wurde?“<sup>781</sup>

Diese Ungeduld über das zähe Fortkommen der Verhandlungen in einem Stadium, in dem die eigentliche Entscheidung über die deutschnationale Regierungsbeteiligung schon positiv beantwortet war, offenbarte nur allzu erhellend, welche Haltung Schmidt im Januar 1927 gegenüber dem parlamentarischen Staatsgefüge einnahm. Allen verbalen Tiraden gegen das „westlerische System“ zum Trotz verweigerte sich der

---

<sup>778</sup> Die folgenden Zitate sind entnommen aus: Schmidt, O., Die Wippschaukel am Platz der Republik, NZ v. 6.1. 1927.

<sup>779</sup> Vgl. Auskunft des Stadtarchivs Hannover an den Verfasser (Einwohnermeldekartei) v. 20.2. 2002; vgl. zur Patenschaft Belows für den zweiten Sohn, Otto Hans Friedrich: Schmidt, Umdenken, S. 97.

<sup>780</sup> Die Deutschnationalen hatten in ihrer Fraktionssitzung am 28.1. mit zwölf Gegenstimmen für den Eintritt ins Kabinett gestimmt. Die Gegenstimmen waren, wie im Falle Quaatz', durch das in seinen Augen noch zu erreichende und frühzeitig aufgegebenes Finanzressort, zu erklären. Die übrigen elf Stimmen können, wie bei Hugenberg, in ihrer Begründung vermutet werden, bei Schmidt ist dies ungewiß - jedoch ist bei seiner geschilderten Ungeduld ein Ja zumindest nicht gänzlich unwahrscheinlich. Vgl. N 1247 / 16 Quaatz-Tagebuch, Oktober 1916 bis April 1931, Eintrag v. 28.1. 1927.

<sup>781</sup> Schmidt, Regierungsbildungs-Allerlei, NZ v. 28.1. 1927.

hannoversche Abgeordnete nicht der Mitarbeit in dem von ihm innerlich abgelehnten Staat. Im Gegenteil, in den Tagen um seinen 39. Geburtstag war ein regelrechter Unmut darüber zu vernehmen, daß die Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen immer noch auf sich warten ließ. Deutlich distanzierte sich Schmidt mit seinem Verhalten auch von demjenigen Hugenburgs, der Westarps Regierungseintritt eindeutig mißbilligte.<sup>782</sup>

Insonderheit die Anerkennung der Rechtsgültigkeit der Weimarer Verfassung und der völkerrechtlichen Verbindlichkeit der Locarno-Verträge in den Richtlinien des Kabinetts Marx<sup>783</sup>, die Schmidt in seinem Artikel vom 28. Januar ohne viel Aufhebens hinnahm, bedeuteten allerdings nicht im mindesten, daß er im Verlauf der Jahre 1925 und 1926 zum konservativen Republikaner geworden war. Gewiß waren seitdem die erste Kabinettsbeteiligung, die Wahl Hindenburgs und das Bemühen Westarps um den erneuten Regierungseintritt dazu geeignet gewesen, die unbedingte Schärfe der Ablehnung der Verfassung und der Politik des demokratischen Staates in Nuancen zu mildern. Dies hatte zu Schmidts Kurs der ablehnenden Annäherung geführt.

Die Entspannung, die kurzzeitig im rechten politischen Spektrum seit der Wahl Hindenburgs Einzug hielt. Zu vermuten, daß sich der ehemalige kaiserliche Offizier nun im Wandel zum Demokraten begriff, hätte seiner politischen Sozialisation, die sich in ihrer politischen Auswirkung im grundsätzlichen niemals ändern sollte. Die Akzeptanz der genannten Bedingungen beruhte vielmehr auf einer rein taktischen Bewertung der Lage, diente als bekenntnisleeres Mittel zum Zweck und konnte ebenso schnell wieder in den Ursprung versetzt werden. Gleichwohl ist zu konstatieren, daß Schmidt eine relative Offenheit gegenüber dem Kurs Westarps besaß – eine Offenheit, die Hugenberg niemals in den Sinn kam.

Nach langen, zuweilen die politischen Friktionen in der Fraktion zu Tage fördernden Gesprächen<sup>784</sup> konnten nach dem Ringen mit den Koalitionären von deutschnationaler Seite Hergt für die Vizekanzlei und in Personalunion für das Justizministerium, Schiele für das Ernährungsministerium und von Keudell für das Innenministerium am Tag der Ernennung des Kabinetts, dem 29. Januar, präsentiert werden.

---

<sup>782</sup> Vgl. Holzbach, System, S. 199 Anm. 209; Stürmer, Koalition, S. 190-196.

<sup>783</sup> Vgl. Dörr, DNVP, Anlage Nr. 22, S. 541 f.

<sup>784</sup> Ende März nannte Schmidt die deutschnationalen Beweggründe, die „in erster Linie zur Beteiligung an der Regierung“ geführt hatten: „Die Notwendigkeit, die Wehrmacht zu schützen, der Wille, die fortschreitende Verschleuderung christlicher Kulturgüter zu hindern und der Wunsch, das Steuerruder der Wirtschaftspolitik nach der agrarpolitischen Seite zur Gewinnung der Nahrungsfreiheit heruzulegen ...“. Schmidt, O., Schafft schwarz-weiß-rote Kraftzentren! TDNZ v. 25.3. 1927.



### **5.5. Schmidts Westarp-Kurs in Richtung Republik im zweiten Bürgerblock**

Das Koalitionskabinett des Bürgerblocks barg in sich die Notwendigkeit zum Kompromiß. Die nächsten Monate sollten deshalb zeigen, inwieweit die Fraktion praktische Mitarbeit im Staat und Prinzipientreue erfolgreich zu balancieren vermochte. Die Agenda der neuen Regierung beinhaltete regulär auch die Verhandlungen über den Haushalt des Reiches. Schmidts während der Erörterungen über den Etat des Reichswehrministeriums gemachte Äußerungen gewährten - bei Abstraktion der rein fachlichen Anmerkungen - einen guten Blick auf seine staatspolitische Haltung zu Beginn der zweiten Regierungsbeteiligung. Die grundsätzliche Ablehnung des politischen Systems und der von Stresemann betriebenen Außenpolitik blieben davon unbenommen.

In der Debatte am 29. März forderte er die Wiedererlangung der durch den Versailler Vertrag massiv eingeschränkten „Wehrfreiheit“<sup>785</sup>, um der behaupteten grassierenden Aufrüstung in Europa angemessen begegnen zu können. Die nachfolgenden Bemerkungen in Richtung seiner nicht-kommunistischen Vorredner waren aus seinem Munde ungewohnt: „Im Laufe der Debatte ist auch von der linken Seite manch' gutes Wort gefallen, das wir voll unterschreiben und unterstreichen können“<sup>786</sup>. Er rekurrierte damit auf Ausführungen der Abgeordneten Schöpflin, Leber und von Richthofen, die seiner Ansicht nach zum erstenmal öffentlich die Arbeit und das Wesen der Reichswehr als solches positiv hervorgehoben hatten. Daß im Verlauf der Ausschußberatungen gewisse Abstriche am Wehretat vorgenommen worden waren, bedauerte er in einem wenige Tage zuvor erschienen Artikel sehr stark. „Sie dürften nicht dazu beitragen, den Kredit des Reichstages in den politisch denkenden Kreisen des Volkes zu stärken“<sup>787</sup>. Die angesprochenen Kreise waren nach Schmidts eigenwilliger Definition die rechts stehenden, im Sinne von national oder vaterländisch ausgerichteten Kreise. Gleichwohl lieferte er hier ein erstes Beispiel des vorsichtigen Wandels der politischen Grundhaltung, wenn er allein die Eventualität der Stärkung des bezeichneten Kredits erwog.

An der sich unmittelbar anschließenden Äußerung wurden im Umkehrschluß sogleich die Grundlagen für diesen - stets im Vorläufigen begriffenen - begrenzten Wandel erkennbar, wenn er nochmals die Aufrüstung thematisierte: „In den Jahren der Inflation und der schweren, innerpolitischen Kämpfe konnte von irgendeinem rüstungstechnischen Ausbau der Wehrmacht nicht die Rede sein“<sup>788</sup>. Diese Jahre, so

---

<sup>785</sup> VdRT III. WP, Bd. 393, 29.3. 1927, S. 10113. Vgl. in diesem Zusammenhang auch: Schmidt, O., Abrüstung oder Umrüstung, o.D., in: N 1211 / 36 und ders., Probleme des Landesschutzes, NZ v. 20.12. 1927.

<sup>786</sup> VdRT III. WP, Bd. 393, 29.3. 1927, S. 10114.

<sup>787</sup> Schmidt (Hannover) M.d.R., Wehretat und Parlament, TDNZ v. 9.3. 1927, S. 2.

<sup>788</sup> Ebd.

ließ sich aus dem Tempus zweifellos folgern, sah Schmidt als vergangen an. Ohne größere Spekulation konnte weiter interpretiert werden, daß er nach dem Ende der ‚innerpolitischen Kämpfe‘ nun eine Phase der ersten Entspannung eingeläutet sah, deren geflissentliche Folge nicht nur die deutschnationale Regierungsbeteiligung, sondern auch die lobende Erwähnung der politischen Gegner waren. Umrahmt wurde diese - so ist immer zu gewärtigen - vorläufige Schwenkung durch den Wandel der sonst üblichen, sehr schroffen Terminologie hin zu einem moderaten Ton.

Die schwierige Destillation des Grades der ablehnenden Annäherung aus den Äußerungen Schmidts wird im selben Zusammenhang erkennbar, wenn er die Ambivalenz des zögerlichen Schrittes mit Bezug auf die eingegangenen Übereinkünfte bei der Regierungsbildung mahndend an die eigene Adresse betont: „Parteien dürfen nicht Selbstzweck sein; Programmformeln können wohl die politische Taktik einengend bestimmen, sie fesseln nicht den Geist, die Idee, das Blut; loyale Befolgung übernommener Richtlinien und Verpflichtungen darf kein Sichabfinden mit dem Irrsinn von Versailles und mit seinem unmöglichen politischen System sein“<sup>789</sup>. Wie schon früher erkennbar geworden war, so wurde auch dieses Mal wieder deutlich, daß die minimale Kurskorrektur letztlich taktisches Kalkül war. Gleichwohl war zu konstatieren, daß sich Schmidt auf engstem Spielraum ein hohes Maß an Bewegungsfreiheit zugestanden hatte. Abgehend von der Determiniertheit auf ein Bürgerkriegsszenario hin trat am Ende des Aufsatzes eine Mixtur aus anthropologischer Einsicht und beinahe fatalistischer Zukunftserwartung für die Koalition zu Tage, die in ihrer Diktion ein Aufbrechen der sonstigen Härte aufwies: „Gegensätze und Enttäuschungen bleiben nicht aus und werden nicht ausbleiben; es liegen zuviele Spannungen und Wirrungen über unserem Leben ...“<sup>790</sup>.

Wenn Schmidt von der loyalen Befolgung übernommener Richtlinien und salomonisch von nicht ausbleibenden Enttäuschungen sprach, so folgte er inhaltlich der Argumentation Westarps in dessen verantwortungsbewußter Stellungnahme zur Regierungserklärung.<sup>791</sup> Unmittelbar setzte sich Schmidt dadurch aber auch von der Entschließung des völkischen Reichsausschusses ab, der im abgelehnten Kurs Westarps die Befürchtung begründet sah, „daß die deutschnationale Fraktion sich jetzt in die parlamentarische Front eingliedert und die Mitverantwortung für alle jene Dinge übernommen hat, die sie bisher ablehnte“<sup>792</sup>. Schmidt sah sich damit zu Beginn der zweiten Regierungsbeteiligung nicht als dem rechten Flügel zugehörig. Für Schmidts spätere Entwicklung war es interessant zu beobachten, daß Freytagh, der

---

<sup>789</sup> Schmidt (Hannover) M.d.R., Schafft schwarz-weiß-rote Kraftzentren! TDNZ v. 25.3. 1927.

<sup>790</sup> Ebd.

<sup>791</sup> Vgl. Dörr, DNVP, S. 288.

<sup>792</sup> Entschließung des völkischen Reichsausschusses zit. nach: Dörr, DNVP, S. 291.

die Fraktionsmitglieder „nur noch“ daran unterschied, ob sie „gouvernementale[r] oder oppositionelle[r] Gesinnung“<sup>793</sup> waren, Schmidt eindeutig zu dem von ihm abgelehnten Mehrheitsflügel Westarps zählte.

Obwohl die Außenpolitik im Jahre 1927 thematisch nicht vorherrschte, ließ sich Schmidt im Juni zweimal hierüber aus.<sup>794</sup> In einem ersten Artikel<sup>795</sup>, für den er den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und Rußland Ende Mai zum Anlaß nahm, betonte er eindringlich, daß nur ein selbstbewußtes Auftreten gegenüber Frankreich und England für diese beiden „unbequem“ sei, was zudem „im deutschen Interesse nötig“ sei. Weiterhin sei darauf zu achten, sich nicht „als willfährigen Trabanten gegen den Osten ein[.]spannen“ zu lassen, da „unter richtiger Trennung der Begriffe ‚russisch‘ einerseits, ‚kommunistisch‘ andererseits“ eine „wesentliche außenpolitische Entlastung“ zu erwarten sei.

In einem zweiten Artikel<sup>796</sup>, der ähnlich unscharf gehalten war, wiederholte er seine schon bekannte Ablehnung des Stresemannschen Kalküls, über die Wirtschaft den Einfluß in die Politik wiederzugewinnen. Interessant an diesen beiden Äußerungen war weniger der Inhalt. Vielmehr hob sich im Vergleich mit früheren Äußerungen der bemerkenswert zurückhaltende Tonfall gegenüber dem Außenminister der eigenen Regierung und baldigen Friedensnobelpreisträger ab, was sich auch in der positiven Beurteilung des Arbeitsklimas im Kabinett durch Stresemann ausdrückte.<sup>797</sup> Natürlich war für Schmidt die „Locarno-Episode endgültig abgeschlossen“, aber seine indifferenten Vorschläge glichen mehr einer freundlichen und bestimmten Mahnung als der bisherigen aggressiv-polemischen Befehlserteilung. Diese kam dann in Form eines fragenden Wunsches an die gegenwärtige Regierung zum Ausdruck: „Wird man ... erkennen, daß .. eine bewußte Vertiefung und Festigung der jetzigen Regierungskoalition mit neuen, über die kleinen Tageswünsche der einzelnen Teilhaber hinausgehenden, nationalen Zielsetzungen ... einzig und allein (sic!) uns jetzt außenpolitische Chancen bietet?“<sup>798</sup> Ohne dies als Erfolg Stresemanns nennen zu wollen, war Schmidts ungewohnte Konzilianz mitbedingt durch den zwei Tage nach der

---

<sup>793</sup> Freytagh, DNVP, S. 40.

<sup>794</sup> Winkler, Deutsche Geschichte, S. 472-474.

<sup>795</sup> Schmidt, Außenpolitische Sorgen - innenpolitische Notwendigkeiten, in: N 1211 / 67, 8.6. 1927.

<sup>796</sup> Schmidt, Vom Pulsschlag der Weltgeschichte, NZ v. 17.6. 1927.

<sup>797</sup> Stresemann drückte dies in einem Brief an einen Journalisten am 15.8. 1927 wie folgt aus: „Mit den Deutschnationalen im Kabinett war bisher verhältnismäßig gut zu arbeiten“. Dies von einem Mann zu hören, der von der Partei Schmidts lange (und teilweise noch immer) aufs schärfste attackiert worden war, war bemerkenswert. Gleichwohl blieb ihm die Gefahr, die vom rechten Flügel ausging, nicht verborgen, weshalb die „beste Konsolidierung der deutschen Verhältnisse“ darin bestünde, „wenn der extreme Flügel ... ausscheide und andererseits die Rechtsdemokraten zu uns kämen.“ Schreiben Stresemanns an Jänecke, zit. nach: Jones, Stabilisierung, S. 189.

Kabinettsbildung erfolgten Abzug der interalliierten Militärkommission aus Deutschland.<sup>799</sup>

Bemerkenswert war die völlige publizistische Nichtbeachtung eines innenpolitisch brisanten Themas, das für die Deutschnationalen bis zur Abstimmung im Reichstag am 17. Mai und in der Folge zur „stärksten Bewährungsprobe“<sup>800</sup> firmierte: die Debatte um die Verlängerung des Republikschutzgesetzes. In dem deutlichen Beschweigen dieses die Deutschnationalen innerlich beinahe zermürbenden Gesetzes trat jenes für Schmidt schmerzhaftes ‚loyale Befolgen‘ der Gesetzmäßigkeiten einer Koalitionsregierung zu Tage. Während Hugenberg, Freytagh, Goldacker, Everling, Quaatz, Schlange, Lindeiner, Tirpitz, Lejeune, Lohmann, Lambach, Stubbendorff und 20 weitere Fraktionsmitglieder ihre Haltung bekundeten, indem sie am Tage der Reichstagssitzung nicht anwesend waren, stimmten Westarp, Treviranus, Hoetzsch, Keudell und 68 weitere Deutschnationale mit ja. Drei Deutschnationale waren beurlaubt. Schmidt war zusammen mit dem Alldeutschen Gok und Frau Mueller-Otfried krank gemeldet.<sup>801</sup> Ob er wirklich krank war, konnte nicht festgestellt werden. Schmidt gehörte damit keinem der beiden Lager an. Die nicht anwesenden, illustre gemischten deutschnationalen Abgeordneten konnten schlechterdings nicht mit Nein gegen die eigene Regierung, ja gegen den eigenen Innenminister Keudell stimmen, weshalb ihre Haltung einem Nein gleichkam. Schmidt schloß sich jedoch auch nicht Westarp an. Das gänzliche Unbehagen mit der Situation, das sich in Schmidts nicht angreifbarem, politischen Rückzug ins Krankenbett ausdrückte, wurde sehr deutlich.

Während des Monats August, den Schmidt teilweise im Urlaub in der Schweiz verbrachte, publizierte er wiederum zwei Aufsätze. Seit 1919 wiederholte sich am 11. August jedes Jahres der Tag der Verfassungsfeier. Ungewohnt moderat beklagte er das Deutschland fehlende, einigende Symbol: „Unsere Städte tragen bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten überreichen Flaggenschmuck, oft in Verlegenheits-Kunterbunt. Weniger wäre mehr. Der auf der Weimarer Urkunde aufgebaute Staat hat es bisher nicht vermocht, das Volk unter einem Banner ... zu einer Staatsgesinnung zusammenzuführen.“<sup>802</sup> Wenige Tage später war Schmidt

---

<sup>798</sup> Schmidt, Außenpolitische Sorgen - innenpolitische Notwendigkeiten, in: N 1211 / 67, 8.6. 1927.

<sup>799</sup> Vgl. Kolb, Stresemann, S. 112; Hildebrand, Reich, S. 477. Die mittelbare Bedingtheit zwischen der Zustimmung zum Dawes-Plan (und der dadurch bedingten kooperativen internationalen Atmosphäre) und dem noch nicht erreichten Abzug der Militärkommission war auch der Grund gewesen, weshalb sich Seeckt für die Zustimmung 1924 ausgesprochen hatte. Vgl. Hans von Seeckt, Aus seinem Leben 1918-1936. Hg. v. Gen. d. Art. F. v. Rabenau, Leipzig 1940, S. 404 f.; Scheck, Tirpitz, S. 174; Mergel, Scheitern, S. 335.

<sup>800</sup> Hiller von Gaertringen, Westarp, S. 19. Vgl. Dörr, DNVP, S. 303-313.

<sup>801</sup> Vgl. das namentliche Abstimmungsergebnis in: VdRT, III. WP, Bd. 393, S. 10780. Vgl. Dörr, DNVP, S. 307. Ein interessantes Detail ergab sich daraus, daß Stresemann ebenfalls nicht anwesend war. Vgl. VdRT, III. WP, Bd. 393, S. 10781.

<sup>802</sup> Schmidt, Augustfeiern, NZ v. 12.8. 1927.

erneut zur Flaggenfrage zu vernehmen, wenn er in ruhigem Ton an die Abstimmung in der Nationalversammlung erinnerte. Mit versöhnlichem Unterton verwies er auf die Sitzungsprotokolle von vor acht Jahren und rief besonders das Abstimmungsverhalten der Deutschen Demokratischen Partei und des Zentrums in das Gedächtnis zurück, die beide gleichermaßen nicht einheitlich für schwarz-rot-gold, sondern auch für schwarz-weiß-rot gestimmt hatten. Schmidt suchte regelrecht den Ausgleich der verschiedenen Parteirichtungen, wenn er, um der Abstimmung von 1919 den festen Boden zu entziehen, darauf hinwies, „daß die Abstimmung in einer wildgärenden Zeit stattfand, in der das deutsche Volk noch von Revolution und Friedensdiktat betäubt war“<sup>803</sup>. Sein maßvoll gehaltener Appell, die schwarz-weiß-rote Flagge nicht nur als Handelsflagge mit Gösch, sondern als Reichsflagge wiedereinzuführen, nahm sich ausgesprochen zurückhaltend aus im Vergleich mit Äußerungen zum Verfassungstag in den Jahren zuvor.

Zum Ende seiner Ausführungen machte er allerdings unmißverständlich deutlich, wen er unter keinen Umständen in dieses Versöhnungsangebot eingeschlossen wissen wollte: die Sozialdemokratie. In seinen Augen waren es „Angst vor der Sozialdemokratie und falsche Rücksicht auf Linksströmungen in den .. Reihen“<sup>804</sup> der Mittelparteien gewesen, die zur seinerzeitigen Ablehnung deutschnationaler Anträge zur „Wiedergutmachung des furchtbaren Fehlers“<sup>805</sup> veranlaßt hatten. Die Konsequenzen, die gezogen werden mußten, waren seiner Ansicht nach „klar. Mit der Zurückdrängung der Sozialdemokratie wachsen automatisch die Aussichten für die innere Einigung Deutschlands unter seinen ruhmreichen, alten Bannern und für die Wiederherstellung seiner Weltgeltung“<sup>806</sup>. Der Überschwang an Versöhnung in Richtung der Mittelparteien, den Schmidt im August versprühte, war bei genauerem Hinsehen nicht so freimütig aufzufassen, wie es der Anschein bot. Zur Herstellung der inneren Einheit hielt er - wie er es schon früher angedeutet hatte - in den Mittelparteien günstigstenfalls den rechten Flügel der jeweiligen Partei für geeignet. Es ging ihm demnach keineswegs um eine generelle Aussöhnung mit den genannten Parteien, sondern vielmehr um das Erreichen einer „stärkere[n] Verlagerung des innenpolitischen Schwergewichts nach rechts“<sup>807</sup>, wie er sich nur wenige Wochen zuvor hatte vernehmen lassen.

Ein weiteres Ereignis, das für Schmidt aufgrund seiner persönlichen Mitwirkung an der Überzeugung des Generalfeldmarschalls zur Kandidatur für das Amt des Staatsober-

---

<sup>803</sup> Schmidt, Randbemerkungen zur Flaggenfrage, Der Bürger v. 21.8. 1927. Auch vorhanden in: N 1211 / 67.

<sup>804</sup> Ebd.

<sup>805</sup> Ebd.

<sup>806</sup> Ebd.

haupts von hoher Bedeutung war und an dem sich seine Verständigungsbereitschaft mit den übrigen politischen Kräften - ausgenommen der SPD - der Republik widerspiegelte, war der Geburtstag Hindenburgs am 2. Oktober. Schmidt, der diesem Ereignis beigewohnt hatte, schloß sich in seinem eigens Hindenburg gewidmeten Artikel nicht der massiven Kritik des Hauptschriftleiters der Niederdeutschen Zeitung, Hauptmann a.D. Hans Brosius, aus dem Vorjahr an. Bei Brosius waren schon erste Flammen der Abneigung gegen die Teilen der Rechten zu wenig nationale Einstellung Hindenburgs hinsichtlich der offiziellen deutschen Außenpolitik aufgezuckt, die sich im Laufe der nächsten vier Jahre zu bedeutungsschwerer Ablehnung weiten sollten. Doch für Schmidt war es auch wegen seiner persönlichen Bekanntschaft nicht opportun, den Reichspräsidenten *coram publico* zu kritisieren. Vielmehr ging es ihm in seinem moderat formulierten Artikel vom 18. Oktober darum, sein Unverständnis über das Nichterscheinen des Reichsbanners als Gratulant zu bekunden, das sich „so gern als eine Staatsgarde aufspielt“<sup>808</sup>, und ebenso über die teilweise publizierte, deutliche Kritik an Hindenburg zum Beispiel durch die dezidiert linke „Weltbühne“. Auf der anderen Seite hatten Personen, die üblicherweise nicht gerade in Schmidts Gunst standen, wie Koch-Weser, Löbe und Hörsing, dem Staatsoberhaupt in „gewählten Worten“<sup>809</sup> geschrieben und Noske hielt er nach dessen, im Artikel genannten, der kaiserlichen Armee freundlich gesinnten Publikation gar für die „Mitgliedschaft im Stahlhelm“<sup>810</sup> geeignet. Konsterniert und ratlos zugleich stellte er fest: „Die Führer der Demokratie schicken die schönsten Glückwünschadressen. Aber keiner von ihnen hat bisher die Pressemeute zurückgepiffen und abgeschüttelt ...“<sup>811</sup>. Schmidt hatte sich bewußt die einschlägig einseitigen Teile der linken Presse als Kritikobjekt ausgesucht und hatte gleichwohl nicht übersehen, daß die liberale „Vossesche Zeitung“ und die zentrumsnahe „Germania“ mit dieser Haltung nicht übereinstimmten. In Gegenüberstellung der nationalen und republikanischen Kräfte sprach er im folgenden davon, daß „viel vom alten und neuen Geist“ in Zeiten gemeinsamer Regierung gesprochen werde und fügte aufgrund der seiner Ansicht nach unangemessenen Pressevorstöße kritisch an: „Ich frage, ist eine Synthese ... möglich?“<sup>812</sup> Nach seinem Gutdünken hatte die Rechte, wie er sich ausdrückte, Menschenmögliches getan, um eine vernünftige Annäherung zu ermöglichen: „Die Rechte hat ihren Willen zum Ausgleich praktisch bewiesen von der Zeit an, wo Freikorps die Regierung

---

<sup>807</sup> Schmidt, Außenpolitische Sorgen - innenpolitische Notwendigkeiten, N 1211 / 67, 8.6. 1927, S.4.

<sup>808</sup> Schmidt, Kritische Nachlese zum Hindenburgtag, NZ v. 18.10. 1927. Allein der Titel des Aufsatzes verrät eine bis dahin ungewohnte Mäßigung Schmidts.

<sup>809</sup> Ebd.

<sup>810</sup> Ebd.

<sup>811</sup> Ebd.

<sup>812</sup> Ebd.

Scheidemann schützten, bis zur Aufstellung Hindenburgs als Präsident und bis zur Parole: ‚Hinein in den Staat‘. Die Linke blieb diesen Beweis schuldig, auch am 2. Oktober“<sup>813</sup>.

Welche Rückschlüsse lassen sich im Zusammenhang mit diesen Äußerungen auf den Grad von Schmidts ablehnender Annäherung ziehen? Mitte Oktober 1927 – nach Passieren des Republikenschutzgesetzes – fragte Schmidt nach dreieinhalbjähriger Mitgliedschaft im Reichstag tatsächlich, ob eine Synthese der sich bisher diametral gegenüberstehenden Politikansätze denkbar wäre. Er fragte damit danach, ob die Zeit reif wäre, um die genuinen Widersprüche einzuebrennen und ein gemeinsames Arbeitsfundament zu schaffen. Dies konnte nur heißen, daß das gegenwärtige Kabinett in seinem Interessenausgleich der verschiedenen Koalitionäre möglicherweise einen gangbaren Weg für die Zukunft bot. Die DNVP hatte in seinen Augen hinreichend die Bereitschaft zum Ausgleich bewiesen. Auch wenn Schmidt in seinen Äußerungen einen tendenziell pessimistischen Eindruck ob der nicht erbrachten Gegenleistung der republikanischen Kräfte, von denen er - unausgesprochen - die SPD ausnahm, hinterließ, war der Inhalt derselben doch erstaunlich. Schmidt hatte sich bedingt durch die Regierungsbeteiligung und die windstille Außenpolitik sehr nah an die vorwaltende Parlamentspraxis als anzuerkennende Arbeitsplattform angenähert.

Zu einem frühen Zeitpunkt wuchs in Schmidt langsam die noch nicht in ihrer ganzen Tiefe ausgeweitete Ahnung, daß die deutschnationale „Kompromißbereitschaft .. nicht honoriert“<sup>814</sup> werden würde. Und dennoch: Den Schritt auf die Republik hin zu tun, war von einem Mann seiner politischen Sozialisation durch Krieg und vaterländische Verbände alles andere als evolutionär. Die Tür zur großen Versöhnung Schmidts mit der Republik war wahrscheinlich ab diesem Augenblick für geringe Zeit den größten Spalt während der Weimarer Republik geöffnet - allein, diese Tür konnte von zwei Seiten weiter geöffnet oder wieder geschlossen werden.

Keinen Widerspruch, sondern den Unterschied zwischen äußerer, taktischer Annäherung an die Republik und tiefer innerer Ablehnung der Staatsform bestens unterstreichend, bildete eine Aussage Schmidts gegenüber dem politischen Beauftragten der Partei, Treviranus, wonach er Ende Oktober 1927 ernsthafte Erkundigungen hinsichtlich eines Hauskaufs in Berlin einzog „trotz meiner ständig zunehmenden Abneigung gegen alles, was mit Parlamentsbetrieb zusammenhängt“<sup>815</sup>.

---

<sup>813</sup> Ebd.

<sup>814</sup> Hiller von Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei, S. 545.

<sup>815</sup> N 1211 / 32 Schmidt an Treviranus, 27.10. 1927. Zu Überlegungen Schmidts, nach Berlin übersiedeln, vgl. auch N 1211 / 32, Schmidt an Treviranus, 25.10. 1927. Diese ernsthaften, aber vorläufigen Gedanken setzte Schmidt erst zwei Jahre später um. Vgl. Auskunft des Stadtarchivs Hannover aus der Einwohnermeldekartei an den Verf. v. 20.02. 2002. Das genaue Datum des Wegzugs aus Hannover war der 1.10. 1929.

Der Hauptmann a.D. blieb in den nächsten drei Monaten - von nur taktisch zu verstehenden Zugeständnissen an die vaterländischen Verbände abgesehen - bei seiner im Oktober äußerst vorsichtig eingeschlagenen Linie. Im Zusammenhang mit den von der deutschnationalen Parteileitung im Dezember 1927 vorgebrachten Vorschlägen für eine Verfassungsreform<sup>816</sup> machte er erneut deutlich, auf welchem Wege er zu diesem Zeitpunkt politische Ziele zum Erfolg zu führen beabsichtigte: Er stellte fest, daß die Rechte in Deutschland „eine Verfassungsänderung im Sinne einer Einschränkung der Parteienherrschaft“ anstrebe<sup>817</sup>. Als würden ihm nachgerade längst vergangene, zumindest theoretisch durchgespielte, politische Handlungsoptionen durch den Kopf gehen, fragte er: „Wie soll eine solche Verfassungsänderung aber ohne Putsch, Staatsstreich und Bürgerkrieg praktisch herbeigeführt werden?“<sup>818</sup> Hierauf gab er eine Antwort, die ihm Zeit seiner politischen Aktivität undenkbar erscheinen mußte: „Der Weg hierzu geht nur über die Fraktionen in den Parlamenten“<sup>819</sup>. Die Eindeutigkeit dieser Aussage wurde nicht dadurch unterminiert, daß er im folgenden das taktische Moment als derzeit notwendiges Moment zur Begründung hinzufügte: „Wer in dem uns aufgezwungenen System auf Politik ... Einfluß gewinnen will, darf daher nicht nur verärgert schimpfen und wahlmüde beiseite stehen, sondern er muß, genauso wie die Linke es tut, in einer großen politischen Partei praktisch mitarbeiten“<sup>820</sup>. Die Gefahr dieser Haltung läge dann natürlich in der auf keinen Fall gewollten Stärkung des schärfsten innenpolitischen Gegners: „Wer trotz nationaler Einstellung sich nur nörgelnd und verärgert zurückhält, begünstigt die Wahlmüdigkeit, fördert dadurch die Sozialdemokratie und verschlimmert die heute herrschenden unglücklichen Zustände bis zur Unerträglichkeit ... Denn die Sozialdemokratie ist von jeher und überall nur der Schrittmacher des Bolschewismus gewesen!“<sup>821</sup>

Explizit sah Schmidt am Jahreswechsel das parlamentarische Verfahren als einzig geeignetes Mittel zur Erreichung der eigenen Ziele an. Dem lag die nüchterne Erkenntnis zugrunde, daß einerseits vorläufig an ein anderes Regierungssystem nicht zu denken war und andererseits jegliche außerparlamentarische Stoßkraft nicht vorhanden war. Maßgeblich dürfte in diesem Zusammenhang gewirkt haben, daß die Außenpolitik keine entscheidende Rolle zu diesem Zeitpunkt gespielt hat. Naheliegend war gleichfalls die Annahme, daß die weitgehende, taktische Veränderung der politischen Auffassung Schmidts nicht als gefestigte Position gesehen werden durfte.

---

<sup>816</sup> Vgl. UP v. 15.12. 1927: Wege zur Verfassungsreform. Ein deutschnationales Programm.

<sup>817</sup> Schmidt, Vom Parlamentarismus, Wahlmüdigkeit und nationalen Pflichten, in: N 1211 / 67, o.D. (ca. Dezember 1927 oder Januar 1928).

<sup>818</sup> Ebd.

<sup>819</sup> Ebd.

<sup>820</sup> Ebd.



Vielmehr wird diese Haltung nicht mehr als ein höchst anfälliger Schwebезustand beschrieben werden müssen, dessen weitere Entwicklung offen war, kurz gesagt: Eine entgegengesetzte Entwicklung war jederzeit wieder möglich. Schmidt machte damit aber auch deutlich, daß der Spagat zwischen Prinzipientreue und praktischer Politik in der Rückkoppelung zur Basis und in der eigenen Überzeugung durchaus schmerzhaft werden konnte.<sup>822</sup>

In einen delikaten Zwiespalt geriet Schmidt Ende des Jahres 1927 mit den vaterländischen Verbänden. Immerhin waren diese seine politische Heimat, durch sie und in ihnen war er nach dem Krieg weiter politisch sozialisiert worden, unter anderen durch den Ende November 1927 verstorbenen Admiral Heinrich. Auf einer Reichsvertretertagung der Vereinigten vaterländischen Verbände Ende November im angrenzend an den Bahnhof Zoologischer Garten gelegenen Offizierskasino der Landwehr in Berlin hielt der Vorsitzende, General a.D. Graf von der Goltz, der DNVP nicht ganz zu Unrecht vor, „ohnehin im Parlament so zermürbt worden“ zu sein, „daß es heute schon Mühe kostet, sie als eine geschlossene Partei zusammenzuhalten“<sup>823</sup>. Schmidt stellte sich natürlich nicht gegen die Verbände. In seinem Innern blieb er immer in ihnen verwurzelt. Persönlich hat er sich - ohne Beleg - vielleicht in diesen Tagen, da er selbst vorläufig unter Vorbehalt den Kurs der DNVP mittrug, ungerechtfertigt auf die falsche Seite gestellt gesehen.

Die Bedingungen Goltzens<sup>824</sup>, unter denen sich die Verbände zur Unterstützung von Parteien bereit erklärten, mußte Schmidt – unausgesprochen – als Mitglied der Regierungskoalition zumindest als unangenehm ambivalent empfinden: die Revision der Dawes-Gesetze, denn diese mußte er mit den Koalitionsrichtlinien vorläufig akzeptieren. Mit den übrigen Forderungen: keine Koalition mit der SPD, Ablehnung eines Ost-Locarno, Erhaltung der Unversehrtheit der Reichswehr, bevorzugte Aufstellung von Persönlichkeiten der nationalen Bewegung als Wahlvorschläge und Anerkennung der vom Stahlhelm gestellten Bedingungen wie die Erklärung des 18. Januars zum Nationalfeiertag, Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten Reichsfarben konnte er unproblematisch übereinkommen.

---

<sup>821</sup> Ebd.

<sup>822</sup> Vgl. Stürmer, Koalition, S. 252.

<sup>823</sup> Vortrag Goltz' zit. nach: GStA PK HA I Rep. 77 Titel 4043 Nr. 378 Vereinigte vaterländische Verbände Deutschlands, Polizeibericht über Reichsvertretertagung der VvVD im Landwehrkasino Berlin am 26.11. 1927, Bericht v. 9.12. 1927. Neben Verbandsfunktionären werden an deutschnationalen Abgeordneten Stadtler und Freytagh-Loringhoven genannt. Da die Aufzählung zwar von 100 Anwesenden spricht, jedoch nur ein Dutzend nennt, ist es nicht auszuschließen, daß Schmidt anwesend war.

<sup>824</sup> Vgl. zu den Bedingungen ebd.

Goltz bezeichnete in seinem Vortrag (ebd.) die vaterländischen Verbände als „scharfe Gegner der politischen Leitung des Reichswehrministeriums“. Inwieweit Schmidt als einer der Wehrmichtsreferenten seiner Partei in diesen Tagen nahen Kontakt zu Schleicher hatte, blieb indes aufgrund zu dünner Quellenlage ungeklärt.

Abgesehen von dem von Schmidt nicht propagierten Anschluß Österreichs<sup>825</sup> mußte Schmidt bei der Teilnahme an der Tagung, an der auch die Fraktionskollegen Freytagh und Stadtler gleich Wulle von den Völkischen, Vietinghoff von den Alldeutschen und Kapitän Ehrhardt teilnahmen, ein ungutes Gefühl überkommen. Wie durch eine künstliche Wand, deren Errichtung er selbst mitgetragen hatte, war er von seinen Gesinnungsfreunden getrennt.<sup>826</sup>

Die von Schmidt schon mehrfach angemahnte Unterbindung der Zersplitterung des rechten politischen Spektrums in kleine Parteien, suchte er zumindest zu begleiten. Der Stahlhelm beabsichtigte die „Gründung einer neuen Partei“<sup>827</sup>, wie Goltz die Vertreter darüber hinaus wissen ließ. Ganz im Sinne der oben genannten Bedingungen korrespondierte Schmidt mit Treviranus intensiv über die strategische Frage von „Mandatsverhandlungen mit Duesterberg“<sup>828</sup>. Wie auch in den Verhandlungen mit dem Landbund offenbarte sich dabei, daß Schmidt seine Nähe zu Westarp aus dem Jahre 1925 verloren hatte, er mithin um Orientierung bei Treviranus bitten mußte.<sup>829</sup> Schmidt hat wahrscheinlich, da er keine Funktion in Fraktions- oder Parteiführung innehatte, nicht aktiv an den Verhandlungen teilgenommen, gleichwohl aufgrund seiner Verwobenheit mit diesem Milieu im Hintergrund, im zweiten Glied, gewirkt. Dankbar griff er zunächst die Formel auf, daß „Wahlenthaltung ... Feigheit“<sup>830</sup> sei. In stiller Arbeit gelang es ihm weiterhin, die Entwicklung einer Absplitterung, die der DNVP nur schaden konnte, einzudämmen und in eine günstigere Richtung zu kanalisieren. Bei der nächsten Reichstagswahl sollten nicht weniger als 21 der 78 Abgeordneten dem Stahlhelm angehören.<sup>831</sup>

---

<sup>825</sup> Dies ist der Befund aus dem greifbaren schriftlichen Material. Andererseits plädierte Schmidt - ganz auf Revision des Versailler Vertrages aus - für die Rückgabe der deutschen Kolonien, vgl. Schmidts koloniale Gedenkrede auf dem 1. Niedersächsischen Kolonialtag v. 4.9. 1927: Kolonialschuldfrage, Mandatskommission, Deutschland und die Ostvölker, N 1211 / 67.

<sup>826</sup> Eine ähnliche Konstellation im Rahmen der VvVD hatte sich bereits am 18.2. 1927 ergeben. Leider ist über die Atmosphäre bei einem im Gardekavallerie-Verein stattfindenden Abend, an dem u.a. Westarp, Goldacker, Schmidt, Goltz, Duesterberg, Bang und Loßberg teilnahmen, nichts bekannt. Vgl. N 1247 / 16 Quatz-Tagebücher 1916-1931, Eintr. v. 18.2. 1927.

<sup>827</sup> Goltz zit. nach: ebd. Vgl. Dörr, DNVP, S. 375 f.

<sup>828</sup> N 1211 / 32 Schmidt an Treviranus, 27.10. 1927. In den Briefen wurde ein gesteigertes Interesse Schmidts an dieser Frage deutlich, gleichwohl war ein schriftlicher Niederschlag - ob der sensiblen Natur von Personalangelegenheiten - nicht aufzufinden. Treviranus weist in einem Brief selbst darauf hin, daß er über dieses Thema „nur mündlich“ informieren wollte, N 1211 / 32 Treviranus an Schmidt, 29.10. 1927. Vgl. auch N 1211 / 32 Schmidt an Treviranus, 1.12. 1927.

<sup>829</sup> Vgl. Schmidt an Treviranus, 14.2. 1928, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen.

<sup>830</sup> Vortrag Goltz' zit. nach: GStA PK HA I Rep. 77 Titel 4043 Nr. 378 Vereinigte vaterländische Verbände Deutschlands, Polizeibericht über Reichsvertretertagung der VvVD im Landwehrkasino Berlin am 26.11. 1927, Bericht v. 9.12. 1927.

<sup>831</sup> Vgl. Dörr, DNVP, S. 375 Anm. 35. Nach der Wahl von 1928 waren es noch 21. Vgl. N 1211 / 74 Schmidt an Brosius (mit der Bitte um Veröffentlichung, bes. für die Provinz wichtig), o.D. (ca. 1929).

Während des Januars 1928 trat Schmidt zweimal öffentlich auf, um über das politische Geschehen zu berichten. Die in dieser Zeit den Bestand der Koalition im Reich massiv bedrohende Debatte um das Reichsschulgesetz fand bei seinen Auftritten gar keinen Widerhall. Dies war mitbedingt dadurch, daß Schmidt mit diesem Thema inhaltlich nicht in seinen Ausschüssen befaßt war. Vielmehr beschäftigte er sich während einer Mitgliederversammlung der DNVP am 13. Januar in Verden wahlkreisbedingt vornehmlich mit der tiefgreifenden Agrarkrise.<sup>832</sup>

Interessanter waren jedoch in dieser Rede seine Ausführungen zur Verfassungsreform und über die kommenden Wahlen. Ohne die früher üblichen Angriffe auf die Mittelparteien forderte er den „Umbau des Staates durch Systemänderung“<sup>833</sup>, denn: „Ohne Beseitigung des unmöglichen Einkammersystems würden alle noch so klug berechneten Reformen wirkungslos bleiben“. Voraussetzung hierfür sei allerdings der „Erfolg der Wahlen 1928“. Was meinte Schmidt nun mit der Entfernung des Einkammersystems? Schmidt sprach nicht von der Abschaffung des Parlaments, sondern nur von der Änderung des Systems. Mit keinem Wort hin zu einer vollkommenen Ausschaltung des Reichstages ließ er sich vernehmen. Vielmehr dürften seine Bemerkungen im Sinne der Beschlußfassung der Parteivertretung vom 9. Dezember 1927 verständlich zu machen sein. Dort war zum Beispiel gefordert worden, die „Alleinherrschaft der Parlamente .. durch Ausbau der verfassungsmäßigen Rechte des Reichspräsidenten und der Staatspräsidenten einzuschränken! (Berufung und Entlassung der Minister unabhängig von der Parlamentsmehrheit, Einspruchsrecht gegen Parlamentsbeschlüsse).“ Wenn er somit die Macht des Parlaments staatsrechtlich stark zu beeinträchtigen suchte, wurde daraus noch keine Beseitigung im Sinne einer definitiven Abschaffung desselben. Dagegen sprach auch die Hoffnung auf einen für die deutschnationalen Pläne förderlichen Ausgang der nächsten Reichstagswahl, von dem er dieses Unterfangen ausdrücklich „abhängig“ machte. Zuletzt warnte er erneut und eindringlich davor, das Aufkommen politischer Splitterparteien - wie er es in der neu gegründeten Wirtschaftspartei belegt sah - zu vermeiden, da dies nur dem „stärksten Gegner“ der Deutschnationalen, der SPD, zum Vorteil gereiche. Die notwendige Folgerung daraus konnte nur die Selbstdisziplinierung der „nationalen“ Teile in den Regierungsparteien sein - in seinen, Züge von verärgerter Resignation tragenden Worten: „Sie [die SPD – d.Vf.] weiß, daß ein Sieg über uns für sie gleichbedeutend ist mit ihrem Sieg auf der ganzen Linie. Wer nach allen den

---

<sup>832</sup> Vgl. unten, S. 171.

<sup>833</sup> Abgeordneter Schmidt über die politische Lage, NZ v. 14.1. 1928. Daß mit der Wahl des Wortes „Umbau“ keine Abschaffung eines Verfassungsorgans gemeint war, sondern eine - zugegebenermaßen - drastische Reform desselben gemeint war, erhellt aus der erneuten Verwendung dieses Wortes. Denn auch die in verschiedenen politischen Kreisen diskutierte,

Erfahrungen der letzten Jahre aus dieser klaren Tatsache jetzt noch nicht die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen gelernt hat, dem ist nicht zu helfen!“

Der zweite Auftritt Schmidts fand am Jahrestag der Reichsgründung im Rahmen einer „vom Stahlhelm und der Deutschnationalen Volkspartei gemeinsam einberufenen riesigen nationalen Kundgebung“<sup>834</sup> statt. Die Abstraktion der für die Betrachtung von Schmidts staatspolitischer Haltung interessanten Gedanken von dem aufgrund der besonderen Art des Vortragsanlasses notwendigen Tonfalls brachte - wie zu erwarten war - keine veränderte Einstellung hervor. Wie fünf Tage zuvor postulierte er die „Beseitigung des unmöglichen Einkammersystems“<sup>835</sup>, das „nur durch Reformen ... zu einer gesunden Demokratie zurückzubilden“ sei<sup>836</sup>. Die dahin siechende vaterländische Bewegung, für die er, wie er früher mehrfach ausgeführt hatte, die Partei gerne aufzugeben bereit war, sah er noch immer nicht in einem handlungsfähigen Zustand, oder anders: Aus den Verbänden habe „sich zur Zeit noch nichts Fertiges herausentwickelt, das die Arbeit der Partei unnötig machte“<sup>837</sup>. Vielmehr wiederholte er seine schon im Juni des letzten Jahres - nun in ins Politische gewendeter Anlehnung an den preußischen General Schlieffen - aufgestellte Forderung nach stärkerer politischer Zentrierung der rechten Flügel der Koalitionsparteien, wenn er appellierte: „Macht mir den rechten Flügel stark!“<sup>838</sup>

Weniger als einen Monat später zerbrach die Koalitionsregierung des Bürgerblocks am 15. Februar, weil sich die Kompromißfähigkeit bei der Beratung des Reichsschulgesetzes in allen beteiligten Parteien als aufgebraucht erwiesen hatte.<sup>839</sup> Da Schmidt weder dem zuständigen Innenausschuß angehörte, noch in Fraktion oder Partei im Vorstand saß, gehörte er bei den letzten Verhandlungen - wie im Vorfeld - nicht zu den entscheidenden Männern der DNVP. Mit dem Ausscheiden des Zentrums aus der Koalition war das Regierungsbündnis zerbrochen. Einen Tag zuvor, am 14. Februar, erwies sich Schmidt als nachgerade routinierter Parlamentarier, wenn er Treviranus aufforderte, „unsererseits einen Antrag gegen die unhaltbaren Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes einzubringen und mit geeignetem Tam-Tam zu begleiten“<sup>840</sup>. Daß es hier einzig noch um parteitaktisches Streufeuern zur geflissentlichen Bedienung der

---

von Schmidt abgelehnte Schaffung eines Einheitsstaates, die der föderalistischen Struktur des Reiches zuwider gelaufen wäre, wird als „Umbau“ bezeichnet.

<sup>834</sup> „Macht mir den rechten Flügel stark!“ - Nationale Grenzmark-Kundgebung, o.D. (ca. 18./19.1. 1928), in: N 1211 / 66.

<sup>835</sup> Ebd.

<sup>836</sup> Ebd.

<sup>837</sup> Ebd.

<sup>838</sup> Ebd.

<sup>839</sup> Vgl. Grünthal, G., Reichsschulgesetz und Zentrumspartei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1968, S. 119 ff., 186 ff.

<sup>840</sup> Schmidt an Treviranus, 14.2. 1928, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen.

eigenen Klientel handelte, erhellte der Nachsatz: „Rücksichten in dieser Frage auf die lieben Nachbarn haben wir ja vor Toreschluß nicht mehr zu nehmen“<sup>841</sup>.

Doch wie verhielt sich Schmidt, da nun eine Neuwahl des Reichstages immer wahrscheinlicher wurde? Am 24. Februar äußerte er sich in der Niederdeutschen Zeitung in einem Aufruf zum 9. Hannoverschen Landbundtag in Göttingen. Daß Schmidt sich vor dieser einflußreichen, landwirtschaftlichen Interessengruppe nur schriftlich äußern konnte, war Ausfluß der umgreifenden Weltagrarkrise. Preisverfall durch Bewirtschaftung von Neulandflächen, technischer Fortschritt zur Schaffung neuer Weizensorten, neue Getreideanbieter aus Übersee, extensiver Export der UdSSR und der Einbruch der Kaufkraft der Konsumenten rissen die Agrarpreise und die durch kurzfristige Personalkredite belastete Landwirtschaft in die Tiefe.<sup>842</sup> Die DNVP hatte sich in der Koalition bei dem Erlaß von Agrarschutzzöllen nicht durchsetzen können<sup>843</sup>, was ihr jetzt zum Nachteil gereichte. Denn direkte Folge - wie Schmidt klagte - der Krise war, daß zu „den in großer Zahl stattfindenden Landbundprotestversammlungen im Lande .. deutschnationale Redner ... nicht aufgefordert“<sup>844</sup> wurden, während die konkurrierenden Parteien (Deutschhannoveraner, nationalsozialistische Freiheitspartei) hier reüssieren konnten. Diese waren Oppositionsparteien, während sich die Agitation gegen die dem Milieu verbundene DNVP als Teil der Regierung manifestierte.<sup>845</sup>

Der Aufruf war aussichtslos darauf ausgerichtet, die durch die Not aufgebrachte Landbevölkerung darauf hinzuweisen, daß nur die Deutschnationalen dem Bauernstand, dem Landmann ursprünglich verbunden waren und demzufolge keine Splitterpartei oder gar die - so dargestellte - agrarfeindliche Sozialdemokratie die landwirtschaftlichen Interessen vertrauensvoller vertreten könnten als die DNVP. Schmidt wußte noch nicht, daß die Agrarkrise einer der Gründe sein würde, weshalb im März eine Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei gegründet werden sollte.<sup>846</sup> Aber er ahnte düster, daß die DNVP im ländlichen Milieu „ihren Status als

---

<sup>841</sup> Ebd.

<sup>842</sup> Merkenich, S., Grüne Front gegen Weimar. Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918-1933, S. 247 f. (i.f. zit. als: Merkenich, Front). Pyta, W., Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918-1933. Die Verschränkung von Milieu und Partei in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1996, S. 300 (i.f. zit. als: Pyta, Dorfgemeinschaft). Gessner, D., Agrarverbände in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1976, S. 83-96 (i.f. zit. als: Gessner, Agrarverbände).

<sup>843</sup> Dörr, DNVP, S. 346.

<sup>844</sup> Schmidt an Treviranus, 14.2. 1928, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen. Vgl. Merkenich, Front, S. 249; Pyta, Dorfgemeinschaft, S. 302.

<sup>845</sup> Vgl. Schmidt an Treviranus, 14.2. 1928, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen. Schmidt widerspricht damit der Aussage Müllers, „wonach sich der Mißmut der Bauern .. nur vereinzelt gegen die DNVP selbst richtete, ...“. Vgl. Müller, M. Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei 1928-1933, Düsseldorf 2001, S. 30 (i.f. zit. als: Müller, Bauernpartei).

<sup>846</sup> Vgl. Müller, Bauernpartei, S. 312 f. Müller führt als Gründe neben der Agrarkrise (S. 30) die schon lange ventilerte Idee einer reinen Landwirtschaftspartei (S. 28 f.) und der Wunsch von

Partei des agrarischen Protests weitgehend verloren<sup>847</sup> hatte. Hilflos beschwor er mit kräftigen Worten den „Nährstand“, daß die „Landwirtschaft nur im offenen Kampf gegen die Linke gesunden kann“<sup>848</sup>. Schmidt fragte nach seiner Forderung, das Staatssteuer „nach der agrarpolitischen Seite“<sup>849</sup> umzulenken, Folgendes: „Wird es erreicht werden oder wird sich die Staatsmaschinerie dieser Scheindemokratie, dieses mißverstandenen Wohlfahrtsstaates, der immer mehr zum demokratischen Despotismus wird, so weiter wälzen wie bisher?“<sup>850</sup> Dem könne Abhilfe „nur machtpolitisch durch Änderung des gegenwärtigen Systems, der gegenwärtig unmöglichen Staatsstruktur“<sup>851</sup> geleistet werden. Die derbe Diktion, die nur wahlkampf- und zielgruppenbedingt zu verstehen war, offenbarte dieselbe staatspolitische Einstellung wie gut einen Monat zuvor: Wieder wurde der Umbau der gültigen Verfassung im oben dargelegten Sinne als Ziel deklariert. Die Verwendung des Wortes „machtpolitisch“ konnte in diesem Zusammenhang irritieren. Es war jedoch, da Schmidt hier und in vorangegangenen Aufsätzen Gewaltanwendung nicht als politisches Mittel andeutete, dahingehend zu deuten, daß er damit eine verfassungsrechtlich herbeigeführte Verlagerung politischer Macht - entsprechend den Beschlüssen der Parteileitung vom 9. Dezember 1927 - hin zum Reichspräsidenten zum Ausdruck bringen wollte.<sup>852</sup>

Zehn Tage vor der auf den 20. Mai festgesetzten Reichstagswahl meldete sich Schmidt in der Endphase des Wahlkampfes publizistisch nochmals zu Wort. Erneut brachte er seine schon gut bekannte Kritik an der „Einkammerherrschaft“ und dem „bürokratischen Despotismus“<sup>853</sup> vor und drängte dann fest auf den Umbau der Staatsverfassung: „Dies System paßt nicht für uns, wir können es nur als Übergangsorganisation ansehen“<sup>854</sup>. Seine sich anschließende doppelte Kritik an den in den eigenen Reihen vorherrschenden Auffassungen, daß er sich vorläufig und weiterhin taktisch bedingt in dem gegenwärtigen politischen System durchzusetzen

---

Agrarfunktionären nach einem Mandat (S. 31 f., Schmidt unterstreicht diesen letzten Grund, wenn er von „mandatslüsternen Landbundgeschäftsführern“ spricht [Schmidt an Westarp, 25.4. 1928, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen]).

<sup>847</sup> Müller, Bauernpartei, S. 30.

<sup>848</sup> Schmidt, Steck die Ziele weit! NZ v. 24.2. 1928.

<sup>849</sup> Ebd.

<sup>850</sup> Ebd.

<sup>851</sup> Ebd.

<sup>852</sup> Dörr (DNVP, S. 377 f.) zeichnet hier, irreführend von der besonderen Diktion (der Vf. erkennt die Gefahr der eigenen Blendung gleichwohl), leider etwas unscharf. Da er Schmidt nicht aus vorangegangenen Äußerungen kennt, stellt er es so dar, als ob Schmidt recht einfach zu klassifizierende, antiparlamentarische Agitation betreibt. Deshalb verwundert es auch nicht, daß er ihn in eine Reihe mit dem alldeutschen General von Moehl stellt, mit dessen Putschplänen Schmidt zu diesem Zeitpunkt gar nichts tun hatte. Bedauerlich erscheint zumal, daß der Beginn des Zitats bei Dörr ohne die vorherige Aussage Schmidts hinsichtlich des Staatssteuers keinen Zusammenhang ergibt (Was soll mit „es“ gemeint sein?).

<sup>853</sup> Schmidt, O., Gedanken zum Wahlkampf, NZ v. 10.5. 1928.

<sup>854</sup> Ebd.

suchte, lautete: „Nervöse Ungeduld verliert leicht den Blick für das Ganze (verbeißt sich in Splitteraktionen) oder den Blick für das Mögliche (mißachtet die harten Tatsachen gegebener Machtverhältnisse). Eines ist so verhängnisvoll wie das andere“<sup>855</sup>. Der realitätsverhaftete Pragmatismus, den Schmidt im Laufe seiner Parlamentszugehörigkeit der letzten vier Jahre zäh und unwillig verinnerlicht hatte, kam dann im folgenden in der für ihn typischen, militärische und zivile vermengenden Ausdrucksweise zum Vorschein: „Der Parlamentarismus ist kein erfreuliches Kampfgebiet. Wir suchten es uns nicht aus; wir wären aber Narren, wollten wir die darin bezogenen Stellungen, weil uns der Untergrund nicht paßt, kampfflos dem Gegner überlassen. Wahlenthaltung auf der Rechten ... beseitigt nicht das heutige System, sondern stabilisiert es“<sup>856</sup>.

Die nüchterne Erkenntnis, im Augenblick aus dem Stand heraus das Bestehende nicht verändern zu können und dabei das erstmalig formulierte Endziel der Beseitigung desselben weit zu stecken, korrelierte mit der praktischen Furcht vor einem sozialdemokratischen Wahlsieg. Dieser würde das „innerpolitische Schwergewicht auf lange Zeit hinaus nach Links verlagern“ und außenpolitisch würden „Willenslähmung und Verzichtsatmosphäre ungeahnte Ausmaße annehmen“<sup>857</sup>. Die Äußerungen waren selbstverständlich zu einem guten Teil wahlkampfbedingt und in dem pragmatischen Wahlkämpfer Schmidt zeigte sich dann auch das Wissen um die zu geringe, alleinige deutschnationale Stärke, wenn er die auch von der SPD vorgebrachten „Phrasen vom Versagen des Bürgerblocks“ vehement zurückwies. Der eindringliche, abschließende Appell gegen die angedeuteten Gefahren einer SPD-Regierung war - unausgesprochen - nicht nur an die eigenen Reihen gerichtet, sondern ließ sich durchaus als innerlich ungewollte, aber machtpolitisch nüchterne Wiederauflage des Bürgerblocks verstehen: „Wenn in dieser Lage das nichtsozialistische Deutschland seine Stunde nicht erkennt, dann ist ihm nicht zu helfen“<sup>858</sup>. Schmidt war damit auf dem vorläufigen Höhepunkt seiner ablehnenden Annäherung auf dem Kurs Westarps in die Republik angelangt. Von dem wilden Aufbegehren Schmidts, wie er es noch in der zweiten Wahlperiode ungestüm im Reichstag artikuliert hatte, war im Frühjahr 1928 „nicht mehr viel .. zu spüren“<sup>859</sup>.

An dieser Stelle, wenige Tage vor der Reichstagswahl am 20. Mai 1928, soll mit wenigen Strichen zusammengefaßt gezeigt werden, welche Entwicklung Schmidts staatspolitische Haltung im Verlauf der Bürgerblockregierung und in den Monaten von

---

<sup>855</sup> Ebd.

<sup>856</sup> Ebd. Vgl. auch Freytagh, der in diesem Fall von „Trägheit und Willenlosigkeit“ sprach. Freytagh, Staatspolitik, in: Weiß, Wille, S. 139.

<sup>857</sup> Ebd.

<sup>858</sup> Ebd. Vgl. seine Rechtfertigung des Regierungseintritts in: Schmidt, Wehrfragen, in: Weiß, Wille, S. 175.

ihrem Auseinanderbrechen bis zur Wahl genommen hatte. Der ausgeschiedene Hauptmann hatte sich im Januar 1927 eindeutig für den Regierungseintritt ausgesprochen, im März eine sichtliche Entschärfung der innenpolitischen Spannungen konzediert und sich im Juni ausgesprochen maßvoll in seiner Kritik an der Außenpolitik Stresemanns gezeigt. Die in der Zwischenzeit gefallene Entscheidung besonders über das Republikenschutzgesetz hatte von der DNVP erhebliches Entgegenkommen an die übrigen Koalitionäre erfordert.<sup>860</sup> Schmidt nahm dazu zwar keine - belegbare - Stellung, doch behielt er seinen versöhnlichen Kurs bei, wie seine Bemerkungen zum Verfassungstag und zur Flaggenfrage im August verdeutlichten. Im Oktober stellte er sogar die (zu Beginn seiner Zeit als Abgeordneter und davor zumal undenkbare) Frage nach der Möglichkeit der Synthese von nationalen und republikanischen politischen Ansätzen und verneinte diese nicht. Sein bisher klarstes Bekenntnis zum parlamentarischen Machtgebrauch bedeutete im Herbst den vorläufigen Höhepunkt seiner Annäherung an den Staat im Sinne Mansteins – und das hieß nicht an die Staatsform. Bei keiner seiner Äußerungen war es ihm um die überzeugte Arbeit für die Republik gegangen, geschweisedenn suchte er ihre Stabilisierung zu fördern. Innerlich lehnte er die Verfassung ungebrochen ab, nur hatte er erkannt, daß vorläufig an eine – nur spärlich näher umrissene – andere Staatsform, die zumindest durch eine gestärkte Exekutivgewalt ausgezeichnet war, nicht zu denken war.

Schmidts Verhalten im Jahre 1928 unterstrich seinen Willen zur positiven Mitarbeit im parlamentarischen Betrieb, wenn er wirklichkeitsnah und pragmatisch zugleich mit dem „Blick für das Mögliche“ nicht die „harten Tatsachen gegebener Machtverhältnisse“ verkannte. Eben diese Machtverhältnisse ließen ihn erkennen, daß eine „Verfassungsänderung nur über die Fraktionen in den Parlamenten“ zu erreichen war. Unbenommen blieb davon die innenpolitische Feinderklärung an die Sozialdemokratie und die Propagierung einer Rechtsregierung. Die außenpolitische Ruhe umrahmte diese Position günstig. Das taktische Arrangement konnte, da es nie von innen begründet war, jederzeit aufgelöst werde. Die Akzeptanz des Parlamentarismus als politischer Arbeitsgrundlage, so unabweichlich diese auch taktisch begriffen wurde, war für einen ehemaligen Offizier und geistig vornehmlich der vaterländischen Bewegung zugewandten Mann nicht gerade gewöhnlich. Schmidt zeigte eine begrenzte Beweglichkeit in seinen Gedankengängen, die das „ablehnende“ Moment in seiner Annäherung an die Staatsform bis zur „taktischen“ Grenze ganz aufweichte.

---

<sup>859</sup> Mergel, Scheitern, S. 335. Vgl. Stürmer, Koalition, S. 249-254.

<sup>860</sup> Vgl. hierzu immer noch lesenswert: Jasper, G., Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik, Tübingen 1963.



Schmidt lag mit seiner staatspolitischen Haltung ganz auf der Linie des Partei- und Fraktionsvorsitzenden Westarp, die dieser folgendermaßen ausdrückte: „Ein Bekenntnis zum Staat ist nicht gleichbedeutend mit dem Bekenntnis innerer Zustimmung zur Staatsform. Für uns ist das Deutsche Reich in jeder Staatsform unser Staat, in dessen Dienst unsere besten Kräfte zu stellen uns heiligste Pflicht ist“<sup>861</sup>. Dies schloß konsequenterweise eine Positionierung Schmidts auf dem rechten Flügel um Hugenberg und Freytagh aus.

Kontrastiert wurde die inhaltliche Übereinstimmung Schmidts mit Westarp in der staatspolitischen Ausrichtung der Partei kurz vor der Wahl durch Animositäten hinsichtlich der finanziellen Unterstützung von Schmidts Wahlkreis. Mit scharfen Worten beabsichtigte Schmidt nach der „Ablehnung jeder materiellen Unterstützung des Wahlkreises ... selbstverständlich nicht nochmals auch nur mit einem Wort die Hilfe der Parteileitung in Anspruch zu nehmen“<sup>862</sup>. Und als ob er Stimmungen aus seinem Wahlkreis andeuten wollte, die eine Niederlage der DNVP vorwegnahmen, bat er, da sich „in der Folgezeit Entwicklungen ergeben können, die eine Bezugnahme auf Grundlagen und Bedingungen dieses Wahlkampfes nötig machen“, „die für uns vorliegenden Verhältnisse zusammenfassend skizzieren zu dürfen“<sup>863</sup>.

Was ihn persönlich maßlos erregte, war die Tatsache, daß Westarps und Treviranus' „Personalmaßnahmen zur Ergänzung der Parteileitung über meinen Kopf (als des Reichstagsabgeordneten des Bezirks) ... hinweg erfolgt sind“<sup>864</sup>. Schmidt bezog sich in seiner Beschwerde auf drei Männer, die Westarp ohne vorherige Orientierung während der noch gängigen Agrarkrise entweder an günstiger Position auf die Landesliste für die kommende Wahl hatte setzen lassen, direkt in die Parteileitung berufen hatte oder unmittelbar zum Eintritt in den Parteivorstand der osthannoverschen DNVP aufgefordert hatte, um die deutschnationalen Einflußmöglichkeiten auf die Landwirtschaft zu verbessern.<sup>865</sup>

---

<sup>861</sup> Westarp Anfang 1927, zit. nach: Dörr, DNVP, S. 288.

<sup>862</sup> Schmidt an Westarp, 25.4. 1928, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen.

<sup>863</sup> Ebd.

<sup>864</sup> Ebd.

<sup>865</sup> Für den osthannoverschen Parteivorstand hatte Westarp, letztlich vergeblich, den Schmidt natürlich bekannten Landbundführer Cord-Cordes zum Eintritt aufgefordert (vgl. Schmidt an Treviranus, 14.2. 1928, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen); einen Major a.D. Nagel (später Chef der Parteizentrale), der Chef der Präsidialabteilung des RLB war, so hatte Westarp dem Landesverband Hannover-Süd aufgetragen, war an dritter Stelle auf die Landesliste zu setzen (vgl. Treviranus an LV Hannover-Süd, 19.4. 1928, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen); zuletzt hatte Westarp dekretiert, daß der Vorsitzende des Kreislandbundes Neuhaus / Oste, Vollmers, direkt in die Parteileitung berufen wurde, allerdings schon kurz danach wieder austrat und für die Bauernpartei kandidierte (vgl. Schmidt an Westarp, 25.4. 1928, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen). Vollmers zog allerdings in den preußischen Landtag, nicht in den Reichstag ein. Vgl. Handbuch des Preußischen Landtags, Berlin 1928, S. 597. Nagel und Cord-Cordes wurden nicht in den Reichstag gewählt.

In einer Ahnung vom Ausgang der kommenden Wahl und „das Interesse an der Erhaltung der Gesamtpartei“<sup>866</sup> beschwörend, ging Schmidt in seinem eindringlich geschriebenen Brief noch weiter. Er, der gegen die Separationsbestrebungen und Absplitterungen im konservativen Milieu versucht hatte, „die Kräfte der vaterländischen Bewegung bei den Wahlen für die Partei mobil zu machen“<sup>867</sup>, machte deutlich, wie schwer die – in ihrem Gelingen noch nicht absehbare Disziplinierung – des Milieus gewesen war. Jetzt brach es aus ihm heraus, wie stark die Dawes-Abstimmung, die außenpolitischen Beiträge des Professors Hoetzsch und nicht zuletzt das von ihm publizistisch unerwähnte Republikschutzgesetz an seinen Kräften gezehrt hatten, das Milieu bei der DNVP zu halten: „Der stark völkische Einschlag unserer aktivsten Mitarbeiter bewirkte zwar in den vergangenen Jahren manches heftige Aufbegehren gegen die Politik der Parteileitung, insbesondere gegen die außenpolitische Führung, als deren Exponent Herr Hoetzsch angesehen wurde; es gelang uns jedoch, trotz aller Gegensätze und Mißstimmungen, den ‚Laden‘ zusammenzuhalten“<sup>868</sup>. Weniger als einen Monat vor der Wahl formulierte er damit die Schwierigkeiten, die ihm in seinem Wahlkreis begegnet waren. Die innerlich widerwillige Verteidigung des staatspolitischen Kurses Westarps im Widerspruch zu den ursprünglichen Prinzipien der DNVP hatte Schmidt elementar an die Grenze des Vertretbaren geführt.

Und nochmals die besonders starke Konkurrenz von rechts betonend, setzte er hinzu, daß ihm „Dawesabstimmung, ..., Hoetzsch .., Republikschutzgesetz usw. ... bis jetzt täglich ... entgegengehalten“<sup>869</sup> wurden. Abgesehen von der Dawes-Abstimmung hatte er dies alles - nach stetiger Annäherung - an der Seite Westarps letztlich mitgetragen. Welche Anstrengungen es gekostet hatte, diese Position aufrechtzuhalten, war in diesem ungewöhnlichen Brief deutlich geworden. Wie sich die Reaktion der Wähler ausnehmen würde, sollte am 20. Mai entschieden werden.

---

<sup>866</sup> Schmidt an Westarp, 25.4. 1928, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen.

<sup>867</sup> Ebd.

<sup>868</sup> Ebd.

<sup>869</sup> Ebd.

### **5.6. „Dieser Staat ist nicht unser Staat“ – Schmidts Bruch mit Westarp nach der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 und sein Weg zu Hugenberg**

Die „Regenwahlen“ zum vierten Reichstag brachten ein Ergebnis mit sich, daß den Vorstellungen Schmidts vollständig zuwiderlief.<sup>870</sup> Die SPD, der perhorreszierte Gegner der Deutschnationalen, feierte einen großen Sieg, indem sie 22 Mandate hinzugewann, während die DNVP 30 Mandate verlor und nurmehr 73 aufweisen konnte. Auch das Zentrum, die DVP und die DDP verloren an Gewicht, die unbeachtliche NSDAP erhielt 12 Mandate. Die von Schmidt dunkel erahnte Schwächung der DNVP war eingetreten. Allein Landbund, Deutsches Landvolk und Deutsche Bauernpartei hatten auf Reichsebene gemeinsam 21 Mandate errungen. In seinem Wahlkreis Ost-Hannover, für den er trotzdem wieder auf dem ersten Platz des Wahlvorschlages Nr. 2 (DNVP)<sup>871</sup> in den Reichstag zog, hatte Schmidt beinahe die Hälfte der im Dezember 1924 errungenen 105.000 Stimmen verloren.<sup>872</sup> Die Verärgerung über die erfolglose Verhinderung der die eigene Position schwächenden Zersplitterung war schon aus der vor der Wahl gehegten Befürchtung erkennbar.

Die bald darauf einsetzenden innerparteilichen und -fraktionellen Auseinandersetzungen um die Gründe der Niederlage befaßten sich vornehmlich mit der Führung des Grafen Westarp und den Determinanten deutschnationaler Politik. Die Fragen, die sich aufdrängten, berührten Schmidts Reaktion auf die Wahlniederlage, seine innerparteiliche Position in den Auseinandersetzungen um die Führung in den Monaten Mai bis Oktober 1928 und schließlich seine Haltung gegenüber dem neuen Parteivorsitzenden Hugenberg.

Reinhold Quaatz, promovierter Jurist und Finanzfachmann der Fraktion, dem rechten Flügel der Fraktion zurechenbar und ein vielseitiger, aus dem assimilierten deutschen Judentum - gleich Duesterberg - entstammender Abgeordneter faßte am 11. Juni, einen Tag vor der ersten Fraktionssitzung nach der Wahl, die schwelende Stimmung aus seiner Sicht zusammen: „Allgemeine Unzufriedenheit, aber auch Unsicherheit. Der Führer fehlt“<sup>873</sup>. Am 12. Juni prallten dann die verschiedenen Vorstellungen von Politik in der Fraktion aufeinander. Westarp rechtfertigte die „relative Erfolglosigkeit dieser die Prinzipientreue gefährdenden Regierungsbeteiligung“<sup>874</sup>, indem er unbefangen konstatierte, daß „die Regierungsbeteiligung uns unpopulär machen mußte, das

<sup>870</sup> Vgl. Winkler, Deutsche Geschichte, S. 475.

<sup>871</sup> Vgl. Reichstags-Handbuch, IV. WP 1928, hg.v. Bureau des Reichstages 1928, S. 216.

<sup>872</sup> Die Zahlen sind zwei Schreiben entnommen. Vgl. zum Stimmumfang bei der Dezemberwahl 1924 (104.971): Schmidt an Westarp, 25.4. 1928, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen; vgl. zum Verlust von 50.000 Stimmen: MdL Jäger an Westarp, 29.5. 1928, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen. Die erste Zahl wird bestätigt durch die entsprechende Angabe im Haushaltsplan der DNVP von 1927, abgedruckt in: Dörr, DNVP, S. 595.

<sup>873</sup> Quaatz-Tagebücher, Eintrag v. 11.6. 1928, S.41.

<sup>874</sup> Hiller, DNVP, S. 545.

wußten wir von vornherein“<sup>875</sup>. Westarp wies im folgenden mit fragwürdiger Überzeugung die Preisgabe „ideale[r] Ziele“<sup>876</sup> von sich, denn: „Irgendein Verzicht ist von uns stets bestritten worden. Daß wir festgeblieben sind, beweisen doch auch unsere Verfassungsforderungen - auch unser Widerstand gegen Locarno ist niemals aufgegeben worden.“ Jenseits dieser formal begründeten und haltbaren Feststellung mußte er die sich davon unterscheidende Außenwirkung jedoch eingestehen, wenn er hinzufügte: „Aber nach außen hin und psychologisch hat sich unsere Regierungsbeteiligung doch als Verzicht ausgewirkt“<sup>877</sup>.

Bevor er zum Ende kam, berichtete er von seinen Besuchen bei Hindenburg. Dieser grämte sich innerlich, einen sozialdemokratischen Kanzler ernennen zu müssen und fürchtete Angriffe seiner ihm geneigten Wähler resp. der Deutschnationalen Volkspartei. Der Reichspräsident bat den Parteivorsitzenden, „die Opposition so einzurichten, daß Sie sich nicht die Zukunft verbauen“<sup>878</sup>. Westarp antwortete: „Wir werden Sie keineswegs deshalb angreifen. Die Dinge liegen übrigens auch so, daß es sich nicht darum handelt, daß wir nicht wollen, sondern man will uns nicht“<sup>879</sup>. Westarp sah demnach gegenwärtig keine Ansatzpunkte, um sich in die Verantwortung zu begeben, ließ aber den Faden über das Staatsoberhaupt zu einer späteren Regierungsbeteiligung nicht abreißen. Es war deshalb kein Widerspruch, wenn er mit der Bemerkung schloß, „daß ich an die Opposition mit viel größerer Freude herangehe als an die Regierungsbeteiligung“<sup>880</sup>.

In schärfstem Ton griff nun Hugenberg, der bereits als der unausgesprochene und mächtigste Widersacher Westarps galt<sup>881</sup>, den amtierenden Partei- und Fraktionsvorsitzenden an. Da Hugenberg unlängst in einem Brief an Westarp seine konträre Auffassung zur Staatspolitik des Partei- und Fraktionsvorsitzenden kundgetan hatte<sup>882</sup>, lief die Kritik auf eine Generalabrechnung mit dessen gouvernementalem Kurs der letzten Jahre hinaus, in seinen Worten: „So wie es Westarp getan hat, kann man keine Rechenschaft über das Unglück ablegen. ... man muß vielmehr einsehen, daß man Politik überhaupt nicht treiben kann, so wie wir es getan haben. .. die Formel ‚man will uns nicht‘ ist völlig fehl. Es handelt sich darum, daß wir nicht wollen dürfen. ... Es

---

<sup>875</sup> N 1211 / 35 Abschrift des Protokolls der Fraktionssitzung v. 12.6. 1928, Beitrag Westarps, S. 2 (auch für andere Diskussionsteilnehmer i.f. zit. als: Protokoll v. 12.6. 1928, Beitrag Name).

<sup>876</sup> Ebd., S. 3.

<sup>877</sup> Beitrag Westarps, S. 3.

<sup>878</sup> Ebd., S. 4.

<sup>879</sup> Ebd.

<sup>880</sup> Ebd., S. 6.

<sup>881</sup> Mergel, Scheitern, S. 345.

<sup>882</sup> Vgl. N 1003 / 113 Hugenberg an Westarp, S. 78-83. In diesem Schreiben zieht Hugenberg denjenigen einen „moralischen Krüppel“, der in der parlamentarischen Staatsform mitzuarbeiten suchte. Damit griff er nicht nur frontal Westarp, sondern auch Schmidt an. Allerdings hatte sich Hugenberg bereits seit dem Eintritt Westarps in die Regierung im Januar 1927 gegen die offizielle Parteilinie gestellt. Vgl. Holzbach, System, S. 199 Anm. 209.

gibt heute auch keine bürgerliche Koalition ohne Preisgabe von Grundsätzen und Preisgabe der Zukunft des Vaterlandes. Für uns muß das Wort gelten, „Das gebrannte Kind scheut das Feuer“<sup>883</sup>.

Hugenberg griff in seinem Oppositionsverständnis mühelos auf seine alldeutsche Genese während des Kaiserreiches zurück. Verkürzt ausgedrückt erwuchs seine Haltung aus dem von Claß inspirierten, vorsätzlichen und ebenso willkürlichen Bruch des Vertrauens bereits in die nationale Vorteilhaftigkeit des kaiserlichen Oberhauptes.<sup>884</sup>

Deshalb hatte er sich zuerst im Jahre 1904 im Alldeutschen Verband für eine „entschlossene und umfassende Nationale Opposition“<sup>885</sup> entschieden. Welche Wirkung diese Haltung in Anbetracht einer Staatsform haben mußte, die man im Gegensatz zur Monarchie in ihren Grundlagen ablehnte, war evident. Seine Botschaft war damit klar gefaßt: Sofortiges Ende der taktischen Bündnisse und ausschließliche Konzentration auf radikale Opposition in der und gegen die gegenwärtige Staatsform. Die Diskussion ging zwischen den Anhängern der jeweiligen Richtung weiter. Dann ergriff Westarp, sichtlich erregt über den Verlauf, nochmals das Wort, um seine gouvernementale Haltung zu unterstreichen: „Wenn aber die Frage gestellt wird: War es überhaupt ein Fehler, uns an der Regierung zu beteiligen, - dann sind allerdings zwischen Hugenberg und mir grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten. Ich bin nach wie vor durchaus der Meinung, daß wir uns auch unter dem heutigen System bereifinden lassen müssen, uns an der Regierung zu beteiligen. In diesem Reichstag von heute kann allerdings keine Rede von solcher Beteiligung sein“<sup>886</sup>.

In der heftig, teilweise polemisch geführten Debatte meldete sich nach einem Einwurf eines weiteren Fraktionsmitglieds Schmidt zu Wort: „Wir wollen doch nicht vergessen, daß die Wurzel des Unglücks beim 29. August 1924 liegt. Seitdem haben sich die Dinge zwangsläufig in der Fraktion entwickelt. Früher hatten wir einmal den richtigen Grundsatz, in keine Regierung hineinzugehen ohne entscheidenden Einfluß. Den Grundsatz haben wir leider preisgegeben. Der 20. Mai hat uns bis 1919 und noch weiter zurückgeworfen. Die deutsche Jugend hat uns nicht verlassen, sondern wir

---

<sup>883</sup> Beitrag Hugenbergs, S. 7 f.

<sup>884</sup> So führte Claß (*Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der der nationalen Opposition im alten Reich*, Leipzig 1932, S. 96 f. [i.f. zit. als: Claß, Strom]) aus: „Ich und mein engster Freundeskreis brachen .. bewußt mit der damals noch allgemein herrschenden Auffassung, daß der Patriot sich auf die höhere Weisheit der Regierenden zu verlassen habe, die unter allen Umständen aufgrund ihrer berühmten Aktenkenntnis mehr wüßten und besser urteilen und entscheiden könnten als wir anderen“. Vgl. hierzu detailliert: Schilling, K., *Beiträge zu einer Geschichte des radikalen Nationalismus in der Wilhelminischen Ära (1890-1909)*. Die Entstehung des radikalen Nationalismus, seine Einflußnahme auf die äußere Politik des deutschen Reiches und die Stellung von Regierung und Reichstag zu seiner politischen und publizistischen Aktivität, Köln Diss. phil. 1968, S. 196, 217-224; Förster, S., *Der doppelte Militarismus*, Stuttgart 1985, S. 126-128, 299 f.

<sup>885</sup> Claß, Strom, S. 93. Vgl. hierzu: Hering, Nation, S. 124 f., 477; Peters, M., *Der Alldeutsche Verband am Vorabend des Ersten Weltkrieges (1908-1914)*, Frankfurt 1993, S. 62 f.

haben die deutsche Jugend verlassen. Wir müssen unsere Bewegung einfach neu aufziehen. ... Für uns darf es gar nichts anderes geben als grundsätzliche Opposition. Wir müssen schon in unserer allerersten Erklärung im Reichstag zum Regierungsprogramm als Hauptpunkt sagen: ‚Dieser Staat ist nicht unser Staat‘. Der Systemwechsel unserer Politik muß auch nach außen kenntlich gemacht werden“<sup>887</sup>.

Schmidts Botschaft war deutlich. Die Lehren aus den vergangenen Jahren und der letzten Reichstagswahl konnten für ihn nur lauten: bedingungslose Ablehnung der gegenwärtigen Staatsform und ausschließlich schärfste Opposition gegen jedwelche Regierung. Der vierzigjährige Hauptmann a.D. hatte seine ablehnende Annäherung aufgegeben und in unbedingt obstruktive Ablehnung umgewandelt.

Der Redebeitrag Schmidts in der Fraktionssitzung vom 12. Juni gewährte in der Analyse der Wahlniederlage einen guten Einblick in Schmidts Sicht der Dinge. Wenn er die „Wurzel des Unglücks beim 29. August 1924“ sah, so spielte er darauf an, daß die Fraktion bei der Abstimmung über die Dawes-Gesetze gespalten war. Wenn er nunmehr hierin den Anfang der Misere erblickte, so vermittelte er den Eindruck, als hätte ein Flügel in der genannten Abstimmung und in der Folgezeit durch die Unterstützung der Regierung besonders schwere, nachgerade zersetzende Schuld auf sich geladen, was letztendlich zu der heutigen Lage geführt hätte. Schmidt vergaß darüber geflissentlich, daß er zwar nicht in der Dawes-Abstimmung aber während der beiden Regierungsbeteiligungen den Kurs Westarps – wenn auch widerwillig – mitgetragen hatte, auch er den „richtigen Grundsatz, in keine Regierung hineinzugehen“, vor anderthalb Jahren nachgerade emphatisch fordernd „preisgegeben“ hatte. Eine Anklage wegen mangelnder Prinzipientreue gegen die eigenen Reihen mußte, auch wenn er keiner der herausstechenden Protagonisten dieses Kurses gewesen war, in Anbetracht seiner zurückliegenden Äußerungen zumindest ambivalent erscheinen. Staatspolitisch stand er damit der in der Fraktion dargelegten Position Hugenbergs nicht fern, personell gehörte er im Gegensatz zum Beispiel zu Quatz vorläufig nicht zu dessen Vertrauten.

Diese bezeichnete Ambivalenz formte sich im weiteren zur unhaltbaren Bedenkenlosigkeit aus, wenn er zwei Jahre später „eine der Hauptursachen für die Wahlniederlage 28“ in dem „unheilvollen Kotau vor den Zentrumsrichtlinien des Jahres 27“ sah und den die Verhandlungen führenden politischen Beauftragten der Fraktion und engen Vertrauten Westarps, Treviranus, „in erster Linie“<sup>888</sup> dafür verantwortlich machte. Abgesehen davon, daß diese Ausführungen im spannungsgeladenen

---

<sup>886</sup> Beitrag Westarps, S. 12 f.

<sup>887</sup> Beitrag Schmidt-Hannover, S. 14 f.

<sup>888</sup> Alle drei Zitate sind entnommen aus: N 1211 / 3 „Dem Führer folgen!“ Zum 65. Geburtstag Dr. Hugenbergs. Von Schmidt (Hannover), M.d.R., 17.6. 1930.

zeitlichen Zusammenhang der Spaltungen in der Fraktion betrachtet werden mußten, leistete Schmidt damit der schon erwähnten, offensichtlich verfälschenden (und sich selbst rechtfertigenden) These Vorschub, daß allein ein gewisser Flügel seit dem August 1924 die - aufgrund der Heterogenität der politischen Komposition ohnehin schwer zu erzielende - Einigkeit in der Fraktion fortwährend unterminiert hätte. Geradezu frivol mutete es an, wenn Schmidt die Akzeptanz der Koalitionsrichtlinien als unterwürfiges Verhalten bezeichnete. War er es nicht gewesen, der in der Niederdeutschen Zeitung sein Unverständnis über die lange Dauer der Verhandlungen im Januar 1927 bekundet hatte und war er es nicht gewesen, der damit einhergehend die Beteiligung an der Regierung gefordert hatte - sollte er sein eigenes Verhalten als unterwürfig bezeichnet haben?

Der mithin innerparteilich schwelende Streit um die Wahlniederlage und die damit verbundene, vom rechten Flügel aufgeworfene Frage des Wechsels im Parteivorsitz wurde in den Monaten Juni bis Anfang August und nach der Sommerpause im September und Oktober auf das schärfste geführt. Entgegen seiner nach der Dawes-Abstimmung nicht öffentlich gemachten Haltung zur Hinderung der Vertiefung der innerparteilich aufgerissenen Gräben, bezog er diesmal publizistisch Stellung. Implizit, nicht namentlich aber unverkennbar wandte er sich darin gegen den Partei- und Fraktionsvorsitzenden Westarp.

Noch bevor dies im September geschehen sollte, ließen sich bei Schmidt eindeutige Positionierungen in Richtung des obstruktiven Kurses Hugenberg ausmachen. So gehörte Schmidts Wahlkreis Ost-Hannover zu dem Zusammenschluß derjenigen 15 Landesverbände, in deren Namen Hugenberg während der Tagung der Parteivertretung am 8. / 9. Juli sprach.<sup>889</sup> Wenn gesagt worden ist, daß dieses Zusammengehen „wahrscheinlich von langer Hand vorbereitet[.]“<sup>890</sup> worden war, dann ist dem im ganzen aufgrund der Person des Organisators, des ehemaligen Flügeladjutanten des Kaisers, Generals a.D. von Dommès, zuzustimmen. Wie lange allerdings diese Bestrebungen im Vorfeld bereits andauerten, kann für Schmidt eingeschränkt werden. Ausgehend davon, daß die Verbundenheit der 15 Landesverbände zweifellos gewisser Sondierungsvorarbeit bedurft hatte, kann hierfür der Juni veranschlagt worden sein. Vor der Reichstagswahl, als die inhaltliche Zustimmung Schmidts zum Kurs Westarps eindeutig war, konnte diese Sondierungsphase noch keine sachliche Grundlage gehabt haben. Insofern dürfte frühestens die schwere Niederlage in der Mai-Wahl das auslösende Moment für die Gesprächsbereitschaft mit Dommès gewesen sein.

---

<sup>889</sup> Vgl. Holzbach, System, S. 226.

<sup>890</sup> Ebd., S. 226.

Die Sympathisanten Hugenbergs, die sich in den folgenden Monaten „mehrmals zu gemeinsamen Besprechungen“<sup>891</sup> trafen, wurden durch programmatische Artikel zunächst Freytaghs Ende Juli und dann Hugenbergs selbst Ende August auf eine Abkehr von Westarps Kurs eingeschworen. Schmidt selbst fand unschwer einen geeigneten Ansatzpunkt zur Abkehr von Westarp in der nun wieder kompromißlosen Auseinandersetzung mit Stresemanns Außenpolitik. In einem Artikel am 2. September, zu einer Zeit als Schmidt ungleich Quaatz nicht zum engeren Kreis um den ehemaligen Krupp-Direktor gehörte<sup>892</sup>, ging Schmidt mit brachialer Polemik auf die Unterzeichnung des Briand-Kellogg-Paktes<sup>893</sup>, des Kriegsächtungspaktes von Ende August, ein. Bezeichnenderweise am Jahrestag von Sedan nahm er die Bewertung des Vertrages unter drei für ihn nachgerade archetypischen Prämissen vor: Stresemann galt es als Verzichtspolitiker zu verdammen, Krieg war besonders für einen (ehemaligen) Frontoffizier Teil des Weltgeschehens und Frankreich war *qua natura* als Feind Deutschlands anzusehen. Gegen diese undurchdringliche Simplizität der Gedanken, die unverändert an die Zeit vor 1927 anschlossen, war die feine Diplomatie Stresemanns machtlos. Das Ende vorwegnehmend, sah Schmidt „hinter dem künstlichen Phrasennebel nur die erneute Einkreisung Deutschlands, den erschütternden Bankrott Stresemannscher Außenpolitik“<sup>894</sup>. Um unnötige Erklärungen zu vermeiden, erklärte er trotzig, Sedan und Tannenberg feiernd, der Zeit zu harren, da die „unvermeidbare Sprengung von Versailles die Neuformung des mitteleuropäischen Raumes im deutschen Sinne möglich macht“<sup>895</sup>. Übersehend, daß zumindest theoretisch Frankreichs machtpolitisches Übergewicht eingeschränkt worden war, tat er seine - bekannte - Sicht auf den Fortgang der Politik kund: „Wer heute glaubt, die Staaten stürben ab, die Geschichte würde sich in Konzerne, Zinstabellen und Paragraphen auflösen, der wird eines Tages erkennen müssen, daß letzten Endes Menschen, ringende und schießende, singende und weinende Menschen, die den Boden ihrer Väter schützen, die Geschicke der Erde bestimmen, daß Weltgeschichte Staatengeschichte ist und daß Staatengeschichte von jeher die Geschichte von

---

<sup>891</sup> Ebd., S. 226.

<sup>892</sup> Aus dem Tagebuch von 1928 wird für die Monate von Mai bis Oktober sehr deutlich, daß Quaatz - wie schon in der vorangegangenen Zeit - von den Fraktionsmitgliedern zu denjenigen gehörte, die Hugenberg am nächsten standen. Daß Schmidt zu dieser Zeit nicht zum Hugenberg-Kreis gehörte, wurde im Umkehrschluß der Tatsache deutlich, daß Quaatz ihn ab November regelmäßig bei den Konventen des bezeichneten Kreises aufführt. Vgl. Quaatz-Tagebuch 1928, Einträge ab 18.11. 1928, S. 57 ff. Schmidt wurde deshalb, trotz der deutlichen Position für Hugenberg nach der Wahlniederlage, in einer Aufzählung der Fraktionsmitglieder (Reichstag) von Juli, die Hugenberg politisch nahestanden, nicht genannt. Vielmehr wurden aufgezählt: Quaatz, Bang, Gok, Reichert, Everling, Spahn, Dryander, Rademacher, Leopold, Troilo. Vgl. GStA HA I Rep. 77 Titel 4043 Nr. 278: DNVP 1925-1933, p. 56: Der Jungdeutsche (?) v. 11.7. 1928.

<sup>893</sup> Vgl. Hildebrand, Reich, S. 492-496.

<sup>894</sup> Schmidt, Sedan, Tannenberg und der Pakt von Paris, NZ v. 2.9. 1928.



Kriegen war. Das sind Wahrheiten, die alle diejenigen gern verschleiern, die unserem Volk die Waffen aus der Hand wanden“<sup>896</sup>. Schmidt ging es nicht darum, die tieferen Beweggründe und nur durch Beharrlichkeit zu erreichenden Ziele des Auswärtigen Amtes verstehen zu wollen, viel zu sehr war seine „auswärtige“ Sicht der Dinge festgefahren im Bann der Feindschaft gegen Frankreich und der Abneigung gegen den deutschen Außenminister.

Doch Schmidt beteiligte sich nicht nur an der inhaltlichen Umorientierung der Partei. Vielmehr waren die sich um Hugenberg scharenden Landesverbände, zu denen auch Ost-Hannover unter von Natzmer gehörte, Anfang September übereingekommen, die Neuwahl der Körperschaften der Partei für den Oktober zum beantragen.<sup>897</sup> Die Absicht war damit deutlich: Die organisatorische Bemühungen des Vorsitzenden von Potsdam II, Dommies, zielten auf Westarps Position.<sup>898</sup> Die Teilnahme Natzmers an der genannten Versammlung wird nicht ohne Rückkoppelung mit Schmidt vonstatten gegangen sein, zumindest war von Widersprüchen im Landesverband Hannover-Ost nichts zu vernehmen, vielmehr verabschiedete der Vorstand seine Entschlüsse am 10. September

In diesem Sinne bestätigte der am 10. September zusammengetretene weitere Vorstand des Landesverbandes Hannover-Ost, „nach grundlegendem Vortrag seines Reichstagsabgeordneten Schmidt (Hannover)“<sup>899</sup>, in seinen Entschlüssen zunächst „einmütig“<sup>900</sup> Schmidts außenpolitische Ansichten. Der weitere Vorstand des Landesverbandes, dem Schmidt allein kraft Satzung angehörte<sup>901</sup>, forderte „von der Leitung der Partei allerschärfstes Frontmachen gegen Führung und Methoden der bisherigen Außenpolitik“ unter „Aufrollung der Kriegsschuldfrage“<sup>902</sup>.

Auf welchen staatspolitischen Weg Schmidt seinen Landesverband unter Leitung von Oberstleutnant a.D. von Natzmer geführt hatte, wurde deutlich bei der - bemerkenswert formulierten - deutschnationalen Aufgabenbeschreibung für die Zukunft: Diese seien nur zu erfüllen „im schärfsten Angriff gegen das heutige System und seine Nutznießer. Sie ist als Weltanschauungsblock und nationale Bewegung geschaffen“<sup>903</sup>. Geschickt die Mitverantwortung für den parteitaktischen Kurs der Regierungsbeteiligung - wie Schmidt am 12. Juni - von sich weisend, beschwor der Landesverband unter

---

<sup>895</sup> Ebd.

<sup>896</sup> Ebd.

<sup>897</sup> Vgl. Dörr, DNVP, S. 601 f.: Antrag auf Einberufung der Parteivertretung. Der Antrag bedurfte satzungsmäßig der Unterzeichnung durch fünf Landesverbände. Alle 17, hinzugekommen waren Lübeck und Ost-Friesland, hatten den Antrag jedoch verabschiedet. Vgl. Dörr, DNVP, S. 444 f.

<sup>898</sup> Vgl. Dörr, DNVP, S. 444 Anm. 125.

<sup>899</sup> EntschlieÙung von Hannover-Ost, NZ v. 15.9. 1928.

<sup>900</sup> Ebd.

<sup>901</sup> Satzung der DNVP v. 24.3. 1926 abgedruckt in: Dörr, DNVP, S. 569.

<sup>902</sup> EntschlieÙung Hannover-Ost, NZ v. 15.9. 1928.

maßgeblichem Einfluß seines Abgeordneten die Gesamtpartei: „Die politische Entwicklung der letzten Jahre hat in ihr eine Überbewertung parlamentarischer Taktik und fraktionellen Geistes hochkommen lassen. Klare Abkehr von diesem Wege, Rückkehr zu den großen Grundsätzen und staatspolitischen Aufgaben, die ihre Gründung bewirkten, ist das Gebot der Stunde“<sup>904</sup>. Um dieses Gebot der Stunde, dessen nunmehr erkannte Notwendigkeit Schmidt selbst seinerzeit mißachtet hatte, in der Breite der geneigten Bevölkerung zu verankern forderte der Landesverband „vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit den vaterländischen Verbänden, insbesondere mit dem Stahlhelm“ - ein gelungener Fingerzeig auf die bereits vor kurzem angemahnte, faktisch jedoch nicht vorhandene politische Schlagfertigkeit der nationalen Verbände. Der Stahlhelm kristallisierte sich zusehends als einziger Verband heraus, der aktiv ins politische Geschehen eingriff - und zu einem verlässlichen Mitstreiter avancierte.

Zuletzt wurden auch der „Fall Lambach“<sup>905</sup> aufs Tapet gehoben. Der Partei wurden Empfehlungen anheimgestellt, die künftige Abspaltungen andeutungsweise für unausweichlich hielten. Zunächst wurden etwas kompliziert „geeignete Maßnahmen“<sup>906</sup> gegen eine „Wiederholung solcher Vorgänge“<sup>907</sup> gefordert, um dann deutlicher zu werden mit der Ermahnung, „daß aus den äußeren Begleiterscheinungen des Falles die zur Neufestigung der Partei unerläßlichen organisatorischen und politischen Folgerungen gezogen werden“<sup>908</sup>. Es war bei Schmidt mithin weniger der Monarchismus, den Lambach als praktisches politisches Ziel in Abrede gestellt hatte, als vielmehr die Kritik an ihm, die als Mittel zum Zweck funktioniert wurde, um innerparteilich die Gegner Hugenberg klar zu benennen und aus der Partei zu drängen. Dies sollte nunmehr zu den für die „Neufestigung der Partei“ notwendigen „politischen Folgerungen“ gehören. Damit wurde klar, was Schmidt mit der „Wurzel des Übels“, mit dem 29. August 1924 gemeint hatte. Auf dem langen Weg durch die letzten vier Jahre hatte er sich stets dafür ausgesprochen, den Zusammenhalt der Partei allein ihrer größeren Schlagkraft wegen zu bewahren. Stets hatte er vor Absplitterungen gewarnt. Jetzt wurde deutlich, daß er diese Haltung in einem inneren Kampf mit sich selbst, just im Spannungsverhältnis zwischen Prinzipientreue und pragmatischer Mitarbeit auch in der demokratischen Staatsform, ausgetragen hatte. Lange hatte er geschwankt, nicht zuletzt hatte er 1925 als Mitglied des Generalstabsvereins gerade

---

<sup>903</sup> Ebd.

<sup>904</sup> Ebd.

<sup>905</sup> Vgl. Dörr, DNVP, S. 394 f.; Bracher, Auflösung, S. 280 f.; Jonas, Volkskonservative, S. 33-37. Der Monarchismus-Aufsatz Lambachs v. 14.6. 1928 ist abgedruckt in: Dörr, DNVP, S. 554-556.

<sup>906</sup> Entschließung Hannover-Ost, NZ v. 15.9. 1928.

<sup>907</sup> Ebd.

<sup>908</sup> Ebd.

Lambach für sein „Wirken gegen die Revolutionsparteien, ... als Führer großer vaterländischer Arbeitnehmer-Organisationen“ bei sensiblen Anwürfen wegen einer 1919 verfaßten Schrift in Schutz genommen – zum Einvernehmen der „Konzentrierung aller in nationalpolitischer Arbeit stehenden Kräfte unseres Landes“<sup>909</sup>. Diese Bereitschaft, wie es hier exemplarisch zu belegen war, war nun einer Einstellung gewichen, die Konzentrierung durchaus mit Abspaltungen („politische Forderungen“) vereinbar machen konnte, wie sie Freytagh und Hugenberg in ihren Aufsätzen dargelegt hatten.

Diese Stellungnahme von Schmidts Landesverband, die ganz unbestritten unter maßgeblichem Einfluß seines Abgeordneten stand, kulminierte terminologisch in der beinahe wörtlichen Anlehnung an die „Block oder Brei?“ - Semantik von Hugenbergs Artikel.<sup>910</sup> Auch wenn der Name Hugenbergs nicht explizit fiel, in den Forderungen an die DNVP, wieder „Weltanschauungsblock und nationale Bewegung“<sup>911</sup> zu werden..., wurde erkennbar, wohin Schmidts Landesverband neigte.

Fragt man nach den Faktoren, die abseits des bereits Angeführten das Einschwenken Schmidts auf Hugenbergs beförderten, so kann zunächst konstatiert werden, daß er spätestens im September als klarer Anhänger Hugenbergs in der kommenden Wahl des Parteivorsitzenden zu gelten hatte - und damit als ein Gegner Westarps. Die alte neue Schärfe des Kampfes gegen die Weimarer Republik hatte er bereits in der Fraktionssitzung am 12. Juni betont. Im Verlauf der Sommermonate mußte er - spätestens mit dem genannten Artikel Hugenbergs - innerlich den Schluß gezogen haben, daß der staatspolitische Kurs des Geheimrats die geeignete Perspektive für die politische Arbeit bot.<sup>912</sup> Schmidt hatte sich damit binnen Jahresfrist wieder - und es schien diesmal endgültig - in vollkommene Frontstellung gegen die Weimarer Staatsverfassung versetzt.

Der radikale Wandel in der staatspolitischen Haltung Schmidts war jedoch nur äußerlich so drastisch. Die ablehnende Annäherung, die Schmidt ungefähr ein Jahr

---

<sup>909</sup> Schmidt an Generalleutnant von Cramon (geschäftsf. Vorstandsmitglied der Vereinigung Graf Schlieffen), 5.5. 1925, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen.

<sup>910</sup> Alfred Hugenberg, Block oder Brei? Der Tag v. 28.8. 1928

<sup>911</sup> Entschließung von Hannover-Ost, NZ v. 15.9. 1928.

<sup>912</sup> Sachlich unrichtig ist die Feststellung, daß Schmidt „bei Herrn Hugenberg ab 1927 gewissermaßen als la gearbeitet“ hat (4211 Bundesarchiv Koblenz Schmidt/hannover, Vermerk von Oberarchivrat Dr. Mommsen über Zusammenkunft mit Schmidt in Westerland v. 4.-6.6. 1963, 10.6. 1963, S. 3). Hugenberg hatte 1927 gar keine Funktion in der Partei, die einen Stab notwendig gemacht hätte und 1928 bemühte er sich frühestens ab Dezember einen solchen aufzubauen, wobei Schmidts Name nicht im Zusammenhang mit einer konkreten Funktion auftauchte. Der dem militärischen Sprachgebrauch entwendete Begriff des la meinte den Chef des Stabes oder 1. Generalstabsoffizier eines größeren Verbandes. Diesem waren federführend u.a. die Arbeitsfelder Operationsplanung, Befehlsausarbeitung, Taktiklehre und Ausbildung zugeordnet. Die schwierige inhaltliche Übertragung dieser außerordentlich wichtigen Stabsstelle auf eine zivile Verwaltung konnte ungefähr folgende Arbeitsfelder

von Januar 1927 bis Februar 1928 zaghaft betrieben hatte, war zu keiner Zeit eine gewachsene, verinnerlichte Überzeugung gewesen, sondern mehr eine widerwillige Unterdrückung der eigentlichen politischen Antriebe. Wie eine Befreiung mußte es auf Schmidt wirken, zu den Ursprüngen seines politischen Denkens zurückkehren zu können. Die mit der Wahlniederlage verbundene Verdrängung in die Opposition bot den geeigneten Anlaß hierfür.

Unabhängig von der nicht länger vorhandenen inhaltlichen Kongruenz mit Westarp, wurde der Bruch mit ihm durch persönliche Entfremdungen bedingt, die aus der politischen Arbeit herrührten. Schmidt, der von Westarp bereits als Wahlkampfleiter für Jarres Treviranus vorgezogen war, von diesem aber verdrängt wurde, die Aufgabe aber für die Gewinnung Hindenburgs und vor der Wahl übernahm und zumindest bis Ende des Jahres 1925 für Westarp politische Arbeit in der Fraktion übernommen hatte, wurde im März 1926 nicht Politischer Beauftragter der Partei. Eine Annäherung an die Führung der Partei war somit trotz erster Ansätze gescheitert.

Nimmt man die Korrespondenz Schmidts mit Westarp vor der Reichstagswahl 1928 hinzu, aus der eine deutliche Verärgerung Schmidts ob der nicht erhaltenen finanziellen Unterstützung seines Wahlkreises hervorschien und die in ihrer Diktion einen Bruch nicht für unmöglich hielt, dann wurde Folgendes deutlich: Das Band zwischen den beiden in ihrer Sozialisation so unterschiedlichen Politikern war nicht allzu fest geknüpft. Das Gefühl persönlicher Zurücksetzung verbunden mit subjektiv für die eigene politische Zukunft als schädigend empfundener, ausbleibender Unterstützung im Wahlkampf waren dazu angetan, das Auseinandergehen ohne retardierende Momente zu beschleunigen. In diese Gedanken mischte sich mit hinein, daß Schmidt im Alter von 40 Jahren unwillkürlich an seine Zukunft im Sinne eines weiteren Aufstiegs denken mußte. Daß er den Weg Westarps nunmehr nicht für richtig hielt, erleichterte das Einschlagen eines anderen Pfades.

Die an die übrigen Koalitionäre gerichtete Frage, ob ihre höchst mißtrauische Beäugung der deutschnationalen Kompromißbereitschaft der parteiübergreifenden Grundierung der Demokratie zuträglich war, ließ sich gerade bei dem ins Bewußtsein gerückten politischen Hintergrund Schmidts nicht leicht beantworten. Schmidt hatte sich gewiß nicht als konservativer Demokrat bekannt. Seine ablehnende Annäherung an Weimar war nicht aus Überzeugung und eher zaghaft geschehen. Aber die Richtung deutete – erstaunlich allein – auf ungewollte, durch die Machtverhältnisse bedingte Integration hin.<sup>913</sup> Pragmatisch betrachtet bestand für Schmidt eine gewisse

---

umfassen: verantwortliche Leitung der Verwaltung / Organisation, Kampagnenausarbeitung und -umsetzung, Verhandlungsführung.

<sup>913</sup> Vgl. Stürmer, Koalition, S. 282. Die sich ausschließlich mit den zweifellos wichtigen Fragen der Agrarpolitik beschäftigende Arbeit von Andreas Müller („Fällt der Bauer, stürzt der Staat“. Deutschnationale Agrarpolitik 1928-1933, München 2003, S. 92) geht auf diesen schwierigen

Zeit die unausgesprochene Option, sich im parlamentarischen Staatsleben vielleicht nicht wohl zu fühlen. Aber darum ging es auch nicht. Schmidt ließ sich bis kurz vor der Wahl im Mai 1928 in einer Weise vernehmen, die die Tür in Richtung ungewollter Integration offenhielt. Zumindest die Eventualität eines sich widerwilligen Arrangierens, das durch die Übernahme von Regierungsverantwortung bekräftigt wurde, war als kurzweilige Möglichkeit vorhanden. Kein geringerer als Freytagh zirkulierte diesen Gedanken in seinem Aufsatz „Nicht große, sondern starke Rechte“<sup>914</sup>. Er sah die Option zweier großer Flügelparteien, die sich nach englischem Vorbild „in der Regierung ablösen“<sup>915</sup>. Und erstaunlich genug, ging er weiter und skizzierte das Bild eines die DNVP integrierenden politischen Systems: Wenn nun eine große DNVP in allen ihren Schattierungen die rechte Flügelpartei ausmache, dann liege „auch kein Anlaß vor, wegen des Ausgangs der letzten Wahlen Besorgnisse zu hegen. 1924 siegte die Deutschnationale Volkspartei, 1928 die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 1932 ist wieder jene, 1936 diese an der Reihe. Und hat der Turnus erst regelmäßigen Charakter angenommen, so wird auch, wie in England, eine gegenseitige Rücksichtnahme Platz greifen, die zu einer weiteren Milderung der Übergänge führt“<sup>916</sup>. Freytaghs gerade im Vergleich mit England streitbares Gedankenkonstrukt war der Natur nach nur theoretisch und er verwarf die große Rechte erwartungsgemäß zugunsten einer „zielbewußten, grundsatztreuen, starken Rechten“<sup>917</sup> – aber es formulierte eine denkbare Option in der Entwicklung Schmidts in Anbetracht seiner staatspolitischen Kongruenz mit Westarp bis in den Mai 1928. Wenn Westarp auf diesem Weg grundsätzlich weitergehen sollte, stellte sich die Frage, warum Schmidt dies neben den erwähnten Gründen nicht tat.

Ausgangspunkt war die Niederlage der DNVP in der Wahl. Sie war auch eine für Westarps Kurs.<sup>918</sup> Während dieser aber als Fraktions- und Parteivorsitzender nicht ohne Gesichtsverlust von seiner eigenen Strategie abrücken konnte (und dies aus Überzeugung auch nicht tat), war dies zunächst einmal für Schmidt leichter. Die sich im Wahlergebnis konstatierende „Minderung des Vertrauens zur Partei“ lag in der von der Fraktion ausgeführten „Politik des Hin und Her“ begründet, die die „Grundsätze um praktischer Erfolge willen preisgegeben und diese Erfolge doch nicht erreicht“<sup>919</sup> hatte.

---

Prozeß, den Teile der Deutschnationalen durchliefen, nur mit dem etwas unklaren Attribut ein, der Westarp-Flügel sei „klassisch ausmanövriert“ worden. Der organisatorische Anteil, den Dankwart Guratzsch beschrieben hat, kommt dabei zur Sprache. Der Analyse des Stimmungswandels und der diesen bedingenden Faktoren wird dabei nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt (i.f. zit. als: Müller, Bauer).

<sup>914</sup> Der Aufsatz ist abgedruckt in: Der Tag v. 25.7. 1928 (i.f. zit. als: Freytagh, Rechte).

<sup>915</sup> Ebd.

<sup>916</sup> Ebd. Stürmer (Opposition, S. 273, 278) deutet die Möglichkeit einer solchen Entwicklung an.

<sup>917</sup> Freytagh, Rechte.

<sup>918</sup> Vgl. Hiller, EdP, S. 545; Freytagh, DNVP, S.42.

<sup>919</sup> Freytagh, DNVP, S. 44.

Vielmehr war „eine Niederlage nach der anderen“<sup>920</sup> eingetreten. Kurz: Die kompromißbereite Linie Westarps war von der Basis nicht goutiert worden. Vielmehr wurde sie als „Verzicht auf ihre Grundsätze gedeutet“<sup>921</sup>. Das bitterste Zugeständnis der DNVP im Bürgerblock war ohne Frage die Zustimmung zum Republikenschutzgesetz.<sup>922</sup> Auch wenn sich Schmidt bezeichnenderweise nicht öffentlich dazu äußerte, kann ob seiner politischen Sozialisation und Äußerungen wider die Republik in den Jahren im Reichstag die für ihn gewiß unerträgliche Schwere dieser Bedrouille erahnt werden. Was muß in ihm vorgegangen sein, als Hermann Müller von der SPD dem Grafen Westarp in der Debatte um dieses Gesetz mit schneidender Süffisanz vorhielt: „Ich weiß nicht, ob diese Haltung, die Sie hier einnehmen, nicht eine zu starke Belastungsprobe für viele ihrer nationalen Wähler sein wird. Aber dessen können Sie versichert sein: wenn Ihnen nach dieser Haltung die nationalen Wähler treu bleiben, dann wird keine Partei Sie um solche Wähler beneiden“<sup>923</sup>. Schmidt, der sich trotz aller tiefsitzenden Aversionen gegen die Demokratie zaghaft dem Kurs Westarps angenähert hatte, mußte durch eine solche Ohrfeige im parlamentarischen Schlagabtausch geradezu mit der Unrichtigkeit seines Weges vor den Kopf gestoßen werden. Ein Sozialdemokrat, so mußte er gewahren, durfte ihn „wie einen Schulknaben“<sup>924</sup> zurechtweisen, wo der ‚nationale‘ Weg eigentlich entlang führte. Was dies in Schmidts Unterbewußtsein ausgelöst haben mag, ist nicht belegbar, aber ohne weiteres nachvollziehbar. Indem auch Schmidts staatspolitische „Anstrengung nicht honoriert, sondern vielmehr als fortgesetzte Charakterschwäche ausgelegt“<sup>925</sup> wurde, erstickten die – nicht zu Unrecht mit Mißtrauen der deutschnationalen Annäherung an die Demokratie beegnenden – Abgeordneten der staatstragenden Parteien diesen ersten Versuch im Keim. Natürlich durfte ein so schroffer Gegner der Sozialdemokratie, der sich bei jeder ihm bietenden Möglichkeit scharfmacherisch gegen die Partei Bebel äußerte, nicht auf ihr Entgegenkommen rechnen. Aber von Vorteil für das nicht auszuschließende, mitten im Entstehen befindliche, retardierende Zugehen auf Weimar durch einen zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf dem nur obstruktiven Flügel um Hugenberg und Freytag festgelegten Politiker wie Schmidt war dieses Verhalten nicht. Er war es, der mit seiner Partei „von allen Parteien den weitesten Weg in die Republik

---

<sup>920</sup> Ebd., S. 42. Freytagh rekurrierte damit u.a. auf die oben bereits angedeuteten deutschnationalen Zugeständnisse beim Schul-, Republikenschutzgesetz und in Zollschutzfragen.

<sup>921</sup> Hiller, EdP, S. 545.

<sup>922</sup> Vgl. Stürmer, Koalition, S. 213-216; Richter, DVP, S. 454 f.

<sup>923</sup> Müller am 17.5. 1927 zit. nach: VdRT, III. WP, Bd. 393, S. 10764.

<sup>924</sup> Freytagh, DNVP, S. 42. Freytagh bezog dieses Zitat zwar auf die mit „unerhörter Schroffheit“ vom Zentrumsführer von Guerard gegen Westarp gerichtete Replik nach dem deutschnationalen Redebeitrag zur Regierungserklärung. Da die Situation aber vergleichbar war, traf die Wendung auch auf Schmidt zu.

<sup>925</sup> Mergel, Scheitern, S. 337. Vgl. Hiller, EdP, S. 545.

zu gehen“<sup>926</sup> gehabt hatte. Schmidt sollte auf diesem Weg nie ankommen. Es erhellte dadurch, warum der ehemalige Hauptmann im Generalstab nach der Wahlniederlage im Mai mehr oder weniger umgehend diesen unfreiwillig begangenen Versuch abbrach, sich zurückbesann auf seine Wurzeln und dem Protagonisten der Obstruktion mit wehenden Fahnen folgte.

Nach der grundsätzlichen Positionierung für Hugenberg zwischen Juni und September folgte Ende September die Vervollständigung des politischen Grundlagenarsenals, mit dem Schmidt gegen die große Koalition unter Hermann Müller zu Felde zog. Dabei war auch hier festzustellen, daß Schmidt auf Altbekanntes zurückgriff. Er nahm die Debatte um die Anschaffung von Panzerkreuzern zum Anlaß, um die vorläufig als „Kabinett der Persönlichkeiten“<sup>927</sup> firmierende Staatsführung und in ihr besonders die SPD wegen mangelnder Wehrfreudigkeit anzugreifen. Diese hatte sich während des Wahlkampfes stark gegen den Bau der Kampfschiffe eingesetzt und setzte nun um der eigenen Glaubwürdigkeit willen alles daran, diesen zu verhindern. Der Abgeordnete Schmidt sah das Auftreten der SPD als erneuten Beleg dafür, daß auf „Wandlung der Sozialdemokratie .. nicht zu rechnen“<sup>928</sup> sei und daß sich nun endlich die Erkenntnis bei den übrigen Parteien durchsetzen müsse, „daß eine Wendung des deutschen Geschicks nicht mit, sondern nur gegen die Sozialdemokratie möglich“ sei.<sup>929</sup> Interessanter als dieser nicht neue Gedanke war eine andere Bemerkung gegenüber der Sozialdemokratie, die in ihrer gemäßigt formulierten Warnung eine tief verbürgte Abschätzigkeit verriet: „Nur eines weiß sie [die SPD-d.Vf.] sicher, nämlich daß niemals wieder eine sozialistische Regierung von nationalen Freikorps und Bünden wie anno 19 geschützt werden wird“<sup>930</sup>. Noch vor Monaten war er bereit gewesen, den unbestreitbaren Schutz der ersten Regierungen durch Freikorps als - wie ernst auch immer gemeinte - Ausgleichsbemühung von rechts zu interpretieren. Diese Zeit des auch nur ansatzweisen Ausgleichsstrebens war unmißverständlich vorüber, als die von den Hugenberg zugewandten Landesverbände (zu denen auch Ost-Hannover zählte) initiierte Wahl eines neuen Parteivorsitzenden Ende Oktober bevorstand.

Genau fünf Monate nach der Niederlage bei den Reichstagswahlen war es Hugenberg gelungen, mittels detaillierter Vorbereitung am 20. Oktober 1928 den Vorsitz der DNVP

---

<sup>926</sup> Mergel, Scheitern, S. 337.

<sup>927</sup> Zit. nach: Kolb, Weimarer Republik, S. 86.

<sup>928</sup> Schmidt, Die Quadratur des Zirkels, NZ v. 26.9. 1928.

<sup>929</sup> Ebd.

<sup>930</sup> Ebd. Es gehörte zu Schmidts publizistischen (und auch rhetorischen) Eigenheiten, zum Wohle der eigenen Polemik über inhaltliche Unebenheiten hinwegzugehen, wie er hier unbekümmert außer acht ließ, daß die Regierung Müller neben der SPD das Zentrum, die Bayerische Volkspartei, die Deutsche Demokratische Partei und die Deutsche Volkspartei umfaßte.

zu erringen. Obwohl die Rivalitäten im Westarp-Lager und das resignative Nichtantreten zur Wahl des Partei-Chefs keinen Gegenkandidaten hervorgebracht hatten, mußte das sehr knappe Ergebnis für Hugenberg geheimgehalten werden. Lediglich den Gewinn der Mehrheit ließ man veröffentlichen.<sup>931</sup> Gleichviel, Hugenberg war jetzt dort angelangt, wohin ihn Claß seit dem Jahreswechsel 1925 / 26 zu lancieren gesucht hatte.<sup>932</sup> Die Abkehr von der gouvernementalen Linie Westarps, der im Fraktionsvorsitz verblieb, hin zur obstruktiven Oppositionspolitik sollte nun das Kennzeichen deutschnationaler Politik werden.

Schmidt, dessen Sympathie für den neuen Kurs unübersehbar war, meldete sich im November und Dezember viermal zu Wort. Es wurde zusehends unverkennbar, daß er Hugenergs Weg regelrecht als Befreiung für sich selbst als auch für die DNVP und die hinter und neben ihr stehenden Verbände betrachtete. Mit diesem Gefühl der Befreiung korrelierte ein in seiner Vehemenz extrem gesteigerter Wille zur politischen Umsetzung desselben gegen die republikanische Staatsform.

Der zehnte Jahrestag der Revolution wurde - kaum verwunderlich - von ihm als günstiges Forum genutzt, die Sozialdemokratie stereotyp als Hauptschuldige für die seiner Ansicht nach aus Versailles entspringenden, gegenwärtigen Umstände zu brandmarken: „Die feindliche Lüge von Deutschlands Schuld am Kriege ist die Grundlage von Versailles. Versailles, das erst durch die Revolution möglich wurde, ist die Grundlage unserer Verelendung. Die Sozialdemokratie stützt bisher stets die feindliche Kriegsschuldfrage, weil sie nur mit der Schuld des alten Staats den Umsturz begründen kann: Nur die Niederrichtung der Sozialdemokratie löst uns aus diesem fehlerhaften Kreis, dieser Kette des Unheils!“<sup>933</sup>

Diese altbekannten und unverminderten Vorwürfe gegen den parteipolitischen Erzfeind wurden am 15. November durch den politischen Neubeginn grundiert. Schmidt, der nun den selbstgewißten Eindruck erweckte, die Partei und damit auch die Fraktion seien bereits ganz auf Hugenergs Linie eingeschwenkt, erblickte in der beendeten Führungslosigkeit der Deutschnationalen den Beginn eines Neuanfangs für die Partei, in seinen Worten: „Die Deutschnationale Volkspartei ... geht gefestigt aus den Auseinandersetzungen der letzten Monate hervor. Mit der ... Wahl Hugenergs wies sie Weg und Ziel zur Zusammenfassung der gesamten vaterländischen Opposition gegen den Novemberstaat“<sup>934</sup>. Die Einigung hin „zum planmäßigen, offenen staatsbürgerlichen Aufmarsch gegen das immer mehr in überorganisierten Despotismus ausartende Weimarer System ist eine außen-, innen- und wirtschaftspolitische Not-

<sup>931</sup> Vgl. Hiller, DNVP, S. 179; Mergel, Scheitern, S. 345; Dörr, DNVP, S. 442 ff.

<sup>932</sup> Vgl. Holzbach, System, S. 192-253; Stürmer, Koalition, S. 190-196; Hiller, EdP, S. 546.

<sup>933</sup> Schmidt, Bemerkungen zum Revolutions-Jubiläum, NZ v. 9.11. 1928.

<sup>934</sup> Schmidt, Heraus aus der Defensive! NZ v. 15.11. 1928.



wendigkeit“<sup>935</sup>. Die dringlichste Aufgabe, die diese Opposition zu bewältigen hatte, war die Wiederherstellung der Grundlagen seines Weltbildes: „Jedes Volk, das die in der Tradition liegende Weisheit von Jahrhunderten über Bord wirft, rutscht solange auf der schiefen Ebene, bis es sich wieder zu Tradition und Ordnung bekennt. Die neue Rechte, die große schwarz-weiß-rote Opposition gegen die Mißwirtschaft des vergangenen Jahrzehnts, hat die Aufgabe, unserem Volke beides zurückzugewinnen. Darum heraus aus der Defensive!“<sup>936</sup>

Welche Botschaft wollte Schmidt dem Leser weniger als einen Monat nach der Wahl Hugenberg nahebringen? Die Botschaft war nicht ein Programm, als vielmehr ein Aufruf zur Sammlung. Das lange ersehnte Signal zum Aufbruch wollte er vermitteln, einen erlösenden Appell hin zu „Tradition und Ordnung“ geben. Vorrangig war für Schmidt die Mobilisierung der „vaterländischen Opposition“ aus dem in seinen Augen hoffnungsvollen Machtantritt Hugenberg - der Inhalt war sekundär. Die Forderung nach „Tradition und Ordnung“ war zwar einerseits prädestiniert, die weitesten Kreise der bezeichneten Opposition zu erreichen, andererseits ein altbewährter und synonym für Patriotismus, Recht und Ordnung und Rechtschaffenheit verwendbarer Ausdruck, der gleich zu Beginn der zündenden Idee des Neuanfangs ermangelte. In dieses Bild fügte sich nachgerade offenbarend ein, daß Quaatz<sup>937</sup>, gewiß einer der am schärfsten analysierenden Köpfe in der Fraktion, bereits einen Tag nach dessen Wahl Hugenberg diesem auf die Frage hin, was zuerst zu tun sei, beinahe mahnend antwortete: „ ..., außer Parteireform gelte es, zu zeigen, daß hinter der Umwälzung nicht nur Macht und Wille, sondern auch Ideen stecken“<sup>938</sup>. Der missionarische, siegesgewiße Eifer, der Schmidt ergriffen hatte, ließ allein seiner martialischen, beinahe ungewohnt gewordenen Diktion nach dunkel erahnen, daß nunmehr die Partei zum Hauptsturm auf den „Novemberstaat“ vorbereitet werden sollte. Nach einem langen Ringen, das ihn unerwartet von der radikalen zur annähernden und jetzt wieder radikalen Ablehnung geworfen hatte, so schien es, hatte er seine staatspolitische Entscheidung endgültig gefällt.

Um dieses Datum herum war es Schmidt darüberhinaus gelungen, auch innerparteilich engen Kontakt mit Hugenberg aufzunehmen.<sup>939</sup> Ohne formalen Rahmen suchte Hugenberg seine Anhänger inner- und außerhalb der Fraktion in Berlin um sich zu scharen. Schmidt selbst gehörte zu einem engeren Kreis von Personen, mit denen der neue Parteivorsitzende die tägliche Lage oder strategische Fragen diskutierte. Wie es

---

<sup>935</sup> Ebd.

<sup>936</sup> Ebd.

<sup>937</sup> Vgl. zu Quaatz' jüdischer Herkunft: N 1211 / 73 Zweite Seite eines Briefes, o.D.

<sup>938</sup> Quaatz-Tagebuch 1928, Eintr. v. 21.10. 1928, S. 52.

Schmidt konkret gelungen war, in die Nähe des Geheimrats vorzustoßen, konnte nur vermutet werden. Schmidt war unter den jungen Abgeordneten der einzige, der sich ihm anschloß, war ehemals Generalstabsoffizier, bekannt als scharfer Redner und Publizist gegen republikanische Regierungen und tendierte zum rechten Flügel der Partei. Zudem hatte er zu einem derjenigen Landesverbände gehört, die sich frühzeitig um den Organisator der parteipolitischen Macht für Hugenberg, General von Dommès, gesammelt hatten. So konnte Quaatz in seinem für das Tagebuch typischen Telegrammstil unter dem 18. November notieren: „Abendessen Einladung Oberfohren im Kasino Pariser Platz: Freytagh, Goldacker, Schmidt. Legen die Taktik für Montag fest“<sup>940</sup>. Abgesehen von Oberfohren waren ihm die beiden anderen Abgeordneten auch persönlich gut vertraut. Schmidt gehörte nun auf dem Hugenberg-Flügel zu denjenigen, die für die am nächsten Tag anberaumte Fraktionssitzung den Modus für den Umgang mit den innerfraktionellen Widersachern durchdachten. Am Abend des nächsten Tages, an dem die festgelegte Taktik in der Fraktion „klappt[e]“<sup>941</sup>, fand die „erste Sitzung des Schmidtschen Stammtischs in der ‚Badewanne‘“ statt, in der die „Vereinigung von Klub und Geschäftsstelle“<sup>942</sup>, d.h. von Nationalem Klub und deutschnationaler Hauptgeschäftsstelle beraten wurde. Am 29. November trafen sich „Hugenberg, Goldacker, Schmidt-Hannover, Bang, Freytagh und ich. Hugenberg berichtet über seine Vorschlagsliste zum Parteivorstand. Unerfreuliches Benehmen von Freytagh und Bang“<sup>943</sup>. Der neue Parteivorsitzende suchte natürlich legitimerweise, sich einen Vorstand zusammenzustellen, der seine Linie vertrat. Die Besetzung des Vorstandes sollte - entsprechend Hugenbergs politischer Sozialisation - eine kräftige alldeutsche Note erhalten. Das „unerfreuliche Benehmen“ von Freytagh und Bang, das Quaatz monierte, zielte wahrscheinlich auf eine zu starke alldeutsche Durchsetzung des Vorstandes, zumindest stimmte er nach dem Ende der Sitzung Oberfohren zu, „der mit Recht vor alldeutscher Politik warnt ...“<sup>944</sup>.

Schmidt war in der Fraktion in kurzer Zeit erstaunlich nah an Hugenbergs Kreis herangerückt. Dies verwunderte umso mehr, als er in der Zeit der ersten und vor allem der zweiten Regierungsbeteiligung dem nunmehrigen Parteivorsitzenden aber auch Freytagh staatspolitisch diametral gegenübergestanden hatte. Mehr noch, er war sogar

---

<sup>939</sup> Der genaue Zeitpunkt war nicht zu eruieren, wahrscheinlich aber bereits kurz nach dem 20. Oktober, als Hugenberg immer dringlicher das Ohr an der Fraktion haben mußte – also vor dem ersten Eintrag bei Quaatz.

<sup>940</sup> Ebd., Eintr. v. 18.11. 1928, S. 57.

<sup>941</sup> Ebd., Eintr. v. 19.11. 1928, S. 57.

<sup>942</sup> Ebd. Unter dem 20.11. 1928 (S. 57 f.) nennt Quaatz Schmidt neben Goldacker und Freytagh bei einer Besprechung mit Westarp, die allerdings keinen politischen Inhalt besaß, sondern eine Duellforderung an Quaatz beinhaltete, die ihm von Seeckt überbracht worden war.

<sup>943</sup> Ebd., Eintr. v. 29.11. 1928, S. 59. Hugenberg hatte seinen alldeutschen Freund Bang, Oberfinanzrat a.D., als Finanzberater gewünscht und ihn kurzerhand über den ersten Listenplatz Ost Sachsens in den Reichstag wählen lassen. Vgl. Stürmer, Koalition, S. 193 f.

von der während der ersten acht Monate gewachsenen Nähe zu Freytagh und Goldacker politisch stillschweigend abgerückt. Daß er Ende des Jahres 1928 mit diesen Repräsentanten des rechten Flügels wieder an einem Tisch sitzen konnte, ließ sich folgendermaßen erklären. Erstens war Schmidt für Hugenberg als Vertreter der jüngeren Abgeordneten attraktiv, nachdem ihm Treviranus<sup>945</sup> von der Fahne gegangen war. Weiterhin suchte Hugenberg, seinen Einfluß in der nun nicht einstimmig hinter ihm stehenden Fraktion zu mehren, zumal sich Schmidt mit seinen Äußerungen in Fraktion und Öffentlichkeit klar zu Hugenberg bekannt hatte. Zuletzt konnte Schmidt aufgrund seiner belegbaren politischen Ursprünge mit etwas Flexibilität in das Lager der Obstruktion reintegriert werden.

Über Schmidt blieb festzustellen, daß er Einblick in die internen Personalien der parteitaktischen Gedanken Hugenbergs erhielt und die starke Einflußnahme des Alldeutschen Verbandes greifbar zu spüren bekam. Am 4. Dezember setzten sich Quatz, „Dommes und Schmidt betr. Taktik am 7. und 8. [Dezember]“<sup>946</sup> zusammen. Erneut war Schmidt einer derjenigen, der an für den - abwesenden - Hugenberg sehr wichtigen Taktikgesprächen für die Tagung der Parteivertretung unbeschränkt teilnahm. Am 7. Dezember fand nochmals eine „Versammlung der Dommes-Gruppe“<sup>947</sup> statt, an der Schmidt gewiß teilnahm, sodaß Quatz nach der durchgesetzten Parteireform am Tage darauf einen „[v]ölligen Sieg Hugenbergs“<sup>948</sup> notieren konnte. Der ‚Sieg‘ bestand in einem Beschluß der Parteivertretung vom 8. Dezember 1928.<sup>949</sup> Er sah die Vereinfachung der bisher in ihrem Aufbau dreistufigen Parteispitze (Parteileitung, Parteivertretung, Parteivorstand) um das kleinste Gremium vor, die bis dahin gleichberechtigt neben dem Parteivorstand fungiert hatte. Hugenberg konnte daraufhin den Parteivorstand, den er planmäßig mit den ihm treu ergebenen Landesverbänden, zu denen auch Hannover-Ost unter von Natzmer<sup>950</sup> gehörte, besetzte, „zum allein beschlußfassenden Organ“<sup>951</sup> machen.

Am 11. Dezember wurde die organisatorische Straffung der Partei, die am 19. November schon einmal Thema gewesen war, nochmals aufgegriffen. Ohne Namensnennung, aber mit sehr wahrscheinlicher Beteiligung der schon vormals Anwesenden, führte Quatz in seinem letzten Schmidt einbeziehenden Eintrag des Jahres aus: „Unser Gespräch mit Hugenberg über künftige Organisation: Nagel

---

<sup>944</sup> Ebd., Eintr. v. 29.11. 1928, S. 59.

<sup>945</sup> Vgl. Holzbach, System, S. 216.

<sup>946</sup> Ebd., Eintr. v. 4.12. 1928, S. 59.

<sup>947</sup> Ebd., Eintr. v. 7.12. 1928, S. 60.

<sup>948</sup> Ebd., Eintr. v. 8.12. 1928, S. 60.

<sup>949</sup> Vgl. Hiller, EdP, S. 548; Walker, Hugenberg, S. 274 f.

<sup>950</sup> Vgl. UP v. 15.12. 1928.

<sup>951</sup> Friedenthal, Volksbegehren, S. 36.

Parteidirektor, Hauptgeschäftsstelle und Büro Hugenberg sollen im Gebäude des Nationalen Klubs vereinigt werden“<sup>952</sup>.

Damit zeichnete sich zunächst die Reorganisation der Parteiverwaltungsspitze ab. Indem die deutschnationale Hauptgeschäftsstelle, das Büro des Parteivorsitzenden und der zukünftige Verwaltungsdirektor zusammengelegt wurden, sollte eine Straffung zugunsten höherer Effektivität des Apparates erzielt werden. Major a.D. Nagel, der nach dem von Schmidt beanstandeten Eingriff Westarps eigentlich ein Mandat errungen haben sollte<sup>953</sup>, wurde Mitte Dezember zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied gewählt. Als solches leitete er fortan die Parteiverwaltung, weshalb ihn Quaatz den „Parteidirektor“<sup>954</sup> nannte. Organisatorisches Geschick brachte Nagel nicht nur aus seiner Militärdienstzeit mit, sondern auch aus seiner Zeit als Leiter der Präsidialabteilung des Reichslandbundes.<sup>955</sup> Ende des Jahres 1928 war die Verlegung der Hauptgeschäftsstelle in die unmittelbare Nähe des Reichstages (in die Friedrich-Ebert-Str. 29) abgeschlossen und das „Neuaufziehen der Presseorganisation“<sup>956</sup> im Werden begriffen. Gegenüber Tirpitz äußerte Schmidt deshalb zwei Tage vor dem Jahreswechsel selbstgewiß, die Partei sei „jetzt aus dem größten heraus“<sup>957</sup>. Allein, die Reichstagsfraktion sollte dies noch nicht in solcher auf das Organisatorische bezogenen Klarheit sehen.

Schmidt avancierte derweil nicht zum Nachfolger von Treviranus im Amt des politischen Beauftragten, wie zuweilen vermerkt worden ist.<sup>958</sup> Vielmehr wurde diese Funktion nach der umgehenden Beurlaubung Treviranus' im Oktober auf Beschluß der Parteivertretung am 8. Dezember aus der Satzung der Partei gestrichen.<sup>959</sup> Schmidt

---

<sup>952</sup> Ebd., Eintr. v. 11.12. 1928, S. 60. Der „Nationale Klub von 1919“ war ein „Treffpunkt aller ‚nationaler‘, d.h. gegen Versailles und das demokratische System von Weimar gerichteten Kräfte“. Die Mitglieder kamen nicht nur aus dem Adel, Militär oder der Industrie, vielmehr fanden sich verschiedene Personen des rechten politischen Spektrums ein; zu ihnen gehörten auch christliche Gewerkschaftler. Ein deutschnationales Übergewicht war gleichwohl zu konstatieren. Vgl. Holzbach, System, S. 144; Schulz, G., Der ‚Nationale Klub von 1919‘ zu Berlin. Zum politischen Zerfall einer Gesellschaft. In: ders. (Hg.), Das Zeitalter der Gesellschaft, München 1969, S. 299-322. Beide Darstellungen gehen allerdings nicht auf die Verschmelzung mit der DNVP-Hauptgeschäftsstelle ein. Nicht zu verwechseln ist der Klub allerdings mit der ‚Nationalen Vereinigung‘ um Kapp, Traub und Pabst, welche die Logistikzentrale für den Kapp-Putsch darstellte. Vgl. Erger, Kapp-Lüttwitz Putsch, Düsseldorf 1967, S. 86 ff.

<sup>953</sup> Nagel war nicht Mitglied des Reichstags. Vgl. Reichstags-Handbuch, IV. WP 1928, hg. v. Bureau des Reichstages, Berlin 1928.

<sup>954</sup> Ebd., Eintr. v. 11.12. 1928, S. 60.

<sup>955</sup> Major a.D. Nagel, der Chef der Präsidialabteilung des RLB war, so hatte Westarp, wie erwähnt, dem Landesverband Hannover-Süd aufgetragen, war an dritter Stelle auf die Landesliste zu setzen. Vgl. Treviranus an LV Hannover-Süd, 19.4. 1928, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen

<sup>956</sup> N 253 / 263 Schmidt an Tirpitz, 29.12. 1928.

<sup>957</sup> Ebd.

<sup>958</sup> Jonas' Aussage, daß Schmidt zum Nachfolger Treviranus' gewählt worden sei, ist deshalb falsch. Vgl. Jonas, Volkskonservative, S. 39.

<sup>959</sup> Vgl. Holzbach, System, S. 218 Anm. 350. Dagegen weist das offizielle Taschenbuch der Deutschnationalen Volkspartei (Berlin 1929), das von Hauptgeschäftsführer Weiß im Juni 1929

war gegen Ende des Jahres 1928 ein Abgeordneter, der in organisatorischen und taktischen Fragen der Machtsicherung Hugenbergs zum inneren Kreis des neuen Parteivorsitzenden aufgerückt war. Eine spezielle Funktion im Parteiapparat war damit nicht verbunden.

Insgesamt ließ sich für die zweite Jahreshälfte 1928 feststellen, daß Schmidt seit der Anerkennung der Wahlniederlage dem Kurs Hugenbergs wohlgesinnt war, spätestens ab September seine Wahl zum Parteivorsitzenden aktiv unterstützte und in ihrer Folge zum engeren Vertrautenkreis aus der Fraktion um Hugenberg stieß. Der nach seiner Natur sehr verschlossene und in der Fraktion nicht gerade von Freunden umringte Mann<sup>960</sup> suchte wahrscheinlich den Vertreter der jungen Generation in seine Nähe zu ziehen, da die übrigen jüngeren Abgeordneten um Treviranus, Keudell, Schlange und Lejeune allesamt dem gemäßigten Westarp-Flügel angehörten. „Der junge Schmidt“<sup>961</sup>, wie ihn sein weit älterer Wahlkreisnachbar und persönlicher Freund Wienbeck nannte, war der einzige der jüngeren Generation der Abgeordneten, der freudig bereit war, den neuen Kurs innerlich mitzugehen. Die zudem von Wienbeck konstatierten Eigenschaften „Redegabe und Temperament“<sup>962</sup> Schmidts waren dazu geeignet, die „nationale“ Jugend anzusprechen, weniger ging es darum, das geistige Profil zu schärfen. Quaatz dürfte ihm aufgrund eigener Erfahrungen diesbezüglich Auskunft gegeben haben. Schmidts innerparteiliche Positionierung war politisch eindeutig: Die vorhandenen zaghaften taktischen Annäherungen an das parlamentarische System und seine Vertreter waren wie in einem Befreiungsschlag der ursprünglichen konsequent antiparlamentarischen und radikal-revisionistischen Haltung gewichen.

---

herausgegeben wurde und das die Organisationsstruktur der Parteiverwaltung explizit beschreibt, Schmidt nicht aus. Schmidt war zu diesem Zeitpunkt auch nicht im Vorstand der Partei. Vgl. ebd., S. 24 f. Auch die unter Hugenberg reformierte Satzung sah das Amt des politischen Beauftragten nicht mehr vor. Vgl. ebd., S. 7-23. Vgl. die Fassung der Satzung vor Hugenberg, die das Amt enthielt, abgedruckt in: Dörr, DNVP, S. 566. Vgl. zur Kritik Weiß' an der Parteiorganisation: ders., Organisation, in: ders. (Hg.), Der nationale Wille. Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918-1928, Essen 1928, S. 362-390. Müller (Bauer, S. 242-244) beschreibt ausführlich die Organisation der Partei. Indem er aber Schmidt nicht in Betracht zieht, übersieht er den wichtigsten Faktor des deutschnationalen „Deorganisation“: Schmidt. Gerade durch seine politische und nicht rein administrative (Nagel, Brosius) Legitimation bildete er das Schanier zur Fraktion. Die hier herausgearbeitete politische Rolle Schmidts in der Verwaltung, die ohne spezifische Kompetenzzuweisung ausgestattet war, übersieht Müller. Deshalb benennt er (ebd., S. 406) ihn auch fälschlicherweise als Nachfolger Treviranus' im Amte des politischen Beauftragten der Partei.

<sup>960</sup> Claß schreibt hierzu in seinen Erinnerungen (S. 845): „... wirkliche Anhänger hatte er außer den beiden Alldeutschen Lohmann und Gok keinen einzigen“. Ab 1928 wird gewiß der engste Mitarbeiter Claß' im ADV Bang in der Fraktion dazuzählen sein. Warum Claß Freytagh, Goldacker, Everling oder Quaatz nicht nennt, konnte nicht ersehen werden.

<sup>961</sup> Wienbeck, Lebenserinnerungen, S. 248.

<sup>962</sup> Ebd.

## **6. Die Entscheidung 1928: mit Hugenberg gegen die Republik**

### **6.1. Schmidts Aufstieg unter Hugenberg und seine erste Bewährungsprobe: der Reichsausschuß gegen den Young-Plan 1929**

Im Jahr 1929 begleitete Schmidt den Parteivorsitzenden Hugenberg auf seinem verlustreichen Weg, die deutschnationale Partei „wieder zur Kampfpartei“<sup>963</sup> zu machen. Die Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, sah der Geheimrat in der im Dezember des Vorjahres begonnenen Straffung der Parteistruktur. Ihren Anfang hatte diese, wie erwähnt, in der Vereinfachung der dreigliedrigen Parteispitze um die Parteileitung genommen. Der parteiinterne Widerstand war unüberhörbar, als die stellvertretenden Parteivorsitzenden Schlange-Schöningen und Wallraf hierüber ihre Ämter niederlegten.<sup>964</sup>

Bevor Hugenberg auf diesem Weg den nächsten Schritt tat, bekundete er Ende Januar 1929 im engen Kreise vor Nagel, Oberfohren, Goldacker, Bang, Schmidt und Freytag sein innenpolitisches Ziel der „Sammlung der nationalen Opposition“, wofür er mit der Bauernpartei und der NSDAP „schon Tuchfühlung“ gehabt hatte.<sup>965</sup> Die Erreichbarkeit dieses originären Ziels, das der Urgrund der Überzeugungsarbeit Claß' seit Dezember 1925 gewesen war, erhielt durch den Beginn der Konferenz zur Revision des Dawes-Abkommens unter dem Vorsitz des US-Amerikaners Owen Young in Paris am 11. Februar einen geeigneten Ansatzpunkt.<sup>966</sup> Die Außenpolitik kehrte damit wieder in die deutsche Innenpolitik zurück, das politische Klima in Deutschland wurde damit wieder konfrontationsbeladener. Vorläufig dominierten die Verhandlungen in der französischen Hauptstadt allerdings noch nicht das tagespolitische Geschäft der Deutschnationalen.

Im April 1929 setzte Hugenberg zum Stoß gegen die Reichstagsfraktion an, genauer: Es war sein Ziel, die vom Grafen Westarp geführte Fraktion politisch handzahn zu machen, indem er zukünftig für sich das Recht beanspruchte, „in Fragen der Regierungsbeteiligung allein die Entscheidung zu treffen, die auch für die Reichstagsfraktion bindend sein sollte“. Die Behandlung dieses am 9. April vom Vorsitzenden der preußischen Landtagsfraktion, von Winterfeld, in den Parteivorstand, eingebrachten Antrages wurde gleichwohl vertagt, um die Stellungnahme der Fraktion

---

<sup>963</sup> N 1211 / 3 Dem Führer folgen! Zum 65. Geburtstag Dr. Hugenbergs. Von Schmidt (Hannover) M.d.R., 17.6. 1930, S. 4. Der Titel ist dem militärischen Signalwesen der Marine entlehnt.

<sup>964</sup> Friedenthal, Volksbegehren, S. 37.

<sup>965</sup> Quatz, Tagebuch 1929, Eintr. v. 31.1. 1929, S. 62. Claß (Erinnerungen, S.901) bestätigt die „schon am Anfang dieses Jahres“ geschehene Kontaktaufnahme Hugenbergs.

<sup>966</sup> Vgl. Link, W., Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970, S. 438 ff. (i.f. zit. als: Link, Stabilisierung); Hildebrand, Reich, S. 498-502.

abzuwarten. Westarp, der ebenfalls im Vorstand saß, wurde unter scharfem Protest Schlanges nicht von Hugenberg hierüber orientiert.<sup>967</sup>

Während sich Reichsbankpräsident Schacht nun in Paris weigerte, die jährlichen Annuitäten von 2,3 Milliarden Mark zu akzeptieren, auf einen überbewerteten britischen Wink hin „kompromißlos provozierend[.]“<sup>968</sup>, unerreichbare politische Forderungen aufstellte und damit die Konferenz in eine manifeste Krise stürzte, verfestigte sich die erneut deutlich vernehmbare Kritik in dem mehrheitlichen Aufbegehren der Fraktion gegen den Antrag Winterfelds am 2. Mai.<sup>969</sup> Schmidt, der zu diesem Zeitpunkt von Hugenberg selbst neben Quatz, Bang und Freytag zu den ihm in der Fraktion am nächsten stehenden Männern gezählt wurde, war allerdings Anfang Mai infolge schlechten Gesundheitszustandes nicht in Berlin.<sup>970</sup> Das vorläufige Mißlingen der Durchsetzung eines Alleinentscheidungsrechts über die Frage der Regierungsbeteiligung in der Fraktion veranlaßte jedoch den Vorsitzenden des Wahlkreises Schmidts, von Natzmer, sich aufgeschreckt an den Abgeordneten zu wenden mit der Frage, ob damit jetzt eine „Abwendung vom Führerprinzip“<sup>971</sup> zu befürchten sei. Schmidt wiegelte nun wenig überzeugend ab. Zunächst bezeichnete er den Antrag Winterfelds nicht mehr als eine „Anregung“<sup>972</sup>. Der kalkulierte Vorstoß Hugenbergs wich dann auf einmal dem Standpunkt, „daß ein dringendes praktisches Bedürfnis zu einer Regelung der Frage, wer die Fraktion bei Verhandlungen über einen etwaigen Eintritt zu vertreten habe, zur Zeit schon deshalb nicht vorliege, weil kein Mensch innerhalb oder außerhalb der Fraktion an die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung ... in diesem Reichstag denkt“<sup>973</sup>. Sollte es aber tatsächlich zu Sondierungen über eine Beteiligung kommen, sprach er nurmehr davon, daß die Fraktion „selbstverständlich ... in engster Fühlung mit dem Herrn Parteivorsitzenden“<sup>974</sup> agieren würde. Schmidt täuschte damit darüber hinweg, daß die Sitzungen, so auch diese, „wie gewöhnlich mit allgemeiner Zermürbung und Verbitterung“<sup>975</sup> beendet worden war. Der Erwartungsdruck auf eine schnelle und umfassende Institutionalisierung des gleichsam übermächtigen Führungsanspruches

---

<sup>967</sup> Vgl. zum Antrag: Walker, Hugenberg, S. 283-289; Leopold, Hugenberg, S. 54.

<sup>968</sup> Vgl. Hildebrand, Reich, S. 499.

<sup>969</sup> Vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 38.

<sup>970</sup> Vgl. Brief Hugenberg an Quatz v. 23.4. 1929, abgedruckt in: Quatz-Tagebuch, Eintrag v. 30.4. 1929, S. 69: „Es wäre mir sehr angenehm, wenn ich mit Ihnen und 3-4 anderen Herren, z.B. Schmidt, von Freytag, Bang, gleich am Montag morgen, ..., über die Sachlage in der Friedrich-Ebert-Str. 29 unterhalten könnte. Schmidt wird aber wahrscheinlich gesundheitshalber noch nicht wieder in Berlin sein“.

<sup>971</sup> Schmidt an Natzmer, 14.5. 1929, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen.

<sup>972</sup> Ebd.

<sup>973</sup> Ebd.

<sup>974</sup> Ebd.

<sup>975</sup> Quatz-Tagebuch 1929, Eintr. v. 2.5., S. 70.

Hugenbergs hin mußte deshalb sehr hoch gewesen sein, wenn Schmidt besänftigend seinem Vorsitzenden einen geschönten Bericht der Lage in der Fraktion gab.

Der Parteivorsitzende verstand es in dieser Sitzung, die Klärung der Frage auf sicheres Terrain zu verschieben: den Parteivorstand. Am 15. Juni wurde der Antrag Winterfeld-Gürtner in unbedeutend geänderter Form mit einer Gegenstimme beschlossen, wonach es „Recht und Pflicht“ des Vorsitzenden und seines Vorstandes sei, „die Richtlinien der Politik entscheidend festzulegen“<sup>976</sup>. Der eiserne Arm, den der Geheimrat um die Entscheidungsfreiheit der Reichstagsfraktion gelegt hatte, schränkte die Meinungsvielfalt bisher nur formell ein - der entscheidende Konflikt zwischen den Antagonisten Hugenberg und Westarp war jedoch deutlich vorgezeichnet. Warum der wenn eben möglich auf Ausgleich sinnende Westarp nicht gegen diese Entwicklung, die im fraktionsinternen Widerstand ihr Gegengewicht fand und letztlich gegen seinen Kurs gerichtet war, anging, lag in der nüchternen Anerkennung der neuen Machtverhältnisse in der Partei. Die bis zur Reichstagswahl mehrheitlich hinter Westarp stehenden Landesverbände hatten sich von ihm abgesetzt. Schmidts Landesverband Hannover-Ost hatte ein gutes Beispiel gegeben, in welche Richtung die Partei aufgebrochen war. Noch war allerdings die „Unterwerfung“<sup>977</sup>, die Hugenberg unausgesprochen forderte, nur auf dem Papier vollzogen. Bei kommenden Entscheidungen blieb ihm immer noch Handlungsfreiheit über. Schmidt stand während all dieser innerparteilichen Auseinandersetzungen auf der Seite Hugenberg und war von ihm ins Vertrauen gezogen worden.

Am 15. Juni hatte sich der Vorstand zudem mit der Paraphierung des Young-Plans, des Ergebnisses der Arbeit der unabhängigen Kommission von Finanzsachverständigen, durch die deutsche Delegation in Paris am 7. Juni beschäftigt. Die von Quatz entworfene EntschlieÙung mündete in dem „als notwendig empfundenen Kampf gegen das Ergebnis der Pariser Verhandlungen“<sup>978</sup>, mithin gegen die festgesetzte, endgültige Reparationssumme auf 112 Milliarden Mark, zahlbar in Annuitäten von zwei Milliarden Mark bis ins Jahr 1988.<sup>979</sup> Die Vorbereitungen zur entschiedenen Auseinandersetzung mit der offiziellen Außenpolitik Stresemanns waren indes bereits in Angriff genommen worden. Wenn Schmidt in seiner einzigen Reichstagsrede im Jahre 1929 über den Wehretat am 17. Juni in einer

---

<sup>976</sup> Beschluß des Parteivorstandes v. 15.6. 1929, zit. nach: Hiller, EdP, S. 548.

<sup>977</sup> Hiller, EdP, S. 548. Natürlich besaß Schmidt jetzt einige Zwangsmittel (Androhung des Ausschlußverfahrens, Streichung aus der Kandidatenliste), aber Leopolds Urteil (Hugenberg, S. 54), wonach der Parteivorsitzende nach dem 15.6. „full control“ über die Partei besessen hätte, ist aus der weiterhin verfügbaren Entscheidungsfreiheit der Fraktion für Westarp in dieser Eindeutigkeit nicht haltbar.

<sup>978</sup> EntschlieÙung des Vorstandes zit. nach: Friedenthal, Volksbegehren, S. 40. Zur Urheberschaft Quatz', vgl. Quatz Tagebuch 1929, Eintr. v. 18.6. 1929, S. 72.

<sup>979</sup> Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 472 ff., Hildebrand, Reich, S. 499 ff.



Randbemerkung davon sprach, daß „sich die Geister scheiden werden bei der Offensive gegen die Kriegsschuld- und Tributfrage“<sup>980</sup>, dann wurde implizit erkennbar, daß sondierende Verhandlungen und Beratungen längst begonnen hatten. Was im Januar als ‚Tuchföhlung‘ bezeichnet worden war, verdichtete sich in der Schaffung einer „nationalen Front“, die „das ganz persönliche Verdienst Hugenbergs“<sup>981</sup> sein sollte. Im August sollten es Hugenberg und Schmidt in Kissingen gemeinsam formulieren, wofür diese Front geschaffen wurde. Schon jetzt aber war klar, daß der Kampf gegen die Ratifizierung des Planes, in dem die „generationenlange Dauer der Belastung sowie die immer noch hohen Annuitäten .. bequeme Angriffspunkte für die Rechtsopposition“<sup>982</sup> bildeten, die wesentliche Stoßrichtung des Unternehmens werden würde.

Die Politik der Regierung, die erkannte, daß die nunmehr zahlbaren Verpflichtungen aus der Dawes-Regelung sehr wahrscheinlich zu „krisenhaften Verwerfungen“<sup>983</sup> in ökonomischer und gesellschaftlicher Sicht geführt hätten, ging dahin, diese politischen Verschärfungen zu umgehen. Die bald hereinbrechende Weltwirtschaftskrise war in ihren Vorläufern schon längst zu spüren, weshalb die aufzubringenden Summen nachgerade „drückend“<sup>984</sup> sein mußten. Deshalb nahm Reichskanzler Müller und mit ihm sein Außenminister den wirtschaftlich besser erträglicheren Plan an. In der Analyse der krisenhaften Verschärfung der Lage stimmten die Deutschnationalen um Hugenberg durchaus überein, aber „das mußte hingenommen werden“<sup>985</sup>. Bei Freytagh trat dieses radikal-obstruktive Denken an dieser Stelle sehr deutlich auf. Er glaubte daran, daß die Ententemächte, die von einem wirtschaftlich schwachen Deutschland die „Tribute nicht mehr erhielten“, aber auf diese „eingestellt“ waren, gezwungen würden, „an uns mit dem Vorschlage einer Revision des Dawespaktes heranzutreten“<sup>986</sup>. Es war diese Politik, die seinerzeit auch den Abbruch des Widerstands an der Ruhr mit Schmidt verdammt hatte, die selbst eine wirtschaftliche Katastrophe als Mittel der Politik sah. In einem Telegramm an Stresemann, an dem Schmidt im August an der Seite Hugenbergs mitwirken würde, sollte diese Haltung zum Tragen kommen.

Einen Monat vor Schmidts Rede im Hohen Haus hatten sich Hugenberg, die Stahlhelm-Bundesführer Seldte und Duesterberg und der Präsident des

---

<sup>980</sup> Abg. Schmidt in: VdRT, IV. WP 1928, Bd. 425, 17.6. 1929, S. 2550. Schmidt meldete sich zwar Ende des Jahres nochmals im Plenum zu Wort, allerdings nur im Zusammenhang mit der Tagesordnung der nächsten Sitzung, vgl. Abg. Schmidt in: VdRT, IV. WP 1928, Bd. 425, 30.11. 1929, S. 3367. Vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 47.

<sup>981</sup> Beide Zitate aus: Freytagh, DNVP, S. 62.

<sup>982</sup> Kolb, Weimarer Republik, S. 121.

<sup>983</sup> Hildebrand, Reich, S. 500.

<sup>984</sup> Ebd.

<sup>985</sup> Freytagh, DNVP, S. 60.

Reichslandbundes, Schiele, zusammengefunden, „um einen Arbeitsausschuß zu bilden, der das Volksbegehren vorantreiben ... sollte“. Am 27. Mai kam es auf Anraten Claß' und Vermittlung Bangs zum ersten Gespräch Hitlers mit dem deutschnationalen Parteivorsitzenden.<sup>987</sup> Trotz grundlegender gegenseitiger Abneigung fanden die beiden Parteiführer in negativer Gemeinsamkeit zusammen.<sup>988</sup> Von all diesen Zusammenkünften wird Schmidt aufgrund seiner Nähe zu Hugenberg gewußt haben und dessen Kurs, nicht nur weil er gegen Stresemanns Politik gerichtet war, gebilligt haben. Sondern besonders, weil er die „großzügige Sammelpolitik“ mit der „Verlagerung des politischen Schwergewichts nach rechts“<sup>989</sup> seit langem ersehnte und überzeugt unterstützen konnte.

Die vorsichtige und schwierige Anbahnung eines guten Verhältnisses mit den Nationalsozialisten wurde auch von Schmidt auf seiner Ebene und mit subtilen Mitteln betrieben. Mit Goebbels, mit dem er zu einem späteren Zeitpunkt exponiert die Klingen kreuzen sollte, beriet er am Rande einer Reichstags Sitzung am 20. März 1929 die „Miete eines Ufa-Theaters zur Hitlergeburtstagsfeier“<sup>990</sup>, der in einem Monat bevorstand. Ob von Schmidt, wie Goebbels meinte, ein werbender Unterton in die Unterredung eingebracht wurde, blieb bei dem in seinen Tagebüchern notorisch übertreibenden Nationalsozialisten zwar fraglich, gleichwohl konnte dieser Vorgang als freundliche Gefälligkeit im Dienste der Sammlungspolitik gewertet werden.<sup>991</sup>

Daß Schmidt in den Monaten der Vorbereitung und auch während der Reichsausschuß tagte, publizistisch nicht zu vernehmen war, entsprach seiner ganz eigenen Auffassung politischer Opportunität. Immer dann, wenn die Deutschnationalen im Begriff waren, sich auf ein Vorhaben vorzubereiten, selbst noch keine einheitliche Linie gefunden hatten, schlichtweg interne Konflikte noch nicht bereinigt waren oder aber der politische Gegner nicht die geringsten Informationen erhalten sollte, verlautbarte von dem 41 Jahre alten Hauptmann a.D. nichts. Dies bildete eine Grundlage seiner Loyalität zu Hugenberg.<sup>992</sup>

---

<sup>986</sup> Alle drei Zitate dieses Satzes aus: Freytag, DNVP, S. 60.

<sup>987</sup> Vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 45; Claß, Erinnerungen, S. 36. Leopold (Hugenberg, S. 58) nennt neben Bang noch Pfarrer Traub.

<sup>988</sup> Vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 44-46; Goebbels-Tagebücher 1924-1929, Eintr. v. 12.7. 1929, S. 389.

<sup>989</sup> N 1211 / 3 Dem Führer folgen! Zum 65. Geburtstag Dr. Hugenbergs. Von Schmidt (Hannover) M.d.R., 17.6. 1930, S. 4.

<sup>990</sup> Fröhlich, E., (Hg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und des Bundesarchivs, München 1987. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 1: 27.6. 1924 - 31.12. 1930, Eintr. v. 20.3. 1929, S. 345 (i.f. zit. als: Fröhlich, Tagebücher Goebbels, Eintr. v.).

<sup>991</sup> Goebbels will in der Unterredung das Gefühl bekommen haben, die „Deutschnationalen schmeißen sich schwer an uns heran“. Ebd.

<sup>992</sup> Es ist richtig, daß Schmidt dies in der Umbruchphase des Sommers 1928 nicht getan hat. Die damalige Ausnahme bekräftigte allerdings nur die außergewöhnliche Qualität der Situation.

Aus gänzlich verschiedenen Gründen und nach damit verbundenen „schweren Mühen“<sup>993</sup> hatten sich zuletzt Hitler und Hugenberg zur Zusammenarbeit gefunden, so daß der 72 Jahre alte General von Below, mit dem Schmidt seit Kriegsbeginn freundschaftlich verbunden war, am Nachmittag des 9. Juli im Preußischen Herrenhaus die „große Kundgebung der Nationalen Opposition“ mit einer knappen Ansprache eröffnen konnte.<sup>994</sup>

Die Zusammensetzung des hernach gewählten Präsidiums zeigte deutlich, daß Hugenberg die Führung im Reichsausschuß beanspruchte und vorläufig diese auch gegenüber den übrigen Mitgliedern durchzusetzen imstande war. Die DNVP entsandte außer Hugenberg die Vorsitzende der Frauenverbände, Annagrete Lehmann, den Vorsitzenden der preußischen Landtagsfraktion, von Winterfeld, und Paul Rueffer vom deutschnationalen Arbeiterbund - alle drei waren loyale Anhänger ihres Vorsitzenden. Der Stahlhelm entsandte die beiden Bundesführer Seldte und Duesterberg und den brandenburgischen Stahlhelmführer von Morosowicz; von der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei<sup>995</sup> wurden die Abgeordneten Wendhausen, Hepp und Döbrich abgeordnet, vom Reichslandbund sein Präsident Martin Schiele<sup>996</sup>, vom Alldeutschen Verband General von Below und Claß; von der westdeutschen Industrie trat Fritz Thyssen hinzu, aus der rheinischen Landwirtschaft Freiherr von Lünick und zuletzt für die NSDAP Adolf Hitler und Gregor Strasser. Schmidt gehörte dem Präsidium nicht an.<sup>997</sup>

Erstaunlich war gleichfalls, daß Schmidt nicht im Pressedienst des Reichsausschusses publizierte - weniger weil er nicht Mitglied des Propagandaausschusses war, als vielmehr weil er üblicherweise auch bei hoher Belastung im politischen Tagesgeschäft Zeit hierfür gefunden hatte.<sup>998</sup> Seine Belastung im noch nicht konstituierten Arbeitsausschuß für Hugenberg dürfte deshalb sehr hoch gewesen sein.

---

<sup>993</sup> Quaatz-Tagebuch 1929, Eintr. v. 9.7. 1929, S. 74.

<sup>994</sup> Ebd.; vgl. auch Claß, Erinnerungen, S. 570 f. u. 902. Ob Below durch das oben dargelegte freundschaftliche Verhältnis mit Schmidt oder aber durch die Mitgliedschaft im Alldeutschen Verband und gute Bekanntschaft mit Claß persönlich seit Ende des Jahres 1921 für den nominellen Vorsitz gewonnen werden konnte, wurde nicht deutlich. Möglich ist auch, daß er als ranghöchstes und ältestes Vorstandsmitglied der VvVD auserwählt wurde. Zur interessanten Entwicklung des politischen Verhältnisses zwischen Below und Claß nach dem Kriege, vgl. ebd., S. 567-571. Vgl. zu den positiven Stellungnahmen der Schwerindustrie und des Reichsausschusses der Landwirtschaft: Richter, DVP, S. 568.

<sup>995</sup> Vgl. Müller, CNBL, S. 118-129.

<sup>996</sup> Vgl. Merkenich, Front, S. 264.

<sup>997</sup> Straßer wird von Claß (Erinnerungen, S. 902) genannt. Folgende Personen vervollständigten das Präsidium: Ludwig v. Gebattel, v.d. Goltz, Lübbert, Moellers, Marie Netz, Ruffer, v. Schinckel, Erich Schmidt, Schwarz, Schwecht, v. Westarp und Wundt. Vgl. die komplette Auflistung der Präsidiumsmitglieder, in: ZSg 1-83/2 Nr. 9 Aufruf des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren (o.D., ca. 20.10. 1929), hg. v. Verlag des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren, J. v. Egan-Krieger.

<sup>998</sup> Vgl. ZSg 1-83/1 Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren, Pressedienst des Reichsausschusses, hg. v. J. v. Egan-Krieger. Hierin sind enthalten Nr. 4 (16.8. 1929) bis 64

Nachdem im Anschluß von Hugenberg und Hitler die einleitenden Referate gehalten worden waren, konnte der Reichsausschuß seine Arbeit zunächst noch nicht aufnehmen. Zuvor waren Ausschüsse zu gründen, in denen die detaillierte Umsetzung des Vorhabens vorbereitet wurde. Hugenberg gelang es, die Ausschußvorsitzenden für Propaganda mit Brosius und Finanzen mit Widenmann in seinem Sinne zu beschicken.<sup>999</sup> Brosius, den Schmidt persönlich von der Niederdeutschen Zeitung nach Berlin geholt hatte, war nach seiner von Schmidt veranlaßten Berufung zum Pressechef der DNVP für Hugenberg aufgerückt.<sup>1000</sup> Widenmann war Schatzmeister der Partei. Den inhaltlich bedeutendsten Arbeitsausschuß brachte er unter die Leitung seiner selbst und Seldtes.

Schmidt war von Anbeginn des Unternehmens sehr stark involviert und beriet in den Tagen vor der ersten Sitzung des Arbeitsausschusses am 18. Juli im engen Kreise von Hugenberg, Quatz und den Mitarbeitern der Parteizentrale Nagel, dem ihm aus Hannover bekannten Brosius und Weiß die Position der Deutschnationalen für die anstehende „Sommerarbeit“<sup>1001</sup>. An der Sitzung des Arbeitsausschusses, dem die wesentliche inhaltliche Arbeit zufiel, nahm Schmidt neun Tage nach der Konstituierung des Reichsausschusses teil.<sup>1002</sup>

Während Quatz sich Ende Juli in den Sommerurlaub verabschiedete, ohne zu versäumen, das Geschehen aufmerksam zu beobachten, zog sich Hugenberg in den fränkischen Kurort Bad Kissingen zurück, um dort die arbeitsame Ruhe für einen Gesetzentwurf zu finden. Neben der eigenen geistigen Arbeit suchte der Parteivorsitzende nicht nur juristischen Rat, sondern umgab sich in dem kleinen Ort an der fränkischen Saale mit Schmidt und den alldeutschen Granden Claß und Traub.<sup>1003</sup>

---

(31.12. 1929) und eine weitere Nummer aus dem Jahr 1930. Als Autoren sind neben dem Schriftleiter Baer u.a. Brosius (Nr. 4 v. 16.8. 1929), Bang (Nr. 9 v. 6.9. u. Nr. 57 v. 17.12. 1929) und Everling (Nr. 24 v. 13.10. u. Nr. 60 v. 20.12. 1929) genannt, Schmidt wird nicht aufgeführt. Der Pressedienst erschien zum ersten Mal ca. eine Woche nach Konstituierung des Reichsausschusses, zunächst wöchentlich, später je nach Brisanz der politischen Entwicklung auch häufiger. Egan-Krieger war Hauptgeschäftsführer des Reichsausschusses. Vgl. u.a. R 8005 / 72 Rundschreiben Nr. 8 an alle Mitglieder des Reichsausschusses v. 17.12. 1929, Bl. 7. Vgl. auch Leopold, Hugenberg, S. 66 Anm. 58. Leopold spricht deshalb von einer „separate press“. Die Organisation hierfür lag in den Händen des Hauptgeschäftsführers Jenö von Egan-Krieger. Egan war zugleich der Nachfolger Weiß' im Amt des Hauptgeschäftsführers der DNVP, was die Zusammenarbeit mit dem Parteiapparat erleichterte. Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte 6, S. 158.

<sup>999</sup> Vgl. Leopold, Hugenberg, S. 61 u. 206 Anm. 35.

<sup>1000</sup> Vgl. N 1211 / 12 Schmidt an Loewenstein, 30.8. 1946.

<sup>1001</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 10.7. 1929, S. 74.

<sup>1002</sup> Ebd., Eintr. v. 18.7. 1929, S. 75.

<sup>1003</sup> Vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 52. Claß (Erinnerungen, S. 902 f.) beansprucht die Urheberschaft des Gesetzesentwurfes ausschließlich für sich, konzidiert dabei allein Konsultationen mit dem Staatsrechtslehrer Professor Smend von der juristischen Fakultät zu Berlin. Seinen alldeutschen Freund Bang, der den § 4 entworfen haben soll, erwähnt er an dieser Stelle ebensowenig. Vgl. zur Urheberschaft Bangs hinsichtlich des § 4: vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 54.

Als sich Schmidt im August bei Hugenberg befand, kämpfte Stresemann erfolgreich auf der Konferenz in Den Haag, auf der der Young-Plan von den involvierten Regierungsvertretern am 21. August angenommen wurde, „buchstäblich bis zur Erschöpfung für das entscheidende Äquivalent“<sup>1004</sup>: Die definitive Zusage der Räumung der dritten Zone (Mainz) im Rheinland bis zum 30. Juni des nächsten Jahres sollte er nicht mehr erleben. Es sprach nun einiges dafür, daß Schmidt an dem am 22. August im Namen des Reichsausschusses an Stresemann gesandten und seitens Hugenbergs und Seldtes unterzeichneten Telegramm mitgewirkt hat. Er war zu dieser Zeit einer der wenigen Menschen um Hugenberg im beschaulichen Kissingen und er war es, der am selben Tag das Telegramm nach einem vorausgegangenen Telefongespräch von Kissingen aus „im Auftrag des Herrn Geheimrat Hugenberg“<sup>1005</sup> an Westarp nach Berlin schickte. In dem wenig nüchternen Schreiben wurde vorgebracht, daß die Akzeptanz des Planes „nicht nur vor Kind und Kindeskindern unverantwortlich, sondern auch taktisch falsch war. Der Youngplan ist ein Unglück, sowohl für Deutschland wie für die Ruhe, Wirtschaft und Entwicklung der andern Völker. Er bringt die ‚Liquidierung‘ des Krieges nicht. Daß der deutsche Außenminister sich dort bemüht, ihn zu retten, muß unserer Volke den Hohn der ganzen Welt eintragen“. Das Ringen Stresemanns um den Abzug aus dem Rheinland, „diese diplomatische Methode“, wurde als unerträglich gegeißelt, da der Abzug durch die Annuitäten „auch noch [zu] erkaufen“ war. Aggressiv und mit starrköpfig festem Willen schlossen sie mit der Bemerkung: Um „zu verhindern, daß der Youngvertrag in Deutschland eine Mehrheit findet, werden wir keine Anstrengung scheuen“<sup>1006</sup>. Schmidt gehörte damit an vorderster Front zu denjenigen Deutschnationalen, die planvoll das wägende, maßvolle und verkanterweise revisionistische Handeln des Außenministers sabottierten. Mit feinem Gespür für die propagandistische Mobilisierungskraft des ‚Tribut-Plans‘ ging auch er daran mit „ruinöse[r] Ungeduld über das bislang Ausgebliebene, das umgehend und total zu erreichen gefordert wurde“<sup>1007</sup>, die Weimarer Republik zu zerstören.

Inwieweit Schmidt überdies tatsächlichen Einfluß auf die inhaltliche Gestaltung und diffizile Begründung des ersten Entwurfs des „Gesetz[es] gegen die Versklavung des deutschen Volkes“<sup>1008</sup> besessen hat, war schwer zu beurteilen. Gleichwohl war

---

<sup>1004</sup> Kolb, Stresemann, S. 116.

<sup>1005</sup> Schmidt (z. Zt. Kissingen) an Westarp, 22.8. 1928, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen.

<sup>1006</sup> Telegramm Hugenberg / Seldte (Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren) an Reichsminister Dr. Stresemann / Deutsche Delegation, 22.8. 1928, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen.

<sup>1007</sup> Hildebrand, Reich, S. 501.

<sup>1008</sup> Der erste Entwurf des o.g. Gesetzes ist abgedruckt in: Friedenthal, Volksbegehren, S. 319 f. Der zweite Entwurf v. 28.8. (vgl. ebd., S. 321 f.) und der dritte, endgültige und veröffentlichte Entwurf v. 11.9. (vgl. ebd., S. 323 f.) unterschieden sich nur wenig voneinander. Der

aufgrund der örtlichen Nähe Schmidts zu Hugenberg in Kissingen auch hier davon auszugehen, daß er möglicherweise nicht federführend, aber gleichsam inspirierend seinen Anteil am Entstehen des ‚Freiheitsgesetzes‘ hatte. Eine gewisse Beteiligung an der Formulierung war zudem nicht undenkbar, weil der Entwurf keine verklausulierten juristischen Finessen oder schwer zu durchdringende finanzwissenschaftliche Details beinhaltete, sondern in sechs Paragraphen und mit einfachen Worten zum Ausdruck brachte, was Schmidt seit Jahren außenpolitisch forderte: bedingungslose Räumung der besetzten Gebiete, förmliche Außerkraftsetzung des Kriegsschuldartikels im Versailler Vertrag und Verbot der Unterzeichnung neuer Abkommen über Zahlungsverpflichtungen, die ihren Ursprung im Versailler Vertrag haben (§ 1). In Fortführung der Schmidtschen Ablehnung der Dawes-Gesetze von 1924 lehnte er, so war anzunehmen, weitere finanzielle Verpflichtungen aus dem Young-Plan ab (§ 2). Die nochmalige Betonung der den geschichtlichen Tatsachen widersprechenden Kriegsschuld Deutschlands (§ 3) unterstrich den Kern der politischen Aussagen Schmidts. Die Sanktionierung regierungsamtlicher Nichtbeachtung der Unterzeichnung neuer Abkommen im Sinne von § 1 mit Landesverrat (§ 4) war in ihrer Schärfe nicht neu - hatte Schmidt nicht allzu häufig den politischen Gegner des Landesverrats geziehen? Die Betonung gleicher Schutzwürdigkeit der Farben schwarz-weiß-rot, wie sie als Grundfarben die Handelsflagge trug, gegenüber den Reichs- und Landesfarben (§ 5) war gleichfalls eine alte Forderung des Hauptmanns a.D. Insgesamt verkörperten die fünf Forderungen vom 21. August - die sechste betraf das sofortige Inkrafttreten des Gesetzes - die letztlich unverändert gebliebenen, außenpolitischen Grundpositionen Schmidts seit seinem Eintritt in den Reichstag, zu denen er innerlich gelöst und mit Genugtuung zurückkehrte. Neben der offensichtlichen Übereinstimmung mit Hugenberg in diesem Gesetzesentwurf wurde hierüber deutlich, welche politischen Präferenzen er hatte: radikaler Revisionismus der Grundlagen des Versailler Vertrages, abrupter Kurswechsel im Auswärtigen und verachtungsvolle Nichtanerkennung republikanischer Staatsautorität. Die Rückkehr zur bedingungslosen Ablehnung der Weimarer Republik war längst vollzogen.

Mit leichten Modellierungen passierte der Gesetzesentwurf in seiner zweiten Fassung weniger Tage später die Präsidiumssitzung des Reichsausschusses am 28. August in Nürnberg.<sup>1009</sup> Nachdem es Hugenberg gelungen war, Westarps Bedenken wider die juristische Undurchführbarkeit des Paragraphen vier am 5. September zu entkräften<sup>1010</sup>, sollte die Auseinandersetzung mit dem Präsidenten des

---

Flaggenparagraph war bereits im zweiten Entwurf ersatzlos gestrichen, im übrigen wurden einige Umstellungen in den Paragraphen vorgenommen, die den inhaltlichen Kern jedoch nicht betrafen.

<sup>1009</sup> Vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 60; Leopold, Hugenberg, S. 62 f.

<sup>1010</sup> Vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 57, 61; Müller, CNBL, S. 121 f.

Reichslandbundes, Schiele, nun für geraume Zeit erheblichen Diskussionsbedarf liefern. Schiele war in Abwesenheit während der bezeichneten Sitzung in den neu gewählten, verkleinerten geschäftsführenden Vorstand berufen worden. Zwar ließ er sich von Hugenberg in dem Gespräch mit Westarp gleich diesem überzeugen – diesmal mit dem interessanten Hinweis auf das sonst zu erwartende Ausscheiden der Nationalsozialisten aus dem Reichsausschuß. Doch Schiele hatte noch kein einstimmiges Votum der Führungsgremien seines Bundes sicher, was die im Präsidium am 28. August gebilligte Voraussetzung für die Veröffentlichung des „Gesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes“ war.

Anfang September war Schmidt unter anderem damit beschäftigt, griffige Presseformulierungen für die bald bevorstehende Veröffentlichung auszuarbeiten, die er im direkten Austausch mit Hugenberg besprach.<sup>1011</sup> Darüber hinaus war Schmidt über die laufenden Verhandlungen im Reichsausschuß bestens informiert, hatte er doch - nach Quatz - am 4., 7., 9. und 10. September mit Hugenberg, Bang, Quatz und auch mit den Parteibeamten Nagel und Brosius über die politische Lage „Kriegsrat“ gehalten. Die Unstimmigkeiten in der Spitze des Reichslandbundes zwischen Bundesvorstand, der mit einstimmigen Beschluß am 11. September zwar die Paragraphen eins bis drei angenommen, gleichwohl aber den Paragraphen vier abgelehnt hatte, und dem Präsidium, das im Gegensatz dazu am Tage zuvor den gesamten Wortlaut gebilligt hatte, war Thema des abendlichen Gesprächs zwischen Schiele und Wendhausen auf der einen Seite und Hugenberg, Schmidt und Quatz auf der anderen Seite.<sup>1012</sup> Die über zweistündige Unterhaltung, die vornehmlich zwischen Hugenberg und Schiele geführt wurde, nahm aufgrund der uneinheitlichen Linie des Reichslandbundes zeitweise so scharfe Formen an, daß Schmidt wie auch Quatz „mehrfach mildernd“ eingreifen mußten.<sup>1013</sup> Hugenberg wies im folgenden gereizt darauf hin, daß die „Einigung mit Hitler“ nur unter Beibehaltung des Paragraphen vier abgeschlossen werden konnte und daß weiterhin ein zeitlicher „Aufschub aus taktischen und technischen Momenten unmöglich“ sei.<sup>1014</sup> Zu diesem Zeitpunkt hatte Hugenberg die Veröffentlichung des bis dahin geheim gehaltenen Gesetzes bereits für den Morgen des 12. Septembers in die Wege geleitet, wofür er im Dienste der Sache die Verantwortung zu übernehmen betonte; gleichzeitig wiegelte er gegenüber Schiele ab, indem er ihm erklärte, daß dessen „Einwendungen [des RLB-d.Vf.] gegen den § 4 nicht aufrecht erhalten“ werden könnten.<sup>1015</sup> Wendhausen ließ sich dadurch überzeugen, Schiele bat hingegen zuletzt darum, ihm ein Moratorium von 24 Stunden

---

<sup>1011</sup> R 8005 / 77 Hugenberg an Schmidt, 2.9. 1929, Bl. 17.

<sup>1012</sup> Vgl. Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 11.9. 1929, S. 77.

<sup>1013</sup> Ebd.

<sup>1014</sup> Ebd.

<sup>1015</sup> Friedenthal, Volksbegehren, S. 66. Vgl. auch Leopold, Hugenberg, S. 64.

zu gewähren. Unerwartet und verdächtig schnell gab Schiele daraufhin nach, als Quaatz ihm verdeutlichte, daß er in dieser Zeit ohnehin nichts ändern könne - Quaatz zumindest ahnte ein Nachspiel: „Ein überraschend gespieltes Decrescendo. Hier wurde aus einer Fanfare eine Chamade“<sup>1016</sup>.

Hugenberg hatte nicht nur die Bauernpartei, sondern auch den Reichslandbund in für ihn typischer, eigenwillig-verschlossener Manier – und aus gewiß verständlicher Furcht vor Indiskretionen – mit dem Veröffentlichungsdruck schlichtweg übertölpelt. Er begab sich nach dem Gespräch auf den Weg in seinen bevorzugten Kurort Kreuth, sein Refugium für Gedankenspiele mit dem engen Freund aus Posener Zeiten, Wegener. Quaatz hielt für die Verabschiedung eine Momentaufnahme des völlig unklaren Zustandes der Kompetenzzuweisung und -abgrenzung im direkten Umfeld des Parteivorsitzenden fest, die sich bei der Handhabung der absehbaren Reaktion der im gerade beendeten Gespräch Übergangenen besonders deutlich abzeichnen sollte: „Er könne das [nach Kreuth zu fahren - d. Vf.], sagt er in unserem Kreis (Schmidt, Brosius), da ich schon an seiner Stelle für alles sorgen werde. Verantwortung ohne Befugnisse!“<sup>1017</sup>

Es hatte sich erneut gezeigt, daß Schmidt im Verlaufe nur eines knappen Jahres vom wenig einflußreichen Abgeordneten zum engsten und sehr kleinen Kreise der Fraktionsmitglieder um Hugenberg aufgestiegen war. Schmidts Umzug von Hannover nach Berlin im Herbst 1929 war dabei ein deutliches äußeres Anzeichen, daß er zusehends in der Fraktion an Bedeutung gewann und Hugenberg zunehmend seine Anwesenheit in Berlin für erforderlich hielt.<sup>1018</sup> Hiller von Gaertringen hat diese Entwicklung nach Hugenbergs Amtsantritt treffend wie folgt beschrieben: „Der antidemokratischen Richtung angehörend, wurde er bald einer der engsten Berater Hugenbergs“<sup>1019</sup>.

Am nächsten Tag, dem 12. September, erschien in der Deutschen Allgemeinen Zeitung ein Bericht, der Quaatz' Vermutungen vom Vortage recht gab. Aus der Unterhaltung waren einzelne Informationen nach außen gedrungen, die sich in der -

---

<sup>1016</sup> Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 11.9. 1929, S. 77. Vgl. Müller, CNBL, S. 123 f.

<sup>1017</sup> Ebd.

<sup>1018</sup> Vgl. Wienbeck, Lebenserinnerungen, S. 248. Der Wegzug Schmidts aus Hannover nach Berlin fand am 1.10. 1929 statt. Auskunft des Stadtarchivs Hannover aus der Einwohnermeldekartei an den Verf. v. 20.02. 2002 sowie Auskunft des Landesarchivs Berlin v. 23.10. 2002 (Meldekartei).

<sup>1019</sup> Hiller, DNVP, S. 186. Hingegen kann Dörr (DNVP, S. 73 Anm. 33) nicht zugestimmt werden, wenn er ausführt: Schmidt-Hannover war ein eifriger Befürworter einer radikalen Oppositionspolitik, wurde ein begeisterter Anhänger und später einer seiner engsten Mitarbeiter“. Zweifellos begann Schmidt radikal, aber seine ablehnende Annäherung an Weimar geht aus Dörres Beschreibung nicht hervor. Richtig ist, daß Schmidt ein begeisterter Anhänger Hugenbergs nach der Mai-Wahl 1928 wurde. Aber Dörres Abverbalbestimmung „später“ wird besser durch Hillers „bald“ ersetzt. Wenn man in einem „engsten Berater“ zudem immer auch einen „engsten Mitarbeiter“ sieht, löst sich dieser Unterschied von selber auf.



unrichtigen - Behauptung verdichteten, daß der Reichslandbund nicht nur dem Paragraphen vier, sondern dem Entwurf insgesamt widersprochen habe.<sup>1020</sup> Wie reagierte nun der inoffizielle Stab Hugenbergs auf die zum politischen Alltagsgeschäft gehörende Pressepolitik der „Linkspresse“<sup>1021</sup>, wie sich Quatz ausdrückte?

Unbestritten war, daß diese veröffentlichte Stellungnahme nicht unerwidert bleiben konnte, sollte nicht der Eindruck entstehen und sich verfestigen, der DAZ-Artikel entspräche dem Geschehenen. Aber wer sollte verantwortlich für die Deutschnationalen eine Replik verfassen und zeichnen? Die notwendige schnelle Antwort offenbarte in der deutschnationalen Parteizentrale ein Wirrwarr nicht definierter Kompetenzen zwischen Schmidt und Quatz. Schmidt übte kurzentschlossen erheblichen Druck auf Schiele aus wegen der offensichtlichen Unhaltbarkeit der aufgestellten Behauptungen in der Presse. Ergebnis dieses Vorgehens war, daß der Berliner Lokalanzeiger, ein Hausblatt der Deutschnationalen aus dem Scherl-Verlag, am 13. September eine - von Quatz vorformulierte - Erklärung von Schiele und Schmidt-Hannover brachte, die die im Raum stehenden Differenzen im Reichsausschuß zu beschwichtigen suchte.<sup>1022</sup> Doch der Versuch, publizistisch wieder an Boden zu gewinnen, zeigte wenig Wirkung, denn bereits einen Tag später mußte Quatz feststellen: „„Deutsche Tageszeitung‘ dementiert das Dementi!“ Die Wurzel der geringen Durchsetzungsfähigkeit der deutschnationalen Prätendenten sah er in seiner mangelnden Autorisierung in der Abwesenheit des Parteivorsitzenden. Um kein verschleißendes Kompetenzgerangel entstehen zu lassen und um das vage Moment seiner „Inthronisation als ‚Vertreter‘“ von und durch Hugenberg wissend, kam er mit Schmidt am 13. September darin überein, bei künftigen Entscheidungen ihn und Winterfeld hinzuzuziehen.<sup>1023</sup> Leicht resigniert erlaubte Quatz aus seinem Tagebuch einen Einblick in die Organisation der operativen Führungsebene der Deutschnationalen Mitte September 1929: „Hugenbergs unklare Personalpolitik rächt sich. Er sagt mir: ich möchte mich als seinen Vertreter in Sachen Volksbegehren betrachten, autorisiert mich aber niemand gegenüber. Schmidt, der bisher so eine Art Flügeladjutant bei ihm war, regiert bona fide an seiner Statt. Ich kann ihn nur leise warnen, um nicht höchst schädliche Differenzen hervorzurufen ...“<sup>1024</sup>. Im engsten Führungskreis der Partei besaß Schmidt somit zu diesem Zeitpunkt eine außerordentlich bevorzugte Stellung bei Hugenberg, die ihn in Abwesenheit des Parteivorsitzenden zu dessen Statthalter geworden sein ließ. Die Bevorzugung

---

<sup>1020</sup> Vgl. DAZ v. 12.9. 1929.

<sup>1021</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 12.-14.9. 1929, S. 77.

<sup>1022</sup> Vgl. Berliner Lokalanzeiger v. 13.9. 1929. Vgl. zum Vorgehen Schmidts: Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 12.-14.9. 1929, S. 77 f.

<sup>1023</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 12.-14.9. 1929, S. 78.

<sup>1024</sup> Ebd.

Schmidts, der dem Parteivorstand im Unterschied zu Quatz nicht angehörte<sup>1025</sup>, lag weniger an seinen geistigen Qualitäten. Warum hätte Hugenberg sonst für die Erwiderung im Lokalanzeiger auf Quatz zurückgegriffen und warum kam nur Quatz in der Parteizentrale für ein Rededuell mit dem Chefredakteur der Vossischen Zeitung in Frage?<sup>1026</sup> Vielmehr, so kann der Begriff „eine Art Flügeladjutant“ interpretiert werden, war Schmidt Hugenberg's engster Mitarbeiter geworden, den ständige Verfügungsbereitschaft und Organisationstalent eines Privatsekretärs auszeichneten. Darüber hinaus oblag ihm die noch unerfahrene und unabgestimmte, verantwortliche Operationalisierung der Pressepolitik - im Gegensatz zu Quatz zeichnete ihn wahrscheinlich ein größeres Maß an persönlicher Sympathie bei Hugenberg aus.

Die nächsten Ereignisse hat Schmidt – zumal nach dem Umzug nach Berlin – aus unmittelbarer Nähe beobachtet. Der Reichslandbund äußerte in einem Brief an Hugenberg vom 17. September erneut seine massiven Bedenken gegen den Paragraphen vier und gab das Auseinanderbrechen des Reichsausschusses dringendst zu bedenken. Einen Tag später konferierte Hugenberg mit Hitler in München. Hugenberg war ob des Drucks Schieles kurzzeitig über den sog. Zuchthausparagraphen ins Wanken gekommen, wurde jedoch von dem politisch schwachen Nationalsozialisten unmißverständlich darauf hingewiesen, daß ein Abgehen in diesem Punkt mit ihm gewiß nicht zu machen sei. Von Hitler zur alten Linie zurückgeführt, verteidigte er seinen Standpunkt auch gegen den sich regenden Widerstand in der bis zum jetzigen Zeitpunkt unbeteiligten Reichstagsfraktion am 20. September. Die heikle Lage vor der Präsidiumssitzung einen Tag später wurde intensiv im Beisein Schmidts diskutiert; er war demnach genau orientiert, welche politischen Kräfte in welche Richtung tendierten<sup>1027</sup>. Hugenberg beugte sich in dieser Sitzung nicht dem Ansinnen des Präsidenten des Reichslandbundes, sondern erklärte sich - innerlich wie sein alldeutscher Freund Claß schon vom Reichspräsidenten abgewandt - nur zu der Kompensation bereit, das Staatsoberhaupt besonders betont vom Paragraphen vier auszunehmen.

Trotz der erheblichen Meinungsverschiedenheiten brach der Reichsausschuß nicht auseinander, vielmehr setzte sich Hugenberg letztlich durch, so daß dem sogenannten

---

<sup>1025</sup> Vgl. die namentliche Aufführung aller Mitglieder des Parteivorstandes, in: UP v. 15.12. 1929.

<sup>1026</sup> Quatz' bekannte Scharfzüngigkeit auch gegen nahestehende Personen kommt ohne Namensnennung auch gegen Schmidt zum Ausdruck, wenn er hinsichtlich des erwähnten, aber nicht stattgefundenen Interviews die mangelnde Qualität der potentiellen deutschnationalen Kandidaten betont und letztlich nur sich selbst in Augenschein nehmen kann, „weil eben kein anderer da ist“. Vgl. ebd. Im ungünstigen Falle wäre dies als Eitelkeit auszulegen, doch war diese bei Quatz nicht übermäßig ausgeprägt, sonst hätte er in seinem Brief an Hugenberg vom 14.9. die zumindest ausgesprochene Vertreterrolle in Abwesenheit des Vorsitzenden nicht absichtlich unterdrückt und wäre auch gegenüber Schmidt nicht - im Sinne der Sache - so versöhnlich aufgetreten. Vgl. ebd.

Freiheitsgesetz in dem am 28. September gestellten Zulassungsantrag zwei Tage später durch Severing entsprochen und die Eintragungsfrist auf den 16. bis 29. Oktober datiert wurde. Die Propagandamaschine des Ausschusses war natürlich schon längst in Bewegung, sodaß die Gegenreaktionen der Reichsregierung unter Innenminister Severing (SPD) und besonders seinem Pendant in der preußischen Regierung, Grzesinski (SPD), nicht ausblieben. Während Severing zum ersten Mal das Medium Rundfunk in extensiver Form zum Einsatz brachte und die Zulassung von Mitgliedern des Reichsausschusses schonungslos verhinderte<sup>1028</sup>, griff er damit „nicht zu so drastischen Mitteln“<sup>1029</sup> wie sein preußischer Minister. Unter anderem erließ Grzesinski am 9. Oktober die ausführende Verfügung für das Verbot Severings gegen den Stahlhelm im Rheinland und in Westfalen. Die Begründung sah er in einer Wehrsportübung, die der Stahlhelm am 21. / 22. September in Langenberg im Rheinland abgehalten hatte. Den angeblich militärischen Charakter sah er durch phototechnische Beobachtungen von Polizeibeamten bestätigt<sup>1030</sup>, während die Übung von militärischen Fachleuten wenig später als „lächerliche und wertlose Spielerei“<sup>1031</sup> bewertet wurde. Obwohl Seldte in letzter Minute für die Übung abgesagt hatte und stattdessen an einer Sitzung des Reichsausschusses teilgenommen hatte, wurde seine Anwesenheit als besonders erschwerend gewertet. Gleichviel, der überschwenglich tatendurstige Grzesinski hatte in dem Ereignis einen Verstoß gegen ein aus der Entwaffnungsbestimmung des Versailler Vertrages hervorgegangenes Ausführungsgesetz gesehen.<sup>1032</sup> Was nun aber den berechtigten, massiven Unmut im Reichsausschuß erweckte, war das Vorgehen gegen den Stahlhelm als Träger des Volksbegehrens. Bei unzähligen Haussuchungen in Privat- und Geschäftsräumen einiger Stahlhelmführer war, wie es zum Beispiel in Dortmund geschehen war, von der Polizei auch Propagandamaterial des Reichsausschusses konfisziert worden.<sup>1033</sup>

---

<sup>1027</sup> Vgl. Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 21.9. 1929, S. 79 f.

<sup>1028</sup> Vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 82-85.

<sup>1029</sup> Richter, DVP, S. 571.

<sup>1030</sup> Vgl. Kolb, E. (Hg.), Albert Grzesinski. Im Kampf um die deutsche Republik. Erinnerungen eines Sozialdemokraten, München 2001, S. 215 (i.f. zit. als: Grzesinski, Erinnerungen); Albrecht, T., Für eine wehrhafte Demokratie. Albert Grzesinski und die preußische Politik in der Weimarer Republik, Bonn 1999, S. 267. Albrechts Darstellung besticht am ehesten durch ihre wenig objektive Diktion. Darüber hinaus geht er in bester hagiographischer Absicht mit keinem Wort auf die zumindest fragwürdige Beschlagnahme des Materials des Reichsausschusses ein. Die vorzüglich quellennahe Arbeit Friedenthals findet deshalb auch keine Erwähnung. Nüchterner: vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 136-142. Vgl. Grzesinkis Bericht in der Chefbesprechung beim Reichskanzler am 30.10. 1929, in: AdR Kabinett Müller II, Bd. 2, S. 1074 ff.

<sup>1031</sup> Offiziere aus dem Reichswehrministerium zit. nach: Berghahn, Stahlhelm, S. 141.

<sup>1032</sup> Vgl. Grzesinski, Erinnerungen, S. 215.

<sup>1033</sup> Vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 85 f.; Schulze, H., Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung, Frankfurt 1977, S. 614 ff.; Berghahn, Stahlhelm, S. 137; Huber, Verfassungsgeschichte 7, S. 761.

Der Reichsausschuß reagierte prompt – und Schmidt organisierte verantwortlich den Widerspruch, der durch das fragwürdige Vorgehen Grzesinskis nur noch gesteigert wurde. Nur einen Tag nach der Verbotsverfügung, am 10. Oktober, übersandte er nach vorausgegangenem „Rücksprachen“<sup>1034</sup> mit dem Hauptgeschäftsführer von Egan-Krieger diesem eine „von der deutschnationalen Reichstagsfraktion vorbereitete[.] Interpellation betreffend den Vorstoß der Regierung gegen den Stahlhelm im Rheinland / Westfalen. Schmidt, der von der neuen Hauptgeschäftsstelle in der Friedrich-Ebert-Str. 29 operierte, bat um die „Zuleitung der Abdrucke an die nationalsozialistische Arbeiterpartei und die christlich-nationale Bauernpartei“. Diese sollten „je schneller ... umso wirkungsvoller“ „gleichlautende Anträge“ einbringen. Der preußischen Landtagsfraktion war dies bereits aufgetragen. Daß er im Auftrage Hugenberg's handelte, wurde dann aus der Schlußbemerkung deutlich: „Herr Geheimrat Hugenberg wäre für Mitteilung des nach dieser Richtung hin Veranlaßten und Erreichten dankbar“. Schmidt mußte also direkte Anweisung vom Parteivorsitzenden erhalten haben, von ihm über die operative Führung der Partei orientiert und in sie zuvorderst involviert worden sein. Eine klare Abgrenzung zur Arbeit des Parteidirektors Nagel schien es nicht zu geben; auf jeden Fall fungierte Schmidt teilweise in politischen Fragen in verantwortlicher Manier, er blieb weiterhin „eine Art Flügeladjutant“.

Die Interpellation, die Schmidt im Auftrage Hugenberg's anstrengen ließ, wurde am 11. Oktober von einigen Abgeordneten eingebracht und am 16. Oktober als Mißbilligungsantrag gegen den Reichsminister des Innern, Severing, formuliert.<sup>1035</sup> Der folgenlose, konzertierte Antrag warf dazu ein Licht auf das Verhältnis von Fraktion und Parteiführung. Schmidt war vom Parteivorsitzenden aufgefordert worden, im Reichstag, dem Terrain des Fraktionsvorsitzenden Westarp, eine Anfrage einzubringen. Daß Westarp mittels Hugenberg's parlamentarischen Mitarbeiters in der Parteizentrale, Schmidt, nicht im Vorhinein über die „von uns eingeleitete parlamentarische Aktion“<sup>1036</sup> orientiert worden war, war bezeichnend. Zwar saß Westarp auch im Vorstand des Reichsausschusses, aber daß er erst nach der Einleitung des Vorstoßes informiert wurde, machte deutlich, daß Hugenberg mittels Schmidts gewillt war, seine Vorhaben, wenn auch in diesem Falle wahrscheinlich nicht gegen aber zumindest ohne den Westarp-Flügel durchzusetzen.

Die konsequente, bezeichnende außerparlamentarische Ausrichtung der Organisation des Volksbegehrens und die damit einhergehende, absichtliche Vernachlässigung der

---

<sup>1034</sup> Schmidt (Parteizentrale) an Egan-Krieger, 10.10. 1929, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen. Hieraus die Zitate des gesamten Abschnitts.

<sup>1035</sup> Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 138.

<sup>1036</sup> Schmidt (Parteizentrale) an Westarp, 10.10. 1929, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen.

Meinungen in der Reichstagsfraktion einerseits<sup>1037</sup> und die unangemessene Beachtung des Amtes des Reichspräsidenten andererseits sollten sich im Laufe der Monate Oktober bis Dezember als schwerwiegend erweisen.

Das sich zunehmend schwieriger gestaltende Verhältnis der Deutschnationalen zu Hindenburg, wurde von diesen in völlig verschiedener Weise betrachtet. Entsprechend den zwei großen Lagern aus Westarp- und Hugenberg-Anhängern in der Fraktion waren die Ansichten gespalten. Während Westarp und seine Leute Hindenburgs Amtsauffassung als pflichtgemäß in Schutz nahmen, war das im Lager Hugenbergs anders - aber keineswegs einheitlich. Die Alldeutschen um Hugenberg, Claß, Bang, Gok und Lohmann scheuten vor schärfster Kritik nicht zurück, während andere nicht ihre politischen Hemmungen und schon gar nicht den angemessenen Tonfall vermissen ließen.

Als Schmidt zu Beginn des Monats Oktober umzog, hatte der von ihm mitbetriebene Propaganda-Feldzug zur Mobilisierung des notwendigen Zehntels der Stimmberechtigten längst eingesetzt. Hugenberg hatte es neben dem gewaltigen Presseaufwand auch nicht unterlassen, durch seine 1927 erworbene Universum-Film AG einen Film erstellen zu lassen, der Hindenburg zusammen mit Hugenberg, Seldte und Hitler zeigte. Damit nicht genug, wurde die Parole ausgegeben, daß jeder, der Hindenburg 1925 gewählt habe, sich nun in die Listen für das Volksbegehren eintragen müsse.<sup>1038</sup> Diese günstigstenfalls als kühne und instinktschwache Anmaßung zu bezeichnende Vereinnahmung wurde von Hindenburg in einem offenen Brief an den Reichskanzler vom 16. Oktober unverzüglich mißbilligt, sodaß Hugenberg den Film zurückzog. Hugenbergs Ansinnen, trotzdem die grundsätzlich wichtige Zustimmung des Staatsoberhauptes zu erreichen, wurde ihm bei einem Audienzgesuch am Morgen des 18. Oktobers abschlägig gewiesen<sup>1039</sup>, da der Generalfeldmarschall, wie es

---

<sup>1037</sup> Längst hatte sich in der Fraktion eine gemäßigte außenpolitische Gruppe zusammengefunden, deren „mächtige[m] Kreis [...] um Klönne nicht Herr“ zu werden war durch die Hugenberg-Anhänger. Für Quaatz ging das „aus den einander widersprechenden Erklärungen von Partei und Fraktion hervor, die ich im ‚Tag‘ las. Herr Schmidt hat mir auf meine Bitte dazu einen Brief geschrieben, der keine meiner Befürchtungen [be]heben konnte“. Quaatz-Tagebuch, Brief Quaatz (Meran) an Hugenberg v. 13.10. 1929, S. 84. Der Brief Schmidts an Quaatz war im Nachlaß von keinem von beiden zu finden. Aus den Zeilen Quaatz' erhellt jedoch, daß erstens das Problem der verschiedenen außenpolitischen Strömungen in der Fraktion evident war, zweitens die außenpolitischen Unterschiede in Partei und Fraktion selbst in der sehr nahestehenden Presse deutlich wurden und drittens Schmidt in der Abwesenheit Hugenbergs und Quaatz' die alleinige politische Federführung in der Parteizentrale besaß. Aus Quaatz' Äußerungen kann viertens entnommen werden, daß Schmidt wahrscheinlich nicht durchgehend den politischen Überblick über die Virulenz der verschiedenen Strömungen besaß.

<sup>1038</sup> Vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 78 f.

<sup>1039</sup> Schmidt (Umdenken, S. 245) berichtet davon, daß die Deutschnationalen, ohne selbstverständlich den eigenen Film zu erwähnen, von einem „kostspieligen Werbefilm“ erfahren haben wollen, woraufhin Hugenberg am „18.10. früh bat .., vom Reichspräsidenten empfangen zu werden“. Allerdings wurde der „Empfang .. abgelehnt“.

halboffiziell aus einem dienstlichen Gespräch mit dem Reichskanzler am 18. Oktober nach außen verlautbarte, die - bisher nur von den Nationalsozialisten weitlich propagierte Norm des Paragraphen vier - als töricht empfand.<sup>1040</sup>

Die deutschnationale Sicht nach der Veröffentlichung war nun, daß der Reichspräsident sich nicht nur gegen eine Vereinnahmung verwahrte, sondern daß er sich mit der Ablehnung des Paragraphen vier indirekt auch gegen das Volksbegehren als solches stellte, weil dieser Paragraph unveränderlicher und integraler Bestandteil des Freiheitsgesetzes war. In die Defensive geraten, gelang es der DNVP, doch noch an Hindenburg heranzutreten.

Niemand hatte in der Partei einen günstigeren Hintergrund aus der jüngeren Vergangenheit als Schmidt. Ganz wesentlich war es der Partei in einer schwierigen Lage innerhalb kürzester Zeit deshalb möglich, das nicht stattgehabte Antichambrieren des Parteivorsitzenden zu kompensieren. Denn der „junge Schmidt“ war zwar ein Mann ohne führendes Amt in Fraktion und Partei, weckte aber beim Reichspräsidenten die richtigen vaterländischen Erinnerungen. In diesem kurzen Augenblick erhielt der Hauptmann a.D. ein enormes persönliches Gewicht, da ihm - in einem Ausschnitt - die Geschicke der deutschnationalen Partei allein überantwortet waren.

Nachdem sich Schmidt am 18. Oktober von Meißner versichern lassen hatte, daß die Presseverlautbarung über das Gespräch zwischen Reichspräsident und -kanzler „mit Einverständnis“ Hindenburgs erfolgt war, erhielt er am nächsten Morgen von Staatssekretär Meißner folgende Einladung: „Der Reichspräsident wolle Hugenberg als Parteiführer in dieser Situation nicht empfangen; er ließe aber mich, als alten Freund aus Hannover bitten, doch zu ihm zu kommen“<sup>1041</sup>. Die „längere Aussprache“<sup>1042</sup> führte dann zu einer Erklärung Hindenburgs, die keinen politischen Raumgewinn gegenüber den unlängst veröffentlichten Stellungnahmen des Staatsoberhauptes für die Deutschnationalen bedeutete, da Hindenburg - absehbar - nichts zurücknahm.

Einzig die besondere Betonung des Mißfallens über den Paragraphen vier, wie am 18. Oktober geschehen, wurde nicht namentlich wiederholt, ohne daß daraus eine veränderte Position zu entnehmen war. Auch weiterhin beanspruchte er für sich, „dem Volksbegehren als solchem in voller Neutralität und Überparteilichkeit gegenüber[zustehen“<sup>1043</sup>. Daran „ändere auch die Äußerung nichts, die er in seiner Besprechung mit

---

<sup>1040</sup> Vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 79 u. Schmidt, Umdenken, S. 245.

<sup>1041</sup> Schmidt, Umdenken, S. 245. Daß Schmidt „von Hindenburg persönlich gerufen“ wurde, bestätigt auch: N 1211 / 45 Schmidt an Militärregierung in Niebüll /Schleswig v. 1.6. 1947, S. 12.

<sup>1042</sup> Ebd., S. 12. Ähnlich: Schmidt, Umdenken, S. 246, wo er von einer „lange[n] Unterredung“ spricht. Vgl. zur Bestätigung der Unterredung Schmidt-Hindenburg: Friedenthal, Volksbegehren, S. 80.

<sup>1043</sup> Der Tag (Nachtausgabe) v. 24.10. 1929.

dem Reichskanzler am 18. d. Mts. getan habe“<sup>1044</sup>. In legitimer deutschnationaler Absicht fügte Schmidt der Erklärung eine Bemerkung an, wonach für ihn nunmehr klar sei, daß die „Behauptung der Linkspresse, daß der Herr Reichspräsident gegen das Volksbegehren sei, ... den Tatsachen“ widerspreche.<sup>1045</sup> Es bedurfte keiner großen Vorsehungskraft, daß Hindenburg auch am 24. Oktober seine Ablehnung des Paragraphen vier aufrechterhielt, denn seine Äußerung vom 18. Oktober gegenüber dem Reichskanzler wurde am 24. gerade nicht widerrufen, mithin blieb seine Abneigung gegen das Volksbegehren bestehen. Daß sich diese Erklärung von den vorangegangenen Hindenburgs deshalb „eindeutig absetzte“<sup>1046</sup>, wie Schmidt selbstgewiß in seinen Erinnerungen entsprechend der Bemerkung vom 24. Oktober ausführte, war somit ein „privates Auslegungsstück“<sup>1047</sup> Schmidts.

Der Einsatz Schmidts – bei aller phantasiereicher Interpretation des Ergebnisses der Mission durch ihn selbst – hatte den Deutschnationalen nicht die erhoffte informelle Bundesgenossenschaft Hindenburgs eingebracht: Die Erfolgchancen der Schmidtschen Mission waren – wahrscheinlich nicht zuletzt von ihm selbst – überschätzt worden. Es sollte sein einziger amtlicher Besuch bei Hindenburg bleiben.<sup>1048</sup>

Am Tag des vorläufigen Endergebnisses, am 2. November, neigte sich die Waage des Volksbegehrens ganz leicht über die notwendige Marke von zehn Prozent. Ein zweifellos wichtiger Sieg für Hugenbergs nationales Renomee, da ihm dieser selbst in den eigenen Reihen nicht durchgehend zugetraut worden war. In einer persönlich an Schmidt adressierten Karte aus Kreuth sagte Hugenberg „im Rückblick auf den erzielten Erfolg vor allem der nächsten Mitarbeiter ... Ihnen herzlichsten Dank für Ihre Tätigkeit im Dienste unseres Volksbegehrens“.<sup>1049</sup> Der Dank an den ‚nächsten Mitarbeiter‘ Schmidt galt dessen ständiger Präsenz bei den Besprechungen im kleinen Kreise, dessen Mitwirkung im Arbeitsausschuß, dessen wenn auch wenig erfolgreichen Einsatz beim Reichspräsidenten und dessen politischer Verantwortungsübernahme in Abwesenheit des Parteivorsitzenden.

Noch bevor dem stattgegebenen Volksbegehren die parlamentarische Behandlung folgte, bedurfte es eines Parteitages, um die deutschnationalen Anhänger über das Vorgehen der Parteispitze in den letzten beiden Monaten zu orientieren. Die Vor-

---

<sup>1044</sup> Ebd.

<sup>1045</sup> Ebd.

<sup>1046</sup> Schmidt, Umdenken, S. 246.

<sup>1047</sup> Germania (Zentrum) v. 26.10. 1929.

<sup>1048</sup> Die Bestätigung der einzigen dienstlichen Zusammenkunft in der Weimarer Republik erhält aus: N 1211 / 45, S. 12. Gleichwohl war Schmidt in den Vorjahren zum Geburtstag eingeladen gewesen.

bereitung dieser auf den 22. und 23. November festgesetzten großen Versammlung der Partei geschah in der Berliner Parteizentrale. Die nicht vorhandene Organisation hatte mittlerweile eine gewisse Scheidung der Mitarbeiter in zwei kleine Gruppen mit sich gebracht, die nicht zu offensichtlichen Zerwürfnissen führte, aber in der schneidenden Ironie Quaatzen ihren Ausdruck fand. Seit Ende Oktober bezeichnete dieser Nagel, Brosius und Schmidt nunmehr als die „drei Musketiere“, deren geistiges Potential er - um seine eigenen Stärken wissend - zuweilen indirekt belächelte. In einer Lagebesprechung bekundete Quaatzen ausführlich seine Meinung und gewann den Eindruck, „als ob er [Hugenberg - d. Vf.] meinem Votum entscheidendes Gewicht beimesse“. Mit nicht zu verkennendem Unterton fügte er direkt an: „Die drei Musketiere lebhaft meiner Ansicht“<sup>1050</sup>.

Ein weiteres Mal wurde die nirgends fixierte, personelle Trennung in der Zentrale zwischen Organisation und konzeptioneller Arbeit anhand der Fraktionssitzung vom 18. November deutlich. Dort waren Hugenbergs Ausführungen, wie Quaatzen vermerkt, unter anderen von Schmidt „wenig geschickt“ sekundiert worden. Hugenberg hatte dies gemerkt, sodaß Quaatzen ohne Unterbrechung weiter fortfuhr: „Auf Wunsch Hugenbergs rede ich, ...“. Und als Quaatzen nach dem Ende der genannten Sitzung Kritik am Vorgehen des Parteivorsitzenden übte, mußte er in sein Tagebuch Folgendes eintragen: „Da Bang und Schmidt wie immer seine Haltung beloben, ist er böse auf mich“. Aus all dem - bei Ausnahme Bangs - erhellte, daß Quaatzen ein unersetzlicher, scharfer analytischer Kopf für Hugenberg war, auf der anderen Seite gruppierten sich Nagel, Brosius und Schmidt. Sie waren in ihrer militärischen Vergangenheit (Schmidt und Brosius als Hauptleute a.D., Nagel als Major a.D., Schmidt und Nagel zudem als Generalstäbler) nicht mit Quaatzen verbunden, der kein Soldat gewesen war. Nagel war Parteidirektor, Brosius für die Parteipresse zuständig und Schmidt - als einziger dieser drei mit einem Abgeordnetenmandat ausgestattet - versorgte die Parteiorganisation mit politischen Informationen, die im Sinne Hugenbergs waren. Trotz des ironischen Charakters der Bezeichnung „Musketiere“ deutete diese gleichzeitig auf eine – zugegebenermaßen schwer zu greifende – Verbundenheit der drei hin, zu der Quaatzen keinen Zugang fand. Dies äußerte sich jedoch nicht in einem Gegeneinander, sondern in einem unorganisierten Miteinander im Sinne der Sache.

Schmidt wurde außerdem von Hugenberg zu weiteren Aufgaben herangezogen. Quaatzen berichtete aus einer Besprechung mit Hugenberg am 16. November, daß der

---

<sup>1049</sup> N 1211 / 9 Hugenberg an Schmidt, 4.11. 1929. Die Anrede, die Hugenberg wählte, lautete: „Mein lieber Schmidt“. Die persönliche Note wird - ohne Überbewertung - allein hieraus erkennbar.

<sup>1050</sup> Quaatzen kehrte am 22.10. nach Berlin zurück, sodaß die Besprechung ab diesem Zeitpunkt stattgefunden haben kann, vgl. Quaatzen-Tagebuch, Eintrag v. Oktober 1929, S. 83 f. Zu den Zitaten, vgl. ebd., S. 83.



Entwurf eines Briefes an den Zentrumsführer Kaas eine „große Rolle“<sup>1051</sup> gespielt habe, ohne auf den zeitlichen Ursprung und die Vorgeschichte der dahinter stehenden Intentionen einzugehen. Der Brief entsprang wirtschaftspolitischen Annahme Hugenbergs zur Schaffung eines gegen die SPD gerichteten Bürgerblocks aus DNVP, Zentrum und DVP, der gleichzeitig die Bekämpfung des Young-Plans vornehmen sollte. Er war zugleich Ausgangspunkt einer Unterhaltung in Bad Kissingen. Hugenberg hatte zu der „vertraulichen Besprechung“ mit Kaas, als deren Grundlage er die Unzufriedenheit in Teilen des Zentrums mit dem Regierungskoalitionär SPD nahm, „im September“<sup>1052</sup> Schmidt und Schultz-Bromberg hinzugezogen. Der Neu-Berliner Hannoveraner wurde damit vertraulich und aus erster Hand über die politische Taktik des Parteivorsitzenden orientiert. Zwischen den beiden Männern mußte demnach ein relativ gutes Vertrauensverhältnis trotz der kurzen gegenseitigen engeren Bekanntschaft entstanden sein.<sup>1053</sup> Über die Funktion Schmidts in Bad Kissingen kann vermutet werden, daß Hugenberg aufgrund der politischen Brisanz dieses Sondierungsgesprächs - immerhin gehörte das Zentrum der gegenwärtigen Regierung an - Schmidt als loyalen Zeugen an seiner Seite zu haben wünschte. Hugenberg prognostizierte die Unfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die durch den Young-Plan weiterhin bestehende deutsche Abhängigkeit von der Wirtschaftspolitik des Auslands in vernünftige Bahnen leiten zu können. Er sah mit der Annahme des Plans vielmehr unbezahlbare Kosten kommen, die die deutsche Wirtschaft in die

---

<sup>1051</sup> Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 16.11. 1929, S. 88. Ob Quaatz von der Vorgeschichte wußte, blieb unklar. Unabhängig von der späteren Erfolglosigkeit macht die Tatsache, daß Hugenberg und Kaas konvertierten, deutlich, daß gerade nicht zutrifft, was Ruppert behauptet, wenn er sagt, „nach rechts war der Weg verschlossen“. Ruppert, K., Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930, Düsseldorf 1992, S. 364. Er geht im übrigen auch nicht auf den Schriftwechsel und das Treffen ein. Vgl. ebd., S. 358-386.

<sup>1052</sup> Schmidt, Umdenken, S. 247. Das genaue Datum war nicht zu eruieren. Da Schmidt nach Quaatz bis zum 14.9. in Berlin war, Hugenberg aus Kreuth spätestens am 21.9. zurück in Berlin war und Schmidt zwischen dem 19. und 23.9. in einer Kundgebung des Vorstandes seines Landesverbandes in Bremen gesprochen hat, kann das Treffen vielleicht zwischen dem 15. und 19.9. stattgefunden haben. Vgl. Berliner Lokalanzeiger, Ausgabe Nr. 439, in: Politischer Wochenschau 19.-23.9. R 8005/73, Bl. 237.

<sup>1053</sup> In seinem Erinnerungsbuch (Umdenken, S. 248) stellt er die Geschehnisse so da, daß sich die Gesprächspartner zwar „zu einem weiteren Gespräch“ verabredeten, dies jedoch aufgrund verfrühter Abreise Kaas' nicht mehr zustande kam, obwohl Schmidt die Möglichkeit einer „politischen Wende“ zu erkennen glaubte. Die Enttäuschung Schmidts über den erst am 7.1. 1930 beantworteten Brief Hugenbergs vom 20.11. 1929 fand ihre Begründung in der unterstellten Mithilfe des Zentrums an der Spaltung der DNVP (ebd., S. 250): „Kaas glaubte, auch ohne Hugenberg und den rechten Flügel der DNVP zum Ziele zu kommen. Zeit, Inhalt und Form des Kaas-Briefes bestätigten nur, ebenso wie die Austrittsbegründungen der betreffenden DNVP-Abgeordneten, die engen Zusammenhänge, die zwischen der Zentrumspolitik und den Hoffnungen der Spalter bestanden“. Die Briefe sind abgedruckt in: Politik und Wirtschaft 1930-1932, 4 / I, S. 8-11, 14 f. Vgl. May, G, Ludwig Kaas.Bd. 2, Amsterdam 1982, S. 715 f. Indem May an dieser Stelle ausschließlich auf Schmidts Umdenken-Buch rekurriert, verdeutlicht er, daß dieses Buch, wie erwähnt, an einigen Stellen einer gewissen ernsthaften Verlässlichkeit nicht entbehrt.

Massenarbeitslosigkeit führen sollte. Er sollte zumindest mit dieser Annahme nicht Unrecht behalten. Gleichwohl war in der chimärenhaften Gedankenzirkulation eines Minderheits-Bürgerblocks keine Wiederannäherung an das parlamentarische System zu sehen, sondern der Versuch, eine „auf Dauer“<sup>1054</sup> und über Artikel 48 abzusichernde Regierung zu installieren. Die völlige Fehleinschätzung der politischen Machtverhältnisse wurde bestätigt in der verfehlten Annahme, diese Regierung noch vor dem Volksentscheid inthronisieren zu können, um dann den Young-Plan zu verhindern.

Während Kaas nun abwartend die Entwicklung beobachtete, blitzte in der erwähnten Fraktionssitzung am 18. November<sup>1055</sup> zum erstenmal das bedrohlich ernste und weit gediehene Zerwürfnis zwischen dem Westarp- und dem Hugenberg-Flügel auf. Der Geheimrat übte sich noch in „Zurückhaltung“, da er glaubte, „einige .. bekehren“ zu können in Richtung seines Kurses. Um Lindeiner hatte sich die Empörung gegen den neuen Kurs soweit ausgedehnt, daß die Ablösung Hugenbergs beabsichtigt wurde; dieser Schritt wurde von Westarp jedoch als verfrüht betrachtet und verworfen.<sup>1056</sup> Quaatz, dem Freytag-Loringhoven beipflichtete, machte Hugenberg ob des noch nicht konfrontativen Vorgehens nach der Sitzung enorme „Vorwürfe“ und sah für den Parteitag bereits eine „Panne“ voraus. Westarps Funktion als Vorsitzendem war es gelungen, den Konflikt zu umgehen, indem er den Antrag Quaatz' auf Festlegung der Fraktion auf einstimmige Annahme des Freiheitsgesetzes auf die Zeit nach dem Parteitag verschob.<sup>1057</sup> Das Momenthafte des innerfraktionellen Friedens war mit Händen zu Greifen, eine Entscheidung stand an.

Hugenberg hatte aufgrund Westarps Einspruch von einer Festlegung der Fraktion abgesehen und stattdessen zunächst nur ein allgemein gehaltenes „Eintreten“ verlangt.<sup>1058</sup> Der Konflikt schwelte.

Im Gegensatz dazu stellte sich Schmidt „wie immer“ auf die Seite des Vorsitzenden und fand nur Worte des Lobes für die Parteiführung. Quaatz scheute mithin nicht vor ehrlicher und deutlicher Kritik zurück und errang damit keine Sympathie; für Schmidt war es hingegen innerhalb nur eines Jahres zur Gewohnheit geworden, die Richtigkeit der Entscheidungen Hugenbergs nicht anzuzweifeln. Schmidt, intellektuell dem Vorsitzenden nicht ebenbürtig, war in früheren Äußerungen um eine, wenn nötig auch sehr scharfe, Entgegnung an den innerparteilichen oder politischen Widersacher nie verlegen gewesen. Nun, so schien es selbst bei einer nicht schwerwiegenden

---

<sup>1054</sup> May, Kaas, S. 715. Vgl. Schmidt, Umdenken, S. 247-250.

<sup>1055</sup> Alle Zitate sind entnommen aus: Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 18.11. 1929, S. 89. Die Verstimmung Hugenbergs gegen Quaatz war nur situativ bedingt und legte sich bald wieder. Vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 117.

<sup>1056</sup> Vgl. Jonas, Volkskonservative, S. 50; Friedenthal, Volksbegehren, S. 114 ff.

<sup>1057</sup> Vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 118.

Entscheidung der Fall zu sein, sah er den richtigen deutschnationalen Kurs endlich in Hugenberg verkörpert und übte ihm gegenüber strengste Loyalität. Diese fand wiederum ihre Basis in der ebenfalls so empfundenen dogmatischen Ablehnung der Sozialdemokratie durch Schmidt.

Allein, der Parteivorsitzende belohnte Schmidt die geleistete Arbeit und Loyalität des vergangenen Jahres mit einer besonderen Auszeichnung. Der Hauptmann a.D. erhielt die Erlaubnis, auf dem Parteitag in Kassel eine ausführliche Rede zu halten. Dieser bedeutsame Indikator für den Stellenwert Schmidts bei Hugenberg führte gleichzeitig der Partei vor Augen, daß der „junge Schmidt“ ab sofort als eine anerkannte Größe in der Hierarchie galt, obwohl er weiterhin kein offizielles, durch Dekretierung oder Wahl erhaltenes Parteiamt innehatte. Ganz praktisch betrachtet war Schmidt zumindest in den Reihen der Hugenberg treuen Abgeordneten aufgrund seines Alters der einzige, der überzeugend am 23. November das Gehör der Jugend finden konnte – mit dem Titel: „Kriegsgeneration und Jugend im Freiheitskampf gegen den Marxismus“<sup>1059</sup>.

Der Mittelpunkt der Parteivorstandssitzung und des hernach folgenden Parteitages wurde die innerparteiliche und vor allem innerfraktionelle Behandlung des Paragraphen vier. Der Streit, der letztlich zwischen Westarp und Hugenberg ausgefochten wurde, betraf das Ansinnen des Parteivorsitzenden, auch die Reichstagsfraktion verbindlich auf ein „vorbehaltloses Eintreten für das Gesetz in allen seinen Teilen“<sup>1060</sup> zu verpflichten, nachdem ihm der Parteivorstand erwartungsgemäß ein positives Votum hierfür gegeben hatte. Viele Landesverbände hatten ihm regelrecht devote Zustimmungserklärungen für sein Freiheitsgesetz übersandt.<sup>1061</sup> Hugenberg hatte aufgrund Westarps Einspruch von einer Festlegung der Fraktion abgesehen und stattdessen zunächst nur ein allgemein gehaltenes „Eintreten“ verlangt.<sup>1062</sup> Durch das Verlesen eines Hugenberg in die Hände geratenen Briefes Treviranus', in dem dieser explizit die „Erneuerung der Parteileitung“<sup>1063</sup> postulierte und der durch den öffentlich gemachten Inhalt einer Desavouierung gleichkam, war die innerparteiliche und innerfraktionelle Stimmung massiv angeheizt worden. Allerdings war Treviranus, wie

---

<sup>1058</sup> Vgl. ebd., S. 119.

<sup>1059</sup> Die hernach gedruckte Rede befindet sich in: N 1211 / 66, ist aber auch in einigen Universitätsbibliotheken vorhanden. Everling (Jg. 1891) hatte den Nachteil, nicht am Krieg teilgenommen zu haben. Er „verbürgte“ seinen schroffen Antiparlamentarismus durch die Nicht-Ablegung des Eides auf die republikanische Verfassung (wie Bang für den Finanzdienst) während des Vorbereitungsdienstes im Auswärtigen Amt.

<sup>1060</sup> Der vom Parteitag abgeänderte Vorstandsbeschuß, zit. nach: Friedenthal, Volksbegehren, S. 119.

<sup>1061</sup> Vgl. R 8005 / 72, S. 57-61.

<sup>1062</sup> Vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 119.

<sup>1063</sup> Treviranus an Ahlefeldt, 1.11. 1929, abgedr. in: Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Bd. 4, Erster Teil, bearb. V. I. Maurer und U. Wengst, Düsseldorf 1980, S. 9 Anm. 3.

die meisten Vertreter der innerparteilichen Opposition, nicht in Kassel.<sup>1064</sup> Die Fronten waren damit jedoch geklärt – die Folgerungen daraus waren nur noch eine Frage der Zeit. Zunächst errang Hugenberg mit 69 Ja-Stimmen bei 81 anwesenden Vorstandsmitgliedern ein klares Votum, das Freiheitsgesetz im Reichstag behandeln zu lassen.<sup>1065</sup>

Überschattet hiervon hielt Schmidt eine Rede, die sich an die jungen Kriegsteilnehmer und die nicht mehr im Krieg gestandene jüngere Generation richtete. Die Rede, die nicht unerwartet in der Parteipresse starken Niederschlag fand<sup>1066</sup> und nach dem Parteitag in Druck gegeben wurde, gab einen guten Einblick in die politischen Auffassungen Schmidts am Ende des Jahres 1929 - mit bemerkenswerten Zwischentönen.

Vornehmliches Ziel der Schmidtschen Ausführungen war es, neun Jahre nach Ende des Krieges einen glühenden Appell an zwanzig bis vierzig Jahre alte Frauen und Männer zu richten, sich in den als unausweichlich und deshalb zwingend notwendig empfundenen Kampf gegen den Marxismus einzureihen. Marxismus stand bei Schmidt synonym für Parlamentarismus und Republik, für Erfüllungspolitik und Pazifismus, kurz: für das gegenwärtige politische System und seine Außenpolitik.

Nachdem der Redner sich über die Mittelparteien ausgelassen hatte, trug er zuerst die Unausweichlichkeit der bevorstehenden Auseinandersetzung vor: „Wir wissen, daß sich mit dem Schaukelsystem der Mitte die Massenherrschaft nicht zurückbilden läßt. Man verhindert den Rutsch in den Abgrund nicht dadurch, daß man, ..., die schiefe Ebene mit schönklingenden Ideologien unterbaut. Das Ringen mit dem Marxismus muß ausgetragen werden“<sup>1067</sup>. Schmidt wies im folgenden auf den Hauptträger dieses Kampfes, das Ziel dieses Kampfes und die daraus folgende Aufgabe hin: „In diesem Kampf sind Kriegsgeneration und Jugend die Kerntuppen, weil nur sie imstande sind, ihre Fahnen quer durch die erstarrten Klassenkampffronten zu tragen, das verhängnisvolle Bündnis zwischen Hochfinanz und Masse zu zerreißen, der Nation nach der Auflösung des jetzigen Systems wieder Stil und Form zu geben, einen neuen auf christlich-konservativer Grundlage fußenden Nationalismus zu schaffen. Nur mit ihnen ist Macht- und Gefolgschaftsbildung möglich“<sup>1068</sup>. Das letztliche politische Ziel Schmidts in der Weimarer Republik war ganz klar konturiert: Er wollte das parlamentarische System abschaffen – die ablehnende Annäherung war unwiederbringlich im Erdboden verschwunden. Was der Republik folgen sollte, verriet er gleichwohl nicht.

---

<sup>1064</sup> Vgl. Mergel, Scheitern, S. 352.

<sup>1065</sup> Vgl. R 8005 / 55, S. 26.

<sup>1066</sup> Vgl. UP v. 1.12. 1929, Sondernummer zum 9. Reichsparteitag.

<sup>1067</sup> Schmidt, Kriegsgeneration, S. 5.

Um einen möglichst großen Personenkreis anzusprechen, galt es, das die angesprochenen Gruppen Trennende des Kriegserlebnisses durch Gemeinsamkeiten zu überbrücken. „Gemeinsam ist dem Kriegsgeschlecht und der Jugend der kämpferische Wille, gemeinsam die Abkehr von der bürgerlich-liberalistischen Gedankenwelt des 19. Jahrhunderts und ihren ausgeleierte Systemen, die jetzt im Krisenlärm und Diskussionen zerfallen ... Gemeinsam ist ihnen das Mißtrauen gegen einen Parlamentarismus, in dessen Zähflüssigkeit soviel lebendige Ströme versickern, soviel Kampfeswille zur Geste erstarrt; ... Gemeinsam ist ihnen das ernste Ringen um einen wirklichen Staat und die Bereitschaft, sich in diesem Ringen nicht nur mit Diskussionen und Abstimmungen einzusetzen“<sup>1069</sup>. Die antiparlamentarische Stoßrichtung, so ungenau sie sich im Positiven zeigte, war erwartungsgemäß unverkennbar.

Bevor Schmidt seine Sichtweise auf die Jahre seit 1925 präsentierte, gab er nach kurzen Kriegserinnerungen einen knappen, bekannten Abriß der Entwicklung der vaterländischen Bewegung seit 1918, um mit dem „zweiten Jahrfünft“ der Republik fortzufahren. „Äußerlich festigte sich der Staat. ... Umheult von der Linksmeute, die ihm jetzt schmeichelt, trat der erste und ehrwürdigste Soldat an die Spitze des Reiches. ... Zeitweise schien es, als formte sich durch Kräftevermischung eine Art neuer bürgerlicher Staatlichkeit. Die Parole: Hinein in den Staat, zur Umformung, zur Eroberung ertönte; sie wurde von interessierter Seite als Bejahung des Staates in seiner jetzigen Form ausgelegt. Die Problematik der Staatsgesinnung für die Kriegsgeneration und die Jugend wuchs“<sup>1070</sup>.

Noch einmal hatte Schmidt die Jahre der Annäherung an die Republik zwischen 1925 und 1928 rekapituliert. Nachgerade typisch für ihn war es, auch jetzt, als es in seinen Reihen besonders vom Alldeutschen Verband scharf gegen Hindenburg gerichtete Invektiven gab, aufgrund dessen außenpolitischer Neutralität nicht gegen das Staatsoberhaupt Stellung zu beziehen. Darauf bestätigte er ganz unbefangen, daß eine gewisse Zeitspanne über sehr wohl die Arbeit im Staat als angemessen galt, um gleich danach das immer nur taktische Moment dieses Weges in der „Problematik der Staatsgesinnung“ festzumachen. Die endgültige Versöhnung der Deutschnationalen mit dem Staat, so sinnierte er weiter, hätte folgendermaßen ausgesehen: „Es war die Zeit, in der vielleicht die Möglichkeit bestanden hätte, unter die Revolution einen Strich zu ziehen, manchen tiefen Graben zu überbrücken. Die große Chance der sozialistischen Regierer lag, so widerspruchsvoll es klingen mag, in ihrem freiwilligen Rücktritt“<sup>1071</sup>. Die Modalitäten des „Rücktritts“ sowie der notwendigen Einführung einer

---

<sup>1068</sup> Ebd.

<sup>1069</sup> Ebd., S. 6.

<sup>1070</sup> Ebd., S. 8 f.

<sup>1071</sup> Ebd., S. 9.

anderen Staatsform ließ er jedoch unbeantwortet. Es ist nicht umhin zu kommen, diese im nachhinein aufgestellte Forderung als realitätsfern und illusionär zu bezeichnen, nicht nur weil es das abrupte Ende der republikanischen Staatsform bedeutet hätte, sondern auch weil die Durchsetzung dieses Ansinnens von den übrigen politischen Kräften nicht umstandslos hingenommen worden wäre. Schmidt resümierte damit seine eigene Episode der ablehnenden Annäherung (unter Ausschluß der SPD) als fehlgeschlagenes, unwillig eingegangenes Experiment. Die Zeit der Einreihung in eine parlamentarische Mehrheitsregierung war nun endgültig vorüber.

Bevor er abschließend auf die zentrale Rolle und Aufgaben der DNVP in der gegenwärtigen und zukünftigen Politik zu sprechen kam, erwähnte er beiläufig die NSDAP. Mit nur einem Satz wies er auf die Gefahr hin, daß eine „vorausgegangene Annahme des Youngplans für die empfohlene Bürgerregierung“<sup>1072</sup> eine fatale Konsequenz in der Abwanderung „junger, aktiver Kräfte“<sup>1073</sup> aus der DNVP zu den Nationalsozialisten hätte. Wer das gegenwärtig fordere, gebe sich deutschnational, „ohne es zu sein“<sup>1074</sup>. Im übrigen sei die „Frage des Nationalsozialismus und das, was uns, die schwarzweißrote, monarchisch und wirtschaftsindividualistisch eingestellte Partei von ihm trennt, hier nicht mehr zu behandeln“<sup>1075</sup>. Vielmehr verwies er auf die von seinem ihm gut vertrauten Kollegen Freytagh-Loringhoven gemachten Ausführungen im völkischen Ausschuß der Partei, der bereits getagt hatte.

Diese aufschlußreichen Bemerkungen Schmidts belegen, daß er den realitätsfremden illusorischen Versuch Hugenberg, wie er sich in dessen Brief an Kaas manifestierte, eine Bürgerregierung vor der parlamentarischen Abstimmung über den Young-Plan Ende des Monats zu schaffen, unterstützte. Allein die Mehrheitsverhältnisse und die Abneigung Hindenburgs gegen Hugenberg verhinderten dies jedoch *a priori*.<sup>1076</sup> Daß es die Aufgabe einer solchen Regierung einzig gewesen wäre, den Plan im Parlament abzulehnen, bedurfte nicht der Erläuterung. Ein Eintritt in eine solche Regierung nach der Annahme des benannten Plans war für ihn erwartungsgemäß nicht tragbar.

Die knappen Hinweise über sein Verhältnis zur NSDAP müssen ergänzt werden durch die genannte Rede Freytaghs über „Deutschnationale und Nationalsozialisten“<sup>1077</sup>. Da Schmidt auf diese explizit verwies, mußte davon ausgegangen werden, daß er den

---

<sup>1072</sup> Ebd., S. 11.

<sup>1073</sup> Ebd., S. 11.

<sup>1074</sup> Ebd., S. 11.

<sup>1075</sup> Ebd., S. 11.

<sup>1076</sup> Wengst führt dazu aus: Wenn eine politische Persönlichkeit die „Verstimmung des Reichspräsidenten“ auf sich gezogen hatte, hatte sie sich „damit aller Chancen beraubt, in der Weimarer Republik ... noch einen nennenswerten politischen Einfluß auszuüben“. Wengst, U., Schlange-Schöningen, Ostsiedlung und die Demission der Regierung Brüning, in: GWU 30 (1979), S. 548 (i.f. zit. als: Wengst, Schlange).

Inhalt derselben nicht nur kannte, sondern auch im weitesten Sinne für gutgeheißen hatte. In der Außenpolitik sah der Rechtsprofessor keine Differenzen mit den Deutschnationalen, denn da „sind unsere Ziele die gleichen“<sup>1078</sup>. Innenpolitisch sah er die monarchische Ausrichtung der NSDAP als streitbar an, „[v]öllig abzulehnen ist das wirtschaftliche Programm ... Was heißt insbesondere ‚Brechung der Zinsknechtschaft‘“<sup>1079</sup>. Diese innenpolitischen Unklarheiten sollten „klar und offen“<sup>1080</sup> benannt werden, „ohne deshalb die natürliche Bundesgenossenschaft in nationalen Fragen zu stören“<sup>1081</sup>. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß DNVP und NSADP gegenwärtig in einem Ausschuß für den Erfolg eines außenpolitischen Unternehmens hinarbeiteten, war an eine gründliche Sezierung und Hervorhebung der Unterschiede nicht zu denken. Deshalb der Ausdruck, sich über die Innenpolitik nicht die Außenpolitik „stören“ zu lassen. Unterschiede zu den Nationalsozialisten sah Schmidt Ende des Jahres 1929 zusammenfassend in Fragen der Wirtschaft, außenpolitisch empfand er vollkommene Einigkeit. Daß die NSDAP allerdings, wie Freytagh klar erkannte, ihre „Kraft nicht im Programm“<sup>1082</sup> verwurzelte und insofern „Kritik am Programm .. wenig wirksam“<sup>1083</sup> war, wie sie jedoch Schmidt in seiner Rede geübt hatte, wird er auch bei Freytagh gelesen haben. Ob er die ungemeine Sogkraft des Nationalsozialismus, der sich Freytagh später nicht entziehen konnte, schon erahnte, konnte erst mit dem Blick auf die Entwicklung der nächsten Jahre und zu einem späteren Zeitpunkt beantwortet werden.

Nachdem Schmidt seine Sichtweise auf die Entwicklung des Verhältnisses der vaterländischen Bewegung der letzten vier Jahre dargelegt hatte, gelangte er zum Schluß seiner Rede. Zuvor oblag es ihm, den Stahlhelmbundesführer Seldte und Duesterberg die Grüße des Parteitages<sup>1084</sup> zu senden. War hierin wahrscheinlich die Führung durch eine kluge Parteitagsregie zu erkennen, war die geflissentliche Nennung des Stahlhelmführers Brandenburg, von Morosowicz, in diesem Zusammenhang

---

<sup>1077</sup> Der Vortrag Freytaghs vor dem völkischen Reichsausschuß der DNVP findet sich auszugsweise in: GStA PK HA I Rep 77 Titel 4043 Nr. 278: Deutschnationale Volkspartei 1925-1933, Bl. 125.

<sup>1078</sup> Ebd.

<sup>1079</sup> Ebd.

<sup>1080</sup> Ebd.

<sup>1081</sup> Ebd. Neben der Innen- und Außenpolitik behandelte Freytagh auch die dem Nationalsozialismus innewohnende Vehemenz, deren alleinige Behandlung das deutschnationale Nacheifern in kommenden Wahlkämpfen vorwegnahm und die innere deutschnationale Blutleere klar offenkundig machte: „Wir dürfen nicht verkennen, daß der Nationalsozialismus von rücksichtslosem Fanatismus getragen ist. Seien wir uns darüber klar, daß wir selbst auch mit dem besten Programm nicht weiterkommen und daß wir Glauben, Willen und sogar Fanatismus brauchen, wenn wir unsere Gedanken zum Siege tragen wollen. Nichts liegt uns ferner als Nachahmung des Nationalsozialismus oder Unterwerfung unter ihn. Trotzdem können wir aus ihm lernen, was ihn stark macht“.

<sup>1082</sup> Ebd.

<sup>1083</sup> Ebd.

<sup>1084</sup> Schmidt, Kriegsgeneration, S. 12.

interessant.<sup>1085</sup> Der fünf Jahre als Schmidt jüngere Brandenburger hatte besondere Aufmerksamkeit im September des vergangenen Jahres erlangt, als er die sogenannte Haßbotschaft des Stahlhelms in Fürstenwalde verkündete. Diese hatte sich mit einer inbrünstigen Virulenz und mit kaum mehr zu steigernden verbalen Ausfällen gegen die Weimarer Republik gewandt, weil sie „uns die Aussicht versperrt, unser geknechtetes Vaterland zu befreien und das deutsche Volk von der verlogenen Kriegsschuld zu reinigen, den notwendigen Lebensraum im Osten zu gewinnen, das deutsche Volk wieder wehrhaft zu machen“<sup>1086</sup>. Die Grüße ergingen an Morosowicz wegen seines besonderen Anteils an der Mitarbeit im Arbeitsausschuß. Bemerkenswert war seine Nennung durch Schmidt deshalb, weil sie seine am Anfang der Rede bezeugte „Auflösung des jetzigen Systems“ in einem noch grelleren Licht erscheinen ließ - die innere Ablehnung dürfte bei Schmidt ähnlich tief empfunden gewesen sein und angesichts des Altersunterschiedes erinnerte der Tonfall Morosowicz' merklich an Schmidt im Jahre 1924. Im Hintergrund stand dabei eine nachdrückliche Annäherung an den Stahlhelm<sup>1087</sup>, den man als wichtigen und zunehmend politisierenden Bundesgenossen an sich zu binden suchte. Nicht zuletzt war die ursprüngliche Idee für das Volksbegehren vom Bund der Frontsoldaten ausgegangen.<sup>1088</sup> Die vaterländischen Verbände erwiesen sich zunehmend als zu wenig schlagkräftig und handlungsfähig.<sup>1089</sup> Schmidt wurde vorausgeschickt, um dieses Bündnis öffentlichkeitswirksam zu befördern – eine Funktion, die Quatz nicht hätte ausfüllen können.

Bevor Schmidt endgültig zum Ende seiner Ausführungen kam, nannte er seine speziellen, von den beliebtesten Zeitphilosophen entlehnte Auffassungen von Nationalismus und Konservativismus, die in der DNVP vereinigt und zu effektiver Schlagkraft geführt würden. „Die Kriegsgeneration bejaht den Staat als Träger der Ordnung innerhalb der Volksgemeinschaft, aber sie läßt sich Staatsgedanken und Staatsform nicht durcheinander jonglieren. Der wahrhaft konservative Mensch muß heute Nationalist sein. Nationalist ist nach Spengler derjenige, der die Spannungen der Weltlage und die für sein Volk daraus erwachsenden Gefahren erkennt. Konservativ ist nach Möller van den Bruck derjenige, der in Geschlechterfolgen denkt, der das Erbgut

---

<sup>1085</sup> Zu Morosowicz, Elhard: geb. 1893 in Berlin, Rittmeister a.D., Landesführer des Stahlhelm Brandenburg, 1932 Wahlkreis 5 in Frankfurt a.d.O. für die DNVP. Vgl. Kienast, E. (Hg.), Handbuch für den Preußischen Landtag, Ausgabe für die 4. WP, Berlin Juni 1932, S. 468.

<sup>1086</sup> Die sog. Haßbotschaft, zit. nach: Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918-1933. Hg. v. W. Michalka / G. Niedhart. München 4. Aufl. 1986, S. 252.

<sup>1087</sup> Vgl. Diehl, VvVD, S. 634.

<sup>1088</sup> Vgl. Berghahn, Stahlhelm, 119-122, 125-129.

<sup>1089</sup> Vgl. HStA Hannover Hann. 180 Hann. Nr. 772, Bd. 3, Mitteilungen des LKAs Berlin I A v. 13.5. 1930, Nr. 10; Diehl, VvVD, S. 634. Vgl. auch das Eingeständnis hierüber in: Weiß, Handwörterbuch, S. 933.



deutscher Jahrhunderte schützt“<sup>1090</sup>. Schmidt hatte damit in einer bereits vertrauten Abstrahierung der speziellen Verfassungsform vom Staatsgebilde als solchem die legitimatorische Grundlage geschaffen für eine eigene, zumindest andere Staatsform, die der Nationalist anstrebte. Mit Inhalt füllte er diese gleichwohl nicht.

Den Konservativismus der DNVP verstand er mit kräftigen Worten als „Synthese zwischen national-revolutionärem Angriffsgeist und staatspolitischer Beherrschtheit“<sup>1091</sup>. Aufgrund seiner politischen Genese war daraus abzuleiten, daß er die Staatsform mit allem Eifer zu bekämpfen suchte, dabei aber innerhalb der Grenzen der Legalität operierte. Die „historische Aufgabe“<sup>1092</sup> der DNVP als wiedererstarkte „Kampfpartei“<sup>1093</sup> fügte er in die Worte: „rechts heran’, klare Front gegen den Marxismus zu schaffen und dieser Front Richtung Takt und Tempo für ihren politischen Vormarsch zu geben“<sup>1094</sup>. Neben der stark militärisch unterlegten Diktion fiel an dieser Äußerung besonders auf, daß er in den im Reichsausschuß versammelten verschiedenen Gruppen eine „Front“ sah, deren Führung ganz im Sinne Hugenberg unbestritten und gleichsam naturhaft in den Händen der Deutschnationalen liegen sollte. Ende des Jahres 1929 maß ein Deutschnationaler wie Schmidt, der immerhin zur inoffiziellen Leitung der DNVP gehörte, seiner Partei eine überlegene Stärke zu, die von Selbstbewußtsein zeugte. Faktisch konnte die DNVP zu diesem Zeitpunkt eine solche Stellung einnehmen – bedeutungsschwer wogen gleichwohl schon jetzt die Anmerkungen Freytaghs.

Die vom Publikum mit großem Beifall aufgenommene Rede<sup>1095</sup> stellte für Schmidt den ersten Höhepunkt seiner Arbeit an der Seite des seit etwas mehr als einem Jahr amtierenden Parteivorsitzenden Hugenberg dar. Schmidt hatte diese für die Bindung der jüngeren Anhängerschaft wichtigen Ausführungen auch deshalb vorgetragen, weil zwar in allem präzisen Sachverstand Hugenberg „ein realer und unbeugsamer Wille zu einer wirklichen Reform“<sup>1096</sup> vorhanden war. Die Überzeugungskraft des Geheimrats wirkte in ihrer spröden, sachlichen Art jedoch wenig mitreißend. Das hatte er im Juni 1929 vor Studenten gespürt<sup>1097</sup> und auch Schmidt wußte darum, wenn er die Kritik an dem „angeblichen Vertreter einer unbelehrbaren Vorkriegsgeneration“<sup>1098</sup> wenig überzeugend zurückwies, indem er unbedacht und stigmatisierend die Kritiker in die

---

<sup>1090</sup> Schmidt, Kriegsgeneration, S. 13.

<sup>1091</sup> Ebd., S. 13.

<sup>1092</sup> Ebd., S. 13.

<sup>1093</sup> Ebd., S. 13.

<sup>1094</sup> Ebd., S. 13.

<sup>1095</sup> Der Druck der Rede schließt mit den Worten: „Der Parteitag, der die Rede mit stürmischem Beifall begleitet hatte, erhebt sich einmütig zu langanhaltenden Kundgebungen für den Redner“. Schmidt, Kriegsgeneration, S. 14.

<sup>1096</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 21.9. 1929, S. 80.

<sup>1097</sup> Vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 48 u. den erhellenden, weil die offensichtlichen Schwierigkeiten ungeschickt verbergenden Bericht in: NZ v. 23.6. 1929.

Nähe der SPD rückte.<sup>1099</sup> Es ist gesagt worden: „Massen folgen nicht den Mumien, wie Hugenberg ...“<sup>1100</sup> – war Schmidt vielleicht gegen seinen Willen und unwissentlich bereits eine Vorbote des eigenen Untergangs?

Nach dem Parteitag stand neben den stark gärenden innerparteilichen Auseinandersetzungen die parlamentarische Behandlung des Young-Plans an. Hier zeigte sich erneut die Arbeitsteilung zwischen Quatz und Schmidt. Während Schmidt eine inhaltsschwache, ideologische gleichwohl äußerst wichtige Rede auf dem Parteitag gehalten hatte, lag es an Freytagh, die deutschnationale Ablehnung sachlich und präzise am 29. November im Reichstag zu begründen.<sup>1101</sup> Die namentliche Abstimmung nach der zweiten Beratung über den Gesetzentwurf gegen die „Versklavung des Deutschen Volkes“ ergab eine - zu erwartende - herbe Niederlage für die Deutschnationalen. Nicht nur, daß sich eine kleine Gruppe um Klönne gegen den Paragraphen vier aussprach, aber zur Erhaltung der Fraktionseinheit Stimmenthaltung übte, insgesamt stimmten nur 60 Abgeordnete für, jedoch überwältigende 311 gegen den „Zuchthausparagraphen“.<sup>1102</sup> Schmidt hatte dem Freiheitsgesetz in allen Paragraphen sein positives Votum gegeben.<sup>1103</sup>

Der „völlige Niederlage“<sup>1104</sup> ließ diese Stimmung zum Ausbruch kommen. Die nachträgliche öffentliche Bekundung ihrer gegen den Paragraphen vier gerichteten Ansicht führte zum Ausschluß der Abgeordneten Hülser, Hartwig und Lambach aus der Partei am 3. Dezember mit 65 zu 9 Stimmen, denn „so gut wie alle Landesverbandvorsitzenden [traten - d.Vf.] mit erprobter Treue für ihren Führer ein“<sup>1105</sup>. Westarp, der mit aller Kraft bereits im Vorfeld der Fraktionssitzung am 3. Dezember einen Ausgleich anstrebte, mühte sich unentwegt auch in dieser Sitzung darum. Treviranus konnte nun zum ersten Mal zur Veröffentlichung seines Briefes Stellung nehmen, aber er sah sich durch die zwischenzeitlich von den bereits Ausgeschlossenen ausgesprochene Solidaritätsbekundung nicht mehr imstande, diese im Stich zu lassen. Hugenberg ging auf Treviranus nicht ein mit den kargen Worten,

<sup>1098</sup> Schmidt, Kriegsgeneration, S. 12.

<sup>1099</sup> Vgl. ebd., S. 12.

<sup>1100</sup> Fest, Fremdheit, S. 136.

<sup>1101</sup> Vgl. VdRT IV. WP 1928, Bd. 426, 29.11. 1929, S. 3313-3317. Am 30. November nahm auch Frau Lehmann zur deutschnationalen Haltung Stellung: vgl. VdRT IV. WP 1928, Bd. 426, 30.11. 1928, S. 3323-3325.

Daß Freytagh und nicht Hugenberg die deutschnationale Position vor dem Plenum vertrat, lag daran, daß sich Hugenberg aufgrund seiner Öffentlichkeitsscheu geweigert hatte. Umgehend wurde dies von den Nationalsozialisten für den Spottvers „Hugenberg – Drückeberg“ ausgeschlachtet. Vgl. VdRT IV. WP 1928, Bd. 426, 29.11. 1929, S. 3292.

<sup>1102</sup> Über den Paragraphen 4 wurde in der 3. Abstimmung votiert: 60 ja, 311 nein; vgl. zu § 1 die 1. Bestimmung: 82 ja, 317 nein; zu § 3 die 2. Abstimmung: 79 ja, 313 nein. Vgl. für die Abstimmungsergebnisse: VdRT IV. WP 1928, Bd. 426, 30.11. 1929, S. 3374.

<sup>1103</sup> Schmidt stimmte bei allen Paragraphen mit ja: vgl. VdRT IV. WP 1928, Bd. 426, 30.11. 1929, S. 3374; zu Schmidts Stimmverhalten: ebd., S. 3371.

<sup>1104</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 2.12. 1929, S. 93.

daß ohnehin alles, was in der Fraktion geschehe, durch Indiskretion an die Öffentlichkeit komme. Zuvor hatten ihn erstaunlicherweise „zahlreiche Landesverbandsvorsitzende, aber auch von Stubbendorff, Schmidt (Hannover) ... bedrängt, die Sache aus der Welt zu schaffen“<sup>1106</sup>. Schmidt hatte demnach versucht, Hugenberg aus nächster Nähe von seinem Entschluß abzubringen, Treviranus aus der Partei zu verbannen. Nun lag darin weniger eine Bekenntnis zu dessen staatspolitischer Linie einer „fortschrittlichen konservativen Politik“<sup>1107</sup>, als vielmehr ein gleichsam erschrockener Versuch, in aussichtsloser Lage noch die Einheit der Fraktion um ihrer Größe willen zu erhalten. „[I]n der Friedrich Ebertstrasse“ hatte Schmidt sich wahrscheinlich mit seinen ‚Musketieren‘ „gegen einzelne Stimmen (ich nehme an Quatz) entschlossen, mich zur Beibehaltung des Vorsitzes zu bewegen und einstweilen nicht weiter zu bekämpfen“<sup>1108</sup>. Schmidt sah mit politischem Instinkt, daß Treviranus allzu bald weitere Fraktionsmitglieder folgen würden und wollte deshalb die starre Haltung gegenüber Westarp, die er unterstützt hatte, aufweichen. Allein, die Entwicklung war schon zuweit vorangeschritten, als daß sie noch aufzuhalten gewesen wäre.

Treviranus, der sich in jenem von Quatz als „Scheiterhaufenbrief“<sup>1109</sup> bezeichneten Schreiben gegen Hugenbergs Verbleib im Parteivorsitz ausgesprochen hatte, schied in der nächtlichen Fraktionssitzung am selben Tag aus, ihm folgten umgehend Klönne und Lejeune. Am nächsten Tag nahm Westarp nach vier Jahren seinen Rücktritt vom Fraktionsvorsitz, ihm folgte Oberfohren. Mit Westarp gingen Keudell, Lindeiner, Hoetzsch, Schlange, Mumm, Hoetzsch und Behrens.<sup>1110</sup> Schmidt hat diesen Kurs Hugenbergs letztlich mitgetragen. Die einmal vollzogene Abspaltung sollte er ihnen später als absichtliche und fatale Schwächung auslegen.

Daß Schmidt an vorderster deutschnationaler Stelle mit dazu beigetragen hatte, die Nationalsozialisten erstmalig seit 1923 wieder zu einem Aktivum in einer bedeutenden Frage der deutschen Politik zu machen und ihnen damit die Möglichkeit zu eröffnen, sich bei Teilen des nationalistischen Bürgertums politische Reputation zu erarbeiten,

---

<sup>1105</sup> Westarp an Wallraf, 5.12. 1929, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen.

<sup>1106</sup> Ebd. Vgl. die Aufzeichnung Westarps über die Fraktionssitzung v. 3.12. bei: Jonas, Volkskonservative, S. 55.

<sup>1107</sup> Treviranus an Ahlefeldt, 1.11. 1929, in: Politik und Wirtschaft, S. 9 Anm. 3.

<sup>1108</sup> Westarp an Wallraf, 5.12. 1929, Nachlaß Kuno v. Westarp, Gaertringen.

<sup>1109</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 21.11. 1929, S. 90. Vgl. zu Treviranus: Möller, H., Gottfried Reinhold Treviranus. Ein Konservativer zwischen den Zeiten, in: P. Gordan (Hg.), Um der Freiheit willen. Eine Festgabe für und von Karin Schauff zum 80. Geburtstag, Pfullingen 1983, S. 118-146; Walker, Hugenberg, S. 402 ff.; Bracher, Auflösung, S. 285 f. – Freytag, DNVP, S. 63-65.

<sup>1110</sup> Vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 130 ff.; Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 3. u. 4.12. 1929, S. 93; Hiller, EdP, S. 548 f.;

hätte er so gewiß nicht sehen wollen.<sup>1111</sup> Auch daß die NSDAP aus dem verlorenen Volksbegehren als „einziger Gewinner“<sup>1112</sup> ob der Erfolge in den Landtagswahlen hervorgehen würde, hätte nicht seinen Zuspruch gefunden. Die Gefahr des langsamen Aufbaus der Nationalsozialisten, der 1929 nicht nur mit einem außenpolitischen Gewicht wie dem Young-Plan sondern auch mit der hereinbrechenden Weltwirtschaftskrise zu erklären war, sah er in anderem Zusammenhang. Er arbeitete an einer sich zum ersten Mal im Reichsausschuß schemenhaft abzeichnenden „nationalen Front“, die die gegen Weimar gerichteten Kräfte (unter Ausschluß der KPD) in einer breiten Sammlungsbewegung zu formen suchte, wie es Hugenberg im Januar 1929 schon angedeutet hatte. Wer diese Front führen sollte, war nachgerade selbstverständlich. Schmidt ging es mithin um die Gemeinsamkeit im Negativen, im Positiven herrschte Unklarheit und im frontinternen Machtverhältnis regierte Sorglosigkeit über die Abhängigkeit des eigenen Gewichts von der Zustimmung des Volkes.

Am 22. Dezember scheiterte der Volksentscheid, da er mit sechs Millionen Stimmen nicht die erforderliche Mehrheit für das verfassungsändernde Freiheitsgesetz fand. Die Deutschnationalen protestierten vergeblich dagegen, da sie die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen für ausreichend hielten.<sup>1113</sup>

---

<sup>1111</sup> Gegen diese Salonfähigkeitsthese spricht sich u.a. mit Verweis darauf, daß Hitler nur zweimal explizit für den Reichsausschuß Stellung nahm, Jung aus. Vgl. Jung, O., *Direkte Demokratie in der Weimarer Republik*, Frankfurt 1989, S. 129 f. (i.f. zit. als: Jung, *Demokratie*). Diese These u.a. Kolbs (*Weimarer Republik*, S. 122), der den Kern des Arguments der sog. ‚Salonfähigkeitsthese‘ insgesamt balanciert darstellt (S. 129), wird ihrem Kontext nach weiter beleuchtet bei: Leopold, Hugenberg, S. 55 ff., bes. 59 f.; vgl. darüber hinaus: Friedenthal, *Volksbegehren*, S. 181. Tyrell erwähnt diesen Zusammenhang gar nicht, vgl. Tyrell, A., *Der Aufstieg der NSDAP zur Macht*, in: Bracher/Funke/Jacobsen (Hgg.), *Die Weimarer Republik. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Bonn 3. Aufl. 1998, S. 467-483, bes. S. 473 f.

<sup>1112</sup> Kolb, *Weimarer Republik*, S. 122.

<sup>1113</sup> Vgl. ZSg 1-83/1 Pressedienst des Reichsausschusses, hg. v. J. v. Egan-Krieger, Nr. 62 v. 24.12. 1929; Freytagh, *DNVP*, S. 62.

## **6.2. Schmidts Haltung zum Kabinett Brüning I und der weitere Zerfall der Fraktion**

Am 7. Januar 1930 erhielt Hugenberg nach sechs ereignisreichen Wochen die Absage Kaas', nicht mit der DNVP in ein Kabinett eintreten zu wollen. Er wußte dabei nicht, daß Hindenburg - nach Schleichers Vorarbeiten seit Ostern 1929 - gegenüber Brüning bereits im Dezember 1929 die eindeutige Erwartung geäußert hatte, daß Brüning nach der Verabschiedung des Young-Plans dem – im Zuge dessen demissionierenden – Kabinett Müller mit einem „antimarxistischen“ und „antiparlamentarischen“ sogenannten Hindenburg-Kabinett folgen sollte. Das neue Kabinett sollte unter Ausschluß der SPD aufgestellt werden. Staatsrechtliches Kennzeichen des neuen Kabinetts sollte seine Unabhängigkeit vom Vertrauen des Parlaments gemäß Artikel 54 sein. Dies sollte ersetzt werden durch das einzig entscheidende Vertrauen des Reichspräsidenten gemäß Artikel 48 - eine neue Ausformung der Weimarer Verfassung aus „kühler Überlegung“ heraus deutete sich unter Aufhebung des genuinen parlamentarischen Vertrauens eines jeden Kabinetts an.<sup>1114</sup>

Hindenburg wollte die Deutschnationalen, denen er „politisch und geistig“<sup>1115</sup> am nächsten stand, in dieses ersonnene Kabinett unter „Ausschaltung der Sozialdemokratie“<sup>1116</sup> miteinbeziehen. Schon vor dem Empfang des deutschnationalen Parteivorsitzenden beim Reichspräsidenten am 6. Januar 1930<sup>1117</sup> stand ein unüberwindbares Hindernis fest, das eine Annäherung erheblich erschweren und letztlich scheitern lassen sollte: die Ablehnung des Young-Plans durch Hugenberg. Der wenig angemessene, nachgerade lehrmeisterhafte Auftritt des Geheimrats durchkreuzte auch die Absicht Hindenburgs, die SPD nicht erneut in die Regierung zu berufen. Vielmehr bedeutete der Parteiführer ihm, daß „in dem unglücklichen Falle der Annahme des Young-Plans keinesfalls die Sozialdemokratie sogleich aus der Verantwortung zu entlassen“<sup>1118</sup> sei. Hugenberg wollte demnach eine weitere

---

<sup>1114</sup> Vgl. zu Brünings Handeln Anfang des Jahres 1930: Koops, T., Heinrich Brünings „Politische Erfahrungen“, in: GWU 24 (1973), S. 197-221. Angemerkt werden muß hier, daß Brünings Memoiren einen sehr wichtigen Baustein für jede Arbeit darstellt, die sich mit dem Ende Weimars beschäftigt. Trotzdem ist ihrer Betrachtung immer eine zeitgenössische Paralleldarstellung gegenüberzustellen, da ihr Genauigkeitswert und Wahrheitsgehalt zumindest ambivalent zu bewerten ist. Vgl. hierzu: Rödder, A., Dichtung und Wahrheit. Der Quellenwert von Heinrich Brünings Memoiren und seine Kanzlerschaft, in HZ 265 (1997), S. 77-116.

<sup>1115</sup> Schulz, G., Einleitung, in: Politik und Wirtschaft (künftig zit. als: Schulz, Einleitung), S. LXXX; ähnlich: Jasper, Zähmung, S. 89.

<sup>1116</sup> Kolb, Weimarer Republik, S. 132.

<sup>1117</sup> Der Inhalt ist zu entnehmen aus: N 1211 / 72 Hugenberg an Oldenburg-Januschau, 16.2. 1931. Bereits im Dezember 1929 hatte eine erste Unterredung des deutschnationalen Parteivorsitzenden mit dem Reichspräsidenten stattgefunden. Hierüber war aber nur eruiert, daß sie tatsächlich stattgefunden hatte und Hugenberg eine „Regierungsbeteiligung abgelehnt“ hatte. Bracher, Auflösung, S. 288. Vgl. treffend zum Verhältnis Hugenberg-Hindenburg: Thimme, Flucht, S. 56.

<sup>1118</sup> N 1211 / 72 Hugenberg an Oldenburg-Januschau, 16.2. 1931, S. 2.

Verschärfung der staatspolitischen Lage herbeiführen, während Hindenburg die - in seinen Augen - falsche politische Entwicklung durch die SPD zum Wohle des Staates abzuwenden suchte. Der gleichermaßen antirepublikanische Ansatz unterschied sich staatspolitisch fundamental.

Eine weitere, auf verfassungrechtlich abgesichertem Wege nicht zu erreichende Vorbedingung sah Hugenberg in der Ausschaltung der Sozialdemokratie in Preußen, ohne die es unmöglich sei, „im Reich erfolgreich zu regieren“<sup>1119</sup>. Die jeweiligen Positionen waren schon im Ansatz unüberbrückbar weit voneinander entfernt. Die DNVP hatte sich staatspolitisch in eine Richtung begeben, aus der es für sie nicht nur kein Zurück gab, sondern die gleichzeitig jenseits der weitreichenden Pläne Schleichers lagen. Die Entscheidung war Anfang Januar gefallen.

Hugenberg versagte sich Hindenburg, der davon entmutigt Brüning erzählte<sup>1120</sup>, in einem Augenblick, als eine seiner wesentlichen Forderungen nicht erst des Kasseler Parteitags<sup>1121</sup>, die Abkoppelung der Regierung vom Vertrauen des Parlaments, in reale Nähe geriet. Selbst die Ausschaltung der SPD auf der Ebene der Reichsregierung wurde ihm geboten, doch er wollte mehr, sodaß das Attribut radikal für seine angestrebten verfassungrechtlichen Änderungen nicht unzutreffend sein dürfte. Die Versuche Brünings<sup>1122</sup>, über den gouvernementalen Flügel der Deutschnationalen Einfluß im Sinne Hindenburgs zu nehmen, scheiterten an dem Eingeständnis Westarps vom 15. Januar 1930 gegenüber dem Reichspräsidenten, wonach auf dem Land und im Parteivorstand die „Suggestion der festen Unbeugsamkeit seiner Führung [Hugenbergs - d. Vf.]“ sehr stark wirke.<sup>1123</sup>

Welche Haltung nahm Schmidt nun gegenüber dem weitreichenden koalitions- und verfassungspolitischen Entgegenkommen des Reichspräsidenten ein?

Zunächst sprach Schmidt auf dem ostpreußischen Landesparteitag der DNVP in Königsberg am 29. Januar. An der Kurischen Nehrung hob er hinsichtlich der „schwirrenden Gerüchte über neue Regierungsbildungen unsere Auffassung über die Notwendigkeit und Möglichkeit einer antimarxistischen Regierung“ hervor<sup>1124</sup>. Mit

---

<sup>1119</sup> Ebd.

<sup>1120</sup> Hindenburg äußerte sich gegenüber Brüning folgendermaßen: „Wenn Sie wüßten, was ich alles versucht habe, um Hugenberg durch meine Freunde zur Vernunft zu bringen; aber er will es nicht. Es ist mit ihm eben nicht zu machen“. Zit. nach: Brüning, Memoiren, S. 148. Vgl. zum schlechten Verhältnis Hindenburg-Hugenberg: Thimme, Flucht, S. 56.

<sup>1121</sup> Die Abschaffung des Artikels 54 war bereits Inhalt eines Vorstandsbeschlusses vom April des vergangenen Jahres, der unter dem Titel „Wege zur Reichsreform“ veröffentlicht wurde. Vgl. Berliner Lokalanzeiger v. 10.4. 1929.

<sup>1122</sup> Brüning versuchte eine Spaltung jedoch auch im Hugenberg-Lager zu erreichen. So versuchte er in einem Gespräch, Oberfohren „von Hugenberg zu trennen“. Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 16.3. 1930.

<sup>1123</sup> Politik und Wirtschaft, S. 16: Aufzeichnung von Graf Westarp über eine Unterredung mit Reichspräsident von Hindenburg, 15.1. 1930.

<sup>1124</sup> Schmidt, zit. nach: Der Tag v. 30.1. 1930.

Bezug auf die Regierung in Preußen und trotz der ihm wohl bewußten, bereits beschlossenen Entlassung der SPD aus der Regierungsverantwortung - in diesen Punkten unterschied sich das antimarxistische Element Hugenberg von dem Hindenburgs - sah er keine Möglichkeit, in eine Regierung einzutreten. Gleich Hugenberg war er von dem Vorschlag des Staatsoberhauptes zu weit entfernt, wenn er ausführte: „Wir werden uns aber selbstverständlich zu gegebener Stunde der Aufgabe, das Steuerruder des Staates in klarer Abwehrfront gegen den Marxismus heranzulegen, nicht entziehen“<sup>1125</sup>. Schmidt sah die richtige Stunde, die das an Hugenberg unterbreitete politisch Mögliche offengelegt hatte, gegenwärtig gerade nicht als gegeben an.

Da die Annahme des Young-Plans durch den Reichstag vorhersehbar gesichert war und ein Widerspruch Hindenburgs nach seiner bisherigen Position nicht zu erwarten war, beschäftigten sich Hugenberg, Schmidt, Quaatz, Winterfeld und Goldacker am 24. Februar mit „Hindenburg und seine[r] Haltung“<sup>1126</sup>. Das Ergebnis der Besprechung, „gegenüber Hindenburg fest, aber diplomatisch zu sein“<sup>1127</sup>, verriet den Kurs, den Schmidt in den nächsten Wochen mitrug: strikte Ablehnung des Hindenburg-Kabinetts, äußerlich keine Verhärtung der Fronten mit dem Büro des Reichspräsidenten. Die Entwicklung des Verhältnisses zwischen der DNVP und dem Staatsoberhaupt steuerte deutlich auf einen nicht mehr aufzuhaltenden Bruch hin - eine Entwicklung, die Schmidt aktiv begleitete und in ihrem Inhalt befürwortete. Die der Partei nahestehende Presse ließ sich zumindest teilweise erst gar nicht auf diesen Weg ein, sondern erging sich schon seit längerem in Schmähtiraden gegen Hindenburg.<sup>1128</sup>

Am Tage der Abstimmung über den Young-Plan, am 12. März, erhielt Schmidt die Gelegenheit, sich im Reichstag zu äußern. Voll des stolzen Trotzes gegen die bevorstehende Annahme des Reparationsplan brachte er auf den Punkt, welche gleichwohl illusorische Lösung den „einzig würdigen Ausweg aus diesem Krisen-wirrwarr“ für ihn bot: die „Bildung einer Ablehnungsregierung“<sup>1129</sup>. Wie im Januar bewies er damit, daß ihm das politisch Mögliche - unter Bedingungen, die ihm grundsätzlich weit entgegenkamen - auch jetzt nicht als Maßstab galt. Wie weit er damit von seinen Äußerungen im Mai 1928 entfernt war, bezeichnete präzise die Distanz zur Staatsform. Vollends abgewandt von der realen politischen Lage und zerstörerisch-selbstgewiß schloß er mit den Worten: „Und so glauben wir, daß aus dem Young-Deutschland, das Sie uns bescheren wollen, ein Jung-Deutschland entsteht, ein Jung-Deutschland, das sich an die Mehrheitsbeschlüsse dieser jämmerlichen

---

<sup>1125</sup> Ebd.

<sup>1126</sup> Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 24.2. 1930, S. 102.

<sup>1127</sup> Ebd., Eintr. v. 24.2. 1930, S. 102 f.

<sup>1128</sup> Vgl. Friedenthal, Volksbegehren, S. 161 f.

<sup>1129</sup> VdRT, IV. WP 1928, Bd. 427, 12.3. 1930, S. 4389.

Demokratie nicht gebunden fühlt. Dem kommenden jungen Deutschland gilt an diesem Trauertage der deutschen Geschichte unser Glaube und unsere Hoffnung“<sup>1130</sup>. Der bis zum Bersten mit antidemokratischen Aversionen gefüllte, im Gewölbe längst krachende Damm der letzten Zurückhaltung in Schmidt war endgültig gebrochen. Der Gesetzesentwurf über die „Abkommen zur Regelung von Fragen des Teils X des Vertrags von Versailles“ wurde entsprechend seiner bezeugten Haltung von Schmidt und der geschlossenen deutschnationalen Fraktion abgelehnt.<sup>1131</sup> Hindenburg, der dem Reparationsplan positiv gegenüberstand, unterzeichnete einen Tag später, am 13. März, die verabschiedeten Gesetze.

In der der Partei nahestehenden Presse brach nun ein Sturm der Entrüstung los, der das Band zum ehemaligen Generalfeldmarschall endgültig zerschnitt. Kritik an der - in ihren Augen zu wenig - nationalen Haltung des Staatsoberhauptes, ein ungeheurer und Hindenburg sehr schmerzlicher Vorwurf, war schon lange zu vernehmen gewesen. Während Hugenberg nun deutlich davon sprach, „daß wir den darin [im Young-Plan-d. Vf.] eingeschlagenen politischen Weg zu gehen, nicht in der Lage sind“<sup>1132</sup>, jedoch in der Diktion, er war der verantwortliche Parteivorsitzende, nüchtern blieb, brach aus seinem ihm freundschaftlich verbundenen alldeutschen *spiritus rector* und ständigen Berater, Heinrich Claß, eine wahre Tirade gegen Hindenburg heraus, die besser noch als Invektive bezeichnet werden muß. Am 14. März erschien in der Claß' schen Deutschen Zeitung, die zu diesem Anlaß mit Trauerrand versehen war, sein Artikel über den „Abschied von Hindenburg“. In ihm führte er aus: „Wir meinen, kein Verdienst ist so groß, daß es nicht durch Schuld aufgehoben werden könnte. Dieser Fall ... liegt beim Reichspräsidenten vor. ... Heute hat er den schier unerschöpflichen Schatz an Vertrauen, soweit Deutsche mit unverdorbenem Nationalgefühl in Betracht kommen, restlos verspielt. ... Der deutsche Befreiungswille wird sich - ... – auch durch den zweiten Reichspräsidenten nicht in Bande legen lassen. Er wird sich darauf einrichten, ohne, ja gegen ihn seinen Kampf zu führen“<sup>1133</sup>.

---

<sup>1130</sup> VdRT, IV. WP 1928, Bd. 427, 12.3. 1930, S. 4391. Zur Berichterstattung in der der DNVP nahestehenden Presse, vgl. auch Deutsche Zeitung v. 13.3. 1930.

<sup>1131</sup> Zum Abstimmungsverhalten der Fraktion, vgl. VdRT, IV. WP., Bd. 427, 12.3. 1930, S. 4405 f., zu dem Schmidts, vgl. ebd., S. 4406.

<sup>1132</sup> Hugenberg, A., Der Kampf geht weiter! NZ v. 16.3. 1930.

<sup>1133</sup> Claß, H., Abschied von Hindenburg, DZ v. 14.3. 1930. Der Vorsitzende der Vereinigten vaterländischen Verbände, v.d. Goltz, ließ in einem Aufruf über die Young-Gesetze verkünden: „Die Unterschrift Hindenburgs steht nun unter den Gesetzen. Das verlangt Klarheit. Diese darf nicht beeinträchtigt werden durch irgendwelche persönlichen Rücksichten und auf frühere Verdienste, die auf anderem Gebiet liegen. Hindenburg steht durch sein Handeln nicht mehr in unserem, seiner einstigen Wähler, Lager. Er hat sich von uns getrennt. Der Kampf geht weiter, auch ohne Hindenburg!“ Goltz, Zur Lage, 3.4. 1930, in: ZSg 1-E/87:VvVD. Kaufmanns Bewertung, es schien hinsichtlich Hindenburgs so, „as if he had died“, trifft in Anbetracht der Traueranzeige sehr gut. Kaufmann, W., Monarchism in the Weimar Republic, New York 1953, S. 203 (i.f. zit. als: Kaufmann, Monarchism).



Schmidt unterzog Hindenburg keiner öffentlichen scharfen Kritik, dies verbot ihm seine äußere, lebenslang geübte Loyalität als Offizier zum Generalfeldmarschall. Gleichwohl hat Schmidt die Stimmung in der Parteizentrale<sup>1134</sup> miterlebt und die ‚nationale Unbegreifbarkeit‘ der Auffassung Hindenburgs lebhaft geteilt, wie sie Claß formuliert hatte. In einem Brief an seinen Bruder Hans kritisierte er an der Deutschen Zeitung leicht, daß sie zwar im Ton „manchmal daneben hauen mag, .. aber à la longue, neben sehr guten Orientierungen, das richtige Fingerspitzengefühl hat“<sup>1135</sup>. Auch Schmidt hatte innerlich mit Hindenburg gebrochen, äußerlich exponierte er sich allerdings nicht gegenüber dem Staatsoberhaupt. Der Weg hin zum von nun an wichtigsten Staatsorgan war gleich zu Beginn einer neuen verfassungsrechtlichen Ära von den Deutschnationalen verbaut. Schmidts Bruch ging einher mit demjenigen des Stahlhelms, dessen Mitglied er war.<sup>1136</sup>

Ganz nach Schleichers und Meissners Plan wurde nach der - sich geflissentlich ankündigenden - Demission des Kabinetts Müller am 27. März, Brüning beauftragt, eine „nicht auf der Basis koalitionsmäßiger Bindungen“<sup>1137</sup> stehende Regierung aufzustellen. Schon am Tage vor dem Rücktritt Müllers hatte Schmidt beobachtet, daß Hindenburg längst „sehr stark dabei“ war, „eine Regierung zu bilden“<sup>1138</sup>. Den qualitativen Unterschied zwischen den antimarxistischen Vorstellungen Hindenburgs und denen der Deutschnationalen um Hugenberg brachte Schmidt auf den Punkt, wenn er offen gegenüber seinem Bruder verächtlich von der „angeblichen (sic!) Regierung der bürgerlichen Konzentration“<sup>1139</sup> sprach und nicht mit Resignation, sondern mit bissiger Ironie endete: „Letztere natürlich ohne uns“<sup>1140</sup>. Gleichzeitig unterstrich Schmidt damit erneut, daß die Deutschnationalen schon vor der Demission Müllers wußten, daß sie durch ihre übermäßigen Forderungen, die in der Konsequenz ihres politischen Ansatzes lagen, nicht in die Verantwortung genommen werden würden.

---

<sup>1134</sup> Vgl. z.B. Quatz-Tagebuch, Einträge v. 31.1. u. 1.2. 1930, S. 99.

<sup>1135</sup> N 1211 / 72 Otto Schmidt an Hans Schmidt, 2.5. 1930. Bezeichnend für die politische Ausrichtung Schmidts im Jahre 1930 ist in diesem Brief, daß er seinen Bruder, dem als Diplomat ein eigenständiges Urteil zugetraut werden darf, ermahnte, „etwas zuviel“ die liberale Deutsche Allgemeine Zeitung gelesen zu haben und stattdessen die benannten Vorzüge der Deutschen Zeitung pries.

<sup>1136</sup> Auf einer Bundesvorstandssitzung des Stahlhelms wurde offen und mit „starker Erregung“ der Ausschluß des Reichspräsidenten erwogen, allerdings nahm man vom Ausschluß des Ehrenpräsidenten letztlich doch Abstand, da dies nicht „ohne Diffamierung“ vonstatten gegangen wäre. Da Hindenburg seine „verfassungsmäßigen Befugnisse zugunsten des Kampfes der nationalen Opposition nicht angewendet hatte“, konnte diese „Pflichtauffassung ... von uns nicht geteilt werden“. R 72 / 14 Bundesvorstandssitzung, Referat über die innenpolitische Lage, 22.-23.3. 1930, Bl. 148.

<sup>1137</sup> Regierungsoffizielle Mitteilung v. 28.3. 1930, zit. nach: SEGK 1930, S. 93.

<sup>1138</sup> N 1211 / 72 Otto Schmidt an Hans Schmidt, 26.3. 1930.

<sup>1139</sup> Ebd.

<sup>1140</sup> Ebd.

Schmidt verweigerte sich durch seine Ablehnung des Hindenburg-Kabinetts ganz auf der Linie Hugenburgs dem Dienst am Staat selbst in einem Augenblick, als im Umkreis des Reichspräsidenten daran gegangen wurde, die Krise des politischen Systems mit anderen als parlamentarischen Mitteln zu lösen. Politisch völlig unerreichbare Forderungen nach der Nicht-Unterzeichnung des Young-Plans oder der Herausdrängung der SPD aus der Koalition in Preußen unterstrichen die zunehmende Radikalität der Gedankengänge Schmidts. Obstruktion, so schien es, wurde ihm zum Gebot der Stunde.

Wie sah die Politik der Deutschnationalen gegenüber dem neuen Kabinett Brüning aus, welche politischen Partner standen (noch) zur Unterstützung der eigenen Politik bereit? Die politische Basis, auf die sich die DNVP im ersten Quartal stellte, war der weiterhin existente Reichsausschuß. Trotz des Abschlusses des Volksentscheides im Dezember 1929 waren die dort vereinten Organisationen zur Fortführung des „Kampfes gegen die am Young-Plan schuldigen Parteien“<sup>1141</sup> beisammen geblieben. Besonders der Kontakt zwischen den den Reichsausschuß tragenden Parteien, der parlamentarisch noch unbedeutenden, aber stetig wachsenden NSDAP und der DNVP, wurde im Sinne der Bündnisfestigkeit der nationalen Opposition gepflegt.

Zu dieser Pflege gehörte es als Part Schmidts, in Kontakt mit dem ihm schon vom Reichsausschuß bekannten Privatsekretär Hitlers, Heß<sup>1142</sup>, hinter den Kulissen Vorfälle und Unstimmigkeiten zwischen den beiden Parteien weitestgehend auszuräumen, die Beilegung solcher Vorkommnisse zu versichern und notwendige Treffen zwischen den Parteivorsitzenden zu arrangieren.<sup>1143</sup>

Den Beginn des Kabinetts Brüning bedachte Schmidt am 30. März bei einer deutschnationalen Versammlung in Danzig abfällig mit der Titulierung „buntscheckiges

---

<sup>1141</sup> So formulierte es Hitler in seinem Austrittsschreiben an das Präsidium. N 1211 / 30 Hitler an das Präsidium des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren, 3.4. 1930.

<sup>1142</sup> Nach Claß (Erinnerungen, S. 39) erschien Hitler zu den Präsidiumssitzungen, an denen er teilnahm, „immer in Begleitung von Rudolf Heß“. Da Heß gleich Schmidt nicht gewähltes Mitglied eines Organs des Reichsausschusses war, beide jedoch ähnliche Aufgaben für ihren Parteivorsitzenden ausführten, ist eine Bekanntschaft in diesem Rahmen nicht undenkbar. Die Arbeit von Pätzold und Weißbecker (Rudolf Heß. Der Mann an Hitlers Seite, Leipzig 1999) deutet unscharf Heß' „Mittler-Rolle“ (S. 75) an. Eine Erwähnung der Korrespondenz zwischen ihm und Schmidt unterbleibt völlig (S. 75 f.).

<sup>1143</sup> So hatte Schmidt mit Heß für den Tag der Beisetzung des am 23. Februar ermordeten Horst Wessels eine - allerdings von Hitler nicht eingehaltene - Unterredung ihrer Parteivorsitzenden arrangiert, in der spezielle Verstimmungen über einen von der DNVP, aufgrund der Verkoppelung mehrerer Anträge, nicht abgelehnten Antrag auf Aufhebung auch der Immunität des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Feder besprochen werden sollten. Dies geht hervor aus: N 1211 / 30 Hugenberg an Hitler, 17.3. 1930. Nachdem dieses Arrangement nicht erfolgreich gewesen war, fand die Besprechung am 31. März statt. Vgl. Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 31.3. 1930, S. 106. Auf der Ebene Schmidt-Heß wurde weiterhin das Bemühen in Aussicht gestellt, angebliche Beleidigungen Oberfohrens gegen Strasser und Goebbels aus der Welt zu schaffen. Vgl. N 1211 / 30 Heß an Schmidt, 29.3. 1930.

Gebilde“<sup>1144</sup>. Wenn Schmidt dann hinzufügte, der Reichspräsident hätte es sich „zur Zeit seiner Wahl ... sicher energisch verbeten“<sup>1145</sup>, daß dieses „als Hindenburg-Front bezeichnet“<sup>1146</sup> worden wäre, wurde deutlich, daß diese Zeit und mit ihr die Sympathie für den Generalfeldmarschall vorüber war.

Nach dieser Meldung kehrte er umgehend nach Berlin zurück. Die parlamentsunabhängige Inthronisierung der Regierung hatte derselben ein von KPD und SPD getragenes Mißtrauensvotum eingebracht.<sup>1147</sup> In der Parteizentrale nahm er deshalb am 31. März an einer Besprechung mit Hugenberg über die deutschnationale „Haltung zum Mißtrauensvotum“<sup>1148</sup> teil.

Der innere Machtzirkel um Hugenberg mußte zunächst erkennen, daß sich Schiele als RLB-Präsident wider den Vorstandsbeschluß vom 15. Juni 1929 stellte, kurzerhand sein Mandat niederlegte und als Landwirtschaftsminister in die Regierung eintrat.<sup>1149</sup> Darüber hinaus hatte Brüning in Aussicht gestellt, bis Ostern ein Agrarprogramm vorzulegen. Obwohl Hugenberg in der Fraktionssitzung am 2. April eine Mehrheit von 28 zu 18 Stimmen<sup>1150</sup> für das Mißtrauensvotum gewinnen konnte, beugte er sich trotz vielfältiger, gegenläufiger Bemühungen dem landwirtschaftlichen Druck durch den RLB.<sup>1151</sup> Er gab erst nach, als ihm „12 Abgeordnete“ unzweideutig dargelegt hatten, „daß sie unter allen Umständen gegen das Mißtrauensvotum stimmen“<sup>1152</sup> würden. Am Abend des 2. April mußte Quatz deshalb notieren: „Ablehnung des Sozi-Mißtrauensvotums ... Kampf gegen Landbund heute zu schwierig“<sup>1153</sup>. Am 3. April stimmte deshalb Schmidt mit der geschlossenen Fraktion gegen das Mißtrauensvotum und stützte damit die Regierung Brüning.<sup>1154</sup> Schmidt trug den schwankenden Kurs seines Parteivorsitzenden mit, obwohl auch er in der Fraktionssitzung vom 2. April zu

---

<sup>1144</sup> Schmidt in Danzig, zit. nach: Berliner Lokalanzeiger v. 31.3. 1930. Die hier zaghaft durchscheinende Kritik am Reichspräsidenten wurde in ihrer Milde wenig später gestützt, als Schmidt vornehmlich Meissners „Beibehaltung ... für die Reichspräsidentschaft des Feldmarschalls von Hindenburg nicht glücklich war“. N 1211 / 3 Dem Führer folgen! Zum 65. Geburtstag Dr. Hugenbergs. Von Schmidt (Hannover) M.d.R., 17.6. 1930, S. 6.

<sup>1145</sup> Schmidt in Danzig, zit. nach: Berliner Lokalanzeiger v. 31.3. 1930.

<sup>1146</sup> Ebd.

<sup>1147</sup> Vgl. Patch, W., Heinrich Brüning and the dissolution of the Weimar Republic, Cambridge 1998, S. 79 (i.f. zit. als: Patch, Brüning).

<sup>1148</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 31.3. 1930, S. 106.

<sup>1149</sup> Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte 7, S. 751; AdR, Kabinett Brüning I u. II, Bd. 1, S. 1-4: Abgeordneter Schiele an Abgeordneten Brüning, 29.3. 1930. Vgl. zur später folgenden Politik gegen Schiele: Gessner, Agrarverbände, S. 221-226, 228 f.; vgl. ausführlich: Müller, Bauer, S. 237-242.

<sup>1150</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 2.4. 1930, S. 107.

<sup>1151</sup> Der RLB hatte die ihm nahe stehenden Abgeordneten dazu ermahnt, gegen das Mißtrauensvotum zu stimmen. Vgl. Mergel, Scheitern, S. 357.

<sup>1152</sup> Politik und Wirtschaft, Niederschrift von Graf Westarp über die Bildung der Regierung Brüning bis zur Ablehnung des Mißtrauensvotums am 3.4., S. 113; daß diese Zahl richtig ist, bestätigt Quatz (Tagebuch, Eintr. v. 2.4. 1930, S. 107), wenn er schreibt, daß „sechs von den Schielisten .. sich fügen“ wollen, die gegen Hugenberg gestimmt hatten.

<sup>1153</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 2.4. 1930, S. 107.

<sup>1154</sup> Vgl. VdRT, IV. WP 1928, Bd. 427, 3.4. 1930, S. 4775.

den „28 für Hugenberg“ und nicht den „18 für Regierung“<sup>1155</sup> gehört hatte. Schmidt bewies damit Loyalität zum Parteivorsitzenden, obwohl er aus einem ausgesprochen landwirtschaftlich geprägten Wahlkreis kam. Er ordnete damit die Wahlkreisinteressen denjenigen der Hugenbergschen Parteiführung unter. Widerspruch über seinen Landesverbandsvorsitzenden von Natzmer war nicht zu vernehmen.<sup>1156</sup>

In der am selben Tag zuvor stattgehabten Plenarsitzung hatte Schmidt am Rande wenig geschickt, da unnötig früh, gegenüber Goebbels erkennen lassen, daß das von den Nationalsozialisten auch unterstützte Mißtrauensvotum höchst wahrscheinlich abgelehnt würde.<sup>1157</sup> Die selbstbewußte und kühle Quittung für sein Verhalten erhielt Hugenberg umgehend von Hitler, indem dieser das Präsidium des Reichsausschusses über den Austritt seiner Partei in Kenntnis setzte, da ihm ein weiterer Verbleib nach dem mißbilligten Verhalten der Deutschnationalen „sinnlos geworden“<sup>1158</sup> schien.

Während Hugenberg sofort an Hitler zurückschrieb und ihm die Inopportunität dieses Schrittes für die Konsistenz der nationalen Opposition umständlich und wenig überzeugend begreiflich zu machen suchte, korrespondierte Schmidt erneut mit Heß. Schmidt oblag es dabei, die „Angriffe der nationalsozialistischen Presse“<sup>1159</sup> wegen der deutschnationalen Haltung am 3. April, die Hugenberg vor dem Plenum gerechtfertigt hatte<sup>1160</sup>, zur Sprache zu bringen und die deutschnationale Position Hugenbergs flankierend zu rechtfertigen. Als Hugenberg für den 14. April ein Gespräch mit Hitler zu vereinbaren suchte<sup>1161</sup>, arbeitete Schmidt für die Bereinigung des Verhältnisses im Vorfeld. Schmidt war mit dieser Aufgabe betraut und hatte Kenntnis von dem Brief

---

<sup>1155</sup> Ebd.

<sup>1156</sup> Mergels Hinweis, daß „fundamentale Opposition“ neben der Industrie und den Arbeitnehmerverbänden für die Landwirtschaft keinen „politischen Sinn“ machte, ist für die RLB-nahen Abgeordneten sicher richtig. Schmidt, der dem RLB nicht verhaftet war, aber Abgeordneter eines stark landwirtschaftlich geprägten Wahlkreises war, bildete somit eine nennenswerte Ausnahme. Vgl. Mergel, Scheitern, S. 354.

<sup>1157</sup> Fröhlich, Goebbels-Tagebücher, Eintr. v. 2.4. 1930, S. 523. Goebbels schrieb: „Wir arbeiten auf eine Reichstagsauflösung hin. Ich zweifle, ob es gelingen wird. Danach noch bei Hitler im Sanssouci [Hotel Hitlers-d. Vf.] berichtet. Er glaubt immer noch an die Standhaftigkeit der D.N.V.P. Gespräche mit Schmidt (Hannover) und ...ling [Everling – d. Vf.]haben mich in diesem Glauben irre gemacht“.

<sup>1158</sup> N 1211 / 30 Hitler an das Präsidium des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren (Abschrift), 3.4. 1930.

<sup>1159</sup> N 1211 / 30 Hugenberg an Hitler, 11.4. 1930. Aus diesem Schreiben geht hervor, daß Schmidt im Hintergrund versuchte, die Wogen zu glätten, wenn er die „telefonischen Unterhaltungen des Herrn Schmidt (Hannover) mit Herrn Hess betreffend die Angriffe der nationalsozialistischen Presse“ erwähnt.

<sup>1160</sup> VdRT IV. WP 1928, Bd. 427, 3.4. 1930, S. 4770 ff. Hugenberg hatte damit dem erheblichen Druck aus der Fraktion nachgegeben, endlich einmal persönlich als Parteiführer aufzutreten. Hugenberg tat dies und wollte damit naiverweise die Reichstagsfraktion in Gänze gewinnen. Vgl. Hiller, EdP, S. 550. Vgl. zu Hugenbergs Anwerfungen gegen die SPD, die Schmidt vollständig unterstützte: Schulze, Braun, S. 627 ff.; Winkler, Weimar, S. 378.

<sup>1161</sup> Vgl. N 1211 / 30 Hugenberg an Hitler, 11.4. 1930. Freytagh (DNVP, S. 74 f.) geht auf den ‚landwirtschaftlichen Umfall‘ Hugenbergs bezeichnenderweise nicht ein. Schlanges Nachkriegsdarstellung (Am Tage danach, Hamburg 1946, S. 40 f.) behandelt diesen Aspekt nicht.

Hugenbergs an Hitler, noch bevor Nagel und Brosius davon wußten. Vielmehr gab Schmidt den Brief zur Kenntnis an die beiden weiter.<sup>1162</sup>

Die Nähe Schmidts zu Hugenberg, die ihre Grundlage in seiner ausgesprochenen Loyalität zu ihm hatte, bewies sich eindrucksvoll vor der dritten Lesung der von Brüning geschickt zu einem Junktim gefügten Agrar- und Steuervorlage am Morgen des 14. April. Als Quatz früh im Reichstag erschien, fand er im deutschnationalen Fraktionszimmer ein „völliges Desaster“<sup>1163</sup> vor. Der Partei- und der Fraktionsvorsitzende schienen ihm „fast verlassen“, anwesend waren „nur völlig verstörte Anhänger“<sup>1164</sup>. Nach der Niederlage in der ersten Lesung zwei Tage zuvor erblickte Quatz „[f]ür Hugenberg“<sup>1165</sup> in interessanter Reihenfolge: „Schmidt, Frau Lehmann, Bang und neuerdings wieder Stubbendorff, ferner Berndt, Lavarrenz“<sup>1166</sup>. Die vorherrschende Niedergeschlagenheit ob der absehbaren - und wenige Stunden später tatsächlich eintretenden - zweiten Niederlage wurde in ihrer Qualität noch besser greifbar, als das Tagebuch über einen der unbedingten Befürworter des Hugenberg'schen Kurses gewahren ließ: „Freytagh will auch nicht mehr“<sup>1167</sup>. Schmidt war demnach trotz der allgemeinen Zermürbung einer der ganz wenigen, die Hugenberg in der Situation des enormen Drucks aus der Landwirtschaft zur Seite standen. Die Treue zum Parteivorsitzenden stellte er zu keiner Gelegenheit in Frage stellte, sondern er stellte sich - nach Quatz' Beschreibung - bedingungslos hinter ihn. Andere Auffassungen verallgemeinerte er nur wenig später als Verrat an Hugenberg, als „Sprengung der D.N.V.P.“<sup>1168</sup>.

Objektiv, allein in Zahlen gedacht, hatte Schmidt recht, wenn er in dem Abgehen vom Kurs Hugenberg eine Schwächung der Deutschnationalen sah, doch die Mühe des Überdenkens des gouvernementalen Kurses Westarps machte er sich nicht. Verschiedene Gründe eröffneten diesen Blick erst gar nicht: Die bedingungslose Ablehnung des Versailler Vertrages machte eine aktive, konstruktive Beschäftigung mit der offiziellen Außenpolitik unmöglich; die eingegangene Bindung an Hugenberg beruhte inhaltlich auf der Kongruenz der antidemokratischen Einstellungen, genauer: in der virulent-obstruktiven staatspolitischen Haltung; Schmidt sah seine Politik in Hugenberg am besten gewahrt, stures Vertrauen in die Richtigkeit des von ihm grob

---

<sup>1162</sup> Dies wird deutlich aus der Tatsache, daß der Brief Hugenberg an Hitler (N 1211 / 30, 11.4. 1930) von Schmidt handschriftlich beschrieben wurde mit dem Verteiler: 1. Herr Nagel, 2. Herr Brosius, Unterschrift Schmidt. Daß Schmidt den Brief demnach direkt von Hugenberg erhielt, vor diesen darüber orientiert war und ihn schließlich weiterleitete, machen die Paraphen Nagels und Brosius' mit dem Zusatz „gelesen“ (13. u. 14.4.) deutlich.

<sup>1163</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 14.4. 1930, S. 110.

<sup>1164</sup> Ebd.

<sup>1165</sup> Ebd.

<sup>1166</sup> Ebd.

<sup>1167</sup> Ebd.

umrissenen, von Hugenberg formulierten Weges der Bekämpfung und letztlich Zerschlagung der Weimarer Republik bestärkte ihn unbeirrbar hierin.

Nicht unerwartet versicherte der Vorstand am 8. April Hugenberg seines Vertrauens, während sich in den Tagen vor der Beratung und schließlichen Schlußabstimmung abzeichnete, daß die Fraktion nicht auf eine einheitliche Linie zu trimmen war.<sup>1169</sup> So war Einigkeit bei einer Probeabstimmung bei den Agrargesetzen erzielt worden, bei den Steuergesetzen stellten sich jedoch nur 25 Abgeordnete auf Hugenbergs Seite, 27 gegen ihn.<sup>1170</sup>

So geschah es „ohne große Sensation“<sup>1171</sup>, daß die Fraktion im Reichstagsplenum am 14. April auseinanderbrach. War die Zustimmung zum Zolländerungsgesetz für die Landwirtschaft einstimmig von den Deutschnationalen angenommen worden, zeigte die Schlußabstimmung über das Zuckergesetz exemplarisch für die übrigen Gesetze, wie die Machtverhältnisse in der Fraktion aussahen. 36 Deutschnationale stimmten für Brüning. Schmidt stimmte mit Hugenberg, Bang, Everling, Freytagh, Quatz, Oberföhren und nur 13 anderen Mitgliedern gegen den Kanzler.<sup>1172</sup> Unverkennbar standen sich fortan „zwei deutschnationale Fraktionen“<sup>1173</sup> innerhalb der Fraktion gegenüber.

Aufgrund der Unterstützung Brünings durch Teile der DNVP erging sich die offizielle nationalsozialistische Pressekorrespondenz am 15. April erwartungsgemäß über Hugenberg. Wie nach dem 3. April setzte Schmidt ein Schreiben - diesmal allerdings an Hitler direkt - auf, in dem er beklagte, „daß die gegen Dr. Hugenberg persönlich gerichteten Angriffe an Schärfe zugenommen“<sup>1174</sup> hätten. Geradezu pikiert über die mangelnde Disziplin bei der - selbstverständlich zu erfolgenden - Beachtung der Autorität des Geheimrats ermahnte er Heß mit den Worten: „Nach der neulichen Besprechung glaubte ich annehmen zu dürfen, daß die Haltung Dr. Hugenbergs selbst auch in den Kreisen Ihrer Partei nicht zum Gegenstand offizieller, teilweise wirklich

<sup>1168</sup> N 1231 / 3 Dem Führer folgen! Zum 65. Geburtstag Dr. Hugenbergs. Von Schmidt (Hannover) M.d.R., 17.6. 1930, Bl. 124, S. 3. Vgl. Schmidt, Umdenken, S. 263.

<sup>1169</sup> Vgl. SEGK 1930, S. 106; Politik und Wirtschaft, S. 117: Niederschrift über die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei; Walker, Hugenberg, S.442.

<sup>1170</sup> Vgl. Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 11.4. 1930, S. 109; Walker, Hugenberg, S. 444; Politik und Wirtschaft, S. 131, Ende April 1930: Zusammenfassende Aufzeichnung über die Vorgänge in der Deutschnationalen Volkspartei im April 1930 (i.f. zit. als: Aufzeichnung über die Vorgänge in der Fraktion im April 1930).

<sup>1171</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 12.4. 1930, S. 109; Aufzeichnung über die Vorgänge in der Fraktion im April 1930, S. 135-138.; Walker, Hugenberg, S. 445; Pünder, Politik, S. 49 f.; Winkler, Weimar, S. 379.

<sup>1172</sup> Vgl. VdRT, IV. WP, Bd. 427, 14.4. 1930, S. 5003 f. Die Abstimmung umfaßte als Junktim 13 Bestandteile. Das Zolländerungsgesetz war Nr. 6, das Zuckergesetz Nr. 7. Die übrigen, mit Schmidt stimmenden Deutschnationalen waren: Agena, Bartenweffer, Berndt, Hanemann, Laverrenz, Frau Lehmann, Rieseberg, Soth, Spahn, Steiniger, Troilo, Rieseberg und Wienbeck.

<sup>1173</sup> So Quatz bereits am 11.4. in der Fraktionssitzung, in: Politik und Wirtschaft, S. 132 Anm. 10: Aufzeichnung über Vorgänge in der DNVP im April 1930.

<sup>1174</sup> N 1211 / 30 Schmidt an Hitler, 16.4. 1930.

sehr unerfreulicher Kritik gemacht würde. Falls Sie Gelegenheit nehmen könnten, hier im Sinne Ihrer neulichen Ausführungen klärend einzugreifen, so würde dies m.E. den gemeinsamen nationalpolitischen Zielen nur förderlich sein“<sup>1175</sup>.

Nach dem Osterfest 1930 kehrte Schmidt vorläufig nicht ins politische Berlin zurück, sondern mußte wegen einer „Art Blinddarmentzündung, auf die ich nicht geachtet“ hatte, „wahrscheinlich auf mehrere Wochen ausfallen“<sup>1176</sup> und ging zur Kur nach Bad Kissingen. Gegenüber seinem alten Vertrauten Below, der im Präsidium des Reichsausschusses saß, umriß er jene „Kompliziertheit“ der Ereignisse, die für ihn „brieflich kaum zu schildern“<sup>1177</sup> waren: „ ..., das Hin und Her mit Hitler, die merkwürdige Haltung der Stahlhelmbundesleitung, die Kämpfe in der Fraktion, das ganze Affentheater mit Schiele und dem Landbund verhinderten bisher jede wirkliche Entscheidung und jede wirksam durchgreifende Arbeit“<sup>1178</sup>. Echte deutschnationale Politik wäre es demnach gewesen, gegen Brüning durchzugreifen, mithin geschlossen gegen ihn zu stimmen. Es entsprach seiner Auffassung, wenn Hugenberg am 25. April die Hürden zur Verhinderung abweichenden Stimmverhaltens durch einen Vorstandsbeschuß höher legte. Fortan widersprach es explizit dem Parteiinteresse, das Kabinett Brüning zu unterstützen. Es wurden zwar spezielle Ausnahmefälle erlaubt, in denen eine abweichende Haltung eintreten konnte, Dissidenten wurden jedoch jetzt beinahe gleich politischen Gegnern exponiert.<sup>1179</sup>

Zur annähernden Feststellung der Position Schmidts in der Partei war die beinahe beiläufige Äußerung, in den letzten Wochen „Tag und Nacht in Anspruch genommen“<sup>1180</sup> worden zu sein, hilfreich. Obwohl Schmidt - wie angedeutet - kein offizielles Amt in der Partei innehatte, gehörte er zum Kern der Parteistruktur und zu den Eingeweihten um Hugenberg. Nur die unmittelbare Nähe zum ständig um Ent-

---

<sup>1175</sup> N 1211 / 30 Schmidt an Hitler, 16.4. 1930. Wann die von Schmidt genannte „neuliche Besprechung“ war, blieb unklar. Wahrscheinlich ist die bei Quaatz am 31.März verzeichnete gemeint. Eine von Hugenberg für den 14.4. vorgeschlagene Unterredung wird bei Quaatz nicht verzeichnet. Zudem dürfte Hitler wegen des Auseinanderbrechens der Deutschnationalen am 12. und 14.4. diese abgesagt haben, wenn es nicht von deutschnationaler Seite geschah. Zuletzt spricht gegen den 14. noch, daß Schmidt das Gespräch nicht auf „neulich“ datiert hätte, sondern sich allein der Eindringlichkeit wegen auf vorgestern bezogen hätte. Warum Hugenberg diesen Brief nicht unterzeichnete, ob aus terminlichen Gründen oder wegen der Unangemessenheit, sich wegen sich selbst zu beschweren, blieb ungeklärt. Zumindest das schwächere Argument bildeten mögliche Termine, da Schmidt und Hugenberg sich an diesem Tage mit Quaatz berieten. Vgl. Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 16.4. 1930, S. 111.

Der Antwortbrief wurde - protokollgerecht - von Heß verfaßt und enthielt die vage Zusage der Prüfung der von Schmidt reklamierten Angriffe auf Hugenberg. Vgl. N 1211 / 30 Heß an Schmidt, 26.4. 1930.

<sup>1176</sup> N 1211 / 72 Schmidt an Below, 5.5. 1930, Bl. 29.

<sup>1177</sup> Ebd.

<sup>1178</sup> Ebd. Mit dem Bezug auf den Stahlhelm rekurierte er auf die Forderung Seldtes vom 6.4., dem Reichskanzler eine Chance zu geben. Vgl. Walker, Hugenberg, S. 441.

<sup>1179</sup> Vgl. Ursachen und Folgen, Bd. 8, S. 35: Entschließung des Parteivorstands der DNVP v. 25.4. 1930 (Auszug). Die Einleitung eines Ausschlußverfahrens war nun erheblich vereinfacht.

<sup>1180</sup> N 1211 / 72 Otto Schmidt an Hans Schmidt, 2.5. 1930, Bl. 24.

scheidungen ringenden Parteivorsitzenden konnte eine solche zeitliche Beanspruchung fordern.

Das gute Verhältnis zwischen den beiden in Alter und Sozialisation so unterschiedlichen, aber im politischen Ziel einigen Männern zeigte sich einerseits in dem Besorgnis äußernden Schreiben Hugenbergs, in dem er sich gleichsam väterlich nach dem Gesundheitszustand Schmidts erkundigte.<sup>1181</sup> Und andererseits legte es die besondere Stellung Schmidts in der Partei offen, wenn gerade er es war, dem die - für ihn gewiß ehrenvolle - Aufgabe zuteil wurde, Hugenberg zu seinem 65. Geburtstag einen siebenseitigen Aufsatz widmen zu dürfen.<sup>1182</sup> Der mit geradezu persönlicher Dankbarkeit für den neuen Kurs untermalte Aufsatz verdeutlichte eben jene „Penetranz, mit der der Hugenberg-Flügel die Eignung seines Idols zum Führer behauptete“<sup>1183</sup>. In der Kritik eines ehemaligen Hugenberg-Vertrauten kontrastierte dieses verzerrte Bild ganz erheblich. Die Ausrichtung auf den sogenannten Führer Hugenberg spiegelte die Haltung Schmidts mit beißender Schärfe wider – in den Worten Klönnes: Hugenberg „will Überzeugung durch Gehorsam, innere Treue durch Zwang ersetzen. Nur der übergroßen Loyalität, der Mannestreue der deutschnationalen Reichstagsabgeordneten ist es zu verdanken, daß dieses System nicht längst zusammengebrochen ist“<sup>1184</sup>.

An dieser Stelle ist es angebracht, die Position Schmidts in Partei und Fraktion im Verlauf des zweiten Jahres nach Hugenbergs Amtsantritt genauer zu konturieren: Der offiziell ohne Aufgabenbereich ausgestattete Schmidt, der keiner der Abteilungen der Parteiverwaltung über-, unter- oder zugeordnet war, hatte gleichwohl einen gewichtigen Rang in der Friedrich-Ebert-Straße 29. Dies ging zunächst aus seinem Schriftverkehr mit Heß hervor. Der Brief Hugenbergs an Hitler vom 11. April ließ darüber hinaus durch Schmidts handschriftliche Zusätze erkennen, daß er informell Nagel und Brosius übergeordnet war. Schmidt ließ ihnen den Brief geflissentlich zukommen, nicht in umgekehrter Reihenfolge geschah dies.<sup>1185</sup> Dies wurde bekräftigt

---

<sup>1181</sup> N 1211 / 9 Hugenberg an Schmidt, 6.5. 1930, Bl. 3.

<sup>1182</sup> Vgl. N 1231 / 3 Dem Führer folgen! Zum 65. Geburtstag Dr. Hugenbergs. Von Schmidt (Hannover) M.d.R. Dem Aufsatz vorangestellt ist ein persönlicher Brief Schmidts an Hugenberg, der - voll Hochachtung für die Leistung des Geheimrats - seine Glückwünsche und die seiner Frau übermittelte. Vgl. ebd., Schmidt an Hugenberg, 17.6. 1930.

<sup>1183</sup> Vgl. Mergel, Scheitern, S. 361.

<sup>1184</sup> Klönne, M., Die deutschnationale Parteikrise, Deutsche Allgemeine Zeitung v. 4.12. 1929. Mergel (Scheitern, S. 358) mißt einigen Pressemeldungen zuviel Gewicht zu, wenn er die Forderung v.a. pommerscher Großgrundbesitzer nach dem Rücktritt Hugenbergs, da sie die landwirtschaftlichen Interessen bei ihm nicht in guten Händen sahen, als eindeutig ansieht. So waren es gerade Ostelbier wie Oldenburg-Januschau und Arnim-Boitzenburg, die ihre Landbünde bei Hugenberg hielten. Vgl. Pyta, Dorfgemeinschaft, S. 308.

<sup>1185</sup> Vgl. N 1211 / 30 Hugenberg an Hitler, 11.4. 1930. Auf der zweiten Seite sind erstens Nagels und zweitens Brosius' Namen handschriftlich aufgeführt. Darunter findet sich die



durch eine gewöhnliche Anordnung Nagels als geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Behördengleich fand sich am Ende der Anordnung ihr Verteiler. Hierarchisch gegliedert, wurde als erster der Parteivorsitzende genannt und als zweites der gesamte Vorstand. Bevor nun an vierter und fünfter Stelle die Abteilungen I mit Weiß und II mit Brosius folgten, fand sich an dritter Stelle der Eintrag „Hauptmann Schmidt“<sup>1186</sup>. Nach Weiß und Brosius folgten noch die Abteilung III (Ausschußwesen) unter von Jacobi, der Arbeitsausschuß deutschnationaler Industrieller unter Scheibe, der Reichsausschuß für die deutsche Landwirtschaft, die Abteilung IV (Finanzwesen) unter Widenmann und die Abteilung V. Schmidt schwebte demnach direkt unter dem Vorstand und war dort gleichsam zur besonderen Verwendung eingesetzt. Nimmt man noch Schmidts direkt an Hitler gerichtetes, bereits erwähntes Schreiben vom 16. April hinzu, in dem er sensible politische Fragen behandelt, wird deutlich, daß er hohes Vertrauen bei Hugenberg genoß und ihm daraus abgeleitet ein hohes Maß an politischer Verantwortung überantwortet worden war. Ob sich Schmidt darüber bewußt war, daß die amtlose Zuordnung zur Parteizentrale Hugenberg die Option offen ließ, seinen engsten Mitarbeiter bei ernsthaftem Dissens ohne Beschluß eines Parteiorgans zu entlassen, blieb offen. Hugenberg tat diesen Schritt aufgrund der Erfahrung mit seinem Ziehsohn Treviranus. Schmidts sollte den Parteivorsitzenden in seiner Loyalität allerdings zeitlebens nie enttäuschen.

Leo Wegener, einer der engsten Freunde Hugenbergs, bleuchtete mit einem Brief an Schmidt die formal-organisatorische Konfusion – eine Eigenheit der DNVP<sup>1187</sup> – über die Position des Hauptmanns. Deutlicher als aus anderen Quellen ging daraus zudem hervor, welche Eigenschaften er für diese Funktion mitbrachte. Eine stach nachgerade bedingend besonders hervor: selbstlose Loyalität gegenüber dem Parteivorsitzenden. Seine Aufgaben waren nicht starr nach den Zuständigkeiten eines Organigramms aufzulisten<sup>1188</sup>, vielmehr konnte er das Konvolut an Aufgaben nur durch vollkommene organisatorische Flexibilität und ausschließliche Verantwortlichkeit gegenüber Hugenberg ausfüllen. Wegener schrieb nach einem Kurbesuch Hugenbergs in Kreuth: „.. einmal stellte ich die Frage, ob er denn gar keinen Generalstabschef hätte, an den sich ein Provinzler wenden könnte, um ihn nicht zu belästigen. Auf seinen erstaunten

---

Unterschrift Schmidts. Die drei Bestandteile sind alle in derselben Schrift verfaßt. Dies ließ darauf schließen, daß Schmidt der Autor war, der den beiden Parteibeamten den Brief zur Kenntnis überließ.

<sup>1186</sup> R 8005 / 52 DNVP - Geschäftsführendes Vorstandsmitglied (Nagel), Anordnungen Nr. 28 für die Parteizentrale, 20.10. 1930. Vgl. zur Aufgabenverteilung und Leitung der jeweiligen Abteilungen: Taschenbuch der Deutschnationalen Volkspartei, Berlin 1929, S. 24 f.

<sup>1187</sup> Vgl. Weiß, Organisation, in: ders. (Hg.), Der nationale Wille, S. 368.

<sup>1188</sup> So verwundert es nicht, wenn Schmidt in der Organisationsbeschreibung der Parteiverwaltung des offiziellen Partei-Handbuchs nicht erwähnt wird. Gleichzeitig belegt es die formale Unmöglichkeit der Zuordnung einer Zuständigkeit Schmidts. Vgl. Taschenbuch der Deutschnationalen Volkspartei, Berlin 1929, S. 24 f.

Blick meinte ich, einen Herren, der jugendfrisch ist, nur für ihn eintritt und nicht den Ehrgeiz hat, seine eigenen Gedanken mit denen des Führers den Zuhörern beizubringen. Er müßte einen Herren haben, der nur seine Gedanken erörtert und weitergibt, Leute für die Weiterbearbeitung anregt, dafür sorgt, daß große Gedanken nicht in Vergessenheit geraten, mit Herren Vorverhandlungen pflegt und erst den endgültigen Entscheid dem Parteiführer vorlegt und auch die einzelnen Abteilungen [der Parteizentrale – d. Vf.] so verbindet, daß ein einheitliches Arbeiten herauskommt. ... Er sagte nun, daß Sie sein Generalstabschef wären. Nun werde ich mich also mit meinen Fragen und Sorgen stets an Sie wenden; ... Wenn Sie mich also hin und wieder unterrichten lassen, was ich weitergeben kann – insb. auch solche Gedanken, die nicht als Anregung der Zentrale, sondern als Volksstimmung in Erscheinung treten sollen – so wäre ich Ihnen dankbar“<sup>1189</sup>. Schmidt war demnach Hugenbergs persönlich verbundener, politischer Referent, der zugleich über einen Apparat verfügen konnte. Insofern traf die Bezeichnung Treviranus’ gut, wenn er ihn als „politischen Stabschef“<sup>1190</sup> des Parteivorsitzenden titulierte - der Aufstieg innerhalb von knapp zwei Jahren war fulminant.

Nun aber einen Schritt zurück zur Politik des Präsidialkabinetts Brüning und des Verhältnisses der deutschnationalen Reichstagsfraktion zu ihr. Im Juli bestand für den Reichskanzler die finanzpolitische Notwendigkeit, den Reichsetat durch Deckungsvorlagen auszugleichen<sup>1191</sup>. Der wieder gesundete Schmidt hatte am 2. Juli die Regierungspraxis Brünings Bismarckscher Prägung, mit wechselnden Mehrheiten zu regieren, als „im Grunde parlamentarisch-liberalistische[.] Gedankengänge“<sup>1192</sup> gegeißelt. Welche politische Regierungsform ihm vorschwebte, wurde erkennbar aus der Titulierung der Regierungsmitglieder als „Diktatoren wider Willen“<sup>1193</sup>. Es wurde nun keine genauere Beschreibung der Modalitäten des zielführenden Weges gegeben, sondern ob der eventuellen Anwendung des Paragraphen 48 die diffuse Belehrung an die Regierung gerichtet: „Wenn man sich rüstet, nötigenfalls gegen Majoritäten zu regieren, muß man in sich einig sein und innerhalb und außerhalb des Parlaments wirkliche Kräfte und Energien hinter sich haben“<sup>1194</sup>. Schmidt stritt Brüning demnach

---

<sup>1189</sup> N 1003 / 31 Wegener an Schmidt, 24.1. 1931.

<sup>1190</sup> Treviranus, Ende, S. 359. Treviranus erweckt durch die Formulierung, Schmidt sei sein Nachfolger gewesen, den Eindruck, daß das Amt des politischen Beauftragten nach dem Oktober 1928 fortbestanden hätte. Dies ist, wie erwähnt nicht richtig, das Amt war im Dezember 1928 ersatzlos aus der Satzung gestrichen worden. Die einzigen spezifischen Akten geben über den Abgang Treviranus’ keinen Aufschluß. Vgl. StA Osnabrück Erw. C1 Nr. 6 DNVP – Politischer Beauftragter (1925 - 1927).

<sup>1191</sup> Vgl. Patch, Brüning, S. 92-96; Huber, Verfassungsgeschichte 7, S. 749 ff.

<sup>1192</sup> Schmidt, Diktatoren wider Willen, NZ v. 2.7. 1930.

<sup>1193</sup> Ebd.

<sup>1194</sup> Ebd.

ab, für seine Politik diese wirklichen Kräfte hinter sich sammeln zu können. Umgekehrt entwarf er unausgesprochen die potentielle Machtkonstellation, die eine nicht näher definierte Diktatur tragen sollte, denn von Monarchie war bei Schmidt und der DNVP unter Hugenberg nicht mehr die Rede<sup>1195</sup>: DNVP und NSDAP mit ihren paramilitärischen Verbänden Stahlhelm und SA sowie weitere nationale Verbände, kurz: die ehemaligen Mitglieder des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren.

Gerade weil seine Reichsausschuß-Front nicht in die Regierung entscheidend einbezogen Schmidt war, stellte er wenig später abschätzig-ablehnend über Brüning's Kabinett fest: „Die sogenannte Bürgerregierung unterscheidet sich ... kaum von einem Kabinett der Großen Koalition“<sup>1196</sup>. Zugleich bemühte sich Schmidt mit seiner Stellungnahme für das Bündnis des Reichsausschusses um ein Wiedererstarken des unlängst wegen Meinungsverschiedenheiten aufgelösten Ausschusses.

Gegenüber dem Reichspräsidenten sah es der Hauptmann a.D. als seine „vaterländische Pflicht“ an, auszusprechen, daß das Kabinett Brüning „zwangsläufig ... Namen und Nachruhm des Feldmarschalls von Hindenburg schwer und tragisch schädigen“<sup>1197</sup> würde. Schmidt verfiel nicht in alldeutsche, publizistische Verfehlungen, wie sie Claß zuletzt geboten hatte. Er machte aber geflissentlich auf die Konsequenzen des besonderen Vertrauensverhältnisses zwischen Kanzler und Präsident für den - ohnehin schon längst in Auflösung begriffenen - Rückhalt Hindenburgs in der „nationalen Opposition“ aufmerksam.

Die Kürzung der Staatsausgaben und gleichzeitige Erhöhung der Steuern sollten die Staatsfinanzen sanieren. Die hierfür notwendig gewordene Deckungsvorlage hatte Brüning nach ihrer parlamentarischen Ablehnung mit zwei Notverordnungen noch am 16. Juli vorläufig durchgesetzt. Der Reichstagspräsident erhielt deshalb am folgenden Tag zwei Anträge der SPD zur Aufhebung der Notverordnungen und zur Aussprache des Mißtrauens gegen die Regierung.<sup>1198</sup> Um dagegen parlamentarisch standzuhalten, mußte sich Brüning eine Mehrheit suchen. Der Kanzler hoffte dabei nicht unberechtigt darauf, daß sich die DNVP erneut spalten ließe. Hugenberg, „der sich der Schlüsselstellung seiner Fraktion bewußt war“<sup>1199</sup>, bot in einem eigens anberaumten Gespräch<sup>1200</sup> am 17. Juli seine Unterstützung an, wenn die Koalition in Preußen - der alte Dorn im Auge der Deutschnationalen - aufgelöst würde. Um hierüber zeitlich sicher

---

<sup>1195</sup> Vgl. R 8005 / 55 Protokolle des deutschnationalen Parteitags Kassell 1929, Parteivorstand, S. 19-21.

<sup>1196</sup> Schmidt, Krisenstunden, NZ v. 17.7. 1930. Tags zuvor war der Artikel bereits im parteieigenen Deutschen Schnelldienst erschienen.

<sup>1197</sup> Beide Zitate aus: Schmidt, Diktatoren wider Willen, NZ v. 2.7. 1930.

<sup>1198</sup> Vgl. Patch, Brüning, S. 93 f.

<sup>1199</sup> Bracher, Auflösung, S. 303.

<sup>1200</sup> Vgl. Leopold, Hugenberg, S. 78; Bracher, Auflösung, S. 303; Winkler, Weimar, S. 380.

zu gehen, ersann er ein dreimonatiges Moratorium für die am nächsten Tag anstehende Entscheidung im Reichstag.<sup>1201</sup> Brüning deutete in diesem Gespräch sogar die Möglichkeit einer preußischen Koalition mit den Deutschnationalen an.<sup>1202</sup> Daß die Gesprächsbereitschaft Hugenberg ein „rein taktischer Vorschlag“<sup>1203</sup> war, um Bemühungen zum Erhalt der Einheit der Partei vorzutäuschen und gleichzeitig Vorwände gegen dissentierende Deutschnationale zu kreieren, äußerte er frank und frei nur eine Woche später im Parteivorstand.

Wissend, daß Hugenberg auf die Angebote Brünings nicht eingehen würde und noch bevor Brüning aus finanzpolitischen Gründen auf dieses Geschäft ebenfalls nicht einging<sup>1204</sup>, meldete sich Schmidt just am 17. Juli in der Presse zu Wort. Für ihn war weiterhin ein „wirkliches Hindenburg-Kabinett“<sup>1205</sup> nicht sichtbar. Indes malte er sich abstrakt gleich Hugenberg die Möglichkeit eines nüchternen Arrangements mit dem Reichskanzler in der „Lösung der Preußenfrage“ aus, in der er die „Generalbereinigung aller Krisennöte“<sup>1206</sup> erblickte. Schmidt wußte allerdings mit richtigem politischen Gespür, daß es zu keiner Einigung kommen würde, da er das „Preußen-Eisen ... für das Zentrum [als] zu heiß“<sup>1207</sup> ansah. Vielmehr bewies er durch die Nähe zu Hugenberg, wie sich umgehend herausstellen sollte, exzellente Informationskenntnis, wenn er bedeutete, daß die „Rechte sich selbst aufgeben“ würde, „wenn sie dazu beitrüge, ... der Regierung das Fortwursteln zu ermöglichen“<sup>1208</sup>.

Schmidt hegte zu diesem Zeitpunkt nicht in geringster Weise Absichten, die sich in Richtung seiner Vorstellungen wandelnde Staatsform durch Unterstützung zu beeinflussen. Verhandlungsspielraum und Konzessionsbereitschaft waren nicht die gängigen Vokabeln seines politischen Wortschatzes, allzusehr hatte er sich dogmatisch auf den Sturz des demokratischen Regierungssystems festgelegt. In diesem Sinne gab es für ihn nur die radikale, politische Alternative aus „rechts oder links - Rettung oder Untergang“<sup>1209</sup>. Die Hugenberg und Schmidt gemeinsame Aversion gegen die SPD eignete sich – hier besonders augenfällig – hervorragend, um beider Zusammenwirken weiter zu grundieren.

---

<sup>1201</sup> Vgl. AdR, Kabinett Brüning I u. II, Bd. 1, S. 327: Aufzeichnung des Staatssekretärs Pünder über eine Unterredung des Reichskanzlers mit den Abgeordneten Hugenberg und Oberfohren, 17.7. 1930.

<sup>1202</sup> Vgl. Brüning, Memoiren, S. 181.

<sup>1203</sup> Politik und Wirtschaft, S. 317: Niederschrift über die Sitzung des Vorstandes der DNVP (Auszug), 24.7. 1930.

<sup>1204</sup> Vgl. Brüning, Memoiren, S. 181; Kolb, Weimarer Republik, S. 133.

<sup>1205</sup> Schmidt, Krisenstunden, NZ v. 17.7. 1930.

<sup>1206</sup> Beide Zitate aus: Schmidt, Krisenstunden, NZ v. 17.7. 1930.

<sup>1207</sup> Ebd.

<sup>1208</sup> Ebd. Schmidt hatte bereits in seinem Artikel in der Niederdeutschen Zeitung vom 2.7. eine „Loslösung des preußischen Zentrums von der SPD“ als undenkbar bezeichnet.

<sup>1209</sup> Schmidt, Die Entscheidung des 14. September, NZ v. 13.8. 1930.

Das Gespräch zwischen dem Kanzler und Hugenberg verlief nun erwartungsgemäß erfolglos, weshalb die Abstimmung über den Mißtrauensantrag der SPD für den 18. Juli angesetzt wurde. Mit dem Beschluß des Parteivorstandes vom 25. April und dem vorgetäuschten Einigungswillen im Gepäck konnte Hugenberg in einer Fraktionssitzung noch am 17. Juli mit Leichtigkeit Brüning als den Schuldigen hinstellen.<sup>1210</sup> Das wirkte. Hugenberg erhielt 34 Stimmen für und nurmehr 21 gegen sich, die sich durch die Erkenntnis der staatspolitischen Substanz nicht von ihrem Kurs abbringen ließen. Hatte sich Schmidt in der Fraktion hinter Hugenberg gestellt, so stimmte er am folgenden Tag zusammen mit 31 Gleichgesinnten gegen 25 Deutschnationale für die Aufhebung der Notverordnung.<sup>1211</sup> Schmidts Annahme, daß die deutschnationale Fraktion nach den Überwerfungen im letzten Dezember „schlackenlos“<sup>1212</sup> - wie er sich mit spürbar verächtlichem Unterton äußerte - in der Abstimmung auftreten würde, sollte sich nicht bewahrheiten. Für den ausgleichenden und staatspolitisch gouvernemental gesinnten Westarp war die Grenze endgültig erreicht - er vollzog den absehbaren Bruch durch eine von Hugenberg getrennte Erklärung im Reichstag.<sup>1213</sup>

Am Ende der Session wurde die Notverordnung mit 236 zu 221 Stimmen aufgehoben. Brüning löste daraufhin den Reichstag auf und erließ die Notverordnung in verschärfter Form am 26. Juli. Das Reich war auf dem Weg in eine andere Verfassungswirklichkeit.<sup>1214</sup>

Wie bewertete Schmidt die Vorgänge in der Fraktion, die objektiv zur zahlenmäßigen Schwächung der Deutschnationalen geführt hatten. Während Quaatz erleichtert feststellte, daß mit dem Austritt der Mannen um Westarp „endlich Klarheit geschaffen“<sup>1215</sup> worden war, ließ Schmidt Gedanken um seine politische Taktik zirkulieren. Ihrzufolge kam ein nüchternes, auf Verhandlungsbereitschaft gründendes Handeln nicht zum Tragen, da er in dem politischen Gegner nachgerade ein Axiom der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Staatsform sah. Mit ihm konnte es gleichsam *qua natura* keine Gemeinsamkeiten geben, in seinen Worten: „Wer das Übergewicht über die Linke erringen will, darf ihm nicht nach der Mitte entgegenrutschen“<sup>1216</sup>. Die

---

<sup>1210</sup> Politik und Wirtschaft, 17.7. 1930: Niederschrift über die Sitzungen der Reichstagsfraktion der DNVP, S. 294.

<sup>1211</sup> Vgl. VdRT IV. WP 1928, Bd. 428, 18.7. 1930, S. 6525.

<sup>1212</sup> Schmidt-Hannover M.d.R., Krisenstunden, NZ v. 17.7. 1930.

<sup>1213</sup> Vgl. zu Westarps fulminanter Erklärung: VdRT, IV. WP 1928, Bd. 428, 18.7. 1930, S. 6517.

Der umgehend folgende Austritt von 25 Abgeordneten wurde auf der Parteivorstandssitzung am 24.7. formal als Ausschluß gehandhabt. Westarps gouvernementale Haltung kommt am besten in einem Artikel in der Kreuzzeitung v. 22.2. 1930 zum Ausdruck, abgedruckt in: Jonas, Volkskonservative, S. 62

<sup>1214</sup> Vgl. Patch, Brüning, S. 95 f.

<sup>1215</sup> Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 18.7. 1930, S. 114.

<sup>1216</sup> Schmidt, Die Entscheidung des 14. September, NZ v. 13.8. 1930.

Folgerung daraus konnte nur die Verstärkung des Drucks „auf dem rechten Flügel“<sup>1217</sup> sein. Nicht kalkulierte Abwägung der verschiedenen Interessen war der Weg zu seinem bis dahin nicht näher beschriebenen politischen Ziel. Deutlich erkennbar wurde daran, daß ein notwendiger Grundkonsens, der das konservative bürgerliche Lager im Sinne eines Bürgerblocks mehrheitlich getragen und mit anderen politischen Auffassungen verbunden hätte, nicht vorhanden war. Wie tief diese koalitionsnegierende Art des politischen Denkens in Schmidt bereits verwurzelt war, zeigte die greifbar herablassende Art, als er die Selbstverständlichkeit dieses Ansatzes formulierte, wenn er von diesem „einfache[n] Grundsatz“<sup>1218</sup> sprach.

In dem nach der Auflösung einsetzenden Wahlkampf wurde - bei Abstraktion aller damit einhergehender Polarisierung in der politischen Debatte - ein weiterer taktischer Grundsatz seines politischen Ansatzes deutlich, den er wegen Mißachtung durch den gouvernementalen Flügel um Treviranus und Westarp von nun an gegen diesen wenden sollte. Schmidt hatte den, wie er sagte, „vornehmsten konservativen Grundsatz: Treue dem Führer“<sup>1219</sup>, in einer Weise inkorporiert, die das Spannungsverhältnis zwischen kritischer Loyalität und bedingungslosem Gehorsam bedenklich in Richtung der uneingeschränkten Unterwerfung zunehmend auflöste. Schmidt trug mit dieser Auffassung die Sammlungspolitik Hugenbergs uneingeschränkt mit – sieht man von dem kurzen Aufzucken ab, als Westarps Abschied vom Fraktionsvorsitz deutlich wurde. Er drang in das radikale Fahrwasser seines Vorsitzenden ein, brach bedenkenlos die Brücken zur Mitte ab, empfand die Dezimierung der Fraktion um immerhin 25 Mitglieder gleich Quaat als Akt, durch den „endlich Klarheit“<sup>1220</sup> geschaffen worden war und suchte konsequent das Zusammengehen mit den Nationalsozialisten. Da nichts Gegenläufiges seitens Schmidts zu vernehmen war, folgte auch er dem Vorstand in der Annahme, daß „der Rückfluß [von der NSDAP – d. Vf.] zu uns .. sehr bald kommen würde, wenn man nur „im Lande eine starke, kräftige, nationale, antimarxistische Partei aufbauen“<sup>1221</sup> würde. Innenpolitisch in der Auflösung des parlamentarischen Systems und außenpolitisch in der Ablehnung des Stresemannschen Erbes fühlte er sich mit den Nationalsozialisten

---

<sup>1217</sup> Ebd.

<sup>1218</sup> Ebd. Zu den neuen Grundsätzen gehörte es auch, wie Hugenberg Schmidt parteiintern anwies, „den Grafen Westarp in nächster Zeit nicht persönlich anzugreifen, sondern lieber tot zu schweigen“. Wieder war es Schmidt, der vom Parteivorsitzenden eine politische Marschrichtung erhielt, die er im Parteiapparat umsetzen sollte. N 1211 / 74 Hugenberg an Schmidt, 22.7. 1930.

<sup>1219</sup> Wir und das System. Schmidt (Hannover) bei der deutschnationalen Riesenkundgebung im Berliner Sportpalast, in: UP v. 22.8. 1930. Die im Sportpalast nach Hugenberg gehaltene Rede Schmidts wurde in einer Sonderausgabe des ‚Tag‘ mit seinem Bild abgedruckt. Vgl. Der Tag, Was will Hugenberg? Sonderausgabe August 1930.

<sup>1220</sup> Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 18.7. 1930, S. 114.

<sup>1221</sup> Politik und Wirtschaft, S. 319: Niederschrift über Sitzung des Vorstandes der DNVP, 24.7. 1930.

im Negativen geeint. Die einzig verbliebene politische Option schien ihm zugleich der einzig gangbare Weg.

Schmidts Wahlkampf war deshalb gekennzeichnet durch sein massives Eintreten für eine starke „nationale Opposition“, ja er betrachtete diesen gleichsam als notwendige „Fortsetzung des Volksbegehrenskampfes“<sup>1222</sup>. Nur in und mit dieser Opposition sah er die Möglichkeit als gegeben an, „in letzter Stunde schwere Fehler der Vergangenheit auszugleichen“<sup>1223</sup>. Wieder und wieder betonte er seine schon bekannte, radikale Alternative zwischen „rechts oder links, Rettung oder Untergang“ und unterstrich mit jedem Male seine politische Bündnisoption für das Zusammengehen von Deutschnationalen und Nationalsozialisten.<sup>1224</sup> Den Wahlkampf führte er „gegen die Linke“, „für die Änderung der Regierung in Preußen“ und um es Brüning „unmöglich zu machen, weiterhin mit wechselnden Mehrheiten das Reich zu Grunde zu richten“<sup>1225</sup>. Eine neue Regierung sollte nicht in der Lage sein, so glaubte er, die angenommene offensichtliche „Schlüsselstellung“<sup>1226</sup> der Deutschnationalen zu verkennen. Hervorstechendes Merkmal des Schmidtschen Wahlkampfes war die besondere Zentrierung desselben auf Hugenberg. Nicht allein, daß Schmidt verständlicherweise den Kurs Hugenbergs knapp der letzten zwei Jahre inhaltlich hochlobte, nein, in einem ganzseitigen Aufruf auf dem Titelblatt der Niederdeutschen Zeitung vom 10. September verbürgte er sich regelrecht für seinen Parteivorsitzenden. Unter dem Abdruck von drei - vorsichtig als wohlgesonnen zu bezeichnenden - Pressestimmen stellte Schmidt die Frage, der er sogleich blattzentriert die Antwort folgen ließ: „Wer hat also recht? Hugenberg!“<sup>1227</sup> Darunter war die Aufforderung gesetzt, mit der Liste 2 die DNVP zu wählen. Zur besonderen Bekräftigung war unterhalb dessen ein großes Bild Schmidts zu sehen, das er handschriftlich signiert hatte mit dem einfachen und auf Polarisation zielenden Satz: „Ist ein Volk in höchster Not, bringt der Mittelweg den Tod!“<sup>1228</sup> Darunter hatte er seine Unterschrift gesetzt.

Schmidt führte den Wahlkampf nicht in seinem Wahlkreis Nr. 15. Der Umzug nach Berlin und seine ständige Präsenz in der Hauptstadt im Kreise Hugenbergs hatten es ihm gleich Quaatz als sinnvoller erscheinen lassen, nicht in Hannover-Ost anzutreten<sup>1229</sup> und sich in der Parteivorstandssitzung am 16. August auf Platz sechs

---

<sup>1222</sup> Schmidt, zit. nach: Stader Tageblatt v. 21.8. 1930.

<sup>1223</sup> Schmidt, Die Entscheidung des 14. September, NZ v. 13.8. 1930.

<sup>1224</sup> Vgl. ebd u. Bericht über eine Rede Schmidts in seinem Wahlkreis, in: Stader Tageblatt v. 21.8. 1930. In einem anderen Fall benutzte Schmidt die Formel „rechts heran“. Vgl. Schmidt, Rechts heran, wer die Not wenden will, NZ v. 31.8. 1930.

<sup>1225</sup> Alle drei Zitate Schmidts, zit. nach: Stader Volksblatt v. 21.8. 1930.

<sup>1226</sup> Schmidt, zit. nach: ebd.

<sup>1227</sup> NZ v. 10.9. 1930.

<sup>1228</sup> Ebd.

<sup>1229</sup> Dies bestätigt das Reichstagshandbuch, da für den Wahlkreis Nr. 15 (Osthannover) unter Wahlvorschlagsnummern Namen einzelner Abgeordneter für die SPD (Nr. 1), die NSDAP (Nr.

der Reichsliste aufstellen zu lassen.<sup>1230</sup> Da Hugenberg nach einer Kandidatur in drei Wahlkreisen auch in seinem angestammten westfälischen Kreis gewählt worden war, benötigte er den ersten Listenplatz nicht, sodaß Schmidt als Fünfter auf der Liste in den Reichstag einzog.<sup>1231</sup>

Die Ergebnisse im Wahlkreis Nr. 15 waren für die Deutschnationalen verheerend. Sie verloren mit rund 8000 Stimmen 15 % ihres Anteils von 1928 und konnten gerade noch 46000 Stimmen auf sich vereinigen.<sup>1232</sup> Eine Ahnung dieses Einbruchs, der wesentlich bedingt war durch den Aderlaß im Dezember 1929 und Juli 1930, mußte Schmidt gleichwohl schon im Vorfeld der Wahl - entgegen aller psychologisch verständlichen und legitimen Zuversicht in seinen Reden - bekommen haben. Denn im Juni 1930 konstatierte er das unübersehbare, „starke Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung“<sup>1233</sup> in den Landtagswahlen. Diese hatte nicht nur in Hannover-Ost das Achteinhalbfache ihres Ergebnisses von 1928 mit rund 119000 Stimmen erreicht<sup>1234</sup>, sondern hatte auf Reichsebene mit 18,3 % rund das Siebenfache gegenüber der letzten Reichstagswahl erzielt. Es ist nicht undenkbar, daß Schmidt sich aus dieser Vorsehung heraus auf der Liste absichern ließ, vielleicht war es auch Hugenbergs Bestreben, ihn gleich Quaatz nicht als engsten Mitarbeiter zu verlieren.

Das nüchterne deutschnationale-nationalsozialistische Zahlenverhältnis ergab 7 gegenüber 18,3 % der Stimmen und 41 gegenüber 107 Mandaten. Der Stimmenanteil hatte sich gegenüber der Wahl vom Mai 1924 beinahe in sein Gegenteil verkehrt.<sup>1235</sup>

Die Nationalsozialisten besaßen seit September unweigerlich ein für die Machtverteilung innerhalb der „nationalen Opposition“ entscheidendes Gewicht.

Wie bewertete Schmidt den Erdrutschsieg der Nationalsozialisten in der Wahl zum fünften Reichstag am 14. September 1931, der die ‚Katastrophenwahl‘ kennzeichnete? Er stimmte mit seinem ihm eng vertrauten, aber nicht unbedingt befreundeten Kollegen Quaatz überein, daß die zwei, durch den obstruktiven staatspolitischen Kurs Hugenbergs bedingten Spaltungen in jedem Fall notwendig gewesen waren. Obwohl diese ganz erheblich in seinen Augen zu den deutschnationalen Verlusten beigetragen

9) und die Deutsch-Hannoversche Partei (Nr.14) aufgeführt sind, die Deutschnationalen und - für sie angestammt - Schmidt aber gänzlich fehlen. Vgl. Reichstagshandbuch V. Wahlperiode 1930, hg. v. Bureau des Reichstages, Berlin 1930, S. 228. Im Nachlaß und in der NZ sind zudem keine Auftritte in Hannover-Ost belegt.

<sup>1230</sup> Vgl. Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 16.8. 1930, S. 115. Den Platz sechs des Reichswahlvorschlages Nr. 2 (DNVP) für Schmidt bestätigt auch das Reichstagshandbuch. Vgl. Reichstagshandbuch V. Wahlperiode 1930, hg. v. Bureau des Reichstages, Berlin 1930, S. 259. Die Wahl Schmidts als Reichswahlvorschlag wird im Kurzlebenslauf Schmidts bestätigt. Vgl. ebd., S. 461. Vgl. sein Bild, ebd., S. 598.

<sup>1231</sup> Vgl. UP v. 18.9. 1930.

<sup>1232</sup> Vgl. ebd.

<sup>1233</sup> N 1231 / 3 Dem Führer folgen! Zum 65. Geburtstag Dr. Hugenbergs. Von Schmidt (Hannover) M.d.R., 17.6. 1930, S. 3, Bl. 124.

<sup>1234</sup> Vgl. UP v. 18.9. 1930.



hatten, konnte er nun seine Genugtuung darüber zum Ausdruck bringen, daß die Deutschnationalen „krisenfest“<sup>1236</sup> geworden seien. Eine schmerzhaftige Niederlage, die den Nationalsozialisten die Oberhand über die Deutschnationalen gab, sah er in den Ergebnissen aufgrund seines Glaubens an eine gemeinsame ‚nationale Opposition‘ gleichwohl nicht.<sup>1237</sup>

Bei seinem bemerkenswerten, anderweitig später noch zu beleuchtenden Auftritt im Reichstag am 18. Oktober schwang er sich zum engagierten Verteidiger der „nationalen Opposition“ auf. Sein sozialdemokratischer Vorredner Hoegner hatte sich in sehr scharfer Weise mit der nationalsozialistischen Partei seit deren Bestehen auseinandergesetzt<sup>1238</sup>, insbesondere mit der Rede des Abgeordneten und gleichzeitigen Reichsorganisationsleiters der NSDAP, Gregor Strasser, vom 17. Oktober. Obwohl Hoegner sich in seinen langen, zum großen Teil außenpolitischen Ausführungen beinahe ausschließlich der NSDAP gewidmet hatte, sah sich Schmidt veranlaßt, für diese als Teil der „nationalen Opposition“ mit selbstgewissem Ton Stellung zu beziehen: „Seine [Hoegners - d. Vf.] Ausführungen gegen die nationale Rechte, ..., seine unerhörten Anschuldigungen gegen ein Mann wie Hitler reichen der nationalen Opposition nicht bis an die Stiefelspitzen“<sup>1239</sup>. Nachdem er für seine Hitler-Bemerkung besonderen Beifall von den Nationalsozialisten geerntet hatte, wandte er sich der Regierung zu, der er Ignoranz gegenüber dem „Proteststurm der Wahl des 14. September“<sup>1240</sup> vorwarf. Eine konkretere Bestimmung, was denn das Ergebnis der Beachtung des Proteststurms gewesen wäre, unterblieb, ohne die professionelle Aufforderung zu unterlassen, darob zurückzutreten.<sup>1241</sup>

Zuletzt setzte er sich für die soeben wegen Hochverrats verurteilten jungen Ulmer Reichswehroffiziere ein, die entgegen ihren Dienstpflichten politisches resp. nationalsozialistisches Gedankengut in der Reichswehr offen propagiert hatten. Ihnen

---

<sup>1235</sup> Vgl. zur Stimmenverteilung 1924 und 1930: Kolb, Weimarer Republik, S. 308 f.

<sup>1236</sup> So wurde Schmidt bei einem öffentlichen Auftritt in Kassel am 21.11. 1930, am Jahrestag des Parteitages in Kassel, von einer Zeitung, deren Namen nicht ausgemacht werden konnte, am 25.11. 1930 zitiert. Schmidt zit. nach: R 8005 / 77, Bl. 36.

<sup>1237</sup> In einem Brief an Wegener zwei Tage nach der Wahl ist deshalb auch kein Wort über die faktische Niederlage zu vernehmen. Politischer Instinkt für die folgenreiche, gefährliche Unterlegenheit gegenüber der NSDAP war nicht zu beobachten. Vgl. N 1003 / 31 Schmidt an Wegener, 16.10. 1930.

<sup>1238</sup> Vgl. VdRT V. WP 1930, Bd. 444, 18.10. 1930, S. 131-140. Sein Fraktionskollege von Oldenburg-Januschau, der vor Schmidt den Kanzler angegriffen hatte, erwähnt Schmidt in den ein Jahr vor seinem Tod publizierten Erinnerungen nicht. Vgl. Oldenburg-Januschau, E.v., Erinnerungen von Elard von Oldenburg-Januschau, Leipzig 1936, S. 224-230 (14. Kap., „Mein letztes Auftreten“).

<sup>1239</sup> VdRT V. WP 1930, Bd. 444, 18.10. 1930, S. 141. Bei einem Diskussionsabend im Nationalen Club in Berlin zeigte er sich ähnlich selbstbewußt und im festen Glauben an den Zusammenhalt des Bündnisses mit der NSDAP. Mit dem Ausgang der Wahl hatte für ihn ein „neuer Kampfabschnitt für die nationale Opposition begonnen“. Siegesgewiß endete er mit den Worten: „Sie ist gerüstet“. Schmidt zit. nach: NZ v. 25.10. 1930.

<sup>1240</sup> Ebd. Zum Beifall der Nationalsozialisten, vgl. ebd.

sagte er im Namen der Deutschnationalen zu, „mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln die Begnadigung und Rehabilitierung betreiben“<sup>1242</sup> zu wollen. Natürlich mußte bei der Bewertung dieser Aussagen beachtet werden, daß die vor dem Plenum abgegebene Stellungnahme gleichsam öffentlich geschah, mithin das Betreiben der Deutschnationalen deutlich erkennbar war, von ihrer Seite vollkommene Einigkeit zu präsentieren. Trotzdem blieb der Eindruck haften, daß Schmidt besonders bemüht war, das Bündnis mit der NSDAP zu bekräftigen.

Die inhaltliche Grundlage für das bemerkenswerte Eintreten Schmidts bildete dabei, ganz wie es Freytagh unlängst angedeutet hatte, die gemeinsame außenpolitische Lesart und die Übereinstimmung in der damit verbundenen wehrpolitischen Frage. Schmidts Ziel war es gegenüber den - seiner Ansicht nach - „hochgerüsteten Nachbarn Deutschlands“, die die „wehrpolitische Schwäche des Reichs“ zu genau kennen, eine „großzügige politisch-diplomatische Offensive in der Abrüstungsfrage“ anzustrengen.<sup>1243</sup> Es entsprach ganz dem Geist der durch die ökonomischen Wirrnisse verunsicherten Staatenwelt<sup>1244</sup>, wenn Schmidt „Schutz vor dem Unwetter der Weltwirtschaftskrise ... nicht in internationaler Solidarität, sondern nur hinter den Mauern des durch Aufrüstung und Nahrungssicherung neu geschaffenen Nationalstaates“<sup>1245</sup> ersah. So war es naheliegend, wenn Schmidt die Konsequenz dessen in seiner alten Forderung nach „Neugestaltung der deutschen Wehrform“<sup>1246</sup> erblickte. Dies bedeutete wiederum nichts anderes als die seit jeher geforderte, durch den Versailler Vertrag verbotene Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Den Zustand der Beziehungen zwischen NSDAP und DNVP, den er im Reichstag nach Kräften zu stärken suchte, konnte er durch Einblick in die deutschnationalen Landesverbänden bewerten. In der Parteizentrale war er, neben seinen Aufgaben in der Fraktion<sup>1247</sup>, weiterhin derjenige, der in enger Verbindung mit Rudolf Heß Unebenheiten verschiedensten Ausmaßes hinter den Kulissen zu bereinigen hatte. Ein herausgenommener Vorfall warf ein schärferes Licht auf das von Schmidt gepriesene Bündnis, gab einen guten Eindruck von jener Arroganz, mit der sich die

<sup>1241</sup> Vgl. VdRT V. WP 1930, Bd. 444, 18.10. 1930, S. 144.

<sup>1242</sup> VdRT V. WP 1930, Bd. 444, 18.10. 1930, S. 142.

<sup>1243</sup> Alle drei Zitate: ebd., S. 144.

<sup>1244</sup> Vgl. zum weltweiten Rückgriff auf „herkömmliche Rezepte der überlieferten Machtpolitik“ infolge der Weltwirtschaftskrise: Hildebrand, Reich, S. 516 ff. (Zitat: S. 516 f.).

<sup>1245</sup> R 8005 / 77, Bl. 36: Bericht über einen öffentlichen Auftritt Schmidts am 21.11. 1930 in Kassel „am Jahrestag des Kasseler Parteitages“, N.N.-Zeitung v. 25.11. 1930.

<sup>1246</sup> VdRT V. WP 1930, Bd. 444, 18.10. 1930, S. 143. In einem formlosen Bericht v. 11.11. 1930 über eine „Wehrkundgebung des Dresdner Stahlhelms“ wird Schmidt deutlicher mit der Forderung zitiert, „zur allgemeinen Wehrpflicht mit kurzer Dienstzeit zurückzukehren“. In: N 1211 / 66. Von Rückkehr zu sprechen war insofern nicht richtig, als die Dienstzeit vor dem Krieg zwei Jahre betragen hatte.

Nationalsozialisten nach der Septemberwahl in zunehmenden Maße von den Deutschnationalen distanzieren.<sup>1248</sup>

So schilderte ihm der Nachfolger Schlanges als pommerscher Landesvorsitzender und alte Bekannte aus „Oberost-Zeiten“, von Zitzewitz (Groß Gansen), die Haltung der Nationalsozialisten im Kreisverein Köslin. Dort hatte der deutschnationale Landesvorsitzende vergeblich versucht, mit seinem Pendant von der NSDAP Kontakt aufzunehmen, um eine gemeinsame Kreistagsliste aufzustellen. Dieser ließ sich für ihn weder sprechen noch beantwortete er einen an ihn gesendeten Brief, sodaß Zitzewitz an den Kreisführer in derselben Sache herantrat. Von diesem wurde das Anliegen gleichwohl „rundweg abgelehnt“<sup>1249</sup>, die vorherige Absprache eines „Burgfriedens“<sup>1250</sup> für den Wahlkampf erfuhr dasselbe Schicksal. Schmidt trat daraufhin, wie er Zitzewitz berichtete, sofort an Hitler resp. Heß heran.<sup>1251</sup> Er versicherte dabei Zitzewitz, daß Hitler „mit uns in persönlich durchaus freundschaftlicher Fühlung“<sup>1252</sup> sei und zeigte sich davon überzeugt, „daß er [Hitler - d. Vf.] die Art, wie seine Unterführer in Pommern ... Nationalpolitik treiben, kaum billigen dürfte“<sup>1253</sup>. Um die Entstehung des Eindrucks zu vermeiden, „daß wir irgendwie den Nazis nachlaufen“<sup>1254</sup>, wies Schmidt Zitzewitz an, eine mäßigende Stellungnahme von seiten der NSDAP auf die unteren Chargen abzuwarten, bevor ein erneuter Versuch der Fühlungnahme versucht würde. Dieser Briefwechsel belegte eindrucksvoll, daß Schmidt zu diesem Zeitpunkt ernsthaft von der Aufrichtigkeit und dem Willen zur vertrauensvollen Zusammenarbeit Hitlers überzeugt war. Andererseits offenbarte er, daß bereits im Herbst 1930 mitunter ein zögerliches Eingeständnis der deutschnationalen zahlenmäßigen Schwäche vorhanden war, das die psychologisch fatale Neigung zur Folge hatte, sich die Gunst der

---

<sup>1247</sup> Schmidt war nach der Septemberwahl in der Fraktion allein zuständiger Sachbearbeiter für das Heerwesen, zusammen mit Koch und Quaatz war er zuständig für Verkehrsfragen und mit Bang und Schwecht für vaterländische Wehr- und Jugendverbände. Vgl. UP v. 18.9. 1930.

<sup>1248</sup> Ein anderer Vorfall wurde ihm zur Bearbeitung mit Heß von Hugenberg vorgelegt. In diesem Fall war es in einer öffentlichen Versammlung des deutschnationalen Landesverbandes Berlin zu verbalen Tiraden eines der auch anwesenden Nationalsozialisten gegen die DNVP gekommen, deren kurioses und gleichzeitig erhellendes Ende ihm folgendermaßen beschrieben wurde: „Alle Augenblicke erschollen die Rufe ‚Deutschland erwache‘. Zum Schluß ging es wüst zu. Die Nationalsozialisten stießen wieder diese Rufe aus und stimmten das Hitlerlied an, die Kommunisten sangen die Internationale, sodaß unser Landtagsabgeordneter Pfarrer Koch schnell ans Klavier sprang und das Deutschlandlied anstimmte, sodaß es uns gelang, Herr der Situation zu bleiben. Hinzufügen will ich auch noch, daß mich die Nationalsozialisten durch wüstes Geschrei daran hinderten, meine Schlußansprache zu halten“. N 1211 / 30 Bürgermeister Berndt an Hugenberg, 27.11. 1930. Vgl. zur weiteren Bearbeitung durch Schmidt: N 1211 / 30 Schmidt an Hitler, 1.12. 1930 u. N 1211 / 30 Heß an Schmidt, 9.12. 1930.

<sup>1249</sup> N 1211 / 30 v. Zitzewitz (Groß Gansen) an Schmidt, 14.11. 1930.

<sup>1250</sup> Ebd.

<sup>1251</sup> Vgl. N 1211 / 30 Heß an Schmidt, 27.11. 1930.

<sup>1252</sup> N 1211 / 30 Schmidt an v. Zitzewitz, 17.11. 1930.

<sup>1253</sup> Ebd.

<sup>1254</sup> Ebd.

Nationalsozialisten bestätigen zu lassen und damit Abhängigkeit von ihnen zu beweisen.

Schmidts Mißtrauen - gelähmt durch den Wunsch nach führender Beteiligung an dem lang ersehnten nationalen Bündnis zu Zerstörung der Republik - gegenüber dem stetig wachsenden Nationalsozialismus wurde auch nicht durch das geweckt, was Duesterberg im nachhinein durchaus zutreffend als „gesellschaftliche Backpfeife“<sup>1255</sup> bezeichnete. Hugenberg hatte eine Einladung zu einem Wochenendbesuch auf seinem Gut Rohbraken bei Rinteln im Weserbergland an Schmidt, Seldte, Duesterberg, Wagner, Hitler und Gregor Strasser ausgesprochen. Der gewählte, private Rahmen deutete daraufhin, daß Hugenberg eine besonders günstige, harmonische Atmosphäre herbeizuführen wünschte, um die Beziehungen geschickt durch eine persönliche Note zu verbessern. Das erkennbare Bemühen, zukunftsweisende Gespräche bei einem eigens dafür ausgerichteten Abendessen zu ermöglichen, wurde von Hitler und Gregor Strasser unter unhöflichster Mißachtung der Etikette nicht gewürdigt: Strasser sagte „im letzten Augenblick ... für sich und Hitler aus nichtigen Gründen ab“<sup>1256</sup>.

Zusammengenommen ergaben diese Ereignisse folgendes Bild: 1930 war Schmidt, ausgehend von dem aus seiner Sicht weiteren Erfolg versprechenden Reichsausschuß im Vorjahr, von der Idee einer starken, einflußreichen „nationalen Opposition“ stark fasziniert. Obzwar er in seiner herausgehobenen Position die ersten dunklen Wolken am „nationalen“ Himmel der Landesverbände schlechterdings nicht übersehen konnte, scheute er vor größerem Mißtrauen zurück. Die mit dem stetigen Erstarken der NSDAP zunehmende Abhängigkeit, die im September ihr erstes machtpolitisches Fundament erhalten hatte, erkannte er noch nicht. Vielmehr sah er darin eine erfreuliche Vergrößerung der „nationalen Opposition“. Schmidt belegte damit exemplarisch für die Anhänger Hugenbergs, daß sie „lange nicht von einem Konkurrenzverhältnis zwischen beiden Bewegungen ausgingen“<sup>1257</sup>.

In der bereits angeführten Debatte des Reichstages am 18. Oktober ließ Schmidt in aller Deutlichkeit erkennen, daß die republikanische Staatsform nicht mehr als einen ‚Fetzen Papier‘ für ihn darstellte. Nach seiner Verteidigung der „nationalen Opposition“ ließ er pointiert verlautbaren, wie die von ihm als kaiserlichem Hauptmann noch vor zwölf Jahren gleichsam als heilig behandelten Werte Fahne und Verfassung unter

---

<sup>1255</sup> N 1377 / 46, Kap. 18, S. 154. Duesterberg datiert die Einladung Hugenbergs nicht. Die zweifellos durch den Wahlerfolg gesteigerte Überheblichkeit der Nationalsozialisten spricht eher für einen Zeitpunkt nach dem 14. September. Gleichwohl war Hitlers Verhalten gegenüber Hugenberg schon nach seinem Ausscheiden aus dem Reichsausschuß im April nicht gerade von Respekt gekennzeichnet, sodaß eine frühere Datierung nicht unbedingt falsch sein muß.

<sup>1256</sup> Ebd., S. 154 f.

<sup>1257</sup> Mergel, Scheitern, S. 365. Diese außerordentlich gewichtige Feststellung, die sich aus den Quellen Schmidts eindrucksvoll belegen läßt, wird bei Mergel bedauerlicherweise nicht durch Primärquellen grundiert.

republikanischen Vorzeichen verachtet wurden. Anhand des Leipziger Hochverratsprozesses rollte er die Frage des militärischen Gehorsams auf, dessen Nichtbefolgung er indirekt rechtfertigte. Nach scharfen Anschuldigungen gegen den abwesenden Reichswehrminister Groener und seinen Vertrauten Schleicher ob ihrer angeblichen Tendenz zur Politisierung der Reichswehr<sup>1258</sup> sah er das notwendige Vertrauen der Offiziere in die Führung schlichtweg als nicht vorhanden an. Er brachte hernach sein Verständnis für die Ulmer Offiziere mit schärfster antidemokratischer Note zum Ausdruck, da „die heutige Wehrmacht ja leider den Fahneneid auf ein ‚Abstraktum‘ zu leisten hat, auf ein mehr oder minder durchlöcherteres Instrument von fragwürdigem Wert, die Verfassung“<sup>1259</sup>. Hierüber entlud sich im folgenden ein kurzer heftiger Disput zwischen Schmidt und Brüning, in dem der Reichskanzler, teils zur Stärkung seiner im Laufe der Debatte angegriffenen Autorität, teils aus ernsthafter Besorgnis über den respektlosen Umgang mit den staatlichen Fundamenten, das Wort an den drei Jahre jüngeren Hauptmann a.D. richtete: „Ich kann mich nicht entsinnen, von seiten eines sozialistischen Abgeordneten eine solche Verhöhnung des Fahneneides gehört zu haben, wie sie der Abgeordnete Schmidt, ..., heute ausgesprochen hat“<sup>1260</sup>. Die Reaktion Schmidts war, unabhängig von der situativen Eigenheit eines solchen Wortduells im gefüllten Reichstag, bezeichnend: „Wodurch habe ich den Fahneneid verhöhnt?“<sup>1261</sup> Brüning, der davon ausgegangen war, den ehemaligen Offizier Schmidt klug am „nationalen Portepée“ packen zu können, hatte die staatspolitische Haltung in den deutschnationalen Reihen verkannt. Schmidt hatte nach eigener Lesart gar nichts verhöhnt, weil das angeblich Verhöhnende für ihn gar nicht die Würde besaß, verhöhnt werden zu können. Konnte die folgenreiche Verachtung für die Republik greifbarer sein als an diesem Herbsttag des Jahres 1930?

Ein bezeichnender Nebenaspekt lag in der Bewertung der Machtlage im Reich und in Preußen. Die SPD hatte sich nach einem Kurswechsel im Herbst 1930 daran gemacht, Brünings Politik zu stützen.<sup>1262</sup> Nüchternes Interesse dahinter war der Wille zum Erhalt

---

<sup>1258</sup> Vgl. VdRT V. WP 1930, Bd. 444, 18.10. 1930, S. 143. Mit Schleicher korrespondierte Schmidt intensiv über Politisierungstendenzen in der Reichswehr und auch über - nach Schleicher - schädliche Artikel in der Scherlpressen, da sie „fast ausnahmslos die Truppe gegen die Führung“ ausspielten. N 42 / 59 Schleicher an Schmidt, 12.11. 1930. Vgl. in diesem Zusammenhang weiterhin: N 42 / 59 Schmidt an Schleicher, 20.12. 1930 u. Schleicher an Schmidt, 29.12. 1930. Aus der Korrespondenz wurde ersichtlich, daß Schmidt auch die Bearbeitung solcher Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Wehrministerium und der DNVP zu erledigen hatte. Der Kontakt zwischen den beiden völlig verschiedenen Männern sollte sich dienstlich in den nächsten Jahren vertiefen.

<sup>1259</sup> VdRT V. WP 1930, Bd. 444, 18.10. 1930, S. 144. Vgl. auch die Berichterstattung in der deutschnationalen Presse über Schmidt, z.B. Der Tag v. 19.10. 1930.

<sup>1260</sup> VdRT V. WP 1930, Bd. 444, 18.10. 1930, S. 174.

<sup>1261</sup> Ebd.

<sup>1262</sup> Die wissenschaftliche Literatur, die die Tolierungspolitik der SPD weithin als einzig realistisch bezeichnet, hat diese Problematik intensiv diskutiert. Vgl. Pyta, W., Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in

der Koalition in Preußen (SPD, Z, seit Sommer 1930 Deutsche Staatspartei, vormals DDP) unter Otto Braun. Solange die SPD den Kanzler stützte, konnte er sie, wie es der Geist der Gedanken um das Hindenburg-Kabinett auf Reichsebene gewesen war, nicht aus der Verantwortung treiben. Hätte nun die DNVP Brüning im Reich gestützt, hätte das Zentrum in Preußen keine Rücksicht auf die SPD nehmen müssen. Kurz: Die Stützung Brünings im Reich durch die DNVP hätte den stets geforderten Weg frei gemacht nach Preußen. Daß diese Gedanken bei Schmidt oder auch Quatz oder Hugenberg nicht zirkuliert wurden, machte unumwunden deutlich, mit welcher disziplinierten Verbissenheit sie selbst in ihren obstruktiven Gedankengängen andere Optionen als die Zerstörung des verbliebenen „pluralistisch-liberalistischen“ Systems gar nicht sehen konnten. Sorgenvoll bemüht trat Schmidt den „Versuchen des Zentrums [entgegen – d. Vf.], hinter unserem Rücken die Nazis ins Spiel zu ziehen“, um „auf den großen Linien zum Zusammenspiel“<sup>1263</sup> zu kommen. Seine Option war mithin nicht eine Beteiligung an der Macht im Staat, sondern vielmehr der unbändige Wille, eine antiparlamentarische Rechte in ihrem erwünschten Zusammenwachsen zu befördern.

An Schmidt wurde damit deutlich erkennbar, daß ein gewisser Teil des deutschen Konservativismus, der sich in kleiner Zahl in der verbleibenden DNVP gefunden hatte<sup>1264</sup>, zur parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik keine Verbindung besaß, da seine Suche - wie es Manstein für das kaiserliche Offizierskorps nach 1918 bezeichnet hatte - nach einem „anderen Symbol seiner Treuepflicht“<sup>1265</sup> nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches mißlungen war. Die folgenschwere Konsequenz daraus war die verzweifelte Suche nach einem neuen Symbol, dessen Umrisse nur negativ gezeichnet werden konnten, denn von Monarchie sprach als ernsthafter Option niemand: Es sollte antirepublikanisch, antidemokratisch und antiparlamentarisch sein. Da das ungewisse Ziel nicht definiert war, wurde sämtliche Kraft darauf verwendet, das Bestehende, die Weimarer Republik, durch massive Obstruktion niederzureißen.<sup>1266</sup>

---

der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989, S. 203 ff.; Schaeffer, R., Die SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930-1932, Frankfurt 1990, S. 65 ff.

<sup>1263</sup> N 1003 / 31 Schmidt an Wegener, 22.12. 1930. Vgl. zu Brünings Angeboten an die NSDAP die genaue Analyse von: Patch, Brüning, S. 135 f.

<sup>1264</sup> Das verschworene Element dieser geringen Gruppe von Abgeordneten kam in den nachträglichen Äußerungen Quatz' über die Sessionen des Reichstages der „vorigen Woche“ zum Ausdruck: „Unser Auftreten war geschlossen und wirksam. Wir 40 Mann duellierten mit der Regierung“. Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 25.10. 1930, S. 117. Ähnlich lobte Freytagh (DNVP, S. 82 f.) die innere Geschlossenheit der Fraktion, die in der Sitzung des Reichstages am 18.10. zum Ausdruck kam. Vgl. zur Erwähnung Schmidts: ebd., S. 83.

<sup>1265</sup> Manstein, Soldatenleben, S. 54.

<sup>1266</sup> Vgl. Mergel, Scheitern, S. 360, 367. Mergel teilt den übriggebliebenen Deutschnationalen generell das Attribut alldeutsch zu. Da es den Anschein hat, als gebrauche er dies synonym für den Kurs Hugenbergs, ist dies richtig. Bedenkt man Schmidts Austritt aus der ADV-Ortsgruppe

Augenfällig an Schmidts verächtlichen Äußerungen im Herbst 1930 über die Verfassung war, daß der Unterschied zu solchen von nationalsozialistischer Seite nur noch in der verhältnismäßig moderaten Wortwahl zu finden war.<sup>1267</sup> Voller Stolz lobte er die „Spitzenleistungen“ der „jetzt völlig konformen Reichstagsfraktion“<sup>1268</sup>. Ein deutlicheres Bekenntnis zu Hugenbergs ‚Block-Politik‘ war nicht denkbar.

### **6.3. Der mißlungene Schock: Harzburg und Schmidts erwachtes Mißtrauen**

Der engste Mitarbeiter Reichskanzler Brünings, Staatssekretär Pünder, hatte Anfang Oktober 1930 über ein Gespräch des Regierungschefs mit den deutschnationalen Emissären von Winterfeld und Oberfohren notiert, daß „klar erkennbar .. keinerlei engere Beziehungen zu den Nationalsozialisten“<sup>1269</sup> beständen. Er hatte damit nüchtern zurechtgerückt, in welchem Zustand sich das Verhältnis trotz massiver Bemühungen auch Schmidts befand: Pünder hatte erkannt, daß der erfolglose Reichsausschuß keine tiefere Bedeutung für das Zusammengehen der sogenannten nationalen Opposition gehabt hatte.

Schmidt ging gleichwohl mit unverbrüchlicher und unbegründet optimistischer Agilität ins neue Jahr und sprach allein im Januar 1931 sechsmal über das von ihm prophezeite „Schicksalsjahr der nationalen Opposition“<sup>1270</sup> - eine, wie sich zeigen sollte, salomonische Vorausbestimmung.

Im Februar 1931 begleitete er Gespräche an der Seite Hugenbergs über das vom zunehmend politisch aktiven Stahlhelm schon im Oktober 1930<sup>1271</sup> in Augenschein

noch in Hannover und seine geflissentliche Kritik an dem polternden Tonfall der Deutschen Zeitung geht diese Generalisierung allerdings zu weit.

<sup>1267</sup> Der Vorredner Schmidts, Hoegner (SPD), war beispielsweise ständig von Straßer (NSDAP), auf den die Rede besonders zielte, unterbrochen worden, u.a. mit der aggressiven Bemerkung: „Diesem System gegenüber kenne ich kein Ehrenwort!“ VdRT V. WP 1930, Bd. 444, 18.10. 1930, S. 133; ähnlich der kurz danach folgende, auf Hoegners Beruf Bezug nehmende, situative und die Verachtung gegenüber den Staatsorganen verdeutlichende Zuruf Straßers: „Haben Sie Angst, Herr Staatsanwalt?“ Ebd., S. 137.

<sup>1268</sup> N 1003 / 31 Schmidt an Wegener, 22.12. 1930.

<sup>1269</sup> AdR Brüning I, Nr. 135: Vermerk des Staatssekretärs Pünder über den Empfang des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten, 8.10. 1930, S. 511.

<sup>1270</sup> Schmidt in einer Reichsgründungsfeier der DNVP in Berlin, zit. nach: Berliner Lokalanzeiger v. 22.1. 1931. Auszüge dieser Rede auch abgedruckt in: Deutsche Zeitung v. 23.1. 1931. Zur Auflistung der Redeorte Schmidts, vgl. UP v. 15.2. 1931.

<sup>1271</sup> Seldte hatte dies auf dem Frontsoldatentag in Koblenz am 4. / 5. Oktober angekündigt. Vgl. HStA Hannover Hann. 180 Han. Nr. 774, Bd. 5: Mitt. Des LKAs I a Berlin v. 1.11. 1930, Elfter Reichsfrontsoldatentag des Stahlhelms am Rhein; N 1211 / 72 a Schmidt an die Vorsitzenden der Landesverbände: Verhältnis der DNVP zu benachbarten nationalen Organisationen (30 S.), vertraulich, Berlin Juni 1932, S. 10 (i.f. zit. als Schmidt, DNVP-nationale Organisationen, Juni 1932); Berghahn, Stahlhelm, S. 158; Bracher, Auflösung, S. 341 Anm. 83.

Die dreißig Seiten umfassende Darstellung Schmidts sollte nach der Einleitung die 1932 vorherrschenden, „kritischen Diskussionen über Harzburg, Reichspräsidenten-Frage und Länderwahlen nicht verlängern, sondern abkürzen“. Zugleich sollte sie ein „bescheidener Beitrag zum Beweis der Tatsache sein, daß die ganze Politik Dr. Hugenbergs von einer in der Geschichte der deutschen Parteien beispiellosen aufopfernden Loyalität gegenüber den Bundesgenossen gewesen ist“. Die Aufzeichnung trägt die Unterschrift Schmidts, ist demnach

genommene Volksbegehren zur Auflösung des preußischen Landtags, der turnusgemäß im Frühjahr 1932 neu gewählt werden sollte. Die DNVP war im Herbst des vorangegangenen Jahres nicht im Vorfeld über das Vorhaben orientiert worden.<sup>1272</sup> Eine enge Tuchföhlung bestand somit nicht.

Die deutschnationale Parteispitze betrachtete ein Volksbegehren zur „beschleunigten Herbeiföhrung der Preußenwahl ... nicht als geeignetes Mittel“<sup>1273</sup>, weil man eine weitere Verschlechterung des angespannten Verhältnisses zwischen den Frontsoldaten und den Nationalsozialisten voraussah. Dieses resultierte zum mindesten aus dem Vorwurf zum Beispiel Gregor Strassers, Hugenberg vor der Abstimmung am 3. April zum Umschwenken bewegt zu haben – was nicht ganz aus der Luft gegriffen war.<sup>1274</sup> Darüber hinaus hatte Hitler die Doppelmitgliedschaft von Stahlhelm-Angehörigen in der NSDAP verboten.<sup>1275</sup> Und zuletzt hatte sich Seldte gegen Duesterbergs Gutheißen der neuen Thüringer Rechtskoalition unter Einschluß des Nationalsozialisten Frick gestellt, was das Unbehagen der Nationalsozialisten beförderte.<sup>1276</sup>

Zur Abwendung des Stahlhelm-Vorhabens hatten deshalb Schmidt und Hugenberg Vertreter des Stahlhelms am 4. Februar 1931 zu einem letzten Gespräch gebeten.<sup>1277</sup> Hitler hatte sich im vorhinein „in schärfster Form gegen ein solches Volksbegehren“<sup>1278</sup> ausgesprochen. Hugenberg hatte Hitler bereits am 3. Februar auseinandergesetzt, daß es „psychologisch richtig“<sup>1279</sup> wäre, wenn er an dem für den nächsten Tag anberaumten Gespräch teilnähme. Allein, Hitler blieb dem Treffen mißmutig-selbstbewußt fern, sodaß der deutschnationale Parteivorsitzende sich hernach mit

---

von ihm verfaßt worden und erhält ihren besonders verbindlichen Charakter dadurch, daß sie nicht als eines der zahlreichen, politischen Pamphlete Schmidts fungiert, sondern zur vertraulichen Information der Vorsitzenden der Landesverbände dient. Es macht die Haltung der DNVP aus der Feder Schmidts gegenüber den politischen Verbündeten deutlich, indem es den Kurs Hugenbergs vom Reichsausschuß 1929 bis nach der Reichspräsidentenwahl 1932 nachzeichnet. Die zeitnahe Niederschrift verbürgt einen unmittelbaren Eindruck Schmidts. Diese Quelle überragt damit alle anderen Zeugnisse Schmidts über diese Zeit durch ihre Unverfälschtheit.

<sup>1272</sup> Schmidt, DNVP-nationale Organisationen, S. 10. Der Stahlhelm hatte der DNVP (wie der NSDAP und der WP) den Entwurf Ende Oktober zugestellt. Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 158.

<sup>1273</sup> Schmidt, DNVP-nationale Organisationen, S. 10.

<sup>1274</sup> Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 146 Anm. 4.

<sup>1275</sup> Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 146.

<sup>1276</sup> Vgl. ebd., S. 148. Berghahn spricht zu diesem Zeitpunkt (Mai 1930) davon, daß die Beziehungen auf dem „Tiefpunkt“ gewesen seien.

<sup>1277</sup> Dies bestätigen zwei Briefe: vgl. N 1211 / 75 Schmidt an Wegener, 7.2. 1931 u. N 1211 / 30 Hugenberg an Hitler, 5.2. 1931. Nach Berghahn (Stahlhelm, S. 160) gingen die Einladungen vom Stahlhelm aus.

<sup>1278</sup> Schmidt, DNVP-nationale Organisationen, S. 11. Hitler wollte zu diesem Zeitpunkt die sichere Kenntnis aus Zentrumskreisen besitzen, daß der Preußische Landtag im Frühjahr 1931 aufgelöst würde. Vgl. ebd.

<sup>1279</sup> N 1211 / 30 Hugenberg an Hitler, 5.2. 1931.



seinen Bedenken „leider in vollem Umfang“<sup>1280</sup> bestätigt sah. Die Verärgerung über das Verhalten Hitlers war auf der Seite des Frontsoldatenbundes am 4. Februar - nach Schmidts Bekunden - „weißglühend“<sup>1281</sup>. Der vier Stunden dauernde, deutschnationale Überzeugungsversuch gegen ein alleiniges „Vorpellen“<sup>1282</sup> blieb aufgrund des nunmehr einsetzenden, sturen Trotzes des Stahlhelms erfolglos, obwohl der deutschnationale Parteivorsitzende seine „abweichende Auffassung zusammen mit Herrn Schmidt in deutlicher Weise zum Ausdruck gebracht hatte“<sup>1283</sup>. Schmidt und Hugenberg mühten sich somit aussichtslos aber nach Kräften, die Gegensätze im Sinne der erwünschten gemeinsamen Koalition auszubalancieren.

Der Stahlhelm verkündete daraufhin gelegentlich einer Pressekonferenz am selben Tag den offiziellen Antrag für das Volksbegehren, der noch am Abend bei den Behörden eingereicht wurde.<sup>1284</sup> Ein gemeinsames Vorgehen war damit vorerst gründlich mißglückt, was jedoch durch die mißmutige Unterstützung des Vorhabens seitens der Deutschnationalen und Nationalsozialisten schließlich formell kompensiert wurde.<sup>1285</sup> Die hernach eintretende „starke Trübung“<sup>1286</sup> im Verhältnis zwischen dem den Deutschnationalen aufgrund der Gründungsideen und personellen Verflechtung nahestehenden Frontsoldatenbund und der NSDAP verschlechterte die Atmosphäre in dem ohnehin als lose zu bezeichnenden Bündnis der nationalen Opposition.

Aus diesem ersten Unternehmen der ungleichen Partner im Jahre 1931 wurde einerseits erkennbar, daß Schmidt an entscheidender Position bei wichtigen Verhandlungen des Parteivorsitzenden stand. Andererseits bewahrheitete sich das Pünder'sche Diktum von den nicht vorhandenen, tragfähigen „engeren Beziehungen“ zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten: Hugenberg hielt gegenüber Hitler die Betonung für notwendig, „als die Voraussetzung einer erfolgreichen Änderung unserer politischen Verhältnisse“ anzuempfehlen, „von Zeit zu Zeit in persönliche

---

<sup>1280</sup> N 1211 / 30 Hugenberg an Hitler, 5.2. 1931. Berghahn führt bezeichnend für die Atmosphäre innerhalb der sog. nationalen Opposition an, daß die Stahlhelmführer an eben jenem 4.2. wenige Stunden vor dem Treffen Hitler mit seiner Entourage in einem Restaurant trafen, mehr als ein „höfliches Lächeln“ sei dabei aber nicht ausgetauscht worden. Berghahn, Stahlhelm, S. 160.

<sup>1281</sup> N 1211 / 75 Schmidt an Wegener, 7.2. 1931.

<sup>1282</sup> Ebd.

<sup>1283</sup> N 1211 / 30 Hugenberg an Hitler, 5.2. 1931. Vgl. bestätigend: Berghahn, Stahlhelm, S. 160.

<sup>1284</sup> Vgl. ebd. Die preußische Regierung suchte nach Kräften, das angestrengte Volksbegehren zu hintertreiben, sodaß der Stahlhelm erst am 4. März alle Formalien erfüllen konnte. Dies führte zum erbitterten Protest des Hauptgeschäftsführers des Unternehmens, Jenö von Egan-Krieger, bei der Regierung. Vgl. Schulze, Braun, S. 661 ff.; zu Egan: vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 167.

<sup>1285</sup> Vgl. Bracher, Auflösung, S. 341 f. Das Volksbegehren wurde weiterhin von der DVP und bezeichnenderweise von der KPD unterstützt. Vgl. ebd.

<sup>1286</sup> Schmidt, DNVP-nationale Organisationen, S. 11. Zur ideellen und personellen Verflechtung, vgl. ebd., S. 3 f. Vgl. bestätigend für die Unterstützung des Volksbegehrens durch Hugenberg: Berghahn, Stahlhelm, S. 173. Als die Einbringung des Volksbegehrens beschlossene Sache war, schloß sich die NSDAP widerwillig an. Vgl. ebd.

Führung miteinander treten [zu] müssen, wenn nicht Mißverständnisse entstehen sollen, ...“<sup>1287</sup>. Aus Schmidts Brief an Wegener – einen der engsten Freunde Hugenbergs aus der gemeinsamen, früherer Berufszeit – drei Tage nach dem Treffen war kein kritischer Ton gegenüber dem Verhalten Hitlers zu erkennen, vielmehr wurde der Eindruck des sich ernsthaft und nachsichtig-optimistisch, mit kleinen Schritten für das vage „nationale“ Bündnis engagierenden deutschnationalen Politikers vermittelt.

Das in seiner zentralen Funktion stark beschnittene Parlament verlor als „aktiver Faktor der Politik“<sup>1288</sup> noch mehr an Boden, als die nationale Opposition wenige Tage später aus dem Reichstag auszog. Die zunehmend mißbräuchlich vorgenommene Häufung von Anträgen auch seitens der KPD zu Agitationszwecken wurde durch Brüning in zweifacher Hinsicht unterbunden. Einerseits mußten erhöhte Steuereinnahmen oder -ausgaben fortan mit entsprechender Deckungsvorlage gerechtfertigt werden und andererseits durften Mißtrauensanträge des Reichstages nur noch konkret gegen die Regierung oder einen einzelnen Minister gerichtet werden. Zusätzlich zum zweiten Antrag wurde es den durch ihre Immunität geschützten Abgeordneten untersagt, als Redakteur eines Presseorgans responsibel zu sein.<sup>1289</sup> Nach einem am 7. Februar mit den Stimmen der SPD abgelehnten Mißtrauensantrag der NSDAP führte die Annahme der benannten Anträge im Reichstag am 10. Februar zum Verlassen desselben durch die Nationalsozialisten, die gefolgt wurden von den Deutschnationalen.<sup>1290</sup>

Der radikalen Obstruktionspolitik der „nationalen Opposition“ waren durch die angenommenen Anträge teilweise die parlamentsrechtlichen Grundlagen entzogen, sodaß die Entfernung aus dem „Tributreichstag“ die einzige - bedenkliche und kümmerliche - Handlungsoption in ihren Augen blieb. Offensichtlich war geworden, daß die Deutschnationalen sich den Nationalsozialisten angeschlossen hatten, sich somit bewußt in die „unbedingte Gefolgschaft“<sup>1291</sup> Hitlers begeben hatten und ihre Eigenständigkeit um eines nicht im geringsten gefestigten Bündnisses willen aus der Hand gaben. Ein anderer Bündnispartner, so sah die von Hugenberg absichtliche

---

<sup>1287</sup> N 1211 / 30 Hugenberg an Hitler, 5.2. 1931. Hugenberg war bereits im Januar in den Genuß der unausgesprochenen, mit antibürgerlichen Ressentiments beladenen Ablehnung Hitlers gekommen, als dieser „mit immer neuen Gründen erfolgte Verabredungen wieder aufhob“. Hugenberg hatte sich ihm dann „in München zur Verfügung gestellt“, wo Hitler auch noch „eine ½ Stunde zu spät“ kam. Es grenzte beinahe an Selbstverachtung, wenn er seine Begrüßung gegenüber Hitler mit den Worten wiedergab: „Diesmal sei ich ihm ja nun im wahrsten Sinne des Wortes nachgelaufen, aber ich hätte das getan um der Sache willen“ - es sollte nicht das letzte Mal sein, daß Hugenberg seine teilweise entehrende Duldsamkeit großzügig unter Beweis stellte. Die sämtlichen Zitate sind einer Zusammenstellung Schmidts (N 1211 / 72 a, S. 2) vom 16.11. 1948 über „Notizen über freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen DNVP und NSDAP“ entnommen (i.f. zit. als: Schmidt, Freundschaftliche Zusammenarbeit DNVP-NSDAP).

<sup>1288</sup> Bracher, Auflösung, S. 342.

<sup>1289</sup> Vgl. SEGK 1931, S. 25 f., 37 ff.; Winkler, Weimar, S. 399.

<sup>1290</sup> Zur namentlichen Abstimmung, vgl. VdRT V. WP 1930, Bd. 444, 10.2. 1931, S. 860-872. Vgl. auch Bracher, Auflösung, S. 343.

Entwicklung des deutschnationalen „Blocks“ aus, war schlechterdings nicht denkbar, genauer: ausgeschlossen.

Der Zugzwang, unter den die Deutschnationalen objektiv im Moment des nationalsozialistischen Verlassens gerieten, ließ sie aus Schmidts Sicht keineswegs in aktionistische Hektik verfallen. Im Gegenteil, er meinte darin einen nachgerade zwingend „notwendigen Kampfabschnitt in dem immer ernster werdenden Ringen zwischen einer in satter Selbstzufriedenheit erstarrten bürokratischen Diktatur und dem harten Macht- und Selbsterhaltungswillen einer nationalrevolutionär unterbauten großen Volksbewegung“<sup>1292</sup> zu erkennen. Über die Festigkeit der Deutschnationalen, nicht für die Beratungen einzelner Etats „in den Reichstag zurückzukehren“<sup>1293</sup>, notierte Goebbels nach einem Gespräch mit Schmidt gefällig: „Bravo!“<sup>1294</sup>

Nach dem 10. Februar nahm die außerparlamentarische Aktivität der Deutschnationalen auf dem Lande zu. Hinsichtlich des für den April anberaumten Stahlhelm-Volksbegehrens und der Entwicklung im Reichstag entsprechend berichtete der pommersche Oberpräsident deshalb von einer „regere[n] Tätigkeit“<sup>1295</sup> der Partei in Bauernversammlungen nach Berlin. Am 26. März sprach Schmidt im pommerschen Stolp.<sup>1296</sup> Nach dumpfen und polternden Angriffen gegen die nicht unumstrittene Finanzpolitik des „Hungerkanzlers“ und der erneut herausgestellten Bildung des Kabinetts gegen „die Rechte“<sup>1297</sup>, schloß er mit den Worten: „Immer unerträglicher werden die Zustände des heutigen Systems, immer zwingender wird die Forderung: Bahn frei für die nationale Opposition!“<sup>1298</sup> Schmidt bekannte sich demnach eindeutig

<sup>1291</sup> Graf Westarp, zit. nach: Bracher, Auflösung, S. 342.

<sup>1292</sup> Schmidt, Der Sinn des Kampfes, NZ v. 19.2. 1931. Daß Respekt vor der Staatsverfassung - Schmidt hatte sie unlängst als inhaltsleeres Abstraktum bezeichnet - nicht im geringsten in den Reihen der „nationalen Opposition“ vorhanden war, bewies der in ihren Augen gewiß konsequente Plan, ein eigenständiges „nationales“ Parlament in Weimar unter der Obhut des nationalsozialistischen Innenministers von Thüringen, Frick, auszurufen (vgl. Fest, Hitler, S. 412). Dem konnte die Regierung nur noch durch die Androhung der Reichsexekution einen Riegel vorschieben. Auch wenn die Bedingungen für diesen „nationalen“ Reichstag nur in Weimar gegeben waren, entbehrt es nicht einer kuriosen Ironie der Geschichte der Weimarer Republik, daß ihre schärfsten Verächter und aktivsten Totengräber gerade an die Geburtsstätte der so verhaßten Verfassung flüchten wollten. Den genius loci suchten sie dabei gewiß nicht. Bezeichnend für die durch Hugenbergs Politik gewonnene Gehörlosigkeit der DNVP war der warnende Ruf Kapitän Ehrhardts. Dieser - spätestens seit dem Kapp-Putsch nicht gerade als Vorkämpfer des Parlamentarismus firmierend - hatte eindrücklich davor gewarnt, den übrigen Parteien das Parlament zu überlassen. Sein Ruf verhallte ungehört. Vgl. Bracher, Auflösung, S. 343.

<sup>1293</sup> Fröhlich, Tagebücher Goebbels, Teil I Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 2: 1.1. 1931-31.12. 1936: Eintr. v. 17.2. 1931, S. 22. Goebbels begann mit den Worten: „Von Schmidt-Hannover erfahre ich ...“.

<sup>1294</sup> Ebd.

<sup>1295</sup> GStA PK HA I Rep. 77 Titel 4043 Nr. 278 Deutschnationale Volkspartei, Bl. 243: Oberpräsident von Pommern an preußisches Ministerium des Innern, o.D., ca. 30.3. 1931.

<sup>1296</sup> Der Bericht des Oberpräsidenten enthält diesen Hinweis. Vgl. ebd.

<sup>1297</sup> Schmidts Rede in Stolp am 26.3. 1931, zit. nach: UP v. 1.4. 1931.

<sup>1298</sup> Ebd. Auffallend war an Schmidts Auftreten in Stolp zudem, daß er nicht in seinem angestammten Wahlkreis sprach, sondern - wahrscheinlich von Hugenberg beauftragt - als

zu der von Hugenberg intendierten und ausgeführten Politik der vollständigen Obstruktion des Parlaments.

Am selben Tag hatte sich der Reichstag nach vorausgegangener Verabschiedung des Reichshaushalts für ein halbes Jahr vertagt.<sup>1299</sup> Seit dem Verlassen des Reichstages wurde das ohnehin schlechte Verhältnis zwischen Nationalsozialisten und Stahlhelm um einen aggressiv gegen die Deutschnationalen gerichteten, nationalsozialistischen Agitationskampf ergänzt. Dieser hatte sich so stark entwickelt, daß Schmidt mindestens zweimal in München schriftlich vorstellig wurde und die „Fortsetzung solcher Polemik“<sup>1300</sup> zu unterbinden erbat. Die Grundlagen – gemeinsame außenpolitische Ansichten und Kampf gegen Brüning - waren zweifellos in der „nationalen Opposition“ vorhanden. Die Atmosphäre im Innern war jedoch angespannt, zwischen dem Stahlhelm und Hitler nachgerade feindlich gestimmt.

Am 29. März konnte sich die NSDAP dazu durchringen, einer von der Reichsregierung erlassenen Notverordnung zum erleichterten Erlaß von Versammlungs- und Publikationsverboten mit der DNVP in einer EntschlieÙung zu begegnen. Der Reichspräsident wurde darin unverhohlen aufgefordert, sich von seinen vermeintlichen „gegenwärtigen Beratern“<sup>1301</sup> aus dem Kabinett Brüning und der SPD zu trennen, was erwartungsgemäß nicht geschah. Zur Abfassung der EntschlieÙung war parallel zum deutschnationalen Parteitag in Nürnberg am 28. und 29. März eine „Besprechung mit Nazi“<sup>1302</sup> geplant gewesen, zu der jedoch „weder Stahlhelm noch Hitler erschienen“<sup>1303</sup>, sodaß Hugenberg, der am 28. März vor der DNVP gesprochen hatte, vor Ende des Parteitags abreiste.<sup>1304</sup> Schmidt, der sich ständig in nächster Nähe Hugenburgs in der Parteizentrale aufhielt und von den phasenweisen, mehr im Persönlichen als Inhaltlichen liegenden Dissonanzen des Parteivorsitzenden mit Quaatz durch Zuwachs an Einfluß profitierte, hat diese Ereignisse sehr nah beobachtet. Er hat dann auch unweigerlich sehen können, daß von Hugenberg der

---

zugkräftiger Redner auch in anderen Gebieten nicht nur vereinzelt eingesetzt wurde. So sprach er am 12. April für das Volksbegehren in Berlin. Vgl. UP v. 15.5. 1931.

<sup>1299</sup> Vgl. Winkler, Weimar, S. 401.

<sup>1300</sup> N 1211 / 30 Schmidt an Hitler, 17.4. 1931. Bereits einen Monat zuvor hatte Schmidt aus demselben Grund an das Braune Haus geschrieben. Vgl. N 1211 / 30 Schmidt an Hitler, 19.3. 1931.

<sup>1301</sup> EntschlieÙung zit. nach: UuF 8, Nr. 1694 a: EntschlieÙung der Rechtsopposition (DNVP u. NSDAP) in Nürnberg vom 29. März gegen die neue Notverordnung, S. 157. Daß die EntschlieÙung gleichwohl u.a. von Hugenberg und Hitler unterzeichnet wurde, hatte nur formellen Charakter, da es schlechterdings nicht denkbar war, daß regionale Parteifunktionäre für ein Telegramm an den Reichskanzler verantwortlich zeichneten.

<sup>1302</sup> Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 29.3. 1931, S. 127.

<sup>1303</sup> Ebd.

<sup>1304</sup> Hugenberg sprach am Abend des 28. März' um acht Uhr, sodaß er am Sonntag, ohne mit Hitler gesprochen zu haben, nach Berlin abfuhr, bevor Quaatz am Sonntagnachmittag um halb fünf sprach. Vgl. das offizielle Programm, in: N 1327 / 44 a Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Bayern in Nürnberg, 28. u. 29. März 1931, München o.D. Zur verfrühten Abreise Hugenburgs, vgl. auch Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 29.3. 1931, S. 127.

nächste Schritt ausging. Gerade in Nürnberg - nach dem Zeugnis des dort anwesenden Quatz - von Hitler im wahrsten Sinne sitzen gelassen, ging einen Tag später von deutschnationaler Seite erneut die Initiative aus. Der Parteivorsitzende bat wie im Vorjahr Hitler nach Rohbraken<sup>1305</sup>, um dort eine möglichst einheitliche Linie für das weitere Vorgehen zu finden und um gleichzeitig die erheblichen Unebenheiten im Dreiecksverhältnis DNVP-Stahlhelm-NSDAP in privater, vorzugsweise versöhnlicher Atmosphäre einzuebnen.

Hitler sagte jedoch wegen der nach dem Berliner SA-Führer benannten Stennes-Revolve<sup>1306</sup>, der seit Ende März den ambivalenten Legalitätskurs des Parteivorsitzenden offen befandete, die Einladung ab.<sup>1307</sup> An seiner Statt - so war es Schmidt von dem nationalsozialistischen Abgeordneten Stöhr zuvor und „noch am Ostermontag“<sup>1308</sup>, dem Tag des Treffens, zugesagt worden - sollte Frick auf das nahe von Rinteln gelegene Gut fahren. Allein, Frick durfte aufgrund eines willkürlich erteilten Verbots Hitlers nicht erscheinen<sup>1309</sup>, sodaß am 7. April „nachmittags und abends ... Besprechungen“<sup>1310</sup> stattfanden, an denen Hugenberg, Schmidt, die Stahlhelm-Bundesführer Seldte und Duesterberg und ihr Bundeskanzler Wagner teilnahmen.

Die von Schmidt in einer „streng vertraulich[en]“ Aktennotiz für Hugenberg aufgeschriebenen Ergebnisse waren im wesentlichen des Inhalts: Zum einen wurden erwartungsgemäß die „[s]tarken Mißstimmungen .. bei den Stahlhelm-Führern gegen die Führung der NSDAP“<sup>1311</sup> bestätigt und damit die Atmosphäre innerhalb der „nationalen Opposition“ gekennzeichnet. Zum zweiten wurde in der Frage der im nächsten Jahr anstehenden Reichspräsidentenwahl dahingehend übereingekommen,

---

<sup>1305</sup> Zum Beleg der Einladung v. 30. März, vgl. Schmidt, Freundschaftliche Zusammenarbeit DNVP-NSDAP, S. 3.

<sup>1306</sup> Hitler verfügte am 1. April die Absetzung Stennes' und veranlaßte die Entfernung von dessen Mitgliedern aus der Partei. Vgl. Horn, W., Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP 1919-1933, Düsseldorf 1972, S. 332 f., 408-411; Fest, Hitler, S. 416.

<sup>1307</sup> Die Absage Hitlers geht aus einem Schreiben Hugenbergs hervor, das Schmidt teilweise in seine Zusammenstellung aufnahm. Vgl. Schmidt, Freundschaftliche Zusammenarbeit DNVP-NSDAP, S. 3: „Es tut mir sehr leid, Sie am 7. ds. Mts. in Rohbraken nicht zu sehen“.

<sup>1308</sup> N 1231 / 38 Aktennotiz (streng vertraulich) von Schmidt für Hugenberg, o.D., ca. 8.4. 1931, Bl. 284 (i.f. zit. als: Schmidt, Aktennotiz, ca. 8.4. 1931).

<sup>1309</sup> Vgl. ebd. In den folgenden Wochen entspann sich über das nationalsozialistische Ausbleiben ein Briefwechsel zwischen Schmidt und Heß, der deutlich machte, daß die nationalsozialistische Seite das Ausmaß der Stennes-Revolve - eine peinliche Schwäche gegenüber der während der Spaltungen so gerne verlachten DNVP - tunlichst herunterzuspielen suchte, indem sie mißverständliche Absprachen für das Fernbleiben Fricks vordergründig verantwortlich machte. Vgl. N 1211 / 30 Heß an Schmidt, 20.4. 1931 u. Heß an Schmidt, 27.4. 1931. Wenn Hugenberg am 4. April Hitler - wahrscheinlich wohlmeinend - „guten Erfolg“ für seine „Bereinigungsarbeit“ wünschte, wußte er gar nicht, wie sehr er damit den Ingrim und die tiefsitzende Abneigung Hitlers gegen den Bourgeois Hugenberg beförderte. Hugenbergs Brief zit. nach: Schmidt, Freundschaftliche Zusammenarbeit DNVP-NSDAP, S. 3.

<sup>1310</sup> Schmidt, Aktennotiz, ca. 8.4. 1931, Bl. 284. Berghahn führt dieses wichtige Gespräch nicht an. Der Grund liegt wahrscheinlich darin zu suchen, daß Schmidts Nachlaß beim Erscheinen des Buches noch nicht verfügbar war.

<sup>1311</sup> Schmidt, Aktennotiz, ca. 8.4. 1931, Bl. 285.

„daß keiner der Beteiligten von sich aus Kandidaten nominiert ..., ohne daß vorher eine Einigung zwischen Deutschnationalen und Stahlhelm festgelegt ist“<sup>1312</sup>. In Klammern fügte Schmidt hinzu: „Gleiches war in der letzten Besprechung zwischen Hitler einerseits und Dr. Hugenberg andererseits vereinbart worden“<sup>1313</sup>. Ohne eine konkrete Persönlichkeit zu benennen, stand damit im Umkehrschluß fest, was sich spätestens seit der Unterzeichnung des Young-Plans durch Hindenburg angebahnt hatte: Der kaiserliche Generalfeldmarschall würde 1932 von den politischen Kräften, die ihn 1925 im wesentlichen auf den Schild gehoben hatten, nicht mit Verbindlichkeit darauf zählen können, von diesen wiedergewählt zu werden - welch' Wandlung hatte selbst Schmidt erfahren, der ziemlich genau vor sechs Jahren Tirpitz in der Seelhorststraße begeistert unterstützt hatte. Schließlich wurde eine „Kundgebung der gesamten nationalen Opposition etwa acht Tage vor Zusammentritt des Reichstags“ von den Anwesenden „[i]n Aussicht genommen“<sup>1314</sup>. In diesen Besprechungen wurde demnach sehr früh und schon relativ scharf umrissen die Idee von Harzburg geboren - ohne Hitler. Nimmt man die Vorzeichen auf, unter denen dies geschah, konnte die Umsetzung nichts Gutes erwarten lassen.

Der Ostermontag hatte gezeigt, daß Schmidt zu streng vertraulichen Gesprächen über die Strategie der Deutschnationalen und des Stahlhelms von Hugenberg hinzugezogen wurde. Einen deutlicheren Beweis für die persönliche und inhaltliche Nähe im Verhältnis der beiden so unterschiedlichen Männer konnte es kaum geben. Die absolute Loyalität, deren Kehrseite die vollständige Kritiklosigkeit war, in Schmidts Augen geflissentlich als Gehorsam bezeichnet, sicherte ihm den unmittelbaren Zugang zum Parteivorsitzenden. Diese herausragende Position Schmidts mußte ihn gleichzeitig aus nächster Nähe erkennen lassen, daß Hitler regelrecht ostentativ sein Desinteresse an den Deutschnationalen zur Schau stellte. Dieser wußte, daß der DNVP die machtpolitische Basis gegenüber seiner bis dahin „ziemlich gönnerhaft“<sup>1315</sup> behandelten Partei mit dem 14. September 1930 weggebrochen war. Hugenberg - in der wesentlich schwächeren Position - mühte sich bis zur Würdelosigkeit um den vor arrogantern Selbstbewußtsein strotzenden Hitler. Dessen „untrüglichen Gefühl für

---

<sup>1312</sup> Ebd., Bl. 285. Da sich der Stahlhelm noch im Februar 1931 eindeutig für eine Kandidatur Hindenburgs ausgesprochen hatte, aber in diesem Treffen nicht darauf beharrte, deutete sich hier ein gewisser Spielraum an. Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 181.

<sup>1313</sup> Schmidt, Aktennotiz, Bl. 285. Deutschnationale Politiker, unter ihnen auch Schmidt, hatten bei einer Abendveranstaltung eine Woche zuvor anscheinend zu offensichtlich versucht, bei Goebbels die Haltung der Nationalsozialisten hinsichtlich der Reichspräsidenten kandidatur zu eruieren. Vgl. Fröhlich, Tagebücher Goebbels, Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 2: 1.1. 1931-31.12. 1936, Eintr.v. 23.3. 1931, S. 37.

<sup>1314</sup> Beide Zitate aus: Schmidt, Aktennotiz, ca. 8.4. 1931, Bl. 285. Zur Bestätigung der Datierung, vgl. auch Claß, Erinnerungen, S. 41. Berghahn (Stahlhelm, S. 181) liegt deshalb mit seiner Aussage falsch, daß die „Idee eines Treffens der ‚Nationalen Opposition‘ .. Ende August geboren“ wurde.

<sup>1315</sup> Hiller, DNVP, S. 557. Vgl. auch: Hoepke, Kampffront, S. 37.

Schwäche und Fäulnis“<sup>1316</sup> hatte ihn innerlich schon weit von Hugenberg entfernt, während Hugenberg noch immer realitätsfern an die ihm angeblich geschichtsbedingt aufgetragene Führung der „nationalen Opposition“ glaubte.<sup>1317</sup> Die Sammlungspolitik, deren Betreiben er im Alldeutschen Verband während des Kaiserreiches an der Seite Claß' erlernt und erfolgreich umgesetzt hatte, zersplitterte an dem Machtwillen des aufstrebenden Hitlers.<sup>1318</sup> Der letzte - tatsächlich von vornherein zum Scheitern verurteilte - Versuch der Deutschnationalen, die Führung im nationalen Lager für sich zu behaupten, war Harzburg. Einer der gleichfalls daran glaubte, sollte diese Tagung im wesentlichen organisatorisch und inhaltlich vorbereiten: Otto Schmidt.

Zu dem wenig glanzvollen Zustand der so lange ersehnten „nationalen Opposition“ traten darüber hinaus Querelen über die Parteizentrale, deren schärfster Kritiker Quatz war. Nach seinem Empfinden war Hugenberg Anfang April nicht nur „krank und überarbeitet“, sondern „regiert[e] ‚aus dem Kabinett‘ mit seinen drei Musketieren“<sup>1319</sup>. Diese von Quatz schon früher verwendete, durchaus bissig-ironisch zu verstehende Titulierung von Schmidt, Nagel und Brosius hatte ernsten Charakter. In zunehmendem Maße trug er große „Bedenken, daß sich die politische Arbeit mehr und mehr dort konzentriert“<sup>1320</sup>. Hatte er zuvor ernüchtert und scharf beobachtet, daß Hugenberg „eigentlich immer in einen kleinen Kreis gebannt“<sup>1321</sup> gewesen war, monierte er eindringlich und nicht völlig uneigennützig, daß er „seit vielen Monaten nicht die Möglichkeit gehabt [habe], Ihnen meine Auffassungen vorzutragen“<sup>1322</sup>. Quatz sah, kurz gesagt, seine Einflußmöglichkeiten im Schwinden begriffen. Die gegenläufige, exponierte Stellung Schmidts in der Parteizentrale wurde in dem resignativen Bekenntnis Quatz' gegenüber Hugenberg sichtbar, daß er „durch Herrn Schmidt über Ihre Auffassungen unterrichtet“<sup>1323</sup> werden mußte.

Zu Schmidts persönlichem Stab gehörte spätestens seit Sommer 1931 der gleichfalls als Hauptmann ausgeschiedene Herbert von Bose, der die Entwicklung der Partei seit Hugenburgs Amtsantritt gleich Schmidt bewertete.<sup>1324</sup>

---

<sup>1316</sup> Fest, Hitler, S. 425.

<sup>1317</sup> Vgl. Leopold, Hugenberg, S. 86.

<sup>1318</sup> Quatz' Feststellung, „daß wir in der Opposition ohne Führung sind“, legte nicht nur die Zerrahrenheit im nationalen Lager offen. Da nicht anzunehmen ist, daß er von sich aus die Führung an die NSDAP abzugeben bereit war, unterlag auch er dem Irrtum, daß die Deutschnationalen einen so gearteten Anspruch anmelden konnten. Quatz-Tagebuch, Eintr. 4.4. 1931, S. 129.

<sup>1319</sup> Beide Zitate aus: Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 4.4. 1931.

<sup>1320</sup> Brief Quatz' an Hugenberg v. 27.4. 1931, zit. nach: ebd., Eintr. v. 27.4. 1931, S. 131.

<sup>1321</sup> Ebd., Eintr. v. 4.4. 1931, S. 129.

<sup>1322</sup> Brief Quatz' an Hugenberg v. 27.4. 1931, zit. nach: ebd., Eintr. v. 27.4. 1931, S. 131.

<sup>1323</sup> Ebd., S. 132.

<sup>1324</sup> Vgl. ACDP Bestand Forschbach 01-199-005/5 Forschbach an Ministerialdirektor i.R. Bauch, 8.10. 1931, S. 1 f. Vgl. zum ungünstigen Bild Boses bei Tschirschky: Tschirschky, Hochverräter, S. 97.

Das finanzielle Ende der Partei vor Augen<sup>1325</sup>, die lähmenden Auseinandersetzungen in der Friedrich-Ebert-Straße und die unbefriedigende Zusammenarbeit innerhalb der „nationalen Opposition“ vor Augen orientierte Hugenberg bezeichnenderweise Schmidt am 28. April über seine Kapitulation vor diesem nicht gerade ermutigenden Notstand. Er überlegte für sich, daß er „diese Sorgen .. [s]einem Nachfolger überlassen“ wolle, da er „nach der Gesamtlage der Dinge keinen Ansatz zu einer Überwindung der Schwierigkeiten“<sup>1326</sup> sah. Allein, Hugenberg trat über diese Probleme, die er nur im engsten Kreis zirkulierte, nicht zurück, sondern setzte seine zähen, sammlungspolitischen Bemühungen fort.<sup>1327</sup>

Zunächst hatten der Geheimrat und an seiner Seite Schmidt eine Verdoppelung des nationalsozialistischen Reichstagswahlergebnisses vom September 1930 bei den Landtagswahlen in Lippe und Oldenburg im Mai 1931 zu gewahren.<sup>1328</sup> Außerdem distanzierte sich Hitler ab dem Sommer zunehmend von den sozialistischen Tendenzen im wirtschaftspolitischen Teil seines Parteiprogramms und wies die Protagonisten dieses Kurses deutlich in ihre Schranken.<sup>1329</sup> Natürlich gelang es Hitler damit nicht, ein in dieser Beziehung lange gewachsenes Mißtrauen in Industriellenkreisen zu entkräften, gleichwohl brach er in die letzte Domäne der Deutschnationalen ein.<sup>1330</sup>

Schmidts labile Gesundheitsverhältnisse fesselten ihn nun von Ende Juni bis tief in den Juli hinein an das Krankenbett, so daß er an dem wichtigen Gespräch Hugenburgs und Quaatz' mit Hitler und Göring nicht teilnehmen konnte.<sup>1331</sup> Quaatz, dessen Verhältnis sich nach dem deutlichen Brief weitlich verbessert hatte, wurde von Hugenberg im Juli „wieder zu allen Sachen“<sup>1332</sup> herangezogen und profitierte natürlich von Schmidts unfreiwilliger Ausschaltung. Auch war er es, der das Gespräch zwischen Hindenburg und Hugenberg vorbereitet hatte.<sup>1333</sup> Der Versuch des Staatsoberhauptes, am 1. August bei Hugenberg durchzudringen und ihn zum Zusammengehen mit Brüning zu bewegen, scheiterte an der Frage des Verhältnisses zur Sozialdemokratie.

---

<sup>1325</sup> Vgl. Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 2.5. 1931, S. 134.

<sup>1326</sup> N 1231 / 38 Hugenberg an Schmidt, 28.4. 1931, Bl. 282.

<sup>1327</sup> Inwiefern der von ihm ins Vertrauen gezogene Schmidt daran Anteil hatte, ist nicht konkret belegbar. Als relativ sicher kann aber gelten, daß er alles daran gesetzt haben dürfte, Hugenberg, mit dem er seine Politik verwirklicht sah und dem er seine Position letztlich verdankte, massiv zu bestürmen, den in Erwägung gezogenen Schritt nicht zu tun.

<sup>1328</sup> Bei den genannten Landtagswahlen zeigte sich das unerwartete Steigerungspotential, das der nationalsozialistischen Partei zu diesem Zeitpunkt innewohnte. Vgl. Tyrell, Aufstieg, S. 480.

<sup>1329</sup> Vgl. Fest, Hitler, S. 418.

<sup>1330</sup> Freytagh hatte die wirtschaftliche Kompetenz der Nationalsozialisten noch während des Fernbleibens aus dem Reichstag (DNVP, S. 84) geradezu belächelnd in Abrede gestellt und diese deutschnationale Domäne besonders hervorgehoben. Vgl. ebd., S. 79 f.

<sup>1331</sup> Vgl. N 1003 / 31 Schmidt an Wegener, 10.6. 1931; Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 15.7. 1931, S. 139.

<sup>1332</sup> Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 23.7. 1931, S. 140.

<sup>1333</sup> Vgl. ebd., Eintr. v. 23.7. 1931, S. 140.



Obwohl sich Hugenberg in oberlehrerhafter Manier herausnahm, den Reichspräsidenten darüber zu orientieren, daß eine Zusammenarbeit mit Brüning an dessen Tolerierung durch die SPD scheitere, drängte Hindenburg tunlichst „auf Verbindung Brünings mit Hugenberg“<sup>1334</sup>. So nahm Quatz das Ergebnis der am 27. August stattfindenden Besprechung zwischen Brüning und Kaas einerseits und Hugenberg und ihm andererseits vorweg, wonach ein Zusammengehen zu recht von ihm sehr stark bezweifelt wurde.<sup>1335</sup> Hier war es wieder die „Preußenwirtschaft“, gegen die Hugenberg bekanntermaßen „scharfe Opposition“ propagierte, die eine Annäherung verhinderte.<sup>1336</sup> Und nachdem Kaas mitgeteilt hatte, daß er eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag für eine zweite Amtszeit des Reichspräsidenten für geeignet hielt, behielt Hugenberg sich nicht nur hierfür „trotz aller Fühlungnahme volle Freiheit“<sup>1337</sup> vor. Vielmehr gab er ausdrücklich zu verstehen, welche politische Präferenz für ihn eindeutig vorrangig war, denn „er sei nicht töricht genug, sich von den Nazis zu trennen“<sup>1338</sup>. Es war mithin die einzig verbliebene Option.

Während Hugenberg ohne größeren Schmerz an Oldenburg-Januschau über den nicht unerwarteten, „negativen Ausgang der Verhandlung“<sup>1339</sup> berichtete, war es Hitler im Juli und August gelungen, sich aus seiner Isolation, in der er sich trotz des Wahlerfolges vom letzten Sommer auf Reichsebene befand, zu befreien. In diesen Monaten hatte er nicht nur mit der DNVP und dem Stahlhelm, sondern mit Schleicher, Hammerstein-Equord, Groener und zweimal mit Brüning konferiert.<sup>1340</sup> Endgültig hatte ihn das politische Establishment als „Verhandlungspartner anerkannt“<sup>1341</sup>. Sein ohnehin hohes Maß an Selbstbewußtsein wurde katapultartig potenziert. Er schoß über das Ziel hinaus, wenn er vorschnell verkündete: „Jetzt habe ich sie in der Tasche!“<sup>1342</sup> Noch war er nicht am Ziel. Aber psychologisch wurde es umso verständlicher, wenn er es immer weniger für nötig hielt, Gesprächsergebnisse behufs einer einheitlichen

---

<sup>1334</sup> Ebd., S. 142. Wie sehr sich Hindenburg eine Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung wünschte, wurde am Folgenden ablesbar: Hugenberg hatte sich in unglaublicher Weise dazu verstiegen, die dem alten Generalfeldmarschall weiland einer Fahrt über das Schlachtfeld von Tannenberg entgegengeschleuderten Beleidigungen damit abzutun, daß diese nationalsozialistischen Vorkommnisse „wohl nicht so schlimm gemeint gewesen“ seien. Im übrigen passiere ihm das auch. Aufzeichnung des Staatssekretärs Meißner über einen Empfang Hugenbergs durch den Reichspräsidenten, zit. nach: Hiller, EdP, S. 624.

<sup>1335</sup> Vgl. Quatz-Tagebuch, Eintr. 23.7. 1931, S. 142. Zur deutschnationalen Berichterstattung darüber, vgl. NZ v. 29.8. 1931.

<sup>1336</sup> Beide Zitate aus: Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 27.8. 1931, S. 144.

<sup>1337</sup> Ebd., S. 144.

<sup>1338</sup> Ebd., S. 144.

<sup>1339</sup> Brief Hugenbergs an Oldenburg-Januschau v. 29.8. 1931, zit. nach: ebd., Eintr. 29.8. 1931, S. 149.

<sup>1340</sup> Vgl. u.a zum Besuch Hitlers bei Brüning im August 1931 auch den Hinweis bei Quatz: Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 27.8. 1931, S. 144.

<sup>1341</sup> Hitlers begeisterte und erleichterte Reaktion im August, zit. nach: Fest, Hitler, S. 418 f.

<sup>1342</sup> Hitler, zit. nach: ebd., S. 418.

Verhandlungsstrategie der „nationalen Opposition“ zum mindesten informatorisch mitzuteilen.<sup>1343</sup>

Vor dem Hintergrund der machtpolitischen Grundlage des 14. September 1930 und der erfolgreichen ‚Akkreditierung‘ bei den politischen Entscheidungsträger der Weimarer Republik ein dreiviertel Jahr danach mußte das Verhalten Hitlers gegenüber den Deutschnationalen im weiteren Verlauf des Jahres 1931 gesehen werden.

Der nicht erfolgreiche Volksentscheid in Preußen am 9. August machte Gedanken an eine vorzeitige Auflösung des Landtags und eine sich anschließende Vorverlegung der dann notwendigen Wahl zunichte. Der turnusgemäße Termin im April des nächsten Jahres blieb damit bestehen.<sup>1344</sup> Schmidt hatte nach der Verkündung des Ergebnisses auf dem intensiv wahlkampfartig bearbeiteten Lande nach eigenem Bekunden „tiefgehende Entmutigung“<sup>1345</sup> festgestellt. Um einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken, sah es die deutschnationale Strategie vor, den „Hebel .. mit größter Beschleunigung beim Reich“<sup>1346</sup> anzusetzen. Das große Ziel dieser Unternehmung, so schrieb er 1932 in einem vertraulichen Parteibericht, sollte es sein, „einer nicht vorbelasteten nationalen Regierung ans Ruder zu verhelfen“, die einerseits „möglichst noch vor dem Winter der immer mehr zusammenschrumpfenden Wirtschaft Belebung“ bringen sollte und andererseits eine Umkehr in den „großen außenpolitischen Entscheidungen“ bewirken sollte.<sup>1347</sup> Das geeignete Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, sah Schmidt in einem „auf breiter Grundlage geführten Großangriff der nationalen Opposition“, der nicht zuletzt „von dem Mißerfolg des Stahlhelmvolksbegehrens ablenkte“<sup>1348</sup>. Die Anfang April in Rohbraken in Aussicht genommene Großkundgebung sollte durch ihre Terminierung kurz vor dem Zusammentreten des Reichstages bahn- und bannbrechende, nachgerade „schockartige“<sup>1349</sup> Wirkung auf die Mittelparteien haben. Dadurch sollte der „parlamentarische Sturz der Regierung in der bevorstehenden Reichstagssitzung“<sup>1350</sup> ausgelöst werden. Die Inthronisation einer „nationalen Regierung“ sollte somit erreicht werden. Kurz gesagt: Die DNVP erhoffte sich eine parlamentarische Mehrheit zum Sturz Brüning, die durch die Wucht der geschlossenen Kundgebung mit den

---

<sup>1343</sup> Pflichtschuldig-unterwürfig zeigte ihm im Gegensatz dazu Hugenberg seine Unterredung mit dem Reichspräsidenten noch am selben Tag an. Vgl. N 1003 / 73 Hugenberg an Wegener, 1.8. 1931.

<sup>1344</sup> Der Volksentscheid brachte nicht die erforderliche Stimmenmehrheit von 13,2 Millionen Stimmen ein, sondern nur 9,8 Millionen Stimmen. Vgl. UP v. 15.8. 1931.

<sup>1345</sup> Schmidt, DNVP-nationale Organisationen, S. 11.

<sup>1346</sup> Ebd., S. 11.

<sup>1347</sup> Alle drei Zitate in: ebd., S. 11 f.

<sup>1348</sup> Beide Zitate in: ebd., S. 12.

<sup>1349</sup> Schmidt, Umdenken, S. 271.

<sup>1350</sup> Hugenberg an Hitler, 20.3. 1932, zit. nach: Hiller, EdP, S. 628.

notwendigen Stimmen der Mittelparteien geformt werden sollte. Alles hing somit von der inneren Festigkeit der Tagung ab.

Unweigerlich drängte sich an dieser Stelle die Frage auf, ob die Lageeinschätzung Schmidts zumindest eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit für das Unternehmen versprach.

Der Gedanke, den Eindruck der Niederlage im Volksentscheid sich erst gar nicht im öffentlichen Bewußtsein setzen zu lassen, war zweifellos richtig. Ebenso war die Annahme des eher niedrigen Beliebtheitsgrades der Regierung nicht von der Hand zu weisen.<sup>1351</sup> Weit gewichtigere Gründe sprachen jedoch dagegen:

Erstens mußte die deutschnationale Partei selbst davon überzeugt sein, daß das Unterfangen gelingen konnte. In engeren Kreis um Hugenberg hatten sich zumindest zwei Exponenten dagegen ausgesprochen. Der Fraktionsvorsitzende Oberfohren<sup>1352</sup> und der zum engeren Kreis gehörige Quatz hatten sich vehement gegen die geplante „Schaustellung“ ausgesprochen, die ihrer Ansicht nach die Gefahr barg, vorhandene Eitelkeiten zu reizen.<sup>1353</sup> Den beiden Vertretern konnte durchaus gute Kenntnis der Nationalsozialisten zugesprochen werden, da sie diese gleichermaßen im Berliner Rampenlicht und im Wahlkampf, zumal als Parlamentarier, beobachten konnten. Allein, ihre angestellten Vermutungen wurden nicht berücksichtigt. Nicht zuletzt Schmidt, der im April keinen Widerspruch gegen den Plan hatte verlautbaren lassen, setzte sich an der Seite Hugenbergs gegen sie durch. Von einer geschlossenen DNVP-Spitze konnte angesichts der abweichenden, letztlich loyalen Einstellung führender Exponenten nicht die Rede sein.

Zweitens war eine in sich einige „nationale Opposition“ notwendig. Doch weder konnte von einem konzertierten Vorgehen von DNVP und NSDAP gegen die Regierung Brüning die Rede sein, noch bestand eine Klärung, wie die positive Arbeit in einer etwaigen Regierung auszusehen hätte - von der Klärung der Personalfragen ganz zu schweigen.

Drittens und letztlich entscheidend war das Vertrauen in und die Zustimmung zu einem solchen Kabinett durch den Reichspräsidenten. Da Hugenberg bisher den Eintritt in eine Regierung aufgrund der unveränderten Beteiligung der SPD in Preußen abgelehnt hatte und Hitler bei Hindenburg zu diesem Zeitpunkt noch keine besondere Achtung besaß, war auch diese Bedingung nicht erfüllt.

Hinzu kam die ungeklärte Frage, wie der Schritt von einer eventuell erfolgreichen Kundgebung hin zur Ernennung eines „nationalen“ Kabinetts vonstatten gehen sollte.

---

<sup>1351</sup> Vgl. Schmidt, DNVP-benachbarte nationale Organisationen, S. 12.

<sup>1352</sup> Vgl. Schmidt, Umdenken, S. 273. Schmidt nennt dort als Beweggrund Oberfohrens erlebte, „schwere Zusammenstöße mit nationalsozialistischen Kreisen“.

<sup>1353</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 19.10. 1931, S. 157.

Zusammengenommen deuteten all diese Gedanken nicht gerade auf ein reibungsloses Gelingen hin. Wenn der Weg trotzdem beschritten wurde, war dies aus der durch den Volksentscheid entstandenen Verlegenheit, aus der befremdenden Lageeinschätzung und durch den unbedingten Willen zur Macht zu erklären.<sup>1354</sup>

Nach dem Volksentscheid waren zwischenzeitlich Gerüchte aufgekommen, daß Hitler sich von Hugenberg lossagen wollte, wovon jedoch nach einer abendlichen Veranstaltung im Hause Görings am 24. August, an der auch Levetzow teilnahm, „keine Rede“<sup>1355</sup> mehr war. Sechs Tage später, am 30. August, fand im Hause von Hugenbergs Freund Wegener in Kreuth die Besprechung statt, in welcher Hitler - nach dem daran teilnehmenden Schmidt<sup>1356</sup> - der Plan der Kundgebung eröffnet wurde.<sup>1357</sup> Seldte nahm auch daran teil und konnte davon abgebracht werden, sich neben den beiden Parteien als Feigenblatt für die außerparlamentarische Qualität zu betrachten.<sup>1358</sup>

Zunächst begann die Aussprache mit der Diskussion über die Frage der Reichspräsidentenwahl. Nachdem beide Seiten erwartungsgemäß Hindenburg abgelehnt hatten, wurden verschiedene Kandidaten besprochen. Schmidt nannte Jarres und die Generale Goltz und Below, wobei er seinen alten

---

<sup>1354</sup> Vgl. ebd., Eintr. v. 27.8. 1931, S. 144. Wenn Quatz an dieser Stelle im Gespräch mit Brüning diesem gegenüber nach Hugenbergs Nennung der Lage in Preußen „die erbitterte, ja verzweifelte Stimmung auf der Rechten“ hervorhob, brachte er damit auch zum Ausdruck, daß in rechten Kreisen ein beinahe aggressives Verlangen nach dem Erhalt der Regierungsgewalt vorherrschte.

<sup>1355</sup> N 239 / 83 Levetzow an Donnermarck, 28.8. 1931, Bl. 67. Levetzow (ebd.) müssen Informationen über mögliche Trennungsabsichten Hitlers vorgelegen haben, denn er schrieb: „Mir .. wurde, ..., der Stein vom Herzen gewälzt, den ich die letzten Tage getragen hatte; es kann nunmehr gar keine Rede davon sein, daß er sich von Hugenberg trennt“. Ob sich Hitler darüber geärgert hatte, daß er dem zuerst abgelehnten Volksbegehren des Stahlhelms letztlich doch beigetreten war oder darüber, daß er nicht federführend diese Aktion leitete, blieb ungewiß. Daß seine Verärgerung über den Stahlhelm noch in dem Gespräch mit den Deutschnationalen am 30. August vorhanden war, bestätigt Schmidt. Vgl. ders., Umdenken, S. 274.

<sup>1356</sup> Granier (Levetzow, S. 163) führt das unklare Verhältnis der Forschung zur Bestimmung von Schmidts Position in der deutschnationalen Partei vor Augen, wenn er direkt aufeinander folgend Hugenberg und Schmidt im Sommer 1931 als „deutschnationale[.] Führer“ bezeichnet. Er unterliegt damit der Suggestion des sehr häufigen, gemeinsamen Auftretens, das Schmidt zum hochrangigen Funktionär werden läßt. In Wirklichkeit hatte er diese Position formal überhaupt nicht, sondern war aufgrund seiner von ihm besonders interpretierten Loyalität zum Adjutanten des Parteivorsitzenden geworden. Granier belegt damit ungewollt die ungemein gewichtige Position Schmidts in der unklaren Parteihierarchie um Hugenberg.

Die Teilnahme Schmidts und Seldtes wird bestätigt durch ein Schreiben Hugenbergs an Duesterberg v. 17.9. 1931: „Ich habe die ganze Frage in Kreuth im Beisein von Herrn Schmidt-Hannover eingehend mit Herrn Seldte durchgesprochen ...“ Zit. nach: Berghahn, Stahlhelm, S. 184 Anm. 3.

Das Hierarchie- und Zuständigkeitschaos war bereits durch die von Quatz im April 1931 kopfschüttelnd begleitete Erweiterung des „Musketierkorps“ um Lothar Steuer gesteigert worden. Zu Steuer: vgl. Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 4.4. 1931, S. 129.

<sup>1357</sup> Zum folgenden, vgl. Schmidt, Umdenken, S. 273 f.

<sup>1358</sup> Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 184 Anm. 3.

Regimentskommandeur für den „geheimen Favoriten“<sup>1359</sup> der Deutschnationalen hielt. Nach „vertraulichen Besprechungen“ unter Teilnahme von DNVP-Spitzen, Stahlhelm und NSDAP-Emissären (Frick, Strasser) in Schmidts Dahlemer Haus kurz zuvor war Below zu diesem Zeitpunkt bereits als Kandidat weitgehend akzeptiert.<sup>1360</sup> Auf Hugenbergs Nachfragen hin beteuerte Hitler diabolisch-unschuldig, selbst nicht kandidieren zu wollen. Trotz der weiterhin bestehenden Ressentiments gegen den Stahlhelm willigte der nationalsozialistische Parteivorsitzende in den von den Deutschnationalen und dem Frontsoldatenbund in Aussicht genommenen Plan einer „gemeinsamen Kundgebung der möglichst weit gefaßten nationalen Opposition“ ein.<sup>1361</sup> Zuletzt wurde dem Vorhaben ein organisatorisches Gerüst gegeben, indem von deutschnationaler Seite Schmidt und von nationalsozialistischer Seite Frick und Strasser die technische Vorbereitung übertragen wurde. Frick kam am 31. August nach Kreuth, um erste Gespräche aufzunehmen.<sup>1362</sup> Hugenberg hatte einen taktischen Sieg errungen, da er als der Initiator des Planes gelten konnte und dies auch deutlich herausstrich - die Konsequenzen aus dem hernach hierüber erwachsenden Verdruß Hitlers sollten sich recht schnell andeuten. Die Reichstagsfraktion war über das Werden der Harzburger Tagung nachgerade selbstredend nicht orientiert. Die Kreuther Eintracht währte nicht lange, vielmehr zeigte sich sehr schnell, daß eine gewachsene, beständige Einigkeit in den Reihen der „nationalen Opposition“ nur eine - von Hugenberg und Schmidt immer wieder aufs Neue nicht erkannte - Chimäre war. „Mitten in die Vorverhandlungen für die Harzburger Front hinein“<sup>1363</sup> kündigte Hitler am 7. September ohne vorherige mündliche Kontaktaufnahme schriftlich ultimatim bis zum

---

<sup>1359</sup> Ebd., S. 273. Wenn Schmidt Ende Dezember 1930 gegenüber Wegener zirkuliert hatte, daß Hugenberg nicht „darum herkommen wird, wenn alle Stränge reißen, sich gegebenenfalls selbst aufstellen zu lassen“, jetzt aber andere Namen genannt wurden, so ließ das folgende Schlüsse zu: Schmidt verkannte trotz der Nähe zu ihm die wenig publikumsgeeignete Persönlichkeit des Parteivorsitzenden vollständig. Hugenberg hatte aber aufgrund seiner Öffentlichkeitsscheu von sich aus jetzt diesen Gedanken verworfen. Allein die Schmidtsche Erwägung einer Kandidatur ließ nicht nur seine Überzeugung von der Richtigkeit des Kurses Hugenbergs unterstreichen. Vielmehr belegte sie das vollständige Unverständnis Schmidts für die aufkommende Wucht der nationalsozialistischen Bewegung.

<sup>1360</sup> Vgl. Treviranus, Ende, S. 297. Der Stahlhelm hatte sich also von seiner Position im Februar distanziert.

<sup>1361</sup> Die Reaktion in den vielzähligen Organisationen der „nationalen Opposition“ war nach Claß' Aussage von 1936 (Erinnerungen, S. 42) durchweg von Begeisterung geprägt; Teilen der NSDAP stieß es ungut auf, „daß wieder Hugenberg den Vorsitz führen sollte statt Hitler“. Daß dies „wieder“ so sei, bezog sich auf die deutschnationale Führung im Reichsausschuß von 1929.

<sup>1362</sup> Schmidt, Umdenken, S. 274. Er betont an dieser Stelle nicht noch einmal, daß die Wirkung der Kundgebung auf die Mittelparteien so gewaltig sein sollte, daß diese sich hernach am parlamentarischen Sturz - und das hieß mit der Mehrheit des Reichstages - Brünnings beteiligen sollten. Berghahn bestätigt diese Arbeitsgespräche ohne Beleg durch Quellen. Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 182.

<sup>1363</sup> Schmidt, DNVP-benachbarte nationale Organisationen, S. 12. Schmidt hatte diese u.a. mit Frick geführt: vgl. Schmidt, Umdenken, S. 274 f.; Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 11.10. 1931, S. 157.

16. September den „Austritt der nationalsozialistischen Partei aus der nationalen Opposition“<sup>1364</sup> an. Dies sollte geschehen, sofern die von ihm so dargestellte Verdrängung des NSDAP-Ministers Franzen durch die DNVP in Braunschweig nicht durch die Ernennung eines neuen Ministers kompensiert würde. Völlig gleichgültig gegenüber dem daraus erwachsenden negativen Eindruck der Öffentlichkeit vom Zusammenhalt der „nationalen Opposition“ schleuderte er die pressemäßige Bekanntmachung des Schrittes noch hinterher.<sup>1365</sup> Hugenberg konnte in den folgenden Tagen überzeugend die unterstellten, deutschnationalen „bösen Absichten“<sup>1366</sup> sachlich entkräften und Hitler von seinem hemmungslosen Vorgehen abbringen. Seine ehrliche Enttäuschung darüber, daß er „[n]ach der Entwicklung unserer persönlichen Beziehungen .. nicht angenommen [hätte], daß der eine dem anderen so leichthin die Trennung androhen könnte“<sup>1367</sup>, verdeutlichte die unterwürfige Naivität gegenüber dem eiskalten „Verstellungsvermögen“<sup>1368</sup> Hitlers.

Auf diese abstoßend-geniale Eigenschaft war Quatz hereingefallen, wenn er Anfang August das Verhältnis der Parteivorsitzenden als „sehr einig“<sup>1369</sup> bezeichnete, war Levezow hereingefallen, wenn er aus dem Gespräch mit Hitler am 24. August nicht die geringsten Trennungsabsichten Hitlers von Hugenberg mitnahm<sup>1370</sup>, war Schmidt hereingefallen, wenn er über das Treffen am 30. August festhielt, daß es in „freundlich-sachlich[er]“<sup>1371</sup> Atmosphäre stattgefunden hätte - mindestens ebenbürtig war ihnen Hugenberg gewesen. Es kam einer ironischen und zudem Mitleid erregenden Düpierung gleich, wenn Levezow just am 7. September seinen Freund Donnersmarck ermächtigte, Schmidt und Wegener von seinem glänzenden Eindruck gelegentlich des Abends mit Hitler am 24. August beruhigend zu berichten.<sup>1372</sup>

Aber das deutschnationale Mißtrauen schloß tief und fest weiter, sodaß Frick und Strasser „einige Tage später“<sup>1373</sup> erneut mit Hugenberg und Schmidt zusammentreffen konnten, ohne daß das Thema überhaupt zur Sprache kam.

---

<sup>1364</sup> N 1211 / 30 Hitler an Hugenberg, 7.9. 1931. Vgl auch: Schmidt, DNVP-benachbarte nationale Organisationen, S. 12.

<sup>1365</sup> N 1211 / 30 Hitler an Hugenberg, 7.9. 1931.

<sup>1366</sup> N 1211 / 30 Hugenberg an Hitler, 11.9. 1931.

<sup>1367</sup> N 1211 / 30 Hugenberg an Hitler, 9.9. 1931.

<sup>1368</sup> Fest, Hitler, S. 418.

<sup>1369</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 9.8. 1931, S. 142. Mitbedingt war diese positive Annahme wahrscheinlich durch das wenige Tage zuvor von der gesamten „nationalen Opposition“ an Brüning gesandte, scharfe Telegramm. Dieser verhandelte in London mit Vertretern der britischen Regierung über den Hoover-Plan. Im direkten Kontakt mit der Regierung hatte Hitler wiederum nichts gegen Koalitionäre einzuwenden, da sie ihn für die offizielle Seite in guter Gesellschaft zeigte. Vgl. UuF 8, Nr. 1707 Telegramm der Führer der „Nationalen Opposition“ an Reichskanzler Dr. Brüning v. 21.7. 1931, S. 194 f.

<sup>1370</sup> Vgl. N 239 / 83 Levezow an Donnersmarck, 28.8. 1931, Bl. 67.

<sup>1371</sup> Schmidt, Umdenken, S. 274.

<sup>1372</sup> Vgl. Granier, Levezow, S. 300 Anm. 6.

<sup>1373</sup> Hugenberg an Hitler, 20.3. 1932, zit. nach: Hiller, EdP, S. 628.

Wie sehr sich Schmidt der deutschnationalen Strategie verschrieben hatte, bewies ein Ereignis, das einen Tag vor dem Briefwechsel Hugenbergs mit Hitler stattgefunden hatte. Der Hauptmann wußte, daß ein so - wie er geplant war - herbeigeführter Sturz Brünings neben der demonstrierten Macht des Faktischen nur in einer möglichst günstigen Atmosphäre für den dann ebenfalls überwältigten Reichspräsidenten erfolgreich sein konnte. So machte er sich am 4. September zu dem engen Freund Levezows, Donnersmarck, auf dessen Einladung hin nach dem von Kreuth unweit gelegenen Rottach-Eggern auf. Schmidt versuchte dem dort nur auf Tagesbesuch verweilenden, geschickt abgepaßten Hindenburg „über das Thema Jagd ... die Persönlichkeit Hugenbergs näherzubringen“<sup>1374</sup>. Durchaus geschickt und redegewandt wird Schmidt sein Mögliches getan haben, aber er mußte resigniert konstatieren, daß das selbstverschuldet wenig vorteilhafte Bild des Geheimrats beim Reichspräsidenten nicht „bei einmaliger Tischunterhaltung“<sup>1375</sup> hinreichend andersfarbig zu konturieren war.

Die organisatorischen Vorbereitungen, wie die Wahl des Veranstaltungsortes, die Besprechung des programmäßigen Ablaufs der Veranstaltung, die protokollarisch stets pikante Auswahl der Einzuladenden und weitere technische Details wie Fahنشmuck, Unterbringung der Gäste etc., wurden von den drei Hauptveranstaltern in Angriff genommen. Für die DNVP übernahm Schmidt<sup>1376</sup> mit seinen Mitarbeitern Oscar Werdermann<sup>1377</sup> und Herbert von Bose<sup>1378</sup>, „eine Art Adjutant von Schmidt“<sup>1379</sup>, diese Aufgabe. Von nationalsozialistischer Seite übernahmen diese Arbeit vornehmlich ihr Reichsorganisationsleiter Gregor Straßer und

---

<sup>1374</sup> Schmidt, Umdenken, S. 277. Brüning (Memoiren, S. 380) bestätigt den Besuch Schmidts bei Hindenburg. Vgl. Patch jr., W., Heinrich Brüning and the dissolution of the Weimar Republic, Cambridge 1998, S. 190.

<sup>1375</sup> Ebd.

<sup>1376</sup> Zu Schmidts Beteiligung, vgl. N 1211 / 45 Schmidt an Militärregierung, S. 7; Forschbach, Jung, S. 35; ACDP Bestand Forschbach 01-199-005/5 Forschbach an Ministerialdirektor i.R. Botho Bauch, 8.10. 1970. Forschbach war zu dieser Zeit Rechtsreferendar und hatte sich - wie der Band über den Parteitag berichtet - „führend an der Gründung des deutschnationalen Kampfringes in Dortmund“ beteiligt. R 8005 / 57, Bl. 8. Die Kampfringe waren Jugendorganisationen.

<sup>1377</sup> Zu Werdermann, vgl. Schmidt, Umdenken, S. 283; N 1211 / 78 Werdermann, Notizen über Harzburg, 18.12. 1953 (zwei Seiten).

<sup>1378</sup> Vgl. u.a. KLE 345 Edmud Forschbach, Ein Erlebnisbericht aus den Jahren 1931-1939 (über den deutschen Widerstand), 1949, S. 3 (i.f. zit. als: KLE 345 Forschbach, Erlebnisbericht). Der Bericht Forschbachs findet sich auch in: ACDP Bestand Forschbach 01-199-014 / 1. Bose sollte als einer der Mitarbeiter des ehrlosen Papens in der Vizekanzlei am 30. Juni 1934 Opfer der mordenden SS-Häscher werden.

<sup>1379</sup> So bezeichnet ihn der Schmidt nahestehende Forschbach, einer der jüngeren Deutschnationalen (geb. 1903), der engen Kontakt zu Edgar Jung besaß. ACDP Bestand Forschbach 01-199-005/5, Forschbach an Ministerialdirektor i.R. Botho Bauch, 8.10. 1970, S. 3. Schmidt (Umdenken, S. 328, 358) nennt Bose seinen „Mitarbeiter“. Quatz hat zumindest nach dem Parteitag nicht an der Vorbereitung mitgewirkt, da er vom 24.9. bis 8.10. in Italien war. Vgl. Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 21.9. 1931, S. 154 Anm. 82. Ob er davor mitgearbeitet hat, ist

Frick.<sup>1380</sup> Vom Stahlhelm wurde dessen Bundeskanzler Wagner abgeordnet.<sup>1381</sup> Zusammengenommen firmierten Schmidt, Wagner und Frick als „Arbeitsausschuß der nationalen Opposition“<sup>1382</sup>.

Die Vorbereitungen für die auf das Wochenende des 10. / 11. Oktober vor dem Zusammentritt des Reichstags am 13. Oktober gelegte Kundgebung mußten in großer zeitlicher Hektik vonstatten gehen. Parallel verlief die Organisation des Parteitages in den Händen des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds Nagel.<sup>1383</sup> Seine Korrespondenz mit Hugenberg machte die hervorragende Stellung Schmidts zu diesem Zeitpunkt in bezeichnender Form offensichtlich. Schmidt war von Hugenberg schon ganz selbstverständlich als Redner zu dem Thema „Der deutsche Osten“ für den Stettiner Parteitag vorgesehen gewesen, so daß Nagel zur Unterbindung absehbarer, parteiinterner Verstimmungen mäßigend an den Vorsitzenden herantrat: „Da Schmidt-Hannover bereits auf dem Parteitag 1929 gesprochen hat, könnte von anderen Abgeordneten diese abermalige Herausstellung desselben Abgeordneten als nicht willkommen angesehen werden, bzw. als Zurücksetzung anderer“<sup>1384</sup>. Schmidt trat daraufhin nicht als Redner auf und fand sich auch nicht - entgegen Nagels Kompromißvorschlag - unter den drei im vorhinein bestimmten Deutschnationalen, die an der Aussprache über das Referat des an seiner Statt sprechenden pommerschen Landbundführers von Rohr teilnahmen.<sup>1385</sup> Es kann angenommen werden, daß Schmidt aufgrund der Vorbereitungen für Harzburg auch aus zeitlichen Gründen sein ursprüngliches Ansinnen zurückgezogen hat. Zu den 45 Ehrengästen des Parteitages

---

ungewiß. Er wird in diesem Zusammenhang nie genannt. Er wußte jedoch von den Verhandlungen. Vgl. Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 19.10. 1931, S. 157.

<sup>1380</sup> In einer späteren Aufzeichnung betont Schmidt, daß mit Straßer „vor und in Harzburg die meisten Verhandlungen geführt wurden“, während Frick dabei eine begleitende Rolle gespielt habe. N 1211 / 71 Schmidt, Harzburg, o.D., ca. 1948, S. 3. Die ungefähre Datierung geht aus der vierseitigen Aufzeichnung hervor. Fricks Teilnahme an den Gesprächen wird bestätigt durch: Schmidt, Umdenken, S. 274 f. u. Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 19.10. 1931, S. 157.

<sup>1381</sup> Vgl. N 1211 / 45 Schmidt an Militärregierung, 1.6. 1947, S. 7; N 1211 / 72 a Schmidt, DNVP-benachbarte nationale Organisationen, S. 12 f.; Schmidt, Umdenken, S. 275. Wagner entzog sich 1944 aufgrund seiner Verbindung mit den Verschwörern um Stauffenberg dem tödlichen Zugriff der Gestapo durch Selbstmord.

<sup>1382</sup> Bericht über den Stand der Vorbereitungen, in: NZ v. 8.10. 1931. Claß (Erinnerungen, S. 42) nennt für den Stahlhelm fälschlicherweise Duesterberg, den er gleichzeitig vom Oberstleutnant zum Major degradiert, was eine unbeabsichtigte Verwechslung mit Major Wagner erahnen läßt. Dagegen spricht, daß Claß diese Erinnerungen bereits am 8.11. 1936 aufzeichnete.

<sup>1383</sup> Nagel oblag die Organisation qua Amt. Vgl. R 8005 / 57 Sonderrundschreiben der DNVP v. 22.8. 1931, Bl. 109-112.

<sup>1384</sup> R 8005 / 57 Nagel (Berlin) an Hugenberg (Kreuth), 14.8. 1931, Bl. 115-115 a.

<sup>1385</sup> Zum Kompromißvorschlag, vgl. R 8005 / 57 Nagel (Berlin) an Schmidt (Kreuth), o.D., Bl. 119 f. Nach dem offiziellen Programm des Parteitags nahmen an der Aussprache zum Vortrag Rohrs teil: Frau v. Klitzing, Dr. Schmitthenner und v. Bartenwerffer. Vgl. N 1327 / 44 a Führer durch den 10. Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei in Stettin vom 18. bis 20. September, Berlin IX / 1931 (Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle), S. 11. Über den Parteitag, vgl. Der Montag v. 21.9. 1931.



gehörten unter anderen auch General von Below, Prinz Oskar und Generalfeldmarschall von Mackensen.<sup>1386</sup>

Über die Arbeitsgespräche zwischen den drei Organisatoren und die detaillierte Umsetzung der Ergebnisse ist wenig bekannt. Der Veranstaltungsort mußte, um eine Kundgebung ohne Auflagen durchführen zu können, in einem deutschnational oder nationalsozialistisch regierten Land gewählt werden. Zur Auswahl standen zumindest das fränkische Coburg und Bad Harzburg - die Stadt im deutschnational regierten Braunschweiger Land wurde gewählt.<sup>1387</sup>

Eindeutig steht fest, daß die deutschnationale Parteizentrale in der Friedrich-Ebert-Straße 29 in Berlin als alleinige Organisationsplattform und damit als Gesprächsort des Arbeitsausschusses diente. Folgerichtig wurden die Einladungen des Arbeitsausschusses von der Hauptgeschäftsstelle der DNVP versandt und gleichfalls die Antworten dorthin erbeten<sup>1388</sup> - das deutschnationale Übergewicht bei der Organisation der Kundgebung war unübersehbar.

Da - nach Forschbach - die rein „technischen Vorbereitungen .. in der Hand Herrn von Boses“<sup>1389</sup> lagen, war Schmidt die inhaltliche Gestaltung und die organisatorische Koordination mit Frick und Wagner aufgelegt. Diese drei Herren setzten bis zum Beginn der Kundgebung eine Fassung des gemeinsamen Manifests auf.<sup>1390</sup>

Neben derjenigen an die Mitglieder der beiden Reichstags- und Landtagsfraktionen wurde eine große Anzahl an Einladungen ausgesprochen, um das ursprünglich intendierte Ziel der weit gefaßten Kundgebung zu erreichen. Schmidt hat diese in Absprache mit Hugenberg vorgenommen und konnte dabei seine direkt an Hugenberg gelehnte Position in der deutschnationalen Partei nutzen, die ihn weithin bekannt gemacht hatte. Nur mit Schmidts Billigung wird es Bose außerdem möglich gewesen sein, Personen einzuladen, „von denen man hoffen durfte, daß sie wirklich nichts

---

<sup>1386</sup> Vgl. R 8005 / 57, Bl. 140. Zu Mackensen: vgl. Schwarzmüller, Mackensen, S. 240 f.

<sup>1387</sup> Daß diese Alternative bestand, belegt Quaatz. Vgl. Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 19.10. 1931, S. 157. Warum die Wahl auf das deutschnational regierte Braunschweig mit Bad Harzburg fiel und nicht auf das nationalsozialistische Coburg, könnte möglicherweise an einer verständlichen Präferenz Hugenbergs gelegen haben, selbst die rechtliche Hohheit mittelbar in Händen zu halten.

<sup>1388</sup> Diese Informationen gehen aus der Einladung des Arbeitsausschusses hervor, die im Falle des Hugenberg an Alter gleichen bayerischen Deutschnationalen Weilnböck erhalten geblieben ist. Dem vierseitigen Faltblatt, das die Aufforderung des Arbeitsausschusses, Übernachtungsmöglichkeiten, den Tagungsplan und Zugverbindungen enthielt, war eine Zusagekarte beigefügt. Vgl. N 1327 / 44 b Einladung des Arbeitsausschusses der Nationalen Opposition, Berlin 2.10. 1931. Die Einladung ist zudem bei Levetzow erhalten. Vgl. N 239/ 55, Bl. 190.

<sup>1389</sup> ACDP Bestand Forschbach 01-199-005/5 Forschbach an Bauch, 8.10.1970, S. 3 f. Forschbach unterläuft jedoch der zu vernachlässigende Fehler, die Parteizentrale in der Friedrich-Ebert-Str. 27 statt 29 anzusiedeln. Die Bearbeitung der technischen Organisation durch Bose bestätigt auch: Vogelsang, Reichswehr, S. 143 Anm. 564.

<sup>1390</sup> Vgl. Claß, Erinnerungen, S. 45.

anderes als eine vaterländische Erneuerung anstrebten“<sup>1391</sup>. Forschbach, in engem Kontakt mit Bose, zählte dazu unter anderen Edgar Jung, Hans Bernd Gisevius, Werner Best und Heinz Hauenstein.<sup>1392</sup> Nach der Zusammenstellung der Teilnehmerliste wurden die Einladungen am 2. Oktober von Schmidt, Frick und Wagner unterzeichnet.<sup>1393</sup>

Nach Schmidts Auskunft<sup>1394</sup> wurde im Arbeitsausschuß auch das Thema des Kandidaten für die nächste Reichspräsidentenwahl behandelt. Schmidt hatte mit dem ihm seit dem Ersten Weltkrieg bekannten General von Below, der in den Weimarer Jahren eine dezidierte Politisierung durchwanderte, eine „vertrauliche Besprechung“ gehabt, in der sich dieser „bereit erklärte, das Amt zu übernehmen, .. aber jeder Propagandawalze und jedem Persönlichkeitskult abhold war“<sup>1395</sup>. Frick und Strasser wurde der Below-Plan auseinandergesetzt und nach den vorangegangenen Sondierungsgesprächen erwartungsgemäß von diesen goutiert. Es wurde im folgenden die Vereinbarung getroffen, hierüber „erst nach erfolgreicher Tagung“<sup>1396</sup> in die Öffentlichkeit zu treten. Wagner und später Seldte und Duesterberg stimmten gleichfalls zu.

Am 8. Oktober waren die Vorbereitungen soweit abgeschlossen, daß die nahestehende Presse über das offizielle eintägige Programm der Tagung am 11. Oktober informiert werden konnte<sup>1397</sup>: Am Vormittag sollte danach eine gemeinsame Sitzung der beiden Fraktionen des Reichs-, des Preußischen und des Braunschweiger Landtags sowie des Reichs- und des Preußischen Staatsrats stattfinden. Gleichzeitig war eine Bundesvorstandssitzung des Stahlhelms anberaumt. Den Vorsitz in dieser Tagung sollte Frick innehaben. In der alle Teilnehmer umfassenden Nachmittagsveranstaltung sollten Hugenberg, Hitler, Seldte und Duesterberg,

---

<sup>1391</sup> KLE 345 Forschbach, Erlebnisbericht, S. 3.

<sup>1392</sup> Ebd. Vgl. auch: Herbert, Best, S. 107; Jahnke, H., Edgar Julius Jung. Ein konservativer Revolutionär zwischen Tradition und Moderne, Pfaffenweiler 1998, S. 22 f. (i.f. zit. als: Jahnke, Jung).

<sup>1393</sup> Vgl. N 1327 / 44 b Einladung des Arbeitsausschusses der Nationalen Opposition, Berlin 2.10. 1931. Forschbach erinnert sich nicht richtig, wenn er für den Stahlhelm Duesterbergs unterzeichnen läßt. Vgl. ACDP Bestand Forschbach 01-199-005/5, Forschbach an Bauch, 8.10. 1970, S. 3. Forschbach erwähnt an dieser Stelle außerdem, daß „auch Einzeleinladungen ergangen“ seien. Schacht hat danach „ein Telegramm von Schmidt-Hannover“ erhalten. Das Telegramm Schmidts hatte allerdings weniger etwas mit bevorzugter Behandlung zu tun, als vielmehr mit der einfachen Tatsache, daß Schacht mit seiner Frau nicht in Berlin verweilte, sondern zur Kur mit ihr nach Schlesien gefahren war. Vgl. Schacht, H., 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953, S. 366.

<sup>1394</sup> Vgl. für das folgende: Schmidt, Umdenken, S. 275.

<sup>1395</sup> Beide Zitate aus: ebd.

<sup>1396</sup> Ebd., S. 275.

<sup>1397</sup> Zum folgenden, vgl. Bericht in: NZ v. 8.10. 1931. Die erstaunlich kurze Vorlaufzeit der Einladung und die gleichfalls nicht gerade lange Zusagefrist lief offiziell am 8. Oktober aus. Vgl. N 1327 / 44 b Einladung des Arbeitsausschusses der Nationalen Opposition, Berlin 2.10. 1931.

Kalckreuth als neuer RLB-Präsident, Schacht, Claß und Goltz unter dem Vorsitz des deutschnationalen Parteivorsitzenden sprechen.

Die Organisation für Harzburg stand nun formal fest - Schmidt hatte als Vertreter des größten Veranstalters die Federführung innegehabt.

Das legitime Anliegen der Regierung Brüning mußte es sein, die Stoßkraft der Kundgebung zu beschränken. Noch am 9. Oktober höhnte Schmidt im Zusammenhang mit der Neubesetzung des zweiten Brüning-Kabinetts genügsam über die „nervösen Versuche, durch eine scheinbare Rechtsverlagerung des Kabinetts unseren Druck abzuschwächen und ein Stillhalten der parlamentarischen Mittelgruppen zu erreichen“, und forderte gelassen, „in Ruhe zur Tagesordnung über[zu]gehen“<sup>1398</sup>. Währenddessen sollte Brüning – im Vorfeld unbemerkt – am 10. Oktober ein äußerst geschickter Schachzug gelingen.

Dem Reichskanzler war es unter Mithilfe Schleichers gelungen, Hitler einen Termin beim Staatsoberhaupt zu vermitteln.<sup>1399</sup> Das inhaltliche Ziel sollte es sein, die NSDAP in Richtung Regierungsverantwortung zu bewegen, sie durch Machtbeteiligung von ihrem obstruktiven Kurs abzubringen. In dieser Hinsicht mißlang die Zusammenkunft vollständig, persönliche Abneigungen auf beiden Seiten kamen hinzu. Der „böhmische Gefreite“ sollte - dies Verdikt Hindenburgs wurde im nachhinein bekannt - allenfalls als Postminister debütieren.<sup>1400</sup>

Trotz des Mißerfolgs blieb zu konstatieren, daß Hitler im Verlauf seiner sommerlichen Unterredungen mit den Spitzen des Staates bis zum Reichspräsidenten durchgedrungen war. Psychologisch nachgerade brillant hatte Brüning das Gewicht Hitlers innerhalb der „nationalen Opposition“ kurz vor der Tagung - und vor den Augen der Deutschnationalen - dadurch gesteigert, daß er ihm die Eventualität der Regierungsbeteiligung eröffnete und damit den Spaltpilz in die Reihen der ungleichen Partner einsäte. Das Selbstwertgefühl Hitlers mußte zwangsläufig trotz des negativen Ausgangs des Gesprächs erheblich gesteigert worden sein. Die vom Reichskanzler geschaffene Gemütslage verfehlte das Harzburger Ziel in ihrer Wirkung nicht.

Schmidt, der mit seinem Stab und den anderen Mitgliedern des Arbeitsausschusses in Berlin die wesentlichen Vorbereitungen getroffen hatte, fuhr am 10. Oktober mit Hugenberg und Brosius nach Bad Harzburg. Aufgrund kursierender Gerüchte über einen Überfall durch den kommunistischen Spartakus-Bund war eine Abteilung des Stahlhelms zur Bewachung der Stadt dorthin verlegt worden. Am späten Abend dieses Samstags fand nach einer Zusammenkunft der deutschnationalen Mandatsträger<sup>1401</sup> in

<sup>1398</sup> Beide Zitate aus: Schmidt-Hannover über: Die Harzburger Tagung, NZ v. 10.10. 1931.

<sup>1399</sup> Vgl. zum folgenden Fest, Hitler, S. 419; Brüning, Memoiren, S. 430.

<sup>1400</sup> Zur speziellen Gefreiten-Titulierung und abschätzigen Ressortzuweisung, vgl. ebd.

<sup>1401</sup> Dies geht aus dem formlos und ohne Datum an alle Mitglieder der deutschnationalen Reichstags- und Landtagsfraktionen, des Reichsrates und des preußischen Staatsrats

dem wegen des unweit entfernten Wasserfalls benannten Hotel Radau eine von Hitler gewünschte Besprechung führender Personen der teilnehmenden Verbände und Parteien statt.<sup>1402</sup> Schmidt wußte zu diesem Zeitpunkt gleich den übrigen nicht-nationalsozialistischen Teilnehmern auf die Frage Claß', „worüber verhandelt werden solle, ... keinen Bescheid“<sup>1403</sup>. Nach vielfältigen, erfolglosen Versuchen Fricks<sup>1404</sup>, in Erfahrung zu bringen, wo sich Hitler aufhielt, wann er kommen sollte und aufgrund der zunehmenden Unruhe in dem kleinen Raum stellte sich nach anderthalb Stunden des Zuwartens heraus, daß Hitler nicht teilnehmen würde - dies, obwohl er „bindend versprochen“<sup>1405</sup> hatte, anwesend zu sein. Erst jetzt kamen Frick und Strasser damit heraus, weshalb die sehr späte Zusammenkunft anberaumt worden war: Der seit einiger Zeit fertig vorliegende Manifestentwurf, der am nächsten Tag von der Versammlung verabschiedet werden sollte, war in Hitlers Augen an einigen Stellen mit mehr „soziale[m] Geist“<sup>1406</sup> zu erfüllen. Das sich darüber entspannende Unbehagen vieler Anwesender wurde letztlich im Dienste der Sache zurückgestellt, so daß nach zermürbenden Verhandlungen über die nationalsozialistischen Entwürfe morgens um 2 Uhr 30 eine Einigung gefunden werden konnte.<sup>1407</sup>

Der große Tag, auf den Schmidt und Hugenberg so sehnsuchtsvoll hingearbeitet hatten, sollte sich nach diesem Vorspiel - aus ihrer Sicht - zum völligen Desaster ausweiten. Hugenberg, der sich „in der Rolle des soignierten Lenkers der antirepublikanischen Front“<sup>1408</sup> gut gefiel, verstand nicht, daß Hitler in Harzburg die endgültige Klärung des Machtverhältnisses innerhalb der „nationalen Opposition“ auf seine Art stellte - und beantwortete.<sup>1409</sup>

---

geschickten Sitzungsplan für Harzburg, der von Oberföhren und von Winterfeld unterzeichnet war. Vgl. N 1327 / 44 b. Danach war der Konvent auf halbneun Uhr abends festgelgt.

<sup>1402</sup> Claß war hierzu durch Schmidt von Hugenberg telephonisch gebeten worden. Vgl. Claß, Erinnerungen, S. 43. Anwesend waren nach Claß (ebd.): Hugenberg, Schmidt, Goltz, Seldte, Duesterberg, Morosowicz, Frick, Strasser, Hierl und er selbst.

<sup>1403</sup> Ebd.

<sup>1404</sup> Vgl. Claß, Erinnerungen, S. 43 f. Auch Schmidt berichtet - sich selbst stark in den Mittelpunkt stellend - davon, daß er für Hugenberg Telephonate geführt hat, ohne allerdings Klarheit zu gewinnen. Vgl. Schmidt, Umdenken, S. 281. Salm-Horstmar bestätigt die mannigfachen telephonischen Erkundigungen. Vgl. Salm-Horstmar, Memoiren III, S. 100.

<sup>1405</sup> Salm-Horstmar, Memoiren III, S. 100. Da Claß (Erinnerungen, S. 43) 1936 eindeutig zu erkennen gibt, daß dieser Konvent von Hitler intendiert war und Fürst Salm-Horstmar (vgl. ebd.) darüber ähnlich berichtet, muß diese Fassung in den Augen des Verfassers der Aussage bei Fest (Hitler, S. 420), wonach Hitler nicht erschien, weil er dies für „reine Zeitverschwendung“ hielt, vorgezogen werden. Fest gibt ungewöhnlicherweise hier auch keinen Fundort an.

<sup>1406</sup> Claß, Erinnerungen, S. 44.

<sup>1407</sup> Vgl. ebd., S. 45. Schmidt reklamierte einseitig für sich und Wagner, den Claß nicht unter den Anwesenden aufzählte, daß sie ihre Vorstellungen „im wesentlichen durchsetzen“ konnten. Vgl. Schmidt, Umdenken, S. 281. daß es sich eher um eine Kompromißlösung handelte, deutet Berghahn an (Stahlhelm, S. 184).

<sup>1408</sup> Vogelsang, Reichswehr, S. 142.

<sup>1409</sup> Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, s. 555-560.

Während Schmidt, Werdermann, von Bose, Wagner und Göring mit einigen Nationalsozialisten beim Frühstück am nächsten Morgen sich wegen des Manifests nochmals auseinandersetzen<sup>1410</sup>, ergab sich in dem kleinen Kurstädtchen ein „Vorspiel für den Verlauf des ganzen Tages“ in der „Flaggenfrage“<sup>1411</sup>. Die vom Stahlhelm aufgezoogene, eigene Fahne auf dem Kurhaus wurde kurzerhand morgens von den einrückenden SA-Einheiten durch die Hakenkreuzflagge ersetzt. Aufgrund der zahlenmäßigen Überlegenheit des Frontsoldatenbundes setzten die Sturmabteilungen keinen Widerstand entgegen, als diese erste Provokation rückgängig gemacht wurde.<sup>1412</sup>

Bevor die gemeinsame Fraktionssitzung stattfand, hielten die Nationalsozialisten eine eigene „kurze Fraktionssitzung“<sup>1413</sup> ab. In dieser wurde deutlich, daß der inzwischen anwesende Hitler im sicheren Bewußtsein der eigenen Stärke nicht nur die Duldsamkeit der Deutschnationalen ausreizen, sondern vielmehr den Bogen beinahe beliebig überspannen konnte. Er scherte sich ostentativ nicht um das Gelingen der Veranstaltung. Unverblümt hatte Frick, der mit Schmidt im Arbeitsausschuß gesessen hatte, in der gemeinsamen Sitzung von nationalsozialistischer Reichstags- und Reichsratsfraktion sowie der Braunschweiger Landtagsfraktion mit Fingerzeig auf die Deutschnationalen verkündet, daß man mit dem „unangenehmen Mischmasch ... später nach dem Vorbild von Mussolini schon fertig werden würde“<sup>1414</sup>. Da diese

---

<sup>1410</sup> Vgl. N 1211 / 78 Werdermann, Notizen über Harzburg, S. 1.

<sup>1411</sup> Salm-Horstmar, Memoiren III, S. 99.

<sup>1412</sup> Vgl. ebd.; Schmidt, Umdenken, S. 282.

<sup>1413</sup> Claß, Erinnerungen, S. 46. Zum Tagesablauf am 11. Oktober, vgl. UP v. 17.10. 1931.

<sup>1414</sup> Hugenberg gibt diese Ausführung Fricks in einem Brief wieder: Hugenberg an Hitler, 20.3. 1932, in: Hiller, EdP, S. 628. Claß (Erinnerungen, S. 46) bestätigt die Ausdrucksform Fricks weitgehend.

In diesem Zusammenhang ist die Gründung einer „Gesellschaft zum Studium des Faschismus“ besonders bemerkenswert. Die am 5. Dezember 1931 in Potsdam ins Leben gerufene Gesellschaft (vgl. BLHA-Außenstelle Bornim Rep. 5 E Potsdam 893 Gesellschaft zum Studium des Faschismus, Bl. 3) stand unter dem Vorsitz des Herzogs von Sachsen-Coburg-Gotha und gab sich nach Paragraph ihrer Satzung den Zweck, „die Staats- und Wirtschaftsform des Faschismus in ihrem Aufbau und ihren Auswirkungen ... zu untersuchen“ (ebd., Bl. 14). Schmidt war zusammen mit Bose vom Vorsitzenden in diese Gesellschaft als Mitglied berufen worden und fand sich neben den Stahlhelmen Wagner, Duesterberg und Morosowicz in nationalsozialistischer Gesellschaft u.a. von Göring (vgl. R 72 / 260 Gesellschaft zum Studium des Faschismus, Liste der ordentlichen Mitglieder, Stand 15.6. 1932, Bl. 167-170). Auch wenn Schmidt - nach Durchsicht aller relevanten Akten (BLHA-Außenstelle Bornim Rep. 5 E Potsdam 893; R 72 / 73, 260, 1882) - an keiner Veranstaltung teilgenommen hat, geschweisedenn selbst einen Vortrag gehalten hat, entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, daß er sich in eine Gesellschaft begab, deren Ziel die Erforschung dessen war, was nach Frick unweigerlich den Untergang der Deutschnationalen bringen würde. Insgesamt betrachtet, diente die Gesellschaft der Wiederannäherung der Harzburger Partner nach dem 11. Oktober 1931, politisches Gewicht besaß sie nicht, vielmehr war sie ein peripheres Mittel zur Aussöhnung innerhalb der „nationalen Opposition“. Die Gesellschaft wird in der Literatur beinahe nicht berücksichtigt: vgl. Schildt, Konservatismus, S. 165; Giersch, R. / Schmidtke, W., Gesellschaft zum Studium des Faschismus (GSF) 1931-1933, in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Hg. v. D. Fricke, W. Fritsch, H. Gottwald, S. Schmidt, M. Weißbecker. Bd. 3, Leipzig 1985, S. 51-54. Daß im deutschnationalen Milieu das Italien Mussolinis eine hohe Attraktivität besaß, belegen die Fahrten dorthin u.a. von Rohrs vom pommerschen Landbund und Quatz' im Jahre 1931. Vgl.

Sitzung vor der gemeinsamen mit den Deutschnationalen stattgefunden hat, über diese wiederum nichts bekannt ist, kann der Verlauf der gemeinsamen Sitzung unter dem Vorsitz Fricks nur der Vermutung anheim gegeben werden. Die dort aufgestellten Forderungen nach Auflösung und Neuwahl des Reichstags nach vorhergegangenem Vertrauensentzug der Regierung setzten diejenige parlamentarische Mehrheit voraus, die die Schockwirkung der inneren Geschlossenheit der Kundgebung bewirken sollte<sup>1415</sup> - schon zu diesem Augenblick vor dem Feldgottesdienst war daran kaum mehr zu denken.

Hitler blieb diesem fern und verzichtete damit bereitwillig und konsequent auf eine weitere Gemeinsamkeit.<sup>1416</sup> Er erschien erst zu der nachfolgenden Abnahme der Parade von SA und Stahlhelm. Erneut bezeugte er dem Hugenberg'schen Gedanken der Geschlossenheit der „nationalen Opposition“ genüßlich provokativ keinen Respekt. Als seine Sturmabteilungen vorbeimarschiert waren, verließ er, bevor der Stahlhelm an ihm vorbeiziehen konnte, umgehend die Tribüne und säumte auch das gemeinsame Mittagessen im Kurhaus nicht.<sup>1417</sup> Die Sprache des nationalsozialistischen Parteivorsitzenden war in ihrer Deutlichkeit nicht mißzuverstehen: Nicht eine Geste war von ihm zu erwarten, die symbolisch Gemeinsamkeiten demonstrieren konnte – allein, weil er genau dies nicht wollte.

Schmidts Beobachtung, daß Hitler aufgrund des Besuches bei Hindenburg einer „Mischung von Primadonna und Napoleon“<sup>1418</sup> gleichkam, war in ihrer Beschreibung des Auftretens gewiß nicht falsch und wurde von Fürst Salm bestätigt.<sup>1419</sup> Daß er den Grund für dieses Gebaren allein in dem erwähnten Besuch befand, verdeutlicht nur seinen eingeschränkten Sinn für Hitlers Wollen. Die Audienz beim Reichspräsidenten hatte gerade aufgrund ihres negativen Ausgangs die Stimmung Hitlers negativ befördert und war nur der vermeintliche Ursprung seines Auftretens. Hitler ging es um

---

Schieder, W. Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Weimarer Republik, in: HZ 262 (1996), S. 73-126, v.a. 100-102. Insgesamt, vgl. Hoepke, K.P., Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zum Selbstverständnis und zur Politik von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten, Düsseldorf 1968. Bereits im November des Vorjahres hatten Mitglieder des Stahlhelms erste Fühler nach Italien gestreckt: vgl. Schröder, J., Zur Italien-Reise einer brandenburgisch-pommerschen Stahlhelm-Gruppe im November 1930. Ein Beitrag zu Renezettis Wirken, in: Stamm-Kuhlmann, Th./ Elvert, J./ Aschmann, B./ Hohensee, F. (Hgg.), Geschichtsbilder. FS für Michael Salewski zum 65. Geburtstag (HMRG, Bd. 47), Stuttgart 2003, S. 119-132.

<sup>1415</sup> In der gemeinsamen Sitzung wurden einige Reichstagsanträge formuliert, u.a. wurde der Regierung durch den Reichstag (sic!) das Vertrauen entzogen und vom Reichspräsidenten die Auflösung desselben und schließlich die Neuwahl am 8. November gefordert. Vgl. UP v. 17.10. 1931. Zum Zeitpunkt der Sitzung, vgl. UP v. 17.10. 1931.

<sup>1416</sup> Vgl. Salm-Horstmar, Memoiren III, S. 100 u. Schmidt, Umdenken, S. 282.

<sup>1417</sup> Vgl. Schmidt, Umdenken, S. 282 f.; Salm-Horstmar, Memoiren III, S. 99 f. Zur verständlichen Verstimmung des Stahlhelms darüber: vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 185.

<sup>1418</sup> Schmidt, Schreiben an die Militärregierung, S. 7. Eine ähnliche Formulierung findet sich in: ders., Umdenken, S. 282.

viel mehr. Verärgert über sich selbst, seine Teilnahme an einer von Hugenberg initiierten Veranstaltung zugesagt zu haben, gleichwohl sich des parlamentarischen Gewichts und des daraus seit den Sommergesprächen resultierenden, gewichtigen Respekts bei den Staatsspitzen bewußt, demonstrierte er den Deutschnationalen, daß er nicht willens war, dem weit schwächeren Partner vertrauensvoll die Hand zu reichen, sondern daß er eindeutige Unterwerfung forderte – in seinen Worten: „Wir sind Preußen, sie allenfalls Anhalt“<sup>1420</sup>. Dies war die schroffe, machtbewußte Botschaft seines Verhaltens.

Der im Gange befindliche Eklat wurde von seiten der NSDAP mit unverhohlener Arroganz weitergeführt. Nach dem Mittagessen setzten die zur Abreise nach Berlin vorgefahrenen Automobile der nationalsozialistischen Führung ein weiteres Zeichen.<sup>1421</sup> Der Abbruch der Veranstaltung war allerdings noch nicht vollzogen, obwohl sich Hitler vor der großen, nachmittäglichen Abschlußkundgebung, die das Herzstück der von Schmidt emphatisch erwünschten Geschlossenheit bilden sollte, plötzlich unbegründet weigerte, das Wort zu ergreifen.<sup>1422</sup>

Während Schmidt „mit den letzten Arrangements für die Hauptversammlung“<sup>1423</sup> beschäftigt war, wartete Hugenberg zusammen mit Werdermann auf Hitler in einem Zimmer des Kurhauses, um mit ihm gemeinsam in den mit reichlichem Fahنشmuck verzierten Kurhaussal zu schreiten. Hitler erschien ohne Begleitung, woraufhin Werdermann verabredungsgemäß den Raum verließ und im Vorzimmer Göring, Goebbels und Röhm beobachten konnte, wie sie im Gegensatz zu Heß über den greifbaren Abbruch frohlockten. Hugenberg suchte nun, auf Hitler flehentlich einzugehen, um ihn zum Bleiben und Sprechen zu bewegen. Der Durchbruch gelang allerdings erst Schmidt. Der von Werdermann hinzugerufene Hauptmann „bewirkte .. unter stetem Drängen, daß die Versammlung unten warte und mit den verschiedensten politischen Argumente, eine absolute Umstellung Hitlers“<sup>1424</sup>. Im wesentlichen wird es die Abwendung der auch auf ihn zurückfallenden Niederlage des von der Presse

---

<sup>1419</sup> Salm-Horstmar (Memoiren III, S. 100) spricht vom „allgemeinen Unwillen“ der sich darob ausbreitete.

<sup>1420</sup> Hitler in Harzburg zit. nach: Forschbach, Die Deutschnationalen, S. 14. Bracher unterstreicht dies, wenn er sagt, daß die Deutschnationalen die „Macht der Zahl und des Massenerfolges“ verkannten.

<sup>1421</sup> Vgl. N 1211 / 78 Werdermann, Notizen über Harzburg, S. 1.

<sup>1422</sup> Vgl. Schmidt, DNVP- nationale Organisationen, S. 13 u. Claß, Erinnerungen, S. 47.

<sup>1423</sup> N 1211 / 78 Werdermann, Notizen über Harzburg, S. 2.

<sup>1424</sup> N 1211 / 78 Werdermann, Notizen über Harzburg, S. 2. Diese Notiz Werdermanns wird bestätigt durch Forschbach (Jung, S. 37): „Nur einem geschickten Dazwischentreten von Schmidt-Hannover ist es zuzuschreiben, daß Hitler sich noch zum Reden entschloß“. Vgl. auch Schmidt, Umdenken, S. 283 f. Die Schilderung Schmidts scheint sehr anekdotenhaft und in dieser Form wenig glaubwürdig; der Kern der Umstimmung Hitlers durch Schmidt bleibt davon unberührt. Claß (Erinnerungen, S. 47) schreibt diesen Anteil an der Überzeugungsarbeit teilweise auch Kapitän Scheibe zu. Berghahns (Stahlhelm, S. 185) Darstellung, wonach es

genau beobachteten Unternehmens in der Öffentlichkeit gewesen sein, die Hitler von dem letzten Schritt abhielt.<sup>1425</sup> Gleichviel, Schmidt hatte erfolgreich den entscheidenden Schritt erreicht, um wenigstens eine gemeinsame Schlußkundgebung abhalten zu können. Auch wenn es kein Protokoll des Überzeugungsgesprächs gab, die Erinnerungen Werdermanns und Forschbachs bestätigten das hohe Geschick Schmidts vom April 1925. Unabhängig vom erwünschten Gesamterfolg, hatte Schmidt damit auch eine Niederlage „seines“ Harzburger Unternehmens abgewendet – gewärtigte man nur die Haltung Oberföhrens und Quatz' im Vorfeld.

Sofort ging es an den vor der Tür sich tummelnden, darüber konsternierten Nationalsozialisten vorbei in den überfüllten Hauptsaal des Kurhauses, wo die Versammlung schon unruhig „[w]eit über eine halbe Stunde“ wartete<sup>1426</sup>. Die anscheinend jubelnde Versammlung teilte sich nicht unerwartet und grotesk zugleich in „Heil Hugenberg“ und „Heil Hitler“-Rufe auf, wodurch selbst Claß die Stimmung in der Kurhaushalle mehr einer Kundgebung „unüberbrückbarer Gegensätze“<sup>1427</sup> zu gleichen schien.

Unter dem Vorsitz Hugenbergs sprachen nach einem Grußwort des Braunschweiger Ministerpräsidenten Küchenthal er selbst, Hitler, Seldte, Duesterberg, Kalckreuth, Schacht, Claß und Goltz. Schmidt erlebte die insgesamt drei Stunden dauernden Ansprachen, die als einzige Gemeinsamkeit inhaltlich die Ablehnung Brünings und die - nie vorhandene - Festigkeit der „nationalen Opposition“ aus verschiedenen Blickwinkeln zum Ausdruck brachten<sup>1428</sup>, direkt links neben Hugenberg sitzend.<sup>1429</sup> Salm-Horstmar, der „in einer der vordersten Reihen“ saß, konnte Hitler gut beobachten und sah einen „sehr nervösen Mann“<sup>1430</sup>. Diese Nervosität war das nach außen gekehrte innere Unbehagen, sich doch noch in die Kundgebung eingereiht zu haben,

---

allein der Verdienst Hugenbergs war, Hitler umzustimmen kann in Anbetracht der Zeugnisse Werdermanns und Forschbachs nicht gehalten werden.

<sup>1425</sup> Claß (Erinnerungen, S. 47) berichtet nach seiner Orientierung durch Scheibe davon, daß unter den - eigentlich ausgewählt nationalen - Pressevertretern einige „Vertrauensleute des Reichskanzlers Brüning“ waren, die ziemlich gut über den Hergang der Kundgebung informiert gewesen sein sollen. Danach konnte die geringe Schlagkraft der „nationalen Opposition“ in den folgenden Sitzungstagen verhältnismäßig leicht berechnet werden.

<sup>1426</sup> Vgl. N 1211 / 78 Werdermann, Notizen über Harzburg, S. 2. Werdermann schilderte den Eindruck, als Hitler, Schmidt und Hugenberg den Raum verließen, aus nächster Nähe vor der Tür folgendermaßen: „Ich werde den Schreck und die peinliche Überraschung in den Gesichtern der Nazi-Führer [Göring, Goebbels und Röhm – d. Vf.] nie vergessen“. Zur Angabe der Verspätung, vgl. Salm-Horstmar, Memoiren III, S. 101. Die Angabe stimmt überein mit der Aussage der deutschnationalen Parteizeitung (UP v. 17.10.1931), die den offiziellen Beginn auf „nachm. 2.30 Uhr“ datiert, im Bericht aber ausführt, Hugenberg und Hitler hätten erst „nach 3 Uhr“ den Saal betreten.

<sup>1427</sup> Claß, Erinnerungen, S. 47.

<sup>1428</sup> Vgl. UP v. 17.10. 1931.

<sup>1429</sup> Dies belegt ein Bild, das auch als Postkarte gedruckt wurde. Zum Bild: vgl. Fest, Hitler, S. 424; zur Postkarte: vgl. N 1211 / 72 a. Zwei weitere Bilder druckt Schmidt ab: Umdenken, S. 273. Schmidt gibt leider keinen Eindruck von Hitler wieder.

<sup>1430</sup> Beide Zitate aus: Salm-Horstmar, Memoiren III, S. 101.



die „bourgeoise Liaison“<sup>1431</sup> kurzzeitig eingegangen zu sein. Entsprechend wunderte es kaum, wenn Hitler, nachdem er das Wort ergriffen hatte, eine seiner schwächsten und am wenigsten mitreißenden Reden hielt - wie selbst Nationalsozialisten später bekannt haben.<sup>1432</sup> Den abschließenden Höhepunkt dieser gleichsam genüßlich mißachteten Empfindlichkeiten setzte der nationalsozialistische Parteivorsitzende schließlich selbst. Nachdem Hugenberg nach seiner Rede das gemeinsame Manifest verlesen hatte, ließ es sich Hitler – kaltschnäuzig und dreist zugleich – nach seiner Rede „trotz vorangegangener Zustimmung der NSDAP zu dem gemeinsamen Manifest“ nicht nehmen, ein „eigene[s] nationalsozialistische[s] Manifest[.]“ zu verlesen.<sup>1433</sup>

Nach dem Ende der - aus deutschnationaler Sicht - desaströsen Kundgebung ging Hugenberg auf Hitler zu, „um einen Termin zu vereinbaren, bei dem über die Ausführung der Entschließung das Nähere verhandelt werden sollte“<sup>1434</sup>. Kurz gesagt: Der Geheimrat wollte verständlicherweise konkrete Abmachungen treffen, welche die enorm wichtige Frage nach der Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl und nach der Besetzung der Posten in der noch immer erwarteten, baldigen Regierung der „nationalen Opposition“. Einer für den nächsten Tag angesetzten Besprechung hierüber entzog sich Hitler, indem er am Sonntagabend Harzburg in Richtung Berlin verließ.<sup>1435</sup>

Welche Erfahrung, welchen Eindruck nahm Schmidt aus Harzburg mit, der er das Geschehen in der kleinen Braunschweiger Kurstadt aus nächster Nähe beobachtet hatte?

---

<sup>1431</sup> Fest, Hitler, S. 420.

<sup>1432</sup> Diesen Hinweis erhielt der Verfasser freundlicherweise von Herrn PD Dr. Hoepke am 20. November 1997. Bestätigt wurde dieser Eindruck von Werner Best, der zu dem von Bose eingeladenen jüngeren Kreis gehörte und bereits der NSDAP angehörte. Vgl. Herbert, Best, S. 107.

<sup>1433</sup> Beide Zitate aus: Schmidt, DNVP - nationale Organisationen, S. 13. Dieser aus dem Dokument von 1932 stammende Hinweis wird von der Forschung durchweg nicht beachtet, obwohl damit - beinahe zusammenfassend - greifbar wurde, welche Qualität die Einigkeitsbeteuerungen zumal Hugenbergs besaßen. Die Verlesung eines eigenen Manifests für die Mitglieder der NSDAP durch Hitler bestätigt auch Claß. Vgl. Claß, Erinnerungen, S. 47. Im übrigen ist das eigene Hitlersche Manifest in Auszügen abgedruckt in: UuF 8 Nr. 1784 a: Aus dem Manifest Adolf Hitlers, S. 363 f. In dessen letzten Absatz nimmt Hitler die offene Trennung vor, wenn er ausschließlich an seine „Nationalsozialisten! Parteigenossen und Parteigenossinnen!“ den Appell richtet: „Ihr wißt, wir haben nie Versprechungen gegeben (sic!) und tun es auch heute nicht. Wir versichern nur, daß es unser heiliger Ernst ist, aus dem Deutschland des politischen, kulturellen und sozialen Verfalls wieder ein Reich zu zimmern, das seinen Bürgern Ehre, Freiheit und Brot zurückgeben wird“. Dieser Aufruf war wohlgermerkt nicht der Schluß seiner Rede, sondern der ausschnitthafte Inhalt des unabgesprochenen nationalsozialistischen Manifests. Ebd., S. 364. Die davon abweichende „Entschließung der Nationalen Front“, die Hugenberg nach seiner Rede verlesen hatte und schließlich von der Versammlung verabschiedet worden war, ist abgedruckt in: ebd. Nr. 1784 c, S. 365 f.

<sup>1434</sup> Salm-Horstmar, Memoiren III, S. 101.

<sup>1435</sup> Vgl. Salm-Horstmar, Memoiren III, S. 101; N 239 / 83 Levetzow an Donnersmarck, 14.10. 1931, Bl. 100.

Seine große Enttäuschung über Verlauf und Ausgang formulierte Schmidt erstmalig belegbar bereits am 13. Oktober in Berlin gegenüber dem parteilosen Admiral von Levezow, der bis zur Reichstagsentscheidung über die Mißtrauensanträge und den Auflösungsantrag am 16. Oktober eine - wenig aussichtreiche und erfolglose - Vermittlerrolle übernahm.<sup>1436</sup> Gegenüber dem Admiral konstatierte er, „er schäme sich, es mir als altem und operativ und mobilmachungsmäßig denkendem Offizier eingestehen zu müssen, daß mit Hitler und dem Stahlhelm auch nicht einmal über eine einzige Stellenbesetzung in dem künftigen, ihnen vielleicht zufallenden Regime bzw. Kabinett Bestimmung getroffen worden sei“. Schmidt ließ im weiteren Verlauf des Gesprächs erkennen, daß er das rücksichtslose Moment in Hitlers Handeln einerseits und die entwürdigende Position des Hinterherlaufens Hugenbergs andererseits seit Harzburg endgültig erkannt hatte - ob er Konsequenzen daraus zog, sollte sich zeigen. Sollten „innerhalb der nächsten Tage ... Hitler oder Hugenberg mit der Bildung eines Kabinetts betraut“ werden, sah er den dann einsetzenden Ablauf gleichsam als vorherbestimmt an: „Während in diesem Falle, wenn Hugenberg damit betraut würde, dieser nichts Eiligeres zu tun haben würde, als fernmündlich Hitler herbeizurufen, da ja auch keine Spur einer Abmachung getroffen sei, befürchte man fast, daß ein Anruf von Hitler, falls er betraut würde, nicht erfolgen würde“<sup>1437</sup>. Der erstaunliche Erkenntnisfortschritt Schmidts bestand darin, daß sein Mißtrauen gegenüber Hitler geweckt worden war, in seinen Worten, „daß auf eine wirkliche Loyalität Hitlers nicht mehr zu rechnen war“<sup>1438</sup>. Die realitätsfremde Einschätzung, in den nächsten Tagen eine nationale Regierung unter der Kanzlerschaft Hugenbergs in Amt und Würden zu sehen, bewies dabei, wie sehr sich Schmidt durch die eigene Propaganda blenden lassen hatte.<sup>1439</sup>

Hatte es je eine Loyalität Hitlers gegeben? Gleichviel, es bestätigte sich, was Forschbach Jahre später in die Worte fassen sollte: „ .. aufgrund mancher bitterer Erfahrungen – vor allem während der Harzburger Tagung am 10. / 11. Oktober 1931 –

---

<sup>1436</sup> Seine Rolle in Berlin (12. - 14.10.) beschrieb Levezow folgendermaßen: „Montag, Dienstag und der heutige Tag (Mittwoch) sind im wesentlichen ausgefüllt gewesen durch meinen Pendelverkehr zwischen Hitler (Kaiserhof), Deutschnationalem Parteibureau (Schmidt-Hannover), Göring (Reichstag und Hotel Kaiserhof) und den V.V. Der Bitte von Göring und Schmidt-Hannover, hier noch bis Sonnabend zu verbleiben, werde ich entsprechen, da sie meinen, daß ich Ihnen von Nutzen sein könnte“. N 239 / 83, Levezow an Donnersmarck, 14.10. 1931, Bl. 100 f. Levezow (1871-1939) wurde einen Tag nach seiner Wahl in den Reichstag am 31. Juli 1932 Mitglied der NSDAP. Vgl. Findbuch zum Nachlaß Levezow, S. V.

<sup>1437</sup> Alle drei Zitate aus: N 239 / 83, Levezow an Donnersmarck, 14.10. 1931, Bl. 102, 103 u. 103.

<sup>1438</sup> N 1211 / 71 Schmidt, Harzburg, o.D. (ca. 1948), S. 3.

<sup>1439</sup> Hugenberg hatte seine dahingehenden Ambitionen gegenüber Quaatz explizit zum Ausdruck gebracht. Vgl. Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 19.10. 1931, S. 157.

stand Schmidt-Hannover dem deutschnationalen Bündnis mit den Nationalsozialisten mit äußerster Skepsis gegenüber<sup>1440</sup>.

Beinahe symptomatisch war es, daß Deutschnationale und Nationalsozialisten einen Vermittler wie Levetzow benötigten, um sich gegenseitig ihren Standpunkt näher zu bringen. Allein, sein ehrliches Bemühen konnte keine Bewegung in die starren Fronten bringen, sodaß der 16. Oktober im Reichstag das - absehbare - Ergebnis der Einigungsbemühungen Hugenberg offenlegen mußte.

Schmidt ergriff in der Debatte über die Regierungserklärung am 16. Oktober das Wort und machte nochmals deutlich, worum es ihm im Kern ging: „Es geht heute nicht um einen parlamentarischen Kabinettswechsel, es geht um einen grundsätzlichen Systemwechsel. Herr Dr. Brüning ist der Mann des heute herrschenden Systems.“ Der Weg in die von ihm bezeichnete „neue und starke Zukunft“<sup>1441</sup> mußte zunächst über den legalen parlamentarischen Weg führen. Doch aller Beifall, den Nationalsozialisten und Deutschnationale gemeinsam Schmidt spendeten, täuschte nicht über die machtpolitische Schwäche der „nationalen Opposition“, zumal der DNVP hinweg. Das Abstimmungsergebnis über den Mißtrauensantrag seitens der DNVP und der NSDAP wäre weit schlechter ausgefallen, wenn sich nicht die KPD auch zu einem solchen entschlossen hätte. So stimmten 270 Abgeordnete für die Anträge und 294 gegen dieselben.<sup>1442</sup> So kläglich sah eben jener „lebendige Ausdruck eines Kräftestroms“<sup>1443</sup> aus, von dem Schmidt sechs Tage zuvor als Inbegriff der kommenden Kundgebung überschwänglich gesprochen hatte.

Ganz nüchtern betrachtet, war das Ziel des Sturzes Brünings durch die von Harzburg erhoffte Schockwirkung auf die Mittelparteien nicht erreicht worden. Zusammengenommen mit der ausgebliebenen Einigung in der Kandidatenfrage für die im nächsten Jahr anstehende Wahl des Reichspräsidenten und den sekundenhaften, wirklichkeitsfernen Gedanken um ein Kabinett standen Hugenberg und sein einflußreicher Adjutant Schmidt vor einem Scherbenhaufen: Die Sammlungspolitik war

---

<sup>1440</sup> ACDP 01-199-014 / 1 Bestand Forschbach: Forschbach, Edmund, Vier Tage, die Deutschland zum Verhängnis wurden. Meine Erlebnisse und Beobachtungen in Berlin und Potsdam vom 20. und 23. März 1933, S. 6 (Juli 1978). Forschbach übernimmt diese Sequenz in seinem Buch über Edgar Jung. Vgl. Forschbach, E., Edgar Jung, Pfullingen 1984, S. 64 (i.f. zit. als: Forschbach, Jung).

<sup>1441</sup> Beide Zitate der Rede Schmidts in: VdRT V. WP 1930, Bd. 446, 16.10. 1931, S. 2197. Die Rede Schmidts ist auch abgedruckt in: UP v. 1.11. 1931. Ob Schmidt als Zeichen lautlosen Protestes gegen das nationalsozialistische Verhalten in Harzburg u.a. in dieser Reichstagssitzung in Kontrast zu den in ihren braunen Hemden auftretenden Nationalsozialisten mit dem grünen Hemd des Stahlhelms auftrat, war nicht konkret zu belegen. Allerdings glaubte sich der Sohn Oesterlinks an eine Erzählung hierüber „noch sehr lebhaft“ zu erinnern. Mitteilung Hans-Christian Oesterlinks an den Vf. v. 8.2. 2001.

<sup>1442</sup> Zum Ergebnis, vgl. VdRT V. WP 1930, Bd. 446, 16.10. 1931, S. 2209.

<sup>1443</sup> So hatte sich Schmidt in der Niederdeutschen Zeitung vom 10. Oktober vernehmen lassen.

gescheitert.<sup>1444</sup> Das erwachte Mißtrauen Schmidts bezog sich allerdings einzig auf das Wie des Miteinanders als Bundesgenossen im Kampf gegen Weimar. Nicht ein Gedanke, nicht eine Äußerung war bei Schmidt darüber zu vernehmen, wie der anwachsende Rückhalt in der Masse kompensiert werden könnte. Daß dies zur Gefahr des eigenen Position werden könnte, sah er nicht. Vielmehr unterstützte er die Haltung, „daß Hitler der ‚kundigen Hand‘ Hugenburgs bedürfe und die Deutschnationalen den nationalsozialistischen Radikalismus in geordnete Bahnen lenken könnten“. Damit unterschätzte er „nicht nur diesen Radikalismus, sondern verschloß auch die Augen vor der Machtergreifung im rechtsradikalen Lager“<sup>1445</sup>. Konsequenzen zog er hieraus nicht, weil er keine Bedrohung empfand – zu sehr, das belegen seine umgehend geäußerten Erwartungen, hoffte er nach einer Distanzierung auf ein erneutes Zusammengehen. Die negative Gemeinsamkeit des Kampfes gegen Weimar und Versailles genügte ihm.

Die Nationalsozialisten hingegen verfielen hierüber nicht in innere Zermürbung, sondern setzten ein Wochenende später in Braunschweig ein deutliches und selbstbewußtes Zeichen der eigenen Stärke und zugleich der ostentativen Abgrenzung zu dem ungeliebten, ja ungewollten deutschnationalen Bundesgenossen. Mit einem gewaltigen SA-Aufmarsch, der bereits vor Harzburg geplant worden war<sup>1446</sup>, demonstrierte Hitler der Öffentlichkeit und nicht zuletzt den Deutschnationalen, daß nur er allein mit seiner Partei im nationalen Lager die Führung beanspruchen durfte - die Machtfrage hatte er bereits in Harzburg beantwortet. Fortan betrachtete er die Deutschnationalen und die ihr nahestehenden Organisationen „allenfalls noch als Fußvolk“<sup>1447</sup>.

Erst Monate später erhielten die Deutschnationalen darüber hinaus Kenntnis davon, daß die NSDAP direkt nach Harzburg sogar einen Reichskanzler Geßler (DDP) und einen Außenminister Brüning (Z) erwogen hatte. Wurde dieser Gedanke auch bald wieder verworfen, zeigte er doch, wie authentisch der wirkliche Verlauf in Harzburg die Realität des papiernen Bündnisses widerspiegelte.<sup>1448</sup>

Nachdem bereits zwei Tage nach der Kundgebung deutlich geworden war, daß sich in Schmidt Mißtrauen gegenüber Hitler geregt hatte, stellte sich die Frage, welche Qualität eben dieses angesichts der Woche im Reichstag und des SA-Aufmarsches in Braunschweig besaß. Schmidt besaß entscheidenden Anteil an der Harzburger Tagung, nicht zuletzt war er es gewesen, der Hitler in letzter Minute zum Sprechen

---

<sup>1444</sup> Vgl. Patch, Brüning, S. 197-199.

<sup>1445</sup> Mergel, Scheitern, S. 365 f.; vgl. Fest, Hitler, S. 427.

<sup>1446</sup> Vgl. Horn, Führerideologie, S. 339.

<sup>1447</sup> Stürmer, Konservative Rechte, S. 50.

überredet hatte und nun war das greifbare, faktische Ergebnis der angestrebten politischen Ziele niederschmetternd. Schmidt äußerte sich gegenüber Levetzow Anfang November, als die „Spannung mit Hitler .. sehr stark“<sup>1449</sup> war und sich dieser für die Deutschnationalen nicht sprechen ließ. Obwohl er für Harzburg und die in der Woche danach folgenden Ereignisse konstatieren mußte, daß „manche Bitterkeit bleibt“, fügte er bezeichnenderweise seine alternativlose Hoffnung an, „daß die unterbrochene gemeinschaftliche Arbeit nach und nach wieder aufgenommen wird“<sup>1450</sup>. Trotz der vielfältigen, absichtlichen Zurücksetzungen durch Hitler, die zweifellos „bitter“ gewesen waren, setzte sich der mißtrauisch gewordene Schmidt eindeutig für die Wiederaufnahme und Fortsetzung der höchstens auf dem Papier stehenden sogenannten Harzburger Front ein. Die Frage, warum Schmidt und mit ihm die Deutschnationalen an dieser Stelle nicht den Bruch vollzogen, wird mit mangelnder Selbstachtung nicht ausreichend beantwortet. Eine andere Erklärung liegt näher: Hitler war der einzig verbliebene Koalitionspartner, mit dem die DNVP ihre obstruktive Politik umsetzen konnte - die Brücken zu sämtlichen anderen Parteien hatte sie mit roher Gewalt niedergerissen, es blieb ihr mithin keine andere Handlungsoption. Während Hitler beinahe beliebig mit der Zentrumsoption in Zukunft spielen sollte und die Deutschnationalen damit jedesmal letztlich um Fassung ringen ließ, hatte Hugenberg, der weit schwächere Koalitionär, seine Partei auf Gedeih und Verderb an die zusehends erstarkende NSDAP gekettet<sup>1451</sup> – in den Worten des sich auch nach dem zweiten Weltkrieg zu Hugenberg bekennenden Forschbach: „Trotzdem Hugenberg auf der Harzburger Tagung seinen Freunden offen seine Bedenken gegen Hitler gesagt hatte, fand er keinen Ausweg mehr aus der verworrenen Lage, in die er sich und seine Partei gebracht hatte“<sup>1452</sup>. Schmidt, das war weniger als einen Monat nach Harzburg deutlich geworden, war bereit diesen Weg zu gehen, obwohl er Hitler spätestens ab

---

<sup>1448</sup> Die Deutschnationalen erfuhren hiervon erst durch eine Einlassung des Abgeordneten Bredt (Wirtschaftspartei) während einer Reichstagsrede im Februar 1932. Vgl. VdRT V. WP 1930, Bd. 446, 24.2. 1932, S. 2296.

<sup>1449</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 19.10. 1931, S. 157. Zu Hitlers kalkulierten Allüren, sich für Hugenberg in den nächsten Wochen nicht sprechen zu lassen: vgl. Schmidt, Umdenken, S. 285; Dienatag-Bericht v. 27.11. 1931, in: ZSg 101 / 24, Bl. 125 ff.; besonders eindringlich für die Woche nach Harzburg: vgl. UuF 8 Nr. 1800 Aus einem Schreiben Hugengebgs an Adolf Hitler, 20.3. 1932, S. 414.

<sup>1450</sup> Beide Zitate entstammen einem Brief Schmidts. N 239 / 55 Schmidt an Levetzow, 4.11. 1931, Bl. 267.

<sup>1451</sup> Hiller (EdP, S. 559) trifft deshalb gut, wenn er schreibt, daß Hitler „schon viel zu groß geworden war, um der Nationalen Opposition anders denn als Führer anzugehören“.

<sup>1452</sup> KLE 345 Forschbach, Erlebnisbericht, S. 4. Forschbach bekannte sich im Zusammenhang mit Bose u.a. in einem späteren Brief an Bauch dazu, daß dieser „... - genau wie ich - ein Deutschnationaler Hugenbergischer Richtung“ gewesen sei. ACDP Bestand Forschbach 01-199-005 / 5 Forschbach an Bauch, 8.10. 1970, S. 4. Diese Bemerkung unterstützt die Glaubwürdigkeit des Zitats insoweit ungemein, als es ihm somit nicht darum ging, Hugenberg für das spätere Unglück verantwortlich zu machen. Vielmehr bekräftigt das obige Zitat, daß die

diesem Zeitpunkt kein volles Vertrauen mehr schenkte. Das Diktum Forschbachs vom ehrlichen Streben nach der „vaterländischen Erneuerung“ im Sinne Hugenbergs und gegen Weimar und Versailles gerichtet, trieb ihn wirkungsmächtig an - und immer tiefer in die Arme Hitlers. Nicht einmal mehr die Option der Trennung von Hitler besaßen die Deutschnationalen.

Zum starken Mißfallen der Deutschnationalen waren ihre Beziehungen zu den Nationalsozialisten zunächst stark abgekühlt. Dies lies sich für sie an zwei Merkmalen trefflich ablesen. Einerseits verweigerte sich Hitler in den Wochen nach Harzburg konsequent dem Nachsuchen Hugenbergs um ein Gespräch und andererseits wandte sich die nationalsozialistische Agitation im hessischen Landtagswahlkampf im November schroff gegen die DNVP. Schmidt kam nicht umhin, eine durch diese Vorkommnisse bedingte „Entfremdung im nationalen Lager“<sup>1453</sup> zu konzedieren.

Die Kehrseite dieser für seine Partei höchst unerfreulichen Entwicklung war die noch größere Nähe Schmidts zu Hugenberg, die auf übereinstimmender politischer Analyse, unbedingter Loyalität und der enormen Arbeitsintensität im Dienste der Partei beruhte. Quatz hielt Ende Oktober den Eindruck schriftlich fest, daß der Parteivorsitzende „eigentlich außer Claß und Schmidt niemand über seine Absichten unterrichtet“<sup>1454</sup>. Die informell und praktisch schon längst vorhandene, exponierte Stellung Schmidts im deutschnationalen Parteiapparat wurde in der Sitzung der Parteivertretung am 2. Dezember teilweise formalisiert. Hugenbergs Position war während der Tagung im Sinne einer weiteren Ausrichtung der Partei auf das „Führerprinzip“ gestärkt worden, indem ihm in besonderen Fällen das Recht gegeben wurde, für die gesamte Partei bindende Anordnungen treffen zu können, deren Erlaß von der Satzung abwich. Schmidt wurde zusammen mit Forschbach und von Bismarck in einen hierfür geschaffenen, beratenden Ausschuß „vom Parteiführer bestimmt“<sup>1455</sup>. Damit einhergehend wurde die Wahl Schmidts in den Parteivorstand vollzogen.

Der dreiundvierzigjährige Hauptmann a.D. war am Ende des Jahres 1931 in der Fraktion und in der Partei ohnehin, aber auch außerhalb zum engsten Vertrauten des Geheimrats innerhalb von nur drei Jahren avanciert - bei der sprichwörtlich kursierenden Verschlossenheit Hugenbergs sprach dies für sich.<sup>1456</sup> Quatz' bissig-

---

Lage der Deutschnationalen ernsthaft von den engeren Mitarbeitern und Vertrauten so gesehen wurde.

<sup>1453</sup> Schmidt, DNVP-nationale Organisationen, S. 14.

<sup>1454</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 29.10. 1931, S. 160.

<sup>1455</sup> UP v. 1.12. 1932. Der neue Ausschuß bestand allerdings nur auf dem Papier, da er nie zu einer Beratung zusammentrat. Daß Schmidt in dieses Gremium gewählt wurde, bedeutet jedoch für sich genommen schon eine Präferenz Hugenbergs. Vgl. Forschbach, Jung, S. 35. Zu den Informationen über die Tagung der Parteivertretung, vgl. insgesamt: UP v. 1.12. 1931; Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 1.12. 1931, S. 164.

<sup>1456</sup> Dieser Wesenszug Hugenbergs, der ihn für viele Menschen unzugänglich machte und durch den er sich selbst viele Schwierigkeiten machte, wird authentisch belegt durch Professor

ironische Beschreibung einer Situation während der vorbezeichneten Sitzung des Parteivorstandes, als sich Hugenberg ob drückender finanzieller Sorgen auf der Partei gegenüber Gesprächspartnern völlig abzuschotten suchte, machte die bezeichnete Nähe Schmidts zum Parteivorsitzenden plastisch: „Bringe verschiedene Menschen an Hugenberg heran, der in seiner Ecke - von Schmidt bewacht - sitzen bleibt“<sup>1457</sup>.

#### **6.4. Schmidt gegen Hindenburg und das Ende Brünings 1932**

Die im Glauben an das Werden einer geschlossenen ‚nationalen Opposition‘ vorsätzlich herbeigeführte Abhängigkeit von Hitler ließ die Deutschnationalen im Jahre 1932 unbeirrt weiter die Verbindung mit den Nationalsozialisten suchen. Allen Harzburger Erfahrungen zum Trotz wurden die dort nicht einmal gemeinsam gefaßten Beschlüsse des Sturzes Brünings und des Systemwechsels<sup>1458</sup> als politische Leitsätze in das neue Jahr hineingerufen. Der Widerhall dieser Forderungen, der sich im konzertierten politischen Vorgehen gezeigt hätte, sollte für die DNVP nirgends zu vernehmen sein. Um die Illusion der Einigkeit aufrechtzuerhalten, hatte Schmidt dazu beigetragen, daß der wirkliche Zustand innerhalb des ohnehin papiernen Bündnisses „dem Lande gegenüber .. verschwiegen“<sup>1459</sup> wurde.

Da sich Schmidt zu Anfang des Jahres zur Erholung in ein Tiroler Sanatorium begeben hatte, nahm er nicht an den Verhandlungen Hugengeburs mit Brüning einerseits und Hitler andererseits um eine eventuelle parlamentarische Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs teil. Dabei war es Hugenberg als treibender Kraft gelungen, eine parlamentarische Lösung, der Hitler nicht abgeneigt war, zu torpedieren und zum Scheitern zu bringen.<sup>1460</sup> Hugenberg brachte die Nationalsozialisten damit wieder auf den gegen eine Restauration gerichteten Kurs, den Schmidt im Februar 1931 gegenüber der zweiten Frau Wilhelms II. beschrillen hatte.<sup>1461</sup> Jegliche Pläne Brünings, Hindenburg als Reichsverweser – was dieser ohnehin ablehnte, die Deutschnationalen wahrscheinlich aber nicht wußten – für einen Enkel des Kaisers durchzusetzen, wurden einerseits durchkreuzt, weil man um den eigenen Einfluß bei

---

Ludwig Bernhard, mit dem er seit seiner Posener Zeit befreundet war: „Seine Abneigung, sich mitzuteilen, sein Inneres zu öffnen, ist so stark, daß diese zugeschlossene, unbewegliche Haltung jedem, der ihm nahe tritt, als ein Hauptmerkmal seines Wesens erscheint ...“. Bernhard, L., Der Hugenberg-Konzern. Psychologie und Technik einer Großorganisation der Presse, Berlin 1928, S. 54.

<sup>1457</sup> Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 1.12. 1931, S. 164.

<sup>1458</sup> Vgl. UuF 8 Nr. 1784 c Entschließung der Nationalen Front, S. 365 f.

<sup>1459</sup> Schmidt, DNVP-nationale Organisationen, S. 17. Vgl. Tauke, O., Alfred Hugenberg (1865-1951), in: Fröhlich, M. (Hg.), Die Weimarer Republik. Porträt einer Epoche in Biographien, Darmstadt 2002 (i.f. zit. als: Tauke, Hugenberg), S. 79.

<sup>1460</sup> Vgl. Vogelsang, Reichswehr, S. 149. Vgl. die Absagebriefe Hugengeburs und Hitlers an Brüning: N 1211 / 40 Hugenberg an Brüning, 11.1. 1932 (auch abgedruckt in: AdR, Kabinett Brüning I und II, Bd. 3, S. 2153 f.); Auszug des Briefs Hitler in: SEGK 1932, S. 9.

<sup>1461</sup> Vgl. N 1031 / 31 Schmidt an Wegener, 17.2. 1931.

einer solchen Entwicklung bangte und zum anderen, weil man in Hindenburg keine national zuverlässige Autorität sah. Die Politik Schmidts war nicht restaurativ, mithin antimonarchisch. Der nationale Gedanke stand bei Schmidt eindeutig über dem monarchischen. Als öffentlichkeitswirksame Kompensation diente dagegen die Berufung des Prinzen Oskar in den Vorstand der Partei im Januar 1932.<sup>1462</sup>

Nachdem Schmidt Mitte Januar nach Berlin zurückgekehrt war, begleitete er im Februar an vorderster Stelle das Ringen um die Kandidatenkür der „nationalen Opposition“.<sup>1463</sup>

Als sich Ende Januar andeutete, daß sich der Stahlhelm dem Griff ans nationale Portepée nicht verweigern würde und die Kandidatur Hindenburgs unterstützen würde, griff Schmidt ein. Indem er an seine Co-Organisatoren aus Harzburg, Frick und Wagner, herantrat und dem Frontsoldatenbund tunlichst von einer Stützung des Systems abriet, ebnete er Hugenberg den Weg, auf die Stahlhelmführung erfolgreich einzuwirken. Diese ließ dann von ihrem Kurs wieder ab.<sup>1464</sup> Schmidt glaubte demnach gleich Hugenberg an die Fiktion Harzburg, wenn er die einheitliche Kandidatur erneut aufgriff. Ende Januar wurde dem greisen, für Hindenburg eintretenden Oldenburg-Januschau von Schmidt auseinandergesetzt, „daß die Präsidentenwahl momentan möglichst wenig erörtert werden soll, da sie in der Schwebe“<sup>1465</sup> sei.

Schmidt war folglich gut über die vertraulich behandelten Verhandlungen orientiert, die am 4. Februar in München zu einer Zusammenkunft Hugenburgs und Hitlers führten. Der deutschnationale Parteivorsitzende hatte dabei zu gewahren, daß sein Gegenüber bereits zwei Tage zuvor eine eigene Kandidatur für sich beschlossen hatte.<sup>1466</sup>

Hugenberg verdeutlichte die frühe Festlegung Hitlers in einem späteren Brief, wenn er ihn an seine Wort erinnerte, „es werde wohl das beste sein, wenn im ersten Wahlgange sowohl Sie, wie der Stahlhelm, wie die DNVP einen eigenen Kandidaten

---

<sup>1462</sup> Vgl. Hiller, Monarchismus, S. 171. Bei den Nationalsozialisten reüssierte derweil Prinz August Wilhelm.

<sup>1463</sup> Daß Schmidt an den auf deutschnationaler Seite von Hugenberg und Quatz geführten Verhandlungen mit Brüning nicht teilgenommen hat, geht nicht nur aus dem Tagebuch Quatz' hervor, sondern besonders aus einem Brief eines seiner Mitarbeiter, Werdermann, hervor. Dieser schrieb an den brandenburgischen Stahlhelmführer von Morosowicz am 5. Januar 1932: „Im Auftrag des Herrn Hauptmann Schmidt/ Hannover, der zur Zeit verreist ist, sende ich Ihnen ... die Abschrift des Berichts ... Adresse Schmidt/Hannover bis Ende nächster Woche: Sanatorium Patscherkofel bei Innsbruck (Tirol)“. R 72 / 73 Werdermann (i.A. Schmidts) an Rittmeister von Morosowicz, 5.1. 1932. Da der 5. Januar ein Freitag war, wird Schmidt am Wochenende des 13. und 14. Januars zurückgekehrt sein. Dagegen spricht eine Meldung in der Zeitung „12 Uhr“, die Schmidts Teilnahme nennt. Vgl. R 72 / 1564, 12 Uhr v. 11.1. 1932, Bl. 63. Vgl. hierzu im weiteren: Berghahn, Stahlhelm, S. 196; Bracher, Auflösung, S. 395; Brüning, Memoiren, S. 501.

<sup>1464</sup> Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 198 f.

<sup>1465</sup> N 1211 / 38 Oldenburg-Januschau an Hugenberg, 26.1. 1932. Oldenburg, der sich für Hindenburg aussprach, gibt an dieser Stelle eine telephonische Orientierung Schmidts wieder.

<sup>1466</sup> Vgl. Goebbels-Tagebücher, Eintr. v. 2.2. 1932, S. 616; Berghahn, Stahlhelm, S. 204 f. Goebbels bestätigt die Unterredung vom 4. Februar. Vgl. ebd., Eintr. v. 4.2. 1932, S. 618 f.



aufstellten“<sup>1467</sup>. Aus nächster Nähe konnte der gerade 44 Jahre alt gewordene, ehemalige Hauptmann beobachten, wie Hitler autark und verächtlich die DNVP zur Seite schob.

In der Parteispitze ließ sich erkennen, daß Quaatz mit der Rückkehr Schmidts aus Tirol gewärtigen mußte, daß er nunmehr wieder die zweite Geige im engeren Kreis um den Parteivorsitzenden spielen mußte. Denn Hugenberg zog sich fortan in die „ausschließliche Beratung mit Schmidt“<sup>1468</sup> zurück. Insofern traf es zu, wenn ein späterer, jüngerer Mitarbeiter des nachmaligen Vizekanzlers Papen notierte, daß Schmidt Hugenbergs „Berater und häufigster Begleiter“<sup>1469</sup> gewesen sei. In den Beratungen über den Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl sollte sich Schmidts Gewicht, wie bereits sieben Jahre zuvor, deutlich zeigen.

Zu diesem Zeitpunkt war das Band zum einstmals mit nationaler Begeisterung gewählten Generalfeldmarschall längst zerschnitten. Locarno, der Young-Plan und die Kanzlerschaft Brünings hatten Hindenburg in den Augen der Deutschnationalen um Hugenberg zur nationalen ‚*persona non grata*‘ gemacht. So glich es nurmehr einem formellen Gebot des Anstands, wenn die Unterstützung einer zweiten Kandidatur des Reichspräsidenten in Aussicht genommen wurde. Denn die altbekannten Vorbedingungen waren von vornherein so unerreichbar gestellt, daß eine ernsthafte Absicht nicht unterstellt werden konnte. Hugenberg forderte von Hindenburg, daß er „vorher seinen Frieden mit der Rechten machte“<sup>1470</sup>. Dieser Frieden hätte den Sturz Brünings, dessen Ersetzung durch einen „nationalen“ Reichskanzler, die vollständige und institutionalisierte Abkoppelung der Regierungsverantwortung vom Parlament und schließlich die Entfernung der SPD von der Macht in Preußen bedeutet. Schmidts Äußerungen in den vergangenen zwei Jahren und zu Beginn des Jahres 1932 deuteten nicht darauf hin, daß er hierin nicht mit Hugenberg übereinstimmte.

An den hinter den Kulissen schwebenden Verhandlungen um ein etwaiges, neues Rechtskabinett hat Hugenberg „im Beisein des Abg. Schmidt-Hannover“<sup>1471</sup> zwar teilgenommen, gleichwohl sind die quellenmäßigen Belege eher gering hierüber. Im Prozeß des schwindenden Vertrauens des Reichspräsidenten zu Brüning sondierte Schleicher für die Zeit nach der Preußen-Wahl mit geschickter *divide et impera*-Politik

---

<sup>1467</sup> UuF 8, Nr. 1800 Aus einem Schreiben Alfred Hugenbergs an Adolf Hitler, 20.3. 1932, S. 416. Hugenbergs eindeutiges Ziel war zu diesem Zeitpunkt „der Rücktritt der Regierung Brüning und eine wirkliche Rechtsregierung“. Hugenberg an Arnim-Boitzenburg, 4.2. 1932, in: K. Gossweiler / A. Schlicht, Junker und NSDAP 1931 / 32, in: ZfG 15 (1967), S. 660.

<sup>1468</sup> Quaatz-Tagebuch, Eintr. 8.2. 1932, S. 176.

<sup>1469</sup> Stahlberg, Pflicht, S. 27.

<sup>1470</sup> Politik und Wirtschaft, 23.4. 1932: Ausführungen Hugenbergs zu den Verhandlungen über einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der nationalen Opposition, S. 1419.

<sup>1471</sup> N 42 / 30 Schmidt an Schleicher, o.D., Aufzeichnung über die Verhandlungen im Februar.

ein Kabinett Lüninck<sup>1472</sup>, dem Brüning als Außenminister und Groener angehören sollten, was die Deutschnationalen ablehnten. Hugenberg und Schmidt hielten derweil die Forderung Hitlers nach der Reichskanzlei für „nicht streitig“<sup>1473</sup>, erhoben aber auf die von den Nationalsozialisten ebenfalls geforderten, für die Gewalt im Staat verantwortlichen Ministerien des Innern und der Wehrmacht ebenfalls den Anspruch. Schmidt akzeptierte Mitte Februar im Gespräch mit Göring sogar die Kanzlerschaft Hitlers sowie das Wehr- und Außenministerium in nationalsozialistischer Hand, sofern er dafür „große Gegenleistungen“<sup>1474</sup> erhielt. Allein, Hindenburg akzeptierte weder Hitler noch Hugenberg als Kanzler, ließ Brüning noch nicht fallen, so daß die Kabinettsstücke Chimären blieben – nur einer hatte sein Ziel der effektiven Verwirrung erreicht: Schleicher.

Die von Schmidt über den Bundeskanzler des Stahlhelms, Wagner, beförderte Neigung der Frontsoldaten zur Absprache mit der DNVP ließ diese letztlich auf den Kurs Hugenbergs einschwenken.<sup>1475</sup> Die staatspolitischen Auffassungen der ehemaligen Wähler und des maßgeblich an der Überzeugung des Feldmarschalls zur Kandidatur von 1925 beteiligten Schmidts hatten sich von denjenigen des „Siegere von Tannenberg“ zu weit entfernt.<sup>1476</sup>

Die deutschnationalen Reaktionen auf die am 15. Februar verkündete, erneute Kandidatur Hindenburgs verliefen dann in den zu erwartenden Bahnen. Zurückhaltend, aber politisch unmißverständlich ließ die deutschnationale Pressestelle umgehend verlautbaren: „Der Kampf gegen dies System ist das oberste Gebot wirklicher Nationalpolitik. Hinter dies Gebot müssen auch alle Gefühle der Ehrerbietung zurücktreten, die wir vor dem Sieger von Tannenberg empfinden. ... Die Deutschnationale Volkspartei wird vielmehr den Kampf um die Reichspräsidentenwahl im Sinne von Harzburg und mit dem Willen führen, eine grundsätzliche Kursänderung

---

<sup>1472</sup> Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 199 f.; Vogelsang, Reichswehr, S. 150; Dorpalen, Hindenburg, S. 252 f.; Groener-Geyer, Groener, S. 287.

<sup>1473</sup> N 42 / 30 Schmidt an Schleicher, o.D., Aufzeichnung über die Verhandlungen im Februar.

<sup>1474</sup> Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 13.2. 1932, S. 178. Was Schmidt damit meinte, kann nur erahnt werden: zumindestens die Vizekanzlerschaft Hugenbergs und das Innenressort. Preußen wird hier auch eine Rolle gespielt haben.

<sup>1475</sup> Vgl. zu Schmidts Einwirkung auf den Stahlhelm: Berghahn, Stahlhelm, S. 202; zum Einschwenken des Stahlhelms: ebd., S. 204.

<sup>1476</sup> N 1211 / 72 a Schmidt, DNVP-nationale Organisationen, S. 19. Bezeichnend für die Haltung Schmidts in diesem Punkt und belegend für seine Ablehnung der Kandidatur Hindenburgs ist die von ihm gewählte Formulierung: „Das Ergebnis der am 14.2. abgehaltenen Bundesvorstandssitzung war dann die Absage an die Hindenburg-Kandidatur in der Form (sic!), daß der Stahlhelm die Wahl nur nach vorausgegangenem sichtbarem Kurswechsel unterstützen könnte“. Schmidt wußte somit nur zu gut, daß die Bedingungen keine Unterstützung Hindenburgs ermöglichen. Der Wortlaut des Beschlusses des Stahlhelms ist abgedruckt, in: NZ v. 16.2. 1932.

herbeizuführen“<sup>1477</sup>. Es verwunderte nicht, wenn Schmidts erste Stellungnahme in Form eines Aufsatzentwurfes, selbst in der Diktion der Verlautbarung des Pressechefs Brosius ähnelte: „Allen Warnungen und Bitten seiner früheren Anhänger zum Trotz hat sich der Reichspräsident von Hindenburg dem System Brüning als Wahlkandidat zur Verfügung gestellt. Er hat sich nicht zu der von uns geforderten klaren Änderung des durch Young-Erfüllung und Notverordnungspolitik gekennzeichneten Kurses entschließen können. Unser Kampf gilt dem System, das den Namen des Siegers von tannenberg als Aushängeschild benutzt. Unser Kampf gilt der Beseitigung der immer unerträglicher werdenden Brüningdiktatur“<sup>1478</sup>. Staatspolitisch betrachtet war Hindenburg damit für Schmidt ein Mann des „Systems“ geworden - der Wandel in den letzten sieben Jahren war mit den Händen zu greifen. Der Parteivorstand der Deutschnationalen äußerte sich in einer eigens einberufenen Sitzung am 17. Februar erwartungsgemäß gegen diesen Erfolg Brünings, ohne vorläufig einen Kandidaten benennen zu können.<sup>1479</sup>

Die steten Versuche Hugenbergs, doch noch eine Einigung mit Hitler herbeizuführen, waren von Hitler zuletzt Anfang Februar in München brüsk zurückgewiesen worden. Schmidt mußte deshalb am 24. Februar notieren, daß die nationalsozialistische Partei „seit Wochen“<sup>1480</sup> die Kandidatur ihres Vorsitzenden anstrebte. Dem widersprach es nicht, wenn die Deutschnationalen nach der noch nicht offiziellen Bekanntgabe der Kandidatur nichts unversucht ließen, in weiteren Gesprächen einen gemeinsamen Kandidaten zu präsentieren - was die Gegenseite bezeichnenderweise erst gar nicht in Aussicht nahm. Namen wie Goltz, Levetzow und Coburg wurden Göring vorgeschlagen, doch sie verfielen allesamt nicht.<sup>1481</sup>

Der absehbar eintretende Fall, daß die NSDAP mit einem eigenen Kandidaten, „voraussichtlich Hitler“<sup>1482</sup>, in die Wahl ziehen würde, mußte die DNVP verständlicherweise begegnen. Bei der internen, deutschnationalen Zirkulierung von Kandidaten, denen allesamt von vornherein weniger als ein Achtungserfolg beschieden

---

<sup>1477</sup> Die Pressemitteilung der DNVP ist abgedruckt, in: NZ v. 16.2. 1932. Drastischer gaben sich die VvVD, deren Pressemitteilung als Schlagzeile in der Niederdeutschen Zeitung mit den Worten aufgenommen wurde: „Keine Stimme dem Schützer des Systems“. NZ v. 17.2. 1932.

<sup>1478</sup> N 1211 / 37 Schmidt, Ohne Titel, s.l.e.a. Ähnlich der Artikel: N.N., Warum nicht wieder Hindenburg? In: UP v. 1.3. 1932. Vgl. auch: R 72 / 1566 Mitteilungen der DNVP, hg. v. der Pressestelle, Parole Deutschland (Schmidt am 4.3. im Berliner Sportpalast), Bl. 185.

<sup>1479</sup> Vgl. NZ v. 19.2. 1932.

<sup>1480</sup> Dies geht hervor aus einem Schreiben Schmidts an die Spitzenfunktionäre der Partei, das er im Rahmen seiner Tätigkeit in der Parteizentrale verfaßt hatte und das sich nur im Nachlaß des ebenfalls dem Vorstand der Partei angehörenden Weilnböck fand: N 1327 / 38 b Schmidt zur Kandidatenfrage an die Herren Vorsitzenden der Reichstagsfraktion und der Landtagsfraktionen, an die Herren Landesverbandsvorsitzenden, Berlin 24.2. 1932, S. 1 (i.f. zit. als: Schmidt zur Kandidatenfrage an die Vorsitzenden, 24.2. 1932).

<sup>1481</sup> Vgl. N 1327 / 38 b Schmidt zur Kandidatenfrage an die Vorsitzenden, 24.2. 1932, S.1.

<sup>1482</sup> N 1211 / 72 a Schmidt, DNVP-nationale Organisationen, S. 19.

sein mußte, wurde neben Hugenberg auch Schmidt genannt.<sup>1483</sup> Während die Kandidatur des Parteivorsitzenden für den Eventualfall nicht überraschte, war dies bei dem 44 Jahre alten Hauptmann a.D. der Fall. Schmidts Nennung für dieses aussichtslose Unterfangen dürfte jedoch höchstens als Ausfluß vorläufiger Gedankensammlung im inneren Führungszirkel der DNVP gewertet werden. Eine weitere Nennung Schmidts war nicht zu erkennen. Ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Aufstellung eines deutschnationalen Kandidaten bestand darin, daß selbiger von dieser Seite als nicht-nationalsozialistischer Einheitskandidat betrachtet wurde, deutlicher: Die deutschnationale Führungsspitze hielt es für selbstverständlich, daß ihr Kandidat der alleinige in der verbliebenen „Harzburger Front“ sein sollte - eine Fehlkalkulation, die beinahe den rudimentären Gedanken der Rest-Sammlungspolitik Hugenbergs *ad absurdum* geführt hätte.

Am Tage der Parteivorstandssitzung setzte nämlich noch weit dichter Nebel bei der Suche nach dem Kandidaten ein. Der engste Verbündete der DNVP unter den nationalen Verbänden, der Stahlhelm, scherte gleichfalls aus, wenn er in seiner Bundesvorstandssitzung beschloß, „einen der Stahlhelmführer kandidieren zu lassen“<sup>1484</sup>. Duesterberg sollte zur Wahl antreten. Um Einigkeit wenigstens zwischen diesen Partnern ringend, stellte Schmidt in einer Besprechung mit Wagner und Morosowicz die „klare Frage, ob der Stahlhelm auch an dieser Absicht festhalte, wenn für die DNVP Dr. Hugenberg kandidiere“<sup>1485</sup>. Schmidt, der an diesem Tage verantwortlich die Verhandlungen mit dem Stahlhelm führte, erhielt die desillusionierende Antwort, daß der Stahlhelm gegebenenfalls allein marschiere.<sup>1486</sup> Der Scherbenhaufen, der von Harzburg geblieben war, vergrößerte sich in prekärer Weise durch den Standpunkt des Frontsoldatenbundes. Da die Deutschnationalen geglaubt hatten, den Stahlhelm übergehen zu können, mußte Schmidt nun unweigerlich gewahren, daß die ungünstige Entwicklung der reichspräsidentialen Ereignisse im Begriff war, auf einen kritischen Punkt hinauszulaufen, in seinen Worten: Die gleichsam enttäuschende Gefahr, „daß die Harzburger Front in drei Kolonnen in die Reichspräsidentenwahl ging“<sup>1487</sup>, wurde mehr und mehr wahrscheinlicher. In den folgenden Tagen wurde deshalb von deutschnationaler Seite unter enormem Erfolgsdruck der Versuch unternommen, mit dem Stahlhelm einen Ausgleich zu finden. Dieser konnte nach der Nominierung Duesterbergs nur in einem Verzicht der

---

<sup>1483</sup> GStA PK HA I Rep. 77 Titel 4043 Nr. 278: Deutschnationale Volkspartei 1925-1933, Der Polizeipräsident von Berlin an den preußischen Minister des Innern, Berlin, 11.3. 1932, Bl. 409.

<sup>1484</sup> N 1211 / 72 a Schmidt, DNVP-nationale Organisationen, S. 19.

<sup>1485</sup> Ebd., S. 20.

<sup>1486</sup> Vgl. N 1211 / 72 a Schmidt, DNVP-nationale Organisationen, S. 20; Berghahn, Stahlhelm, S. 202.

<sup>1487</sup> Ebd. Ähnlich: N 1327 / 38 b Schmidt an die Vorsitzenden, 24.2. 1932, S. 1.

Deutschnationalen liegen. Schmidt, der in ständigem Kontakt mit Wagner stand<sup>1488</sup>, nahm an der vorentscheidenden Ausgleichsverhandlung am 18. Februar teil. An diesem Tag trafen zur Mittagszeit Seldte, Duesterberg, Wagner, Morosowicz einerseits und Schmidt, Hugenberg und Quaatz andererseits zusammen.<sup>1489</sup> Das strategische Ziel besonders Schmidts bestand darin, wenigstens die Geschlossenheit von Rest-Harzburg für die Reichspräsidentenwahl - und darüber hinaus - zu erhalten. In dem von Schmidt entworfenen Vereinbarungen wurden dem Stahlhelm eine Reihe sicherer Plätze für die Listen der anstehenden Landtagswahlen besonders in Preußen in Aussicht gestellt. Weiterhin erklärte sich die DNVP bereit, ihre Parteiorganisation zur Unterstützung Duesterbergs bei der Reichspräsidentenwahl zur Verfügung zu stellen. Für Verhandlungen, die bei dem erwarteten zweiten Wahlgang stattfinden würden, behielt sich Hugenberg die Federführung für die beiden Vertragschließenden vor.<sup>1490</sup> Der Abschluß dieses von Hugenberg als unverbindlich betrachteten Abkommens - er glaubte noch immer an einen gemeinsamen Harzburger Kandidaten - zeigte deutlich die schwache Position der Deutschnationalen. Sie konnten keinen wesentlichen Einfluß auf die Kandidatenkür ausüben, nur durch weites Entgegenkommen konnte der verbliebene Bundesgenosse erhalten werden.

Bei einer Beratung Hugenberg mit Schmidt und Quaatz stellte sich zudem heraus, daß sich der Letztgenannte vehement gegen das Bündnis mit dem Stahlhelm verwehrte und stattdessen eine „Verständigung der Harzburger Front mit allen Mitteln“<sup>1491</sup> versucht wissen wollte. Es zeigte sich, daß die Abmachungen mit dem Stahlhelm günstigstenfalls als vorläufig zu bezeichnen waren. Quaatz bewies damit noch weniger politischen Instinkt als Schmidt, wenn er glaubte eine gemeinsame Position mit der NSDAP herstellen zu können. Insofern war seine Bewertung Hugenberg und auch Schmidts relativ zu betrachten: „Auffallend seine etwas primitive Auffassung der Lage und der Menschen ... Die ausschließliche Beratung mit Schmidt ist spürbar“<sup>1492</sup>. Unabhängig von dem das Urteil beeinträchtigenden Gefühl der persönlichen Zurücksetzung gegenüber dem Hauptmann, lag dieser in der Frage des

---

<sup>1488</sup> Vgl. N 1003 / 31 Schmidt an Wegener, 26.9. 1931.

<sup>1489</sup> Vgl. Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 18.2 1932, S. 179.

<sup>1490</sup> Vgl. N 1211 / 72 a Schmidt, Verhältnis DNVP – benachbarte nationale Organisationen, vertraulich, Berlin Juni 1932, S. 20 f.; Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 18.2. 1932, S. 179 f.

<sup>1491</sup> Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 19.2. 1932, S. 180. In diesem Sinne war Quaatz auch an der Einbürgerung Hitlers und dessen Ernennung zum Regierungsrat an der Braunschweiger Gesandtschaft in Berlin beteiligt. Vgl. Morsey, R., Hitler als Braunschweiger Regierungsrat. Dokumentation, in: VfZ 8 (1960), S. 462 f.; Huber, Verfassungsgeschichte 7, S. 928-931. Schmidt äußerte sich dazu nicht. Es ist kaum anzunehmen, daß er in der Verfügbarkeit der Staatsbürgerschaft das „brauchbarste Druckmittel“ gesehen haben könnte. Berghahn, V., Die Harzburger Front und die Kandidatur Hindenburgs für die Präsidentschaftswahlen 1932, in: VfZ 13 (1965), S. 76.

<sup>1492</sup> Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 8.2. 1932, S. 176.

politisch Erreichbaren instinktiv näher am Möglichen als Quatz. Schmidt, dessen Milieu die Wehrverbände immer waren, setzte sich schließlich in dieser Frage durch. Während der Verhandlungen im Februar war grundsätzlich zu berücksichtigen, daß die einzelnen Harzburger Teilnehmer allesamt unter starker psychologischer Anspannung standen: Wer würde den ersten Schritt wagen und eine Kandidatur bekannt geben und sich damit die Blöße geben, das - faktisch nicht bestehende - Bündnis öffentlich zu unterminieren. Aufgrund der eigenen Schwäche wog dieser Schritt auf der nicht-nationalsozialistischen Seite weit schwerer und machte deshalb die bis zuletzt bestehende Gesprächsbereitschaft verständlich – und das harzburginterne Machtgewicht deutlich. Der Druck, in dieser Situation zu handeln, wurde letztlich nicht unerheblich dadurch gesteigert, daß der Kandidat des „Systems“ bereits gekürt war. Alles in allem waren die Rahmenbedingungen nicht dazu geeignet, das ursprüngliche Ziel von Harzburg zu erreichen, zumal die NSDAP ohnehin einen eigenen Kandidaten aufzustellen bestrebt war.

Zu einem letzten Versuch Hugenbergs, das Aussichtslose wahr zu machen, kam es am 21. Februar in Hitlers Berliner Quartier, dem Hotel Kaiserhof. Der deutschnationale Parteivorsitzende schlug im Verlauf der Unterredung, zu der später Schmidt und Göring stießen, weltfremd den Industriellen Vögler und den Prinzen Oskar vor.<sup>1493</sup> Beide wurden von Hitler abgelehnt. Schmidt mußte sich dann an die Situation in Harzburg erinnert fühlen, als Hitler für die getrennten Kandidaten nicht einmal einen „gemeinsamen Aufruf oder eine Burgfriedenserklärung“<sup>1494</sup> abzugeben bereit war. Damit ging er über Harzburg hinaus. Obwohl sein Mißtrauen in Harzburg zaghaft geweckt worden war, sah Schmidt öffentlich trotz dieser Entwicklung, die den 11. Oktober wiederholte und übertraf, in dem am 22. Februar von Goebbels im Berliner Sportpalast verkündeten „Kandidaten der Nationalsozialisten nicht den Gegner, sondern den Bundesgenossen“<sup>1495</sup>.

Noch war Duesterberg nicht der Kandidat der Deutschnationalen, vielmehr mußte intern eine Klärung dieser Frage herbeigeführt werden, zumal auch seitens der VvVD, die sich gleichfalls gegen Hindenburg ausgesprochen hatten<sup>1496</sup>, unter Goltz Bedenken geäußert worden waren.<sup>1497</sup> Am 22. Februar fanden tagsüber zwei Besprechungen

---

<sup>1493</sup> Vgl. Goebbels-Tagebücher, Eintr. v. 21.2. 1932, S. 621. Berghahn (Stahlhelm, S. 210) nennt stattdessen Goltz und Lüninck.

<sup>1494</sup> N 1327 / 38 b Schmidt zur Kandidatenfrage an die Vorsitzenden, 24.2. 1932, S. 2. Berghahn (Stahlhelm, S. 210) geht vom Zustandekommen einer solchen Erklärung aus. Schmidts drei Tage nach den Ereignissen verfaßte Niederschrift gibt keinen Anlaß, an ihrer Richtigkeit zu zweifeln.

<sup>1495</sup> N 1211 / 37 Schmidt, Ohne Titel, s.l.e.a. Vgl. Kershaw, Hitler I, S. 450 ff.

<sup>1496</sup> Damit sprachen sich Stahlhelm, VvVD und RLB gegen Hindenburg aus. Vgl. Bracher, Auflösung, S. 407. Der Kyffhäuserbund unter General von Horn sprach sich für ihn aus. Vgl. N 1327 / 38 b Schmidt zur Kandidatenfrage an die Vorsitzenden, 24.2. 1932, S. 2.

<sup>1497</sup> Vgl. Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 18.2. 1932, S. 180.

statt, in denen eine Lösung gefunden werden mußte. Zunächst trafen sich die deutschnationalen Abgeordneten Schmidt, Hugenberg, Bang, Oberfohren, Winterfeld, Annagrete Lehmann und Quaat, um die Kandidatur Duesterbergs zu besprechen.<sup>1498</sup> Während sich Quaat zusammen mit Annagrete Lehmann und Oberfohren gegen Duesterberg aussprach und damit für drei Kandidaten plädierte, setzte sich Schmidt „leidenschaftlich“<sup>1499</sup> für den zweiten Bundesvorsitzenden des Stahlhelms ein. In diesem Falle sah er deutlicher als der dem paramilitärischen Bereich nicht genuin verbundene Quaat, daß das notwendige Gebot der Stunde darin lag, wenigstens den Bund der Frontsoldaten als Bündnispartner zu erhalten. Eine eigene Kandidatur hätte diesen unnötig auf sich selbst gestellt. Der „unvermeidliche Schmidt“ setzte sich mit seiner Ansicht in der zweiten, nachmittäglichen Konferenz im Kreise von – nicht namentlich genannten – Stahlhelm-Emissären, Hugenberg, Oberfohren und Quaat letztlich durch, indem er „ganz ungehörig presierte“<sup>1500</sup>. Schließlich einigten sich die Anwesenden auf die Kandidatur Duesterbergs, die in einer großen Abendveranstaltung bekanntgegeben wurde<sup>1501</sup> - beinahe zeitgleich zur Proklamation Hitlers durch Goebbels.

Durch erhebliche Zugeständnisse war es der deutschnationalen Seite letztlich gelungen, wenigstens das – machtpolitisch einflußlose – Rest-Harzburg zusammenzuhalten. Wenn Schmidt am nächsten Tag in der Fraktionssitzung „in glühendem Optimismus“<sup>1502</sup>, wie Quaat festhielt, für die am Vortag gefundene Lösung warb, so täuschte dies nicht über seine Naivität hinsichtlich der Kandidatur Hitlers hinweg. Gleichwohl hatte er verstanden, daß die organisierten Frontsoldaten als Bundesgenossen erhalten werden mußten.

Nach der erwartungsgemäßen Niederlage Duesterbergs am 13. März stellte sich die Frage, wie die DNVP darauf reagieren sollte. Sollte sie sich nach den Ereignissen im Februar doch für Hitler aussprechen oder gar für Hindenburg? Von den letztlich scheiternden Verhandlungen um eine Kandidatur des ältesten Sohnes Wilhelms II. erfuhren die Deutschnationalen erst Anfang September durch ein Gespräch Schmidts mit dem Kronprinzen während des Stahlhelmtages in Berlin.<sup>1503</sup> Hugenberg und

---

<sup>1498</sup> Ebd., Eintr. v. 22.2. 1932, S. 181.

<sup>1499</sup> Ebd.

<sup>1500</sup> Beide Zitate aus: ebd.

<sup>1501</sup> Vgl. Berghahn, Stahlhelm, S. 210.

<sup>1502</sup> Quaat-Tagebuch, Eintr. v. 23.2. 1932, S. 181.

<sup>1503</sup> Schmidt erfuhr dies durch ein „längeres Gespräch mit dem Kronprinzen am 4.9. 1932“. N 1231 / 38 Schmidt an Hugenberg, 5.9. 1932. Schmidt bestätigte das späte Wissen in einem späteren Schreiben an Hugenberg: „Ich erfuhr von der ganzen Sache erst im Herbst 1932, ...“. N 1211 / 9 Schmidt an Hugenberg, 8.2. 1949. Die Nicht-Involvierung, ja nicht einmal Orientierung über diese Vorgänge wirft ein grelles Licht auf die politische Bedeutsamkeit der DNVP im Frühjahr 1932. Das bisher nicht bekannte Indiz implizierte zudem, daß sich die Deutschnationalen einem nicht selbstbestimmten Kandidaten unterwerfen sollten und zudem Hitler als Reichskanzler akzeptieren sollten. Der potentielle Konflikt, dem sich die

Schmidt verfertigten nun zunächst ein Protokoll<sup>1504</sup>, in dem die Parole „DNVP beteiligt sich nicht“ ausgegeben wurde. Hierzu sollte der Reichstag mit Unterstützung der DNVP – in nachgerade ironischer Anlehnung an Brünings Plan vom Januar – eine Zweidrittel-Mehrheit erreichen, die das Ergebnis des ersten Wahlgangs für ausreichend für eine zweite Amtszeit Hindenburgs erachtete. Statt des zweiten Wahlgangs sollten Reichstagswahlen durchgeführt werden. Während sich Quaat, Bang, Claß und Brosius für Hitler aussprachen<sup>1505</sup>, suchten sich Hugenberg und Schmidt, da eine Wahlenthaltung abgelehnt wurde, „von Hitler ab[z]usetzen“<sup>1506</sup>; der Vorsitzende gab sich sogar „heftig ablehnend“<sup>1507</sup> gegenüber Quaat. Die Divergenzen machten die deutschnationale Uneinigkeit wie ihre Unsicherheit Position zu beziehen deutlich. Gleichwohl wurde eine neue, leichte Tendenz erkennbar: Hitlers definitive Absage an einen gemeinsamen Kandidaten hatten Hugenberg und in seinem direkten Gefolge Schmidt zum ersten intensiveren mißtrauischen Nachdenken veranlaßt. Hugenberg gab die Wahlentscheidung für den zweiten Gang frei. Wie Schmidt gewählt hat, blieb nicht belegbar. Eine rein situativ bedingte, vom unmittelbaren Erleben der Verhandlungen im Februar – und verstärkt durch die Erfahrung von Harzburg – beeinflusste Entscheidung war nicht auszuschließen. Allerdings wäre dies dann bei einer Wahl Hindenburgs nicht für diesen, sondern gegen Hitler ausgesprochen worden.<sup>1508</sup>

Hindenburg wurde schließlich am 10. April im zweiten Wahlgang wiedergewählt.<sup>1509</sup>

Wie läßt sich nun Schmidts politische Position vor und während der Reichspräsidentenwahl 1932 zusammenfassen? Unbeschadet des hohen militärischen Respekts vor Hindenburg, war er beginnend mit Locarno über den Young-Plan und die Ernennung Brünings zum politischen Gegner des Generalfeldmarschalls geworden. Kein pietätloses Wort war von Schmidt zu vernehmen, aber die politische Distanz zwischen den beiden war unübersehbar. Hindenburg war für Schmidt zum „Mann des

---

Deutschnationalen hätten stellen müssen, gegen den eventuell erfolgreichen Kronprinzen zu sein, um Hitlers Kanzlerschaft zu verhindern, hätte sie vor eine heikle Aufgabe gestellt. Sie konnten froh sein, daß Wilhelm II. seinem Sohn ein solches Ansinnen verbot. Außerdem überschätzte er wohl seine Stellung bei den Nationalsozialisten – gleichwohl setzte er sich im zweiten Wahlgang für Hitler ein. Vgl. hierzu einschlägig: Stribny, W., Der Versuch einer Kandidatur des Kronprinzen Wilhelm bei der Reichspräsidentenwahl 1932, in: FS für Kurt Kluxen, zu seinem 60. Geburtstag herausgegeben von Ernst Heinen und Hans Julius Schoeps, Geschichte in der Gegenwart, Paderborn 1972, S. 199-210. Zu Verhandlungen des Generals v. Einem mit Hugenberg kam es nicht. Vgl. ebd., S. 206-208. Weiterhin: Jonas, K., Der Kronprinz Wilhelm, Frankfurt 1962, S. 224-231; Bracher, Auflösung, S. 420. Eine neuere Biographie über den Kronprinzen (Ries, H., Kronprinz Wilhelm, Hamburg 2001, S. 187 f.), die insgesamt wenig Substanz mitbringt, bietet hier nur den Verweis auf den Aufsatz von Stribny.

<sup>1504</sup> Vgl. Quaat-Tagebuch, Eintr. 14.3. 1932, S. 183 f.

<sup>1505</sup> Vgl. ebd., Eintr. v. 14.3., 23.3. u. 4.4. 1932 (S. 183 f., 185, 186).

<sup>1506</sup> Ebd., S. 183.

<sup>1507</sup> Ebd., S. 184.

<sup>1508</sup> Vgl. die Analyse der Wahl bei: Winkler, Katastrophe, S. 528 f.

<sup>1509</sup> Vgl. zu den Ergebnissen der Wahl: Kolb, Weimarer Republik, S. 311.



Systems“<sup>1510</sup> geworden, zu jemandem, welcher die Erfüllungspolitik sanktionierte. Mit ihm konnte es keine Gemeinsamkeiten mehr geben. Sieben Jahre nachdem Schmidt in geschickter Manier an prominenter Stelle zusammen mit Tirpitz Hindenburg von der Kandidatur überzeugt hatte, stellte er sich nun gegen ihn und setzte sich im engsten Kreis um Hugenberg erfolgreich für den zweiten Stahlhelm-Bundesvorsitzenden Duesterberg ein. Er stieß damit eine Wählerbewegung an, die in der Absetzung Brünings durch Hindenburg ihr baldiges Ende finden sollte. Indem Hindenburg es seinem Kanzler anlastete, seine Wähler von 1925 nicht an seiner Seite zu sehen, sondern sich „von den Sozen .. wählen lassen“<sup>1511</sup> sehen zu müssen, gelang Schmidts ursprünglicher Gedanke des Sturzes nicht im frontalen Angriff auf Brüning, sondern gleichsam als Nebeneffekt der Wiederwahl.

Im Verhältnis zu den Nationalsozialisten schien die Harzburger Lektion nicht wirklich verinnerlicht worden zu sein. Allenfalls setzte im März bei Schmidt eine nachdenkliche Tendenz ein. Natürlich hatte er in Harzburg schmerzhaft einen klareren Blick gewonnen, aber die eigene Macht- und Alternativlosigkeit band Schmidt zusammen mit seinem Parteivorsitzenden schicksalsträchtig an Hitler. Abgesehen von der vollständig autarken Entscheidung, keinen gemeinsamen Kandidaten mit den Harzburger Gelegenheitsfreunden aufstellen zu wollen, bewies der erste Wahlgang, daß Hitler dem Kandidaten des „Kampfblocks Schwarz-Weiß-Rot“, Duesterberg fünffach überlegen war. Als Hugenberg dann im zweiten Wahlgang hilflos nichts anderes übrigblieb, als die Wahl frei zu geben, wurde deutlich, wer der mächtigste Herausforderer der Weimarer Republik war: Adolf Hitler. Zwar unterlag er Hindenburg, aber ohne großes Aufhebens machte er den Deutschnationalen anhand des Wahlergebnisses damit deutlich, daß er nicht mehr nur Preußen und Hugenbergs Partei Anhalt sei, sondern „daß Anhalt sich Preußen füge müsse“<sup>1512</sup>.

Ob Schmidt, der seine gesamte politische und persönliche Energie für das Gelingen von Harzburg eingesetzt hatte, mit der zweiten Lektion nur vier Monate später lernen sollte, daß Hitler die Deutschnationalen nicht als Bundesgenossen begriff, weil er die Macht dazu hatte, deutete sich vorsichtig an. Beweisen mußte sich dies erst noch. Gerade weil er spätestens seit der Young-Plan-Kampagne an der Seite Hugenbergs

---

<sup>1510</sup> Granier, G., Paul von Hindenburg als Reichspräsident, in: GWU 20 (1969), S. 540.

<sup>1511</sup> N 1003 / 31 Schmidt an Wegener, 2.5. 1932. Die Verärgerung, nicht von seinen nationalen Wähler auf den Schild gehoben worden zu sein, geht am besten hervor aus: Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932, Dritte Reihe, Bd. 4 / II, Nr. 438: „Persönliche Darlegung“ des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, S. 1306-1310. Vgl. hierzu: Falter, J., The two Hindenburg elections of 1925 and 1932: a total reversal of voter coalitions, in: CEH 23 (1990), S. 225-241.

<sup>1512</sup> Dies geht hervor aus dem Schreiben Hugenbergs an Hitler, 20.3. 1932, in: UuF, Bd. 8, S. 416.

wirkte, konnte er sich nicht länger einer Tatsache verschließen: „Das Verhältnis zur NSDAP ... hatte sich zwischen 1929 und 1932 umgekehrt“<sup>1513</sup>. Zog er Konsequenzen?

Zunächst vertiefte die absehbare Niederlage in der Wahl des Staatsoberhauptes die Beziehung zwischen dem Parteivorsitzenden und Schmidt sowie der Parteiverwaltung. Zum Leidwesen Quatz' geriet Hugenberg dadurch „immer mehr in Abhängigkeit von der ‚Parteizentrale‘“<sup>1514</sup>. Hugenberg suchte mithin die Nähe zu Schmidt, da er sich hier vor der Kritik Quatz' sicher wähnen konnte.

Allein, es blieb nicht viel Zeit, ein Klagelied zu erheben, denn die Preußenwahlen standen am 24. April vor der Tür. Hier sollte sich nun zum ersten Mal eine maßvolle Kritik, die direkt an den „Bundesgenossen“ NSDAP gerichtet war, bei Schmidt regen. In einer seiner auf das schärfste polarisierenden Wahlkampfreden rechnete er zuerst mit dem „System“ ab<sup>1515</sup>: „Das Experiment von 1918 ist mißglückt, der Sozialismus ist widerlegt. Sozialismus ist Bauertod und Arbeitslosigkeit, ist Vernichtung jedes freien Eigenlebens, jeder privaten Wirtschaft, jeder bodenständigen eigengewachsenen Kultur.“ In hemmungsloser Art und Weise ging er sodann auf die Außenpolitik der Regierung Brüning ein, nachdem er die ungelöste Problematik der Arbeitslosen aufgeführt hatte: „Jahre nach dem Krieg schleppen wir noch die Tributketten. In irrsinnigem Kreislauf wird die politische Schuld als hochverzinsten Privatkredit an Deutschland kommerzialisiert zurückgeführt. Die Regierung ... wagt nicht, die Kriegsschuld aufzurollen, führt eine Außenpolitik, die uns über Locarno zum Zollunionsskandal und die Abrüstungspleite in die völlige Einkreisung der anderen führt. Warum verteidigt Brüning nicht das Memelland in Genf? ... Eine Politik des Widerstandes der Außenpolitik ist nur durch eine nicht vorbelastete Regierung zu führen.“ Diese Regierung sah er nun in einer Konstellation der „nationalen Opposition“. Die Führung in einer etwaigen Regierung lag – reichlich realitätsfern, aber agitatorisch notwendig – bei den Deutschnationalen, denn: „Den Weg kann heute nur die DNVP weisen, die Nationalismus mit gereifter Erfahrung verbindet“. Folglich war „Hugenberg der Anwalt des betrogenen deutschen Volkes“. Und nun brach die aufgestaute Frustration gegenüber Hitler hervor: Hugenberg „hat im Interesse der gesamten Nationalen Opposition immer wieder seine Partei aufs Spiel gesetzt. Die NSDAP wäre heute nicht so groß, wenn Hugenberg nicht 1930 ohne Rücksicht auf seine Partei den Reichstag aufgelöst hätte. Er rief zum Kampf gegen den Young-Plan, er schuf den Reichsausschuß für das Volksbegehren, er führte trotz aller Schwierigkeiten die

---

<sup>1513</sup> Hiller, Deutschnationale Volkspartei, S. 181.

<sup>1514</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 15.4. 1932, S. 187. Ähnlich der Eintrag v. 19.4. 1932, in: ebd.

<sup>1515</sup> Vgl. zu den folgenden Zitaten die sechsseitige Rede in: N 1211 / 31 ohne Titel (handschriftlich: Für Preußenwahl 24.4.32).

Harzburger Front zusammen. Sie wäre heute an der Macht, wenn nicht schon in der Woche nach Harzburg die Führung der NSDAP eine Politik befolgt hätte, deren falscher Weg jetzt deutlich vor aller Augen liegt. ... Von dem Zeitpunkt ab, wo die NSDAP laut unwidersprochener Erklärungen des wirtschaftsparteilichen Ministers Bredt im Reichstag sich bereit erklärte, ein Kabinett mit Brüning als Außenminister und dem Demokraten Geßler als Reichskanzler mitzumachen, begannen die Schwierigkeiten der nationalen Front. ... Es kamen die Verhandlungen über die Reichspräsidentenwahl. ... Die NSDAP hat den deutschnationalen Vorschlag einer Einheitskandidatur der nationalen Front ebenso abgelehnt wie den Vorschlag einer gemeinsamen Wahlerklärung. Der Wahlgang vom 10. April ... war nutz- und zwecklos. Er hat lediglich der unter dem Aushängeschild Hindenburg vorstoßenden Systemfront Agitationsmöglichkeiten und Triumphe verschafft.“

Gleichviel, der Glaube an eine geschlossene Rechte blieb unvermindert bestehen: „Das Beispiel von Neustrelitz und Braunschweig zeigt, daß über all da, wo die DNVP stark ist – aber nur da – die Führung zwangsläufig in die Hände der vereinigten Rechten übergeht.“ Der Unterton mutete kurios an. Sollte die NSDAP vernünftigerweise darauf achten, daß der DNVP genug Platz blieb, um eine einflußreiche Größe zu erreichen?<sup>1516</sup> Überheblich und naiv zugleich forderte er damit die Akzeptanz der Führungsrolle der Deutschnationalen ein. Hatte er einen Gedanken daran verschwendet, daß es Hitler vielleicht gar nicht darum ging, eine „vereinigte“ Rechte zu erreichen? Hatte er die Umkehrung der Machtverhältnisse in dem nur von deutschnationaler Seite so bezeichneten „Bündnis“ noch immer nicht erkannt? Nein. Dies deutete zumindest eine Formulierung an. Wenn Schmidt davon sprach, daß Hugenberg „im Interesse der gesamten Nationalen Opposition immer wieder seine Partei aufs Spiel gesetzt“ habe, wurde jene vorsätzliche, willentliche Opferbereitschaft der eigenen Machtbasis deutlich, die er im guten Glauben an die Ursprünge der Partei für richtig hielt. Nur daß Hitler deshalb noch keinen Anlaß gegeben sah, dies zu goutieren. Es interessierte ihn schlichtweg spätestens seit 1930 nicht mehr, da er zu mächtig geworden war.

Aber immerhin hatte Schmidt den „Bundesgenossen“ zum ersten Mal frontal wegen seiner vermeintlichen taktischen Fehlritte angegriffen. Young-Plan, Harzburg und die Reichspräsidentenwahl wurden als die Bündnisangebote dargestellt, die sie in den Augen der Deutschnationalen gewesen waren. Der Fortschritt Schmidts bestand nun darin, die angeblichen Verfehlungen der Nationalsozialisten nicht mehr bündnistreu

---

<sup>1516</sup> Die wenig beneidenswerte Naivität des Glaubens an die Bündniswilligkeit Hitlers kam im Preußen-Wahlkampf in unverminderter Deutlichkeit mehrfach zum Ausdruck. Explizit sagte Schmidt am 13. April: „Die Stärkung der DNVP liegt im ureigensten Interesse ... der Nationalsozialisten“. N 1211 / 31 Schmidt, Kommt eine Rechtsregierung in Preussen? 13.4. 1932. Ähnlich N 1211 / 31 Schmidt-Hannover in der Neuköllner Hasenheide, 7.4. 1932.

und nachsichtig im Sinne der Sache unter den Tisch zu kehren, sondern diese zumindest offen zu benennen. Eine programmatische Kritik war damit nicht verbunden, vielmehr beließ es Schmidt dabei, die wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz Hugenberg's zu unterstreichen. Eine detaillierte Analyse nationalsozialistischer Politik wäre ohnehin nicht seine bevorzugte Angelegenheit gewesen. Dies überließ er lieber Quatz. Schmidt war derjenige, den die Bündnistaktik der ‚nationalen Opposition‘ am meisten interessierte. Trotz des bemerkenswerten, öffentlich vertretenen Erkenntnisfortschritts hatte Schmidt aber noch immer nicht verstanden, daß Hitler von den Deutschnationalen nicht abhängig war und daß der Glaube an eine wie immer geartete Bündnisloyalität nicht mehr als eine deutschnationale Chimäre war.

Welcher Unterschied im politischen Gewicht zwischen DNVP und NSDAP entstanden war, hatte Schmidt in seinem angestammten Wahlkreis Ost-Hannover zu gewärtigen. Während seine Partei gegenüber der letzten Reichstagswahl gerade einmal 1.300 Stimmen hinzugewinnen konnte, gelang den Nationalsozialisten mehr als eine Verdoppelung ihres Erfolges auf nunmehr knapp 280.000 Stimmen. Gegenüber der Mai-Wahl von 1928 bedeutete dies eine Multiplizierung um das Zwanzigfache.<sup>1517</sup> In Preußen erreichte die NSDAP 36,9 Prozent, die DNVP bescheidene und offenbarende 6,9 Prozent.<sup>1518</sup> Es verwunderte deshalb nicht, wenn Hugenberg darob „sehr deprimiert“<sup>1519</sup> war. Im Kreise von Schmidt, Nagel, Bang, Winterfeld und Quatz sprach er deshalb erneut von seinem möglichen Rücktritt. Schmidt wirkte mit den übrigen Anwesenden auf den Parteivorsitzenden erfolgreich ein, sodaß dieser von solchen Gedanken abließ.<sup>1520</sup>

Derweil rumorte und knarrte es im Machtgefüge des zunehmend präsidentialen Regierungssystems. Der Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium, General von Schleicher, wie Hindenburg im 3. Garde-Regiment zu Fuß ursprünglich militärisch beheimatet, verfocht schon lange vor 1930 eine Aushöhlung der Weimarer Verfassung. Sein Ziel war die „Etablierung eines von der Reichswehr getragenen, dauerhaft antiparlamentarisch-autoritären Präsidentialregimes, in das auch die NS-Bewegung einbezogen werden sollte, freilich in einer eher passiven, im wesentlichen durch Schleicher selbst definierten Rolle“<sup>1521</sup>. Die Sturmabteilungen Hitlers, die mit ihren 400.000 Mann gleichsam eine neue schwarze Reichswehr (wie im übrigen auch der Stahlhelm im Sinne Schmidts letztlich keinen anderen Zweck hatte) bildeten, sollten im Zuge einer in Augenschein genommenen Wiederaufrüstung eine Kaderreserve

---

<sup>1517</sup> Vgl. UP v. 1.5. 1932, S. 109. Schmidt wurde für diesen Wahlkreis nicht gewählt, da es sich um eine Landtagswahl handelte.

<sup>1518</sup> Vgl. SEGK 1932, S. 69.

<sup>1519</sup> N 1003 / 31 Schmidt an Wegener, 2.5. 1932.

<sup>1520</sup> Vgl. Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 28.4. 1932, S. 188.

<sup>1521</sup> Kolb, Weimarer Republik, S. 142.

darstellen, auf die man aufgrund ihrer paramilitärischen Ausbildung zurückgreifen konnte. Das SA- und SS-Verbot, dem Brüning ungünstigerweise kein Verbot des Reichsbanners hatte folgen lassen, fügte sich deshalb nicht in die Kalkulationen Schleichers.<sup>1522</sup> Es sollte der „wichtigste Markstein auf dem Weg zur Entlassung Brünings werden“<sup>1523</sup>. Das erste Opfer auf Schleichers Präsidial-Feldzug war sein Mentor Groener, der seit Oktober 1931 formell mit den Geschäften des Innenministers beauftragt war. Schleicher nahm sich den Anlaß in der Reichstagssitzung am 10. Mai, in der Groener das SA-Verbot begründete, den ungestümen Protest der nationalsozialistischen Fraktion erntete und daraufhin von Schleicher im persönlichen Gespräch kühl als untragbar für die Spitzen der Reichswehr bezeichnet wurde. Am 12. Mai nahm er seinen Rücktritt.<sup>1524</sup> Am 8. Mai 1932 kam es dann zu einem für die verfassungsrechtliche Entwicklung seit 1930 entscheidenden weiteren Schritt auf dem Weg zu einer vom parlamentarischen Vertrauen endgültig abgekoppelten Regierungsform. In einer Unterredung Schleichers mit Hitler wurde ein folgenschweres *do ut des* besprochen, dessen Einhaltung der General als verbindlich ansah – auch jemand, der Hitler letztlich tödlich unterschätzte: Schleicher sagte Hitler die Entlassung Brünings, die Aufhebung des SA-Verbots und Neuwahlen zu. Im Gegenzug sagte der Parteiführer die Tolerierung einer zukünftigen, national ausgerichteten Präsidialregierung zu. Schleicher glaubte, dies sei ein Versprechen.<sup>1525</sup>

Inwieweit war Schmidt nun in die Schleicherschen Aktivitäten involviert? Hatte er tatsächlich keinen aktiven Anteil am Sturz des Reichskanzlers, wie es Treviranus später behauptete?<sup>1526</sup> Wurde daraus ersichtlich, daß Schmidt günstigstenfalls ausschnittsweise über die Entwicklungen orientiert war? Welchen Einfluß hatte er auf die Ereignisse im Mai 1932, wo er doch Anfang dieses Monats Anlaß zu der Vermutung sah, daß „sich aus den Verhandlungssituationen in Berlin allerhand ergeben“<sup>1527</sup> könnte?

Am 28. April mußte Quatz zu berichten, daß die Unstimmigkeiten zwischen Schleicher und Groener in Kürze zu einem „Bruch“<sup>1528</sup> zwischen den beiden führen würden. Schmidt kannte den sechs Jahre älteren Schleicher nun seit langen Jahren aus dem Wehrausschuß und pflegte mit ihm nicht nur eine Korrespondenz, sondern traf sich

---

<sup>1522</sup> Vgl. Patch, Brüning, S. 247 f.; Vogelsang, Reichswehr, S. 170; Schulze, Braun, S. 721 ff.; Winkler, Katastrophe, S. 522-526.

<sup>1523</sup> Kolb, Weimarer Republik, S. 140.

<sup>1524</sup> Vgl. Hürter, Groener, S. 349-351.

<sup>1525</sup> Vgl. Kershaw, Hitler I, S. 459-461. Man kann hierin nachgerade ein vorzügliches und unleugbares Beispiel des (Schwer-) Gewichts einzelner Personen für den Fortgang der Geschichte sehen.

<sup>1526</sup> Vgl. Treviranus, Ende, S. 368: Schmidt hatte sich „nicht an den Vorbereitungen zu Brünings Sturz beteiligt“.

<sup>1527</sup> N 1003 / 31 Schmidt an Wegener, 2.5. 1932.

<sup>1528</sup> Vgl. Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 28.4. 1932, S. 188; Kershaw, Hitler I, S. 459.

auch mit ihm zum Meinungs austausch. So geschah es am 2. Mai. Schmidt erfuhr dort so viel, daß er Schleichers Ziel nicht unzutreffend als „Diktaturlösung“<sup>1529</sup> bezeichnete. Er wußte also, was Schleicher letztendlich zu bewirken suchte. Für diesen Fall mahnte er den mächtigen General, daß er bei dieser erstrebten Lösung „wegen der Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitslosenfragen nicht um Hugenberg herum[komme]“, weshalb keine Möglichkeit bestünde, sich bei der „Kanzlersuche ... an Hugenberg vorbeidrücken“<sup>1530</sup> zu können. Schmidt verband mit der Berufung Hugenbergs auch die gnädige Chance für Hindenburg, „als großer und kluger Mann in die Geschichte ein[zugehen“. In dieser unfeinen, überheblichen Formulierung kam nicht nur Schmidts uneingeschränkte Bewunderung der Hugenbergschen Wirtschaftskompetenz zum Vorschein. Vielmehr hoffte er – ohne Grund – auf eine letzte Möglichkeit der Annäherung an den Reichspräsidenten.<sup>1531</sup>

Wie unbegründet dieses Ansinnen war, erfuhr Quatz bei einem Gespräch mit dem Staatssekretär Hindenburgs, Meißner, am 6. Mai.<sup>1532</sup> Dort wurde ihm zunächst auseinandergesetzt, daß man den „Rücktritt des Kabinetts und eine Verständigung mit der Rechten (Nationalsozialisten und Deutschnationalen) unter Einbeziehung des Zentrums“ wünsche. Über das hierfür zirkulierte Personaltableau machte Meißner klar, welch' starke Abwehrfront dem deutschnationalen Parteichef entgegenschlug. Unabhängig davon, daß „man keinen Parteiführer“ wolle, „wohl aber einen rechtsgerichteten Mann, der z.B. auf dem Boden der Deutschnationalen Volkspartei stände“, strich er heraus: „Hugenberg werde von beiden Hindenburg, Schleicher, Zentrum und Nazi gleichermaßen abgelehnt“. Damit wurde zurechtgerückt, was in Schmidts realitätsferner Sicht verlorengegangen war. Hugenbergs Verhältnis zum Reichspräsidenten war seit den Tagen der Sondierung eines ersten „Hindenburg-Kabinetts“ gestört. Zu tief saß die persönliche Abneigung Hindenburgs, die sachlich zuletzt durch die Aufstellung Duesterbergs vertieft worden war. Wenn Schmidt Anfang Mai trotzdem auf einen Kanzler Hugenberg pochte, sprach daraus gewiß der Glaube an Hugenbergs Wirtschaftskompetenz. Aber die politischen Machtverhältnisse dermaßen falsch einzuschätzen, ließ sich daraus noch nicht erklären. Schmidt wußte, das Brüning wackelte und daß ein zukünftiges Kabinett noch weiter vom Parlament abgekoppelt werden sollte. Es war mithin das zunehmende Streben nach der Beteiligung an der Macht, die hier zum Tragen kam. Letztlich war es aber auch ein Ausfluß der spezifischen Loyalität Schmidts gegenüber seinem Vorsitzenden, die die

---

<sup>1529</sup> N 1003 / 31 Schmidt an Wegener, 2.5. 1932.

<sup>1530</sup> Ebd.

<sup>1531</sup> Hugenberg äußerte diese Hoffnung ebenfalls gegenüber dem zweifelnden Quatz: vgl. Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 9.2. 1932, S. 177.

<sup>1532</sup> Die folgenden Zitate sind alle der Aufzeichnung Quatz' entnommen: Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 6.5. 1932, S. 189.

Nüchternheit des Blicks verstellte: Die ungemaine Nähe zu Hugenberg begrenzte zusehends seine subjektive Kritikfähigkeit. Mitglieder des kommenden Kabinetts sollten für das machtpolitisch entscheidende Wehrministerium Schleicher, für das Auswärtige Amt Brüning und für Wirtschaft oder Arbeit nicht Hugenberg, sondern Goerdeler werden.

Die vorerwähnte Besprechung Schleichers mit Hitler am 8. Mai machte deutlich, wer der wichtigste Gesprächspartner des Generals während seines Feldzugs war. Die Deutschnationalen spielten dabei nicht mehr als eine untergeordnete Rolle. Zwar soll es parallel mittels des umtriebigen Alvenslebens Gespräche zwischen Schleicher, der NSDAP und der DNVP gegeben haben.<sup>1533</sup> Aber die entscheidenden Geheimverhandlungen, deren wichtigste eben jene vom 8. Mai waren, fanden direkt zwischen Schleicher und den Nationalsozialisten statt.<sup>1534</sup>

Eher unbeabsichtigt sekundierte die deutschnationale Reichstagsfraktion Schleicher in seinem Vorgehen gegen Brüning durch ihre EntschlieÙung gegen die Ostsiedlungsnotverordnung des Kanzlers am 24. Mai. Die Notverordnung sah vor, daß große Güter, die als nicht mehr entschuldungsfähig eingestuft wurden, zum Zwecke bäuerlicher Siedlung zwangsenteignet wurden.<sup>1535</sup> Bei diesem letzten Schritt auf dem Weg der Schleicherschen Strategie der Vertrauenszersetzung sahen die Deutschnationalen beim Kanzler „vollendeten Bolschewismus“<sup>1536</sup> am Werke. Sie arbeiteten damit dem General in die Hände, ohne dessen großes Ziel zu kennen, geschweigedenn dadurch Einfluß zu erhalten. Daran änderte auch ein Brief Quatz' nichts, der im Sinne der deutschnationalen EntschlieÙung verfaßt war und „im Einverständnis mit Schleicher“<sup>1537</sup> abgeschickt wurde.

Schmidt trat aktiv erst fünf Tage nach der EntschlieÙung der Fraktion wieder in Erscheinung. Denn Hugenberg wollte in die Regierung. Allein, ihm fehlten die Mittel dazu. Er konnte weder Druck erzeugen, indem er auf einen mächtigen Rückhalt bei den Wählern verweisen konnte, noch geeignete Persönlichkeiten für das Kanzleramt vorweisen. Vielmehr hatte er Meißners Worte gegenüber Quatz Anfang Mai nicht recht verstanden, wenn er den Vorsitzenden der deutschnationalen Fraktion im

---

<sup>1533</sup> Vgl. Brüning, Memoiren, S. 594. Tschirschky (Hochverräter, S. 196) bezeichnet ihn als „Verbindungsmann von Röhm zu diplomatischen Kreisen, aber auch als Spitzel für andere Stellen der Partei“.

<sup>1534</sup> Vgl. Hentschel, Weimars letzte Monate, S. 42 ff.

<sup>1535</sup> Vgl. Kershaw, Hitler I, S. 460; Kolb, Weimarer Republik, S. 141.

<sup>1536</sup> AdR, Kabinett Brüning I und II, Bd. 3, S. 2579: Der stellvertretende Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Berndt, an den Reichskanzler, 27.5. 1932. Vgl. zu Hindenburgs ablehnender Haltung gegenüber der Siedlungsnotverordnung: Huber, Verfassungsdokumente 4, S. 533: Niederschrift aus dem Büro des Reichspräsidenten von Hindenburg über Krise und Rücktritt des Reichskabinetts Brüning, gefertigt am 10.6. 1932.

<sup>1537</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 25.5. 1932, S. 191.

preußischen Landtag, Winterfeld, als Kanzler nannte. Zumindest aber hatte er damit eingesehen, daß er selbst keine Aussicht auf Erfolg haben würde.

Gerüchteweise vernahm Quatz Namen für die Reichskanzlei wie Goerdeler, Schaetzel, Bracht oder Papen. Dunkel dämmerte es bei einem dieser Namen, was Meißner betont hatte: kein Parteiführer und ein Zentrumsmann. Aber soweit war es noch nicht. Die deutschnationale Parteispitze war nun alarmiert und glaubte, sich durch einen interessanten Schachzug in letzter Minute doch noch machtvollen Einfluß sichern zu können. Schmidt fragte deshalb am 29. Mai stellvertretend für die Parteileitung den Leipziger Oberbürgermeister, Goerdeler, „ob er als Reichskanzlerkandidat präsentiert werden dürfe“<sup>1538</sup>. Schmidt agierte somit an exponierter Stelle als Unterhändler der Deutschnationalen ohne große logistische Unterstützung<sup>1539</sup>, um in Schleichers praktischem Planspiel Gewicht zu erhalten. Der hektische Griff nach Leipzig erfolgte zugleich unfreiwillig. Goerdeler war nicht nur jüngst von Oldenburg-Januschau ob der keimenden Rücktrittsforderungen als Nachfolger Hugenberg ins Spiel gebracht worden<sup>1540</sup>, sondern zudem für seinen Eintritt ins Kabinett Brüning im Dezember 1931 im Vorfeld vom deutschnationalen Parteivorsitzenden als „Feind“ mit „Acht und Bann“<sup>1541</sup> belegt worden, weil der Schritt nicht abgesprochen war. Und nun frug Schmidt Goerdeler, ob er sich vorstellen könnte, Reichskanzler zu werden. Deutlicher konnte die personelle Anamnese in der hilflosen Parteispitze, die gleichbedeutend war mit der Inakzeptanz dieses Personaltableaus für den Machtkern um Hindenburg, nicht zu Tage treten.<sup>1542</sup> Schmidt trug diesen Kurs mit – wie weit er sich durch seine überzeugte Loyalität gegenüber der Staatspolitik

---

<sup>1538</sup> Vogelsang, T. (Hg.), Hermann Pünder. Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929-1932, Stuttgart 1961, S. 130 (i.f. zit. als: Vogelsang, Pünder). Die glaubwürdige Quelle wird bestätigt durch ein Schreiben Schmidts an die britische Militärregierung nach dem Zweiten Weltkrieg. Er erwähnt dabei auch den von ihm geschätzten Bundeskanzler des Stahlhelms, Wagner, der ihn hierin angeblich unterstützt habe. Daß er allerdings suchte, „Brüning als Außenminister zu gewinnen“, ist aufgrund der scharfen Haltung gegen den Kanzler gerade in außenpolitischen Fragen schlechterdings nicht denkbar. Brüning wurde vielmehr von Hindenburg hierüber gefragt. N 1211 / 45 Schmidt an Militär-Regierung in Niebüll, 1.6. 1947, S. 16. Zur Frage des Reichspräsidenten: vgl. Vogelsang, Pünder, Eintr. v. 28.5. 1932, S. 128.

<sup>1539</sup> In einem späteren Schreiben beklagte er sich, daß die Berliner NSDAP zu dieser Zeit „ca. 50 Autos, wir für die Parteizentrale keins“ gehabt hätte. Und weiter: „Ich habe sehr darunter gelitten und hatte in Berlin für all die täglichen Eilaufgaben eine monatliche Taxenrechnung von mehreren Hundert Mark, die ebenso wie die ganze Repräsentierung meine eigene Tasche belasteten“. N 1211 / 52 Schmidt an Goldacker, 15.10. 1954.

<sup>1540</sup> Vgl. Leopold, Hugenberg, S. 237 f. Anm. 78; Ritter, Goerdeler, S. 58.

<sup>1541</sup> So Hugenberg auf dem Stettiner Parteitag 1931, zit. nach: Hiller, EdP, S. 560 Anm. 1; vgl. Hiller, Das Ende, S. 269 Anm. 14. Goerdeler war mit seinem Eintritt in die Regierung Brüning als Reichskommissar für die Preisüberwachung am 10.12. 1931 aus der DNVP ausgetreten. Er tat diesen Schritt wegen der damit unvereinbaren Oppositionshaltung der DNVP gegen Brüning. Vgl. Pressenotiz v. 13.12. 1931, abgedruckt in: Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers. Hg. v. Sabine Gillmann und Hans Mommsen, Bd. 1, München 2003, S. 212 f.

<sup>1542</sup> Richtig konstatiert deshalb Huber (Verfassungsgeschichte 7, S. 988), daß „kein einziger aus dem Kreis seiner Vertrauten“ [Hugenberg – d.Vf.] im Kabinett saß.



Hugenbergs vom Reichspräsidenten enfernt hatte, lag korrelierend mit der daraus resultierenden Einflußlosigkeit auf der Hand.

Ohne jedwede Beteiligung der deutschnationalen Parteispitze wurden nach der Demission Brüning die Deutschnationalen Gayl, Braun und Gürtner zu Ministern unter dem neuen Kabinett Papen ernannt.<sup>1543</sup> Winterfeld wurde nur noch von diesen darüber orientiert, daß sie eintreten würden<sup>1544</sup>, Hugenbergs Anspruch auf Billigung solcher Schritte war in der politischen Realität untergegangen. Hiller von Gaertringen konnte deshalb für den Parteivorsitzenden mit leichter Ironie feststellen, daß „der Tag der großen Wende, für den er diesen harten Kurs gesteuert hatte, nun doch anders“<sup>1545</sup> aussah.

Das Ende der Ära Brüning, das sich Schmidt über die zwei Jahre von dessen Regierungszeit stets gewünscht, publizistisch und rhetorisch immer gefordert hatte, erlebte er unter dem Eindruck völliger Niedergeschlagenheit des 67-jährigen Hugenberg. Rücktrittsforderungen, die in Goerdelers Ernennung münden sollten<sup>1546</sup>, waren mehr oder weniger offen, aber besonders massiv von der Wirtschaft vorgetragen worden.<sup>1547</sup> Oldenburg-Januschau, mit dem zusammen Schmidt Brüning im Reichstag denkwürdig angegriffen hatte, hatte bereits die Nachfolge-Alternative Gayl oder Goerdeler aufgestellt.<sup>1548</sup> Krupp sollte im Herbst einen Versuch starten.<sup>1549</sup> Gleichviel, das Aufbegehren gegen die Erfolglosigkeit Hugenbergs zerschellte vornehmlich an seiner uneinnehmbaren Festung des deutschnationalen Parteivorstands.

Schmidt war es im ganz wesentlichen noch vor Wegener, der Hugenberg mit aller Macht davon abhielt, ob des Drucks von der aktiven Politik Abstand zu nehmen. Aber warum, so mußte man fragen, tat er dies? Auch er mußte die Erfolglosigkeit von Hugenbergs Politik sehen, die zu einflußloser Marginalisierung führte. Zunächst war zu sehen, daß Schmidt durch seine engste Zusammenarbeit, Beratung und erwiesene

---

<sup>1543</sup> Vgl. Wiederauferstehung der Nation (Entschließung der deutschnationalen Reichstagsfraktion v. 3.6.), UP v. 15.6. 1932; Forschbach, Jung, S. 45; Hiller, EdP, S. 560; Hoepke, Kampffront, S. 37.

<sup>1544</sup> Vgl. N 1324 / 175 Stenographische Notizen von Martin Spahn aus Sitzungen der Reichstagsfraktion und des Vorstandes der DNVP, aus dem Stenogramm übertr. Von Frau Maria Kummrow, geb. Kranz, Aufzeichnung 3.6. 1932, S. 1.

<sup>1545</sup> Hiller, EdP, S. 560.

<sup>1546</sup> Vgl. N 1231 / 36 Goerdeler an Hugenberg, 10.6. 1932. Goerdeler berichtet darin, daß er seit einigen Monaten von – nicht explizit genannten – wirtschaftlichen Kreisen zur Übernahme Führung in der DNVP gedrängt worden sei, er aber stets „Zurückhaltung“ gegenüber Hugenberg gehegt habe.

<sup>1547</sup> Vgl. Politik und Wirtschaft, Wilmowsky an Reusch, 25.3. 1932, S. 1363; ebd., Wilmowsky an Reusch, 22.3. 1932, S. 1351; ebd., Reusch an Wilmowsky, 23.3. 1932, S. 1354; vgl. zur alten, mitschwingenden Feindschaft zwischen Reusch und Hugenberg: Koszyk, K., Deutsche Presse 1914-1945. Geschichte der deutschen Presse III, Berlin 1972, S. 223 ff.; Jones, Sammlung, S. 286; Leopold, Hugenberg, S. 113.

<sup>1548</sup> Vgl. Leopold, Hugenberg, S. 237 f. Anm. 78.

<sup>1549</sup> Vgl. Jones, Sammlung, S. 295 f.; Leopold, Hugenberg, S. 120; Hoepke, Vermittler, S. 917.

strenge Loyalität in Berlin exklusiven Zugang zum Parteichef hatte – gleichsam ein singuläres Immediatvortragsrecht innehatte. Entscheidend trat hinzu, daß Schmidt in der Politik Hugenberg das einzige Mittel für einen verfassungspolitischen Umbruch und einen außenpolitischen Wiederaufstieg sah. Was er sah, war nicht die von den Deutschnationalen forcierte krisenhafte Zuspitzung der deutschen Verhältnisse. Was er sah, war das unbestreitbare Anwachsen einer deutschen Rechten. Daß hierbei nur die NSDAP wuchs, störte ihn nicht, da er – immer noch im Grundsatz erfahrungsresistent – an die Wiedergeburt der Harzburger Front glaubte. Es sei hier nur an seine Worte erinnert, Hugenberg habe sich nicht gescheut, sogar seine eigene Partei für den Erfolg der gemeinsamen Rechten zu opfern. Er sah in der neuen Entwicklung der DNVP seit dem Antritt Hugenberg einzig den Erfolg, Zahlen interessierten ihn dabei nur insoweit, als sie die Größe der gemeinsamen Rechten darstellten. In seiner polarisierenden Wahlkampfsprache führte er aus: „Die Sammlungspolitik Hugenberg hat mit Tributkampf und Sprengung des Young-Reichstages die 1929 zum Endsieg rüstende SPD dezimiert. Sie hat dem Zentrum seine gefügigen mittelparteilichen Stützen genommen und damit die Fortsetzung seiner Pendelpolitik verhindert“<sup>1550</sup>. Wenn jetzt – geflissentlich ging er damit über die parteiinternen Versuche hinweg – von Seiten der Volkspartei, der Staatspartei, der Volkskonservativen und der Wirtschaftspartei ein letztlich erfolgloser Versuch unternommen wurde, eine Mittelpartei zu schaffen und durch die umstrittene Integration der DNVP Hugenberg zum Rücktritt aufzufordern<sup>1551</sup>, schleuderte der 44-Jährige dem nur trotzig-selbstbewußt knapp entgegen: „Nun erst recht vorwärts mit Hugenberg“<sup>1552</sup>.

Kontrastiert man allerdings seine keineswegs unkritischen Bemerkungen nach Harzburg und der Reichspräsidentenwahl hinsichtlich des Verhältnisses zur NSDAP mit seinen Aussagen im anlaufenden Wahlkampf so wird ein Wirklichkeitsverlust greifbar, der nur durch einen durch eigene Machtlosigkeit und das Gefühl historisch verpflichtender Sendung hervorgerufenen Mangel an Selbstreflexion gedeutet werden konnte. Befördert wurde dieser Glaube Schmidts an die bedingungslose Richtigkeit des eingeschlagenen Kurses durch die völlige Abgeschlossenheit des Gedankenaustausches innerhalb der Parteispitze. Selbst Quatz, der Hugenberg ebenso loyal zur Seite stand, wurde bei unschicklich empfundener Kritik am Parteichef

---

<sup>1550</sup> Schmidt, Worum es geht! UP v. 15.6. 1932. Vgl. ähnlich: N 1211 / 31 Eine Rede des Reichstagsabgeordneten Schmidt-Hannover vor den Bismarckbünden, 11.6. 1932.

<sup>1551</sup> Vgl. Richter, Deutsche Volkspartei, S. 760 ff.; Jones, Sammlung, S. 285 f.; Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 14.6. 1932, S. 194: „Meißner redet von ‚Zusammenschluß‘ unter Rücktritt Hugenberg“.

<sup>1552</sup> Schmidt, Worum es geht! UP v. 15.6. 1932.

von Schmidt zuweilen durch eine „taktlose Berichtigung“<sup>1553</sup> zurechtgewiesen. Hugenberg schritt nicht dagegen ein.

Schmidt hatte demnach den entscheidenden Anteil daran, daß Hugenberg im Juni 1932 nicht zurücktrat. Nicht von ungefähr kam es deshalb, daß sein „Einfluß“ hoch eingeschätzt wurde, ja mehr noch, er wurde „auch in deutschnationalen Kreisen als der böse Geist der Partei bezeichnet“<sup>1554</sup>. Nach der Auflösung des Reichstages am 4. Juni verlieh die nahende Neuwahl des Reichstags dem taktischen Fehler eines Rücktritts zum jetzigen Zeitpunkt überdies Gewicht, das die Rücktrittsforderungen gegenwärtig inopportun schienen.

Im Gegensatz dazu war Schmidt am Sturz Brünings nicht beteiligt, wie Treviranus es gesagt hat. Die Frage war allerdings, welcher Bemessungszeitraum für den Sturz angesetzt wurde. Nahm man nur die Zeit vom SA-Verbot bis zum 30. Mai, dann konnte Schleicher dieses Recht für sich ausschließlich reklamieren. Schmidt hatte günstigstenfalls phasenweise Informationen über die Unterminierung der Stellung des Kanzlers. Als Schmidt im Namen des Parteivorstands am 29. Mai Goerdeler frug, ob er in die Reichskanzlei ziehen würde, war Brüning nur noch formell Kanzler. Greift man allerdings in den weiteren Rahmen der gesamten Zeit der Kanzlerschaft so sieht es doch etwas anders aus. Schmidt griff Brüning aggressiv wegen der Tolerierung durch die SPD an, nachdem er sich mit seiner Partei einem Hindenburg-Kabinett verschlossen hatte. Genauso führte er seine außenpolitische Überzeugung gegen den Kanzler ins Felde. Wodurch er aber das Verhältnis Hindenburgs zu Brüning schwer belastete, war die von ihm wesentlich beförderte Nominierung Duesterbergs. All dies lag konsequent in Schmidts Politikansatz. Insofern kann man sagen, daß Schmidt am Sturz Brünings nicht unmittelbar und aktiv beteiligt war, aber indirekt verhalf er durch Duesterberg Schleicher zum Gelingen seiner bemerkenswerten Fronde gegen Brüning.

---

<sup>1553</sup> Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 1.2. 1932, S. 175.

<sup>1554</sup> ZSg 101 / 25 Sammlung Brammer (Im Anschluß an die Pressekonferenzen abgefaßte Lage- oder Stimmungsberichte, zumeist von Dr. Georg Dertinger und Dr. Kausch, 1.3. – 13.12. 1932), Informationsbericht v. 15.6. 1932, S. 157 f.

### **6.5. Schmidt im Wahlkampf für Papen: erfolglos monarchistisch**

Umgehend nach der Ernennung des neuen Kabinetts brachte die sozialdemokratische Fraktion am 2. Juni einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Papen ein.<sup>1555</sup> Hier nun hätte sich sogleich zeigen können, wo die deutschnationale Fraktion stand. Aber eine Abstimmung wurde erst gar nicht abgehalten, da der Reichspräsident im Parlament „nach dem Ergebnis der in den letzten Monaten stattgehabten Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder“ nicht mehr den „politischen Willen des deutschen Volkes“<sup>1556</sup> vertreten sah. Entsprechend dem informellen Versprechen Schleichers gegenüber Hitler wurde der Reichstag am 4. Juni aufgelöst.

Schmidt schloß sich zunächst der Entschließung der deutschnationalen Reichstagsfraktion vom 3. Juni an. Aufgrund der Nichtbeteiligung an der Schleicherschen Investitur Papens betonte man, „keinerlei Bindungen“ an das Kabinett zu haben, vielmehr dessen Bewertung „allein von der sachlichen Arbeit“<sup>1557</sup> abhängig zu machen. Die Regierungserklärung Papens, die er wegen des aufgelösten Reichstags im Rundfunk verlas, kam Schmidt weit entgegen. Der Reichskanzler sprach von der „Mißwirtschaft der Parlamentsdemokratie“, weshalb er seinen Weg in die Worte faßte: „Die Regierung wird, unabhängig von den Parteien, den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschlands führen“<sup>1558</sup>.

Hatte Schmidt am 7. Juni mit Hugenberg über die politische Lage räsoniert<sup>1559</sup>, so wurde auf einer vertraulichen Pressekonferenz einen Tag später die politische Linie gegenüber Papen deutlicher gezeichnet. Im kommenden Wahlkampf wollte man sich für eine Tolerierung, gegebenenfalls sogar eine Unterstützung des Kabinetts aussprechen. Bei Gegensätzen sollte der deutschnationale Standpunkt allerdings deutlich herausgestrichen werden. Winterfeld hielt sich zudem ehrgeizig im Hintergrund bereit, um bei einer politischen Zuspitzung der Lage in Preußen als Reichskommissar zu fungieren.<sup>1560</sup> Die Annäherung an das Kabinett Papen hatte somit nur fünf Tage nach dessen offizieller Ernennung stattgefunden. Gewiß, man war zunächst abwartend, aber die eigene schwache Position, die sich in der Nichtbeteiligung an der Auswahl der Regierung deutlich gezeigt hatte, ließ keine Zeit, um diese gerade von Hugenberg tief empfundenen Demütigung mit selbstbewußter Distanz zu

<sup>1555</sup> Vgl. VdRT V. WP 1930, Bd. 453, Anlage 1588 v. 2.6. 1932.

<sup>1556</sup> VdRT V. WP 1930, Bd. 453, Anlage 1591 v. 4.6. 1932.

<sup>1557</sup> Entschließung der Reichstagsfraktion der DNVP v. 3.6. 1932, in: UP v. 15.6. 1932.

<sup>1558</sup> AdR, Kabinett von Papen, Bd. 1, S. 13 f.

<sup>1559</sup> Vgl. Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 7.6. 1932, S. 194.

<sup>1560</sup> Vgl. ZSg 101 / 25, 8.6. 1932, S. 144 ff. So Quaatz bereits am 1.6. telephonisch gegenüber Meißner: vgl. Quaatz-Tagebuch, Eintr. 1.6. 1932, S. 193.

kompensieren.<sup>1561</sup> Den Deutschnationalen blieb längst keine andere Wahl mehr, wollten sie das Prinzip der parteiunabhängigen Ernennung durch Hindenburg nicht verneinen.

Auch wenn Schmidt erst später von der „Abmachung“ Schleichers mit Hitler erfuhr, ließ seine Bemerkung, daß die ohnehin „winzige Berufsarmee“ der Reichswehr „ohne ausgebildete Reserven“<sup>1562</sup> den Landesschutz nicht sichern konnte, erahnen, welche Haltung er zur Aufhebung des SA- und SS-Verbots per Notverordnung vom 16. Juni einnahm.

In einer kürzeren Ansprache am 12. Juli nannte er in Berlin „zwei große, eng verflochtene Aufgaben“ für eine nationale Präsidialregierung: „Liquidierung des Versailler Systems und Abbau des zersetzten Weimarer Systems“<sup>1563</sup>. Diese – bekanntermaßen – unspezifischen Aussagen, die keine Auskunft über das *Wie* gaben, wurden am selben Tag nicht wesentlich präzisiert, aber besonders innenpolitisch greifbarer gemacht. Schmidt trug seine „Gedanken zum Staat“<sup>1564</sup> erstmalig im Rundfunk vor. Zuerst formulierte er die Forderungen, die seit Beginn seiner politischen Tätigkeit den Kern seiner Aussagen darstellten: „Im Mittelpunkt des kommenden Kampfes werden unsere unverzichtbaren Forderungen auf Revision von Versailles, Widerruf der Kriegsschuldfrage und Erringung der deutschen Wehrhoheit stehen“. Hatte er mit der Wehrhoheit seine alte Forderung der Wiedereinführung der Wehrpflicht zum Ausdruck gebracht, wiederholte er nun, was die DNVP seit frühen Tagen mit ihren Vorschlägen einer Reichsreform gewollt hatte. Schmidt postulierte eine „durchgreifende Staatsreform“, nach der „Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident vom Reichspräsidenten zu ernennen und zu entlassen“ waren. Die endgültige Abkoppelung der Regierung vom Vertrauen des Parlaments, die Abschaffung des Artikels 54 der Verfassung war sein ehernes Ziel. Daß seine Rückkehr zu den „bismarckschen Grundsätzen“ nur ganz bedingt zutraf, wurde daran deutlich, daß er das Budgetrecht des Parlaments insofern beschnitt, als „weder der Reichstag noch der preußische Landtag eine Ausgabe beschließen dürfe, der die Regierung nicht zustimmt.“ Am Ende dieser Entwicklung sollte unter der schwarz-weiß-roten Flagge in dem „kommenden Nationalstaat .. die Spitze ... wieder vom deutschen Volks-Kaisertum gebildet werden. Nur die erbliche Monarchie verbürgt die Stetigkeit der Reichsführung“.

---

<sup>1561</sup> Diese Information erhielt der Verfasser am 20.11. 1997 von Herrn PD Dr. Hoepke in Karlsruhe; in diese Richtung weist auch Hubers Bemerkung (Verfassungsgeschichte 7, S. 988), Hugenberg sei dadurch „tief verletzt“ worden.

<sup>1562</sup> Schmidt-Hannover (MdR), Worum es geht! UP v. 15.6. 1932.

<sup>1563</sup> N 1211 / 31 Hauptmann Schmidt-Hannover in den Tennishallen Berlin-Wilmersdorf, 12.7. 1932.

<sup>1564</sup> Alle folgenden Zitate sind entnommen aus: N 1211 / 40 Rundfunkvortrag des Reichstagsabgeordneten Hauptmann a.D. Schmidt-Hannover, 12.7. 1932.

Ob Schmidt von dem staatsstreichartigen „Preußenschlag“ Schleichers, Papens und Gayl zur Absetzung der dortigen, nur noch geschäftsführenden Regierung Klepper gewußt hatte, konnte nicht mit letzter Sicherheit gesagt werden. Einen Tag bevor sich Schleicher und Gayl am 9. Juli auf ein Vorgehen einigten<sup>1565</sup>, hatte er sich über eine vertane Chance echauffiert, in Preußen keinen Reichskommissar, der natürlich Winterfeld heißen sollte, einsetzen zu können: „Nationalsozialisten und Sozialdemokraten haben sich bedauerlicherweise gegen die deutschnationale Forderung dahin geeinigt, die Ministerpräsidentenwahl in Preußen zu verschieben. Sie haben damit die Verantwortung auf sich genommen, der Regierung Braun-Klepper monatelang den Staat Preußen zu überlassen ... Wäre der Versuch zur Neuwahl eines Ministerpräsidenten gemacht worden und vielleicht gescheitert, dann wäre das für das Reich ein Grund gewesen, in die preußischen Zustände durch Ernennung eines Reichskommissars einzugreifen“<sup>1566</sup>. Die Formulierungen deuteten daraufhin, daß die Parteiführung um Hugenberg, zu der Schmidt unbedingt zählte, nicht durch den für innere Angelegenheiten zuständigen deutschnationalen Minister Gayl über den aktuellen Stand der Kabinettsbesprechungen orientiert wurde und war. Dies hing einerseits mit der durch den Wahlkampf verbundenen Rednertätigkeit im Lande zusammen, wodurch die Nähe zu den informellen Informationssträngen in Berlin nicht gegeben war. Andererseits – und dies schien wesentlicher – war das Verhältnis zwischen Gayl und Hugenberg nicht frei von Spannungen. Gayl war nicht nur neben Goerdeler als zweite Option eines Nachfolgers Hugenbergs durch Oldenburg-Januschau in Aussicht genommen worden und in weiteren Kreisen der Gegner des Parteivorsitzenden aufs Panier gehoben worden, sondern er selbst hatte sich für den Rücktritt des Geheimrats ausgesprochen.<sup>1567</sup> Gleichviel, auch wenn Schmidt nicht über das genaue zeitliche und organisatorische Vorgehen orientiert war, erfüllte sich mit diesem „unerläßliche[n] Schritt zur Lösung der innerpolitischen Machtfrage“<sup>1568</sup> ein lang ersehnter Wunsch. Hierdurch näherte sich Schmidt und die DNVP erheblich an die

---

<sup>1565</sup> Vgl. Gay, J., *Der Preußenkonflikt 1932 / 33. Ein Kapitel aus der Verfassungsgeschichte der Weimarer Republik*, Diss. phil. Erlangen / Nürnberg 1965, S. 104-117. Vgl. Winkler, Weimar, S. 490-504; Kolb, *Weimarer Republik*, S. 143.

<sup>1566</sup> N 1211 / 31 Schmidt-Hannover, *Kampf um die Scholle*, 8.7. 1932. Vgl. Schulze, H., *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie*, Frankfurt 1977, S. 725-744.

<sup>1567</sup> Vgl. Leopold (Hugenberg, S. 116): „Gayl favored the move against Hugenberg“. Vgl. ebd., S. 237 f. Anm. 78. Ob Schmidt eventuell doch davon wußte und dies verständlicherweise zum Schutze der Aktion nicht kundtat, bleibt ungewiß.

<sup>1568</sup> AdR, *Kabinett Papen*, Bd. 1, S. 314: Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei Hugenberg an den Reichskanzler, 23.7. 1932. Hugenberg (ebd.) hat drei Tage nach dem Preußenschlag Folgendes bemerkt: Es sei zwischen DNVP und dem Kabinett „bei den kürzlichen Maßnahmen gegenüber der zu Unrecht weiter amtierenden preußischen Regierung durchaus [Fühlung] vorhanden“ gewesen. Diese bezieht sich allerdings nur auf die brieflichen Einlassungen u.a. Winterfelds bei Papen im Vorfeld, nicht auf die Informierung vor und während des operativen Vorgehens. Vgl. AdR, *Kabinett Papen*, Bd. 1, S. 192 f.: Der Vorsitzende der DNVP-Fraktion des Preußischen Landtages von Winterfeld an den Reichskanzler, 8.7. 1932.

Regierung an. Gleichzeitig warf dieser Vorgang ein bezeichnendes Licht auf die Involvierung der Deutschnationalen in die Regierung Papen und auf die nur bedingt tauglichen, parteiinternen Informationsstränge.

Außenpolitisch kam Papen den Vorstellungen Schmidts weit entgegen, wenn er auf der am 16. Juni beginnenden Konferenz von Lausanne die Streichung des Kriegsschuldartikels 231 und die vollständige Gleichstellung des Reiches auf militärischem Gebiet.<sup>1569</sup> Unabhängig davon, daß der Kanzler dies nicht durchsetzen konnte, war allein die deutliche Verlautbarung dieses Ziels auf einer internationalen Konferenz eine – diplomatisch zwecklose, aber psychologisch wichtige - Genugtuung für Schmidt.<sup>1570</sup> Daß es Papen gelang, die Gläubiger Deutschlands zum Verzicht auf weitere Reparationen zu bewegen, war ein Verdienst Brüning.<sup>1571</sup> Von Schmidt sind nur ganz wenige Äußerungen überliefert, die sich auf Lausanne beziehen. Grundsätzlich sprach er sich für eine „sachliche Würdigung“<sup>1572</sup> des Verhandlungsergebnisses aus. Er gab aber zu bedenken, daß die Ratifizierung in London und Paris versagt werden könnte, die wiederum von der Haltung des Hauptgläubigers USA gegenüber Frankreich und Großbritannien abhing. Insgesamt stand Schmidt demnach dem Konferenzabschluß vom 9. Juli positiv gegenüber. Die Vorschläge Papens, mit Frankreich in tiefere Verhandlungen zu treten, um daraus später ein Bündnis zu schmieden, ja sogar die stete Zusammenarbeit der Generalstäbe einzurichten, waren nicht nur schwer mit den offensiven Revisionsbestrebungen zu vereinbaren<sup>1573</sup>, sie dürften darüber hinaus auf Schmidts Unbehagen gestoßen sein. Im Sinne des politischen Gesamtansatzes dürfte er sich aber darüber in Schweigen gehalten haben – ein Zeichen dafür, wieviel er sich von dem neuen Kabinett erwartete.

Die innenpolitische Verblendung gegenüber Brüning und auch Stresemann, für die er sich genau vor drei Jahren zur extensiven Mitarbeit im Anti-Young-Plan-Reichsausschuß mit Passion zur Verfügung gestellt hatte, spiegelte sich gleichfalls in Schmidts Reaktion wider.

Zur Innenpolitik Papens nahm Schmidt ähnlich wie zu Lausanne nur beiläufig Stellung. Am 14. Juni hatte die Regierung Papen eine Notverordnung erlassen, mittels derer die vorhandenen großen Lücken im Reichshaushalt geschlossen werden sollten. Neben

---

<sup>1569</sup> Vgl. Winkler, Weimar, S. 487.

<sup>1570</sup> Mit Sicherheit war es für Schmidt – eingedenk seiner früheren Äußerungen an diesem Tage – eine nachgerade freudige Genugtuung, wenn der Reichsminister des Innern, Gayl, bei der Verfassungsfeier am 11. August in Gegenwart des Reichspräsidenten während der offiziellen Veranstaltung gegen die Verfassung Stellung nahm. Allerdings sind keine Verlautbarungen Schmidts tradiert. Vgl. Winkler, Weimar, S. 510.

<sup>1571</sup> Vgl. Kolb, Weimarer Republik, S. 138.

<sup>1572</sup> N 1211 / 31 Hauptmann Schmidt-Hannover in den Tennishallen Berlin-Wilmersdorf, 12.7.1932.

weiteren Einschnitten wurde bei der Arbeitslosenunterstützung die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit nicht mehr nach 20, sondern nach sechs Wochen erforderlich; die Unterstützungsleistung wurde um 23 Prozent gesenkt; in der zeitlich folgenden sogenannten Krisenunterstützung wurden die um 15 Prozent gesenkten Wohlfahrtssätze eingeführt. Darüber hinaus wurden bei der Wohlfahrtsunterstützung für Erwerbslose die Leistungen um 15 Prozent gekürzt.<sup>1574</sup> Im Einklang mit seinem Parteivorsitzenden bezeichnete er diese Maßnahmen bei immerhin 5,6 Millionen Arbeitslosen, von denen sich ungefähr 400.000 der Arbeitssuche wegen als Wanderer auf die Walz' begeben hatten, als „unglücklich [...] und unsozial[.]“<sup>1575</sup>.

Die bescheidene Unterstützung Papens korrelierte bei Schmidt mit einer maßvoll erhöhten Schärfe gegenüber der NSDAP. Nachdem es Hitler am 27. Januar 1932 im Düsseldorfer Industrie-Club nicht gelungen war, die Zweifel der anwesenden Industrieführer hinsichtlich seines Wirtschaftsprogramms zu zerstreuen<sup>1576</sup>, sah Schmidt genau hier einen Ansatzpunkt für seine Kritik. Ausgehend von der programmatischen Zurückweisung von Gottfried Feders „Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes“ vom Herbst 1930, nahm Schmidt nicht namentlich vermutlich eine Rede Gregor Strassers vom Mai 1932 auf<sup>1577</sup>, wenn er vor „zunehmend radikalsozialistischen Tendenzen innerhalb der NSDAP“<sup>1578</sup> warnte. Seinen nicht fundierten, eher kryptischen Mahnungen vor einem „nationalen ... Staatssozialismus“<sup>1579</sup> wurden umgehend politische Entschärfungsmittel an die Hand gegeben. Nur „eine starke Deutschnationale Volkspartei“ konnte die „gefährlichen Spannungen beseitigen, die über Politik und Wirtschaft liegen“<sup>1580</sup>. Auf den Führungsanspruch Hitlers zielend sollte nach der Aufhebung der parlamentarischen Staatsform wieder die „erbliche Monarchie“ eingeführt werden, da nur sie die „Stetigkeit der Reichsführung“<sup>1581</sup> verbürgte. Das gleichsam unvermittelte Zücken des monarchischen Gedankens aus der Tiefe des ideologischen Parteiinventars war als geeignete Abgrenzung für den Wähler gedacht. Vielmehr aber wurde der Eindruck erweckt, als ob nach der desaströsen Preußenwahl und der auch jetzt wieder erwarteten Niederlage ein uraltes Wundermittel gefunden worden sei. Hugenberg hatte

---

<sup>1573</sup> Vgl. Hildebrand. Reich, S. 550-552.

<sup>1574</sup> Dies geht aus dem Finanzplan des Reichsfinanzministeriums hervor. Vgl. AdR, Kabinett Papen, Bd. 1, S. 29 Anm. 5: Ministerbesprechung v. 7.6. 1932. Vgl. zur Notverordnung: Winkler, Weimar, S. 481 f. Ein Brief Hugenberg's an Papen bestätigte diese Haltung. Vgl. AdR, Kabinett Papen, Bd. 1, S. 314: Hugenberg an Papen, 23.7. 1932.

<sup>1575</sup> N 1211 / 31 Schmidt-Hannover, Kampf um die Scholle, 8.7. 1932.

<sup>1576</sup> Vgl. Kershaw, Hitler I, S. 451.

<sup>1577</sup> Vgl. Döring, Arm, S. 294. Die Rede Straßers in: VdRT, V. WP 1930, Bd. 446, 10.5. 1932, S. 2513-2520.

<sup>1578</sup> N 1211 / 31 Schmidt-Hannover in den Tennishallen Berlin-Wilmersdorf, 12.7. 1932.

<sup>1579</sup> N 1211 / 31 Schmidt-Hannover, Kampf um die Scholle, 8.7. 1932.

<sup>1580</sup> N 1211 / 31 Schmidt-Hannover in den Tennishallen Berlin-Wilmersdorf, 12.7. 1932.

<sup>1581</sup> N 1211 / 40 Rundfunkvortrag des Hauptmanns a.D. Schmidt-Hannover, 12.7. 1932.



sich seit seinem Antritt als Vorsitzender betont wenig für das konkrete Ziel eingesetzt, „[i]m Gegenteil trat der monarchische Gedanke in der öffentlichen Propaganda weiter zurück“<sup>1582</sup>. Schon im nächsten Wahlkampf sollte sich zeigen, daß das Wundermittel wegen offensichtlicher Ungeeignetheit nicht wieder eingesetzt wurde, obwohl Hugenberg darin am 31. Juli den letzten Strohalm der Hoffnung gegen den drückenden Machtzuwachs Hitlers gesehen hatte.<sup>1583</sup>

Zu Recht ist deshalb vom Bemühen der DNVP gesprochen worden, „einen provisorischen Trennungsstrich zwischen ihrem gehobenen monarchischen Nationalismus und der sozialistisch verbrämten Demagogie“<sup>1584</sup> der NSDAP zu ziehen. Allerdings sollte gesagt werden, daß „provisorisch“ für die DNVP nicht heißen sollte, daß sie ihr Ziel, den monarchischen Gedanken, der mehr aus der Verzweiflung erwachsen war, freiwillig zurückzunehmen imstande war. Von Gemeinsamkeiten wollten die Nationalsozialisten gleichsam naturgemäß nichts wissen, im Gegenteil, sie bekämpften die DNVP mit allen Mitteln.<sup>1585</sup> Schmidt hatte zwar mit Hugenberg erkannt, daß er zur Erhaltung des Harzburger Gedankens „bis an die Grenze der Selbstachtung“<sup>1586</sup> gegangen war. Aus vorsätzlich herbeigeführter Alternativlosigkeit blieb allerdings nichts als der Weg der „Nationalen Opposition“, für die man reklamierte, „alle Wege offengehalten“ zu haben und: „nichts ist durch uns zertrümmert“<sup>1587</sup>. Obwohl Schmidt den „Anspruch alleiniger Geltung“<sup>1588</sup> Hitlers begriffen hatte, reichte er ihm – noch immer wohlgesonnen – die Hand.

Schließlich entfalteten die bürgerkriegsähnlichen Zustände im Deutschland des Sommers 1932 eine besondere Wirkung auf die politische Einseitigkeit Schmidts. Nicht daß ihm diese in der politischen Auseinandersetzung nicht schon lange zu eigen war. Aber angesichts von beinahe 100 Toten in den Wochen von der Aufhebung der Verbote von SA und SS bis zum 20. Juli ausschließlich von „kommunistischem Blutterror“ und „Meuchelmord gegen die nationale Jugend“ zu sprechen, der „über dem Lande“<sup>1589</sup> lag, war bezeichnend für die radikale atmosphärische Polarisierung der politischen Lage. Die Forderung nach einem Verbot der KPD schien da nur folgerichtig. In solcher Verfassung der Gemüter war an kompromißorientiertes Verhandeln schon lange nicht mehr zu denken. Bei der staatspolitischen Haltung Schmidts war dies ausgeschlossen.

---

<sup>1582</sup> Hiller, Monarchismus, S. 170.

<sup>1583</sup> Vgl. ebd., S. 172.

<sup>1584</sup> Bracher, Auflösung, S. 531. Zur Abgrenzung zwischen Monarchismus und Sozialismus bei Hugenberg, vgl. ebd., S. 531 Anm. 21.

<sup>1585</sup> Vgl. ebd., S. 533, 533 Anm. 29.

<sup>1586</sup> Hugenbergs Mahnung: Ich erwarte von jedem persönlichen Einsatz, in: UP v. 15.7. 1932.

<sup>1587</sup> Ebd.

<sup>1588</sup> Ebd.

<sup>1589</sup> N 1211 / 31 Hauptmann a.D. Schmidt-Hannover, Kampf um die Scholle, 8.7. 1932.

Wenige Tage später brachte die Wahl zum sechsten Reichstag am 31. Juli für die DNVP mit gerade noch 5,9 Prozent das schlechteste Ergebnis, daß sie je in einer Abstimmung erzielt hatte. Schmidt konnte in seinem Wahlkreis gegen den reichsweiten Trend die von ihm errungenen Stimmen seit der September-Wahl 1930 um 6.000 auf etwas mehr als 52.000 steigern.<sup>1590</sup> Schmidt war zwar der Sicherheit wegen auf einen guten Listenplatz des Reichswahlvorschlags Nr. 5 (DNVP) gesetzt worden, konnte aber aufgrund der Verrechnung von Reststimmen für diesen „verbundenen Kreiswahlvorschlag“<sup>1591</sup> das Mandat für seinen Wahlkreis Ost-Hannover annehmen. Mit dem Ergebnis der Wahl mußte Schleicher gewahren, daß sich Hitler nicht länger zur Einlösung der Tolerierung des Kabinetts Papen bereitfand. Er hatte sein Ergebnis der Katastrophenwahl von 1930 mit nunmehr 37,3 Prozent und 230 Sitzen mehr als verdoppelt. Schleichers Versuch, Hitler durch Übernahme von Verantwortung unter Papen zähmend zu integrieren, scheiterte umgehend. Hitler forderte am 5. August vielmehr die Neubildung der Regierung unter seiner Kanzlerschaft.<sup>1592</sup> Dies setzte er am 13. August auch dem Reichspräsidenten auseinander. Hitler erhielt von diesem jedoch eine deutliche Absage, was durch eine amtliche Verlautbarung scharf hervorgehoben wurde. Erwartungsgemäß machte die NSDAP jetzt aus ihrem Kurs gegen Papen keinen Hehl mehr und ging nun – auf parlamentarische Taktik umstellend – in aller Schärfe gegen das „Kabinetts der Barone“ vor.<sup>1593</sup>

---

<sup>1590</sup> Vgl. UP v. 4.8. 1932. Die ganze Ambivalenz des Verhältnisses zwischen DNVP und NSDAP im Wahlkampf kam in der Schlagzeile der Niederdeutschen Zeitung v. 2.8. 1932 zum Ausdruck: „Der Weimarer Parlamentarismus erledigt. Hitler hat einen glänzenden Parteisieg errungen, aber seinen politischen Feldzug verloren.“ Die Deutschnationalen glaubten fest, daß sie ein unumgängliches Machtmittel für die Nationalsozialisten waren. Rein zahlenmäßig war dies potentiell der Fall. Die Abhängigkeit, die sie daraus ableiteten, wurde allerdings von der Gegenseite ungesagt als Naivität behandelt.

Es ist zwar ungewiß, ob Schmidt darauf Einfluß hatte, aber die Darstellung des Ergebnisses in der NZ (v. 2.8. 1932) entsprach dem Wahlkampf der DNVP: In der Enumeration wurden als erstes die Sozialdemokraten genannt. An zweiter Stelle wurden die Nationalsozialisten aufgeführt, gefolgt von den Kommunisten und dem Zentrum. Vor den kleinen Rechtsparteien (WP, Staatspartei, Landvolk) wurde die DNVP plaziert. Man versuchte also, weiterhin die NSDAP in eine „sozialistische Ecke“ zu stellen, um sich so von ihr zu unterscheiden.

<sup>1591</sup> N 1211 / 39 Kreiswahlleiter Ost-Hannover an Schmidt, 13.8. 1932. Vgl. N 1211 / 39 Nagel an Schmidt, 18.8. 1932; N 1211 / 39 Reichswahlleiter an Schmidt, 18.8. 1932.

<sup>1592</sup> Vgl. Bracher, Auflösung, S. 537.

<sup>1593</sup> Vgl. zu diesem Absatz: Winkler, Weimar, S. 511-513. Vgl. die aufgeschreckten, immer nur in der Reaktion befindlichen Äußerungen Quaatz': Tagebuch, Einträge v. 8., 9., 10. und 27.8. 1932, S. 200 f. Zur Ungewißheit bei Quaatz: „Reisepläne rebus sic stantibus bez. des Zieles ungewiß.“ (9.8. 1932)

### **6.6. Verfassungsbruch als Gebot der Stunde: Schmidts Einsatz für die „einzige wirkliche antiparlamentarische Partei“ bis zum Planspiel Ott (August bis Dezember 1932)**

Was war nun die Haltung Schmidts in den folgenden Wochen, in denen „große Unübersichtlichkeit und Unsicherheit“<sup>1594</sup> das politische Berlin beherrschte? Auch er wußte, daß der Reichstag bald wieder einberufen werden mußte. Welche Regierung sollte dann wie regieren? Eine Möglichkeit der Regierungsbildung bestand in der Koalition von Zentrum und NSADP, die nach der Wahl zusammen eine parlamentarische Mehrheit bildeten. Die Kontaktaufnahme zwischen Unterhändlern dieser beiden Seiten bedeutete für die DNVP zweierlei: Erstens würde man irgend gearteteten Einfluß auf die Regierung vollständig verlieren und zweitens würde dies eine Rückkehr zu Formen bedeuten, die man sich spätestens seit Hugenbergs Amtsantritt immer mit dem Ziel der endgültigen Abschaffung bemüht hatte zu unterminieren. Irgendwelche Kontakte, Verbindungen oder Gesprächsbeziehungen gab es zu diesem Zeitpunkt zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten nicht, vielmehr mühte man sich – natürlich von deutschnationaler Seite aus – hilflos über entfernte gesellschaftliche Kanäle um eine Wiederannäherung<sup>1595</sup>: So sah die Harzburger Realität aus!

In einem Schreiben Schmidts, der sich zu dieser Zeit noch im Nordseebad Norderney im Sommerurlaub befand, an Schleicher am 18. August machte er gleich zu Beginn deutlich, daß es ihm einzig darum ginge, in den „kommenden Wochen alle etwaigen proparlamentarischen Neigungen ... torpedieren zu helfen“<sup>1596</sup>. War hier neben seiner grundsätzlichen Linie die unterschwellige Furcht vor ‚schwarz-braunen‘ Annäherungen zu sehen, wurde er hierin nochmals deutlicher: „Das große Spiel, das mit dem 13.8. begann, kann nur in eindeutiger Frontstellung gegen Parlament und Parlamentarismus gewonnen werden“<sup>1597</sup>. Nun wurde er in seinen Vorstellungen ungewohnt präzise: Was er forderte, war nicht weniger als das, was Hindenburg Papen am 30. August an die Hand geben sollte: den offenen Verfassungsbruch. „Der Erlaß einer Notverordnung, die den Reichstag aus staatspolitischen Gründen vertagt, ist heute der populärste Regierungsakt“<sup>1598</sup>. Daß er mit dieser Vertagung eine längerfristige (zumindest länger als die 60 Tage, die die Verfassung vorsahen) Verabsentierung des Parlaments

---

<sup>1594</sup> Kolb, Weimarer Republik, S. 144.

<sup>1595</sup> Vgl. N 1231 / 38 Schmidt an Hugenberg, 5.9. 1932. Schmidt führte hier u.a. aus: „Frau von Dirksen setzt ihre Bemühungen fort, eine neue Verbindung zwischen Hitler und uns herbeizuführen.“ Frau von Dirksens Salon war ein wichtiger Ort des Austausches für Anhänger der nationalen Opposition. Vgl. Jonas, K., Der Kronprinz Wilhelm, Frankfurt 1962, S. 222 f. (i.f. zit. als: Jonas, Kronprinz).

<sup>1596</sup> N 1231 / 38 Schmidt an Schleicher, 18.8. 1932.

<sup>1597</sup> Ebd.

<sup>1598</sup> Ebd.

meinte, wurde dann im weiteren deutlich. Die Notverordnung sollte erfolgen, „ehe das Hohe Haus Gelegenheit findet, sich an Mißtrauenvoten künstlich aufzuregen“. Wenig später brachte er diesen Verfassungsbruch ungleich deutlicher auf den Punkt: „Wir erkennen ein Notstandsrecht des Staates, das die Staatsgewalt befähigt, in Krisenzeiten auch außergewöhnliche, von Verfassungs- und Geschäftsordnungsparagrafen unabhängige Maßnahmen zu ergreifen“<sup>1599</sup>. Außergewöhnlich meinte dabei die „planmäßige ... Ausschaltung“ des Reichstags „für längere Zeit“<sup>1600</sup>.

Der Reichstag sollte nun zumindest solange nicht tagen dürfen, als die „vorbereiteten Arbeitspläne“ Hugenburgs zur Finanz-, Wirtschafts- und Agrarpolitik nicht umgesetzt waren. Folgerichtig sollte dem Parlament erst gar nicht die Option eröffnet werden, über diese Pläne zu diskutieren, in seinen Worten, „sie Abstimmungen zu unterwerfen“<sup>1601</sup>. Zur Rechtfertigung der Vertagung bot er allenthalben die besondere Betonung einer „Notwendigkeit verstärkten Kampfes gegen den Kommunismus“<sup>1602</sup> an. Geflissentlich – und dies sprach gegen eine Autorisierung des Briefes durch Hugenberg – wandte er sich aber gegen die „durch Dr. Hugenberg angedeutete Möglichkeit, durch Verbot des Kommunismus den kommunistischen Abgeordneten die Zugehörigkeit zu den Parlamenten zu nehmen und dadurch die Stimmverhältnisse des Reichstages zu ändern“<sup>1603</sup>. Gleichviel, er goutierte letztlich diese kalte Ausschaltung der KPD, da dies „immer noch besser als etwa die Verlegenheitslösung einer neuen Reichstagsauflösung“<sup>1604</sup> sei.

Schmidt näherte sich damit unversehens den Erwägungen an, die Gayl, Schleicher und Papen auf Gut Neudeck am 30. August vor dem Reichspräsidenten behandelten. Auch sie wußten, daß Papen nur gehalten werden konnte, wenn das Parlament nicht die Möglichkeit erhielt, der Regierung das Mißtrauen zu entziehen.<sup>1605</sup> In folgenschwerer Konsequenz seiner antiparlamentarischen Haltung sprach er sich für die Durchbrechung der Verfassung aus. Vermutlich gestützt auf die Reichswehr sollte ein Kanzler, der an keine verfassungsrechtlichen Bestimmungen mehr gebunden war,

---

<sup>1599</sup> Interview Schmidt, in: NZ v. 28.9. 1932.

<sup>1600</sup> Ebd.

<sup>1601</sup> N 1211 / 38 Schmidt an Schleicher, 18.8. 1932.

<sup>1602</sup> Ebd.

<sup>1603</sup> Ebd.

<sup>1604</sup> Ebd.

<sup>1605</sup> Vgl. Kolb, E./ Pyta, W., Die Staatsnotstandsplanung unter den Regierungen Papen und Schleicher, in: Winkler, H.A. (Hg.), Die deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992, S. 155-181, hier: S. 165 f. Die beiden Autoren arbeiten im weiteren vortrefflich heraus, daß eine verfassungswidrige Kaltstellung des Parlaments, gestützt auf die Reichswehr und das Gewicht des Reichspräsidenten der nunmehr einzig verbliebene Weg gewesen wäre, Hitlers Ernennung zum Reichskanzler zu umgehen. Die Reichswehrrführung war darauf bereits bestens vorbereitet, wie neuere Quellen gezeigt haben.

mit einem oktroyierten Maßnahmenpaket für Wirtschafts-, Finanz- und Agrarangelegenheiten für eine Besserung der Lage sorgen. Daß sich sogar Papen scheute, die ihm von Hindenburg gegebene Ermächtigung umzusetzen, nach einer Reichstagsauflösung ohne Ansetzung von Neuwahlen zu dekretieren, zeigte, wie erstaunlich nah er zu diesem Zeitpunkt an Hindenburg war – aber ebenso weit von der Verfassung entfernt war.

Vor der ersten Arbeitssitzung des Reichstags am 12. September führte Schmidt am 4. und 5. September politische Hintergrundgespräche, über die er an Hugenberg berichtete.<sup>1606</sup> Die eventuelle Ausschaltung des deutschnationalen Einflusses auf die politische Entwicklung, die durch ein Bündnis von Zentrum und NSDAP nach der Wahl möglich war, war dabei verständlicherweise von erheblichem Interesse. Schmidt suchte nun diesen Verhandlungen, deren „Anbahnung ... immer auf Alvensleben zurückgeht“<sup>1607</sup>, durch einen alten Bekannten entgegenzuwirken. Ditfurth, der bei der Anbahnung der Kandidatur Hindenburgs im Jahre 1925 im deutschnationale Sinne gewirkt hatte, war von Schmidt, bevor er am 5. „längere Zeit mit Papen“ konvenierte, über die „Gefahr neuer Nazi-Verhandlungen ...orientiert“<sup>1608</sup> worden. Die deutschnationale Furcht vor der vollständigen Verdrängung in die – ohnehin weit gediehene Belanglosigkeit – saß somit tief. Es galt Schmidt, Papen den klar antiparlamentarischen Kurs der Deutschnationalen stets in Erinnerung zu halten. Einfluß konnte die schwache DNVP nur gewinnen, solange außerhalb des Parlaments operiert wurde. Da Hitler nach der Absage Hindenburgs am 13. August wieder sein starkes parlamentarisches Gewicht gegen Papen zum Tragen lassen kommen wollte, war die Furcht Schmidts nicht unberechtigt.<sup>1609</sup>

Allein, soweit kam es nicht. Zwar gelang es der DNVP vorläufig, agrarpolitisch auf Papen einwirken zu können.<sup>1610</sup> Aber der Rückhalt des Kanzlers im Volk, den Schleicher bei aller Verlagerung des verfassungsrechtlichen Gewichts auf Hindenburg, stimmungsmäßig für wichtig hielt, war äußerst gering.<sup>1611</sup> Schmidt war zu diesem Zeitpunkt über Ditfurth orientiert, daß für Papen die DNVP „zu schwach und Dr.

Vgl. Pyta, W., Vorbereitungen für den militärischen Ausnahmezustand unter Papen/Schleicher, in: MGM 51 (1992), S. 385-428.

<sup>1606</sup> Dazu gehörte auch die Teilnahme am 13. Reichsfrontsoldatentag in Berlin (1.-4.9.), wo er zur Aufrechterhaltung des ambivalenten Bündnisses mit dem Stahlhelm „in Vertretung Dr. Hugenburgs ... die Grüße der Partei“ überbrachte. Schmidt, nicht Quaatz oder Bang, war einmal mehr aufgrund seiner Sozialisation das Scharnier zu den Frontsoldaten. UP v. 15.9. 1932.

<sup>1607</sup> N 1231 / 38 Schmidt an Hugenberg, 5.9. 1932.

<sup>1608</sup> Ebd. Verhandlungen zwischen Zentrum / BVP und NSDAP drehten sich zu diesem Zeitpunkt um ein Kabinett Schleicher mit Ministern der beiden Parteien. Vgl. Winkler, Weimar, S. 522.

<sup>1609</sup> Hiller, EdP, S. 561; Hentschel, Weimars letzte Monate, S. 58 f.

<sup>1610</sup> Vgl. Winkler, Weimar, S. 528 f.

<sup>1611</sup> Vgl. zur Furcht vor der Volksferne Papens bei Schleicher: Winkler, Weimar, S. 525.

Hugenberg in weiten Kreisen zu unbeliebt“<sup>1612</sup> war, um dem zunehmend präsidentialen Regierungssystem effektive Unterstützung zu gewährleisten. Schmidt wußte also, daß der Kanzler trotz aller Verachtung für Wahlausgänge nach einem gewissen Maß an Popularität suchen mußte.

Der Wehrminister entfaltete deshalb zunehmend eine gewisse Sympathie für den Kreis um den Abgeordneten Gereke, der zur Linderung der Massenarbeitslosigkeit eine „kreditfinanzierte Arbeitsbeschaffung durch unmittelbare Aufträge öffentlicher Körperschaften“<sup>1613</sup> vorschlug. Vor allem aber fand die Zusammensetzung des Kreises aus Stahlhelmern, Reichsbanner-Mitgliedern, Gewerkschaftlern und Nationalsozialisten sein Gefallen. Bereits im August 1932 hatte Schmidt von solchen Ideen Wind bekommen und reagierte erwartungsgemäß schroff ablehnend, da er Einfluß auf die Reichswehr von falscher Seite als gefährlich ansah – ein deutschnationaler Fingerzeig auf das kommende Kabinett Schleicher.<sup>1614</sup>

Am 12. September wurde Schmidt und seiner Partei vorgeführt, welche Zustimmung die Regierung Papen im Parlament besaß. Noch bevor der einzige Tagungsordnungspunkt der Session, die Regierungserklärung, behandelt werden konnte, beantragte der kommunistische Abgeordnete Torgeler die Änderung der Tagungsordnung. Er schlug vor, zusätzlich zur Aufhebung einiger Notverordnungen einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett zu behandeln. Der Einwand eines einzigen Abgeordneten dagegen hätte genügt, um den Mißtrauensantrag zu verhindern. Obwohl es von der deutschnationalen Fraktion erwartet worden war, kam von ihr kein Widerspruch. Der Grund hierfür lag darin, daß man so hoffte, die

---

<sup>1612</sup> N 1231 / 38 Schmidt an Hugenberg, 5.9. 1932. Die Kritik Papens ließ auch die Gerüchte um eine Absetzung Hugenbergs durchscheinen. Nach den erfolglosen Versuchen, ihn zum Rücktritt zu bewegen, setzte man nun mit einer neuen, größeren Präsidentialpartei an, die das Kabinett stützen sollte. Hugenberg sollte sich nach seinem Rücktritt in diese eingliedern, was er ablehnte. Vgl. Hiller, EdP, S. 565; Bracher, Auflösung, S. 621 ff. Die nie gegründete Partei sollte nach Auskunft Goerdelers von ihm geführt werden, nachdem ihn Papen darum gebeten hatte. Da Goerdeler schon im Frühjahr und Sommer dieses Jahres dazu aufgefordert worden war, ist dies durchaus glaubwürdig. Vgl. Rückblick Goerdelers auf seine Mitarbeit in der Reichspolitik 1931 bis 1935, handschriftliches Manuskript v. 9.7. 1937, Privatbesitz, abgedruckt in: Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers. Hg. v. Sabine Gillmann und Hans Mommsen, Bd. 1, München 2003, S. 250 f. Scharfe persönliche Aversionen zwischen Oberfohren und Quatz begleiteten diese aufreibende Debatte. Schmidt war zwar nicht dazu zu vernehmen. Es kann allerdings davon ausgegangen werden, daß er den Rücktritt Hugenbergs kategorisch ausschloß. Vgl. zu den Gerüchten um den Rücktritt Hugenbergs: Entschließung der deutschnationalen Reichstagsfraktion, in : UP v. 15.9. 1932; zum Streit Quatz-Oberfohren: Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 8.9. 1932, S. 202 u. 202 f. Anm. 74.

<sup>1613</sup> Ebd., S. 526.

<sup>1614</sup> Vgl. N 1211 / 31 Schmidt-Hannover, Kampf um die Scholle, 8.7. 1932. Schmidt muß in dieser Zeit von den Schleicherschen Anbahnungsgesprächen von dessen Emissär Horst Michael (zum Reichsbanner und zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund) erfahren haben. Vgl. Pyta, W., Verfassungsumbau, Staatsnotstand und Querfront: Schleichers Versuche zur Fernhaltung Hitlers von der Reichskanzlerschaft August 1932 bis Januar 1933, in: ders. / L. Richter (Hgg.), Gestaltungskraft des Politischen. Festschrift für Eberhard Kolb, Berlin 1998, S. 186 (i.f. zit. als: Pyta, Verfassungsumbau).

„Schleichersche Sonderpolitik“ zu beenden, einen offensichtlichen „Bruch zwischen Regierung und Nazi“<sup>1615</sup> herbeizuführen und damit die deutschnationale Unterstützung herauszustellen. Man kann annehmen, daß dieser Treue-Beweis zu einer stärkeren Involvierung in die Geschäfte der Regierung außerhalb des Parlaments führen sollte. Die Durchführung der Abstimmung über die Anträge geschah wider die Vorgaben der Geschäftsordnung durch Görings eigenwilliges Vorgehen als Reichstagspräsident. Somit war die Abstimmung rechtlich unzulässig und das Ergebnis unerheblich, da der Reichstag mit der unbeachteten Vorlage der Auflösungsordre durch Papen bereits vor der Abstimmung aufgelöst war.<sup>1616</sup> Gleichviel, die deutschnationale Taktik ging auf. Mit blamablen 512 Stimmen für und nur 42 Stimmen gegen das Mißtrauenvotum waren die Fronten – aus Sicht der Deutschnationalen – geklärt. Schmidt hatte mit seiner Fraktion und den Mitgliedern der volksparteilichen Fraktion mit Nein gestimmt.<sup>1617</sup> Die politische Abwägung des Kabinetts ging nun nicht in Schmidts gegenüber Schleicher geäußerte Richtung einer Vertagung auf unbestimmte Zeit, sondern der Beschluß vom 17. September setzte Neuwahlen auf den 6. November an.<sup>1618</sup>

Für den Wahlkampf war nun die Frontstellung geklärt: Wer gegen Papen gestimmt hatte, galt als Gegner – dazu gehörten nun erstmalig auch die Nationalsozialisten. Wieder hatte es sich gezeigt, daß die politischen Gemeinsamkeiten zwar im Endziel der Zerstörung der Demokratie vorhanden war, der Weg dorthin von Hitler aber nicht im Bündnis mit den Deutschnationalen gesucht wurde. Er wollte sich niemandem unterordnen, er allein wollte das Amt des Reichskanzlers in einem Mehrheitskabinett innehaben. Harzburg war weiter entfernt denn je.

Das anfänglich nur leicht vernehmbare Rumoren in der NSDAP über Hitlers starren Kurs ließ Schmidt frohlocken, da er glaubte, eine Schwächung der Partei durch interne Auseinandersetzungen voraussehen zu können. Schmidt machte dies zunächst an dem nicht eingehaltenen Versprechen der Reichspräsidentschaft Hitlers fest und sah – mit gewachsenem Mißtrauen und Selbstbewußtsein zugleich – weitere Differenzen vorher. Erwartungsvoll sehnte er sich implizit einem starken Einbrechen der NSDAP im Spiegel der eigenen Erfahrungen mit Abspaltungen entgegen.<sup>1619</sup>

Der streng parlamentarische Kurs der NSDAP nach der Absage vom 13. August eröffnete Schmidt eine willkommene Wahlkampflinie. Mit scharfen Worten machte er seine antiparlamentarische Route deutlich: „Es gilt, ein unwürdiges System zu

---

<sup>1615</sup> Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 12.9. 1932, S. 203.

<sup>1616</sup> Vgl. zum geschäftsordnungswidrigen Verhalten Görings: Winkler, Weimar, S. 522-524; Richter, DVP, S. 771.

<sup>1617</sup> Vgl. zu Schmidt Verhalten in der namentlichen Abstimmung: VdRT VI. WP, Bd. 454, 12.9. 1932, S. 20.

<sup>1618</sup> Vgl. Winkler, Weimar, S. 145.

<sup>1619</sup> Vgl. Bericht über Auftritt Schmidts in Stade, in: NZ v. 20.7. 1932; Kershaw, Hitler I, S. 469.

liquidieren und die Frage ist, wer sich daran beteiligt“<sup>1620</sup>. Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. In den Befürwortern des Mißtrauensantrages vom 12. September sah er nicht diejenigen, die sich daran beteiligen würden. Hatten die Nationalsozialisten in den Augen Schmidts durch die Verhandlungen mit dem Zentrum bereits schwere Schuld im Sinne der Aufrechterhaltung der Stützung des „morschen Parlamentssystems“<sup>1621</sup> auf sich genommen, kam ihm die – so betrachtete – weitere Entwicklung der NSDAP sehr entgegen. Schmidt sah in der neuen, wenn auch nur taktischen Linie - ein Moment, das Schmidt vollkommen verborgen bleiben sollte – Hitlers ein „Bekenntnis zum Parlamentarismus“, das einen „Frontwechsel der NSDAP“<sup>1622</sup> eingeleitet hatte. Das Wort vom ‚Frontwechsel‘ trug in sich das Verdikt des Verrats. Ein Verrat, an dem Schmidt sich dankbar profilieren konnte. Jetzt konnte er die Nationalsozialisten ihrer antidemokratischen Unzuverlässigkeit zeihen. Viele tiefe, unterbewußte Verletzungen in der deutschnationalen Seele sollten nun Linderung erfahren. Strahlend präsentierte Schmidt seine DNVP mit den Worten: „Wir sind heute die härtesten und folgerichtigsten Kämpfer gegen das versinkende liberalistische System“<sup>1623</sup>.

Die Unterstützung Schmidts und der DNVP galt Papen. Des Kanzlers bis kurz vor der Wahl durchgehaltene Politik der Einfuhrkontingentierung für landwirtschaftliche Erzeugnisse fand Zuspruch.<sup>1624</sup> Entsprechend den von Hugenberg in seinen erwähnten Schreiben an Papen vorgetragene Einwänden, bedurften die „Maßnahmen .. aber auf agrar- und sozialpolitischem Gebiet einer weitgehenden Ergänzung“<sup>1625</sup>. Schmidt war besonders darauf aus, die „Durchführung der rettenden Pläne Dr. Hugenbergs“<sup>1626</sup> zu sichern. Diese „ruhige Kraft unserer sachlichen Arbeit“<sup>1627</sup> sollte

---

<sup>1620</sup> R 8005 / 60 Versammlung des Landesverbands Potsdam II in der „Neuen Welt“ – Hasenheide, 19.10. 1932, S. 3 (i.f. zit. als R 8005 / 60 Beitrag). Auch wenn es sich um eine deutschnationale Niederschrift handelt, ist dieses Dokument eine bisher unberücksichtigte, einzigartige Quelle. Dem Redebeitrag Schmidts (S. 3-39) folgt die direkte Replik Goebbels' (S. 40-70), gefolgt von einem Beitrag des deutschnationalen Landtagsabgeordneten Lothar Steuer (S. 71-95); es folgen die Schlußworte Goebbels' (S. 96-107) und Schmidts (S. 108-121). Die Unmittelbarkeit der Niederschrift bürgt nicht nur für Authentizität, sie gewährt auch Einblick in die Qualität der direkten Auseinandersetzung zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten. Nicht zuletzt belegt sie, daß Schmidt im Duell mit einem der gewieftesten und scharfzüngigsten Demagogen der damaligen Zeit nicht nur parieren konnte, sondern mit viel Selbstbewußtsein nie den Eindruck erweckte, einer schwachen politischen Partei anzugehören.

<sup>1621</sup> N 1211 / 40 Rede Schmidt bei der Tagung des erweiterten Vorstands des Landesverbands Hannover-Ost, 19.9. 1932.

<sup>1622</sup> Interview Schmidt, in: NZ v. 28.9. 1932.

<sup>1623</sup> Ebd.

<sup>1624</sup> Von den großen Kontingentierungsplänen blieb am 3. November aufgrund von Widerständen, vor allem Wirtschaftsministers Warmbold und der Reichsbank, nur die Begrenzung der Buttereinfuhr. Vgl. Winkler, Weimar, S. 528.

<sup>1625</sup> N 1211 / 40 Rede Schmidt bei der Tagung des erweiterten Vorstands des Landesverbands Hannover-Ost, 19.9. 1932.

<sup>1626</sup> Ebd.



der nationalsozialistischen Agitation gegen die „Reaktion“ entgegengesetzt werden. Schmidts Selbstkreierung einer wahlkampfmäßig geeigneten, ironischen Belehrung über den deutschnationalen Sachverstand lautete: „Nazi erwache!“<sup>1628</sup> Goebbels sollte ihm dazu gelegentlich eines Rededuells Ende Oktober einige Bemerkungen machen. Die Weise, wie Schmidt die effektive Durchsetzung dieser Pläne zu erreichen gedachte, gab Aufschluß über seine staatspolitische Haltung im Herbst 1932. Auch wenn er sich in seiner nie konkreten, kryptisch-ungenauen Ausdrucksweise über dieses Thema erging, wurde zuletzt durch seine Äußerungen im August deutlich, was ihm vorschwebte. Seine Position war: „weg vom Parteienstaat und hin zu einer autoritären Regierung“<sup>1629</sup>. Wenn er im folgenden den Wunsch aussprach, daß nach der Wahl am 6. November „hoffentlich auf lange Zeit keine Reichstagswahl mehr stattfindet“<sup>1630</sup>, war er erwartungsgemäß wieder bei seinen Ausführungen gegenüber Schleicher vom August angelangt. Was er mithin forderte, war eine „stetige, rücksichtslos durchgreifende Staatsführung“<sup>1631</sup>. Hier stach das von ihm bereits verwendete Attribut ‚stetig‘ hervor. Im Zusammenhang mit den vorgenannten Äußerungen sprach er sich damit erneut für einen Verfassungsbruch aus, der die vollständige und langfristige Ausschaltung des Reichstags bedeuten sollte. Diese autoritäre Staatsführung gewann bei ihm mit keinem Wort monarchistischen Charakter.<sup>1632</sup> Am ehesten deutete dies auf ein präsidentiales Modell hin, in dem der Kanzler unter dauernder Vertagung des Parlaments und gestützt auf das alleinige Vertrauen des Reichspräsidenten die in Schmidts Augen notwendigen Maßnahmen ergriff. Daß sich nicht einmal der mit dieser Legitimation durch Hindenburg ausgestattete Papen dazu durchgerungen hatte, störte ihn dabei wenig. Zudem gab er keine Auskunft darüber, darin glich er Papens Ausführungen über den „Neuen Staat“,

---

<sup>1627</sup> N 1211 / 34 Schmidt (Parteizentrale), Politische Notizen für die Landesführer der DNVP, 20.9. 1932.

<sup>1628</sup> Ebd. So auch im Rededuell mit Goebbels: vgl. R 8005 / 60 Schlußwort Schmidts, S. 121: „Jawohl, nicht nur: Deutschland erwache, sondern: Nationalsozialisten erwacht! Rechts heran an Schwarz-weiß-rot!“

<sup>1629</sup> R 8005 / 60 Beitrag Schmidts, S. 35.

<sup>1630</sup> N 1211 / 66 Schmidt-Hannover in Lüneburg, o.D. (ca. Ende Oktober 1932).

<sup>1631</sup> Ebd.

<sup>1632</sup> Hugenberg rechtfertigte sich gegenüber Quatz (Tagebuch, Eintr. v. 7.11. 1932, S. 208) damit, daß er gewarnt worden sei, „das Monarchische zu betonen“. Kleist-Schmenzin, als Vorsitzender des Hauptvereins der Konservativen ein Hüter des monarchistischen Prinzips, hatte sich im August für eine starke Betonung, nicht für die seiner Ansicht nach „zaghafte Behandlung“ dieses Gedankens ausgesprochen. Seine vollständige Nichtberücksichtigung in der operativen Politik deutete an, welches Gewicht die Parteispitze diesem Thema zumaß. N 1231 / 37 Kleist an Hugenberg, 8.8. 1932. Vgl. Scheurig, Kleist-Schmenzin, S. 103. Das vor allem von Quatz, weniger von Bang, entworfene Freiheitsprogramm äußerte sich nachgerade bezeichnend für das Verhältnis der DNVP zur Monarchie kryptisch („vollverantwortliches, dem Volksganzen dienendes Kaisertum“). Quatz, R. / Bang, P. (Hgg.), Das Freiheitsprogramm der Deutschnationalen, Berlin 1932, S. 9.

wie er die Vertagung auf unbestimmte Zeit „sichern und legalisieren mochte“<sup>1633</sup>. Wie er die Umsetzung dieses Verfassungsbruches in Angriff nehmen wollte und welche Mittel er dazu einsetzen wollte, blieb er schuldig. Die nicht belegte, aber naheliegende Vermutung, hierbei rücksichtslos auf die Reichswehr zurückgreifen zu können, hätte gewiß nicht die Zustimmung Schleichers gefunden.<sup>1634</sup>

Das entscheidende Zentrum der Machtkompetenz der präsidentialen Ära der Weimarer Republik, Hindenburg, das von Schmidt seit der Unterzeichnung des Young-Plans, gewiß, zunächst nicht öffentlich, als „Mann des Systems“ gebrandmarkt worden war, rückte nun – bedingt durch die Verfassungsrealität – wieder in die realitätsfremd-hoffnungsvollen Kalkulationen der DNVP. Schmidt, der sah, welchen undurchdachten Narren der Reichspräsident an dem zur leibhaftigen Etikette gewordenen, kopflosen „Hut“ Papen gefressen hatte, suchte nun, Boden wiedergutzumachen. Mit erheblicher pragmatischer Flexibilität setzte er sich über seine eigenen Anwürfe gegen Hindenburg hinweg, ja, er nahm ihn sogar öffentlich vor einer von den Nationalsozialisten zumindest zirkulierten Verklagung wegen der Ereignisse am 12. September in Schutz.<sup>1635</sup>

Der Reichspräsident spielte in dem am 19. Oktober in der Neuköllner Hasenheide in Berlin veranstalteten Rededuell zwischen Schmidt und Goebbels keine Rolle.<sup>1636</sup> Diese viereinhalbstündige Versammlung des Landesverbandes Potsdam II verlief im ganzen recht friedlich, bis der deutschnationale Landtagsabgeordnete Steuer von Goebbels

---

<sup>1633</sup> Bracher, *Auflösung*, S. 578.

<sup>1634</sup> Bracher (ebd., S. 578 f.) bestätigt die Ablehnung Schleichers in dieser Frage.

<sup>1635</sup> Vgl. Slg. Heine (-Langenhagen), Sonderausgabe der NZ v. 2.11. 1932: DNVP-Versammlung in der Stadthalle von den Nationalsozialisten gesprengt. Bolschewisten-Methoden gegen Schmidt-Hannover (Die Sonderausgabe findet sich nicht in den archivierten Ausgaben der NZ; erkennbar ist sie daran, daß sie nicht verkauft, sondern kostenlos verteilt wurde). Schmidt hatte Hindenburg in dieser Sache bereits in der Parteizeitung verteidigt. Vgl. UP v. 15.9. 1932. In Hannover hatte sich Schmidt ein öffentliches Rededuell mit dem Nationalsozialisten Rust geliefert. Vgl. hierzu auch: KLE 627 Wienbeck, *Lebenserinnerungen*, S. 244 f. Wienbeck unterstreicht dabei die besondere Angriffsschärfe Schmidts gegenüber den Nationalsozialisten. Vgl. Schmiechen-Ackermann, D., *Das Scheitern der Deutschnationalen: eigene Unterwerfung statt Zähmung Hitlers*, in: ders., *Kooperation und Abgrenzung. Bürgerliche Gruppen, evangelische Kirchengemeinden und katholisches Sozialmilieu in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Hannover*, Hannover 1999, S. 44 f. (i.f. zit. als: Schmiechen-Ackermann, *Scheitern*).

<sup>1636</sup> Die führende Biographie von Reuth (Goebbels, München 1990) erwähnt das Duell im einschlägigen achten Kapitel (S. 210-268) gar nicht. Hövers ebenfalls wichtige Arbeit nennt den Wettstreit zwar. Auf die für das Verhältnis der Deutschnationalen zu den Nationalsozialisten Abschnitte geht sie allerdings nur wenig ein (S. 312 ff.). Bezeichnend für die bisherige Beachtung Schmidts in der Sekundärliteratur ist, daß Höver im Namensindex Schmidt ohne Vornamen nennt (S.495). Das erhärtet den Verdacht des Textes (S. 159), daß ihm nicht klar war, wer Goebbels gegenüberstand. Die einzige, ältere Monographie, die hierüber Auskunft gibt, ist diejenige von Helmut Heiber (Joseph Goebbels, s.l.e.a., S. 107 f.).

verlangte, seine Militärstammrolle auf den Tisch zu legen, was dieser nicht konnte.<sup>1637</sup> Die Atmosphäre zwischen den beiden Vorrednern war davon noch unbehelligt. Schmidt, der demonstrativ für die SA in der Bismärcker-Uniform der DNVP-Jugendorganisation auftrat, gelang es zum einen, mit Schlagfertigkeit die wenigen nationalsozialistischen Zwischenrufe zu parieren.<sup>1638</sup> Zum anderen wählte er mit professioneller Raffinesse einige Stiche gegen Hitlers Partei aus, ohne Goebbels dabei persönlich anzugreifen. Im Gegenteil, er nahm ihn sogar in Schutz gegen den Vergleich der deutschnationalen Parteizeitung mit Rosa Luxemburg.<sup>1639</sup> Die Stiche, die Schmidt setzte, betrafen das Verhältnis der Partei zu Ludendorff<sup>1640</sup>, zur gemeinschaftlich mit der KPD bewerkstelligten Aufhebung des Vorwärtsverbots im Reichstag und des Rotfrontkämpferbundes in Sachsen.<sup>1641</sup> Neben dem Hitler-Putsch<sup>1642</sup>, hob er weiterhin eher anklagend als scharf geißelnd „mancherlei Verlobungen zwischen Schwarz und Braun“<sup>1643</sup> und stellte heraus, wer in seinen Augen das immer nur theoretisch existierende Harzburger Bündnis aufgelöst hatte. Die von dem ehemaligen deutschnationalen, jetzt wirtschaftsparteilichen Abgeordneten Bredt berichtete, nicht widersprochene nationalsozialistische Sondierung eines Reichskanzlers Geßler und Außenministers Brüning nach Harzburg wurde fragend in den Raum gestellt.<sup>1644</sup> Da zudem „leider Gottes“<sup>1645</sup> in Eisenach von SA-Leuten die schwarz-weiß-rote Flagge von der deutschnationalen Geschäftsstelle heruntergerissen worden war, stellte er nachgerade harmlos die Frage, ob solches Verhalten gebilligt würde.

Erst in der zweiten Hälfte seiner Rede kam Schmidt – im Ton weiterhin maßvoll – auf die ‚heißen‘ Themata zu sprechen. Dazu gehörte in erster Linie der 13. August. Vor allem hierum drehten sich die Fragen, die Schmidt an Goebbels richtete – und gehörige Antworten bekommen sollte. Er wollte Klarheit darüber erhalten, warum Hitler

---

<sup>1637</sup> Vgl. R 8005 / 60 Beitrag Steuers, S. 74; Heiber, Goebbels, S. 108. Der einfache Grund lag darin, daß Goebbels nicht gedient hatte.

<sup>1638</sup> Vgl. ebd., Beitrag Schmidts, S. 6, 9 f., 12, 28, 29, 30. Zur Uniform Schmidts: vgl. UP v. 24.10.1932.

<sup>1639</sup> Vgl. R 8005 / 60 Beitrag Schmidts, S. 21.

<sup>1640</sup> Vgl. ebd., S. 5.

<sup>1641</sup> Vgl. ebd., S. 10.

<sup>1642</sup> Vgl. ebd., S. 6.

<sup>1643</sup> Vgl. ebd., S. 20.

<sup>1644</sup> Vgl. ebd., S. 22. Bredt erinnerte in der Session vom 24. Februar die Nationalsozialisten daran, „nach der Harzburger Tagung ... an uns mit dem Vorschlag“ herangetreten zu sein, „eine Regierung mit ihnen zu bilden“. Reichskanzler sollte der „Herr Reichswehrminister Dr. Geßler“ werden und „Reichskanzler Brüning als Außenminister in Aussicht genommen“ werden. VdRT V. WP, Bd. 446, 24.2. 1932, S. 2296. Goebbels (R 8005 / 60, Schlußwort Schmidt, S. 115 f.) beteuerte zwar in der Hasenheide, daß Bredts Rede vom Februar „nicht den Tatsachen entspräche“, eine parteioffizielle, negierende Erklärung wurde allerdings nie verlautbart. Sehr fraglich bleibt - ob Hitlers sonstiger Haltung in dieser Frage - allerdings, ob er sich einem Reichskanzler Bredt untergeordnet hätte.

<sup>1645</sup> R 8005 / 60 Beitrag Schmidts, S. 36 f.

nicht in das Kabinett Papen eingetreten war. „Und wenn Herr Hitler der Meinung ist, ..., daß vor seinem Namen, des Führers Hitler, niemals das Wort ‚Stellvertreter‘ oder ‚Vize‘ stehen dürfe, schön, so ist das seine Sache. Aber dann hatte er doch die Möglichkeit, einen seiner Unterführer in das Kabinett zu entsenden ... Ja, wie beurteilen Sie denn jetzt diese Frage?“<sup>1646</sup> Sein Unverständnis wiederholend, nahm er seinen Gedanken nochmals auf: „Herr Hitler hat neulich erklärt, es ginge ihm nicht um Ministersitze. Andererseits genügen ihm doch die am 13. angebotenen Ministersitze nicht und die Staatsführung beruht doch nun mal auf der Beherrschung von Ministerien“. Und: „... nach den Nachrichten, die vorliegen, hat Herr Hitler doch die Totalität der Macht gefordert, .. vielleicht äußert sich Herr Goebbels dazu“<sup>1647</sup>.

Weit davon entfernt, Einblick in Schleichers Zähmungskonzept vom 13. August zu haben, verstand Schmidt nicht, warum der nationalsozialistische Parteiführer den Griff nach den Ressorts verweigert hatte. Ihm schienen die Forderungen nach Totalität – und das hieß vor allem nach dem Posten des Reichskanzlers – maßlos überzogen.

Allein, Goebbels' Replik auf die von ihm selbst so empfundene „tödliche Langeweile“ ob der Worte Schmidts, die für ihn „nicht Fisch noch Fleisch“<sup>1648</sup> waren, erweckten nicht den Eindruck, daß er die Fragen – bei allem auf- und vorgetragenem Selbstbewußtsein – abwesend und gedankenlos über sich ergehen ließ. Vielmehr hatte es den Anschein, als hätte er sehr genau zugehört, was Schmidt frug und notiert, was notwendig war.

Goebbels eröffnete Schmidt, der Harzburg im wesentlichen organisiert hatte, zuerst in schonungsloser Offenheit, weshalb das seinerzeitige Treffen gescheitert war. „Die nationalsozialistische Bewegung erhebt für sich den Anspruch der Totalität. Das ist auch das eigentliche Geheimnis des Mißerfolges in Harzburg. Ich sage mit Absicht: Es war ein Mißerfolg. Ich bin der Überzeugung, daß die nationalen Parteien ... sich niemals am grünen Tisch einigen werden, sondern daß erst dann das nationale Deutschland einig sein wird, wenn eine Bewegung sich als die große Führerin durchgesetzt hat“<sup>1649</sup>. Damit wurde Schmidt deutlich gemacht, mit welcher Widerwilligkeit Hitler um des äußeren Anscheins nationaler Zuverlässigkeit willen nach Harzburg gekommen war. Nicht weil Hitler nicht konnte, sondern weil er, seiner Macht bewußt, nicht wollte, hatte er jede Gemeinsamkeit gemieden.

Dem Bewußtsein der eigenen, unabhängigen politischen Größe, die mehr Menschen umfaßte als jede andere Partei, entsprach – in Goebbels' Augen ganz

---

<sup>1646</sup> R 8005 / 60 Beitrag Schmidts, S. 25 f.

<sup>1647</sup> Ebd., Beitrag Schmidts, S. 26.

<sup>1648</sup> Goebbels-Tagebücher, Bd. 2, Eintr. v. 20.10. 1932, S. 705 f. Womit Goebbels (ebd., S. 706) eher Recht hatte, denn darin war Schmidt nie ein ausgesprochener Meister gewesen, war die Bemerkung, die Rede habe „keine Linie“ gehabt.

<sup>1649</sup> R 8005 / 60 Beitrag Goebbels', S. 57 f.

selbstverständlich – der unverbrüchliche Anspruch auf das Reichskanzleramt: „Die nationalsozialistische Bewegung steht auf dem Standpunkt: Der Einsatz muß immer ein Äquivalent in der Macht finden. Was konnte uns veranlassen, den Führer einer 14-Millionen-Bewegung unter einen Kanzler Papen zu stellen? Was hat Herr von Papen einzusetzen und was haben wir einzusetzen?“<sup>1650</sup>

Und um Schmidt noch einmal ganz deutlich vor Augen zu führen, was die Nationalsozialisten spätestens seit Harzburg verlangten, nämlich Unterwerfung, richtete er folgende Worte an seinen Vorredner: „Ich stimme ein in den Ruf: Weg mit dem Zwist der Parteien und weg mit dem Bruderkampf im nationalen Lager. Aber weg mit den Parteien, her mit dem Nationalsozialismus! Weg mit dem Bruderkampf. Alles (sic!) reiht sich ein hinter den Fahnen von Adolf Hitler“<sup>1651</sup>.

Zuletzt schob der Berliner Gauleiter das größte Hoffnungsmoment Schmidts, die Wirtschaftskompetenz Hugenbergs, zur Seite, indem er, ganz parlamentarisch, die nicht zu leugnende Zustimmung bei einem großen Teil der Massen als das allein entscheidende Gewicht herausstellte. „Man führt vielfach das Argument ins Feld, die nationalsozialistische Bewegung habe keinen Anspruch auf die Macht, weil sie keine Köpfe besitze ... Muß ein Kopf oder einer, der ein Kopf sein will, ein bestimmtes Examen abgelegt haben oder einen bestimmten Titel haben ...? Ich meine es gibt ein untrügliches Mittel, das ist die Leistung. Wenn die deutschnationale Partei erklärt, bei uns sind die Köpfe, dann muß ich dagegen halten, diese Köpfe haben aber ihre eigene Partei nicht nur groß, sondern klein gemacht. Man hätte ihre staatsmännische Begabung erst darauf verwenden müssen, ihre Partei stark zu machen“<sup>1652</sup>.

Schmidt, äußerlich professionell unbeeindruckt, überspielte in seinem Schlußwort diese an Klarheit nicht zu überbietenden Äußerungen. Er wiederholte ohne Trübung und spitz seine Kritik an der Legalitätstaktik, dem Verhalten Hitlers am 13. August und die Koalitionsverhandlungen mit dem Zentrum.<sup>1653</sup> Die verhältnismäßig sachliche Atmosphäre war nach der Rede Steuers nunmehr ohnehin in Auflösung begriffen. Was hätte Schmidt auch entgegensetzen können, was nicht an unterlegene Anbiederung oder hoffnungslose Selbstüberschätzung gegrenzt hätte? Ob er im Innern die Aussagen Goebbels verarbeitete und Schlüsse daraus zog, sollte sich in den kommenden dreieinhalb Monaten zeigen. Soviel stand fest, ein Kurswechsel in Richtung der geforderten Unterwerfung hätte dem Selbstbewußtsein Schmidts widersprochen. Gleichzeitig mußte der Wille zur Macht das unterbewußte Gespür für

---

<sup>1650</sup> Ebd., S. 59.

<sup>1651</sup> Ebd., S. 70.

<sup>1652</sup> Ebd., Beitrag Goebbels', S. 62.

<sup>1653</sup> Vgl. R 8005 / 60 Schlußwort Schmidts, S. 115-121.

die gefährliche Bedingungslosigkeit eines ausweglosen Bündnisses mit dem einzig möglichen Koalitionär korrumpieren.

Wie es in Zeiten eines Wahlkampfes, zumal zu dessen Ende hin, zu erwarten war, waren sich beide Seiten zumindest darin einig, den Abend glanzvoll (und wenig aufschlußreich) für sich vereinnahmen zu können. Während Goebbels einen „Sieg auf der ganzen Linie“<sup>1654</sup> konstatierte, schrieb „Unsere Partei“: „Die Versammlung war ein voller Sieg der Deutschnationalen“<sup>1655</sup>. Eine genauere Beobachtung des Rededuells ergab allerdings ein anderes Bild: Auf Goebbels' Idee ursprünglich zurückgehend, hatte sich Schmidt auf den Redewettstreit mit dem nationalsozialistischen Gauleiter eingelassen. Schmidt war der einzige aus der Riege der führenden Deutschnationalen, die sich auf diesen gewagten Zweikampf einließen. Zweifellos war diese Art des Wahlkampfes ein Novum in Deutschland. Der neun Jahre ältere Schmidt, dem die Schärfe der nationalsozialistischen Agitation fremd war, schöpfte aus der Erfahrung achtjähriger Rede- und Wahlkampf Erfahrung. Sein maßvolles, sich nicht in grobe Invektiven ergehendes Auftreten stellte klar die deutschnationalen Angriffspunkte heraus, ohne das bereits zerschnittene Tuch zwischen DNVP und NSDAP ein zweites Mal zu zertrennen. Schmidt wollte seinen Anhängern, die zahlenmäßig ungefähr denen der Nationalsozialisten entsprachen, keinen Anlaß geben, sich übermäßig über Goebbels und seine Partei zu entrüsten. Dahinter stand unbewußt der Wille, den im bürgerlichen Lager für die Deutschnationalen Stimmen heischenden Radau-Wahlkampf der NSDAP für sich nutzbar zu machen. Der erfolgreiche Versuch der Goebbels-Anhänger, Schmidt nurmehr unter chaotischen Zuständen sein Schlußwort vortragen zu lassen, spielte ihm in die Hände: „Meine Damen, meine Herren, glauben Sie, mit einer solchen Disziplinlosigkeit Deutschland retten zu können? – Selbstmörderisch ist das ja!“<sup>1656</sup>

Als Mosaikstein trug dieser Abend zu einem kurzen Trend des Rückgewinns bürgerlicher Wähler bei. Obwohl Hitler persönlich noch kurz vor dem Rededuell *expressis verbis* angeordnet hatte, Versammlungen der Deutschnationalen nicht zu sprengen, kam es mannigfach dazu.<sup>1657</sup> Der von Kommunisten und Nationalsozialisten zwischen dem 3. und 7. November gemeinsam getragene Streik bei den Berliner

---

<sup>1654</sup> Goebbels-Tagebücher, Bd. 2: 1930-1934, Eintr. v. 20.10. 1932, S. 706.

<sup>1655</sup> UP v. 24.10. 1932: Die Redeschlacht in der Hasenheide. Der Einschlag von Schmidts Umdenken-Buch spricht jenseits des Geschehenen von einer „Sensation“, als Goebbels angeblich im Duell mit Schmidt „den kürzeren zog“.

<sup>1656</sup> Vgl. ebd., S. 110.

<sup>1657</sup> Vgl. zur Anordnung Hitlers: Rösch, M., Die Münchner NSDAP 1925-1933. Eine Untersuchung zur inneren Struktur der NSDAP in der Weimarer Republik, München 2002, S. 367; zur Sprengung deutschnationaler Versammlungen: Fest, Hitler, S. 481.

Verkehrsbetrieben und auch eine erste, leichte wirtschaftliche Gesundung trugen dazu bei, das Ansehen einer seriösen, kompetenten DNVP unter Hugenberg zu stärken.<sup>1658</sup>

Die DNVP steigerte sich im Reich von 5,9 Prozent und 37 Sitzen auf 8,3 Prozent und 52 Sitze.<sup>1659</sup> Schmidt, der sich zuvor auf der Reichliste hatte absichern lassen, gelang in seinem Wahlkreis ein Zuwachs von beinahe 20.000 Stimmen auf nunmehr knapp 71.000 Stimmen.<sup>1660</sup> Das wesentliche Ergebnis der Wahl war aber nicht der Erfolg der Deutschnationalen. Was sie aus der bedeutungslosen Peripherie des Papen-Kabinetts, auf deren Politik sie „keinen nennenswerten Einfluß“<sup>1661</sup> besessen hatten, herauslöste, war die Auflösung des „schwarz-braunen“ Alptraums. Eine Koalition von Zentrum / BVP und NSDAP ergab im siebten Reichstag mit 48,1 Prozent keine Mehrheit mehr. Hitler war zahlenmäßig wieder auf den verachteten Bundesgenossen DNVP angewiesen, wollte er eine parlamentarische Mehrheit erringen.<sup>1662</sup> Hugenberg sollte sich aber – entsprechend seiner festen präsidentialen Linie – deutlich gegen eine parlamentarische Lösung aussprechen. Vorerst war der Nimbus des unaufhaltsamen Aufstiegs der NSDAP jedoch gebrochen.

Der Absolutheitsanspruch in Hitlers Forderungen, seine im bürgerlichen Lager kritisch aufgenommene Radikalisierung des Wahlkampfes, die Unterstützung des BVG-Streiks und nicht zuletzt die zunehmenden, sich teilweise daraus ableitenden Differenzen mit Gregor Straßer hatten Schmidts Ahnungen bedingt Recht gegeben. Die DNVP konnte ungefähr 800.000 Wähler der NSDAP auffangen, nicht die gesamten zwei Millionen, wie Schmidt später schrieb.<sup>1663</sup>

Wie reagierte Schmidt, der sich in der Parteizentrale unter Zurückdrängung „selbständiger Persönlichkeiten“<sup>1664</sup>, namentlich Quatz', seinen Machtapparat

---

<sup>1658</sup> Vgl. als Detailstudie des konzertierten Streiks der politischen Extreme: Röhl, K.R., Nähe zum Gegner. Kommunisten und Nationalsozialisten im Berliner BVG-Streik von 1932, Frankfurt 1994. Darüber hinaus: vgl. Huber, Verfassungsgeschichte 7, S. 1128 ff.; vgl. zum Vorteil, den die DNVP aus der Situation zog: Winkler, Weimar, S. 533-536.

<sup>1659</sup> Vgl. die Wahlergebnisse in: Kolb, Weimarer Republik, S. 309.

<sup>1660</sup> Vgl. zur Absicherung auf der Reichliste: N 1327 / 38 a Anlage zum Rundschreiben Nr. 49 der Parteizentrale v. 22.X. 32, S. 2; zum Ergebnis: N 1327 / 38 a Rundschreiben Nr. 51 der Parteizentrale, Ergebnis der Wahlen vom 6.11. 1932, 8.11. 1932, S. 1.

<sup>1661</sup> Hoepke, K., Hugenberg, in: NDB, Bd. 10, Berlin 1974, S. 12. Vgl. hierzu auch: Huber, Verfassungsgeschichte 6, S. 169; Hentschel, Weimars letzte Monate, S. 37.

<sup>1662</sup> Vgl. Hiller, EdP, S. 566; Stürmer, Konservative Rechte, S. 50; Leopold, Hugenberg, S. 125; Winkler, Weimar, 536 f. Eine umfassende Analyse des Wahlergebnisses bietet: Childers, T., The limits of National Socialist mobilisation. The Elections of the 6th November 1932 and the fragmentation of Nazi constituency, in: ders. (Hg.), The formation of the Nazi constituency, London 1986, S. 232-259.

<sup>1663</sup> Vgl. Schmidt, Umdenken, S. 266; Hiller, EdP, S. 565 Anm. 6.

<sup>1664</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 4.11. 1932, S. 207. Er beklagte sich bitterlich, daß er „[g]egenüber der Parteimaschine“ keinen Einfluß mehr geltend machen könne und bot deshalb die Rückgabe seines Mandats an. Bezeichnend für die eigendynamische Verselbständigung des Führerprinzips in der Praxis, die Schmidts Position ausmachte, monierte er zauberlehrlinghaft: „Ich hätte Hugengebgs Führerschaft selbst mit geschaffen, müsse mich aber

aufgebaut hatte, auf den Wahlausgang? Er feierte den unbestreitbaren, wenn auch nicht allzu großen Erfolg als Sieg gegen die Mehrheit von Nationalsozialisten und Zentrum. Da das Kabinett noch nicht zurückgetreten war, plädierte die deutschnationale Presse für ein deutliches und überzeugtes Festhalten am Kurs Papens, das nicht zuletzt den vorhandenen, begrenzten Einfluß sichern helfen sollte.<sup>1665</sup> Bereits zwei Tage nach der Wahl kam jenes Gefühl der Furcht, selbst den bescheidenen Einfluß auf die Reichspolitik zu verlieren, in einer Besprechung zwischen Schmidt, Hugenberg, Quatz und Winterfeld empor. Höchst besorgt wurde überlegt: „Ist eine Parlamentskoalition Nazi – Zentrum – Deutsche Volkspartei möglich?“<sup>1666</sup> Die Verhinderung der Rückkehr zu parlamentarischen Mehrheitsfindungen, wie sie ständig im Raum stand und das Gefühl der eigenen Schwäche vor Augen führte, dürfte der Inhalt einer „langer Telephonunterhaltung“<sup>1667</sup> Schmidts mit Schleicher gewesen sein. Hatte das Kabinett am 9. November die unveränderte Fortsetzung seines Kurses beschlossen und jegliche Rücktrittsgedanken zurückgewiesen, bedeutete Hindenburg dem von ihm persönlich sehr geschätzten Kanzler, daß er eine breitere Stützung der Regierungspolitik erwarte. Papen führte auf dieses Geheiß hin Gespräche mit den Parteiführern, kam allerdings über eine erwartungsgemäße Zusage der DNVP, DVP und von Teilen der BVP – und damit über den bestehenden Rückhalt – nicht hinaus.<sup>1668</sup>

Am 17. November gab das Kabinett seine Gesamtdemission bekannt, damit nun auf Schleichers Drängen hin der Reichspräsident persönlich die Sondierung vornehmen konnte. Schmidt sprach über den Rücktritt sein Bedauern aus, da er – bei Kritik im einzelnen – die „große strategische Linie“<sup>1669</sup> des präsidentialen Kurses seit Papen für einzig richtig erachtete.

---

gegen diese Überspitzung des Führerprinzips wenden“. (Ebd.) Allein, Quatz blieb loyal an der Seite des Parteivorsitzenden.

<sup>1665</sup> Vgl. Bracher, Auflösung, S. 575 f.

<sup>1666</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 8.11. 1932, S. 209. Zu den Verhandlungen: vgl. Brüning, Memoiren, S. 635; Morsey, Zentrumspartei, S. 329 f.; Junker, Zentrumspartei, S. 112 f.; Booms, DVP, S. 533.

<sup>1667</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 8.11. 1932, S. 209. Über den Inhalt („unklar“) konnte Quatz keine Auskunft geben.

<sup>1668</sup> Vgl. Bracher, Auflösung, S. 578.

<sup>1669</sup> Schluß mit dem Schaukelspiel Papen oder Schleicher! Schafft die neue nationale Front! Unterredung mit dem Abg. Schmidt-Hannover. Der politische Beauftragte der Deutschnationalen Volkspartei über das Gebot der Stunde, in: Berliner Illustrierte Nachtausgabe v. 30.11. 1932 (i.f. zit. als: Interview Schmidts). Schmidts unbeschränkte Macht über die Parteizentrale ließ sich auch daran erkennen, daß er dieses Interview drei Tage später in der Zeitung der DNVP veröffentlichen konnte: Das Gebot der Stunde: Schafft die neue nationale Front! Schmidt-Hannover, M.d.R., zur Lage, in: UP v. 2.12. 1932.

Zur Kritik in den Fragen Kontingentierung, Bracht als Reichskommissar in Preußen und Zusammenlegung der Reichs- und preußischen Ministerien für Wirtschaft: vgl. ebd. Vgl. zur kritischen Haltung gegenüber Bracht: N 42 / 54 Schmidt an Schleicher, 24.10. 1932. Die bedauernde Stellungnahme der DNVP Demission des Kabinetts, in: Der Tag v. 18.11. 1932.



Der am 18. November gerufene Hugenberg sprach sich gegenüber Hindenburg für eine Präsidialregierung nach dem Vorbild des Papen-Kabinetts aus. Jegliches Zusammengehen mit Hitler, von dem er sich ob der letzten zwei Jahre schwer enttäuscht zeigte, mehr noch, eine Akzeptanz eines Reichskanzlers Hitler, schloß er aus. Die Hoffnung auf die Umsetzung der Idee von Harzburg hatte er aufgegeben.<sup>1670</sup> Hindenburg hatte Hitler eine aussichtslose Drei-Tages-Frist gewährt, um eine parlamentarische Mehrheit zu finden. Ohnehin war der Reichspräsident nicht bereit, dem ‚böhmischen Gefreiten‘, wie er ihn ob seiner Herkunft einmal fälschlich bezeichnete, die Kompetenzen eines Präsidialkabinetts zuzugestehen. Daß Hitler mit einer Mehrheit gleichwohl nicht alle einem Reichskanzler zustehenden Vollmachten erhalten würde, machte Meißner in einem Briefwechsel klar – und die Ablehnung Hitlers naheliegend. Hindenburg wollte zu diesem Zeitpunkt keinen Reichskanzler Adolf Hitler sehen. Daß Hugenberg einer parlamentarischen Sondierung von Hitlers Emissär Schacht klar ablehnend gegenüberstand, erfolgte bei seiner grundsätzlichen antiparlamentarischen Haltung erwartungsgemäß.<sup>1671</sup>

Nachdem die Hitler eher formal bedingt gegebene Frist verstrichen war, trafen sich Hugenberg und Hitler am 24. November. Hatte Hugenberg noch vor sechs Tagen bei Hindenburg gegen den Nationalsozialisten gewettert und ihm vor zwei Tagen eine ungewohnt selbstbewußte Absage erteilt, war die Frage, warum sie sich jetzt trafen. Ohne dies mit Bestimmtheit sagen zu können, aber es schien, als ob die neue Gesprächsbereitschaft, immerhin hatten sie seit Monaten nicht miteinander gesprochen, nicht unwesentlich mit der neuen Lage zu tun hatte.<sup>1672</sup> Hitler, von dem ungewöhnlicherweise die Initiative ausging<sup>1673</sup>, war enorm unter Erfolgsdruck, hatte er doch in der Wilhelmstraße gerade die Tür gewiesen bekommen. Hugenberg mußte froh sein, daß Hitler nun von seinen parlamentarischen Wahlkampfattitüden unfreiwillig freiwillig Abstand genommen hatte. Zudem konnte er ihm eine günstige Erweiterung für einen eventuell notwendigen präsidialen Rückhalt bieten – diese Chance hatte ihm erst das Wahlergebnis gegeben. Der zurückgestoßene Hitler und der seine Chance witternde Hugenberg gingen gleichwohl „ohne direktes Ergebnis“<sup>1674</sup> auseinander. Der Deutschnationale hatte Hitler den kühnen Vorschlag gemacht, doch mit ihm in ein

---

<sup>1670</sup> Vgl. AdR Papen, Bd. 2, S. 973 f.: Aufzeichnung des StS Meissner über den Empfang des Vorsitzenden der DNVP, Hugenberg, beim Reichspräsidenten, 18.11. 1932.

<sup>1671</sup> Vgl. Hentschel, Weimars letzte Monate, S. 85; Winkler, Weimar, S. 544 f.; Huber, Verfassungsgeschichte 7, S. 1151.

<sup>1672</sup> Über den Inhalt des Konvents ließ sich „vereinbartermaßen nichts sagen“. N 1324 / 175 Spahn, Stenographische Notizen der Fraktionssitzung v. 5.12. 1932, S. 9.

<sup>1673</sup> N 1324 / 175 Spahn, Stenographische Notizen der Fraktionssitzung v. 5.12. 1932, S. 8. Strasser, der Hitler bei Hugenberg anmeldete und sich mit dem Geheimrat unterhielt, sagte über Harzburg, daß man „tote Dinge nicht wieder lebendig machen könne“, allerdings eine „Bereinigung der Vorgänge“ noch ausstehe. Ebd., S. 9. Dazu sollte es nicht kommen.

<sup>1674</sup> Goebbels-Tagebücher, Eintr. v. 24.11. 1932, S. 726.

Präsidialkabinett jeweils als Minister ohne Portefeuille einzutreten. Hitler wollte jedoch nicht in ein wie auch immer geartetes Kabinett Papen. Nie hätte er sich mit den Deutschnationalen gleichgestellt, er wollte ihre Unterwerfung sehen. Die Annäherung, die für sich genommen schon bemerkenswert war – zumal zu diesem Zeitpunkt, hatte gleichwohl nichts mit Harzburger Sirenenklängen zu tun. Vielmehr hatte es den Anschein, als hätte sie allein aus der Not der Lage heraus stattgefunden.<sup>1675</sup>

Die staatspolitische Linie Schmidts wie Hugenbergs zeichnete sich deutlich ab: Sie wollten eine antiparlamentarische, autoritäre Präsidialregierung, die gerade keine Mehrheit hinter sich sammeln konnte, sondern vielmehr den Reichstag als wesentlichen Machtfaktor der Politik vollständig außer Kraft zu setzen – in Schmidts Worten: „eine starke, auf der Grundlage des Staatsnotstandes handelnde Regierung“<sup>1676</sup>. Dies konnte nur in die Unterstützung eines die Verfassung brechenden Kabinetts Papen II münden.

Nach der Ablehnung von Hitlers Kanzlerschaft durch das Staatsoberhaupt vergingen einige wenige Tage an Verhandlungspause. Während Schleicher das Planspiel Ott im Sandkasten durchexerzieren ließ und seine Kabinettskollegen bedacht auf – noch zu beleuchtende – Gefahren einer erneuten Kanzlerschaft Papens hinwies<sup>1677</sup>, sprach sich Hugenberg am 29. November bei einem Abendessen mit Quatz und Meißner „mehr für Auflösung des Reichstags bei Widerstand als Vertagung“<sup>1678</sup> aus. Die Tagesmeldungen gingen nun sehr durcheinander. Quatz, der jetzt nahezu alle wichtigen Informationsgespräche Gespräche mit Meißner führte<sup>1679</sup>, wußte von diesem einen Tag später zu berichten, daß Schleicher jetzt auf den Posten des Reichskanzlers sönne. In seinem Kabinett sollten Hugenberg und Straßer Ressorts erhalten. Sofern diese Angaben Meißners richtig waren, lag Schleicher in der Einschätzung des – zweifellos augenblicklich noch offenen – Kampfes zwischen Hitler und Straßer, der die

---

<sup>1675</sup> Bemerkenswerterweise findet diese wichtige, erste Annäherung seit Monaten in der Literatur bisher keine Erwähnung, nimmt man allein Bracher (Auflösung), Fest (Hitler), Kershaw (Hitler I) und Hiller (EdP). Allein Hoepke erwähnt es in seinem nicht veröffentlichten Manuskript (Hugenberg triumphator? S. 10). Vgl. die knappe Erwähnung in: Goebbels-Tagebücher, Eintr. v. 24.11. 1932, S. 726; Der Tag v. 25.11. 1932.

<sup>1676</sup> Ebd. Vgl. zum Rücktritt Papens: Winkler, Weimar, S. 542 f.

<sup>1677</sup> Vgl. Pyta, Verfassungsombau, S. 190.

<sup>1678</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 29.11. 1932, S. 215.

<sup>1679</sup> Vgl. Quatz-Tagebuch, Einträge v. 15., 19., 27., 29., 30.11., 1., 2., 16., 24.12. 1932, 20.1. 1933 (S. 210, 211, 214, 215, 215, 215 f., 216, 218, 219, 223 f.)

In gewissem Maße kann daraus eine Arbeitsteilung zwischen Quatz und Schmidt gefolgert werden. Während Schmidt vorrangig die mitunter scharfe Propagierung Hugenberg'scher Gedanken vornahm und an direkten Verhandlungen mit dem Stahlhelm oder der NSDAP beteiligt war, besorgte Quatz die Gespräche mit den obersten staatlichen Stellen. Ob Hugenberg Schmidt gerade gegenüber Meißner unterlegen hielt und deshalb Quatz vorschickte, blieb unklar. Aber ähnlich wie Schmidts milieubedingte Herkunft in Gesprächen mit Vertretern des Stahlhelms hilfreich gewesen sein dürfte, war es ein Vorteil, daß Quatz und Meißner gleichermaßen Verbindungsstudenten war, somit einen Anknüpfungspunkt in ihren *curricula vitae* hatten.

Partei in ihre „tiefste Krise seit der Neugründung 1925“<sup>1680</sup> stürzte, allerdings nicht richtig. Ein Zurücktreten Hitlers ins zweite Glied war auch angesichts seiner Position gegenüber Hindenburg nicht denkbar.<sup>1681</sup> Vor allem mußte die Schar um Hugenberg eine Ahnung von Schleichers Vorstellung der politischen Komposition seines Kabinetts haben. Da besonders Schmidt bereits im Sommer von der Einbeziehung der Gewerkschaften in diese Regierung erfahren hatte und dies zugleich Ende November erneut bekannt wurde<sup>1682</sup>, „vereidigt[e]“ Hugenberg den kurzfristig einberufenen „Kriegsrat ... gewissermaßen auf Dichthalten gegenüber Schleicher“<sup>1683</sup>. Für den natürlich anwesenden Schmidt dürfte dies nicht mehr als eine politische Redundanz gewesen sein. Die Forderung des Parteivorsitzenden, jetzt dichtzuhalten, konnte nur heißen: kein Abkommen vom Papen-Kurs. Was Schmidt nämlich neben den gewerkschaftlichen Tendenzen befürchtete, war die Möglichkeit, „daß die Reichswehr irgendwie in den Wirbel der politischen Kämpfe hineingerissen“<sup>1684</sup> werden könnte. Mit den politischen Kämpfen meinte er nicht Bürgerkriegsszenarien, sondern das Abgleiten der Verantwortung über die Reichswehr in politisch bekämpfte Hände einer ohnedies abgelehnten Querfront nach Schleicher. Schmidt, der zudem durch Quatz seit dem 27. November alarmiert war, daß die Kabinettsmitglieder Bracht, Popitz und Krosigk aufgrund der Einwirkungen Schleichers von dem noch geschäftsführenden Papen Abstand genommen hatten<sup>1685</sup>, stellte nur noch eine Entwicklung fest, wenn er mahnte: „Es darf nicht der Eindruck entstehen, als arbeiteten Kanzler und Wehrminister gegeneinander“<sup>1686</sup>. Schleicher unternahm seit einigen Tagen schon Gespräche mit seinen Ministerkollegen, in denen er sie vor der Gefahr eines Bürgerkrieges bei einer Wiederauflage des demissioniert habenden, aber noch geschäftsführenden Kabinetts Papen warnte.<sup>1687</sup>

Während Hugenberg sich massiv darum bemühte, Papen ein zweites Mal als Kanzler sehen zu können<sup>1688</sup>, setzte sich Schmidt nachdrücklich für den Geheimrat ein. Um

---

<sup>1680</sup> Kershaw, Hitler I, S. 492.

<sup>1681</sup> Vgl. Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 30.11. 1932, S. 215; zur Integration Straßers in ein Kabinett Schleicher: Kissenkoetter, U., Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978, S. 147 f., 170; umfassend dazu: Schildt, A., Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt 1981; Döring, Arm, S. 353 ff.

<sup>1682</sup> Vgl. SEGK 1932, S. 214. Ein Vertrauter Claß', Hertzberg, berichtete an Quatz, Schleicher wolle u.a. den Gewerkschafter Stegerwald ins Kabinett holen. Vgl. Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 28.11. 1932, S. 214. Die detailreiche Dissertation von Forster behandelt das Querfront-Konzept Schleichers zwar hinreichend, die Haltung der DNVP wird jedoch nur am Rande berührt. Vgl. Forster, B., Adam Stegerwald 1874-1945: christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien, Düsseldorf 2003.

<sup>1683</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 30.11. 1932, S. 215.

<sup>1684</sup> Interview Schmidts.

<sup>1685</sup> Vgl. Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 27.11. 1932, S. 214.

<sup>1686</sup> Interview Schmidts.

<sup>1687</sup> Vgl. Bracher, Auflösung, S. 589.

<sup>1688</sup> Vgl. ebd., S. 588, 591 Anm. 96.

das – selbstverschuldet – schwierige Verhältnis zu Hindenburg wissend, insinuierte er hoffnungsvoll, der Reichspräsident möge „seinem Kanzler“ befehlen: „Versuch“, die Regierungsfrent zu verbreitern“<sup>1689</sup>. War damit schon ein allgemeiner Fingerzeig auf die Deutschnationalen gegeben, wurde in dem postulierten „Gebot der Stunde“ deutlich, wessen Kompetenz in das Kabinett eingefaßt werden sollte: Indem er die „Bildung einer krisenfesten Regierung mit klarem, einheitlichem Wirtschaftsplan“<sup>1690</sup> forderte, rückte er Hugenberg aufs Tableau. Schmidt wollte Hugenberg als Superminister im Reich und Preußen sehen, der die Ressorts Wirtschaft, Ernährung und Arbeit zusammenfaßte.<sup>1691</sup>

Schmidt flocht nun „auf dem Höhepunkt der Kanzlerkrise“<sup>1692</sup> eigenmächtig eine Nuance ein, mit der er sich in den Gegensatz zu Hugenberg stellte. Ende November, als sich Hugenberg eindeutig auf Papen festgelegt hatte, um ein klares Gegenkonzept zu dem für ihn trotz des Kontakts zwischen Schmidt und Schleicher nicht durchschaubaren Wehrminister zu haben<sup>1693</sup>, mußte der ehemalige Hauptmann die Lage teilweise anders eingeschätzt haben. Hugenberg hatte Quaatz am 24. November drei Optionen einer Regierung durchspielen lassen. Ein Kabinett Hitler, ein Kabinett Papen und ein „Kabinett x mit Hitler und Hugenberg als Minister ohne Portefeuille“<sup>1694</sup>. Hitler hatte genau die zur Frage stehende, dritte Variante just abgelehnt. Am 30. November gab Schmidt sein Interview, das veröffentlicht den bezeichnenden Untertitel „Schafft die *neue* nationale Front!“ trug. Darin bezog er, wie bereits zitiert, ganz klar Stellung für ein Präsidialkabinett mit dem Willen zum Verfassungsbruch. Was er in dieser entscheidungsträchtigen Situation nicht tat, war nun, ein eindeutiges Bekenntnis für Papen im Sinne Hugenergs abzugeben. Bereits die zwischenzeitliche und erneute Nennung Goerdelers zeigt, daß der noch geschäftsführende Reichskanzler keineswegs die erste Wahl in Schmidts – zugegebenermaßen – bedingt realitätsnahen Plänen war.<sup>1695</sup> Es schien nun, als hätten die von Schmidt aber auch vom Vorsitzenden

---

<sup>1689</sup> Interview Schmidts.

<sup>1690</sup> Ebd.

<sup>1691</sup> Vgl. die Meldung in: Der Tag v. 29.11. 1932.

<sup>1692</sup> N 1231 / 37 Kleist-Schmenzin an Hugenberg, 17.12. 1932.

<sup>1693</sup> In der Fraktionssitzung vom 5.12. sprach Hugenberg davon, daß man stets „Vorsicht gegenüber Schleicher“ walten lassen müsse. N 1324 / 175 Spahn, Stenographische Notizen, S. 10.

<sup>1694</sup> Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 23.11. 1932, S. 214.

<sup>1695</sup> Vgl. Schmidt, Umdenken, S. 316; Hiller, EdP, S. 566. Während die Kanzlerschaft Goerdelers durch seine Nennung bereits im Mai möglich erscheint, ohne von ihm autorisiert worden zu sein (Ritter, Goerdeler, S. 60), war ein Außenminister Brüning eingedenk der Anfeindungen gegen ihn, zumal Schmidts, nicht denkbar.

Goerdeler selber erinnerte sich später daran, nicht nur in der führenden Presse „in erster Linie als Kanzler in Betracht“ gekommen zu sein, sondern auch von Illustrierten aufgeführt worden zu sein. Er rechnete damals „ernstlich mit einer Berufung“, zumal er sich dem Amt gewachsen sah. Seiner Ansicht nach erfolgte der Ruf nicht, da Hindenburg diese Information nicht erhielt, vielmehr von der Presselage abgeschottet wurde, was auf den Einfluß Schleichers hindeutet. Vgl. Rückblick Goerdelers auf seine Mitarbeit in der Reichspolitik 1931 bis 1935,

konstatierten, ursprünglichen Bedenken gegen die Person des Kanzlers kurzzeitig an Gewicht gewonnen.

Schmidt stach deshalb besonders hervor, weil er der einzige führende Deutschnationale war, der sich in diesem Moment öffentlich äußerte. Er tat dies durchaus kalkuliert, denn er konnte beeinflussen, wann er einer Zeitung des Scherl-Verlages ein Interview gab. Schmidt ließ hierin die Besetzung des Reichskanzlerpostens allerdings letztlich offen. Zum einen sprach er sich für eine Erweiterung des Kabinetts um Hugenberg aus. Zum anderen, und das wurde ihm hernach zum Vorwurf gemacht, sah er eine Möglichkeit, die Nationalsozialisten zu integrieren und die „nach Harzburg unterbrochene Einigung der gesamten nationalen Front herbeizuführen“<sup>1696</sup>. Letztlich beruhend auf der taktischen Unterschätzung der Durchsetzungsfähigkeit Hitlers im Machtkampf mit dem sozialistisch angehauchten Straßer – immerhin sollte dieser drei Tage später einer Vizekanzlerschaft durchaus gewogen gegenüberstehen<sup>1697</sup> – mußte Schmidt jetzt eine günstige Gelegenheit gesehen haben. Seine Bemerkungen im Wahlkampf, daß die NSDAP ihre internen Klärungsprozesse nicht reibungsfrei überstehen werde, schien sich ja gegenwärtig zu erfüllen. Die Niederlage der NSDAP in der Reichstagswahl, das öffentliche Diffundieren der Partei aber auch die – damit nicht kausal verbundene – Absage des Reichspräsidenten ließen ihn den gewagten Schritt tun. Jetzt schien er veranlaßt zu der Annahme, daß sich Hitler beugen werde, vom Anspruch auf das Kanzleramt Abstand nehmen würde und endlich in ein Harzburger Präsidialkabinett eintreten würde. Dies implizierte, daß die Trennung von Straßer in seinen Augen mit einer erheblichen zahlenmäßigen Schwächung einhergehen würde. Die fälschliche Überschätzung der Schwächung der NSDAP, die sie nun eintrittswillig machen sollte, lag wahrscheinlich begründet in der miterlebten, nun suggestiv wirkenden deutschnationalen Erfahrung der eigenen Abspaltungen. Sah er womöglich – bei allen Unterschieden – in Straßer auf einmal Treviranus? Allerdings lag er in der vorgenommenen Vergleichbarkeit der jeweiligen Situationen völlig schief. Vollends im Glauben, den *kairos* greifen zu können, deutete er die bisher folgenlosen Gespräche um eine Kabinettsbildung gleichsam als glückliche Zeit, da nun ein Umgehen des ‚nationalen Deutschlands‘, „das nicht mit Reichstagsmehrheiten gleichzusetzen ist“<sup>1698</sup>,

---

handschriftliches Manuskript v. 9.7. 1937, Privatbesitz, abgedruckt in: Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers. Hg. v. Sabine Gillmann und Hans Mommsen, Bd. 1, München 2003, S. 251 f. Vgl. Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 1027; Meißner, Staatssekretär, S. 247. Schmidt wäre zu weit gegangen, hätte er Goerdeler publizistisch explizit unterstützt. Er beließ es deshalb bei den einen Reichskanzler Papen nicht gerade befördernden Äußerungen seines Interviews. – Ein Niederschlag in den Akten der Reichskanzlei ist nicht zu verzeichnen.

<sup>1696</sup> Interview Schmidts.

<sup>1697</sup> Kolb, Weimarer Republik, S. 146 f.

<sup>1698</sup> Interview Schmidts.

nachgerade unmöglich sei. Für die „kommende nationale Front“ seien vielmehr durch das „beschämende Wirrwarr der letzten Wochen neue Fundamente [ge]legt[.]“<sup>1699</sup> worden. Das Gespräch zwischen Hitler und Hugenberg sprach nicht eindeutig dagegen, Schmidt mußte an diese Idee geglaubt haben. Der abstrakte Charakter seiner abschließenden Bemerkung deutete sehr stark in die Richtung eines Harzburger Kabinetts, das nicht unter Hitlers Führung stehen sollte: „Das Gebot der Stunde ist die Bildung *einer* krisenfesten Regierung mit klarem, einheitlichem Wirtschaftsplan. Hinter oder neben ihr wird sich die verkämpfte Bewegung neu formieren“<sup>1700</sup>. Kein Wort von oder für Papen.

Die insinuierte Offerte an die Nationalsozialisten machte deutlich, daß Schmidt durch die - von Quatz jüngst noch beklagte - Überbetonung des Führerprinzips Freiräume gewonnen hatte, die ihn jetzt beflügelten, diese eigenmächtig zu nutzen. Weiterhin mußte das Vertrauen Hugenbergs in Schmidt nachgerade unbegrenzt gewesen sein. Dies zeigte sich in der Fraktionssitzung am 5. Dezember. Hugenberg bemängelte, daß Stadtler „im Sinne einer Brücke zwischen den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen tätig gewesen sei“ mit den Worten: „Derartige Schritte sind nicht mit meinem Willen geschehen“<sup>1701</sup>. Im übrigen sollten sich „[a]lle ... zurückhalten“<sup>1702</sup> – und Schmidt nicht? Spahn, der in Schmidts Verhalten eine Annäherung an die Nationalsozialisten des Sinnes sah, daß „nach außen hin der Eindruck des vollen Auseinanderlaufens“<sup>1703</sup> gemacht würde, hatte damit natürlich recht. Dem Protokoll Spahns zufolge wurde Schmidt aber nicht im geringsten gerügt. Auch der zornbeladene, stets energiegelvolle Kleist-Schmenzin drang mit seinen Warnungen von der „kaum noch tragbaren Rolle“ Schmidts, die „das Ansehen der Partei ungemein“<sup>1704</sup> geschädigt habe, nicht durch. Daß Schmidt aus dem „sehr ungeschickt“<sup>1705</sup> verlautbarten Interview ohne jegliche Blessuren herauskommen konnte, dürfte aber

---

<sup>1699</sup> Ebd.

<sup>1700</sup> Ebd.

<sup>1701</sup> N 1324 / 175 Spahn, Stenographische Notizen der Fraktionssitzung v. 5.12. 1932, S. 8.

<sup>1702</sup> Ebd.

<sup>1703</sup> Ebd.

<sup>1704</sup> N 1231 / 37 Kleist-Schmenzin an Hugenberg, 17.12. 1932. Das Tagebuch eines der am besten informierten Männer im Vertrauenskreis Schleichers, Hans Schäffers, gibt für den Zeitraum vom 20.11. bis 4.12. 1932 keine Auskunft über die Rolle Schmidt-Hannovers; leider auch nicht über sein Interview vom 30.11. Am ehesten kann man daraus folgern, daß Schmidts Drähte zu Schleicher während dieser Tage vielfach geheimer Sondierungen nicht von solcher Qualität gewesen können, die seine stete Korrespondenz eventuell vermuten lassen. Vielmehr scheint die Tiefe der Eruiierungsmöglichkeiten für Schmidt begrenzt gewesen zu sein. Vgl. IfZ ED 93 / 23 Tagebucheinträge Hans Schäffers v. 20.11. bis 4.12. 1932.

<sup>1705</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 2.12. 1932, S. 216. Am 2.12. und auch am 1.12. hat es keine Pressekonferenz mit Schmidt gegeben; Quatz muß deshalb Schmidts Interview gelegentlich einer Pressekonferenz am 30.11. gemeint haben, zumal auch Spahn in der Fraktionssitzung am 5.12. darauf rekurrierte. Dies ergab auch die Durchsicht der einschlägigen Publikationsorgane Schmidts im Scherl-Verlag: Berliner Lokalanzeiger, Berliner Illustrierte

an mehr als dem extrem engen Verhältnis zu Hugenberg gelegen haben. Dieser war „sehr niedergedrückt“<sup>1706</sup> ob des neuen Kanzlers, in dem er erwartungsgemäß schnell politischen Rückschritt erkannte. Alle Kraft daran zu setzen, dieser Entwicklung, die man bereits am 1. Dezember mit „mancherlei Besorgnis“<sup>1707</sup> erwartete, entgegenzuwirken, dessen bedurfte es jetzt, da man sich von dem verlustreich Erreichten der Papen-Episode zu entfernen schien. So war nicht nur keine Zeit Personalien zu besprechen, vielmehr hatte Schmidts Positionierung auf die Entscheidung Hindenburgs gegen Papen ohnedies keinen Einfluß gehabt. Was blieb, war eine Andeutung dessen, mit, nicht unter wem sich Schmidt – trotz aller negativen Erfahrungen – ein Kabinett vorstellen konnte – oder mußte? Darauf deutete auch der nach dem Gespräch Hugenburgs mit Hitler nicht abgerissene Gesprächsfaden. Natürlich ging der Impuls wieder von Hugenberg aus. Den Deutschnationalen blieb im übrigen auch nichts anderes, als sich pragmatisch und geflissentlich zugleich von der antinationalsozialistischen Wahlkampfhaltung zu entfernen, um Nähe zur Macht zu bekommen.

Allein, der weniger auf das Amt erpichte Schleicher setzte sich gegenüber Papen im Ringen um die Reichskanzlerschaft durch. Durch sein Planspiel Ott hatte er letztlich dem Reichspräsidenten, bei dem er mit Andeutungen seiner Querfrontpläne gescheitert war, die Unmöglichkeit eines Bürgerkriegskanzlers Papen überzeugend näher gebracht.<sup>1708</sup> Schleicher war mit dem 3. Dezember Reichskanzler geworden.

---

Nachtausgabe und Der Tag. Negativ auch: SEGK 1932, S. 213-215; Horkenbach, C., Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Berlin 1932, S. 407-409.

<sup>1706</sup> Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 2.12. 1932, S. 216.

<sup>1707</sup> Vgl. Meldung über die „Haltung der DNVP“, in: Der Tag v. 1.12. 1932. Hugenberg sprach sich am 1. Dezember explizit „für Papen“ aus, nachdem dieser am Abend von Hindenburg mit der Regierungsbildung beauftragt worden war. Zu einer Veröffentlichung kam es zwar nicht, es zeigt aber, mit welcher Deutlichkeit der Parteivorsitzende Papen favorisierte. Spahn nannte in diesem Zusammenhang „einige Zufälligkeiten“, die zur nicht erfolgten Veröffentlichung geführt hätten. Ob Schmidt darin involviert war, konnte nicht festgestellt werden. Allerdings hätte eine vorsätzliche Verhinderung gewiß Konsequenzen gehabt. Zitate aus: N 1324 / 175 Spahn, Stenographische Notizen der Fraktionssitzung v. 5.12. 1932, S. 5.

<sup>1708</sup> Vgl. Pyta, Verfassungsombau, S. 184 ff.; Bracher, Auflösung, S. 588-591.

### **6.7. Keine Unterstützung, aber ein Moratorium für Schleicher**

Schmidt trat dem neuen Reichskanzler nicht unvorbelastet gegenüber. Über einen losen Kommunikationskanal stand er mit dem mächtigen General seit Herbst 1930 in Kontakt. Wie es im August 1932 erkennbar geworden war, suchte Schmidt in Richtung einer radikalen Beendigung des Regierungssystems bei ihm zu wirken. Aber unabhängig davon, daß es Schmidt nicht gelungen war, in Erfahrung zu bringen, welchen politischen Kurs Schleicher letztlich einschlagen würde, präsidial oder doch parlamentarisch unter Einschluß der Nationalsozialisten, gingen die Zweifel darüber hinaus. Die dunklen Ahnungen, die Schmidt im Sommer-Wahlkampf hinsichtlich der Einbeziehung der Gewerkschaften und der Ideen Gerekes für einen breiteren politischen Rückhalt warnend zirkuliert hatte, wurden von tiefsitzendem deutschnationalem Mißtrauen gegen Schleicher begleitet. Für Schmidt war es – nicht zu Unrecht – Schleicher gewesen, der den Zentrumsmann Brüning zum Kanzler gemacht hatte, der über Brüning und Treviranus die Spaltung der DNVP 1930 befördert hatte, der Harzburg durch den eilig organisierten Termin Hitlers bei Hindenburg unterminiert hatte und der nicht zuletzt die – nicht erfolgreiche – Absetzung Hugenburgs befürwortet hatte. Die Einstellung Schmidts gegenüber dem neuen Kanzler war demnach vorbelastet.

In der ersten Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion nach der Ernennung Schleichers wurde just diese Einstellung Schmidts bestätigt. Während dieser stach neben der Rolle Schleichers in den letzten zwei Jahren aktuell besonders die Furcht vor einer Koalition aus NSDAP und Zentrum hervor, „um uns dann zu fragen, ob wir in irgendeiner bescheidenen Rolle mittun wollen“, wodurch „das Kabinett in ein parlamentarisches umgebildet“<sup>1709</sup> werden würde. Dagegen verwehrte man sich entschieden, da der „Weg ... zum autoritären Staat“<sup>1710</sup> darob verschleiert würde. Weiterhin war man sich der Schleicherschen Sicht auf „wirtschaftliche Dinge“<sup>1711</sup> nicht ganz sicher. Gleichwohl beeilte man sich ahnend vor „allen sozialistischen Experimenten“<sup>1712</sup> zu warnen. Im ganzen, so war zu konstatieren, spiegelte die Meinung der Fraktion die vorgeprägte Auffassung Schmidts deutlich wider.

Da aber Unklarheit darüber herrschte, welchen Kurs Schleicher nun wirklich steuern würde, sah man im Augenblick nur die Möglichkeit, „dem Kabinett, ohne von vornherein in eine scharfe Opposition zu gehen, mit größter Zurückhaltung gegenüber[zustehen

---

<sup>1709</sup> N 1324 / 175 Spahn, Stenographische Notizen, Reichstagsfraktionssitzung v. 5.12. 1932, S. 7.

<sup>1710</sup> Deutschnationale und das Kabinett Schleicher, drei Forderungen, in: Der Tag v. 6.12. 1932.

<sup>1711</sup> N 1324 / 175 Spahn, Stenographische Notizen, Reichstagsfraktionssitzung v. 5.12. 1932, S. 6. Vgl. Pyta, Verfassungsumbau, S. 187.

<sup>1712</sup> Deutschnationale und das Kabinett Schleicher, drei Forderungen, in: Der Tag v. 6.12. 1932.



und sein Programm und seine Taten abzuwarten“<sup>1713</sup>, zumal noch keine Regierungserklärung die vorhandenen Zweifel bestätigt hatte. Gegenüber der Reaktion auf die seinerzeitige Ernennung Papens fiel allerdings auf, daß eine seinerzeit erwähnte, wohlwollende Haltung gegenüber dieser Präsidentialregierung nicht verlautbart wurde. Vielmehr wertete man die Ernennung Schleichers im Vergleich zu seinem Vorgänger „ganz gewiß nicht als Fortschritt oder Verbesserung“<sup>1714</sup>.

Trotz alles krisenhaften Niedergangs der NSDAP, der sich gerade am Vortag der Sitzung in den Thüringer Kommunalwahlen in vierzigprozentigen Verlusten bestätigt hatte<sup>1715</sup>, gehörte ihre Entwicklung und Kursnahme zu den verunsichernden Imponderabilien für die Deutschnationalen. „Auf Schmidts Veranlassung“ hin berichtete Hugenberg von einem kürzlich stattgehabten Gespräch mit Schleicher: Dieser habe gesagt, „der alte Herr habe sich so deutlich gegen Hitler festgelegt, daß er gar nicht begreife, wie überhaupt noch jemand draußen davon reden könne, Hitler könne Reichskanzler werden“<sup>1716</sup>. Unabhängig von der Richtigkeit der Aussage zeigte dies grundsätzlich, welchen hohen Stellenwert die Haltung der NSDAP nicht nur bei Schmidt hatte. Vorläufig sah man einen Reichskanzler Hitler durch das Wort Hindenburgs gebannt. Gerade weil Schmidt es war, der den Geheimrat bewegte, dies speziell zu erwähnen, ließ sich zumindest für ihn schließen, daß er an eine lange Lebensdauer Schleichers nicht glaubte und an einem autoritären Kabinett mit, aber nicht unter dem Nationalsozialisten festhielt. Eine andere Koalition war ohnehin aufgrund des von Schmidt unterstützten Kurses Hugenbergs nicht denkbar. Daß Schmidt auch in dieser Situation ganz eng an Hugenbergs Seite wirkte, deutete überdies darauf hin, daß ein tiefergehendes Zerwürfnis ob des fünf Tage zurückliegenden Interviews Schmidts nicht stattgefunden hatte.

Gleichviel, die Wiederannäherung der Parteispitzen von DNVP und NSDAP am 24. November hatte das Verhältnis keineswegs verbessert, zumal der präsidiale Kurs Hitlers in den Augen auch Schmidts nicht feststand. So war man nicht nur zwei Tage nach dem Konvent von der nationalsozialistischen Presse „aufs Schäbigste angegriffen“<sup>1717</sup> worden. Zügellos wurde Hugenberg, der am 7. Dezember zu einem der Schriftführer im Reichstag gewählt worden war, fortan von nationalsozialistischen Fraktionsmitgliedern ob seines neuen Amtes lautstark gehänselt. Immer wenn ein deutschnationaler Abgeordneter auf die Pläne „unseres Führers Hugenberg“ rekurrierte, schallte es: „Schriftführer“. Schmidt wohnte der Reichstagsitzung an

---

<sup>1713</sup> UuF, Bd. 8, S. 718: Informationsbrief Nr. 2 der Führung der DNVP an die Landesverbände.

<sup>1714</sup> Ebd.

<sup>1715</sup> Vgl. Kershaw, Hitler I, S. 493.

<sup>1716</sup> N 1324 / 175 Spahn, Stenographische Notizen, Reichstagsfraktionssitzung v. 5.12. 1932, S. 6.

<sup>1717</sup> Ebd., S. 9.

diesem Tag bei. Als der Fraktionskollege Schmidts, Dr. Erich Schmidt, die differenzierte Haltung seiner Partei zu Papens Sozialpolitik darlegte und darüber hinaus für die Ablehnung des Mißtrauensvotums am 12. September gescholten wurde, brach aus Schmidt sein angriffslustiges, mitunter aggressives Moment heraus. Auf den nationalsozialistischen Zuruf, „Nur die im Irrtum verharren, das sind die Narren“, konterte er aufgeladen-schlagfertig: „Sie wollen wohl die Hasenscharte auswetzen“<sup>1718</sup>. Das Verhältnis zwischen den beiden Parteien war bereits durch die von der am Vortag NSDAP verweigerte Unterstützung der Wiederwahl Graefs zum Vizepräsidenten aktuell eingetrübt worden.<sup>1719</sup> Nunmehr unterließen die Deutschnationalen es wiederum nicht, Hitlers Fraktion des Parlamentarismus zu zeihen, da sie eine Mehrheit gegen die Einreichung eines kommunistischen Mißtrauensantrag erhalten hatte, sich einer Mehrheit für die Vertagung des Reichstages angeschlossen und der Überweisung der eingereichten Anträge in die Ausschüsse zugestimmt hatten. Die Nationalsozialisten hatten damit ein wichtiges Etappenziel erreicht: Im gegenwärtigen Zustand der Partei galt es, keine Auflösung mit der dann folgenden, wahrscheinlich desaströsen Neuwahl zu bewirken, weshalb man erfolgreich Zeit zu gewinnen suchte.<sup>1720</sup> Straßer deklarierte am selben 7. Dezember nach einer scharfen Auseinandersetzung mit Hitler frustriert-resignierend aber letztlich kampfflos seinen Rücktritt.<sup>1721</sup> Aus der Parteizentrale der DNVP wurde hierzu in bewährter Zurückhaltung nichts verlautbart, zu sehr glaubte man, sich „die Tür zu ihnen offen halten“<sup>1722</sup> zu müssen. Wie ehemals, als die Fraktion Papen im September gestützt hatte, feierte man sich mit borniertem Stolz „völlig isoliert als die einzige Fraktion, die dieses System ablehnt“<sup>1723</sup>. Auch wenn Schmidt diese Schreiben aus der Parteizentrale nicht unterzeichnete, war seine geistige Handschrift eingedenk seiner Äußerungen im Nachgang der September-Ereignisse deutlich erkennbar. Nachdem Schleicher in seiner im Rundfunk gegebenen Regierungserklärung<sup>1724</sup> umfassend die vorerwähnten deutschnationalen Ressentiments befördert hatte, kam der Vorstand der Partei einen Tag später, am 16. Dezember, zusammen. Die Deutschnationalen strebten nach einer eindeutig autoritären Staatsführung. Gegen die Verwirklichung ohne Hitler sprach weiterhin das „Planspiel Ott“. Aber hier standen die

---

<sup>1718</sup> VdRT VII. WP 1932, Bd. 455, 7.12. 1932, S. 46. Schmidt meinte hiermit wohl die Unterstützung des Mißtrauensantrags gegen Papen am 12.9. – wie wenig er die NSDAP verstanden hatte! Zu den ‚Schriftführer‘-Attacken gegen Hugenberg: vgl. ebd.

<sup>1719</sup> VdRT VII. WP 1932, Bd. 455, 6.12. 1932, S. 10 f.

<sup>1720</sup> Vgl. Bracher, Auflösung, S. 594 f.

<sup>1721</sup> Vgl. Stachura, P.D., Gregor Strasser and the rise of Nazism, London 1983, S. 108-112

<sup>1722</sup> UuF, Bd. 8, S. 736: Informationsbrief Nr. 4 der Führung der DNVP an die Landesverbände, Parteivorstandssitzung Berlin, 16.12. 1932.

<sup>1723</sup> UuF, Bd. 8, S. 721: Informationsbrief Nr. 3 der Führung der DNVP an die Landesverbände, 9.12. 1932.

<sup>1724</sup> Vgl. SEGK 1932, S. 225.

Deutschnationalen auch gar nicht. Sie wollten Hitler in der Regierung sehen, ihn aber nicht als Kanzler. Dies glich angesichts des durch Straßer nicht gebrochenen, den Deutschnationalen eigentlich altvertrauten Führungsanspruch Hitlers der Quadratur des Kreises. In den Ausführungen Hugenbergs kam dies zum Ausdruck. Während es ihm schien, daß „unter Schleicher der Parlamentarismus neu an die Macht“ drängte, wollte er keine zu deutlich ablehnende, öffentliche Position gegen den Kanzler einnehmen, „da das zur Zeit gleichzeitig Kampf gegen Hindenburg sein würde“<sup>1725</sup>. Wie es Schmidt wenig später in auffälliger Deutlichkeit anklingen ließ<sup>1726</sup>, erkannte er damit zugegebenermaßen spät, daß der Reichspräsident das entscheidende Machtzentrum dieser Zeit war. Allein, die negative Haltung gegenüber dem Staatsoberhaupt in den letzten zwei Jahren vereinfachte die Situation nicht. Im Kern sah der Parteivorsitzende folgende „Gefahr: Pakt Hindenburg-Hitler ohne uns und dann Wahl“<sup>1727</sup>. Das bedeutete zunächst, die Anfang des Monats angedeutete parlamentarische Koalitionsbildung tunlichst zu verhindern. Weiterhin durfte kein Kabinett zustande kommen, daß die Deutschnationalen ausschloß und die Nationalsozialisten integrierte. Die Formulierung „ohne uns“ legte nahe, daß jedwede präsidentiale Lösung, die Hitler aufnahm, die Deutschnationalen umfassen mußte. Ein Kanzler Adolf Hitler wurde damit nicht goutiert – aber zumindest für möglich gehalten. Allein, wie sollte dies praktisch funktionieren: Ein Kabinett mit Hitler aber ohne seine Führung war undenkbar. Zumindest blieb für Mitte Dezember festzustellen, was ohnehin seit langem Schmidts und auch Wunsch der DNVP war: ein Kabinett mit Hitler. Daß dies zugleich die Anerkennung der eigenen zahlenmäßigen Schwäche war, die durch den Massenanhang Hitlers kompensiert werden sollte, bedurfte nicht der besonderen Erwähnung.

Um den 20. Dezember trafen Hugenberg und Hitler nach knapp einem Monat vor allem nationalsozialistischer Invektiven erneut auf Vermittlung des RLB zusammen.<sup>1728</sup> Die NSDAP, die unter anderen zusammen mit dem Zentrum parlamentarisch verhindert hatte, daß der KPD-Antrag für die Auflösung auf die Tagesordnung gesetzt wurde, griff in ihrer inneren Not zum katholischen Strohalm. Auch wenn dies nur eine situationsbedingte, zwischenzeitliche Option war, beunruhigte sie Hugenberg

---

<sup>1725</sup> UuF, Bd. 8, S. 736: Informationsbrief Nr. 4 der Führung der DNVP an die Landesverbände, Parteivorstandssitzung Berlin, 16.12. 1932.

<sup>1726</sup> N 1211 / 66 Vortragsentwurf Nr. 53, hg. v. d. Deutschnationalen Schriftenvertriebsstelle: Vortragsentwurf zur Reichsgründungsfeier 1933 von Schmidt-Hannover, MdR, geschrieben am 1.1. 1933, S. 9.

<sup>1727</sup> UuF, Bd. 8, S. 736: Informationsbrief Nr. 4 der Führung der DNVP an die Landesverbände, Parteivorstandssitzung Berlin, 16.12. 1932.

<sup>1728</sup> Vgl. Hentschel, Weimars letzte Monate, S. 85; Hoepke-MS, S. 27. In der deutschnationalen Presse (u.a. Der Tag, Berliner Lokalanzeiger, Berliner Illustrierte Nachtausgabe) wurde über dieses Treffen nichts verlautbart. Genausowenig wie die Goebbels-Tagebücher nimmt ein wichtiger Teil der Literatur (Kershaw, Fest, Bracher) keine Stellung zu dieser Zusammenkunft.

naturgemäß erheblich. Da Hitler im Verlaufe dieser Unterredung die „Unerläßlichkeit einer Verständigung mit dem Zentrum und einer parlamentarischen Regierungsbildung“<sup>1729</sup> betonte, mußte er damit den Geheimrat – wahrscheinlich überdies ungewollt und unaufgefordert – aus der Reserve gelockt haben. Denn dieser bot ihm an, sich einem Reichskanzler Hitler zu unterstellen, wenn er selbst das Wirtschaftsministerium bekäme. In einer Situation vollkommener nationalsozialistischer Schwäche, als Hitler sogar wieder mit einer parlamentarischen Mehrheit geliebäugelt haben muß, war die deutschnationale Abhängigkeit so groß, daß sich Hugenberg zum ersten Mal unterwarf. Da sich Hitler in diesem Augenblick wenig von der DNVP zu versprechen schien, mußte er dieses Verhalten verächtlich als Anbiederung angesehen haben.<sup>1730</sup> Dies wurde gewiß noch verstärkt durch Hugenbergs Schwadronieren über die „Entzweiung an sich zusammengehöriger Teile der nationalen Erneuerungsbewegung“<sup>1731</sup>. Hugenberg wandte sich mit der Bitte an ihn, „zum mindesten noch einmal darüber [zu] verhandeln, ob die Einigkeit (sic!) nicht wiederherzustellen“<sup>1732</sup> sei. Die Schwäche, die politisch vorsätzlich herbeigeführte Isolation der DNVP, offenbarte sich hier in quälender, selbstverleugnender Unterwürfigkeit – wann hatte es allein eine ‚Einigkeit‘ gegeben?

Schmidt hat bestimmt von dem Gespräch an sich gewußt, dafür war er Hugenberg doch zu nah attachiert. Ob er von der Akzeptanz von Hitlers Reichskanzlerschaft erfuhr, die nicht dem Vorstandsentschluß vom 16. Dezember entsprach, blieb unklar. Auch daß er Hugenberg in der Frage der Kanzlerschaft, nicht der grundsätzlichen Einbeziehung der NSDAP in ein Kabinett, nicht-öffentlich widersprochen hat, blieb nicht auszuschließen. Als Papen Anfang Januar 1933 aus eitlem Ehrgeiz, verletztem Stolz und in der Erkenntnis der Aussichtslosigkeit eines Präsidialkabinetts gegen Hitler heraus neue Anstrengungen unternahm, sich wieder zum politischen Akteur zu machen, entwarf Schmidt eine Rede für eine deutschnationale Reichsgründungsfeier 1933. Gleich den Anwürfen des letzten Wahlkampfes wurden die Nationalsozialisten des Sozialismus geziehen und natürlich wurde ihm das Scheitern von Harzburg vorgehalten. Wie Hugenberg warf er ihnen vor, daß das „Zentrum .. die Entwicklung

---

<sup>1729</sup> N 1231 / 37 Hugenberg an Hitler, 28.12. 1932.

<sup>1730</sup> Hitler äußerte sich später darüber mit den Worten: „man will uns ja gar nicht mehr Widerstand leisten. Das Bedürfnis, mit uns zu paktieren, schreit einem aus jedem Wort, was aus jenem Lager kommt, entgegen ... Das sind ja alles keine Männer, die Macht begehren und Genuß im Besitz der Macht verspüren. Sie reden nur von Pflicht und Verantwortung, und sie wären hochbeglückt, wenn sie in Ruhe ihre Blumen pflegen ... und im übrigen ihr Leben in frommer Betrachtung verbringen könnten“. Zit. nach: Fest, Hitler, S. 494. Hugenberg wurde mit seiner ehrlichen Wut, Deutschland wirtschaftlich wieder gesunden zu lassen, gut getroffen. Schmidt war hingegen Hugenberg im fachlichen Wissen unterlegen, aber er hatte ein besseres Gespür für Hitlers Verschlagenheit. Allein, sein Loyalitätsbegriff ließ ihn nur begrenzt gegen Hugenberg rebellieren.

<sup>1731</sup> N 1231 / 37 Hugenberg an Hitler, 28.12. 1932.

<sup>1732</sup> Ebd.

der letzten Wochen als Erfolg“ buchen konnte und deshalb „der geschlagene Parlamentarismus .. Morgenluft“<sup>1733</sup> witterte. Hinsichtlich Schleichers wurde klar, daß die Deutschnationalen ihre im Dezember noch zögerlich zurückgehaltenen gleichwohl tief verankerten Ressentiments gegen den General bald offensiv vertreten lassen würden. Die Rede war zwar Anfang Januar entworfen worden, sollte aber erst am 18. Januar gehalten werden. Es ist jedoch interessant zu erfahren, daß von Schmidt bereits zu Beginn des Jahres 1933 auf Schleichers Kanzlerschaft nicht mehr als der „Stempel einer Zwischenlösung“<sup>1734</sup> gesehen wurde. Schmidt wollte zurück zu der „großen strategischen Linie, die der Feldmarschall v. Hindenburg mit dem Entschluß zur Einsetzung einer autoritären Regierung vorzeichnete“, die „durch die Kabinetttaktik einen Bruch erfahren“<sup>1735</sup> hatte. Die Botschaft war deutlich: Schleichers Stern sollte sinken. Daß auch Schmidt erkannt hatte, daß die Unterstützung des erwünschten, neuen Kabinetts größer sein mußte als diejenige für Papen, wurde aus den folgenden Äußerungen erkennbar. Indem er seine Vorstellung mit Vorwürfen gegen Hitlers Partei umgab, antizipierte er gleichwohl nur noch unschwer die Koalition mit den Nationalsozialisten. In hastiger Anleihe bei Moeller van den Bruck konnte für ihn „ein neues, drittes Reich deutscher Größe nicht durch einen mit sozialistischen Utopien getränkten Massenrausch geschaffen werden, der sich bewußt oder unbewußt über die historischen Machtelemente und Überlieferungen des Preußentums hinwegsetzt“<sup>1736</sup>. Der attributive Relativsatz verdeutlichte, welches Korrektiv Hitlers Bewegung bedurfte: der DNVP. Damit sagte Schmidt *in toto* zugleich, wer die Stützen eines präsumptiven Präsidialkabinetts sein sollten. Ob und wenn für wen Schmidt als Reichskanzler plädierte, ließ sich aus seiner Rede, die er im öffentlichen Raum halten sollte, natürlich nicht ablesen. Gleichviel, wenn Schmidt tatsächlich ein Präsidialkabinett mit der NSDAP präferierte, war die Ablehnung Hitlers als Kanzler immer schwerer zu halten.<sup>1737</sup>

Papen verschaffte als ‚nützlicher Idiot‘ durch sein schicksalhaftes Intrigieren gegen Schleicher dem Anfang Januar noch geschwächten Hitler enormen Auftrieb.<sup>1738</sup> Da sich nun der Pakt Hindenburg-Hitler - welche Rolle Papen einnehmen sollte, war noch

---

<sup>1733</sup> N 1211 / 66 Vortragsentwurf Nr. 53, hg. v. d. Deutschnationalen Schriftenvertriebsstelle: Vortragsentwurf zur Reichsgründungsfeier 1933 von Schmidt-Hannover, MdR, geschrieben am 1.1. 1933, S. 11. Der Druck des Redeentwurfs in der parteieigenen Vertriebsstelle deutet daraufhin, daß dieser als Vorlage für die reichsweiten Vorträge an diesem Tage für Parteifunktionäre gedacht gewesen sein könnte. Zumindest wurde der Vortrag unter Schmidts Namen abgedruckt in: NZ v. 18.1. 1933.

<sup>1734</sup> N 1211 / 66 Vortragsentwurf Nr. 53, hg. v. d. Deutschnationalen Schriftenvertriebsstelle: Vortragsentwurf zur Reichsgründungsfeier 1933 von Schmidt-Hannover, MdR, geschrieben am 1.1. 1933, S. 11.

<sup>1735</sup> Ebd.

<sup>1736</sup> Ebd., S. 2.

<sup>1737</sup> Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte 7, S. 1270; Hoepke-MS, S. 27.

<sup>1738</sup> Vgl. Jones, Why Hitler came to power, S. 270.

unklar - „ohne uns“ diffus-drohend abzeichnete, und die DNVP-Spitze über Papens Vorgehen und Zielsetzung nicht orientiert war, konnte die Devise nur lauten: Zeit gewinnen. Das bedeutete gegenwärtig: Um sich selber nicht ins Abseits zu stellen, hieß es kurzfristig, Schleicher zu halten.

Während nun Deutschnationale wie Hergt und Oberfohren auffällig Schleicher eine „Bewährungsfrist“<sup>1739</sup> einräumten, baute Schmidt im Lippischen Landtagswahlkampf Hugenbergs Ansinnen vor. Am 9. Januar unterstützte er geflissentlich die Gerüchte um eine Kabinettsumbildung, indem er auf die Unverzichtbarkeit der DNVP in einer autoritären Regierung hinwies, da Schleicher zur Vorbereitung auf den Machtkampf mit dem für den 24. Januar wieder einberufenen Reichstag Gespräche mit den Parteiführern abhielt. Aber er tat dies nicht, indem er implizit Schleicher zum Rücktritt aufforderte, sondern indem er auf eine Hinzunahme der Deutschnationalen wirkte. Natürlich unterblieb ein kritischer Unterton gegenüber Schleicher nicht, aber er monierte nur, daß der Kanzler „nicht ohne Schädigung an den Kräften vorbeiregieren“ (sic!) könne, „die ... [sich] als der harte schwarz-weiß-rote Kern wirklicher nationaler Widerstandspolitik erwiesen haben“<sup>1740</sup>. Schmidt sprach gerade nicht für die gesamte ‚nationale Opposition‘ inklusive der NSDAP, die er sonst so gerne (und ungefragt) einschloß, er hob nur die DNVP hervor. Interessant war an seinen Ausführungen auch, daß er den vor der Wahl mit der NSDAP geschlossenen Burgfrieden, der die Angriffe aus den letzten Wahlkämpfen ausschließen sollte, nicht erwähnte. Jetzt, da verschwommen eine Situation einzutreten schien, in der man am Ende durch eine Verständigung zwischen Papen und Hitler außen vor stehen konnte, wurde dieses so lange ersehnte Friedensabkommen, welches das Gespenst des Harzburger Geistes aufzuwecken schien, ausgerechnet von Schmidt nicht gewürdigt. Dies war ein Fingerzeig darauf, welche existentielle Angst auch Schmidt haben mußte, an dem großen Spiel des Kabinettpokers nicht beteiligt zu werden. Für Hugenberg galt dieser Drang zu Macht noch weit stärker.<sup>1741</sup>

Nachdem auch Schmidt dazu beigetragen hatte, das Feld für eine Kontaktaufnahme zwischen Hugenberg und Schleicher zu bereiten, trafen sich die beiden am 13. Januar. Da Hugenberg nicht nur forderte, die zu vereinenden Reichsministerien für Wirtschaft und Ernährung als ‚Krisenminister‘ übernehmen zu wollen, sondern darüber hinaus zunächst als einziger ins Kabinett aufgenommen werden wollte, lehnte Schleicher diese öffentlich nicht zu vertretende, einseitige Kabinettsumbildung ab.<sup>1742</sup> Beide

---

<sup>1739</sup> Hergt am 11.1. 1933, zit. nach: Winkler, Weimar, S. 572; vgl. Schmidt, Umdenken, S. 332. Vgl. zu Oberfohren: Hoepke-MS, S. 31.

<sup>1740</sup> Vgl. Der Tag v. 10.1. 1933. Vgl. Auszüge zu: N.N., Die Zeichen stehen auf Sturm, in: Der nationale Wille v. 14.1. 1933.

<sup>1741</sup> Vgl. Hentschel, Weimars letzte Monate, S. 85.

<sup>1742</sup> Vgl. als Inhaltsangabe: AdR, Kabinett Schleicher, S. 234 Anm. 15; Hoepke-MS, S. 34.

Seiten hielten ihre Gesprächsbereitschaft aber aufrecht. Bei den Überlegungen Schmidts darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß Schleicher, wiewohl Papen seit Mitte des Monats im Auftrag Hindenburgs gegen den Kanzler sondierte, unterhalb des Oberbefehls immensen Einfluß auf die Reichswehr besaß – zumal er in Personalunion mit dem Posten des Regierungschefs Wehrminister war. Die Möglichkeit seiner Kabinettsbeteiligung an einer neuen Präsidialregierung war nicht auszuschließen.

Neben den Beratungen mit Schleicher standen diejenigen mit Hitler. Nach einem ergebnislosen Gespräch Hugenbergs mit Hindenburg um eine deutschnationale Erweiterung des Kabinetts am 14. Januar trafen die beiden drei Tage später in Görings Dienstwohnung zusammen.<sup>1743</sup> Nicht zur Diskussion stand dabei, daß Hitler „Kanzler werden“ solle und Hugenberg in diesem Fall „ins Kabinett“<sup>1744</sup> eintreten müsse. Zwar gab es in der Frage von Hitlers Verlangen nach der preußischen Polizei Differenzen, aber insgesamt schien es Quatz, daß sich die beiden „ziemlich .. gefunden“<sup>1745</sup> hatten. Die Idee von Harzburg, auf deren Umsetzung Schmidt so häufig enttäuscht harrte, war im Begriff, in die politische Realität vorzudringen, wobei Hugenberg seine Anerkennung des nationalsozialistischen Führungsanspruchs aus dem vergangenen Dezember bekräftigt hatte.<sup>1746</sup> Überdies gab Hugenberg damit noch vor Papen sein Einverständnis mit der Kanzlerschaft Hitlers ab.<sup>1747</sup> Während sich der Parteivorsitzende durch sein Verhalten, zu dem er auch durch den zunehmend nationalsozialistisch orientierten RLB im Hintergrund gedrängt wurde<sup>1748</sup>, eindeutig positionierte, verhielt sich Schmidt zurückhaltender.

Zweifellos wollte er Hitler in der Regierung sehen, aber Hitler nicht als Kanzler. Vielmehr mußte sich in ihm unterbewußt ein Mißtrauen gegen die Person Hitlers gerührt haben, das er öffentlich nie zum Thema gemacht hatte. Er beugte sich nun zwar der Macht von Hitlers Bewegung, indem er deren Integration in ein Kabinett befürwortete, aber im nicht-öffentlichen Gegensatz zum Geheimrat vertrat er mit dem von ihm politisch geführten Parteiapparat keine Positionierung für Hitler. Ein Informationsbrief vom 19. Januar sprach sich zwar für einen „Kabinettswechsel“<sup>1749</sup> aus. Ganz auf Schmidts Linie des Verfassungsbruchs sollte ein „autoritäres Kabinett ... einen Reichstag, der sich .. in den Weg stellt ..., beseitigen ...“, ohne eine Neuwahl

---

<sup>1743</sup> Vgl. zu dem Treffen: Hiller, EdP, S. 569 f.; Huber, Verfassungsgeschichte 7, S. 1231 f.; SEGK 1933, S. 21; Goebbels-Tagebücher, Eintr. v. 18.1. 1933, S. 749.

<sup>1744</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 17.1. 1933, S. 223.

<sup>1745</sup> Ebd.

<sup>1746</sup> Vgl. Hiller, EdP, S. 569.

<sup>1747</sup> Vgl. Hoepke-MS, S. 37.

<sup>1748</sup> Vgl. Hoppe, B., Von Schleicher zu Hitler. Dokumente zum Konflikt zwischen dem Reichslandbund und der Regierung Schleicher in den letzten Wochen der Weimarer Republik, in: VfZ 45 (1997), S. 629-657; Hoepke-MS, S. 34.

<sup>1749</sup> UuF, Bd. 8, S. 748: Informationsbrief Nr. 5 der Führung der DNVP an die Landesverbände, 19.1. 1933.

vorzunehmen“<sup>1750</sup>. In diesem Sinne seien „in letzter Zeit zwischen Hugenberg und Hitler direkt oder durch Papens Vermittlung“<sup>1751</sup> Verhandlungen geführt worden. Um als Verhandlungspartner weiterhin attraktiv zu bleiben, unterblieb selbstredend eine öffentliche Festlegung auf einen Reichskanzler Hitler, die Hugenberg schon vollzogen hatte. Den Spielraum, der ihm durch diese offene Position erhalten blieb, nutzte Schmidt nun bei Hugenberg für seine eigene Taktik. Die Abneigung gegen Schleicher faßte Hugenberg auf einen Entwurf Quaatz' hin in in einer von der Reichstagsfraktion noch nicht zur Kenntnis genommenen ‚Kampfansage‘ zusammen.<sup>1752</sup> Inhaltlich stimmte er Hugenberg aufgrund seiner Äußerungen im Dezember und Januar gewiß zu, wenn dieser die „Hinneigung zu sozialistisch-internationalen Gedankengängen“ scharf kritisierte und die „Liquidation des autoritären Gedankens“<sup>1753</sup> in Richtung einer Wiederannäherung an parlamentarische Regeln geißelte. Hier stand Schmidt Hugenberg in nichts nach. Aber er mußte von Hugenbergs Kanzler-Präferenz Kenntnis haben. Denn aus Furcht vor einem Kanzler Hitler gelang es ihm, bei Hugenberg ein Moratorium von drei Tagen durchzusetzen, bevor die Veröffentlichung Schleicher den kämpferischen deutschnationalen Widerstand gegen ihn offensichtlich machte. Schmidt überbrachte die deutliche Erklärung persönlich an Schleicher, um sie ihm „loyalerweise vorher zur Kenntnis zu geben; sie sollte so gleichzeitig als Ultimatum wirken“<sup>1754</sup>. Schmidt suchte folglich, Schleicher Bedenkzeit zu geben, um doch noch eine Kabinettsumbildung zu erreichen, die die seinerzeitige Chimäre der Harzburger Front einschloß, ohne Hitler die Führung zu geben. Doch der von Schmidt als „Warnung“ an Schleicher betrachtete Aufschub, der den Kanzler „vielleicht doch noch zum Paulus machen“<sup>1755</sup> sollte, blieb ohne Erfolg. Schleicher fühlte sich fälschlicherweise immer noch des Vertrauens des Reichspräsidenten sicher und blieb bei seiner Haltung vom 13. Januar. Am 24. Januar ging die nunmehr von der Reichstagsfraktion abgegebene EntschlieÙung an die Presse.<sup>1756</sup> Wie es unlängst ohne Kenntnis Schmidts und Hugenbergs zu dem Kölner Treffen<sup>1757</sup> gekommen war, erfolgte am 22. Januar im Hause des Sektvertreters von Ribbentrop ein wichtiger Konvent. Papen, Hitler, Göring, Frick, Meißner und Oskar von Hindenburg trafen sich. Nach einem beinahe zwei Stunden dauernden Gespräch zwischen dem

---

<sup>1750</sup> Ebd.

<sup>1751</sup> Ebd.

<sup>1752</sup> Vgl. Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 20.1. 1933, S. 224.

<sup>1753</sup> AdR, Kabinett Schleicher, S. 283: EntschlieÙung der Reichstagsfraktion der DNVP v. 21.1. 1933.

<sup>1754</sup> N 1003 / 31 Schmidt an Wegner, 24.1. 1933.

<sup>1755</sup> Schmidt, Umdenken, S. 324.

<sup>1756</sup> Die EntschlieÙung der Fraktion ist in der Pressefassung abgedruckt in: UuF, Bd. 8, S. 750 f.

<sup>1757</sup> Vgl. Muth, H., Das ‚Kölner Gespräch‘ am 4. Januar 1933, in: GWU 37 (1986), S. 463-480, 529-541. Erste Hinweise auf das Zustandekommen finden sich bei dem darüber überraschten Goebbels bereits Ende Dezember. Vgl. Goebbels-Tagebücher, Eintr. 30.12. 1932, S. 741.



Präsidentensohn und Hitler, ergab sich, daß sich Papen hernach – was er am 18. Januar noch für unmöglich gehalten hatte – für einen Präsidialkanzler Hitler einzusetzen versprach, während er sich selbst als Vizekanzler sah.<sup>1758</sup> Hitler hatte seinen wichtigsten Fürsprecher gewonnen. Hindenburg lehnte das Ansinnen Papens einen Tag später allerdings ab. Erst nach Inaussichtnahme einer „neuen nationalen Front“ schien Oskar von Hindenburg am 24. eine Kanzlerschaft Hitlers „nicht ganz aussichtslos“<sup>1759</sup>. Allein, Hindenburgs Wunsch nach Beteiligung der DNVP hieß nicht im geringsten, daß Hugenberg und Schmidt an den entscheidenden Verhandlungen teilnahmen. Eine dahingehende Anfrage wurde prompt negativ beschieden.<sup>1760</sup> Erst am 27. Januar kam es zu einem zweiten Gespräch zwischen Hitler, Frick und Göring einerseits und Hugenberg und Schmidt andererseits. Hierin akzeptierten sie Görings Ausführungen, wonach Papen „unzweideutig zugesagt [hätte], Hitler dem alten Herrn als Reichskanzler vorzuschlagen“<sup>1761</sup>. Da Hugenberg dies bereits zehn Tage zuvor auch gegenüber Kleist-Schmenzin nicht abgestritten hatte<sup>1762</sup>, wurde nicht lange gezögert und man sprach über die Ressortverteilung, allerdings ohne sich einigen zu können. Vor allem wegen des preußischen Innenministeriums geriet man sehr aneinander. Hugenberg brachte Hitler überdies damit in Rage, daß er Schmidt als Staatssekretär bei Hitler vorschlug. Schmidts Mitarbeiter Brosius sollte seiner Funktion im Parteiapparat entsprechend Pressechef werden.<sup>1763</sup> Der Gedanke, einem Reichskanzler Hitler ein deutschnationales Gegengewicht durch Schmidt zu verleihen, war natürlich legitim, wiewohl realitätsfremd. Daraus nun zu schließen, Schmidt wäre auf die Akzeptanz Hitlers an der Regierungsspitze umgeschwenkt, wäre allerdings verfrüht. Vielmehr mußte Hugenberg die wenigen Chancen nutzen, die ihm geboten wurden, um die ihm subjektiv noch durchsetzbar scheinenden Anliegen direkt Hitler auseinandersetzen zu können. Daß Schmidt Hugenberg in der Unterhaltung nicht gegen Hitler ins Wort fiel, war am ehesten damit zu erklären, daß dies einer peinlichen Infragestellung der Autorität des Geheimrats vor den Nationalsozialisten gleichgekommen wäre. Sein Verhalten an diesem Abend und in den nächsten Tagen sollte einer Einwilligung in die Akzeptanz Hitlers überdies widersprechen.

---

<sup>1758</sup> Vgl. Hoepke-MS, S. 38-40; Hentschel, Weimars letzte Monate, S. 92; Goebbels-Tagebücher, Eintr. v. 25.1. 1933, S. 753.

<sup>1759</sup> Ribbentrop, London, S. 40; vgl. Goebbels-Tagebücher, Eintr. v. 26.1. 1933, S. 754: „Harzburger Front taucht wieder auf“.

<sup>1760</sup> Vgl. Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 25.1. 1933, S. 226. Quaatz frug hier einen Mitarbeiter Papens (v. Wedemeyer), ob gegenüber Hitler nicht eine „einheitliche Verhandlung ... durch Hugenberg“ geführt werden solle. Knapp erhielt er die Antwort, „dafür sei es jetzt zu spät“.

<sup>1761</sup> N 1211 / 30 Aufzeichnungen Schmidts betr. Regierungsbildung, S. 3.

<sup>1762</sup> Vgl. Hoepke-MS, S. 37. Hugenberg tat dies mit den für seinen panischen Machtdrang bezeichnenden Worten, „vielleicht sei es die letzte Möglichkeit, noch etwas zu retten“. (Ebd.)

<sup>1763</sup> Vgl. Goebbels-Tagebücher, Eintr. v. 28.1. 1933, S. 755.

Der 27. Januar war zugleich Schmidts 45. Geburtstag. Enge Freunde und Bekannte, darunter Hugenberg, Prinz Oskar und auch sein Generalstabskamerad aus dem Ersten Weltkrieg, Oesterlink, waren zugegen. Hier drängte besonders Schmidt den Geheimrat, „an der Bildung eines konservativen Kabinetts festzuhalten“<sup>1764</sup>, was einen Kanzler Hitler ausschließen sollte. Schmidt hielt nach dem Zeugnis Oesterlinks „den Schritt des maßgebenden Herrn [Hugenbergs – d. Vf.] .. für verderblich“<sup>1765</sup>. Er zählte – wiederum nach dem teilnehmenden Oesterlink – nicht zu denjenigen, die an diesem Abend gegenüber der Frage der Stellung zum Eintritt in ein Hitler-Kabinett „so sehr stark daneben urteilten“<sup>1766</sup>. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, daß Schmidt keineswegs einen Reichskanzler Hitler für den zu beschreitenden Weg der Regierungsbildung hielt. An den letztlich resignierenden Ratschlägen der übrigen Teilnehmer für Hugenberg, das preußische und das Reichsministerium des Innern, aber vor allem das Wehrministerium nicht aus der Hand zu geben, dürfte er sich deshalb nicht beteiligt haben.

Zu diesem Zeitpunkt kursierte in Berlin eine weitere Variante der Regierungsbildung, die den Schmidtschen Vorstellungen, wiewohl sie politisch unrealistisch war, entgegenkam. Danach wurde die Idee eines „Kabinetts Papen-Hugenberg mit nationalsozialistischer Beteiligung“<sup>1767</sup> zirkuliert, in dem Schmidt neben anderen als Kandidat für das Wehrministerium gehandelt wurde. Auch wenn die Halbwertszeit dieser Konstellation äußerst gering war, blieb sie interessant. Schmidt hegte zwar gegenüber Papen keine größere Sympathie, dürfte ihn aber aufgrund seiner Verbindung zu Hindenburg akzeptiert haben. Die Beteiligung der NSDAP ohne die Kanzlerschaft Hitlers deckte sich mit Schmidts Gedanken. Allein, das Gerücht blieb ein Gerücht.

Am nächsten Tag wurde der Vertrauensentzug Hindenburgs gegenüber Schleicher manifest. In der Ablehnung der Schleicherschen Bitte um Auflösung des Reichstags mit anschließender Nichtanberaumung von Wahlen wurde klar, daß dem General nur noch der Rücktritt blieb. Am Mittag des 28. Januars demissionierte er. Papen wurde nun offiziell beauftragt, eine neue, tragfähige Kabinettslösung zu finden. *A priori* ging er in den Verhandlungen mit Hugenberg davon aus, daß Hitler Kanzler werden würde und Papen Vizekanzler. Papen galt es, Hitlers Macht „so weitgehend wie nur möglich“<sup>1768</sup> zu begrenzen. Hugenberg forderte für sich erwartungsgemäß das Wirtschaftsressort, während den Nationalsozialisten die Innenministerien im Reich und in Preußen

---

<sup>1764</sup> Schmidt, Umdenken, S. 333.

<sup>1765</sup> N 1211 / 15 Oesterlink an Schmidt, 9.4. 1947.

<sup>1766</sup> N 1211 / 15 Oesterlink an Schmidt, 26.1. 1943.

<sup>1767</sup> Niederschrift des Generalobersten von Hammerstein, Berlin, 28.1. 1935, abgedr. in: Bracher, Auflösung, S. 639 (Anhang I). Die Nennung Schmidts als Wehrminister bestätigt auch: Treviranus, Ende, S. 359. Vgl. auch: Schmidt, Umdenken, S. 328.

angeboten worden waren. Da sich Papen über die letztliche Akzeptanz Hitlers bei Hindenburg nicht sicher zu sein glaubte, erwog er kurzzeitig ein Kampfkabinett mit Hugenberg. Nach den Absagen einiger Ministerkollegen, die sich an die letzten Novembertage 1932 erinnert fühlen mußten, war diese Option aber sehr schnell wieder verfliegen.<sup>1769</sup> Am Abend bewegte Papen Hindenburg ein großes Stück auf Hitler zu, indem er ihm eine konservative Einrahmung des Nationalsozialisten in günstigem Lichte darstellte.<sup>1770</sup>

Obwohl Hindenburg die Beteiligung der Deutschnationalen als wesentliches Merkmal eines neuen Präsidialkabinetts verstanden wissen wollte, mithin eine Absage als geeignetes Druckmittel gegen unerwünschte Forderungen Hitlers bedingt einsetzbar war, nutzte Hugenberg dieses unerwartet zuteil gewordene Werkzeug nicht. Er sah in Hitler die letzte Chance, seine umfassenden Wirtschaftspläne umzusetzen. Hitler, der vor allem durch Papen wieder ernsthaft an den Erfolg seiner „Alles-oder-Nichts-Strategie“ glauben konnte, wußte, daß sein Stern im Aufsteigen begriffen war. Am 29. Januar hatte er Papen endgültig nicht nur die Innenministerien in Preußen und im Reich abgerungen, sondern überdies die Auflösung und Neuwahl des Reichstages gefordert, um seine Novemberverluste durch die Eroberung der Macht zu kompensieren.

Während Papen Hugenberg die Forderungen Hitlers auseinandersetzte und ahnte, daß er sich ihnen nicht entgegenstellen würde, brachte die aufs höchste gespannte Situation nun Kleist-Schmenzin und Schmidt unversehends zusammen. Kleist, der noch vor sechs Wochen Schmidts Untragbarkeit für die Partei und seine Entlassung bei Hugenberg explizit angemahnt hatte, verband sich mit Schmidt, da nur er direkten Zugang zum deutschnationalen Parteiführer besaß. Obwohl zumindest von Kleists Seite tiefsitzende Aversionen gegen Schmidt vorliegen mußten, führte sie die Gegnerschaft zu einem Kabinett Hitler zusammen.<sup>1771</sup> Während der überzeugte Monarchist Kleist, der Hitlers „Mein Kampf“ gelesen hatte, religiös und inhaltlich begründet publizistisch gegen Hitler vorgegangen war, erwuchs die Ablehnung Hitlers bei Schmidt mehr aus dem direkten, persönlichen Erleben in der täglichen Politik. Während er inhaltlich vor allem in der täglichen antidemokratischen und außenpolitischen Einstellung der NSDAP eine Bündnisebene sah, und dabei weniger tiefgründig blickte, war es vor allem das ungute, diffuse Gefühl über den Charakter

---

<sup>1768</sup> Papen, Wahrheit, S. 269 f.; vgl. Schmidt, Umdenken, S. 334.

<sup>1769</sup> Vgl. Hentschel, Weimars letzte Monate, S. 96.

<sup>1770</sup> Vgl. Winkler, Weimar, S. 589.

<sup>1771</sup> Scheurig liegt mit seiner Vermutung, daß Schmidt Kleist nahegestanden hätte, deshalb nicht richtig. Vgl. Scheurig, B., Ewald von Kleist-Schmenzin, Ein Konservativer gegen Hitler. Biographie, Frankfurt 1994 (i.f. zit. als: Scheurig, Kleist), S. 120. Schmidt bestätigt das Zusammenwirken mit Kleist in diesen Tagen beiläufig. Vgl. N 1211 / 45 Schmidt an Militärregierung, 1.6. 1947, S. 11.

Hitlers, der ihn in Ablehnung verharren ließ.<sup>1772</sup> Genau dies machte er Hugenberg in einer seiner - wenigen späteren, kritischen - Bemerkungen explizit zum Vorwurf, wenn dieser „als Parteivorsitzender ... hinsichtlich seiner Menschenkenntnis ... nicht günstig abgeschlossen“<sup>1773</sup> hätte. Kleist, der in Papens Wohnung seit einigen Tagen Dauerposten bezogen hatte, suchte nun umgehend Schmidt zu erreichen, „von dem ich wußte, daß er gegen die Regierung Hitler war“<sup>1774</sup>. Er bat ihn, „sofort in Papens Wohnung zu kommen, um Hugenberg abzufangen und gemeinsam zu versuchen, ihn umzustimmen“<sup>1775</sup>. Schmidt kam, „fing Hugenberg ab und versuchte, ihn umzustimmen“<sup>1776</sup>. Gleich Kleist blieb er erfolglos.

Frag man sich, für welche Regierung sich Schmidt aussprach, war eine Annäherung an die Antwort zunächst nur negativ möglich. Kleist wollte das Kampfkabinett Papen-Hugenberg. Ob dies für Schmidt auch galt, blieb fraglich, auch wenn dies häufig konkludent angenommen wird. Dagegen sprachen zumindest zwei Gründe: Erstens hatte Schmidt Ende November 1932 die Wiederaufstellung eines Kanzlers Papen im Gegensatz zu Hugenberg nicht gewollt. Zweitens hatte Schmidt in seinem Artikel zum 18. Januar – in seiner Diktion – eindeutig die Hereinnahme der Nationalsozialisten, darin ganz Harzburger, postuliert. Beide Gründe zusammengenommen konnten eine Regierungsbildung nicht in ein Kampfkabinett Papen II münden lassen. Das „konservative Kabinett“, das er an seinem Geburtstag hervorhob, ließ angesichts seiner Ablehnung Papens und dem Integrationswillen gegenüber der NSDAP durchaus auch Interpretationsspielraum für einen parteilosen Kanzler wie ehemals Goerdeler, der das Vertrauen Hindenburgs hatte. Gleichviel, dies waren Spekulationen, da der letzte Beleg dafür fehlte; zumal war fraglich, ob dies durchsetzbar und angesichts des neuen Gewichts Papens möglich gewesen wäre – von Hitler ganz zu schweigen. Die Indizien deuten aber daraufhin, daß Schmidt (allerdings zu spät) ein anderer Weg als Hugenberg vorschwebte. Gerade das Hugenberg abgetrotzte Moratorium für Schleicher deutete in diese Richtung. Noch am 29. Januar verwehrte er sich implizit gegen einen Kanzler Adolf Hitler, wenn er ihn gerade nicht als zuletzt noch mögliche Option nannte. Es galt jetzt, nach der Demission Schleichers, keine Hektik aufkommen zu lassen, sondern in Ruhe zu sondieren. Aufgabe der Deutschnationalen war es zu diesem Zeitpunkt, den Reichspräsidenten der eigenen Unterstützung zu versichern, in

---

<sup>1772</sup> Es war dieses mehr gefühlsmäßige Unbehagen gegenüber der Person Hitlers, die ihn Hitler der – allgemein unterschätzten – „Hinterhältigkeit“ zeihen ließ. N 1211 / 51 Voraussetzungen und Aufgaben einer Rechtspartei in Deutschland, S. 7 (ca. erste Jahreshälfte 1946).

<sup>1773</sup> Ebd., S. 22. Dies verleiht im übrigen auch den Ausführungen Stahlbergs (Pflicht, S. 27) bestätigendes Gewicht: Schmidt besaß „ein weit klareres Urteil über Hitler .. als sein Chef“.

<sup>1774</sup> v. Kleist-Schmenzin, E., Selbsterlebte wichtige Begebenheiten aus den Jahren 1933 und 1934, niedergeschrieben im Jahre 1934, abgedr. in: Scheurig, Kleist (i.f. zit. als: Kleist, Begebenheiten), S. 259.

<sup>1775</sup> Ebd.

seinen kryptischen Worten: „Eine Entwirrung und Entspannung ist nur zu erreichen, wenn alle anständigen Deutschen sich zunächst einmal in dem Willen zusammenfinden, sich wie eine Mauer um den Reichspräsidenten von Hindenburg zu stellen“, da „[s]chwere Entscheidungen“<sup>1777</sup> vor ihm stünden. Auch sein hier vorgebrachtes Streben nach Zeitgewinn ist nur ein Indiz, um zu zeigen, daß Schmidt einen anderen Kanzler als Hitler an der Spitze des Reiches wünschte.

Zurück: Schmidt stellte sich damit offen gegen Hugenberg, was zweifellos in dieser Deutlichkeit und bei der Tragweite der Angelegenheit ein Novum war. Mithin konnte es nicht mehr darum gehen, wie Schmidt später schrieb, „die Hitler-Lösung zu konterkarieren“<sup>1778</sup>. Die Reichskanzlerschaft Hitlers hatte er gewiß nicht willentlich akzeptiert, aber die schlichte, selbst mit herbeigeführte, politische Alternativlosigkeit hatte die Regierung Hitlers nicht länger diskutabel gemacht. Spätestens seit seinem Geburtstag, wahrscheinlich jedoch schon seit Mitte oder Ende Dezember wußte er, daß Hugenberg Hitler als Kanzler akzeptierte. Es stimmte deshalb, daß Schmidts Bemühungen am 29. Januar „lediglich zur Verzögerung der Kabinettsbildung bestimmt [waren], um Zeit für weitere Klärungen zu gewinnen“<sup>1779</sup>. Die grundsätzliche Entscheidung, die Hugenberg allein für sich getroffen hatte<sup>1780</sup> und von der er sich auch nicht von Schmidt abbringen ließ, war gefallen.

Hugenberg verließ Papens Zimmer nach einer scharfen Attacke, die zusätzlich zu Schmidt von Kleist gegen ihn geritten worden war. Schmidt dürfte den Geheimrat nicht alleine gegangen haben lassen, zu sehr hätte er ihn damit vor Papen und Kleist bloßgestellt. Vielmehr dürfte er ihn begleitet haben und unter vier Augen – ausgehend von der Kanzlerschaft Hitlers – weiter bearbeitet haben. Nachdem er eingesehen hatte, daß Hugenberg grundsätzlich nicht mehr zu bewegen war, galt es ihm jetzt, die preußische Polizei nicht abzugeben und Neuwahlen zu verhindern. Schmidt mußte den Abend über unnachgiebig auf den sturen Geheimrat eingewirkt haben. Wie es ihm in Harzburg gegenüber dem launisch-widerspenstigen Hitler gelungen war, konnte Hugenberg „unter dem Einfluß von Schmidt-Hannover“ wieder auf „seinen alten, harten Standpunkt“<sup>1781</sup>, der zumindest keine Neuwahlen vorsah, bewegt werden. Die preußische Polizei hatte Hugenberg zwar am Morgen des 30. Januars fallen gelassen, da er in dem Deutschnationalen Herbert von Bismarck eine ausreichende Gewähr gegen Göring gesehen hatte. Selbiges galt auch für die Reichswehr. Schmidt versuchte deshalb auf Oskar von Hindenburg und den eilig aus Genf herbeizitierten

---

<sup>1776</sup> Ebd.

<sup>1777</sup> Schmidt zit. nach: Nordwestdeutsche Zeitung v. 30.1. 1933.

<sup>1778</sup> N 1211 / 30 Aufzeichnungen Schmidts betr. Regierungsbildung, S. 3.

<sup>1779</sup> Hoepke-MS, S. 59.

<sup>1780</sup> Vgl. N 1211 / 51 Voraussetzungen und Aufgaben einer Rechtspartei in Deutschland, S. 22 (ca. erste Jahreshälfte 1946).

Blomberg einzuwirken, allerdings ohne Erfolg.<sup>1782</sup> Wenigstens aber zeigte Schmidts konsequentes Einreden auf Hugenberg kurz vor der auf elf Uhr terminierten Vereidigung deutliche Wirkung. Der deutschnationale Parteiführer hatte sich bereits am Morgen gegenüber Papen im Einzelgespräch von seiner „schroffsten Seite“<sup>1783</sup> gezeigt, als es um seine Bedingung ‚Reichstagsauflösung ohne Neuwahl‘ für den Eintritt in das Kabinett ging. Papen suchte ihm diese Forderung tunlichst auszureden, doch Hugenberg blieb bei seinem Standpunkt.

Hindenburg wartete bereits, so daß die seit dem Vortage lodernden Gerüchte um einen Putsch von Teilen der Potsdamer Garnison die Atmosphäre weiter erhitzten.<sup>1784</sup> Hitler entschuldigte sich zwar hektisch bei Duesterberg wegen der ihm durch die nationalsozialistische Presse widerfahrenen Beleidigungen, aber Hugenberg blieb auf seinem Standpunkt bestehen. Er geriet mit Hitler über die Auflösungsfrage „so hart aneinander, daß die Regierungsbildung in letzter Minute zu platzen drohte“<sup>1785</sup>. Von Schmidt gut geimpft, ließ sich der Geheimrat durch Hitlers Beteuerung, daß die kommende Wahl an der Komposition der Regierung nichts ändern werde, genauswenig beeindruckt wie von Papens Einwurf, er solle dem Ehrenwort eines deutschen Mannes doch Glauben schenken. Erst als Hugenberg erkennen mußte, daß seine zukünftigen Ministerkollegen ihm nicht zur Seite standen<sup>1786</sup> und Meißner bat, die Geduld des Reichspräsidenten nicht zu überbeanspruchen, willigte er ein, den Generalfeldmarschall um die Auflösungsorder des Reichstages bitten zu wollen. Das Staatsoberhaupt entsprach dieser Bitte, das Kabinett wurde vereidigt – Hugenberg war Minister im ‚Kabinett der nationalen Erhebung‘ Adolf Hitlers.

---

<sup>1781</sup> Hoepke-MS, S. 58.

<sup>1782</sup> Vgl. N 1211 / 30 Aufzeichnungen Schmidts betr. Regierungsbildung, S. 4.

<sup>1783</sup> Vogelsang, Reichswehr, S. 399. Daß Schmidt wesentlichen Anteil an der veränderten Haltung Hugenbergs am 30.1. hatte, schreibt auch Treviranus (Weimar, S. 396).

<sup>1784</sup> Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte 7, S. 1258-1261.

Rückblick Goerdelers auf seine Mitarbeit in der Reichspolitik 1931 bis 1935, handschriftliches Manuskript v. 9.7. 1937, Eintr. v. 30.1. 1933, in: Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers. Hg. v. Sabine Gillmann und Hans Mommsen, Bd. 1, München 2003, S. 252.

<sup>1785</sup> Winkler, Weimar, S. 592; vgl. Hoepke-MS, S. 61 f.; Vogelsang, Reichswehr, S. 398 f.

<sup>1786</sup> Hiller, EdP, S. 574.

### **6.8. Der widerwillige Sieg am 30. Januar, Enttäuschung über Hugenberg und die neuentdeckte Notwendigkeit der Verteidigung des Rechtsstaates**

„Ich habe gestern die größte Dummheit meines Lebens gemacht; ich habe mich mit dem größten Demagogen der Weltgeschichte verbündet“<sup>1787</sup>. Dies waren die berühmt gewordenen Worte Hugenbergs gegenüber Goerdeler am 31. Januar 1933. Es spiegelte sich darin ein verspätet-ahnungsvolles Moment des Unbehagens ob der autark-eigenwilligen Entscheidung zum Eintritt in das Kabinett wider. Das von ihm radikal angewandte Führerprinzip hatte sich auch über die nur noch gleichsam als retardierende Einwurfe fungierenden Einwände Schmidts hinweggesetzt.<sup>1788</sup>

Während sich auf dem Lande starke Begeisterung über das Harzburger Kabinett ausbreitete, waren die ersten internen Reaktionen der Deutschnationalen durchaus von Zurückhaltung geprägt. Um sich – wie sich zeigen sollte – fataler Weise einzig auf seine ministeriellen Aufgaben konzentrieren zu können, übertrug Hugenberg kurz nach seiner Ernennung dem bisherigen stellvertretenden Parteivorsitzenden von Winterfeldt die „ständige Vertretung des Parteiführers“<sup>1789</sup>. Seine erste Stellungnahme zum 30. Januar machte die verständnislos-distanzierte Akzeptanz der gefällten Entscheidung im inneren Führungskreis deutlich: „Wir müssen sie unsere [Regierung – d.Vf.] nennen, weil unser Führer darin sitzt“<sup>1790</sup>. Nachgerade hilflos faßte er das untergründige Rumoren zusammen, wenn er Hugenberg rechtfertigte: „Es drohte ein Chaos über Deutschland zu kommen. Darüber muß man sich klar sein, wenn man Hugenbergs Eintritt kritisieren will“<sup>1791</sup>. Schmidt ließ sich im Februar öffentlich und auch nicht in der parteiamtlichen Presse vernehmen. Es muß ihn zudem ein seltsames Gefühl beschlichen haben, als die Parteivertretung am 12. Februar „dem Parteiführer Dr. Hugenberg und seinen engeren Mitarbeitern für die in den letzten Wochen geleistete verantwortungsvolle Arbeit dankte“<sup>1792</sup>. Daß Schmidt ein erfahrungsbedingtes Unbehagen gegenüber dem übermächtigen Harzburger Neu-Bundesgenossen verspürte, das sich im wesentlichen gegen die Person Hitlers wendete, er sich aber gleichzeitig am Ziel seines Wirkens seit dem Reichsausschuß gegen den Young-Plan

---

<sup>1787</sup> Rückblick Goerdelers auf seine Mitarbeit in der Reichspolitik 1931 bis 1935, handschriftliches Manuskript v. 9.7. 1937, Eintr. v. 30.1. 1933, in: Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers. Hg. v. Sabine Gillmann und Hans Mommsen, Bd. 1, München 2003, S. 252.

<sup>1788</sup> Vgl. Hiller, Ende, S. 247.

<sup>1789</sup> Mitteilung der deutschnationalen Pressestelle, zit. nach: NZ v. 3.2. 1933. Fenske (Parteigeschichte, S. 206) liegt mit der zeitlichen Festlegung der Ernennung Winterfeldts auf den Mai nicht richtig. Richtig ist, daß Winterfeldt erst Anfang Mai „alle Befugnisse und Vollmachten“ des Parteivorsitzenden erhielt, um die Partei zu führen. N 1324 / 175 Spahn, Notizen, Fraktionssitzung v. 3.5. 1933, S. 22.

<sup>1790</sup> Winterfeldt am 5.2. 1933, zit. nach: Hiller, EdP, S. 577.

<sup>1791</sup> Ebd.

<sup>1792</sup> Vgl. Entschließung der Parteivertretung auf dem deutschnationalen Parteitag, zit. nach: NZ v. 14.2. 1933.

sah, kam während des Reichstagswahlkampfes deutlich zum Vorschein. Natürlich verbot sich ein persönlicher Angriff auf Hitler in der Öffentlichkeit von selbst, aber indem er bezeichnend den Blick zurück vermied, deutete er an, wie er seine Bedenken verdrängte: Die „Parole heißt vorwärts und durch!“<sup>1793</sup> Die eigene Schwäche und das erdrückende Gewicht der NSDAP vor Augen, die Harzburger Konstante, forderte er hoffnungslos und unbelehrbar zugleich, daß Hitler mit seiner Partei und die DNVP jeweils „ihre Kampfaufgaben und Ansprüche in kameradschaftlicher Rücksicht gegeneinander abgrenzen“<sup>1794</sup> sollten. Die Warnungen der letzten zwei Jahre, die er selbst mit ausgesprochen hatte, waren in der abgelehnten Befürwortung des Kabinettsintritts, in der Hoffnung auf Kraftgewinn zur Durchsetzung der eigenen Ziele mittels der Nationalsozialisten, letztlich in der Hoffnung auf den aus eigener Kraft unerreichbaren Erfolg verhallt. Schmidt wußte um die Gefahr, die in einem Zusammengehen mit Hitler lag, aus persönlicher Erfahrung nur zu gut, aber die eigene Schwäche ließ ihn wissentlich eben jene suchen. Die Forderung nach ‚kameradschaftlicher Rücksicht‘ mußte in Hitler nur das Bild verachtenswerter Jämmerlichkeit bestätigen, das er seit Jahren von den Deutschnationalen hatte.

Der vollständige Rückzug Hugenberg aus der Partei, der sie bald führungslos und unsicher tastend vorwärts schreiten ließ, ging einher mit einer unter anderen für Schmidt enttäuschenden Personalpolitik. Schmidt, der nicht nur einer der engsten Mitarbeiter Hugenbergs war, sondern zudem derjenige, der ihn in bedingungsloser Loyalität nach Wahlniederlagen gegen Kritik abgeschirmt und in seinem Kurs bestärkt hatte, sann erwartungsfroh auf einen Regierungsposten.

Der 67-jährige Hugenberg aber, der umgehend mit höchster Energie die Arbeit in den Ministerien des Reiches und Preußen für Wirtschaft und Ernährung und dem Reichskommissariat für die Osthilfe aufnahm, bat während der Unterhaltung mit Goerdeler, in der das erwähnte Diktum fiel, „ihm in seinem Amte zu helfen“<sup>1795</sup>. Schmidt wurde am 30. Januar in der Parteizentrale zwar als Staatssekretär zirkuliert, aber der Gedanke hatte nur eine kurze Haltbarkeit.<sup>1796</sup> Nachdem Hugenberg nämlich keine Einigung mit Goerdeler gefunden hatte, ernannte er Bang und Rohr zu seinen Staatssekretären. Schmidt, so berichtete es Quatz aus der Parteizentrale, war

---

<sup>1793</sup> N 1211 / 39 Schmidt, Gedanken zur Lage, 1.3. 1933.

<sup>1794</sup> Ebd.

<sup>1795</sup> Rückblick Goerdelers auf seine Mitarbeit in der Reichspolitik 1931 bis 1935, handschriftliches Manuskript v. 9.7. 1937, Eintr. v. 30.1. 1933, in: Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers. Hg. v. Sabine Gillmann und Hans Mommsen, Bd. 1, München 2003, S. 252.

<sup>1796</sup> Vgl. Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 30.1., 1.2. 1933, S. 229 f. In seinem Buch (Umdenken, S. 346) übertreibt Schmidt, wenn er bedeutete, daß er für nicht weniger als sämtliche „vier Ministerien“ verwendet werden sollte.



darüber Mitte Februar „schwer verbittert“<sup>1797</sup>. Warum Schmidt keinen Posten erhielt, war aufgrund mangelnder Aussagen Hugenbergs schwer auszumachen. Schmidts politische Arbeit hatte an Hugenbergs Seite neben organisatorischen Dingen vor allem aus der weiten, häufig durchaus polemisch-polarisierenden Verbreitung und Wiederholung der Gedanken des Parteivorsitzenden bestanden. Inhaltlich gehörte er, so konnte man nüchtern konstatieren, nicht zu den Vordenkern der Partei. Fachfragen der Wirtschaft und der Ernährung waren ihm fremd. Das einzige Gebiet, dem er durch seinen Offiziersberuf und seine zeitweise Tätigkeit im Wehrausschuß nahestand, war das Militär. Nach eigenem Bekunden soll er als Staatssekretär für das Reichswehrministerium sondiert worden sein.<sup>1798</sup> Weshalb dieser Versuch fehlschlug, lag wegen des Gesprächs mit Blomberg am 30. Januar, in dem er diesem warnend vom Eintritt in das Kabinett abriet, auf der Hand. Hugenberg, der Schmidts Unzufriedenheit wohl gespürt haben muß, äußerte gegenüber Winterfeldt Ende Februar, daß er Schmidt nach der Anfang Februar auf den 5. März festgelegten Wahl als Reichskommissar für die Osthilfe einsetzen wollte.<sup>1799</sup> Hugenberg mußte aber diesen Gedanken sehr schnell wieder verworfen haben, denn der Entwurf eines Erlasses des Geheimrats sprach davon, daß Schmidt als „politischer Beauftragter ab dem 1.3. 1933 ... in die mir unterstellten ... Ministerien berufen“<sup>1800</sup> werden sollte. Da Schmidt „in meinem besonderen persönlichen Auftrage“<sup>1801</sup> arbeiten sollte, deutete sich an, daß er keine beamtete Stellung erhalten sollte, sondern nur privat beschäftigt werden sollte. Er war darüber so „sehr enttäuscht“<sup>1802</sup>, daß er Anfang März nicht bereit war, diesen Posten anzutreten.

Inzwischen hatte Hugenbergs vollständige Konzentration auf verschiedene Gesetzesvorhaben in seinen Ressorts dazu geführt, daß die Partei unorientiert über die Vorgänge im Kabinett und vor allem über das Verhältnis zu den Nationalsozialisten war. Trotz der Bestätigung von Hugenbergs Kurs in den entscheidenden Gremien der Partei regte sich Widerstand gegen die Führungslosigkeit der Partei in der Fraktion. Quaatz notierte deshalb einen Tag vor der Wahl die „völlige Zerfahrenheit der Leitung“<sup>1803</sup>. Während sich um Spahn Tendenzen bemerkbar machten, die auf eine größere Nähe zu Hitler hindrängten, erhob sich der Fraktionsvorsitzende Oberfohren mehr und mehr offen gegen Hugenberg, da er eine klare inhaltliche Trennung von der NSDAP, ja eine Umkehr von Hugenbergs Kurs forderte. Allein, im Wahlkampf bis zum 5. März wurden diese Entwicklungen noch unterdrückt.

---

<sup>1797</sup> Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 14.2. 1933, S. 235.

<sup>1798</sup> Vgl. Schmidt, Umdenken, S. 346.

<sup>1799</sup> Vgl. Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 27.2. 1933, S. 236.

<sup>1800</sup> N 1231 / 85 Erlaß Hugenbergs, o.D., Bl. 75.

<sup>1801</sup> Ebd.

<sup>1802</sup> Quaatz-Tagebuch, Eintr. v. 28.2. 1933, S. 237.

Die Abgrenzung von der NSDAP war nun nicht leicht zu erreichen. Da man gemeinsam in der Regierung den hehren nationalen Geist beschwor, konnte eine zu starke Polarisierung in der Öffentlichkeit un-, ja mißverständlich und damit negativ wirken.<sup>1804</sup> Zunächst gelang es unter dem neuen Titel „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ viele rechtsstehende, größtenteils politisch unerheblich gewordene nationale Verbände hinter dem Dreigestirn Hugenberg-Papen-Seldte zu sammeln.<sup>1805</sup> Was sollte nun konkret den einzelnen Wähler davon überzeugen, daß besonders die Stärkung des deutschnationalen Einflusses im neuen Kabinett vonnöten sei? Zwei Quellen gaben darüber Auskunft. In einer Parteizeitung wurden als Gründe die notwendige Rückendeckung für Hugenberg, der Schutz vor sozialistischen Experimenten, die Durchsetzung einer christlich-konservativen Weltanschauung, die Herbeiführung eines sauberen Staates und die starke Begrenzung des Parteigeistes genannt.<sup>1806</sup> Überdies wurden in einem Wahlaufuf der Kampffront die Befreiung Deutschlands von außenpolitischen Fesseln, der Wiederaufbau von Wirtschaft und Arbeit im Innern und die Wiedereinführung der Reichsfarben schwarz-weiß-rot gefordert.<sup>1807</sup> Abgesehen von der Außenpolitik konnten die Wirtschaftsfragen, die Ablehnung des Parteigeistes und die christlich-konservative Weltanschauung einfach mit Spitzen gegen die NSDAP gerichtet werden. Nun, wie setzte der sich von seinem Parteiführer geringgeschätzt fühlende Schmidt, der diesmal wieder für seinen Wahlkreis Ost-Hannover mit Listenabsicherung antrat, im Wahlkampf für die Kampffront ein?

Schmidt kehrte zunächst die grundlegende Idee hervor, die hinter dem 30. Januar stand. In hemmungsloser Deutlichkeit begrüßte er die neue Entwicklung als den „Willen das zu tun, was der Staatsnotstand erfordert, ohne Rücksicht auf Paragraphenfesseln“<sup>1808</sup>. Dieser rechtsstaatliche Blanko-Cheque sollte die drängenden Erwartungen erfüllen, die in der Bevölkerung vorherrschten. In der neuen Regierung wurde „die Sehnsucht von Millionen Enttäuschter [verkörpert], die Programme und Wahlen, Führerstunk und Papierfluten satt haben“<sup>1809</sup>. Sodann folgten zwei Mahnungen, die zum einen den eigenen, deutschnationalen, also Hugenbergs Schritt rechtfertigten und zum anderen Hitler auf die Notwendigkeit der deutschnationalen Erfahrung für den eingeschlagenen Weg unterstrichen. Die Begründung für das

---

<sup>1803</sup> Ebd., Eintr. v. 4.3. 1933, S. 237.

<sup>1804</sup> Vgl. Hiller, Ende, S. 249.

<sup>1805</sup> Schmidt zählte dazu: DNVP, Stahlhelm, VvVD, Deutsch-Völkische Freiheitsbewegung, Landvolk und kleinere „wirtschaftliche Organisationen“. Vgl. N 1211 / 39 Schmidt, Gedanken zur Lage, 1.3. 1933.

<sup>1806</sup> Vgl. Der Nationale Wille v. 11.2. 1933.

<sup>1807</sup> Ein Abdruck des ganzseitigen Aufrufs findet sich in: ZSg 1 – E / 11 Kampffront Schwarz-Weiß-Rot, Rundschreiben des Hauptgeschäftsführers der Kampffront (v. Egan-Krieger) mit beigefügtem Aufruf. Der Aufruf findet sich auch in zahlreichen der Partei nahestehenden Zeitungen, u.a. in: NZ v. 2.3. 1933.

<sup>1808</sup> N 1211 / 39 Schmidt, Gedanken zur Lage, 1.3. 1933.

Zusammengehen, das er grundsätzlich aber nicht mit Hitler befürwortet hatte, konnte er bezeichnenderweise an dieser Stelle nur negativ darlegen. Die Koalition mit der NSDAP war „aufgebaut auf der gemeinsamen (sic!) Erkenntnis, daß ein Versagen oder ein Bruch der Front den Mächten des Chaos den Weg bahnt“<sup>1810</sup>. Und in unbelehrbarer Weise richtete er an die NSDAP die Ermahnung der Unumgänglichkeit traditionsbewußter, deutschnationaler Erfahrungswerte: In der Kampffront waren alle die Kämpfer vereinigt, „die unbeirrt in nationaler Arbeit, christlich-konservativem Denken und sozialer Tat das Panier des Bismarckreiches durch die Jammerjahre der Novemberdemokratie getragen haben“<sup>1811</sup>. Ihnen war es immer überantwortet, „den bluthaften Willen zum neuen Reich in sich zu tragen zugleich mit der Erfahrung dieses Reich zu bauen“<sup>1812</sup>. In aller Deutlichkeit schloß er diesen Gedanken mit den Worten: „Es lebt in ihnen nicht nur der große Imperativ der Pflicht, es lebt in ihnen die Bluterfahrung aus Geschlechterfolgen“<sup>1813</sup>. Abgesehen von dem Umstand, daß der monarchische Gedanke auch jetzt an keiner Stelle herausgestrichen wurde, reklamierte Schmidt in alter deutschnationaler Tradition den gleichsam geschichtsnotwendigen Führungsanspruch im neuen Kabinett. Schlaglichtartig verkörperte er damit ein Denken, über dessen Geltungsanspruch sich Hitler spätestens seit Harzburg im Jahre 1931 gelangweilt und machtbewußt zugleich keine Gedanken mehr machte.

Hilflos wirkte es nun im weiteren, wenn Schmidt Unterstützung für die Kampffront wünschte, ohne einen Grund dafür zu nennen: „Es gilt jetzt durch die Wahlen der national-bürgerlichen, schwarz-weiß-roten Aufbaukräfte denjenigen Machtauftrieb zu geben, der sie für ihre in der Regierung zu leistenden Aufgaben befähigt“<sup>1814</sup>. Diese Stärkung wollte er auch aus „Wirtschaftsgründen“<sup>1815</sup> sehen. Im Gegensatz zum letzten Wahlkampf warnte er diesmal nicht an jeder erdenklichen Stelle vor „sozialistischen Experimenten“, sondern beschwor nur den „gesunden, unverfälschten Eigentumsbegriff“<sup>1816</sup>. Hier zeigte sich das selbstgeschaffenen Dilemma: Indem auch Schmidt ein Verbot der KPD, mehr noch, in zweifelhafter Verrohung „keine Schonung für das bolschewistische Untermenschentum“<sup>1817</sup> forderte, konnte er nicht im selben Atemzug die NSDAP solcher Tendenzen zeihen, wie es allerdings Hugenberg in seinen Reden tat.

---

<sup>1809</sup> Ebd.

<sup>1810</sup> N 1211 / 39 Schmidt, Gedanken zur Lage, 1.3. 1933.

<sup>1811</sup> Ebd.

<sup>1812</sup> Ebd.

<sup>1813</sup> Ebd.

<sup>1814</sup> Ebd.

<sup>1815</sup> Ebd.

<sup>1816</sup> Ebd.

Zudem – und damit ging er in die zwischen den beiden Parteien seit jeher unstrittige Außenpolitik über – beschwor er nicht unbegründet die Gefahr eines Präventivkrieges Polens und Frankreichs gegen das zunehmend isolierte Deutschland.<sup>1817</sup> War diese Furcht bedingt durch die ambivalente Perzeption der neuen deutschen Regierung im Ausland, nahm er einen seiner alten und unveränderten außenpolitischen Gedanken auf. Aus der Fünf-Mächte-Erklärung vom 11. Dezember 1932, die die Gleichberechtigung Deutschlands in der Rüstungsfrage festschrieb, folgerte er zunächst die „Neugestaltung unserer Wehrform“<sup>1819</sup>. Auch dies war eine alte Forderung: die Einführung der Wehrpflicht, um „seine Neutralität .. schützen“<sup>1820</sup> zu können. Von Anbeginn seiner politischen Karriere außenpolitisch gegen Frankreich und Polen gerichtet, legte er nun besonderes Gewicht darauf, die Verbindung mit der Rußland, wiewohl es ihm innenpolitisch auch widersprechen mochte<sup>1821</sup>, zu halten: „Höchste staatsmännische Kunst, die das Doppelgesicht Rußlands richtig in Rechnung stellt“, sollte „trotz der Niederringung des inneren Kommunismus den Draht nach Osten nicht abreißen“<sup>1822</sup> lassen. Warum Schmidt die wenig erfolgsträchtigen außenpolitischen Themata so breit behandelte, obwohl ja hier kein Widerspruch bestand, nicht zuletzt sollte Hitler den Neutralitätsvertrag mit der Sowjetunion Anfang Mai ratifizieren<sup>1823</sup>, ließ sich nur bedingt erklären. Gewiß waren der NSDAP damit keine Wähler abspenstig zu machen, aber zumindest mußte man die eigene Klientel im Grundbestand der jahrelangen Überzeugungen bedienen. Letztlich wirkte es aber wie ein verzweifertes Pochen auf längst verloren gegangenes politisches Terrain, das Schmidt trotzig umklammerte.

Schmidts abschließende Bemerkungen machten den Überdruß deutlich, den er wie viele Deutsche ob des dahinsiechenden, nur noch formell parlamentarischen Systems empfand. Gleich Hugenberg galt es ihm jetzt, daß man „arbeiten und nicht reden und

---

<sup>1817</sup> N 1211 / 39 Rede des Abgeordneten Schmidt, o.D. Wo Schmidt die Rede hielt, konnte nicht eruiert werden. Vgl. zu Hugenberg: Leopold, Hugenberg, S. 143 f.

<sup>1818</sup> Vgl. zu den offiziellen französischen Bedenken gegen Hitlers Außenpolitik: Francois-Poncet, A., Als Botschafter im „Dritten Reich“. Die Erinnerungen des französischen Botschafters in Berlin, September 1931 bis Oktober 1938, übersetzt v. Erna Stübel, Mainz 1980, S. 102. Ein ehemaliger französischer Botschafter, der dem Grafen Keßler gut bekannt war, unterdrückte seine Bedenken gegen die neuen außenpolitischen Vorstellungen Hitlers, wenn seiner Ansicht nach „Stresemann für Frankreich viel gefährlicher gewesen [sei] als Hitler, weil Hitler die ganze welt gegen sich aufbringe.“ Pfeiffer-Belli, W. (Hg.), Harry Graf Keßler. Tagebücher 1918 bis 1937, Frankfurt 1996, Eintr. v. 24.3.1933 (Paris), S. 757. Vgl. weiterhin: Hildebrand, K., Die Frankreichpolitik Hitlers bis 1936, in: Francia 5 (1977), S. 591-625; Hildebrand, Reich, S. 579.

<sup>1819</sup> N 1211 / 39 Schmidt, Gedanken zur Lage, 1.3. 1933.

<sup>1820</sup> Ebd.

<sup>1821</sup> Just während des Wahlkampfes hatte Hitler in einer deutlichen antikommunistischen Rede im Berliner Sportpalast Stalins Rußland als bolschewistisches Horrorszenario hingestellt, woraufhin es zu einem offiziellen Protest der Sowjetunion kam. Vgl. Wollstein, G., Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler. Das Deutsche Reich und die Großmächte in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland, Bonn 1973, S. 112 f.

<sup>1822</sup> N 1211 / 39 Schmidt, Gedanken zur Lage, 1.3. 1933.

wählen“<sup>1824</sup> sollte. Da war es nur noch folgerichtig, wenn er in den kurz bevorstehenden Wahlen die „hoffentlich für lange Zeit letzten Wahlen“<sup>1825</sup> sehen wollte. Daß ein anderer den Nutzen davon tragen sollte und überdies den Fortgang der Entwicklung gegen die Deutschnationalen wenden sollte, konnte Schmidt nicht wissen. Schmidt, der mit den Deutschnationalen vielleicht mehr als alle anderen politischen Kräfte auf die vollständige Ausschaltung des Parlaments hingewirkt hatte, hatte damit die Grundlagen gelegt, sich selbst überflüssig zu machen. Schmidt, so könnte man sagen, sollte im doppelten Sinne in dem von ihm tatkräftig stimulierten, „sehr weit verbreitete[n] Gefühl der Erlösung und der Befreiung von der Demokratie“<sup>1826</sup> aufgehen.

Die Reichstagswahl am 5. März brachte im Ergebnis eine parlamentarische Mehrheit für das Kabinett Hitler. Während die NSDAP über zehn Prozent hinzugewann, konnte die DNVP ihr Ergebnis mit acht Prozent in etwa halten. Der Ausgang der Wahl war nicht nur gesamtgesellschaftlich ein Dambruch, der atmosphärisch jenen „Stimmungsumschwung“ im Deutschen Reich einleitete, der die „eigentliche Machtgrundlage für den kommenden Führerstaat“<sup>1827</sup> bilden sollte. Mit der durch die sogenannte Reichstagsbrandverordnung gerechtfertigten Verhaftung aller kommunistischen Abgeordneten besaß die NSDAP seit dem Wahltag auch ohne die DNVP eine einfache Mehrheit von vier Sitzen.<sup>1828</sup> Schmidt und Hugenberg hatten das Verbot schon früher befürwortet. Deshalb durfte es den deutschnationalen Minister nicht verwundern, wenn Hitler in seinem dadurch noch mehr gesteigerten Selbstbewußtsein in der ersten Kabinettsitzung nach der Wahl den Geheimrat sogar wegen einiger Ressortangelegenheiten angriff.<sup>1829</sup>

In der Fraktion kam es nun zu einer seit dem Weggang Westarps nicht dagewesenen Flügelbildung, die das Auseinanderbrechen der Kampffront bald in den Hintergrund drängte.<sup>1830</sup> Dabei war die Unzufriedenheit über Hugenbergs desolate, mehr noch

---

<sup>1823</sup> Vgl. Hildebrand, Reich, S. 578 f.

<sup>1824</sup> N 1211 / 31 Schmidt-Hannover im osthannoverschen Wahlkampf (Lüneburg), o.D.

<sup>1825</sup> Ebd. Hugenberg verwendete nahezu identische Diktion: vgl. Hugenberg am 11.2. 1933 im Sportpalast, in: Der Nationale Wille v. 11.2. 1933 u. SEGK 1933, S. 45.

<sup>1826</sup> Haffner, S., Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick, München 1989 (TB), S. 237 (i.f. zit. als: Haffner, Von Bismarck zu Hitler).

<sup>1827</sup> Haffner, Von Bismarck zu Hitler, S. 237.

<sup>1828</sup> Vgl. zum Wahlergebnis: Kolb, Weimarer Republik, S. 309. Die Verordnung setzte praktisch alle verbürgten Freiheitsrechte der Bürger außer Kraft und markierte den Übergang zur staatlichen Willkürherrschaft. Vgl. zur „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“: Hildebrand, K., Das Dritte Reich, München 6. Aufl. 2003, S. 3 f. (i.f. zit. als: Hildebrand, Drittes Reich). Der quälende Streit um die Täterschaft für den Brand ist an dieser Stelle unerheblich, da richtig darauf hingewiesen worden ist (ebd.), daß allein die Nutzbarmachung des Ereignisses zur Machteroberung und –festigung wesentlich war.

<sup>1829</sup> Vgl. AdR Hitler, Bd. 1, Ministerbesprechung, 7.3. 1933, S. 159-167; Hiller, EdP, S. 588.

<sup>1830</sup> Während sich der Verbund der einzelnen nationalen Organisationen auflöste, gelang es allein, daß Seldte und Papen am 20. März zwar nicht Mitglieder aber Hospitanten der deutschnationalen Fraktion im Reichstag werden konnten. Vgl. zur Bitte um Aufnahme als

inexistente Führung<sup>1831</sup> nur Ausdruck benommener Unklarheit darüber, wie man sich gegenüber der alles überwölbenden Stimmung, die die Nationalsozialisten die „ganze politische Szene praktisch widerstandslos abräumen ließ“<sup>1832</sup>, verhalten sollte. Die eine Gruppe um Oberfohren dachte sogar über Austritt aus der Regierung nach, um Eigenständigkeit gegenüber dem erdrückenden Gewicht der Nationalsozialisten zu behalten – ein verzweifelter Akt, der nicht mehr war als das Eingeständnis, zu lange betäubt gewesen zu sein von der Hoffnung auf die Gegenwart. Die andere, in der Minderheit befindliche Gruppe scharte sich um Stadtler, der im konsequenten Aufgehen in der NSDAP den letzten notwendigen Schritt auf dem eingeschlagenen Weg des 30. Januar sah.

Bevor die verschiedenen Standpunkte in der Fraktionssitzung am 20. März aufeinanderprallten, hatte Hugenberg den unverminderten Unmut Schmidts zu gewärtigen, keinen Posten in der neuen Regierung erhalten zu haben. Quatz mußte den darüber erregten Hugenberg in einem Gespräch unter vier Augen sogar „besänftigen“, da Schmidt gegenüber dem Parteiführer hartnäckig darauf pochte, „Minister oder Vizeminister zu werden“<sup>1833</sup>. Doch Hugenberg, so schien es, blockte diese Ansinnen allesamt ab, so daß Schmidt Mitte März bereit war, „doch Stellung auf Privatvertrag bei Hugenberg an[zun]ehmen“<sup>1834</sup>. Allein, die bevorstehenden Ereignisse verhinderten dies zunächst und da sich Hugenberg bereits Mitte März gegen die Neuwahl des rebellierenden Oberfohren aussprach, sollte sich bald eine günstige Gelegenheit ergeben.

Hugenberg hatte gegenüber Quatz bereits am 12. März geäußert, daß der in die Opposition drängende Oberfohren „nicht Fraktionsvorsitzender wieder werden soll“<sup>1835</sup>. Acht Tage später fand am Vorabend des Tages von Potsdam, an dem die feierliche, vom neuen Propagandaminister organisierte Versöhnung des alten Preußen mit der jungen Hitler-Bewegung inszeniert wurde, in der alten Garnisonsstadt die vorerwähnte Fraktionssitzung statt. Daß diese „tumultös und niederziehend“<sup>1836</sup> wirkte, lag an der Diskussion um den strategischen Kurs der Deutschnationalen, weniger um das am 15. März von Frick im Entwurf vorgelegte und am 20. März in der Schlußfassung vom Kabinett verabschiedete Ermächtigungsgesetz.<sup>1837</sup> Um dessen Ablehnung ging es

---

Hospitanten, die Papen für selbst und für Seldte stellte: N 1211 / 55 Papen an Hugenberg, 16.3. 1933. Vgl. zur Zustimmung der Fraktion: N 1324 / 175 Spahn, Notizen, Fraktionssitzung v. 20.3. 1933 (Potsdam), S. 14.

<sup>1831</sup> Vgl. Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 18.3. 1933, S. 243: „Mißstimmung in der Partei wächst. Von allen Seiten kommen erbitterte Briefe über Führerlosigkeit“.

<sup>1832</sup> Haffner, Von Bismarck zu Hitler, S. 239.

<sup>1833</sup> Quatz-Tagebuch, Eintr. v. 12.3. 1933, S. 241.

<sup>1834</sup> Ebd., Eintr. v. 18.3. 1933, S. 243.

<sup>1835</sup> Ebd., Eintr. v. 12.3. 1933, S. 241.

<sup>1836</sup> Ebd., Eintr. v. 22.3. 1933, S. 243 f. (Montag, 20.3.).

<sup>1837</sup> Vgl. Döring, Arm, S. 381 f.

nicht.<sup>1838</sup> Hugenberg wies offenbarend Oberföhrens Ansinnen zurück, in die Opposition wechseln zu wollen, in dem er sagte: „Wir dürfen uns nicht vorstellen, daß wir durch den Übergang in die Opposition irgend etwas ändern können“<sup>1839</sup>. Stadler, der in eine vollkommene andere Richtung tendierte, meldete sich nach den Ausführungen des aufgebrachten Fraktionsvorsitzenden zu Wort: „Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der historische Augenblick eingetreten ist, daß die DNVP ohne Verhandlungen beziehungsweise durch den Staatsakt, ..., einen Übertritt zur nationalsozialistischen Machtpolitik mitteilt ...“<sup>1840</sup>. Notwendig sah er diesen Schritt an, weil Hugenberg, so glaubte Stadler letztlich naiverweise, damit als integraler Bestandteil der NSDAP effektiver als bisher Unterstützung gewährleistet werden konnte. Er hielt das Vorgehen mithin für richtig, „damit wir den Führer unserer Bewegung innerhalb einer Macht, an deren Abänderung wir nicht denken können, den nötigen Rückhalt verschaffen. Jetzt hat er 52 Abgeordnete, die nichts zu sagen haben. Dann würde er an den 52 einen Rückhalt haben“<sup>1841</sup>. Zusammenfassend plädierte er für einen deutschnationalen Staatsakt im Staatsakt. Er forderte, „daß wir dem Staatsakt der Nazis einen Staatsakt einsetzen“<sup>1842</sup>. Unklar darüber, was Stadler damit meinte, rief Schmidt daraufhin fragend: „durch welchen Staatsakt?“ – Stadler antwortete direkt: „Durch geschlossenen Beitritt zur nationalsozialistischen Fraktion am Grabe Friedrichs des Großen“<sup>1843</sup>. Dem schloß sich „starker Widerspruch“<sup>1844</sup> an, in den Schmidt gewiß eingestimmt hat, nimmt man allein seine aufgeschreckt einsetzenden Bemühungen zur rechtsstaatlichen Konturierung des Ermächtigungsgesetzes dieser Tage.

War es seit jeher Schmidts Ziel gewesen, das Parlament als Gesetzgebungsorgan auszuschalten, war das Präsidialkabinett Hitler sogleich mit dem Regierungsantritt an die Umsetzung dieses Ziels gegangen. Der Kern des von Frick vorgelegten Gesetzes „zur Behebung der Not von Volk und Reich“ verlieh der „gegenwärtige[n] Reichsregierung“<sup>1845</sup> für vier Jahre das Recht, Gesetze ohne Beteiligung des Parlaments zu erlassen. Auch das Ausfertigungsrecht des Reichspräsidenten wurde auf den Kanzler übertragen.<sup>1846</sup> Mit dem Bekanntwerden der ersten Details des Gesetzes am 15. März wurden die Bedenken gegen die nachgerade unumschränkten Befugnisse der Regierung von deutschnationaler Seite zunächst von dem so

---

<sup>1838</sup> Vgl. Hiller, EdP, S. 591; Hildebrand, Drittes Reich, S. 5.

<sup>1839</sup> N 1324 / 175 Spahn, Notizen, Fraktionssitzung v. 20.3. 1933 (Potsdam), S. 11.

<sup>1840</sup> Ebd., S. 15.

<sup>1841</sup> Ebd.

<sup>1842</sup> Ebd.

<sup>1843</sup> Ebd.

<sup>1844</sup> Ebd.

<sup>1845</sup> VdRT VIII. WP, Bd. 457, Anlagen, Drucksache Nr. 6, Art. 5, Antrag Dr. Frick, Dr. Oberföhren und Genossen, 21.3. 1933.

<sup>1846</sup> Vgl. ebd.

widersprüchlichen Duumvirat aus Schmidt und Schleicher praktisch aufgegriffen.<sup>1847</sup> Kleist ging um diese Zeit herum „zum Abgeordneten Schmidt-Hannover, um zu versuchen, die Grundlagen des Rechtsstaates zu retten, da ich niemanden sah, der überhaupt noch einen ernsthaften Versuch machte, den Kampf fürs Vaterland aufzunehmen“<sup>1848</sup>. Kleist schlug Schmidt einige Punkte vor, denen Schmidt zustimmte. Es handelte es sich dabei um die Verhinderung einer geheimen Staatspolizei, die mit der Rechtsbefugnis der Schutzhaft ausgestattet war; die freie Meinungsäußerung sollte erhalten bleiben; Staatsaufgaben sollten nicht Organen der NSDAP übertragen werden; zuletzt sollten die Reichsfarben schwarz-weiß-rot wieder eingeführt werden.<sup>1849</sup> Nach Kleist gab Schmidt diesem die Erlaubnis, diese Punkte Brüning vorzustellen. Kleist tat dies und erhielt die Zustimmung Brünings zu seinen Ideen. Noch davor oder danach kam es zu einem Gespräch zwischen Brüning und Schmidt, in dem sich die beiden „völlig einig“<sup>1850</sup> gewesen sein sollen. Nach den Sondierungen Schmidts und Kleists kam es am 21. März zu einem geheim gehaltenen Gespräch zwischen Hugenberg und Brüning in Schmidts Dahlemer Haus.<sup>1851</sup> Hier schied man gut voneinander und beschloß, Brüning solle aufbauend auf dem von Schmidt und Kleist Vorgebrachten einen Änderungsantrag entwerfen, in dem die verfassungsrechtlichen Freiheitsrechte gesichert wurden.<sup>1852</sup> Der bemerkenswerte Rückgriff auf den ehemals gerade von Schmidt so schroff bekämpften Zentrumsmann Brüning als Verbündeten im Kampf zum Erhalt rechtsstaatlicher Strukturen zeigte mit aller Deutlichkeit, wie sehr die drohende Allgewalt des Staates, Hitlers, von langjährigen Befürwortern der Ausschaltung des Parlaments in ihrer Dimension viel zu spät erkannt wurde. Es war zugleich die panikhafte Reaktion auf eine Entwicklung, die Schmidt tatkräftig mit befördert hatte. Schmidt brachte seine kämpferische Resignation am Abend des 20. März, einen Tag vor dem Staatsakt von Potsdam, „in spontaner Rede“<sup>1853</sup> im Schloß-Hotel, wo sich das Quartier der Fraktion befand, vor Studenten zum Ausdruck. Er will

---

<sup>1847</sup> So würde der Verfasser die Zeitangabe „Einige Zeit vor Zusammentritt des Reichstages ...“ interpretieren, da der früheste Zeitpunkt natürlich nur denjenige sein konnte, zu dem schon Kenntnis über das Gesetz bestand. Zit. nach: Kleist-Schmenzin, E., *Selbsterlebte wichtige Begebenheiten aus den Jahren 1933 und 1934*, in: Scheurig, Kleist, S. 260.

<sup>1848</sup> Ebd.

<sup>1849</sup> Ebd. Der Auflistung der Punkte Kleists wurde hier eher Glauben geschenkt als derjenigen Brünings (Memoiren, S. 653), da Kleist im Gegensatz zu Brüning seine Aufzeichnungen unmittelbar nach den Ereignissen verfertigte.

<sup>1850</sup> Kleist-Schmenzin, E., *Selbsterlebte wichtige Begebenheiten aus den Jahren 1933 und 1934*, in: Scheurig, Kleist, S. 260.; vgl. N 1211 / 45 Schmidt an Militärregierung, 1.6. 1947, S. 13.

<sup>1851</sup> Dies geht hervor aus einem Brief Brünings an den im Juni zur NSDAP übertretenden Gisevius v. 20.8. 1946, abgedr. in: Morsey, R. (Hg.), *Das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“*, Düsseldorf 1992, S. 139.

<sup>1852</sup> Vgl. Forschbach, Jung, S. 63; Leopold, Hugenberg, S. 145.

<sup>1853</sup> Schmidt, *Umdenken*, S. 349.



dort vom „Mord an Preußen“<sup>1854</sup> gesprochen haben, der am nächsten Tage „unter den Meinen Hitlers“<sup>1855</sup> ausgeführt werden würde. Gleichviel, unter dem harschen Druck der Gruppe um Stadtler, der keinen Änderungsantrag eingebracht sehen wollte und darüber hinaus im gegenteiligen Falle mit dem Übertritt zur NSDAP drohte, beugte sich die Fraktion am 22. März dieser Gruppe.<sup>1856</sup> So stimmte Schmidt mit seinen Kollegen geschlossen am 23. März für das Ermächtigungsgesetz.<sup>1857</sup> Auch wenn der Beleg hierfür fehlt, konnte bei Schmidt davon ausgegangen werden, daß er für die Verhinderung einer Spaltung weit ausgeholt hätte. Brüning war dieses Vorgehen erst unmittelbar vor der zweiten Lesung des Gesetzes von Schmidt eröffnet worden.<sup>1858</sup>

Nach dem Krieg sah Schmidt seine politische Bewertung der damaligen Situation in Deutschland – für seine Verhältnisse – mit erstaunlich kritischen Augen. Er erkannte jetzt, in welchem Sog der Atmosphäre jener Zeit er die Zeit anzuhalten versucht hatte, die er selber in ihrer Entwicklung zumindest bis zum Sturz Schleichers mitgetragen hatte. Er mußte eine Ahnung, einen Instinkt für das Dämonenhafte Hitlers entwickelt haben, das er mit dessen Reichskanzlerschaft zunehmend sorgenvoll beobachtete. In verkennender Selbstüberschätzung hatte Hugenberg noch am 20. März gesagt: „Ob die ganze Bewegung, in der wir in Deutschland stehen, Erfolg haben wird, wird in großem Umfang von uns abhängen“<sup>1859</sup>. 13 Jahre später war Schmidt deutlich geworden, wie wenig die Deutschnationalen der Entwicklung entgegensetzen konnte. Sein damaliger Glaube, daß das Gesetz nurmehr für die „gegenwärtige Regierung“ gelte, ein Austritt folglich, der bei ihm erneut aus Loyalität zu Hugenberg aber nicht zu vernehmen war, zum Ende der Gültigkeit des Gesetzes führen würde, war nun ernüchtert, wenn er an die britische Militärregierung schrieb: „Daß die schnelle, anarchische Entwicklung diese Möglichkeit später zur Theorie machte, ist zuzugeben“<sup>1860</sup>.

Oberfohren war durch seine innerfraktionelle Kritik an Hugenberg nicht nur diesem mißliebig geworden.<sup>1861</sup> Oberfohrens tieferes Interesse am Reichstagsbrand, seine

---

<sup>1854</sup> N 1211 / 1 Schmidt an Oskar v. Preußen, 19.6. 1946; ähnlich berichtet er in einem weiteren Brief: vgl. N 1211 / 19 Schmidt an Schwertfeger, 18.4. 1948, S. 4. Schmidt beschreibt sich selber während der Rede als „sehr erregt“.

<sup>1855</sup> Schmidt, Umdenken, S. 349.

<sup>1856</sup> Vgl. Hiller, EdP, S. 592 f.; Forschbach, Jung, S. 65 f.

<sup>1857</sup> Vgl. VdRT VIII. WP, Bd. 457, 23.3. 1933, S. 44 f.

<sup>1858</sup> Vgl. Brief Brünings aus dem Jahre 1947, abgedr. in: Morsey, R. (Hg.), Das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“, Düsseldorf 1992, S. 142 u. ebd. Anm. 3; Hiller, EdP, S. 592. In seinen Memoiren (S. 655) erwähnt Brüning Schmidt nicht mehr als Überbringer der Nachricht.

<sup>1859</sup> N 1324 / 175 Spahn, Notizen, Fraktionssitzung v. 20.3. 1933, S. 17.

<sup>1860</sup> N 1211 / 45 Schmidt an Militärregierung, 1.6. 1947, S. 13. U.a. hatte Schmidt die Verbindlichkeit allein der „gegenwärtigen Regierung“ am 11.4. betont. Vgl. Der Nationale Wille v. 15.4. 1933.

<sup>1861</sup> Vgl. Forschbach, Jung, S. 65 f.

allzu offene Gegnerschaft zu Hitler, nicht strafrechtliche Vergehen trugen ihm, von einer Welle rechtswidriger Einschüchterungen getragen, am 26. und 27. März Haussuchungen ein.<sup>1862</sup> Den konkreten Auslöser ergab ein Telefongespräch mit seiner Sekretärin am 26. März, welches Anweisungen über Briefe enthielten, die gegen Hugenberg gerichteten, mithin oppositionellen Inhalts waren.<sup>1863</sup> Nach der Veröffentlichung dieser kompromittierenden Briefe legte Oberfohren – möglicherweise auch aus Protest gegen die Haussuchungen – sein Amt nieder.<sup>1864</sup> Der willkürlich angewendete Druck des Staats- und Parteiapparats gegen den nunmehr für überflüssig erachteten Koalitionär, sei es nun mittels Verhaftungen oder Redeverbote unter anderen gegen einen deutschnationalen Staatssekretär, mußte die DNVP zur Klärung der Frage ihrer zukünftigen Haltung, ja über die „Möglichkeit der Selbsterhaltung“<sup>1865</sup> führen.

Die Reichstagsfraktion kam am 11. April zusammen. Für die vakante Stelle des Fraktionsvorsitzenden hatte Hugenberg Schmidt auserkoren. Indem er ihn zugleich auch noch zum stellvertretenden Parteivorsitzenden erhob, kam er dem ob seiner bisherigen Nicht-Berücksichtigung mißlaunigen Schmidt mit diesem Posten entgegen. Dahinter stand selbstredend auch der Wunsch, die Fraktion wieder zu einem durch und durch loyalen Instrument zu machen. Der Rückgriff auf Schmidt warf ein deutliches Licht auf die Qualität der Loyalität Schmidts gegenüber Hugenberg. Abgesehen von der Mißstimmung wegen des nicht erhaltenen Postens mußte Schmidt seine Kritik an dem Schritt Hugenbergs vom 30. Januar hernach in praktische Mitarbeit umgewandelt haben und öffentlichen Widerspruch nur in dezenter Form gegen die Nationalsozialisten gewendet haben. Ein Beispiel hierfür gab er sogleich am 11. April in seiner Antrittsrede.<sup>1866</sup> Mit eisernem Willen beschwor er die Abgeordneten, die offensichtlichen Ressentiments im Sinne des großen Ziels zu unterdrücken. Es hatte den Anschein, als müsse er sich gar selbst daran erinnern, die Gegenwart politisch gewollt zu haben: „Jeder, der heute im Kampfe steht, jeder, der verbittert und enttäuscht über Angriffe, Eigenmächtigkeiten und ‚Quartier-Ansprüche‘ der Nachbarn Klage zu führen hat, jeder, der grübelt und sich sorgt, denke daran: Deutschland steht in der schwersten Entscheidungsschlacht seiner Geschichte. Wir wollen im Frontabschnitt der Deutschnationalen ehrlich unsere Pflicht tun.“

Und nochmals war an den Zwischentönen zu erkennen, wie wenig Substanz das Bündnis mit den Nationalsozialisten für ihn besaß. Schönfärberisch kehrte er hervor,

---

<sup>1862</sup> Vgl. Hiller, EdP, S. 596; Schmidt, Umdenken, S. 349; SEGK 1933, S. 98; Wulf, Oberfohren, S. 183 f.; Ausführungen Hugenbergs zum Fall Oberfohren, in: Der Nationale Wille v. 15.4. 1933.

<sup>1863</sup> Vgl. Wulf, Oberfohren, S. 184 Anm. 84; Leopold, Hugenberg, S. 148 f.

<sup>1864</sup> Vgl. Hiller, EdP, S. 596.

<sup>1865</sup> Hiller, Ende, S. 252.

<sup>1866</sup> Die folgenden Zitate sind allesamt entnommen aus: Der Nationale Wille v. 15.4. 1933.

daß die „neue nationale Volksfront ... ihre großen Erfolge stets im Zusammenwirken der verbündeten Kräfte“ erzielt habe. Wenn er als Beispiele hierfür den Reichsausschuß und den 30. Januar nannte, wurde deutlich, daß er seinen eigenen Widerwillen im Sinne der Sache unterdrückte. Damit lag er ganz auf Hugenberg's Linie, der ja am 20. März gesagt hatte, man dürfe sich nicht denken, „durch den Übergang in die Opposition irgend etwas ändern zu können“. Indem Schmidt bei seiner Aufzählung Harzburg außen vorließ, machte er mit einem wohldosierten Seitenhieb deutlich, wo die Einigung gerade nicht stattgefunden hatte. Hatte sich Schmidt mit der Betonung des gerade jetzt einzulösenden Pflichtbegriffs in aller Form und Diktion zur Mitarbeit in der Regierung verpflichtet, verstand er nicht, daß Hitler dieses deutschnationale Denken genutzt hatte, solange es für ihn notwendig war, jetzt aber zusehends drastisch darauf aufmerksam machte, daß er ihrer nicht mehr bedurfte. Wie wenig er von der kalten Strategie verstand, die hinter Hitlers zunehmend robusten Schritten gegen die Deutschnationalen, gegen die übrigen politischen Kräfte zumal, rankte, unterstrich er in seiner politischen Prioritätensetzung: „Hinter dem großen Ziele der Revision von Versailles, der Rückgewinnung des deutschen Wehrrechts ... müssen alle innenpolitischen Organisations- und Agitationswünsche zurücktreten“<sup>1867</sup>. Ehrlich sehnte er sich nach der Erfüllung seiner deutschnationalen Wünsche über die Aufhebung des Versailler Vertrages. Er fiel damit der blendenden nationalen Revisionsrhetorik Hitlers gegen Versailles zum Opfer, ohne dies zu merken.<sup>1868</sup> Denn im Windschatten allein seiner kalkuliert diese Elemente aufnehmenden Reichstagsreden am 23. März und am 17. Mai<sup>1869</sup> ließ sich durchtrieben und hemmungslos zugleich jene innerstaatliche Struktur aufbauen, die nur eine politische Kraft in Deutschland zulassen sollte.

Als die Fraktion am 27. April erneut zusammentraf, hatten sich die Bedingungen für die politische Betätigung der DNVP dramatisch verschärft. Planmäßig wurde der Parteivorsitzende Hugenberg von mittleren Funktionären der NSDAP angegriffen und in seiner Autorität unterminiert.<sup>1870</sup> Teilweise sogar gewalttätige Pressionen wurden schon seit geraumer Zeit auf deutschnationale Landesverbände und untere Parteigliederungen durch Nationalsozialisten ausgeübt.<sup>1871</sup> Zuletzt wurde die der

---

<sup>1867</sup> Dieses alte außenpolitische Ansinnen brachte er auch wenig später in einer Tagung des Landesverbandes Ost-Hannover vor – es blieb der alleinige Punkt seiner Ausführungen. Vgl. Zeitungsartikel: Forderungen der DNVP zur Wehrfrage, in: R 72 / 1683, 13.4. 1933.

<sup>1868</sup> Vgl. Fest, Hitler, S. 563.

<sup>1869</sup> Vgl. VdRT VIII. WP, Bd. 457, S. 34 f. (23.3.), S. 47-51 (17.5).

<sup>1870</sup> Vgl. Leopold, Hugenberg, S. 147; Corni, G., Hugenberg as minister of agriculture, in: German History 7 (1989), S. 210-214.

<sup>1871</sup> Vgl. R 8005 / 19 v. Natzmer (Landesvors. des LV Ost-Hannover der DNVP) an Nagel, 5.4. 1933; Hassell-Tagebücher 1938-1944. Ulrich von Hassell. Aufzeichnungen vom Andern Deutschland. Hg. v. Frhr. Hiller v. Gaertringen, Berlin 3. Aufl. 1989, Eintr. v. 18.7. 1939, S. 99: [Kapitän] Scheibe war hier und erzählte, wie unerhört nach der Machtergreifung die formellsten

DNVP nahestehende Beamtenschaft bis hin zu den Staatssekretären Bang und Rohr zunehmend offener drangsaliert.<sup>1872</sup> Das Ziel dieser von Hitler nicht offen propagierten Bestrebungen, denen sich die Deutschnationalen ungläubig widersetzten, da sie das Geschehen mit ihrem überkommenen Pflicht- und Treuevorstellungen nicht übereinbringen konnten, war ansatzweise erkennbar. Spätestens nach der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes bedurften die Nationalsozialisten der DNVP nicht mehr. Der vertrauensvolle Rekurs auf die Abhängigkeit des Bestands der Regierung von der gegenwärtigen Zusammensetzung war juristisch von einem der seinerzeit führenden Rechtsgelehrten, Carl Schmitt, vollständig erschüttert worden.<sup>1873</sup> Die Eigendynamik der politischen Entwicklung des Frühjahrs 1933 unterstützte diese Aussage wirkungsmächtig und schonungslos zugleich.

Hitler persönlich gab deutschnationalen Führungspersonlichkeiten in dieser Zeit keinen Vorwand, der seine tiefsitzende Aversion gegen die Deutschnationalen zum Vorschein gebracht hätte. Wie er bei Hugenberg abwartete, bis sich ein günstiger Augenblick für dessen Absetzung ergab, ja ihn Anfang Mai sogar „in betont liebenswürdiger Form“<sup>1874</sup> zur Vereinigung mit der NSDAP aufgefordert hatte, so wog er auch den mißtrauischen Schmidt im Geist von Potsdam in Sicherheit. Alten parlamentarischen Formalien verhaftet, suchte Schmidt direkt nach seiner Wahl zum Fraktionsvorsitzenden um einen Antrittsbesuch beim Kanzler nach. Ein solcher kam jedoch nicht zustande. Schmidt, der Kontakte zum Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes und hochrangigen SA-Führer, dem Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha innehatte, erhielt über seine Verbindungen Auskunft. Danach hatte der Herzog zu Ostern persönlich mit Frick gesprochen, wobei ihm vom Reichsminister des Innern „mehrmals versichert“ wurde, „daß nicht das Allergeringste gegen ihre Person beim Kanzler vorläge“<sup>1875</sup>. Woran

---

Versprechen an die Deutschnationale Partei gebrochen wurden.“ Scheibe war bis zur Auflösung der Partei ihr Schatzmeister. Vgl. den erschütternden Bericht eines Kreisvorsitzenden der DNVP über Ausschreitungen der SA gegen Deutschnationale, Kommunisten und Sozialdemokraten: N 1211 / 40 Recknagel an Hugenberg, 30.3. 1933 (Abschrift).

<sup>1872</sup> Vgl. R 8005 / 19 Nagel (gf. Vorstandsmitglied der DNVP) im Auftrag von StS Bang an StS Lammers (Reichskanzlei), 3.3. 1933.

<sup>1873</sup> Vgl. Morsey, R. (Hg.), Das „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich“, Düsseldorf 1992, S. 91 f.: Kommentierung durch deutsche Staatsrechtler, Carl Schmitt; Hiller, Ende, S. 257.

<sup>1874</sup> Hiller, Ende, S. 256.

<sup>1875</sup> N 1211 / 14 Nord an Schmidt, 24.4. 1933. Das Schreiben geht auf einen nicht mehr vorhandenen Brief Schmidts „vom 13. ds. Mts.“ ein. Mithin muß Schmidt sich zu diesem Zeitpunkt über eine nicht stattgehabte Unterredung bei Hitler mokiert haben. Schmidts ausladende Darstellung (Umdenken, S. 353) eines Besuchs bei Hitler am 12. April, in dem er ihm eine „erneute Beschwerde gegen Ausschreitungen der SA“ unterbreitet haben wollte, worauf dieser „wütend“ geworden sei, sind deshalb als (gescheiterter) Versuch zu werten, sich selbst in gutem Licht darzustellen. Überdies waren weder in der AdR-Reihe noch im Bundesarchiv (R 43) Aufzeichnungen über eine Zusammenkunft zu finden.

demnach „das Nichtzustandekommen einer Unterhaltung“ lag, blieb Schmidts Kontaktmann „unerfindlich“<sup>1876</sup>.

Die verschiedenen Parteichargen in ihrem Treiben gegen die Deutschnationalen gewähren lassend und nur auf unablässiges Drängen Hugenbergs hin mit nach außen gekehrter Bemühtheit dem Einhalt gebietend, wirkte diese perfide und doch so typische Vorgehensweise glänzend. In der unter Schmidts Vorsitz stattfindenden Fraktionssitzung am 27. April kamen seitens Hugenbergs sämtliche Vorwürfe gegen die nationalsozialistischen Angriffe gegen die deutschnationalen Beamten, gegen die Parteiangehörigen an sich, gegen die jüngste Absetzung des preußischen Staatssekretärs Bismarck, aber auch gegen ihn selbst zum Vortrag.<sup>1877</sup> Er sah die Absicht „bei den unteren Organen der Partei .., uns auszuschalten“, auch beschwor er „die erste Voraussetzung“ der Regierungspolitik, „Ruhe und Glauben an einen Rechtsstaat“<sup>1878</sup>, aber die trügerische Rettung setzte er – geblendet durch die Taktik des Kanzlers – auf diesen selbst: „Die größte Hoffnung, die ich in Bezug auf einen guten Ausgang habe, knüpft sich an die Person Adolf Hitlers“<sup>1879</sup>.

Schmidts Beitrag in dieser Sitzung nahm sich hoffnungslos kämpferisch und hilflos überholt zugleich aus. Zwar war es ein bedeutsamer Indikator für die politisch fahrlässige Arbeitsintensität Hugenbergs, wenn selbst über Schmidt als seinem engsten Vertrauten und Begleiter Ende April vom Chefkorrespondenten des Scherl-Verlags festgestellt wurde: „Ich [Kriegk-d. Vf.] habe von Woche zu Woche stärker feststellen müssen, daß auch Herr Hauptmann Schmidt ... über die Gedanken des Herrn Geheimrats über die nächste Entwicklung nicht im klaren“<sup>1880</sup> war. Aber Schmidts unwissende Loyalität zu Hugenberg wies gleichsam stereotyp die „gegen seine Person [des Geheimrats – d. Vf.] gerichteten Angriffe ... nachdrücklich“<sup>1881</sup> zurück. Geradezu grotesk mutete es allerdings an, wenn Schmidt mit verzweifelter Hilflosigkeit die Herausdrängung deutschnationaler Beamten aus dem Staatsapparat anprangerte. „Für die vor uns liegenden Arbeitsaufgaben“, so forderte er, „sollte allen Frontkämpfern eine von der Regierung gesetzlich geregelte Vorzugsstellung eingeräumt werden“<sup>1882</sup>. Daß unter den 12 Millionen Männern, die im Krieg gekämpft hatten, gewiß nicht ausschließlich nachmalige Deutschnationale zu finden waren, hat

---

<sup>1876</sup> N 1211 / 14 Nord an Schmidt, 24.4. 1933.

<sup>1877</sup> Vgl. insgesamt die Ausführungen Hugenbergs in: N 1324 / 175 Spahn, Notizen, Fraktionssitzung v. 27.4. 1933, S. 19-21.

<sup>1878</sup> Ebd., S. 19, 20.

<sup>1879</sup> Ebd., S. 21.

<sup>1880</sup> N 1231 / 37 Kriegk an Generaldirektor Klitzsch (Scherl), 25.4. 1933. Daß Schmidt noch immer besser als der Chefkorrespondent orientiert war, geht aus der bemerkenswerten Aussage Kriegks hervor, Hugenberg seit dem 30. Januar „vielleicht im ganzen 30 Minuten“ (ebd.) gesprochen zu haben.

<sup>1881</sup> Ausführungen Schmidts in: Der Nationale Wille v. 29.4. 1933. Auch abgedruckt in: Der Tag v. 28.4. 1933.

er gewiß nicht bei dieser Aussage berücksichtigt. Ihm ging es, so darf man vermuten, eher darum, der massenhaften Durchsetzung des Staatsapparats und der einflußreichen Interessenverbände der Landwirtschaft, der Soldaten und der Industrie mit Nationalsozialisten in letzter Sekunde panikartig entgegenzuwirken. Daß er sich damit einem Trend entgensetzte, dessen Unaufhaltsamkeit genauso unabwendbar wie reißend war, schien er noch nicht verstanden zu haben. Daß er mit den Frontkämpfern nur „unsere deutschnationalen Kämpfer“<sup>1883</sup> meinte, machte er anschließend deutlich. Wenn er sie „als gleichberechtigte Kameraden der nationalen Front auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens anerkannt“<sup>1884</sup> sehen wollte, gestand er unfreiwillig ein, daß diese Gleichberechtigung mit Harzburg beginnend recht eigentlich nie bestanden hatte. Vergleicht man seine Ausführungen vom 11. und 27. April in ihrer thematischen Gewichtung fiel auf, daß die Außenpolitik keine Rolle mehr spielte, vielmehr die Bekämpfung durch die NSDAP in den Mittelpunkt gerückt war. Zumindest, dies war der Erkenntnisfortschritt, realisierte Schmidt, die in Gang befindliche Entwicklung – und „unterschätzte die Dynamik der nunmehr entfachten Revolution“<sup>1885</sup>. Mehr als ein Zuschauer in der Ehrenloge, der zu Beginn des Dramas die Tür gewiesen bekam, war er nicht – nie gewesen.

Auf der Sitzung des deutschnationalen Parteivorstandes am 3. Mai wurden diese Bedingungen weitestgehend wiederholt und ergänzt.<sup>1886</sup> Dabei wirkte die als letztes genannte Umbenennung der Partei in Deutschnationale Front, um den ungeliebten Namensbestandteil Partei zu tilgen, neben dem wenig früher umfassend installierten Führerprinzip<sup>1887</sup> als weiterer untauglicher Versuch, sich den Geist der Zeit nutzbar zu machen. Das nurmehr flehende, agonale Aufbegehren der Partei gegen den eigenen Untergang erhob sich nochmals bei den scheiternden Versuchen, beim Reichspräsidenten Rückhalt zu erfahren<sup>1888</sup> und die Auflösung der Kampfstaffeln zu verhindern<sup>1889</sup>, allein, Schmidt war zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr auf der politischen Bühne aktiv.

---

<sup>1882</sup> Ausführungen Schmidts in: Der Nationale Wille v. 29.4. 1933.

<sup>1883</sup> Ausführungen Schmidts in: Der Nationale Wille v. 29.4. 1933.

<sup>1884</sup> Ebd.

<sup>1885</sup> N 1211 / 45 Schmidt an Militärregierung, 1.6. 1947, S. 11. Schmidt schiebt diese falsche Bewertung der Lage zwar Hugenberg zu, sie trifft allerdings auf ihn gleichfalls zu.

<sup>1886</sup> Vgl. Der Nationale Wille v. 6.5. 1933.

<sup>1887</sup> Vgl. Der Nationale Wille v. 22.4. 1933.

<sup>1888</sup> Vgl. N 1231 / 38 Aufzeichnung über die Besprechung des Herrn Reichspräsidenten mit dem Reichsminister Hugenberg und dem stellv. Führer der Deutschnationalen Front, v. Winterfeldt, 17.5. 1933.

<sup>1889</sup> Die Abgeordneten Freytagh, Restorff und Berndt waren aufgrund ihrer Weigerung, die Kampfstaffeln aufzulösen, Ende Mai mit einem Wutausbruch Hitlers überzogen worden. Vgl. Hiller, Ende, S. 259. Die Staffeln wurden im Juni mit der Begründung, kommunistisch unterlaufen worden zu sein, durch zwei Polizeiaktionen im Reich und in Preußen aufgelöst. Vgl. SEGK 1933, S. 155 (Preußen), 157 (Reich); verschiedene Protestschreiben, u.a. Winterfeldts an Göring, sind abgedruckt in: Der Nationale Wille v. 17.6. 1933. Vgl. zur Unterstreichung des

Der Körper forderte nun seinen Tribut für die extensive Arbeitsbelastung, die Schmidt in den letzten Jahren an der Seite Hugenberg's getragen hatte. Nicht zuletzt, so berichtete er nach dem Krieg, hatte er die scheinbar nicht übermäßige Arbeitsamkeit von Pressechef Brosius durch „erhebliche Mehrarbeit“<sup>1890</sup> kompensieren müssen. Anfang Mai suchte er wegen „außerordentlicher Mattigkeit, Schlaflosigkeit und Herzbeschwerden“<sup>1891</sup> einen Arzt auf. Umso erstaunlicher es ist, daß bei dem 23 Jahre älteren Hugenberg solches nicht bekannt geworden ist, hatten die Anspannungen der eigenen Schaffenszeit bei dem 45 Jahre alte Schmidt zu nervösen Störungen geführt. Um diese „deutlichen Zeichen einer starken Störung des Herznervensystems“, die sich „subjektiv in Herzklopfen und im Gefühl des Aussetzens des Herzschlags“ äußerten, nicht zu einer „organischen Schädigung des Herzmuskels“ werden zu lassen, empfahl ihm sein Arzt dringendst eine „Kur von mindestens sechs Wochen Dauer in einem Herzheilbade“<sup>1892</sup>. Mit einer persönlichen Mitteilung an die Mitglieder der Fraktion verabschiedete sich Schmidt auf unbestimmte Zeit und ernannte den Abgeordneten Berndt zu seinem Vertreter.<sup>1893</sup> Nach nur einem Monat im Amt des Fraktionsvorsitzenden schied er aus diesem und ging für einen Sanatoriumsaufenthalt nach Marienbad.

---

willkürlichen Moments in Hannover: Schmiechen-Ackermann, Scheitern, S. 47 f.; Schumann (Gewalt, S. 334-358) beschäftigt sich hier einseitig mit den Verbänden des linken politischen Spektrums.

<sup>1890</sup> N 1211 / 12 Schmidt an Loewenstein, 30.8. 1948. Schmidt zeichnet hier kein besonders gutes Bild von Brosius' Charakter.

<sup>1891</sup> N 1211 / 79 Dr. med. Benfey, Bescheinigung für Schmidt, 8.5. 1933.

<sup>1892</sup> Ebd.

<sup>1893</sup> N 1211 / 38 Schmidt an die Mitglieder der Reichstagsfraktion, 10.5. 1933.

### **6.9. Abkehr von Berlin, Hochzeitsektlat bei Everling und Nichteinzug in den ersten Einheitsreichstag**

Die längst im Gange befindlichen Auflösungserscheinungen hat er nicht mehr beeinflußt. Erst Ende August, mithin dreieinhalb Monate später, sollte er wieder nach Berlin zurückkehren. Nur einmal hat er sich in dieser Zeit unter seinen deutschnationalen Reichstagskollegen blicken lassen. Den Anlaß hierzu bot die Hochzeit des etwas jüngeren Everling, die Ende Mai stattfand. Hier mußte Schmidt in glaubwürdiger Art und Weise seine gänzliche Frustration über die unerwartete Entwicklung der letzten vier Monate und seine sich daraus bedingende deutliche Ablehnung der NSDAP kundgetan haben. Ob er diese, was nicht unwahrscheinlich war, in seine scheinbar unzweideutige Kritik Hitler mit einbezogen hat, war nicht zu sagen. Welchen Inhalts die „scharfe Anti-Nazi-Rede“<sup>1894</sup> Schmidts gewesen ist, kann nicht gesagt werden. Immerhin mußte Schmidt diese eher unpassende Gelegenheit so intensiv genutzt haben, daß Everling „es sich gegen Schluß verboten hat“<sup>1895</sup>. Soviel

---

<sup>1894</sup> Freifrau Hiller von Gaertringen an Ada Gräfin von Westarp, 31.5. 1933, in: Privatkorrespondenz, Familienarchiv Freiherren Hiller von Gaertringen, Gärtringen.

<sup>1895</sup> Ebd. Die Authentizität dieser Quelle und ihres Gehalts kontrastiert auffällig mit dem Bemühen Schmidts, sich besonders offensichtlich gerade von Hitler abzusetzen. Hierfür war er sogar bereit, gefälschte Dokumente herzustellen. In einem Schreiben vom 11. Mai 1933 (N 1211 / 9 Hugenberg an Hitler), als Schmidt Berlin krankheitsshalber bereits verlassen hatte, bedeutete Hugenberg Hitler, daß Schmidt eine gewisse Staatssekretärsstelle abgelehnt habe. Unter diesem kurzen Brief ist der dazugehörige Vorgang (von Schmidt verfaßt, was an der Diktion leicht erkennbar ist) beigefügt, was behördenuntypisch erscheint, da es auf demselben Stück Papier geschrieben ist. Zur Sicherheit erläutert der Brief, das dies nur eine Abschrift sein, wodurch der zu fälschende Briefkopf entfiel. Das Original sollte sich in den Akten der Reichskanzlei, eine Durchschrift in den Akten des Reichsernährungsministeriums befinden. Die genaue Durchsicht des Findbuchs zum Bestand R 43 (Reichskanzlei. Bearb. v. Walter Vogel und Gregor Verlande, Teil 1-3, Bd. 13 Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs, Koblenz 1975) ergab in Teil 1 keine Nennung Schmidts unter den Rubra Schmidt, DNVP und Hugenberg (R 43 I / 2654, 2655; R 43 II / 1192 c). Da Teil II nur die Regierungen bis zum Kabinett Marx II enthält, blieb noch Teil III. In diesem fand sich, wie erwähnt, weder der Antrittsbesuch Schmidts als Fraktionsvorsitzender noch das obige Schreiben Hugenbergs (Teil 3, Kabinett Hitler, S. 828-871). Diese Beweise werden als eindeutig angesehen. Darüber hinaus sollte eine weitere Durchschrift in den Akten Hugenbergs vorzufinden sein, was im Nachlaß ebenfalls nicht der Fall war. Auch wenn diese Beweise schon ausreichen würden, muß Schmidt wohl selber ob der freien Erfindung des Schriftstücks unwohl geworden sein, als er an die britische Militärregierung schrieb. Nicht ein Wort verliert er aus diesem eigentlich besten Beweisstück seiner Gegnerschaft gegen Hitler. Zu sehr wird er bei der Besatzungsbehörde die Fälschungsmöglichkeit gescheut haben.

Inhaltlich schildert Schmidt das Geschehen wie folgt: „Im März 1933“ sei ihm durch „Dr. Hugenberg angeboten worden, als Staatssekretär für die vier wirtschaftlichen Ministerien ... in das Kabinett einzutreten“. – Zunächst kann hierzu gesagt werden, daß Schmidt im März derjenige war, der Hugenberg regelrecht bedrängt haben muß. Hugenberg war zu diesem Zeitpunkt gerade nicht willens, ihm eine Amtstellung zu geben, denn den Gedanken an die Stelle des Reichskommissars verwarf er sehr schnell wieder. Überdies hätte Schmidt dazu Bang und Rohr verdrängen müssen. Am 2. Mai soll Hitler gegenüber Hugenberg wörtlich erklärt haben: „Herr Schmidt-Hannover ist mein persönlicher Feind, und ein Feind meiner Bewegung. Er hat dies 1000-fach bewiesen. Wenn Sie ihn durchaus als Ihren Staatssekretär ins Kabinett haben wollen, müßte ich seine bündige Erklärung haben, daß er seine bisherige Einstellung gegen die NSDAP bedauert und aufgibt“. Daß dies dem Brief Nordts und den darin gemachten Äußerungen des Herzogs von Coburg widersprach war offensichtlich, so sehr taktisch die



kann jedoch gesagt werden, daß seine notwendigerweise zurückhaltende Kritik an den Nationalsozialisten in den Monaten März und April durch den Glauben an die grundsätzliche Richtigkeit des Bündnisses bedingt war. Der loyale Schutz Hugenberg im Kabinett, der dem Status der DNVP in der Tagespolitik nichts einbrachte, konnte damit ebenfalls erklärt werden. Aus der Loyalität gegenüber Hugenberg ließ sich auch ableiten, daß er ein Stadtlersches Aufgehen in der NSDAP ablehnte. Ende Mai aber, nur drei Wochen nach der Abreise von Berlin, mußte das Eis gebrochen sein. Obwohl Hugenberg noch im Amt war und die Fraktion noch bestand, ließ er seiner Aversion gegen den Nationalsozialismus freien Lauf. Was faktisch schon längst der Fall war, erklärte er nun freimütig: Eigenständige deutschnationale Politik hielt er nicht mehr für möglich.

Mitte Mai war Hugenberg beim Reichspräsidenten bereits vergeblich vorstellig geworden, um auf Übergriffe auf Deutschnationale hinzuweisen. Einen Monat später erhob Schmidt telegraphisch beim Reichspräsidenten aus der Kur einen gleichfalls folgenlosen Einspruch wegen mehrerer Haussuchungen bei deutschnationalen Abgeordneten. Die Bedeutung des abwesenden Fraktionsvorsitzenden mußte auch in der Parteipresse dem allgemeinen Verfall der Partei preisgegeben worden sein, denn mehr als vier Zeilen erhielt die Meldung nicht.<sup>1896</sup>

Der ebenfalls an seinem Kurort verfaßte Artikel zu Hugengeb's Geburtstag trug weithin resignative Züge ob des Zustands der Partei. Nach einer betuernden Rückschau auf die erfolgreich antiparlamentarische Linie verwies er nachgerade flehentlich auf Hugengeb's „Arbeitskraft und ehrliche Kameradschaft“<sup>1897</sup>, die Hitler verlässlich kennengelernt habe. Dies möge doch ein „Staatsmann wie Hitler“ besser erkennen als diejenigen, die die „Deutschnationale Front als abbaureif bezeichnen“<sup>1898</sup>. Der

---

Bemerkungen auch gewesen sein mögen. Was aber am meisten dagegen spricht, ist der Zeitpunkt. Anfang Mai wurden keine Stellen, schon gar keine herausragenden mit Deutschnationalen besetzt. Zuletzt war Schmidt zu diesem Zeitpunkt schon längst bei seinem Arzt gewesen, der ihm die Kur dringlichst nahelegte. Eine Aufnahme der Arbeit wäre also aus gesundheitlichen Gründen schon unmöglich gewesen. Schmidt, das wurde deutlich, hatte bei der „Abfassung“ des Dokuments einige Erinnerungslücken.

Die letzte Frage, warum Schmidt zu diesem Mittel der Dokumentenfälschung gegriffen hat, ist schwer zu beantworten. Seine publizistischen Äußerungen waren doch bereits ohne große Mühe in ihrer antinationalsozialistischen Spitze zu erkennen. Der *ex post* selbstverfertigte Persilschein sollte wahrscheinlich seine gegnerische Haltung im Zuge der Aufarbeitung der Vergangenheit nach dem Zweiten Weltkrieg unterstreichen. Darauf deutet zumindest seine ausführliche Nennung in seinem Umdenken-Buch hin (vgl. S. 346 f.). Der genaue Zeitpunkt der Erstellung des Schriftstücks wäre durch eine aufwendige Materialprüfung zumindest annähernd zu bestimmen.

<sup>1896</sup> Vgl. Der Nationale Wille v. 17.6. 1933. Vgl. Hiller, Ende, S. 261.

<sup>1897</sup> Schmidt-Hannover, Zum 19. Juni, in: Der Nationale Wille v. 17.6. 1933.

<sup>1898</sup> Ebd.

unmißverständliche Fingerzeig auf die Mannen um Stadtler<sup>1899</sup>, die Ende Mai / Anfang Juni zur NSDAP übergewechselt waren, wirkte angesichts des Zerfalls wie ein stummer Ruf. Soweit die an Hitler gerichteten Worte einmal mehr einer aus Schwäche geborenen Anbiederung gleichkamen, um den Schaden für die Angehörigen der Partei erträglich zu halten, so sehr vermißte man die angriffslustige Art, die Schmidt nicht zuletzt auch in früheren Geburtstagsartikeln hatte durchscheinen lassen. So wenig der Artikel auch über seine innere Einstellung zum Nationalsozialismus verriet – daß er die Partei auf verlorenem Posten stehend sah, war unverkennbar.

Die wenige Tage später erfolgende Selbstaflösung der DNVP hat Schmidt nicht erlebt. Freytagh, der im wesentlichen die Verhandlungen auf der deutschnationalen Seite führte, berichtete über den Zustand Schmidts Ende Juni Folgendes: „Leider ging es Ihnen in den entscheidenden Tagen am 27. und 28. Juni so schlecht, daß mir nicht erlaubt wurde, mit Ihnen telephonisch zu sprechen“<sup>1900</sup>. Schmidt bestätigte seine krankheitsbedingte Abwesenheit später und in keinem der Schreiben schien irgendgeartetes, weiterhin vorhandenes Interesse an Politik durch. Im Gegenteil, Schmidt führte bis Ende August keine Korrespondenz. Nicht einmal mit Hugenberg, mit dem er zumindest bis Ende Januar 1933 täglichen Kontakt gehabt hatte, tauschte er sich aus. Es schien, als hätten die unterschiedlichen politischen Ansichten über den Eintritt in die Regierung Hitler, die Verstimmung über die Nicht-Versorgung mit einem hochrangigen Posten und nicht zuletzt der von der NSDAP tatkräftig betriebene Zerfall der Partei Schmidts verärgerte Abgewandtheit vom politischen Geschehen erheblich befördert. Nachdem er im Mai „nach langen Jahren stärkster politischer Tätigkeit die ganze Arbeits- und Gedanken-Maschinerie plötzlich abgestellt“<sup>1901</sup> hatte, hatte er überdies aus der Kur heraus im Juni sein Büro in der Friedrich-Ebert-Straße 29 auflösen lassen.<sup>1902</sup>

Erst Anfang September, nachdem im Zuge des Erlasses des Gesetzes gegen die Neubildung der Parteien mit der Deutschnationalen Front auch sein ihm Dank

---

<sup>1899</sup> Vgl. N 1327 / 48 c Anlage zum Rundschreiben Nr. 49 der DNF v. 10.6. 1933: Zum Austritt Professor Spahns; N 1327 / 172 Spahn an Schorlemmer, 12.6. 1933; Hiller, Ende, S. 259; ders., EdP, S. 607.

<sup>1900</sup> N 1211 / 6 Freytagh an Schmidt, 6.8. 1933, S. 1. Der zwölfseitige Brief gibt im Detail wieder, wie die Gespräche mit der nationalsozialistischen Seite verliefen; er beleuchtet dabei auch die Auseinandersetzungen auf deutschnationaler Seite, insbesondere Hugenbergs „Taktik des passiven Abwartens“ (S. 3), die zum Handeln zwang. Die Haltung Hugenbergs, der zu den entscheidenden Sitzungen der Fraktion und des Vorstands nicht erschien, bewertet Hiller in günstigerem Licht, da er das Verhalten der Parteiführung als Versagung des Gehorsams wertete. Vgl. Hiller, EdP, S. 614 f.

<sup>1901</sup> N 1211 / 4 Schmidt an Donnersmarck, 18.10. 1933.

<sup>1902</sup> Vgl. N 1211 / 24 Sekretärin (Schmidts) an Herrn Zahn, 11.8. 1933.

bekundender Landesverband Hannover-Ost aufgelöst worden war<sup>1903</sup>, kehrte Schmidt nach Berlin zurück. Er schien etwas Abstand gewonnen zu haben von den politischen Ereignissen der letzten Zeit, aber tief empfundene, stumme Verbitterung sprach aus den Worten gegenüber einem ihm altvertrauten Kreisvereinsvorsitzenden seines Wahlkreises: „Ich will über die vergangenen Monate und ihre Auswirkungen hier nicht sprechen. Jeder muß alle diese Dinge mit sich selbst abmachen“<sup>1904</sup>. Das häufig hektische, betriebsame politische Treiben in der Parteizentrale, den Mittelpunkt seiner Arbeitswelt, gab es nicht mehr. Die Rückkehr nach Berlin dürfte für ihn mehr mit dem Gefühl langsam weichender Benommenheit verbunden gewesen sein. Seine Welt gab es nicht mehr. Die neue Zeit, deren Werden er mit festem Willen unterstützt hatte, gereichte ihm nicht zur Freude über die Vollendung seines Wollens. Vielmehr suchte er tastend zu erkunden, was er selbst befördert hatte.

Ohne daß ein näheres Interesse erkennbar wurde, informierte er sich anscheinend bei Freytagh über den Stand der Verhandlungen hinsichtlich der Aufnahme der deutschnationalen Abgeordneten in die Fraktion der NSDAP. Diese war zwar im deutschnationalen Selbstaflösungsbeschuß vom 27. Juni erwartet worden, wurde aber von Frick ständig verzögert.<sup>1905</sup> Die Äußerungen über die Zeit bis Mai und die nicht vorhandenen Aspirationen zur Aufnahme lassen nicht vermuten, daß Schmidt in diese Richtung tendierte. Schmidt befand sich gleichsam in einem Schwebезustand. Ungewiß in die Zukunft schauend, trieben Schmidt weniger Sorgen um die wirtschaftliche Existenz um als vielmehr die Suche nach einer ausfüllenden Aufgabe, nach einem Ende der befremdlich-ungewohnten Leere. In dieser Zeit entwickelte er auf die Frage von Brosius hin, „was ich nun zu tun dächte, einen Wunschplan von mir, für Scherl und UfA eine Reise über Moskau (das ich von 1918 kannte) nach Fernost zu machen und darüber dann ein Werk zu schreiben“<sup>1906</sup>. Allein, Brosius gefiel die Idee selbst so gut, daß er sie für sich vereinnahmte und beim Generaldirektor des Scherl-Konzerns, Klitzsch, erfolgreich durchsetzte. Es ist gleichwohl an diesem Gedanken zu erkennen, daß Schmidt im Herbst 1933 keine politischen Ambitionen hatte, zumal eine mit einem solchen Ziel bezeichnete Reise zumindest mehrere Monate gedauert hätte. Nachdem dieses Ansinnen gescheitert war, war es nicht klar, ob Schmidt begann, wie Hugenberg ihm riet, seine „Erinnerungen [zu] schreiben“<sup>1907</sup>. In diesen Tag dürfte er auch unfreiwillig die Zeit gefunden haben, die Mamorbüste des 1924 verunglückten

---

<sup>1903</sup> Vgl. N 1211 / 14 Natzmer an Schmidt, 2.9. 1933. Vgl. zum tiefen Dank des Landesverbandes für Schmidts jahrelange Wahlkreisarbeit: N 1211 / 14 Natzmer an Schmidt, 26.7. 1933.

<sup>1904</sup> N 1211 / 14 Schmidt (Berlin) an Neynaber, 5.9. 1933.

<sup>1905</sup> Vgl. Harmony (MdR, ehem. DNF) an Scheibe (ehem. DNF), 18.9. 1933; Hubert, Uniformierter Reichstag, S. 72.

<sup>1906</sup> N 1211 / 12 Schmidt an Loewenstein, 30.8. 1946.

<sup>1907</sup> N 1231 / 38 Hugenberg an Schmidt, 7.9. 1933.

Helfferrich, die „einziger Schmuck unseres Fraktionsberatungszimmers“<sup>1908</sup> war, aus dem Reichstag mitzunehmen, um sie dessen Witwe zu überbringen. Sicher aber reiste Schmidt Anfang Oktober zu Wegener und dem Fürsten Donnersmarck nach Bayern, um sich über die Ereignisse auszusprechen. Auch wenn sich nicht sagen ließ, was er konkret mit ihnen besprach, ließ sich mit seiner Äußerung, wonach er die Gespräche „wohltuend“<sup>1909</sup> empfand, erahnen, daß er ein stärkeres Bedürfnis hatte, die letzten Monate zu verarbeiten.

Während seiner Tage in Bayern fanden in Berlin politische Entwicklungen statt, die seine apolitische Entfremdung von den Geschehnissen für kurze Zeit paralyisierten. Verkürzt war dem die seit Anfang 1932 am Genfer See tagende Abrüstungskonferenz vorausgegangen, die zwar im Dezember 1932 die grundsätzliche militärische Gleichberechtigung Deutschlands akzeptiert hatte, jedoch 1933 einen veränderten Kurs eingeschlagen hatte. Es war Frankreich in der ersten Jahreshälfte gelungen, die Entwicklung in Deutschland außenpolitisch für besorgniserregend darzustellen und für diese Sichtweise Ende März das zunächst zögerliche Großbritannien zu gewinnen. Überdies war die Lösung vom letzten Dezember *ex post* auf Betreiben Frankreichs modelliert worden, indem die Gleichberechtigung von einer vier Jahre dauernden Bewährungsfrist abhängig gemacht worden war, während derer die echte Verständigungsbereitschaft des Deutschen Reiches auf dem Prüfstand stehen sollte.<sup>1910</sup> Die Antwort, zu der Hitler durch Neurath und Blomberg getrieben wurde, gab der Reichsminister für Propaganda und Volksaufklärung, Goebbels, auf einer Pressekonferenz am 14. Oktober. Einerseits wurde verlautbart, daß der Reichstag aufgelöst sei und Neuwahlen für den 12. November angesetzt seien und andererseits, daß Deutschland mit dem Verlassen der Genfer Abrüstungskonferenz seinen Rücktritt aus dem Völkerbund anmeldete.<sup>1911</sup> Warum der Ausgang der Abstimmung für Hitler nicht zweifelhaft sein konnte, hat Fest in einer feinen Beobachtung der Stimmungslage der Deutschen zusammengefaßt: „Jahrelang gehegte Gefühle der Zurücksetzung, des tiefsitzenden Grolls über die zahllosen Querelen, mit deren Hilfe Deutschland diskriminiert und im Status des Besiegten gehalten worden war, brachen sich jetzt Bahn, ...“<sup>1912</sup>. Nun kam für wenige Tage jenes Momentum zum Tragen, das die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten nie getrennt hatte: der außenpolitische Kampf um die radikale Revision des Versailler Vertrages. In einem Brief an den Fürsten Donnersmarck ließ ihn diese Reaktion des Reichskanzlers auf die

---

<sup>1908</sup> N 1211 / 21 Schmidt an Annette Helfferrich, 12.12. 1957.

<sup>1909</sup> N 1211 / 4 Schmidt an Donnersmarck, 18.10. 1933.

<sup>1910</sup> Vgl. Hildebrand, Reich, S. 584; Fest, Hitler, S. 601.

<sup>1911</sup> Dies erklärte Goebbels auf einer Pressekonferenz am 14.10. 1933. Vgl. Hubert, Uniformierter Reichstag, S. 106.

<sup>1912</sup> Fest, Hitler, S. 603 f.

Völkerbundesfrage nachgerade frohlocken: „... mit der geradezu erlösenden Absage an den Völkerbund“ sei von Hitler „ein Schritt getan, der eine neue Weltepoche durch eine völlig neue Gruppierung des sich formenden Weltmächteblocks einleiten kann. Gegenüber dem abgestandenen westlichen Prinzip [des Völkerbundes – d. Vf.] erhebt sich das Lebensprinzip aller bisher vom Westlertum äußerlich und innerlich unterjochten Völker“<sup>1913</sup>. Aufgerüttelt durch die überschwenglich begrüßten außenpolitischen Vorgänge, vollzog Schmidt eine Kehrtwendung in seiner Abgewandtheit von der politischen Gegenwart. Nunmehr, so brach es aus ihm heraus, sollten „alle Fragen der inneren Politik .. angesichts dieser Lage völlig in den Hintergrund treten“<sup>1914</sup>. Die Chance, die so different von den eigenen Vorstellungen verlaufene Entwicklung seit Januar doch versöhnt mitzutragen, klang aus den anschließenden Worten. Der Völkerbundaustritt, mittels dessen Schmidts Mißstimmung kompensiert werden konnte, sollte „in seiner politischen Wirkung ein echtes Verschmelzungswerk größten Maßstabes einleiten“<sup>1915</sup>. Und als wollte er sich selbst wieder zurücknehmen und sich seine Wünsche realistisch sehen lassen, gab er sich selbst zu bedenken, woran er den ehrlichen Willen der NSDAP zur Verschmelzung in seinem Sinne erkennen wollte: „Schon bei der Aufstellung der Einheitslisten für die Reichstagswahl wird sich zeigen, ob über frühere Schranken und Ressentiments hinweg dieser Gedanke zum Siege geführt wird“<sup>1916</sup>.

Die Ressentiments gegen Schmidt müssen allerdings zu groß gewesen sein, denn Schmidts Name fand sich nicht auf der sogenannten Einheitsliste wieder. Obwohl es Ausnahmen von den in der Regel streng angewendeten Kriterien Hitlers für die Zulassung zur Ausstellung gab, gelang es Schmidt nicht, auf den zuständigen „Reichswahlleiter der NSDAP“ ausreichenden Einfluß zu nehmen.<sup>1917</sup> Die Einheitsliste, die bei dieser Wahl aus drei Gruppen bestand, sah in ihrer ersten die Spitzenkandidaten aufgeführt. Hinter sieben höchstrangigen Nationalsozialisten rangierten Seldte, Papen und Hugenberg. In der zweiten Gruppe fanden sich nicht hierarchisch geordnet, sondern allein alphabetisch aufgezählte Kandidaten, in der dritten solche, die wenig Aussicht auf ein Mandat hatten. Als Reichswahlvorschlag erhielten diejenigen ein Mandat, die durch Verwertung der Reststimmen (über 60.000 / Kreiswahlvorschlag) genügend Stimmen erzielten.<sup>1918</sup> Betrachtet man die ehemaligen

---

<sup>1913</sup> N 1211 / 4 Schmidt an Donnersmarck, 18.10. 1933.

<sup>1914</sup> Ebd.

<sup>1915</sup> Ebd.

<sup>1916</sup> Ebd.

<sup>1917</sup> Zu den Kriterien zählten: bisherige Reichstagsmitglieder der NSDAP; die Hälfte aller sicheren Plätze kamen SA und SS zugute; agrarpolitische Experten sollten auf den vorderen Plätzen nominiert werden; kein Bewerber sollte eine höhere Mitgliedsnummer als 300.000 haben. Vgl. Hubert, Uniformierter Reichstag, S. 339 f.

<sup>1918</sup> Vgl. zur Einheitsliste: Hubert, Uniformierter Reichstag, S. 348 f.

Deutschnationalen, die in den neunten Reichstag einziehen sollten, so waren dies: Hugenberg, Everling, Freytagh.<sup>1919</sup> Die Bemühungen der genannten Abgeordneten müssen zeitlich früher als an dem Datum des Briefs Schmidts an Donnersmarck unternommen worden sein. Am 18. Oktober hatte sich der zuständige Frick nämlich mit einem Parteigänger zusammengesetzt und die Einheitsliste abschließend besprochen.<sup>1920</sup>

Wenn Schmidt deshalb zehn Tage später an seinen Landesverbandsvorsitzenden schrieb, er werde „für den neuen Reichstag nicht wieder kandidieren“<sup>1921</sup>, da er, wie er zwei Tage später schrieb, hierzu „nicht aufgefordert“<sup>1922</sup> worden sei, stellte sich die Frage, warum er sich nicht auf der Einheitsliste wiederfand. Für die drei Spitzenkandidaten um Hugenberg, Seldte und Papen in der ersten Gruppe konnte gegen eine gewisse politische Inopportunität, diese nicht aufzustellen, ins Felde geführt werden, daß sie noch zu stark mit dem Geist des sogenannten Tages von Potsdam zusammenhingen. Überdies gehörten Seldte und Papen dem Kabinett an, bei Hugenberg schien es recht und billig, ihm diese inhaltsleere Kompensation nach dem Rücktritt vom Ministeramt zu gewähren. Bei Freytagh wog sicher schwer, daß er nicht nur an der Auflösung der DNF federführend teilgehabt hatte, sondern auch, daß er in den Monaten danach mit Frick über den weiteren Status der ehemaligen deutschnationalen Abgeordneten verhandelt hatte – wenn auch ohne Ergebnis. Wieso nun gerade Everling, so er auch zu den engeren Getreuen Hugenberg's gehörte, und nicht Schmidt ausgewählt wurde, ließ sich nur vermuten. Inwieweit Schmidts Ausfälle gegen den Nationalsozialismus während der Everling'schen Hochzeit dazubeigetragen haben, ist nicht genau zu bewerten. Da diese aber „bekannt geworden“<sup>1923</sup> waren, dürften sie ihm im Oktober mithin nicht hilfreich gewesen sein. Ob Schmidts nur bedingt gegen die NSDAP gerichteter Wahlkampf aus dem letzten Herbst hierzu beigetragen hat und ob der Inhalt des Gesprächs mit Blomberg am 30. Januar gegen ihn verwendet worden ist, blieb der Vermutung anheimgestellt. Dagegen war es zweifach unrichtig, wenn Schmidt gegenüber der britischen Militärregierung im Jahre 1947 behauptete, er habe nach dem März 1933 „jede weitere Kandidatur“<sup>1924</sup> abgelehnt. Nicht nur daß ihm erst gar keine solche angeboten worden war. Überdies

---

<sup>1919</sup> Zum weiteren Kreis der Deutschnationalen konnten noch gezählt werden: Claß, Gerecke, Papen. Spahn, Forschbach, Steuer, Seldte und Thyssen waren vor der Auflösung der Partei schon Nationalsozialisten geworden. Vgl. VdRT IX. WP 1933, Bd. 458, Anlage zum Sten. Ber. der 1. Sitzung v. 12.12. 1933, S. 3 f.

<sup>1920</sup> Vgl. Hubert, Uniformierter Reichstag, S. 340 Anm. 20.

<sup>1921</sup> N 1211 / 14 Schmidt an Natzmer, 28.10. 1933.

<sup>1922</sup> N 1211 / 19 Schmidt an Dr. Schultze, 30.10. 1933.

<sup>1923</sup> Freifrau Hiller von Gaertringen an Ada Gräfin von Westarp, 31.5. 1933, in: Privatkorrespondenz, Familienarchiv Freiherren Hiller von Gaertringen, Gärtringen.

war der mit der Behauptung, diese abgelehnt zu haben, bedacht erweckte Eindruck, aus fester politischer Position heraus, die Kandidatur nicht angenommen zu haben, in Anbetracht des Briefes an Donnersmarck frappant ungehörig. Die kurzzeitige Euphorie, die durch ein außenpolitisches Thema aufgeflackert war, war ebenso schnell wieder verflogen. Daß Schmidt die außenpolitische Diktion Hitlers, der noch am 14. Oktober den soeben vollzogenen Austritt aus dem Völkerbund für die Wahl auf die schneidende Alternative „Bruch oder Unehre“<sup>1925</sup> gebracht hatte, gleichwohl innerlich begrüßt haben muß, wird man vermuten dürfen. Umso bedrückender mußte er die Nicht-Aufstellung empfunden haben, jetzt, da endlich der von Schmidt unentwegt geforderte drastische Kurswechsel in der Außenpolitik umgesetzt wurde.<sup>1926</sup>

Ein weiterer Aspekt hinsichtlich der Kandidatenliste ergab sich aus der Tatsache, daß Papen vor der Wahl von Hindenburg gebeten worden war, Personenvorschläge zu machen. Da Herbert von Bose, der bis Juli für Schmidt gearbeitet hatte, wesentlich an der Zusammenstellung der Liste mitgewirkt hat, ist anzunehmen, daß Schmidt zu den „etwa 80 Nichtnationalsozialisten“<sup>1927</sup> gehörte, die Papen vorschlug. Auch soll, nach Schmidt, Hugenberg selbst „den hierfür maßgeblichen Stellen den Vorschlag gemacht [haben], mich auf die Liste zu setzen“<sup>1928</sup>. Allein, die endgültige Liste zeigte, daß Frick auch hier blockiert haben muß. Daß die nachmaligen Beteuerungen Schmidts, eine Kandidatur im November 1933 von sich gewiesen zu haben, Rechtfertigungen und Vorsichtsmaßnahmen in einem waren, ging schließlich aus einem Brief von Anfang Dezember dieses Jahres explizit hervor: Eine Aussage, „wonach ich angeblich zu kandidieren abgelehnt hätte, ist unrichtig; ...“<sup>1929</sup>.

In Schmidts Wahlkreis Nr. 15 in Ost-Hannover zog nach dem 12. November an der ersten Stelle ein bis dahin unbekannter Nationalsozialist ein.<sup>1930</sup> Es war aus dem Brief Schmidts an Donnersmarck anhand der Bemerkungen über die erhoffte Versöhnung mit der neuen Zeit deutlich geworden, daß der Weggang aus Berlin im Mai nur in

---

<sup>1924</sup> N 1211 / 45 Schmidt an Militärregierung, 1.6. 1947, S. 15. Schmidt hatte dies auch im sog. Fragebogen geäußert. Vgl. N 1211 / 47 Fragebogen Schmidts (für die Besatzungstruppen), 7.8. 1946, S. 4.

<sup>1925</sup> Hitler zit. nach: Fest, Hitler, S. 602.

<sup>1926</sup> Vgl. Hildebrand, Drittes Reich, S. 18-22. Der qualitative Unterschied zwischen einerseits der Politik des Nachfolgers Stresemanns, Curtius (vgl. Rödder, A., Stresemanns Erbe: Julius Curtius und die deutsche Außenpolitik 1929-1931, Paderborn 1996), der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher (Graml, H., Zwischen Stresemann und Hitler. Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher, München 2001) und andererseits ist folgendermaßen beschrieben worden (Hildebrand, Reich, S. 558): Die nationalsozialistische Außenpolitik war auf „ein ganz und gar anderes Ziel“ gerichtet, als es Stresemann, sein Nachfolger oder die Präsidialkabinette vor Augen gehabt hatten.

<sup>1927</sup> ACDP 01-199-014/1, Ein Erlebnisbericht aus den Jahren 1931 bis 1939 von Edmund Forschbach, geschr. 1949, S. 9 f.

<sup>1928</sup> N 1211 / 17 Schmidt an N.N., 2.12. 1933.

<sup>1929</sup> Ebd.

<sup>1930</sup> Der Abgeordnete war der Malermeister Paul Brusck. Vgl. VdRT IX. WP 1933, Bd. 458, Anlage Nr. 2, S. 6.

begrenztem Maße die wirklichen Gründe hierfür dargestellt hatte. Verbittert und stolz zugleich mußte er sich drei Monate vor seinem 46. Geburtstag ins Privatleben zurückziehen. Der Unmut über die Zurücksetzung durch Hugenberg konnte noch nicht verfliegen sein, denn nicht ein Schreiben an den Geheimrat ist aus dieser Zeit überliefert. Vielmehr wandte er sich in einem kurzen Blick zurück noch einmal an die Getreuen seines Wahlkreises. Das bereits erwähnte Schreiben an Natzmer schloß er mit den Worten: „Ich setze still einen Schlußstrich unter einen Lebensabschnitt, dessen ich mich nicht zu schämen brauche“<sup>1931</sup>. Und in einem anderen Schreiben von Ende Oktober 1933 kam kryptisch zum Ausdruck, wonach er zeitlebens gestrebt hatte, was sein politisches Wollen ausgemacht hatte: Er sah sich am Ende eines langen Lebensabschnitts, „in dem ich für nationalistische Politik Kraft, Gesundheit und Vermögen eingesetzt habe. Ich trete damit still ins Privatleben zurück und kann nur hoffen, daß unser Land die rings drohenden Gefahren übersteht und überwindet“<sup>1932</sup>. Im besten Mannesalter war ihm sein politischer Lebensinhalt abhanden gekommen.

### **7. Verfolgung Schmidts 1934**

Ende 1933 war die Partei längst aufgelöst und Schmidt nach neuneinhalb Jahren Parlamentszugehörigkeit politisch abseits gestellt. Freilich, er hatte unnachsichtig für die Abschaffung der Parteien gekämpft, aber seine Position im neuen Reich, das er nie positiv definiert hatte, entsprach gewiß nicht seinen Vorstellungen. Wie er es in seinen Abschiedsbriefen an den Landesverband bereits angedeutet hatte, blieb ihm nicht anderes übrig, als sich ins Privatleben zurückzuziehen, nachdem er politisch unerheblich geworden war.<sup>1933</sup>

Schmidt blieb vorläufig in Berlin. Ob er einer der spätestens im Sommer 1934 aufgelösten, „illegalen Oppositionsgruppen der DNVP“<sup>1934</sup> angehörte, die besonders stark in der Reichshauptstadt gewesen sein sollen, blieb unklar. Unwahrscheinlich ist dies nicht, da jeder politische Zusammenschluß, der nicht das Hakenkreuz der NSDAP in sich trug, seit dem Gesetz gegen die Neubildung von Parteien im Juli 1933 verboten war. Schmidts politische Verbindungen zu seinen ehemaligen Fraktionskollegen, mithin denjenigen, die nicht in die nationalsozialistische Fraktion aufgenommen worden waren, waren ja „keineswegs beseitigt“<sup>1935</sup>. Dies dürften aber nicht mehr als übliche Gesprächszirkel gewesen sein, denn worin hätte Schmidt sich auch in Opposition üben

---

<sup>1931</sup> N 1211 / 14 Schmidt an Natzmer, 28.10. 1933.

<sup>1932</sup> N 1211 / 19 Schmidt an Dr. Schultze, 30.10. 1933.

<sup>1933</sup> Vgl. Klaus, E., Politischer Konservatismus und Widerstand, in: P. Steinbach / J. Tuchel (Hgg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994, S. 221.

<sup>1934</sup> N 1211 / 45 Schmidt an Militärregierung, 1.6. 1947, S. 16. In Schmidts Wahlkreis ist von solchen Gruppen „nichts bekannt geworden“. Schmiechen-Ackermann, Kooperation, S. 50.

<sup>1935</sup> Fest, Hitler, S. 619.



sollen, allein in Anbetracht der über 90 prozentigen Zustimmung der Bevölkerung zu Hitlers Kurs im November 1933?<sup>1936</sup>

Im Verlauf der ersten Jahreshälfte 1934 hatte es vielmehr den Anschein, daß Schmidt sich tatsächlich innerlich von der Politik abwandte. Seine Korrespondenz mit hohen Vertretern der Lebensmittelindustrie legte eine gewisse Neigung nahe, ins privatwirtschaftliche Erwerbsleben überzuwechseln.<sup>1937</sup> Unerwartet für Schmidt überschnitt sich dieses Unterfangen mit der blutigen Unterdrückung von Röhm's Machtanspruch für die SA als erstem Waffenträger anstelle der Reichswehr durch Hitler. Dessen Hauptangriffsziel war sein ungeduldig in die „Zweite Revolution“ drängender, homosexueller Mitkämpfer<sup>1938</sup> aus den ersten Tagen: Ernst Röhm. In diese Richtung besaß Schmidt jedoch keine Verbindungen. Anders verhielt es sich mit der Vizekanzlei um Papen. Dieser hatte in einer aufsehenerregenden Rede in Marburg am 17. Juni das Regime ob seiner willkürlichen Gewaltanwendung, seiner Gleichschaltungspraxis, seines überbordenden Totalitätsanspruchs und seiner Verachtung geistiger Arbeit scharf gegeißelt.<sup>1939</sup> Einer der engsten Mitarbeiter des Vizekanzlers war davor „langjähriger, treuer Mitarbeiter“<sup>1940</sup> Schmidts gewesen: Herbert von Bose. Dieser hatte im wesentlichen die technische Organisation der Harzburger Tagung mit Schmidt innegehabt und war von ihm „nach der Auflösung der DNVP als Pressesprecher zu Herrn von Papen“<sup>1941</sup> gegangen. Allein daß sie sich aus ihrer Zusammenarbeit gut gekannt haben müssen, sagt gleichwohl noch nichts darüber aus, ob und wenn wie Schmidt über das zunächst rhetorische Aufbegehren im Jahre 1934 orientiert war. Vielmehr deuteten umfassende Archivnachsuchen daraufhin, daß

---

<sup>1936</sup> Vgl. diese Zahl bei: Hildebrand, Reich, S. 585.

<sup>1937</sup> Vgl. N 1211 / 77 v. Ludwiger an Schmidt, 17.5. 1933; ebd. v. Ludwiger an Schmidt, 26.5. 1933; ebd. Schmidt an v. Ludwiger, 1.6. 1934. In diesem Ordner finden sich weitere Belege hierfür. Der in dieser Korrespondenz auch erwähnte Herzog von Coburg war zugleich Präsident des Deutschen Roten Kreuzes und blieb trotz seiner Funktion als hoher SA-Führer von den Morden am 30. Juni verschont. Er war jedoch ab dem 9. Juli nur noch repräsentativ tätig. Irgendwelche Nähe zu ihm hat Schmidt gemäß den Quellen nicht gehabt. Vgl. auch Riesenberger, D., Das Deutsche Rote Kreuz. Eine Geschichte 1864-1990, Paderborn 2002. Riesenberger erwähnt Schmidt ebenfalls nicht. Vgl. wegen des 9. Juli: ebd., S. 289 f.

<sup>1938</sup> Schmidt hatte im Juli-Wahlkampf 1932 diese – hinlänglich bekannte – Eigenart Röhm's schneidend herausgestellt. Vgl. N 1211 / 40 Schmidt im Interview über Herrenklub und NSDAP, o.D. (ca. Juli 1932). Vgl. zur „Zweiten Revolution“: Hildebrand, Drittes Reich, S. 16; Fest, Hitler, S. 619-621. Fest definiert dabei das von Röhm nie Definierte treffend „als im Grunde nichts anderes als de[n] Staat, der das tatsächlich verzweifelte soziale Problem zahlreicher erwerbsloser SA-Männer lösen sollte“. Ebd., S. 621.

<sup>1939</sup> Vgl. Fallois, I.v., Kalkül und Illusion. Der Machtkampf zwischen Reichswehr und SA während der Röhmkrise 1934, Berlin 1994, S. 132 (i.f. zit. als: Fallois, Kalkül).

<sup>1940</sup> N 1211 / 45 Schmidt an Militärregierung, 1.6. 1947, S. 16.

<sup>1941</sup> Ebd. Forschbach (Jung, S. 72) sieht Bose bereits im April bei Papen. Vgl. zu Bose: Bestand R 53 – Stellvertreter des Reichskanzlers (Vizekanzlei von Papen), bearb. von Thomas Trumpp, Bundesarchiv Koblenz 1970 (ND 1985), S. XIX. Die neue Studie von Jahnke (Jung) äußerte sich in dieser Hinsicht nicht.

Schmidt zu dieser Zeit nicht im geringsten in Kontakt mit der Vizekanzlei stand.<sup>1942</sup> Einer der Adjutanten Papens, von Tschirschky, nannte Schmidt im Zusammenhang mit dem Oberregierungsrat von Bose ebenfalls nicht.<sup>1943</sup> Boses Versuch, im Zusammenwirken mit Forschbach einen Kontakt zwischen Schmidt und Jung herzustellen, scheiterte trotz Interesses Schmidts an der Anbahnung.<sup>1944</sup>

Wenn Schmidt am 30. Juni, dem Tag, an dem Hitler mit Röhms SA auf seine eigene, brutale Art abrechnete, selber der Verfolgung ausgesetzt war, lag dies an Folgendem: Hitler empfand die von dem am 26. Juni verhafteten Edgar Jung geschriebene Rede als eine gegen ihn gerichtete (und so auch intendierte) Invektive.<sup>1945</sup> Unsicher ob nach einem Jahr der von Hitler stimulierten Atemlosigkeit nicht ein „Gefühl von Skepsis, Beklemmung, Argwohn .. und bei alledem eine unabweisbare Ahnung von faulem Zauber“<sup>1946</sup> doch in einen größeren Abwehrwillen einmünden würde, erging sich Hitler in wüsten, beinahe täglichen Drohungen gegen die Vizekanzlei. Hier sah er noch immer die gefährliche Möglichkeit des Rückgriffs auf die Reichswehr über den Reichspräsidenten.<sup>1947</sup> Der ehemalige Vertraute Hugenburgs und letzte Fraktionsvorsitzende mußte wohl zum potentiellen Gefährdungskreis gezählt worden sein. Ob er wirklich ermordet werden sollte oder - ähnlich Tschirschky - während dieser spannungsgeladenen Tage „nur“ in einem Gefängnis aktionsunfähig gemacht werden sollte, blieb unklar.<sup>1948</sup>

Schmidt selber gab im Nachgang einige Indizien an, die als Erklärungen für seine Gefährdung gelten konnten. Konkret nannte er seine Überzeugungsversuche Thyssens, diesen im Winter 1931 von seinem Schritt in Richtung NSDAP abzuhalten.<sup>1949</sup> Desweiteren führte er das Rededuell mit Goebbels vom Herbst 1932

---

<sup>1942</sup> Der Verfasser hat hierzu die jeweiligen Quellen im Geheimen Staatsarchiv in Dahlem und im Bundesarchiv (Koblenz, Berlin) durchgesehen. Vgl. GStA PK I. HA Rep. 90 A / Rep. 90 StaMi, C III 7g Geheime Staatspolizei (1934-1939); GStA PK I. HA Rep. 90 StaMi, Annex P, Geheime Staatspolizei (1933-1942, Schwerpunkt 1934-1937/38); GStA PK I. HA Rep. 77 Tit. 4043 Nr. 483 Röhm-Putsch – R 53 Stellvertreter des Reichskanzlers (Vizekanzlei v. Papen), Bd. 49, 159, 172 (von Bose), Bd. 12, 13, 23, 76, 129 (Hugenberg), Bd. 74, 93, 110, 137 (Jung) – R 43 (Findbuch, Teil 2, S. 1259 f.).

<sup>1943</sup> Vgl. v. Tschirschky, Hochverräter, S. 10, 72, 97, 101, 103 ff., 110, 171, 176-179, 188 f., 200, 203 ff., 207-212, 241, 327, 332.

<sup>1944</sup> Vgl. Forschbach, Jung, S. 72. Ein jüngster Auszug aus den Erinnerungen eines weiteren Adjutanten Papens, Hans Graf von Kagenecks, gab ebenfalls keine Auskunft zum bezeichneten Problem. Vgl. v. Kageneck, H., Wo blieb Hindenburgs Testament? In: FAZ v. 26.6. 2004.

<sup>1945</sup> Vgl. Kershaw, Hitler I, S. 642 (Kershaw führt hier ein sehr eindringliches Zitat Hitlers die Vizekanzlei betreffend an).

<sup>1946</sup> Fest, Hitler, S. 629.

<sup>1947</sup> Vgl. Fallois, Kalkkül, S. 130-134.

<sup>1948</sup> Höhne (Mordsache, S. 251 f.) führt Blomberg, Himmler, Heydrich und Göring an, zwischen denen eine sogenannte Reichsliste zirkulierte, auf der potentielle Opfer aufgeführt waren. Auch wenn Schmidt sich hier nicht wiederfand, dürfte allein Blomberg ausreichende Gewähr dafür geboten worden sein, daß Schmidt der Aufmerksamkeit der eingesetzten SS- und Polizeikräfte nicht entging.

<sup>1949</sup> Vgl. Schmidt, Umdenken, S. 277.

an, in dem er den Nationalsozialisten zwar keineswegs rhetorisch abgefertigt hatte, aber doch zumindest den unguuten Eindruck hinterlassen hatte, ihm ebenbürtig gewesen zu sein.<sup>1950</sup> Weiterhin sollte ihm das Gespräch mit Blomberg am Morgen des 30. Januar, in dem er diesen sprunghaften und schnell zu begeisternden General von einem Eintritt in das Kabinett Hitler abzuhalten suchte, zum Nachteil gereicht haben. Hinzufügen könnte man noch das Mißtrauen erweckende, geheimgehaltene und im Hause Schmidts stattgehabte Gespräch zwischen Hugenberg und Brüning vor der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes.<sup>1951</sup> Zuletzt war die nach außen hin bekanntgewordene, scharfe Rede gegen die NSDAP auf der Hochzeit seines Kollegen Everling zu nennen.<sup>1952</sup> Allerdings blieb unklar, wie weit dies nach außen drang. Zusammengenommen lagen ausreichende Hinweise vor, die eine Verfolgung Schmidts in dieser ohnehin von Willkür geprägten Zeit glaubhaft erscheinen ließen. Die Grundlagen hierfür hatte er durch seine Zustimmung zur Brandverordnung und zum Ermächtigungsgesetz selber geliefert.

Möglicherweise wurde Schmidt bereits vor dem 30. Juni von der Geheimen Staatspolizei beobachtet.<sup>1953</sup> Die Situation verlief an jenem letzten Tag im Juni wahrscheinlich nicht so spektakulär wie bei dem politischen Beauftragten Westarps, Treviranus.<sup>1954</sup> Schmidt hatte das Glück, daß ihn ein alter Freund rechtzeitig „telephonisch gewarnt“<sup>1955</sup> hatte. Dieser Freund war der territoriale Befehlshaber für Schlesien, General von Kleist, der dem Nationalsozialismus „mit innerer Ablehnung“<sup>1956</sup> gegenüberstand. Er dürfte Schmidt keine präzise, auf ihn gemünzte Warnung gegeben haben. Vielmehr mußte Kleist nach einem scharfen Disput mit dem SA-Obergruppenführer von Schlesien, Heines, in dem ein gefährlich-konfuses

---

<sup>1950</sup> Vgl. ebd., S. 300.

<sup>1951</sup> Vgl. Brüning an Gisevius, 20.8. 1946, zit. nach: Morsey, R., Das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933, Düsseldorf 1992, S. 139.

<sup>1952</sup> Vgl. Freifrau Hiller von Gaertringen an Ada Gräfin von Westarp, 31.5. 1933, in: Privatkorrespondenz, Familienarchiv Freiherren Hiller von Gaertringen, Gärtringen.

<sup>1953</sup> Zu dieser Auffassung kann man gelangen, wenn man einen Brief Brünings liest. Ein Satz darin lautet: „Tatsächlich mußte er sich viele Monate außerhalb Berlins verborgen halten“. Brüning bezieht dies zwar auf eine Aussage Schmidts um den 23. März herum, wonach „er selbst schon verfolgt“ würde, doch kann zu diesem Zeitpunkt keine Rede davon sein. Vielmehr verließ Schmidt Berlin erst im Mai, um zu genesen, ohne dabei, was er zumindest in seinen Erinnerungen gerne getan hätte, zu erwähnen, einer Verfolgung ausgesetzt gewesen zu sein. Es kann also durchaus sein, daß Brüning hier etwas verwechselt hat und die Repressalien gegen Schmidt erst im Vorfeld des 30. Juni zunahmen. Brüning an Gisevius, 20.8. 1946, zit. nach: Morsey, R., Das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933, Düsseldorf 1992, S. 139.

<sup>1954</sup> Ihm war buchstäblich in letzter Sekunde die Flucht vor dem SS-Kommando gelungen. Er floh nach einer wenigen Tagen ins Ausland. Vgl. MdR, S. 525 f.; Hiller, Der konservative Politiker Kuno Graf von Westarp, in: Konservative Politik im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Von Kuno Graf Westarp. Bearb. v. Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen unter Mitwirkung von Karl J. Mayer und Reinhold Weber, Düsseldorf 2001, S. 21.

<sup>1955</sup> Schmidt, Umdenken, S. 358.

<sup>1956</sup> Vogelsang, T., Ewald von Kleist, in: NDB 12, Berlin 1980, S. 13.

Konfliktszenario „wegen örtlicher militärpolitischer Aspirationen der SA“<sup>1957</sup> zum Austrag gekommen war, den Eindruck erhalten haben, daß eine größere, noch unklare Aktion bevorstehe. Daß die Reichswehr der SS Schützenhilfe geben würde, dürfte er als ranghoher Offizier gewußt haben. Schmidt mußte es aus diesen Anzeichen heraus für sicherer gehalten haben, Berlin zu verlassen und konnte, „ehe das Abholkommando kam, ... an das Meer ausweichen“<sup>1958</sup>.

Im Gegensatz zu Treviranus schien es ihm nicht notwendig, nach dem Ausland zu fliehen. Es gibt keine genaue Kenntnis darüber, wann Schmidt aus dem innerdeutschen Exil zurückgekehrt ist. Nur so viel war zu erfahren, daß er nach Berlin zurückkehren konnte. Bevor er dies aber endgültig tat, fand er Unterschlupf bei seinem alten Kriegskameraden Oesterlink. Von dessen Haus am Wannsee aus sondierte er, ob die Lage entschärft war und fuhr hernach in das unweit gelegene Dahlem.<sup>1959</sup>

Im weiteren Verlauf des Jahres 1934 gelang es ihm zwar nicht, in dem anvisierten Bereich der Wirtschaft unterzukommen, aber immerhin fand er Eingang in eine Grundstücksverwaltung.<sup>1960</sup>

Was Schmidt über seine Flucht gedacht hat, war nicht zu eruieren. Daß es Züge einer bitter realen Ironie trug, sich vor dem in Sicherheit zu bringen, was man ursprünglich mit Feuereifer herbeigewünscht hatte und schließlich mit Immobilien zu handeln, wird Schmidt zumindest widerwillig so empfunden haben.

---

<sup>1957</sup> Ebd. Vgl. Fest, Hitler, S. 633. Die absichtlich beförderte Konfusion zwischen Reichswehr und SA beschreibt auch Goerdeler. Vgl. Rechenschaftsbericht, handschriftliche Denkschrift o.D. (1 / 1945), in: Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers. Hg. v. Sabine Gillmann u. Hans Mommsen, Bd. 2, München 2003, S. 1211.

<sup>1958</sup> Schmidt, Umdenken, S. 358. Es ist nicht belegt, wohin Schmidt auswich. Am nächsten hätte es gelegen, an die Ostsee zu fliehen. Ob er nach Wismar ging, wo sein Vater einige Zeit gewirkt hatte, war nicht zu eruieren.

<sup>1959</sup> Vgl. N 1211 / 15 Oesterlink an Schmidt, 9.4. 1947. Da Oesterlink besonders hervorhob, daß Schmidt „auf der Flucht vor Goebbels“ gewesen war, bestärkte dies die Sichtweise, daß das Duell in der Hasenheide – trotz aller relativen Rücksichtnahme Schmidts – Goebbels schwer getroffen haben mußte.

<sup>1960</sup> Vgl. N 1211 / 47 Fragebogen Schmidts (für die Besatzungstruppen), 7.8. 1946, S. 4.

## **8. Schmidts Rückzug in die Privatwirtschaft: innere Emigration im Zweiten Weltkrieg**

Eine höchst ungünstige Quellenlage für die Jahre 1935 bis 1945, die letztlich das Korrelat des Rückzugs Schmidts in die innere Emigration ist, machte eine über das Bruchstückhafte hinausgehende Darstellung nicht möglich. Politische Äußerungen waren nur noch eindeutig im Jahre 1935 zu finden.

Am 16. März dieses Jahres wurde von der Reichsregierung die Wiedereinführung der Wehrpflicht beschlossen.<sup>1961</sup> Hitler hatte diesen Schritt, der einen eklatanten Bruch des Versailler Vertrages darstellte, gewagt, da er keine nachhaltige Reaktion der Westmächte erwartete. Gleichzeitig hatte er damit ein Ziel erreicht, das Schmidt seit Beginn seiner politischen Tätigkeit unablässig zu erstreben bemüht war. Hatte er nicht nur als ehemaliger Offizier dies gefordert, sondern als Politiker die nicht vorhandene Gleichberechtigung auf das schärfste verurteilt, weil sie das Deutsche Reich in seinen Augen damit bündnisunfähig und dauerhaft existentiell bedroht war? Seine Genugtuung über diesen Schritt Hitlers kam somit nicht unerwartet. Gegenüber Wegener drückte er elf Tage später seine Freude über die „Rückgewinnung der Wehrfreiheit“<sup>1962</sup> aus. Seine Bewunderung für den Schritt des nicht namentlich genannten Reichskanzlers kam in der Äußerung über den „ungeheuer kühnen Entschluß“<sup>1963</sup> zum Ausdruck, der „für alle Zukunft zum Segen werden“<sup>1964</sup> sollte. Aber umgehend stellte sich schmerzhaft das Bewußtsein über die eigene ungewollt-unfreiwillige Teilnahmslosigkeit und über die Unmöglichkeit der Einflußnahme auf die Geschehnisse ein, wenn ihm „in diesen Tagen großer Entscheidungen etwas wehmütig zumute“<sup>1965</sup> war. Von den nunmehr weithin einsetzenden Versuchen, sich für die Wehrmacht reaktivieren zu lassen, war bei Schmidt nichts zu vernehmen.

Zur Sicherung seiner wirtschaftlichen Existenz konnte Schmidt auf seine Offiziers- und Abgeordnetenpensionen zurückgreifen. Um sich verständlicherweise wieder eine Aufgabe zu geben, übernahm er zunächst zwei privatwirtschaftliche Posten. Er widmete sich in der August Scherl GmbH als Mitglied des Verwaltungsrates und bei der UfA als Mitglied des Aufsichtsrates Verwaltungsfragen.<sup>1966</sup> Nachdem besonders auf Betreiben Goebbels' der Verkauf der UfA an den Staat im März 1937 vollzogen wurde, verlor Schmidt wenig später diesen anscheinend gut bezahlten Posten.<sup>1967</sup> Da die Ambitionen des Reichspropagandaministers früh erkennbar gewesen sein müssen,

<sup>1961</sup> Vgl. VdRT IX. WP 1933/36, Bd. 458, 21.5. 1935, S. 39; Hildebrand, Drittes Reich, S. 11.

<sup>1962</sup> N 1003 / 31 Schmidt an Wegener, 27.3. 1935.

<sup>1963</sup> Ebd.

<sup>1964</sup> Ebd.

<sup>1965</sup> Ebd.

<sup>1966</sup> Vgl. N 1211 / 47 Fragebogen Schmidts, 7.8. 1946, S. 4.

<sup>1967</sup> Goebbels-Tagebücher, Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941, Bd. 3: 1.1. 1937-31.12. 1939, Intr. v. 20.3. 1927, S. 85

hatte sich Schmidt bereits 1936 in einer Gesellschaft, die zum persönlichen Vermögen Hugenbergs gehörte, den Posten des Geschäftsführers gesichert.<sup>1968</sup> Darüber hinaus gehörte er als Mitglied der Arbeitsausschüsse, die sich teilweise mit Verlagsfragen beschäftigten, bis 1945 der August Scherl GmbH an.<sup>1969</sup>

Der Umzug Schmidts mit seiner Familie auf die Insel Sylt im Jahre 1941 erfolgte eher aus gesundheitlichen Gründen als aus Verfolgungsgründen. Zwar beteuerte er 1963 gegenüber einem Mitarbeiter des Bundesarchivs, daß er zu der besagten Zeit „unter ständigem Druck der Gestapo“<sup>1970</sup> gestanden hätte. Allerdings führte eine Übersicht des Sicherheitsdienstes der SS vom Juni 1939, die eine „Erfassung der führenden Männer der Systemzeit“ beinhaltete, den Namen Schmidt nirgends auf.<sup>1971</sup> Die spätere Behauptung Schmidts, von den verantwortlichen Stellen „nicht zur Beteiligung am Zweiten Weltkrieg zugelassen“<sup>1972</sup> worden zu sein, dürfte ebenfalls als nachträgliche Erfindung zu werten sein. Denn mindestens drei Schreiben bestätigen, was ihn bereits im Mai 1933 schon einmal Abstand nehmen lassen mußte vom Geschehen. Zwar scheint Schmidt tatsächlich „von neuem eine soldatische Tätigkeit“<sup>1973</sup> angestrebt zu haben, aber diese scheiterte nicht an einem Verbot der Wehrbehörden, sondern vielmehr an seinem Herzleiden.<sup>1974</sup> Wie schon im Mai 1933 suchte Schmidt das Nordseeklima zur Heilung seines Leidens. Die seltenen Sitzungen der Arbeitsausschüsse der Scherl GmbH in Berlin müssen mit dem Umzug nach Westerland organisatorisch vereinbar gewesen sein.

Schmidt äußerte sich – auch nach 1945 – nicht über die politischen Hintergründe des von Hitler 1939 begonnenen Krieges. Die erkennbaren Andeutungen Egan-Kriegers, daß Schmidt 1941 / 42 an eine Reaktivierung gedacht hat, ließen vermuten, daß er – ganz Offizier – trotz aller Ablehnung Hitlers die Pflicht verspürte, seinem Land dienen zu müssen. Diese weit verbreitete Auffassung machte die Deutung seiner Haltung gegenüber dem Aufstand des 20. Juli schwierig. Die ohnehin dürftigen Aussagen ergaben zunächst folgendes Bild: Er selbst konstatierte nüchtern, daß er „in die Aktion des 20. Juli nicht verwickelt“<sup>1975</sup> gewesen sei. Schmidt folgte dann einer gängigen zeitgenössischen Meinung darüber, weshalb es letztlich richtig gewesen sei, daß der

---

<sup>1968</sup> Vgl. N 1231 / 637 Druckzersetzer GmbH.

<sup>1969</sup> Vgl. N 1211 / 47 Fragebogen Schmidts, 7.8. 1946, S. 4.

<sup>1970</sup> Vgl. 4211 Schmidt / hannover, Vermerk Dr. Mommsen über Aufenthalt bei Schmidt in Westerland v. 4.-6.6. 1963, Koblenz 10.6. 1963.

<sup>1971</sup> Auskunft der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv an den Vf. v. 25.9. 2002.

<sup>1972</sup> N 1211 / 55 Autobiographie-Entwurf Schmidts, o.D. Diese einzelne Seite findet im Nachlaß keine Ergänzung.

<sup>1973</sup> N 1211 / 5 Egan-Krieger an Schmidt, 14.9. 1942.

<sup>1974</sup> Dies belegen drei Schreiben: vgl. N 1211 / 5 Egan-Krieger an Schmidt, 14.9. 1942; N 1211 / 4 Donnersmarck an Schmidt, 3.11. 1944; N 1211 / 25 Prinz Oskar v. Preußen an Schmidt, 1.2. 1941.

<sup>1975</sup> N 1211 / 19 Erklärung Schmidts, 3.8. 1947.

Staatsstreich scheiterte: „Der 20. Juli blieb erfolglos und mußte erfolglos bleiben, weil sonst eine unheilvolle Dolchstoßlegende erwachsen wäre“<sup>1976</sup>. Schmidt hielt es demnach für richtig, daß das Deutsche Reich den Krieg bis zur militärischen Kapitulation zu Ende kämpfte. Das hieß nicht, daß er Hitlers sinnloses Opfern in den letzten zwei Kriegsjahren guthieß, aber ein starrer Pflichtbegriff ließ ihn die Entwicklung goutieren, ohne seine in der Aversion gegen Hitler gründende grundsätzliche Sympathie für die Mannen um Stauffenberg zu berühren. Ganz praktisch kam hinzu, daß er durch sein Sylter Exil nicht einmal mehr die Eventualität des Zugriffs auf sensible Informationen durch persönliche, nicht abgehörte Gespräche besaß.<sup>1977</sup>

Seinen Sohn Bodo, der mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht das 18. Lebensjahr vollendete und danach – dem Vater folgend – Offizier werden sollte, verlor Schmidt am 13. März 1943. Er fiel als Angehöriger der überdurchschnittlich verlustreichen U-Boot-Waffe im Atlantik.<sup>1978</sup> Sein im Winter 1944 eingezogener zweiter Sohn Otto überlebte den Krieg. Die im Felde stehenden Söhne waren im übrigen ein wesentliches Thema in den Korrespondenzen, die Schmidt während des Krieges führte. Diese durchweg unpolitischen Briefe kreisten neben der Furcht um die Nachkommen besonders um die Lebensumstände des Alltags, beinhalteten Geburtstagsglückwünsche und tauschten Neuigkeiten aus den Familien aus. Während Schmidt mit Hugenberg wahrscheinlich über die Scherl GmbH in Verbindung stand, denn Briefe an ihn waren nicht zu finden, pflegte er den Kontakt vor allem zu seinem altbekannten Regimentskommandeur von Below, zum Prinzen Oskar, zum Fürsten Donnersmarck und zu seinem langjährigen unausgesprochenen Rivalen in der Parteizentrale, Quatz.<sup>1979</sup>

Das Kriegsende erlebte Schmidt unbeschadet auf der Nordseeinsel Sylt – und bekannte gefaßt wie erschüttert: „Wir sind durch den Boden unserer Geschichte gebrochen und müssen um[zu]denken lernen“<sup>1980</sup>. Wie dieses Umdenken aussehen sollte, konnte er bald darlegen.

---

<sup>1976</sup> N 1211 / 45 Schmidt an Militärregierung, 1.6. 1947, S. 17.

<sup>1977</sup> N 1211 / 19 Erklärung Schmidts, 3.8. 1947.

<sup>1978</sup> Vgl. N 1211 / 4 Donnersmarck an Schmidt, 31.7. 1944.

<sup>1979</sup> Vgl. z. B. N 1211 / 2 Below an Schmidt, 23.1. 1941, 25.1. 1942; N 1211 / 4 Donnersmarck an Schmidt, 31.7., 11.9., 3.11., 23.12. 1944; N 1211 / 16 Quatz an Schmidt, von 1941 bis 1945; N 1211 / 25 Prinz Oskar an Schmidt, 1.2. 1941.

<sup>1980</sup> N 1211 / 45 Schmidt an Militärregierung, 1.6. 1947, S. 17.

### **9. Politisches Comeback ohne Amt: Schmidts Versuch einer programmatischen Neuformierung in der Deutschen Konservativen Partei (ab 1946) und der Deutschen Partei (1953)**

Die totale Niederlage des deutschen Volkes im Zusammenbruch des Jahres 1945 machte den existentiellen Kampf ums tägliche Überleben zum Mittelpunkt menschlichen Daseins. Gleichsam folgerichtig war damit die Beschäftigung mit der politischen Zukunft des Deutschen Reiches für die überwiegende Mehrheit der Deutschen kein Thema. Hinzu kam ein weit verbreitetes, diffuses Mißtrauen gegenüber Politik als solcher, gegenüber Parteien zumal.

Da war es zunächst ein äußerer Vorteil, daß Schmidt materiell weitgehend unbehelligt geblieben war. Keine Äußerung aus dieser Zeit ließ erkennen, daß er sich, wie es Quatz getan hatte, von der Politik abgekehrt hatte. Im Gegenteil, nach zwölf Jahren Abstinenz von politischer Betätigung trieb es ihn jetzt besonders stark an, sich für jene noch nicht näher beschriebene konservative Idee zu engagieren, „unter der mein Leben stets gestanden hat und stehen wird“<sup>1981</sup>. Schmidt, nunmehr 57 Jahre alt, war von Beginn an über die Bestrebungen orientiert, in der britischen Besatzungszone im rechten Spektrum eine neue Organisation zu schaffen.<sup>1982</sup> Wenn er sich in der zweiten Jahreshälfte 1945 hieran noch nicht beteiligte, war dies weniger einem nicht vorhandenen Desinteresse geschuldet, als vielmehr der Tatsache, „in den letzten Monaten gesundheitlich sehr angeschlagen“<sup>1983</sup> gewesen zu sein.

Denn nach seiner Genesung machte er sich umgehend daran, „einen neuen Konservativismus ideologisch [zu] unterbauen helfe[n]“<sup>1984</sup>. Die von Schmidt im März 1946 mitbegründete Deutsche Konservative Partei (DKP) fusionierte kurze Zeit später mit der Deutschen Aufbau-Partei (DAP) des ehemaligen Deutschvölkischen Wulle.<sup>1985</sup> Ende Mai 1946 trafen sich Vertreter beider Seiten im Hause Schmidts in Westerland, um eine gemeinsame Programmatik zu entwickeln.<sup>1986</sup> Schmidt wirkte entscheidend an der Abfassung des „Konservativen Manifests“<sup>1987</sup> mit. Den „Richtlinien“ für das politische Handeln wurden eine Aufnahme der Gegenwart und Grundsätzliches vorangestellt. Schmidts Diktion war hier unverkennbar: „Die Kräfte des deutschen

---

<sup>1981</sup> N 1211 / 1 Schmidt an Oskar von Preußen, o.D.

<sup>1982</sup> Vgl. N 1211 / 17 Rasmuß an Schmidt, 2.9. 1945. Vgl. zu ähnlichen Bestrebungen in anderen Teilen der britischen Zone: Schmollinger, H., Die Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei, in: Stöss, R. (Hg.), Parteien-Handbuch der Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen 1983, S. 983 (i.f. zit. als: Schmollinger, DKP).

<sup>1983</sup> N 1211 / Quatz an Schmidt, 1. Advent 1945 (o.D., ca. Ende November, Anfang Dezember).

<sup>1984</sup> N 1211 / 1 Schmidt an Oskar von Preußen, o.D. (ca. Anfang 1946).

<sup>1985</sup> Vgl. N 1211 / 8 Schmidt an Mertens, 17.3. 1946.

<sup>1986</sup> Vgl. Schmollinger, DKP, S. 988.

<sup>1987</sup> N 1211 / 42 Das konservative Manifest, Westerland im Januar 1947. Hieraus sind die folgenden Zitate entnommen. Die Verzögerung zwischen der Besprechung des Manifests und



Volkes sind erschöpft. Sein soziales Gefüge in Auflösung. Seine letzten Reserven sind aufgezehrt. Überall tönt die Frage: Lohnt es sich noch zu leben? ... Der Glaube an Politik und Parteien ging verloren. Der Schrei nach Frieden, Freiheit, Brot beherrscht das Dasein in den Trümmern“. Und noch deutlicher werdend: „Für das Restvolk ohne Raum und Brot, ohne Staat und Flagge geht es heute um mehr als Organisationsformen und Sozialisierungsfragen ...: Es geht um den festen Willen, nicht unterzugehen“. Ohne sich explizit auszunehmen, konstatierte er allgemein: „Alle Machtgruppen und Führungsschichten haben versagt. Wir alle haben geirrt. Wir alle sind getäuscht und enttäuscht worden. ... Wo läuft die Grenze zwischen Schuld und Schicksal?“ Nach diesem Schuldeingeständnis stellte er das grundsätzliche Bestreben seines Konservatismus heraus: „Die Konservative Partei will ... das Letzte und Beste retten: den deutschen Menschen, den deutschen Boden, die geistigen Werte des Abendlandes“. Die geeigneten Ansätze zu dieser „Rettung“ sah er in folgenden Mitteln: Zunächst konnte die „Erneuerung des Menschen .. nur .. durch Rückkehr zum Christentum und seinen Heilslehren“ geschehen. „Die heiligen zehn Gebote, das Sittengesetz der weisen Menschheit müssen wieder volle Geltung erhalten“. Der Brandverordnung unseligen Andenkens forderte er mit der „Ehrfurcht vor dem Recht des Schwächeren“ die Rückkehr zu rechtsstaatlichen Verhältnissen, die er in einer unabhängigen Richterschaft und einem unbestechlichen Berufsbeamtentum sah. Anknüpfend an den ersten Punkt sah er in der Familie die „Keimzelle aller Gemeinschaft“. In ihr war es das „Verantwortungsbewußtsein guter Haus- und Familienväter“, das zur Auflösung des „entgotteten Massendenkens“ beitragen sollte. Regional setzte er dem „Totalitätsdenken von Faschismus, Nationalismus und Kommunismus ... den auf Gesundung der Zelle und Landschaft gerichteten, heimatbewußten Föderalismus“ entgegen. Ein klares Bekenntnis zum Bundesstaat schloß sich an. Zum Überleben forderte er Anstrengungen nach „höchstmöglicher Nahrungserzeugung“, die in „privatwirtschaftlicher Betriebsform“ und nicht durch eine Bodenreform nach kommunistischen Vorschlägen erreicht werden sollte. Die stumme Trauer einer Nation, die „auf den Trümmern unserer staatlichen Entwicklung“ stand, über den Verlust von Millionen Soldaten sollte nicht vergessen machen, daß Hitler die Verantwortung dafür trug. Gerade deshalb galt: „Aber die besten unseres Volkes haben ihr Leben hingegeben in selbstlosem Einsatz und in reinem Glauben an das Vaterland. ... Die Ehre unserer Toten darf nicht angetastet werden“.

Politisch empfahl Schmidt als Staatsform eine „verfassungsmäßige, soziale Monarchie“. Er begründete diese Präferenz damit, daß in ihr die „beste ausgleichende Führungsform“ gewährleistet sei; in ihr werde der „Gedanke des überparteilichen

---

dem Druck desselben ließ sich aus dem damaligen Mangel an und der Rationierung von Papier

Rechts verkörpert“, da sie „Stetigkeit und Krisenfestigkeit“ gewährleiste. Eine der erstaunlichen Neuerungen seines Denkens bestand nun darin, daß er – schon von der Einführung einer Demokratie ausgehend – dem Volk einräumte, „zu gegebener Zeit frei [zu] entscheiden, ob es Dauer, Ruhe und Frieden der Demokratie dadurch gewährleisten ... will, daß es die bewahrenden Kräfte der Krone anruft“. Insgesamt verdeutlichte die in diesem Kontext betonte Anlehnung an Großbritannien, daß ihm eine parlamentarische Monarchie, wie sie in Deutschland nur sehr kurz bestanden hatte, als Vorbild vorschwebte.<sup>1988</sup>

An dieser Stelle ist es notwendig, noch auf eine weitere, für Schmidts Entwicklung politisch bedeutsame Äußerung aufmerksam zu machen. Er, der ohne Einhalt und Unterlaß nach dem 9. November gegen die Revolution und die aus ihr entstehende Republik polemisiert hatte, nahm sich nun zurück. Schmidt hatte erkannt, daß die hemmungslose Agitation gegen Weimar in ihrer Schärfe dem innenpolitischen Fortkommen abträglich gewesen sein mußte. Um dieser vorurteilverhafteten Sichtweise ihre destruktive Wirkung zu nehmen, sah er es als Aufgabe der neuen Partei an, „die Menschen, die ... ihr das Vertrauen entgegenbringen, zu einer illusionsfreien und nüchternen Betrachtung der politischen Gegebenheiten zu erziehen“<sup>1989</sup>. Die ganze Bedeutungsschwere unterstrich dann eine andere Bemerkung, die für einen radikalen Antidemokraten Weimarer Prägung, wie es Schmidt unbestreitbar gewesen war, nicht zu überschätzen war: „So hat die DNVP in ihrem Kampf gegen die Erschöpfungsrevolution des Jahres 1918 die Tatsache zu wenig beachtet, daß die OHL schon Ende September die Armee für geschlagen hielt. ... Sie hat sich zu tief in die damaligen, leidenschaftlichen Debatten über die Beendigung des Krieges verbissen“<sup>1990</sup>. Indem er somit die Unausweichlichkeit der Niederlage im Großen Krieg zum ersten Mal konzedierte und die politische Behandlung dieser Frage seitens der Deutschnationalen kritisierte, ließ er erkennen, daß er aus dieser Entwicklung gelernt hatte. Seine hier für sein Leben so bestimmende Gebundenheit an das Jahr 1918 bedeutete ihm nun, diesen Schritt kein zweites Mal zu tun. Gewiß, das Staatsoberhaupt wurde diesmal eindeutig von ihm für schuldig befunden, auch hatten die Militärs dieses Mal die Kapitulationsurkunden unterschrieben, insofern besaß der Vergleich wenige Übereinstimmungen, das Entscheidende aber war, daß Schmidt die sich noch unklar abzeichnende Staatsform nicht *a priori* ablehnte. Der Fortschritt bestand nun gleichwohl nicht darin, daß Schmidt

---

erklären.

<sup>1988</sup> Die parlamentarische Monarchie hatte er schon vor diesem Konvent als Staatsform präferiert. Vgl. N 1211 / 47 Für eine konstitutionelle Monarchie, Erklärung konservativer Kreise in Schleswig-Holstein, in: Flensburger Tageblatt, 4.5. 1946.

<sup>1989</sup> N 1211 / 51 Voraussetzungen und Aufgaben einer Rechtspartei in Deutschland (ca. Anfang 1946, unveröffentlicht), S. 39.

zum Demokraten avanciert wäre. Ein solch' radikaler Bruch hätte nicht zu dem Protagonisten gepaßt. Es war vielmehr diese geschichtsmächtige, offene Bewegung auf das Neue, wiewohl Unbekannte, die so unvorstellbar für die Weimarer Jahre gewesen war und jetzt Möglichkeit wurde.

Ähnlich wie hinter dem Gedanken der Monarchie im wesentlichen das überzeugte Streben nach Ruhe für die innerstaatliche und innergesellschaftliche Selbstfindung stand, spiegelte – eingedenk seiner Haltung zum Austritt aus dem Völkerbund – ein aus seinem Munde ungewöhnlicher außenpolitischer Ansatz den Willen zum institutionell durchsetzbaren Friedensgebot wider. Gewiß war die Sehnsucht nach dauerhaftem Frieden ein allumfassender Wunsch in den Völkern, zumal im deutschen und natürlich konnte die eigene totale machtpolitische Schwäche dadurch teilweise kompensiert werden. Aber die in die Zukunft projizierte Übertragung des Rechts zur Selbstverteidigung an eine internationale Organisation mutete bei Schmidt besonders neuartig an. Er, der den Austritt aus dem Völkerbund, der zugegebenermaßen dieses Recht nicht besaß, jubelnd begrüßt hatte, befand Anfang 1946, daß „nur noch eine überstaatliche, mit Machtmitteln ausgerüstete Rechtsorganisation die Menschheit vor dem Untergang bewahren kann“<sup>1991</sup>.

Zuletzt fiel auf, daß er relativ früh den diktatorischen Charakter des in der Sowjetischen Besatzungszone Schritt für Schritt eingesetzten politischen Systems, ja des nach Deutschland importierten Kommunismus erkannte. Unmißverständlich führte er aus: „Dem Verschleierungsbegriff ‚antifaschistisch‘ muß jedoch die Rechte eindeutig den klaren und allein den Sachverhalt wiedergebenden Begriff antitotalitär entgegensetzen: Denn ... von der klaren Erkenntnis der inneren Übereinstimmung kommunistischer und nationalsozialistischer Totalität hängt letzten Endes die Zukunft Deutschlands und Europas ab“<sup>1992</sup>. Seine aus der Zeit der Weimarer Republik bekannte deutliche antisozialistische und antikommunistische Haltung sollte im Nachkriegsdeutschland eine neue Funktion finden.

Trotz der nicht unerheblichen Energie<sup>1993</sup>, die Schmidt für die ersten programmatischen Schritte aufbrachte, sollte er in der Folgezeit kein höheres Mandat erhalten. Persönliche Eitelkeiten, dadurch wahrscheinlich mit ausgelöste Bedenken der britischen Besatzungsbehörden und nicht zuletzt politischer Mißerfolg verhinderten seine nachhaltige politische Betätigung.

<sup>1990</sup> N 1211 / 45 Schmidt an Militärregierung, 1.6. 1947, S. 3.

<sup>1991</sup> N 1211 / 51 Voraussetzungen und Aufgaben einer Rechtspartei in Deutschland (ca. Anfang 1946, unveröffentlicht), S. 43.

<sup>1992</sup> Ebd., S. 45. Vgl. zum frühzeitig undemokratischen Weg, der in der Sowjetischen Besatzungszone eingeschlagen wurde: Morsey, Deutschland, S. 14-16.

<sup>1993</sup> Eine neuere Arbeit unterstreicht den Einfluß Schmidts auf die Geschicke der DKP. Vgl. Nathusius, I., Am rechten Rand der Union: der Weg der Deutschen Partei bis 1953, Mainz Diss. phil. 1992, S. 56 f.

Zunächst schien Schmidts politischer Stern jedoch zu steigen. Während der bereits erwähnten Zusammenkunft forderten die Anwesenden Schmidt Ende Mai auf, „daß ich die vorher geschlossene Fusion in praktische Formen brächte“; gleichzeitig wurde ihm „der Vorsitz der fusionierten Zonenpartei“<sup>1994</sup> angetragen. Am 27. Juni fand die Gründungsversammlung der neuen Partei in Hamburg statt, die mit Delegierten beider Parteien beschickt wurde.<sup>1995</sup> Schmidt, der wie besprochen in der Hansestadt für den Vorsitz kandidieren wollte, wurde nun von dem ehrgeizigen und ebenso eitlen von Ostau in seinem Bestreben torpediert. Kurze Zeit vor seiner Abreise erhielt Schmidt von Ostau ein telphonisch durchgegebenes Telegramm des Inhalts: „Besuch im HQ [brit. Hauptquartier – d. Vf.] ergab Unmöglichkeit Ihrer Kandidatur, empfehle als Delegierter für Südtondern teilzunehmen“<sup>1996</sup>. Ostau, so scheint es, hat demnach Schmidts politische Reputation durch nicht tradierte Aussagen in ausreichendem Maße in Mißkredit gebracht. Eine spätere Begründung der Besatzungsmacht deutete daraufhin, daß Ostau Schmidts Wirken an der Seite Hugenbergs ungünstig dargestellt haben mußte. Warum ihm, der selber für gewisse Zeit nationalsozialistischer Propagandaleiter gewesen war<sup>1997</sup>, Glauben geschenkt wurde, war nicht zu eruieren. Trotz vieler Fürsprecher in der Partei entschied das Wort der Besatzungsbehörde.<sup>1998</sup> Nach der erfolgreichen „Abhalfterung“<sup>1999</sup> Schmidts konnte sich Ostau deshalb mit zwei weiteren Herren zur Zonenleitung der Partei wählen lassen. Schmidts aussichtsreich scheinender Versuch, die Partei zukünftig zu führen, war gescheitert.<sup>2000</sup>

---

<sup>1994</sup> N 1211 / 16 Schmidt an Hergt (?), 9.9. 1947.

<sup>1995</sup> Vgl. Schmollinger, DKP, S. 988. Schmollingers Aufsatz stellt eine kompromierte einschlägige Abhandlung der Partei dar, die durch Taubers Gesamtdarstellung gut ergänzt wird (vgl. Tauber, K., *Beyond eagle and swastika. German nationalism*, vol. 1. Middletown 1967, [i.f. zit. als: Tauber, eagle]). Im übrigen findet die DKP ansonsten kaum Niederschlag in der Forschung. Vgl. Morsey, R., *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*, München 4. Aufl. 2000, S. 193 f.; Birke, A., *Die Bundesrepublik Deutschland. Verfassung, Parlament und Parteien*, München 1997, S. 92 ff.; Strelow, H., *Im Sog der Moderne. Zur Geschichte konservativer Regionalparteien in Deutschland nach 1945*, in: v. Schrenck-Notzing, C. (Hg.), *Stand und Probleme der Erforschung des Konservativismus*, Berlin 2000. S. 142.

<sup>1996</sup> N 1211 / 16 Schmidt an Oskar v. Preußen, 8.7. 1946. Vgl. N 1211 / 23 Wulle an Schmidt, 24.6. 1946.

<sup>1997</sup> Vgl. zu Ostaus nationalsozialistischer Vergangenheit: ZSg 2 / 193–9 Nach der hier einliegenden Ausgabe des monarchistischen „Fridericus“ (Oktober 1932, 15. Jg.) war Ostau „Gau-Propagandaleiter II des Gaus Westfalen-Nord“ und „zuletzt politischer Referent beim Stabe der SA-Standarte 13“. Vgl. Tauber, eagle, S. 84.

<sup>1998</sup> Eine Abordnung unter dem ehemaligen Deutschnationalen und jetzigen Funktionärs der DKP, Borck, die bei der Besatzungsbehörde vorstellig wurde, wurde hinsichtlich Schmidts mit den knappen Worten in ihrem Protest zurückgewiesen, sie sollte sich über Schmidts „politische Vergangenheit .. orientieren“, „wir wüßten dann warum .. Sie abgelehnt“ worden seien. N 1211 / 45 Borck an Schmidt, 13.11. 1947.

<sup>1999</sup> N 1211 / 16 Schmidt an Hergt (?), 9.9. 1947. Vgl. zur Wahl Ostaus: Schmollinger, DKP, S. 989.

<sup>2000</sup> Vgl. N 1211 / 4 Dommies an Schmidt, 20.7. 1946.

Damit wurde auch Schmidts Absicht durchkreuzt, alte Wahlkreisgefilde im Sinne der neuen Partei zu organisieren.<sup>2001</sup> Verärgert schleuderte er in einem Brief an den ihm altbekannten Oskar von Preußen, zu dem er in freundschaftlichem Verhältnis stand, seine Vorstellung der Aufgabe einer konservativen Partei hinterher: Sie „wäre .. nicht nur Banner, sondern auch Schutzmarke und würde letzten Endes auch als eine Art Sieb gegen jede Art von Radikalismus wirken“<sup>2002</sup>. Schmidts optimistischer Elan war jedoch keinesfalls gebrochen. Weiterhin trat er für die Partei auf und wirkte im Sinne des wesentlich von ihm entworfenen Manifests.<sup>2003</sup>

Die Intrige Ostaus gegen Schmidt zeitigte zu Beginn des Jahres 1947 einen weiteren Erfolg bei den zuständigen Stellen. Kurz bevor der Wahlkampf für den rekonstituierten Landtag Schleswig-Holsteins im Frühjahr ansetzte, erhielt Schmidt am 3. Februar ein Schreiben der britischen Militärregierung.<sup>2004</sup> Seine Angelegenheit mußte durch Ostaus Mitwirkung bis in die *political division* beim britischen Militärgouverneur in Berlin vorgedrungen sein.<sup>2005</sup> Schmidt, der für den Kreis Südtondern kandidieren wollte, wurden für den Wahlkampf „Schriebs und Reden zugunsten einer Partei verboten“<sup>2006</sup>. Diese weitgehende Restriktion seiner politischen Betätigung wurde „mit meiner politischen Tätigkeit in den Jahren 1928 / 33 begründet“<sup>2007</sup>. Da der Originalbrief der britischen Seite nicht vorlag und infolgedessen nur der Blick auf diese kryptischen Andeutungen aus der Replik Schmidts möglich war, konnte nur die Vermutung angestellt werden, daß sein Wirken an der Seite Hugenbergs in den Vordergrund gestellt wurde. Dieser hatte vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg über seine Beteiligung an der sogenannten Machtergreifung des Jahres 1933 aussagen müssen.<sup>2008</sup> Schmidt mit ihm allein in Verbindung zu bringen, dürfte ausgereicht haben, um Spekulationen und Mutmaßungen ein - gerade durch ihre kalkulierte, vorerst nicht mögliche Verifizierung bedingtes - unwägbares Gewicht zu geben.

Schmidt erfuhr zwar eine gewisse Genugtuung dadurch, daß Ostaus Intrigantum besonders gegen den ehemaligen Deutschnationalen Schmidt bei einer Vielzahl der Parteiobere aufgestoßen war und Ende März zu seinem Ausschluß geführt hatte<sup>2009</sup> – an Schmidts Einflußlosigkeit änderte dies nichts mehr. Die Bekundungen über die

---

<sup>2001</sup> N 1211 / 16 Schmidt an Oskar v. Preußen, 8.7. 1946.

<sup>2002</sup> Ebd.

<sup>2003</sup> Vgl. N 1211 / 45 Einladung der DKP-DRP zu einer Rede Schmidts, 17.7. 1946.

<sup>2004</sup> Schmidt erhielt am 3.2. 1947 ein Schreiben der britischen Stellen, aus dem die Restriktionen gegen seine Person hervorgegangen sein müssen. Dies geht hervor aus: N 1211 / 45 Schmidt an Militärregierung, 1.6. 1947, S. 1.

<sup>2005</sup> Vgl. N 1211 / 16 Schmidt an Hergt (?), 9.9. 1947.

<sup>2006</sup> Ebd. Vgl. Tauber, eagle, S. 64.

<sup>2007</sup> N 1211 / 45 Schmidt an Militärregierung, 1.6. 1947, S. 1. Vgl. zum restriktiven Verhalten der Besatzungsbehörden gegenüber aufkeimenden konservativen Parteien rechts von der CDU: Schildt, Konservatismus, S. 221.

<sup>2008</sup> Vgl. u.a. Hugenbergs eidesstattliche Versicherung im Papen-Prozeß, in: IMT XL, S. 575.

<sup>2009</sup> Vgl. Schmollinger, DKP, S. 997.

Mißlichkeit seines Fehlens im Wahlkampf dürften ihn zugleich gefreut und geschmerzt haben, denn eigentlich wollte er sich mit „restlosem Einsatz“<sup>2010</sup> eingebracht haben.

Obwohl die Partei nun seinen unangenehmsten Widersacher das Weite hatte suchen lassen, hatte es im Sommer dieses Jahres den Anschein, als hätte Schmidt seinen politischen Ehrgeiz eingebüßt. Nach einem schweren Unfall, der ihm einen Schädelbruch eingebracht hatte, schrieb er an den ehemaligen Reichsminister Dietrich, der jetzt Vorsitzender des Ernährungs- und Landwirtschaftsrates für die amerikanische und britische Zone war: „Mit Politik befasse ich mich nicht mehr“<sup>2011</sup>.

Inwieweit das Entnazifizierungsverfahren, dem sich Schmidt wie jeder Deutsche stellen mußte, seine Mißstimmung befördert hatte, konnte im Detail nicht nachgewiesen werden. Doch vom Ausgang, vielmehr der Klassifizierung Schmidts nach den fünf Kategorien der Belastung, hing es ab, ob eine weitere politische Tätigkeit überhaupt möglich sein würde oder nicht. Im Februar 1947 holte er eine Bescheinigung des vorerwähnten Reichsministers a.D. Dietrich ein, dessen gegenwärtige offizielle Position und durchaus günstige Beurteilung Schmidts gewiß von Vorteil waren. Nachdem er Mitte des Jahres 1946 den ausführlichen, allgemeinen Fragebogen ausgefüllt hatte, mußte er sich 1948 dem Entnazifizierungsausschuß des Kreises Südtondern stellen. Gemäß einer Verordnung zur Durchführung der Kategorisierung der befragten Personen entsprechend ihrer politischen Belastung hatte Schmidt einen verkürzten „Census-Fragebogen“ auszufüllen. Die hier geforderten Angaben konnte Schmidt mit Leichtigkeit beantworten. Da sich die mechanistischen Fragen durchweg auf die Mitgliedschaft in nationalsozialistischen Unterorganisationen bezogen, konnte er den Bogen ohne Schwierigkeiten bearbeiten.<sup>2012</sup> Im sicheren Bewußtsein seiner Unschuld fügte er deshalb in seinem Begleitschreiben die Bitte um „Übersendung der Bestätigung“ an, „daß ich von dem Gesetz zur Fortführung und zum Abschluß der Entnazifizierung nicht betroffen werde“<sup>2013</sup>.

Parallel zu seiner Entnazifizierung äußerte er sich mittels des schleswig-holsteinischen Landesverbands seiner Partei im August 1948 nochmals grundsätzlich politisch.<sup>2014</sup> Hinsichtlich des Aufbaus der Staatsorganisation und des Staatsgebietes wiederholte er im wesentlichen die Forderungen aus dem Manifest. „Ein geeintes Deutschland als Bundesstaat“, nicht aber einen „auf Sonderinteressen aufgebauten Staatenbund“

---

<sup>2010</sup> N 1211 / 16 Schmidt an Oskar v. Preußen, 15.6. 1947. Vgl. als Beispiel eines Schreibens, das sein Fehlen sehr bemängelt: N 1211 / 45 N.N. an Schmidt, 10.4. 1947.

<sup>2011</sup> N 1211 / 4 Schmidt an Dietrich, 13.6. 1947.

<sup>2012</sup> Vgl. LAS Abt. 460.17 Nr. 55 Gz. 1429 Census-Fragebogen (unterschrieben von Schmidt, 3.8. 1948).

<sup>2013</sup> LAS Abt. 460.17 Nr. 55 Gz. 1429 Schmidt an den Entnazifizierungsausschuß Südtondern, 3.8. 1948.

<sup>2014</sup> Die folgenden Zitate sind entnommen aus: N 1211 / 45 Die Ziele der Deutschen Konservativen Partei, „Was sie will und was sie nicht will“, Hamburg August 1948.

nannte er zuerst. Dieses Deutschland sollte weiterhin durchaus „auf demokratischer Grundlage“ aufgebaut werden, nicht aber „die rücksichtslose Ausnutzung der Machtstellung einer Partei“ befördern. Deshalb schloß er durch die Erfahrung der Minderheitskabinette und Präsidialregierungen der Weimarer Republik mit folgendem Vorschlag: „Festigkeit der politischen Führung durch ein Zwei-Kammersystem mit einer monarchischen Spitze, nicht aber eine Abhängigkeit der politischen Geschicke von Zufallsmehrheiten“.

Daß sich die DKP gerade im Sommer dieses Jahres erneut programmatisch vernehmen ließ, war natürlich kein Zufall. Vielmehr waren den Ministerpräsidenten am 1. Juli die nach ihrem Übergabeort benannten ‚Frankfurter Dokumente‘ übergeben worden, in denen die groben Umriss eines zukünftigen deutschen Staatsgebildes festgelegt worden waren.<sup>2015</sup> In den Dokumenten wurden eine demokratische Verfassung mit Grundrechten und einer entsprechenden Exekutiven, eine deutlich föderalistische Struktur und die Wiederherstellung der deutschen Einheit gefordert. Zuletzt sollten die elf Landtage eine verfassungsgebende Versammlung wählen. Sieht man vom letzten Punkt ab, standen diese Vorgaben, die die Arbeitsgrundlagen für den im August von Sachverständigen im Auftrag der Ministerpräsidenten erarbeiteten Verfassungsentwurf darstellten, zumindest in einem Punkt im Widerspruch mit den Postulaten der DKP und damit auch Schmidts. Das bei der DKP erkennbare Schwergewicht auf der monarchischen Spitze, das ihr, wiewohl noch unscharf formuliert, ein wesentliches Entscheidungsrecht zu geben schien, stand im Gegensatz zu den stärker auf ein parlamentarisches Gebilde hindeutenden Frankfurter Dokumente.

Wie es Schmidt in seinem Schreiben an den Entnazifizierungsausschuß schon andeuten ließ, behielt er mit seiner Ahnung recht. Denn auch wenn die Schreiben der Besatzungsbehörden nicht mehr aufzufinden waren, ging aus Schmidts Kandidatur bei der ersten Bundestagswahl der mit der Verabschiedung des Grundgesetzes am 23. Mai gegründeten Bundesrepublik Deutschland hervor, daß er die drei Voraussetzungen der Wählbarkeit erfüllt haben mußte. Neben der formalen Zustimmungserklärung zur Kandidatur und der Beilegung einer Abschrift der Entnazifizierung mußte im besonderen die Wählbarkeit der jeweiligen Person vorliegen. Hier war entweder die Einstufung in die Kategorie V notwendig, wonach der Betroffene entlastet sein mußte oder aber nicht betroffen sein durfte.<sup>2016</sup> Dadurch daß Schmidt – aus jetzt unerheblichen Gründen – im Kabinett Hitlers keinen Posten innehatte, dem Reichstag nach der Novemberwahl 1933 nicht mehr angehört hatte und

---

<sup>2015</sup> Vgl. Morsey, Deutschland, S. 17.

<sup>2016</sup> Vgl. zu den drei Kriterien: N 1211 / 45 Borck an die Kreisverbände der DKP-DRP, Landesverband Schleswig-Holstein, 14.7. 1949.

erkennbar keine Nähe zum Regime in den Jahren bis 1945 gehabt hatte, wurde er aller Wahrscheinlichkeit nach als „nicht betroffen“ eingestuft und gehörte damit der überwältigenden Mehrheit der Deutschen an.<sup>2017</sup> Kurzum: Drei Wochen vor der Bundestagswahl konnte Schmidt „die angeforderten Unterlagen für meine Kandidatur“<sup>2018</sup> an den Landesverband der Deutschen Konservativen Partei einreichen. Schmidt war Bundestagskandidat der Deutschen Konservativen Partei. Allein, Schmidt gelang der Einzug ins Parlament nicht. Nach einem Ergebnis von 3,1 Prozent bei den Landtagswahlen 1947, erzielte die Partei in Schleswig-Holstein in der Bundestagswahl hier nur noch 1,9 Prozent.<sup>2019</sup> Dem waren Abspaltungen starker Kreisverbände vorausgegangen, die zur Deutschen Partei übergetreten waren, da ihnen der Geist, der in der Partei wehte, zu sehr deutschnationaler Provenienz war.<sup>2020</sup>

Nachdem ihm Borck im September 1949 niedergeschlagen mitgeteilt hatte, daß er „keine Möglichkeit [sehe,] parteipolitisch weiterzuleben“<sup>2021</sup>, tendierte Schmidt in Richtung der in der Bundesregierung vertretenen Deutschen Partei. Es gab keine Anzeichen, daß er bei der zweiten Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Jahre 1950 antrat. Vielmehr dürfte er die zunehmende Bedeutungs- und Aussichtslosigkeit seines konservativen Comebacks gesehen haben und deshalb in Richtung der Deutschen Partei gegangen sein. Ernsthafte Reflektionen über dieses Scheitern blieben gefällig aus.<sup>2022</sup> Gewiß, Schmidt hatte in der Partei nie eine entscheidende Funktion gehabt. Seine Beteuerung, daß er deshalb wenig am Kurs der Partei zu ändern vermocht hatte, blieb selbst dann dürftig, wenn er das Scheitern der Partei „teils auf Ignoranz, teils auf Geschichtsunkennntnis und teils auf Splittersucht und Geltungsbedürfnis“<sup>2023</sup> zurückführte. Hierin zeigte sich, wie sehr Schmidt, durch seine Zeit als deutschnationaler Parlamentarier geprägt war. Innerparteiliche Kritik galt es nicht aufzunehmen, zu diskutieren, um die verschiedenen Strömungen der Partei auf einen Nenner zu bringen, wie klein dieser auch sein mochte. Nein, eine Linie, wie er sie in seinem Manifest vorgegeben hatte, war – ganz im Geiste des Hugenbergschen Führerprinzips – ohne Abweichung umzusetzen. Alles andere, mithin divergierende Meinungen, waren schlicht, wie einst Treviranus und Westarp, auf Schwächung und

---

<sup>2017</sup> Vgl. Morsey, R., Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München 4. Aufl. 2000, S. 6 (i.f. zit. als: Morsey, Deutschland).

<sup>2018</sup> N 1211 / 45 Schmidt an Borck, 22.7. 1949.

<sup>2019</sup> Vgl. zu den Ergebnissen: Schmollinger, DKP, S. 1012 f.; Tauber, eagle, S. 89.

<sup>2020</sup> Vgl. Schmollinger, DKP, S. 999-1001.

<sup>2021</sup> N 1211 / 2 Borck an Schmidt, 19.9. 1949.

<sup>2022</sup> Ebensowenig war erkennbar, ob sich Schmidt der Ende 1949 gegründeten DNVP angeschlossen hat, auch wenn er darüber orientiert wurde. Vgl. N 1211 / 2 Borchmeyer an Schmidt, 29.6. 1950.

<sup>2023</sup> N 1211 / 2 Schmidt an Blume, 13.3. 1951.



Spaltung der Partei aus.<sup>2024</sup> Den Fortschritt, den Schmidt hinsichtlich der grundsätzlichen Haltung gegenüber dem neuen Staat gemacht hatte, wiederholte er innerparteilich nicht – zu sehr war er hierin ein Schüler Hugenberg geworden.

Vielmehr erging er sich nunmehr in gemäßigt konfrontativer Haltung gegenüber den aktuellen politischen Verhältnissen, wenn er die Resignation über sein politisches Scheitern mit einer (altbekannten) angeblich vorhandenen Unzufriedenheit des Volkes kaschierte: „Die Menschen sind der ganzen Wurtselei der Partei müde. Sie erwarten kompromißlose Führung und kompromißloses Bekenntnis ... Uns fehlt die über den Parteien stehende Staatsspitze. Uns fehlt eine erste Kammer. Wir sollten ruhig eine Art Herrenhaus wieder fordern. Und wir sollten ruhig die monarchische Idee immer wieder in unsere Werbung einbeziehen“<sup>2025</sup>. Der Griff nach der Monarchie, den er in der Weimarer Republik höchstens als politisches Lippenbekenntnis vorgebracht hatte, glich einem frustrierten Verlangen nach der klischeehaft-verzerrten und jetzt heilbringenden Erinnerung an die Ruhe und Ordnung des verblichenen Kaiserreiches.<sup>2026</sup>

Insoweit man deshalb sagen kann, daß sich Schmidt von der innenpolitischen Entwicklung zunehmend abkoppelte, ohne allerdings daraufhin in den aggressiven antirepublikanischen Politikstil aus Weimarer Zeiten zu verfallen, so sehr fand er in außenpolitischen Belangen ein neues Betätigungsfeld. So wenig die junge Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Gründung auch eigenständige Außenpolitik betreiben konnte, der Konfrontation mit der weltpolitischen Lage konnte sie sich *qua natura* nicht entziehen.

Aus der außenpolitischen Entwicklung nahm sich Schmidt zwei Ereignisse heraus, die er im Falle des Schuman-Plans knapp kommentierte und im Falle eines deutschen Verteidigungsbeitrags politisch unterstützte. Der Plan des französischen Außenministers vom Mai 1950, der für Deutschlands Weg zur reputierlichen Westintegration einen ersten, wichtigen Schritt bedeutete, sah faktisch vor, die gesamte französische und deutsche Stahl- und Kohleproduktion unter eine gemeinsame Aufsichtsbehörde zu stellen. Der politische Hintergrund dieses bedeutsamen Planes bestand darin, die Waffenschmieden beider Länder gewissermaßen zu europäisieren und damit der nationalstaatlichen Verfügungsgewalt zu entziehen.<sup>2027</sup> Unabhängig von den hier nicht zu diskutierenden nationalen Interessen, die jeweils hinter der Goutierung des Plans standen, ließ sich bei Schmidt

---

<sup>2024</sup> Genau auf die Spaltungen der DNVP in den Jahren 1929 / 30 hatte Schmidt in einem Brief an Hergt (?) rekurriert. Vgl. N 1211 / 16 Schmidt an Hergt(?), 9.9. 1947.

<sup>2025</sup> N 1211 / 2 Schmidt an Blume, 13.3. 1951.

<sup>2026</sup> In Ansätzen läßt sich diese Haltung schon im Manifest erkennen: Vgl. N 1211 / 42 Das konservative Manifest, Westerland im Januar 1947.

<sup>2027</sup> Vgl. Morsey, Deutschland, S. 28.

ein neuerlicher Fortschritt konstatieren. Erinnernte man sich seines haßerfüllten Frankreichbildes während der Weimarer Jahre, schien diese Haltung durch den Krieg gebrochen. Nicht daß er in kürzester Zeit zum frankophilen Anhänger der Adenauerschen Westpolitik wurde. Aber der nicht überschwengliche, vielmehr nüchterne Wille zur Versöhnung war erkennbar, wenn er den bezeichneten Plan als „wirklich große staatsmännische Leistung“<sup>2028</sup> bezeichnete.

Politisch konturierter war seine Stellungnahme zu der in den Jahren 1949 / 50 aufbrechenden Diskussion über einen deutschen Verteidigungsbeitrag. Der Überfall des kommunistischen Nordkoreas auf den südlichen Teil des Landes Ende Juni 1950 ließ bei den Westmächten ein Umdenken hinsichtlich der Rolle Deutschlands in der Weltpolitik einsetzen. In der damaligen Vorstellung setzte mit dem nordkoreanischen Vorgehen nach dem Aufbau der Satellitenregime in Osteuropa eine neue und umfassende bolschewistische Offensive ein, deren Ausweitung auf Westeuropa kurz bevorstand. Da man überdies in Deutschland davon ausging, daß der Krieg auf Befehl Stalins begonnen worden war, setzte in den verbliebenen Westzonen die Furcht vor einem Überraschungskrieg der roten Armee unter Zuhilfenahme der als Polizei getarnten kasernierten Volkspolizei in Mitteldeutschland ein. Die Bereitschaft des Westens, die Lasten der Verteidigung auch der Bundesrepublik zu übertragen, war dadurch geboren worden. Adenauer nahm den von Churchill initiierten Beschluß des jüngst gegründeten Europarates vom August 1950, eine europäische Armee unter Einschluß deutscher Kontingente zu schaffen, dankbar auf.<sup>2029</sup>

In dem gemeinsamen Bewußtsein, daß die seit jeher gefährliche Mittellage Deutschlands gleichsam zum Zentrum des tödlichen potentiellen Aufeinanderprallens der weltpolitischen Gegensätze<sup>2030</sup> geworden war, trafen sich Adenauer und Schmidt. Es war diese Gefahrenanalyse, die Schmidt in Deutschland das „Schlachtfeld des dritten Weltkrieges“<sup>2031</sup> erblicken ließ und es deshalb zum „besten Bundesgenossen einer bewahrenden Europa-Politik“<sup>2032</sup> avancieren ließ. Schmidts stets virulenter Antikommunismus bot die willkommene Untermauerung dieses gegen das sowjetische Rußland gerichteten Kampfes um die „nackte Selbsterhaltung des Landes, das unser Kinder- und Vaterland ist“<sup>2033</sup>.

---

<sup>2028</sup> Insulanus spricht ... Eine Artikelserie der Norddeutschen Rundschau, Itzehoe 1951, Artikel v. 28.1. 1951, S. 58. Der als Insulanus bezeichnete Autor war Schmidt. Das Buch wurde dem Verfasser freundlicherweise vom Sylter Archiv in Westerland zur Verfügung gestellt.

<sup>2029</sup> Vgl. Morsey, Deutschland, S. 30; Schöllgen, Außenpolitik, S. 26.

<sup>2030</sup> Vgl. Schöllgen, Außenpolitik, S. 19.

<sup>2031</sup> Insulanus spricht ... Eine Artikelserie der Norddeutschen Rundschau, Itzehoe 1951, Artikel v. 25.3. 1950, S. 28. In dieser Hinsicht ebenso deutlich: vgl. ebd., Artikel v. 1.7. 1950, S. 69.

<sup>2032</sup> Ebd., Artikel v. 8.4. 1950, S. 35.

<sup>2033</sup> Ebd., Artikel v. 15.7. 1950, S. 77.

Noch einmal, so schien es sich anzudeuten, erwachte über diese innenpolitisch höchst umstrittene außenpolitische Frage der anschwellende politische Ehrgeiz bei Schmidt. Antikommunismus ging bei ihm eine gleichsam naturhafte Verbindung mit Patriotismus und soldatischem Bewußtsein ein. Er hatte gemerkt, daß die Westmächte im Begriff waren, von den Deutschen Opfer zu verlangen, mit denen der Weltkriegsgegner am Schutz auch seiner eigenen Freiheit beteiligt werden sollte. Schmidt leitete nun aus der „Frage eines deutschen Sicherheitsbeitrages“, zu der das „das ganze Europa angehende Problem der Verteidigung gegen eine etwaige östliche Invasion“<sup>2034</sup> gehörte, einige teilweise unrealistische Forderungen ab. Noch bevor er auf die harten politischen Forderungen zu sprechen kam, erwähnte zuvörderst die Wiederherstellung der „beschmutzten und in zahllosen Prozessen angegriffene Ehre der diffamierten deutschen Soldaten“<sup>2035</sup>. Hier sprachen der ehemalige Offizier und der Vater eines gefallenen Sohnes gegen die – politisch so gewollte – offizielle Zurückhaltung beim öffentlichen Gedenken an die deutschen Soldaten. Mit der sodann geforderten „Streichung der Kriegsschulden“<sup>2036</sup> griff er forsch seiner Zeit voraus. Im militärischen Kern seines Katalogs schoß er nun über das Ziel hinaus, wenn er mit einem Schlag die „völlige Gleichberechtigung mit den anderen europäischen Staaten“<sup>2037</sup> ersann, die in besserer Einschätzung der internationalen Lage richtigerweise ein Fernziel Adenauers war. Weiter forderte für die ins Auge gefaßten Verbände die „modernste Bewaffnung ohne einschränkende Maßnahmen der Besatzungsmächte“<sup>2038</sup>. Diese neu aufzustellenden Kräfte sollten eine „eigene Heeresführung“ erhalten, woraus „deutsche Generale in den europäischen Generalstab“<sup>2039</sup> berufen werden sollten. Schmidt dachte somit in der Frage einer europäischen Armee durchaus zeitgemäß. Die Befehlsgewalt deutscher Generale über französische oder britische Truppen schien dabei jedoch außerhalb des Erreichbaren angesiedelt. Die „uneingeschränkte solidarische Waffenhilfe des antibolschewistischen Auslands“<sup>2040</sup> im Falle eines Angriffs traf sich mit der diesbezüglichen Äußerung im Abschluß-Kommuniqué des NATO-Rates vom September 1950, dem West-Deutschland allerdings noch nicht angehörte. Mit der zuletzt angefügten Forderung nach der „Wiederherstellung seiner

---

<sup>2034</sup> N 1211 / 45 (ohne Titel), Forderungenkatalog der DKP, ca. 1950 / 51 (unterzeichnet von Schmidt).

<sup>2035</sup> Ebd.

<sup>2036</sup> Ebd. Diese Frage wurde mit dem Londoner Schuldenabkommen geregelt, wodurch sich Westdeutschland zur Zahlung von sechs Milliarden D-Mark für Schulden aus der Vor- und sieben Milliarden für die Nachkriegszeit verpflichtete. Vgl. Schöllgen, Außenpolitik, S. 27.

<sup>2037</sup> N 1211 / 45 (ohne Titel), Forderungenkatalog der DKP, ca. 1950 / 51 (unterzeichnet von Schmidt).

<sup>2038</sup> Ebd.

<sup>2039</sup> Ebd.

<sup>2040</sup> Ebd. Vgl. zum Kommuniqué des NATO-Rates v. 19.9. 1950: Schöllgen, Außenpolitik, S. 25 f.

natürlichen alten Grenzen“<sup>2041</sup> nahm Schmidt die EntschlieÙung des Bundestages vom September 1950 auf. Mit den alten Grenzen war der EinschluÙ Mittel- und Ostdeutschlands entsprechend dem Umfang des Staatsgebietes zu Ende des Jahres 1937, also vor den ersten größeren Annektionen, gemeint.

Insgesamt unterstützten Schmidts außenpolitische Vorstellungen die Vorhaben der Regierung Adenauer. Allein in der Frage der autonomen Befehlsgewalt einer neu zu schaffenden Wehrmacht ging er über das politisch gegenwärtig Mögliche hinaus. Der Antikommunismus Schmidts<sup>2042</sup>, der in seinen Erlebnissen in Rußland 1918 grundgelegt worden war und sich diffus im Kampf gegen die Novemberrevolution stetig verfestigt hatte, bildete dabei eine wichtige ideologische Klammer für die weitgehende außenpolitische Kongruenz seiner Politik mit der der Regierung.

Nachdem Schmidt in den Jahren 1950 und 1951 das Amt des Bürgervorstehers in Westerland innegehabt hatte<sup>2043</sup>, seinen finanziellen Rückhalt aus Geldern der von Hugenberg noch vor seinem Tode 1951 gegründeten Offenen Privatbank (Opriba) schöpfte<sup>2044</sup>, führten ihn die außenpolitischen Vorgänge nochmals in den Wahlkampf 1953. Da sich seine Partei nach den verschiedenen Abspaltungen in völliger Bedeutungslosigkeit verloren hatte, schloß sich Schmidt Anfang Juni 1953 der Deutschen Partei an.<sup>2045</sup> Weshalb er sich nicht der CDU angeschlossen haben mag, lag wahrscheinlich daran, daß er deren sozialpolitischen Flügel sozialistische Gedanken unterstellte. Wenn er deshalb den Weg in die Deutsche Partei fand, mit der es bereits 1949 Fusionsverhandlungen stattgefunden hatten, war dies ob ihrer welfischen Herkunft bemerkenswert. Allerdings waren die separatistischen Wurzeln mit der Auflösung des Staates Preußen durch die Besatzungsmächte im Jahre 1947 und die im Grundgesetz festgeschriebene föderative Struktur des westdeutschen Staates durch den Lauf der Zeit verdorrt und ihre weitere Verfechtung obsolet geworden.<sup>2046</sup> Ausschlaggebend für Schmidt dürfte neben den nationalistischen und monarchistischen Untertönen gleichwohl die außenpolitische Grundorientierung der DP gewesen sein, die ihn an sie und damit an die Regierung heranführte.<sup>2047</sup>

---

<sup>2041</sup> N 1211 / 45 (ohne Titel), Forderungenkatalog der DKP, ca. 1950 / 51 (unterzeichnet von Schmidt). Vgl. zur EntschlieÙung des Bundestages v. 14.9. 1950: Schöllgen, Außenpolitik, S. 22.

<sup>2042</sup> Vgl. Insulanus spricht ... Eine Artikelserie der Norddeutschen Rundschau, Itzehoe 1951, Artikel v. 26.8., 2.9., 9.9. 1950 (S. 92, 94, 97).

<sup>2043</sup> Vgl. Sylter Rundschau v. 29.11. 1951, aus: Sg Otto Schmidt-Hannover (Sylter Archiv, Westerland).

<sup>2044</sup> Vgl. 4211 Schmidt / hannover, Vermerk Dr. Mommsen v. 10.6. 1963, S. 2. Schmidt hielt am Grabe Hugengebgs eine Rede.

<sup>2045</sup> N 1211 / 45 Werchan (Landesverband Schleswig-Holstein der DP) an Schmidt, 4.6. 1953.

<sup>2046</sup> Vgl. Schmollinger, H., Die Deutsche Partei, in: in: Stöss, R. (Hg.), Parteien-Handbuch der Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen 1983, S. 1029-1031 (i.f. zit. als: Schmollinger, DP).

<sup>2047</sup> Vgl. Schmollinger, DP, S. 1050.

In einer seiner Wahlkampfreden ging er nach den gleichsam ritualisierten antikommunistischen Kampfformeln sogleich auf die außenpolitische Lage über.<sup>2048</sup> Erneut führte er den Zuhörern seine – bereits bekannte – Sicht der sicherheitspolitischen Situation vor Augen, indem er seine ausladende Rhetorik bemühte: „In Westdeutschland scheiden sich heute alle großen Entwicklungs- und Gefahrenlinien. Es steht im Kreuzfeuer aller Scheinwerfer der Welt, weil es der Schaltraum ist, in der die Ströme der Weltrevolution gestoppt oder weitergekurbelt werden können“. Ganz im parteiübergreifenden Konsens (mit Ausnahme der KPD) forderte er, „mit elastischen Methoden die deutsche Wiedervereinigung als erstes Hochziel“ zu betreiben. Erst durch die „Restitution Gesamtdeutschlands“ würde ein „freies Zentral-Europa“ geschaffen. In diesem Deutschland sah er die „dritte Kraft zwischen den Weltblöcken“.

Leider sind keine weiteren Äußerungen Schmidts in dieser Richtung eruierbar gewesen, zumal nicht aus der Zeit der Stalin-Noten des Jahres 1952.<sup>2049</sup> Dies machte die Bewertung, wo er nun 1953 außenpolitisch stand, sehr schwierig. Deutete die letzte Bemerkung auf jene von Adenauer im Ansatz abgeschmettete Schaukelpolitik hin, die ein traditionelles Merkmal der Weimarer Außenpolitik gewesen war? Stand er somit den Ideen eines Jakob Kaiser in der CDU sehr nahe?<sup>2050</sup> Wie waren dann aber andererseits seine klaren proeuropäischen Äußerungen aus den Jahren 1950 / 1951 zu verstehen? Seine letzte Äußerung schien doch auf eine Neutralitätspolitik in der beinahe vollständig ausgereiften bipolaren Welt hinzudeuten; in diese Richtung wiesen auch Bemerkungen in seinem „Umdenken“-Buch.<sup>2051</sup> Aus verständlichen patriotischen Gründen heraus, die allerdings sicherheitspolitisch hinsichtlich des geringen machtpolitischen Gewichts selbst eines wiedervereinigten Deutschlands nurmehr idealistisch waren, koppelte er sich damit von der entschiedenen politischen Linie Adenauers auf die Westintegration hin ab.

Da sich die Deutsche Partei mehrheitlich in Schleswig-Holstein aus ehemaligen Mitgliedern der Deutschen Konservativen Partei zusammengesetzt hatte, gelang es Schmidt, für die Kandidatur im Wahlkreis Rendsburg und auf der Landesliste auf Platz zwei aufgestellt zu werden.<sup>2052</sup> Allein, Schmidt mißlang auch im zweiten bundespolitischen Anlauf der Einzug in das Parlament – es sollte sein letzter gewesen sein. Die Gründe für sein Scheitern sah er vornehmlich im Fehlen effektiver Presseorgane zur Unterstützung seiner Ansichten, einem geringen Organisationsgrad

---

<sup>2048</sup> Vgl. zu den folgenden Zitaten: N 1211 / 45 Schmidt, Schafft klare Fronten, o.D. (ca. Juli / August / September 1953).

<sup>2049</sup> Vgl. Morsey, Deutschland, S. 34 f.

<sup>2050</sup> Vgl. ebd., S. 36.

<sup>2051</sup> Vgl. Schmidt, Umdenken, S. 11, 40 f.

<sup>2052</sup> Vgl. N 1211 / 45 Schmidt an Eggeling, 3.9. 1953.

der DP in Schleswig-Holstein und einer bereits stark im landwirtschaftlichen Milieu verankerten CDU. Die Aussichten, sich mit seiner Politik noch einmal erfolgreich einbringen zu können, sah er nicht mehr als günstig an.<sup>2053</sup>

Seine politische Karriere, die nach dem Krieg einen energiegeladenen Neuanfang versprochen hatte, war in der halbherzigen Anerkennung einer neuen Zeit mehr oder weniger geräuschlos im Sande verlaufen. Innenpolitisch hat er auch der zweiten Republik innerlich ferngestanden, außenpolitisch hat er sich mit der Festigung des Westintegrationskurses von der zunächst in Augenschein genommenen proeuropäischen Haltung bis 1953 in Richtung der ihm altvertrauten Mittlerpolitik zwischen Ost und West entfernt. Bei alledem mußte aber deutlich unterstrichen werden, daß er sich jeglicher obstruktiver Haltung gegenüber dem jungen deutschen Teilstaat versagt hat. Dies war, trotz der besonders innenpolitisch abweichenden Haltung, seine Lehre aus Weimar.<sup>2054</sup>

Da keine Quellen vorhanden sind, die ein weiteres aktives politisches Engagement bezeugen konnten, ist anzunehmen, daß er sich nunmehr auf die Abfassung seiner Erinnerungen konzentrierte. Seine zunehmende Abgeschiedenheit schlug sich nieder in seinem Unwillen, überhaupt noch Artikel über „aktuelle Fragen“<sup>2055</sup> zu schreiben. Er schrieb nun mitunter Reiseberichte und verfaßte eine „Hymne an Westerland“<sup>2056</sup>. Als er dann nach dem Erscheinen seines „Umdenken oder Anarchie“-Buches im Jahre 1959 auf „absolutes Stillschweigen“<sup>2057</sup> stieß, war seine Frustration begreiflicherweise sehr hoch. Ende des Jahres 1960 verstieg er sich sogar dazu, in einer Eingabe an den Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins, von Hassell, diesen aufzufordern, der Entscheidung, sein Buch nicht in die Westerlander Stadtbibliothek aufzunehmen, energisch entgegenzutreten.<sup>2058</sup> Als dies nicht geschah, äußerte er sich trotzig gegenüber dem ehemaligen Deutschnationalen von Rohr, daß die „nationalpolitisch[en Möglichkeiten, die – d.Vf.] in meinem Buche liegen, nicht genutzt“<sup>2059</sup> würden.

Schmidt erhielt zwar zu seinem 75. Geburtstag die Möglichkeit, noch einmal seine Sicht auf die Weimarer Zeit in einem Rundfunkvortrag kundzutun.<sup>2060</sup> Auch widmete ihm die Frankfurter Allgemeine Zeitung einen durchaus wohlmeinenden

---

<sup>2053</sup> Vgl. N 1231 / 186 Schmidt an Papen, 25.9. 1953, Bl. 59, 60, 62.

<sup>2054</sup> Vgl. ebd., Bl. 63.

<sup>2055</sup> N 1211 / 16 Schmidt an Papen, 5.6. 1958.

<sup>2056</sup> Vgl. Schmidt, Reisebericht Sizilien, in: Sylter Rundschau v. 4., 6.-8.1. 1958; die Hymne ist ohne Datum eingelegt, beides aus: Sg Otto Schmidt-Hannover (Sylter Archiv, Westerland).

<sup>2057</sup> 4211 Schmidt / hannover, Vermerk Dr. Mommsen v. 10.6. 1963, S. 2.

<sup>2058</sup> LAS Abt. 605 Nr. 554 Schmidt an Ministerpräsident v. Hassell, 2.11. 1960.

<sup>2059</sup> 4211 Schmidt / hannover, Schmidt an Rohr, 27.11. 1961.

Jubilarsartikel.<sup>2061</sup> All dies konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich Schmidt nicht mehr gegen seine sich verstetigende Bedeutungslosigkeit zur Wehr setzte. Mit dem Tod seiner Frau Gertrud im März 1964 widerfuhr ihm überdies ein persönlicher Schicksalsschlag, dessen emotionale psychologische Wirkung schwerlich einzuordnen war.<sup>2062</sup> Seine ohnehin vorhandene Niedergeschlagenheit wird dadurch jedoch gewiß keine Linderung erfahren haben. In seinen letzten Lebensjahren war Schmidt schließlich auch gesundheitlich stark angeschlagen, einmal bezeichnete er sich nur noch als „eine Art Wrack“<sup>2063</sup>. Am 24. März 1971 verstarb Otto Schmidt im Alter von 83 Jahren in Bremen und wurde fünf Tage später neben seiner Frau in Westerland beigesetzt.<sup>2064</sup>

---

<sup>2060</sup> Vgl. 4211 Schmidt / hannover, Aus den Erlebnissen von Herrn Schmidt / hannover, geplanter Rundfunkvortrag 1963.

<sup>2061</sup> Vgl. Der standhafte Preuße, in: FAZ v. 26.1. 1963. Der Autor betonte hier sehr deutlich die antinationalsozialistische Haltung Schmidts. Dies war abstrakt nicht unrichtig. Allerdings unterblieb die Unterscheidung zwischen der sich seit Harzburg langsam steigernden Gegnerschaft zu Hitler und der prinzipiell gutgeheißenen Größe der NSDAP. Auch unterblieb die Relativierung dieser Haltung durch die gegenüber Hugenberg stets gewahrte Loyalität.

<sup>2062</sup> Vgl. 4211 Schmidt / hannover, Todesanzeige Gertrud Schmidt, geb. Sohnemann.

<sup>2063</sup> 4211 Schmidt / hannover, Schmidt an Dr. Mommsen (Bundesarchiv), 22.1. 1965.

<sup>2064</sup> Ebd. Dies wurde bestätigt durch die Auskunft des Kirchenbüros der Evangelischen Kirche in Westerland. Mitteilung an den Vf. v. 8.3. 2004.

## 10. Zusammenfassung und Ergebnisse

Aus der Untersuchung der Biographie Otto Schmidts werden verschiedene Ergebnisse besonders herausgestellt. Unterteilt in die Beantwortung von Grundsatz- und Einzelfragen, werden der Forschung hier neue Erkenntnisse angeboten.

Hinsichtlich der aus der Arbeit herausstechenden Grundsatzfragen können folgende Feststellungen getroffen werden:

1. Die staatspolitische Haltung Otto Schmidts gegenüber der Weimarer Republik war von zeitlich begrenzter Flexibilität geprägt. Im Milieu der Kriegervereine und nationalen Verbände deutschnational sozialisiert, firmierte Schmidt vor dem Einzug in den Reichstag als völkischer Politiker. In den ersten vernehmbaren Äußerungen aus den Jahren 1923 und 1924 artikuliert er sich in schroffer Rhetorik gegen den Weimarer Parlamentarismus und dessen von Frankreich aufgezwungene Erfüllungspolitik. Ruhrbesetzung und Inflation verstärkten seinen Wunsch nach einem mit nationalen Politikern besetzten Direktorium, das vom Reichspräsidenten ernannt werden sollte. Den Hitler-Putsch lehnte er nur aufgrund seiner Ansicht nach zu frühen Vorgehens und wegen seiner Nicht-Abgestimmtheit mit anderen politischen Kräften ab. Trotz seiner Ablehnung des politischen Systems verstand er früh, daß nur organisiertes politisches Wirken innerhalb desselben zu Einfluß führen konnte. Nach dem Einzug ins Parlament im Mai 1924 blieb seine Rhetorik unverändert. Die die deutschnationalen Reichstagsfraktion spaltende Abstimmung über den Dawes-Plan ließ ihn kurz hadern, ob er der Politik den Rücken wenden sollte. Er tat dies nicht, da er hierin eine Schwächung des rechten Flügels der Partei sah. Aber im Gegensatz zu anderen Fraktionsmitgliedern wie Hugenberg oder Freytagh-Loringhoven wandte er sich vehement gegen eine Spaltung der Partei. Im Gegenteil, er setzte alle Energie auf den Dezemberwahlkampf 1924, um die Partei in ihrem parlamentarischen Gewicht zu stärken. Nach dem Wahlerfolg stellte er sich folgerichtig an die Seite Westarps, der den Eintritt in die Regierung forcierte. Gewiß mitbedingt durch die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten begann er, sich zaghaft an die staatspolitischen Verhältnisse anzunähern. Besonders deutlich wurde diese als ‚ablehnende Annäherung‘ bezeichnete Haltung im Vorfeld der zweiten Regierungsbeteiligung. Gewiß, Schmidt war nicht unwesentlich getrieben durch die Furcht einer SPD-Regierung, aber sein deutlicher Wille, an der Seite Westarps Verantwortung zu übernehmen, schied ihn deutlich von Hugenberg. Sieht man, wie maßvoll er zu dieser – zweifellos vorteilhaft wenig außenpolitisch bestimmten – Zeit Stresemann kritisierte, dann wurde an den Zwischentönen erkennbar, welche Veränderung er seit 1924 durchgemacht hatte. Ähnliches galt für seine erstaunlich



konzilianen Äußerungen zur Flaggenfrage und ganz besonders zum Verfassungstag, der in den Vorjahren ein regelrechtes antirepublikanisches Schützenfest dargestellt hatte. Seine Haltung kulminierte in der gleichsam erschrockenen Frage, ob nicht eine Synthese der republikanischen mit den sogenannten nationalen Kräften möglich sei. Dieser Prozeß der ablehnenden Annäherung sollte allerdings keine festen Konturen annehmen. Es blieb ein verheißungsvoller Ansatz, dem die Wählerschaft den Erfolg nicht zuschreiben wollte. Schmidt hatte den Mut gehabt, vorsichtig und niemals prorepublikanisch – das Ziel der Verfassungsänderung blieb konstant – einen abstrakt staatsbejahenden Weg einzuschlagen. Wie nah er an den Rand dessen gegangen war, was für einen Vertreter des konservativen Milieus gerade noch tragbar war, mußte ihm bei der Verabschiedung des Republikenschutzgesetzes schmerzhaft vor Augen geführt worden sein. Er stimmte nicht wie Hugenberg dagegen, auch nicht wie Westarp dafür – unwohl ob seiner eigenen Lage hatte er sich krank gemeldet. Dies symbolisierte, wie die gegenüber Westarp kurz vor der Wahl dargelegte Schwierigkeit der Vermittlung der Anerkennung der republikanischen Außenpolitik im konservativen Milieu, wie zaudernd und innerlich hadernd er das pragmatische Geltendmachen des deutschnationalen Einflusses unterstützte. Aus überzeugter Staatsbejahung heraus, wie dies bei Westarp der Fall war, geschah dies nicht. Die Maiwahl 1928 erschütterte vollständig das fragile Gerüst, mittels dessen sich Schmidt auf den Weg in die zu verändernde Staatsform gemacht hatte. Die Niederlage für den Kurs Westarps ließ ihn die Konsequenz ziehen, daß der Versuch der ablehnenden Annäherung als gescheitert angesehen werden mußte. Wenn er sich im folgenden innerhalb kürzester Zeit dem Kurs Hugengebgs anschloß, vermittelte er den Eindruck, endlich wieder zu jener klaren, ja radikalen Linie zurückkehren zu können, die er vor seinem Einzug in das Hohe Haus verfochten hatte. Das gleichsam übergangslose Zurückschwenken verdeutlichte, wie wenig substantiell sein gleichwohl erstaunliches Mittragen des Westarp-Kurses gewesen war. Fortan schloß er sich dem Kurs des baldigen, neuen Parteivorsitzenden Hugenberg an. Die radikale Obstruktion des Weimarer Parlamentarismus prägte fortan seine politische Haltung bis zum Ende seiner Karriere als Reichstagsabgeordneter. Unzweideutige Höhepunkte dieser Attitude war einerseits die im Kontext der Vergehen der Ulmer Reichswehroffiziere im Herbst 1930 gemachte Aussage, Offiziere hätten den Fahneid auf „ein ‚Abstraktum‘ zu leisten .., auf ein mehr oder minder durchlöcherteres Instrument von fragwürdigem Wert, die Verfassung“. Andererseits waren dies seine Bekundungen in der zweiten Jahreshälfte 1932, als er explizit zum Verfassungsbruch riet.

2. Schmidts Verhältnis zum Nationalsozialismus war weder durch Nähe zur Rassenideologie noch zur Lebensraumplanung Hitlers geprägt. Schmidt war kein radikaler Antisemit. In zu vernachlässigendem Umfang verfocht er einen bürgerlichen Antisemitismus, der sich in oberflächlicher Kritik an der berufsspezifischen Ausrichtung einiger Teile des deutschen Judentums erging. Rohe Invektiven waren nicht zu erkennen. Die Beobachtung dieses Verhältnisses wurde erst mit dem Antritt Hugenbergs als Parteivorsitzender relevant. Hinsichtlich Schmidts ist dabei zwischen seinem Verhältnis zum Nationalsozialismus als solchem und zur Person Hitlers zu unterscheiden. Schmidt bewertete das politische Gewicht, das hinter der Bewegung Hitlers stand, immer als positiv. Die wesentlichen Gemeinsamkeiten bestanden in dem radikalen Antiparlamentarismus beider Parteien und in der gegen Versailles gerichteten außenpolitischen Linie. Schmidts nachgerade axiomatischer Haß auf Frankreich bildete hierfür eine bald nach dem Krieg gelegte Grundlage. Bis in das Jahr 1932, als nicht einmal das letzte Ziel der *in toto* gescheiterten Tagung von Harzburg, der gemeinsame Kandidat für das Reichspräsidentenamt, möglich war, hat Schmidt im Nationalsozialismus keinen Konkurrenten gesehen, sondern immer nur den Bundesgenossen – trotz aller Enttäuschungen und Zumutungen. Als er danach besonders in den Wahlkämpfen 1932 zaghaft Kritik am Nationalsozialismus vorbrachte, war diese gegen die nie durchschaute Taktik der durchtriebenen Benutzung sozialistischer oder auch republikanischer Allüren durch Hitler gerichtet. Spätestens seit der Wahl vom September 1930 wurde allerdings der Ton zwischen den beiden Parteien – um die eigene gewaltige und zunehmende Stärke sehr wohl wissend – diktatorisch von Hitler vorgegeben. Hitler, der bis dahin von Hugenberg eher herablassend und führungsbedürftig behandelt worden war, nahm nun keine Rücksicht mehr auf den schwachen deutschnationalen Kompanion. Schmidt realisierte die Wirkung des zwischen 1929 und 1932 umgekehrten Kräfteverhältnisses, das nur als eindeutige deutschnationale Abhängigkeit bezeichnet werden konnte, bis ins Frühjahr 1933 nicht. Die außen- und staatspolitische Gemeinsamkeit rankte über allem. Dies sollte auch der Grund sein, weshalb er – nur noch Getriebener der Entwicklung – die Ereignisse im Januar 1933 grundsätzlich für richtig hielt. Ganz anders sah sein Verhältnis zu Hitler aus. Bereits während des Reichsausschusses gegen den Young-Plan (1929 / 30) in engem Kontakt mit dem Privatsekretär Hitlers, Heß, stehend, wurde der Kontakt bei der Vorbereitung der Harzburger Tagung unter anderen mit Frick intensiviert. Hitler, der aufgrund seines letzten Wahlergebnisses und des ihm im Vorfeld durch Schleicher eilig ermöglichten Debuts beim Reichspräsidenten nachgerade vor

Selbstbewußtsein strotzte, kam widerwillig nach Harzburg. Seine ganze Aversion kulminierte in der anmaßenden Weigerung, bei der Abschlußkundgebung zu sprechen. Schmidt, der die Tagung im wesentlichen organisiert hatte, gewährte hier einen Eindruck von der Person Hitlers, die ihn über dessen Unzuverlässigkeit nicht im Zweifel ließ. Auch wenn es gerade Schmidt war, dem es gelang, Hitler doch zu seiner Rede zu bewegen, ließ ihn diese Beobachtung aus nächster Nähe ein gewisses Maß an Mißtrauen gegen Hitler entwickeln. Selbst wenn dies durch die Reichspräsidentenwahl verstärkt wurde, an der machtpolitischen Abhängigkeit der DNVP von der NSDAP änderte dies nichts. Im Januar 1933 wurde dies besonders deutlich, als Schmidt eine nationale Regierung der beiden Parteien für richtig hielt, aber – aussichtslos – versuchte, Hitler als Reichskanzler zu verhindern.

3. Das Verhältnis Schmidts zu Hugenberg war durch loyale Gefolgschaft geprägt. Durch Hugenberg sah er nach dem staatspolitisch so interpretierten Scheitern Westarps im Mai 1928 den nunmehr als notwendig erachteten staatspolitischen Kurs verfochten. Durch eindeutige politische Positionierungen gelang es Schmidt außerordentlich schnell, in den engeren Vertrautenkreis um Hugenberg vorzustoßen. Nachdem der Parteivorsitzende das Amt des – potentiell gefährlichen – politischen Beauftragten abgeschafft hatte, bedurfte er gleichwohl eines persönlichen Referenten, eines „Generalstabschefs“, wie es ein alter Vertrauter des Geheimrats nannte. Als solcher war er engster Begleiter, nächster Zuhörer und vor allem elastisches Scharnier in die Parteiverwaltung hinein. Schmidt, der selber ein Abgeordnetenmandat besaß, changierte zwischen Verwaltung, Partei und Fraktion und konnte dabei die Instruktionen seines Vorsitzenden direkt in die notwendigen Kanäle einfließen lassen. Den Weg gegen die Republik über den Reichsausschuß, die Ablehnung des Hindenburg-Kabinetts, den Kampf gegen Brüning, die Tagung von Harzburg und die Reichspräsidentenwahl 1932, all dies trug er emphatisch mit. Er war zudem derjenige, der Hugenberg bei seinen verschiedentlichen Ansinnen, von seinem Parteiamente zurückzutreten, energisch und erfolgreich abhielt. Schmidt war dabei immer Sprachrohr der Botschaft Hugengebgs. Hohe Achtung vor dem besonders wirtschaftlichen Fachwissen steigerte die Verehrung des 23 Jahre älteren Geheimrats zudem. Und dennoch traf man Schmidt nicht ganz, wenn man nicht berücksichtigte, daß er vor allem gegenüber Hitler eine andere Position als Hugenberg einnahm. Die Schmidt von verschiedenen Seiten bescheinigte bessere Menschenkenntnis als Hugenberg wurde jedoch durch seine Loyalität und letztlich die Einsicht in die Schwäche der DNVP beschränkt. Dies galt auch für Schmidts Opposition gegen ein zweites Kabinett Papen. Eine kurzzeitige, ernsthafte

Verstimmung griff im Frühjahr 1933 Platz, als Hugenberg Schmidt keinen höheren Beamtenposten vermittelte; allerdings ließ Schmidt dies nicht nach außen dringen.

4. Im engeren Führungskreis um den Parteivorsitzenden stachen besonders Schmidt und Quatz hervor. Beide hatten keine parteibürokratische Zuordnung für ihre nirgends festgelegten Kompetenzen. Gänzlich verschieden in ihrer Sozialisation – hier der ehemalige Generalstäbler, dem die Zusammenarbeit mit den vielen ehemaligen Offizieren in der Parteiverwaltung leichter fallen mußte, dort der promovierte Jurist, der nicht im Krieg gewesen war – übernahmen sie ebenso verschiedene Aufgaben. Schmidt konnte durch eine stärkere persönliche Beziehung zu Hugenberg ein besseres Vertrauensverhältnis zu diesem aufbauen, was in Anbetracht menschlicher Eitelkeit durch das Unterbleiben substantiierter inhaltlicher Kritik noch verstärkt wurde. Schmidt leistete überdies organisatorische und Propagandaarbeit aus dem Apparat heraus. Überdies war es Schmidts Aufgabe, durch unzählige Hintergrundgespräche politische Stimmungen und Informationen zu erheischen. Im übrigen war er immer an der Seite Hugengebgs bei Gesprächen mit Vertretern aus dem nationalen Milieu und auch mit den Nationalsozialisten. Bei den wenigen Konventen hoher deutschnationaler Abgeordneter mit Hindenburg oblag es ihm im Verlauf der Anti-Young-Plan-Kampagne, an deren Gesetzesvorhaben er sehr wahrscheinlich teilgehabt hat, einmal, allein die DNVP zu vertreten, um eine positive Einstellung zu diesem Unterfangen beim Staatsoberhaupt zu erreichen. Quatz hingegen oblag die präzise inhaltliche Arbeit bei der Ausarbeitung vor allem finanzpolitischer Fragen. Überdies übernahm er gerade in der Spätphase des Jahres 1932 alle wesentlichen Gespräche mit dem Reichspräsidentialamt. Seine bisweilen vorgebrachte inhaltliche Kritik an Hugenberg wurde von Schmidt im Vorfeld abgefangen oder aber sie verschlechterte seine Position bei ihm. Von einer Rivalität zwischen Schmidt und Quatz zu sprechen, träfe den Zustand des Verhältnisses allerdings nicht. Bedingt durch die nur informelle Zuweisung der Kompetenzen gab es Reibungsverluste, aber im ganzen betrachtet, ergänzten sie sich unausgesprochen.
5. Das Verhältnis Schmidts zu Hindenburg kristallisierte das deutschnationale Verhältnis zum Staatsoberhaupt außergewöhnlich heraus. Zeitlebens war es von höchster Verehrung für die soldatischen Leistungen des kaiserlichen Generalfeldmarschalls geprägt. Da er wie Hindenburg in Hannover wohnte, gelang es ihm bis 1925 durch seltene Besuche in dessen Haus und vaterländische

Vorträge, erste Sympathie zu erheischen. Nachdem es ihm zunächst alleine auf geschickte und beredte Art und Weise gelungen war, Hindenburgs Unwillen gegenüber der Übernahme des Amtes zu mäßigen, bewirkte er im Zusammengehen mit Tirpitz wenige Tage später den endgültigen Durchbruch. Die Hoffnung Schmidts (wie weiter nationaler Kreise), Hindenburg werde sich außenpolitisch mitunter gegen den Young-Plan zur Wehr setzen, innenpolitisch zum Beispiel das Republikenschutzgesetz verhindern, sollte sich nicht erfüllen. Die Enttäuschung hierüber gedieh 1931 soweit, daß Schmidt im Vorfeld der Harzburger Tagung bereits innerlich von Hindenburg soweit Abstand genommen hatte, daß er ihn nicht mehr für eine zweite Kandidatur in Betracht zog. Mithin war er auch für ihn zum Mann des Systems geworden. Während der Zeit der Präsidentialregierungen avancierte der Reichspräsident zweifellos zur mächtigsten Person der Verfassung. Nunmehr blieb aber der Zugang, auch bedingt durch das schlechte Verhältnis Hugenburgs zu Hindenburg, in das Präsidentialamt nahezu ganz verschlossen. Als die Deutschnationalen mit der Kanzlerschaft Papens wieder die Nähe zur Macht suchten, nahmen sich die geflissentlichen Ehrbekundungen und Inschutznahmen Hindenburgs seitens Schmidts eher unbeholfen und aussichtslos aus. Der Kurs, den auch Schmidt mitgetragen hatte, gereichte den Deutschnationalen Ende Januar 1933 – unabhängig von der eigenen prozentualen Schwäche – zu vollständiger Nichtbeteiligung an den entscheidenden Gesprächen in der Wilhelmstraße.

6. Am Verhältnis Schmidts zur Monarchie ließ sich gut ablesen, daß dieser Gedanke zumindest unter dem letzten Parteivorsitzenden keine praktische politische Bedeutung für die DNVP besaß. Gewiß, die Monarchie war in den Programmen der DNVP stets aufgeführt, besaß in Westarp und mehr noch im Vorsitzenden des Hauptvereins der Konservativen, Kleist-Schmenzin, starke Eiferer, aber als ernsthafte politische Option wurde sie nicht gehandhabt. Schmidt beschwor selbstverständlich die Farben schwarz-weiß-rot, da durch sie der identifizierbare, scharfe Kontrast zur Republik hergestellt werden konnte. Im Herbst 1923 setzte er sich für ein Direktorium ein, sodann für die Stärkung der präsidentialen Gewalt mittels des Artikels 48 und der Abschaffung des Artikels 54. Schmidt gehörte auch keiner der explizit monarchistisch ausgerichteten Vereinigungen an. In der Auseinandersetzung mit Brüning forderte er weiterhin die vollständige Ausschaltung des Parlaments, ohne ein Wort über die Monarchie zu verlieren. Die (erfolglosen) Pläne des Reichskanzlers, Hindenburg als Reichsverweser für einen Enkel des Kaisers einzusetzen, wurden von Schmidt persönlich bei der zweiten

Gemahlin Wilhelms II. durchkreuzt, da man den Reichspräsidenten nicht für national zuverlässig hielt und zudem um seinen eigenen Einfluß bangte. Eine sich bietende Möglichkeit, einen großen Schritt in Richtung Monarchie zu tun, wurde von Schmidt demnach direkt ausgeschlagen. Allein im Wahlkampf 1932 suchte man sich gleichsam ratlos von dem drückenden Gewicht der nationalsozialistischen Erfolge zu distanzieren, indem man monarchischen Nationalismus gegen die sozialistische Demagogie der NSDAP setzte. Wie hilflos auch Schmidt diesen Notgriff empfunden haben muß, zeigte sich, als er im nächsten Wahlkampf wiederum kein einziges Wort hierzu verlor. Was Schmidt vielmehr konkret vorschwebte, hatte er ausdrücklich gegenüber Schleicher im August 1932 geäußert: vollständige Ausschaltung des Parlaments durch Auflösung und keine erneute Wiedereinberufung. Eine autoritäre Regierung, die auch durch Verfassungsbruch an die Macht kommen konnte, hierin sah er den gangbaren Weg, nicht in der Wiedereinführung der Monarchie.

Hinsichtlich spezifischer Einzelfragen ergaben sich die folgenden Feststellungen:

7. Aus dem Verlauf der Nominierungsprozedur wurde gut erkennbar, welchen erheblichen Einfluß die Kriegervereine auf die Aufstellung Schmidts hatten. Auch wenn die letztliche Entscheidung hierüber von einem Gremium der DNVP getroffen wurde, zeigte sich deutlich, daß allein das von den Kriegervereinen wohl gewählte und organisierte Auftreten Schmidts zunächst seinen Bekanntheitsgrad sicherte. Im weiteren erwies sich ihr Votum als entscheidende Empfehlung für die Entscheidung der Partei.
8. Schmidts politische Stärke lag nicht in der präzisen inhaltlichen Arbeit auf höchstem Niveau. Neben seiner Publikationswut war er vielmehr ein mitreißender Redner, der plakativ und mit einem atmosphärischen Gespür für Stimmungen Zuhörer gewinnen konnte. Darüber hinaus besaß er gleichfalls ein ungeheures Maß an Überzeugungskraft im persönlichen Gespräch unter vier Augen. Anfang April 1925 leistete er – wie erwähnt – ganz wesentliche Vorarbeit, um kurz darauf im Zusammenwirken mit Tirpitz Hindenburg für die Kandidatur um das Reichspräsidentenamt zu gewinnen. Im Oktober 1931 war er es, der den herablassend-unwilligen Hitler letztlich bewegte, bei der Schlußkundgebung doch zu sprechen und so das Scheitern der von ihm wesentlich organisierten Tagung wenigstens nicht offenkundig zu machen. Schmidt war es auch, dem es aufgrund seines selbst geschaffenen Immediatvortragsrechts bei Hugenberg erfolgreich

gelang, diesen von seinen verschiedenen Rücktrittsgedanken in den Jahren 1930 bis 1932 abzubringen.

9. Schmidt war der einzige führende deutschnationale Politiker, der sich im Herbstwahlkampf 1932 dem Reichspropagandaleiter der NSDAP, Goebbels, in einem öffentlichen Rededuell stellte. Zwar nahm sich Schmidt hier erstmalig heraus, die so empfundenen Verfehlungen durch die nationalsozialistische Seite (vor allem Harzburg und die Reichspräsidentenwahl 1932) deutlich zu nennen, verstieg sich aber nicht zu Invektiven gegen Goebbels oder andere NSDAP-Größen. Was ihm trotz der erhellend offenen Antworten seines Antagonisten durch seine nicht zu offensive Haltung gleichsam brennglasartig gelang, war es, seinen Beitrag zu leisten, das seriöse Moment gegen das radauhafte der Nationalsozialisten auszuspielen und damit zum Wahlerfolg der DNVP beizutragen.
  
10. In stringenter Folge aus seiner persönlichen Aversion gegen die Person Hitlers sprach er sich nach dem Sturz Schleichers gegen die Kanzlerschaft des Nationalsozialisten aus. Gewiß, er war professioneller Politiker genug, um dies nicht öffentlich, zumindest aber nicht explizit zu tun. Da Hugenberg sich wahrscheinlich bereits Mitte Dezember 1932 auf diesen festgelgt hatte, wandte sich Schmidt mit seiner Haltung im kuriosen Doppel mit Kleist-Schmenzin gegen den Parteivorsitzenden. Dabei ging es ihm nicht darum, den Geheimrat zu konterkarieren, sondern vielmehr – abgeschreckt von der Natur Hitlers – dieselben Ziele mit einem anderen Mann zu erreichen. Schmidt wollte, auch hier ganz stringent, die große Kraft der NSDAP in ein Kabinett integrieren, aber Hitler als Kanzler verhindern. Obwohl dieses Konstrukt reichlich weit von einer realistischen Einschätzung der politischen Gewichte entfernt war, blieb es doch interessant, daß Schmidt sich bei drei Gelegenheiten anders als der Parteivorsitzende positionierte. Erstens war es im besonderen auf den nicht zufällig überbringenden Schmidt zurückzuführen, daß die gegen Schleicher gerichtete Erklärung der DNVP nicht sogleich veröffentlicht wurde, sondern auf sein Drängen hin dem noch amtierenden Kanzler ein dreitägiges Moratorium für eine Kabinettsumbildung gewährt wurde. Diese sollte mit der NSDAP, aber ohne Hitler vonstatten gehen. Zweitens widersprach er bei seiner Geburtstagsfeier am 27. Januar eindeutig einer Politik, Hitler die Reichskanzlerschaft zu überlassen. Zuletzt warnte er am 29. Januar in der Presse implizit davor, hektische Entscheidungen zu treffen und zielte damit erneut gegen Hugenbergs bereits feststehende Präferenz. Indem er Hindenburg

Ruhe für eine wichtige Entscheidung lassen wollte, wandte er sich unausgesprochen gegen Hitler. Gleichviel, alle diese Versuche waren politisch aussichtslos und letztlich erfolglos. Aber sie zeigen doch, daß Schmidts Position hinsichtlich der Kanzlerschaft Hitlers nicht diejenige Hugenbergs war. Daß er sich nach der gefallenen Entscheidung in Loyalität gegenüber diesem übte, gehörte zu seinen persönlichen deutschnationalen Grundsätzen.

11. Die dammbrechende Euphorie, die in Deutschland mit der Regierung der „nationalen Konzentration“ einsetzte, ließ Schmidt zwar noch für die Reichstagsbrandverordnung stimmen, aber im Vorfeld der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes setzte bei ihm ein ernsthaftes Bemühen zur Beschränkung der Regierungsgewalt ein. Im Zusammenwirken mit Kleist-Schmenzin, Brüning und auch Hugenberg suchte er durch die Formulierung von kompetenzbegrenzenden Regelungen, das in Aussicht stehende Ermächtigungsgesetz in seiner letztlich durchgesetzten Allgewalt zu beschneiden. Durch die Androhung der Spaltung der Fraktion durch eine Gruppe um Stadtler unterblieb dieses Vorhaben.
12. Da sich Schmidt Anfang Mai 1933 aus Gesundheitsgründen für vier Monate aus Berlin zurückzog, nahm er an der Auflösung der Partei nicht teil. Seine Rückkehr nach Berlin Anfang September war zunächst von politischer Leere gekennzeichnet, da er durch die Entwicklung seiner Aufgaben entzogen worden war. Kurzzeitig dachte er – bewegt durch den freudig begrüßten Austritt aus dem Völkerbund, worin sich die alte außenpolitische Gemeinsamkeit widerspiegelte – an eine Rückkehr in den Reichstag. Allein, er wurde von Frick nicht auf die Einheitsliste gesetzt.
13. Aufgrund von Verfolgungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem 30. Juni 1934 und im weiteren nicht nachlassenden Repressalien zog er es vor dem Krieg vor, in die innere Emigration nach Sylt zu gehen, um dort ein apolitisches Dasein zu führen. An den Ereignissen um den 20. Juli 1944 war er nicht beteiligt.
14. Nach dem Krieg engagierte sich Schmidt intensiv und programmatisch in konservativen Parteien. Auch wenn seine beiden Bundestagskandidaturen 1949 und 1953 scheiterten, stach bemerkenswert hervor, daß er sich durch gewiß



schmerzhafte Reflexion davon distanzierte, auch der zweiten Demokratie nachgerade *a priori* mit einer zerstörerischen Grundhaltung zu begegnen.

## 11. Abkürzungsverzeichnis

ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik (St. Augustin)
AdR	Akten der Reichskanzlei
ADV	Allgemeiner Deutscher Verband
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
BA	Bundesarchiv
bearb.	bearbeitet
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv (Potsdam)
CEH	Contemporary European History
DBE	Deutsche Biographische Enzyklopädie
DVFP	Deutschvölkische Freiheitspartei
DSD	Deutscher Schnelldienst (Scherl)
EDG	Enzyklopädie Deutscher Geschichte (Oldenbourg Verlag)
Eintr.	Eintrag
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FS	Festschrift
GStA	Geheimes Staatsarchiv (Berlin-Dahlem)
GuG	Geschichte und Gesellschaft
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HA	Hauptabteilung (Archivbezeichnung)
Hg.	Herausgeber
HMRG	Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft
HStA	Hauptstaatsarchiv (Hannover)
HZ	Historische Zeitschrift
IfZ	Institut für Zeitgeschichte (München)
i.f.	im folgenden
IR	Infanterie-Regiment
JCH	Journal of Contemporary History
JMH	Journal of Modern History
KLE	Kleine Erwerbungen (Bundesarchiv)
LAS	Landesarchiv Schleswig-Holstein
MdR	Mitglied des Reichstages
MGM	Militärgeschichtliche Mitteilungen
MS	Manuskript
ms.	maschinenschriftlich
MSg	Militärgeschichtliche Sammlungen (Bundesarchiv)
N	Nachlaß (im Bundesarchiv)
ND	Neudruck
NDB	Neue Deutsche Biographie
NDO	Nationalverband Deutscher Offiziere
NPL	Neue Politische Literatur
N.N.	Nomen nescio
NZ	Niederdeutsche Zeitung
PA-AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Berlin)
PK	Preußischer Kulturbesitz (Berlin Dahlem)
OGG	Oldenbourg Grundriß der Geschichte (Oldenbourg Verlag)
QzG	Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der pol. Parteien
R	Reich (Bundesarchivs)
Rep.	Repositur
SE GK	Schultheß' Europäischer Geschichtskalender
Sg	Sammlung
s.l.e.a.	sine loco et anno
StA	Staatsarchiv (Osnabrück)
StS	Staatssekretär
SA	Sturmabteilung

SS	Schutzstaffel
TB	Taschenbuch
TU	Telegraphen-Union (Scherl)
UP	Unsere Partei
UuF	Ursachen und Folgen
VdRT	Verhandlungen des Reichstages
vgl.	vergleiche
Vf.	Verfasser
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VvVD	Vereinigte vaterländische Verbände Deutschlands
WP	Wahlperiode
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZfP	Zeitschrift für Politikwissenschaft
ZSg	Zeitungssammlung (Bundesarchiv)

## 12. Quellen- und Literaturverzeichnis

### 1. Bibliographien

ABC - Clio Information Services (Hg.), The Weimar Republic, Santa Barbara 1984.

Baumgart, W., Bücherverzeichnis zur deutschen Geschichte. Hilfsmittel. Handbücher. Quellen, München 11. Aufl. 1994.

Bibliographie zur Zeitgeschichte 1953-1980. Hg. v. Thilo Vogelsang. Bände 1 und 2, München 1982. Bd. 4 : Supplement 1981-1989, München 1991. Beilage der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Jge. 37-44 (1989-1996). Beilage der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Jge. 45/46 (1997/98). Beilage der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Jge 47-52 (1999-2004).

Bibliographie in: K.D. Bracher/ M. Funke/ H.-A. Jacobsen (Hgg.), Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Bonn 3. Aufl. 1998, S. 653-694.

Bibliographie in: E. Kolb, Die Weimarer Republik (= OGG 16), München 6. Aufl. 2002, S. 260-306.

Historische Zeitschrift, Register zu Band 169 (1949) bis 199 (1964), München 1978.

Historische Zeitschrift, Register zu Band 200 (1965) bis 225 (1977), München 1978.

Historische Zeitschrift, Register zu Band 226 (1978) bis 245 (1987), München 1990.

Historische Zeitschrift, Register zu Band 246 (1988) bis 255 (1992), München 1993.

Historische Zeitschrift, Register zu Band 256 (1993) bis 265 (1997), München 1999.

*(Noch kein weiteres Register erschienen, M.T.)*

Internationale Jahresbibliographie der Festschriften 1986 ff. (IJBf-online jährlich aktualisiert).

Internationale Jahresbibliographie der Kongreßberichte 1984 ff. (IJBK-online jährlich aktualisiert).

Internationale Bibliographie der Rezensionen 1985-2005 (IBR-online monatlich aktualisiert).

Internationale Bibliographie der Zeitschriften 1983-2005 (IBZ-online monatlich aktualisiert).

Karlsruher Virtueller Katalog, in: [www.ubka.uni-karlsruhe.de/kvk.html](http://www.ubka.uni-karlsruhe.de/kvk.html)

Katalog der Staatsbibliothek Berlin, in: [www.stabikat.staatsbibliothek-berlin.de](http://www.stabikat.staatsbibliothek-berlin.de)

Stachura P.D., The Weimar Era and Hitler 1918-1933. A Critical Bibliography, Oxford 1977.

Ullmann H.-P., Bibliographie zur Geschichte der deutschen Parteien und Interessenverbände, Göttingen 1978.

## 2. Quellen

### 2.1. Ungedruckte Quellen

#### 2.1.1. Bundesarchiv Koblenz

KLE 345 Edmund Forschbach, Erlebnisbericht  
 KLE 426 Deutschnationale Front  
 KLE 436 Deutschnationale Volkspartei  
 KLE 499 F Heinrich Claß (Lebenserinnerungen - Mikrofilm Nr. FC 1734 N)  
 KLE 627 Manuskript der Lebenserinnerungen Erich Wienbecks für die Jahre (1876-1947)

ZSg 1-83/1 Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren  
 ZSg 101 / 25 Sammlung Brammer (Im Anschluß an die Pressekonferenzen abgefaßte Lage- oder Stimmungsberichte, zumeist von Dr. Georg Dertinger und Dr. Kausch, 1.3. – 13.12. 1932)  
 Z Sg 1 - E 44 DNVP  
 Z Sg 2 - 187 Reichspräsidentenwahl 1925  
 Z Sg 1 - E 87 VvVD

R 43 I/II  
 R 53 Stellvertreter des Reichskanzlers - Vizekanzlei von Papen  
 R 54 Präsidialkanzlei / Büro des Reichspräsidenten  
 R 72 Stahlhelm / Bund der Frontsoldaten e.V. (NS-Deutscher Frontkämpfer-Bund-Stahlhelm)  
 R 118 Hochschule für nationale Politik (Politisches Kolleg)

N 3 Wegener  
 N 4 Hermann Dietrich  
 N 42 Kurt v. Schleicher  
 N 59 Gottfried Traub  
 N 231 Alfred Hugenberg  
 N 1003 Alfred Wegner  
 N 1031 Wilhelm v. Gayl  
 N 1070 Karl Passarge  
 N 1071 Hans Schlange-Schöningen  
 N 1085 Magnus v. Braun  
 N 1149 Lindeiner-Wildau  
 N 1211 Otto Schmidt-Hannover  
 N 1247 Reinhold Quaatz (oder N 247)  
 N 1276 Lutz v. Schwerin-Krosigk  
 N 1310 Konstantin v. Neurath  
 N 1324 Martin Spahn  
 N 1327 Weilnböck  
 N 1377 Theodor Duesterberg

4211 Schmidt/ hannover (Beschaffungsakte)

#### 2.1.2. Bundesarchiv Berlin (- Lichterfelde)

R 72 Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e.V.  
 R 8005 DNVP (1918-1933)  
 R 8034 Reichslandbund  
 R 8048 Alldeutscher Verband

KLE 230 Bund der Landwirte / Reichslandbund mit Nachlaß Gustav Roesicke 1856-1924 (N 2244)

N 2329 Kuno v. Westarp

Vaterländische Verbände. Druckschrift: „Die vaterländische Bewegung und die deutschnationale Volkspartei: Vortrag von Hauptmann Otto Schmidt - Hannover, Hannover 1924, in: R 8005, Nr. 87, S. 19 (= DNVP-Akten 1918-33, BA Berlin-Lichterfelde).

### **2.1.3. Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg**

MSg 109 u.a. Böckmann

N 26 Hammerstein-Equord

N 37 Hoffmann

N 87 Below

N 239 Levetzow

N 253 Tirpitz (Bd. 263: Schmidt, Bd. 176: Korrespondenz mit Hindenburg, Bd. 60: DNVP)

N 429 Hindenburg

PH 3 Großer Generalstab (1867-1919)

PH 21 Akademien, Schulen, Kadettenanstalten

### **2.1.4. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem**

PK HA I Rep. 77 Titel 4043 Nr. 192: Monarchistische Bewegung

PK HA I Rep. 77 Titel 4043 Nr. 278: Deutschnationale Volkspartei

PK HA I Rep. 77 Titel 4043 Nr. 328: Betätigung des Stahlhelms

PK HA I Rep. 77 Titel 4043 Nr. 378: VvVD

PK HA I Rep. 77 Titel 4043 Nr. 397: Nationalverband Deutscher Offiziere

PK HA I Rep. 77 Titel 4043 Nr. 683: Bund der Freunde Schlageters

PK BPH Rep. 62 IV Prinz Oskar, Nr. 2, Trauergottesdienst für Prinz Oskar von Preußen

### **2.1.5. Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam**

Pr. Br. Rep. 37 u.a. Herrschaft Boitzenburg / Kr. Templin, 620: Politischer Schriftwechsel des Grafen Dietloff v. Arnim, Nr. 3787: Schriftwechsel mit Bund der Aufrechten, Nationalverband deutscher Offiziere, Hugenberg, Westarp, Graefe, Hindenburg. Finanzielle Unterstützung der DNVP und anderer rechter Organisationen. Mitteilungen der Parteizentrale der DNVP (1928-1933) 622: Unterlagen der DNVP, Ortsgruppe Boitzenburg, Nr. 3789: Rundschreiben der Hauptleitung der DNF vom 11. Mai 1933: „Der Kampf um die deutschnationale Gleichberechtigung“ (1931-1933).

### **2.1.6. Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam – Außenstelle Bornim**

Rep. 5 E Potsdam 893 Gesellschaft zum Studium des Faschismus

### **2.1.7. Hauptstaatsarchiv Hannover**

Hann. 174 Hann. I 149, 150, 152 DNVP (1932)  
 Hann. 180 Lün., Acc 3 / 030 Nr. 151 Beobachtung von Veranstaltungen vaterländischer Verbänden durch die Behörden 1922 – 1927  
 Hann. 180 Lün. Acc 3 / 030 Nr. 151 VvVD  
 Hann. 180 Lün. Acc 3 / 030 Nr. 82 Kriegervereine  
 Hann. 180 Lün. Acc 3 / 030 Nr. 71-73, 75 Lüneburger Septemberunruhen 1924

#### **2.1.8. Staatsarchiv Osnabrück**

Erw C1 Nr. 1, DNVP Landesverband Osnabrück, Vorstandsakten Hagen (1925-1927).  
 Erw C1 Nr. 6, DNVP, Politischer Beauftragter (1925-1927).  
 Erw C1 Nr. 7-9, DNVP, Schriftwechsel mit der Hauptgeschäftsstelle (1922-1933).  
 Erw C1 Nr. 13, DNVP, Landesverband Osnabrück, Vorstand (1922-1926).  
 Erw C1 Nr. 21, DNVP, Rundschreiben der Parteizentrale (1931).  
 Erw C1 Nr. 62, DNVP, Landesverband Hannover-Ost (1922-1926).  
 Erw C1 Nr. 96, DNVP, Völkischer Reichsausschuß (1923-1926).  
 Erw C1 Nr. 107 Reichspräsidentenwahl (1925).  
 Erw C1 Nr. 108 Reichstagswahl 6.11. 1932, Organisatorisches (1932).  
 Erw C1 Nr. 109 Reichstagswahl 6.11. 1932, Wahlbericht des Landesverbandes (1932).

#### **2.1.9. Institut für Zeitgeschichte München**

ED 82 Hans-Bernd Gisevius.  
 ED 93 / 23 Tagebuch Hans Schäffers v. 20.11. bis 4.12. 1932.

#### **2.1.10. Auswärtiges Amt-Politisches Archiv, Berlin**

Botschaft Moskau, Bd. 16: Russischer Friedensvorschlag vom 26.10./ 8.11.1917 an das Deutsche Reich (Oktober 1917 – Februar 1918).

Botschaft Moskau, Bd. 21: Personalien.

R 21772 Der Weltkrieg Nr. 20 d Nr. 1 a: Die Zukunft der baltischen Provinzen Kurland, Livland und Estland, Bd. 19 (1.7. – 25.7.1918), u.a. N.N. (Briefkopf abgetrennt) an Prinz Leopold von Bayern, Oberbefehlshaber Ost, Kowno, 1.7.1918.

R 22315 Rußland Nr. 31h, Vertretung bei Oberost (Botschaftsrat von Kemnitz).

R 22316 Ermordung des Grafen Mirbach (Gesandtschaftswache) 7-9/1918.

R 22786 Nachrichten des Nachrichtenoffiziers der O.H.L. bei Oberost und anderen Stellen 12/1917-2/1918.

R 22802/3 Kommissionsakten Brest-Litowsk, Akten betreffend: Friedenspräliminarien, Personalien von 12/1917 -1/1918, 22803: 1/1918-3/1918.

#### **2.1.11. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, St. Augustin**

Bestand Forschbach 01-199-005/5

### **2.1.12. Sammlung Heine (Langenhagen b. Hannover)**

Sonderausgabe der Niederdeutschen Zeitung v. 2.11.1932: DNVP-Versammlung von den Nationalsozialisten gesprengt. Bolschewisten-Methoden gegen Schmidt-Hannover (die Sonderausgabe, die ohne Verkaufspreis ausgezeichnet war und sich nicht unter den täglichen Ausgaben wiederfand, wurde dem Verfasser von einem Mitarbeiter des Stadtarchivs Hannover, Herrn Heine, freundlicherweise in Kopie zur Verfügung gestellt)

### **2.1.13. Privatkorrespondenz: Familienarchiv der Freiherren Hiller von Gaertringen, Gärtringen**

Ada Gräfin von Westarp an Gertraude Freifrau Hiller von Gaertringen, 28.3. 1925  
 Ada Gräfin von Westarp an Gertraude Freifrau Hiller von Gaertringen, 7.10.1931  
 Gertraude Freifrau Hiller von Gaertringen an Ada Gräfin von Westarp, 31.5. 1933

### **2.1.14. Nachlaß Kuno von Westarp, Gärtringen**

Korrespondenz Schmidts mit Westarp, mit der Parteileitung in Berlin, mit Generallt. v. Cramon, mit Seldte, mit Treviranus, mit dem Landesverband Hannover-Süd, mit v. Natzmer, mit v. Egan-Krieger (einzelne Schriftstücke, 1924-1929); Korrespondenz Jägers (Celle) mit Westarp, Westarps mit Wallraf (einzelne Schriftstücke, 1929).

### **2.1.15. Sylter Archiv, Westerland**

Sammlung Otto Schmidt-Hannover (ungeordnete Veröffentlichungen von und über Schmidt nach 1945, Kopie von: Schmidt, O., Insulanus spricht. Eine Artikelserie der „Norddeutschen Rundschau“, Itzehoe 1951).

### **2.1.16. Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig**

LAS Abt. 460.17 Nr. 55 Geschäftszeichen 1429: Census-Fragebogen des Entnazifizierungsausschusses des Kreises Südtondern.  
 LAS Abt. 605 Nr. 554: Eingabe von Otto Schmidt an den Ministerpräsidenten von Hassel v. 2.11.1960 und Antwortschreiben v. 30.11.1960.

### **2.1.17. Vom Verfasser befragte Nachfahren der Familie, enger Bekannter und sonstiger Personen**

Prof. Dr. Gernot Böhme (Verwahrer des von Prof. Baumgart transskribierten Tagebuchs von Karl Freiherr von Bothmer), Mitteilung v. 30.7. 2001.

Dr. von Rohr (Sohn des pommerschen Landbundvorsitzenden Hans-Joachim von Rohr), Mitteilung v. 27.02. 2002.

Wilhelm-Karl von Preußen (Sohn des Prinzen Oskar von Preußen), Mitteilung v. 16.07.2002.

Generalleutnant a.D. Bernd Freiherr von Freytag-Loringhoven (Neffe von Axel Freiherr von Freytag-Loringhoven), Mitteilung v. 28.02. 2001.



Wolfgang Harder (Sohn von Rudolf Harder und der Tochter Schmidts, Eva Maria), telefonische Mitteilung v. 15.02. 2002.

Hans-Christian Oesterlink (Sohn von Hans Oesterlink), Mitteilungen v. 08.02., 20.02. und 02.03. 2001.

Bodo Schmidt (Sohn von Otto Schmidt), telefonische Mitteilung v. 27.01. 2002.

### **2.1.18. Zeitungen**

Berliner Lokalanzeiger  
 Berliner Illustrierte Nachtausgabe  
 Der Nationale Wille  
 Der Tag  
 Deutsche Zeitung  
 Materndienste des Scherlverlages: Deutscher Schnelldienst, Telegraphen-Union  
 Niederdeutsche Zeitung  
 Pflicht  
 Treue  
 Unsere Partei  
 Vaterland

### **2.2. Gedruckte Quellen (Quelleneditionen, Geschichtskalendarien)**

Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik. Das Kabinett Müller II, bearbeitet von M. Vogt, 2 Bände, Boppard 1970.

Die Kabinette Brüning I und II, bearbeitet von T. Koops, 3 Bände, Boppard 1982/1990.

Das Kabinett von Papen, bearbeitet von K.-H. Minuth, 2 Bände, Boppard 1989.

Das Kabinett von Schleicher, bearbeitet von A. Golecki, Boppard 1986.

Das Kabinett Hitler, Band 1, bearbeitet von K.-H. Minuth, Boppard 1983.

Das Programm der Regierung von Schleicher. Rundfunkrede des Reichskanzlers vom 15. Dezember 1932, Reichszentrale für Heimatdienst 1932.

Deuerlein, E. (Hg.), Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8. / 9. November 1923, Stuttgart 1962.

Hahlweg, W. (Hg.), Der Friede von Brest-Litovsk: ein unveröffentlichter Band aus dem Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassungsgebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages (= Quellen zur Geschichte des Palamentarismus und der politischen Parteien, 8), Düsseldorf 1971.

Horkenbach, C., Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Berlin 1932, S. 407-409.  
 Huber, E. R.(Hg.), Deutsche Verfassungsdokumente 1918-1933 (Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte Bd. 4), Stuttgart 1992.

Michalka, W./ Niedhart, G. (Hg.), Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918-1933, München 1980.

Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers. Hg. v. Sabine Gillmann und Hans Mommsen, Bd. 1, München 2003.

Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Dritte Reihe. Die Weimarer Republik. Band. 3, Staat und NSDAP 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von G. Schulz, bearbeitet von I. Maurer und U. Wengst. Düsseldorf 1977. Bd. 4, Politik und Wirtschaft in der Krise 1930-1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von G. Schulz, bearbeitet von I. Maurer und U. Wengst, 2 Bände. Düsseldorf 1980.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Herausgegeben von Ulrich Thürauf. Neue Folge, Bände 69-74 (1928-1933).

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Herausgegeben und bearbeitet von H. Michelis und E. Schraepfer unter Mitwirkung von G. Scheel. Siebter Band: Die Weimarer Republik. Vom Kellog-Pakt zur Weltwirtschaftskrise 1928-1930. Die innenpolitische Entwicklung, Berlin 1962. Achter Band: Die Weimarer Republik. Das Ende des parlamentarischen Systems, Berlin 1963.

Verhandlungen des Deutschen Reichstages, 1920-1933, Berlin 1920 ff., Bde. 344-458.

### 3. Memoiren

Aretin, E.v., Krone und Ketten. Erinnerungen eines bayerischen Edelmannes. Herausgegeben von Karl Buchheim und Karl Ottmar von Aretin, München 1955.

Baumgart, W. (Hg.), Von Brest-Litovsk zur deutschen Novemberrevolution. Aus den Tagebüchern, Briefen und Aufzeichnungen von Alfons Paquet, Wilhelm Groener und Albert Hopmann März bis November 1918, Göttingen 1971.

Borchmeyer, J. (Hg.), Hugenbergs Ringen in deutschen Schicksalsstunden. Zwei Teile, Detmold 1949.

Bothmer, K. v., Mit Graf Mirbach in Moskau: Tagebuchaufzeichnungen und Aktenstücke vom 19. April bis 24. August 1918, Tübingen 1922.

Braun, O., Von Weimar zu Hitler, New York 1940.

Brecht, A., Vorspiel zum Schweigen. Das Ende der Deutschen Republik, Wien 1948.

Brüning, H., Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970.

Claß, H., Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich, Leipzig 1932.

Dohna-Schlobitten, A. zu, Erinnerungen eines alten Ostpreußen, Berlin 2000 (Sonderausgabe).

Duesterberg, Th., Der Stahlhelm und Hitler, Wolfenbüttel 1949.

Einem, G. v., Erinnerungen eines Soldaten 1853-1933, Leipzig 1933.

Erdmann, K.D. (Hg.), Kurt Riezler. Tagebücher, Aufsätze, Dokumente. Göttingen 1972.

Eschenburg, T., Also hören Sie mal zu. Geschichte und Geschichten 1904 bis 1933, Berlin 1995.

Ders., Letzten Endes meine ich doch. Erinnerungen 1933 - 1999, Berlin 2000.

Gereke, G., Ich war königlich - preußischer Landrat, Berlin-Ost 1970.

Goebbels, J., Tagebücher. Band 1. 1924-1929. Herausgegeben von R.G. Reuth, München 2. Aufl. 1992.

Ders., Tagebücher. Band 2 : 1930-1934. Herausgegeben von R.G. Reuth, München 2. Aufl. 1992.

Helfferrich, K., Der Weltkrieg. Drei Bände, Berlin 1919.

Hiller von Gaertringen, F. (Hg.), Die Hassell - Tagebücher. Ulrich von Hassell, Aufzeichnungen vom Andern Deutschland, Berlin 3. Aufl. 1989.

Insulanus spricht ... Eine Artikelserie der Norddeutschen Rundschau, Itzehoe 1951.

Kleist-Schmenzin, E. v., Die letzte Möglichkeit. Zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933, in: Politische Studien 10 (1959), S. 89-92.

Körner, I./ Körner, H.-M. (Hgg.), Leopold Prinz von Bayern. Aus den Lebenserinnerungen 1846-1930, Regensburg 1930.

Kolb, E. (Hg.), Albert Grzesinski. Im Kampf um die deutsche Republik. Erinnerungen eines Sozialdemokraten, München 2001.

Leber, J., Ein Mann geht seinen Weg. Schriften, Reden und Briefe. Hg. von seinen Freunden, Berlin 1952.

Lemmer, E., Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt a. M. 1968.

Lockhart, R., Memoirs of a British agent, London 1932.

Manstein, E., Aus einem Soldatenleben 1887-1939, Bonn 1958.

Meinecke, F., Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 6. Aufl. 1965.

Meissner, O., Staatssekretär unter Ebert - Hindenburg - Hitler, Hamburg 1950. (ND: Ebert, Hindenburg, Hitler: Erinnerungen eines Staatssekretärs 1918-1945. Überarbeitete Neuauflage Esslingen 1991)

Ders., Junge Jahre im Reichspräsidentenpalais. Erinnerungen an Ebert und Hindenburg 1919-1934, Esslingen 1988.

Nowak, K.F.(Hg.), Die Aufzeichnungen des Generalmajors Max Hoffmann. Zwei Bände, Berlin 1929.

Papen, F. von, Vom Scheitern einer Demokratie. 1930-1933, Mainz 1968.

Ders., Der Wahrheit eine Gasse, München 1952.

Ders., Rede des Vizekanzlers von Papen vor dem Universitätsbund. Marburg, am 17. Juni 1934, Berlin s.a.

Pfeiffer-Belli, W., Harry Graf Kessler Tagebücher, Frankfurt 1996 (TB).

Price, P., Die russische Revolution. Erinnerungen aus den Jahren 1917-1919, Hamburg 1921.

Pünder, H., Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929-1932. Herausgegeben von T. Vogelsang, Stuttgart 1961.

Ribbentrop, J.v., Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen, Leoni 1953.

Salm-Horstmar, O. Fürst z., Memoiren des Otto Fürst zu Salm-Horstmar. Teil III, s.l.e.a.

Schlabrendorff, F.v., Begegnungen in fünf Jahrzehnten, Tübingen 1979.

Schlange-Schöningen, H., Am Tage danach, Hamburg 1946.

Schmidt-Hannover, O., Umdenken oder Anarchie. Männer - Schicksale - Lehren, Göttingen 1959.

Schubert, W., Der Zweite Weltkrieg hat 1918 begonnen. Arbeitshypothese zur Geschichtsforschung unserer Zeit. Aus den Lebenserinnerungen eines Militärattachés. Als Manuskript vervielfältigt, München 1957 (General a.D. d. Luftwaffe Dr. Wilhelm Schubert).

Schwerin von Krosigk, L. Graf, Staatsbankrott. Die Geschichte der Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1920-1945, Göttingen 1974.

Ders., Es geschah in Deutschland. Menschenbilder unseres Jahrhunderts, Tübingen 1951.

Stahlberg, A., Die verdammte Pflicht. Erinnerungen 1932 bis 1945, Frankfurt 1990 (TB).

Thaer, A.v., Generalstabdienst an der Front und in der OHL. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen 1915-1919. Hg. v. S. Kaehler, Göttingen 1958.

Traub, G., Erinnerungen: Wie ich das „Zweite Reich“ erlebte, Tagebuchnotizen aus der Hitlerzeit, Stuttgart 1998.

Treviranus, G.R., Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf 1968.

Tschirschky, F.-G. v., Erinnerungen eines Hochverrätters, Stuttgart 1972.

Weiß, H./ Hoser, P. (Hg.), Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz, München 1989.

Westarp, K. von, Konservative Politik im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Bearbeitet von Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen unter Mitwirkung von Karl Mayer und Reinhold Weber, Düsseldorf 2001.

Ders., Am Grabe der Parteienherrschaft. Bilanz des deutschen Parlamentarismus von 1918 - 1932, Berlin 1932.

Wilmowsky, T. v., Rückblickend möchte ich sagen, Oldenburg 1961.

Winterfeldt-Menkin, J.v., Jahreszeiten des Lebens, Berlin 1942.

#### **4. Zeitgenössische Literatur (1900-1945)**

Alldeutscher Verband - Wehrverbände (=Deutschvölkischer Katechismus, Heft III), Berlin 1932.

Arnim, H.v./ Below, G.v. (Hgg.), Deutschnationale Köpfe, Leipzig 1928.

Bernhard, H., Reventlow, Hugenberg und die anderen, Berlin 1926.

Bernhard, L., Der „Hugenberg-Konzern“. Psychologie und Technik einer Großorganisation der Presse, Berlin 1928 (Neudruck Bremen 1983).

Class, H., Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich, Leipzig 1932.

Der Stahlhelm (Hg.), 2. Reichs - Stahlhelm - Führertagung. 5. Mai 1932 zu Magdeburg, Reden, Berlin 1932.

Döring, R., Der DNHV in der Reichshauptstadt von 1895-1925, o.O. 1926.

Freytagh-Loringhoven, A.v., Die Deutschnationale Volkspartei, Berlin 1931.

Ders., Verfassungsfragen, in: Der Nationale Wille, Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918-1928, hg. v. M. Weiß, Essen 1928, S. 143 ff.

Goltz, R. v.d., Die vaterländischen Verbände, in: Volk und Reich der Deutschen. Vorlesungen, gehalten in der Deutschen Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung, hg. von B. Harms, Bd. 2, Berlin 1929, S. 155 ff.

Hugenberg, A., Hugenberg und die Landwirtschaft, Berlin 1928.

Ders., Streiflichter aus Vergangenheit und Gegenwart, Berlin 1927.

Ders., Entschuldung der deutschen Landwirtschaft. Gesetzentwurf und erläuternde Aufsätze, Berlin 1931.

Jung, E.J., Die Herrschaft der Minderwertigen, ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein neues Reich, Berlin 2.A. 1930.

Ders., Deutschland und die konservative Revolution, in: Deutsche über Deutschland, München 1932, S. 269-383.

Kaufhold, J., DNVP und Landwirtschaft im Reichstag und im Preußischen Landtag von 1925-1927, Berlin 1927.

Ders., Deutschnationale Volkspartei und Landwirtschaft im Reichstag und im Preußischen Landtag von 1920 bis 1924, Berlin 1924.

- Krafft, K., Die Aufgaben der Aufnahmeprüfung 1908 für die Kriegsakademie, Berlin 1908.
- Kriegk, O., Hugenberg, Leipzig 1932 (=Männer und Mächte, Bd. 6).
- Medem, W. E. v., Seldte - Duesterberg, Leipzig 1932.
- Mumm, R./ Oelse, F., Die DNVP und die kulturellen Aufgaben des Reichstags und des Preußischen Landtags, Berlin 1924.
- o. Vf., Hugenberg? o. J.
- Pache, A., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten, Zwickau 1929.
- Reichstagshandbuch, I.-VII. Wahlperiode, herausgegeben vom Bureau des Reichstags, Berlin 1920 ff.
- Rohr-Manze, K.v., Das sozialistische Agrarprogramm, Schweidnitz 1928.
- Scharfenort, L.v., Die Königlich Preußische Kriegsakademie, Berlin 1910.
- Scheibe, A., DNVP und NSDAP. Was uns einigt und was uns trennt, Berlin 1932 ( Deutschnationale Schriftenvertriebsstelle, Flugschrift).
- Schmidt, O., Wehrfragen, in: Der Nationale Wille, Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918-1928, hg. v. M. Weiß, Essen 1928, S. 167 ff.
- Schreiber, G., Brüning - Hitler - Schleicher. Das Zentrum in der Opposition, Köln 1932.
- Seldte, F., Der Stahlhelm. Erinnerungen und Bilder, Berlin 1932.
- Taschenbuch der Deutschnationalen Volkspartei, Berlin 1929.
- Topf, E., Die grüne Front. Der Kampf um den deutschen Acker, Berlin 1933.
- Wegener, L., Hugenberg. Eine Plauderei, s.l.e.a (ca. 1930).
- Weiß, M., Organisationsfragen, in: Der Nationale Wille, Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918-1928, hg. v. M. Weiß, Essen 1928, S. 167 ff.
- Westarp, C.v., Die deutschnationale Reichstagsfraktion und die Pariser Tributverhandlungen, Berlin o.J.

## **5. Wissenschaftliche Literatur**

### **5.1. Biographik-Literatur**

Berlepsch, H. von, Die Wiederentdeckung des „wirklichen Menschen“ in der Geschichte. Neue biographische Literatur, in: Archiv für Sozialgeschichte XXIX. Band, Bonn 1989, S. 488-510.

Bödeker, H., Biographie schreiben, Göttingen 2003.

Bourdieu, P., Die biographische Illusion, in: BIOS 1 (1990), S. 75-81.

Burckhardt, J., Das Individuum und das Allgemeine (Die historische Größe), in: ders., Weltgeschichtliche Betrachtungen, Stuttgart 1955, S. 207-248.

Carr, E., Gesellschaft und Individuum, in: ders., Was ist Geschichte? Stuttgart 1963, S. 31-54.

Fest, J., Zeitgenosse Hitler. Eine Nachschrift, in: ders., Fremdheit und Nähe. Von der Gegenwart des Gewesenen, Berlin 1998 (TB), S. 130-145.

Ders., J., Noch einmal: Abschied von der Geschichte, in: FAZ v. 10.12. 1977.

Gallus, A., Biographik und Zeitgeschichte, in: APuZ 1-2/2005, S. 40-46.

Hildebrand, K., Vielleicht war sie entzückt, vielleicht war sie bedrückt. Vielleicht auch ein bißchen verrückt: Was einst Jubel und Jammer war im Leben der Kaiserin Elisabeth und anderer Unglücklicher, darf nun Erkenntnis werden in Büchern von Brigitte Hamann. In: FAZ v. 27.12. 2003.

Klein, C., Grundlagen der Biographik. Theorie und Praxis des biographischen Schreibens, Stuttgart 2002.

Kursbuch, Die Rückkehr der Biographie, Heft 148, Berlin 2002.

Raulff, U., Der große Lebenshunger. Erlösende Literatur: Das biographische Verlangen wächst, in FAZ v. 4.3. 1997.

Schwarz, H.-P., Der Unvollendete. Robert Dallek befolgt in seinem Kennedy-Buch die goldenen Regeln für Biographen, in: FAZ v. 7.10. 2003.

Sombart, W., Zur Lage der Geschichtswissenschaft, in: FAZ v. 27.1. 1979.

Treitschke, H.v., Politik. Bd. 1. Leipzig 4. Aufl. 1918, Einleitung.

### **5.2. Biographien (Biographien, biographische Artikel)**

Adams, H./ Adams, R., Rebel Patriot. A biography of Franz von Papen, Santa Barbara 1987.

Art. Hugenberg, in: Stachura, P., Political leaders in Weimar Germany. A biographical study, Bodmin 1993, S. 93 f.

Art. Schmidt-Hannover, in: Kosch, W., Biographisches Staatshandbuch, Bd. 2. Bern 1963, S. 1081.

Auerbach, H., Art. Hergt, in: W. Benz / H. Graml (Hg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988, S. 136.

Bach, J., Franz von Papen in der Weimarer Republik. Aktivitäten in Politik und Presse 1918-1932, Düsseldorf 1977.

Benz, W., Art. Hugenberg, in: Weiß, H. (Hg.), Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a.M. 1999, S. 235-237.

Bleyer, W., Art. Schwerin v. Krosigk, in: K. Pätzold / F. Beck / G. Becker u.a. (Hgg.), Lexikon. Biographien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945, Berlin 1991, S. 466.

Deutsche Biographische Enzyklopädie (DBE), Art. Hugenberg. Herausgegeben von W. Killy/ R. Vierhaus. Band 5, München 1997, S. 216.

Feldmann, G., Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870-1924, München 1998.

Fest, J.C., Hitler. Eine Biographie, Frankfurt 3. Aufl. 1992 (TB).

Fischer, H.-D., Alfred Hugenberg (1865-1951), in: Ders. (Hg.), Deutsche Presseverleger des 18. bis 20. Jahrhunderts, Pullach 1975, S. 294-308.

Franz, G. Art. Hugenberg, in: Biographisches Wörterbuch zur deutschen Geschichte, Erster Band: A - H, München 2. völlig Neubearb. und stark erweiterte Aufl. 1973, S. 1254.

Granier, G., Magnus von Levetzow. Seeoffizier, Monarchist und Wegbereiter Hitlers. Lebensweg und ausgewählte Dokumente, Boppard 1982 (Schriften des Bundesarchivs 31).

Grass, F., Edgar Julius Jung (1894-1934), in: Pfälzer Lebensbilder 1 (1964), S. 326 ff.

Hehl, U. v., Wilhelm Marx 1863-1946. Eine politische Biographie, Mainz 1987

Heinemann, J.L., Hitlers First Foreign Minister. Constantin Freiherr von Neurath, Diplomat and Statesman, Los Angeles 1979.

Herbert, U., Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903 - 1989, Berlin 2.A. 1996.

Hoepke, K.-P., Alfred Hugenberg : aus dem Lebenslauf eines romantischen Bürgers. Band 1: 1865-1914, Karlsruhe Univ. Habil. Schrift 1979.

Ders., Hugenberg, in: Neue Deutsche Biographie. 10. Band, Berlin 1974, S. 10-13.

Ders., Hergt, in: Neue Deutsche Biographie. 8. Band, Berlin 1969, S. 612 f.

Hömig, H., Brüning. Kanzler in der Krise der Republik. Eine Weimarer Biographie, Paderborn 2000.

Hürter, J., Wilhelm Groener. Reichswehrminister am Ende der Weimarer Republik 1928-1932, München 1993.



- Jahnke, H., Edgar Julius Jung: Ein konservativer Revolutionär zwischen Tradition und Moderne, Pfaffenweiler 1998.
- Kershaw, I., Hitler 1889 - 1936, Stuttgart 1998.
- Klass, G. v., Hugo Stinnes, Tübingen 1958.
- Ders., Albert Vögler - einer der Großen des Ruhrvereins, Tübingen 1958.
- Klee, E., Art. Hugenberg, in: ders., Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a.M. 2003, S. 274
- Kolb, E., Gustav Stresemann, München 2003.
- Lebensbilder aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Jahrgänge 1955 - 1957, bearbeitet von Fritz Puder, Düsseldorf 1960, S. 81-86 (Reusch).
- Leopold, J., Alfred Hugenberg. The radical nationalist campaign against the Weimar Republic, New Haven 1977.
- Lühe, I. v.d., Elisabeth von Thadden. Ein Schicksal unserer Zeit, Düsseldorf 1966.
- Mannes, A.L., Heinrich Brüning. Leben, Wirken, Schicksal. München 1999.
- Meyer - Kraemer, M., Carl Goerdeler. Mut zum Widerstand. Eine Tochter erinnert sich, Leipzig 1998. (Titel der Erstausgabe: Carl Goerdeler und sein Weg in den Widerstand. Eine Reise in die Welt des Vaters, Freiburg 1989).
- Mitcham jr., S., Kleist: Field-Marshal Ewald von Kleist, in: Hitler's generals, London 1989, S. 249-263.
- Morsey, R., Franz von Papen, in: Ders. (Hg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 2: Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts, Mainz 1979, S. 75-87.
- Müller, F., Ein „Rechtskatholik“ zwischen Kreuz und Hakenkreuz: Franz von Papen als Sonderbevollmächtigter Hitlers in Wien 1934-1938, Frankfurt a.M. 1990 (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd. 446).
- Muth, H., Hans Schlange-Schöningen (1886-1960), in: G. Franz / H. Haushofer: Große Landwirte, Frankfurt 1970, S. 394-417.
- Neumann, K., Franz von Papen. „Der Steigbügelhalter“ Hitlers, Münster 1991 (=Westfalen im Bild: Reihe Persönlichkeiten aus Westfalen; 5)
- Olden, R., Hindenburg oder der Geist der preußischen Armee, Hof 1948.
- Overy, R., Göring, London 2000.
- Patch, W., Heinrich Brüning and the Dissolution of the Weimar Republic, Cambridge 1998
- Petzold, J., Franz von Papen. Ein deutsches Verhängnis, München 1995.
- Pohl, K. (Hg.), Politiker und Bürger. Gustav Stresemann und seine Zeit, Göttingen 2002.

- Rauscher, W., Hindenburg: Feldmarschall und Reichspräsident, Wien 1997.
- Reich, I., Carl Friedrich Goerdeler. Ein Oberbürgermeister gegen den NS - Staat, Köln 1997.
- Reitter, E., Franz Gürtner - politische Biographie eines deutschen Juristen 1881-1941, Berlin 1976.
- Rolfs, R., The sorcerer's apprentice: The life of Franz von Papen, Lanham Univ. Press of America 1996.
- Scheurig, B., Ewald von Kleist-Schmenzin. Ein Konservativer gegen Hitler, Berlin 2. Aufl. 1994.
- Schöllgen, G., Ulrich von Hassel. Ein Konservativer in der Opposition, München 1990.
- Schwarz, H.-P., Das Gesicht des Jahrhunderts. Monster, Retter und Mediokritäten, München 2001 (TB).
- Schwarz Müller, T., Zwischen Kaiser und „Führer“. Generalfeldmarschall August von Mackensen. Eine politische Biographie, Paderborn 1995.
- Schwerin, G., Wilhelm Freiherr von Gayl - der Innenminister im Kabinett Papen 1932, Erlangen 1972.
- Selig, W., Art. Hugenberg, in: W. Benz / H. Graml (Hg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988, S. 155 f.
- Sethe, O. von, v. Freytagh-Loringhoven, in: Neue Deutsche Biographie. 5. Band. Berlin 1961, S. 429 f.
- Strelow, H.-S., Art. Treviranus, Gottfried Reinhold, in: C. von Schrenck-Notzing (Hg.), Lexikon des Konservatismus, Graz 1996, S. 568.
- Taucke, O., Alfred Hugenberg (1865-1951), in: Fröhlich, M. (Hg.), Die Weimarer Republik. Porträt einer Epoche, Darmstadt 2002, S. 73-84.
- Trittel, G.J., Hans Schlange-Schöningen. Ein vergessener Politiker der „Ersten Stunde“, in: VfZ 35 (1987), S. 25 - 63.
- Ders., Art. Schlange-Schöningen, in: W. Benz / H. Graml (Hg.), Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik, München 1988, S. 292.
- Vincent, C.P., A historical dictionary of Germany's Weimar Republic, Westport 1997.
- Vogelsang, T., Kurt von Schleicher. Ein General als Politiker, Göttingen 1965.
- Weißbecker, M., Art. Hugenberg, in: K. Pätzold / F. Beck / G. Becker u.a. (Hgg.), Lexikon. Biographien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945, Berlin 1991, S. 250 f.
- Weissmann, K., Ein preußischer Frondeur - Ewald von Kleist-Schmenzin (1890-1945 ), in: H.-C. Kraus (Hg.), Konservative Politiker in Deutschland. Eine Auswahl biographischer Porträts aus zwei Jahrhunderten, Berlin 1995, S. 273-289.
- Ders., Art. Schlange-Schöningen, Hans, in: C. v. Schrenck-Notzing (Hg.), Lexikon des Konservatismus, Graz 1996, S. 482 f.

Wheeler-Bennett, J., Der hölzerne Titan, Tübingen 1969.

Winterhager, F., Günter Gereke - der erste Innenminister Niedersachsens - ein Wanderer zwischen den Welten, in: Geschichte, Politik und ihre Didaktik 24 (1996), S. 315-320.

Wright, J., Gustav Stresemann. Weimar's greatest statesman, Oxford 2002.

### 5.3. Gesamtdarstellungen

Bergsträsser, L., Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. München 11. Aufl. 1965.

Bessel, R., Germany after the First World War, Oxford 1993.

Birke, A.M., Die Bundesrepublik Deutschland. Verfassung, Parlament und Parteien, München 1997 (=EDG 41)

Bracher, K.D./ Funke, M. / Jacobsen, H.-A. (Hgg.), Die Weimarer Republik 1918- 1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft, Bonn 3. Aufl. 1998.

Bracher, K.D., Die deutsche Diktatur. Entstehung. Struktur. Folgen des Nationalsozialismus, Köln 7. Aufl. 1993.

Burleigh, M., Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung, Frankfurt 2000.

Dreist, M., Die deutsch-italienischen Beziehungen im Spannungsfeld der europäischen Politik 1918-1934, Frankfurt 2000.

Erdmann, K.D., Die Weimarer Republik (= Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 19 ), München 10. Aufl. 1991.

Eyck, E., Geschichte der Weimarer Republik. 2. Band, Erlenbach - Zürich 1956 (ND 1973).

Fest, J., Fremdheit und Nähe. Von der Gegenwart des Gewesenen, Berlin 1998 (TB).

Fenske, H., Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Paderborn 1994.

Gessner, D., Das Ende der Weimarer Republik. Fragen. Methoden und Ergebnisse interdisziplinärer Forschung, Darmstadt 2. Aufl. 1988.

Heimpel, H., Rez. von: Friedrich August Freiherr von der Heydte. Die Geburtsstunde des souveränen Staates, Regensburg 1952, in: Göttingische Gelehrte Anzeigen 208 (1954), S. 197-221.

Heuss, A., Versagen und Verhängnis. Vom Ruin deutscher Geschichte und ihres Verständnisses, Berlin 1984.

Hildebrand, K., Das Dritte Reich, München 6. Aufl. 2003 ( = OGG 17).

Ders., Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871-1945, Stuttgart 1995.

Kolb, E., Die Weimarer Republik, München 6. Aufl. 2002 (=OGG 16).

Lösche, P., Kleine Geschichte der deutschen Parteien, Stuttgart 2. A. 1994.

Mohler, A., Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch, Darmstadt 4. Aufl. 1994.

Mommsen, H., Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933, Berlin 1989.

Morsey, R., Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München 5. Aufl. 2000 (=OGG 19).

Neumann, S., Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart 5. Aufl. 1986 (zuerst Berlin 1932 u. d. T. : Die politischen Parteien in Deutschland).

Nipperdey, T., Nachdenken über die deutsche Geschichte, München 2. Aufl. 1986.

Pross, H., Zeitungsreport. Deutsche Presse im 20. Jahrhundert, München 2000.

Rohe, K., Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt 1992.

Stürmer, M., Die Grenzen der Macht. Begegnung der Deutschen mit der Macht, Berlin 1992.

Ullmann, H.-P., Politik im Deutschen Kaiserreich 1871-1918, München 1999 (= EDG 52).

Winkler, H.A., Weimar 1918 - 1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 2. Aufl. 1994.

Ders. (Hg.), Die deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992.

Wirsching, A., Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft, München 2000 (= EDG 58).

Wollstein, G., Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler. Das Deutsche Reich und die Großmächte in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland, Bonn 1973.

#### **5.4. Monographien zur Militärzeit Schmidts (bis 1919)**

Bald, D., Der deutsche Generalstab 1859-1939, München 1977.

Ders., Sozialgeschichte der Rekrutierung des deutschen Offizierskorps von der Reichsgründung bis zur Gegenwart, München 1977.

Barth, B., Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914-1933, Düsseldorf 2003.

Baumgart, W./ Repgen, K. (Hgg.), Brest-Litowsk, Göttingen 1968.

Baumgart, W., Die Mission des Grafen Mirbach in Moskau April bis Juni 1918, in VfZ 16 (1968), S. 164 ff.

Ders., Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litovsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, München 1966.

Ders., Die deutsche Ostpolitik im Sommer 1918: Zwischen Brest-Litovsk und Compiègne. Diss. phil. Universität des Saarlandes 1966.

Binding, R., Vier Jahre an der Front. Aus dem Kriegstagebuch. Hg. von Konrad Nussbächer, Leipzig 1939.

Ders., Aus dem Kriege, Frankfurt 1929.

Bruendel, S., Volksgemeinschaft oder Volksstaat? Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003.

Carl, H. / Kortüm, H.-H. / Langwiesche, D. / Lenger, F. (Hgg.), Kriegsniederlagen und Erinnerungen, Berlin 2004

Deutscher Offizier-Bund (Hg.), Die Offizier-Vereinigungen der alten Wehrmacht, Berlin 1925.

Ehren-Rangliste des ehemaligen Deutschen Heeres. Aufgrund der Ranglisten von 1914 mit den inzwischen eingetretenen Veränderungen. Hg. vom Deutschen-Offizier-Bund, Zwei Bände. Neudruck der Ausgabe Berlin 1926. Mit einer Einführung von Friedrich-Christian Stahl, Osnabrück 1987.

Einem, G.v., Otto von Below. Ein deutscher Heerführer, Berlin 1929.

Geschichte des Infanterie-Regiments von Courbiere (2. Posensches) Nr. 19 als Fortsetzung der „Fünfzig Jahre Geschichte“ des Kgl. Preuss. 2. Posenschen Infanterie-Regiments 19. Im Auftrag des Regiments geschrieben von [Otto] Arnold, Major, aggreg. der Regierung, Hans v. Kalckstein, Hauptmann a la suite der Regierung. Mit Karten und Skizzen, Berlin 1896.

Geschichte der Königlichen Kriegsschule Glogau zur Jubelfeier ihres 50jährigen Bestehens 1909. Zusammengestellt von Hauptmann Rothmaler, Glogau 1909.

Görlitz, W., Der deutsche Generalstab. Geschichte und Gestalt 1657-1945, Frankfurt 1950.

Goldenes Buch des Infanterie-Regiments von Courbiere (2. Posensches) Nr. 19, Görlitz 1927.

Hartmann, A., Nachrichtenblatt des Reichs-Offizier-Bundes 1920, 1. Jg. (1921).

Hildebrand, K., Das deutsche Ostimperium 1918. Betrachtungen über eine historische „Augenblickerscheinung“, in: Gestaltungskraft des Politischen. Festschrift für Eberhard Kolb. Hg. von W. Pyta und L. Richter, Berlin 1998, S. 109-124.

Kitchen, M., German Officer Corps 1890-1914, Oxford 1968.

Kundt, J./ Rascke, W. (Hgg.), Das Infanterie-Regiment v. Courbiere (2. Posensches) Nr. 19 im Weltkriege 1914-1919. Nach amtlichen und privaten Kriegstagebüchern,

sowie Berichten, Feldpostbriefen, Zuschriften und Stimmen von der Front, Goerlitz 1935.

Lawrence, D., Der preußische Offizier, Zürich 1975.

Meyer, G., Adolf Heusinger: Dienst eines deutschen Soldaten 1915 bis 1964, Mainz 2001.

Neugebauer, K.-V. (Hg.), Grundzüge der deutschen Militärgeschichte. Zwei Bände, Freiburg 1993.

Offiziersstammliste Courbiere. Offiziersstammliste des Infanterie-Regiments von Courbiere (2. Posensches) Nr. 19, Görlitz 1913.

Ostertag, H., Bildung, Ausbildung und Erziehung des Offizierkorps im deutschen Kaiserreich 1871 bis 1918. Eliteideal, Anspruch und Wirklichkeit, Frankfurt 1990.

Ritter, G., Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland. Zweiter Band: Die Hauptmächte Europas und das wilhelminische Reich (1890-1914), München 3. Aufl. 1973.

Ders., Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland. Dritter Band: Die Tragödie der Staatskunst. Bethmann Hollweg als Reichskanzler (1914-1917), München 1964.

Ders., Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland. Vierter Band: Die Herrschaft des deutschen Militarismus und die Katastrophe von 1918, München 1968.

Scharfenort, L.v., Die Königlich Preußische Kriegsakademie, Berlin 1910.

Schmidt-Richberg, W., Die Generalstäbe in Deutschland. Aufgaben in der Armee und Stellung im Staate, Stuttgart 1962.

Schubert, M., Infanterie-Regiment von Courbiere (2. Posensches) Nr. 19. Auszüge aus den amtlichen Kriegstagebüchern mit Beiträgen von Mitkämpfern. Mit 4 Karten. Oldenburg-Berlin 1922.

Schulte, B., Die deutsche Armee 1900-1914. Zwischen Beharren und Verändern, Düsseldorf 1977.

Schulz, S., Geschichte des Infanterie-Regiments von Courbiere (2. Posensches) Nr. 19 von 1813 bis 1920. Neubearbeitet auf der Grundlage der 1913 und 1935 erschienenen Regimentsgeschichten, Lübeck 2. verb. und überarb. Aufl. 1986.

Thoß, B./ Volkmann, H.-E. (Hgg.) Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland. Paderborn 2002.

Tscherny, N.N., Geschichte des Infanterie Regiments von Courbiere (2. Posensches) Nr. 19 1813-1913, Berlin 1913.

Wheeler-Bennett, J., Brest-Litovsk. The Forgotten Peace. March 1918, London 1956.

Wolbe, E., Generalfeldmarschall Leopold von Bayern. Lebensbild. Geleitwort von General Hoffmann, Leipzig 1920.

Zwehl, H. v., Generalstabsdienst im Frieden und im Kriege, Berlin 1923.

### 5.5. Monographien und Aufsätze zur DNVP

Aretin, K.-O.v., Die Verfassungsuntreue am Ende der Weimarer Republik, in: Frankfurter Hefte 22,3 (1967), S. 161-168.

Bachelor, Ch., Class and conservatism: the changing social structure of the German Right 1900 - 1928, Ph. D. Thesis, Univ. of Wisconsin, Madison 1976.

Baranowski, S., Convergence on the Right. Agrarian Elite Radicalism and Nazi Populism in Pomerania. 1928-1930, in: L.E. Jones./ S. Retallack (Hg.), Between Reform, Reaction and Resistance. Studies in the History of German Conservatism from 1789-1945, Oxford 1993, S. 407-432.

Dies., The sancticity of rural life: protestantism, agrarian politics and nazism in Pomerania during the Weimar Republic, in: German History 9 (1991), S. 1 - 22.

Dies., The sancticity of rural life. Nobility, Protestantism and nazism in Weimar Prussia, New York / Oxford 1995.

Dies., Continuity and contingency: agrarian elites, conservative institutions and East Elbia in modern German history, in Social History 12 ( 1987), S. 285 - 305.

Barmeyer, H., Andreas Hermes und die Organisation der deutschen Landwirtschaft: Christliche Bauernvereine, Reichslandbund, Grüne Front, Reichsnährstand 1928 - 1933, Stuttgart 1971.

Becker, B., Revolution und rechte Sammlung: die Deutschnationale Volkspartei in Pommern 1918/19, in: Becker, B./ Lademacher, H. (Hgg.), Geist und Gestalt im historischen Wandel: Facetten deutscher und europäischer Geschichte 1789-1989, FS f. Siegfried Bahne, Münster 2000, S. 211 ff.

Behrens, R., Die Deutschnationalen in Hamburg 1918 - 1933, Hamburg 1973.

Berghahn, V., Das Volksbegehren gegen den Young-Plan und die Ursprünge des Präsidialregimes. 1928-1930, in: D. Stegmann/ B.-J. Wendt/ P.-C. Witt (Hg.), Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Fs. für Fritz Fischer zum 70. Geburtstag, Bonn 1978, S. 431-446.

Ders., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Düsseldorf 1966.

Ders., Die Harzburger Front und die Kandidatur Hindenburgs für die Präsidentschaftswahlen 1932, in: VfZG 13 (1965), S. 64-82.

Ders., Das Ende des Stahlhelms, in: VfZ 13 (1965), S. 446-451.

Bergmann, J., „Das Land steht rechts!“ Das agrarische Milieu, in: Lehnert, D./ Megerle, K. (Hgg.), Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 181 - 206.

Ders./ Megerle, K., Protest und Aufruhr der Landwirtschaft in der Weimarer Republik (1924-1933), in Bergmann, J. u.a., Regionen im historischen Vergleich, Opladen 1989, S. 200 - 287.

- Berndt, R., Träger und Erscheinungsformen des Konservatismus in Preußen nach 1918 / 19, in Jenaer Beiträge zur Parteigeschichte 44 (1980), S. 151 - 164.
- Blehschmidt, H., Die Deutschnationale Volkspartei 1918 -1920, Diss. phil. Jena 1970 (ms.).
- Block, I., Das Zusammenwirken des Reichslandbundes mit den bürgerlichen Parteien, insb. der DNVP, in der Weimarer Republik, Päd. Hochschule Potsdam Diss. 1970.
- Boemeke, M./ Feldman, G./ Glaser, E. (Hgg.), The Treaty of Versailles, Berkely 1998.
- Bösch, F., Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900-1960), Göttingen 2002.
- Böttger, S. / Fritsch, W., Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband (DHV) 1893 - 1934, in: Fricke (Hg.), Bürgerliche Parteien Band I, S. 702 - 714.
- Bracher, K.D., Demokratie und Machtvakuum : zum Problem des Parteienstaats in der Auflösung der Weimarer Republik, in : K.D. Erdmann/ H. Schulze (Hg.), Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute, Düsseldorf 1984, S. 109-134.
- Ders., Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1955, Düsseldorf 6. Aufl.1984 (TB).
- Ders./ Sauer, W./ Schulz, G. (Hg.), Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34. Köln 1960.
- Breit, G., Das Staats- und Gesellschaftsbild deutscher Generale beider Weltkriege im Spiegel ihrer Memoiren (=Wehrwissenschaftliche Forschungen 17), Boppard 1973.
- Breuer, S., Ordnungen der Ungleichheit: die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871-1945, Darmstadt 2001.
- Ders., Anatomie der Konservativen Revolution, Darmstadt 2. A. 1995.
- Carl, A., Der Landesverband Osnabrück der DNVP von 1918 bis zum Ende der Weimarer Republik, Univ. Osnabrück Magisterarbeit 1995.
- Cary, N., The making of the Reich President, 1925: German conservatism and the nomination of Paul von Hindenburg, in: Central European History 23 (1990), S.179-204.
- Cebulla, F., Die Rundfunkpolitik des Stahlhelms (1930-1933), in: Rundfunk und Geschichte 25 (1999), S. 101-107.
- Cerny, J., Reichslandbund 1921 - 1933, in: Fricke, D. (Hg.), Die Bürgerlichen Parteien, Band 2, Leipzig 1970, S. 521 -540.
- Chamberlin, B., The enemy on the Right. The Alldentscher Verband in the Weimar Republic 1918 - 1926, Ann Arbour 1973.
- Chanady, A., The Disintegration of the German National Peoples Party 1924-1930, in : JMH 39 (1967), S. 65-91.
- Chickering, R., We men who feel most German. A cultural study of the Pan German League 1886 - 1914, Boston 1984.



- Childers, T., The limits of National Socialist mobilisation. The Elections of the 6th November 1932 and the fragmentation of Nazi constituency, in: ders. (Hg.), The formation of the Nazi constituency, London 1986, S. 232-259.
- Clason, S., Schlagworte der Konservativen Revolution. Studien zum polemischen Wortgebrauch des radikalen Konservatismus in Deutschland zwischen 1871 und 1933, Stockholm 1970.
- Corni, G., Alfred Hugenberg as Minister of Agriculture. Interlude or Continuity, in: German History 7 (1989), S. 204-225.
- Dahm, K-W., German Protestantism and politics, 1918-1939, in: JCH 3,1 (1968), S. 29-49.
- Demant, E., Von Schleicher zu Springer. Hans Zehrer als politischer Publizist, Mainz 1971.
- Diehl, J., Von der „Vaterlandspartei“ zur „Nationalen Revolution“: Die „Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands (VVVD)“ 1922 - 1932, in: VfZ 33 (1985), S. 617 - 639?
- Ders., Paramilitary politics in Weimar Germany, Bloomington 1977.
- Dietrich, V., Alfred Hugenberg : das Leben eines Managers, in: Politische Studien 12 (1961), S. 236-242, 295-301.
- Ders., Alfred Hugenberg: Ein Manager in der Publizistik, Diss. phil. Berlin 1960.
- Diskin, A. / Wolffsohn, M., Koalitionsverhalten in der Weimarer Republik, in: PVS 21,2 (1980), S. 174-185
- Döring, M., „Parlamentarischer Arm der Bewegung“. Die Nationalsozialisten im Reichstag der Weimarer Republik, Düsseldorf 2001.
- Döhn, L., Die Interessenstruktur von DNVP und DVP in der Weimarer Republik und ihr Einfluß auf die Politik der Parteien, Marburg 1961 (Staatsarbeit, ms.).
- Dörr, M., Die Deutschnationale Volkspartei 1925-1928, Diss. phil. Marburg 1964.
- Donohoe, J., Hitlers Conservative Opponents in Bavaria, 1930-1945: A Study of Catholic, Mpnarchist and Anti-Nazi Activities, Leiden 1961.
- Dorpalen, A., Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik, Berlin 1966.
- Dowe, D./ Kocka, J./ Winkler, H.A. (Hgg.), Parteien im Wandel vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Rekrutierung - Qualifizierung - Karrieren (= Schriften der Stiftung Reichspräsident - Friedrich Ebert - Gedenkstätte, Bd. 7), München 1999.
- Duppler, J./ Groß, G. (Hgg.), Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, München 1999.
- Eksteins, M., The limits of reason. The German democratic press and the collapse of Weimar Democracy, New York 1975.

Elsbroek, L., Vom Junglandbund zur Landjugend: ländliche Jugendverbandsarbeit zwischen Berufsstand und Jugendkultur, Frankfurt a.M. 1996 (Europäische Hochschulschriften, Bd. 682).

Ender, W., Konservative und rechtsliberale Deuter des Nationalsozialismus 1930 - 1945. Eine historisch-politische Kritik, Frankfurt a.M. 1984.

Epstein, K., The end of the German Parties in 1933, in: Journal of Central European Affairs 23,1 (1963), S. 52-76.

Eschenburg, Th., Franz von Papen, in: Ders., Die Republik von Weimar. Beiträge zur Geschichte einer improvisierten Demokratie, München 1984, S. 270-302.

Fallois, I.v., Kalkül und Illusion. Der Machtkampf zwischen Reichswehr und SA während der Röhmkrise 1934, Berlin 1994.

Falter, J., Die Wählerpotentiale politischer Teilkulturen 1920 - 33, in: Lehnert, D./ Megerle, K. (Hgg.), Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik, Opladen 1989, S. 295, 297.

Ders., The two Hindenburg elections of 1925 and 1932: A total reversal of voter coalitions, in: CEH 23 (1990), S. 225-241.

Feldbauer, G., Deutscher Herrenklub (DHK) 1924-1945, in: Fricke (Hg.), Bürgerliche Parteien I, S. 463-468.

Ders., Juniklub 1919-1924, in : ebd., Bd. II, S. 244-249.

Ders., Nationalklub 1919-1943, in : ebd., Bd. II, S. 341-343.

Feldmann, G., Right-Wing Politics and the Film Industry. Emil Georg Stauß, Alfred Hugenberg and the Ufa 1917-1933, in: Jansen, C. (Hg.), Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, FS für H. Mommsen zum 5. November 1995, Berlin 1995, S. 219-230.

Felken, D., Oswald Spengler: Konservativer Denker zwischen Kaiserreich und Diktatur, München 1998.

Fesser, G., „Nun ist sie da, die heilige Stunde!": Der Alldeutsche Verband 1891 bis 1939, in Geschichte, Erziehung, Politik 6,4 (1995), S. 237-244.

Fest, J.C., Franz von Papen und die Konservative Kollaboration, in: Von Weimar zu Hitler 1930 - 1933. Herausgegeben von G. Jasper, Köln 1968, S. 229-245.

Fiederlein, F.M., Der deutsche Osten und die Regierungen Brüning, Papen und Schleicher. Univ. Würzburg Diss. Phil. 1966.

Finker, K. Die militaristischen Wehrverbände in der Weimarer Republik und ihre Rolle bei der Unterdrückung der Arbeiterklasse und bei der Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges ( 1924 - 1929 ), Potsdam 1964 (=Habilschr.).

Ders., Vereinigte vaterländische Verbände Deutschlands (VvVD) 1922 - 1933/34, in: Fricke, D. (Leiter des Herausgeberkollektivs), Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), Bd. 4, Leipzig 1986, S. 314 - 321.

Fischer, C., *The Ruhr Crisis 1923-1924*, Oxford 2003.

Flemming, J., Konservatismus als „nationalrevolutionäre Bewegung“. Konser-vative Kritik an der Deutschnationalen Volkspartei 1918-1933, in: D. Stegmann/ B.-J. Wendt/ P.-C. Witt (Hg.), *Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer*, Bonn 1983, S. 295-331.

Ders. (Hgg.), *Die Republik von Weimar. Bd. 1 : Das politische System*, Königstein 2. Aufl. 1984.

Forschbach, E., *Edgar Jung - ein konservativer Revolutionär - 30. Juni 1934*, Pfullingen 1984.

Ders., *Die Deutschnationalen. Vom Ende einer Partei*, in : *Die Politische Meinung* 5 (1960), S. 12-16.

Friedenthal, E., *Volksbegehren und Volksentscheid über den Young - Plan und die deutschnationale Sezession*, Diss. Phil. Tübingen 1957.

Friedrich, J., *Wer spielte falsch? Hindenburg, Hitler, der Kronprinz, Hugenberg, Schleicher. Ein Tatsachenbericht aus Deutschlands jüngster Vergangenheit nach authentischem Material*, Hamburg 1949.

Fritzsche, P., *Presidential victory and popular festivity in Weimar Germany: Hindenburg's 1925 election*, in: *CEH* 23 (1990), S. 205-224.

Ders., *Between fragmentation and fraternity: civic patriotism and the Stahlhelm in bourgeois neighbourhoods during the Weimar Republic*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* 17 (1988), S. 123 ff.

Fritzsche, K. *Politische Romantik und Gegenrevolution. Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft. Das Beispiel des ‚Tat‘-Kreises*, Frankfurt a.M. 1976.

Frye, C.E., *Conservatism in the Weimar Republic: A three-part study of the German Nationalist People's Party (DNVP), Walther Rathenau and Carl Schmitt*. Princeton 1964.

Führer, K., *Der Deutsche Reichskriegerbund Kyffhäuser 1930-1934*, in: *MGM* 36 (1984), S. 57-76.

Funke, M., *Republik im Untergang. Die Zerstörung des Parlamentarismus als Vorbereitung der Diktatur*, in: K.D. Bracher/ Ders./H.-A. Jacobsen (Hg.), *Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft*, Bonn 2. Aufl.1988, S. 505-531.

Gablentz, O.H. v. d., *Vom Patriotismus zum Nationalismus*, in: F.A. Hermens/ T. Schieder (Hg.), *Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Fs. für Heinrich Brüning*, Berlin 1967, S. 3-21.

Gemein, G.J., *Die DNVP in Düsseldorf 1918-1933*, Diss. phil. Köln 1969.

Gengler, L., *Die deutschen Monarchisten 1919 bis 1925. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Rechten von der Novemberrevolution bis zur ersten Übernahme der Reichspräsidentschaft durch Generalfeldmarschall von Hindenburg 1925*, Kulmbach 1932, zuerst Diss. phil. Erlangen 1932.

Gerstenberger, H. Der revolutionäre Konservatismus. Ein Beitrag zur Analyse des Liberalismus, Berlin 1969.

Gessner, D., „Grüne Front“ oder „Harzburger Front“. Der Reichslandbund in der letzten Phase der Weimarer Republik zwischen wirtschaftlicher Interessenpolitik und nationalsozialistischem Revisionsanspruch, in: VfZ 29 (1981), S. 110 - 123.

Ders., Agrardepression und Präsidialregierungen in Deutschland. Probleme des Agrarprotektionismus am Ende der Weimarer Republik, Düsseldorf 1977.

Ders., Agrarverbände in der Weimarer Republik. Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen der agrarkonservativen Politik bis 1933, Düsseldorf 1976.

Ders., Agrardepression, Agrarideologie und konservative Politik in der Weimarer Republik. Zur Legitimationsproblematik konservativer Politik in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1976.

Ders., Agrarian protectionism in the Weimar Republic, in: JCH 12 (1977), S. 759-778.

Ders., Agrarprotektionismus und Welthandelskrise 1929/32, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 26 (1978), S. 161-187.

Gies, H., Konfliktregelung im Reichsnährstand. Der Westfalen - Streit und die Meinberg - Revolte, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 1982, H. 2, S. 176 ff.

Ders., Die NS - Machtergreifung auf dem agrarpolitischen Sektor, in: Zf Agrargeschichte und Agrarsoziologie 1968, S. 216 ff.

Ders., NSDAP und landwirtschaftliche Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik, in: VfZ 15 (1967), S. 341 - 376.

Ders., Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Der Weg in den Reichsnährstand, in: Zeitgeschichte (Wien) 13 (1985 / 86), H. 4, S. 123 - 141.

Gildemeister, J., Die Politik der Deutschnationalen Volkspartei vom Oktober 1929 bis Mai 1932 mit bes. Berücksichtigung der Abspaltung der Volkskonservativen, Hamburg 1951 (Staatsex. Arbeit, ms.).

Görlitz, W., Der deutsche Generalstab. Geschichte und Gestalt 1657-1945, Frankfurt 1950.

Götz v. Olenhusen, I., Vom Jungstahlhelm zur SA. Die junge Nachkriegsgeneration in den paramilitärischen Verbänden der Weimarer Republik, in: Politische Jugend in der Weimarer Republik, Bochum 1993, S. 146-182.

Gossweiler, K./ Schlicht, A., Junker und NSDAP 1931/32, in: ZfG 15 (1967), S. 644-662.

Graml, H., Vorhut konservativen Widerstands. Das Ende des Kreises um Edgar Jung, in: Ders. (Hg.), Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten, Frankfurt a.M. 1984, S. 172-182.

Graß, K., Edgar Jung, Papenkreis und Röhmkrise 1933/34, Diss. Univ. Heidelberg 1966.

Grathwol, R. P., DNVP and European reconciliation 1924 - 28 - a study of the conflict between party politics and foreign policy in Weimar Germany, Ph. D. Thesis Chicago 1968 (masch.).

Ders., Stresemann and the DNVP: reconciliation or revenge in German foreign policy, Lawrence 1980.

Gruchmann, L., Justiz im Dritten Reich 1933-1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München 1988.

Gumbel, E., Verschwörer. Zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde 1918-1924, Frankfurt a.M. 1984.

Gundelach, U., Der nationale Wehrgedanke in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zum Militarismusproblem in Deutschland (Diss. phil Universität Bonn), Bonn 1977.

Guratzsch, D., Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums, Düsseldorf 1974.

Guske, C., Das politische Denken des Generals von Seeckt. Ein Beitrag zur Diskussion des Verhältnisses Seeckt-Reichswehr-Republik, Lübeck 1971.

Guth, E., Der Loyalitätskonflikt des deutschen Offizierkorps in der Revolution 1918-1920, Frankfurt 1983.

Hallenberg, G., Zuchtbulle „Hitler“: Ein Beitrag zum Verhältnis von Deutschnationalen und Nationalsozialisten im Jahre 1933 im ländlichen Milieu, in: Zeitschrift des Vereins für Hessische Geschichte und Landeskunde 101 (1996), S. 229-239.

Hamel, I., Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband 1893-1933, Frankfurt 1967.

Hammer-Schenk, H., Alfred Hugenberg und Otto Kohtz: Projekte für Berlin, in: Architektur als politische Kultur : Philosophia practica, Berlin 1996, S. 239-252.

Hammerstein, K.v., Schleicher, Hammerstein und die Machtübernahme 1933, in: Frankfurter Hefte 11,2 (1956), S. 117-128.

Hartwig, E., Alldeutscher Verband (ADV), in : Fricke (Hg.), Bürgerliche Parteien, Bd. 1, S. 1 - 26.

Hatzenblicker, J., Querdenker. Konservative Revolutionäre, Engerda 1996.

Heinemann, J.L., Constantin von Neurath and German Policy at the London Economic Conference of 1933. Backgrounds to the resignation of Alfred Hugenberg, in: JMH 41 (1969), S. 160-188.

Heitzer, H., Die CDU in der britischen Zone 1945-1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik, Düsseldorf 1988.

Hentschel, K., Bernhard Bavink (1879-1947). Der Weg eines Naturphilosophen vom deutschnationalen Sympathisanten der NS - Bewegung bis zum unbequemen Non - Konformisten, in: Sudhoffs Archiv 77 (1993), S. 1-32.

Hentschel, V., Weimars letzte Monate. Hitler und der Untergang der Weimarer Republik, Düsseldorf 2. Aufl. 1979.

Hertzmann, L., *The German National People's Party (DNVP) 1918-1924*, Diss. phil. Harvard Univ. 1955.

Ders., *The Founding of the German National People's Party (DNVP). November 1918 - January 1919*, in: *JMH* 30 (1958), S. 24 - 36.

Ders., *DNVP. Right - Wing Opposition in the Weimar Republic 1918 - 1924*, Lincoln 1963.

Hildebrand, D., *Landbevölkerung und Wahlverhalten: Die DNVP im ländlichen Raum Pommerns und Ostpreußens 1918-1924*, Hamburg 2004.

Hildebrand, K., *Die Frankreichpolitik Hitlers bis 1936*, in: *Francia* 5 (1977), S. 591-625.

Hill, E., *The National-Conservatives and Opposition to the Third Reich before the Second World War*, in: Nicosia, F./ Stokes, L. (Hgg.), *Germans against Nazism. Essays in Honour of Peter Hoffmann*, Oxford 1990, S. 221 ff.

Hiller von Gaertringen, F. Frhr., *Die Deutschnationale Volkspartei in der Weimarer Republik*, in: *HMRG* 9 (1996), S. 169-188.

Ders., *Monarchismus in der deutschen Republik*, in: M. Stürmer (Hg.), *Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas*, Königstein/Ts. 2. Aufl. 1985, S. 254-271.

Ders., *Die Deutschnationale Volkspartei*, in: E. Matthias/ R. Morsey (Hg.), *Das Ende der Parteien 1933. Darstellungen und Dokumente*, Düsseldorf 1960, 2. Aufl. 1979, 1984 (TB), S. 543-652.

Ders., *Zur Beurteilung des Monarchismus in der Weimarer Republik*, in: G. Jasper (Hg.), *Tradition und Reform in der deutschen Politik. Gedenkschrift für Waldemar Besson*, Frankfurt 1976, S. 138-186.

Ders., *Das Ende der Deutschnationalen Volkspartei im Frühjahr 1933*, in: G. Jasper (Hg.), *Von Weimar zu Hitler*, Köln 1968, S. 246-278.

Ders., *Dolchstoß-Diskussion und Dolchstoß-Legende im Wandel von vier Jahrzehnten*, in: *APuZ* 16 (1963), S. 122-160.

Höhne, H., *Mordsache Röhm. Hitlers Durchbruch zur Alleinherrschaft 1933 - 1934*, Reinbek 1984.

Hömig, H., *Konservatismus im Umbruch: Wandlungen des Denkens zwischen Reichsgründung und Widerstand*, Aachen 1991.

Hoepke, K.-P., *Die Kampffront Schwarz - Weiß - Rot : zum Scheitern des national-konservativen „Zähmungs“ - Konzept an den Nationalsozialisten im Frühjahr 1933*, in: *Fridericana. Zeitschrift der Universität Karlsruhe* 36 ( 1984 ), S. 34-52.

Ders., *Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zum Selbstverständnis und zur Politik von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten*, Düsseldorf 1968.

Ders., *Alfred Hugenberg : aus dem Lebenslauf eines romantischen Bürgers. Band 1: 1865-1914*, Karlsruhe Univ. Habil. Schrift 1979.

Ders., *Hugenberg triumphator? MS ( o.J.)*.

Ders., Alfred Hugenberg als Vermittler zwischen großindustriellen Interessen und Deutschnationaler Volkspartei, in: H. Mommsen / D. Petzina / B. Weisbrod (Hg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Zwei Bände, Düsseldorf 1974, S. 907-919 (ND Kronberg 1977).

Hörster-Philipps, U., Konservative Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Die Regierung Franz von Papen, Köln 1982.

Hoffmann, R., Von der republikfeindlichen Sammlungsbewegung zum Steigbügelhalter Hitlers: Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), in: ders., Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart, München 1993, S. 166-175.

Holz, K., Die Diskussion um den Dawes - und Young -Plan in der deutschen Presse, Bd. 1: Text, Frankfurt a.M. 1977.

Holzbach, H., Das ‚System Hugenberg‘. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP 1918-1928, Stuttgart 1980.

Holzer, J., Parteien und Massen, Wiesbaden 1975, S. 43f., 91ff., 99ff.

Honigmann, G., Kapitalverbrechen oder der Fall des Geheimrats Hugenberg, Berlin 1976.

Hoppe, B., Von Schleicher zu Hitler. Dokumente zum Konflikt zwischen dem Reichslandbund und der Regierung Schleicher in den letzten Wochen der Weimarer Republik, in: VfZ 45 ( 1997 ), S. 629 - 657.

Howranek, F., Das Volksbegehren und das Referendum von 1921 in Ober-schlesien (im Original polnisch), in: Slaski Kwartalnik Historyczny Sobòtka 25,1 (1970), S. 33-55.

Hubatsch, W., Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934, Darmstadt 1966.

Huber, E.R., Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. VII : Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart 1984 ( Kap. XVI : Das Ende der Weimarer Republik. § 85 Die Verantwortung für den Untergang des deutschen Verfassungsstaates. II.2. Die nationalkonservative Rechte, S. 1269-1271).

Ders., Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. VI : Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart 1981 (Kap. VI : Die Parteien der bürgerlichen Rechten. § 13 Die Deutschnationale Volkspartei, S. 157-169).

Hubert, P., Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo - Volksvertretung 1933 - 1945, Düsseldorf 1992.

Hürter, J., „Vor lauter Taktik schlapp ?“ Die Personalunion von Wehr- und Innenministerium im Zweiten Kabinett Brüning, in : MGM 57 (1998), S. 465-481.

Jasper, G., Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930-1934, Frankfurt 1986 (TB).

Ders., Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik, Tübingen 1963.

Jonas, E., Die Volkskonservativen 1928-1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung, Düsseldorf 1965.

Jones, L. E., Nazis, Conservatives and the Establishment of the Third Reich, 1932-1934, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 23 (1994), S. 41-64.

Ders., The Limits of Collaboration : Edgar Jung, Herbert von Bose, and the Origins of the Conservative Resistance to Hitler, 1933-1934. In: Ders./ S. Rettack (Hg.), Between Reform, Reaction and Resistance. Studies in the History of German Conservatism from 1789-1945, Oxford 1993, S. 465-501.

Ders., „The Greatest Stupidity of My Life“ : Alfred Hugenberg and the Formation of the Hitler Cabinet. January 1933, in: JCH 27 (1992), S. 63-87.

Ders., Why Hitler Came to Power : In Defense of a New History of Politics, in: K.H. Jarausch (Hg.), Geschichtswissenschaft vor 2000. Festschrift für Georg G. Iggers zum 65. Geburtstag, Hagen 1991, S.256-276.

Ders., Die Tage vor Hitlers Machtübernahme : Aufzeichnungen des Deutschnationalen Reinhold Quatz, in: VfZG 37 (1989), S. 759-774.

Ders., Edgar Julius Jung: the conservative revolution in theory and in practice, in: CEH 21 (1988), S. 142-174.

Ders., German Liberalism and the Dissolution of Weimar Party System. 1918-1933, Chapel Hill/ London 1988.

Ders., Crisis and realignment. Agrarian splinter parties in the late Weimar Republic 1928 - 1933, in: R. Moeller (Hg.), Peasants and lords in modern history, London 1986.

Ders., Between the Fronts : The German National Union of commercial Employees from 1928 to 1933, in: JMH 46 (1978), S. 462-482.

Ders., Sammlung oder Zersplitterung ? Die Bestrebungen zur Bildung einer neuen Mittelpartei in der Endphase der Weimarer Republik 1930-1933, in: VfZG 25 (1977), S. 265-304.

Jung, O., Rüstungsstopp durch Volksentscheid? Der Fall „Panzerkreuzerverbot“ 1928, in: Parlament und öffentliche Kontrolle von Rüstung in Deutschland 1700-1970. Beiträge zur historischen Friedensforschung, Düsseldorf 1992, S.151-167.

Ders., Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Die Fälle „Aufwertung“, „Fürstenenteignung“, „Panzerkreuzerverbot“ und „Youngplan“, Frankfurt 1989.

Ders., Plebiszitärer Durchbruch 1929 ? In: GuG 15 (1989), S. 489-510.

Junker, D., Die letzte Alternative zu Hitler: Verfassungsbruch und Militärdiktatur. Die machtpolitische Situation in Deutschland im Jahre 1932, in: C. Gradmann/ O. von Mengersen (Hg.), Das Ende der Weimarer Republik und die national-sozialistische Machtergreifung, Heidelberg 1994, S. 67-86.

Kaltefleiter, W., Die Entstehung des deutschen Parteiensystems in der Ära Adenauer, in: Blumenwitz, D. u.a. (Hg.), Konrad Adenauer und seine Zeit, Bd. II, Stuttgart 1976, S. 285-293.

Kaufmann, G., Der Händedruck von Potsdam - die Karriere eines Bildes, in: GWU 48 (1997), S. 295-315.

Kaufmann, W., Monarchism in the Weimar Republic, New York 1953.



- Kittel, M., Erbschaft aus Weimar, in: Die politische Meinung 47 (2002), S. 73-77.
- Ders., Zwischen völkischem Fundamentalismus und gouvernementaler Taktik. DNVP - Vorsitzender Hans Hilpert und die bayerischen Deutschnationalen, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 59 (1996), S. 849-901.
- Kissenkoetter, U., Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart 1978.
- Klausa, E., Politischer Konservatismus und Widerstand, in: Steinbach, P./ Tuchel, J. (Hgg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994, S.219-234.
- Klemperer, K. von, Konservative Bewegungen. Zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1962.
- Kleymanns, H.-J., Die Entnazifizierung Hugenberg's. Kritik und Ergänzung, in: Vestische Zeitschrift, Zeitschrift der Vereine für Orts- und Heimatkunde im Vest Recklinghausen 90/91 (1991/92), S. 347-353.
- Klotzbücher, A., Der politische Weg des Stahlhelms. Bund der Frontsoldaten in der Weimarer Republik, Diss. phil. Erlangen-Nürnberg 1965.
- Knoll, J.H., Der autoritäre Staat. Konservative Ideologie und Staatstheorie am Ende der Weimarer Republik, in: H.-G. Schumann (Hg.), Konservatismus, Köln 1974, S. 224-243.
- Kolb, E., Die Reichsbahn vom Dawes-Plan bis zum Ende der Weimarer Republik, in: Gall, L. / Pohl, M. (Hgg.), Die Eisenbahn in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, München 1999, S. 109-163.
- Köhler, H., Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Reparation in der Schlußphase der Regierung Brüning, in VfZ 17 (1969), S. 276 - 307.
- Könnemann, E., Umsturzpläne der Alldeutschen im Jahre 1919 und ihre Haltung zum Kapp-Putsch im März 1920, in: ZfG 38 (1990), S. 439 ff.
- Kolb, E., war der 30. Januar 1933 unvermeidlich? Politische Kalküle, Entscheidungen, Stimmungen in den letzten Monaten der Weimarer Republik, in: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv 1 (1993), H. 1, S. 4-12.
- Ders. / Pyta, W., Die Staatsnotstandsplanung unter den Regierungen Papen und Schleicher, in: H.A. Winkler (Hg.), Die deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992, S. 155-181.
- Ders., Die Weimarer Republik und das Problem der Kontinuität vom Kaiserreich zum „Dritten Reich“, in: J. Dülffer/ B. Martin/ G. Wollstein (Hgg.), Deutschland in Europa. Kontinuität und Bruch. Gedenkschrift für Andreas Hillgruber, Frankfurt 1990, S. 273-289.
- Ders., Chancen und Scheitern der Weimarer Republik. Bis zuletzt bestanden alternative Möglichkeiten der geschichtlichen Entwicklung, in: S. Miller/ M. Ristau (Hgg.), Erben deutscher Geschichte, Reinbek 1988, S. 133-138, 181-185.
- Koops, T.P., Heinrich Brüning's „Politische Erfahrungen“, in: GWU 24 (1973), S. 197-221.

- Koza, I., Die erste deutsche Republik im Spiegel des politischen Memoirenschrifttums. Untersuchungen zum Selbstverständnis und zur Selbstkritik bei den politisch Handelnden aus den Reihen der staatsbejahenden Parteien zur Zeit der ersten Republik, Wuppertal 1971.
- Koszyk, K., Deutsche Presse 1914-1945. Geschichte der deutschen Presse III, Berlin 1972.
- Krabbe, W., Die gescheiterte Zukunft der Ersten Republik. Jugendorganisationen bürgerlicher Parteien im Weimarer Staat (1918-1933), Opladen 1995.
- Ders., Die Deutschnationale Volkspartei und die Bismarck-Jugend, in: German Studies Review 17 (1994), S. 9-32.
- Kraleweski, W., Oppositionelles Verhalten im ersten Deutschen Bundestag (1949-1953), 1963 (=Politische Forschungen, 3).
- Krebs, W., Der ADV in den Jahren 1918 bis 1939, ein politisches Instrument des deutschen Imperialismus Berlin - Ost 1970 (= Univ. Diss. Berlin).
- Kruck, A., Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939, Wiesbaden 1954.
- Krüger, G., Von den Einwohnerwehren zum Stahlhelm. Der nationale Kampfverband „Westfalenbund e.V.“ (1921-1924), in: Westfälische Zeitschrift 147 (1997), S. 405-432.
- Krüger-Charle, M., Carl Goerdelers Versuch der Durchsetzung einer alternativen Politik 1933-1937, in: Schmäddeke / Steinbach (Hgg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, S.383-404.
- Krumeich, G./ Fehlemann, S. (Hgg.), Versailles 1919. Ziele - Wirkung - Wahrnehmung, Essen 2001.
- Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag (ab 2. Wahlperiode!); für die 1. Wahlperiode: Sängler, F. (Hg.), Handbuch des Deutschen Bundestages - Die Volksvertretung, o. J.
- Lebovics, H. (Hg.), Social Conservatism and the Middle Classes in Germany, 1914-1933, Princeton 1969.
- Lehnert, D./ Megerle, K. (Hgg.), Politische Teilstrukturen zwischen Integration und Polarisierung, Opladen 1990.
- Leopold, J.A., Alfred Hugenberg. The Radical Nationalist Campaign against the Weimar Republic, New Haven, Conn./ London 1977.
- Ders., The Election of Alfred Hugenberg as Chairman of the German National People's Party, in: Canadian Journal of History 7 (1972), S. 149-171.
- Ders., Alfred Hugenberg and German Politics, Diss. phil. Washington D.C. 1970.
- Liebe, W., Die Deutschnationale Volkspartei 1918 - 1924, Düsseldorf 1956.
- Liebermann, B., Turning against the Weimar Right: Landlords, the Economic Party and the DNVP, in: German History 15 (1997), S. 56-79.

Maciejewski, M., Edgar Julius Jung und der Nationalsozialismus: Zur Geschichte der „konservativ - revolutionären“ Opposition gegen Hitler, in: Widerstand und Verteidigung des Rechts, Bonn 1997, S. 9 - 21.

Ders., The concept and doctrine of conservative revolution in the Weimar Republic, in: Polish Western Affairs 29 (1988), S. 214-243.

Mahlke, A., Die Stellung der Deutschnationalen Volkspartei zur Weimarer Republik. Der Kampf der DNVP gegen das parlamentarische und republikanische System in der Zeit von 1918 bis 1930, Diss. phil. Berlin Ost 1971 (ms).

Mahlke, B., Zum Anteil des Stahlhelms an der Vorbereitung, Errichtung und Festigung der faschistischen Diktatur in Deutschland (1929-1935), Phil. Diss. Potsdam 1968 (masch.).

Ders., Stahlhelm - Bund der Frontsoldaten (1918-1935), in: Fricke (Hg.), Bürgerliche Parteien, Bd. II, S. 654-667.

Matthias, E., Hindenburg zwischen den Fronten. Zur Vorgeschichte der Reichspräsidentenwahlen von 1932, in: VfZG 8 (1960), S. 75-84.

Matthiesen, H., Greifswald in Vorpommern – Konservatives Milieu im Kaiserreich, in Demokratie und Diktatur. Düsseldorf 2000.

Mauch, H.-J., Nationalistische Wehrorganisationen in der Weimarer Republik. Zur Entwicklung und Ideologie des „Paramilitarismus“, Frankfurt a.M. 1982 (=Europäische Hochschulschriften, R. 31, Bd. 32).

Mauersberger, V., Rudolf Pechel und die ‚Deutsche Rundschau‘ 1919-1933. Eine Studie zur konservativ-revolutionären Publizistik in der Weimarer Republik, Bremen 1971.

Meinl, S., Nationalsozialisten gegen Hitler. Die national-revolutionäre Opposition um Friedrich Wilhelm Heinz, Berlin 2000.

Mergel, T., Das Scheitern des deutschen Tory-Konservatismus. Die Umformung der DNVP zu einer rechtsradikalen Partei 1928-1932, in: HZ 276 (2003), S. 323-368.

Merkenich, S., Grüne Front gegen Weimar. Reichs - Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918 - 1933, Düsseldorf 1998.

Meyer, A., Die Verlagsfusion Langen - Müller. Zur Buchmarkt- und Kulturpolitik des Deutschnationalen Handlungsgehilfen - Verbands in der Endphase der Weimarer Republik, Frankfurt 1989.

Meyn, H., Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945, Düsseldorf 1965.

Mintert, D., „Sturmtrupp der Deutschen Republik“: das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Wuppertal, Grafenau 2002.

Model, H., Der deutsche Generalstabsoffizier. Seine Auswahl und Ausbildung in Reichswehr, Wehrmacht und Bundeswehr, Frankfurt 1968.

Möller, H./ Kittel, M. (Hgg.), Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918-1933/40. Beiträge zu einem historischen Vergleich, München 2002.

Möller, H., Gottfried Reinhold Treviranus. Ein Konservativer zwischen den Zeiten, in: P. Gordan (Hg.), Um der Freiheit willen. Eine Festgabe für und von Karin Schauff zum 80. Geburtstag, Pfullingen 1983, S. 118-146.

Mommsen, H. (Hg.), Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik, Köln 2000.

Mommsen, H., Regierung ohne Parteien. Konservative Pläne zum Verfassungsumbau am Ende der Weimarer Republik, in: H.A. Winkler (Hg.), Die deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992, S. 1-18.

Ders., Die deutschen Eliten und der Mythos des nationalen Aufbruchs von 1933, in: Merkur 38 ( 1984 ), S. 97-102.

Ders., Zur Verschränkung traditioneller und faschistischer Führungsgruppen in Deutschland beim Übergang von der Bewegungs- zur Systemphase, in: W. Schieder (Hg.), Faschismus als soziale Bewegung, Hamburg 1976, S. 158-181.

Morsey, R., Hitler als Braunschweiger Regierungsrat, in: VfZG 8 (1960), S. 419-448.

Ders., Das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933, Göttingen 1968 (ND 1992).

Ders., Art. Deutschnationale Volkspartei, in: Staatslexikon, Freiburg 6. Aufl. 1958 (Sonderdruck), Sp. 881-883.

Mosse, G.L., Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1991 (1.A. amerik. 1964, dt. 1979).

Mühleisen, H., Das Testament Hindenburgs vom 11. Mai 1934, in: VfZ 44 (1996), S. 355-371.

Müller, A., „Fällt der Bauer, stürzt der Staat“. Deutschnationale Agrarpolitik 1928-1933, München 2003.

Müller, G., Vom Stahlhelm zum Hakenkreuz: Menschen und Vorgänge an der Bergakademie Clausthal in den zwanziger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts, Clausthal-Zellerfeld 1995.

Müller, H., Die Bürgerpartei / Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in Württemberg 1918-1933. Konservative Politik und Zerstörung der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 61 (2002), S. 375-433.

Müller, R., Wählerbewegung und Gestaltung der Beziehungen zwischen DNVP und Landbund in den Jahren der Weimarer Republik im Regierungsbezirk Frankfurt (Oder), Diss. HU Berlin 1992.

Ders., Der Reichslandbund zwischen DNVP und NSDAP, in: WZ Universität Rostock, Gesellschaftswissenschaftliche Reihe 23 (1974), S. 563 - 570.

Muth, H. : Das ‚Kölner Gespräch‘ am 4. Januar 1933, in: GWU 37 (1986), S. 463-480, 529-541.

Ders., Agrarpolitik und Parteipolitik im Frühjahr 1932, in Hermens / Schieder (Hgg.), Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für H. Brüning, Berlin 1967, S. 317 ff.

- Naßmacher, H., Auf- und Abstieg von Parteien, in: ZfP 36 (1989), S. 169-190.
- Ders., Parteien im Abstieg. Wiederbegründung und Niedergang der Bauern- und Bürgerparteien in Niedersachsen, Opladen 1989.
- Nauck, C., Frontsoldaten in der Weimarer Republik. Untersucht an den Beispielen Jungdeutscher Orden und Stahlhelm (1921-1933), Siegen 1988 (Mag.-Arb.)
- Neumann, K., Die Rolle des Reichs - Landbundes bei der Vorbereitung und Er-richtung der faschistischen Diktatur in Deutschland (1929 - 1933), Diss. Univ. Rostock 1977.
- Noakes, J., German Conservatives and the Third Reich, in: Martin Blinkhorn (Hg.), Facists and Conservatives, London 1990, S. 71-92.
- Ders., The German Elites and Resistance in the Third Reich, in: Siefken, H./Viereg, H. (Hgg.), Resistance to National Socialism, Nottigham 1993, S. 63ff.
- Nolte, E., Konservatismus und Nationalsozialismus, in: H.G. Schumann (Hg.), Konservatismus, Köln 1974, S. 244-261.
- Patch jr., W., Heinrich Brüning and the Dissolution of the Weimar Republic, Cambridge 1998.
- Peters, M., Der ADV am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Ein Beitrag zum völkischen Nationalismus im spätwilhelminischen Deutschland, Frankfurt a. M. 2.A. 1995.
- Ders., Der Alldeutsche Verband, in : Puschner, U. / Schmitz, W. / Ulbricht, J. (Hgg.), Handbuch zur völkischen Bewegung, München 1996, S. 302 - 315.
- Petzina, B., Erziehung zum deutschen Lebensstil. Ursprung und Entwicklung des jungkonservativen „Ring“-Kreises 1918-1933, Berlin 2000.
- Petzold, J., Claß und Hitler. Über die Förderung der frühen Nazibewegung durch den ADV und dessen Einfluß auf die nazistische Ideologie, in : Jahrbuch für Geschichte 21 ( 1980 ), S. 247 - 288.
- Ders., Großgrundbesitzer - Bauern - NSDAP. Zur ideologischen Auseinander-setzung um die Agrarpolitik der faschistischen Partei 1932, in: ZfG 29 (1981), S. 1128 - 1139.
- Ders., Konservative Theoretiker des deutschen Faschismus, Berlin 1982.
- Ders., Wegbereiter des deutschen Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik, Köln 1978.
- Pfeifer, E., Das Hitler - Bild im Spiegel einiger konservativer Zeitungen in den Jahren 1929 - 1933, Phil. Diss. Heidelberg 1965 (masch.).
- Pötzsch, S. Die Rechtskonservativen in Aurich bis zur Gleichschaltung: Deutschnationale Volkspartei, Landbund und Stahlhelm, in: Aurich im Nationalsozialismus, Aurich 1993, S. 91-114.
- Predki, J., Deutschnationale Polenpolitik zur Zeit der Weimarer Republik in den Jahren 1918 bis 1933, in: WZ der HUB 15,5 (1966), S. 611-615.
- Preuss, H., Untersuchungen zur Geschichte der Bayerische Mittelpartei (DNVP in Bayern) 1919 - 1933, Univ. München Magisterarbeit 1980.

Prühl, C.-R., Otto Lubarsch (1860 - 1933) und die Pathologie an der Berliner Charite von 1917 bis 1928: vom Trauma der Kriegsniederlage zum Alltag eines deutschnationalen Hochschullehrers in der Weimarer Republik, in: Sudhoffs Archiv 81, 2 (1997), S. 193-210.

Pünder, H., Die Zusammenarbeit mit Heinrich Brüning in der Reichskanzlei 1930 - 1932, in: Hermens / Schieder (Hgg.), Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. FS für Heinrich Brüning, Berlin 1967, S. 311 ff.

Puhle, H.-J., Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften. Deutschland, USA und Frankreich im 20. Jahrhundert, Göttingen 1975.

Puschner, U. u.a. (Hgg.), Handbuch zur ‚Völkischen Bewegung‘, München 1996.

Pyta, W., Konstitutionelle Demokratie statt monarchischer Restauration. Die verfassungspolitische Konzeption Schleichers in der Weimarer Staatskrise, in: VfZ 47 (1999), S. 417-441.

Ebd., Verfassungsumbau, Staatsnotstand und Querfront: Schleichers Versuche zur Fernhaltung Hitlers von der Reichskanzlerschaft August 1932 bis Januar 1933, in: ders. / L. Richter (Hgg.), Gestaltungskraft des Politischen. Festschrift für Eberhard Kolb, Berlin 1998, S. 186 ff.

Ders., Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918-1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1996.

Ders., Vorbereitungen für den militärischen Ausnahmezustand unter Papen/Schleicher, in: MGM 51 (1992), 2, S. 385-428.

Ders., Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.

Reeken, D. v., National oder nationalsozialistisch? Eine Fallstudie zum Verhältnis von Stahlhelm und NSDAP in Emden 1932 bis 1935, Ostfriesland zwischen Republik und Diktatur, Aurich 1998, S. 201-238.

Richter, L., Die Deutsche Volkspartei 1918-1933, Düsseldorf 2002.

Ritter, G., Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 1954.

Ritthaler, A., Eine Etappe auf Hitlers Weg zur ungeteilten Macht. Hugenbergs Rücktritt als Reichsminister, in: VfZG 8 (1960), S.193-219.

Rödter, A., Dichtung und Wahrheit. Der Quellenwert von Heinrich Brüning's Memoiren und seine Kanzlerschaft, in: HZ 265 (1997), S. 77-116.

Rösch, M., Die Münchner NSDAP 1925-1933. Eine Untersuchung zur inneren Struktur der NSDAP in der Weimarer Republik, München 2002.

Roeske, U., Brüning und die Volkskonservativen, in: ZfG 19,7 (1971), S. 904-915.

Ders., Zum Verhältnis zwischen DNVP und NSDAP, in: WZ der HUB 22, 1-2 (1973), S. 27-38.

Ruge, W., Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 1918-1933, in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Band zwei. Herausgegeben von Dieter Fricke, Köln 1984 (= Lizenzausgabe des VEB Bibliographisches Institut Leipzig 1984), S. 476-528.

Ruppert, K., Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923-1930, Düsseldorf 1992.

Schaeffer, R., SPD in der Ära Brüning: Tolerierung oder Mobilisierung? Handlungsspielräume und Strategien sozialdemokratischer Politik 1930-1932, Frankfurt 1990.

Schaumann, R., Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, in Bielefeld und im Regierungsbezirk Minden 1918 - 1935, in: Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg 83 (1996), S. 139-198.

Scheck, R., Women on the Weimar right: the role of female politicians in the Deutschnationale Volkspartei, in: JCH 36 (2001), S. 547-561.

Ders., German conservatism and female political activism in the early Weimar Republic, in: German History 15 ( 1997 ), S. 34-55.

Ders., Politics of illusion: Tirpitz and right - wing putschism 1922 - 24, in: German Studies Review 18 (1995), S. 29 -50.

Ders., Intrigue of illusion: Alfred von Tirpitz as a right - wing politician 1914 -1930, Ph. D. Brandis Univ. 1993.

Scheurig, B., Deutscher Konservatismus zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, in: Kaltenbrunner, G. (Hg.), Die Herausforderung des Konservatismus, Freiburg 1974, S. 17-33.

Schieder, W., Das italienische Experiment. Der Faschismus als Vorbild in der Weimarer Republik, in: HZ 262 (1996), S. 73-126.

Schildt, A., Konservatismus in Deutschland, München 1998.

Ders., Hugenberg ante portas. Rationalisierung mit nationalem Besen, in: Bock, H. / Töteberg, M. (Hgg.), das UfA - Buch. Kunst und Krisen, Stars und Regisseure, Wirtschaft und Politik, Frankfurt a.M. 1992, S. 190-195.

Ders., Hugenberg ante portas. Rationalisierung mit nationalem Besen, in: Bock, H. / Töteberg, M. (Hgg.), das UfA - Buch. Kunst und Krisen, Stars und Regisseure, Wirtschaft und Politik, Frankfurt a.M. 1992, S. 190-195.

Ders., Deutschlands Platz in einem „christlichen Abendland“. Konservative Publizisten aus dem Tat - Kreis in der Kriegs- und Nachkriegszeit, in: Koebner, Th. (Hg.), Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939 - 1949, Opladen 1987, S. 344-369.

Ders., Die Illusion der konservativen Alternative, in: J. Schmädeke/ P. Steinbach (Hgg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985.

Ders., Militärdiktatur mit Massenbasis ? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt 1981.

Schlösser, K., Die Deutschnationale Volkspartei und die Annäherung an Sowjetrußland 1918-1922, Diss. phil. Mainz 1956.

Schmiechen-Ackermann, D., Kooperation und Abgrenzung. Bürgerliche Gruppen, evangelische Kirchengemeinden und katholisches Sozialmilieu in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Hannover, Hannover 1999.

Schneller, M., Zwischen Romantik und Faschismus. Der Beitrag Othmar Spanns zum Konservatismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1970.

Schrenck - Notzing, C. v., Stand und Probleme der Erforschung des Konservatismus (= Studien und Texte zur Erforschung des Konservatismus, Bd. 1).

Schröder, J., Zur Italien-Reise einer brandenburgisch-pommerschen Stahlhelm-Gruppe im November 1930. Ein Beitrag zu Renzettis Wirken, in: Stamm-Kuhlmann, Th. / Elvert, J. / Aschmann, B. / Hohensee, B. (Hgg.), Geschichtsbilder. FS für Michael Salewski zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2003, S. 119-132.

Schüren, U., Der Volksentscheid zur Fürstenenteignung 1926. Die Vermögensauseinandersetzung mit den depossedierten Landesherrn als Problem der deutschen Innenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Preußen, Düsseldorf 1978.

Schulz, G., Bemerkungen zur Wegscheide zwischen parlamentarischer und autoritärer Entwicklung in der Geschichte der Weimarer Republik, in: H.A. Winkler (Hg.), Die deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992, S. 39-47.

Ders., Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Band 2. Deutschland am Vorabend der Großen Krise, Berlin 1987.

Ders., Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Band 3. Von Brüning zu Hitler: der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930-1933, Berlin 1992.

Ders., Der ‚Nationale Klub von 1919‘ zu Berlin. Zum politischen Verfall einer Gesellschaft, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 11 (1962), S. 207-237.

Schulze, H., Vom Scheitern einer Republik, in: K.D. Bracher / M. Funke / H.-A. Jacobsen (Hg.), Politik. Wirtschaft. Gesellschaft, Bonn 2. Aufl. 1988, S. 617-625.

Schumacher, M. (Hg.), MdR. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus, Düsseldorf 1991.

Schumann, D., Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918-1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001.

Schwarz, E., Rivalität und Bündnis in den Beziehungen der DNVP und NSDAP (Sommer 1929 bis 1933), Diss. phil. Berlin - Ost 1977 (ungedr.).

Schwarz, M., MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965.



Schwierskott, H.-J., Arthur Moeller van den Bruck und der revolutionäre Nationalismus in der Weimarer Republik, Göttingen 1962.

Seiberth, G., Anwalt des Reiches. Carl Schmitt und der Prozeß „Preußen contra Reich“ vor dem Staatsgerichtshof, Berlin 2001.

Sieferle, R., Die konservative Revolution. Fünf biographische Skizzen, Frankfurt a.M. 1995.

Solchany, J., Vom Antimodernismus zum Antitotalitarismus. Konservative Interpretationen des Nationalsozialismus in Deutschland 1945-1949, in VfZ 44 (1996), S. 373-394.

Spenz, J., Die diplomatische Vorgeschichte des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund 1924-1926. Ein Beitrag zur Außenpolitik der Weimarer Republik, Göttingen 1960.

Stachura, P.D., Gregor Strasser and the rise of Nazism, London 1983.

Stegmann, D., Zwischen Repression und Manipulation. Konservative Machtelite und Arbeiter- und Angestelltenbewegung, in: Archiv für Sozialgeschichte 12 (1972), S. 351-378.

Ders., Hugenberg contra Stresemann: Die Politik der Industrieverbände am Ende des Kaiserreichs, in: VfZ 24 (1976), S. 329-378.

Stein, A., Hugenberg und die anderen, Bonn 1960.

Steinle, J., Weimarer Krisenbewußtsein zur Zeit des Präsidialkabinetts Papen im Spiegel der Frankfurter Zeitung, in Historische Mitteilungen der Ranke- Gesellschaft 7 (1994), S. 244-261.

Sterner, S., Untersuchungen zur Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei zur Sozialpolitik, Diss. phil. Freiburg 1952.

Stokes, L., Conservative opposition to nazism in Eutin, Schleswig-Holstein, 1932-1933, in: Germans against nazism: nonconformity, opposition and resistance in the Third Reich; essays in honour of Peter Hoffmann, New York/ Oxford 1990, S. 37-57.

Stribny, W., der Versuch einer Kandidatur des Kronprinzen Wilhelm bei der Reichspräsidentenwahl 1932, in: Geschichte in der Gegenwart. FS für Kurt Kluxen zu seinem 60. Geburtstag, Paderborn 1972, S. 199 ff.

Striesow, J., Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918 -1922. 2. Bände, Frankfurt 1981.

Ders., Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924-1928, Düsseldorf 1967.

Stürmer, M., Der unvollendete Parteienstaat. Zur Vorgeschichte des Präsidialregimes am Ende der Weimarer Republik, in: VfZ 21 (1973), S.118 - 126.

Ders., Die konservative Rechte in der Weimarer Republik, in: O. Hauser (Hg.), Politische Parteien in Deutschland und Frankreich 1918-1933, Wiesbaden 1969, S. 38-51.

Ders., Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924-1928, Düsseldorf 1967.

- Stupperich, A., Volksgemeinschaft und Arbeitersolidarität. Studien zur Arbeitnehmerpolitik in der Deutschnationalen Volkspartei (1918-1933), Göttingen 1982.
- Süchting-Hänger, A., Das „Gewissen der Nation“. Nationales Engagement und politisches Handeln konservativer Frauenorganisationen 1900 bis 1937, Düsseldorf 2002.
- Tauber, K., Beyond eagle and swastika. German nationalism since 1945, 2 Bde, Middletown 1967.
- Tautz, J., Militaristische Jugendpolitik in der Weimarer Republik: die Jugendorganisationen des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten: Jungstahlhelm und Scharnhorst, Bund deutscher Jungmannen, Regensburg 1998.
- Thadden, R. von, Das liberale Defizit in den Traditionen des deutschen Konservatismus und Nationalismus, in: Ders.(Hg.), Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen, Göttingen 1978, S.54-68.
- Thimme, A., Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918, Göttingen 1969.
- Thoß, B., Nationale Rechte, militärische Führung und Diktaturfrage in Deutschland von 1918-1923, In: MGM 42 (1987), S. 27-46.
- Tietz, J., Denkmal zwischen den Zeiten: Das ostpreußische Tannenberg - Nationaldenkmal während der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, in: Nordostarchiv 6 (1997), S. 41-68.
- Treude, B., Konservative Presse und Nationalsozialismus. Inhaltsanalyse der „Neuen Preußischen (Kreuz-) Zeitung“ am Ende der Weimarer Republik, Bochum 1975.
- Treviranus, G.T., Zur Rolle und zur Person Kurt von Schleichers, in: Hermens / Schieder (Hgg.), Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. FS für H. Brüning, Berlin 1967, S. 363 ff.
- Trippe, C.F., Konservative Verfassungspolitik 1918 - 1923. Die DNVP als Opposition in Reich und Ländern, Diss. phil. Düsseldorf 1995.
- Trumpp, T., Franz von Papen, der preußisch-deutsche Dualismus und die Nationalsozialisten in Preußen, Tübingen 1963.
- Ders., Zur Finanzierung der NSDAP durch die deutsche Großindustrie. Versuch einer Bilanz, in: GWU 32 (1981), S. 223-241.
- Turner jr., H.A., Hitlers Weg zur Macht. Der Januar 1933, München 1997.
- Venus, T., Der lange Weg zum Juliputsch 1934 – Hallwisch und Hugenberg, Habicht und Huber, in: Duchkowitsch, W. (Hg.), Mediengeschichte. Forschung und Praxis. Festgabe für Marianne Lunzer-Lindhausen zum 65. Geburtstag, Wien 1985, S. 143 ff.
- Vincent, C.P., Historical Dictionary. Weimar Republic 1918 - 1933, Westport 1997.
- Vogel, W., Katholische Kirche und nationale Kampfverbände in der Weimarer Republik, Mainz 1989.
- Vogelsang, T., Reichswehr, Staat und NSDAP, Stuttgart 1962.

Volkman, H.E., Deutsche Agrarreliten auf Revisions- und Expansionskurs, in: Broszat, M./ Schwabe, K. (Hgg.), Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, München 1989, S. 334 - 388.

Walker, D.P., Alfred Hugenberg and the Deutschnationale Volkspartei 1918 - 1930, Cambridge 1976.

Ders., The German Nationalist People's Party: The conservative Dilemma in the Weimarer Republic, in: JCH 14 (1979), S. 627-647.

Weisbrod, B., Das „Geheime Deutschland“ und das „Geistige Bad Harzburg“. Friedrich Glum und das Dilemma des demokratischen Konservatismus am Ende der Weimarer Republik, in: FS f. H. Mommsen, Berlin 1995, S. 285-305.

Weissmann, K., Ders., Art. Deutschnationale Volkspartei (DNVP), in: C. von Schrenck-Notzing (Hg.), Lexikon des Konservatismus, Graz 1996, S. 131-132.

Wengst, U., Schlange - Schöningen, Ostsiedlung und die Demission der Regierung Brüning, in: GWU 30 ( 1979 ), S. 538-551.

Wernecke, K. / Heller, P., Der vergessene Führer. Alfred Hugenberg. Pressemacht und Nationalsozialismus, Hamburg 1982.

Weßling, W., Hindenburg, Neudeck und die deutsche Wirtschaft. Tatsachen und Zusammenhänge einer Affäre, in: Vf SozWiGe 64 (1977), S. 41 - 74.

Wulf, P., Ernst Oberfohren und die DNVP am Ende der Weimarer Republik, in: E. Hoffmann / Ders. (Hgg.), „Wir bauen das Reich“. Aufstieg und erste Herrschaftsjahre des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (=Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 81), Neumünster 1983, S. 165-187.

Zaun, H., Paul von Hindenburg und die deutsche Außenpolitik, Köln 1999.

Ziegler, D., Die Verdrängung der Juden aus der Dresdner Bank 1933 - 1938, in: VfZ 47 (1999), S. 187 - 216.

Zimmermann, M., Die deutschen Juden 1914-1945, München 1997 (=EDG 43).

Zollitsch, W., Adel und adelige Machteliten in der Endphase der Weimarer Republik. Standespolitik und agrarische Interessen, in: Winkler, H.A. (Hg.), Die deutsche Staatskrise 1930-1933. Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992, S. 239-256.

## **5.6. Monographien mit Biographiebezug zu der Zeit nach 1945**

Asmussen, N., Hans - Georg von Studnitz: Ein konservativer Journalist im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, in: VfZ 45 (1997), S. 75-119.

Birke, A., Die Bundesrepublik Deutschland. Verfassung, Parlament und Parteien. München 1997 (= EDG 41).

Heitzer, H., Die CDU in der britischen Zone 1945-1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik. Düsseldorf 1988.

Klein, J., Die Bundesrepublik Deutschland als Parteienstaat. Zur Mitwirkung der politischen Parteien an der Willensbildung des Volkes 1945-1949, Frankfurt 1990.

Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag (ab 2. Wahlperiode); für die 1. Wahlperiode: Sängler, F. (Hg.), Handbuch des Deutschen Bundestages - Die Volksvertretung, o. J. (?)

Morsey, R., Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München 5. Aufl. 2000 (= OGG 19).

Nathusius, I., Am rechten Rand der Union. Der Weg der Deutschen Partei bis 1953, Mainz 1992.

Niethammer, L., Angepaßter Faschismus. Politische Praxis der NPD, Frankfurt a.M. 1969.

Rowold, M., Im Schatten der Macht. Zur Oppositionsrolle der nicht-etablierten Parteien in der Bundesrepublik, Düsseldorf 1974.

Ders./ Immerfall, S., Im Schatten der Macht. Nicht-etablierte Kleinparteien, in: Mintzel, / Oberreuter, (Hgg.), Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2. A. 1992, S. 362-420.

Schmollinger, H., Die Deutsche Konservative Partei - Deutsche Rechtspartei, in : Stöss, R. (Hg.), Parteien - Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945 -1980, Sonderausgabe Bd. 2: CSU-DSU, Opladen 1986, S. 982-1024.

Schmollinger, H., Die Deutsche Partei, in: in: Stöss, R. (Hg.), Parteien-Handbuch der Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Opladen 1983, S. 1026 ff.

Ders., Die Deutsche Reichspartei, in: Stöss (Hg.), Parteien - Handbuch, Bd. 1, S. 1112-1191.

Stöss, R., Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1989.

Strelow, H.-S., Im Sog der Moderne. Zur Geschichte konservativer Regionalparteien in Deutschland nach 1945, in: von Schrenck-Notzing, C. (Hg.), Stand und Probleme der Erforschung des Konservativismus, Berlin 2000, S. 141-173.